STATTHALTEREI
B 2076/78

E 51486

STANFORD UNIVERSITY LIBRARIES

Digitized by Google

Digitized by Google

AP30
O3
1833
v. 2
[redacted]
Stack

Digitized by Google

Nro. 91

Oeſterreichiſcher Beobachter.

Montag, den 1. April 1833.

Meteorologiſche Beobachtungen vom 30. März.	Zeit der Beobachtung.	Barometer auf 0° Reaumur reducirt.		Thermometer Reaumur.	Wind.		Witterung.
		Pariſer Maß.	Wiener Maß.				
	8 Uhr Morg.	27.378	28 Z. 12. 7 P.	+ 8.0	S.	ſtill.	Wolken.
	3 Uhr Nachm.	27.278	28 0 5	+ 14.0	SSO.	mittel.	trüb.
	10 Uhr Abends.	27.283	28 0 6	+ 8.0	S.	ſchwach.	——

Türkei.

Das Journal de Smyrne vom 3. März enthält nachſtehende Erzählung der Vorfälle in Smyrna, wobei nicht zu vergeſſen iſt, daß an dem Tage, wo dieſer Bericht verfaßt wurde, Emin Efendi noch die Regierungsgewalt in jener Stadt uſurpirte: „Am 18. Februar gegen Abend kam ein Offizier von Ibrahim Paſcha's Armee mit Depeſchen an Manſur-Sade Emin Efendi, ehemaligen Ayan und Kiaja-Bei Haſſan Paſcha's, in Smyrna an. Nachdem Emin Efendi Kenntniß von deren Inhalt genommen hatte, ließ er den Mollah, die Ayans und eine große Zahl von türkiſchen Notabeln zu ſich einladen, wo ſie alle noch am Abend ſich einfanden. Als ſie beiſammen waren, kündigte er ihnen an, daß die ägyptiſchen Truppen, die ſich bereits im Beſitze von Aidin und Magneſia befänden, ihren Marſch auf Smyrna, wohin ihr Commandant ein Detaſchement zu ſchicken entſchloſſei, fortzuſetzen drohten, wenn dieſe Stadt ſich nicht unterwerfen würde. Er theilte ihnen ſodann die erhaltenen Depeſchen mit, kraft deren er von Sr. Ibrahim Paſcha's proviſoriſch mit den Functionen als Gouverneur von Smyrna bekleidet war. — Der Mollah, die Ayans und ſämmtliche Notabeln, nachdem ſie lange berathſchlagt hatten, entſchieden, daß, indem die Stadt kein Vertheidigungsmittel darbiete, jeder Schein von Widerſtand nicht nur vergeblich ſeyn würde, ſondern auch noch verderbliche Folgen haben könnte; daß ſie es, nachdem Aidin, Magneſia und mehrere andere in beſſerem Vertheidigungsſtande befindliche Plätze ſich ergeben hätten, für weit klüger hielten, den Umſtänden nachzugeben und ihrem Beiſpiele zu folgen, um das Unglück zu verhüten, was unfehlbar aus einer eitlen Demonſtration entſpringen müßte u. ſ. w." Es wurde demnach beſchloſſen, daß Smyrna ſich unterwerfen und Manſur-Sade Emin Efendi ſogleich in der Eigenſchaft als proviſoriſcher Gouverneur anerkannt werden ſolle. Es wurde auf der Stelle ein Jilam mit dieſem Beſchluſſe und deſſen Beweggründen von dem Mollah aufgeſetzt und von allen Anweſenden beſiegelt. — Emin Efendi ſetzte Se. Excellenz den von der Pforte ernannten Gouverneur Tahir Bei von dem Reſultate der Berathung der Notabeln der Stadt in Kenntniß. Tahir Bei, die Unmöglichkeit einſehend, ſich dieſem Acte zu widerſetzen, und deſſen Vollziehung oder den Truppen Ibrahim Paſcha's, wenn ſie erſcheinen ſollten, den geringſten Widerſtand entgegenzuſtellen, mußte nachgeben; er that es jedoch mit Proteſtation und der feierlichen Erklärung, daß er ſich, da er keine Inſtructionen habe, die Autorität Mehmed Ali's anzuerkennen, fortwährend als Gouverneur von Smyrna betrachte und die Stadt nur auf einen Befehl der Pforte verlaſſen würde. Emin Efendi ſetzte ſich nichtsdeſtoweniger an die Spitze der Verwaltung, die er ſeit dieſer Epoche leitet. — Das Benehmen Tahir Bei's bei dieſem Anlaſſe iſt durchaus tadelfrei geweſen, und er hat Alles gethan, was ſeine Lage ihm zu thun erlaubte. Ohne Inſtructionen von ſeiner Regierung, ohne Truppenmacht zu ſeiner Dispoſition, konnte er nichts anderes thun, als ſich in die Umſtände fügen, um in einem Augenblicke der Gährung einen Aufſtand zu verhindern, und alle ehrlichen Leute wiſſen ihm Dank für die Klugheit, mit der er gehandelt hat. — Was Manſur Sade Emin-Efendi anlangt, ſo hat er ſich in dieſer Angelegenheit auf eine Art benommen, die ihm die allgemeine Achtung erworben hat. Er hat eine ungeheure Verantwortung auf ſeinen Kopf genommen, indem er die Stadt vor den Uebeln, von denen ſie heimgeſucht werden konnte, zu bewahren ſuchte. Er hat ein Amt übernommen, welches um ſo ſchwieriger zu führen war, als die Beſetzung von Aidin und Magneſia die Gemüther im höchſten Grade erhitzt hatte, und es läßt ſich gar nicht berechnen, welche Exceſſe hätten verübt werden können, wenn er nicht eingewilligt hätte, auf eigene Gefahr die Regierungsgewalt auszuüben. Es unterliegt keinem Zweifel, daß er Unordnungen verhütet hat, und man wird es ihm ſtets zu verdanken haben, daß er die ägyptiſchen Truppen verhindert hat, bis nach Smyrna zu kommen. — Die Ruhe dieſer Stadt iſt durch ein ſo wichtiges Ereigniß nicht einen Augenblick geſtört worden. Man verdankt dieß vielleicht der Klugheit derjenigen, die in einem ſo kritiſchen Augenblicke die Zügel der Verwaltung in die Hände eines Eingebornen legen zu müſſen glaubten, welcher den Character und die Bedürfniſſe der Einwohner einer Stadt vollkommen kannte, wo er mehrere Jahre lang eine der erſten Stellen bekleidet hatte."

Großbritannien und Irland.

In der Sitzung des Oberhauſes vom 19. März überreichte der Herzog von Cumberland eine Bittſchrift von den Einwohnern von Haſtings gegen die Bierbill. — Der Marquis von Weſtminſter überreichte, ſeiner frühern Anzeige gemäß, eine Bittſchrift zur Abſchaffung der bürgerlichen Unfähigkeiten, welche auf den Juden laſteten. Der Redner unterſtützte die Bittſchrift und legte die Hoffnung an den Tag, daß alle auf Verſchiedenheit des religiöſen Glaubens beruhende Ausſchließungen bald nicht mehr vorhanden ſeyn würden. Bis zu der Zeit, wo eine dahin zielende Maaßregel eingebracht werden würde, wolle er ſich der ausführlichen Erörterung der Frage enthalten. In Bezug auf die vorliegende Bittſchrift aber müſſe er dem Hauſe bemerklich machen, daß ſie von 15,000 Einwohnern Londons, unter denen ſich viele Geiſtliche befänden, unterzeichnet wäre. Die Bittſchrift ſei ferner nicht colportirt worden, noch habe man ſich bemüht, auf ungehörige Weiſe Unterſchriften für die-

Digitized by Google

ſelbe zu erlangen, ſondern jeder einzelnen Perſon ſei vor der Unterzeichnung ausdrücklich bemerkt worden, daß die Bittſchrift den Zweck habe, den Juden den Genuß aller bürgerlichen Rechte zu verſchaffen. Er läugne, daß die Emancipation der Juden mit Gefahr für den Staat verbunden ſei. In Dänemark und Amerika wären die Juden emancipirt, und ihm ſei nicht bekannt, daß daraus ein Nachtheil oder eine Gefahr für jene Staaten hervorgegangen ſei. Wäre etwa in Frankreich oder in Holland etwas der Art bemerkt worden? Eben ſo wenig. Er hoffe daher, daß das aufgeklärte England nicht zögern werde, andern Ländern auf dieſem Wege der Civiliſation zu folgen. Der Redner verlas zum Schluß einige Auszüge aus einem kürzlich im Druck erſchienenen Schreiben über die Emancipation der Juden, als deſſen Verfaſſer er einen Profeſſor der hebräiſchen Sprache bei der Londoner Univerſität nannte. — Der Biſchof von London erklärte, daß er ſich für jetzt ebenfalls nicht auf eine Erörterung der Frage einlaſſen wolle. Obgleich durch die Teſt- und Corporationsacte die Geſetzgebung nicht mehr eine ausſchließlich biſchofliche, und durch die katholiſche Bill eine nicht mehr rein proteſtantiſche Geſetzgebung ſei, ſo dürfe man doch nicht vergeſſen, daß die Geſetzgebung bis jetzt noch nicht aufgehort habe, wenigſtens dem äußern Anſcheine nach, eine chriſtliche zu ſeyn. (Hört!) Lord Suffield überreichte eine ähnliche Bittſchrift aus Mancheſter, welche binnen 3 Tagen von 1000 Perſonen unterzeichnet worden war.

Als das Unterhaus ſich am 19. März in eine Committee über die iriſche Bill umgewandelt hatte, ward die neunte Clauſel mit einer von Hrn. Stanley vorgeſchlagenen Milderung angenommen. Die zehnte betrifft die Bildung der Kriegsgerichte. Hr. Stanley recapitulirte die ſchon früher erwähnten Milderungen. Zehn Redner ſprachen gegen die Kriegsgerichte, ſieben dafür, vier Tories gegen die von der Regierung vorgeſchlagenen Milderungen. Bei der Abſtimmung wurde die Clauſel mit 270 gegen 130 Stimmen angenommen. Bei der eilften Clauſel trug Hr. Waſon darauf an, daß die Ausſprüche der Kriegsgerichte einſtimmig ſeyn ſollten; dieß ward aber mit 146 gegen 42 Stimmen verworfen, worauf die Committee vertagt und der Bericht in Betreff der iriſchen Reformbill vorgelegt wurde. Die deßhalb niedergeſetzte Committee erklärte dieſelbe für eine Taxbill, worauf Lord Althorp ankündigte, daß er am Montag (26.) darauf antragen werde, daß das Haus ſich in eine Committee verwandle, um die Einkünfte der iriſchen Kirche in Erwägung zu ziehen.

Dem vor dem Unterhauſe abgeſtatteten Bericht zufolge, ſind folgende brittiſche Marineoffiziere im Beſitze von Sinecuren: der Viceadmiral Sir E. Thornbrough, der 49½ Jahre in activem Dienſt iſt, mit einer Sinecure von jährlich 469 Pf.; der Contreadmiral Sir G. Martin, 33 Jahre im Dienſt, mit 370 Pf.; der Marinegeneral Lord de Saumarez, 47 Jahre im Dienſt, mit 1728 Pf.; der Generallieutenant der Marine Sir W. Sidney Smith, 21 Jahre im Dienſt, mit 1383 Pf.; der Generalmajor der Marine Sir G. Cockburn, 29 Jahre im Dienſt, mit 1037 Pf., und 4 Oberſten der Marine mit jährlich 690 Pf.

Am 19. März ſchiffte ſich der Baron van Zuylen mit ſeiner Gattinn und Gefolge auf dem Dampfboote „der Batavier" nach Holland ein.

Der Graf Matuſzewirz hat ſich von London nach Melton-Mowbray begeben, um dort Vorbereitungen zu ſeiner Abreiſe nach St. Petersburg zu treffen.

Der Courier vom 20. März meldet: „Lloyds Agent zu Deal kündigt dieſen Morgen an, daß die ganze combinirte Escadre, den Sront mit eingeſchloſſen, welchen die Regierung am 16. März dem Admiral Malcolm mit Depeſchen nachgeſendet hatte, nach den Dünen zurückgekehrt ſei. Man ſchließt daraus, daß die holländiſch-belgiſche Angelegenheit durch die Ankunft des Hrn. Dedel dennoch eine neue und günſtige Geſtaltung gewonnen habe; es hat indeß noch nichts darüber verlautet."

Im Sun vom 21. heißt es: „Unſere Schiffernachrichten aus Deal von geſtern melden, daß der franzöſiſche Admiral (Ducreſt de Villeneuve) nach Cherbourg abgeſegelt iſt; der übrige Theil der combinirten Escadre blieb in den Dünen. Dieß wird, in Verbindung mit der neuerlich erfolgten Rückkehr der Escadre von der holländiſchen Küſte, für wichtig gehalten, indem es einen Nachlaß in den ſtrengen Maaßregeln gegen Holland andeutet."

Dem Courier zufolge waren neuerlich bei S. João da Foz 350 Mann Hülfstruppen für Dom Pedro (die ſich am Bord des Lord of the Isles eingeſchifft hatten) ans Land geſetzt worden. (Vermuthlich iſt bei dieſem Anlaſſe das in den Nachrichten aus Liſſabon erwähnte Gefecht am 4. März vorgefallen.) — Am 19. war wieder ein Schiff mit 300 Franzoſen, Munition und Kriegsbedarf aus den Dünen nach Oporto abgegangen; in einigen Tagen ſollten noch andere Fahrzeuge nach derſelben Beſtimmung abgehen. — In London war das Gerücht verbreitet, daß Admiral Sartorius das Commando der Escadre Dom Pedro's niedergelegt habe. Der zweite Commandant dieſes Geſchwaders, Capitän Crosbie, war unlängſt an Bord des von Malta kommenden Packetboots Alban, welches am 12. März in Vigo angelegt hatte, nach England zurückgekehrt.

Die Morning-Chronicle ſagt: „Die Wichtigkeit der Oppoſition der Conſervativpartei leuchtet aus der Thatſache hervor, daß außer zwei Brüdern des Königs (den Herzogen von Cumberland und Glouceſter), der Clubb auf Carlton-Terrace die Häupter der Tories im Oberhauſe, ſiebenundneunzig Bankiers, mehrere reiche und Einfluß habende obrigkeitliche Perſonen und viele ausgezeichnete Geiſtliche unter ſeinen Mitgliedern zählt. Unter den in London anſäſſigen Mitgliedern des Clubbs befinden ſich fünf oder ſechs Directoren der oſtindiſchen Compagnie, mehrere der angeſehenſten Schiffseigenthümer und zwei oder drei Bankdirectoren."

Conſols am 21. März 88.

Spanien.

Die Madrider Hofzeitung vom 14. März enthält folgendes Decret: „Durch ein Schreiben, das am verfloſſenen 23. Februar mein erlauchter Neffe, der König von Portugal, von Braga aus an mich erließ, drückte er mir ſeinen lebhaften Wunſch aus, daß die Prinzeſſinn von Beira, ſeine Schweſter, meine ſehr theure und vielgeliebte Nichte, in dieſes Königreich in den Schooß ihrer Familie zurückkehre, indem die Vormundſchaft ihres Sohnes, des Infanten Don Sebaſtian, welche ihre Reiſe nach Spanien und ihren Aufenthalt daſelbſt motivirt hatten, durch die Vermählung des beſagten Infanten zu Ende gegangen iſt. Ich habe dieſem gerechten Wunſche gewillfahrt, und die Prinzeſſinn hat, nachdem ſie ihre Einwilligung gegeben, den 16. d. M. als den Tag ihrer Abreiſe beſtimmt. Ich habe auch auf ihre Bitte erlaubt, daß der Infant Don Carlos und der Infant Don Sebaſtian mit ihren Familien ſie für zwei Monate auf dieſer Reiſe begleiten. Ich zeige Ihnen dieß an, damit Sie es gehörigen Ortes mittheilen, und man alle nöthigen Vorkehrungen für die Sicherheit und die Würde ſo erlauchter Reiſender treffe. Ich verbiete, ſo wie ich es für meine Reiſe nach Catalonien gethan, daß man ihnen Ehrenbezeigungen

Digitized by Google

erweiſe, welche die Laſten des Volkes erſchweren könnten.“ Dieſes Decret iſt eigenhändig von dem Könige unterzeichnet und ward an den erſten Staatsſecretär, Präſidenten des Conſeils, gerichtet.

Frankreich.

Der Moniteur vom 23. März enthält eine königliche Ordonnanz vom vorhergehenden Tage, kraft deren der Generallieutenant Graf Horace Sebaſtiani, Mitglied der Deputirtenkammer, zum Miniſter, mit Eintritt ins Miniſterconſeil, ernannt wird.

Am 21. März kam die Deputirtenkammer mit dem Zuckergeſetze zu Ende, und nahm es mit 216 gegen 25 Stimmen an. Der Marineminiſter verlangte einen Zuſchußcredit, motivirt durch unerwartete Ereigniſſe. Hr. von Rigny ſagte nämlich: „Neuere Ereigniſſe ließen die Regierung glauben, es ſei unumgänglich nothwendig, die Seemacht im Mittelmeere zu vermehren. Der gegenwärtige Seedienſt daſelbſt iſt im Budget auf 100 Fahrzeuge für den ordentlichen Dienſt und auf 20 für den außerordentlichen angenommen. Wir wünſchen nun eine Vermehrung von 20 Fahrzeugen, was eine Summe von 780,500 Fr. nöthig macht.“ Die Kammer nahm dieſe Forderung mit Beifall auf, und verwies die Sache gleich an die betreffende Commiſſion.

Der National gibt folgende Zuſammenſtellung über die Zuckerzollverhandlungen: „Das Zuckergeſetz, über welches die Kammer am 20. März definitiv entſchied, enthält zwei beſondere Principien: den Einfuhrzoll, und den Ausfuhrzoll, unter der Form einer Aufmunterungsprämie oder eines Rückzolles, d. h. einer einfachen Reſtitution. Man weiß, welche ſucceſſiven Variationen dieſes Syſtem in unſeren verſchiedenen Douanengeſetzen in einer ziemlich kleinen Reihen von Jahren erfuhr. In den bisherigen Zuckergeſetzes und ſelbſt in dem urſprünglichen Entwurfe der Regierung kannte man bloß zwei Arten von Zucker: die Rohzucker und die ſogenannten Erdzucker (sucres terrés), die durch Zuckererde weißgemachten, alſo durch einen vorläufigen Raffinirungsprozeß gegangenen Zucker. Das neue Geſetz, ſo wie die Commiſſion es durchſetzte, ſtellt eine neue Claſſification auf, die der geläuterten Zucker (clairées), die in den Colonien durch einen neuen Prozeß, der wirkſamer als die Erdläuterung iſt, raffinirt werden. Dieſer Zuckerart legte die Kammer einen Ueberzoll von 10 Fr. per 100 Kilogramme auf, um das Monopol unſerer Raffinirer in ſeiner ganzen Integrität aufrecht zu erhalten. Die Hauptſache der ungeheuren Verluſte, welche der Staat bei den Ausfuhrprämien erlitt, beſtand in den falſchen Schätzungen, welche die Adminiſtration über die Raffinirungsreſultate der Rohzucker gemacht hatte. Man nahm nur eine Gewinnung von 40 Percent raffinirten Zuckers an, während die Fabrikanten allmählich 70 und mehr Percent gewannen. Die Oekonomie des Geſetzes wird künftig auf dieſer letzteren Zahl beruhen; aber auch dieſe wird ohne Zweifel künftig durch die zunehmende Induſtrie der Fabrikanten modificirt werden, ſo daß die jetzt gelegten Grundlagen mit der Zeit eine neue Widerlegung finden dürften, wenn unſere Raffinirer mehr als 70 Kilogramme Reinzucker aus 100 Kilogrammen Rohzucker gewinnen. Indeſſen iſt offenbar, daß in dieſer Hinſicht das neue Syſtem vor dem bisherigen den Vorzug verdient. Nicht der gleiche Fall aber iſt es mit dem zweiten Theile unſeres Geſetzentwurfes, nämlich mit dem Einfuhrzolltarife der Colonialzucker. In dieſem Puncte bewies ſich die Kammer ſo abgeneigt als das Miniſterium gegen jeden Gedanken einer Verbeſſerung. Die alten hohen Zölle bleiben, wie ſie ſeit 15 Jahren waren, und doch hatte Hr. Deleſſert d. ä. durch die einfachſten Berechnungen, und General Bertrand durch die höchſten moraliſchen Rückſichten und durch die folgerichtigſten Deductionen vorgeſchlagen, die Abgabe auf 30 oder 35 Fr. herunterzuſetzen. Beide unterlagen, und zwar eben ſowohl durch die Stimme der Linken als durch die des Miniſteriums. Der Zucker, ſagt man, iſt ein den wohlhabenderen Geſellſchaftsclaſſen vorbehaltener Genuß, ein Luxus. Wahrhaftig eine ſeltſame Philanthropie! Zu welchem Zwecke ſollen unſere Geſetze gegeben werden, wenn nicht zu dem, den Genuß gleich zu machen, auf gleiche Weiſe für alle Bedürfniſſe zu ſorgen, ſo weit dieß von dem Willen des Geſetzgebers abhängt? Man fürchtet, die Herabſetzung des Tarifs möchte den Staatseinkünften ſchaden; darauf haben wir nur Eines zu erwiedern: Es kommen nach Frankreich zur innern Conſumtion ungefähr 70 Millionen Kilogramme Rohzucker. Im Durchſchnitt fallen alſo auf den Kopf 2 Kilogramme. Dagegen kommen, nach den mäßigſten Berechnungen, in den vereinigten Staaten, in Holland und Belgien 5, und in England 7 Kilogramme auf den Kopf. Wäre es möglich, den Verbrauch Frankreichs auf dieſelbe Chiffer zu erhöhen, wie den anderer Länder, ſo würde ein einfacher Zoll von 30 Fr. dem Schatze 40 Millionen eintragen, und die Arbeit unſerer Raffinerien verdoppeln, während er zugleich in ungeheurer Proportion die Thätigkeit unſeres Seehandels beleben würde. Wirft man nur flüchtig die Augen auf die Tabellen, welche ſowohl das Miniſterium und die Commiſſion, als General Bertrand, ihr Gegner, vorlegten, ſo erkennt man, daß einer bedeutende Zunahme der Zuckerconſumtion einer verhältnißmäßigen Abnahme in ihrem Preiſe entſpricht. Wie war es dieſen conſtatirten Thatſachen gegenüber möglich, Tarife nicht herabzuſetzen, welche uns die ganz fiscaliſche Ariſtokratie der Reſtauration hinterließ? Hr. Mauguin hatte ſehr Recht, dieſer ſo wenig vorausſichtigen Kammer zu ſagen, daß in dem Zollgeſetze die ganze Organiſation der Geſellſchaft liegt.“

Das Wahlcollegium von Voiron (Iſère) hat Hrn. Sapey unter 209 Votanten mit 181 Stimmen zum Deputirten gewählt.

Den neueſten Nachrichten aus Blaye vom 19. März zufolge, war der Geſundheitszuſtand der Frau Herzoginn von Berry ſehr leidend. Dem Präfecturjournal von Bordeaux zufolge, mußte ſie das Bette hüten, und ihre Bruſt war ſehr angegriffen.

Am 22. März 5 Percents Fin Courant geſchloſſen zu 101 Fr. 55. 3 Percents Fin Courant geſchloſſen zu 78 Fr. 95. — Am 23. März 1¼ Uhr Nachmittags 5 Percents 101 Fr. 25. 3 Percents 78 Fr. 30.

Niederlande.

Das Amſterdamer Handelsblad vom 22. März meldet in ſeiner Haager Correſpondenz: „Man erwartet hier täglich die Zurückkunft des Barons van Zuylen van Nyevelt. (Er iſt am 20. in Rotterdam angelangt.) Ueber die Wiederanknüpfung der Unterhandlungen in London weiß man hier nichts Gewiſſes. Man glaubt aber allgemein, daß Hr. Dedel bevollmächtigt iſt, erſtens eine Convention mit England und Frankreich abzuſchließen, worin die Zurückgabe der Schiffe und Ladungen, die Aufhebung des Embargo, die Zurückſendung der holländiſchen Kriegsgefangenen feſtgeſetzt, und überhaupt die Verhältniſſe zwiſchen den drei contrahirenden Mächten wieder ganz auf den Fuß geſtellt werden ſollen, wie ſie vor dem 1. November 1832 beſtanden. Hr. Dedel ſoll, nach dem Abſchluß einer ſolchen Convention, ferner ermächtigt ſeyn, im Verein mit den fünf Mächten Unterhandlungen zu eröffnen, um zu einer Erledigung der Trennungsbedingungen zwiſchen Belgien und Holland zu

Digitized by Google

gelangen. Bis zum Abſchluſſe eines Definitivtractates zwiſchen den Niederlanden und Belgien ſoll die Fahrt auf der Schelde gegen Bezahlung der im Jahre 1814 feſtgeſtellten Zoll- und Viſitationsgelder frei bleiben. Die größte Schwierigkeit ſcheint darin zu beſtehen, daß England und Frankreich darauf beharren, daß der König von Holland in der vorläufig mit jenen beiden Mächten abzuſchließenden Convention die Unabhängigkeit Belgiens innerhalb der durch den Tractat vom 15. November 1831 feſtgeſetzten Gränzen anerkennen ſoll, wogegen England und Frankreich ſich verpflichten wollen, ſich unverzüglich mit dem Zuſtandebringen eines Definitivtractates zwiſchen Holland und Belgien zu beſchäftigen, und die Höfe von Preußen, Oeſterreich und Rußland zur Mitwirkung aufzufordern. — Wenn dieß richtig iſt, ſo geht daraus hervor, daß die Unterhandlungen zwiſchen Hrn. Dedel einer, und England und Frankreich anderer Seits nicht eher eröffnet werden können, als bis man ſich über den Punct wegen der Unabhängigkeit Belgiens verſtändigt hat. Hinſichtlich der Beſtimmungen über den Landſturm lautet die miniſterielle Verfügung dahin, daß die angeordneten Uebungen des Landſturmes vorläufig noch ausgeſetzt werden ſollen, indem ſowohl über dieſe Uebungen ſelbſt, als über die Uniform der Ober- und Subalternoffiziere ein Reglement von der Regierung zu erwarten ſei. Die an unſerer Küſte erſchienenen engliſchen und franzöſiſchen Kriegsſchiffe flößen hier für jetzt keine Beſorgniſſe ein. Für den Augenblick iſt dieſe Maaßregel, allem Anſcheine nach, nichts anders als eine Demonſtration." (Dieſe Schiffe ſind bereits wieder nach den Dünen zurückgekehrt.)

Belgien.

Nach einem von den Kammern angenommenen und vom König ſanctionirten Geſetze ſoll die Ein- und Ausfuhr, ſo wie die Durchfuhr des Getreides wieder der Zahlung der in den im October 1831 in Kraft geweſenen Tarifen feſtgeſetzten Zollgebühren unterworfen ſeyn. Das Antwerpener Journal ſagt, man habe Urſache zu fürchten, daß dieſes neue Geſetz dem dortigen Hafen viel Schaden thun, und die mit Getreide beladenen Schiffe davon entfernen werde. Dieß ſei jedoch in der gegenwärtigen Lage die einzige ſichere Hülfsquelle geweſen. In der That hatten Getreidehändler Befehle nach Vlieſſingen übermacht, drei große Lübecker und preußiſche Briggs ſogleich nach Rotterdam zu ſchicken.

Die Handelsſchiffe, welche ſeewärts nach Antwerpen kommen, werden noch immer durch holländiſche Kriegsſchiffe von der Rhede von Vlieſſingen bis nach Lillo convoyirt.

In Bezug auf die projectirte große Eiſenbahn von Antwerpen nach der preußiſchen Gränze, ſagt das Journal d'Anvers: „Das Project einer Eiſenbahn von Antwerpen nach Köln kam ſehr gelegen, um unſere miniſteriellen Blätter über das Glück in Extaſe zu bringen, welches uns erwartet, ſo wie über die unermeßlichen Handelsverbindungen, die dieſes Verbindungsmittel für uns und für Teutſchland ſchaffen werde. Jedermann kennt die Geſchichte jenes Majordomus eines Fürſten, deſſen Pagen keine Hemden hatten, und welcher auf ihre Klagen den Befehl gab, Hanf zu ſäen, um Leinwand zu machen. Und da die Pagen lachten, ſagte der Majordomus: Seht! nun da ſie Hemden haben, ſind ſie zufrieden. — Der Handel und die Induſtrie ſind eben ſo zufrieden, wie jene Pagen. Jene konnten ein Jahr warten; wir werden wenigſtens vier oder fünf Jahre warten, wenn es wahr iſt, daß dieſes Rieſenproject je ausgeführt werden wird, woran vernünftiger Weiſe ſo lange zu zweifeln, als die Regierung in revolutionnären Händen ſeyn wird, deren Unvermögen im Aufbauen eben ſo offenbar iſt, als ihre Geſchicklichkeit im Zerſtören."

Teutſchland.

Am 26. März hat in der königlichen Reſidenz zu München die feierliche Anwerbung Sr. königl. Hoheit des Prinzen-Mitregenten Friedrich Auguſt von Sachſen um die Hand Ihrer königl. Hoheit der Prinzeſſinn Marie von Baiern durch den königlich ſächſiſchen wirklichen geheimen Rath und bevollmächtigten Geſandten, Freiherrn von Reitzenſtein, Statt gefunden.

Das königlich Baieriſche Regierungsblatt vom 27. März enthält folgende Dienſtesnachrichten: „Se. Majeſtät der König haben Sich bewogen gefunden, den bisherigen außerordentlichen Geſandten und bevollmächtigten Miniſter am königl. großbritanniſchen Hofe, Auguſt Freiherrn von Cetto, in gleicher Eigenſchaft am k. k. öſterreichiſchen Hofe, und den königlichen Legationsrath und Collegialdirector Carl von Gaßer zu Wien, zu Allerhöchſtihrem Geſchäftsträger am Hofe Sr. Majeſtät des Königs von Griechenland allergnädigſt zu ernennen und an deſſen Stelle den königlichen Legationsrath Carl Auguſt von Oberkamp zu der königlichen Geſandtſchaft am k. k. öſterreichiſchen Hofe zu berufen."

Wien, den 1. April.

Se. k. k. Majeſtät haben mittelſt allerhöchſten, an den königl. ungariſchen Hofkanzler, Grafen Reviczky, erlaſſenen Cabinetsſchreibens vom 20. Februar d. J. das erledigte Bácſer griechiſch nicht-unirte Bisthum dem Ofner griechiſch nicht-unirten Biſchofe und Adminiſtrator der Temeswarer griechiſch nicht-unirten Dioeceſe, Stephan Sztankovits, allergnädigſt zu verleihen geruht.

Nach der heute erſchienenen Ueberſicht der Satzungspreiſe für den Monat April iſt die ordinäre Semmel zu ½ kr. um ¼ Loth und roggenes Brot zu 1 kr. um ½ Loth leichter auszubacken; die übrigen Brot- und Semmelgattungen ſind im vorigen Gewichte verblieben. — Das Pfund Rindfleiſch koſtet 9 kr. C. M. oder 22½ kr. W. W.

Mit dem heutigen Blatte des Beobachters liefern wir unſern Leſern, als Beilage, eine Chronologiſche Ueberſicht der merkwürdigſten Ereigniſſe im Monat Jänner dieſes Jahres. Bei wichtigeren Begebenheiten oder Actenſtücken haben wir, zur Erleichterung des Nachſchlagens, die Seitenzahlen der Blätter des Beobachters angeführt, welche die Erzählung jener Begebenheiten oder die Actenſtücke enthalten. — Am 1. Mai werden wir die Ueberſicht der Ereigniſſe vom Monat Februar, u. ſ. f. jeden Monat in gleichem Zeitabſtande liefern.

Hauptredacteur: Joſeph Anton Edler von Pilat.

Verleger: Anton Strauß ſel. Witwe in der Dorotheergaſſe Nr. 1108.

Digitized by Google

Nro. 92

Oeſterreichiſcher Beobachter.

Dinſtag, den 2. April 1833.

Meteorologiſche Beobachtungen vom 31. März.	Zeit der Beobachtung.	Barometer auf 0° Reaumur reducirt.		Thermometer Reaumur.	Wind.	Witterung.
		Pariſer Maß.	Wiener Maß.			
	8 Uhr Morg.	27.4:4	28Z. 2L. 1P.	+ 6.8	WNW. ſchwach.	trüb.
	3 Uhr Nachm.	27.3:5	28 1 8	+ 12.0	W. ——	Wolken.
	10 Uhr Abends.	27.4:8	28 2 1	+ 7.0	WNW. ——	heiter.

Portugal.

Die (zuerſt aus der Gazzetta di Genova geſchöpfte) Nachricht von einer Affaire, die am 4. März bei Oporto Statt gefunden, hat ſich beſtätigt; der ganze Vorfall ſcheint jedoch nicht von Bedeutung geweſen zu ſeyn. — Der (engliſche) Courier gibt darüber folgende Details in einem Schreiben aus Oporto vom 4. März: „Dieſen Morgen mit Tagesanbruch haben die Migueliſten, nachdem ſie die Stadt die ganze Nacht hindurch bombardirt hatten, einen ſehr lebhaften Angriff in der Richtung von Lordello und S. João da Foz unternommen. Sie wollten anfangs eine Diverſion in der Nähe von Agua Ardiente machen, allein bald bemerkte man, daß der Hauptangriff gegen die Linie von Lordello gerichtet war. — Die Truppen Dom Miguels ſind vollſtändig zurückgeſchlagen worden, und man kann annehmen, daß ſie einen bedeutenden Verluſt erlitten haben; man ſagt, daß ſie über 600 Mann an Todten verloren haben; man darf aber allen den Gerüchten, die hierüber in der Stadt umlaufen, keinen Glauben beimeſſen. — Dom Pedro's Truppen haben verhältnißmäßig einen geringeren Verluſt erlitten; aber das ſchottiſche Corps, unter Commando des Majors Shaw, iſt am übelſten zugerichtet worden; ein Offizier von dieſem Corps wurde getödtet, und faſt alle übrigen Offiziere, mit Ausnahme des Commandanten, ſind verwundet worden. Man ſchätzt die Zahl der Todten und Verwundeten auf Seite der Conſtitutionnellen auf 100. Man erwartet täglich Lebensmittel, Munition und Truppenverſtärkungen.“ (In Vigo ſollen 30 Fahrzeuge mit Lebensmitteln für Oporto liegen.) — Der Courier fügt hinzu, daß obiges Schreiben durch das Packetboot Alban, welches am 12. bei Vigo angelegt hatte, mitgebracht worden ſei.

Die Liſſaboner Zeitung vom 7. März gibt (nach einer Ueberſetzung im Pariſer Meſſager) nachſtehenden Bericht über obige Vorfälle: „Am 4. d. M. hat der Graf von San Lourenço, Oberbefehlshaber der Operationsarmee vor Oporto, eine Recognoscirung gegen dieſe Stadt mit größter Vorſicht unternommen, und die falſchen Angriffe, welche zu gleicher Zeit auf verſchiedenen Puncten der feindlichen Linie Statt fanden, hatten das günſtigſte Reſultat, namentlich der, welcher am nördlichen Douroufer von der beweglichen Colonne ausgeführt wurde, die ſich einiger Magazine und einiger Mühlen, die außerhalb der Trancheen liegen, bemächtigt hat. Man hat in dieſen Magazinen Lebensmittel, die für die Rebellen beſtimmt waren, gefunden. Der Graf von San Lourenço hat ſich, nachdem er den durch dieſen verſtellten Angriff beabſichtigten Zweck erreicht hatte, mit ſeinen Truppen in beſter Ordnung zurückgezogen. Unſer Verluſt, ſowohl an Todten als Verwundeten, iſt unbedeutend geweſen. — Die Regierung hat durch den Telegraphen die Nachricht erhalten, daß unſere Batterien geſtern, den 6. d. M., einen den Rebellen gehörigen Kriegsbrigg, der ſich im Douro befand, in den Grund gebohrt haben.“

Türkei.

Nachſtehendes iſt der vollſtändige Inhalt des (im letzten Sonnabends-Blatte erwähnten) Chatti-Scherif oder großherrlichen Handſchreibens an den neuernannten Großweſir Reuff Paſcha: „An Dich, Großweſir von edlem Character. Mein vielgetreuer Stellvertreter, Mohamed Emin Rauff Paſcha, Ich beehre Dich mit Meinem Gruße und ſende Dir Meine großherrliche Entſcheidung. — Es iſt Dir, würdiger und eifrigbefliſſener Weſir, bewußt, daß Deinem Vorgänger Reſchid Paſcha die Sendung, die Ich ihm aufgetragen hatte, durch einen Unſtern mißlungen iſt. Seine nothgedrungene Entfernung von den Functionen eines Weſirs hat ſeine Erſetzung nöthig gemacht. Du, der Du ſeit mehreren Jahren die höchſten Poſten Meines Reiches bekleidet haſt, und bereits früher mit der wichtigen Würde eines Großweſirs bekleidet geweſen biſt, Du biſt Meiner höchſten Willensmeinung und Deiner Pflicht unverbrüchlich nachgekommen, und die Dienſte, die Du in der Verwaltung der Deiner Leitung anvertrauten Provinzen geleiſtet haſt, ſind von Mir gewürdigt worden. Mit Einem Worte, Du haſt in der Führung der wichtigſten Angelegenheiten Meines Reiches reife Erfahrung erworben, und die Treue, ſo wie die Rechtſchaffenheit, die Dir eigen ſind, haben ſich bei jedem Anlaſſe bewährt. — In Folge deſſen und kraft eines von freien Stücken gefaßten Entſchluſſes Meines Willens erhebe Ich Dich jetzt neuerdings zur Würde eines Großweſirs und ernenne Dich zu Meinem unumſchränkten Stellvertreter. Mein Vertrauen ſtellt Deiner Fähigkeit die Leitung der Angelegenheiten Meiner Staaten anheim, und ich erachte es für angemeſſen, Dir in wenigen Worten meine Abſichten kund zu thun. — Meine unermüdliche Fürſorge, Meine fürnehmſte Aufmerkſamkeit ſind ſtets auf die ſtrenge Beobachtung und pünctliche Handhabung der Geſetze Unſerer Religion gerichtet geweſen. In die Reihe Deiner erſten Pflichten gehört auch die Wahl der geeigneten Mittel zur Sicherſtellung der Wohlfahrt und Ruhe Meiner Unterthanen, aller derjenigen, welche, Geſchöpfe der göttlichen Allmacht, von ihr Meiner Obhut anvertraut worden ſind; eine umſichtige Beurtheilung der Maaßregeln, welche dazu beitragen können, die Länder Meines Reiches glücklich und blühend zu machen; die getreue Beobachtung und die Aufrechthaltung aller mit den befreundeten Mächten beſtehenden Tractate und Conventionen, die Vollziehung und Handhabung der Ein-

Digitized by Google

richtungen und Statuten, die Ich zur Ehre Meines Reiches und zum höchſten Ruhm Unſerer Religion erlaſſen habe, und die ſich hauptſächlich auf die Land- und Seemacht beziehen. Der Zweck dieſer nenen Einrichtungen geht vor Allem dahin, den Einwohnern Meiner Provinzen Bürgſchaft der Ordnung und Ruhe zu gewähren. — Ich lenke ſomit Deine Aufmerkſamkeit ſowohl auf dieſe hochwichtigen und dringlichen Gegenſtände, wir auf die allgemeinen Angelegenheiten des Reiches. Ich lege Dir ans Herz, ſelbe nach Meinem Wunſche zu verwalten, und verſehe mich zu Dir, daß Du nichts verabſäumen wirſt, um die Obliegenheiten welche mit der unumſchränkten Stellvertreterſchaft, die Ich Dir übertragen habe, verknüpft ſind, zu erfüllen. — Sämmtliche Provinzen Rumeliens genießen jetzt, Dank der göttlichen Vorſehung, der vollkommenſten Ruhr und ungeſtorter Sicherheit. Die Truppen Rumeliens, Albaniens und Bosniens haben, deſſen halte ich Mich überzeugt, nicht ermangelt. im Verein mit ihren hoheren und niederen Befehlshabern in den letzten Gefechten, zu denen mitzuwirken Ich ſie berufen hatte, Beweiſe ihrer Hingebung zu liefern. Es ſei ihnen daher vergönnt, in ihre Heimath zurückzukehren, wo ſie unter Meinem hochſten Schutze Ruhe und Frieden genießen, ſich aber ſtets bereit halten ſollen, den Vorſchriften meines Willens gemäß zu handeln. — Ich habe Urſache zu hoffen, daß mit dem Beiſtande des Himmels die Spur der Ereigniſſe, welche für den Augenblick Anatolien und Arabien beunruhigt haben, vollſtändig vertilgt werden, und die Ordnung wiederkehren wird; die Einwohner gedachter Provinzen werden die Wohlfahrt und Sicherheit, deren ſie ſeit einiger Zeit unglücklicher Weiſe beraubt ſind, wieder genießen. Es hat Mich ſchmerzlich betrübt, daß die Pilgrime nach Mekka die Erfüllung ihrer frommen Pflichten der Wallfahrt ſeit zwei Jahren haben hintanſetzen müſſen, und daß ſogar die Bewohner der heiligen Orte den ganzen gedachten Zeitraum hindurch der herkomnlichen Geſchenke und der zur Befriedigung ihrer Bedürfniſſe beſtimmten Mittel verluſtig gegangen ſind. Ich hege die gegründetſte Hoffnung, daß binnen Kurzem die Freiheit des Verkehrs und die Vergütung aller der Verluſte durch nichts mehr gehemmt ſeyn wird. Der Hauptgegenſtand Meiner Fürſorge iſt, die Angelegenheit der Pilgerfahrt und das Beſte der Einwohner der heiligen Orte zu wahren. Ich rufe den Schutz des Allmächtigen, durch die Fürbitte unſeres Propheten an; möge er Dir ſeinen Beiſtand bei der Leitung der Angelegenheiten Meines Reiches angedeihen laſſen, Deinem Eifer in der Erfüllung Deiner Berufspflichten Vorſchub leiſten, und Dich ſo, wie alle Wohlgeſinnten, die im Verein mit Dir für die Wohlfahrt und die Ruhe Meiner Volker wirken, mit hoher Einſicht erleuchten!"

Großbritannien und Irland.

In der Sitzung des Unterhauſes vom 20. März kam, nach Vorlegung einer großen Anzahl Petitionen, worunter ſich eine von Schiffseigenthümern in Liverpool auszeichnete, welche ſich beklagen, daß ihre Frachtfahrt unter den engliſchen Handelsgeſetzen leide, und ſie namentlich mit den Amerikanern keine Conrurrenz halten konnten, die Diſcuſſion wieder an die iriſche Zwangsbill. Die zwolfte Clauſel, welche die Anſtellung von Rechtsgelehrten bei den Kriegsgerichten betrifft, ging mit einigen von Hrn. O'Connell vorgeſchlagenen Amendements durch; zu dieſen gehorte namentlich, daß die Gerichte offen gehalten werden ſollen. Sir R. Peel bemerkte, da dieſe Gerichte nach allen dieſen Amendements von gewohnlichen Kriegsgerichten ſo ſehr verſchieden wären, ſo ſolle man ſie auch nicht mehr Kriegsgerichte nennen, da ohnehin dieſer Name ſo verhaßt ſei. Lord Althorp bemerkte, dieſer Vorſchlag ſei beachtenswerth, eine Aenderung in dem Ausdrucke konne man jedoch erſt bei Vorlegung des Berichtes vornehmen, da die Clauſel, welche den Ausdruck enthalte, bereits angenommen ſei. Hr. O'Connell ſchlug ironiſch vor, ſie Revolutionstribunale zu nennen. Die Clauſeln 13, 14 und 15 wurden ohne Amendement angenommen; die ſechzehnte Clanſel, welche die Vorladung der Zeugen, welche vor den Kriegsgerichten erſcheinen ſollen, betrifft, ging mit dem Amendement Hrn. O'Connell's, daß auch dir Vertheidigungszeugen geladen werden ſollen, durch. Die ſiebzehnte Clauſel, welche von den von den Kriegsgerichten zu richtenden Verbrechen und die auszuſprechenden Strafen handelt, ging durch, mit nachſtehenden von den HH. Ruthven, O'Connell und Stanley vorgeſchlagenen Amendements, daß keine körperliche Strafe erkannt werden, daß die Acte nicht rückwirkend ſeyn, und Schmähungen (libel cases) und andere nicht von Gewaltthat oder Drohungen begleitete Vergehen nicht von den Kriegsgerichten abgeurtheilt werden ſollen. Die weiteren Clanſeln bis zur dreiundzwanzigſten incluſive wurden ohne oder mit geringen von Hrn. O'Connell vorgeſchlagenen Amendements angenommen. Auffallend war bei dieſer Diſcuſſion, daß der gehäſſige Ton gegen Hrn. O'Connell wie verſchwunden ſchien. Die Bill über die dramatiſchen Schriftſteller ward zum zweiten Male verleſen.

In der Sitzung des Oberhauſes vom 20. März ereignete ſich nichts Bemerkenswerthes.

In der Sitzung des Oberhauſes vom 21. März brachte Lord Plunkett ſeine Bill zur Verbeſſerung der iriſchen Juries ein, deren zweite Verleſung auf den 1. April feſtgeſetzt wurde. Das Haus vertagte ſich.

Am 19. März verſammelten ſich, wie ſchon erwähnt, einer feüheren Anzeige gemäß, die Deputationen aus verſchiedenen Theilen der Hauptſtadt und der Umgegend in dem Britiſh-Hotel, und begaben ſich von da nach Downing-Street, um dem Kanzler der Schatzkammer die Nothwendigkeit der Aufhebung der ſogenannten Aſſeſſed-Taxes (worunter hauptſächlich die Thür- und Fenſterſteuern verſtanden werden) darzuſtellen. Die Geſammtdeputation beſtand ungefähr aus 100 Perſonen, unter denen man Sir F. Burdett, Hrn. Bing, Hrn. Hume, Sir J. Key, den Alderman Wood, Hrn. Grote, Hrn. Briscoe u. ſ. w. bemerkte. Die Deputation wurde von Lord Althorp und Sir J. C. Hobhouſe empfangen. Hr. Corder führte das Wort, und äußerte ſich im Weſentlichen folgendermaaßen: „Mylord! Die Depntation, welche Sie hier verſammelt ſehen, iſt von ihren Mitbürgern beauftragt worden, Ew. Herrlichkeit vorzuſtellen, wie drückend und unerträglich die Haus- und Fenſterſteuern auf ihnen laſten. — Wir bitten Ew. Herrlichkeit, überzeugt zu ſeyn, daß kein Theil des Volkes mit größerem Entzücken die letzte große Maaßregel begrüßte, welche die gegenwärtige Verwaltung zur Verbeſſerung der Volksrepräſentation einbrachte, als die ungeheure Bevölkerung der Diſtricte, von denen wir jetzt deputirt ſind. Aber wir müſſen bekennen, Mylord, daß, als wir in der Stunde der Noth und Gefahr den Miniſtern Beiſtand leiſteten, wir die wohlbegründete Hoffnung hegten, daß eine Parlamentsreform zu einer ſchleunigen Erleichterung der Laſten des Volkes führen würde. Kein Theil der Unterthanen, Mylord, bedarf einer ſolchen Erleichterung mehr, als die Hauseigenthümer, eine Claſſe, welche während des letzten langen und koſtſpieligen Krieges Laſten getragen hatte, die verhältnißmäßig von andern Claſſen gar nicht ge-

fühlt wurden. Die Steuern, um deren Abſchaffung wir jetzt bitten, wurden unter dem Vorwande erhoben, daß ſie zur Führung des Krieges nothwendig wären, und dir damaligen Miniſter verpflichteten ſich ausdrücklich, daß dieſelben zwei Jahre nach Abſchluß des Friedens aufhören ſollten. (Hört! hört!) Wir haben jetzt 18 Jahre lang Frieden gehabt, und kommen nun, um die Regierung zur Erfüllung des damals gegebenen Verſprechens aufzufordern. — Es iſt eine ſchmerzliche Pflicht für uns, Mylord, aus eigener Kenntniß von dem Zuſtande des Handels dieſer großen Stadt zu verſichern, daß die Einwohner nicht länger im Stande ſind, jene Steuern zu bezahlen; und wir bitten daher Ew. Herrlichkeit, uns nicht ahnr die Verſicherung zu entlaſſen, daß die Regierung die Wünſche der Einwohner berückſichtigen wird. Sie werden dadurch, Mylord, dir jetzt herrſchende Aufregung beſchwichtigen, und Mißvergnügen und Verzweiflung in Zufriedenheit und Freude verwandeln." — Lord Althorp erwiederte, daß er die Verſammlung nur ungern in dem jetzigen Augenblick von drm angeregten Gegenſtand unterhalte, obgleich er denſelben in rriflichſte Erwägung gezogen und nach allen Seiten hin beleuchtet habe. Aber eben weil er den Gegenſtand ſo reiflich durchdacht, ſei er vielleicht mehr als jeder Andere von den ſich an denſelben knüpfenden Schwierigkeiten durchdrungen; und Alle, die ihn jetzt hörten, müßten zugeben, daß es hochſt unpaſſend und ihm in der That unmägtich wärr, wenn er, als einzelnes Mitglied der Verwaltung, über dir Zweckmäßigkeit, irgend einen Zweig des offentlichen Einkommens abzuſchaffen, ein Urtheil fällen wolle. Er fürchte daher, daß er der Deputatian keine zufriedenſtellende Auskunft über den von der Regierung einzuſchlagenden Weg geben könne; und daß die zahlreiche Verſammlung, welche er jetzt anzureden die Ehre habe, mit dieſrr Erklärung nicht zufrieden ſryn würde. (Nein! Nein!) Er habe aber in ſeiner Stellung noch andere Pflichten zu erfüllen, und ſa zahlreich und ehrenwerth auch die Verſammlung wäre, ſo wiſſe er doch ſeine Mittheilung in den Gränzen zu halten, welche ihm ſeine Stellung als Mitglied des Cabinetes varſchreibe. — Nachdem noch rinige Mitglieder der Deputation Bemerkungen über drn fraglichen Gegenſtand gemacht hatten, von Lord Althorp aber keine deutlicheren und beſtimmteren Erklärungen erlangen kannten, kam man gegenſeitig überein, die ferneren Erorterungen über dieſen Gegenſtand ſa lange zu verſchieben, bis derſelbe im Parlamente zur Sprache kommen würde.

Der Courier mrldet aus Deal vom 21. März: „Die franzöſiſche Fregatte Sirene, an deren Bord ſich Contreadmiral Villeneuve befindet, ſegelte nach Cherbourg zur Wiederausbeſſerung. Viceadmiral Sir P. Malcolm wird morgen ſeine Flagge einziehen, und ſich auf einige Tage entfernen, während welcher Zeit ſein Admiralſchiff, der Donegal, gleichfalls ausgrbeſſert werden ſoll. Auch das Schiff Malabar war beſchädigt, und ſollte zur Ausbeſſerung nach Portsmouth gehen. Ein franzäſiſcher Kriegsbrigg kam von Cherbourg an, und blieb bei der Eseadre." — Der Albion macht hierzu die Bemerkung, daß die Anordnung, die Schiffe während des Winters die See halten, adrr in den Dünen bleiben zu laſſen, die beiden Mächte bedeutende Summen habe koſten müſſen, und dennoch vollig unnütz geweſen ſei, indem die Schiffe eben ſo wohl in den benachbarten Häfen hätten liegen bleiben können.

Der Globe gibt zu verſtehen, die iriſche Bill ſei durch die vargeſchlagenen Amendements ſo ſchwach geworden, daß ſir vielleicht gänzlich wieder umgearbeitet werden müſſe. Wenigſtens, meint er, ſei ein ſolcher Zeitverluſt beſſer, als wenn ein Geſetz erlaſſen würde, „worüber die Weißfüßler nur lachten, und das ſie mit Füßen treten würden."

Die frühere Nachricht, daß der berühmte engliſche Geſchichtſchreiber John Lingard in Dover am freiwilligen Hungertode grſtorben ſei, zeigt ſich als falſch. Nach dem fünften Hefte der Zeitſchrift für Philoſophie und katholiſche Theologie hat Dr. Lingard einem der Redactoren dieſer Zeitſchrift unterm 8. März die Verſicherung gegeben, daß er ſich noch wohl befinde und mit geſchichtlichen Arbeiten fortwährend beſchäftigt ſei.

Frankreich.

Am 21. März führte in der Deputirtenkammer die Tagesordnung zuerſt auf den Commiſſionsbericht über den Geſetzentwuf in Betreff der Municipalarganiſation von Paris. Der Präſident Dupin bemerkte: „Dieſes Geſetz iſt die Ausnahme. Das allgemeine Geſetz über die Municipalorganiſation iſt die Regel. Ich weiß nicht, warum der ſeit ſo langer Zeit angekündigte Bericht noch nicht erſtattet iſt. Leſen Sie Ihre Adreſſe an den Konig wieder; die Kammer ſagt darin, mit Ungeduld erwarte Frankreich die Geſetze, welche die Charte ergänzen ſollen. Nun ſehen Sie aber auf die Commiſſionen und ihre Berichte; nichts iſt geendigt. Ich habe wenigſtens meine Pflicht gethan, wenn ich auf dieſen Zuſtand der Dinge bei jeder Gelegenheit aufmerkſam mache." (Beifall.) Hierauf verlas Hr. Benj. Deleſſert den erwahnten Bericht. Hr. Realier Dumas machte darauf aufmerkſam, daß ſchon ſeit drei Manaten die Commiſſion über das Zollgeſetz ernannt und noch kein Bericht erſtattet ſei. Hr. Ch. Dupin erwiederte, Hr. von St. Cricq ſri mit dem Berichte beſchäftigt, der bald in die Kammer gebracht werden konne. — In dieſer Sitzung ward die Discuſſion der einzelnen Capitel des Marinebudgets begonnen. Zahlreiche Amendements des Hrn. Auguis fielen durch. Die vier erſten Capitel, mit den von der Cammiſſion vorgeſchlagenen Reductionrn, in welche die Miniſter willigern, wurden angenommen. Gegen Hrn. Auguis bemerkte Hr. Ch. Dupin, daß Frankreich nur 33 Generaloffiziere der Marine habe, England aber 200; und daß in Frankreich 1 Generaloffizier auf 2 Millianen des Budgets komme, in England dagegen 1 auf ½ Million.

Am 22. März votirtr die Deputirtenkammer bereits den außerordentlichen Credit von 780,500 Fr., welchen am Tage zuvor Hr. von Rigny zur Vermehrung der Seemacht im Mittelmeere gefordert hatte. Es wurden von dem Miniſter keine weitern Erlänterungen verlangt. Ueberhaupt zeigte ſich die Kammer gegen das Marineminiſterium äußerſt gefällig; nicht Eine Reduction wurdr ohne Einwilligung des Miniſters angenommen; virle Capitrl wurden ohne Discuſſion votirt, ja einzelne Budgetſätze noch erhöht. Namentlich ward auf Hrn. Arago's Vorſchlag einr Summe von 30,000 Fr. ausgeſetzt, um für jrdes Kriegsſchiff einen Chronameter und einen Reflectionskreis anzuſchaffen. Arago ſetzte dabei die Vortheile auseinander, welche dieſe Inſtrumente vor den Compaſſen darbirten; während auf letztere die im Schiffe befindlichen Eiſenmaſſen wirken, und ſie auch verſchiedenen Einflüſſen unterworfen ſind, je nachdem man nach Nordrn oder Süden fährt, ſind jene Inſtrumente die ſicherſten Führer, durch welche die noch ſa häufigen Unglücksfälle auf dem Meere immer mehr vermindert werdrn konnen. Hr. von Rigny bemerktr, ſchon jetzt werde jedem Schiffe, das zu einer weiten Fahrt auslauſe, ein Chronameter und ein Reflexionskeeis mitgegeben, und überhaupt habe die franzoſiſche Marine ſich ſo vervollkommnet, daß

Digitized by Google

vielleicht keine andere der Welt ſo wenig Unglücksfälle zähle; ein Schiff, das jetzt aus einem franzöſiſchen Hafen nach Oſtindien auslaufe, ſei ſeiner Fahrt bis auf 24 Stunden hin ſicher. Die Kammer bewilligte Arago's Antrag mit großer Mehrheit. Das ganze Marinebudget ward in dieſer Sitzung beendigt.

Die Gazette de France vom 23. März iſt mit einem ſchwarzen Rande erſchienen, als Zeichen, wie ſie ſagt, einer unſeligen Ahnung. Sie ſpricht ſehr energiſch für die Verſetzung der Herzoginn von Berry in die Freiheit; denn, ſagt ſie, „man kann todten, wenn man denen, welche die Luſt zum Leben nöthig haben, dieſelbe verweigert."

Die Quotidienne verſichert, daß mehrere Aerzte erklärt hätten, die Herzoginn von Berry konne, wenn ſie länger in Blaye bleiben müſſe, keine ſechs Monate mehr leben.

Hr. von Chateaubriand fügte ſeiner an den National gerichteten Subſcription von 100 Fr. für Hrn. Laffitte die Bemerkung bei, daß, als er zur Zeit ſeiner Entlaſſung von der Botſchaft zu Rom wegen einer Summe von 10,000 Fr. in Verlegenheit geweſen, dieſe ihm durch die Caſſe des Hrn. Laffitte augenblicklich geliefert worden wäre. — Generallieutenant Allix überſchickte aus Bazarnes für denſelben Zweck an den Courier Français 500 Fr., und ein gemeiner Kanonier vom vierten Artillerieregimente 50 Fr., die er bei der Einnahme von Fromandière als Gratification von der Regierung erhalten. Eine zweite Subſcriptionsliſte des Journal du Havre beträgt mehr als 3000 Fr.

Von dem Grafen von Vaublanc, dem bekannten Miniſter des Innern unter Ludwig XVIII., ſind vor Kurzem bei dem Pariſer Buchhändler Dentu vier Bände Memoiren über die franzoſiſche Revolution und Forſchungen über die Urſachen, welche ſowohl die Revolution von 1789 als die folgenden herbeigeführt haben, erſchienen. Die erſte Urſache der Revolution findet der genannte Staatsmann in der achtzehnjährigen Regierung des Cardinals Richelieu, der die Monarchie in eine ſolche Lage verſetzt habe, daß dieſelbe ſich nur noch durch das perſonliche Genie ihrer Könige habe halten können und unter ſchwachen Königen habe untergehen müſſen.

Am 23. März. 5Percents Fin Courant geſchloſſen zu 101 Fr. 55. 3Percents Fin Courant geſchloſſen zu 78 Fr. 35.

Niederlande.

In der Sitzung der zweiten Kammer der Generalſtaaten vom 21. v. M. erſtattete die Centralcommiſſion Bericht über den das Erbrecht betreffenden Titel 12 des zweiten Buches des Civilcodex. Nach einer Debatte, an welcher die HH. Donker-Curtius, van Reenen, Sytzama, op den Hooff, van Dam und Luzac Theil nahmen, ward der Geſetzentwurf mit 34 gegen 4 Stimmen angenommen und die Kammer bis auf weitere ſchriftliche Einladung vertagt.

Mit Hinſicht auf die in mehreren Brüſſeler Zeitungen enthaltene Bemerkung, daß der belgiſche Miniſter des Innern auf die Nachricht vom Wiederausbruch der Cholera in Luxemburg und in mehreren franzöſiſchen Gemeinden die Communalverwaltungen zu aller möglichen Vorkehr gegen die Einſchleppung jener Krankheit aufgefordert habe, ſagt das Luxemburger Journal: „Wir wiſſen nicht, woher der belgiſche Herr Miniſter ſeine Erkundigungen einzieht; gewiß hat er aus Krakau die Nachricht von dem Wiedererſcheinen der Cholera zu Luxemburg erhalten. Niemals erfreute ſich unſere Stadt eines beſſeren Geſundheitszuſtandes. Wenn die unheilvolle Epidemie von Neuem in unſeren Mauern ausbrechen ſollte, würden wir es uns zur Pflicht machen, es ſogleich anzuzeigen."

Belgien.

In der Sitzung der Repräſentantenkammer vom 21. März ging der Kriegsminiſter in einem ausführlichen Vortrage die Erſparniſſe durch, welche von den Sectionen auf ſein Budget in Vorſchlag gebracht worden waren, und ſuchte darzuthun, daß ſeine Zuſtimmung zu den in Antrag gebrachten Reductionen von 6,090,848 Fr. nicht im Widerſpruch mit ſeinen früher aufgeſtellten Anſchlägen ſtehe, und daß dieſe Erſparniſſe Statt finden konnten, ohne daß der offentliche Dienſt darunter leide. Der Bericht des Miniſters wurde zum Druck verordnet.

Der franzöſiſche Geſandte, Hr. von Latour-Maubourg, iſt am 22. März von Brüſſel nach Paris abgereiſt.

In einem Briefe aus Saint-Omer vom 19. März, von einem dortigen holländiſchen Offizier geſchrieben, heißt es: „Vielleicht iſt dieß der letzte Brief, den ich von hier aus ſchreibe, denn man glaubt allgemein, daß wir, wenn die holländiſch-belgiſche Angelegenheit nicht binnen drei Wochen abgemacht iſt, nach dem ſüdlichen Frankreich, vielleicht nach Toulon, werden gebracht werde. Indeſſen hofft hier Jedermann, daß ein Arangement, wenn auch nur ein vorläufiges, nahe bevorſtehe. Wir haben nur eine ſehr geringe Anzahl der Unſerigen im Lazareth; auch das Befinden unſeres braven Oberbefehlshabers beſſert ſich mit jedem Tage, und von Zeit zu Zeit geht er ſogar aus; man ſieht alsdann viele der hieſigen Bürger ans Fenſter treten, um den General zu grüßen. Unſere Soldaten werden ſehr gut mit den Franzoſen fertig und es iſt beluſtigend, ſie mit einander umgehen zu ſehen; manche der Unſerigen, die bei ihrer Ankunft in Frankreich kein Wort franzöſiſch verſtanden, haben ſich eine Sprache gebildet, durch die ſie ſich verſtändlich zu machen wiſſen. Wir haben unſere Appells, wie in der Garniſon, und alle acht Tage Parade, wozu ſich eine Menge von Zuſchauern einfindet, welche das gute Ausſehen unſerer Truppen bewundern, worin dieſe die hieſige franzöſiſche Beſatzung übertreffen."

Am 1. April war zu Wien der Mittelpreis der

Staatsſchuld-Verſchreibungen zu 5pCt. in CM.	92;
detto detto zu 4pCt. in CM.	83⅛;
Darleh. mit Verlooſ. v. J. 1820, für 100 fl. in CM.	—;
detto detto v. J. 1821, für 100 fl. in CM.	135;
Wiener-Stadtbanco-Obligat. zu 2½ pCt. in CM.	52;
Conv. Münze pCt.	—;

Bankactien pr. Stück 1207 in CM.

Hauptredacteur: Joſeph Anton Edler von Pilat.

Verleger: Anton Strauß ſel. Witwe in der Dorotheergaſſe Nr. 1108.

Im Comptoir des Oeſterr. Beob. iſt erſchienen: Encyclopädie der Kriegskunſt zu Lande. Philoſophie des ganzen Kriegsweſens. — Elemente des Geiſtes, des Characters, der Wiſſenſchaft, der Handlung zum Kriege, und im Kriege. Strategie. Von Johann von Gurrard, k. k. penſionirtem erſten Rittmeiſter. Zweite, vom Verfaſſer berichtigte und vermehrte Auflage. Wien 1833. Großoctav. Zwei Bände, broſchirt mit Umſchlag 4 fl. C. M.

N^ro. 93

Oeſterreichiſcher Beobachter.

Mittwoch, den 3. April 1833.

Meteorologiſche Beobachtungen vom 1. April.	Zeit der Beobachtung.	Barometer auf 0 Reaumur reducirt. Pariſer Maß.	Wiener Maß.	Thermometer Reaumur.	Wind.		Witterung.
	8 Uhr Morg.	27.338	28Z. 1L. 1P.	+ 5.3	SO.	ſchwach.	Nebel.
	3 Uhr Nachm.	27.178	27 11 2	+ 14.0	SW.	— —	Wolken.
	10 Uhr Abnds.	27.024	27 9 3	+ 8.0	SO.	— —	— —

Großbritannien und Irland.

In der Sitzung des **Unterhauſes** vom 21. März wünſchte Lord **Althorp** zu wiſſen, ob das Mitglied für Birmingham (Hr. **Attwood**) ſeinen anf heute angeſetzten Antrag zur **Unterſuchung über den im Lande hereſchenden Nothſtand** noch zu machen gedenke. Nachdem Hr. **Attwood** dieß bejahend beantwortet hatte, erhielt zuerſt Sir W. **Ingilby** das Woet, um, ſeiner feüheeen Anzeige gemäß, dem Hauſe eine Bill über die **Aufhebung der Malzſteuer** vorzulegen. Er ſetzte die Nachtheile auseinander, welche namentlich für die ärmeren Claſſen aus dem jetzigen Syſteme erwüchſen, und meinte, daß, wenn man dieſen Uebelſtänden nicht abzuhelfen ſuche, man das Parlament bald werde um Einführung der Kriegsgeeichte in England angehen müſſen. — Loed **Althorp** bedauerte, daß man dieſen Gegenſtand zur Sprache bringe, bevor dem Hauſe das Budget vorgelegt woeden ſei. Binnen kurzer Zeit würde er Gelegenheit haben, über die Finanzen des Landes im Allgemeinen ſeine Anſicht auszuſpeechen, und die Totalſumme anzuzeigen, welche zur Beſtreitung der öffentlichen Ausgaben für das lauſende Jahr erforderlich ſeyn würde. Dann würde es auch die geeignete Zeit ſeyn, in Eewägung zu ziehen, welche Abgaben mit dem geringſten Nachtheil und zum größten Nutzen abgeſchafft werden könnten. Jetzt halte er es natürlich nicht für paſſend, eine ſo wichtige Frage, bei der es ſich um eine öffentliche Einnahme von 4,800,000 Pf. St. handle, zu erörtern. Der regelmäßigſte Weg unter dieſen Umſtänden ſei, auf die vorläufige Frage anzutragen; er habe aber Gründe, ein anderes Verfahren vorzuſchlagen. An den beiden letzten Tagen hätten mehrere Mitglieder, um die irländiſche Bill ſchneller durch den Ausſchuß zu fördern, ihre Anträge weiter hinausgeſchoben, für welche Gefälligkeit er bei dieſer Gelegenheit ſeinen Dank abſtatte. Das ehrenwerthe Mitglied für Birmingham beſtehe aber darauf, ſeine auf heute anſtehende Motion vorzubringen, obgleich die Verſchiebung allgemein gewünſcht würde. Der Redner erkläete darauf, daß er nicht auf die vorläufige Frage, ſondern amendementsweiſe darauf antragen wolle, daß das Haus ſich jetzt gleich in einen Ausſchuß über die Bill zur Unterdeückung der Unruhen in Irland verwandle. — Hr. A. **Baring** ſagte, daß dieſer Ausweg ſehr ſinnreich, aber nicht parlamentariſch wäre, indem zwei höchſt wichtige Gegenſtände beſeitigt würden, ohne daß man ſich darüber verſtändigt hätte, wann dieſelben wieder vorkommen ſollten. Hr. **Attwood** nannte das Veefaheen des Miniſters nicht allein unehrerbietig gegen die beiden Mitglieder, welche die Anträge geſtellt hätten, ſondern auch gegen das ganze Haus. Lord **Althorp** ſagte, daß er dem Hauſe wohl, aber nicht dem ehrenwerthen Mitgliede für Birmingham die Entſcheidung über ſein Betragen anheimſtellen wolle. Der Maequis von **Chandos** ſprach ſich ebenfalls gegen das Verfahren des Miniſters aus. Die Art und Weiſe, wie man ſich zweier für das Intereſſe des Landes ſo wichtiger Fragen entledigen wolle, ſei weder an und für ſich paſſend, noch mit der Würde des Hauſes verträglich. Sie W. **Ingilby** veeſtand ſich auf das Anrathen ſeiner Freunde dazu, ſeine Motion bis zum 15. Mai zu verſchieben. Als nun aber auf den Antrag des Lords Althorp zur Bildung des Ausſchuſſes geſchritten werden ſollte, erhob ſich Hr. **Attwood** und widerſetzte ſich dieſem Vorſchlage, indem er dabei zu gleicher Zeit Gelegenheit nahm, den von ihm auf heute angekündigten Gegenſtand ausführlich zur Sprache zu bringen, und darauf anteug, daß ein beſonderer Ausſchuß ernannt werden möge, um die Gründe der allgemeinen Noth, welche gegenwärtig unter den arbeitenden Claſſen des vereinigten Königreiches herrſche, und die wiekſamſten Mittel zur Abhülfe derſelben zu erforſchen. In einem ausführlichen Vortrage (auf den wir zurückkommen werden) bemühte er ſich darzuthun, daß das Elend des Volkes in dem jetzigen Augenblick größer, drückender und unnatürlicher ſei, als zu irgend einer früheen Zeit, und daß der Grund davon hauptſächlich in den Beſtimmungen des Jahres 1819 über die Landesvaluta zu ſuchen ſei. Lord **Althorp** räumte zwar ein, daß große Noth unter der arbeitenden Claſſe im Lande herrſche, er beſtritt aber, daß dieſelbe in dem Maaße Statt finde, wie der vorige Redner darzuthun geſucht habe. Er warf dem Hrn. Attwood vor, daß er nichts Anderes bezwecke, als eine Unterſuchung über die Geldveehältniſſe anſtellen zu laſſen, und es ſtehe deßhalb zu befürchten, daß die Niederſetzung des verlangten Ausſchuſſes große

Digitized by Google

Beſorgniſſe im Lande verbreiten, und ſo eher dazu dienen würde, die Noth zu vermehren. Er halte es daher für ſeine Pflicht, ſich dem Antrage zu widerſetzen. — Hr. Cobbett ſagte, daß, wenn das ehrenwerthe Mitglied für Birmingham vorgeſchlagen hätte, einen Ausſchuß niederzuſetzen, um zu überlegen, ob die Landesvaluta verändert werden ſollte, ſo würde er ſich ſeiner Seits einem ſolchen Antrage auch widerſetzt haben. Da aber das Elend des Landes Gegenſtand der Prüfung ſeyn ſolle, ſo müſſe er für denſelben ſtimmen, und thue dieß um ſo lieber, da es ſich bei genauer Unterſuchung gewiß zeigen werde, daß eine Veränderung der Valuta das Elend eher vermehren als vermindern würde. Hr. E. L. Bulwer glaubte, daß ein großer Theil des herrſchenden Elendes der ſchlechten Anwendung der Armengeſetze zuzuſchreiben ſei, und hielt eine Prüfung derſelben für zweckmäßiger, als den von Hrn. Attwood in Antrag gebrachten Ausſchuß. Hr. Baring hielt den beantragten Ausſchuß ebenfalls für unnütz, da derſelbe nur Hoffnungen erwecken, aber keine erfüllen würde. Man wiſſe aus Erfahrung, wie wenig Nutzen ſolche Ausſchüſſe über ganz allgemeine Gegenſtände von je her geſtiftet hätten. Beſonders aber widerſetze er ſich dem Antrage, weil auch er glaube, daß das ehrenwerthe Mitglied für Birmingham nichts Anderes bezwecke, als eine Entwerthung der Valuta. Hr. Braumont erklärte, daß er nur gegen den Antrag ſtimmen werde, weil er das feſte Vertrauen zu den Miniſtern habe, daß ſie die erſte Gelegenheit benutzen würden, um mit Maaßregeln zur Abhülfe der Noth hervorzutreten. Hr. Peaſe ſagte, daß er, als Mitglied eines reformirten Parlamentes, es für ſeine Pflicht halte, einen Antrag zu unterſtützen, der ſich auf die im Lande herrſchende Noth gründe. (Hier wurde der Redner durch das Gebell eines Hundes unterbrochen, der ſich ins Haus zu ſchleichen gewußt hatte, und zu großer Beluſtigung der Verſammelten von den Boten verfolgt und gefangen abgeführt wurde.) Er würde, fuhr Hr. Peaſe fort, es lieber geſehen haben, wenn der Gegenſtand nicht in ſo allgemeiner Form zur Sprache gebracht worden wäre; wenn aber das ehrenwerthe Mitglied für Birmingham es zur Abſtimmung kommen laſſe, ſo könne er auf ſeine Stimme rechnen. — Hr. Warburton war der Meinung, daß die Niederſetzung des verlangten Ausſchuſſes von den allerſchlimmſten Folgen für das Land ſeyn würde, und daß, wenn dieſelbe genehmigt werden ſollte, die Miniſter verpflichtet wären, morgen am Tage ihre Entlaſſung einzureichen. („Hört! hört! Nein! nein!") — Hr. Dr. W. Harvey machte es dem Mitgliede für Birmingham zum Vorwurf, daß er ſeinen Antrag in ſolcher Form und unter ſo ungünſtigen Umſtänden vorgebracht hätte, indem er dadurch diejenigen Mitglieder, welche im Allgemeinen Vertheidiger einer ſolchen Maaßregel wären, und ſich doch unter den obwaltenden Umſtänden verpflichtet hielten, gegen den Antrag zu ſtimmen, der Mißdeutung von Seiten ihrer Conſtituenten ausſetze. Er ſei nicht allein von der drückenden Noth im Lande überzeugt, ſondern auch ſo bereit, wie irgend Jemand, jedes Mittel zur Abhülfe zu befördern; dem Antrage aber müſſe er ſich als unzeitig und unzweckmäßig widerſetzen. — Hr. Robinſon ſagte, daß ihm die Gründe mancher Mitglieder gegen den Antrag nicht recht einleuchten wollten. Immer, wenn das Elend des Landes in dieſem Hauſe zur Berathung komme, finde man die Anträge entweder zu ſpeciell, oder zu allgemein gehalten; aber nie bezeige man ernſtliche Luſt, ſich mit der Noth der arbeitenden Claſſen zu beſchäftigen. Bei der Abſtimmung ergaben ſich:

Für den Antrag des Hrn. Attwood	158 Stimmen.
Gegen denſelben	192 „
Majorität für die Miniſter . . .	34 Stimmen.

Der Ausſchuß über die Bill zur Unterdrückung der Unruhen in Irland wurde, da es ſchon zu ſpät geworden war, verſchoben, und das Haus vertagte ſich um ³/₄ auf 2 Uhr.

Bei Ihrer Majeſtät der Königinn war am 21. März der zweite dießjährige Cercle, zu welchem ſich unter anderen hohen Perſonen die Herzoginn von Kent und der Herzog von Glouceſter einfanden. Es wird bemerkt, daß die Damen bei dieſer Gelegenheit nur in Stoffen von engliſcher und irländiſcher Fabrikation gekleidet waren. Hr. Dedel iſt Ihrer Majeſtät der Königinn vorgeſtellt worden.

In Bezug auf die Geldſyſtem-Frage, die jetzt in London wieder einen ſo großen Theil des öffentlichen Intereſſes in Anſpruch nimmt, und wobei es ſich namentlich um die Aufhebung der Peel'ſchen Bill handelt, die bekanntlich die Goldvaluta feſtſetzte, heißt es im Courier: „Die Peel'ſche Bill hat eine beſtändige Schwankung in den Preiſen und im Geldwerth zur Folge gehabt. Wie kann Gold als Norm für den Geldwerth dienen, wenn man zuweilen für eine Unze davon eine größere, zuweilen eine geringere Quantität Weizen erhält, wenn auch in beiden Fällen die ſonſt wohl auf den Preis des Weizens einwirkenden Umſtände dieſelben blieben? Wie kann Gold zur Norm des Werthes für andere Dinge gemacht werden, wenn ſein eigener Werth einer beſtändigen Schwankung unterworfen iſt? Bleibt einmal die Zufuhr von den Bergwerken aus, iſt einmal beſonderes Verlangen nach Gold, wenn ein auswärtiger Krieg geführt werden ſoll, ſo wird das Gold in unſerem Lande ſelten und theuer; was wird dann aus Eurer Norm? Was wäre das für ein Normalmaaß, das ſich, je nach dem Wechſel von Wind und Witterung, bald erweiterte, bald zuſammenzöge? Bekanntlich ſuchen die Diamantenhändler bei trockenem Wetter einzukaufen und bei naſſem loszuſchlagen, weil die Verſchiedenheit des Gewichtes, das einmal durch den Mangel an Feuchtigkeit, das andere Mal durch das Einſaugen derſelben, dem koſtbaren Steine auch einen ver-

Digitized by Google

ſchiedenen Werth gibt und ihnen auf jene Weiſe doppelten Vortheil ſchafft. Aber ſchwerlich würde ein Juwelier ſich dazu verſtehen wollen, das veränderliche Gewicht des Diamanten zur Norm des Werthes für andere Edelſteine zu machen. Eben ſo ungeeignet iſt das Gold zur Beſtimmung des Werthes anderer Bedürfniſſe, weil ſein eigener Werth immer wechſelt."

Conſols am 22. März 87⅞.

Portugal.

Im Albion vom 22. März lieſt man über die portugieſiſchen Angelegenheiten: „Geſtern Abends ging das Gerücht, es ſeien Nachrichten aus Oporto eingegangen, denen zufolge Dom Pedro einen Ausfall unternommen und dadurch wichtige Reſultate erreicht hätte. Die Armee Dom Miguels ſoll die Flucht ergriffen, ihr Oberbefehlshaber, General Santa-Marta, in Folge deſſen den Abſchied erhalten haben und der Kriegsminiſter, General Lourenço, zu ſeinem Nachfolger ernannt worden ſeyn. Alle dieſe Nachrichten jedoch werden durch die Ankunft des Pantaloon mit Briefen aus Liſſabon, wenn nicht gänzlich widerlegt, doch ſehr problematiſch gemacht. Dieſes Schiff ſegelte am 2. März aus dem Tajo ab und berührte Oporto am 4. d. M. Es communicirte mit dem vor der Barre liegenden brittiſchen Schiffe Druid, und hörte von dieſem, daß des fortwährenden ſtürmiſchen Wetters wegen ſeit dem 21. Februar kein Verkehr mit der Küſte Statt gefunden hatte. Man glaubt indeß nicht, daß unterdeſſen eine Begebenheit von Wichtigkeit vorgefallen ſeyn würde, und Vorräthe waren auch nicht gelandet worden. Dieß war, wohl zu merken, am 4. d. M., an demſelben Tage, wo, den geſtrigen Gerüchten zufolge, Dom Pedro jene Vortheile errungen haben ſollte. Aus den Liſſaboner Berichten aber geht hervor, daß die Entlaſſung des Generals Santa-Marta ſchon vor der Zeit Statt gefunden hat, und zwar nicht eines von ihm begangenen Fehlers wegen, ſondern auf ſeinen eigenen Wunſch, in Folge ſeiner geſchwächten Geſundheit. In Liſſabon war Alles ruhig. Die Regierung hatte einige wichtige Veränderungen im Commando der Armee vorgenommen. Im Tajo lagen noch die brittiſchen Schiffe Britannia, Caledonia und Aſia vor Anker. Der St. Vincent befand ſich mit der Flotte des Admirals Sartorius am 4. d. M. noch zu Vigo."

Spanien.

In den erſten Tagen des Monats April wird der Hof die Hauptſtadt verlaſſen, um die ſchöne Jahreszeit in Aranjuez zuzubringen. Die Königinn läßt in dem ganz in der Nähe liegenden Viſta-Alegre einen ſchönen Pallaſt erbauen.

Die Hofzeitung enthält fortwährend eine Menge von Dankadreſſen, welche wegen Bekanntmachung der Verhandlungen der Cortes von 1789 an den König gerichtet worden ſind; unter dieſen Adreſſen befinden ſich die des Generalcapitäns von Galicien, Grafen von Karthagena (Morillo), des Erzbiſchofs von Valencia, der Biſchöfe von Cadix, Cordoba, Barcelona, Tarragona, Tortoſa, Toledo, Burgos, Karthagena, Badajoz, Saragoſſa, Zamora und 29 anderen Städten.

Griechenland.

Briefe aus Syra vom 2. März melden, daß auf dieſer Inſel fortwährend die größte Ruhe herrſche. Es ſei ein königlicher Inſpector der Mauthen und Zölle angelangt, der ſogleich mehreren Betrügereien auf die Spur gekommen ſei, weßhalb verſchiedene Kaufleute jenes Platzes ihren Correſpondenten anempfehlen, ihnen künftig die Waaren nur in Begleitung eines beſtimmten Ausweiſes zu ſenden, um jedem Schaden vorzubeugen. Dieſelben Briefe ſetzen hinzu, die franzöſiſchen Truppen ſtänden im Begriffe ſich in Navarin einzuſchiffen, um nach Frankreich zurückzukehren. Briefe aus Nauplia vom 28. Februar beſtätigen einſtimmig, daß auch dort alle wünſchenswerthe Ruhe und Zufriedenheit herrſche. Die Regentſchaft hat durch ein beſonderes Decret befohlen, daß nach zwei Monaten, alſo vom 1. Mai an, alle Staatsrechnungen, die bisher in Piaſtern und Para's geführt wurden, künftig in Nationalmünze nach Drammen und Lepta's geführt werden ſollen. Angehängt iſt ein Tarif, demzufolge der ſpaniſche Thaler in Griechenland 6 Drammen, der Conventionsthaler 5 Drammen 78 Lepta's gilt ꝛc. Ein zweites Decret der Regentſchaft kündigt an, daß die königliche Regierung geneigt iſt, in den verſchiedenen Städten des Reiches an diejenigen Privaten, welche Häuſer zu bauen wünſchen, Staatsgründe zu veräußern. Ein drittes beſtätigt alle Angeſtellten in ihren bisherigen Aemtern, und behält ſechs Monate lang, d. h. bis zur Organiſation, alle Auflagen bei. — Man rüſtet Truppen aus, um Athen und Euböa zu beſetzen, das die Türken bereits geräumt haben. Wie ſehr die Zuverſicht in Griechenland zurückkehrt, mag auch der Umſtand beweiſen, daß Schiffe, die bisher zu ihrem Schutze ſich der joniſchen Flagge bedient haben, nach Nauplia ſegelten, bloß um dort ihre Papiere ſich von der Regentſchaft ausfertigen zu laſſen und die Nationalflagge aufzupflanzen.

Die in St. Petersburg erſcheinende Nordiſche Biene gibt in einem Schreiben vom Bord der Fregatte Lowiez auf der Rhede von Nauplia vom 5. Februar folgenden Bericht über die Ankunft des Königs Otto in Griechenland: „Der Himmel Griechenlands erheitert ſich; nachdem es den Kelch des Leidens bis auf die Hefe geleert hat, bringt ihm ſeines Königs Ankunft neues Leben. Mitten unter den Schreckniſſen der letzten Vorfälle umſchwebten von Zeit zu Zeit freudige Botſchaften die Gegend der Trauer und erleuchteten ſie wie Meteore der Hoffnung. In Corfu wurde Griechenlands König von dem Volke mit Jubel und von den engliſchen Autoritäten mit allen gebührenden Ehren empfangen. Am 22. Jänner bewillkommten die ſpiegelnden Gipfel des Taigetus, mit dem Wiederſcheine der Strahlen des erwachenden Tages, den Erben

Digitized by Google

des Ruhmes der Achaier. Die königliche Flotte lief zur Abwartung des günſtigſten Windes in die Bucht von Kalamata ein, allein die frohe Kunde der Ankunft der Erſehnten belebte ganz Griechenland. Von der Höhe von Palamedes entdeckte man am 27. Jänner die Schiffe des Königs an der Landſpitze von Malvaſia. Die Fregatte unter der Standarte erwartete die Transportſchiffe, die nachgeblieben waren. Am 29. gewährte der Meerbuſen von Nauplia einen herzerhebenden Anblick. Die königliche Fregatte ging um Mittagszeit vor Anker. Der Hafen wimmelte von Schiffen aller Art. Die baieriſchen Truppen auf den Verdecken der Teansportfahrzeuge erfüllten die Luft mit ihren Ausrufungen. Der allgemeine Jubel ſchien rund umher, wie einſt Orpheus Leier, Leben aus Felſen hervorzurufen. Man ſah nicht ihre Wände vor den ſie bedeckenden Maſſen des Volkes, und als durch den Donner des Geſchützes, durch des Dampfes Wolken der tauſendſtimmige Ruf erſchallte: „Es lebe der König! Griechenland lebe!" da war es, als riefe Hellas Genius ſelbſt ſeine alte Heimath ins Leben und fernher antwortete ihm das Echo von Argolis. — Bis zur Einrichtung des Pallaſtes blieb der König auf der Fregatte. Die Stadt, die während dieſer ganzen Zeit erleuchtet wurde, bot bei Tage und bei Nacht den Anblick eines ununterbrochenen Feſtes. Am Landungstage geruhten Se. Majeſtät die Admiräle der vereinten Geſchwader und die Reſidenten zu empfangen. Tags darauf wurden ihm viele Offiziere der alliirten Truppen, und am dritten die proviſoriſche Regierung vorgeſtellt. Die Admiräle und nachmals die Reſidenten, hatten die Ehre, bei Sr. Majeſtät zu ſpeiſen. Sie können ſeine Liebenswürdigkeit, ſeinen Geiſt, ſeine Umgangsweiſe nicht genug preiſen; er befindet ſich in voller Blüthe der Geſundheit und hat das angenehmſte Aeußere. Seine Fragen, jedes ſeiner Worte athmen Liebe zu dem Lande, deſſen Loos die Vorſicht in ſeine Hände legte. Der heutige Tag iſt zum Einzug in Nauplia brſtimmt. Die franzöſiſche Garniſon, die den Baiern die Feſtung abgeliefert hat, bat um die Ehre, den König in der Stadt empfangen zu dürfen. Die Einwohner haben, nach Möglichkeit, alle Vorbereitungen zu dieſer Feierlichkeit getroffen. Ein geſchmackvolles Triumphthor *) erhebt ſich vor der Stadt. Man erblickt daran Inſchriften aus Homer; Miſſolunghi's zerriſſene Fahnen, in Lorber und Myrthe gehüllt: das claſſiſche Altherthum und die ehrenvolle Wiedergeburt, den Ruhm, der Otto's harrt, und Griechenlands Liebe zu ihm. Mitten auf dem Portale ſtehen die Worte: „England, Frankreich, Rußland. Tractat vom 6. Juli." — Dem Ceremoniale gemäß, hielt der König von Griechenland nach 2 Uhr ſeinen Einzug in ſeine Stadt — ſeine vorläufige Reſidenz, — ging in die Kirche, und von dort in den Pallaſt. Der Jubel kennt keine Gränzen. Freundliche Wahrzeichen leuchten über Otto und über dem Antritte ſeiner Herrſchaft."

*) Erbaut von dem Ingenieur Valiano, ehemals in ruſſiſchen Dienſten.

Frankreich.

In der Sitzung der Pairskammer vom 23. März mahnte Marſchall Grouchy an das Geſetz über die Departementalorgamſation, und Hr. von Dreux-Brézé fragte, warum man nichts mehr von dem Geſetzentwurf über den Belagerungsſtand (état de siége) höre. Hr. Molé antwortete letzterem, es ſeien viele Amendements dazu gekommen, die zuerſt bei der Commiſſion hätten erörtert werden müſſen und jetzt dem Berichterſtatter zur Beatbeitung vorlägen. Hr. Roederer antwortete dem Marſchall Grouchy, die Grundlagen des Berichtes ſeien ſchon von der Commiſſion feſtgeſetzt und der Bericht ſelbſt werde der Kammer bald vorgelegt werden. General Dejean drang auch auf Vorlegung des Berichts über den erwähnten Geſetzentwnrf; er glaubte, daß dieſes Geſetz ſehr nöthig ſei und nicht ſtreng genug ausfallen könne. Die Kammer hörte hierauf einen Bericht des Hrn. Cornudet über den Entwurf, die Bekanntmachung der Acten der Handelsgeſellſchaften betreffend, und trug auf Annahme an. Hr. von Taſcher berichtete über den Entwurf wegen Verwendung der unangegriffen gebliebenen Fonds an dem für die Epidemien eroffneten Credit. Die Sitzung ward alsdann aufgehoben.

In der Sitzung der Deputirtenkammer vom 23. März ward zuerſt über mehrere Petitionen Bericht erſtattet. Sodann wurden mehrere Geſetzentwürfe, örtliche Intereſſen betreffend, mit 220 weißrn gegen 10 ſchwarze Kugeln angenommen. Die Tagesordnung kam an Erörterung der geforderten Ermächtigung zur gerichtlichen Einſchreitung gegen Hrn. Cabet. Hr. Cabet bat die Kammer, ſich dieſer Ermächtigung nicht zu widerſetzen, da er den Drang fühle, ſich vor den Tribunalen zu rechtfertigen. Der Beſchluß deßhalb ward hierauf einſtimmig von der Kammer durch Niederſitzen und Aufſtehen angenommen. — Die Tagesordnung kam an Erörterung des Entwnrfs zu einem Inſchußeredite von 1,500,000 Feanken für geheime Ausgaben. Hr. Viennet hielt eine lange Rede gegen die Gewaltthätigkeiten der Parteien und gegen die für die Regierung ſo nngerechte Preſſe. Der Redner bedauerte hauptſächlich, daß die Geſetze ohnmächtig ſeien, die Factionsmänner zu erreichen, die ſich rühmen, ſchon eine völlige Organiſation zu haben. Die Carliſten flößten übrigens Hrn. Viennet kein großes Vertrauen ein; er konne nicht vergeſſen, daß ſie ſich Buonaparte angeſchloſſen hätten, um ihn zu verrathen, und fürchte, ſie möchten ſich dem Frankreich des Juli anſchließen, um es einer dritten Reſtauration zu überliefern. Der Redner klagte hierauf, daß die Mehrheit der Kammer veränderlich ſei. (Nein, nein, in den Centrums.) Doch bleibe ſie bei großen Fragen denrn getreu, die Trotz einiger Irrthümer die offentliche Ruhe gegen die Factionen, und die Nationalwürde gegen die Anforderungen der Fremden geſchützt hät-

ten. Bei Erwägung der öffentlichen Meinung glaubte Hr. Viennet den größten Theil der Bevölkerung für politiſche Fragen gleichgültig. Er ſehe nicht ein, warum man den Muth der Oppoſition rühme. Dieſe ſei gar keine Gefahr gelaufen. Die wahrhaft muthigen Männer wären die Anhänger des Miniſteriums, die nicht aus ihrem Hauſe treten könnten, ohne Inſulten an ihrer Hausthüre zu treffen. Der Redner rief die Miniſter des Königs an, daß die gegenwärtige Legalität tödtend ſei; die Rettung des Volkes ſei das erſte Geſetz. Er forderte ſie auf, ſtärkere und kräftigere Geſetze zu verlangen, man würde ſie unter dem Beifall der Bevölkerung bewilligen. Es ſei mehr als Schwäche, in dieſer Lage zu bleiben. Er wiſſe wohl, daß die Regierung immer auf die zum Beiſtande für die öffentliche Ordnung ſo bereite Nationalgarde und die Armee rechnen könne, und daß die Factionsmänner ſich vergeblich in deren Reihen ſchleichen, um ſie zu verführen. Man könne aber doch nicht die Regierung in die Verpflichtung ſetzen, im Innern nur durch das Schwert und die Kanonen zu verfahren. Es ſei weiſer, den Emeuten zuvorzukommen, als ſie zu beſtrafen. Der Redner fragte, ob die Kammer noch nicht müde ſei, Penſionen für die Opfer der Empörung, Entſchädigungen für Vermögen, die darunter gelitten, zu votiren, und ob es nicht ein Mittel gebe, die Geſellſchaft durch weniger gewaltſame Maaßregeln zu beſchützen. Es ſei beſſer in die Schlupfwinkel der Factionen zu dringen, ihre Geheimniſſe auszukundſchaften, ihre Intriguen und ihre Umtriebe zu vereiteln. Dazu könne nur der goldene Schlüſſel den Weg bahnen. Man ſolle daher den Miniſtern die verlangten Fonds bewilligen. — Hr. von Corcelles rief, dieß verdiene keine Antwort. Hr. l'Herbette, der die Oppoſition gegen die ihr von Hrn. Viennet vermeintlich gemachten Angriffe vertheidigen wollte, wurde von den Mitgliedern derſelben, die ſich nicht für angegriffen halten wollten, nicht zu Worte gelaſſen; die Miniſter ſchwiegen. Die allgemeine Erörterung ward geſchloſſen, und hierauf der einzige Artikel des Entwurfes mit einem Abzuge von 300,000 Fr. von Seite der Commiſſion, in welchen aber das Miniſterium gewilligt, mit 197 weißen gegen 114 ſchwarze Kugeln angenommen. Die Tagesordnung kam an den Bericht der Finanzcommiſſion über das Budget des Kriegsminiſteriums für 1833. Die Kammer befahl den Druck, ohne den Bericht vorleſen zu laſſen, und verfügte, daß die Erörterung nach der des Budgets des öffentlichen Unterrichtes Statt finden ſolle. Hierauf folgte die Erörterung des Vorſchlags des Hrn. Bavoux, die Wiedereinſetzung der Eheſcheidung betreffend. Der Vorſchlag, aus Einem Artikel beſtehend, lautend: „Die Verfügungen des bürgerlichen Geſetzbuches über die Eheſcheidung ſind hergeſtellt; ſonach iſt das Geſetz vom 8. Mai 1816 abgeſchafft," ward mit großer Majorität angenommen. Ein Zuſatzartikel des Hrn. Renouard, lautend: „Die Verbote können nie zu Gunſten von Perſonen gehoben werden, bei welchen eine erſt Heirath durch Scheidung aufgelöst worden wäre," war ebenfalls angenommen, und der ganze Entwurf mit 21? weißen gegen 82 ſchwarze Kugeln votirt. Die Kammer erörterte dann noch einen Entwurf, die Controlle bei den öffentlichen Schätze betreffend.

Die Hauptſtadt (Paris) und ihr Weichbild ſind bekanntlich von dem allgemeinen Geſetze für die Departements und Municipalitäten ausgeſchloſſen und dieſe doppelte Lücke ſoll durch das neue Municipalgeſetz ausgefüllt werden. Was zuerſt die Wähler angeht, ſo wollte die Regierung nur diejenigen, welche für die Wahlen in die Kammer ſtimmberechtigt ſind, zulaſſen; die Commiſſion dehnt das Wahlrecht aber auch auf die zweite Liſte der Geſchwornen oder die ſogenannten Capacitäten aus. Die Zahl der Wähler erſter Art beträgt 14,500 und die der zweiten 2100, ſo daß, wenn man die Bevölkerung von Paris auf 800,000 Köpfe anſchlägt, auf 100 Köpfe zwei Wähler kommen. Die Zahl der Municipalräthe iſt auf 48 feſtgeſetzt, denen noch für Sceaux und St. Denis einige ſich anſchließen, ſobald ſich der Municipalrath zum Departementalrathe conſtituirt. Die Wahl der Maires bleibt ganz in den Händen der Regierung, welche dieſelben innerhalb oder außerhalb des Municipalrathes nehmen kann. Sie haben aber in dieſem Rathe nur dann Sitz, wenn ſie von den Bürgern gewählt ſind. Der Präfect des Seinedepartements und der Polizei haben dagegen für ſich eine berathende Stimme, etwa wie in der Kammer die Miniſter, welche nicht Abgeordnete ſind. Der Präſident wird aus den Mitgliedern des Rathes vom Könige erwählt.

Die Stadt Paris hat das Budget des verfloſſenen Jahres bekannt gemacht; es iſt ohne allen Zweifel daß größte, das irgend eine Stadt in der Welt hat, und beträgt 62,300,000 Fr. an Ausgaben. Ihre Haupteinnahmen beſtehen in der Accise, 24,000,000 Fr., und in den Spielhäuſern 6,400,000 Fr. Die Hauptausgaben für Intereſſen und Amortiſſement der Staatsſchuld 16,000,000 Fr., für Hoſpitäler 5,500,000 Fr., Bauten für die Reinlichkeit der Stadt 3,000,000 Fr., Bauten für Verſchönerung der Stadt 5,000,000 Fr., die Polizei 7,500,000 Fr., die Nationalgarde 1,000,000 Fr., Beitrag zu den Staatsauflagen 4,000,000 Fr. Die Stadt iſt tief verſchuldet, und da ihre Hülfsmittel ſeit der Revolution ſich in demſelben Grade vermindert haben, als die Bedürfniſſe zunehmen, iſt an keine Beſſerung ihrer Finanzen für lange Jahre zu denken. Die Reinlichkeit der Stadt hat ſeit einigen Jahren ungemein gewonnen, doch iſt noch unendlich viel zu thun, ehe ſie darin einer teutſchen oder engliſchen Stadt nahe kommt. Die Stadt rechnet ſehr auf den günſtigen Einfluß, den die Errichtung von Entrepots in ihren Mauern auf den öffentlichen Wohlſtand haben wird; ſie hat die Errichtung von zwei derſelben autoriſirt, eines an der Seine und eines an den Canälen; ohne Zweifel wird nur das letztere ausgeführt werden.

Digitized by Google

In einem Scheiben aus Lyon vom 21. März (in der Allgemeinen Zeitung) heißt es: „Während man ſich jetzt in unſerer Deputirtenkammer mit dem lanſenden Budget beſchäftigt, hinter dem gleich wieder ein anderes votirt werden ſoll, iſt es vielleicht nicht ohne Intereſſe, das ſueceſſive Anwachſen und Dickwerden dieſes ungeheuren Bauches zu betrachten, der dem Platzen nahe zu ſeyn ſcheint. Höchſt erfreulich iſt dabei gleich die erſte Bemerkung, daß es ſeit 1801 bis 1831, alſo in dreißig Jahren, bedeutend über das Doppelte gewachſen iſt, und doch führte jenes Frankreich gegen Europa Krieg, baute Landſtraßen über die Alpen, höhlte Hafenbecken aus ꝛc.

1801	549,620,169 Fr.	1817	1,036,810,583 Fr.
1802	499,937,855 „	1818	1,314,453,746 „
1803	632,279,523 „	1819	868,312,772 „
1804	804,431,555 „	1820	875,342,252 „
1805	700,000,000 „	1821	882,321,254 „
1806	902,148,499 „	1822	949,174,982 „
1807	731,725,686 „	1823	1,092,095,280 „
1808	772,744,445 „	1824	951,992,280 „
1809	786,740,214 „	1825	946,948,442 „
1810	785,060,445 „	1826	976,948,919 „
1811	1,000,000,000 „	1827	915,729,742 „
1812	1,006,000,000 „	1828	922,711,602 „
1813	1,150,000,000 „	1829	1,021,746,938 „
1814	609,394,625 „ (9 Monat)	1830	1,177,000,000 „
1815	798,590,859 „	1831	1,172,192,433 „
1816	895,677,205 „		

Aus dieſer Zuſammenſtellung geht Manches hervor. Napoleons Kriege, große Bauten und Anſtalten wurden größtentheils mit fremdem Gelde beſtritten, denn das Kriegsjahr von 1806 erforderte nur zweihundert Millionen mehr als das vorige; und die nächſten Jahre, wo die preußiſchen, ſächſiſchen, heſſiſchen und hannoveeiſchen Contributionen reichlich floſſen, ſank dieß Budget faſt wieder auf den Stand von 1805. Nur um funfzig Millionen vermehrte es ſich, ungeachtet des Krieges von 1809, weil andere dabei mitzahlen und arbeiten mußten. 1811 und 1812 ſchwoll das Budget durch den ruſſiſchen Feldzug zum eeſten Male zu und über eine Milliarde an, und fiel dagegen mit der Reſtauration von 1814 und 1815 auf weniger denn auf den Stand von 1804 herab. Nun oscilliete es immer zwiſchen Abnehmen und Steigen und erhob ſich eeſt wieder bedeutend durch den ſpaniſchen Krieg zu und über eine Milliarde; deßgleichen 1829 duech die Expeditionen nach Morea und Algier. Seit den Julitagen iſt es mit anderthalb Milliarden, mächtig und in einer früher nie gekannten Progreſſion, im Steigen.“

Der Aſſiſenhof der Nieder-Loire hat Hrn. Guibourg, Advoeaten, der angeklagt war, Umtriebe gemacht, und Einverſtändniſſe mit den fremden Mächten oder ihren Agenten unterhalten zu haben, um Frankreich mit Krieg zu überziehen, und ihnen dieſen durch Anſtiftung von Bürgerkrieg zu erleichtern, freigeſprochen.

Die Gazette de Franee behauptet, die Herzoginn von Berry habe die Lungenſucht im zweiten Grade, und würde, wenn man ſie noch länger in Blaye aufhalte, daſelbſt den Tod finden. Sie ſei ſeit Anfang des Monats März weder im Garten geweſen, noch aus dem Zimmer gekommen, und hüte ſeit dem 16. März das Bett.

Das Journal des Debats greift nun, wie faſt alle übrigen Journale, das Urtheil gegen den National und das Charivari an. Es erkennt an, daß der Gerichtshof ſich über ſeine Competenz getäuſcht, und eine faiſche Anwendung des Geſetzes von 1822 gemacht habe.

Der tüekiſche Geſandte, Namik Paſcha, iſt von London kommend in Paris angekommen.

Am 25. März um 1 1/4 Uhr Nachmittags 5Percents 101 Fr. 25. 3Percents 78 Fr. 15.

Belgien.

Der Senat hat in ſeinee Sitzung vom 22. März das von der Repräſentantenkammer bereits angenommene Geſetz über die Brennereien weſentlich verändert, und namentlich die Abgaben von den Beennereien erhoht, weßhalb der Entwurf noch einmal in die zweite Kammee zurückwandern muß.

Wien, den 2. April.

Se. k. k. Majeſtät haben die zu Tanger in Marokko erledigte k. k. Generalagenten-Stelle dem dort befindlichen königl. däniſchen Generalconſul, Carſtenſen, allergnädigſt zu verleihen geruht.

Am 2. Apeil war zu Wien der Mittelpreis der
Staatsſchuldverſchreibungen zu 5 pCt. in CM. 91 4/8;
detto detto zu 4 pCt. in CM. 82 7/10;
Darleh. mit Verlooſ. v. J. 1820, füe 100 fl. in CM. 187 1/8;
detto detto v. J. 1821, für 100 fl. in CM. 134 3/4;
Wiener-Stadtbaneo-Obligat. zu 2 1/2 pCt. in CM. 51 1/5;
Conv. Münze pCt. ——;
Bankact'en pr. Stück 1204 in CM.

Hauptredacteur: Joſeph Anton Edler von Pilat.

Verleger: Anton Strauß ſel. Witwe in der Dorotheergaſſe Nr. 1108.

Im Comptoir des öſterr. Beobachters iſt das dritte Heft der öſterr. milit. Zeitſcheift 1833 erſchienen. Dieſes enthält folgende Aufſätze: I. Geſchichtliche Skizze der Kriegsereigniſſe in Tirol 1809. Einleitung und erſtee Abſchnitt. — II. Ueber Bildung im Militärſtande. — III. Biographie des k. k. Generals der Kavallerie und Hofkriegsraths-Präſidenten Grafen von Feimont, Fürſten von Anteodoeeo. — IV. Literatur — V. Die neueſten Militärveränderungen. — In dieſem Comptoir wird Pränumeration auf den Jahrgang 1833 dieſer Zeitſchrift mit 9 fl. 36 kr. C. M. angenommen.

Nro. 94

Oeſterreichiſcher Beobachter.

Donnerſtag, den 4. April 1833.

Meteorologiſche Beobachtungen vom 2. April.	Zeit der Beobachtung.	Barometer auf 0° Reaumur reducirt. Pariſer Maß.	Barometer auf 0° Reaumur reducirt. Wiener Maß.	Thermometer Reaumur.	Wind.	Witterung.
	8 Uhr Morg.	26.841	27 Z. 7 L. 0 P.	+ 7.8	WSW. ſtill.	Nebel.
	3 Uhr Nachm.	26.918	27 7 11	+ 14.0	S. ——	ſchwacher Regen.
	10 Uhr Abnds.	26.928	27 8 1	+ 10.0	WSW. ſchwach.	trub.

Portugal.

Die Liſſaboner Zeitung vom 8. März enthält folgendes Schreiben des Grafen S. Lourenço, commandirenden Generals der Operationsarmee, an den Visconde de Santarem: „Excellenz! Ich habe die Ehre, Ew. Excellenz mitzutheilen, daß ich heute auf dem rechten Flügel der Rebellen eine Truppenbewegung habe vornehmen laſſen, in der Abſicht, die feindlichen Stellungen, ſo wie die Beſchaffenheit ihrer Verſchanzungen und die Stärke der zur Unterſtützung des rechten Flügels der Rebellen beſtimmten Truppen zu recognosciren. Ich verband damit ein Tirailleurfeuer auf der ganzen Vorpoſtenlinie der dritten und vierten Diviſion, und der beweglichen Colonne, um die Aufmerkſamkeit der Rebellen auf ſich zu ziehen, und zu dem nämlichen Ende ließ ich einige Bomben in das Kloſter Serra werfen. Ich erreichte den Zweck, den ich mir vorgeſetzt, und ließ die Truppen wieder in ihre Lager einrucken, nachdem das Feuer drei Stunden gedauert hatte. Die vorgenommene Bewegung geſchah unter dem Schutze der auf der äußerſten Spitze unſerer Linie aufgeſtellten Artillerie. Gott erhalte Ew. Excellenz. Im Hauptquartier zu Agoas-Santas, den 4. März 1833."

Nach Briefen aus Liſſabon vom 9. März waren in den erſten Tagen dieſes Monats neuerdings gegen 3000 Mann Linientruppen, Milizen und konigliche Freiwillige zur Operationsarmee vor Oporto aufgebrochen.

Nachrichten aus Madrid vom 14. März zufolge, hatte Admiral Sartorius mit ſeinen zwei Fregatten am 2. gedachten Monats den Hafen von Vigo verlaſſen; ein Brigg und einige Transportſchiffe von ſeiner Escadre lagen fortwährend bei den Bayona-Inſeln vor Anker. — Wäre Sartorius nicht aus Vigo abgeſegelt, würde er von dem dortigen Hafencommandanten dazu gezwungen worden ſeyn; indem die ſpaniſche Regierung geſchärften Befehl an den gedachten Commandanten ergehen ließ, den Admiral Dom Pedro's aufzufordern, ſich aus Vigo zu entfernen, und dieſe Aufforderung mit der Drohung zu begleiten, daß man im Weigerungsfalle Gewalt gegen ihn brauchen würde. Die Fregatte Rainha da Portugal hatte während ihres Aufenthalts in Vigo zwanzig Mann an Krankheiten verloren, die von den Aerzten als Folge des elenden Zuſtandes und der Unreinlichkeit der Schiffsmannſchaft auf gedachter Fregatte erkannt, und für nicht anſteckend erklärt wurden. Nichtsdeſtoweniger haben die ſpaniſchen Behörden in Vigo den Commandanten der daſelbſt liegenden engliſchen Schiffe aufgefordert, ſich aller Communication mit den von Oporto kommenden oder dahin gehenden Schiffen von Dom Pedro's Escadre zu enthalten, widrigenfalls ſie einer Quarantaine unterworfen und außer Verbindung mit dem Lande geſetzt werden würden.

Frankreich.

In der Sitzung der Deputirtenkammer vom 25. März kam bei Gelegenheit der Debatte über das Budget des Miniſteriums des öffentlichen Unterrichts die neuerliche Ernennung des Grafen Sebaſtiani zum Miniſter, mit Sitz und Stimme im Cabinet, jedoch ohne Portefeuille, zur Sprache. Hr. Coulmann wünſchte zu wiſſen, ob dieſer neue Miniſter einen Gehalt habe, und demnach als Mitglied der Deputirtenkammer ſich einer neuen Wahl unterziehen müſſe? Hr. Gaetan de la Rochefoucauld fragte, wie es mit der Verantwortlichkeit des neuen Miniſters ſtehe und erklärte die Charte durch Einſchwärzung eines unverantwortlichen Miniſters ins Cabinet für verletzt. — Der Miniſter der auswärtigen Angelegenheiten (Duc de Broglie) erwiederte den beiden Rednern: „Die hier angeregte Frage hat durch die Aeußerungen des ehrenwerthen Deputirten, der zuletzt geſprochen, eine großere Wichtigkeit erhalten. Der erſte hatte ſich darauf beſchränkt, zu fragen, ob der Miniſter, den Se. Majeſtät ins Cabinet berufen haben, ſich einer neuen Wahl unterziehen müſſe. So wenigſtens glaube ich ihn verſtanden zu haben. — Hierauf findet ſich die Antwort in der Charte. Der Art. 69 §. 2 ſagt: „Es ſoll ein Geſetz über die neue Wahl der Deputirten, „die einen Ruf zu beſoldeten Staatsämtern erhalten, „erlaſſen werden." Dieſer Artikel iſt poſitiv, und das Geſetz iſt eine treue Ueberſetzung desſelben. Der ins Cabinet berufene Miniſter bekommt keinen Gehalt, braucht ſich alſo keiner neuen Wahl zu unterziehen. — Was die zweite Frage betrifft, ſo wird es mir ſchwer zu begreifen, wie der Redner, der ſo eben geſprochen hat, die Charte für verletzt, die Verantwortlichkeit für unwirkſam halten konnte, weil ein Miniſter ins Cabinet berufen worden iſt, der kein beſonderes Departement hat. Es waren vor dem Eintritte des neuen Miniſters acht Miniſter, von denen jeder ein beſtimmtes Departement hatte; jeder dieſer Miniſter hatte ſeine Verantwortlichkeit für die Acte ſeines Departements. Wird dieß durch den Eintritt eines neuen Miniſters geändert? wird ſeinetwegen eine effective Verantwortlichkeit weniger ſeyn? Keineswegs. — Es gibt zwei Arten von Verantwortlichkeit, eine perſönliche und eine collective Verantwortlichkeit. Der neue Miniſter hat nicht die jedem Miniſter eigenthümliche Verantwortlichkeit, aber er nimmt an der collectiven Verantwortlichkeit des Geſammtminiſteriums Theil. — Es gibt Acte in großer Zahl, die im Conſeil berathen werden, und wofür die Verantwortlichkeit auf allen Miniſtern laſtet. Es findet daher keine Verminderung der Verantwortlichkeit dem Lande gegenüber Statt, ſondern es ſitzt bloß ein Mitglied des Cabinets mehr im Rathe Sr. Majeſtät. — Wir freuen

Digitized by Google

uns alle über ſeinen Eintritt, und ich ganz beſonders; denn ich habe ihn untee allen meinen Collegen eigens verlangt und deingend darum gebeten; ich war es, der ganz beſonders und anhaltend darauf gedrungen hat, daß er wieder ins Cabinet aufgenommen werde."

Der Moniteur enthält einen Bericht des Hrn. Martin du Nord über die Keßnerſche Sache. Der Berichterſtatter endigt mit dem Vorſchlage folgenden Beſchluſſes im Namen der Commiſſion: „Die Kammer erklärt, daß Baron Louis, in ſeiner Eigenſchaft als Finanzminiſter, ſich keiner Verantwortlichkeit bei den Veruntreuungen hat zu Schulden kommen laſſen, wobei der Centralcaſſier Keßner ſich zum Schaden des Schatzes ſo ſehr vergangen hat."

Das Journal du Commerce ſagt: „Das Miniſterium hat ſeine Pläne in Bezug auf die zweite Seſſion definitiv feſtgeſetzt. Am Tage der Schließung der gegenwärtigen Seſſion, die nach wahrſcheinlichen Rechnungen gegen den 15. April Statt finden ſoll, wird ſich der König in Perſon in die Kammer begeben, und wie bei Schließung der Seſſion von 1830 eine Rede halten. Unmittelbar darauf ſoll die Ordonnanz der Zuſammenberufung für die Seſſion von 1834 verleſen werden. So hat man es jetzt im Sinne; man darf aber wohl ſagen, daß mancherlei Umſtände dieſen Vorſatz modificiren können."

Der Constitutionnel verſichert, die Erklärung des Marineminiſters von der Nothwendigkeit der Vermehrung der franzöſiſchen Seemacht im mittelländiſchen Meere habe große Senſation in der Kammer verurſacht. Es ſcheine, daß Mehmed Ali die Friedensbedingungen nicht annehmen wolle, und daß die Pforte am Ende doch genöthigt ſeyn dürfte, die ruſſiſche Hülſe anzunehmen.

Der Nouvelliſte ſchreibt aus Cherbourg vom 22. März: „Die Fregatte Sirene mit dem Conteeadmiral Ducreſt-Villeneuve, dem Commandanten der Seediviſion der Dünen, am Bord, iſt geſtern auf der Rhede von Cherbourg angekommen. Dieſer Oberoffizier iſt angewieſen, ſich ſogleich nach Toulon zu begeben. Die Sirene ſoll in das Baſſin einlaufen, um ſich daſelbſt, ſo wie ihr ganzes Material repariren zu laſſen. Die Corvette Najade, die am verfloſſenen Sonntag ausgelaufen war, um zu der Diviſion der Dünen zu ſtoßen, iſt geſtern in Folge des ſchlechten Wetters und der ungünſtigen Winde zurückgekehrt."

Die Gazette will aus dem Umſtande der Freiſprechung der Gefangenen in der Sache des Carlo-Alberto und der Freilaſſung des Grafen Menars, des Hrn. von Guibourg und des Fräuleins Keeſabier den Schluß ziehen, daß die Herzoginn von Berry gleichfalls freigeſprochen ſeyn würde, wenn man ſie nur vor das Geſchwornengericht geſtellt hätte, ja daß ihre Freiſprechung implicite in jener enthalten ſei.

Faſt alle Pariſer Journale erzählen, daß der Oberſt Garraube, Mitglied der Deputirtenkammer, am 24. März einen ſehr lebhaften Streit mit dem Polizeipräfecten, Hrn. Gisquet, gehabt und die Sache bis zu ernſten perſönlichen Thätlichkeiten gekommen ſei.

Die Akademie der moraliſchen und politiſchen Wiſſenſchaften verſammelte ſich am 24. März zu Ernennung ihres beſtändigen Secretärs. Bei dem erſten Scrutin erhielt Hr. Carl Dupin, der bei der letzten Sitzung 12 Stimmen erhalten hatte, nur 8, Hr. Daunou 8 und Hr. Comte 4. Es ward noch ein zweites Scrutin vorgenommen, das kein Reſultat gab, und die Ernennung ſonach verſchoben. Hr. Carl Dupin ſtand von der Candidatur ab.

Am 25. März. 5Percents Fin Courant geſchloſſen zu 101 Fr. 30. 3Percents Fin Courant geſchloſſen zu 78 Fr. 5. — Am 26. März 1¼ Uhr Nachmittags 5Percents 100 Fr. 88. 3Percents 77 Fr. 65.

Großbritannien und Irland.

In der Sitzung des Unterhauſes vom 22. März kam, als ſich das Haus in eine Committee über die iriſche Bill verwandelt hatte, die 24ſte Clauſel zur Sprache, welche auf Signale, wodurch tumultuariſche Zuſammenkünfte berufen werden, Bezug hat; ſie wurde mit einer kleinen Veränderung, welche ihre Wirkſamkeit auf die als unruhig erklärten Diſtriete beſchränkt, angenommen. Hierauf kam die 26ſte Clauſel an die Reihe, der zufolge Militärperſonen, wegen alles, was ſie in Bezug auf dieſe Acte gethan, nur vor Kriegsgerichten belangt werden können. Viele Amendements wurden gemacht, aber ſämmtlich verworfen; endlich widerſetzte ſich Hr. O'Connell der ganzen Clauſel, welche erſt eigentlich der ganzen tyranniſchen Maaßregel das Siegel aufdrucke. Er trieb es bis zur Abſtimmung, blieb aber bei dieſer mit 67 Stimmen gegen 141 in der Minorität. Hierauf gingen auch die übrigen Clauſeln bis zur 41ſten (vorletzten) faſt ohne Bemerkungen durch. Hr. Stanley trug nun auf mehrere Zuſatzclauſeln an, wovon einige in Betreff der Stimmenzahl der Kriegsgerichte bereits bekannt ſind. Die wichtigſte derſelben iſt die, daß auf Aufforderung der Polizei jeder Hauseigenthümer eine Liſte ſämmtlicher Bewohner entwerfen, eine davon an die Polizei übergeben, die andere aber an ſeiner Hausthüre anſchlagen ſolle. Hr. O'Connell ſelbſt gab dieſer Maaßregel ſeinen Beifall, da viele Hausdurchſuchungen dadurch verhindert würden. Der übrige Theil der Sitzung bot nichts Bemerkenswerthes dar; die Bill über Zuckerzölle wurde zum dritten Male verleſen und ging durch.

Der Globe widerſpricht dem Gerücht, daß Lord Goderich an Lord Durhams, und Hr. Stanley an Lord Goderichs Stelle kommen ſolle.

Im Sun heißt es: „Ein franzöſiſcher Offizier, der ſo eben von einer nach Paris unternommenen Miſſion nach Oporto zurückkehrte, ſoll von der franzöſiſchen Regierung beauftragt worden ſeyn, dem Kaiſer zu bemerken, daß die Entlaſſung des Marquis von Palmella nach den vielen und großen Opfern, welche dieſer Mann ihm gebracht, den König Ludwig Philipp und ſein Cabinet ſo unangenehm berührt habe, daß ſie zu dem Entſchluſſe gekommen ſeien, nicht zu ſeinen Gunſten einzuſchreiten, ſelbſt nicht mit Unterhandlungen, außer wenn er ſeine Politik ändere, diejenigen Perſonen, durch deren Einfluß die Entlaſſung des Marquis von Palmella bewirkt worden ſei, aus ſeinem Rathe entlaſſe, und ſo die gute Meinung und Unterſtützung der franzöſiſchen Regierung verdiene."

Conſols am 23. März 87 7/8, 88.

Griechenland.

Die Münchener politiſche Zeitung vom 29. März meldet: „Privatbriefe aus Napoli di Romania vom 1. d. M., welche der griechiſche Brigg Epaminondas nach Trieſt überbrachte, und die geſtern hier eintrafen, beſtätigen die früheren günſtigen und erwünſchten Nachrichten aus dieſem Königreiche. Se. Majeſtät der König Otto und Allerhöchſtdeſſen Umgebung befinden ſich im beſten Wohlſeyn, Ruhe und Ordnung wurden nirgends ſeit ſeiner Ankunft geſtört und die Regierung findet im Vertrauen und der Liebe der Hellenen eine feſte Stütze und alle Mittel zur Erfüllung ihres ſegenreichen Berufs. Der königl. baieriſche Offizier, welcher die ausführlichen officiellen Berichte an unſern allergnädigſten König und Herrn zu überbringen beauftragt iſt, ſollte am 6. d. M. von Nauplia abgehen; das Eintreffen dieſer Depeſchen

Digitized by Google

darf alſo im Laufr der nächſten Wochr mit Wahrſcheinlichkeit erwartet werden."

Schweizeriſche Eidgenoſſenſchaft.

Folgrndes ſind die Ergebniſſe der Tagſatzungsverhandlung vom 14. März: 1) Die Berichte der Commiſſarien im Canton Baſel, betreffend die Einberufung einer Scharfſchützencompagnie in dieſen Canton, wurden verleſen und mit ziemlicher Mehrheit dieſe Einberufung als unnöthige Maaßregel gemißbilligt. 2) Appellationsrath Schnyder, Commiſſär im Canton Baſel, wurde auf Verlangen der Regierung von Luzern von der Commiſſariatsſtelle entbunden, um der Berufung zur Geſandtſchaft ſeines Standes Genügr zu leiſten. 3) In Zuſammenhang mit dieſer Verfügung wurde der Beſchluß gefaßt (mit dreizehn Ständen), das eidgenöſſiſche Commiſſariat im Canton Baſel ganz aufzuhebrn und die einberufenen Truppen zurückzuziehen. Der Vorort iſt mit Vollziehung dieſes Beſchluſſes beauftragt. 4) Mit 12½ Stimmen wurde beſchloſſen, es ſolle den 15. d. M. eine Commiſſion gewählt werden, um ein Gutachten über das Verfahren bei der Berathung der Bundesurkunde zu ſtellen. Ueber die Prioritätsfrage kam es zu keinem Beſchluſſe, weil keine Mehrheit zu Stande kam; es wurde alſo dem Präſidenten überlaſſen, nach Gutbefinden die Baſeler Frage vorzunehmen. Nach den Anträgen mehrerer Stände ſoll je nach den Umſtänden und Bedürfniſſen dieſe Angelegenheit zur Sprache gebracht werden.

In den Tagſatzungsverhandlungen vom 19. März ward nach einer ziemlich langen Berathung folgendes Regulativ für die Berathungen der Bundesurkundr angenommen: 1) Die Berathung der Bundesurkunde zerfällt in vier Hauptabtheilungen, wovon die erſte die Geſtaltung des Bundes in politiſcher und organiſcher Beziehung, die zweite das Militärweſen, die dritte das Finanzweſen oder die Oekonomir des Bundes, die vierte die allgemeinen innern Verhältniſſe in Beziehung auf Nationalwohlfahrt und Geſetzgebung beſaſſen wird. 2) Die Geſandtſchaften eröffnen ihre Inſtruetionen nach dieſer Eintheilung. Artikel, welchr keinen Stoff zu inſtructionsmäßigen Anträgen oder ſonſtigen Bemerkungen darbieten, werden einfach als angenommen im Peotoeoll verzeichnet. 3) Haben die Geſandtſchaften Austeäge, welche ſich nicht unmittelbar auf einen oder mehrere Artikel des Entwurfes beziehen, ſo werden ſie dieſelben in ſchicklicher Zeit bei Berathung derjenigen Hauptabtheilung eröffnen, in welche ſie ihrer Natur nach gehoren. 4) Zu Sichtung und Ausgleichung der verſchiedenen Inſtruetionen der Stände wird eine Commiſſion niedergeſetzt, in welcher alle in der Tagſatzung repräſentirten Stände vertreten ſeyn müſſen. Dieſe Commiſſion ſoll in Gemäßheit des Art. 1 arbeiten und abſatzweiſe ihre Anträgr ſtellen. 5) Die Commiſſion kann in beſondern Fällen, und wo es das Bedürfniß erfordert, zur Vorberathung einzelner Materien Experte zuziehen. Die Commiſſion arbeitet nicht in öffentlicher Sitzung, aber alle Geſandtſchaftsmitglieder dürfen gegenwärtig ſeyn.

Am 22. März wurde in der Tagſatzung mit Eröffnung der Inſtruetionen über drn Bundesentwurf fortgefahren, und die erſte der aufgeſtellten vier Abtheilungen erledigt. Unmittelbar nach der Sitzung trafen bei dem Präſidenten der Tagſatzung zwei Schreiben von Schwyz ein; das eine von der dortigen Regierung an den Vorort, als Antwort auf deſſen Einladung, übereinſtimmend mit den Antworten der übrigen Sarner Stände; das andere von der Conferenz „an Se. Excellenz Hrn. Amtsbürgermeiſter Heß zu Handen der Tit. Abgeordneten der HH. Stände, in Zürich verſammelt." Letzteres erneuert die Erklärung vom 9. März *), „jetzt, da, mit Verhöhnung aller unſerer Gegenvorſtellungen und der ſeitdem von unſern treuen Bundesgenoſſen von Wallis eingelangten dringenden Begehren, noch eilf Stände darauf beſtanden haben, als einen ihrer Genoſſen einen Stand zu erkennen, der ſich durch gewaltſame Zerreißung eines treuen Mitſtandes gebildet hat, und ohnr Bedenken es wagten, eine ſolche Verbindung derjenigen aller Eidgenoſſen, dem Bunde mit den drei Stiftern der ſchweizeriſchen Freiheit vorzuziehen." — Die Beſchuldigung hintangeſetzter Bundespflicht wird abgelehnt; diejenigen, welche ſich weigern, eine Verletzung des Bundes durch ihre Gegenwart zu bekräftigen, konne dieſer Vorwurf mit Recht nicht treffen. „Ueber alles dieſes," ſo endet das Schreiben, „rufen wir einen Richter an, den unſere Gegner nicht ablehnen können, und deſſen Urtheile wir mit ruhigem Gewiſſen im Vertrauen auf den Gott unſerer Väter entgegenſehen. Es iſt der geſunde redliche Sinn des Schweizervolkes, wenn einmal wieder beſonnene Ruhe an die Stelle der jetzt Alles zerſtorenden Erſchütterung, welche das Vaterland an den Rand des Unterganges gebracht hat, treten wird. Sein Ruhm und ſeine Freiheit hatten ihre feſte Begründung in der heiligen Ehrfurcht für das gegebene Wort; und es wird das koſtbare Erbtheil ſeiner Väter unverſehrt zu erhalten wiſſen." Beide Schreiben wurden am 23. März der Tagſatzung vorgelegt. Der Antrag, das letztere zurückzuſenden, da es in der Ueberſchrift die Tagſatzung nicht als ſolche anerkenne, erhielt die reglementariſche Mehrheit von 12 Stimmen nicht. Daher wurde das Schreiben einfach ad acta gelegt, und das Präſidium beauftragt, der Tagſatzung künftig keine Zuſchriften mehr vorzulegen, welche ihren amtlichen Character nicht anerkennen. Das Schreiben der Regierung von Schwyz hingegen wies man an die für dieſen Gegenſtand verordnete Commiſſion. Hiernach wurde mit der Inſtructionseroffnung über den Bundesentwurf fortgefahren. — Die Conferenz in Schwyz hat, dem Vernehmen nach, ſämmtliche Stände zur Theilnahme an ihren Verhandlungen einzuladen beſchloſſen. Zunächſt hofft ſie den benachbarten Canton Zug in ihr Intereſſe zu ziehen. Vielfache Einwirkungen haben in dieſem Sinne Statt geſunden, und man verſichert, der auf den 27. einberufene dreifache Landrath werde die Geſandtſchaft von der Tagſatzung abrufen. Sollte Appenzell das Nämliche thun, ſo wäre die nach reglementariſcher Vorſchrift zu einer gültigen Verhandlung erforderliche Zahl von 15 Ständen nicht mehr vorhanden, und in dieſem Falle könnte auch die Geſandtſchaft von Graubünden an den Verhandlungen nicht weiter Theil nehmen. Auch die Inſtruetion von Freiburg ſoll von ſolchem Inhalte ſeyn, daß, wenn die Berathung über den Bundesentwurf eine die Anſichten und Intereſſen dieſes Standes allzu wenig ſchonende Wendung nähme, die Geſandtſchaft ſich der weiteren Theilnahme an den Verhandlungen enthalten müßte. Von der andern Seite treiben die politiſchen Vereine das Spiel der Adreſſen mit neuer Lebhaftigkeit. Was für ein Gewicht auf die Tauſende von Unterſchriften zu legen ſei, wodurch man die Tagſatzung im Sinne einer Partei zu lenken ſucht, mag daraus hervorgehen, daß Gemeinden genannt werden, wo der Gemeinderath den Bürgern Haus für Haus „im Namen der Regierung" den Befehl zugehen ließ, „dieſes Ding zu unterſchreiben, damit der Bund könne zu Stande kommen." Man braucht auch nur die Zahl der Unterſchriften aus einzelnen Gemeinden mit der wiſſenſchaftlichen Sprache dieſer Adreſſen zuſammenzuhalten, um ſich zu uber-

*) Vergl. Oeſterr. Beob. vom 22. März.

Digitized by Google

zeugen, daß die größte Mehrzahl der Unterzeichner den Inhalt dieſer Eingaben nicht verſtehen konnte. Und dennoch ſoll die Tagſatzung, nach der Meinung gewiſſer Blätter, auf dieſe Stimmen aus dem Volke nicht weniger achten, als auf die Inſtruktionen der großen Räthe! Die bemerkenswertheſte dieſer Erſcheinungen iſt die von Dr. Ludwig Snell verfaßte „Adreſſe freier Schweizerbürger.“ Dieſe erblickt „in der Centraliſation der materiellen Seite des Volkslebens, und, mit Ausnahme einiger Punkte, in der Aufſtellung der Bundesgewalten die Hauptvorzüge des Entwurfes,“ dagegen eines ſeiner größten Gebrechen darin, daß nicht die Grundſätze der Rechtsgleichheit, der Volksſouverainetät und der Freiheit der Preſſe die Sanction des Bundes empfangen, und daß der ganze Entwurf wieder auf die Cantonsſouverainetät gebaut, nicht aus der Idee einer Nationaleinheit hervorgegangen ſei. Es wird daher gewünſcht: 1) daß der Eingang der Bundesurkunde den Bund als von den „freien Bürgern der ſchweizeriſchen Nation“ geſchloſſen bezeichne. 2) Daß er feſtſetze: a) alle Staatsgewalt im Umfange der Eidgenoſſenſchaft beruht auf der Souverainetät des Volkes. b) Es gibt keine Unterthansverhältniſſe mehr in der Schweiz, keine Vorrechte der Orte, der Stände, der Familien und der Perſonen. c) Die Tagſatzung kann nie die Preßfreiheit aufheben oder beſchränken, oder die Cenſur einführen. 3) Daß die Niedergelaſſenen nur, wenn ſie den Armenanſtalten zur Laſt fallen, in ihre Heimath zurückgewieſen, in Hinſicht auf Geſetzgebung und gerichtliches Verfahren den eigenen Angehörigen gleichgehalten, und daß Verbannung in andere Cantone für unzuläſſig erklärt werde. 4) Daß bei innern Unruhen die Vollziehungsbehörde eines Cantons nur nach Ermächtigung des großen Rathes die Tagſatzung um Hülfe mahnen dürfe. 5) Daß, wenn immer möglich, die Repräſentation der größern Cantone auf der Tagſatzung vermehrt und dann das Recht der freien Beſchlußnahme ausgedehnt werde. 6) Daß in der Tagſatzung ein von ihr gewählter Präſident, nicht der Landammann, den Vorſitz führe. 7) Erweiterung der Competenz des Bundesgerichtes zum Schutze der Bürger, und Conſtituirung desſelben zum Appellations- und Caſſationshofe, beſonders bei Anklagen wegen politiſcher Vergehen und bei Beſchwerden gegen die oberſte Vollziehungsbehörde eines Cantons. 8) Daß der Canton Neuenburg, wenn er Glied des Bundes werden wolle, eine freie, ſelbſtſtändige Verfaſſung erhalte. 9) Daß die Reviſion des Bundes nach ſechs Jahren durch einen eidgenöſſiſchen Verfaſſungsrath erfolge. 10) Daß die Bundesurkunde dem Volke zur Annahme oder Verwerfung vorgelegt werde!

Belgien.

In der Sitzung der Repräſentantenkammer vom 23. März kam die Politik wieder zur Sprache. Der Miniſter der auswärtigen Angelegenheiten erklärte, er wiſſe noch nichts von den zu London durch Hrn. Dedel angeknüpften Unterhandlungen; die belgiſche Regierung würde in nichts von dem Vertrage vom 15. November abweichen, es ſei denn gegen billigen Erſatz; die etwa zu machenden Veränderungen würden jedoch nur finanzielle oder kommerzielle Fragen zum Gegenſtand haben, worüber die Kammern zu entſcheiden hätten; vielleicht würde ſogleich kein definitives Arrangement Statt finden, mittlerweile der Handel aber frei ſeyn. Wegen der Koſten der beiden Expeditionen und der Blockade der holländiſchen Häfen ei Belgien zu keiner Rückerſtattung verbunden, da Frankreich und England ſich zur Vollziehung des Vertrages vom 15. November verpflichtet hätten.

Die Zeitung von Antwerpen ſagt: „Von 1820 bis 1829 war die Zahl der in Antwerpen eingelaufenen Schiffe von 537 auf 971, oder von 74,000 Tonnen auf 149,000 angewachſen. Die Verbindung mit Köln nahm ebenfalls zu, und ſchon 1823 hat Antwerpen um eine neue Communication mit Teutſchland, entweder durch Vollendung des Nordcanals, oder durch eine Verbindung mit dem Zuid-Willems-Vaart. Was damals nur eine Verbeſſerung geweſen wäre, wird jetzt eine Nothwendigkeit, beſonders ſeit die Bewegung des Kölner Hafens ſo zugenommen und Antwerpen allein, welches 1829 nur 1968 Tonnen dorthin geſchickt hat, vom 1. Jänner bis 1. September 1830 mehr als 12,000 Tonnen dorthin verſandt hat. Dieſer allgemeinen Betrachtung folgt eine beſondere Ueberſicht. Die Ausfuhr von Antwerpen über Aachen, Köln, Bonn, Luxemburg, franzöſiſche Gränze ꝛc., betrug jährlich 135,400 Tonnen; die Einfuhr 95,350. Die Ausfuhr von Brüſſel war 26,740, die Einfuhr 28,800, die Ausfuhr von Lüttich erreichte 79,410, die Einfuhr 26,150 Tonnen. Der Transport der Reiſenden betrug zwiſchen Antwerpen und Mecheln 74,000 Perſonen; Mecheln und Brüſſel 75,000; Brüſſel und Löwen 85,000; Verviers und Aachen 9000 Perſonen ꝛc.“

Teutſchland.

Die königlich baieriſche Akademie der Wiſſenſchaften hielt am 28. März zur Feier des 74ſten Jahrestages ihrer Stiftung die herkömmliche öffentliche Sitzung, welche Se. Durchlaucht der königliche Staatsminiſter des Innern, Fürſt von Oettingen-Wallerſtein, und JJ. EE. die königlichen Staatsminiſter, Graf von Montgelas und Baron von Zentner, mit ihrer Gegenwart beehrten. Der Vorſtand, Hr. Geheimrath von Schelling, eröffnete dieſelbe mit einem Vortrage, welcher die Verhältniſſe der Akademie und ihre Arbeiten (von denen im vorigen Jahre ein Band der Denkſchriften, die Abhandlungen der mathematiſch-phyſikaliſchen Claſſe enthaltend, erſchienen iſt) berührte. Hierauf las der Akademiker Dr. Schmeller, Cuſtos der königlichen Hof- und Staatsbibliothek, einen Beitrag zur ältern Geſchichte Baierns: „München unter der Vierherzog-Regierung 1397 bis 1403;“ ſodann hielt der Akademiker und Conſervator Ritter von Martius eine Denkrede auf das verſtorbene auswärtige Mitglied der Akademie, Hrn. Grafen von Bray, geweſenen königlich baieriſchen Geſandten am k. k. Hofe in Wien.

Trieſt, den 29. März.

Der Capitän Thoms, welcher mit der engliſchen Handelsbrigantine Merry in 24 Tagen von Alexandria hier eingetroffen iſt, berichtet, daß der größte Theil der ägyptiſchen Flotte zum Abſegeln bereit war, und das Einſchiffen von Truppen ununterbrochen fortwährte. Das Schiff, welches die Nachricht von den zwiſchen dem Admiral Rouſſin und der Pforte gepflogenen Verhandlungen nach Alexandria zu überbringen beſtimmt war, ſoll am 3. März in dieſem Hafen angelangt ſeyn.

Am 3. April war zu Wien der Mittelpreis der
Staatsſchuldverſchreibungen zu 5 pCt. in CM. 92 5/8;
detto detto zu 4 pCt. in CM. 85 5/8;
Darleh. mit Verloos. v. J. 1820, für 100 fl. in CM. —;
detto detto v. J. 1821, für 100 fl. in CM. 134 1/4;
Wiener-Stadtbanco-Obligat. zu 2 ½ pCt. in CM. 52;
Kurs auf Augsburg für 100 Gulden Curr., Gulden 99 ⅝ Br. Uſo 2 Monat. — Conv. Münze pCt. —;
Bankactien pr. Stück 1215 in CM.

Hauptredacteur: Joſeph Anton Edler von Pilat.
Verleger: Anton Strauß ſel. Witwe in der Dorotheergaſſe Nr. 1108.

Digitized by Google

Nro. 95

Oeſterreichiſcher Beobachter.

Freitag, den 5. April 1833.

Meteorologiſche Beobachtungen vom 3. April.	Zeit der Beobachtung.	Barometer auf 0 Reaumur reducirt.		Thermometer Reaumur.	Wind.	Witterung.
		Pariſer Maß.	Wiener Maß.			
	8 Uhr Morg.	27.040	27 Z. 9 L. 5 P.	+ 10.8	WNW. ſtark.	Wolken.
	3 Uhr Nachm.	27.063	27 9 9	+ 12.8	WNW. —	—
	10 Uhr Abnds.	27.186	27 11 3	+ 8.0	WNW. —	—

Türkei.

In Folge der Gefangennehmung des Großweſirs Reſchid Mehmed Paſcha mußte für Beſetzung der verſchiedenen Poſten, die er in ſeiner Perſon vereinigte, nämlich die Statthalterſchaft Rumelien, die Inſpection der Engpäſſe und das Commando mehrerer Sandſchaks in der europäiſchen Türkei, geſorgt werden. Demzufolge haben mittelſt großherrlicher Verordnung nachſtehende Ernennungen Statt gefunden: die Statthalterſchaft Rumelien, nebſt der Inſpection der Engpäſſe, iſt dem Kavanos Sade Huſſein Paſcha, von einer alten Familie aus Rumelien abſtammend, der ſeit einigen Jahren das Commando in Belgrad führte, übertragen; Emin Paſcha, Sohn des Großweſirs und Vicestatthalter von Rumelien, iſt zum Statthalter der Sandſchake Janina, Avlona und Delvino ernannt; Vetzi Paſcha, Gouverneur von Salonik, zum Range eines Weſirs erhoben und an Huſſein Paſcha's Stelle zum Gouverneur von Belgrad ernannt worden; Omer Paſcha, ehemaliger Gouverneur von Negropont (das an Griechenland abgetreten worden), iſt zum Gouverneur von Salonik, und Ali Paſcha von Stolitza, der ſich gegenwärtig bei der Armee in Anatolien befindet, zum Gouverneur des Sandſchaks Herſek (Herzegowina) ernannt worden.

Großbritannien und Irland.

Am 22. März ſtatteten der Herzog von Cumberland und die Prinzeſſinn Sophie Ihren Majeſtäten im St. Jamespallaſt einen Beſuch ab. Der König ertheilte dem Grafen Grey, dem Sir James Graham und dem Grafen von Kinnoul Audienz. Um 4 Uhr Nachmittags kehrten Ihre Majeſtäten nach Windſor zurück, nachdem die Königinn noch vorher die Prinzeſſinn Auguſte mit einem Beſuche beehrt hatte.

Die Times meint, durch den letzten Prozeß in Paris ſei die Thatſache, daß man dem Könige ans Leben wollte, erwieſen. Mehrere ſelbſt von den Vertheidigungszeugen bekannten ſich zu Geſinnungen, die keinen Zweifel laſſen, daß es nicht der Fehler ihrer Freunde iſt, wenn an jenem Tage kein Hochverrathsverbrechen begangen wurde. Sie ſprechen von dem Sturze Ludwig Philipps mit einer Gleichgültigkeit, als gelte es nur eine Taube herunterzuſchießen. Die Regierung hat jetzt den Beweis in Händen, daß wenn ein gewiſſer Theil der Pariſer Bevölkerung den König nicht angreift, dieß bloß aus Klugheit nicht geſchieht, und keineswegs aus Abſcheu vor Blut oder aus Unterwürfigkeit.

Auf Lloyds hat man in Erfahrung gebracht, daß es Seeräuber geweſen, die mit Uſurpirung der holländiſchen Flagge als angebliche Kreuzer aus St. Euſtach engliſche Schiffe in Weſtindien angehalten und beraubt oder genommen hätten.

Conſols am 25. März 87⅝.

Freie Stadt Krakau.

Die Krakauer Zeitung enthält in ihrem amtlichen Theile folgende Actenſtücke:

1) Der dirigirende Senat der freien, unabhängigen und ſtreng neutralen Stadt Krakau und ihres Umkreiſes.

Die drei erlauchten protegirenden Höfe haben, von ihrer gewohnten gnädigen Geſinnung geleitet, drei bevollmächtigte Commiſſarien abgeſandt, die eine Organiſationscommiſſion dieſes Landes bilden ſollen, wie es die ehrenwerthen Bürger und Einwohner aus ihrem weiter unten in treuer Ueberſetzung mitgetheilten, ſo wie noch aus einem andern von den Reſidenten derſelben Höfe an den dirigirenden Senat gerichteten Anſchreiben erſehen werden. Dieſe würdigen Repräſentanten der erlauchten Monarchen haben ſodann die zu Mitgliedern der neu zuſammenzuſetzenden Regierung auserſehenen Perſonen aufgefordert, ſich an den Ort der gewöhnlichen Senatsſitzungen zu verſammeln, ſind perſönlich daſelbſt zugegen geweſen, haben die Regierung zuſammengeſetzt und inſtallirt. Indem die alſo eingeſetzte Regierung von dieſem Allen die öffentlichen Behörden, ſo wie die Bürger und Einwohner der freien Stadt Krakau und ihres Umkreiſes benachrichtigt, hat ſie nur noch zu erklären, daß die Ungewißheit des beſtehenden Zuſtandes und die Beſorgniſſe wegen der Zukunft durch einen einzigen Ausſpruch der hochherzigen Beſchützer entfernt worden ſind, und daß dieſes Land in Zukunft alle Vortheile einer Repräſentativregierung und ein dauerndes und ununterbrochenes Glück genießen wird, nachdem die einer ſichern Wohlfahrt im Wege ſtehenden Hinderniſſe hinweggeräumt ſind.

Digitized by Google

Eine Bürgſchaft für dieſe Wahrheit ſind ſowohl die Verfügungen der erleuchteten und für das Wohl dieſes Landes beſorgten bevollmächtigten Commiſſarien, als auch die angeſtrengten Bemühungen der Regierung, die ſich gern ganz dem Dienſte ihrer Mitbürger widmen will. Krakau, 23. März 1833. Der Senatspräſident: Wirloglowski. Der Generalſecretär des Senats: Darowski.

2) Dir durch die drei Höfe eingeſetztr außerordentliche Commiſſion an den dirigirenden Senat der freien Stadt Krakau und ihres Umkreiſes.

Die endesunterzeichneten außerordentlichen bevollmächtigten Commiſſarien drr drei Höfe haben die Ehre, dem Senat der freien Stadt Krakau folgende Mittheilung zu machen: Die hohen ſchützenden Höfe haben die Vorſtellungen in reifliche Erwägung gezogen, welche ihnen zu wiederholten Malen ſowohl von dem Senat als auch von der geſetzgebenden Verſammlung eingereicht, und worin ſie erſucht wurden, ſich mit den Reformen zu brſchäftigen, mit deren Hülfe es möglich ſeyn würde, ſowohl den Zwiſtigkeiten, welche ſich unter einigen Behörden von Krakan erhoben hatten, als den daraus entſtandenen Mißbeäuchen ein Ziel zu ſetzen, zu gleicher Zeit wirkſamr Mittel zur Verhütung ihrer Wiederkehr aufzufinden, und in die Conſtitution dieſes Landes ſolche Veränderungen einzuführen, die durch die Erfahrung als nothwendig aufgewieſen werden. Um der obigen Aufforderung an ihre Fürſorge für Krakau's Wohl zu genügen und in Anerkennung der Nothwendigkeit, ſich bei einem ſo wichtigen Werk mit der Einſicht und den Rathſchlägen rechtlich geſinnter, aufgeklärter und aufrichtig für das Wohl ihres Landes beſorgter Perſonen zu umgeben, haben dir hohen protegirenden Mächte ihren unterzeichneten außerordentlichen und bevollmächtigten Commiſſarien aufgetragen, ein Comité hinzuzuziehen, welches gemeinſchaftlich mit ihnen an dem mit der Wohlfahrt der freien Stadt Krakau und ihres Umkreiſes ſo eng verknüpften Werke arbeiten möchte. Die Endesunterzrichneten würdrn den hochherzigen und wohlwollenden Abſichten ihrer erlauchten Höfe nicht zur Genügr entſprechen, wenn ſie ſich nicht den zu brginnenden Berathungen mit den reinſten Geſinnungen und dem unparteiiſchſten Eifer unterzögen; ſie rechnen jedoch hierbei vor Allem auf die aufrichtigr Mitwirkung der Bürger der Stadt Krakau, die zu dem Comité berufen ſind, deſſen Arbeiten auf die künftige Exiſtenz dieſes Landes einen ſo heilſamen Einfluß haben müſſen. (Unterz.) Baron von Pflügl. von Forckenbeck. L. Tengoborski. Für gleichlautende Ueberſetzung: der Generalſecretär des Senats, Darowski.

3) Die Reſidenten drr drei protegirenden Höfe an den dirigirenden Senat der freien Stadt Krakau und ihres Umkreiſes.

Die Endesunterzeichneten haben die Ehre, dem Senat der freien Stadt Krakau folgende Mittheilung zu machen: Die drei protegirenden Höfe, von ihrer fortwährenden Sorgr für das Wohl der freien Stadt Krakau und ihres Umkreiſes geleitet, und durch wiederholte Eingaben des Senats dringend aufgefordert, zugleich auch drn Wünſchen der hieſigen Einwohner nachkommend, haben beſchloſſen, den proviſoriſchrn und ungeordneten Zuſtand, worin ſich dieſes Land namentlich ſeit den letzten Erſchütterungen befindet, die es zur Uebertretung der Bedingungrn ſeiner politiſchen Exiſtenz verleiteten, zu verändern. Zu dieſem Zwecke ernannten die Höfr außeordentliche bevollmächtigtr Commiſſarien, nämlich von Seiten Oſterreichs den Legationsrath Baron von Pflügl, von Seiten Preußrns den geheimen Regierungsrath von Forckenbeck, von Seiten Rußlands den wirklichen Staatsrath Tengoborski. Da die hohen protegirenden Hofe den Eintritt einiger Mitglieder in den Senat nicht als geſetzlich betrachten können, indem dieſe entweder ohne gültige Anſprüche in demſelben ſitzen oder auch während drr Unruhen und zu einer Zeit, wo die Hauptbeſtimmungen der Landesconſtitution ſuspendirt waren, in deſſen Schooß aufgenommen wurden; ferner mit Rückſicht darauf, daß die hieſigr Regierung ſchon ſeit ſehr langer Zrit ihres conſtitutionnellen Oberhauptes rntbehrt; haben ſir drn Senat in ſeiner jetzigen Zuſammenſetzung nur als eine proviſoriſche, einzig in der Abſicht, den Gang der Verwaltungsangelegenheiten nicht zu unterbrechen, eingeſetzte Behorde angeſehen. Durchdrungen von den Pflichten, welche ſie als Beſchützer der freien Stadt Krakau, drn Tractaten gemäß, zu rrfüllen haben, geleitet von dem Wunſche, daß dieſes Land ſich ſo bald als möglich der Wohlthaten einer dauernden und geſetzlich begründeten Ordnung der Dinge erfeeuen möge, endlich in Berückſichtigung deſſen, was die Sicherheit ihrer eigenen Reiche erheiſcht, haben die Höfe von Oeſterreich, Preußen und Rußland beſchloſſen, der jetzigen Regierung von Krakau eine andere Zuſammenſetzung zu geben, und mit dieſem ebrn ſo wichtigen als ſchwierigen Werke haben ſich die bevollmächtigten Commiſſarien ſogleich nach ihrer Ankunft in hieſiger Stadt aufs Eifrigſte beſchäftigt. In Folge deſſen wird dee Senat der freien Stadt Keakau und ihres Umkreiſes von jetzt an aus folgenden Mitgliedern brſtehen:

Präſident: Kaspar Wieloglowski.

Lebenslängliche Senatoren:

Aukon Byſtezonowski. Felix Grodziecki. Joſeph Michalowski.	Mitglieder, welchr ſchon von der ehemaligen Organiſationscommiſſion ernannt wurden.

Hyacinth Mieroſzewski. — Neu ernanntes Mitglied.

Senatoren für eine beſtimmte Zeit:

Ant. Walezynski. Verwaltete dieſes Amt bisher proviſoriſch.

Joſeph Skorupka. Joſeph Haller. Carl Treytler.	Neu ernannte Mitglieder.

Generalſecretär: Vincenz Darowski, der dieß Amt bisher proviſoriſch verwaltete.

Der neu gewählte Senat wird ſeine Amtsführung ſogleich beginnen, welches die Endesunterzeichten dem jetzigen Senat anzeigen, indem ſie zugleich die Ehre haben, ihn zu benachrichtigen, daß ſie von dieſem Augen-

Digitized by Google

blicke an keine ſeiner Handlungen für geſetzlich anerkennen, noch auch eine fernere Verbindung mit demſelben unterhalten können.

(Unterz.) Lorentz. von Forckenbeck. Zarzecki.

Für gleichlautende Ueberſetzung:

Der Generalſecretär des Senats: Darowski.

Frankreich.

In der Sitzung der Pairskammer vom 25. März trug Hr. Chollet in einem Berichte darauf an, die Organiſation der Nationalgarden in mehreren Gemeinden zu ſuſpendiren. Hr. Beſſon ſtimmte in einem Berichte für Annahme der durch die Deputietenkammer amendirten Geſetzentwürfe, denen zufolge ein Credit eröffnet wird, um die Penſionen der Juliwaiſen und die Entſchädigungen derjenigen zu bezahlen, deren Eigenthum in Folge dieſer Ereigniſſe gelitten. Hr. Roy las einen Bericht über die definitive Regulirung des Budgets von 1830. Die Punete, welche weitläuftiger von ihm berührt wurden, waren die 371,051 Fr., welche auf Anweiſung des damaligen Finanzminiſters Hrn. von Montbel an die Truppen der königlichen Garde zur Zeit der Julirevolution bezahlt wurden, und zweitens die unter dem Laffitteſchen Miniſterium an die Hayti'ſchen Entſchädigungs-Berechtigten bezahlten Summen. Alle drei Berichte wurden zum Druck verordnet. Marſchall Soult legte den Geſetzentwurf über die Aushebung von 80,000 Mann vor.

In der Sitzung der Deputirtenkammer vom 25. März war die Discuſſion des Budgets über den öffentlichen Unterricht an den Tagesordnung. Die verſchiedenen Capitel wurde nacheinander ohne bedeutende Discuſſion angenommen. Die Commiſſion trug auf eine Vermehrung der für den Primärunterricht beſtimmten Summe von 1 Million auf 1,500,000 Fr. an. Dieſe ward angenommen. Auch der ſchlechte Zuſtand der königl. Bibliothek kam zur Sprache, und Hr. Guizot geſtand zu, daß ſie in ſcheeklicher Unordnung geweſen ſei. Sobald dieſem Uebel geſteuert, werde ein Katalog entworfen werden. Bei dem Capitel über den Univerſitätsrath bracht Hr. Jouffroy die willkürliche Abſetzung des Hrn. Dubois zur Speache und bemerkte, die Garantien der Univerſität ſeien einem ſolchen willkürlichen Verfahren entgegen. Hr. Guizot ſuchte ſich zu vertheidigen, es entſchlüpfte ihm aber in ſeiner Rede die Aeußerung, die Verantwortlichkeit der Miniſter ſei ein leeres Wort, wenn ihnen nicht das Rechtzuſtehe, ihre untergeordneten Beamten abzuſetzen, welche eines politiſchen Vergehens ſich ſchuldig gemacht hätten. Dieß erregte auf den beiden Aeußerſten Murren und Gelächter. Hr. Odilon-Barrot unterließ nicht, zu bemerken, daß die Garantien der Univerſität Niemand ſchützten, wenn es dem Miniſter frei ſtehe, jeden zu entlaſſen, der nicht die Ehre habe, wie er zu denken. Dieſe Erwiederung ward mit lautem Beifall aufgenommen und die Sitzung geſchloſſen.

In der Sitzung der Deputirtenkammer vom 26. März ward die Berathung über das Budget des Miniſteriums des öffentlichen Unterrichts fortgeſetzt und beendigt. Die Discuſſion über das Einnahmebudget dieſes Miniſteriums ward bis zur Vorlegung des allgemeinen Einnahmebudgets verſchoben. Der Miniſter des Handels und der öffentlichen Arbeiten legte den von der Pairskammer angenommenen Geſetzentwurf über das Frachtfuhrweſen vor. An der Tagesordnung war ſodann die Form und die Controlle der Empfangsſcheine und anderer Documente, wodurch der öffentliche Schatz verbindlich gemacht werden kann.

Der Moniteur enthält nun die Ernennung eines dritten Nachfolgers für Hrn. von Talleyrand bei der Präfectur des Pas-du-Calais, in der Perſon des Hrn. Rau von Champlouis, Staatsrathes und vormaligen Präfecten des Niederrheins.

Hr. Viennet hat ein Schreiben an den Conſtitutionnel gerichtet, worin er den Sinn ſeiner am 23. März gehaltenen Rede zu erläutern ſucht. Er weist die Idee zurück, als hätte er von dem Miniſterium Auftrag dazu erhalten. Der Conſtitutionnel verweigerte den Abdruck dieſes Scheeibens.

Da der Deputirte des Creuze-Depaetements, Hr. Tixier-Lachaſſaigne, unlängſt zum Präſidenten einer Abtheilung des konigl. Geeichtshofes zu Limoges ernannt worden iſt, ſo mußte derſelbe ſich einer neuen Wahl unterwerfen. Das Wahlcollegium zu Bourganeuf, das zu dieſem Behuſe zuſammenberufen worden, hat jetzt Hrn. Tixier-Lachaſſaigne mit 91 Stimmen unter 117 wieder gewählt.

Am 26. März 5Percents Fin Courant geſchloſſen zu 100 Fr. 65. 3Percents Fin Courant geſchloſſen zu 77 Fr. 5. — Am 27. März 1¼ Uhr Nachmittags 5Percents 100 Fr. 25. 3Percents 76 Fr. 90.

Niederlande.

In Vlieſſingen wurden am 22. März zwei neu erbaute Kriegsſchiffe vom Stapel gelaſſen und zwar die Corvette Boreas für 28 Kanonen und das Aviſofahrzeug De Snelheit für 14 Kanonen gebohrt.

Das Linienſchiff De Zeeuw und die Corvette Pollux haben Befehl erhalten, den Dock von Vlieſſingen ſofort zu verlaſſen und ſich die Schelde hinauf zu begeben.

Im Haag iſt dieſer Tage beim Buchhändler Frank ein Werk über den Geiſt der Revolution im Allgemeinen und über den von Frankreich insbeſondere erſchienen. Als Verfaſſer wird von den dortigen Blättern der Baron von Capelle, einer von den verurtheilten Miniſtern Carls X., genannt. „Der Revolutionsgeiſt iſt es (ſagt der Verfaſſer in der Einleitung ſeines Werkes), der zweimal binnen 40 Jahren in Frankreich Alles von unten nach oben gekehrt hat und damit auch das übrige Europa bedroht; er hat die Leidenſchaften des Volkes geweckt und genährt, das Souverainsrecht der Menge proclamirt, und ihr, unter der Maske der Freiheit, ein Schülerſyſtem geſchenkt, das die Früchte der Feeiheit aufzehrt und ſie ihrer Bürgſchaften beraubt, indem es in ſeiner Zerſtörungswuth alle Arbeiten einer tauſendjährigen Erfahrung zertrümmert oder wirkungslos macht." — Auch über die holländiſch-belgiſchen Angelegenheiten ſpeicht ſich der Verfaſſer aus, der ſich ſehr entſchieden gegen das Syſtem der Protocolle erklärt.

Belgien.

In der Sitzung der Repräſentantenkammer vom 23. März begannen dir Berathungen über das Budget des Kriegsminiſteriums. Hr. Oſy benutzte dieſe Gelegenheit, um die politiſchen Angelegenheiten neuerdings zur Sprache zu bringen, und forderte Aufklärungen über den Stand der Unterhandlungen in London. Er ſuchte die Nutzloſigkeit aller bisherigen diplomatiſchen Bemühungen darzuthun und ſchloß ſeinen Vortrag mit folgenden Worten: „Man erwache endlich; man ſorge daſür, daß alle die von uns gebrachten Opſer dem Lande wenigſtens einigen Nutzen gewähren, und daß wir ein Ziel abſehen können; denn in der That gereicht dir Art und Weiſe, wir unſere Miniſter die Angelegenheiten leiten, nur zur Schande und zur Entwürdigung drs Landes, und man vergeſſe nicht, daß eine Regierung, welche die Nation entehrt, nicht dauern kann.“ — Der Miniſter der auswärtigen Angelegenheitrn beſtieg ſogleich die Rednerbühne und äußerte ſich, wie geſtern kurz erwähnt, über den politiſchen Zuſtand des Landes im Weſentlichen folgendermaaßen: „Meinr Herren! Ihnen den wahren Zuſtand der diplomatiſchen Verhältniſſe auseinanderzuſetzen, iſt in dieſem Augenblickr einr leichte Sache. Mehr als einmal habe ich in dieſem Hauſe den Wunſch ausſprechen hören, daß man die Diplomatie ganz offen betreiben mochte. Dieſer Wunſch iſt in den letzten Zeiten gewiſſermaaßen in Erſüllung grgangen. Wir haben geſehen, wir England und Frankreich in ihrer Note vom 14. Februar die ſeit der Einnahme der Citadelle von Antwerpen geſührten Unterhandlungen ohne Rückhalt erzählen. Holland ſeiner Seits hat in der Denkſchrift vom 26. Februae ſein während dieſer Unterhandlungen beobachtetes Verſahren zu rechtſertigen geſucht, aber vergebens; die in der engliſch-franzöſiſchen Note angeſüheten Thatſachen konnen nicht widerlegt werden. Jene Doeumente ſind der Oeffentlichkeit übergrben worden. Jeder von Ihnen, meine Herren, hat ſich daraus über den Zuſtand der Frage unterrichten können. Ob eine Loſung nahe bevorſtehend iſt, darüber läßt ſich mit Gewißheit nichts ſagen. Aber ſelbſt wenn dieſelbe noch entſernt ſeyn ſollte, ſo gewährt es eine Beruhigung, zu ſehen, wie aufmerkſam unſere Rechte von den Mächten vertheidigt werden, welchr es übernommen haben, uns die Ausſührung des Traetats vom 15. November zu ſichern. — Dieſe Mächte ſetzen die Zwangsmaaßregeln gegen den holländiſchen Handel ſort; und ich kann Ihnen anzeigen, daß, weit davon entfernt, eine Milderung eintreten zu laſſen, ſie entſchloſſen ſind, ſtrenger als je zu verſahren, bis die niederländiſchr Regierung endlich eingrwilligt haben wird, ſich den Entſcheidungen der Conferenz zu fügen, jener Conferenz, die nur auf dir Bitte Hollands zuſammengetreten iſt, und deren Beſchlüſſe zu achten es ſich daher ſtillſchweigend verpflichtet hatte. — Sie wiſſen, meine Herren, daß vom 14. Februar an jede Unterhandlung mit Holland abgebrochen wurde. Das Haager Cabinet hat allerdings jetzt einen neuen Bevollmächtigtrn nach London geſandt, der, wie man ſagt, den Auftrag hat, die Unterhandlungen wieder anzuknüpſen. Aber dieſer Agent iſt erſt zu kürzlich in England angekommen, als daß man ſchon auf ein Reſultat hoffen dürſte. In Ermanglung eines definitiven Reſultats kann ich daher der Kammer nur die Principien auseinanderſetzen, welche das Miniſterium geleitet haben, und im Gange der fernerweitigen Unterhandlungen leiten werden. Der Traetat vom 15. November iſt ſein Geſetz auswärtiger Politik. Ein definitives Arrangement mit Holland kann nur auf den Grund jenes Traetates abgeſchloſſen werden, und die Regierung hat nicht aufgehört zu erklären, daß ſie keine Veränderungen annehmen könne, die nicht auf eine billige Entſchädigung begründet wären. Zur gänzlichen Beruhigung des Landes wird übrigens die Bemeekung dienen, daß, wenn der Traetat einigr Modifieationen erleiden ſollte, dieſelben ſich jedenfalls nur auf finanzielle und commerzielle Verhältniſſe beziehen könnten, und alſo ohne Zuſtimmung der Nationalrepräſentation nicht genehmigt wreden dürften. Dieſer Umſtand iſt für das Land eine Bürgſchaft mehr, daß keines Falls ſeine wahren Intereſſen unvorſichtig werden geopfert weeden. — Aber, meinr Herren, jenes Definitiv-Arrangement wird vielleicht nicht unmittelbar zu Stande kommen, und wenn wir nach ſeüheren Verſuchen urtheilen ſollen, ſo dürfte demſelben eine proviſoriſchr Convention vorangehen, die, indem ſie Belgien den Genuß der ihm noch vorenthaltener Handelsvortheile ſichertr, ſeine Laſten weſentlich erleichtern würde. — Sollte eine ſolchr vorläufige Convention zu Stande kommen, ſo würde es unumgänglich nothwendig ſeyn, daß dieſelbr der niederländiſchen Regierung nicht die Mittel in dir Hand gäbe, ihr Zögerungsſyſtem fortzuſetzen.“ — Der Miniſter führte nun verſchiedene Stellen aus der Note vom 14. Februar an, um darzuthun, daß es auch die Meinung Englands und Frankreichs ſei, daß Belgien weder ſeinen Theil der Schuld bezahlen, noch überhaupt ein vorläufiges Arrangement unterzeichnen dürfe, bevor es nicht in den Beſitz aller ihm durch den Tractat vom 15. November zugeſicherten Handelsvortheile geſetzt worden ſei. — „Das Miniſterium,“ fuhr Hr. Goblet fort, „ſucht ſein Syſtem nicht zu verheimlichen: es beſteht darin, die gegenſeitig eingegangenen Verpflichtungen zu erfüllen und deren Erfüllung zu verlangen; und auf dieſe Weiſe glaubt es Belgien die ihm zugeſicherte Stellung verſchaffen zu konnen. Anderr wünſchten vielleicht, daß man denſelben Zweck durch gewaltſame Mittel, durch einen Angriff gegen Holland zu erreichen ſuchte; dann aber müßten wir auf die Allianz mit England und Frankreich verzichten, und dazu kann ſich das Miniſterium nicht verſtehen, ſo lange jene Mächte ſelbſt ihren Verpflichtungen treu bleiben. — Iſt es wohl recht, den muthmaaßlichen Folgen eines ſolchen Bruches, einige der Schifffahrt auf der Schelde augenblicklich in den Weg gelegtr Hinderniſſe gegenüberzuſtellen?“ — Der Miniſter ging nun zur Rechtfertigung der Beibehaltung der Armee auf dem Kriegsfuß

Digitized by Google

über und ſagte in dieſer Beziehung unter Andern: „Sie wiſſen, meine Herren, daß von Seiten Hollands keine Verpflichtung beſteht, die Feindſeligkeiten nicht wieder aufzunehmen. Die Möglichkeit eines Angriffes iſt daher immer noch vorhanden, und ſie würde ſich bald in Wahrſcheinlichkeit, wo nicht in Gewißheit verwandeln, wenn wir unvorſichtig genug wären, auch nur den geringſten Theil unſerer militäriſchen Mittel aufzugeben; wenn wir das Gleichgewicht vernichteten, das wir in dieſer Beziehung zwiſchen uns und Holland feſtgeſtellt haben. Man kann einwenden, daß die fünf Mächte im Allgemeinen, und Frankreich durch ſeine Lage insbeſondere, uns für die Unthätigkeit unſerer Feinde Bürge ſeien; daß, wenn ſie es wagen ſollten, uns anzugreifen, unſere Verbündeten zum Beiſtand herbeieilen würden. Ich glaube ſelbſt, daß es ſo kommen würde; aber vorläufig würden unſere Feinde auf unſer Gebiet eingedrungen ſeyn. Wollen Sie das Vaterland einem ſolchen Eindringen ausſetzen, weil es wahrſcheinlich bald wieder geräumt werden würde? Und iſt es denn überhaupt nicht ehrenvoller für Belgirn, wenn es auf fremden Beiſtand Verzicht leiſten kann, um einen neuen Angriff zurückzuwriſen? Unſerer Armee hat es niemals an Muth gefehlt, ſie iſt jrtzt diſeiplinirt, und Falls wir gezwungen ſryn ſollten, ihr unſer Schickſal anzuvertrauen, ſo würde ſie ſich dieſes Auftrages ehrenvoll zu entledigen wiſſen. Unſere theuerſten Intereſſen verlangen daher die Aufrechthaltung unſeres militäriſchen Zuſtandes. Und dann dürfen wir auch nicht vergeſſen, daß die Mächte nichts ſehnlicher wünſchen, als eine allgemeine Entwaffnung zu erlangen. Wenn wir nun aber entwaffneten, ohne von unſerem Gegner vorher wenigſtens die Anerkennung unſerer Unabhängigkeit erlangt zu haben, ſo hieße das uns vielleicht einem unabſehbaren status quo unterwerfen. Die Mächte würden dann nicht mehr das geringſte Intereſſe dabei haben, die Stipulationen von Holland zu erlangen, welche uns garantirt worden ſind. Alle dieſe Rückſichten werden, wie ich hoffe, diejenigen überzeugen, welche noch an der unumgänglichen Nothwendigkeit, unſere achtunggebietende militäriſche Stellung beizubehalten, zweifeln ſollten. — Bis jrtzt, meine Herren, haben wir rinen paſſiven Krieg geführt; aber es iſt zuletzt doch nicht zu läugnen, daß wir ihn, eben ſowohl auf unſer Recht als auf unſere materiellen Mittel geſtützt, mit Erfolg geführt haben. Sie werden deßhalb mit uns der Meinung ſeyn, daß wir denſelben Weg fortſetzen müſſen, ſo lange die Mächte ſelbſt den Weg verfolgen, den die eingegangenen Verpflichtungen ihnrn vorſchreiben. — Dieß iſt, meine Herren, die Politik der Regierung. Wir hoffen, daß ſie uns zu dem Ziele führen wird, das unſer Ehrgeiz ſich geſteckt hat; nämlich zu einer ſchließlichen Erledigung unſerer Angelegenheiten. Wie ſchwierig auch unſere Aufgabe ſeyn möge, wie haben ſie übernommen und werden ſir zu erreichen ſuchen, überzeugt, daß Sie unſeren Anſtrengungen zur Begründung der Unabhängigkeit des Vaterlandes werden Gerechtigkeit widerfahren laſſen. — Nachdem der Miniſter die Rednerbühne verlaſſen hatte, trug Hr. Gendebien darauf an, daß der eben abgeſtattete Bericht gedruckt, und eine Sammlung aller auf die belgiſchen Angelegenheiten bezüglichen Protocolle und Actenſtücke der Kammer vorgelegt würde, um dann mit voller Kenntniß der Sachlage den Zuſtand des Landes weiter erörtern zu können. Der Miniſter erklärte nach einem langen und lebhaften Wortwechſel mit mehreren Mitgliedern, daß er nue diejenigrn Actenſtücke vorlegen werde, deren Bekanntmachung er im Intereſſe des Staates vrrantworten könne. Im Laufe der Verhandlung verlangte Hr. Pirſon Auskunft über die in der franzöſiſchen Kammer angeregte Frage wegen der Koſten der beiden Expeditionen der franzöſiſchen Armee nach Belgien. Der Miniſter der auswärtigen Angelegenheiten erwiederte: „Ich kenne die Intentionen der franzöſiſchen Regierung nicht; ich weiß aber, daß das belgiſche Miniſterium keine Aufforderung abgewartet hat, um zu erklären, daß es die Koſten der Expeditionen in den Jahren 1831 und 1832 nicht bezahlen werde; denn dieſe Expeditionen ſind das Reſultat der Belgien auferlegten Bedingungen. Wir haben Frankreich vor der Expedition nach Antwerpen erklärt, daß wir den Einmarſch der Truppen nicht geſtatten würden, wenn wir die Koſten bezahlen ſollten. Der Artikrl wegen den Koſten wurde daher auch in der Convention ausgelaſſen. Ein Vorbehalt hat keinen Werth, es iſt nur der Ausdruck eines Wunſches. Der franzöſiſche Vorbehalt iſt durch rine Proteſtation unſerer Seits neutraliſirt worden." — Der Druck des Berichtes des Hrn. Goblet wurde hierauf genehmigt und die weitere Berathung auf künftigrn Montag verſchoben.

Teutſchland.

Die Stuttgarter Zeitung enthält nachſtehendes königliche Manifeſt aus Anlaß der Auflöſung der Ständeverſammlung: „Wilhelm von Gottes Gnaden König von Würtemberg. Wir haben die Geſinnungen und Abſichten, mit welchen Wir zu Anfang dieſes Jahres den Landtag eröffneten, in Unſerer Thronrede ausgeſprochen. Beſeelt von reinem Wohlwollen für Unſer biederes Volk, mit welchem das Band erprobter Liebe und Anhänglichkeit uns vereint, hatten Wir für dieſen Landtag eine Reihe von Maaßregeln vorbereiten laſſen, wodurch Unſere auf fortſchreitende Erhöhung des allgemeinen Wohlſtandes gerichteten Pläne eine weitere Ausführung erhalten ſollten. Beſondrrs war es für Uns eine erfreuliche Ausſicht, durch die Aufhebung oder Ablöſung mancher von älterer Zeit herſtammenden Laſten mit Uebernahme eines Theiles der — erworbenen Rechten gebührenden Entſchädigung auf die Ueberſchüſſe der Staatscaſſe, und durch Erweiterung des Verkehrs mit den Erzeugniſſen des Bodens und des Gewerbfleißes, der zahlreichſten Claſſe Unſeres Volkes, derjenigen, welche

ſich mit der Landwirthſchaft und den Gewerben beſchäf-
tigt, eine Verbeſſerung ihrer Lagr bereiten, und durch
Verminderung öffentlicher Abgaben, namentlich durch
Herabſetzung des Salzpreiſes und der Notariatsſporteln,
eine ins Allgemeine wirkende Erleichterung herbeiführen
zu können. Der Ausführung dieſer Abſichten, bei welchen
Wir auf die treue Mitwirkung der Stände vertrauten, trat
von Anfang des Landtages an in der Kammer der Ab-
geordneten eine Parthie entgegen, deren Beſtrebungen eine
feindliche Richtung gegen das Beſtehende, und Verken-
nung des Guten, das frühere Perioden hervorgebracht
hatten, unverkennbar bezweckten. Dieſe Parthie verwarf
alles Anſehen und alle Vorthrile bewäheter Erfahrung,
ſtellte die fortdauernde verbindende Kraft früherer Ver-
abſchiedungen mit den Ständen in Abrede, und nahm
die ſtändiſche Thätigkeit, ſtatt dieſelbe auf fruchtbare Re-
ſultate im Intereſſe Unſeres Volkes zu richten, hauptſäch-
lich nur für Angriffe aller Art auf innere und äußere
Verhältniſſe des Staates in Anſpruch, wodurch für die
Kammer eine koſtbare Zeit unter nutzloſen Verhandlun-
gen verloren ging. Indeß glaubten Wir hoffen zu dür-
fen, daß der gute Sinn der Mehrheit der Kammer all-
mählich, wenigſtens theilweiſe, die Hinderniſſe beſiegen
werde, welche auf ſolche Art einem wahrhaft fruchtbaren
Wirken derſelben ſich entgegenſtellten; aber dieſe Hoff-
nung mußte aufgegeben werden, als eine den Frieden Un-
ſeres Landes gefährdende Thätigkeit immer entſchiedener
und mit wachſendem Erfolge ſich entwickelte. — Schon
bei Berathung der zur Beantwortung der Thronrede be-
ſtimmten Adreſſe war der Verſuch gemacht worden, Fremd-
artiges und Friedenſtörendes einzumiſchen. — Später
wurde eint Motion in die Kammer gebracht, worin die
von der Bundesverſammlung zur Erhaltung der Ord-
nung und Ruhe in Teutſchland am 28. Juni v. J. gefaß-
ten Beſchlüſſe als ein beabſichtigter todtlicher Streich ge-
gen die teutſchen Landesverfaſſungen bezeichnet, die Ver-
faſſung Unſeres Königreiches in ihrer tiefſten Grundlage,
dem monarchiſchen Princip, angegriffen, und in Bezie-
hung auf jene Beſchlüſſe Anträge gemacht wurden, wel-
che für Unſere eigene Würde und für die Würde des teut-
ſchen Bundes gleich verletzend waren. — Nachdem die
Kammer die Berathung und den Druck dieſer Motion,
Trotz der zerſtörenden Tendenz derſelben, beſchloſſen hat-
te, erkannten Wir es als dringende Pflicht, die Gewiſ-
ſenhaftigkeit der Kammer in Zeiten auf die gefährlichen
und falſchen Schritte aufmerkſam zu machen, zu welchen
man ſie hinzureißen verſuchte. Wir mußten Uns hierzu um
ſo mehr veranlaßt finden, als Wir Kenntniß hatten, daß
der erwähnte Vortrag keine vereinzelte Erſcheinung war,
ſondern mit einem weit verbreiteten Plane im Zuſammen-
hang ſtand. — Das Reſcript, welches Wir zu dem Ende
an die Kammer erließen, und worin Wir die Erwartung
ausſprachen, daß die erwähnte Motion mit verdientem
Unwillen werde verworfen werden, wurde dazu benutzt,
die Kammer zu einem erſten, aber entſcheidenden Schritt
auf der Bahn offener Feindſeligkeit gegen die Regierung
und den Bund hinzureißen. Unter offenbarer Mißdeu-
tung dieſes Reſcriptes, indem das gerechte Befremden,
welches Wir über den verfaſſungswidrigen Inhalt der
Motion ausgedrückt, und das Vertrauen, welches Wir
in Beziehung hierauf gegen die Kammer geäußert hatten,
für eine vorgreifende Einſchreitung in den geregelten Gang
ihrer Verhandlungen ausgegeben wurde, gelang es der
oben bezeichneten Parthie, durch Stimmenmeheheit eine
Eingabe an Uns durchzuſetzen, worin, ohne die Bera-
thung der Hauptſache abzuwarten, der entſchiedene Ent-
ſchluß, der von Uns geäußerten Erwartung nicht zu ent-
ſprechen, erklärt wurde. — Eine ſolche Erklärung, in
Verbindung mit Allem, was in gleichem Geiſte von An-
fang des Landtages an vorgegangen war, mußte Uns die
Ueberzeugung aufdringen, daß aus den Verhandlungen
mit der Kammer diejenigen Ergebniſſe nicht hervorgehen
konnten, welche für das Wohl des Landes und die Siche-
rung einer geordneten Staatsverwaltung erforderlich ſind,
und welche ohne gegenſeitiges Vertrauen zwiſchen Regie-
rung und Ständen nicht gewonnen werden können. —
In ernſter Erwägung Unſerer Regentenpflichten haben
Wir Uns daher entſchloſſen, dem Uns verfaſſungs-
mäßig zuſtehenden Rechte Gebrauch machend, die gegen-
wärtige Ständeverſammlung aufzulöſen, und eine neue
Wahl der Abgeordneten des Landes anzuordnen. — Wir
legen nun das Schickſal des nächſten Landtages in die
Hände der wahlberechtigten Staatsbüeger. Wir thun es
mit vollem Vertrauen zu einem Volke, das Uns im Laufe
einer ſiebzehnjährigen Regierung unter wechſelnden Ge-
ſchicken ſtets ſeine Treue und Anhänglichkeit erprobt, und
hinwieder Unſere nur auf die Verbeſſerung ſeines Zu-
ſtandes gerichteten landesväterlichen Abſichten erkannt
hat; Wir thun es in Hinſicht auf die Verfaſſung, in de-
ren Gründung Wir den Ruhm Unſerer Regierung ſetzen,
und auf die mannigfachen Verbeſſerungen, deren Aus-
führung Uns in Folge dieſer Verfaſſung unter dem treuen
Mitwirken der Stände gelungen iſt; Wir thun es mit
dem Bewußtſeyn, daß nur die Sorge für das Wohl des
Landes Unſere Schritte leitet, und mit der Hoffnung, auf
dieſe Weiſe ſchnell die Verwicklungen zu löſen, welche den
Gang der öffentlichen Wohlfahrt aufſznhalten drohten. —
Das Wohl Unſeres Landes fordert Erhaltung des beſte-
henden Guten, und auf der Grundlage dieſes Beſtehen-
den fortſchreitende Verbeſſerung. Was in dieſer Bezie-
hung geſchehen ſoll, das kann mit ungehemmtem Erfolge
nur dann geleiſtet werden, wenn hierbei Regierung und
Stände in wechſelſeitigem Vertrauen zuſammenwirken.
Möge Jeder, welcher jetzt zur Mitwirkung bei der neuen
Wahl ſtändiſcher Abgeordneten berufen wird, dieſes be-
denken; möge Jeder die Verantwortlichkeit erwägen, die
er hierdurch gegen das ganze Vaterland übernimmt, da-
mit aus den bevorſtehenden Wahlen nur würdige Män-
ner hervorgehen, die das Wohl des Landes im Herzen
tragen, einen beſonnenen Geiſt, einen unparteiiſchen, ge-
mäßigten Sinn und einen klaren Blick in die Verhält-
niſſe zur Berathung der öffentlichen Angelegenheiten mit-
bringen, und dem König und der Verfaſſung mit glei-
cher Treue ergeben ſind. Stuttgart, den 29. März 1833.
Wilhelm. Auf Befehl des Königs: der Staatsſecretär
Vellnagel."

Zu Münchrn verſchied am 27. März der königlich
baieriſche General der Infanterie, Joſeph Graf von Rech-
berg und Rothenlöwen, Ritter vieler Orden ꝛc., in
einem Alter von 65 Jahren.

Hauptredacteur: Joſeph Anton Edler von Pilat.

Verleger: Anton Strauß ſel. Witwe in der Dorotheergaſſe Nr. 1108.

Im Comptoir des Oeſterr. Beob. iſt noch zu haben: Gemeinnütziger und erheiternder Hauskalender für das öſterrei-
chiſche Kaiſerthum, oder Geſchäfts-, Unterhaltungs- und Leſebuch auf das gemeine Jahr (von 365 Tagen) 1833.
Titelkupfer: Plan der k. k. Hauptſtadt und des Freihafens Venedig. Koſtet im geſchmackvollen Umſchlage, wor-
auf der kaiſerl. Adler mit allen öſterr. Ritterorden abgebildet iſt, auf Druckpapier 3 fl. 30 kr., — auf Schreib-
papier 4 fl. 30 kr. W. W.

Nro. 96

Oeſterreichiſcher Beobachter.

Sonnabend, den 6. April 1833.

Meteorologiſche Beobachtungen vom 4. April.	Zeit der Beobachtung.	Barometer auf 0° Reaumur reducirt.		Thermometer Reaumur.	Wind.	Witterung.
		Pariſer Maß.	Wiener Maß.			
	8 Uhr Morg.	27.155	28 Z. 0 L. 1 P.	+ 8.0	WNW. mittel.	trüb.
	3 Uhr Nachm.	27.296	28 0 7	+ 10.0	WNW. ſtill.	Wolken.
	10 Uhr Abnds.	27.378	28 1 7	+ 5.0	WNW. ſchwach.	Regen.

Portugal.

Die Liſſaboner Zeitung vom 13. März enthält einen Bericht über das tapfere Benehmen der Truppen der Operationsarmee in der Batterie von Comdal, welche den Brigg der Rebellen „der dreiundzwanzigſte Juli,“ von 18 Kanonen, in den Grund gebohrt hat. Der Commandant des Detaſchements iſt befördert worden. — Der Graf von San Lourenço, Oberbefehlshaber der Operationsarmee, hat dem Visconde de Santarem folgende Nachricht aus dem Hauptquartier übermacht: „Ew. Excellenz! Ich habe die Ehre, Sie zu benachrichtigen, daß der Geſundheitszuſtand der Armee unter meinem Commando ungemein befriedigend iſt. Oporto leidet fortwährend ſehr von der dort herrſchenden Epidemie, deren Heftigkeit jedoch ſeit einiger Zeit abgenommen hat.“

Das Dampfboot Lord of the Isles iſt am 25. März aus Vigo in Falmouth angelangt. Es bringt Nachrichten aus Oporto bis zum 9. März, welche alles beſtätigen, was bereits über die am 4. gedachten Monats bei Oporto Statt gefundenen Vorfälle bekannt iſt. Seitdem die Stürme aufgehört haben, ſollen, dem Globe zufolge, wieder bedeutende Vorräthe von Kriegs- und Mundbedarf, und auch 400 Mann Verſtärkungstruppen vom Manlius (bei S. João da Foz) ans Land geſetzt worden ſeyn.

Spanien.

Pariſer Blätter enthalten folgenden Auszug eines Schreibens aus Madrid vom 17. März: „Hr. Zea-Bermudez gewinnt täglich mehr an Uebergewicht in unſerem Cabinete, und die Carliſten ſowohl als die entgegengeſetzte Partei, welche mit zu heftigem Ungeſtüm ihre Reformplane durchſetzen wollen, werden durch die von der Regierung ergriffenen energiſchen Maaßregeln außer Faſſung gebracht. Der Graf von Puñon-Roſtro, Grand von Spanien, der das in der Revista de Madrid eingerückte Schreiben, worin das Benehmen des Miniſteriums getadelt wird, verfaßt hat, iſt nach dem Schloß vom Pamplona, in Navarra, verbannt worden. Der Herzog von San Lorenzo und alle jene Granden, die an dem Sturze der drei Miniſter des Widerſtandes arbeiteten, ſollen von dem Könige Verweiſe erhalten haben, und ihnen unterſagt worden ſeyn, das Benehmen eines Miniſteriums zu tadeln, welches ſich des königlichen Vertrauens erfreut. II. kk. HH. der Infant Don Carlos, ſeine Gemahlinn, ſeine Kinder, die Prinzeſſinn von Beira, der Infant Don Sebaſtian und ſeine Gemahlinn ſind am 16. aus der Hauptſtadt nach Portugal abgereiſt. Es herrſcht hier fortwährend die vollkommenſte Ruhe, und unſere Fonds ſtehen immer ſehr hoch.“

Rußland.

Im Journal de St. Petersbourg vom 23. März lieſt man Folgendes: „Wir haben über Odeſſa directe Nachrichten aus Konſtantinopel erhalten, die mit ungewöhnlicher Schnelligkeit hier angelangt ſind; dieſe Nachrichten, welche bis zum 10. März reichen, kamen mit dem Dampfboot Newa nach Odeſſa; die Hauptſtadt erfreute ſich, demzufolge, fortwährend der vollkommenſten Ruhe; die Unterhandlungen mit Mehmed Ali wurden fortgeſetzt, und das Geſchwader des Contreadmirals Laſareff lag noch auf der Rhede von Bujukdere vor Anker. — Am 25. Februar begab ſich der Großadmiral Tahir Paſcha in feſtlichem Zuge nach Bujukdere, um dem Contreadmiral Laſareff einen Beſuch abzuſtatten. Nachdem Tahir Paſcha das Schiff beſichtigt und alles Einzelne höchlichſt gelobt hatte, lud er Hrn. Laſareff ein, die türkiſche Admiralität zu beſuchen. Am 26. begab ſich der ruſſiſche Contreadmiral zum Kapudan-Paſcha, der ihn auf die zuvorkommendſte Weiſe empfing. Nicht zufrieden damit, ihm zum Führer zu dienen und ihm Alles zu zeigen, was Aufmerkſamkeit verdiente, bat Tahir Paſcha Hrn. von Laſareff, einem ihm zu Ehren veranſtalteten glänzenden Mahle beizuwohnen. Dieſes Dinee dauerte bis in die ſpäte Nacht, und die Aufnahme, welche dem Contreadmiral bei dieſer Gelegenheit von Tahir Paſcha zu Theil wurde, zeichnete ſich durch offene Herzlichkeit und durch die zarteſte Zuvorkommenheit aus. Er brachte ſelbſt mehrere auf die Umſtände ſich beziehende Toaſte aus. Einige Tage darauf beſuchte der Contreadmiral Laſareff das Münzgebäude, wohin ihn mehrere ſeiner Offiziere begleiteten. Der Sultan wollte dieſen Beſuch durch eine eben ſo zuvorkommende als in den Gebräuchen des Landes neue Aufmerkſamkeit auszeichnen. Es wurden dem Contreadmiral Laſareff goldene und ſilberne Denkmünzen, die man in ſeiner Gegenwart prägte, und die zum Andenken an den Aufenthalt des ruſſiſchen Geſchwaders im Bosporus dienen ſollten, überreicht. Andere, von etwas kleinerem Umfange, wurden unter die ihn begleitenden Offiziere vertheilt. — Am 9. März hatte der öſterreichiſche Internuntius ſeine Abſchiedsaudienz beim Großherren. Er wurde mit großer Zuvorkommenheit und Huld empfangen und erhielt bei dieſer Gelegenheit einen mit Brillanten geſchmückten Orden von ähnlicher Art wie der, welchen die Pfortenminiſter tragen; derſelbe wurde ihm als ein beſonderes Zeichen des Wohlwollens Sr. Hoheit überreicht. Hr. von Ottenfels ſchickt ſich an, in wenigen Tagen am Bord der öſterreichiſchen Kriegscorvette Abbondanza über Trieſt nach Wien zurückzukehren. Er wird einſtweilen durch den Baron von Stürmer in der Eigenſchaft eines außerordentlichen Geſandten und bevollmächtigten Miniſters erſetzt. — Der ehemalige Großweſir Re-

Digitized by Google

ſchid Paſcha iſt von Ibrahim Paſcha in Freiheit geſetzt worden und bereits am 7. oder 8. März in Konſtantinopel eingetroffen, wo er den Befehl erhielt, ſich auf ſein Landhaus zu degeben und einſtweilen daſelbſt zu verbleiben *).“

Der Hamburger Correſpondent enthält Folgendes von der ruſſiſchen Gränze vom 9. März: „Der Globe hat vor nicht ſehr langer Zeit die ſpäter von mehreren teutſchen Blättern wiederholte Verſicherung aufgeſtellt, daß die Finanzen des ruſſiſchen Reiches in Folge der letzten Kriege bis aufs Aeußerſte erſchöpft ſeien, und an dieſe dem Globe angeblich auf Privatwegen zugekommene Nachricht knüpft er die Vermuthung, daß für den Augenblick wenigſtens von dem Ehrgeize des Kaiſers Nicolaus kein Unternehmen zu befürchten ſei, welches den europäiſchen Frieden gefährden könne. — So wenig es nun in Adrede zu ſtellen iſt, daß die letzten Kriege gegen Perſien und die Türkei ſowohl, als auch die zur Dämpfung des polniſchen Aufſtandes in Anwendung gebrachten militäriſchen Maaßregeln dem ruſſiſchen Schatze bedeutende Laſten aufgebürdet haben, ſo bleibt es dennoch für jeden Wohlunterrichteten eine undeſtreitbare Thatſache, daß die ruſſiſchen Finanzen unter der weiſen Verwaltung des Grafen Cancrin, und bei den ungeheuren Reſſourcen des Reiches, jedem Bedürfniſſe der Gegenwart ſowohl, als der Zukunft genügen dürften. Wie auch die politiſchen Conjuncturen Europa's ſich in der Folge geſtalten mögen, ſie werden Rußland, den glaubwürdigſten Nachrichten von dorther zufolge, nicht unvorbereitet finden, eine ſeiner Macht angemeſſene Stellung dehaupten zu können. — Die ſicherſte Gewähr für die Fortdauer des Friedens dürfte übrigens mehr in der anerkannten Mäßigung des Kaiſers und in ſeinen hochherzigen Geſinnungen zu ſuchen ſeyn, als in irgend einer ſeinen angeblichen Ehrgeiz hemmenden Veranlaſſung anderer Art. Die Politik des ruſſiſchen Cabinetes kennt keine andere Ambition, als für die Aufrechthaltung der beſtehenden Ordnung und des europäiſchen Gleichgewichtes Sorge zu tragen. Rußland iſt groß und mächtig genug, um ſowohl für ſich ſelbſt auf jede Eroberung zu verzichten, als auch um ſeine Würde gegen das Ausland und die Unabhängigkeit anderer Staaten bei jeder Gelegenheit vertreten zu können. An Belegen für die ſtrenge Gerechtigkeitsliebe und die edle Uneigennützigkeit des ruſſiſchen Monarchen wird es jedem Unparteiiſchen um ſo weniger fehlen, als ihm die Geſchichte der letzten Zeit erinnerlich ſeyn dürfte. Nur die gröbſte Unwiſſenheit oder blinde unverſöhnliche Leidenſchaft können es wagen, Beſchuldigungen auszuſprechen, die in ſich ſelbſt zerfallen und zu denen die ruſſiſche Regierung weder in der Gegenwart noch in der Vergangenheit auch nur die mindeſte Veranlaſſung gab.“

Ein Privatſchreiben aus St. Petersburg, im Journal de Francfort, widerlegt die Angaben und Beſchuldigungen des Generals Lafayette in der franzöſiſchen Deputiertenkammer gegen Rußland und den Kaiſer Nicolaus. Der General erzählte nämlich der Kammer von der Rednerbühne aus: „Der Kaiſer von Rußland begegnete auf ſeiner Reiſe bei Kiew 600 Polenkindern, die nach Sibirien oder in die kaukaſiſchen Gebirge geführt wurden. Bei Annäherung des Kaiſers glaubten ſie ſich gerettet, allein dem war nicht ſo; 300 Kinder männlichen Geſchlechts mußten ihre Reiſe fortſetzen und die Mädchen wurden an die ruſſiſchen Offiziere vertheilt.“ Das Wahre dieſer Angabe iſt, daß der Kaiſer 600 polniſchen Kriegsgefangenen begegnete, die ſämmtlich Flinte oder Lanze gegen Rußland getragen hatten. Von dieſen Polenkindern war das jüngſte 24 Jahre alt, auch wurden ſie nicht nach Sibirien oder dem Kaukaſus, ſondern unter Geleite von 20 ruſſiſchen Soldaten und 1 Offizier nach St. Petersburg geführt. Junge Mädchen waren bei dieſer Abtheilung nicht zu finden, folglich auch nicht zu vertheilen, wie es denn überhaupt eine Lüge iſt, daß Polinnen nach Rußland geführt worden. Der Kaiſer ſtieg aus dem Wagen, unterhielt ſich huldreich mit den Gefangenen, bezeichnete mehrere, die unter das Elite-Grenadiercorps treten ſollten, und befahl ſie auf Wägen weiter zu bringen. Dieſe Polenkinder waren alle wohl genährt und gekleidet, und der Kaiſer machte auf das Zeugniß des Offiziers, daß ſie ſich auf dem Marſche alle ordentlich benommen hätten, jedem ein Geſchenk von zwei Rubel.“

Türkei.

Der Moniteur Ottoman vom 2. März enthält folgenden Artikel über die beiden für die Pforte unglücklichen Feldzüge des vorigen Jahres unter Huſſein Paſcha's und Reſchid Mehmed Paſcha's Commando gegen die Aegyptier: „Die Urſachen, welche die Unfälle der ottomanniſchen Heere in den beiden letzten Feldzügen herbeigeführt haben, müſſen klar und deutlich entwickelt werden, damit die europäiſche Meinung nicht hinters Licht geführt werden und die Folgen dieſes Krieges nicht falſch beurtheilen möge. Vor den wichtigen Intereſſen, welche mit dieſer Erörterung verknüpft ſind, müſſen die individuellen Rückſichten, und die Schonung der Eigenliebe, wie hoch die Perſonen, welche hier mit im Spiele ſind, auch immer geſtellt ſeyn mögen, verſchwinden. Die gegen die Araber verlornen Schlachten, der Marſch Ibrahims bis ins Herz Natoliens, haden unter den Staatsmännern in Europa die Gerüchte von einer Reaction in der Meinung der Nation gegen die neuen Einrichtungen, von einer dumpfen und allgemeinen Widerſetzlichkeit gegen die Befeſtigung des regulären Militärſyſtems und von ſtets wachſenden Hinderniſſen erweckt, welche ſich der Entwicklung der Reformen, deren Grundlagen von dem Sultan gelegt worden ſind, entgegenſtellen. Was die Leute vom Militärfache anlangt, ſo dürften ſie, wenn ſie ſich bloß an die Oberfläche der Thatſachen hielten, ohne deren Urſachen aufſuchen zu können, entweder an ein Gebrechen der Organiſation der Armee oder an einen Mangel an gutem Willen und Muth bei den Truppen glauben. Keine von dieſen Conjuncturen iſt richtig; es iſt viel daran gelegen, daß dergleichen Irrthümer keinen Glauben gewinnen, ſie müſſen offenen und kategoriſchen Erläuterungen Platz machen. — Die Vorbereitungen zu einem Feldzuge, die zahlreichen Einzelnheiten, welche die Concentrirung eines Kriegsheeres, das ins Feld rücken ſoll, erheiſcht; die Organiſation aller Dienſtzweige, aus welchen ein ſo großes Ganzes beſteht, gehören zum Reſſort des mit der Leitung des Kriegsdepartements beauftragten Miniſters. Er kann von ſeinem Cabinete aus dieſe Operationen leiten, wie ſchwierig ſie auch ſeyn mögen, und iſt er geſchickt und ſcharfſichtig, ſo vermag er ſie zu dem Grade der Regelmäßigkeit zu bringen, welcher die Succeſſe vorbereitet. An dem Tage aber, wo ſich das Heer in Marſch ſetzt, tritt der commandirende Obergeneral an die Stelle des Kriegsminiſters; von ihm hängt alſo die Aufrechthaltung der von jenem eingeführten Ordnung ab, ihm liegt es ob, die Kräfte des Soldaten zu ſchonen, Eifer und Mannszucht unter den Truppen zu erhalten, auf die Erfüllung aller Pflichten zu dringen, wie für die Befriedigung al-

*) Vergl. Oeſterr. Beob. vom 30. v. M.

Digitized by Google

ker Bedürfniſſe Sorge zu tragen, und endlich allen dieſen verſchiedenartigen Maſſen, die ſich unter ſeinen Befehlen bewegen, die Einheit ſeines ſtets feſten und wachſamen Willens mitzutheilen. — Die Tüchtigkeit des Oberbefehlshabers, der Gebrauch, den er von dem Rechte der Initiative macht, womit er bekleidet iſt, ſind daher für das Schickſal einer Armee von entſchiedenem Gewichte. — Wenn er ſich im Angeſichte des Feindes befindet, dann gewinnen ſeine Functionen noch einen größern Umfang; die Blicke ſind noch unmittelbarer auf ihn geheftet; er iſt alsdann der eigentliche Brennpunkt der Beſorgniß, Hoffnung, Erwartung ſeiner Truppen, ſämmtlich Empfindungen, welche vor der heranrückenden oder ſchon eingetretenen Stunde der Schlacht ſo lebhaft erweckt werden. Er wird alsdann in der That die Seele dieſes vielfach gegliederten Körpers, deſſen im engſten Wechſelbezuge mit einander ſtehende Theile ihre Kraft des Zuſammenwirkens und die Gewalt ihrer Bewegungen von ihm erwarten. Dieſes gilt vorzüglich von einer neugeſchaffenen Armee, welche noch nicht Zeit gehabt hat, Vertrauen zu ſich ſelbſt zu gewinnen, der es hingegen Noth thut, ihr ganzes Vertrauen auf einen Führer zu ſetzen, der ſie zu den ſchrecklichen Kampfſpielen des Wahlplatzes führt. — Nach dem unglücklichen Feldzuge unter Huſſein Paſcha's Oberbefehl ließ das ottomanniſche Heer, das durch die zahlloſen Mißgriffe ſeines Oberbefehlshabers hätte abgeſchreckt und demoraliſirt werden konnen, dennoch den Muth nicht ſinken; es wurde in Kurzem wieder organiſirt; Ordnung und Zuſammenhang kehrten wieder in ſeine Reihen zurück; die Kampfluſt ſtellte ſich in ſeiner Mitte wieder ein und es brannte vor Begierde, die erlittene Scharte wieder auszuwetzen. Der Großweſir eilte herbei, um den Befehl über dieſes Heer zu übernehmen. Bei der Annäherung der ägyptiſchen Truppen, welche gegen Konieh heranrückten, hatte Reuff Paſcha, welcher in Abweſenheit des Großweſirs den Oberbefehl führte, das kleine Corps, das in gedachter Stadt lag, den Rückzug antreten laſſen und eine zahlreiche Artillerie ſo wie beträchtliche Quantitäten von Kriegsbedarf mit hinweggeführt. Dieſer Rückzug war in beſter Ordnung, und Trotz der Angriffe, bewerkſtelligt worden, welche von Seiten der ägyptiſchen Reiterei zu verſchiedenen Malen gegen den Nachtrab des ottomanniſchen Corps ausgeführt wurden; es gelang ihr nicht, demſelben etwas anzuhaben, und die zur Sicherſtellung ſeines Marſches getroffenen Diſpoſitionen zu ſtören. Dieſe, verſchiedenartig ausgelegte, rückgängige Bewegung, war eine kluge und geſchickt ausgeführte Operation, welche den Beifall und die Lobſprüche des Großherrn erhielt. — So ſtanden die Dinge, als der Großweſir Konſtantinopel verließ. Reſchid Paſcha hat während einer langen militäriſchen Dienſtleiſtung Beweiſe von Tapferkeit und perſönlicher Unerſchrockenheit geliefert, die ſich nie verläugneten, und denen die Regierung vor Allem Gerechtigkeit widerfahren läßt. Allein eben dieſe Eigenſchaften, welche ihm ſo trefflich zu Statten gekommen ſind, ſo lange er keine andere als ſolche Feinde zu bekämpfen hatte, deren unregelmäßige Organiſation dem Anſturz einer ungeſtümen Tapferkeit nicht zu widerſtehen vermochte, wurden ihm verderblich, als er es mit der Macht der regelmäßigen Organiſation und der Wiſſenſchaft der Strategie zu thun bekam. Dieſer perſönliche Muth, den er im höchſten Grade beſitzt, ließ ihn die für den Befehlshaber einer regelmäßigen Armee unumgängliche Nothwendigkeit aus den Augen ſetzen, ſeine Stäeke anderwärts als in dem Entſchluſſe zu ſuchen, ſein Leben aufs Spiel zu ſetzen. Der Großweſir hat ſein Leben in den Feldlagern zugebracht; die kriegeriſchen Gewohnheiten und die Thätigkeit eines Kriegsmannes ſind ihm allerdings eigen; da er aber den größten Theil ſeines militäriſchen Lebens mitten unter den Truppen der alten Formation zugebracht hat, an deren Stelle nun das reguläre Syſtem getreten iſt, hatte er ein großes Vertrauen auf die Anzahl und den Ungeſtüm der Maſſen behalten, dagegen wenig Werth auf die Wiſſenſchaft der Taktik, auf die Wichtigkeit der einer Schlacht vorhergehenden Diſpoſitionen geſetzt. Die Reſultate dieſer Meinung haben ſich in dem Feldzuge des ſeiner Leitung anvertraut geweſenen Heeres alsbald kund gegeben."

(Der Schluß folgt.)

Großbritannien und Irland.

Die HH. Briſcoe und Hawes ſind damit beauftragt, eine Bill ins Unterhaus zu bringen, worin die Regierung um einen Geldvorſchuß zur Vollendung des Themſe-Tunnels erſucht wird.

Der Globe vom 25. März ſagt: „Der Brüſſeler Correſpondent eines Londoner Blattes behauptet, daß die Unterhandlungen mit Hrn. Dedel ins Stocken gerathen ſeien, weil ſich der König von Holland weigere, den König Leopold zuvörderſt anzuerkennen. Dieſe Behauptung iſt durchaus ungegründet, obgleich wir nicht im Stande ſind, in Bezug auf den Stand der Verhandlungen irgend etwas anderes zu ſagen, als daß wir glauben, daß bisher weiter nichts als bloße Präliminarien der Gegenſtand diplomatiſcher Erörterung geweſen ſind."

Aus Jamaika waren am 25. März äußerſt unangenehme Nachrichten (bis zum 4. Februar) in London eingelaufen. Die dortigen Pflanzer ſtanden wieder in offenem Kriege gegen den Gouverneur und das Mutterland. Der Gouverneur hatte in Folge der aus London erhaltenen Weiſungen ein Deeret erlaſſen, worin die in den politiſchen Vereinen in Jamaika ausgeſprochene Drohung, „alle Diſſenters, Prediger und Miſſionäre (welche „die Emaneipation der Selaven predigen) mit Gewalt „von der Inſel wegzujagen," als ein Eingriff in die Geſetze geſchildert, und ſcharfe Ahndung gegen diejenigen, die ſich durch ſolche Lehren zu Gewalthandlungen verleiten laſſen ſollten, verhängt wird. Die politiſchen Vereine beantworteten obgedachtes Deeret mit der Erklärung, daß ſie auf Gefahr ihres Lebens und Eigenthums feſt bei ihrem Entſchluſſe zu beharren geſonnen ſeien; aufrühreriſche Proclamationen wurden an den Straßenecken angeſchlagen und in die Zeitungen eingerückt, worin die Coloniſten aufgefordert weeden, ihre Rechte und Privilegien mit den Waffen in der Hand zu vertheidigen u. ſ. w. Der Gouverneur wurde in Spaniſh-Town auf öffentlicher Straße inſultirt; die Inſel befand ſich in der furchtbarſten Gährung.

Den Nachrichten aus Irland zufolge, hat ſich der Andrang nach Gold in der Bank ſchon beinahe wieder ganz gelegt.

Conſols am 26. März $85^{1}/_{4}$, $^{1}/_{4}$.

Frankreich.

In der Sitzung der Deputirtenkammer vom 26. März ward der Entwuef über die Form und die Controlle der Empfangsſcheine und anderer Documente, wodurch der öffentliche Schatz verbindlich gemacht werden kann, mit 231 weißen gegen 5 ſchwarze Kugeln angenommen. Hr. Mahul erſtattete Bericht über den Entwurf, die der Regierung durch das Geſetz vom 21. April (über die ausländiſchen Flüchtlinge) zugeſtandene Befugniß zu prorogiren. Die Kammer ſetzte nach mehrfachem Widerſpruche die Erörterung auf folgenden Sonnabend feſt. Hr. Salverte ſchlug vor, das Geſetz über den Elementarunterricht für den folgenden Tag auf die Tagesord-

nung zu ſetzen, und nicht, wie Andere wünſchten, auf eine folgende Seſſion zu verſchieben. Es entſtand großer Streit. Die Kammer ſtimmte endlich; die Probe war zweifelhaft. Die Abſtimmung durch Kugeln gab 116 weiße und 117 ſchwarze Kugeln, wodurch der Vorſchlag des Hrn. Salverte verworfen ward.

In der Sitzung der Deputirtenkammer vom 27. März ward eine carliſtiſche Broſchüre auf der Tafel niedergelegt. Mehrere Deputirte beſchwerten ſich über den Präſidenten, daß er dergleichen Dinge auflegen laſſe. Der Präſident entgegnete, ihm ſtehe, wenn ihn nicht die Kammer beſonders dazu beauftrage, keine Macht darüber zu. Hr. Garnier-Pagès fand gegen das Vorlegen ſolcher Broſchüren nichts einzuwenden, und meinte, in dieſem Falle ſei es ſogar nützlich, da man die Plane dieſer Partei ausgeſprochen fände. Hr. Vatout las einen Bericht über mehrere Geſetzentwürfe von localem Intereſſe, die Discuſſion darüber ward auf nächſten Sonnabend (30.) feſtgeſetzt. An der Tagesordnung war die Discuſſion über einen Geſetzentwurf in Betreff eines neuen Credits von 1,500,000 Fr. für Militärpenſionen. Die verſchiedenen Artikel wurden, nach einigem Widerſpruche von Seite Hrn. Maugnins, angenommen. Ein Suplementarcredit zu Prämien für den Stock- und Wallfiſchfang im Betrage von 650,000 Fr. ward gleichfalls angenommen. Der Präſident kündigte an, daß auf der morgigen Tagesordnung nichts ſtehe, als der Bericht über das Geſetz der Einnahmen. Will die Kammer, daß das Kriegsbudget gleich nachher auf die Tagesordnung geſetzt werde? (Ja! Ja!) Die weitere Tagesordnung iſt die Discuſſion über eine Eiſenbahn von Montbriſon nach Montroſe.

Das Journal des Debats und der Nouvelliſte vom 27. März enthalten folgenden Artikel: „Bei der letzten Kreuzfahrt der Escadre an der holländiſchen Küſte haben mehrere Fahrzeuge Beſchädigungen erlitten, welche die Rückkehr des Linienſchiffes Donegal, welches die Flagge des Viceadmirals Sir P. Malcolm führt, in den Hafen von Sheerneß nothwendig machten. — Die Fregatte Sirene, an deren Bord der Viceadmiral Durreſt de Villeneuve ſeine Flagge aufgepflanzt hat, iſt wegen einiger Ausbeſſerungen und um friſche Lebensmittel einzunehmen, zu Cherbourg eingelaufen. — Bleiben in den Dünen oder auf Kreuzung im Canal und proviſoriſch unter den Befehlen des Capitäns Lemaitre, die Fregatten la Reſolue, la Flore, la Junon, l'Heroine, die Corvette la Nayade und der Brigg d'Aſſas."

Am 27. März. 5Percents Fin Courant geſchloſſen zu 100 Fr. 95. 3Percents Fin Courant geſchloſſen zu 77 Fr. 60. — Am 28. März 1 1/4 Uhr Nachmittags 5Percents 100 Fr. 85. 3Percents 77 Fr. 60.

Belgien.

Im Anfang der Sitzung der Repräſentantenkammer vom 25. März wurde ein Schreiben des Miniſters der auswärtigen Angelegenheiten an den Präſidenten der Kammer verleſen, womit Erſterer die in der letzten Sitzung von ihm verlangten Actenſtücke überſandte, und ſich entſchuldigte, daß einige derſelben wegen Kürze der Zeit nicht von den Originalen copirt, ſondern aus den Zeitungen ausgeſchnitten wären. Hr. Dumortier erhob ſich mit großem Unwillen gegen dieſe Art, der Nationalrepräſentation officielle Actenſtücke mitzutheilen. Er habe die aus dem Moniteur und der niederländiſchen Staatscourant ausgeſchnittenen Stellen durchgeſehen, und bemerkt, daß dieſelben oft in weſentlichen Puncten von einander abwichen und auch auf keine Weiſe von dem Miniſter beglaubigt wären, ſo daß dieſelben gar keinen officiellen Character an ſich trügen. Er halte es für eine unwürdige Myſtification, der Kammer dergleichen Papierſchnitzel als authentiſche Actenſtücke vorzulegen. Er wünſche zu wiſſen, warum der Miniſter nicht die Antworten der Regierung auf die letzten Vorſchläge Frankreichs und Englands, und nicht auch die mit Preußen abgeſchloſſene Convention wegen der Beſetzung einzelner Theile von Limburg und Luxemburg auf das Bureau niedergelegt habe? — Der Miniſter der auswärtigen Angelegenheiten erklärte noch einmal, daß die Kürze der Zeit ihn genöthigt habe, die Actenſtücke in vorliegender Weiſe einzuſenden. Er habe übrigens der Kammer Alles mitgetheilt, was dem engliſchen Parlamente und den franzöſiſchen Kammern vorgelegt worden ſei, und außerdem noch mehrere Documente, die neuer wären, als das letzte Protocoll der Conferenz. Einige Actenſtücke habe er allerdings noch zurückbehalten, indem ſich die Veröffentlichung derſelben nicht mit dem Intereſſe des Staates vertrüge. Er wiſſe nicht, fügte der Miniſter hinzu, ob es bei der gegenwärtigen Discuſſion paſſend ſei, von einer mit Preußen abgeſchloſſenen Convention zu ſprechen. Er kenne keine ſolche Convention, und könne auch verſichern, daß keine hinſichtlich der vorläufigen Räumung der abgetretenen Gebietstheile exiſtire. Mehrere Bemerkungen verſchiedener Mitglieder über die Mangelhaftigkeit der mitgetheilten Actenſtücke, und einige Fragen über dieſelben führten zu keinem andern Reſultate, als daß Hr. Goblet wiederholentlich erklärte, er habe Alles vorgelegt, was ihm ſeine Stellung als verantwortlicher Miniſter erlaube. Die Kammer ging darauf zur Berathung des Budgets des Kriegsminiſteriums über.

Am 4. April war zu Wien der Mittelpreis der

Staatsſchuld-Verſchreibungen zu 5pCt. in CM.	93 1/8;
detto detto zu 4pCt. in CM.	83 7/8;
Darleh. mit Verlooſ. v. J. 1820, für 100 fl. in CM.	188 1/4;
detto detto v. J. 1821, für 100 fl. in CM.	——;
Wiener-Stadtbanco-Obligat. zu 2 1/2 pCt. in CM.	52 3/4;
Conv. Münze pCt. ——;	

Bankactien pr. Stück 1216 7/10 in CM.

Hauptredacteur: Joſeph Anton Edler von Pilat.

Verleger: Anton Strauß ſel. Witwe in der Dorotheergaſſe Nr. 1108.

Bei Anton Strauss's sel. Witwe, Dorotheergasse Nr. 1108, ist erschienen und zu haben:
Dr. Ignaz Rudolph Bischoff's: Grundsätze zur Erkenntniss und Behandlung der Fieber und Entzündungen. Zweite umgearbeitete Auflage. Preis 5 fl. C. M.
Dr. Ignaz Rudolph Bischoff's Grundsätze zur Erkenntniss und Behandlung der chronischen Krankheiten. Erster Band 2 fl. 48 kr. C. M.

Morgen wird kein Blatt ausgegeben.

Nro. 97 und 98

Oeſterreichiſcher Beobachter.

Sonntag den 7., und Montag den 8. April 1833.

1 ZEI 18

Meteorologiſche Beobachtungen vom 5. April.	Zeit der Beobachtung.	Barometer auf 0 Reaumur reducirt. Pariſer Maß.	Wiener Maß.	Thermometer Reaumur.	Wind.	Witterung.
	6 Uhr Morg.	27.452	28 Z. 2 L. 7 P.	+ 4.0	WNW. ſchwach.	trüb.
	3 Uhr Nachm.	27.484	28 2 11	+ 7.5	NW. —	Wolken.
	10 Uhr Abnds.	27.582	28 4 2	+ 3.5	NW. —	heiter.

Türkei.

Berichten aus Konſtantinopel vom 24. März, welche durch außerordentliche Gelegenheit eingelaufen ſind, zufolge, war die franzöſiſche Kriegscorvette la Meſange, an deren Bord ſich der Adjutant des Admirals Rouſſin, Hr. Olivier, in Gemäßheit der von dieſem Admiral am 21. Februar mit der Pforte abgeſchloſſenen Convention, nach Alexandria eingeſchifft hatte, am vorhergehenden Tage, nach einer vierzehntägigen Fahrt, wieder in den Dardanellen eingetroffen, und hatte die Nachricht mitgebracht, daß die von dem Admiral Rouſſin dem Paſcha von Aegypten gemachten Vorſchläge deſſen Zuſtimmung nicht erhalten haben.

Auf demſelben Fahrzeuge iſt der Ameddſchi-Efendi (Cabinetsſecretär des Reis-Efendi), welcher Halil Paſcha auf ſeiner Sendung nach Alexandria begleitet hatte *), gleichfalls nach Konſtantinopel zurückgekehrt. Gleich nach ſeiner Ankunft empfing ihn der Großherr, bei welchem er den ganzen Abend bis tief in die Nacht verweilte. — Am 24. früh Morgens verſammelten ſich ſämmtliche Pfortenminiſter, und im Augenblicke, als der Kurier abging (1 Uhr Nachmittags), ſaß der Diwan noch im Rathe.

Die kaiſerl. ruſſiſche Escadre lag fortwährend bei Bujukdere vor Anker.

Briefe aus Alexandria vom 20. März, die auf directem Wege durch ein Handelsſchiff nach Trieſt gelangt ſind, beſtätigen die Weigerung Mehmed Ali's, ſich den ihm von dem Admiral Rouſſin vorgelegten Bedingungen zu unterwerfen, und fügen hinzu, daß der Vicekönig erklärt habe, keine andern als die von ihm ſelbſt gegen Halil Paſcha ausgeſprochenen Bedingungen annehmen zu wollen. Am Tage des Abgangs des oben erwähnten Handelsſchiffes aus Alexandria lag die ägyptiſche Flotte noch daſelbſt vor Anker.

Nachſtehendes iſt der Schluß des (in unſerem letzten Blatte abgebrochenen) Artikels aus dem Moniteur Ottoman vom 2. März: „Unter den Fehlern, welche der Großweſir in ſeinen Operationen während des Feldzuges, bis zum Ausgang der am 21. December v. J. gelieferten morderiſchen Schlacht bei Konieh begangen hat, ſind die nachſtehenden vier die hauptſächlichſten: 1) Der Entſchluß zum Vorrücken, Trotz der ungewohnten Strenge der Jahreszeit. Ein Winterfeldzug verdoppelt die ohnehin ſo rauhen Beſchwerden des Soldaten und wird der Offenſivarmee ſtets verderblich, weil er ſie Entbehrungen und Leiden ausſetzt, denen der Feind, der ſie in den Stellungen, worin er für die Befriedigung aller ſeiner Bedürfniſſe mit größerer Leichtigkeit ſorgen kann, ruhig erwartet, nicht preisgegeben iſt. — Man unternimmt einen ſolchen Feldzug nur unter ganz beſonderen Umſtänden, wo durch die Raſchheit der Operationen ein entſcheidender Erfolg zu hoffen iſt, oder wenn man ſich in der unbedingten Unmöglichkeit, eine ſolche Wintercampagne zu vermeiden, befindet. Außer derlei gebieteriſchen Fällen iſt es nicht erlaubt, den Gefahren und Hinderniſſen eines in aller ſeiner Strenge herrſchenden Winters ungeſtraft Trotz zu bieten. Reſchid Paſcha ließ ſich aber durch dieſe Rückſichten nicht aufhalten; auf ſein Geheiß mußte das Heer von Akſchehr, dem allgemeinen Sammelplatze, nach dem beinahe 30 Lieues davon entfernten Tokuslu-Chan und von da nach Konieh aufbrechen; dieſer Marſch fand bei einer außerordentlichen Kälte und einem abſcheulichen Wetter Statt, wobei faſt bei jedem Schritte beinahe unüberwindliche Schwierigkeiten ſich zeigten. Die mit Schneemaſſen bedeckten Wege geſtatteten nur einem unbedeutenden Theile des Geſchützes, der Munitions- und Provianttransporte, dem Heere zu folgen; daſſelbe langte, von den unglaublichen Mühſeligkeiten eines durch Schneemaſſen zurückgelegten Weges erſchöpft, von der ſtrengſten Kälte erſtarrt und ohne Lebensmittel vor dem Feinde an. 2) Die unzeitige Ankunft auf dem Schlachtfelde. Die genaue Berechnung der Entfernungen und des Zeitraums, deſſen man bedarf, um ſelbe zurückzulegen, iſt ein weſentlicher Punct, wenn es darauf ankommt, einen beſtimmten Ort zu einer beſtimmten Stunde zu erreichen, um eine Schlacht zu liefern, welche das Schickſal des Feldzuges entſcheiden ſoll. Dieſe Rückſicht wurde vernachläſſigt. Reſchid Paſcha ließ einige Tage vor der Schlacht bei Konieh ſeinen Seliktar an der Spitze eines Corps unregelmäßiger Truppen mit fünf Geſchützen vorrücken; derſelbe war angewieſen, mitten durch Gebirge nach dem anderthalb Wegſtunden von Konieh gelegenen Dorfe Silé, welches von einer ſtarken ägyptiſchen Truppenabtheilung beſetzt war, vorzudringen. Der Weſir bezeichnete den Tag, wo er ſelbſt, an der Spitze der regelmäßigen Truppen, dieſen Punct auf dem Wege durch die Ebene zu erreichen gedachte. Man war übereingekommen, daß das zu Silé ſtehende arabiſche Corps gleichzeitig von den durch das Gebirge und von den auf der Ebene vordringenden großherrlichen Truppen angegriffen werden ſollte; allein man brachte die Säumniſſe, die der beiderſeitige Marſch durch die Jahreszeit und durch den Zuſtand der Straßen erleiden dürfte, ſo wie die Schwierigkeiten nicht in Anſchlag, die ſich dem gleichzeitigen Zuſammentreffen beider Corps an dem gegebenen Sammelplatze entgegenſetzen konnten. Der Strich durch die Rechnung fand auch wirklich Statt. Der Seliktar fand, als er am verabredeten Tage vor Silé anlangte, den Weſir nicht vor, weil derſelbe durch die allergrößten Schwierigkeiten langſam vorzurücken gezwungen war; er ſah ſich demnach bemüſſigt, mit dem

*) Vergl. Oeſterr. Beob. vom 24. Jänner d. J.

Digitized by Google

arabiſchen Corps auf ſeine eigene Fauſt anzubinden, vermochte aber dieſen regelmäßigen Truppen nicht Stand zu halten, verlor ſein Geſchütz, und zog ſich mit beträchtlichem Verluſte zurück. — Dieſe erſte Schlappe machte Reſchid Paſcha keineswegs behutſamer. Der Zuſtand der wegloſen Straßen, die Entferuungen, die lange Dauer der Nächte in dieſer Jahreszeit, alle dieſe Umſtände wurden nicht genau berechnet; und ſo erſchien das Heer vor einem hinter furchtbaren Verſchanzungen und Befeſtigungen befindlichen Feind zu einer Stunde, wo es nothgedrungen war, den Kampf zu beginnen, um die Nacht nicht ohne Lebensmittel und bei einer Kälte hinzubringen, durch welche die Truppen am folgenden Morgen unfähig zum Kampfe geweſen wären; es hatte nicht mehr Zeit, die erforderlichen Anſtalten zu treffen, um die feindlichen Poſitionen methodiſch wegzunehmen.— Hier darf nicht mit Stillſchweigen übergangen werden, daß die ſeit länger als zwanzig Jahren gebildeten und unabläſſig geübten ägyptiſchen Truppen die erforderliche Zeit gehabt haben, um ſich die Kenntniſſe und Fertigkeiten, aus welchen die vervollkommnete militäriſche Kunſt beſteht, anzueignen. Deſſenungeachtet haben ſie ſich genöthigt geſehen, ſich Behufs der ſchwierigen Wiſſenſchaft der militäriſchen Poſitionen, der Lagerſtellungen in den vortheilhafteſten Situationen, Behufs der Formation der Schlachtordnungen je nach dem Umfang und der Beſchaffenheit der Terrains, ſo wie der Effectivſtärke der Armee, für die Einrichtung der Verbindungen, die Errichtung der Verſchanzungen, der Batterien und anderer militäriſcher Werke, fremder Offiziere, und zwar in großer Anzahl, zu bedienen. 3) Das Verſäumniß, ſich für den Fall einer Niederlage einen Sammelpunct zu ſichern, wo die Armee Vorräthe von Lebensmitteln und Zeit, ſich wieder zu bilden und ins Feld rücken zu können, gefunden hätte. Wäre dieß nicht vergeſſen worden, ſo würden die nach der Schlacht bei Konieh noch übrig gebliebenen Streitkräfte im Stande geweſen ſeyn, in wenigen Tagen darauf wieder die Offenſive zu ergreifen, und den Zuſtand der Desorganiſation, in den das arabiſche Heer durch dieſe mörderiſche Schlacht gerathen war, zu benützen. — 4) Endlich die auf dem Schlachtfelde getroffnen Dispoſitionen. Der Großweſir formirte ſeine Schlachtordnung auf vier Linien. Es iſt überflüſſig, ſich in eine umſtändliche Erorterung des Mangelhaften dieſer Anordnung einzulaſſen, wodurch der Oberbefehlshaber der Mitwirkung eines Theils ſeiner Truppen beraubt wurde. Als er gezwungen war, die zweite, dritte und vierte Linie, eine nach der andern, auf die Hohe der erſten vorrücken zu laſſen, ohne ausgemittelt zu haben, ob das Terrain der Entwicklung einer ſo ausgedehnten Fronte günſtig ſei, war ſeine Schlachtlinie dermaaßen in die Länge gedehnt, daß das Terrain ſie nicht mehr zu faſſen vermochte. Der linke Flügel war außer Stande, ſich zu entwickeln, und blieb, als Angriffscolonnne, dem Geſchützfeuer des Feindes ausgeſetzt, deſſen Kugeln ſonach mitten unter dichte Maſſen einſchlugen und natürlich furchtbare Verheerungen anrichteten. Ueberdieß ließ der Großweſir ſein Geſchütz auf der Höhe und in den Zwiſchenräumen ſeiner erſten Linie auffahren; das Feuer ſeiner Kanonen erreichte daher die ägyptiſchen Maſſen nicht, während dagegen die Artillerie Ibrahims, welche vor ſeiner Schlachtfronte aufgeſtelle war, die ottomanniſchen Reihen in vollem Maaße beſtrich. Das Treffen entſpann ſich gleich von vorne herein mit dieſem Nachtheil auf Seiten der großherrlichen Truppen, als Folge der Unwiſſenheit in den erſten Grundſätzen der regelmäßigen Kriegskunſt. — Und dennoch hat die ottomanniſche Armee, Trotz ſo vielfacher ihr durch die Unerfahrenheit ihres Anführers bereiteten Nachtheile, Wunder der Tapferkeit gethan; ſie hat ſich mit dem Muth und der Ausdauer geſchlagen, welche nur den kriegsgewohnteſten und beſtbefehligten Truppen eigen ſind. Sie ſtand auf dem Puncte den Sieg zu erringen, der ihr nicht entgangen ſeyn würde, wenn der Weſir nicht gefangen worden wäre. Das erſte Linien-Infanterieregiment, welches aus lauter Kerntruppen beſtand, griff zu wiederholten Malen mit bewunderungswürdiger Unerſchrockenheit an; dieſes Regiment, welches vor dem Beginn der Schlacht aus vier vollſtändigen Bataillons beſtand, ließ dreitauſend Mann auf dem Wahlplatze. Allein dieſe heldenmäthigen Anſtrengungen waren gewiſſermaaßen nur individuell; es gebrach ihnen an Zuſammenhang, der ihnen nur vom Oberbefehlshaber ertheilt werden konnte. Der bloße Ruf ſeiner Tapferkeit hatte hingereicht, die eines jeden Soldaten, der unter ihm focht, aufs Höchſte zu ſteigern. Wären dieſem herrlichen Aufſchwunge die Wiſſenſchaft, die Geſchicklichkeit, die Vorausſicht zur Seite geſtanden, ſo würde die Schlacht von Konieh die Geſtalt der Dinge verändert haben. — Somit iſt nur der Ungeſchicklichkeit der Heerführer, welche die beiden Feldzüge geleitet haben, dem Mangel an ſtrategiſchen Kenntniſſen, ihrer Unerfahrenheit in der ſchwierigen Kunſt, regelmäßige Truppen anzuführen, und deren Bewegungen auf dem Schlachtfelde zu leiten, der ſchlechte Ausgang dieſer Feldzüge zuzuſchreiben. Darf man daraus folgern, daß die ottomanniſchen Heere nicht Feldherren finden werden, die im Stande ſind, den Oberbefehl zu führen? Nein, gewiß nicht; allein dieſe Heerführer müſſen aus dem Heere ſelbſt hervorgehen; daſſelbe muß ſie hervorbringen, ſie bilden; außer ſeinem Schooße wird es nur auf eingewurzelte Meinungen ſtoßen, die ſich nicht mehr der neuen Ordnung der Dinge anzuſchmiegen verſtehen; es würde nur auf Gewohnheiten ſtoßen, die im Mißklang mit den ſeinigen ſtehen, auf Syſteme, die mit ſeiner jetzigen Organiſation in keinerlei Bezug und Berührung ſich finden. Dieſer Organiſation iſt es vorbehalten, aus ſich ſelbſt hochbegabte Männer zu erzeugen, die im Stande ſind, ſie zu begreifen, ſie außerhalb des Feſtungs- und Paradedienſtes mit Feſtigkeit zu handhaben, endlich auf dem Wahlplatze ſelbſt, in der Stunde der Entſcheidung, durch ſie die Frucht, zu deren Behufe ſie geſchaffen worden iſt, zu ernten."

Moldau und Walachei.

Die zu Jaſſy erſcheinende Moldauiſche Biene enthält folgende Nachrichten aus Jaſſy: „Vom $^{2}/_{14}$. März. Vor zwei Tagen hat der bevollmächtigte Präſident der Fürſtenthümer, General Kiſſeleff, an den Verwaltungsrath der Moldau eine Proclamation erlaſſen, worin er den Durchmarſch eines Corps von ruſſiſchen Hülfstruppen, welche Se. Majeſtät der Kaiſer von Rußland dem Sultan zu Gebote geſtellt hat, um die Autorität der Pforte gegen die Unternehmungen des Rebellen Mehmed Ali aufrecht zu erhalten, anzeigt, und zugleich ankündigt, daß Se. kaiſerl. Majeſtät Ihrer Flotte vom ſchwarzen Meere Befehl gegeben habe, zu gleichem Zwecke nach dem Bosphorus abzuſegeln. Der General Kiſſeleff ſetzte den Verwaltungsrath zu gleicher Zeit in Kenntniß, daß Se. Majeſtät der Kaiſer ihn zum Oberbefehlshaber dieſer Hülfstruppen ernannt hat. — Vom $^{5}/_{17}$. März. Die Avantgarde des Hülfscorps (das einen Theil der litthauiſchen Armee ausmacht), aus 4000 Mann, mit 8 Kanonen, unter den Befehlen des Brigadegenerals Warpakowsky beſtehend, iſt am $^{4}/_{16}$. März in Jaſſy eingerückt. Die Einwohner gaben dieſen ſchönen Truppen, nachdem ſie von ihrem Oberbefehlshaber, dem General Kiſſeleff, Präſidenten der Fürſtenthümer,

Digitized by Google

gemuſtert waren, Feſte, und die Municipalität bewirthete ſie mit einem glänzenden Gaſtmahle, worauf die Truppen ihren Marſch fortſetzten. — Der Uebergang über den Pruth hat am $^{1}/_{13}$. d. M. auf drei verſchiedenen Puncten Statt grfunden, und bald wird das ganze Hülfscorps an den Ufern der Donau verſammelt ſeyn."

Großbritannien und Irland.

Dem Globe vom 28. März zufolge ſind nachſtehende Veränderungen im Cabinete vorgenommen worden: Lord Goderich iſt zum Lord-Siegelbewahrer, Hr. Stanley zum Staatsſecretär im Colonialdepartement und Sir J. C. Hobhouſe zum Secretär für Irland ernannt worden.

Als in der Sitzung des Unterhauſes vom 25. März über die für das brittiſche Muſeum zu bewilligende Summe von 16,000 Pf. St. Bericht erſtattet wurde, widerſetzte ſich Hr. Cobbett der Bewilligung dieſer Summe. Er ſagte, daß er es früher, als man nur 10,000 Pf. für das Muſeum verlangt, ſchon als rine ungerechte Auflage betrachtet habe, um wie viel mehr jetzt, wo man die Summe ſo anſehnlich vermehre. Der Beſuch des Muſeums ſei nur Sache des Vergnügens, und wer ſich dieß verſchaffen wolle, möge es aus der eigenen Taſche bezahlen. Wenn man auch nur ein Pfund für das Muſeum verlangr, ſo werde er dasſelbe verweigern, denn das Inſtitut ſei dem Lande von gar keinem Nutzen. Man ſage zwar, daß man daſelbſt Bücher finden konne, dir nirgendwo anders anzutreffen wären; er wiſſe aber nicht, was ſolche Bücher nutzen ſollten. Er habr in ſeinrm Leben viel mit Büchern zu thun gehabt, und lange in und bei London gelebt, müſſe aber bekennen, daß er nicht einmal wiſſe, wo das brittiſche Muſeum liege („Oh! oh!" und Gelächter) — noch viel weniger kenne er deſſen Inhalt. Der edle Kanzler der Schatzkammer ſage immer, er wiſſe nicht, wo Erſparniſſe zu treffen wären; hier ſei eine gute Gelegenheit, 16,000 Pf. St. zu erſparen. Er finde in den Rechnungen, daß man 1000 Pf. für Inſecten ausgegeben habe. Was für Nutzen brachten dieſe Inſecten den arbeitenden Claſſen? Er glaube nicht, daß irgend eines der ehrenwerthen Mitglieder, welche ſo freigebig mit dem Gelde des Volkes wären, aus eigener Taſche 1000 Pf. für todte Inſecten bezahlen würde. So viele ehrenwerthe Mitglieder ſagten, daß es ihre Pflicht wäre, die Regierung zu unterſtützen; er frage aber, ob dieſe Inſecten zur Unterſtützung der Regierung beitragen konnten. Sicherlich nicht, obgleich er anderer Seits einräumen müſſe, daß ſehr viel Inſerten die Regierung umſchwärmten. — Lord Althorp ſagte, daß er das Haus in der That um Entſchuldigung bitten moſſe, daß er auf ſolche Bemerkungen antworte. Er ſei überzeugt, daß die Meinung des ehrenwerthen Mitgliedes für Oldham: die Wiſſenſchaft ſei von keinem Nutzen für das Land, in dieſem Hauſe keinen Anklang finden würde. Es überraſche ihn nicht, das ehrenwerthe Mitglied für Oldham Allem entgegenzufinden, was ſich auf Literatur und Wiſſen bezögr, da es noch keine Woche her ſei, daß dasſelbe ehrenwerthe Mitglied geſagt habe, kein Unterricht irgend einer Art ſei dem Volke nützlich. Alle civiliſirten Länder der Welt hätten Muſeen, und England, weit davon entfernt, verſchwenderiſch zu ſeyn, hätte im Gegentheil oft den Vorwurf zu großer Sparſamkeit in Bezug auf Gegenſtände ſolcher Art hören müſſen. Die Summe wurde hierauf einſtimmig bewilligt. Hr. Cobbett war der einzige Opponent. — Als Lord Althorp demnächſt darauf antrug, daß ſich das Haus in einen Finanzausſchuß verwandlr, fragte Sir R. Peel, ob in Bezug auf die dem neuen Konige von Griechenland zugeſtandenr Garantie von 20 Millionen Fr. ſchon irgend etwas geſchehen ſei, und ob die beiden andern Mächte ebenfalls ihre Garantie zugeſagt hätten. Widrigenfalls ſei es die Pflicht der Regierung, Englands Garantie zurückzunehmen. Lord Althorp rrwiederte, daß bis jetzt in dieſer Sache noch nichts geſchehen ſei. — Hr. Hume widerſetzte ſich der Bildung des beantragten Ausſchuſſes und machte auf den Uebelſtand aufmerkſam, daß durch die Feſtſetzung des Finanzjahres auf den 5. April, ſtatt auf den 1. Jänner, das Haus immer in die Verlegenheit komme, Ausgaben bewilligen zu ſollen, bevor die Miniſter über den Status der Einnahmr und Ausgabe des vergangenen Jahres Bericht erſtattet hätten. Aus den im vorigen April vorgelegten Papieren habe ſich für das damals abgelaufene Jahr ein Deficit von 1,200,000 Pf. St. ergeben, ſo daß das Land, bei allen Erſparniſſen, dennoch um ſo viel tiefer verſchuldet ſei. Unmoglich könne das Verfahren fortdauern, daß man von der einen Seite Steuern aufhebe, und dann Schulden mache, um die dadurch entſtandene Lücke wieder auszufüllen. Bei dem tiefen Frieden, deſſen das Land ſich erfreue, müſſe vor allen Dingen das große ſtehende Heer vermindert, und dadurch dem Volke Erleichterung verſchafft werden. Ein Heer von 124,000 Mann ſei mehr als dieſes Land erhalten konne, weßhalb er darauf antrage, einmal, daß das Haus auf eine bedeutende Steuerermäßigung dringe; ſodann, daß vor Bewilligung der Ausgaben für den See- und Landdienſt für das laufende Jahr, das Haus von dem Finanzzuſtande des Landes im vorigen Jahre unterrichtet werde. — Hr. Robinſon ſagte, daß er von dem edlen Lord zu horen hoffe, daß die Abgaben in der gegenwärtigen Seſſion ſo ſehr herabgeſetzt werden würden, wie es ſich mit den Bedürfniſſen des öffentlichen Dienſtes nur immer vertrüge. Es herrſche unter dem Volke im Allgemeinen eine große Beſorgniß, zu erfahren, welche Mittel der Abhülfe man vorzuſchlagen gedenke, und ehe er irgend rin Votum abgäbe, müſſe er den edlen Lord fragen, ob es ſeine Abſicht ſei, binnen Kurzem eine Maaßregel zur Milderung der im Lande herrſchenden Noth einzubringen. — Lord Althorp ſagte, daß es ihm nicht moglich ſei, auf dieſe Frage eine directe Antwort zu ertheilen. Es ſei die dringende Pflicht der Regierung, nicht allein eine Art der Abhülfe, ſondern alle Mittel zur Bewerkſtelligung derſelben in genaur Erwägung zu ziehen. Eins dieſer Mittel müſſe natürlich finanziell ſeyn. — Das Haus verwandelte ſich darauf, da es Hr. Hume nicht zur Abſtimmung kommen laſſen wollte, in einen Ausſchuß über die Bewilligungen für den Seedienſt, zu deren Rechtfertigung Sir J. Graham das Wort nahm. Zuerſt wies er nach, wie ſehr die Miniſter im Allgemeinen auf Erſparniſſe bedacht ſeien; das Feld, auf welchem ſie ſolche hervorbringen konnten, ſei aber nur klein, und werdr natürlich, je mehr ſir thäten, immer kleiner. Im Jahre 1827 habe die Geſammtausgabr 55,744,000 Pf., im Jahre 1832 nur 50,908,321 Pf., alſo 5 Millionen Pfund weniger betragen; davon ſeien aber beinahe 36 Millionen der Art, daß die Rrgierung Nichts daran ändern konne, indem ſie die Zinſen der Staatsſchuld, die Civil- und die Penſionsliſte beträfen. Alſo damals ſeien es etwa 20, jetzt aber nur etwa 16 Millionen, bei denen die Regierung Erſparniſſe anzubringen vermöchte. Im Jahre 1827 ſeien nun aus jenen 20 Millionen Pfund 16,200,000 Pf. für den Land- und Seedienſt verwendet worden; im Jahre 1832 haben dieſe Zweige dagegen nur 13,800,000 Pf. gekoſtet, ſo daß hierin allein 3 Millionen, wovon 1 Million für den Seedienſt, erſpart worden wären. Im Jahre 1830 habe dieſes Departement 5,594,000 Pf. St., 1831 5,870,000 Pf. St., 1832 4,878,634 Pf. St. gekoſtet; für das kommende beantrage er eine Bewilligung von

Digitized by Google

4,658,134 Pf. St., alſo wieder etwa 220,000 Pf. St. weniger. Zugleich müſſe er jedoch beweiſen, daß unter ſolchen Erſparungen der Dienſt nicht leide. In dieſer Hinſicht befinde er ſich zwiſchen zwei Feuern; von der einen Seite werfe die Oppoſition ihm vor, daß er nicht dafür ſorge, daß die Werften und Arſenale gehörig gefüllt ſeien, — von der andern tadle ihn das ehrenwerthe Mitglied für Middleſex, daß er nicht genug erſpare. Sir J. Graham ging nun in die kleinſten Details ein und zeigte, wie viel allein im Hafen von Portsmouth an Maſten, Raaen, Segeln, Ankern, Kabeltauen ꝛc. für jede einzelne Claſſe von Schiffen, wie viel an Hanf, Bauholz, Pech, Theer, Kupfer ꝛc. vorräthig ſei, welche Anführungen er für ſo nöthiger hielt, da der Vorwurf der Vernachläſſigung von keinem Geringeren, als dem Herzoge von Wellington ausgegangen ſei, und daher, ließe man ſolche Behauptungen unwiderlegt hingehen, das Anſehen Englands im Auslande compromittirt, und die Kraft ſeiner diplomatiſchen Verhandlungen geſchwächt werden könne. — So ſeien namentlich von Schiffsbauholz am 31. December 1830 56,633, 1831 67,329, 1832 64,023 Laſt vorräthig geweſen. Von Hanf und Garn, wovon im Durchſchnitt 2347 Tonnen in den letzten 4 Jahren verbraucht worden ſeien, haben ſich 1829 9950 Tonnen, 1833 dagegen 11,416 Tonnen in den Speichern befunden ꝛc. — Was nun den Punct betreffe, der ihm am meiſten am Herzen liege, nämlich die Größe des Beſtandes der Marine für die Zukunft, ſo habe er zur Anſtellung von Vergleichen die Liſten ſeit der Revolution im Jahre 1688 mitgebracht; er wolle ſich jedoch auf das Jahr 1778 und auf das Jahr beſchränken, auf welches das ehrenwerthe Mitglied für Middleſex ſich immer ſo gern beziehe, 1792 nämlich. Im Jahre 1778 habe England 123 Linienſchiffe und im Ganzen 440 Kriegsfahrzeuge beſeſſen; im Jahre 1792 139 Linien-, im Ganzen 468 Kriegsſchiffe; jetzt 180 Linien- und im Ganzen 520 Kriegsſchiffe. Er müſſe jedoch hinzufügen, daß von den Linienſchiffen die größeren, über 74 Kanonen, im größeren Verhältniß als die andern vermehrt worden ſeien, ſo daß es, um alle zu bemannen, einer weit größeren Zahl von Seeleuten bedürfen würde, als England je gehabt. Von den übrigen Seemächten beſitze Frankreich jetzt 34 Linienſchiffe und 37 Fregatten; Rußland 36 Linienſchiffe und 17 Fregatten; die vereinigten Staaten von Nordamerika 8 Linienſchiffe und 16 Fregatten. Ueber den activen Beſtand der brittiſchen Macht könne er ſich jetzt nicht auslaſſen, ſondern wolle nur bemerken, daß England mehr Schiffe in See und weniger im Bau begriffen hätten, als irgend eine andere Macht. — Das, worauf er jetzt unmittelbar antrage, ſei die Bewilligung von 18,000 Matroſen und 9000 Mann Seetruppen, dieſer ſo ſchätzbaren Waffengattung, die zur See wie zu Lande gleich brauchbar ſei. Niedriger denke die Regierung den Beſtand nicht anſchlagen zu dürfen. Freilich befände ſich das Land im tiefen Frieden, aber dennoch lägen viele wichtige Gründe vor, die Seemacht nicht unter einen gewiſſen Punct zu reduciren. Betrachte man die Wichtigkeit des brittiſch-oſtindiſchen Reiches, und die Nothwendigkeit, es durch eine Flotte im indiſchen Ocean zu ſchützen, — betrachte man die Nothwendigkeit, an den Küſten Südamerika's zum Schutze des brittiſchen Handels eine Flotte zu halten, die der franzöſiſchen und nordamerikaniſchen an Stärke gleichkommt, — betrachte man die Nothwendigkeit eines Schutzes für die Fiſchereien und die weſtindiſchen Colonien, — betrachte man, wie wichtig es ſei, eine Seemacht an der afrikaniſchen Küſte zu haben, um das Wiedraufkommen eines ſcheußlichen Menſchenhandels zu verhindern, zu deſſen Unterdrückung Großbritannien ſo viel gethan habe, — betrachte man, wie wichtig es ſei, die brittiſche Uebermacht im mittelländiſchen Meere, dem Schauplatz ſo vieler Triumphe engliſcher Flagge, aufrecht zu erhalten, oder wie nothwendig, eine mäßige Macht an den eigenen Küſten zu beſitzen, um die auswärtigen Poſten regelmäßig ablöſen zu können, ſo würden die wichtigen und ernſtlichen Gründe einleuchten, weßhalb England ſeine Seemacht nicht ſo weit reduciren dürfe, daß das Intereſſe oder die Ehre des Vaterlandes gefährdet werden könnte. Erhielte ſich England nicht die Mittel, die Uebermacht zur See zu behaupten, ſo liefe es Gefahr, ſeinen Ruhm zu beflecken, und ſeinen Rang unter den Nationen einzubüßen; bewahre es ſich aber jene Mittel, ſo habe es von Außen nichts zu fürchten, und dürfe eben ſo wenig beſorgt ſeyn, daß die Nation eine Ausgabe tadle, die durch ſo mannigfache, dringende Gründe geboten werde. — Sir J. Graham trug ſodann darauf an, daß für das Dienſtjahr vom 1. April 1833 bis 1834, 27,000 Seeleute, worunter 9000 Mann Seetruppen, bewilligt werden mögen. Hr. Hume verlangte, daß dieſe Zahl auf 20,000 reducirt werde; ſein deßfallſiges Amendement ward aber mit 347 gegen 44 Stimmen verneint. Sodann wollte er an den für Löhnung von Seeleuten verlangten 955,200 Pf. St. die Summe von 6910 Pf. St. gekürzt wiſſen, als den Betrag der Sinecuren in der Flotte. Hr. O'Connell unterſtützte dieſes Amendement, als den Grundſatz der Sinecuren bekämpfend. Sir J. Graham läugnete jedoch, daß man die fraglichen Stellen eigentliche Sinecuren nennen könne, und Lord Palmerſton ſagte, es handle ſich hier nicht um Sinecure oder Nicht-Sinecure, ſondern darum, ob oder ob nicht verdiente Offiziere belohnt werden dürften. — Das Amendement ward mit 223 gegen 83 Stimmen verworfen. — Sodann wurden noch 438,004 Pf. St. für Verproviantirung der Flotte bewilligt, worauf der Ausſchuß ſich vertagte.

Conſols am 28. März 87. (Im letzten Sonnabendsblatte waren die Conſols irrig zu 85¼, ⅜ ſtatt 87¼, ⅜ angegeben.)

Frankreich.

Aus den Liſten der für Hrn. Laffitte eröffneten Subſcription ergibt ſich, daß bis zum 27. März 93 Deputirte unterzeichnet hatten; Grammont mit 2000 Franken, Lafayette, von Bryas, Chasles, Thiard, Clauzel, Duchaffault, Girardin jeder mit 500 Fr. — Auch Louis Napoleon Buonaparte hat von London aus in einem an den National gerichteten Schreiben ſich als Theilnehmer an der Subſcription angekündigt.

Am 28. März. 5Percents Fin Courant geſchloſſen zu 101 Fr. 25. 3Percents Fin Courant geſchloſſen zu 77 Fr. 80. — Am 29. März 5Percents 101 Fr. Fin Courant geſchloſſen zu 101 Fr. 15. 3Percents 74 Fr. Fin Courant geſchloſſen zu 77 Fr. 85. — Am 30. März 1½ Uhr Nachmittags 5Percents 100 Fr. 95. 3Percents 77 Fr. 45.

Am 6. April war zu Wien der Mittelpreis der
Staatsſchuldverſchreibungen zu 5 pCt. in CM. 92⅛;
detto detto zu 4 pCt. in CM. 83;
Darlehen mit Verlooſ. v. J. 1820, für 100 fl. in CM. —— ;
detto detto v. J. 1821, für 100 fl. in CM. 134⅛;
Wiener Stadtbanco-Obligat. zu 2½ pCt. in CM. —— ;
Kurs auf Augsburg für 100 Gulden Cur., Gulden 98⅞ Br. Uſo. 2 Monat. — Conv. Münze pCt. —— ;
Bankactien pr. Stück 1201 in C. M.

Hauptredacteur: Joſeph Anton Edler von Pilat.

Verleger: Anton Strauß ſel. Witwe in der Dorotheergaſſe Nr. 1108.

Nro. 99

Oeſterreichiſcher Beobachter.

Dinſtag, den 9. April 1833.

W K ZEITUNG 1833

Meteorologiſche Beobachtungen	Zeit der Beobachtung.	Barometer auf 0° Reaumur reducirt. Pariſer Maß.	Wiener Maß.	Thermometer Reaumur.	Wind.	Witterung.
vom 6. April.	8 Uhr Morg.	27.722	28 Z. 5 L. 10 P.	+ 2.5	NW. ſchwach.	heiter.
	3 Uhr Nachm.	27.688	28 5 5	+ 10.0	NW. ——	——
	10 Uhr Abends.	27.703	28 5 8	+ 4.0	NW. ——	——
vom 7. April.	8 Uhr Morg.	27.664	28 5 2	+ 2.0	NNW. ſchwach.	Nebel.
	3 Uhr Nachm.	27.522	28 3 5	+ 10.5	OSO. ——	heiter.
	10 Uhr Abends.	27.488	28 3 0	+ 4.0	OSO. mittel.	——

Großbritannien und Irland.

In der Sitzung des **Unterhauſes** vom 26. März erſchienen die Sheriffs von London an der Barre mit einer Bittſchrift von dem Lordmayor, den Aldermen und dem Gemeinderath der City von London gegen die Haus- und Fenſterſteuer. Nach einigen Worten der Aldermen **Wood** und **Key** wurde dir Bittſchrift auf die Tafel gelegt. — Demnachſt fand das Verhor einer Perſon, Namens Eliſabeth Robinſon, Statt, welche ſich geweigert hatte, dem zur Prüfung der Liverpooler Wahlen niedergeſetzten Ausſchuſſe Redr zu ſtehen. Von dem **Sprecher** befragt, beharrte ſie auf ihrer Weigerung, Auskunft zu geben, weil ihr Leben in Gefahr ſtehe, wenn ſie die ihr vorgelegten Fragen beantworte. Der Sprecher forderte ſie auf, denjenigen zu nennen, der ihr damit gedroht habe; ſie wollte ſich aber auch dazu nicht verſtehen. Es wurde ihr hierauf angedeutet, daß ſie am folgenden Tage wieder vor dem Hauſe erſcheinen und die Fragen beantworten müſſe, widrigenfalls ſie ins Gefängniß geführt werden würde. Uebrigens wurde ihr der volle Schutz der Geſetze gegen jede moglichen Folgen ihrer Ausſagen feierlichſt zugeſichert. — Hr. **Robinſon** machte hierauf ſeinen früher angekündigten Antrag, daß ein beſonderer Ausſchuß niedergeſetzt werden ſolle, um alle jetzigen Steuern zu prüfen und zu revidiren, und diejenigen Laſten aufzuheben, welche am ſchwerſten auf den arbeitenden Claſſen laſteten, und an deren Stelle das Eigenthum auf eine billige Weiſe zu beſteuern. Nach einer kurzen Einleitung, in welcher er darzuthun ſuchte, daß der Zuſtand des Landes ſchnelle und energiſche Hülfsmaaßregeln verlange, wenn man nicht die Geſellſchaft dem großten Unheil ausſetzen wolle, äußerte ſich Hr. **Robinſon** über dir Vortheile einer Reviſion der Steuern unter Andern folgendermaaßen: „Im Allgemeinen muß ich die Aufmerkſamkeit des Hauſes beſonders darauf lenken, daß in keinem andern Lande in Europa die Steuern verhältnißmäßig ſo direct auf den Ertrag der Arbeit und Gewerbthätigkeit hinzielen, und daß in keinem andern Lande der Welt verhaltnißmäßig ſo viele Perſonen der reicheren Claſſen ihr Einkommen im Auslande verzehren. Ich weiß ſehr wohl, daß man eingewendet hat, wenn ein ſolches Einkommen beſteuert würde, Gefahr vorhanden ſei, daß das Capital ganz aus dem Lande gezogen würde. Meine Antwort darauf iſt, erſtens, daß 99 von 100 ſolcher Abweſenden keine ſo leichte Verfügung über die Quelle ihres Einkommens haben; und zweitens, daß die Gefahr jetzt ganz anderer und drohenderer Art iſt; daß nämlich die gewerbfleißigen Capitalien des Landes nach fremden Ländern verlegt werden, wo dieſelben ſicherere und vortheilhaftere Anlegung erwartet. Der Induſtrie zu Hülſe zu kommen, iſt das einzige Mittel zur Abwendung einer ſolchen Gefahr. Eine der Einwendungen, die man gegen die directe Beſteuerung des Eigenthums macht, beſteht darin, daß es eine Maaßregel ſei, die während eines Krieges paſſend ſeyn möge, die aber einem Zuſtande des Friedens nicht gemäß ſei. Damit iſt aber gar nichts geſagt. Was ſich unter gegebenen Umſtänden für einen Zuſtand des Friedens oder des Krieges eignet, kann zweckmäßig werden, wenn jene Umſtände ſich gänzlich geandert haben. Während des Krieges kann der Arbeitslohn hoch, und der Gewinn aus dem Capitale groß ſeyn. In Friedenszeiten kann der umgekehrte Fall eintreten. Im erſteren Falle wird der Gewerbfleiß die ihm auferlegten Abgaben leichter tragen konnen; im letzteren wird ihr Druck ſehr ſchwer ſeyn und am Ende unerträglich werden. Ich weiß, welch ſchwierige Aufgabe es für die Regierung ſeyn würde, ſelbſt wenn ſie mit meinen Anſichten übereinſtimmte, dieſelben in Ausführung zu bringen. Ich weiß, daß uns nur eine Wahl zwiſchen Schwierigkeiten übrig bleibt, und daß, wie ich aufrichtig glaube, der Weg, den ich vorſchlage, der vortheilhafteſte für das Land ſeyn dürfte. Ich will das Haus nicht mit langen Details ermüden, aber ich kann nicht umhin, aus den dem Parlamente mitgetheilten Actenſtücken einige Thatſachen herauszuheben, woraus die drückende Noth der arbeitenden Claſſen unwiderlegbar hervorgeht. Der Betrag der Armenſteuer hat ſich im vergangenen Jahre im Vergleich zu dem vorhergehenden um 344,374 Pf. St. vermehrt, und dieß zu einer Zeit, wo die Lebensbedürfniſſe wohlfeiler waren, als in den frühern Jahren. Mit der Zunahme der Noth iſt natürlich auch eine Vermehrung der Verbrechen eingetreten. Das Verzeichniß der Verbrechen in England und Wales vom Jahre 1825 bis zum letzten Jahre ergibt eine allmähliche, aber furchtbare Vermehrung. Im Jahre 1825 zählte man 14,437; 1826 16,164; 1827 17,904; 1828 16,564; 1829 18,675; 1830 18,007; 1831 19,647 und 1832 20,829; alſo eine Vermehrung von ungefähr 50 Percent in dem kurzen Zeitraum von 7 Jahren. Auf einen andern Beweis von dem Zuſtande der arbeitenden und gewerbthätigen Claſſen blickend — ich meine die Sparbanken, — finde ich, daß vom 28. Jänner 1832 bis zum 9. Februar 1833 eine Summe von 761,368 Pf. St. in jene Banken deponirt worden iſt, dagegen aber 1,264,118 Pf. St. aus denſelben zurückgezogen worden ſind. Dieſe authentiſchen Notizen ſprechen deutlich genug für dir Noth des Landes und mahnen die Geſetzgebung dringend um

Abhülfe. — Was die Einführung einer Vermögensſteuer betrifft, ſo glaube ich, daß die Schwierigkeit, dieſelbe ins Werk zu ſetzen, hauptſächlich in dem Mangel an Feſtigkeit von Seiten der Regierung ihren Grund findet, und auch allerdings in der Abgeneigtheit der wohlhabenden Claſſen, ſich einer ſolchen Steuer zu unterwerfen. Dieſe mache ich aber darauf aufmerkſam, daß ſie in dem von mir vorgeſchlagenen Plan auch einige Entſchädigungen finden. Sie werden von den Aſſeſſed-Taxes und von der Abgabe auf Malz und Hopfen befreit werden. Und iſt es denn nicht auch eine Entſchädigung für die reicheren Claſſen, wenn ſie den Zuſtand der arbeitenden und gewerdthätigen Claſſen verbeſſert ſehen? Iſt es keine Entſchädigung für ſie, wenn Ruhe und Frieden in der ganzen Geſellſchaft herrſcht und wenn das Land von neuem Leben und neuer Kraft beſeelt wird? Würden ſolche Rückſichten ſie nicht veranlaſſen, einige Opfer zu bringen? Aber auch aus dem Geſichtspuncte der Gerechtigkeit betrachtet, behaupte ich, daß das Vermögen der geeignetſte Gegenſtand für die Beſteuerung iſt, und daß Arbeit und Gewerbthätigkeit nicht beſteuert werden ſollten. Ich habe berechnet, was ein Arbeitsmann mit Frau und Familie dem Staate bezahlt, und gefunden, daß es ein Drittel ſeines Einkommens beträgt; dieß iſt ein unbilliges und ganz unerträgches Verhältniß. Was würde wohl der Reiche ſagen, wenn man ihm von Staatswegen ein Drittel ſeines Einkommens abforderte? — Ich warne das Haus gegen den unſeligen Zuſtand der Sicherheit, dem ſich das gegenwärtige Miniſterium überläßt, wie es die früheren thaten. Jene Regierungen verſicherten uns, allen Thatſachen zum Trotz, daß der Zuſtand des Landes ſich verbeſſere, und dieſe Mittheilungen wurden mit Beifall aufgenommen; aber Seſſion auf Seſſion ging vorüber, und das Elend des Volks hat immer zugenommen. Wenn das reformirte Parlament nun nicht etwas Ernſtes thut, um der Noth abzuhelfen, wird es die Erwartungen derer bitter täuſchen, die es hergeſandt haben." Hr. Warbnrton unterſtützte den Antrag. Lord Althorp widerſetzte ſich demſelben hauptſächlich wegen der Unzeitigkeit, indem alle ſolchen Vorſchläge erſt bei Berathung des Budgets am geeignetſten zur Sprache kämen. Er ſei weit davon entfernt, das Haus über die Lage des Landes täuſchen, und die Noth der arbeitenden Claſſen längnen zu wollen. Man werde reiflich alle Maaßregeln zur Abhülfe erwägen, und die Regierung wie das Parlament würden gewiß Alles aufbieten, um die Laſten des Volkes zu erleichtern. Aber übereilt dürfe nichts werden, wenn man nicht das Uebel ärger machen wolle. Er widerſetze ſich daher dem Antrage, weil er ſonſt einem Ausſchuſſe eine Pflicht auferlege, die ihm ſelbſt zukomme. Seine Pflicht nämlich, als Kanzler der Schatzkammer, ſei es, die Steuerfrage mit der äußerſten Aufmerkſamkeit zu prüfen und zu überlegen, was er zu thun eifrigſt bemüht ſeyn werde. — Hr. Cobbett ſagte, daß er für den Antrag ſtimmen werde, nicht weil er eine ſtufenweiſe Eigenthumsſteuer für eine gute Maaßregel halte, ſondern weil ihm das ganze jetzt beſtehende Steuerſyſtem im höchſten Grade zuwider ſei, und er demſelben ein Ende gemacht zu ſehen wünſche. Was die ſtufenweiſe Eigenthumsabgabe betreffe, ſo ſei dieſelbe nichts mehr und nichts weniger als eine Confiscation. Dieß, meinte Hr. Hume, ſei in gewiſſem Grade mit allen Steuern der Fall. Jede Abgabe ſei ein Uebel, und der Hauptpunct bleibe immer, wie man die für den öffentlichen Dienſt nöthige Summe auf die am wenigſten drückende Weiſe aufbringen könne. Die einzige Einwendung, die er gegen die Eigenthumsſteuer zu machen habe, ſei die, daß dieſelbe ſchwer zu erheben ſeyn werde, indem es gar zu viele Mittel gäbe, ſich derſelben theilweiſe zu entziehen. — Hr. Walter bemerkte, daß, wenn man den vorliegenden Antrag verwerfe, man von allen Seiten fragen würde: „Wozu nützt denn Eure gerühmte Reform?" Nachdem ſich noch Hr. O'Connell für, und Hr. P. Thompſon gegen den Antrag ausgeſprochen hatten, ſchritt man zur Abſtimmung, welche folgendes Reſultat ergab:

Für Hrn. Robinſon's Antrag . . .	155 Stimmen.
Gegen denſelben	221 „
Majorität für die Miniſter . . .	66 Stimmen.

Es kam hiernächſt noch zu einer Erörterung zwiſchen Sir Robert Peel und Sir E. Codrington. Letzterer hatte nämlich dem erſteren in der Sitzung vom vorhergehenden Tage den Vorwurf gemacht, daß er vor mehreren Jahren, als die Ereigniſſe während und nach der Schlacht von Navarin in dem Hauſe zur Sprache gebracht worden wären, ſein (Sir E. Codrington's) Benehmen in einem nachtheiligen und falſchen Lichte dargeſtellt habe. Es handelte ſich hauptſächlich darum, daß der Admiral Codrington nicht, ſeinen Inſtructionen gemäß, die Fortſchaffung der griechiſchen Gefangenen nach Aegypten verhindert habe. Sir Robert Peel gab eine Erklärung, mit der ſich der Admiral zufrieden erklärte, und dann ſeiner Seits das damals von ihm beobachtete Verfahren erzählte, und die damalige Fortführung der griechiſchen Gefangenen der brittiſchen Regierung zur Laſt legte. Das Haus vertagte ſich um ¼ auf 3 Uhr.

Am 26. März bildete ſich das Oberhaus in einen Ausſchuß über die Bill wegen Veränderung des Gerichtsverfahrens in Weſtminſter. Graf Eldon proteſtirte gegen die erſte Clauſel, indem dadurch den Richtern in Weſtminſterhall eine förmlich parlamentariſche Gewalt auf fünf Jahre übertragen würde. Der Lordkanzler bemerkte, daß die Clauſel die Zuſtimmung der Geſetzcommiſſion erhalten habe und weſentlich zur Erleichterung des Geſchäftsganges beitragen würde. Lord Wynford widerſetzte ſich ebenfalls der Clauſel, und trug als Amendement darauf an, daß die Richter ein Verzeichniß der Veränderungen, welche ſie in den Geſetzen für nothwendig hielten, anfertigen und dem Hauſe zur Prüfung vorlegen ſollten. — Der Lordkanzler bemerkte, daß ein ſolches Verfahren nichts mehr und nichts weniger wäre, als eine Verzichtleiſtung auf die dieſem Hauſe zuſtehende Gewalt, worein er niemals willigen könne. Es fand eine Abſtimmung Statt, und es ergaben ſich:

Für das Amendement des Lords Wynford	9 Stimmen.
Gegen daſſelbe	12 „
Majorität	3 Stimmen.

Das Haus ging hierauf zur Berathung der folgenden Clauſeln über.

Am 27. März kamen Se. Majeſtät nach der Stadt und wurden im St. Jamespallaſt vom Herzog von Gloucester empfangen. Der König hielt darauf ein Capitel des St. Patrickordens, zu welchem ſich die Ritter deſſelben in Roben einfanden; die anweſenden Ritter waren Se. königl. Hoheit der Herzog von Cumberland, der Marquis von Thomond, der Marquis von Sligo, der Graf von Roden, der Marquis von Downſhire und der Marquis von Clanricarde. An die Stelle des verſtorbenen Marquis von Conyngham wurde deſſen Nachfolger zum Ritter des genannten Ordens erwählt und von Sr. Majeſtät mit Orden und Band bekleidet.

In Bezug auf die innerhalb des Miniſteriums eingetretene Veränderung lieſt man unter Andern im Albion: „Die Veränderung in der Verwaltung hat noch früher begonnen, als wir erwarteten; aber es wird noch mehr geſchehen, und wir glauben aus guten Gründen verſichern zu können, daß noch wichtigere und einen poli-

Digitized by Google

tiſchen Character an ſich tragende Veränderungen in der Verwaltung vorgehen werden, als die bereits angekündigten, und das wahrſcheinlich binnen kurzer Zeit. Alles, was bis jetzt geſchah, iſt die Ernennung des Hrn. Stanley zum erſten Secretär für die Colonien, an die Stelle des Lords Goderich, der nun Großſiegelbewahrer wird, und die Stelle des Lords Durham einnimmt. Sir John Hobhouſe wird Secretär für Irland anſtatt des Hrn. Stanley, und wer den Poſten des Kriegsſecretärs erhalten wird, iſt noch nicht ausgemacht. Die Times hofft und glaubt, daß Hr. Edward Ellice dieſes Amt übernommen habe; der Morning-Herald theilt es ohne Bedenken dem Lord Howick zu. Die Times müßte, ihrer Verbindung mit dem Miniſterium wegen, beſſer unterrichtet ſeyn können; aber es ſind Umſtände vorhanden, die uns die Ernennung des Hrn. Ellice als ſehr zweifelhaft erſcheinen laſſen. Indeß, er würde gewiß einen weit beſſern Kriegsſecretär abgeben, als Lord Howick. Bei dieſen Veränderungen ſehen wir jedoch nicht für einen neuen Leiter des Unterhauſes geſorgt, und Lord Althorp wird doch ſchwerlich dieſes wichtige Amt noch länger bekleiden. Hrn. Stanley's Ernennung zum Colonialſecretär beweiſt ſo ziemlich, daß man ihn nicht zum Leiter des Hauſes zu machen gedenkt, denn er wird wahrſcheinlich mit ſeinem Departement allein hinlänglich zu thun haben; auch ſind ſeine Talente nicht von der Art, wie ſie von einem Leiter des Unterhauſes erfordert werden; ob die Zeit ſein Temperament mildern wird, kann man nicht wiſſen, aber für jetzt iſt er zu heftig und raſch zu einem ſolchen Geſchäft. Nein, der künftige Leiter des Unterhauſes wird zwar wahrſcheinlich auch ein Kanzler der Schatzkammer, aber nicht Lord Althorp, noch irgend eines der jetzigen Cabinetsmitglieder ſeyn. Wir ſehen auch einem neuen Premierminiſter entgegen, aber nicht dem edlen Herzog von Wellington, ſondern einem Mann, der einer der erſten Pairs des Königreichs iſt. Kurz, wir glauben, daß man den Verſuch machen wird, eine ſtarke Regierung zu bilden, die einen mehr conſervativen Charakter erhalten ſoll, als ihn die jetzige an ſich trägt; aber es iſt keineswegs gewiß, ob dieſer Verſuch gelingen wird, noch auch wahrſcheinlich, daß er gelingen kann, bevor einige wichtige Fragen im Parlament erledigt ſind.“

Braſilien.

Engliſche Blätter melden aus Rio de Janeiro vom 26. Jänner: „Am 10. d. M. empfing der Kaiſer in Begleitung der Regentſchaft den brittiſchen Geſchäftsträger Sir A. Aſton, der ſich ſowohl als der Admiral Baker und die andeen Offiziere des Warſpite vor iheer Abreiſe bei Sr. Majeſtät beurlaubte, nachdem er Hrn. Ouſeley, als einſtweiligen Geſchäftsträger, bis zur Ankunft des außerordentlichen Geſandten und bevollmächtigten Miniſters, dem Kaiſer vorgeſtellt hatte. An demſelben Tage überreichte der öſterreichiſche Geſchäftsträger Baron Daiſer Sr. kaiſerlichen Majeſtät ein Schreiben von ſeinem Souverain. Das Diario vom 19. d. M. iſt mit einem Bericht über die Krankheit der am 15. Jänner in ihrem zehnten Lebensjahre mit Tod abgegangenen Prinzeſſinn Paula Marianna gefüllt. Die folgenden Nummern des Diario bis zum heutigen Tage enthalten nur Artikel von rein örtlichem Intereſſe.“

Frankreich.

In der Sitzung der Deputirtenkammer vom 28. März überreichte Hr. Gouin den Bericht über das Einnahmegeſetz. Da das Vorleſen großer Commiſſionsberichte immer außerordentlich viel Zeit in Anſpruch genommen, und doch bei der Kammer nicht die mindeſte Aufmerkſamkeit gefunden hatte, ſo kam es in der letzten Zeit in Gebrauch, von ſolchen Berichten bloß die Schlußanträge zu leſen, und ſie dann zum Druck zu verweiſen. So geſchah es auch hier. Sodann trug Hr. Ganneron im Namen dee Commiſſion auf Annahme des Entwurfs an, wodurch den Witwen und Kindern der Nationalgarden, die in den Unruhen des Weſtens und in den Pariſer Junitagen den Tod fanden, Penſionen bewilligt werden ſollen. Hierauf ward die Discuſſion über die Errichtung einer Eiſenbahn von Montbriſon nach Montrond beendigt. Beim Scrutin ward das Geſetz mit 132 weißen gegen 109 ſchwarze Kugeln angenommen. Darauf ward der Entwurf wegen Errichtung eines Canals zur Verbindung der Sambre mit der Oiſe, von Landrecies bis la Fère, discutirt. Die erſten Artikel wurden angenommen, einige weitere an die Commiſſion zurückgeſandt. Endlich ward die Berathung über das Budget des Kriegsminiſteriums eröffnet. Die allgemeine Discuſſion bot wenig Bemerkenswerthes dar. Hr. de Ludre griff hauptſächlich die Koſtſpieligkeit des Generalſtabs der Armee an. „Das große Problem, das ein Kriegsminiſter zu löſen hat, ſagte ein berühmter Miniſter, der Marſchall St. Cyr, iſt, die größtmögliche Truppenzahl möglichſt wohlfeil zu erhalten. Wir ſind weit entfernt hiervon. Eine Ordonnanz vom 15. November 1831 ſtellte die Zahl der Generaloffiziere auf 150, und die der Maréchaux-de-camp auf 250 feſt, welche durch Abſterben auf 100 Generaloffiziere und 150 Maréchaux-de-camp reduciet werden ſollten. Im Jahre 1829 hatten wir 450 Generaloffiziere, welche 5,880,000 Fr. koſteten; 1830 hatten wir 441 Generaloffiziere, welche 5,720,000 Fr. koſteten; 1832 forderte man für 537 Generaloffiziere 6,485,000 Fr. Sie fanden dieſe Forderung übertrieben, und reducirten ſie um mehr als eine Million; 1833 fordert das Miniſterium für 412 Generaloffiziere 5,370,000 Fr.“ Nach dieſem Redner erhob ſich Hr. G. de Larochefoucauld abermals gegen die Ernennung des Grafen Sebaſtiani zum Miniſter ohne Portefeuille, wodurch die Verantwortlichkeit der Miniſter umgangen werde; das Publicum frage, wem denn die Fonds bewilligt werden, dem jetzigen Kriegsminiſter (Soult) oder dem künftigen (Sebaſtiani)? Dieſe Andeutung, welche der Redner in mehreren Formen wiederholte, wurde von dem General Sebaſtiani mit Lachen aufgenommen, wobei er dem neben ihm ſitzenden Marſchall Soult freundlichſt die Hand drückte. Sodann griff der Redner die Art an, wie man Algier fortwährend durch Schrecken und Kriegsgerichte regiere; dabei kam er tadelnd auf die neuliche Rede Viennets zurück, der geſagt hatte: „die gegenwärtige Legalität tödtet uns.“ Hr. Viennet antwortete, er habe damit bloß den Wunſch ausſprechen wollen, daß die Kammer dem Miniſterium größere geſetzliche Mittel zur Beherrſchung der Factionen in die Hände lege; übrigens ſei dieſe Rede erſt wenig Stunden vorher entworfen und mit Niemand, namentlich nicht mit den Miniſtern berathen worden. — Als man auf die einzelnen Capitel überging, wurden die zwei erſten (das Perſonal der Centralverwaltung 1,495,000 Fr., das Materiale derſelben 621,000 Fr.), mit einer Reduction von 6000 Fr. angenommen. Bei dem dritten Capitel (Generalſtabe, 16,005,000 Fr.) ſchlug die Commiſſion eine Verminderung von 321,000 Fr. vor, welche Marſchall Soult in einer langen Rede bekämpfte, die aber bei der Kammer ſo wenig Aufmerkſamkeit fand, daß am Ende derſelben die Sitzung aufgehoben werden mußte, weil die Zahl der Deputirten nicht mehr zureichte.

Am 29. März wurde von der Kammer obige Reduction von 321,000 Fr. angenommen, nebſt mehreren anderen Verminderungen, auf die wir zurückkommen werden.

Toulouer Blätter berichten: „Der Kriegsbrigg la

Flèche ſegelte am 22. März in Eile von Toulon nach Alexandria ab, wohin er ſehr dringliche Depeſchen überbringen ſoll. Das Linienſchiff Marengo wird, wie es heißt, nach derſelben Beſeimmung abgehen, um die Schritte unſeres Geſchäftsträgers bei Mehmed Ali zu unterſtützen."

Am 30. März Fin Courant geſchloſſen zu 100 Fr. 60. 3Percents Fin Courant geſchloſſen zu 77 Fr. 20.

Belgien.

In der Sitzung der Repräſentantenkammer vom 27. März legte der Kriegsminiſter einen Geſetzentwurf vor, worin ein proviſoriſcher Credit von 5 Millionen Francs zur Beſtreitung der Koſten ſeines Departements für den Monat April gefordert wurde. Der Entwurf wurde den Sectionen zugewieſen, und hierauf die allgemeine Berathung über das Budget des Kriegsminiſteriums fortgeſetzt.

In der Sitzung der Repräſentantenkammer vom 28. März wurde die allgemeine Berathung über das Budget des Kriegsminiſters fortgeſetzt. Als die Liſte der eingeſchriebenen Redner erſchöpft war und der Präſident auf den Schluß der Debatte antragen wollte, nahm Hr. von Robaulx das Wort und zeigte an, daß er, da die Miniſter keine beſtimmten Aufſchlüſſe über die Angelegenheiten des Landes geben zu wollen ſchienen, eine Aufforderung an dieſelben auf das Bureau niederlegen werde. Er verlange darin, daß das Miniſterium ſich morgen erklären ſolle, ob es ſeine Abſicht ſei, von den Mächten die völlige Ausführung des Tractates vom 15. November bis zu einer beſtimmten Zeit zu verlangen, und ſich nach Ablauf für nicht mehr an denſelben gebunden erklären wolle. In dieſem Falle ſolle die Kammer einen proviſoriſchen Credit von 15 Millionen Fr. für den Unterhalt der Armee auf drei Monate bewilligen. Der Miniſter der auswärtigen Angelegenheiten bemeekte, daß mehrere Redner der Oppoſition verlangt hätten, daß man von der Conferenz die Abſtellung gewiſſer Beſchwerden fordern ſolle, vergäßen aber dabei, daß der Tractat vom 15. November, der für unwiderruflich eeklärt worden ſei, dadurch weſentlich verändert würde. Alle Modificationen konneen daher nur durch gegenſeitig gütliches Verſtändniß erlangt werden, und jetzt darauf zu dringen, würde eben ſo unnütz als unzeitig ſeyn. — Hr. von Brouckère ſagte, er habe vor einigen Tagen geäußert, daß die Miniſter nicht zu ihrem gegenwärtigen Beruf prädeſtinirt geweſen zu ſeyn ſchienen; er müſſe aber jetzt einen Theil jener Behauptung zurücknehmen; denn nach der eben vernommenen Antwort ſchiene es wirklich, als ob der Miniſter der auswärtigen Angelegenheiten zum Diplomaten geboren worden wäre. Die ihm geſtellten Fragen wären ſo einfach nnd beſtimmt geweſen, daß er mit einem Ja oder Nein hätte darauf antworten können. Er habe aber eine Antwort ertheilt, die nicht Ja und nicht Nein ſei. Hr. Goblet fand ſich hierauf noch zu der Bemerkung veranlaßt, daß die engliſche und franzöſiſche Regierung die Zwangsmaaßregeln ſtrenger als jemals fortſetzten, und daß das Miniſterium daher ſeine Pflicht gegen das Land verletzen würde, wenn es ein Syſtem der Drohungen gegen jene beiden Mächte anwendete. Die Berathung wurde auf den folgenden Tag ajournirt.

Teutſchland.

Nachrichten aus Frankfurt vom 4. d. M. (die wir ſo eben am Schluſſe unſeres Blattes durch außerordentliche Gelegenheit erhalten haben) zufolge, iſt die Ruhe dieſer Stadt am vorhergthenden Abend des 3. April geſtört worden. Die verbrecheriſchen Pläne der Meuterer wurden jedoch durch das pflichtmäßige Benehmen des dortigen Linienmilitärs und der Stadtwehr, wiewohl nicht ohue Blutvergießen, gänzlich vereitelt. — Folgendes iſt der Hergang der Sache, wie er in einem aus Frankfurt vom 4. April datirten Schreiben erzählt wird:

„Geſtern um halb 10 Uhr Abends zeigeen ſich Haufen Bewaffneter an der Haupt- und an der Conſtabler-Wache, und drangen plötzlich, indem ſie die ausſtehenden Poſten niederſchoſſen, gleichzeitig in beide Wachen ein, ſo daß es dem Militär unmoglich war, ſich zu entwickeln und aufzuſtellen. In dem Handgemenge wurden Mehrere von beiden Seiten verwundet und geodtet, und es gelang den Angreiſenden, die Thüren der Gefängniſſe zu ſprengen. Indeſſen entſernten ſich die Gefangenen entweder gar nicht, oder ſtellten ſich großtentheils bald wieder; die übrigen ſind bereits wieder eingefangen und zur Haft gebracht. Auf der Conſtabler-Wache vertheidigten die Gefangenen ſogar den von den Aufrührern verwundeten Geſangenwärter. — Das Linienmilitär unter Anfüheung ſeines Oberſten rückte nun heran, und ſäuberte in ganz kurzer Zeit beide Wachen, aus denen die Aufrührer mit Zurücklaſſung mehrerer Todten und Verwundeten vertrieben wurden."

„Die verwundeten Meuterer, die gefangen wurden, ſind beinahe ohne Ausnahme fremde Studenten, welche den Angriff geleitet und geführt zu haben ſcheinen; die meiſten derſelben trugen ſchwarz, gelb und rothe Binden (die bekannten Hambacher Farben); einer derſelben, welcher auf der Hauptwache nach heftiger Gegenwehr, gefähelich verwundet, ergriffen wurde, trug eine Schärpe mit dieſen Farben um den Leib."

„Ein Trupp bewaffneter Banern mit Trommel und Fahne, der ſich in der Nähe der Stadt zeigte, zog ſich ohne weitere Exceſſe, als einige Beſchädigungen an einer einzelnen auf der Straße nach Friedberg ſtehenden Warte verübt zu haben, zurück. Ein anderer Trupp Bauern, dem Vernehmen nach aus dem naſſauiſchen Dorfe Kahlbach, hatee die nach Bonames füheende Brücke beſetzt, und die Paſſagen geſperrt."

„Nachdem die Ruhe in der Stadt ſolchergeſtalt vollkommen hergeſtellt war, verfloß der übrige Theil der Nacht ohne weitere Störung; das ganze Unternehmen ſtellt ſich als ein von Außen gemachter Verſuch dar, die Stadt mittelſt Befreiung der in den Stadtgefängniſſen ſitzenden Verbrecher in Aufruhr zu verſetzen. Das verwegene Unternehmen diente übrigens nur dazu, den Meuterern zu zeigen, wie ihre ruchloſen Pläne an der ruhigen und beſonnenen Haltung der Bürgerſchaft und des Linienmilitärs ſcheitern mußten. Leider hat das Linienmilitär vier Todte und funfzehn (worunter fünf ſehr gefährlich) Verwundete; von den zur Haft gebrachten Ruheſtörern ſind zwei gleichfalls ſehr gefährlich verwundet."

Der akademiſche Senat der Univerſität Marburg hat in ſeiner Sitzung vom 26. März zum Abgeordneten zur Ständeverſammlung den Hrn. Profeſſor Gerling, und zum Stellveetreter desſelben den Hrn. Profeſſor Endemann gewählt; Hr. Profeſſor Jordan ſoll, dem Vernehmen nach, vor der Abſtimmung ſeine Wiedererwählung ſelbſt lebhaft verbeten haben.

Hauptredacteur: Joſeph Anton Edler von Pilat.
Verleger: Anton Strauß ſel. Witwe in der Dorotheergaſſe Nr. 1108.

Digitized by Google

№ 100

Oeſterreichiſcher Beobachter.

Mittwoch, den 10. April 1833.

Meteorologiſche Beobachtungen vom 8. April.	Zeit der Beobachtung.	Barometer auf 0 Reaumur reducirt. Pariſer Maß.	Barometer auf 0 Reaumur reducirt. Wiener Maß.	Thermometer Reaumur.	Wind.		Witterung.
	8 Uhr Morg.	27.474	28 Z. 2 L. 10 P.	+ 4.0	SO.	ſtill.	dunſtig.
	3 Uhr Nachm.	27.458	28 2 6	+ 12.0	OSO.	ſchwach.	heiter.
	10 Uhr Abnes.	27.521	28 3 5	+ 2.0	N.	ſtark.	trüb.

Portugal.

Die Timrs enthält folgende am Bord des „Lord of thr Isles" unterm 24. März grſchriebene Privatmittheilung über die letzten Vorfällr in Oporto: „Wie ich es verſprochen, grbe ich Ihnen nunmehr Nachricht übrr Alles, was ſich ſeit meinem letzten Schreiben zu Oporto Wichtiges ereignet hat. Dieſer Bericht gründee ſich zum Theil auf meine eigenen Beobachtungen und zum Theil auf die von unſern Freunden, Oberſt Shaw und Major Cameron, eingezogenen Nachrichten; dieſe beiden Männer ſpielten nämlich bei der letzten Begebenheit, über die ich Ihnrn Bericht erſtatten will, eine ſehr glänzendr Rolle. Seit dem 24. Jänner war nichts geſchehen, außer daß von beiden Seiten Forts und Redouten errichtet wurden. Die Migueliſten hatten dabei den Zwrck, eine vollſtändige Blockade zu veranſtalten uud ſo ihre Feinde auszuhungern, während Solignaes Abſicht war, ſeine Poſitionen ſo lange zu behaupten, bis neue Verſtärkungen anlangen würden, mit deren Hülfe er einen Angriff unternehmen könnte. Zur Erreichung ihres Zweckes haben die Migurliſten in drr letzten Zeit den Plan entworfen, die Communiration zwiſchen der Stadt und dem an der Mündung des Douro auf dem nördlichen Ufer gelegenen Dorfr St. João da Foz zu unterbrechen. Dieſer wichtige Punrt, denn er iſt der Canal, durch welchen die Stadt ihre Lebrnsmittel empfängt, iſt dem Commando des Generals Saldanha anveetraut, der das 12te Regiment Caçadores, das 3te und 10te Infanterieregiment, beide aus Portugieſen beſtehend, und die unmittelbar vom Oberſt Shaw commandirtrn ſchottiſchen Füſiliers, eine auf 1500 Mann im Ganzen ſich belaufende Streitmacht unter ſeinen Befehlen hat. Am Abend des 3. machte der Feind eine Bewegung gegrn die bei der Serra ſtehenden Linir, wich aber dem ihm geleiſteten Widerſtande. Dieſe Demonſtration und die Thatſache, daß man ſeit zwei Tagen bedentende Truppenrorps hatte vom ſüdlichen Ufer aus über den Fluß ſetzen ſehen, führte zu der Vorausſetzung, daß den nächſten Morgen etwas Wichtiges im Wrrke ſei. Die Truppen in der Stadt erhielten daher Befehl, die ganze Nacht hindurch unter den Waffen zu bleiben. Am andern Morgen, den 4. März, um 4 Uhr begann auf der ganzen Ausdehnung der Linien ein heftiges Fener, während mit einem zwelten Angriffe auf die Serra gedroht wurde. General Torres, der dort commandirte, zog ſeine Voepoſten zurück, ließ den Feind bis auf einen offenen Raum vordringen, und ihn ſodann aus fünf Batterien mit Kartätſchen beſchießen, und nöthigte ihn bald, ſich mit beträchtlichem Verluſte zurückzuziehen. Um 6 Uhr Vormittags wurde der eigentliche Punet des feindlichrn Angriffes ſichtbar. Um dieſelbe Stunde ſah man zwei Colonnen, die eine von ungefähr 4000, die andere von etwa 2000 Mann, zum Angriff gegen den rechten Flügel zwiſchen dem Caſtell da Foz und Lordello vorrücken. Um halb 7 Uhr wurde die Poſition von Paſtelleiro, und zwar hauptſächlich die auf ihrer linken Seite befindliche und von Saldanha mit den Portugieſen beſetzte Redoute derſelben, von der ſchweren Artillerie begrüßt, um dir vorrückenden Colonnen zu decken, während die Batterie oberhalb Lordello auf die zwiſchen der Batterie und Paſtelleiro liegende Poſition von Matta Srpt ſpielte, die von den ſchottiſchen Füſiliers beſetzt war und das Centrum und die linke Flanke des Angriffspunctes bildete, jenes vom Oberſt Jones und dieſe vom Major Cameron befehligt, wogegen die Poſition von Paſtelleiro auf der rechten Seite des Angriffspunetes lag. Eine der Colonnen rückte unter dem Schutz dieſes Feuers gegen das von dem 3ten Infanterieregiment beſetztr Paſtelleiro vor, während die andere zwiſchen dem Leuchtthurm und Paſtelleiro gegen das 10te Regiment Caçadores losmarſchirte. Beide Colonnen ließ man ungehindert bis dicht an die Redouten vordringen, dann aber wurden ſie mit einem lebhaften Kartätſchen- und Gewehrfeuer empfangen und zu verwirrtem Rückzuge genöthigt. Die von Paſtelleiro zurückgeſchlagene flüchtige Colonne reihte ſich einem dritten zum Angriff auf Matta Sept abgeſandtrn Corps an, welches ſodann mit großer Kühnheit zum Angriff vordrang; die Stürmenden wurden von den Füſiliers bis um halb 10 Uhr aufgehalten; dann vereinigtr ſich das 12te Regiment Caçadores mit letzteren und verſtärkte das Feuer dermaaßen, daß der Feind in großer Unordnung umkehren mußte; er verſuchte den Angriff noch einmal, wurde aber wieder zurückgeworfen und ge-

Digitized by Google

nöthigt, ſich in einen Hohlweg zurückzuziehen, von wo aus er jedoch ein heftiges Feuer gegen Matta Sept unterhielt. Um dieſe Zeit wurde ein Feldgeſchütz herbeigebracht und gegen den Punct gerichtet, von dem ſich der Feind zurückgezogen hatte, und dieſer begann nun den Angriff zum dritten Male; er wurde nun mit einer mörderiſchen Kartäſchenladung empfangen, und um 10 Uhr hatte ſich, nach vierſtündigem äußerſt heftigen Feuer, die ganze Angriffslinie zurückgezogen. Die Niederlage der Migueliſten bei dieſer Gelegenheit war eine der bedeutendſten ſeit dem Beginn der Belagerung. Anfangs ſagte man in Oporto, daß der Verluſt der Migueliſten ſich nur auf 600 Todte und Verwundete belaufe, aber durch die Ausſagen der Ueberläufer, ſo wie durch die Thatſache, daß man allein auf dem Platz, von wo der Feind ſich zurückgezogen hatte, 400 Todte fand, ward man veranlaßt, die Zahl ihrer Todten und Verwundeten auf 2000 anzuſchlagen, welches ich ſelbſt einmal zu glauben mich bewogen fühlte; denn als ich mich am 7. zufällig beim Major Shaw befand, kam ein Galego, der vor 14 Tagen von den Migueliſtiſchen Vorpoſten aufgegriffen worden und dem es jetzt gelungen war, aus ihren Linien zu entkommen, bei demſelben an und meldete ihm, daß die Migueliſten noch immer mit den Beerdigungen ihrer Todten beſchäftigt waren; doch jetzt ſchätze ich ihren Verluſt nur auf 1500 Mann, denn auch einer der Miniſter beſchränkt denſelben in einem Schreiben auf dieſe Zahl. Beträchtlich muß der Verluſt des Feindes in der That geweſen ſeyn, denn ein brittiſcher Offizier, der auf den Schiffen im Douro Gelegenheit hatte, die Signale der Migueliſten kennen zu lernen, bemerkte, daß nach jener Affaire die nördlichen Migueliſtiſchen Linien den Forts im Süden ein Zeichen gaben, daß ſie mit großem Verluſt ſeien zurückgeſchlagen worden. Dieſer Verluſt wäre noch beträchtlicher geweſen, hätte nicht Solignac am Morgen der Action ſtrengen Befehl gegeben, die Operationen bloß auf die Defenſive zu beſchränken, und dieſen Befehl wiederholte er während des Tages noch, ſo daß die engliſchen und franzöſiſchen Reſervetruppen an dem Kampfe gar nicht Theil nahmen. Der Verluſt auf Seiten Dom Pedro's belief ſich an dieſem Tage auf 22 Todte und 56 Verwundete, hauptſächlich von der ſchottiſchen Brigade, obgleich außer dieſen die ſämmtlichen in dieſem Gefechte betheiligten Truppen Portugieſen waren, die ſich ſehr tapfer ſchlugen. Der Grund des bei weitem größeren Blutvergießens auf Seiten der Migueliſten wird darin geſucht, daß ſie in dichten Colonnen in den Bereich der ſtarken Kartätſchenladungen herankamen. Als ob das Glück plötzlich der Sache Dom Pedro's günſtiger werden wollte, hat ſich das Wetter, nachdem es ſechs Wochen vor dieſem Gefechte ſehr ſtürmiſch geweſen, mit einem Male aufgeklärt, und als ich mich von Oporto entfernte, waren die Küſtenboote damit beſchäftigt, aus ungefähr 30 vor der Mündung des Fluſſes liegenden Schiffen Proviſionen ans Land zu bringen. Ich entfernte mich am 9., nachdem ich die aus Kleidern, Pulver und Granaten beſtehende Ladung unſeres Schiffes hatte landen laſſen; da ich jedoch bis zum 20., auf Kohlen wartend, bei den Bayonne-Inſeln blieb und der London-Merchant am 18. von Oporto dort anlangte, ſo erfuhr ich, daß ſpäter nichts von Bedeutung vorgefallen ſei. Wie es ſcheint, bleibt Solignac bei ſeinem erſten Entſchluß, die Ankunft von Verſtärkungen abzuwarten, bevor er zur Offenſive ſchreitet; doch zweifle ich faſt, ob es ihm möglich ſeyn wird, dabei zu beharren, denn ſchon vor meiner Abreiſe waren die Truppen in der Stadt, namentlich die Franzoſen und Engländer, ſo ungeduldig, den Ruhm, den ſich das ſchottiſche Corps erworben, zu theilen, daß Dom Pedro mehrere Meutereien, die in Folge deſſen in den Caſernen ausgebrochen waren, in Perſon unterdrücken mußte. Auch brachte der London-Merchant die Nachricht mit, daß der Manlius eine Verſtärkung von 400 Mann gelandet habe, wodurch die Ungeduld der Truppen wahrſcheinlich noch ſteigen wird. Gern hätte ich Ihnen melden mögen, daß die Nordforts Dom Miguel abgenommen worden ſeien, ein Punct, den man zu lange außer Acht gelaſſen hat; doch ich hoffe, daß dieß jetzt ſchon geſchehen ſeyn wird, da mir ſowohl der General Saldanha als der Oberſt Shaw ſagten, ſie hätten der Regierung deßhalb Vorſtellungen gemacht, und glaubten gewiß, dieſe Forts mit wenigem Verluſt nehmen zu können."

Spanien.

Pariſer Blätter melden aus Madrid vom 21. März: „Man vernimmt, daß die Infanten Don Carlos und Don Sebaſtian, welche die Prinzeſſinn von Beira auf ihrer Reiſe nach Portugal begleiteten, wohl und geſund daſelbſt angelangt ſind. — Am 19., den St. Joſephstag, war es auf verſchiedenen Puncten der Hauptſtadt unruhig. Zahlreiche Volksgruppen bildeten ſich von der Frühe an in einigen Straßen und zogen dann in der Stadt umher, ohne gerade etwas Feindſeliges auszuüben. Die Polizei war aufmerkſam und die Wachen waren verdoppelt. Gegen Abend ſuchten Patrouillen die Gruppen zu zerſtreuen, aber mehrere von den Volkshaufen fingen nun an zu ſingen und aufrühreriſches Geſchrei auszuſtoßen. Die königlichen Truppen zeigten hierauf Ernſt, und brachten mit leichter Mühe die Ruheſtörer zur Ordnung. Etliche und zwanzig Menſchen wurden verhaftet. — In der Nacht (vom 19.) brannte der große und ſchöne Pallaſt des Herzogs von Berwic ab. Dieſes Gebäude war eine Zierde der Hauptſtadt. Aller Anſtrengungen ungeachtet konnte man des Feuers nicht Meiſter werden, ehe der Hauptbau von der Flamme verzehrt war. Der Brand dauerte bis in die andere Nacht (vom 20.). Alles, Tapeten, Gemälde, Statuen ꝛc. wurden in Aſche verwandelt. In ganz Madrid war kein ſo reich möblirter Pallaſt, wie dieſer. Unglücklicher Weiſe iſt gar nichts verſichert. — Man glaubt, das Feuer ſei aus niederträchtiger Rachſucht angelegt worden."

Digitized by Google

Frankreich.

Die Deputirtenkammer nahm, wie ſchon erwähnt, am 29. März bei den Generalſtäben eine Reduction von 321,000 Fr. vor, ungeachtet nicht nur Marſchall Soult den Vorſchlag aufs Lebhafteſtr bekämpfte, ſondern auch Marſchall Clauzel und General Leydet dagegen ſprachen. Bei dem vierten Capitel drs Kriegsbudgets — Gendarmerie 18,122,000 Fr. — beantragte die Commiſſion eine Reduction auf 18,035,000 Fr. Sie ward angenommen; nur die HH. von Rigny und Sebaſtiani erhoben ſich dagegen. — Recrutirung, 456,000 Fr. Angenommen. — Sold und Unterhalt der Truppen 221,481,000 Fr. Dir Commiſſion ſchlug eine Geſammtverminderung von nicht weniger als 6,018,355 Fr. vor. Die Miniſter ergriffen hierbei das Wort nicht. Die ganzr Reduction ward angenommen; eben ſo ward bei dem Capitel allgemeine Remontr 5,291,000 Fr., eine Verminderung von 1,585,487 Fr. vorgenommen. In letzteres hatte Marſchall Soult gewilligt.

Bekanntlich wurde am 11. April vorigen Jahres in Betreff der fremden in Frankreich befindlichen Flüchtlinge nachſtehendes Geſetz erlaſſen: „Art. 1. Die Regierung iſt ermächtigt, die in Frankreich ſich aufhaltenden Flüchtlingr in einer oder in mehreren von ihr zu bezeichnenden Städten zuſammenzubringen. 2. Die Regierung kann ſie verhalten, ſich in jenr dieſer Städte zu begeben, die ihnen angewieſen werden wird; ſie kann ihnen befehlen, das Königreich zu verlaſſen, wenn ſie ſich nicht an dieſen Beſtimmungsort begebrn, oder wenn ſie glaubt, daß ihrr Anweſenheit die Ordnung und die öffentliche Ruhe ſtören könnte. 3. Gegenwärtiges Geſetz kann auf die fremden Flüchtlinge nur kraft eines von einem Miniſter unterzeichneten Befehles angewendet werden. 4. Gegenwärtiges Geſetz ſoll vom Tage ſeiner Promulgation an gerechnet, nur ein Jahr lang in Kraft bleiben.“ — Dir Regierung hat nun den Antrag geſtrllt, obiges Geſetz auf ein weiteres Jahr (bis zum 24. April 1834) zu verlängern, und in der Sitzung der Deputirtenkammer vom 30. März wurden die Drbatten darüber eröffnet. Zuerſt ergriff General Lafayettr das Wort, um dagegen zu ſprechen. Er bemerkte unter Andern, daß dir den Flüchtlingen gereichten Unterſtützungen in mehreren Depots unterbrochen worden ſeien; z. B. hätten die Italiener zu Marſeille ſeit vier Monaten nichts erhalten. Er drücktr das Bedauern aus, daß man die Spanier, die Italiener, dir Polen hülflos habe untergehen laſſen; daß man ſpäter aus den geſlüchteten Polen nicht wenigſtens eine fremde Legion gebildet habe u. ſ. w. „Jetzt finden wir uns (ſagte er unter Andern) jenen ſpaniſchen, polniſchen, italieniſchen Trümmern gegenüber, und vielleicht werden wir auch bald teutſche Flüchtlinge erhalten (Gelächter im Centrum), wenn die franzöſiſche Regierung, vrrgeſſend das Benehmen aller Regierungen ſeit Franz I., nicht daran denkt, daß unſere teutſchen Nachbarn von hoher Bedeutung für uns ſind. Ein mit Recht berühmtes Journal (Debats) hat geſagt, es kenne in Teutſchland nur Fürſten; ich geſtehe, daß ich daſelbſt nur Völker kenne, und ich wünſchte, daß dieſe Völker Gewinn zögen von dem Einfluſſe, den Frankreich haben muß... Ich bittr die Kammer um Verzrihung, daß ich ein Wort von meiner Sympathie für Teutſchland ſage; aber nach dem, was uns die Journale melden, glaube ich, daß dieſes Gefühl an der Tagesordnung iſt.“ Der Redner ſchloß mit den Worten: „Es gibt kalte, ſelbſtſüchtige Herzen, die ſagen: was geht uns dieß an; es betrifft ja bloß die Fremden. Dieß iſt rine gemeine, niedrige Geſinnung, die nicht einmal vor dem Verſtande zu rechtfertigen iſt; denn wären Sie im letzten Jahre nicht ſo eifrig bereit geweſen, gegen die Feemden ein Ausnahmsgeſetz zu votiren, ſo hätte vielleicht die Regierung nicht gewagt, gegen die Franzoſen das Geſetz vorzulegen, das vor der andern Kammer ſchwebt. Dann hätte derjenige Ihrer Collegen, der zwei Jahee vor unſerer Revolution in einer Verſammlung von Notabeln die Abſchaffung der Lettres dr Cachet und der Ausnahmsgerichte verlangt hatte, jetzt nicht den Schmerz, zu ſehen, wie eine aus den Barricaden der Julirevolution hervorgegangene Regierung dem franzöſiſchen Volke, ihrrm Souverain und ihrem Wohlthäter, einen Geſetzentwurf überreicht, der die Lettres de Cachet und die Ausnahmsgerichtr unter uns zurückführen würde.“ — Nun erhob ſich der Miniſter der auswärtigen Angelegenheiten (Duc dr Broglie) und behauptete im Eingange ſeiner Rede, daß Frankreich Herr in ſeinem Hauſe ſei, und alſo das Recht habe, Maaßregeln, wie die in Fragr ſtehenden, gegen die fremden Flüchtlinge, denen es Gaſtfreundſchaft gewährt habe, in ſeinem wohlverſtandenen Intereſſe und zu ſeiner Sicherheit anzuordnen. Wenn Fremde in ganzen Maſſen kommen, aus politiſchen Gründen, mit Sympathien, welche ſie mit den innern Elementen der Unordnung in Harmonie ſetzen, während ſie der Regierung in ihren auswärtigen Verhältniſſen Verlegenheiten bereiten können, ſo dürfe man der Nation, die jene Fremdlinge mit vielen Millionen unterſtütze, das Recht nicht abſprechen, Beſtimmungen zu treffen, wie die, welche das vorliegende Geſetz verlange. England habe im Jahre 1792 eben ſo gehandelt, als damals Franzoſen nach England kamen und dort Clubbs bildeten. Die Alienbill ſei von zwei zu zwei Jahren bis 1826, alſo bis eilf Jahre nach dem letzten Frieden, erneuert worden. Das franzöſiſche Miniſterium habe von der ihm durch das im April v. J. votirte Geſetz, deſſen Verlängerung jetzt im Antragr ſei, verliehenen Gewalt den ſchonendſten Gebrauch gemacht; von den 7 bis 8000 in Frankreich befindlichen Flüchtlingen ſei daſelbr nur auf 27 angewendet worden. Die Eigenſchaft eines Flüchtlings ſei in Frankreich eben ſo wenig als anderswo ein Patent der Strafloſigkeit; das Wenigſte, was man

von dieſen Flüchtlingen fordern könne, iſt, daß ſie ſich den franzoſiſchen Geſetzen fügen, daß ſie zur Erfüllung derſelben Veepflichtungen, wie die Landeseingebornen, verhalten werden. Eine dieſer Verpflichtungen ſei, bei befreundeten Regierungen nicht zum Aufruhr, nicht zur Revolte aufzuwiegeln, die Sicherheit und Ruhe Frankreichs nicht durch die ſogenannte Propaganda, gegen die ſich die Kammer bei verſchiedenen Anläſſen energiſch ausgeſprochen habe, zu gefährden. „Es hat ſich hiee,“ fuhr der Miniſter fort, „ein ſogenanntes Polencomité gebildet; ich ſage ein ſogenanntes; denn meiner Meinung nach repräſentirt dieſes Comité eben ſo wenig die polniſche Nation, als die angeblichen patriotiſchen Aſſociationen zu Paris die franzöſiſche Nation repräſentiren. Dieſes Comité hat ein, nicht an die polniſche, ſondern an die ruſſiſche Nation gerichtetes Peogramm erlaſſen, welches ein offener, directer, ſonnenklarer, mordbrenneriſcher Aufruf zur Revolte geweſen iſt. Dieſes Manifeſt iſt nach Rußland geſchickt und von der ruſſiſchen Regierung uns darüber Anzeige gemacht und die Feage geſtellt worden, ob dieß wohl dem Volkerrecht gemäß ſei? Ich habe keinen Anſtand genommen, dieſe Frage mit Nein zu beantworten und die Verſicherung beizufügen, daß Frankreich ſo was nicht dulden würde. Ich mußte dieſe Antwort um ſo mehr ertheilen, weil ich nicht anders ſagen kann, als daß die ruſſiſche Regierung, welches auch ihre Anſichten über die Julirevolution geweſen ſeyn mögen, ſeitdem ſie die franzöſiſche Regierung anerkannt hat, ſich nicht nur auf keine Intrigue, auf keinen Verſuch, Unruhen in Frankreich zu erregen, eingelaſſen, ſondern vielmehr alle diejenigen, die ſich als Agenten der geſtürzten Regierung eingefunden hatten, aus der Hauptſtadt entfernt hat. — Ich muß noch hinzufügen, daß erſt vor ungefähr zwei Monaten, nachdem ſich ein Mann, deſſen Name in der Geſchichte der Unruhen des Weſtens bekannt iſt, zum Eintritt in die ruſſiſche Armee gemeldet hatte, die ruſſiſche Regierung die franzöſiſche hiervon in Kenntniß zu ſetzen und die Anfrage ſtellen zu müſſen glaubte, ob letztere etwas dagegen habe, mit der Erklärung, daß er nur unter der Bedingung, wenn die franzöſiſche Regierung ihre Zuſtimmung gäbe, angenommen werden würde.“ — Eine Stimme zur Linken: Und was hat die Regierung geantwortet? Der Miniſter: Die Regierung hat erwiedert, daß ſie ihre Feinde nirgends fürchte. . . Ich habe daher von dem Conſeil der Miniſter, deſſen Mitglied ich bin, die Auflöſung des Polencomité verlangen müſſen. Sind wir hierbei mit übertriebener Strenge zu Werke gegangen? Nein. Der Herr Miniſter des Innern kann Ihnen ſagen, wie die Mitglieder dieſes Comité behandelt worden ſind; ſie haben einen Aufenthalt gewählt, und wenn ſie nicht daſelbſt geblieben ſind, ſo iſt es ihre Schuld. Wenn noch einige Erklärungen darübee zu geben ſind, ſo wird der Herr Miniſter des Innern Ihnen ſelbe zu Ihrer Befriedigung mittheilen. — Was mit dem Polencomité in Paris geſchehen, iſt auch dem italieniſchen Comité in Marſeille widerfahren. Dieſes Comité hat ſich zuſammengethan, um ein mordbeenneriſches Journal in italieniſcher Sprache zu ſchreiben; dieſes Journal wuede nach der Lombardei, nach Savoien, nach Piemont geſchickt. Die Regierung ließ ihnen bedeuten, dieſes Journal einzuſtellen, widrigenfalls das Comité aufgelöst werden würde; dieß iſt auch eefolgt, unter Androhung, daß die Mitglieder deſſelben, wenn ſie nicht gehorchten, aus Frankreich weggejagt werden würden. — Dieß hat die Regierung, dieß habe ich gethan, und werde es wieder thun, wenn es nothwendig ſeyn ſollte. Dieß ſind die Thatſachen, welche die Nothwendigkeit der von der Regierung eegriffenen Maaßregeln beweiſen. — Die Discuſſion wurde noch längere Zeit von beiden Seiten fortgeſetzt. Wir werden darauf zurückkommen und bemerken heute nur, daß die äußerſte Rechte und Linke die Abſtimmung über das Geſetz dadurch vereitelte, daß ſie — eine früher einmal voegekommene Kriegsliſt des Centrums nachahmend — keinen Theil daran nahm, ſo daß die Zahl der Mitglieder zu einer gültigen Beſchlußnahme nicht mehr zureichte. Großer Tumult erhob ſich, in welchem die Sitzung aufgehoben wurde.

Am 1. April um 1½ Uhr Nachmittags 5Percents 100 Fr. 80. 3Percents 76 Fr. 75.

Großbritannien und Irland.

Das Unterhaus verwandelte ſich am 27. März nochmals in einen Ausſchuß über die Bill zur Unterdrückung der Unruhen in Irland. Der Präſident des Ausſchuſſes, Hr. Bernal, verlas nun die ganze Bill noch einmal Wort für Wort, um den Mitgliedern Gelegenheit zu geben, auf etwaige Veränderungen anzutragen. Bei der vierten Clauſel ſchlug Hr. Shaw vor, daß die angehängte Beſtimmung: der Lordlieutenant ſolle die Bill nicht gegen einen Diſtrict in Anwendung bringen dürfen, bloß weil in demſelben die Zehnten nicht bezahlt würden, wieder geſtrichen weede. Dieſer Vorſchlag wurde von den irländiſchen und von den miniſteriellen Mitgliedern bekämpft, und nach einer kurzen Debatte mit 123 Stimmen gegen 44 verworfen. Hr. O'Connell ſchlug noch ein Amendement des Inhaltes vor, daß die dem Lordlieutenant ertheilte Gewalt, öffentliche Verſammlungen zu verbieten, in der Zeit von der Auflöſung dieſes bis zum Zuſammentritt eines neuen Parlamentes ſuspendirt werden ſolle, welches aber ebenfalls und zwar mit 214 gegen 72 Stimmen verworfen wurde. Mehrere andere von Hrn. O'Connell vorgeſchlagene Veränderungen wueden ohne Abſtimmung verworfen, der Bericht über die Bill und die Amendements darauf entgegengenommen und die dritte Leſung auf künftigen Freitag (29.) feſtgeſetzt. — Das Haus bildete nun einen Geldbewilligungsausſchuß, in welchem der Kriegsſecretär, Sir J. C. Hobhouſe, die Anſchläge für die Armee für das laufende Jahr vorlegte. Er zeigte eine Erſparniß von 205,712 Pf. St. an, und bemerkte, daß dieſes Budget

Digitized by Google

ſeit dem Jahre 1820 das geringſte ſeyn würde. Die Streitkräfte für das laufende Jahr wären 78,503 Mann im Lande und auswärts, mit Ausnahme von Indien. In Großbritannien befänden ſich 21.783, in Irland 23,135, und auswärts, ausſchließlich Indien, 33,583 Mann. Er machte im Allgemeinen darauf aufmerkſam, daß die erfoderlichen Streitkräfte nicht im Verhältniß mit der Bevölkerung anwüchſen. Im Jahre 1792 hätten die alten Colonien 15,110 Mann erfordert, und jetzt, obgleich die Bevölkerung ſehr bedeutend zugenommen hätte, wären doch nur 16,858 Mann nöthig. Der Unterſchied müſſe der Beſatzung von Neuſüdwales zugeſchrieben werden. In Jamaika befänden ſich unter den gegenwärtigen Umſtänden mehr Truppen als im Jahre 1792; in Canada 225 Mann weniger. Nachdem der Redner noch auf die Vortheile der Depots hingewieſen hatte, bemerkte er, daß die Lage des Landes nicht der Art wäre, daß eine Verminderung der Streitkräfte gegen voriges Jahr gerechtfertigt erſcheinen würde. „Wir können uns leider nicht rühmen," ſagte er, „daß es in unſern eigenen Beſitzungen vollkommen ruhig wäre, und der allgemeine Anblick der Angelegenheiten in verſchiedenen Theilen der Welt iſt, meiner Meinung nach, nicht der Art, daß irgend ein Mitglied, ſo geneigt es auch für zweckmäßige Einſchränkungen ſeyn möchte, ſeine Pflicht gegen ſeine Conſtituenten und gegen das Land ſo weit vergeſſen könnte, um unter den obwaltenden Umſtänden auf eine Verminderung des ſtehenden Heeres anzutragen. Es iſt in den öffentlichen Blättern viel über die Verminderung der ſtehenden Heere in andern Ländern geſprochen worden. Damit das Haus nicht durch falſche Berichte irre geleitet wird, ſo will ich nur auf die Stärke der Armeen in fremden Ländern nach dem Verhältniſſe ihrer Bevölkerung im Vergleiche mit der von England hinweiſen." Nach einigen detaillirteren Bemerkungen forderte der Redner das Haus dringend auf, keine Verminderung eintreten zu laſſen, und trug darauf an, 89,419 Mann für die Armee für das Jahr 1833 zu bewilligen. — Hr. Hume wollte, weil es ſchon Mitternacht vorüber war, die Debatte vertagt haben; da ſich aber Lord Althorp widerſetzte, ſo trat er ſofort zur Widerlegung einiger Angaben des Kriegsſecretärs auf und ſuchte namentlich nachzuweiſen, daß die Armee jetzt 56,000 Pf. St. mehr koſte, als zu irgend einer Zeit unter der Wellington'ſchen Verwaltung. Einen Vergleich mit den Armeen der Continentalmächte erklärte Hr. Hume für ganz unpaſſend, da England weſentlich eine Seemacht ſei, und bei ſeiner Landarmee niemals auf die Streitkräfte anderer Mächte Rückſicht nehmen könne. Er trug ſchließlich darauf an, die Armee auf 81,164 Mann zu reduciren, und ſagte, daß er hoffe, das Haus würde geneigt ſeyn, ſein Amendement zu unterſtützen, obgleich es in dieſem Augenblicke allerdings geneigter zum Schlafen ſchiene. (Gelächter.) Major Beauclerk unterſtützte das Amendement und beklagte ſich hauptſächlich über die zahlreichen Truppen, welche man in den Colonien und beſonders auf den griechiſchen Inſeln unterhielte. Auf den letzteren würden die brittiſchen Truppen gegen die Freiheiten der Griechen und zur Unterſtützung der Türken angewendet. Er halte überhaupt den Beſitz jener Inſeln nicht allein für nutzlos, ſondern auch für nachtheilig, und frage, warum man dieſelben nicht an Griechenland abträte. — Lord Althorp ſagte in Beantwortung dieſer Frage, daß, wenn man auch endlich im Stande geweſen ſei, Griechenland eine Regierung zu geben, dieſelbe doch noch ſo wenig feſt gegründet und organiſirt ſei, daß man noch nicht gegen dieſelbe wie gegen eine alte feſtſtehende Regierung handeln könne. Die von dem Kriegsſecretär verlangte Truppenzahl wurde hierauf bewilligt, mit dem Vorbehalte, daß eine Debatte und eine Abſtimmung bei der Geldbewilligung Statt finden ſolle. Das Haus vertagte ſich um ein Viertel auf 3 Uhr.

In der Sitzung des Oberhauſes vom 28. März überreichte Lord Suffield eine von 21,291 Einwohnern von Edinburgh unterzeichnete Bittſchrift zu Gunſten der gänzlichen und unverzüglichen Emancipation der Sclaven und bemerkte, daß Gerüchte über den Emancipationsplan der Regierung im Umlauf wären, welche allgemeine Beſtürzung und Mißvergnügen erregt hätten. Lord Ellenborough ſagte, daß er nichts von ſolchen Gerüchten wiſſe; aber er müſſe ſich auch über die Zögerung der Miniſter, dem Parlamente jene große Frage zur Entſcheidung vorzulegen, beklagen. Lord Goderich erklärte, daß er über den Plan der Regierung natürlich jetzt noch nichts ſagen könne, und daß eine übereilte Vorlegung der Frage dem Intereſſe aller Betheiligten nur verderblich ſeyn könne. — Der Lordkanzler legte eine Bill vor, welche die Einführung von Localgerichtsbarkeiten in verſchiedenen Diſtricten von England und Wales bezweckte, und kündigte eine Bill an, durch welche bedeutende Erſparniſſe in dem Kanzleiamte bewirkt werden ſollten.

In der Sitzung des Unterhauſes vom 28. März brachte Hr. Ewert eine Bill ein, wodurch den Criminalverbrechern der Vortheil einer beſſeren Vertheidigung geſichert werden ſolle, indem die Advocaten das Recht erhalten ſollten, die Geſchwornen zu Gunſten der Angeklagten anreden zu dürfen. Der Generalanwald unterſtützte den Grundſatz der Bill, obgleich er der Meinung war, daß die Gerechtigkeit am beſten gehandhabt würde, wenn weder die Anklage noch die Vertheidigung ſich direct an die Geſchwornen wenden dürften. — Sir F. Vincent erhielt Erlaubniß, eine Bill zur Veränderung und Verbeſſerung der Geſetze wegen Schmähſchriften einzubringen. Hauptſächlich ſollte durch die Bill feſtgeſetzt werden, daß die Unterſuchungen ex officio nicht mehr Statt finden dürften, daß die Wahrheit der angeblichen Schmähung bewieſen werden dürfe, und daß der Vertheidiger des Angeklagten zuletzt das Wort haben ſolle. — Der Generalanwald erklärte, ſich der Einbringung der Bill nicht widerſetzen zu wollen, gegen die Details aber würde er, wenn ſie dem Hauſe erſt vorliege, Einwendungen zu machen haben. — Auf den Antrag des Hrn. S. Rice wurde die Erlaſſung eines neuen Wahlausſchreibens für ein Mitglied der nordlichen Abtheilung der Grafſchaft Lancaſter, an die Stelle des Hrn. E. G. Stanley verfügt, der die Stelle eines Miniſter-Staatsſecretärs angenommen, und eines andern Wahlausſchreibens für ein Mitglied von Weſtminſter, an die Stelle des Sir J. C. Hobhouſe, der das Amt des Secretärs für Irland angenommen habe. — Das Haus vertagte ſich um 12 Uhr.

Am 29. März ſah es auf dem Conſols-Markte etwas beſſer aus und das Fallen gegen Ende der Börſe war nur theilweiſe. Es wurden indeß nur wenige und unbedeutende Geſchäfte gemacht. Die Nachricht über die Einführung einer Einkommenſteuer will den Stockinhabern nicht beſonders gefallen, und man hat ziemlich allgemein äußern hören, daß, wenn dieſe Maaßregel wirklich durchgehen ſollte, ſie einen bedeutenden Fall der Staatspapiere zur Folge haben dürfte, indem man die engliſchen verkaufen würde, um ſein Geld in fremden Fonds anzulegen, für die man ohnehin ſchon ſeit einiger Zeit eine bedeutende Vorliebe geäußert hat, da immer mehr beruhigende Nachrichten über die Befeſtigung des Zuſtandes der Dinge auf dem Feſtlande eingehen. — Conſols ſchloſſen 87¼ bis 87⅜ auf Rechnung, und Schotzkammerſcheine zu 46—48 Prämie.

Digitized by Google

Belgien.

In der Sitzung der Repräſentantenkammer vom 29. März war zuerſt die von Hrn. von Robaulx auf das Bureau niedergelegte Aufforderung (vergl. unſer geſtriges Blatt) an der Tagesordnung. Der Miniſter der auswärtigen Angelegenheiten erklärte, daß er ſeiner geſtrigen Antwort nichts weiter hinzuzufügen habe. — Hr. von Robaulx: „Alle Erklärungen des Miniſters haben ſich darauf beſchränkt, daß er uns keine beſtimmte Antworten geben könne. Ich will deßhald auch keine neuen Fragen ſtellen; aber ich beharre bei meinem Vorſchlage, daß das Budget des Kriegsminiſters nur für drei Monate bewilligt, und in dieſer Zwiſchenzeit eine beſtimmte Erklärung von den Mächten hinſichtlich des Tractats vom 15. November verlangt werde." — Hr. Pirſon unterſtützte dieſen Antrag, und brachte bei dieſer Gelegenheit die durch die franzöſiſchen Zeitungen mitgetheilte Nachricht zur Sprache, daß Hr. von Broglie den belgiſchen Geſandten in Paris habe rufen laſſen, und ihn über die Aeußerungen des Hrn. Goblet in Bezug auf die Kriegskoſten zur Rede geſtellt habe. Der Miniſter der auswärtigen Angelegenheiten antwortete: „Obgleich es nicht die Pflicht der Miniſter iſt, hier Zeitungsartikel zu widerlegen oder zu berichtigen, ſo glaube ich mich doch über die in Rede ſtehende Thatſache auslaſſen und erklären zu dürfen, daß das in den Blättern Mitgetheilte falſch iſt. Mir iſt nichts über eine Discuſſion, welche Hr. Lehon mit Hrn. von Broglie gehabt haben ſoll, bekannt geworden. Dieſelben Blätter ſprechen von einer Erörterung zwiſchen mir und dem franzöſiſchen Geſandten in Belgien. Die Unwahrheit dieſer Behauptung geht aber ſchon aus dem Datum hervor; denn zu der Zeit, von welcher geſprochen wird, war der franzöſiſche Geſandte gar nicht in Brüſſel anweſend." — Die Kammer entſchied hierauf, daß das Amendement des Hrn. von Robaulx erſt bei dem Budget ſelbſt zur Berathung kommen ſolle. — Hierauf ging man zur Erörterung des Geſetzentwurfes über, durch welchen der Kriegsminiſter einen proviſoriſchen Credit von 5 Millionen Fr. für den Monat April verlangt. Dieſer Credit wurde bewilligt, und dann beſchloſſen, zunächſt die Berathung über das Budget des Kriegsminiſteriums zu Ende zu bringen.

Teutſchland.

Die Stuttgarter Zeitung ſagt unterm 3. April: „Mehrere ſüd-teutſche Blätter enthalten das an[illegible]liche Gerücht, als ob die Bundesverſammlung ſich mit neuen Beſchlüſſen beſchäftige, die nichts Geringeres bezwecken ſollen, als die ſtändiſchen Verhandlungen der einzelnen Bundesſtaaten in formeller und materieller Hinſicht weſentlichen Beſchränkungen zu unterwerfen, oder wohl gar auf kürzere oder längere Zeit zu ſuspendiren. So wenig auch dieſe von einer gewiſſen Partei mit abſichtlicher Geſchäftigkeit verbreitete Nachricht bei dem vernünftigen Theile des Publicums Glauben finden wird, ſo können wir noch überdieß dieſelbe aus ganz zuverläſſiger Quelle für gänzlich unbegründet erklären, und als eine jener vielen Erdichtungen bezeichnen, die einzig darauf berechnet ſind, Unruhe und Mißtrauen zu verbreiten, und den auf das allgemeine Wohl Teutſchlands gerichteten Abſichten des Bundes eine feindſelige Tendenz gegen die beſtehenden Landesverfaſſungen beizumeſſen. Nachdem die Bundesbeſchlüſſe vom 28. Juni v. J., die einzig und allein die Erhaltung des beſtehenden Rechtszuſtandes gegen unverkennbare Umtriebe und Angriffe, und der dadurch bedingten Ruhe und Ordnung in Teutſchland bezwecken, lange genug den gehäſſigſten Mißdeutungen ausgeſetzt waren, wird nun die gleichzeitige Auflöſung der Ständeverſammlungen in Würtemberg und Kurheſſen als willkommener Anlaß benutzt, neue Beſorgniſſe auszuſtreuen und dem Argwohne Eingang zu verſchaffen, als ob von dem Bunde wirkliche Eingriffe in die beſtehenden Verfaſſungen zu erwarten wären. So gewiß aber jene Maaßregel in den verfaſſungsmäßigen Rechten der Regenten von Würtemberg und Kurheſſen begründet und durch die Umſtände geboten war, ſo wenig kann ſie für die Bundesverſammlung Veranlaſſung werden, den weiteren verfaſſungsmäßigen Gang der ſtändiſchen Verhandlungen in dieſen und den übrigen teutſchen Staaten zu hemmen, da gerade dieſe Vorgänge beweiſen, daß in den Verfaſſungen dieſer Staaten hinreichende Mittel gegeben ſind, unzuſtändige Anforderungen und unheilvolle Parteiumtriebe, die einem erfolgreichen Gange der Verhandlungen unbeſiegbare Hinderniſſe entgegenſtellen, auf verfaſſungsmäßigem Wege zu beſeitigen."

Se. Hoheit der Kurprinz und Mitregent von Heſſen haben unterm 25. März eine landesherrliche Verkündigung, die Auflöſung der letzten Ständeverſammlung betreffend, erlaſſen, welche die Kaſſeler Zeitung in einer außerordentlichen Beilage mittheilt. Sie iſt ſieben Quartſeiten ſtark und beleuchtet rechtfertigend das Verfahren der Regierung; ſie ſchließt mit den Worten: „Unſer lebhafteſter Wunſch iſt darauf gerichtet, Unſeren geliebten Unterthanen endlich den vollen Genuß der Wohlthaten zu verſchaffen, welche die Verfaſſungsurkunde verheißen hat. Die gemeinheitlichen Angelegenheiten, ſo wie noch ſo manche andere, der Verbeſſerung bedürftige Verhältniſſe ſollen geregelt und der Staatshaushalt ſoll geordnet werden. Die Regierung vermag dieſe für die allgemeine Wohlfahrt entſcheidenden Zwecke nicht zu erreichen, ohne den Beirath, die Unterſtützung und die verfaſſungsmäßige Mitwirkung der Stände, und ſie können überhaupt nicht erreicht werden, wenn nicht Eintracht zwiſchen Regierung und Ständen herrſcht. Wir haben die ſchleunige Einberufung einer neuen Ständeverſammlung befohlen, und ermahnen Unſere geliebten Unterthanen dazu Männer zu wählen, welche mit dem Beſitze des allgemeinen Vertrauens, auch den Sinn für jene Eintracht verbinden, und welche es nicht als ihre vornehmſte Aufgabe betrachten, ſich der Regierung überall entgegenzuſtellen, vielmehr vor Allem ihr Augenmerk darauf richten, daß durch gegenſeitiges Einverſtändniß dasjenige vollbracht werde, was dem Lande und ſeinen Bewohnern wahrhaft Noth thut, und was allein den glücklicheren Zuſtand, dem das Land mit Sehnſucht entgegenharrt, zu befördern im Stande iſt."

Am 9. April war zu Wien der Mittelpreis der

Staatsſchuldverſchreibungen zu 5 pCt. in CM.	$91\frac{1}{8}$;
detto detto zu 4 pCt. in CM.	$81\frac{5}{8}$;
Darleh. mit Verlooſ. v. J. 1820, für 100 fl. in CM.	——;
detto detto v. J. 1821, für 100 fl. in CM.	133;
Wiener-Stadtbanco-Obligat. zu $2\frac{1}{2}$ pCt. in CM.	$51\frac{1}{4}$;
Conv. Münze pCt. ——;	

Bankactien pr. Stück 1182 in CM.

Hauptredacteur: Joſeph Anton Edler von Pilat.

Verleger: Anton Strauß ſel. Witwe in der Dorotheergaſſe Nr. 1108.

W 1 K ZEITUNG 1833

Nro. 101

Oeſterreichiſcher Beobachter.

Donnerſtag, den 11. April 1833.

Meteorologiſche Beobachtungen vom 9. April.	Zeit der Beobachtung.	Barometer auf 0° Reaumur reducirt. Pariſer Maß.	Wiener Maß.	Thermometer Reaumur.	Wind.		Witterung
	8 Uhr Morg.	27.619	28 Z. 4 L. 8 P.	+ 0.5	NO.	ſchwach.	heiter.
	3 Uhr Nachm.	27.625	28 4 8	+ 6.0	NO.	——	——
	10 Uhr Abends.	27.623	28 4 8	+ 2.0	N.	ſtill.	——

Spanien.

Die neueſten Pariſer Blätter vom 2. d. M. enthalten folgende Nachrichten aus Madrid vom 26. März: „Mittelſt königlicher Decrete, welche an den Hrn. Zea Bermudez, Präſidenten des Miniſterraths, erlaſſen worden ſind, iſt Don Juan Gualberto Gonzalez an die Stelle des Don Fernandez del Pino zum Juſtizminiſter ernannt worden; letzterer tritt wieder mit dem Character als Staatsrath in den hohen Rath von Caſtilien; Don Antonio Martinez, Chef des Rechnungsdirectoriums, iſt an die Stelle des Hrn. Encima de la Piedra zum Finanzminiſter ernannt, und letzterem das Großkreuz des Iſabellenordens und ein Jahrgehalt von 10,000 Fr. verliehen worden. Dem Kriegsminiſter, Don Joſe Cruz, iſt an die Stelle des Hrn. Ulloa, welcher entlaſſen worden, das Portefeuille der Marineminiſteriums proviſoriſch übertragen worden. Anſtatt des Marquis von Caſa Irujo, welcher als bevollmächtigter Miniſter nach Waſhington geſchickt wird, iſt Don Antonia Fernandez de Urrutia zum Secretär des Staatsrathes und des Miniſterialrathes ernannt worden. — Don Matias Herrera Prieto, welcher bisher den Poſten eines Hofalcalden bekleidete, iſt zum General-Oberintendanten der Polizei ernannt und Don Martinez de San Martin, welcher dieſen Poſten bisher bekleidete, angewieſen worden, ſich nach Badajoz, in Eſtremadura, zu begeben. — Der Kriegsminiſter hat an die Generalcapitäne nachſtehendes Umlaufsſchreiben erlaſſen: „Excellenz! Der König unſer Herr hat in Erfahrung gebracht, daß noch übelgeſinnte oder irregeleitete Menſchen vorhanden ſind, welche auf die während Seiner Krankheit zu San Ildefonſo angeſponnene Verſchwörung zurückkommen möchten, um das in Betreff der Thronerbfolge beſtehende Grundgeſetz zu vernichten; daß hinwieder andere, die ſich für loyal ausgeben, und ſich die Miene geben, das Princip der rechtmäßigen Erbfolge zu unterſtützen (als wenn dasſelbe der Unterſtützung einer Coterie bedürfte, und nicht ſchon in dem Geſetze, in der Treue der Spanier und in dem Muthe eines ſtarken getreuen Heeres eine hinreichende Stütze hätte), unabläſſig Entwürfe zu politiſchen Neuerungen aufs Tapet bringen, wodurch die heilſamen Rechte des Thrones geſchmälert werden würden, über welchen ſowohl die einen wie die andern unter der Maske, ihm Schutz angedeihen zu laſſen, ſich in ihrem ſelbſtſüchtigen Intereſſe zu erheben wagen. — Es iſt der Wille Sr. Majeſtät, daß Ew. Excellenz in der Ihrem Commando untergebenen Provinz ein ſcharfes Auge auf die Verſammlungen haben ſollen, die unter dergleichen Vorwänden Statt finden, und zuletzt die öffentliche Ruhe gefährden könnten, daß Sie Zuſammenkünfte von bewaffneten Leuten, die nicht zur königlichen Armee, zu den königlichen Freiwilligen oder den Zollwächtern gehören, unter keinem Vorwande geſtatten ſollen, welches Recht oder welche Erlaubniß dazu ſelbe auch immer vorſchützen dürften, und endlich, daß die Ordnung und Ruhe, wofür Se. Majeſtät Sie verantwortlich machen, durch alle Mittel aufrecht erhalten werden ſollen, die Ew. Excellenz zu Gebote ſtehen; denn die Erhaltung der Ordnung wird den Beifall und die Zufriedenheit Sr. Majeſtät in dem Maaße erwerben, als Unordnungen und Ruheſtörungen Sein höchſtes Mißfallen erwecken würden.“

Portugal.

Aus den Liſſaboner Zeitungen bis zum 13. März ergibt ſich, wie bereits erwähnt, daß die Epidemie, welche in Oporto ausgebrochen war, zwar fortdauerte, aber in der letzten Zeit die Heftigkeit der Krankheit etwas nachgelaſſen hatte. Der Graf S. Lourenço hatte ſein Hauptquartier von Agoas-Santas (nordöſtlich von Oporto) nach S. Mamede da Infeſta verlegt, das nach dem vor uns liegenden Plane der Umgegend dieſer Stadt kaum eine halbe Meile weit davon, in nördlicher Richtung, entfernt iſt. In einem Schreiben des Grafen S. Lourenço an den Visconde de Santarem vom 7. März heißt es, daß am vorhergehenden Tage der den Rebellen gehörende Brigg, genannt der „dreiundzwanzigſte Juli,“ von 18 Kanonen, durch das Feuer einer neuen, kürzlich auf dem linken Ufer errichteten Batterie, in den Grund gebohrt worden war. Die Beſatzung des Schiffes warf ſich in die Boote, hatte jedoch nicht Zeit, irgend etwas weiter zu retten. — Auch enthält die Liſſaboner Zeitung vom 13. März ausführlich den Abſchnitt der Rede des Duc de Broglie vom 19. Februar, worin er die publiciſtiſche und politiſche Anſicht der franzöſiſchen Regierung über das, was in Portugal vorgeht, in der Deputirtenkammer ausgeſprochen hat *).

In London hatte man durch den Brigg Royaliſt, Lieutenant Williams, Nachrichten aus Oporto bis zum 14. März erhalten, die nichts weiter melden, als daß in der letzteren Zeit einige Vorräthe von Lebensmitteln und Truppenverſtärkungen nach obgedachter Stadt gebracht worden ſeien.

Großbritannien und Irland.

In der Sitzung des Unterhauſes vom 29. März iſt die Bill zur Unterdrückung der Unruhen in Irland zum dritten Male geleſen und mit 315 gegen 86 Stimmen angenommen worden.

Am 25. März wurde eine Generalverſammlung von Actionären der oſtindiſchen Compagnie gehalten, in welcher die Directoren Auskunft über die Mittheilun-

*) Vergl. Oeſterr. Beob. vom 2. März.

Digitized by Google

gen der Regierung ertheilten. Der Vorſitzer, Hr. Ravenshaw, ſetzte in einem überaus umſtändlichen Vortrage die hohe Wichtigkeit des Gegenſtandes auseinander, und ließ die ganze Correſpondenz mit der Regierung, vom 12. October 1830 an, verleſen, was 4½ Stunden währte. Unter den vorgelegten Actenſtücken iſt eines der wichtigſten eine Note, welche eine Andeutung der Hauptpuncte des neuen Plans enthält (paper of hints). Dieſe ſind: 1) *Aufhebung des chineſiſchen Monopols*; 2) die oſtindiſche Compagnie behält ihre politiſchen Functionen; 3) der Handels- und Territorial-Etat der Compagnie werden der Krone zum Beſten der Territorialregierung von Oſtindien zugewieſen; 4) der Compagnie wird eine Annuität von 630,000 Pf. bewilligt, halbjährig in England zahlbar, und auf die Territorialeinnahme Englands hypothecirt, jedoch vor dem 25. April nicht einlösbar; von dieſem Zeitpunct an aber kann jede Annuität zum Betrage von 5 Pf. 5 Sh. für eine Summe von 100 Pf., nach Gutheißung des Parlaments, eingelost werden; 5) die oſtindiſche Einnahme trägt alle für Oſtindien ſowohl im Innern als auswärts gemachten Ausgaben; 6) die neuen Annuitäten-Inhaber behalten den Character einer Actiengeſellſchaft, auch bleiben die Qualification und das Recht zum Votiren wie jetzt; 7) bis 11) enthalten Beſtimmungen über Wahl und Ergänzung des Directorialhofes (Court of Directors), die Bildung der Civilbeamten der Compagnie ꝛc.; 12) ertheilt jedem brittiſchen Unterthan das Recht, ſich ohne zuvor erhaltene Erlaubniß nach einer der Präſidentſchaften zu begeben, oder ſich daſelbſt niederzulaſſen; Reiſen und Handeln nach dem Innern und Niederlaſſung daſelbſt hängt jedoch von den Verfügungen der örtlichen Regierung ab; 13) erweitert die Vollmachten des oſtindiſchen Bureaus in London (Board of Controul); 14) endlich läßt dem Könige, wie jetzt, die Ernennung der Gouverneure, ſo wie den Directoren das Veto. — In der Antwort des geheimen Ausſchuſſes der Compagnie wird erklärt, der chineſiſche Handel ſei kein Monopol im eigentlichen Sinn des Wortes, und die Aufhebung desſelben würde das ganze finanzielle Syſtem Oſtindiens ändern, indem die Compagnie, ohne dieſen Handel, eine um 17 Mill. Pf. ſtärkere Schuldenlaſt haben würde; auch würde alsdann England ein Territorialdeficit von 2 bis 3 Millionen Pf. jährlich aufbringen müſſen. In ſeiner Antwort vom 12. Februar beſtreitet Hr. Grant, als Präſes des oſtindiſchen Bureaus, die Anſichten des Ausſchuſſes, und erwiedert, die Compagnie müſſe bis zum 23. März d. J. jene Vorſchläge angenommen haben, widrigenfalls die Miniſter ohne deren Zuziehung dem Parlamente einen Plan vorlegen würden. In einem ſpäteren Schreiben vom 22. März erklärt er die fernere Abſicht der Regierung, daß die Annuität erſt in 40 Jahren ſolle eingelost werden konnen; hinſichtlich der politiſchen Autorität der Compagnie will er ſich zu keiner beſtimmten Zeit anheiſchig machen. Die Verſammlung faßte indeß keinen weiteren Beſchluß, als daß ſie ihre Verhandlungen bis zum 15. April ausſetzte. Im Ganzen ſah man die Mittheilungen der Regierung als befriedigend an, und die oſtindiſchen Obligationen hatten ſich deßhalb bedeutend gehoben.

Die in obiger Verſammlung im oſtindiſchen Hauſe bekannt gemachten Vorſchläge der Miniſter wurden günſtig aufgenommen, und hatten an der Börſe ein bedeutendes Steigen der oſtindiſchen Fonds zur Folge.

Conſols am 30. März 87¼, ⅛.

Vereinigte Staaten von Nordamerika.

Die Angelegenheiten *Südcarolina's* fangen an, eine günſtigere Wendung zu nehmen. Der Präſident des dortigen Convents, Hr. Hamilton, hat auf die dringenden Vorſtellungen des von Virginien abgeſandten Commiſſärs, Hrn. Leigh, darein gewilligt, den Convent von Neuem zuſammenzuberufen, damit derſelbe darüber entſcheide, ob es nicht angemeſſen ſei, die Vollziehung der Nullifizirungsordonnanz bis nach dem Schluß der nächſten Congreßſeſſion zu verſchieben. Dieſer Aufſchub würde dem Congreß die gehörige Zeit laſſen, um nach einer gründlichen Erörterung ein befriedigendes Zollgeſetz anzunehmen. Das von Hrn. Clay im Senat vorgelegte Modificirungsproject wurde mit ſo großem Beifalle aufgenommen, daß man nicht mehr daran zweifelt, es werde Alles auf gütlichem Wege ausgeglichen werden.

Frankreich.

Bei der Debatte über den Geſetzentwurf in Betreff der *fremden Flüchtlinge* in der Sitzung der *Deputirtenkammer* vom 30. März ſprach nach dem Miniſter der auswärtigen Angelegenheiten Hr. von *Tracy* gegen das Geſetz, worauf der *Miniſter des Innern*, Graf d'*Argout*, das Wort nahm und ſich im Weſentlichen in demſelben Sinne, wie am vorhergehenden Tage ſein College, äußerte. Hr. von Tracy," ſagte der Miniſter, „hat behauptet, daß ſich die Regierung keineswegs in der Nothwendigkeit befinde, die Verlängerung des in Frage ſtehenden Geſetzes zu verlangen, und daß ſie dabei nichts anderes beabſichtige, als den auswärtigen Mächten ein Unterpfand des guten Einvernehmens und der Freundſchaft zu geben; daß aber in Hinſicht auf den innern Zuſtand Frankreichs dieſes Geſetz durchaus ohne Nutzen ſei. — Was die auswärtigen Mächte betrifft, ſo wiederhole ich, was der Duc de *Broglie* ſchon geſagt hat: Ja, wir haben ein Intereſſe, wir haben eine Pflicht zu erfüllen, indem wir die Flüchtlinge, die ſich in Frankreich aufhalten, hindern, in fremden Ländern Aufruhr und Empörungen anzuzetteln, eben ſo wie wir die Pflicht und das Intereſſe hatten, nicht zuzugeben, daß Handlungen, welche Unruhen in Frankreich bereiten konnten, in fremden Ländern begangen werden. Ein entgegengeſetzter Gang und entgegengeſetzte Grundſätze würden den europäiſchen Frieden ſtören. Es iſt Pflicht für uns, den *Franzoſen* die Propaganda zu verbieten; um ſo dringender muß demnach die Pflicht ſeyn, die *Flüchtlinge* daran zu hindern, Propaganda zu machen, was dem Mitleid und dem lebhaften Intereſſe nichts benimmt, das wir für die Meiſten unter ihnen hegen, für alle diejenigen, welche die Geſetze achten und ſich geſcheid und ordentlich betragen. — Was nun aber die innere Lage des Landes anlangt, iſt es denn wahr, daß dieſes Geſetz ohne Nutzen iſt? — Ich wage das Gegentheil zu behaupten. Allerdings ſind unermeßliche Fortſchritte ſeit einem Jahre errungen worden. Der Aufruhr in der Vendee iſt erſtickt, die republikaniſche Revolte, die zu Paris ausgebrochen war, iſt durch den Muth der Nationalgarde und der Linientruppen unterdrückt worden. Allenthalben herrſcht Ruhe, überall gewinnen die Geſchäfte neuen Schwung, die Arbeiter finden Beſchäftigung. Das Land befindet ſich in dieſer Hinſicht in einer ſehr befriedigenden Lage; folgt aber daraus, daß man nicht mehr auf der Hut zu ſeyn, keine Maaßregel mehr zu ergreifen braucht, um dieſen glücklichen Stand der Dinge zu befeſtigen, und jede Rückkehr von Unruhen zu verhindern, die unſeren Handel und unſerer Induſtrie einen ſo verderblichen Schlag verſetzt hatten. Gibt es denn kein Complott mehr, welches die Regierung zu überwachen hätte? Gibt es keine verbrecheriſchen Umtriebe mehr? Sind denn die Elemente der Geſellſchaft ſo ruhig, daß nicht noch Gährungsſtoffe vorhanden ſind? Niemand kann die Exiſtenz dieſer Gährungsſtoffe läugnen; man darf ſich jedoch darüber nicht ängſtigen, weil die Regierung auf alle verbrecheriſchen Machinationen der Feinde der geſellſchaftlichen Ordnung und

der Julirevolution ein wachſames Auge hat, die Fäden aller dieſer Conſpirationen verfolgt, und die Urheber derſelben kennt; wenn es ſeyn muß, wird ſie ſelbe zu ergreiſen wiſſen; ſie weiß alles, was vorgeht; ſie wird alles aufbieten, um zu verhindern, daß keine neue Unordnung ausbreche." — Im weiteren Verfolge ſeiner Rede äußerte der Miniſter, er habe es für nothwendig gehalten, dieſe Warnung laut und offen auszuſprechen, indem eine Menge von Aſſociationen beſtehe, denen dieſe Warnung nützlich ſeyn konne." „Es beſtehen (fuhr er fort) in Frankreich carliſtiſche Aſſociationen, neun Aſſociationen mit republikaniſcher Tendenz und ungefähr dreißig, die ganz und gar eepublikaniſch ſind. Dieſe Geſellſchaften umfaſſen eine bedeutende Zahl von Individuen, aber in ſehr ungleichen Proportionen. Die zahlreichſte iſt die „Geſellſchaft der Menſchenrechte" (société des droits de l'homme); ſie übertreibt aber die Zahl ihrer Mitglieder. Was ihr die Furchtbarkeit benimmt, iſt, daß es ihr an Waffen fehlt. Durch die Entwaffnung, die in Paris nach den Ereigniſſen vom Juni vorgenommen worden war, ſind dieſen Leuten 3200 Feuergewehre, 20,339 Säbel, 70,000 Säbelklingen und 3504 Bayonnete weggenommen worden. Dieſe Operation ſetzt die Aſſociationen, welche feindliche Abſichten gegen die Regieeung im Schilde füheen, in die Unmoglichkeit, etwas zu unternehmen. Es wied geraume Zeit verſtreichen, ehe ſie ſich neue Waffen veeſchaffen konnen, und wenn ihnen dieß auch gelingen ſollte, würden nicht die Truppen, würde nicht der Eifer der guten Büeger und der Nationalgarden in einem Nu die thorichten und abenteuerlichen Unternehmungen der Meuterer vereiteln? — Um jedoch auf das Geſetz hinſichtlich der fremden Flüchtlinge zurückzukommen, ſo erkläre ich es in Bezug auf die innere Ruhe Frankreichs deßhalb füe nothwendig, weil ſich unter dieſen Flüchtlingen viele befinden, welche ſympathiſche Gefühle fur jene republikaniſchen Tendenzen und Doctrinen hegen. Wenn die Regierung die Befugniß verlangt, gewiſſe Flüchtlinge von dem Herde jener Aſſociationen zu entfernen, ſo geſchieht es, weil wir dieſen Aſſociationen keine geübten und unteenehmenden Hülfsgenoſſen zur Hand laſſen wollen. Allerdings wurden ſie, und wenn ſie ſich alle mit den Anarchiſten vereinigten, eben ſo ſchnell und leicht überwunden werden; wir wollen ihnen aber die Moglichkeit benehmen, neue Uneuheſtiftungen zu verſuchen. — Ich beharre daher auf der Behauptung, daß das Geſetz nichts Verfaſſungswidriges, nichts Willkürliches, nichts Ungerechtes enthält. Wenn Sie es votiren, wird die Regierung, wie bisher, einen mäßigen und weiſen Gebrauch davon machen, und ſie um ſo weniger nothig haben, zu Repreſſivmaaßeegeln zu ſchreiten, als ſie Präventivmittel in Händen hat, die in jedem Falle den Repreſſionsmitteln voezuziehen ſind." — Der Peäſident der Kammer, Hr. Dupin, unterſtützte im Laufe der Debatte den Geſetzentwurf, der von den HH. Garnier-Pagès, Salverte und Odilon-Barrot angefochten wurde. — Bekanntlich konnte es in der Sitzung vom 30. zu keiner Abſtimmung kommen, weil durch die Entfernung vieler Mitglieder von der Oppoſition die Zahl der Deputieten zu einer gültigen Beſchlußnahme nicht mehr hineeichte. — Dieſe erfolgte in der Sitzung vom 1. April, wo der Geſetzentwurf mit 232 gegen 118, alſo mit einer Mehrheit von 114 Stimmen für die Miniſter, angenommen wurde.

Vor den Seine-Aſſiſen wurde am 29. März ein Pferdemäkler, Namens Didier (wegen Theilnahme an den Juniunruhen, wobei er zwei Soldaten erſchoſſen haben ſoll), zum Tode verurtheilt. Mehrere Geſchworne eehoben ſich, und erklärten, ſie hätten bei ihren Verdict nicht eine ſo haete Strafe für möglich gehalten. Duech den Präſidenten benachrichtigt, daß er drei Tage Zeit habe, um Caſſation einzukommen, rief Didier heftig aus: „Ein Mann fürchtet den Tod nicht; meine Freunde werden mich rächen, Hr. Peäſident!"

Im Journal von Valenciennes vom 28. März lieſt man: „In unſerer Nähe gehen in den verſchiedenen Corps der Noedarmee Dinge vor, welche die ganze Aufmerkſamkeit des Publicums in Anſpruch nehmen. Seit einigen Tagen weeden den Soldaten Urlaubsentlaſſungen ertheilt, die ſich ſelbſt bis auf Ein Jahr erſtrecken, was einer völligen Freilaſſung gleichgeachtet werden kann. Die Depots der Regimenter werden auf den völligen Friedensfuß gebracht, und dennoch wurden während der 15 Monate zwiſchen den beiden Invaſionen in Belgien und der Verſammlungszeit dee Armee, die Transportpferde beibehalten. Wenn man zu dieſer Veroednung noch den Befehl hinzufügt, wodurch unſern Waffenfabrikanten jede Verfeetigung von Schießgewehren unterſagt iſt, ſo ſieht man deutlich, daß wir uns mit geoßen Schritten einer allgemeinen Entwaffnung nähern."

Am 1. April 5Percents Fin Courant geſchloſſen zu 101 Fr. 65. 3Percents Fin Courant geſchloſſen zu 77 Fr. — Am 2. Apeil 1¼ Uhr Nachmittags 5Percents 100 Fr. 35. 3Percents 77 Fr.

Päpſtliche Staaten.

Die Gazzetta di Bologna meldet aus Ancona, daß daſelbſt am 18. März von dem dortigen eigens hierzu niedergeſetzten Ceiminalgerichtshofe das Urtheil über die Individuen, welche wegen der während der politiſchen Unruhen begangenen Verbeechen angeklagt waren, gefallt woeden ſei. Gegen Mariano Bevilaequa von Ancona und Lorenzo Tonelli von Fano, beſchuldigt und übeewieſen, den Gonfaloniere Grafen Bosdari am 23. Mai 1832 ermordet zu haben, wurde die Todesſtrafe anerkannt, und beide Verbrecher am 26. Morgens dem Urtheile gemäß erſchoſſen. Camillo Melloni aus Macerata wurde, als Haupt der mobilen Colonne und Verbeeiter der Secte der Carbonari, ſo wie wegen noch anderer Verbrechen, zu lebenslänglicher Galeere unter ſtrenger Aufſicht, und noch ſechzehn andere Individuen wegen verſchiedener Verbrechen zu verſchiedenen Strafen verurtheilt. — Am 25. März kam die Fregatte Artemiſe von Teieſt zurück in Ancona an, nahm Keanke von Militär an Bord und ging am 27. nach Toulon ab.

Preußen.

Se. Majeſtät der König hat unterm 30. März eine Beförderung in der Aemee vorzunehmen geruht. Se. konigl. Hoheit der Kronprinz wurde zum General der Infanterie, fünf Generalmajors zu Generallieutenants, acht Oberſten zu Generalmajors, einundzwanzig Oberſtlieutenants zu Oberſten ꝛc. avancirt.

Der Botſchafter der ottomanniſchen Pforte am königlich großbritanniſchen Hofe, Brigadegeneral Mehmed Namik Paſcha, war von London, und dee königlich ſpaniſche außerordentliche Geſandte am preußiſchen Hofe, Gutierrez de los Rios, von Paris zu Berlin eingetroffen.

Teutſchland.

Die Hannoverſche Zeitung vom 3. April enthält unter der Rubrik „ämtliche Nachrichten" folgende Verordnung:

„Wir von Gottes Gnaden Wilhelm der Vierte, König des vereinigten Reiches von Großbritannien und Irland ꝛc., auch König von Hannover, Herzog zu Braunſchweig und Lüneburg ꝛc. ꝛc.

und

Wir von Gottes Gnaden Wilhelm, Herzog zu Braunſchweig und Lüneburg ꝛc. ꝛc.

fügen hiermit zu wiſſen:

Digitized by Google

Aufgefordert durch die Uns obliegende Fürſorge für das Beſte Unſeres fürſtlichen Geſammthauſes haben Wir, einer zwar höchſt beklagenswerthen, jedoch unvermeidlichen Nothwendigkeit nachgebend, nicht länger Anſtand nehmen dürfen, darüber in nähere Berathung zu treten, welche Anordnungen das eigene wahre Wohl des Herzogs Carl von Braunſchweig Durchlaucht, die Eehaltnng des in Seinen Händen befindlichen Vermögens, die Gefährlichkeit und Rechtswidrigkeit der von demſelben verfolgten Unternehmungen, und endlich die Rückſicht auf die Ehre und Würde Unſeres fürſtlichen Hauſes erheiſchen konnten.

Nach Anhöeung des Gutachtens einer zu dieſem Zwecke von Uns niedergeſetzten Commiſſion, ſo wie nach genauerer Prüfung der vorliegenden Thatſachen und Rechtsverhältniſſe, und in Erwägung, daß nach Auflöſung des teutſchen Reiches die vormals dem Reichsoberhaupte zuſtehenden obervormundſchaftlichen Befugniſſe über die Reichsangehörigen auf die jetzt ſouverainen Landesherren übergegangen ſind, haben Wir ſowohl nach den Beſtimmungen der Geſetze und des Herkommens, als auf den Grund der Uns als ſouverainen Chefs der beiden Linien des durchlauchtigſten Geſammthauſes zuſtehenden Autonomie Folgendes beſchloſſen und verordnet:

Art. 1.

Aus den Uns vorliegenden notoriſchen oder zureichend nachgewieſenen Thatſachen haben Wie die Ueberzeugung erlangt, daß des Herzogs Carl von Braunſchweig Durchlaucht im Begriff ſteht, durch eben ſo rechtlich unmögliche, als für ihn und Andere gefährliche Unternehmungen Sein Vermögen zu erſchöpfen, ſo wie die rückſichtlich desſelben erhobenen oder mit rechtlichem Grunde annoch zu erhebenden, wohlbegründeten Anſprüche zu vereiteln, und daß, wenn dieſer hauptſächlich für des Herzogs Carl Durchlaucht Selbſt höchſt nachtheiligen gänzlichen Verſchleuderung Seines Vermögens vorgebeugt werden ſoll, kein anderes Mittel, als die Anordnung einer Curatel, übrig bleibt.

Art. 2.

Von dieſer Ueberzeugung ausgehend und zur Erhaltung des Wohles und der Würde Unſeres Hauſes verordnen Wir daher, daß dem Herzoge Carl von Braunſchweig die eigene Adminiſtration, ſo wie die Dispoſition über ſein Vermögen entzogen, über dasſelbe eine Curatel angeordnet und einem der allerhöchſten oder höchſten Agnaten Unſeees Geſammthauſes übertragen werde, und wollen dieſe Anordnung in Betracht der vorwaltenden außerordentlichen Umſtände hierdurch gemeinſchaftlich treffen, wenn gleich das Recht, eine ſolche Curatel zu beſtellen, dem rechtmäßigen Souverain des Herzogthums Braunſchweig allein ſchon zuſtehen würde.

Art. 3.

Nachdem des Heezogs von Cambridge, Vicekönigs von Hannover königliche Hoheit und Liebden, ſich bereit erklärt haben, dieſe Vormundſchaft zu übernehmen, ſo wollen Wir ſolche Sr. königlichen Hoheit und Liebden hierdurch übertragen, und werden Se. königliche Hoheit Sich dieſer Verordnung ſtatt des Curatoriums dienen laſſen.

Art. 4.

Da es der Natur der Verhältniſſe nach unthunlich iſt, daß der beſtellte fürſtliche Curator Selbſt die vormundſchaftlichen Geſchäfte führe, ſo wollen Wir zugleich beſtimmen, daß derſelbe nur als Obervormund eintrete und ihn hierdurch ermächtigen, nach Seinem Ermeſſen einen oder mehrere in beſonderem Anſehen ſtehende und befähigte Perſonen Sich als eigentliche adminiſtrirende Untervormünder zu erwählen, ſolche in Eid und Pflicht zu nehmen, von ihnen im eigenen Namen und unter eigener Verantwortlichkeit alles dasjenige, was Behuf Inventariſirung, Sicherung und Verwaltung des unter Curatel geſtellten Vermögens erforderlich iſt, thun und verhandeln zu laſſen, auch denſelben eine ihren Functionen entſprechende Remuneration auszuſetzen.

Art. 5.

Die beſtellten adminiſtrirenden Untervormünder ſollen alljährlich dem fürſtlichen Obervormunde über ihre Verwaltung Rechnung ablegen und dieſer erſucht werden, Uns die eingegangenen Rechnungen zur Abnahme einreichen zu laſſen, auch in den Fällen, wo nach den geſetzlichen Beſtimmungen die Zuſtimmung der obervormundſchaftlichen Behörde erforderlich iſt, Unſere Genehmigung einzuholen.

Art. 6.

Dieſe Curatel iſt als zu Braunſchweig beſtellt rechtlich anzuſehen, und ſoll daher in Beziehung auf Rechtsverfolgung daſelbſt ihren Sitz haben.

Art. 7.

Dieſe Verordnung ſoll durch die Geſetzſammlungen des Königreichs Hannover und des Herzogthums Braunſchweig auf die übliche Weiſe publicirt werden, und Alle, die es angeht, haben ſich darnach zu achten.

Gegeben St. James, den 6. Februar 1833, und Braunſchweig, den 14. März 1833.

Urkundlich Unſerer eigenhändigen Unterſchrift und beigedruckten Inſiegels.

(L. S.) William R. (L. S.) Wilhelm H.

G. von Ompteda. von Schleinitz.

Nachdem die Unterzeichneten in der vorſtehenden, von Sr. königl. Majeſtät im Einverſtändniſſe mit Sr. Durchlaucht dem regierenden Herzoge von Braunſchweig für das eigene wahre Beſte des Herzogs Carl von Braunſchweig Durchlaucht, die Erhaltung des in Seinen Händen befindlichen Vermögens, die öffentliche Ruhe in den herzoglich braunſchweigiſchen und den königlich hannoverſchen Landen, ſo wie die Ehre und Würde des durchlauchtigſten Braunſchweig-Lüneburgſchen Geſammthauſes getroffenen Dispoſitionen, einen neuen Beweis Allerhöchſt- und Höchſtihrer Fürſorge für das wahre Wohl desſelben mit Dank haben anerkennen müſſen; ſo haben Sie nicht unterlaſſen wollen, ſolches, wie hierdurch geſchieht, durch Ihre ausdrückliche Erklärung mittelſt Ihrer eigenhändigen Unterſchrift und beigedruckten Wappens feierlich zu bezeugen.

London, den 6. Februar 1833.

(L. S.) Ernſt.

Kenſington, den 7. Februar 1833.

(L. S.) Auguſtus Frederick.

Hannover, den 23. Februar 1833.

(L. S.) Adolphus.

Am 10. April war zu Wien der Mittelpreis der Staatsſchuldverſchreibungen zu 5 pCt. in CM. $90\,^{7}/_{16}$;
detto detto zu 4 pCt. in CM. ——;
Darlehen mit Verlooſ. v. J. 1820, für 100 fl. in CM. ——;
detto detto v. J. 1821, für 100 fl. in CM. $132\,^{5}/_{8}$;
Wiener Stadtbanco-Obligat. zu $2\,^{1}/_{2}$ pCt. in CM. ——;
Kurs auf Augsburg für 100 Gulden Curr., Gulden $98\,^{1}/_{4}$ Br. Uſo. 2 Monat. — Conv. Münze pCt. ——;
Bankactien pr. Stück $1169\,^{1}/_{2}$ in C. M.

Hauptredacteur: Joſeph Anton Edler von Pilat.

Verleger: Anton Strauß ſel. Witwe in der Dorotheergaſſe Nr. 1108.

Nro. 102

Oeſterreichiſcher Beobachter.

Freitag, den 12. April 1833.

Meteorologiſche Beobachtungen vom 10. April.	Zeit der Beobachtung.	Barometer auf 0 Reaumur reducirt. Pariſer Maß.	Wiener Maß.	Thermometer Reaumur.	Wind.		Witterung.
	8 Uhr Morg.	27.614	28 Z. 4L. 9P.	+ 4.5	O.	ſchwach.	Nebel.
	3 Uhr Nachm.	27.533	28 3 7	+ 10.5	SO.	—	heiter.
	10 Uhr Abnds.	27.478	28 2 10	+ 6.0	SO.	—	Wolken.

Portugal.

Der engliſche Courier vom 1. April enthält folgende Nachrichten aus Portugal, die am 30. März in Falmouth eingelaufen waren: „Das königliche Dampfſchiff Confiance, Lieutenant Belſom, welches am 25. März von Oporto abgegangen und am 29. in Falmouth eingelaufen iſt, hat die Nachricht überbracht, daß am 24. gedachten Monats von den Truppen Dom Miguels ein neuer Angriff unternommen, aber mit bedeutendem Verluſte zurückgeſchlagen worden iſt. Derſelbe war hauptſächlich gegen eine Redoute gerichtet, welche auf der Anhöhe von Antao neu angelegt worden war, und den Truppen Dom Miguels war es auch wirklich gelungen, ſich für eine kurze Zeit in den Beſitz der Anhöhe zu ſetzen; ſie wurden aber alsbald durch einen von Seiten der Belagerten ausgeführten Angriff, bei welchem das erſte und zweite Bataillon der brittiſchen Miethstruppen die Hauptrolle ſpielten, wieder von derſelben vertrieben. Ein zu gleicher Zeit gegen den rechten Flügel der Truppen Dom Pedro's ausgeführter Angriff wurde ebenfalls tapfer abgeſchlagen. Der Geſammtverluſt, den die Truppen Dom Miguels bei dieſen Attaken erlitten, wird auf 6 bis 800 Mann geſchätzt, während der Verluſt auf Seiten der Pedriſten verhältnißmäßig gering iſt. Dieſer Bericht iſt offenbar übertrieben. — Es ſcheint gewiß, daß ſich die Mannſchaft an Bord der Flotte des Admirals Sartorius in offener Empörung befindet, weil ſie keine Löhnung erhalten, und der gedachte Admiral ſeines Amtes enthoben worden war. Sir James Doyle, welcher nebſt dem Capitän Crosbie (von dem es früher geheißen hatte, er ſei nach England zurückgekehrt) an Bord der Fregatte Rainha abgeſandt worden war, um den Admiral Sartorius zu verhaften, war ſelbſt feſtgenommen und in den Schiffsraum eingeſperrt worden. Capitän Crosbie, welcher ſich an Bord des gedachten Flaggſchiffes begeben hatte, um das Commando anſtatt des Sartorius zu übernehmen, wurde von der Mannſchaft mit einem ſtandrechtlichen Verfahren bedroht. Die Flotte war hierauf nach Oporto abgeſegelt, um dieſen Platz ſo lange zu blockiren, bis man den Forderungen des Admirals und der Mannſchaft würde Genüge geleiſtet haben. Sartorius hatte an Dom Pedro nachſtehendes, vom Bord der Rainha vom 10. März datirtes Schreiben gerichtet:

„Auf der Höhe der Bayona-Inſeln, den 10. März 1833.

Sire! Aus den Schritten, welche, wie mir hinterbracht worden, neuerlich in London und Oporto gegen mich Statt gefunden haben, erſehe ich zu meinem Leidweſen, daß Ew. Majeſtät das Vertrauen auf mich als Oberbefehlshaber nicht mehr ſetzen, auf welches ich durch die von mir gemachten Aufopferungen, ſo wie durch die Dienſte, die ich der Sache Ihrer allergetreueſten Majeſtät geleiſtet habe, Anſpruch zu haben glaubte. Erlauben mir Ew. Majeſtät daher, Ihre Aufmerkſamkeit auf folgende Umſtände zu lenken, vorzüglich darauf, daß ich, Trotz dem, daß die Mannſchaft der von mir befehligten Escadre weder Sold noch Montur erhalten hatte, mit Lebensmitteln nur jämmerlich karg bedacht war, ihr Takelwerk ſich im kläglichſten Zuſtande und die Mannſchaft in ſteter Meuterei befand und diejenigen von meinen Offizieren, von denen ich die meiſte Unterſtützung erwartet hatte, mich verriethen, dennoch zweimal einen mir weit überlegenen Feind aufs Haupt geſchlagen, denſelben in den Hafen getrieben und dort blockirt gehalten habe, während ich mich zur See behauptete. Ich erwarte daher furchtlos, daß mein Benehmen als Commodore von meinem Vaterlande beurtheilt und gerichtet werde, allwo erfahrene, urtheilsfähige und unparteiiſche Sachkenner mein Betragen ſowohl wie meine Lage beurtheilen möge, damit mein guter Leumund, an deſſen Erhaltung daſelbſt mir ſo viel gelegen iſt, unangetaſtet bleibe. Für meinen guten Ruf als Privatmann mag die Thatſache zeugen, daß ich mich aller derjenigen Vortheile begeben habe, die ich für meine Gefährten bei der Expedition in Anſpruch genommen hatte; daß ich den hohen Rang, welchen ich (in England) einnahm (und ſeitdem verloren habe), ſo wie die beſten Ausſichten aufs Spiel ſetzte, und für dieſen Verluſt keine Entſchädigung verlangte. Wenn es noch eines weiteren Beweiſes für eine uneigennützige Theilnahme zu Gunſten Ihrer Sache bedürfte, ſo gibt es Portugieſen von jeder Claſſe genug in Oporto, welche mich und mein Benehmen vor Liſſabon hinreichend kennen gelernt haben, und auf deren Zeugniß ich mich berufen darf. Ich kann daher nicht umhin, Ew. Majeſtät anzuzeigen, daß, da mein Rath kaum jemals bei irgend einer Gelegenheit, gleich vom Anfange an, befolgt worden iſt, und meine dringendſten Forderungen nicht beachtet worden ſind, da ich mich nun in Folge deſſen in der von mir ſo oft befürchteten Lage befinde, vor deren Eintreten ich Ew. Majeſtät ſo oft gewarnt und Höchſtdenſelben zu gleicher Zeit die Mittel nahmaft gemacht habe, wodurch die drohende Gefahr hätte abgewendet werden

Digitized by Google

können, ich mich nun in der ſchmerzlichen Nothwendigkrit befinde, Höchſtdenſelben zu melden, daß dir Offiziere und die gemeine Mannſchaft die Erfüllung der Stipulationen von mir verlangen, wrlche in dem zu London von mir mit den Anhängern Ihrer Sache abgeſchloſſenen Contrate ringegangen worden ſind, daß mithin, inwofern die gedachten Schiffsmannſchaften die Löhnung nicht rrhalten, die ihnen in dem von Ew. Majeſtät genehmigten Arrangement von mir brdungen worden war, um zu verhindern, daß dir übrigen Schiffr der Flotte nicht daſſelbe Schickſal erlitten, welchrs die Eugenie berroffen hat, ich mich bemüßigt ſehen werde, nebſt der Flotte den Dienſt Ew. Majeſtät zu verlaſſen, und mich für die Forderungen, zu welchen meine Offiziere und die gemeine Mannſchaft nach mehr als vierzehnmonatlichen unabläſſigen Mühſeligkeiten, Arbeiten, Krankheiten und Entbehrungen ſicherlich gegen Ew. Majeſtät berechtigt ſind, an die Perſonen zu halten, wrlche den brſagten Contrart mit mir abgeſchloſſen haben. Sollten Ew. Majeſtät einen andern Oberbefehlshaber zu ernennen wünſchen, ſo bin ich recht gern bereit, den Oberbefehl ſogleich niederzulegen, wenn erſt zuvor die Forderungen meiner Offiziere und Mannſchaft berichtigt und auch diejenigen Stipulationen vollzogen worden ſind, wodurch mir ſur den Fall, daß ich meinen Poſten, den ich im Dienſte bekleidete, verlieren ſollte, die Vergütung des Werthes deſſelben verheißen wurde, welcher Fall jetzt leider wirklich eingeteeten iſt. Ich kann dieſes Schreiben nicht ſchließen, ohne die Bemerkung hinzuzufügen, daß ich Troß der vielſältigen und häufigen Warnungen, die mir hinſichtlich der Undankbarkeit, auf die ich mich in dieſem Dienſtr gefaßt machen müſſe, zugekommen ſind, dennoch niemals gedacht hätte, ſelbe in einem ſolchen Grade und Umfange, insbeſonderr von Seitrn Ew. Majeſtät, zu erfahren, und zwar um ſo weniger, als meine Abſicht, gleich nach dem Ende der Expedition in mein Vaterland zurückzukehren, ohne irgend rinr andere Ehrenbezeigung oder Belohnung zu verlangen, als das Bewußtſeyn mir gewähren würde, zu dem Suceeß einer ſo glorreichen Sachr beigetragen zu haben, ſo männiglich bekannt war. — Ich habe die Ehre u. ſ. w. A. G. Sartorius,

Vieeadmiral und Oberbefehlshaber der Flotte Ihrer allergetr. Majeſtät Dona Maria II.“

Großbritannirn und Irland.

Nachſtehendes ſind die näheren Details der Sitzung des Unterhauſes vom 29. März: Auf die Frage des Sir R. Peel, ob man, wie angekündigt, am künftigen Montag mit der Bill in Bezug auf die Kirchenreform in Irland vorzuſchreiten gedenkr, erwiedrrte Lord Althorp, daß es ihm zwar empfindlich ſei, den ſchätzbaren Briſtand des vormaligen und jetzigen Srcretärs für Irland (Hrn. Stanley und Sir J. C. Hobhouſe, die bis zu ihrer Wiedererwählung vom Parlamente ausgrſchloſſen ſind) entbehrrn zu müſſen, daß er rs aber unter den in Irland obwaltendrn Umſtänden für ſo wünſchenswerth haltr, zu einem Entſchluß über die in Rede ſtehende Bill zu kommen, daß er unfehlbar am künftigen Montag darauf antragen werde, dieſelbe in einem Ausſchuſſr des ganzrn Hauſrs zu berathen. — Hr. T. Attwood zeigte an, daß er ſeinen Antrag auf Niederſetzung eines Ausſchuſſes, welcher prüfen ſollr, in wie weit die im Lande herrſchende Noth mit dem jetzigen Geldumlaufsſyſtem in Vrrbindung ſtehe, auf künftigen Montag verſchiebe. Da Lord Althorp erſuchte, es damit bis nach den Oſterferirn auſtehen zu laſſen, ſo fragte Hr. Hume, wie lange dieſelbrn dieſes Mal dauern ſollten. Lord Althorp erwirderte, daß er bei dem großen Drange der Grſchäfte darauf antragen werde, daß das Haus ſchon am 10. April wieder zuſammrntrete. — An der Tagesordnung war nunmehr die dritte Leſung der Bill zur Unterdrückung der Unruhrn in Irland. Hr. Cobbett trat mit dem üblichen Oppoſitions-Amendemrnt auf, daß die Bill erſt heute über ſechs Monate zum dritten Male verleſen werdrn ſolle. Er äußerte noch einmal ſelne Beſorgniſſe, daß dieſr Bill nur ein Vorſpiel zu ähnlichen Maaßregeln in Großbritannien ſeyn würde, und wies auf die eingrgangenen zahlreichen Bittſchriften hin, als Brleg, daß die Mehrheit des engliſchen Volkes den vorgeſchlagenen Maaßregeln entgegen ſei. Hr. Fielden unterſtützte das Amendemrnt. — Sir S. Whalley (das neurrwähltr Mitglied für Marylebone) ſagte, daß er bedauern müſſe, nicht die ganze Drbatte über die vorliegendr Bill mit angehört zu haben, da er vielleicht hinſichtlich riniger Clauſeln, dir ſeinen Anſichten ganz entgegen ſeien, anderer Meinung gewordrn wäre. Für die Bill in ihrem jetzigen Zuſtande könne er nicht ſtimmen. Der Zuſtand in Irland ſei allerdings der Art, daß Perſonrn und Eigenthum des kräftigſten Schutzes der Geſetzr brdürften; aber dazu ſri es nicht gleich nothwendig, dir Verfaſſung zu ſuspendiren. Er glaube, daß die Miniſter eine Maaßregel, wie die vorliegende, mit wahrem Schmerz eingebracht hätten, und daß nichts ihnen herzlichere Freude machen würde, als wenn ſie dem Hauſr anzeigen könntrn, daß keine Nothwendigkeit mrhr vorhanden ſri, zu einer außerordentlichen Gewalt Zuflucht zu nehmen. Das jetzt eingeſchlagene Syſtem widerſtreite den Gefühlen des engliſchen Volkes. (Hört! hört!) Er hoffe zuverſichtlich, daß nach Verlauf eines kurzrn Jahres die jetzige Bill nur ein todter Buchſtabe ſeyn würde. (Hr. Cobbett: „Niemals!) Und er hoffe, daß das irländiſchr Volk keinen Anlaß geben wrrde, die vorliegenden Maaßregeln in Ausführung zu bringen. Er deſchwöre das ehrenwerthe und gelehrte Mitglird für Dublin, und alle diejenigen, welche rinen Einfluß auf das irländiſche Volk hätten, daſſelbr zu brſchwichtigen und zu beruhigen. (Beifall.) Hr. Langdale erklärte, daß, obgleich er bei den briden eeſten Stationen für dle Bill geſtimmt habe, er doch gegen die dritte Lrſung ſtimmen müſſe, da die Kriegsgerichtsrlauſel, welche ihm ebrn ſo überflüſſig, als tyranniſch erſcheine, beibehalten worden ſei. Er fürchte, daß ein Geiſt der Zwietracht zwiſchen dem Volke und dem Militär hervorgerufen werdrn würde, der endlich zu einem Bürgerkriege führen dürfte. (Hört! hört!) Sir H. Vernry beſtritt, daß das engliſche Volk im Allgemeinen der Maaßregel frindlich geſinnt ſei, und ſchrieb die vielen Bittſchriften drn Umtrieben der politiſchen Unionen zu. Da noch mehrere anderr Mitglieder die Bedeutung und Wichtigkeit der eingegangrnen Bittſchriften in Abrede zu ſtellen ſuchten, ſo erhob

Digitized by Google

ſich Hr. O'Connell und ſagte mit großer Heftigkeit: „Ich kann meinen Unwillen nicht zurückhalten über den Ton, in welchem die Miniſter und ihre Anhänger von dem Ausdruck der öffentlichen Meinung ſprechen, da ſie es nur erſt vor kurzer Zeit einer ähnlichen Kundgebung der öffentlichen Geſinnungen danken, daß ſie noch im Amte ſind. (Hört! hört!) Eine Thatſache, der man nicht widerſprechen kann, iſt die, daß die Bittſchriften gegen die Bill von denſelben Orten herkommen, welche zu Gunſten der Reformbill petitionirten. Die Abneigung der Miniſter gegen politiſche Unionen iſt noch nicht ſehr alt. Wer war es, der vor Einem Jahre die Miniſter im Amte hielt und die Reformbill durchſetzte? Eben jene politiſchen Unionen, denen man es jetzt beſtreiten will, daß ſie die wahren Geſinnungen des Volkes ausdrücken. Sie erhielten die Miniſter nicht allein im Amte, ſondern ſetzten ſie wieder in daſſelbe ein. („Nein! Nein!“) Das „Nein“ kommt nicht von den Miniſtern. Ich werde nie etwas ſagen, was ich nicht beweiſen kann. Einer meiner Freunde hat mir erzählt, daß er ſelbſt in den Händen eines der Beförderer der politiſchen Unionen Briefe eines Miniſters an die einflußreichſten Mitglieder jener Unionen geſehen habe, welche durch das ganze Land verſendet worden wären, und nach deren Empfang die Bewegung begonnen habe, welche die Miniſter wieder ins Amt brachte. (Anhaltender Beifall von der Oppoſition. Von der andern Seite: „Nennen Sie den Namen!“) Ich werde den Namen nennen, wenn einer der Miniſter mich dazu auffordern ſollte. (Beifall.) Nach einem kurzen Streit zwiſchen den HH. Ward und Hume, der in Perſönlichkeiten ausartete, nahmen noch einmal Hr. O'Connell und Lord Althorp das Wort, um zum letzten Male in gedrängter Kürze ihre Argumente gegen und für die Bill vorzutragen, ohne indeß, wie ſie ſelbſt erklärten, nach einer ſo langen und ausführlichen Debatte, irgend neue Gründe oder Thatſachen vorbringen zu können. Das Haus verlangte nun mit Ungeduld die Abſtimmung, welche folgendes Reſultat ergab:

Für die dritte Leſung	345 Stimmen *).
Gegen dieſelbe	86
Majorität für die Miniſter . .	259 Stimmen.

Die Bill wurde demgemäß zum dritten Male verleſen und paſſirte. Das Haus vertagte ſich um 2 Uhr.

Conſols am 1. April 87¼.

Frankreich.

Am 1. April beſchäftigte ſich die Pairskammer mit dem Rechnungsgeſetze von 1830. Dabei kam die Hrn. Laffitte betreffende Frage wegen des Haytiſchen Anlehens aufs Neue zur Sprache. Hr. von Chabrol (1829 Miniſter) ſprach für die Gültigkeit der damals erneuerten Garantie, in Kraft deren Hr. Laffitte ſich die vier Millionen aus dem Staatsſchatze hatte zahlen laſſen. Hr. Boiſſy d'Anglas ſprach dagegen. Die Kammer entſchied ſich für die erſtere Anſicht, unter Vorbehalt der Prüfung der Rechnungen. Dagegen traf ſie auch eine Hrn. von Montbel in gewiſſer Art günſtige Entſcheidung, indem ſie das von der Deputirtenkammer gemachte Amendement einſtimmig verwarf, wornach illegal gemachte oder im Budget geſtrichene Ausgaben dem betreffenden Miniſter zur Laſt fallen, und vor den ordentlichen Gerichten eingeklagt werden ſollen. Hr. von Gautier führte an, auf dieſe Weiſe würde die Deputirtenkammer die Miniſter richten, während es nur die Pairskammer könne, ſo wie letztere auch für jene Klagen die einzig gültige Behörde ſei.

Die Deputirtenkammer fuhr mit Erörterung des Kriegsbudgets fort. Bei dem neunten Capitel, Material der Artillerie 23,124,000 Fr., ſchlug die Commiſſion eine Reduction von 1,110,000 Fr. vor. Trotz des Widerſpruches des Marſchalls Soult ward die Verminderung angenommen. Bei dem zehnten Capitel entſpann ſich eine lange Debatte über die Fortificationsarbeiten von Paris. Es ſtellten ſich dabei die Fragen heraus: 1) Bedarf es eines ſpeciellen Geſetzes zur Ermächtigung jener Arbeiten? 2) Soll das Syſtem in einer Einſchließungsmauer oder in detaſchirten Forts beſtehen? Die Kammer trennte ſich, indem ſie die Entſcheidung mehrerer dießfälliger Amendements auf den folgenden Tag verſchob.

Das Journal des Debats widerſpricht dem durch engliſche Blätter verbreiteten Gerücht, daß Ludwig Philipp in London eine Anleihe von 15 Millionen Franken negociiren laſſe. Es handle ſich, verſichert daſſelbe, bloß von einer Anleihe für die Verwaltung des Nachlaſſes der Condé'ſchen Erbſchaft (die bekanntlich dem Herzog von Aumale, Sohn des Königs, zufiel), um die Hypothekargläubiger zu befriedigen.

Am 2. April. 5Percents Fin Courant geſchloſſen zu 101 Fr. 3. 3Percents Fin Courant geſchloſſen zu 77 Fr. 50. — Am 3. April 1½ Uhr Nachmittags 5Percents 100 Fr. 95. 3Percents 77 Fr. 40.

Teutſchland.

Das Journal de Francfort und die Frankfurter Oberpoſtamtszeitung vom 5. April erzählen die Frankfurter Vorfälle vom 3. Abends *) folgendermaaßen: „Frankfurt, den 4. April. Während in hieſiger Stadt bisher die tiefſte Ruhe herrſchte, und die Meßgeſchäfte den erwünſchteſten Fortgang hatten, wurde dieſelbe geſtern Abends um halb zehn Uhr auf die empörendſte Weiſe unterbrochen. Um dieſe Zeit ſtürmten nämlich zwei bewaffnete Haufen auf die Hauptwache und die Conſtabler-Wache, woſelbſt ſich die Gefangenen befanden, griffen ganz unvermuthet von zwei Seiten die Hauptwache an, ſchoſſen die Schildwache nieder, geriethen mit dem Militär ins Handgemenge, wodurch es ihnen, nachdem noch ein Sergent niedergeſchoſſen ward,

*) Geſtern war irrig 315 angegeben.

*) Vergl. Oeſterr. Beob. vom 9. d. M.

Digitized by Google

gelang, durch ihre Uebermacht die Militärwache zu überwältigen und die Gefangenen zu befreien. Ein gleicher Angriff auf die Conſtabler-Wache hatte leider dasſelbe Reſultat, auch hier mußte die Militärwache der Uebermacht weichen, der Gefangenwärter wurde von den Angreifenden verwundet, und die Gefangenen ebenfalls befreit. Ein deitter Hauſe war auf den Pfarrthurm gezogen, und zog daſelbſt die Sturmglocke. Als indeſſen nun ſogleich ein Militärcommando nach den beiden angegriffenen Wachen abgeſendet worden war, ſo gelang es dieſem alsbald, die Ruheſtörer nach kurzer Gegenwehr zu verjagen. Von den Gefangenen hatten einige die angebotene Befreiung gar nicht angenommen, andere ſich ſogleich wieder geſtellt, die übrigen waren bis heute Früh wieder arretirt worden. Unter den Tumultuanten wueden viele fremde Studenten bemerkt, deren in dieſen Tagen eine große Anzahl hier eintraf. Ueberhaupt iſt mit höchſter Wahrſcheinlichkeit anzunehmen, daß das ganze Unternehmen von auswärts ausgegangen ſei. Auf der Hauptwache wurde ein Student *Rupner*, aus Wunſiedel, nach heftiger Gegenwehr verhaftet. Es bedurfte kaum einer Viertelſtunde, um die Ordnung vollkommen herzuſtellen, und das Theater wurde durch den Vorgang nicht einmal unterbrochen, ſondeen ganz ruhig zu Ende geſpielt. Es wurden viele fremde Studenten verhaftet und die Unterſuchung mit aller der Strenge begonnen, welche die Bürgerſchaft zum Schutze gegen ſolche Ruheſtorungen anzuſprechen hat. Bemerkenswerth iſt es, daß in derſelben Nacht auch auf umliegenden, nicht zu hieſiger Stadt gehörenden Ortſchaften unruhige Bewegungen Statt gefunden hatten, und daß ein bewaffneter Haufe von Landleuten auf die Stadt losmarſchirte, aber als er die Thoee beſetzt fand, ſich zurückzog, und an einee zu hieſiger Stadt gehörenden Warte mehrere Exeeſſe beging. Sowohl von Seiten unſerer trefflichen Stadtwehr und eben ſo von dem Linienmilitär wurde mit größter Beſonnenheit und Ruhe zur Dämpfung der Unruhen gewirkt, und die Ruheſtörer fanden bei den hieſigen Einwohneen, ihrer Verſuche uneachtet, nicht den mindeſten Anklang für ihee verbrecheriſchen Pläne. Als beſondere Sicherheitsmaaßregel waren, da ſo viele Fremde an den Unruhen Antheil genommen hatten, alle Stadtthore geſchloſſen, mit hinlänglicher Mannſchaft beſetzt worden, um den Theilnehmern die Flucht zu erſchweren, indeſſen ſcheinen viele, worunter auch Verwundete geweſen ſeyn müſſen, unmittelbar nach der That, und als ſie ihre Pläne vereitelt ſahen, entkommen zu ſeyn. Das Linienmilitär hat 4 Todte und 15 Verwundete, worunter 5 ſehr ſchwer verwundet ſind; von den Ruheſtörern, welche ſich bereits in den Händen der Juſtiz befinden, ſind mehrere ſehr gefährlich verwundet. — *Acht Uhr Abends.* Die Stadt war heute den ganzen Tag und bis zu dieſer Stunde vollkommen ruhig."

Die *Frankfurter Oberpoſtamtszeitung* vom 5. liefert in ihrer *Beilage* noch einige Nachträge, in denen es heißt: „Ein Soldat erhielt einen Schuß von zerhacktem Blei; der Arm muß amputirt werden. Ein gleiches Loos trifft einen Schmiedgeſellen, dem das Bein abgenommen wird. — Die meiſten Verwundungen hieſiger Angeſeſſenen haben entweder Unſchuldige oder Theilnahmloſe getroffen, und ſind denſelben von den Tumultuanten zugefügt worden. Mehreren gerade auf der Straße befindlichen Einheimiſchen und Fremden ſuchten die Meuterer Waffen und Pateonen aufzudeingen, fanden aber kein Gehor. Diejenigen, welche den Angriff auf die Haupt- und Conſtabler-Wache unternahmen, trugen meiſt Kittel und Schärpe, unter denen ſie ihre Kleider verbargen, und waren mit Flinten und Dolchen bewaffnet. Verſchiedene Wägen ſtanden bereit, um die Flüchtigen oder Verwundeten fortzuſchaffen. Ueber dem ganzen ſchrecklichen Vorfalle, ſeinen nächſten Beziehungen und Verzweigungen, liegt noch ein ſchwarzer Schleier. In der Stadt, deren Ruhe die ganze Nacht über unter dem Schutze der Bürgergarde und Patrouillen ungefährdet blieb, herrſcht dumpfe Beſtürzung. Die Unterſuchung wird fortwährend betrieben, und wie man vernimmt, ſind faſt ohne Ausnahme die Verbrecher Auswärtige, meiſtens fremde Studenten von mehreren Univerſitäten geweſen. Der Plan muß ſchon lange verabredet geweſen ſeyn. Heute Früh iſt der Weißbinder Henkelmann, welcher wegen dee Exeeſſe am Allerheiligenthore im Herbſte 1831 arretirt war, an ſeinen Wunden verſtorben. Die Tumultuanten hatten ihn für den Gefangenwärter angeſehen, und ihn todtlich verwundet. Wie man hört, hatte an der Hauptwache am vorgeſtrigen Abende ein Student, ſeinem Dialeet nach ein Nordteutſcher, Gewehre unter die Umſtehenden geworfen und ſie aufgefordert, gemeinſchaftliche Sache mit den Empöeern zu machen; aber auch nicht Ein Mann folgte dem Aufrufe, vielmehr zeigte ſich überall der größte Unwillen gegen die Verbrecher, und ſie fanden nicht die mindeſte Unterſtutzung, weßhald denn auch in ſo kurzer Zeit die Ruhe wieder hergeſtellt werden konnte."

Die *Stuttgarter (Hof-) Zeitung* vom 7. April meldet über die Vorfälle in *Frankfurt* aus dieſer Stadt vom 4. April: „Seit mehreren Tagen ging das Gerücht, es bereite ſich in hieſiger Gegend ein Unternehmen gegen die öffentliche Oednung vor. Auffallend war die große Anzahl Studenten, die ſich von mehreren Univerſitäten her gleichzeitig hier einfanden, wenn auch die Meßzeit als Grund dazu dienen konnte. Man wollte verdächtige Franzoſen, auch andere Individuen, die bereits tinen mehr als zweideutigen Ruf ſich erworben hatten, bemerkt haben. Hierzn kamen noch andere nähere Anzeichen, die — ohne den Vorwurf des Leichtſinns zu begründen, nicht ganz unberückſichtigt bleiben konnten und daher auch den hieſigen Behorden Veranlaſſung gaben, wenigſtens einige Anſtalten und Vorſichtsmaaßeegeln zu treffen, um etwaige ſtrafbare Verſuche zu Storung der öffentlichen Ordnung zurückweiſen zu konnen. — So kam der geſtrige Abend heran, ohne daß irgend eine Spur von ungewöhnlicher

Digitized by Google

Bewegung ſichtbar war; erſt nach ein Viertel auf 10 Uhr näherten ſich einige hundert Menſchen, jedoch einzeln und ſcheinbar ohne alle Verbindung unter ſich, der Hauptwache und der ſogenannten Conſtabler-Wache, wo Funk, Freieiſen und mehrere andere, wegen früherer Attentate gegen die öffentliche Sicherheit verhaftete Perſonen gefangenſaßen, drangen Schlag halb 10 Uhr in die Wachhäuſer ein, erſchoſſen die Schildwachen, überrumpelten die Mannſchaften, die ſich im Innern befanden, bemächtigten ſich der Gewehre und ſetzten ſich in den Beſitz der Wachhäuſer. Das Linienmilitär traf bald darauf aus der Caſerne ein, beſetzte die Wachhäuſer wieder und zerſtreute die Aufrührer, die nun in die Domkirche drangen und Sturm läuteten. Indeſſen wurde auch das Bürgermilitär verſammelt und gegen 12 Uhr gelang es, die Ruhe wieder herzuſtellen. — Nach 11 Uhr erſchienen einige hundert Landleute vor dem Friedberger Thore mit einer Fahne und Trommel, zogen ſich aber wieder zurück, als ſie das Thor mit Linientruppen und Bürgermilitär beſetzt fanden. — Man will auch Läuten der Glocken auf dem Lande vernommen haben. — Die auswärtigen Studenten, welche an dem Unternehmen Theil genommen haben, trugen als Abzeichen gelb-, roth- und ſchwarze Binden; viele derſelben erſchienen nach dem Tumult nicht mehr in den Gaſthöfen, wo ſie abgeſtiegen waren und mehrere Effecten zurückgelaſſen hatten. — Die Aufrührer waren wohlbewaffnet und machten ein förmliches Pelotonfeuer; man fand bei Mehreren Patronen und Racketen zu Signalen. Die hieſigen Einwohner haben, mit Ausnahme einiger verworfener Subjecte, keinen Antheil am Aufſtande genommen, und ſelbſt die ihnen angebotenen Gewehre mit Verachtung zurückgewieſen. — Die Gefangenen, welche auf den Wachen ſaßen, ſind ſämmtlich wieder zur Haft gebracht worden. — Vom Militär ſind 3 Mann geblieben und 15 verwundet, von den Aufrührern ſind 3 verwundet, worunter 1 tödtlich, 1 anderer, ein Student aus Würzburg, zwar auch bedeutend, jedoch glaubt man ihn zu retten. Während des Tumults wurden gegen 10 der Aufrührer verhaftet und heute hofft man noch mehrerer derſelben habhaft zu werden. — An ſichern Nachrichten aus der Umgegend, wo — Gerüchten zufolge — auch Unruhen Statt gefunden haben ſollen, fehlt es im Augenblicke noch. Die Zollſtätte zu Breuningsheim in Kurheſſen ſoll geſtürmt worden ſeyn. — Während des Tumults hierſelbſt hörte man wiederholt das Geſchrei: Freiheit und Gleichheit! — Ueber den Plan, welchen die Aufrührer hatten, läßt ſich im Ganzen noch kein ſicheres Urtheil fällen; doch geht aus Allem hervor, daß er von längerer Zeit her angelegt ſeyn muß, und daß die Ausführung wahrſcheinlich aus Furcht vor Entdeckung übereilt worden iſt. Unverkennbar iſt, daß man zunächſt hier, am Sitze der Bundesverſammlung, gegen die man ſeit längerer Zeit durch die ſchamloſeſten Ausſtreuungen eine allgemeine Erbitterung herbeizuführen bemüht war, eine revolutionnäre Bewegung erzeugen, und je nach dem Erfolge dieſes erſten Verſuches, weiter ſchreiten wollte. Insbeſondere ſcheint es auch auf Plünderung der Bundescaſſe, wo man die Aufſchrift fand: „Hier ſind 400,000 Gulden" abgeſehen geweſen zu ſeyn; allein die Thore des Taxiſchen Palais wurden gleich im Anfang des Tumults verbarricadirt und eine ſtarke Wache im Hofe zum Schutze der Caſſe aufgeſtellt. — So characteriſiren ſich die erſten Verſuche einer Partei, die mit dem Glück der Völker ein frevelhaftes Spiel treibt, und auf dem blutigen Wege der Revolution ihre heilloſen Pläne der Selbſtſucht und Herrſchbegierde ausführen zu wollen keine Scheu trägt."

Der Frankfurter Correſpondent der Allgemeinen Zeitung erzählt in einem Schreiben vom 4. April die Sache folgendermaaßen: „Geſtern erlebten wir hier eine Emeute. Etwa um die achte Abendſtunde erzählte man ſich in geſellſchaftlichen Kreiſen, das Linienmilitär ſei auf Befehl der Militärbehörde in ſeiner Caſerne conſignirt, auf den erſten Wink zum Ausrücken bereit zu ſeyn. Man ſprach auch von Verſtärkung der verſchiedenen Wachmannſchaften; über die unmittelbare Veranlaſſung zu dieſen Maaßregeln aber gingen unterſchiedliche Sagen, z. B. es ſeien mehrere hundert Studenten in der Stadt, die in der Nacht einen Tumult beginnen wollten u. ſ. w. Inzwiſchen ſchenkte man allen dieſen Sagen in den Cirkeln wenig oder keinen Glauben, als plötzlich, um 9½ Uhr etwa, aus der Straße „unter der Katharinenpforte" genannt, ein Haufe von ungefähr 150 Menſchen, mit Piſtolen, kurzen Büchſen, Säbeln und Dolchen, zum Theil auch nur mit Prügeln bewaffnet, unter Ausſtoßung von Freiheitsrufen hervorbrach. Ein Theil dieſes Haufens, etwa 50 Individuen, ſtürmte auf die Hauptwache los, die andern zogen die Zeil hinauf, gegen die Conſtabler-Wache. An beiden Puncten fielen faſt gleichzeitig Schüſſe. Bei der Hauptwache ward der Poſten vor dem Gewehe, noch ehe er die Schelle ziehen konnte, zu Boden geſtreckt; ein zweiter Schuß warf den Sergenten nieder; und in einem Augenblicke war die Wache erſtürmt, ohne daß die Mannſchaft Zeit gehabt, nur zum Gewehr zu greifen. Sie ward auseinandergeſprengt; die Stürmenden bemächtigten ſich der Gewehre, drangen in die Hauptwache ſelbſt, zwangen den commandirenden Offizier in ſeiner Stube zu bleiben und begannen die Gefängniſſe zu erbrechen, worin ſich neben andern Arreſtanten auch die wegen Preßvergehen in Haft ſitzenden Literatoren Funk und Freieiſen befanden. Während dieſes bei der Hauptwache vorging, war der andere Haufe bei der Conſtabler-Wache angelangt, wo völlig ähnliche Auftritte Statt fanden. Endlich war auch noch eine dritte, jedoch wenig zahlreiche Abtheilung nach dem Dome gezogen, um ſich der Sturmglocke zu bemächtigen, was auch für einen Augenblick gelang, ſo daß man alsbald dieſe Glocke zum großen Schrecken der benachbarten Hausbewohner ertönen hörte. — Inzwiſchen hatte ſich das in der Caſerne befindliche Linienmilitär in Bewegung geſetzt und eilte im Sturmſchritte dahin, wo deſſen Anweſenheit vornehmlich Noth that. Auch wurde der

Digitized by Google

Generalmarſch geſchlagen, und die Stadtwehr zu Pferd und zu Fuß war bald auf ihren Allarmplätzen. Allein es bedurfte ihrer Dazwiſchenkunft jetzt nicht mehr, um die Ruhr wieder herzuſtellen. Nach kurzem, jedoch nicht unblutigem Kampfe hatten ſich die Linientruppen wieder in Beſitz der occupirten Puncte geſetzt; die Aufrührer waren vertrieben worden, und hatten ſich nach allen Richtungen hin zerſtreut. Nach Ablauf von nicht ganz einer Stunde, d. h. etwa um 10½ Uhr, herrſchte überall die tiefſte Stille, die auch ſeitdem nicht wieder geſtört worden iſt. Ueberhaupt machte ſich während des ganzen Vorgangs ſo wenig Getümmel in den übrigen Straßen bemerklich, daß man ſogar im Theater, wo gerade Robert der Teufel gegeben wurde, der bis gegen 10 Uhr ſpielte, von Allem nichts hörte, obſchon das Schauſpielhaus der Hauptwache ziemlich nahe liegt. In den entfernteren Gegenden der Stadt wurden viele Einwohner erſt dieſen Morgen von den betrübenden Vorfällen des geſtrigen Abends unterrichtet. Nichtsdeſtoweniger ward leider nur zu viel Menſchenblut vergoſſen! Den Angaben zufolge, ſollen fünf Individuen vom Linienmilitär theils auf dem Platze geblieben, theils noch in der Nacht an ihren Wunden geſtorben ſeyn; vierzehn andere ſind mehr oder minder gefährlich verwundet. Von den Meuterern ſoll Einer ſein tollkühnes Unternehmen bereits mit dem Leben gebüßt haben; man gibt die Zahl derjenigen, die durch ihre Wunden am Entkommen verhindert wurden, und daher in Haft genommen worden ſind, auf 6 oder 8 an. Außerdem ſind noch einige ruhige Bürger, die, wie es ſcheint, ohne ihr Verſchulden ins Gedränge kamen, mehr oder minder gefährlich durch Bayonnete verletzt worden. Wer die eigentlichen Anſtifter oder Theilhaber der Unthat geweſen, darüber herrſcht noch viel Dunkelheit. Die zur Haft gebrachten Individuen, wird geſagt, ſeien Studenten, ſo auch jener, der auf der Stelle geblieben iſt. Endlich wird erzählt, daß gegen die Mitternachtsſtunde mehre Wägen über die Mainbrücke und zum Affenthore hinausgefahren ſeien. Erſt ſpäterhin wurden die Thore geſperrt, und ſind es noch zum Theil bis gegenwärtige Stunde. Wer jedoch auch jene Anſtifter und Theilhaber waren, ſo viel iſt ausgemacht, daß ſolche nicht der hieſigen Bevölkerung angehören, welche bei dem ganzen Vorgange nur den höchſten Unwillen und Abſcheu auf die unzweideutigſte Weiſe ohne Unterſchied ſonſtiger Meinungen zu Tage legte. Selbſt die vorhin erwähnten, ohne ihr Zuthun aus der Haft befreiten Gefangenen haben ſich von freien Stücken zu derſelben wieder eingeſtellt. Einer derſelben ward ſogar bei dem Anlaſſe von ſeinen unberufenen Befreiern verwundet. — Auf der etwa eine Stunde von hier entfernten kurheſſiſchen Mauthſtätte Breuningsheim haben, wie dieſen Vormittag erzählt wurde, ebenfalls geſtern Abends tumultuariſche Auftritte Statt gehabt. Man ſagt, das Mauthhaus ſei geſtürmt und zertrümmert worden. Nähere Umſtände darüber weiß ich jedoch bis jetzt nicht anzugeben, ſo wie ich mir denn auch noch ſchließlich vorbehalten muß, Ihnen etwa nöthige Berichtigungen der vorſtehenden Relation, ſobald ich dazu im Stande bin, nachträglich mitzutheilen, da es bei ſolchen Vorfällen ſelbſt den an Ort und Stelle Befindlichen äußerſt ſchwer wird, den Thatbeſtand ſchon im erſten Augenblicke vollkommen richtig zu ermitteln."

Die Stuttgarter Zeitung vom 7. d. M. enthält folgenden Artikel: „Die Neckarzeitung gibt in der Nr. 94 vom geſtrigen, in einem Artikel vom Neckar, an, „daß zu Frankfurt und in öffentlichen Blättern die „Nachricht verbreitet worden, es ſei bei der Bundesverſamm„lung im Werk geweſen, von Bundeswegen eigene Com„miſſäre an die Orte, wo Stände verſammelt ſind oder „werden ſollen, abzuordnen, zwar gerade nicht um Einfluß „auf ſie auszuüben, aber doch, um ihnen die Gränzlinie „ihres Verhaltens vorzuzeichnen; allein dieſe Maaßregel „habe nicht durchgeſetzt werden können, weil die conſtitu„tionnellen Regierungen, bloß mit Ausnahme von Naſ„ſau, ſich geweigert hätten, dergleichen Commiſſäre anzu„nehmen." — Wir können aus ganz zuverläſſiger Quelle dieſe Nachricht für eben ſo ungegründet, als das früher von derſelben Zeitung verbreitete Gerücht, daß die Bundesverſammlung die Verfaſſungen der einzelnen teutſchen Staaten zu ſuspendiren im Begriff ſtehe, erklären, und müſſen wirklich das Publicum der Neckarzeitung bedauern, das ſich täglich ſolche alberne Erfindungen eines kranken Gehirns auftiſchen laſſen muß."

Se. Majeſtät der König von Baiern hat den, durch die Abberufung des Freiherrn von Cetto erledigten Poſten eines außerordentlichen Geſandten und bevollmächtigten Miniſters am königlich großbritanniſchen Hofe, dem Grafen von Jeniſon-Wallwort (vormaligem Geſandten am königlich niederländiſchen Hofe) zu übertragen geruht.

Wien, den 11. April.

Die Direction der privil. öſterr. Nationalbank hat den Zinsfuß im Darlehens- und Escomtegeſchäfte von Fünf auf Vier Percent vom 4. April d. J. an herabgeſetzt.

Am 11. April war zu Wien der Mittelpreis der

Staatsſchuldverſchreibungen zu 5 pCt. in CM.	90⅞;
detto detto zu 4 pCt. in CM.	81⅛;
Darleh. mit Verlooſ. v. J. 1820, für 100 fl. in CM.	186;
detto detto v. J. 1821, für 100 fl. in CM.	—;
Wiener-Stadtbanco-Obligat. zu 2½ pCt. in CM.	51¼;
Conv. Münze pCt. —;	

Bankactien pr. Stück 1172⅛ in CM.

Mit allerhöchſter Bewilligung wird Montag den 15. April Abends 7 Uhr in dem k. k. großen Redoutenſaale zum Beſten des Fonds des von Sr. k. k. Majeſtät allerhöchſt beſtätigten Vereins zur Verſorgung und Verpflegung armer erwachſener Blinder eine große muſikaliſche Akademie in zwei Abtheilungen gegeben werden. Die vorkommenden Muſikſtücke ſind auf dem Anſchlagzettel genannt. Der Eintrittspreis auf die Gallerie iſt 2 fl., in den Saal 1 fl. C. M. Für alle höheren Beträge wird beſonders quittiet. Die Eintrittsbillete ſind täglich von 9 bis 12 Uhr Vormittags und von 3 bis 6 Uhr Nachmittags an nachfolgenden Orten zu bekommen: In der Privatkanzlei Sr. kaiſerl. Hoheit des Erzherzogs Anton, in der Singerſtraße im teutſchen Hauſe, dritte Stiege im erſten Stocke rechts; in den Kunſthandlungen der HH. Bermann, Diabelli und T. Haslinger am Graben, und des Hrn. Mechetti am Michaelsplatz; bei der k. k. Hoftheatercaſſe nächſt dem Kärntnerthore und Abends an der Caſſe.

Der berühmte Improviſator Dr. A. Bindocci, Advocat von Siena in Toscana, wird die Ehre haben, künftigen Sonntag den 14. April im Saale der Geſellſchaft der Muſikfreunde die letzte Akademie in improviſirter italieniſcher Poeſie zu geben. Der Anfang iſt um halb 1 Uhr Nachmittags. Eintrittspreiſe: Im Parterre 1 fl. C. M.; ein geſperrter Sitz 2 fl. C. M. Die Eintrittskarten und geſperrten Sitze ſind in der Kanzlei der Geſellſchaft der Muſikfreunde und in der Kunſthandlung der HH. Artaria und Comp. zu haben.

Hauptredacteur: Joſeph Anton Edler von Pilat.

Verleger: Anton Strauß ſel. Witwe in der Dorotheergaſſe Nr. 1108.

Digitized by Google

Nro. 103

Oeſterreichiſcher Beobachter.

Sonnabend, den 13. April 1833.

Meteorologiſche Beobachtungen vom 11. April.	Zeit der Beobachtung.	Barometer auf 0° Reaumur reducirt. Pariſer Maß.	Wiener Maß.	Thermometer Reaumur.	Wind.		Witterung.
	8 Uhr Morg.	27.438	28 Z. 2 L. 4 P.	+ 7.5	S.	ſchwach.	Regen.
	3 Uhr Nachm.	27.278	28 0 4	+ 14.0	S.	—	Wolken.
	10 Uhr Abnds.	27.223	27 11 8	+ 6.0	S.	—	trüb.

Türkei.

Die durch die gewöhnliche Poſt aus Konſtantinopel vom 27. März eingelaufenen Nachrichten melden Folgendes: „Laut Berichten aus Alexandria vom 9. d. M., welche durch die franzöſiſche Kriegsgoelette la Meſange hier angelangt ſind, hat Mehmed Ali die letzten ihm durch die franzöſiſche Botſchaft in Konſtantinopel, in Folge der am 21. Februar mit der Pforte abgeſchloſſenen Convention, vorgelegten Bedingungen verworfen, und ſeinen Entſchluß erklärt, die Feindſeligkeiten zu Lande und zu Waſſer fortzuſetzen, um den Frieden unter den anfänglich dem Halil Paſcha bekannt gemachten Bedingungen, nach welchen ganz Syrien und ein Theil von Caramanien mit ſeiner Statthalterſchaft vereinigt werden ſollten, zu erzwingen. Der Ameddſchi-Efendi, Reſchid Bei, welcher am 23. Abends an Bord obgedachter Goelette in Konſtantinopel eingetroffen iſt, hat dieſen Entſchluß Mehmed Ali's zur Kenntniß des Pfortenminiſteriums gebracht, welches am nächſtfolgenden Tage große Rathsſitzung hielt, um über die unter dieſen Umſtänden zu ergreifenden Maaßregeln zu berathſchlagen. Ueber die in dieſer Rathsverſammlung gefaßten Beſchlüſſe hat bisher im Publicum nichts verlautet. — Am 14. d. M. hat ſich der k. k. Internuntius, Freiherr von Ottenfels, der ſich mit Urlaub nach Wien begibt, am Bord der k. k. Corvette Abbondanza eingeſchifft, um ſeine Reiſe nach Trieſt anzutreten, konnte aber des ungünſtigen Windes wegen erſt am folgenden Tage den hieſigen Hafen verlaſſen. Laut und öffentlich hat ſich bei dieſem Anlaſſe die allgemeine Hochachtung ausgeſprochen, welche ſich dieſer Miniſter während ſeines zehnjährigen Aufenthaltes in dieſer Hauptſtadt durch ſeine ausgezeichneten Eigenſchaften ſowohl als durch ſein ſtets eben ſo weiſes als gefälliges Benehmen erworben hatte. — Am 22. d. M. iſt ein Theil der in Gallipoli ſtationirten ottomanniſchen Flotte, aus 1 Dreidecker, 3 Zweideckern, 2 Fregatten, 2 Briggs und 1 Kutter beſtehend, auf die Rhede von Konſtantinopel eingelaufen, und liegt bei Beſchicktaſch und Dolmabagtſche vor Anker. Der Großheer machte am 24. d. M. einen Beſuch am Bord des Admiralſchiffes Mahmudie. Der übrige Theil der Flotte, etwa noch aus zehn Schiffen beſtehend, iſt fortwährend zwiſchen Lampſaki und Gallipoli geankert. — Eine Katarrhal-Epidemie, mit Fieber und Magenbeſchwerden verbunden, herrſcht hier ſeit dem Eintritte der gelinderen Witterung, und veranlaßt ſehr viele Erkrankungen. Auch der Sultan wurde von derſelben befallen; doch waren Se. Hoheit in wenigen Tagen wieder hergeſtellt, und konnten am 22. d. M., als einem Freitage, öffentlich die Moſchee beſuchen. — Der königlich großbritanniſche Botſchafter, Lord Ponſonby, der ſeit geraumer Zeit erwartet wird, iſt noch nicht in dieſer Hauptſtadt angekommen; auch fehlt es an allen Nachrichten über die Fregatte Aktäon, an deren Bord er die Reiſe von Neapel hierher antreten ſollte. — Die öffentliche Ruhe hat, ungeachtet der Spannung der Gemüther ſeit dem Eintreffen der letzten Nachrichten aus Alexandria, nicht die mindeſte Störung erlitten.“

Nach ſpäteren, durch außerordentliche Gelegenheit eingegangenen Nachrichten aus Konſtantinopel vom 30. März, war der am 23. aus Alexandria zurückgekehrte Amedſchi-Efendi, Reſchid Bei, in Begleitung des erſten franzöſiſchen Botſchaftsſecretärs, Hrn. von Varennes, in das Hauptquartier Ibrahim Paſcha's abgegangen, um über die von Mehmed Ali der Pforte gemachten, gegen Halil Paſcha ausgeſprochenen Pacifications-Vorſchläge zu unterhandeln.

Großbritannien und Irland.

In der Sitzung des Oberhauſes vom 1. April wurden abermals eine Menge Petitionen um ſtrengere Feier des Sonntags vorgelegt. Lord Ellenborough nahm Gelegenheit zu bemerken, die Meinung des Landes über dieſen Punct ſpreche ſich ſo einſtimmig aus, daß die Regierung nicht umhin könne, ein Geſetz über dieſen Gegenſtand vorzuſchlagen. Die vom Unterhaus amendirte Bill zur Unterdrückung der Unruhen in Irland war an der Tagesordnung. Mehrere Tories, Lord Eldon, Herzog von Wellington, erklärten, nach den im Unterhauſe vorgenommenen Modificationen könne die Bill zu nichts mehr helfen. Graf Grey vertheidigte dieſe Modificationen, welche dem Grundſatze der Bill keinen Eintrag gethan hätten, und bemerkte zugleich, der Zuſtand der Dinge habe ſich ſeit der bloßen Ankündigung der Bill ſchon ſehr gebeſſert. Bei Abgang der Poſt war die Sitzung noch nicht zu Ende.

In der Sitzung des Unterhauſes legte Sir E. Codrington eine Petition der Eigenthümer des Themſe-Tunnels vor, welche um Unterſtützung von Seiten des Staates baten, um ihr Werk zu vollenden, für das ſie ſchon 170,000 Pf. ausgegeben hätten. Auf Anrathen des Sprechers nahm Sir E. Codrington die Bill, welche in Form einer Privatbill abgefaßt war, zurück, um ſie als eine public Bill wieder einzubringen. Lord Althorp kündigte an, daß er am Mittwoch (3.) auf die Vertagung des Hauſes antragen werde. An der Tagesordnung war, daß ſich das Haus in eine Committee über die iriſche Kirchenreformbill umwandle. Hr. Johnſtone machte den ſchon oft erwähnten Einwurf gegen die Anweſenheit katholiſcher Mitglieder bei dieſer Sache, indem ſie allzu ſehr perſönlich dabei intereſſirt ſeien, und übrigens das Concilium von Trient die Katholiken von der Verpflichtung entbinde, Treu und Glauben zu halten, wenn ſie es mit Ketzern

zu thun hätten, oder wenn es ſich um die Intereſſen ihrer Kirche handle! Hr. O'Connell wies dieſen, nur aus grober Unwiſſenheit hervorgegangenen, Angriff mit Entrüſtung zurück, und erklärte, daß er kein Conciliendecret kenne, das Katholiken hierzu berechtige. Dieſer Zwiſchenfall hatte indeß keine weiteren Folgen, das Haus verwandelte ſich in ein Committee und der Speecher verließ ſeinen Sitz.

Der Morning-Herald vom 2. April enthält folgendes Schreiben aus Portsmouth vom vorhergehenden Tage: „Es geht irgendwo etwas Unheimliches im mittelländiſchen Meere vor; der Malabar von 74 Kanonen, Capitän Percy, hat Befehl erhalten, Geſchütz-Vorräthe dahin an Bord zu nehmen, worunter ſich ein Geſchenk von zwanzig metallenen 24Pfündern von Seite unſerer Regierung für den Großherrn befindet, die ſo ſchnell als möglich nebſt einem andern Geſchenke von eiſernen Kanonen, die in Malta abzuholen ſind, an ihn befordert werden ſollen. Der St. Vincent und die Britannia, beide von 120 Kanonen, ſind angewieſen, unverzüglich von Liſſabon zur Station im mittelländiſchen Meere abzugehen, indem unſere Regierung entweder die Anweſenheit ſo vieler franzöſiſcher Schiffe in dieſen Gewäſſern mit ſcheelen Augen anſieht, oder anderer Seits befürchtet, daß die Ruſſen die Dardanellen paſſiren. Der Warſpite von 74 Kanonen ſoll unverzüglich abgehen, wenn er ſegelfertig iſt, wo nicht, ſollen der Edinburgh oder der Bellerophon in dieſem Hafen, und der Thunderer von 84, zu Sheerneß, ſegelfertig gemacht werden. In jedem Falle müſſen wir, um uns auf gleichen Fuß mit andern Mächten zu ſetzen, acht Linienſchiffe in der Levante haben, wo in dieſem Augenblicke gar keines iſt, indem unſere Viceadmiralsflagge auf einer Fregatte weht."

Dem Grafen von Mulgrave (bis vor Kurzem unter dem Namen Lord Normanby, als Verfaſſer mehrerer Romane, Matilda u. ſ. f. bekannt), Gouverneur der brittiſchen Colonie Jamaika, woſelbſt bekanntlich gegenwärtig ſehr große Aufregung herrſcht, iſt am 28. Jänner eine Beſchimpfung widerfahren, deren Hergang von der Zeitung von St. Jago, wo dem edlen Grafen dieſe Unbill begegnete, auf folgende Weiſe erzählt wird: „Am gedachten Tage Abends kehrte ein Krämer, nebſt einigen Bekannten, von der Caſerne zurück, allwo ſie einer Muſterung des 77ſten Regimentes beigewohnt hatten; da begegneten ſie dem Gouverneur, welcher mit ſeiner Gemahlinn ſpazieren ging; gedachter Krämer fing, als er derſelben anſichtig wurde, laut zu ziſchen an, womit er einige Zeit fortfuhr, und dazwiſchen Schimpfworte ausſtieß. Als er befragt wurde, gegen wem ſothaner Unfug gerichtet wäre, ſagte er ganz unumwunden, „„ei, gegen wen anders denn, als gegen den Grafen da,"" welche impertinente Aeußerung von den Umſtehenden höchlichſt gemißbilligt wurde. Der Krämer, welcher mittlerweile bei ſeinem Laden angelangt war, rief zu guter Letzt noch, er ſei ein Colonialunioniſt, und wolle es bis zu ſeinem letzten Athemzuge bleiben. Nun entſpann ſich zwiſchen ihm und einem Hrn. G. Campbell ein Wortwechſel, in Folge deſſen der Krämer Stockhiebe von demſelben erhielt. Der Krämer verſetzte ihm dagegen einen Fauſtſchlag ins Geſicht, welches dadurch ſtark verletzt wurde. Dieſe Balgerei veranlaßte einen großen Zuſammenlauf; mehrere Leute wollten den Laden des Krämers ſtürmen, und vermaßen ſich hoch und theuer, ſie wollten ihn niedermachen; dieß dauerte eine geraume Zeit, bis es endlich der Behörde nach vielen Anſtrengungen gelang, dem Unfuge ein Ende zu machen."

Vor den Aſſiſen von Cork in Irland wurden am 23. März 25 Perſonen, meiſtentheils Pächter von gutem und anſtändigem Aeußeren, verhört, weil ſie angeklagt waren, zu Wallscourt in der Grafſchaft Cork ſich in aufrühreriſcher Abſicht zuſammengerottet zu haben; 9 davon wurden für ſchuldig befunden, und die übrigen 16 freigeſprochen. Die neun Schuldigen wurden zu gefänglicher Haft auf verſchiedene Zeitdauer und Alle zu Zwangsarbeit verurtheilt.

Am 29. März fand im brittiſchen Kaffehhauſe eine Verſammlung von Perſonen Statt, die bei der Liquidirung von Forderungen an Frankreich intereſſirt ſind, welche ſich noch aus der franzöſiſchen Revolution herſchreiben, wo das Eigenthum mehrerer in Frankreich wohnenden brittiſchen Unterthanen confiscirt wurde. Die Verſammlung beſchloß, bei der engliſchen Regierung einzukommen, daß dieſe ihre Anſprüche ſo bald als möglich ins Reine zu bringen bemüht ſeyn möge.

Conſols am 2. April 87⅞, ¾. — Am 3. April 88⅛.

Frankreich.

Am 2. April wurde, wie geſtern erwähnt, in der Deputirtenkammer die Discuſſion über die neuen Befeſtigungen von Paris fortgeſetzt. Der Marſchall-Kriegsminiſter konnte mit ſeinen Forderungen nicht durchdringen, ſo ſehr er auch ſtufenweiſe damit herunterging, bis endlich nur die bereits gemachten Ausgaben bewilligt wurden. Der Inhalt der Discuſſion läßt ſich, wie ſchon geſagt, auf zwei Fragen reduciren: 1) Iſt zu dieſen Befeſtigungen ein ſpecielles Geſetz nothwendig? Darüber erklärten ſich faſt alle Parteien einſtimmig. Deleſſert wie Odilon-Barrot, Dedelleyme wie Marſchall Clauzel meinten, daß nur in Folge eines Geſetzes die zu den Vertheidigungwerken nöthige Expropriation erfolgen dürfe. Marſchall Soult, der dieß anfangs zu beſtreiten geſucht hatte, verſprach endlich, daß in ganz kurzer Zeit ein ſpecielles Geſetz vorgelegt werden ſolle, nur möchte man einſtweilen die Ausgaben votiren, damit die Arbeiten nicht unterbrochen werden müßten. Dieß ward aber wieder bekämpft, um ſo mehr, als mehrere Militärs der Kammer (Clauzel, Rogniat, Demarçay ꝛc.) das angenommene Vertheidigungsſyſtem ſelbſt für fehlerhaft hielten, und ihm ein anderes ſubſtituirt wiſſen wollten. Marſchall Soult will detaſchirte Forts erbauen; ſeine Gegner ziehen eine fortlaufende Verſchanzungslinie mit Mauer und Graben vor. Einzelne Forts, ſagten ſie, hindern den Feind wenig, und ſchließen die ganze Bevölkerung von Paris von der Theilnahme an der Vertheidigung aus, während bei einer fortlaufenden Verſchanzungslinie alle Einwohner mit am Kampfe Theil nehmen können. Weiter wenden ſie ein, die einzelnen Forts könnten von einer freiheitfeindlichen Regierung gegen Paris ſelbſt gewendet, und zu eben ſo vielen Baſtillen umgeſchaffen werden; ferner könne der Feind, habe er einmal Paris eingenommen, ſich in dieſelbe werfen, und dieſelben als fortdauernde Zwingburgen der Hauptſtadt benutzen. Odilon-Barrot erinnerte, wie willkommen 1814 und 1815 ſolche Forts dem Feinde geweſen wären, „als er einige Male den Boden von Paris unter ſeinen Füßen brennen fühlte." — Den Einwurf, die Forts könnten gegen die Freiheit Frankreichs benützt werden, beantwortete Hr. Barthe, indem er ſich auf die Inſtitutionen des Landes und auf die conſtitutionelle Geſinnung der Miniſter berief. Ein Theil der Kammer lachte. Soult führte für ſein Vertheidigungsſyſtem Napoleon als Gewährsmann an; man hielt ihm Vauban entgegen, und ſuchte nachzuweiſen, daß Napoleon jene Anſicht detaſchirter Forts nur für eine vorübergehende Vertheidigung, nicht für eine bleibende vorgeſchlagen habe. Soult hatte für

Digitized by Google

die neuen Fortificationen 2,500,000 Fr. gefordert, und wollte ſich endlich mit 1,200,000 Fr. begnügen. Die Commiſſion beſtand aber darauf, daß bloß die bereits gemachten Ausgaben, im Belaufe des früher bewilligten Credits, d. h. bloß 895,000 Fr., zugeſtanden würden. Die Kammer nahm den letztern Vorſchlag faſt einſtimmig an. — Nun erhob ſich Hr. Viennet, indem er einige gegen ihn gerichtete ehrenrührige Artikel der Tribune vorlas, und den Redacteur dieſes Blattes vor die Schranken der Kammer geladen wiſſen wollte, ſich berufend auf einen Vorgang unter der Reſtauration, wo der Redacteur des Journal du Commerce einmal von der Kammer vorgeladen wurde. Hr. Rouille de Fontaine erinnerte, damals ſei Hr. Barthe (der gegenwärtige Siegelbewahrer) als Vertheidiger des angeklagten Redacteurs mit vor den Schranken erſchienen. Schallendes Gelächter erhob ſich. Hr. Laurence meinte, die Kammer ſollte ſich enthalten, gleichſam Richter in eigener Sache zu ſeyn; jedenfalls möge man die Sache einer Commiſſion zuweiſen, falls der Antragſteller ſie nicht ſelbſt zurückziehe; zwar ward eingewendet, man habe bei jenem Vorgange eine Commiſſionszuweiſung nicht für nöthig gehalten; dennoch trat die Kammer faſt einſtimmig Hrn. Laurence's Vorſchlage bei.

Am 3. April 5Percents Fin Courant geſchloſſen zu 101 Fr. 25. 3Percents Fin Courant geſchloſſen zu 77 Fr. 65. — Am 4. April 5Percents 100 Fr. 60. Fin Courant geſchloſſen zu 100 Fr. 95. 3Percents 77 Fr. 15. Fin Courant geſchloſſen zu 77 Fr. 30. — Am 5. April 5Percents 100 Fr. 95. Fin Courant geſchloſſen zu 101 Fr. 10. 3Percents 77 Fr. 25. Fin Courant geſchloſſen zu 77 Fr. 45.

Preußen.

Das neueſte Amtsblatt der königlich preußiſchen Regierung zu Aachen enthält Folgendes: „Des Königs Majeſtät haben mit Rückſicht darauf, daß im ſiebenten und achten Corpsbezirke die ganze Kriegsreſerve der Artillerie eingezogen geweſen und vor Kurzem erſt wieder entlaſſen worden iſt, mittelſt allerhöchſter Cabinetsordre vom 8. d. M. zu befehlen geruht, daß die Uebung der Landwehrartillerie pro 1833, in genannten beiden Corpsbezirken ſich auf die Uebung der Gardelandwehr-Artilleriecompagnie und auf die zu einer vierwöchentlichen Uebung einkommenden Artillerie-Kriegsreſervemannſchaften (ſechswöchentliche Kriegsreſerve-Rekruten werden nach Inhalt der allerhöchſten Cabinetsordre vom 6. v. M. pro 1833 nicht eingezogen) der Provinziallandwehr-Artilleriecompagnien beſchränken ſoll. Gedachte Beſtimmungen werden hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht. Aachen, den 1. April 1833. Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.“

Niederlande.

Das Amſterdamer Handelsblad enthält folgendes Schreiben aus dem Haag vom 2. April: „Die engliſchen und franzöſiſchen Journale haben ſeit einigen Tagen verſchiedene Gerüchte über die Unterhandlungen mit Hrn. Dedel verbreitet; nach dem einen ſoll ſich die Wahrſcheinlichkeit einer Ausgleichung täglich vermindern, nach dem andern die Unterhandlungen abgebrochen und der Geſandte auf der Rückkehr ſeyn. Ich kann Ihnen die feſte Verſicherung geben, und halte es zur Beruhigung der Nation für nöthig, Ihnen zu melden, daß alle dieſe Gerüchte völlig grundlos ſind, und ihren Urſprung nur der Sucht dieſer Journale, ihren Leſern auf Koſten der Wahrheit Neuigkeiten mitzutheilen, verdanken; oder auch dem Willen, in Holland Unruhe und Unzufriedenheit zu erwecken. Die neueſten hier eingegangenen glaubwürdigen Nachrichten aus London beſtätigen meinen Ihnen vor acht Tagen gelieferten Bericht, daß, nachdem man über Präliminarien ſich nicht verſtändigen, und Hr. Dedel einen Definitivtractat nur mit den fünf Mächten ſchließen konnte, die Geſandten der drei nordiſchen Höfe Inſtructionen verlangt haben, an deren Ankunft man nicht zweifelt, damit dieſe letzteren dem, zwiſchen Holland einer und Frankreich und England anderer Seits abgeſchloſſenen Vertrage beitreten können. Es kann daher wohl noch 8 bis 14 Tage dauern, bis die Antwort von Petersburg mit denen der andern Höfe in London eingegangen iſt. Nach aller Wahrſcheinlichkeit werden die Unterhandlungen ſchnell wieder beginnen. Was auch auswärtige Journale verbreiten mögen, unſere Regierung wünſcht nichts ſehnlicher, als das Ende des Streites und der unſichern Lage des Landes. Bereits hat über den Scheldezoll eine Annäherung von Seiten Englands und Frankreichs Statt gefunden. Größere Schwierigkeiten wird der Tranſit in Limburg haben; doch da Belgien eben ſo ſehr als wir das Ende des Streites wünſcht, ſo hoffen wir, daß es die Billigkeit dieſer Forderung erkennen, und ſich bereitwillig zur Ausgleichung zeigen wird. Das Gerücht wegen Verlegung der Conferenz nach einer andern Stadt iſt eben ſo grundlos, als das andere wegen Theilung Belgiens. — Die zu Gunſten der Beſatzung der Antwerpener Citadelle geſammelten Beiträge belaufen ſich bis heute auf 105,597 Gulden.“

Teutſchland.

Die Beilagen zur Frankfurter Oberpoſtamtszeitung vom 7. und 8. April (die wir durch außerordentliche Gelegenheit erhalten haben) geben folgende weitere Nachrichten über das Attentat vom 3. April: „Frankfurt, den 6. April. Auf den Promenaden hat man Brandracketen gefunden. — Die auf den Straßen gefundenen Dolche hatten das ſchwarz-roth-goldene Abzeichen. Auch die Schärpen der Meuterer hatten dieſe Farbe. — Die Tumultuanten folgten, wie Augenzeugen berichten, franzöſiſchem Commando; überhaupt ſtellt es ſich immer mehr heraus, daß man in Straßburg um das Attentat gewußt habe. — Ein hieſiger, aus dem Theater ruhig heimkehrender Gaſtwirth erhielt einen Bayonnetſtich in den Fuß. — Die Tumultuanten ſuchten die hieſigen Bürger durch den Zuruf zu gewinnen: „Kämpft mit für die Freiheit! In dieſem Augenblicke geht es in ganz Teutſchland los!“ Indeß hat man bis jetzt noch nicht gehört, daß ähnliche Attentate anderwärts, außer auf der benachbarten kurheſſiſchen Zollſtätte, Statt gehabt. — Die Frau des Verwalters auf der Conſtabler-Wache ſoll ebenfalls mißhandelt worden ſeyn. — Vom 7. April. Die Pläne der Meuterer, welche den Handſtreich am 3. April hier vollführten, treten allmählich ans Tageslicht. Es geziemt ſich nicht, der gerichtlichen Unterſuchung vorgreifend hier in Details einzugehen; nur ſo viel können wir bemerken, daß ſich aus dieſen Vorfällen mit der Zeit ein Bild herausſtellen wird, dem nichts als die Verwirklichung fehlte, um an die gräßlichſten Revolutionsgräuel zu erinnern, da Brand, Mord, Plünderung, Umſturz alles Beſtehenden und eine teutſche Republik als Schluß der Barricadenſcenen intentirt waren. — Während des ganzen geſtrigen Tages bis in die Nacht hinein wurden Gefangene eingebracht. Die meiſten ſind von den großherzoglich heſſiſchen und herzoglich naſſauiſchen Behörden ausgeliefert worden. Erſtere ſandten allein vier Wägen mit Studenten unter ſtarker Militärbedeckung hierher. — Die Wachen ſind fortwährend verdoppelt. — Einer der Anführer beim Angriff auf die Wache, Namens Zwick (früher Militär, dann Scribent beim Dr. Neuhof (vergl. den Artikel Darmſtadt)

Digitized by Google

und zugleich derjenige, der gemeinſame Fechtübungen veranlaßte), iſt geſtern an ſeinen Wunden geſtorben. — In Mainz iſt Alles bereit, um im ſchlimmſten Falle, was Gott verhüte, der Stadt Frankfurt militäriſche Hülfe zu leiſten. Auf der Landſtraße zwiſchen hier und Mainz ſind Relais von Kavallerie angebracht, um ſofort alle Vorgänge aufs Schnellſte nach Mainz berichten zu können. Schon um 6 Uhr Nachmittags am 3. April war ein Theil der Beſatzung von Mainz nebſt Kanonen bereit, nöthigenfalls nach Frankfurt aufzubrechen. Derjenigen ſich hier befindenden Einwohner Frankfurts, welche als thätig bei der Anzettlung der Verſchwörung und bei den Thaten am 3. April bezeichnet ſind, hat die Behörde ſich ſchon verſichert. — Viele der Tumultuanten waren unter falſchem Namen hier. — Unter den arretirten Studenten befindet ſich ein Hr. von Reizenſtein."

Die Frankfurter Oberpoſtamtszeitung vom 7. April enthält ferner nachſtehenden Artikel aus Frankfurt vom vorhergehenden Tage: „Dem Vernehmen nach iſt bereits eine Unterſuchung darüber eingeleitet worden, wie es den Meuterern gelingen konnte, ſich der beiden Wachen zu bemeiſtern, obwohl dieſelben vorher verſtärkt worden waren. Glücklicherweiſe waren in der Caſerne die nöthigen Vorbereitungen getroffen, das Bataillon ſtand bereit und ſo gelang es der Entſchloſſenheit des Linienmilitärs, ſo ſchnell die beiden Wachen wieder zu beſetzen. — Daß die Inſtigation zu dem Unternehmen von Frankreich, oder vielmehr von der liberalen Propaganda, die durch die teutſchen und polniſchen Flüchtlinge zahlreich recrutirt worden, ausgegangen, ſcheint, nach Briefen, außer allem Zweifel zu ſeyn. Eben ſo ſagt man, daß Rauſchenplatt von Straßburg aus hier zugegen geweſen ſei. Die Studenten, welche Nachts den Domthurm ſtürmten, hatten Morgens die Kirche und den Thurm, anſcheinend um die Merkwürdigkeiten des Gebäudes in Augenſchein zu nehmen, beſucht und ſich das Local gemerkt, um demnächſt ihre Abſichten verwirklichen zu können. — Fortwährend werden Arreſtanten hier eingebracht. Es ſind darunter Söhne aus den erſten Familien Teutſchlands. Es ergibt ſich nunmehr, daß viele Heidelberger Studenten an der Meuterei Theil genommen haben, überhaupt waren Badenſer, ſelbſt Bürger aus Carlsruhe dabei. Man erſieht daraus, daß das Ganze einem über Südteutſchland weit verzweigten Revolutionsprojecte diente. — Die gefallenen Soldaten werden neben einander beerdigt. Die Leichen dieſer unſchuldigen Schlachtopfer bieten einen herzzerreißenden Anblick dar."

Die Frankfurter Oberpoſtamtszeitung meldet aus Darmſtadt vom 5. April: „Sobald die Kunde von dem in Frankfurt verübten gräßlichen Attentate, welches ſo viel Erſtaunen als Entrüſtung erregte, hier anlangte, wurden an den Thoren die nöthigen Maaßregeln getroffen, der flüchtigen Verbrecher habhaft zu werden. Wirklich verhaftete man auch geſtern einen Dr. Nauhof (oder Neuhof) aus Frankfurt und vier Studenten als verdächtig. Einer der letzteren, man ſagt Rochau aus Braunſchweig, ſuchte den Polizeiofficianten zu entrinnen, und als dieſes mißlang, ſich den Kopf durch einen Piſtolenſchuß zu zerſchmettern. Bloß verwundet, wollte er ſich nun noch die Adern an den Knöcheln der Hände durchſchneiden, ſo daß er ſehr verletzt, doch nicht tödtlich krank, im Hoſpital liegt. Leider iſt Dr. Neuhof, von einem hieſigen Polizeibeamten nach Frankfurt transportirt, wie man hört, dort demſelben entſprungen. Aus Verzweiflung hierüber ſuchte jener Polizeibeamte, ein ſchon bejahrter Mann, nach ſeiner Rückkehr ſeinem Leben in der hieſigen großen Woge (einem Teiche in der Nähe der Stadt) ein Ende zu machen, wurde jedoch noch lebend wieder herausgezogen. — Man iſt ſehr begierig auf die nähere Enthüllung des in Frankfurt begangenen großen Verbrechens, welches die Freunde der Ordnung mit Abſcheu und Betrübniß erfüllt hat. Hier herrſcht die tiefſte Ruhe."

Die Hanauer Zeitung vom 4. April meldet: „Geſtern Abends wurde das kurheſſiſche Nebenzollamt zu Preungesheim von einem Haufen unbekannter Individuen überfallen. Nachdem ſolche die Papiere des Zollamtes vernichtet, und die Beamten die Zollſtätte verlaſſen hatten, zogen ſie ſich eiligſt wieder zurück. Die Bürgergarde zu Praunheim verſammelte ſich, um jedwede Gefahr von dem Zollhauſe abzuwenden und der Schuldigen habhaft zu werden, was jedoch nicht gelungen, ſo daß man bis jetzt den Thätern noch nicht auf die Spur gekommen iſt. Auf dieſe Nachricht begab ſich ſogleich der hieſige Oberzollinſpector nach dem beſagten Orte, um die dortige Zollbehörde wieder zu inſtalliren."

Wien, den 12. April.

Am 11. April d. J. feierte die hieſige Univerſität das jährliche Dankfeſt ihrer Reſtauration. Der k. k. geheime Rath, Kanzler der k. k. vereinigten Hofkanzlei, Freiherr von Pillersdorf, begab ſich als Stellvertreter des oberſten Kanzlers, Grafen von Mittrowsky, im feierlichen Zuge in die Kirche, und von da in den großen Univerſitätsſaal, um als k. k. Hofcommiſſär dieſer Feier beizuwohnen.

Am 12. April war zu Wien der Mittelpreis der

Staatsſchuldverſchreibungen zu 5pCt. in CM.	91⅛;
detto detto zu 4pCt. in CM.	81¼;
Darleh. mit Verlooſ. v. J. 1820, für 100 fl. in CM.	——;
detto detto v. J. 1821, für 100 fl. in CM.	133⅛;
Wiener-Stadtbanco-Obligat. zu 2½ pCt. in CM.	51⅛;
Conv. Münze pCt. ——;	

Bankactien pr. Stück 1179¾ in CM.

Von den „Notizen über Production, Kunſt, Fabriken und Gewerbe," herausgegeben durch das Ausſtellungsbureau aller Natur-, Kunſt- und Gewerbsproducte des öſterreichiſchen Kaiſerſtaates, iſt die zweite und dritte Lieferung erſchienen, die zu haben ſind im Ausſtellungsbureau, große Schulerſtraße Nr. 824, und in der Carl Gerold'ſchen Buchhandlung, am Stephansplatze in Wien. An beiden Orten wird auch Pränumeration auf dieſe Blätter angenommen, mit 1 fl. 15 kr. C. M. für 25 Druckbogen.

Hauptredacteur: Joſeph Anton Edler von Pilat.

Verleger: Anton Strauß ſel. Witwe in der Dorotheergaſſe Nr. 1108.

Das erſte Pferderennen auf der Simmeringer Haide findet heuer am 20. April Statt, das zweite am 23., das dritte am 30., das vierte am 3. Mai. — Die Liſte aller bis zum 10. April angeſagten Pferde iſt im Comptoir des Oeſterr. Beob. zu haben, woſelbſt auch am Vorabende jedes Rennens die eigentlichen Wettrennliſten zu finden ſeyn werden.

Nro. 104

W 1 ZETT 183

Oeſterreichiſcher Beobachter.

Sonntag, den 14. April 1833.

Meteorologiſche Beobachtungen vom 12. April.	Zeit der Beobachtung.	Barometer auf 0 Reaumur reducirt. Pariſer Maß.	Barometer auf 0 Reaumur reducirt. Wiener Maß.	Thermometer Reaumur.	Wind.		Witterung.
	8 Uhr Morg.	27.219	27Z. 11L. 8P.	+ 9.5	S.	ſtill.	dunſtig.
	3 Uhr Nachm.	27.152	27 10 10	+ 15.0	SO.	ſchwach.	Wolken.
	10 Uhr Abnds.	27.098	27 10 2	+ 8.0	SSO.	mittel.	trüb.

Portugal.

Aus Liſſabon ſind Zeitungen bis zum 23. März in London eingegangen, die den officiellen Detailbericht des Generals S. Lourenço über die Affaire vom 4. März enthalten, aus welchem hervorgeht, daß der Zweck des königlichen Befehlshabers hauptſächlich dahin ging, die Poſitionen und Werke des Feindes zu recognosciren. Er rühmt die Tapferkeit und das gute Verhalten ſeiner Offiziere und Mannſchaften und gibt ſeinen Verluſt auf 56 Todte, 216 ſchwer Verwundete und 126 leicht Verwundete an. Ferner enthalten dieſe Zeitungen Berichte desſelben Generals über andere erfolgreiche Operationen gegen den Feind, und melden, daß die Pedriſten drei ihrer bewaffneten Fahrzeuge auf dem Douro im Stich gelaſſen haben.

Die Times vom 1. April enthält folgende Correſpondenznachrichten aus Oporto vom 25. März, die mit dem Dampfſchiff Confiance in Falmouth angelangt waren:

„Oporto, den 25. März 1833.

Der Feind unternahm geſtern Morgens um 10 Uhr einen Angriff gegen eine Redoute, die wir in der Nacht zuvor auf der Anhöhe von Antao, gegenüber von Congregados und Bomfim, aufzuwerfen angefangen hatten. Zwiſchen 2 bis 3000 Mann rückten, gedeckt von einem Schwarm von Plänklern, in Colonne vor. Die Stellung wurde nur von drei Compagnien des fünften Jägerregiments vertheidigt, welche alsbald, ehe ſie Verſtärkung erhalten konnten, zum Rückzuge gezwungen wurden. Während des Geplänkels zerſtörte der Feind die Weinfäſſer, welche auf die Anhöhe hinaufgeſchafft worden waren, und verbrannte den größern Theil derſelben. Das heftige Feuer währete bis in die dritte Mittagsſtunde, wo der Marſchall den Befehl ertheilte, die Anhöhe wieder zu nehmen. Das erſte und zweite engliſche Bataillon, unter Anführung der Majore Sadleir und Brownſon, nebſt dem fünften Jägerregimente und drei Compagnien des dritten Infanterieregiments, unterſtützt von zwei Uhlanen-Escadrons, rückten nun vor, um die Fronte der Poſition wieder zu nehmen, während General Schwalbach mit dem neunten Infanterieregiment, drei Compagnien des 10ten, und einer Compagnie des 12ten Jägerregiments, unterſtützt von einer Escadron des 10ten Reiterregiments, von der Vallongoer Straße her in der linken Flanke des Feindes die Anhöhe zu gewinnen ſuchte. Major Sadleir ſtürzte, während er an der Spitze ſeines Bataillons die Anhöhe erſtürmte, ſchwer verwundet nieder, durch welchen Umſtand ſeine Leute die Faſſung verloren und zurückwichen. Sie wurden jedoch von dem Major Brownſon, deſſen Bataillon in beſter Haltung vordrang, ſchnell wieder geſammelt, erſtürmten die Anhöhe mit gefälltem Bayonnet, richteten unter dem Feinde ein großes Gemetzel an, und machten einen Offizier nebſt mehreren Gemeinen, zu Gefangenen. Der Feind machte ſpäter zwei Verſuche die Anhöhe wieder zu nehmen, wurde aber mit einem geringen Verluſte von unſerer Seite zurückgeſchlagen. Der Feind litt auf dieſem Puncte großen Verluſt, weil ihn der raſche Ungeſtüm unſeres Vordringens an der Rückkehr zu ſeinen Colonnen hinderte, deren Fronte und Flanke einem heftigen Feuer ausgeſetzt waren; dem General Schwalbach, deſſen Corps die Kuppe der Anhöhe auf der linken Flanke des Feindes erreichte, fielen 45 Gefangene in die Hände. Unſer Verluſt iſt, wenn man die Länge der Zeit, während welcher das Feuer anhielt, in Anſchlag bringt, unbedeutend, nämlich fünf Offiziere und 17 Gemeine, welche geblieben, und neun Offiziere und 70 Gemeine, welche verwundet worden ſind. Von brittiſchen Offizieren wurde Major Sadleir, Capitän Wright und der Adjutant Tury ſchwer, der Capitän Harley, die Fahnenjunker Bourke, Cadogan und Young und der Volontär Kennedy leicht verwundet. Major Sadleir hat einen ſehr bedenklichen Schuß durch die Bruſt erhalten. Capitän Wright ſoll bereits geſtorben ſeyn. Während dieſes auf unſerem rechten Flügel vorging, hatte der linke ebenfalls vollauf zu thun, weil der Feind gleichzeitig den Leuchtthurm, die Redoute Saldanha's und die Paſtelleira angriff. Derſelbe ward auf die, dem Saldanha eigene Weiſe empfangen, d. h. man ließ ihn bis auf Piſtolenſchußweite herankommen, und bewillkommte ihn erſt dann mit einem mörderiſchen Feuer aus dem ſchweren Geſchütze, dem Kleingewehr und mit Kartätſchen, ſo daß er ſchleunigſt zur Umkehr gezwungen ward. Da unſere Leute gedeckt waren, der Feind aber dem Feuer bloßgeſtellt war, ſo erlitt er einen großen Verluſt. Unſer Verluſt auf dieſem Puncte betrug 27 Mann an Todten und Verwundeten, mit Einſchluß eines Offiziers. Das Reſultat des Treffens kann folgendermaaßen angegeben werden: die vollſtändige Zurückwerfung des Feindes gegen S. João da Foz und die Wiederbeſitznahme unſerer Poſition auf den Höhen von Antao, wo unſere Schildwachen nun da ſtehen, wo geſtern die feindlichen ſtanden. — Der Verluſt des Feindes wird auf 7 bis 800 Mann geſchätzt. — Ueber andere Puncte iſt wenig zu ſagen, außer daß in den beiden letzten Tagen äußerſt wenig Lebensmittel gelandet ſind, weil fünf Bootsleute beim Vorüberfahren vor der Barre verwundet worden und geſtorben ſind, und von Matozinhos Kanonierboote gekommen waren, welche ein mit Proviant geladenes Fahrzeug, das auf der Rhede vor Anker lag, genommen haben; ein zweites, welches vermißt wird, dürfte ebenfalls genommen worden ſeyn. Die feindlichen Truppen haben nun faſt auf den äußerſten

Digitized by Google

Puncten der Dünen bei Cabodello eine Bruſtwehr errichtet, von wo aus ſie jedes Fahrzeug, das ſich über dir Barre wagt, in den Grund ſchießen konnen. Ein erſt heute promulgirtes, aber ſchon früher verlautbartes Deeret hat großes Mißvergnügen erweckt; es lautet nämlich dahin, daß auf alle Weinvorräthr (portugieſiſches Eigenthum) für den Bedarf der Armee und der Stadt Beſchlag gelegt werden ſoll. Der Wein ſoll geſchätzt werdrn; die Eigenthümer ſind aber unzufrieden, weil ſir mit der Bezahlung — leer auszugehen fürchten.“

„Auf der Höhe von Oporto, am 25. Nachts um 10 Uhr.

„Heute Morgens erſchien das Dampfſchiff Confiance vor der Barre, und da ich entſchloſſen war, dieſe Gelegenheit, nach England zu gehen, nicht fahren zu laſſen, ſo ließ ich mich von dem Barreboot zu demſelben hinführen undlangte um 3 Uhr am Bord desſelben an. Ich ſah den Offizier, welcher die Depeſchen von Vigo gebracht hatte, und ſand, daß Admiral Sartorius ſein Wort gehalten hatte. Ich erfuhr, daß in drm Augenblicke, wo ſein Schiff Anker geworfen hatte, Sir John Doyle nebſt einigen Perſonen an Bord der Feegatte Rainha kam, wo er den Admiral Sartorius traf. Ee ſprach ihn ſogleich mit den Worten an: „Admiral Sartorius! Sie ſind mein Gefangener!“ Dieſer erwiederte wenig; allein das Blatt wendete ſich raſch; denn der arme Sir John fand zu ſeinem nicht geringen Erſtaunen, daß er ſelber mit ſeinem Gefolge gefangen ſei; denn ſie wurden auf Befehl des Admirals augenblicklich feſtgenommen, und mußten in den Schiffsraum hinabſpazieren, wo ſie nun eingeſperrt ſind. Der Capitän Crosbie, welcher an die Stellr des Admirals zu treten angewieſen war, befindet ſich ebenfalls in Haft und ſoll vor ein Kriegsgericht geſtellt werden. Es hatte aber dabei nicht ſein Bewenden, denn noch vor Einbruch des Abends ſahen wir das Geſchwader des Sartorius von Norden herkommen und ſich dicht bei uns vor Anker legen. Ich zweifle gar nicht, daß das Geſchwader vor dir Stadt geſegelt iſt, um die Befriedigung ſeiner Forderungen mit Gewalt zu erzwingen. In dieſer Meinung beſtärkt mich die Aeußerung des Admirals, daß Dom Pedro wohlgethan hätte, ſich beſſer in Acht zu nehmen, und eingedenk zu ſeyn, daß er ſich ſchon einmal durch ein ähnliches ungerechtes Benehmen, wie er jetzt gegen die Flotte ausübe, eine Blockade durch ſeine eigene Eseadre (durch Lord Cochrane) zugezogen habe, und daß er hätte bedenken ſollen, es ſeien noch andere Leute auf der Welt, welche Lord Cochrane’s Beiſpiel nachzuahmen die Luſt und den Willen hätten. Der Rubikon iſt nun überſchritten und die Eseadre muß befriedigt werden, oder Oporto wird blockirt, ohne daß der eigentliche Feind eine Hand rührt. Es liegen 20 Schiffe auf der Außenrhede, welche einen beträchtlichen Theil ihrer Ladung noch nicht gelöſcht haben, und ehe Sartorius zufriedengeſtellt iſt, wird er keinem Lichterfahrzeuge vom Lande her den Zutritt verſtatten.“

Großbritannien und Irland.

Das Oberhaus beſchäftigtr ſich, wie bereits erwähnt, in ſeiner Sitzung vom 1. April auf den Antrag des Grafen Grey mit den Amendements, wrlche das Unterhaus mit der Bill zur Unterdrückung drr Unruhen in Irland vorgenommen hatte. Die meiſten derſelben wurden ohne weitläufige Debatten angenommen. Nur das Amendement zur vierten Clauſel, wodurch feſtgeſetzt wird, daß der Lordlieutenant nicht die Macht haben ſoll, wegen Nichtbezahlung der Zehnten die Bill in Kraft zu ſetzen, veranlaßte einen lebhaften Widerſtand. Graf Grey geſtand gleich ſelbſt ein, daß er dieſes Amendement nur ungern vorſchlage. Er hoffe indeſſen, daß der Unterſchied, der dadurch in der Wirkung der Bill hervorgebracht würdr, Ihren Herrlichkeiten nicht Anlaß geben werdr, die ganze Maaßregel zu verwerfen. Der Herzog von Wellington eeklärte ſich gegen das Amendemrnt, weil dasſelbe einen hochſt unpaſſenden Unterſchied zwiſchen Kirchen- und anderem Eigenthume mache, und die Geiſtlichkeit des Schutzes beraube, den alle andern Claſſen der Geſellſchaft genoſſen, und weil die ganze Bill dadurch unwirkſam gemacht würdr. Dieß wollte zwar der Lordkanzler nicht zugeben, er geſtand aber doch, daß er, mit aller Achtung für das Unteehaus, keinen genügenden Grund für das Amrndement entdecken, und daß er daher auch zur Vertheidigung desſelben nichts ſagen könne, als daß man dieſer einzigen Mangelhaftigkeit halber nicht die ganze Bill fallen laſſen dürfe. Der Graf von Harrowby tadelte auch das Amendement beſonders deßhalb, weil es einen Unterſchied zum Nachtheil des Kircheneigenthums aufſtelle; um dieſem Uebelſtande abzuhelfen, ſchlug er vor, daß man hinter dem Worte Zehnten noch die Worte „Pachtgelder oder Steuern“ einſchalten ſollte. Nachdem der Lordkanzler bemerklich gemacht hattr, wie die Bill durch ein ſolches Amendement der Gefahr der Unwirkſamkeit noch weit mehr ausgeſetzt weede, und ſich demſelben widerſetzt hatte, wurde dasſelbe durch 85 Stimmen gegen 45 verworfen, und die übrigen Amendements des Unterhauſes darauf ſämmtlich genehmigt.

In der Sitzung des Oberhauſes vom 2. April iſt der irländiſchen Bill die königliche Zuſtimmung ertheilt worden. Die damit beauftragten Commiſſarien waren der Lordkanzler, der Marquis von Lansdowne und der Herzog von Richmond.

In der Sitzung des Unterhauſes vom 1. April trug Lord Althorp, ſeiner Anzeige gemäß, darauf an, daß ſich das Haus in einen Ausſchuß verwandeln möge, um die Bill wegen Reform der Kirche in Irland in Ueberlegung zu nehmen. Hr. A. Johnſtonr verlangte, daß zuerſt der Eid verleſen würde, den die katholiſchen Mitglieder beim Eintritt in dieſes Haus ablegten, indem er behauptete, daß dieſelben duech dieſen Eid von der Theilnahme an der Debatte über den in Rede ſtehenden Gegenſtand ausgeſchloſſen würden, indem ſie ſich verpflichtet hätten, an keiner Erörterung über die proteſtantiſche Kirche Theil zu nehmen. Dieſe und einige andere Bemerkungen des genannten Mitgliedes über die Unzuverläſſigkeit des von einem Katholiken geleiſteten Eides, rieſen eine ſehr heftige Erwiederung des Hrn. O’Connrll hervor. Er wies die Behauptung des vorigen Redners, daß dir Katholiken ſich an keinen Eid gebunden glaubten, den ſie gegen Proteſtanten abgelegt hätten, mit Wärme zurück, und eeklärte drrgleichen Doeteinen, die an John Knox erinnerten, der jetzigen Zeit für unwürdig. — Lord Althorp bemerkte, daß in der Bill zur Emancipation der Katholiken eine Clauſel vorgeſchlagen worden ſei, welche darauf berechnet geweſen wäee, die katholiſchen Mitglieder von allen Verhandlungen auszuſchließen, die ſich lediglich auf die Kirche bezogen. Da aber das Haus jene Clauſel verworfen habe, ſo hätten die katholiſchen Mitglieder eben ſo viel Recht als die proteſtantiſchen, an jeder ſich im Parlamente erhebenden Debatte Theil zu nehmen. (Hört! hört!) Das Haus bildete darauf einen Ausſchuß. — Lord Althorp ſagte, daß der Gegenſtand der Beſchlüſſe, welche er jetzt vorzulegen gedenke, ſchon bei einer früheren Gelegenheit ausführlich von ihm erortert worden ſei, und er wolle daher die Zeit des Hauſes nicht durch unnütze Wiederholungen in Anſpruch nehmen. Eine einzige Bemerkung

Digitized by Google

müſſe er indeſſen noch machen. Das Haus werde ſich erinnern, daß ein Theil des von ihm vorgeſchlagenen Planes in der Abſchaffung der Kirchenſteuer (church cess) beſtehe. Wenn die eingebrachte Bill angenommen würde, ſo würde es dennoch an Zeit fehlen, jene Steuer ſchon in dieſem Jahre abzuſchaffen. Da es aber, in Betracht des Zuſtandes der Dinge in Irland, wünſchenswerth wäre, daß die Erhebung der Steuer ſo bald als moglich aufhöre, ſo zeige er an, daß die Regierung für die Abſchaffung derſelben durch andere Mittel ſorgen werde. Lord Althorp trug demnächſt auf folgende Beſchlüſſe an: 1) Der Ausſchuß iſt der Meinung, daß es zweckmäßig ſei, den Lordlieutenant von Irland zu ermächtigen, geiſtliche Commiſſarien zu ernennen, um diejenige Acte, welche im Laufe der gegenwärtigen Seſſion zur Veränderung oder Verbeſſerung der Geſetze über die zeitlichen Beſitzthümer der Kirche in Irland angenommen werden dürfte, in Ausführung zu bringen; und daß der Lordlieutenant ferner zu ermächtigen ſei, dieſen Commiſſarien, wenn ſie nicht Biſchöfe ſind, eine ihm paſſend ſcheinende Entſchädigung auszuwerfen. 2) Der Ausſchuß iſt der Meinung, daß es zweckmäßig ſei, Beſtimmungen zu erlaſſen, um die Abgabe der Erſtlingsfrüchte in Irland abzuſchaffen, und an deren Stelle eine jährliche Steuer auf alle Bisthümer und Erzbisthumer und auf alle Pfründen und geiſtliche Einkommen über 200 Pf. jährlich zu legen, welche Steuer zum Bau und zur Reparatur von Kirchen, zur Vermehrung der kleineren Pfarrgehalte und zu anderen die Beförderung der Religion beabſichtigenden Zwecken verwendet werden ſolle. 3) Der Ausſchuß iſt der Meinung, daß alle Kirchſpielsabgaben, welche bisher zu den eben erwähnten Zwecken erhoben wurden, abgeſchafft werden ſollten, und daß alle Geſetze, Statuten oder Gebräuche, worauf ſich ſolche Abgaben gründen, aufgehoben werden ſollten. — Die Debatte wurde hierauf über dieſe Beſchlüſſe eröffnet. Hr. Lefroy ſprach ſich gegen dieſelben aus. Er ſah in den vorgeſchlagenen Veränderungen eine offenbare Beraubung der Geiſtlichkeit, und ſuchte darzuthun, daß dieſelben mit dem Krönungseide im Widerſpruche ſtänden. Hr. Shiel dagegen behauptete, daß das Parlament ein unbeſtreitbares Recht habe, über das Eigenthum der Kirche zu ſchalten; dieß ſei ein in allen Ländern anerkannter Grundſatz, und kühne und offene Ausführung desſelben werde der Regierung in Irland mehr Nutzen ſtiften, als alle Zwangsmaaßregeln der Welt. Hr. Macauley trat mit wenigen Worten zur Vertheidigung der Beſchlüſſe auf. Er ließ es ſich beſonders angelegen ſeyn, den Einwand, daß der Krönungseid dadurch verletzt würde, zu entkraftigen, indem jener Eid nie verbieten könne, mit Uebereinſtimmung des Parlamentes Veränderungen in den beſtehenden Geſetzen vorzunehmen. Sir Robert Peel erklärte ſich gegen die Beſchlüſſe, welche, wie er ſagte, die Noth der irländiſchen Geiſtlichkeit aufs Höchſte ſteigern würden. Er wurde mitten in ſeiner Rede auf eine ſeltſame Weiſe unterbrochen. Es erſchien nämlich plötzlich ein Fremder mitten im Hauſe, ſchritt mit feierlichem Weſen auf die Tafel zu, und rief: „Halt, Sir Robert Peel!“ Während viele Mitglieder laut nach dem Serjeant-at-Arms riefen, wandte ſich der Fremde gegen die Gallerie und ſagte mit lauter Stimme: „Ich bin ein unglücklicher Irländer; mein Name iſt Dillon. Ich ſuchte Gerechtigkeit bei Lord Grey, und auf ſeinen Befehl bin ich vergiftet worden!“ Die mittlerweile herbeigeeilten Beamten des Hauſes bemächtigten ſich hierauf des Hrn. Dillon und führten ihn ins Gefängniß ab. — Nachdem ſich die durch dieſen Vorfall im Hauſe hervorgebrachte Aufregung einigermaaßen gelegt hatte, ſetzte Sir Robert ſeinen Vortrag fort. Nach Beendigung desſelben wurde der erſte Beſchluß ohne Abſtimmung angenommen, die Berathung über die beiden andern aber auf den folgenden Tag verſchoben. — In der Zwiſchenzeit war ein Arzt herbeigerufen worden, der den Zuſtand des Hrn. Dillon unterſucht hatte, und dem Hauſe berichtete, daß er denſelben für wahnſinnig halte. Da ſich niemand fand, der Hrn. Dillon kannte, ſo wurde beſchloſſen, denſelben bis zum andern Tage in Gewahrſam zu halten, und dann zur weiteren Erörterung des Falles vor der Barre des Hauſes erſcheinen zu laſſen.

Am 4. März langte das engliſche Schiff Rover, von 18 Kanonen, mit dem Oberſt Campbell an Bord, der von der großbritanniſchen Regierung beauftragt iſt, den Paſcha von Aegypten zur Einſtellung ſeiner Feindſeligkeiten gegen den Großherrn zu bewegen, in Gibraltar an, und ſetzte am folgenden Tage ſeine Fahrt nach Alexandria fort.

Der Globe vom 3. April enthält in Bezug auf die orientaliſchen Angelegenheiten folgenden Artikel: „Das Benehmen der franzöſiſchen Regierung hinſichtlich der türkiſch-ägyptiſchen Angelegenheiten ſteht in vollkommenem Contraſte mit dem einer andern großen Macht. Die größte Offenheit in Mittheilung ihrer Abſichten und Bewegungen an Oeſterreich und Großbritannien, und die unwandelbare Aeußerung ihres Wunſches, im Einvernehmen mit unſerm Miniſter zu handeln, muß für dieſe Höfe befriedigender ſeyn, als die Zurückhaltung und der Mangel an Einverſtändniß, worüber man ſich in Beziehung auf eine andere Partei zu beklagen hat.“

An der Londoner Börſe vom 2. d. M. zeigte ſich viel Vertrauen zu den öffentlichen Fonds und zwar, wie man vernimmt, ſowohl wegen der geringen Oppoſition, welche die abgeänderte irländiſche Bill im Oberhauſe gefunden, was als ein günſtiges Zeichen für die Stabilität des Miniſteriums gilt, als wegen neuerer Gerüchte, die ſich in Bezug auf den Stand der holländiſch-belgiſchen Angelegenheiten verbreitet hatten. In der am 1. Statt gehabten Conferenz ſollen nämlich in dieſer Beziehung einige bedeutende Annäherungen zu einem endlichen guten Ausgange wahrgenommen worden ſeyn. Daß daran nicht allgemein geglaubt wird, wird indeſſen nicht auffallen, wenn man bedenkt, wie oft man ſich bereits in dieſer Hinſicht getäuſcht hat. Die Conſols ſind um ⅛ pCt. geſtiegen. Holländiſche Fonds waren zwar ebenfalls mehr geſucht, doch hat eine Steigerung des Kurſes, wegen des bedeutenden Ueberfluſſes holländiſcher Staatspapiere, die ſich an der Londoner Börſe jetzt befinden, nicht Statt gefunden. Portugieſiſche Obligationen (Dom Pedro's) waren in Folge der aus Oporto angekommenen Nachrichten mehr angeboten als geſucht.

Frankreich.

Durch königliche Ordonnanz vom 30. März, vom Kriegsminiſter contraſignirt, werden nachbenannte Generäle und ein Oberſt, weil ſie den durch das Geſetz vorgeſchriebenen Eid nicht geleiſtet haben, als Demiſſionäre erklärt: Die HH. Duc de Guiche, Duc d'Escars, Vicomte de Saint-Prieſt, Baron de Damas, Fürſt von Croy-Solre, Generallieutenants; — die HH. Vicomte de Bertier, Marquis de Rougé, Marquis d'Espinay Saint-Luc, Graf de Larochejacquelin, Marquis de Conflans, Baron Croſſard, Duc de Polignac, Graf de Breon, Marquis de Coislin, Graf de Mesnard, de Saint-Hubert, Maréchaux-de-Camp, und Hr. de Levis Duc de Ventadour, Oberſt.

In der Sitzung der Deputirtenkammer vom

Digitized by Google

3. April wurde eine Reihe von Berichten über Geſetzentwürfe erſtattet, der wichtigſte, von Hrn. von St. Cricq, über das neue Zollgeſetz. Der Berichterſtatter, bekanntlich ſtets ein Vertheidiger hoher Zölle, verſchaffte ſeinen Grundſätzen auch dießmal das Uebergewicht, ſo daß die Commiſſion die meiſten Zollerleichterungen, welche die Regierung in ihrem neuen Geſetzentwurfe vorgeſchlagen hatte, verwarf, namentlich die für Teutſchland ſo wichtige Zollverminderung von Schlachtvieh, Pferden und Schafen. Die Commiſſion wollte, daß ganz die alten hohen Zölle beibehalten würden. — Hr. Thiers legte, weil der Kriegsminiſter unwohl ſei, den verſprochenen Geſetzentwurf über die Befeſtigungsarbeiten von Paris vor, wornach zu dieſen Arbeiten ein Credit von 35 Millionen gefordert wird. Der Entwurf war ohne Motivirung. „Es ſchien uns,“ ſagte Hr. Thiers, „daß die ganze Auseinanderſetzung der Motive in der geſtrigen und vorgeſtrigen Discuſſion liege.“ (Gelächter.) — Sodann nahm die Kammer die Discuſſion über das Kriegsbudget wieder auf. Das 9te Capitel. — Militärſchulen, 2,045,000 Fr., worunter die polytechniſche Schule mit 719,000 Fr. — wurde unverändert angenommen. — Unter den temporären Ausgaben, 6,450,000 Fr. — bemerkt man eine Summe von 200,000 Fr., Unterſtützung für ägyptiſche Flüchtlinge. Unverändert angenommen. — Invaliden 3,108,000 Fr. Angenommen. — Verſchiedene unvorgeſehene und geheime Ausgaben, 2,156,500 Fr. (faſt ausſchließlich auf die Occupation von Algier und Morea bezüglich). Hr. von Sade ſprach gegen alle Coloniſation, vor Allem gegen die von Algier. Marſchall Clauzel ſetzte die Wichtigkeit Algiers und das, was daſelbſt hätte geſchehen ſollen, auseinander.

In der Sitzung der Deputirtenkammer vom 4. April wurde von Hrn. Perſil im Namen der Commiſſion, welche die Reclamation des Hrn. Viennet gegen zwei Artikel der Tribune vom 2. d. M. zu prüfen hatte, Bericht erſtattet. Der Antrag der Commiſſion ging dahin, daß der Gerant der Tribune, Hr. Lionne, vor die Barre geladen, und mittelſt ſchwarzer und weißer Kugeln über die Strafbarkeit, und mittelſt geſchriebener Zettel über die Anwendung der Strafe votirt werden ſolle. Die Debatte über dieſen Antrag wurde auf Montag den 8. feſtgeſetzt.

In der Pairskammer erſtattete am 3. d. M. Hr. von Barante ſeinen Bericht über den Geſetzentwurf hinſichtlich der Organiſation der Generalconſeils der Departements, und der Bezirksconſeils. Die mit Prüfung dieſes Geſetzentwurfes beauftragte Commiſſion hat ſehr viele Modificationen vorgeſchlagen.

Preußen.

Am 7. April Früh um ¾ auf 1 Uhr endete ſeine irdiſche Laufbahn im 58ſten Lebensjahre Se. Durchlaucht der Fürſt Anton Radziwill, königlicher Statthalter im Großherzogthume Poſen, in Folge eines hitzigen Fiebers, dem plötzlich ein Nervenſchlag beitrat.

Niederlande.

Ein Schreiben aus dem Haag vom 2. April, im Amſterdamer Handelsblad, behauptet, aus guter Quelle verſichern zu können, daß die in engliſchen und belgiſchen Zeitungen enthaltenen Nachrichten über das Mißlingen der Sendung des Hrn. Dedel ungegründet ſeien; daß vielmehr zu erwarten ſtehe, die drei andern Mächte würden geſtatten, daß ihre Bevollmächtigten wieder mit denen Frankreichs und Englands zuſammenträten, und daß alsdann ein definitiver Friede nicht lange mehr ausbleiben werde.

Aus dem Lager bei Breda wird unterm 1. April gemeldet, die große Inſpection der Truppen ſcheine noch auf mehrere Wochen ausgeſetzt zu ſeyn. Dagegen ſind neue, vollſtändig ausgerüſtete Kanonierboote von Rotterdam nach Vlieſſingen abgegangen, um eine Station vor der Schelde einzunehmen. — Der Prinz-Feldmarſchall hat ſich aus dem Hauptquartier nach dem Haag begeben.

Unlängſt ward in einem belgiſchen Dorfe, nahe an der holländiſchen Gränze, von fünf Jägern des Capiaumont'ſchen Freicorps eine ſcheußliche Unthat vollbracht, indem ſie in das Haus eines dortigen Einwohners, eines Uhrenhändlers, einbrachen, ihn und deſſen Frau knebelten, die Tochter mißhandelten und ermordeten und darauf das Haus plünderten. Einige Einwohner des Dorfes ſuchten Hülfe bei den holländiſchen Vorpoſten, aber faſt in demſelben Augenblicke meldeten ſich jene Böſewichter als Ueberläufer. Sie wurden ſofort gebunden und in ſicheren Gewahrſam nach Eindhoven gebracht. Man fand vierzig Uhren und 400 fl. baar bei ihnen. Einige Tage vorher war ein anderer dieſer Geſellen, der eine Kirche beraubt hatte, ebenfalls durch die holländiſchen Vorpoſten gefänglich eingeliefert.

Belgien.

Die Repräſentantenkammer nahm in ihrer Sitzung vom 30. März einen Geſetzentwurf an, welcher beſtimmt, daß die Fünf- und Zehnguldenſtücke noch bis zum Schluſſe dieſes Jahres in allen öffentlichen Caſſen zu 47½ Cents per Franc angenommen werden ſollen, und ging dann zur Berathung der einzelnen Capitel des Budgets des Kriegsminiſteriums über. Das Gehalt des Miniſters wurde auf den Vorſchlag der Commiſſion von 25,000 Fr. auf 24,800 Fr., alſo um 200 Fr. (circa 50 Rthlr.) herabgeſetzt. Das Gehalt aller übrigen Beamten beträgt 160,000 Fr., und wurde um 12,490 Fr. ermäßigt. Für den Generalſtab wurden 665,917 Fr., für die Militär-Intendantur 161,106 Fr., und für die Artillerie 6,694,180 Fr. bewilligt, worauf die Discuſſion auf den folgenden Tag verſchoben wurde.

Die Repräſentantenkammer ſetzte in ihren Sitzungen vom 1. und 2. April die Berathungen über die einzelnen Capitel des Budgets des Kriegsminiſteriums fort. Demnächſt legte der Kriegsminiſter einen Geſetzentwurf zur Verlegung der Militärſchule von Brüſſel nach Lüttich vor. Die verlangten Koſten zur Ausbeſſerung der Citadelle von Antwerpen gaben zu einer ausführlichen Discuſſion Anlaß, in welcher mehrere Mitglieder den Wunſch zu erkennen gaben, daß die nach der Stadt zu liegenden Feſtungswerke demolirt werden möchten.

Am 13. April war zu Wien der Mittelpreis der Staatsſchuldverſchreibungen zu 5 pCt. in CM. 91 9/16;
detto detto zu 4 pCt. in CM. 82¼;
Darlehen mit Verlooſ. v. J. 1820, für 100 fl. in CM. 188 7/16;
detto detto v. J. 1821, für 100 fl. in CM. 134;
Wiener Stadtbanco-Obligat. zu 2½ pCt. in CM. 52;
Kurs auf Augsburg für 100 Gulden Curr., Gulden 98½ Br. Uſo. 2 Monat. — Conv. Münze pCt. ——;
Bankactien pr. Stück 1192 4/10 in C. M.

Hauptredacteur: Joſeph Anton Edler von Pilat.

Verleger: Anton Strauß ſel. Witwe in der Dorotheergaſſe Nr. 1108.

Digitized by Google

Nro. 105

Oeſterreichiſcher Beobachter.

Montag, den 15. April 1833.

Meteorologiſche Beobachtungen vom 13. April.	Zeit der Beobachtung.	Barometer auf 0° Reaumur reducirt. Pariſer Maß.	Wiener Maß.	Thermometer Reaumur.	Wind.		Witterung.
	8 Uhr Morg.	27.100	27 Z. 10 L. 2 P.	+ 8.8	S.	ſtark.	trüb.
	3 Uhr Nachm.	27.045	27 9 6	+ [illegible]	S.	—	—
	10 Uhr Abends.	[illegible]	27 9 8	+ 6.0	S.	—	—

Türkei.

Der Eclaireur de la Mediterannée (ein zu Toulon erſcheinendes Journal) gibt folgende Nachrichten aus Alexandria vom 11. März, die durch den Kriegsbrigg Cygne mitgebracht worden waren: „Die Dinge ſcheinen verwickelter zu werden, und die Ausſicht auf den Frieden iſt etwas in den Hintergrund getreten. Der Paſcha von Aegypten verlangte die vier Paſchaliks von Syrien, und zwei Diſtricte von Caramanien; er begehrte, daß es ihm freiſtehen möge, ſo viel Land- und Seemacht zu halten, als er nöthig finde; er verlangte ferner, daß ſeine Statthalterſchaft erblich in ſeiner Familie gemacht und daß nach ſeinem Tode ſein Sohn Ibrahim ſein Nachfolger werde; unter dieſen Bedingungen willigte er ein, der Pforte einen Tribut zu bezahlen. Man erwartete hier, daß der Sultan durch Frankreichs und Englands Intervention dieſe Bedingungen um ſo bereitwilliger annehmen würde, als ihm wohl bekannt war, daß Ibrahim Paſcha, nach den von ihm errungenen Siegen, nicht gehindert werden konnte, gegen Konſtantinopel vorzurücken, und daß er ſeinen Marſch nur in Folge der Befehle ſeines Vaters eingeſtellt habe; unſere Hoffnungen wurden jedoch getäuſcht; die Ereigniſſe haben den Dingen eine andere Geſtalt gegeben. — Am 3. d. M. kam der Schooner Meſange, mit Hrn. Ollivier, einem Marineoffizier und Chef des Generalſtabes des Admirals Rouſſin an Bord, von Konſtantinopel an und überbrachte die Friedensbedingungen, für deren Annahme von Seiten des Paſcha von Aegypten ſich der Admiral Rouſſin, im Namen Frankreichs, verbürgt hatte, und in Folge deren die ruſſiſche Flotte und die ruſſiſchen Truppen, welche der Sultan zu Hülfe gerufen hatte, zurückgeſchickt werden ſollten. Hr. Ollivier hatte eine Audienz bei Mehmed Ali, und ſetzte ihn in Kenntniß von den Bedingungen. Dieſen Bedingungen zufolge ſollte der Sultan nichts von Caramanien und Syrien, nur die zwei Paſchaliks von St. Jean d'Acre und Tripoli, nebſt den Städten Jeruſalem und Naplus an den Paſcha von Aegypten überlaſſen. — Admiral Rouſſin hatte den Hrn. Ollivier beauftragt, dem Paſcha von Aegypten zu erklären, daß, wenn er wider alle Erwartung dieſe Bedingungen nicht annehmen wollte, Frankreich, und vielleicht auch England, eine Escadre abſchicken würden, um ihn dazu zu zwingen. Dieſe Drohungen ſchreckten ihn nicht; er weigerte ſich beſtimmt, die vorgeſchlagenen Bedingungen anzunehmen. Er erwiederte, ein ſolcher Tractat ſei zu demüthigend für ihn; ein Theil der Vortheile, die er durch die Gewalt der Waffen erkämpft habe, müſſe ihm gewährt werden; mit Leidweſen ſehe er, wie zwei große Mächte, mit denen er bisher auf freundſchaftlichem Fuße geſtanden, feindſelige Abſichten gegen ihn entwickelten; er bekenne, daß er ihnen an Macht nachſtehe, ſei aber feſt entſchloſſen, nicht zu weichen. Er rief aus, ſein Leben ſei ruhmvoll geweſen, und er wolle eben ſo ruhmvoll ſterben. „„Ich bin alt,““ ſagte er, „„habe aber immer noch Kraft genug, mit den Waffen in der Hand den Tod zu finden!““ — Halil Paſcha, der vom Sultan mit Vollmachten zum Abſchluß eines Friedens an Mehmed Ali geſchickt worden war, hatte vor der Ankunft der Meſange die von Mehmed angebotenen Bedingungen angenommen. Ein Kurier war nach Konſtantinopel geſchickt worden, um den Tractat der Genehmigung des Sultans zu unterlegen, und man hegte hier keinen Zweifel an dem nahe bevorſtehenden Definitiv-Abſchluſſe des Friedens, als durch die Ankunft der Meſange, welche ſich mit dem durch den Vicekönig abgefertigten Kurier kreuzte, die Sache neuerdings verwickelt wurde. Halil Paſcha, der ſich in Cairo befand, wo er bis zum Eintreffen der Antwort des Sultans einen der Palläſte des Vicekönigs bewohnte, kehrte ſogleich nach Alexandria zurück; er bat Mehmed Ali dringend, keinen verzweifelten Entſchluß zu faſſen, mit der Verſicherung, daß noch nicht Alles verloren ſei, daß er einen ſeiner Secretäre (den Ameddſchi-Efendi) nach Konſtantinopel ſchicken werde, und daß er ſich einen günſtigen Erfolg von dieſer Sendung verſpreche. Die Meſange ſegelte geſtern, mit dem Ameddſchi-Efendi an Bord, nach Konſtantinopel ab. Man glaubt hier, daß der franzöſiſche Botſchafter etwas zu haſtig geweſen ſei, und eine Verpflichtung gegen die Pforte übernommen habe, die er nicht zu erfüllen im Stande ſeyn wird. Er hat die Hülfsquellen Mehmed Ali's und ſeine Vertheidigungsmittel zu See und zu Land falſch beurtheilt. Seine Armee iſt allenthalben ſiegreich, und die Araber ſind beſſere Soldaten als die Türken. Die ägyptiſche Escadre iſt ſtärker, als man ſie in Europa hält, und würde ſich bei vorkommender Gelegenheit tapfer zu ſchlagen wiſſen. Folgendes iſt eine Ueberſicht der ägyptiſchen Streitkräfte zu Land und zur See: Mograbin'ſche Soldaten 211, Beduinen 5370, Franzoſen 15, Hauhara, irreguläre Kavallerie von Oberägypten, 3435, Marineſoldaten 25,143, Artilleriſten 6357, Sappeure und Pioniere 3942, irreguläre Kavallerie 7962, Generäle, Offiziere und Gemeine von der irregulären Infanterie und Kavallerie 67,998; Angeſtellte bei den Militärcorps 3488; zuſammen 123,921. Ibrahim Paſcha's Armee im Lager von Kutahia beſteht aus 14 Infanterie-, 12 Kavallerieregimentern und anderthalb Regimentern Artillerie, lauter disciplinirte Araber, die zuſammen eine Streitmacht zwiſchen 50 und 54,000 Mann ausmachen. Die ägyptiſche Flotte im Haſen von Alexandria beſteht aus einem Dreidecker von 140 Kanonen, drei Zweideckern jeder von 100 Kanonen, einem Zweidecker von 90 Kano-

Digitized by Google

nen, ſechs Fregatten von 50 Kanonen (ſämmtliche Kanonen der vorbenannten Schiffe ſind 30Pfünder), einer Fregatte von 60 Kanonen (42Pfünder), ſechs Sloops jede von 26 Kanonrn (18Pfünder), ſiebrn Briggs von 16 bis 18 Kanonen (12Pfünder), einem Kutter und 4 Brandern, in allem aus dreißig Kriegsfahrzeugen mit 1201 Kanonen. Vier Schiffe liegen auf den Werften, wovon drei von 100 Kanonen jedes, das vierte iſt auch ein Dreidecker; zwei derſelben werden ungefähr in 14 Tagen vom Stapel gelaſſen werden."

Portugal.

Die Times enthält folgende weitere Angaben über die neueſten Vorfälle in Oporto: „Vom 23. März. Wir waren alle in äußerſt guter Stimmung, weil Truppen und Mundvorräthe ans Land geſetzt worden waren, und das Gerücht ging, der Marquis von Palmella kehre zurück, und dir Flotte komme herbei. Die Zufuhr von Lebensmitteln iſt aber nicht hinreichend. Am Sonntag den 17. ging ein Schiff, der Brigg Avon von Briſtol, über die Barre, anſcheinend oder wirklich in Noth, ſo daß die Migueliſten nicht feuerten; als dieſe aber bemerkten, daß er an dem nordlichen Ufer auf den Strand zu laufen ſuchte, ſchoſſen die Batterien von Sampayo und Cabodello ſo heftig mit Kugeln und Kartätſchen, daß die Mannſchaft den Brigg eilfertig verließ, ohne auch nur einen Anker, der am Buge hing, fallen zu laſſen. Der Wind faßte ihn nun, und trieb ihn ans andere Ufer, gerade unter der Sampayo-Batterie, wo die Migueliſten ihn ausplünderten und endlich in Brand ſteckten. Als ſich das Gerücht von der Rückkehr des Marquis Palmella nicht beſtätigte, und widerſprechende Berichte über die Flotte einliefen, deren Commando am 13. dem Admiral Sartorius förmlich abgenommen und interimiſtiſch dem Capitän Crosbie aufgetragen worden war, benützte ich eine Gelegenheit nach den Bayona-Inſeln zu gehen, um den wahren Stand der Sache kennen zu lernen. Als ich dort angekommen war, erfuhr ich bald, wie die Sachen ſtanden. Mannſchaft und Offiziere erhielten ſeit Monaten weder Geld noch Kleidung, und ſie würden auch keine Lebensmittel erhalten haben, hätte nicht der Admiral die für Dom Pedro beſtimmten Schiffe, welche durch das ſchlechte Wetter genothigt wurden, in Vigo-Bai zu landen, gezwungen, ihm die Vorräthe, die ſie am Bord hatten, abzutreten, und andere vermocht, ihn für ſeine auf die Committee in London gezogenen Wechſel mit dem Nothigen zu verſehen. Da alle ſeine Forderungen unbeachtet blieben; da er bemerkte, daß er erſetzt werden ſolle, und unwillig darüber, daß andern Offizieren unter der Hand Vorſchläge, das Commando zu übernehmen, gemacht worden, ſchrieb er am 10. d. M. einen Brief an den Kaiſer, wovon ich eine Abſchrift beilege *). Die Antwort darauf war die Publication der Carta regia, die ihn entließ. Das Schreiben enthielt indeß bloß den Entſchluß der Escadre, welche erklärte, ſie hätte bloß auf ihn zu ſehen, da alle Contracte von ihm gemacht ſeien, und man wußte zu Oporto, daß ſeine Mannſchaft ihm nie geſtattet hätte, ſich zu entfernen. Sie hielt ihn als Pfand, denn bis zum Monate December hatte er mit Zuſtimmung des Kaiſers und ſeines Rathes verſprochen, daß aller Sold und alle Rückſtände Ende März bezahlt werden ſollten, und daß diejenigen, welche dann den Dienſt verlaſſen wollten, nach England gebracht werden würden. Eine der Urſachen, die man in Oporto für Entlaſſung des Admirals anführte, war, daß er die Spanier beleidigt habe, welche ihn aus der Bai von Vigo entfernen wollten, als er an Allem Mangel litt, und ſeine Schiffe im kläglichſten Zuſtande waren. Er wollte lieber fechtend ſterben, als auf der See umkommen, was ohne Zweifel geſchehen wäre; aufs Höchſte erbittert, erklärte er, daß er nicht weichen würde, wenn ihn die Spanier nicht dazu zwängen. Dieß hielt man nicht gerathen, und ſo blieb er. Der Admiral gründet ſein Recht auf das Commando der Escadre nicht bloß auf das Verſprechen, daß allen ihren Forderungen Genüge geſchehen ſolle, ſondern auch auf den Art. 16 ſeines Contractes, der alſo lautet: „Der Viceadmiral ſoll in ſeiner Eigenſchaft als Obercommandant ſeine Befehle und Inſtructionen direct von der „Regentſchaft erhalten, und keinem andern Offiziere, ſei „er Portugieſe oder Fremder, von welchem Range er im„mer ſeyn mag, unterworfen ſeyn. Die Befehle an die „Escadre oder einen Theil derſelben ſollen nur durch den „Admiral ertheilt werden, außer im Falle dieß geradezu „nicht möglich ſeyn ſollte." Die Escadre beſteht jetzt aus den Fregatten Rainha, Dona Maria, Dom Pedro und dem Brigg Villaflor; dieſe ſind vollſtändig mit Engländern bemannt. Die Corvetten Portuenſe und Conſtituiçao haben portugieſiſche Mannſchaft und Offiziere. Die übrigen kleinen Schiffe wurden in dem Fluſſe verſenkt, um ſie von dem Schickſal des Achtzehn-Kanonenbriggs, der 23ſte Juli, zu retten, welcher durch das feindliche Feuer dienſtunfähig gemacht worden war. In Oporto wird jetzt ein zweites gezwungenes Anlehen erhoben; einer von denen, welche beim erſten Anlehen ſich weigerten, ein alter Kaufmann, Namens Lobo, der zu 6 Contos angeſetzt war, wurde gefangengeſetzt und mußte endlich 8 Contos (ungefähr 1600 Pf.) bezahlen, ehe die Regierung ihn wieder frei ließ." (Nun folgen die in unſerem geſtrigen Blatte mitgetheilten Nachrichten vom 25. März.)

Der Brief eines brittiſchen Seeoffiziers im Dienſte Dom Pedro's, datirt Vigo-Bai, den 17. Februar, enthält Folgendes: „Wir ſind hier eingelaufen, weil es uns an Allem fehlte, dennoch wollte man uns nichts geben. Endlich brach die Cholera auf dem Admiralſchiffe aus, und von 60 Kranken ſtarben in ungefähr fünf Tagen 30. Die Mannſchaft verlangte von dem Admiral, daß ſie die Inſeln beſuchen dürfe, um friſche Luft einzuathmen. Auch der Admiral wollte dieß thun, aber die Mannſchaft geſtattete es nicht, weil ſie glaubte, er wolle nicht wieder kommen. Geſtern wollte man die Mannſchaft aus Mangel an Vorräthen auf zwei Drittel ihrer gewohnlichen Rationen herabſetzen, ſie verlangte aber ihre volle Ration, und man mußte ihr nachgeben. Um ſie beſſer im Zaume zu halten, mußten alle Schiffe nahe beim Admiralſchiffe anlegen; dieß hilft aber nichts, wenn nicht 10,000 Pfund herbeigeſchafft werden, und es ſind keine 10,000 Pence vorhanden. P. S. Der Admiral verſprach der Mannſchaft, ſie ſolle im März bezahlt werden; geſchähe dieß nicht, ſo werde er ſie nach England führen, und die Schiffe dort zu ihren Gunſten verkaufen.

Vereinigte Staaten von Nordamerika.

Nachrichten aus Newyork vom 2. März zufolge, iſt Hrn. Clay's Bill, wegen Veränderung des Tarifs *), am 26. Februar im Repräſentantenhauſe durchgegangen und man zweifelte nicht, daß ſie am folgenden Tage auch im Senat, wo ſie eine bedeutende Majorität für ſich hatte, die dritte Leſung erhalten werde. Man ſchreibt dieſe plötzliche und unerwartete Annahme der Bill vorzüglich einem ſehr geſchickten Manöver von Seiten ihrer Unterſtützer zu. Sie wurde zuerſt in den Senat eingebracht, während Hrn. Verplancks Bill, die einzige, welche mit Genehmigung der Executivgewalt eingebracht war, dem Repräſentantenhauſe vorlag, und die

*) Wir haben dieſes Schreiben in unſerm Blatte vom 12. d. M. mitgetheilt.

*) Vergl. Oeſterr. Beob. vom 20. und 21. März.

Digitized by Google

Anhänger des jrtzigen Tarifſyſtems ſchienen zu erwarten, daß keine von beiden Bills vor dem Schluß der Seſſion ihren Weg durch beide Häuſer vollenden konne. Am 25. Frbruar aber verwandelte ſich das Repräſentantenhaus in einen Ausſchuß über H^rn. Verplancks Bill, und hier wurde der Vorſchlag gemacht, den ganzen Inhalt dieſer Bill, mit Ausnahme der Worte: „Es ſoll hiermit geſetzlich beſchloſſen ſeyn,“ auszuſtreichen, und H^rn. Clay's Bill, wir ſie damals dem Senate zur dritten Leſung vorlag, ſtatt deſſen rinzufügen. Dieſer Antrag ging durch; es wurde dem Hauſr ſogleich über die Bill Bericht erſtattet, und am folgenden Tage, den 26. Februar, ward ſie, wir oben geſagt, zum dritten Male verleſen. Für dieſe deitte Leſung war einr Majorität von 35 Stimmrn; es ſtimmten nämlich 120 daſür und 85 dagegen.

In drn Inſtruetionen, welche der Präſident der vereinigten Staaten an den zu Charleston commandirenden Offizier erlaſſen hat, beißt es unter Andeen: „Selbſtvertheidigung iſt ein Recht, das eben ſowohl Militäreorps als Individuen zuſteht, und Offiziere, die ein abgeſondertes Fort commandiren, ſind jederzeit für ihre Vertheidigung verantwortlich und müſſen ſich der großten Vorſicht bedienen, um Gefahr zu vermeiden. Wenn ein bewaffnetes Corps ſich der Sullivansinſel in anſcheinend feindſeliger Abſicht nähert, ſo wird es angemeſſen ſeyn, ſo zu verfahren, wie Sie es dem Oberſt Bankhead angedrutet haben; nämlich den commandirenden Offizier zum Rückzug aufzufordern und ihm anzuzeigen, zu welchem Verfahren Sie ſich genoehigt ſehen würden, wenn er weiter vorrücke. Sollte dieſe Warnung nichts fruchten und das bewaffnete Corps eine Landung perſuchen, ſo werden Sie vollkommen gerechtfertigt ſeyn, wenn Sir ſich einem ſolchen Verſuch widerſetzen. Ehe Sie aber zu dieſer unglücklichen Alteenative Ihee Zuflucht nehmen, ſetze ich von Ihrer Vaterlandsliebr und Einſicht voraus, daß Sie alle vernünſtigen und friedlichen Mittel aufbieten werden, um ein ſolches Corps zum Abſtehen von ſeinem Unternehmen zu bewegen. Dieſr Angelegenheit iſt Ihnen in der feſten Ueberzeugung anvertraut worden, daß Sie bei der Erfüllung Ihrer Offizierspflicht zuglrich eingedenk ſeyn werden, wie zart dieſe Sache behandelt ſeyn will, und wie ſehe es der Wunſch des Präſidenten iſt, wo moglich, die Zuflucht zur Gewalt unnothig zu machen; aber Alles, was die erſten Rechte der Selbſtvertheidigung gebieten, muß geſchehen, wenn es zu einrm ſolchen Fall kommen ſollte.“

Großbritannlen und Irland.

Am 2. April wurde dem Sprecher des Unterhauſes durch eine Botſchaft des Oberhauſes angezeigt, daß Ihre Herrlichkeiten den Amendements des Unterhauſes zu der Bill zur Unterdrückung der Unruhen in Irland beigetreeen wären. In der hierauf folgenden Bittſchriftsſitzung nahm H^r. G. W. Wood die Gelegenheit wahr, gegen die Uebertreibungen zu proteſtiren, welche man ſich hinſichtlich der Noth im Lande zu Schulden kommen laſſe, und die nur dazu dienen konnten, die Unruhr und Unzufriedenheit der niedern Volkselaſſen zu vermeheen. Er führte namentlich an, daß das ehrenwerthe Mitglied für Oldham (H^r. Cobbett), deſſen rechtliche Beweggründe er gewiß aufrichtig anerkenne, als eine Thatſache angeführt habe, daß in der Grafſchaft Laneaſter 8360 Familien lebten, von denen jedr wöchentlich nur 10 Shillinge zu verzehren habe. Bei genauer Nachforſchung ergebe es ſich indeſſen, daß jedes einzelne Mitglied einer Familie wöchentlich 10 Shillinge verdiene, was denn doch ein kleiner Unterſchied ſei. H^r. Cobbet ſagte, daß, wenn auch vielleicht bei einer einzelnen Angabe ein Irrthum nachzuweiſen ſei, das große Elend im Volke doch von Niemandem in Abrede geſtellt werden könne. Das einzige Mittel, demſelben abzuhelſen, beſtehe in Erleichterung der Laſten. Er glaube wirklich nicht, daß die Miniſter das Geld zu verſchleudern wünſchten, aber ſie würden dazu gezwungen, weil das Haus ſie nicht unteeſtütze, wie es müſſe. Das Haus habe die Macht, der Verſchwendung der öffentlichen Gelder Einhalt zu thun, aber es ſehle ihm an Willen dazu. Es ſei wirklich zu verwundern, daß das Volk ſich noch ſo ruhig verhielte. — H^r. Hume überreichte eine Bittſcheiſt von den Fabrikdiſtrieten zu Gloueeſter zu Gunſten der Bill wegen Feſtſtellung der täglichen Arbeitsſtunden in den Fabriken; rr erklärte aber, daß er mit dem Inhalt der Bittſchriſt nicht übereinſtimme, da rr jedr Einmiſchung zwiſchen Herren und Diener für unpaſſend halte, und außerdem glaubr, daß, wenn die Arbeitszeit der Kinder in den Fabriken auf 10 Stunden täglich beſchränkt würde, dieß zur Vermehrung der Noth im Lande beitragen müſſe. — H^r. Hyett, als Repräſentant des Diſtrietes, von dem die Bittſchrift ausging, eeklärte, daß rr ganz mit den Anſichten des ehrenwerthen Mitglieds füe Middleſex übereinſtimme und dieſelben, wenn die betreffende Bill drm Hauſe vorliegen werde, weiter erötern würde. Das Haus vertagte ſich hierauf bis zu ſeiner Nachmittagsſitzung.

Der Morning-Herald ſagt, es gehr das Gerücht, daß der Herzog von Orleans um die Mitte des Monats April einr Reiſe nach England unternehmen werde.

Conſols am 4. Apeil 87⅞.

Frankreich.

In der Sitzung der Deputirtrnkammer vom 4. Apeil eeſtattete Oberſt Paixhans Bericht über die Garantie der griechiſchen Anleihe. Die Conelusion lautet: „Die Majorität der Commiſſion ſchlägt die Annahme des Entwueſes vor, weil ſie überzeugt iſt, daß in der gegenwärtigen Lage der auswärtigen Angelegenheiten dir Allianz mit dem neuen griechiſchen Staate nur günſtig, vielleicht ſelbſt nothwendig zur Dauer des Feiedens, ſo wie für das Intereſſe und die Wüede Frankreichs iſt.“ Der Präſident bemerkte, der Zeitpunct dee Diseuſſion werdr erſt ſpäter beſtimmt werden; bereits ſeien 15 Redner eingeſchrieben. — Sodann erſtattete, wie ſchon erwähnt, H^r. Perſil Bericht über H^rn. Viennets Klage gegen die beiden Artikel der Tribunr, in denen dir Kammer prostituée genannt, und H^r. Viennet beſchuldigt wird, monatlich 1000 Fr. von den geheimen Fonds zu beziehen. Dir Commiſſion trug auf Vorladung des Geraaten, Lionne, vor die Scheanken der Kammer an, wo er und ſein Vertheidiger gehort, und dann von der Kammer das Schuldig oder Nichtſchuldig ſammt der Beſtimmung der Strafe im Fallr das Schuldig, ausgeſprochen werdrn ſolle. Dir Kammer beſtimmte den Tag der Berathung auf den 8. April. Hierauf ging die Kammer wieder auf dir Diseuſſion des Kriegsbudgets über. Die Frage über Algirr führte noch zu einer längeren Debatte, bei welcher der Marineminiſter, H^r. von Rigny, ſich über die Art der allmählichen Coloniſirung Algiers ausſprach. Die voegeſchlagenen Reduetionen wurden verworſen. Heftige Angriffe erfuhr die für geheimr Ausgaben des Keiegsminiſteriums gefordeetr Summe von 100,000 Fr. H^r. Odilon-Barrot beſonders beklagtr ſich über die vielen Arten von Polizei, bürgerliche, militäriſche und noch andere, die er nicht nennen wolle; es ſei nichts gehäſſiger, als dieſe ins Heer geworſene Spionerie. H^r. Thiers entgegnete, mehrere Polizeien, die ſich in die Hände arbeiteten, trügen am meiſten zur Verifieirung der Wahrheit bei; die geſoederten Gelder ſei:n für den Kriegsminiſter beſonders nöthig, um ſich über die Bewegungen der Truppen der andern Staa-

Digitized by Google

ten, namentlich in der Nähe der Gränzen, fortwährend Kunde zu verſchaffen; dieß ſei in den letzten Jahren um ſo nöthiger geweſen, als täglich die irrigſten Verſicherungen mit unglaublicher Zuverſicht ausgeſtreut worden ſeien. Die Oppoſition nahm die Erläuterungen theils mit Gelächter, theils mit Zeichen des Unglaubens auf. Indeſſen wurden die verſchiedenen Reductionsvorſchläge ebenfalls, obwohl nur mit weniger Stimmenmehrheit, verworfen.

Am 6. April. 5Percents 100 Fr. 80. Fin Courant geſchloſſen zu 100 Fr. 85. 3Percents 76 Fr. 85. Fin Courant geſchloſſen zu 76 Fr. 90.

Preußen.

Der Botſchafter der ottomanniſchen Pforte am königlich großbritanniſchen Hofe, Brigadegeneral Mehmed Namik Paſcha, welcher kurzlich aus London in Berlin angekommen war, iſt von da nach St. Petersburg abgereist.

Der Oberpräſident des Großherzogthums Poſen, Hr. Flottwell, hat unterm 30. v. M. eine Bekanntmachung erlaſſen, wodurch er alle Eingeſeſſene der Provinz, deren Angehorige etwa mit den polniſchen Truppen in ruſſiſche Gefangenſchaft gerathen und in das Innere des Reiches abgefuhrt worden ſeyn mochten, auffordert, ihm die Namen und Verhältniſſe dieſer Letzteren ſchleunigſt und ſpäteſtens in den nächſten 6 Wochen bekannt zu machen, damit er die erforderlichen Einleitungen wegen ihrer Reclamation treffen konne.

Aus Naumburg meldet man unterm 6. d. M.: „In Folge der Unterſuchungen über die am 8. Februar Statt gefundenen Exceſſe, ward am 4. d. M. den betheiligten Inculpaten auf dem hieſigen Rathhauſe ihr Urtheil publicirt. Die Anſtifter und Häupter des Exceſſes ſind wegen jenes Tumultes und der Mißhandlung des Gränzjägers (der jedoch am Leben geblieben iſt) mit fünf- bis ſechsjähriger Gefängnißſtrafe, die Uebrigen weiter abwärts nach Verhältniß ebenfalls mit Gefängnißſtrafe und, wie die erſteren, mit angemeſſener korperlicher Züchtigung belegt, die Kinder und jugendlichen Verbrecher aber zu kürzerer Einſperrung verurtheilt worden. Die Publication des Urtheils ging ganz ruhig vor ſich und die bis dahin noch in Naumburg befindlich geweſene Garniſon iſt nun bis auf wenige Mann, die einſtweilen noch zurückgeblieben ſind, abmarſchirt.“

Teutſchland.

Zu München iſt, nach dortigen Blättern, der Prinz von Canino (Lucian Buonaparte) von Rom angekommen. Sie ſetzen hinzu, er wolle ſich nach Amerika begeben.

Der Frankfurter Correſpondent der Allgemeinen Zeitung meldet über die dortigen Vorfälle nachträglich Folgendes aus Frankfurt vom 7. April: „Meinem erſten Berichte über die unſeligen Auftritte, die wir hier erlebten, will ich nur noch, zur Vollendung der Skizze, einige Nebenumſtände beifügen, die ich erſt ſpäter erfuhr. Es war nicht die ganze Schaar der Aufruhrer, die durch die Katharinenpforte hervorbrach, ſondern nur diejenige Abtheilung, welche die Hauptwache erſtürmte, die dieſem Debouché faſt gegenüber liegt. Ein zweiter Haufe kam hinter der Roſe hervor, und ein dritter zog längs der Fahrgaſſe heran; dieſe beiden Abtheilungen machten den Angriff auf die Conſtabler-Wache, wo die meiſten Schüſſe fielen, und auch ſpäter, nachdem das Linienmilitär aus der Caſerne herbeigeeilt war, am hartnäckigſten gekämpft wurde. — Der Anführer des erſten Haufens war ein Mann in Uniform mit Epauletten, wie man bemerkt haben will. Ob derſelbe, wie Einige behauptet haben, ein ehemaliger polniſcher Offizier geweſen, erſcheint ſehr problematiſch. An der Spitze des hinter der Roſe hervorbrechenden Haufens ſoll ein Individuum geſtanden haben, daß früher Unteroffizier beim hieſigen Linienmilitär geweſen und ſpäter den Fechtmeiſter machte. Derſelbe erhielt auf dem Kampfplatze todtliche Wunden, woran er folgenden Tages unter Aeußerungen ſtarb, die ihn, wie ſchon ſein fruherer Lebenswandel, als einen hochſt unſittlichen Menſchen charakteriſiren. Außer dem Dr. Neuhoff, deſſen die hieſigen Blätter erwähnt haben, bezeichnet man nur noch zwei hieſige Einwohner, die ſich dadurch, daß ſie ſeit Mittwoch Abends vermißt worden, der Theilnahme an der Emeute verdächtig gemacht haben. Ein Paar andere befinden ſich zwar noch in Haft, allein man glaubt, daß hinſichtlich ihrer ein Mißverſtändniß obwalte. — Da der Befehl, Niemand herauspaſſiren zu laſſen, erſt etwa eine Stunde nach Ende des Gefechtes bei den Thoren anlangte, ſo entkamen die meiſten Schuldigen. Inzwiſchen ſind ſeitdem, beſonders geſtern, deren mehrere ämtlich von Darmſtadt aus hier eingebracht worden. Sie gehoren, ihrem Ausſehen nach, der akademiſchen Jugend an. Man will wiſſen, daß drei derſelben, die man fur die Hauptführer hält, die Namen bekannter adeliger Familien tragen. Doch über dieß Alles ſchwebt noch viel Dunkel, ſo daß ich ſelbſt die Zahlangabe, wornach bereits 28 Schuldige oder doch Verdächtige in den hieſigen Gefängniſſen ſitzen ſollen, nicht verbürgen mochte. Beinahe eben ſo verhält es ſich mit der im Gefechte von Seite der Aufrührer Getodteten oder mehr und minder gefährlich Verwundeten, von denen die Meiſten durch ihre Gefahrten mit entfuhrt wurden. Von dieſen, heißt es heute, wäre ein hieſiger Mediciner, der zur Zeit der polniſchen Inſurrection nach Warſchau ging, und bei den dortigen Lazarethen als practiſcher Arzt angeſtellt war, geſtern zu Hanau geſtorben. Man hält denſelben für den Mann in Uniform, deſſen ich vorhin erwähnte, und der an der Spitze des die Hauptwache erſtürmenden Haufens ſtand. Endlich ſagt man auch noch, daß in der Wohnung eben dieſes Mannes, bei der Unterſuchung, nicht bloß allerlei Kriegsgeräthſchaften, ſondern auch wichtige Papiere gefunden worden, die über den Plan der Aufrührer manche Auskunft ertheilen ſollen. Was jedoch in dieſer Hinſicht zeither im Publicum umlief, iſt allzu unbeſtimmt, und zum Theil auch gar zu abgeſchmackt, als daß es wiederholt zu werden verdiente. — Gegen Abend werden nun die Wachen verſtärkt und erhalten ſcharfe Patronen; Kavalleriepatrouillen bis zur Gränze des Weichbildes von Frankfurt werden bei Einbruch der Nacht gemacht. Außerdem ſind auch noch diejenigen Puncte des Stadtgrabens, über welche es zeither leicht war, zu entkommen oder einzudringen, mit Palliſaden verſehen worden. Glücklicher Weiſe iſt in der Zwiſchenzeit weder hier noch in der Umgegend etwas vorgefallen, das zu ernſtlichen Beſorgniſſen Anlaß geben konnte. Die Kavallerievedetten, die bis Hochſt von Mainz aus vorgeſchoben waren, wurden, wie ich hore, geſtern wieder zurückgezogen.“

Hauptredacteur: Joſeph Anton Edler von Pilat.
Verleger: Anton Strauß ſel. Witwe in der Dorotheergaſſe Nr. 1108.

Im Comptoir des Oeſterr. Beob. iſt zu haben: E. Mayers, der k. k. Landwirthſchafts-Geſellſchaft in Wien gewidmetes, neueſtes teutſches Gartenbuch; eine vollſtändige Anweiſung zur Erziehung und Behandlung aller Gewächſe im Küchen-, Obſt-, Blumen- und Ziergarten, nebſt Obſt-Orangerie in Gartentöpfen, und Gartenkalender. Mit 66 Abbildungen. Neue wohlfeilere Ausgabe 1832. br. 2 fl. C. M.

Nro. 106

Oeſterreichiſcher Beobachter.

Dinſtag, den 16. April 1833.

Meteorologiſche Beobachtungen vom 14. April.	Zeit der Beobachtung.	Barometer auf 0° Reaumur reducirt.		Thermometer Reaumur.	Wind.	Witterung.
		Pariſer Maß.	Wiener Maß.			
	8 Uhr Morg.	27.053	27 Z. 8 L. 7 P.	+ 4.5	WNW. mittel.	Regen.
	3 Uhr Nachm.	27.000	27 8 11	+ 3.8	NW. ——	——
	10 Uhr Abends.	26.985	27 8 9	+ 1.8	NW. ——	——

Portugal.

Der Morning-Herald vom 4. April gibt in einer zweiten Ausgabe ein Schreiben, datirt vom Bord des Oreſtes im Douro vom 26. März Nachmittags (das durch die Ann und Elizabeth, welche Vigo am 29. März verlaſſen hatte, überbracht worden war), worin es heißt, daß eine franzöſiſche Escadre, aus zwei Linienſchiffen und einer Fregatte beſtehend, auf der Höhe von Oporto erſchienen ſei. Capitän Glascock (vom Oreſtes) war hinausgefahren, um ſich mit dem Commandanten dieſer Escadre zu beſprechen. Obgedachtes Schreiben meldet, daß Capitän Wright (der in dem Gefechte vom 24. verwundet worden iſt) geſtorben, und Major Sadler noch in Lebensgefahr ſei. Es beſtätiget Alles, was von den Forderungen und Schritten des Admirals Sartorius früher gemeldet worden, der, wenn ihm nicht 20,000 Pfund bezahlt werden, die ganze Escadre nach Guernſey zu führen und dort, um ſich bezahlt zu machen, zu verkaufen droht; es fügt hinzu, daß Sir J. M. Doyle und Capitän Crosbie, nachdem ſie mehrere Tage lang in Arreſt geſeſſen hatten, Erlaubniß erhalten haben, ſich nach Oporto zu begeben; Sartorius hatte jedoch ihre Degen zurückbehalten. — Der Albion meint, das auf der Höhe von Oporto erſchienene franzöſiſche Geſchwader ſei nach dem mittelländiſchen Meere beſtimmt. Der British Traveller glaubt gar nicht, daß es ein franzöſiſches Geſchwader ſei, ſondern daß die ganze Nachricht auf einer Verwechslung mit den Schiffen des Admiral Sartorius, die aus bekannten Gründen vor Oporto erſchienen ſind, beruhe.“

Spanien.

Am 24. März war zur Jahresfeier des Tages, an welchem Se. Majeſtät der König aus Ihrer Gefangenſchaft in Frankreich zurückkehrten, große Galla und Handkuß bei Hofe. Das diplomatiſche Corps, die Miniſter, Granden und die hohen Civil- und Militärbehörden brachten ihre Glückwünſche dar, welche nur von der Königinn entgegengenommen wurden, da der König, obgleich er ſich vollkommen wohl befindet, dennoch aus Vorſicht, der feuchten Witterung wegen, das Zimmer hütete.

Am 24. März fand in dem Säulenſaale des königlichen Pallaſtes die an dieſem Tage übliche Ceremonie der Fußwaſchung Statt, welche die Königinn an der herkömmlichen Anzahl von Armen vollzog, die von Ihrer Majeſtät mit Kleidern beſchenkt und mit Speiſe und Tränk bewirthet wurden. Der König ſah von einer Tribune dieſer Handlung zu, zu welcher eine Menge von Zuſchauern Zutritt erhalten hatten.

Am 24. Abends, wo die Nachricht von der Modification des Miniſteriums ſich bereits in der Hauptſtadt verbreitet hatte, kam es in mehreren Straßen von Madrid, namentlich in der Horſaliza del Cavel und auf dem St. Antonsplatze, zu blutigen Händeln zwiſchen den königlichen Freiwilligen und den Anhängern der Königinn, welche Chriſtinos genannt werden. Mehrere Todte und Verwundete blieben dabei auf dem Platze. Die Garniſon trat unter die Waffen und ſtellte die Ruhe wieder her.

Die Hofzeitung enthält in ihrer Nummer vom 23. März ein vom Kriegsminiſter la Cruz contraſignirtes königliches Decret von 14 Artikeln, wodurch die in Folge der erlaſſenen Amneſtie zurückgekehrten politiſchen Flüchtlinge, welche am 7. März 1820 dem Staate bereits zwanzig Jahre gedient hatten, auf vier Fünftel ihrer Penſion, und diejenigen, welche damals funfzehn Dienſtjahre zählten, auf drei Fünftel ihrer Penſion Anſpruch haben ſollen.

Großbritannien und Irland.

Se. Majeſtät der König kamen am 2. d. M. nach London und hielten ein Lever, bei welchem die neuernannten Miniſter mit ihren Amtsſiegeln verſehen wurden und den Handkuß verrichteten. Zuerſt wurde der neue Staatsſecretär für das Colonialdepartement, Hr. Stanley, dann der neue Staatsſecretär für Irland, Sir J. C. Hobhouſe, hierauf der neue Kriegsſecretär, Hr. Elliee, und endlich der neue Großſiegelbewahrer, Viscount Goderich, dem Könige vorgeſtellt. Se. Majeſtät hielten ſodann eine Geheimrathsverſammlung, in welcher Hr. Elliee, Lord Stuart de Rothſay und Sir C. Bagot als Geheimräthe vereidigt wurden. Demnächſt ertheilte der König dem Grafen Grey und mehreren andern Miniſtern und Militärbeamten Audienz. Bei dem großen Lever machte das ganze diplomatiſche Corps und viele hohe Perſonen Sr. Majeſtät ihre

Digitized by Google

Aufwartung. Das nächſte Lever wird dießmal am 17. April Statt finden. Am 4., als am grünen Donnerſtage, wurden in der königlichen Capelle zu Whitehall die aus Fiſchen, Rindfleiſch, Brot und Bier beſtehenden königlichen Almoſen an 68 arme Männer und eben ſo viel arme Frauen vertheilt, indem die Zahl der Empfänger beiderlei Geſchlechts ſich ſtets nach den Altersjahren des Königs richtet. Dann erhielten dieſe Armen noch Kleidungsſtücke und jede Perſon einen Silberpfennig. Nachdem die Geſchenke von den Tiſchen entfernt waren, ſetzten ſich die Leute zum Mahl nieder und tranken auf das Wohl Sr. Majeſtät. Schon am 1. und 2. wurden kleinere Almoſen von Seiten des Königs unter mehr als 800 alte Leute vertheilt, von deren mehrere in den Neunzigern waren. Am 3. Abends kehrte der König aus dem St. Jamespallaſt wieder nach Windſor zurück. Das große Bankett, welches der König jährlich den Rittern des St. Patricks- und des Diſtelordens zu geben pflegt, iſt auf den 8. Mai feſtgeſetzt worden.

Als ſich das Unterhaus vom 2. April in einen Ausſchuß über die Bill wegen Reform der Kirche in Irland verwandelt hatte, und die von Lord Althorp vorgeſchlagenen Beſchlüſſe Nr. 2 und 3 (vergl. unſer vorgeſtriges Blatt) zur Berathung kamen, nahm der genannte Lord das W.rt, um den Grundſatz der Beſteuerung der geiſtlichen Pfründen zu vertheidigen. Er erklärte, daß der größere Theil der irländiſchen Geiſtlichen damit einverſtanden ſei, daß er aber, wenn man an die Stelle der Kirchenſteuer eine andere für die Geiſtlichkeit minder drückende Abgabe in Vorſchlag bringen könne, die Regierung ſich derſelben gewiß nicht widerſetzen würde. Die Abſchaffung der Kirchenſteuer ſei jedoch ſo dringend nothwendig, um dem Volke einige Erleichterung zu verſchaffen, daß dieſelbe durchaus bewerkſtelligt werden müſſe. Der ſehr ehrenwerthe Baronet (Sir R. Peel) habe das Mitleid für die ärmere Geiſtlichkeit in Anſpruch genommen, und es hart genannt, daß man das geringe und ſpärliche Einkommen derſelben noch beſteuern wolle. Er (Lord Althorp) gäbe aber zu bedenken, daß der bei weitem größte Theil der Abgabe von der höhern Geiſtlichkeit erhoben werden ſolle, und das argumentum ad misericordiam des ſehr ehrenwerthen Herrn verliere deßhalb ſehr an Kraft. — Sir R. Peel fragte, ob es denn ſo unmöglich wäre, die ihm ungerecht ſcheinende Abgabe auf die Geiſtlichkeit zu vermeiden; ob denn gar keine Gelder vorhanden wären, die zur Erreichung des von dem edlen Lord beabſichtigten Zweckes benutzt werden könnten; und ob es vor allen Dingen nicht möglich ſei, wenigſtens für eine kurze Zeit, den durch die Abſchaffung der Kirchenſteuer entſtehenden Ausfall anderweitig zu decken. (Hört! hört!) Er und ſeine edlen Freunde wären bereit, dem edlen Lord auf halbem Wege entgegenzukommen. Sie wollten zugeben, daß die Abſchaffung der Kirchenſteuer nothwendig ſei und daß etwas in Bezug auf die Kircheneinnahmen geſchehen müſſe; ſie verlangten aber dagegen, daß man die Sache reiflich überlege, damit Niemandem Unrecht geſchehe, und wohlerworbene Rechte nicht gefährdet würden. — Lord Althorp machte darauf aufmerkſam, daß die vorliegende Beſchlüſſe eigentlich nur Sache der Form wären, und ſpätere Aenderungen in der Bill, falls ſolche für zweckmäßig erachtet werden ſollten, dadurch keineswegs ausgeſchloſſen würden. Sir R. Peel erklärte, daß er ſich auch den Beſchlüſſen nicht widerſetzen wolle, wenn der edle Lord verſichere, daß die beſtehenden Intereſſen nicht verletzt werden ſollten. Lord Althorp erwiederte, daß er über dieſen Punct, ob nämlich die jetzigen oder erſt die künftigen Pfründner beſteuert werden ſollten, ſich im Namen der Regierung zu nichts verpflichten könne. Nur ſo viel dürfe er verſprechen, daß dieſem Gegenſtande die ernſteſte Aufmerkſamkeit gewidmet werden ſolle. — Hr. Hume ſchien mit dieſer Erklärung nicht ſehr zufrieden. Es ſchiene, ſagte er, daß der edle Lord wieder geneigt ſei, einer gewiſſen Partei nachzugeben, und die Intereſſen des Volkes den Intereſſen der Geiſtlichkeit zu opfern. — Lord Althorp verſicherte, daß, wenn er auch vielleicht geneigt ſeyn dürfte, eine Ausnahme zu Gunſten der jetzigen Pfründner eintreten zu laſſen, doch kein weſentlicher Grundſatz der Bill aufgegeben werden würde. Sir R. Peel erklärte, daß er ſich mit der Verſicherung des edlen Lords, dem von ihm in Anregung gebrachten Punct die ernſteſte Aufmerkſamkeit zu widmen, begnüge, und den Beſchlüſſen daher keinen Widerſtand leiſten wolle. Dieſelben wurden darauf ohne Abſtimmung genehmigt. — Als hierauf die Bill wegen der Disciplinarſtrafen in der Armee zum dritten Male verleſen werden ſollte, trug Hr. Hume, wie alljährlich bei dieſer Gelegenheit, darauf an, daß das Prügeln in der Armee abgeſchafft würde. Zur Unterſtützung ſeines Amendements führte er eine Stelle aus der Rede an, welche der jetzige Secretär für Irland (Sir J. C. Hobhouſe) im Jahre 1827 gehalten und worin er das Nachtheilige der körperlichen Züchtigung auseinandergeſetzt hatte. Hr. Grant, der wegen des Interimiſticums im Kriegsdepartement mit Vertheidigung der Bill beauftragt war, erklärte, daß ihn ſeine ämtliche Stellung nicht abhalten könne, ſeine Uebereinſtimmung mit den Anſichten des ehrenwerthen Mitgliedes für Middleſex auszudrücken; da aber die große Mehrheit des Militärs, in deren Anſichten er unbedingtes Vertrauen ſetze, von der Nothwendigkeit der Beibehaltung jener körperlichen Züchtigung überzeugt wären, ſo müſſe er ſich, obgleich mit innerem Widerſtreben, dem vorgeſchlagenen Amendement widerſetzen. — Hr. O'Connell machte darauf aufmerkſam, daß durch die eben vernommenen Aeußerungen die Regierung gewiſſenmaaßen den Grundſatz aufgäbe, und dem Hauſe die Entſcheidung überlaſſe. Es würde daher die Schuld des reformirten Parlamentes ſeyn, wenn jene barbariſche Strafe noch länger fortbeſtände. Nachdem ſich noch mehrere militäriſche Mitglieder theils für, theils gegen den Antrag des Hrn. Hume ausgeſprochen hatten, ſchritt man zur Abſtimmung, welche folgendes Reſultat ergab:

Digitized by Google

für das Amendement . .	140	Stimmen,
gegen dasſelbe	131	„
Majorität	11	Stimmen.

Das Haus vertagtr ſich um ein Viertel auf 1 Uhr. — Zu Anfang dieſer Sitzung wurde ein zweiter Bericht des Arztes vernommen, der die vergangene Nacht bei Hrn. Dillon zugebracht hattr, und ſeine frühere Meinung, daß der Gefangene wahnſinnig ſei, wiederholte. Da ſich niemand eingefunden hatte, der den Gefangenen requirirte oder für ihn Sorge tragen wollte, ſo übernahm es der Miniſter des Innern, für ſein Unterkommen zu ſorgen.

In der Sitzung des Oberhauſes vom 3. April brachte der Lordkanzler einr Bill zur Verbeſſerung des Verfahrens im Kanzleigerichtshofe ein, auf deren ausführlichere Erörterung er ſpäterhin zurückzukommen ſich vorbehielt. Dir Bill wegen der Großjury in Irland erhielt die dritte Leſung.

In der Sitzung des Unterhauſes vom 3. April erklärte Hr. Cobbrtt, daß er ſeinen auf heute anſtehenden Antrag wegen der Stämpelgebühren bis auf morgen verſchiebe, da der Kanzler der Schatzkammer durch Unpäßlichkeit verhindert werde, der heutigen Sitzung beizuwohnen. — Hr. W. Patten legte mehrere Bittſchriftrn aus Fabrikdiſtrieten vor, worin um Niederſetzung eines Ausſchuſſes nachgeſucht wurde, welcher die Frage wegen der Arbeitsſtunden der Kinder in den Fabriken genau prüfen ſolle. Hr. Patten trug demzufolge auf Entwerfung einer Adreſſe an den König an, „um eine Commiſſion niederzuſetzen, welche in den Fabrikdiſtricten über dir Beſchäftigung der Kinder in den Fabrikrn und übrr die Zweckmäßigkeit, die tägliche Arbeitszeit drrſelben zu verkürzen, genane Erkundigungen einziehen ſolle.“ Er beklagte ſich über die Parteilichkeit, mit welcher die früher niedergeſetzte Commiſſion zu Werke gegangen ſei, und hlelt es für billig, daß beide Seiten der Frage: die Menſchlichkeit und das Intereſſe der Fabrikanten, auf eine gerechte und unparteiiſche Weiſe in Erwägung gezogen würden. Lord Aſhley widerſetzte ſich dem Antrage, weil ſchon mehrere Ausſchüſſe der beiden Häuſer ſich ansführlich und gewiſſenhaft mit dem in Rede ſtehenden Gegenſtande beſchäftigt hätten, nnd daß die Niederſetzung einer neuen Commiſſion zu nichts weiter führen würde, als die Sache wieder bis zur nächſten Seſſion zu verſchieben. Hr. G. W. Wood bemerkte, daß dir Zehn-Stundenbill, wenn man ſie annähme, die productive Kraft des Landes um ein Sechstheil ſchwächen, und doch nicht dazu beitragen würde, die Lage der Kinder zu verbeſſern. Dr. Luſhington erklärte ſich gegen jedr Zögrrung, da rr glaube, daß das Haus ſchon auf die Ausſage der Aerzte: daß einr mehr als zehnſtündige Arbeit der Geſundheit der Kinder im höchſten Gradr nachtheilig ſeyn müſſe, eine hinlängliche Competenz zur Entſcheidung erhalten habe. Hr. Spring-Rice ſprach für die Niederſetzung der Commiſſion, da es erwieſen ſei, daß der vorjährige Ausſchuß nur die eine Srite gehört habe, und das Haus auf ſolche parteiiſche Ausſagen hin keine Geſetze geben dürſe. Hr. Attwood ſagtr, daß die Fabrikherren hinlänglich Zeit gehabt hätten, alle ihre Einwendungen vorzubringen, und daß er die Niederſetzung einer Commiſſion nur als ein Mittel betrachte, um die Bill zu Gunſten der Kinder aus dem Wege zu ſchaffen. Lord J. Ruſſell unterſtützte den Antrag, verwahrte ſich aber gegen die Auslegung, daß er es thue, um die Zehn-Stundenbill zu hintertreiben. Gegen die Niederſetzung der Commiſſion ſprachen noch die HH. Lennard, Robinſon, Hardy, Corniſh und Lord Morpeth; dafür die HH. Gisborne, W. Wynn, M. Philips, Ferguſſon und Maxwell. Hr. W. Patten fügte ſeinem Antrage noch die Worte hinzu: „Die Commiſſarien ſollen mit äußerſter Eile zu Werke gehen, damit das Parlament noch in der gegenwärtigen Seſſion einen Beſchluß faſſen kann.“ In dieſer veränderten Abfaſſung wurde der Antrag mit 74 gegen 72 Stimmen angenommen. Die Bill wegen der Disciplinarſtrafen erhielt hierauf noch dir drittr Leſung und paſſirte. Das Haus vertagte ſich um halb 3 Uhr.

Nachdem das Oberhaus am 4. April durch eine Botſchaft des Unterhauſes mehrere von demſelben angenommene Bills empfangen hatte, vertagte es ſich auf den Antrag des Grafen von Shaftesbury bis zum Dinſtag den 16. April.

Wegen fortdauernder Unpäßlichkeit des Kanzlers der Schatzkammer verſchob Hr. Cobbett im Unterhauſe am 4. April ſeine Motion in Bezug auf die Stämpelgebühren bis nach den Oſterferien. Hr. S. Rice trug auf ein Wahlausſchreiben für ein neues Mitglied für Coventry, an dir Stelle des Hrn. Edward Ellice an, der das Amt eines Kriegsſecretärs angenommen habe. Um ¼ auf 6 Uhr Abends vertagte ſich das Haus bis zu Montag den 15. April.

Der Irländer Francis Dillon, durch den Sir R. Peel am 1. Abends im Unterhauſe in ſeiner Rede unterbrochen wurde, ward am 2. Abends von der Polizei verhört. Es ergab ſich, daß er früher in Irland Zollbeamter geweſen. Er bildete ſich noch immer ein, daß Graf Grey ihn vergiften wolle, und ſeine Geiſteszerrüttung war unverkennbar. Als Grund, weßhalb er dem Sir R. Peel ins Wort gefallen, gab er an, daß er ſich bei ihm über die Handlungsweiſe des Grafen Grey habe beſchweren wollen. Er wurde nach dem St. Margarethenarbeitshauſe gebracht und unter ärztliche Aufſicht geſtellt.

Lord Althorp, deſſen Unpäßlichkeit am 3. dem Unterhauſe angekündigt wurde, iſt noch nicht wieder beſſer; er leidet hauptſächlich an fortwährendem Schlucken. Graf Grey, Hr. Spring-Rice, Hr. Ellice und mehrere andere Perſonen erkundigten ſich geſtern nach ſeinem Befinden.

Die Lords Wynford, Roden, Kenion und Carbery haben einen Proteſt grgen die zweitr Leſung der irländiſchen Jurybill unterzeichnet, als deſſen Grund ſie ange-

Digitized by Google

ben, daß ſie den Grundſatz, nach welchem der jetzige Gebrauch verändert werden ſoll, als der einſtimmigen Anſicht der zwölf Richter von Irland widerſprechend und dem Leben und dem Eigenthum der Bewohner Irlands Gefahr drohend betrachteten.

Der zum erſten Secretär für Irland ernannte Sir J. C. Hobhouſe iſt am 5. d. M. wieder zu einem der Repräſentanten von Weſtminſter im Parlamente gewählt worden. Obſchon ihm kein anderer Candidat die Wahl ſtreitig machte, war der Wahlaet doch äußerſt ſtürmiſch, und wurde häufig durch unbändiges Ziſchen, Werfen von verfaulten Aepfeln, Orangen ꝛc. nach dem Wahlgerüſte unterbrochen. Hr. Hobhouſe verſicherte, daß er auf ſeinem neuen Poſten alle ſeine Kraft anſtrengen werde, um Irlands Wohlfahrt zu befördern.

In Bezug auf die holländiſch-belgiſchen Angelegenheiten heißt es im Albion vom 5. April: „Unſere und die franzöſiſche Regierung ſcheinen wirklich nun eine Erledigung dieſer Sache ernſtlich zu wünſchen. Geſtern Abends wurde ein Vorſchlag an den König der Niederlande abgefertigt, zwar nicht zu einer „ſchließlichen Ausgleichung der holländiſcheu Frage," wie einige Zeitungen wiſſen wollten, ſondern daß Hr. Dedel mit hinreichenden Vollmachten verſehen werden möchte, um die Sache zum Schluß zu bringen, weil er eine ſolche Befugniß bis jetzt noch nicht beſitzt. Dieſer Vorſchlag iſt in bei Weitem verſohnlicheren Ausdrücken abgefaßt, als die bisherigen Mittheilungen aus Lords Palmerſton Miniſterium an das Haager Cabinet. Schwerlich iſt jedoch Grund vorhanden, zu hoffen, daß das Embargo auf holländiſche Schiffe in unſern Häfen ſobald aufgehoben werden möchte, wie einigr Perſonen in der City es geſtern erwarteten. Bis jetzt hat man noch nicht daran gedacht, das Embargo aufzuheben, außer unter Bedingungen, die der König der Niederlande bisher nicht hat annehmen wollen; und es bietet ſich in den europäiſchen Verhältniſſen nichts dar, was ihn bewegen konnte, den Forderungen Frankreichs und Englands beizutreten, welcher Grund ihn auch beſtimmen mag, ein entgegengeſetztes Verfahren zu beobachten."

Der Albion vom 5. April beſtätigt die Nachricht von der beabſichtigten Abfrrtigung eines brittiſchen Geſchwaders nach dem mittelländiſchen Meeee, und ſetzt hinzu: „Das Packetboot, welches erſt am Sonnabend hätte abgehrn ſollen, erhielt plötzlich Befehl, ſeine Reiſe anzutreten, und die Briefe ſollen durch den Malabar von 74 Kanonen, eines der in den Archipel zu ſendenden Schiffe, befördert werden. Die Admiralität muß äußerſt wichtige Depeſchen nach dem mittelländiſchen Meere zu ſenden gehabt haben, ſonſt ließe ſich die Abfertigung des Packetbootes ohne Briefe und dir langſamere Beförderung dieſer letzteren durch ein Linienſchiff durchaus nicht rechtfertigen."

Im Börſenberichte der Londoner Zeitungen vom 5. April wird der Nachricht von der Abſendung einer Propoſition an den König der Niederlande noch Folgendes hinzugefügt: „Dieſer Plan iſt, wie wir hören, von den anderen hier befindlichen fremden Geſandten genehmigt worden; es könnte daher wohl ſeyn, daß gegen Ende der nächſten Woche das Embargo auf die in unſeren Häfen feſtgehaltenen holländiſchen Schiffe aufgehoben würde. Dieſe Nachricht iſt der Grund zu der eingetretenen Beſſerung der Fonds."

Frankreich.

Am 5. April discutirte die Deputirtenkammer mehrere Zuſatzartikel im Ausgabebudget. Die Kammer verwarf nach einander verſchiedene Vorſchläge, welche zum Zwecke hatten, 1) das Geſetz wegen Cumulirung mehrerer Gehalte auf die Beſoldung der Marſchälle von Frankreich anzuwenden; 2) den Miniſtern nur ihre Beſoldung als Miniſter zu bewilligen; 3) den Orden des heil. Ludwigs aufzuheben; 4) den Deputirten, die Staatsdiener ſind, während der Dauer der Seſſion jeden Gehalt zu entziehen. Dagegen ward ein Amendement angenommen, wodurch jede freie Wohnung in Staatsgebäuden künftig nur durch eine königliche Ordonnanz verliehen werden kann. Es blieb nur noch das beſondere Budget der Kammer zu votiren übrig. Auf das Verlangen einiger Mitglieder ward zu jenem Behufe die Sitzung in eine geheime verwandelt.

Die zur Prüfung des Geſetzentwurfs zu einem Credite von 35 Millionen für die Feſtungswerke um Paris niedergeſetzte Commiſſion beſteht aus den HH. Vicomte Seſtiani, Dupin, Deleſſert, Riolay, General Delort, Virnet, Oberſt Garaube, Oberſt Lamy, General Strolz.

Dir Pariſer Journale ſind faſt ausſchließlich mit der auch in der Deputirtenkammer verhandelten Frage über dir Befeſtigung der Hauptſtadt beſchäftigt und die Verſchiedenheit der Anſichten über dieſen Gegenſtand iſt unter ihnen nicht minder groß, als unter den Mitgliedern der Kammer.

Preußen.

Das im neueſten Stücke der Geſetzſammlung, welches am 10. April ausgegeben wurde, enthaltene Publicationspatent in Betreff der Sicherſtellung der Rechte der Schriftſteller und Verleger gegen den Nachdruck in den zum teutſchen Bunde gehörenden Provinzen der Monarchie, lautet alſo: „Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen ꝛc. ꝛc., thun kund und fügen hiermit zu wiſſen: Nachdem in Folge Unſerer allerhöchſten Cabinetsordre vom 16. Auguſt 1827 (Geſetzſammlung 1827, Seite 123) von Unſerem Miniſterium der auswärtigen Angelegenheiten mit dem allergrößten Theile der teutſchen Bundesſtaaten über die Sicherſtellung der Rechte der Schriftſteller und Verleger gegen den Büchernachdruck bereits in den Jahren 1827, 1828 und 1829 beſondere, ſeiner Zeit durch die Geſetzſammlung bekannt gemachte Vereinbarungen über den Grundſatz: „daß in Anwendung der deßhalb vorhandenen Ge-

Digitized by Google

ſetze der Unterſchied zwiſchen In- und Ausländern in Beziehung auf die gegenſeitigen Unterthanen aufgehoben, und denſelben ein gleicher Schutz wie den Inländern zu Theil werde," getroffen worden, hiernächſt aber, auf den Antrag Unſeres Bundestagsgeſandten, die teutſche Bundesverſammlung über die Annahme dieſes Grundſatzes zwiſchen ſämmtlichen Bundesſtaaten in Berathung getreten iſt, und auf den Grund der letzteren in ihrer 33ſten Sitzung am 6. September v. J. ſich zu dem Beſchluſſe vereinigt hat, welcher wörtlich alſo lautet: Um nach Artikel 18 der teutſchen Bnndesacte die Rechte der Schriftſteller, Herausgeber und Verleger gegen den Nachdruck von Gegenſtänden des Buch- und Kunſthandels ſicher zu ſtellen, vereinigen ſich die ſouverainen Fürſten und freien Städte Teutſchlands vorerſt über den Grundſatz, daß, bei Anwendung der geſetzlichen Vorſchriften und Maaßregeln wider den Nachdruck, in Zukunft der Unterſchied zwiſchen den eigenen Unterthanen eines Bundesſtaates und jenen der übrigen im teutſchen Bunde vereinten Staaten gegenſeitig und im ganzen Umfange des Bundes in der Art aufgehoben werden ſoll, daß die Herausgeber, Verleger nnd Schriftſteller eines Bundesſtaates ſich in jedem andern Bundesſtaate des dort geſetzlich beſtehenden Schutzes gegen den Nachdruck zu erfreuen haben werden. Die höchſten und hohen Regierungen werden die zur Vollziehung dieſes Beſchluſſes nöthigen Verfügungen erlaſſen, wie dieſes geſchehen, ſo wie überhaupt von den gegen den Nachdruck beſtehenden Geſetzen und Anordnungen binnen zwei Monaten der Bundesverſammlung Mittheilung machen; ſo verordnen Wir hierdurch, daß dieſer Beſchluß, nachdem Wir demſelben allerhöchſt Unſere Zuſtimmung ertheilt, in den zum teutſchen Bunde gehörigen Provinzen Unſerer Monarchie Kraft und Gültigkeit haben und demgemäß in Anwendung gebracht werden ſoll. Gegeben Berlin, den 12. Februar 1833. (L. S.) Friedrich Wilhelm. Freiherr von Altenſtein. von Schuckmann. Freiherr von Brenn. von Kamptz. Mühler. Ancillon."

In Bezug auf die zum teutſchen Bunde nicht gehörigen Provinzen wird in einer allerhöchſten Verordnung von demſelben Tage verfügt, daß, bei Anwendung der geſetzlichen Vorſchriften und Maaßregeln wider den Nachdruck von Gegenſtänden des Buch- und Kunſthandels, in Zukunft der Unterſchied zwiſchen den Bewohnern der eben erwähnten Provinzen und denen der im teutſchen Bunde vereinten Staaten, bei vorausgeſetzter Beobachtung der Reciprocität, in der Art aufgehoben ſeyn ſoll, daß die Herausgeber, Verleger und Schriftſteller eines Bundesſtaates ſich auch in den zum teutſchen Bunde nicht gehörigen Provinzen des daſelbſt geſetzlich beſtehenden Schutzes gegen den Nachdruck zu erfreuen haben.

Belgien.

Nachdem in der Sitzung der Repräſentantenkammer vom 3. April die einzelnen Capitel des Budgets des Kriegsminiſters angenommen worden waren, erſtattete Hr. Brabant über einige Zuſatzartikel der Centralſection mit folgenden Worten Bericht: „Die Centralſection ſchlägt Ihnen vor, nur die Hälfte des Totalbetrages des Kriegsbudgets auf 6 Monate zur Verfügung der Regierung zu ſtellen, und hat nur das Material der Artillerie und des Geniewesens von dieſer Beſtimmung auszunehmen zu dürfen geglaubt. Damit man über die Anſichten und Geſinnungen der Repräſentantenkammer nicht im Zweifel bleibe, ſo hat die Centralſection geglaubt, ſich zum treuen Dollmetſcher derſelben machen zu müſſen, indem ſie hier die Gründe der vorgeſchlagenen Beſchränkung auseinanderſetzt. Die Nation iſt der Langſamkeit der diplomatiſchen Unterhandlungen müde; ſie will die Entwirrung unſerer Zwiſtigkeiten mit Holland. Um dieſen Zweck zu erreichen, erklärt ſie ſich noch zu neuen Opfern bereit. Alſo nicht um die Koſten der Armee auf dem Kriegsfuße zu erſparen, nicht um die mit ſo großen Koſten organiſirte ſchöne Armee zu reduciren, ſchlagen wir Ihnen vor, das Budget nur für 6 Monate zu bewilligen. Wir haben dabei keinen andern Zweck — und dieß wünſchen wir wohl verſtanden zu wiſſen — als, wenn nach Ablauf der 6 Monate keine Hoffnung zu einem baldigen Abſchluß vorhanden iſt, die Regierung aufzufordern, zu energiſchen Maaßregeln ihre Zuflucht zu nehmen, um die Unabhängigkeit Belgiens zu ſichern. In dieſem Falle werden wir, weit davon entfernt, auf Einſchränkungen zu beſtehen, unſere Zwangsmittel vermehren und nichts vernachläſſigen, um den Sieg unſerer Waffen zu ſichern." — Auf die Frage mehrerer Mitglieder, ob ſich die Miniſter den Vorſchlägen der Centralſection anſchlöſſen, nahm der Miniſter des Innern das Wort und ſagte: „Die verſchiedenen Anſichten, welche hier bei Erörterung des Kriegsbudgets ausgeſprochen worden ſind, machen es der Regierung zur Pflicht, zu fragen, ob das von der Centralſection vorgeſchlagene Amendement einen Character des Mißtrauens oder der Feindſeligkeit gegen das Miniſterium an ſich trägt? Das Miniſterium verlangt daher, daß die Kammer ſich in dieſer Hinſicht auf eine offene und kategoriſche Weiſe ausſpreche. Wenn ſie ſich deſſen weigern ſollte, ſo werde ich meiner Seits ein Amendement vorſchlagen, welches jene Erklärungen herbeiführen müßte." — Hr. von Brouckère fand es höchſt ſeltſam, daß der Miniſter dergleichen Aufforderungen an die Kammer ergehen laſſe, und ſeine Einwilligung von ſolchen Bedingungen abhängig mache. Man müſſe, ſagte er, in Belgien leben, um ſo etwas zu erfahren. Die Kammer habe von ihren Geſinnungen keine Rechenſchaft abzulegen; jedes Mitglied ſtimme nach ſeinem Gewiſſen und habe ſein Votum nicht zu motiviren, das Miniſterium könne es ſich auslegen, wie es ihm gut dünke; und wenn es auf den Grund deſſelben ſeine Entlaſſung einreichen wolle, ſo könne man es nicht daran hindern. Man habe aber ſchon

Digitized by Google

ein Beiſpiel, daß es den jetzigen Miniſtern mit ihren Entlaſſungsgeſuchen nicht rechter Ernſt ſei. — Der Miniſter des Innern ſchlug darauf als Amendement vor, daß das Kriegsbudget für 1833 erſt beim definitiven Votum des allgemeinen Budgets einer neuen Reviſion unterworfen würde. Er bemerkte, daß mehrere Mitglieder dieſer Kammer den Miniſtern Mangel an Energie und Ungeſchicklichkeit vorwarfen. Das Miniſterium müſſe wiſſen, ob die Majoritat dieſe Anſicht theile; in dieſem Falle könne es die inneren und äußeren Angelegenheiten des Landes nicht ferner mit der nöthigen Feſtigkeit und Würde leiten.

Teutſchland.

Der Senat der freien Stadt Frankfurt hat unterm 8. d. M. Nachſtehendes an die löbl. Bürger- und Einwohnerſchaft erlaſſen: „Welche verbrecheriſche That vor einigen Tagen in hieſiger Stadt verübt worden, ruht noch in dem Andenken des geſammten Publicums. Durch den Schutz der Vorſehung, welche ſeit Jahrhunderten ſo ſichtbar über dieſer Stadt gewacht hat, wurde größeres Unglück verhütet. Je mehr die Wohlfahrt hieſiger Stadt durch eine etwaige Erneuerung eines ſolchen Vorfalls gefährdet wird, deſto heiligere Pflicht iſt es, daß ſämmtliche Bürger und Einwohner mit den Behörden alle Kräfte aufbieten, und vereint dahin wirken, daß jeder Angriff auf die Ruhe und Erhaltung unſeres Gemeinweſens vereitelt werde. Das bereitwillige Wirken der Stadtwehr und das muthige Benehmen des Linienmilitärs, welche ſich auch bei dieſem Anlaß wieder bethätigt haben, gewähren die ſichere Bürgſchaft, daß die öffentliche Ordnung ferner werde aufrecht erhalten werden; und in dieſer feſten Zuverſicht auf den auch jetzo rühmlich erprobten Sinn der hieſigen Angehörigen und auf deren ſtandhafte Ausdauer, ſieht der Senat vertrauensvoll der Zukunft entgegen. Beſchloſſen in unſerer großen Rathsverſammlung den 8. April 1833."

Das Amtsblatt der freien Stadt Frankfurt enthält folgende Aufforderung: „Da ſich aus der ſeither über die bedauerlichen Vorfälle am Abend des 3. l. M. geführten Unterſuchung die Wahrſcheinlichkeit herausſtellt, daß Verwundete dahier beherbergt und verpflegt werden, ſo werden alle hieſigen Einwohner, bei welchen oder in deren Behauſung ſich Verwundete befinden, und alle, welche hiervon Kenntniß haben, an ihre Pflichten erinnert, und aufgefordert, unverweilt und längſtens binnen 24 Stunden die Anzeige davon bei unterzeichneter Stelle zu machen, um ſo unfehlbarer, da durch Verheimlichung ſich die Betheiligten ſchwerer Verantwortlichkeit ausſetzen. Frankfurt, den 8. April 1833. Polizeiamt."

Frankfurter Blätter vom 10. April melden aus Frankfurt vom vorhergehenden Tage: „Heute iſt der in Folge hieſiger bedauerlicher Vorfälle entwichene Dr. Neuhof eingebracht worden. Er wurde im Amte Königſtein verhaftet. — Der Student von Reizenſtein, welcher von Darmſtadt aus hierher abgeliefert wordrn, iſt, wie man beſtimmt behaupten kann, der Sohn eines verſtorbenen Rittmeiſters von Reizenſtein, nicht der des badiſchen Miniſters gleiches Namens, wie einige Blätter wiſſen wollten. — Gegen die Doctoren Bunſen, Gärth und Bergelmann, deren man noch nicht habhaft werden konnte, werden Steckbriefe erlaſſen werden. — Heute Morgens um 4 Uhr erſchallte hier Feuerruf. Auf dem ehemaligen Wall, die Bleichſtraße, ſtand die Werkſtätte eines Seilers, die mit Hanf angefüllt war, nebſt einem daranſtoßenden Haufen Weißbinder-Rüſtſtangen in Flammen. Ungeachtet leider dieß Feuer durch Bosheit entſtanden zu ſeyn ſcheint, ſo wurde es ſogleich durch die gewohnte Thätigkeit der herbeigeeilten Bürger in kurzer Zeit gelöſcht. Auch bei dieſer Gelegenheit zeigte ſich aufs Neue der ſchon ſo vielſeitig erprobte gute Sinn der hieſigen Einwohner; die größte Stille und Ruhe herrſchte bei dem ganzen Vorfall, Jeder verrichtete mit Thätigkeit ſeine ihm obliegenden Pflichten, und kehrte dann eben ſo ruhig und beſonnen nach Hauſe zurück. — Um 9 Uhr dieſen Morgen wurden etwa 10 Landleute aus dem, zu unſerm Gebiete gehörenden Flecken Bonames, auf einem Wagen, unter ſtarker hieſiger Militärbedeckung, dahier gefänglich eingebracht."

Die Kaſſeler Zeitung enhält folgendes Ausſchreiben des Miniſteriums des Innern, vom 6. April 1833, die Zuſammenberufung der nächſten Ständeverſammlung betreffend: „Da die Wahlen der Abgeordneten zu der durch das Ausſchreiben des Miniſteriums des Innern vom 19. v. M. auf den 15. d. M. einberufenen Ständeverſammlung bis jetzt geringen Fortgang gehabt haben und das Wahlgeſchäft durch das eintretende Oſterfeſt eine Unterbrechung erleidet, ſo daß mit Grund zu beſorgen ſteht, es werde abermals an dem zum Zuſammentritt der Stände beſtimmten Tage und zu der an denſelben thunlichſt bald anzuſchließenden Eröffnung der Ständeverſammlung an der erforderlichen Anzahl von Abgeordneten und andern Mitgliedern fehlen; — ſo haben Se. Hoheit der Kurprinz und Mitregent den Tag zur Einberufung der nächſten Ständeverſammlung auf den dreizehnten künftigen Monats Mai zu verlegen gnädigſt geruht. Es wird dieſes hierdurch zur öffentlichen Kunde gebracht, damit alsdann die zur Theilnahme an der nächſten Ständeverſammlung Berechtigten dahier ſich einfinden, und übrigens der Geſchäftsordnung für die Ständeverſammlung vom 16. Februar 1831 gemäß verhalten mögen. Kaſſel, den 6. April 1833. Kurfürſtliches Miniſterium des Innern. Haſſenpflug. vt. Ende."

Am 15. April war zu Wien der Mittelpreis der

Staatsſchuldverſchreibungen zu 5pCt. in CM.	91 11/16;
detto detto zu 4pCt. in CM.	81 5/8;
Darleh. mit Verlooſ. v. J. 1820, für 100 fl. in CM.	——;
detto detto v. J. 1821, für 100 fl. in CM.	133 7/8;
Wiener-Stadtbanco-Obligat. zu 2½ pCt. in CM.	51 3/4;
Conv. Münze pCt. ——;	

Bankactien pr. Stück 1196 5/8 in CM.

Hauptredacteur: Joſeph Anton Edler von Pilat.
Verleger: Anton Strauß ſel. Witwe in der Dorotheergaſſe Nr. 1108.

Das erſte Pferderennen auf der Simmeringer Heide findet heuer am 20. April Statt, das zweite am 23., das dritte am 30., das vierte am 3. Mai. — Die Liſte aller bis zum 10. April angeſagten Pferde iſt im Comptoir des Oeſterr. Beob. zu haben, woſelbſt auch am Vorabende jedes Rennens die eigentlichen Wettrennliſten zu finden ſeyn werden.

Digitized by Google

Nro. 107

Oeſterreichiſcher Beobachter.

Mittwoch, den 17. April 1833.

Meteorologiſche Beobachtungen vom 15. April.	Zeit der Beobachtung.	Barometer auf 0° Reaumur reducirt. Pariſer Maß.	Wiener Maß.	Thermometer Reaumur.	Wind.	Witterung.
	8 Uhr Morg.	27.053	27 Z. 9 L. 7 P.	+ 5.2	WNW. mittel.	trüb.
	3 Uhr Nachm.	27.134	27 10 7	+ 8.2	W. ſtark.	Regen.
	10 Uhr Abends.	27.169	27 11 0	+ 3.5	WNW. mittel.	heiter.

Rußland.

Die Zeitung von Odeſſa vom 19. März meldet: „Geſtern langte das Geſchwader des Contreadmirals Kumany auf der hieſigen Rhede an und legte ſich um 2 Uhr Nachmittags im Angeſichte der Stadt vor Anker. Es beſteht aus folgenden Schiffen: Kaiſerinn Marie, Admiralſchiff von 84 Kanonen, commandirt vom Capitän erſten Ranges Papachriſto; Parmen von 74 Kanonen, befehligt vom Capitän erſten Rannes Antipa; Adrianopel von 84 Kanonen, befehligt vom Capitän erſten Ranges Kaſtinitſch; Tenedos, Fregatte von 60 Kanonen, commandirt vom Capitän zweiten Ranges Tugarinoff, und Langeron, Transportſchiff, befehligt vom Capitänlieutenant Pulakas. Das Wetter war geſtern gerade ſehr ſchön und die ganze Bevölkerung von Odeſſa ſtrömte auf den Boulevard, um das Einlaufen der Schiffe zu ſehen. — Vorgeſtern iſt das Dampfboot Newa von hier wieder nach Konſtantinopel abgeſegelt."

Polen.

Der Generaladjutant Fürſt Gortſchakoff, Chef des Stabes der activen Armee, iſt in dieſen Tagen aus St. Petersburg wieder nach Warſchau zurückgekehrt.

Die Direction des landſchaftlichen Creditvereins bringt zur öffentlichen Kenntniß, daß am 1. und 2. April in Gegenwart der abgeordneten Mitglieder des Comités dieſes Vereins und der Pfandbrief-Eigenthümer die Verlooſung der Pfandbriefe Statt gefunden hat, welche aus dem Tilgungsfonds des laufenden Semeſters realiſirt werden ſollen. Es wurden im Ganzen gezogen: 3763 Stück Pfandbriefe zum Betrage von 4,340,800 fl. Der Tilgungsfonds für das laufende Semeſter betrug 4,341,032 4/15 fl.; hiervon ging die Summe von 252 4/15 fl. ab, als der dem Eigenthümer des im vorigen Semeſter zuletzt verlooſten Pfandbriefes Lit. C Nr. 117,547 noch gebührende Reſt; es blieb alſo ein Tilgungsfonds von 4,340,780 fl.; demnach fehlten auf den zuletzt verlooſten Pfandbrief Lit. C Nr. 65,485 noch 20 fl., welche aus dem Tilgungsfonds des nächſten Semeſters nachgezahlt werden ſollen.

Freie Stadt Krakau.

Der Präſident des dirigirenden Senats, Hr. Wieloglowski, hat an die Bürger und Einwohner der freien Stadt Krakau und ihres Umkreiſes folgende Proclamation erlaſſen: „Durch die von dem dirigirenden Senat bekannt gemachte Verfügung der aus den würdigen Bevollmächtigten der drei erlauchten beſchützenden Höfe beſtehenden außerordentlichen Commiſſion habt Ihr, achtbare Krakauer, erfahren, daß die auf dieſelbe Weiſe wie früher, nur mit einem theilweiſen Perſonenwechſel, zuſammengeſetzte Regierung meiner Leitung anvertraut worden iſt. — Der hergebrachten Ordnung, oder vielmehr meinen Gefühlen gemäß, bin ich nach Ablegung meines Amtseides, und nachdem ich geſchworen, Eure heiligen Freiheiten zu bewahren, für meine Perſon verpflichtet, mich mit der Euch wohl bekannten und aus der Tiefe eines Euch gewidmeten Herzens dringenden Stimme an Euch zu wenden. — Von Alter gebeugt, von Arbeiten überſättigt, nur nach Ruhe mich ſehnend, hätte ich ausruhen ſollen. Aber der hohe Wille der beſchützenden Monarchen, durch ihre würdigen Bevollmächtigten kundgegeben, welcher mich zu dieſem Amte berief, und die mit meinem innerſten Leben verſchmolzene, durch Dankbarkeit ſeit meiner erſten hieſigen Amtsführung begründete und während der ganzen Zeit meiner Entfernung heilig bewahrte Anhänglichkeit an die Reſidenz gebot mir, meine Augen gegen jedes Hinderniß zu verſchließen und den Reſt meiner moraliſchen Kräfte, o möchte es doch zum Wohl und Gedeihen des Landes gereichen, Eurem Dienſte zu widmen. — Alſo beginnend im Namen des Herrn über alle Herren, ohne deſſen mächtige Rechte nichts Nützliches ausgeführt werden kann, und nachdem ich von den conſtitutionnellen Behörden dieſes Landes die Verſicherung erhalten, daß ſie mich in meinen Arbeiten unterſtützen und eifrig zum allgemeinen Wohle mitwirken wollen, bedarf ich nur noch Eures Vertrauens, und bitte Euch, daß Ihr es gegen das meinige austauſchen möget. Indem ich es verdienen und Eure Herzen mir gewinnen will, was ich nicht nur wünſche und wünſchen muß, ſondern was ich auch als eine Bedingung anſehe, ohne welche das beabſichtigte Ziel nicht erreicht werden könnte und jede Arbeit umſonſt wäre, habe ich, achtbare Bürger, beſchloſſen, und thue es Euch hiermit kund, daß ein Jeder, der irgend eine Vorſtellung, ſie möge ſich auf das Gemeinwohl oder auf Privatangelegenheit beziehen, an

die Regierung zu machen oder mich von ſeinem Verlangen zu unterrichten hat, mich ſtets von 9 Uhr Morgens bis 2 Uhr Nachmittags in dem Berathungsſaale des dirigirenden Senats, ausgenommen an den Montagen, Mittwochen und Freitagen, wo die Berathungen des Senats Statt finden, aber außerdem auch immer von 7 bis 9 Uhr Früh in meiner bisherigen Wohnung, ihn zu hören bereit finden wird. — Und um ſelbſt der Schwierigkeit in der Auffindung von Schreibern oder der Unmöglichkeit, ſie zu honoriren, unter der niedern Einwohnerclaſſe zu begegnen, weil dadurch ein Verzug in der Ausübung der den Geſuchen gebührenden Gerechtigkeit veranlaßt werden könnte, iſt in dem Generalſecretariate des Senats ein Bureau eingerichtet worden, wo ein Jeder, nachdem er zum Beſten der Einkünfte des öffentlichen Schatzes einen Stämpelbogen niedergelegt hat, deſſen Werth ſich nach der Behorde richtet, an die geſchrieben wird, ſein Geſuch mündlich auseinanderſetzen kann, worauf ſeine Angelegenheit den Behörden zu weiterer Berückſichtigung zugefertigt werden ſoll. — Ja, achtbare und von den Tugenden Eurer Vorfahren nicht entartete Krakauer, durch die That ſich äußernde Dankbarkeit gegen die Monarchen, welche dieſem Lande ſeine Freiheiten verliehen haben, Bewahrung der perſönlichen Freiheit, Beförderung Alles deſſen, was die Wohlfahrt des Einzelnen erhöht, Einführung einer Ordnung, welche einem Jeden Ruhe ſichert, und Ablegung des Beweiſes vor den Augen der Welt und der benachbarten Länder, daß Einigkeit und gemeinſame Arbeitsluſt alle der Ordnung im Wege ſtehende Hemmungen und Wirren zu beſeitigen, alle Hinderniſſe zu überwinden vermag, dieß ſind die großen Zwecke, nach denen meine und meiner Amtsgenoſſen Hingebung zielt. Aber was könnte ich vollbringen ohne Euch? Ihr alſo werdet, von den durch die erlauchten Beſchützer Euch verliehenen Freiheiten Nutzen ziehend, dieſes Geſchenkes Euch mit ruhiger Mäßigung bedienen, um Euch dieſes ſchützende Schild zu erhalten und es dem dirigirenden Senat möglich zu machen, ſo oft es die Nothwendigkeit erheiſcht, bei den erlauchten Protectoren für das Wohl des Landes ſprechen zu können. Wenn Ihr daher mit Vertrauen Eure Bedürfniſſe darthun, wenn Ihr mit brüderlicher Liebe auf wahrgenommene Irrungen der Behörde oder eines einzelnen Mitgliedes aufmerkſam machen, wenn Ihr in den Verſammlungen bei dem Genuß Eurer Rechte den guten Willen ehren und den Irrthum mit Milde berichtigen wollt, ſo werden die eifrigen Bemühungen der Behorden, durch die Geſetzgebung erleuchtet und unterſtützt, die Regierung befeſtigen und deutlich beweiſen, daß Einwohner unter einer Repräſentativregierung glücklich ſeyn können. — Möchte nur der Allmächtige ſeine wohlthuende und gnädige Rechte von uns Allen nicht abwenden, und jenes Band, auf welchem alles Andere beruht, immer mehr befeſtigen; dieß wollen wir feſt hoffen, unterſtützt von Deinem Flehen, ehrwürdiger Hirt dieſer Diöceſe, und durch die Gebete der Geiſtlichkeit, die wir bitten, daß ſie ihre Bitten mit den unſerigen und mit denen des Volkes vereinigen."

Vereinigte Staaten von Nordamerika.

Die Seſſion des Congreſſes wurde am 2. März geſchloſſen, und am 4. hielt der General Jackſon im Repräſentantenhauſe ſeine Inauguralrede beim Beginne ſeiner zweiten Präſidentur. Er empfiehlt den Staaten vor Allem Einigkeit an und ſtellt ihnen die Gefahren vor Augen, denen ſie ſich durch Trennung und Zwieſpalt ausſetzen würden. Der Präſident hatte der von Hrn. Clay eingebrachten Bill in Bezug auf die öffentlichen Ländereien ſeine Zuſtimmung verweigert, obgleich ſie in beiden Häuſern des Congreſſes mit einer bedeutenden Majorität angenommen worden war. Die nordamerikaniſchen Zeitungen enthalten ein Geſetz in Bezug auf die Eintreibung der Zölle, welches die Zwangsbill heißt und durch das widerſetzliche Benehmen Südcarolina's veranlaßt wurde. Der Präſident wird dadurch ermächtigt, im Fall einer Widerſetzlichkeit ſich einer bewaffneten Macht zur Erreichung jenes Zweckes zu bedienen. Dieſe Maaßregel wird von einigen Zeitungen ſehr heftig angegriffen, indem ſie dieſelbe als eine Schmälerung der Rechte jedes amerikaniſchen Bürgers betrachten.

Folgendes iſt die oben erwähnte Rede des Präſidenten: „Mitbürger! Der Wille des amerikaniſchen Volkes, wie er ſich durch deſſen ungetrübte Abſtimmung kundgegeben, beruft mich, den feierlichen Gebrauch vor Ihnen zu erfüllen, der vorangehen muß, ehe ich das Amt eines Präſidenten der vereinigten Staaten zum zweiten Male übernehme. Für den Beifall, den es meiner öffentlichen Handlungsweiſe während eines Zeitraumes, dem es an Verwickelungen nicht fehlte, geſchenkt hat, und für die erneuerte Darlegung ſeines Vertrauens in meine guten Abſichten weiß ich kaum den angemeſſenen Ausdruck meines Dankes zu finden. Ich werde ihn, ſo weit es nur immer meine geringen Fähigkeiten erlauben, durch anhaltende Bemühungen, die Regierung ſo zu führen, daß die Freiheit des Volkes bewahrt und ſein Wohl befördert wird, an den Tag legen. — In den letzten Jahren hat ſich ſo Manches ereignet, was nothwendiger Weiſe, zuweilen unter den peinlichſten und zarteſten Verhältniſſen, eine Auseinanderſetzung meiner Anſichten in Bezug auf die von der Centralregierung zu befolgenden politiſchen Grundſätze erforderte, daß ich bei dieſer Gelegenheit nur auf einige damit in Verbindung ſtehende Betrachtungen hinzudeuten brauche. — Die von unſerer Regierung bald nach dem Entſtehen unſerer jetzigen Verfaſſung angenommene und ſo ziemlich von allen auf einanderfolgenden Verwaltungen beibehaltene auswärtige Politik iſt mit einem faſt vollſtändigen Erfolge gekrönt worden, und hat unſern Character unter den Nationen der Erde erhoben. Allen Gerechtigkeit widerfahren zu laſſen und von Niemandem Un-

recht zu dulden, dieß war während meiner Verwaltung ihr Hauptgrundſatz, und die Folgen davon waren ſo günſtig, daß wir uns nicht nur mit der ganzen Welt im Frieden befinden, ſondern auch wenigen noch nicht erledigten Stoff zu Controverſen haben; und auch dieſer iſt nur von untergeordneter Bedeutung. — In der innern Politik dieſer Regierung ſind es zwei Gegenſtände, welche vor allen andern die Aufmerkſamkeit des Volkes und ſeiner Repräſentanten verdienen, und die fortwährend und in ſtets erhöhtem Grade meine Sorge in Anſpruch nehmen. Sie heißen Bewahrung der Rechte der Staaten und Unverſehrtheit der Union. Dieſe großen Gegenſtände hängen nothwendig zuſammen und konnen nur dadurch erreicht werden, daß die Befugniſſe eines jeden innerhalb der ihm gebührenden Sphäre und in Uebereinſtimmung mit dem verfaſſungsmäßig ausgeſprochenen Volkswillen einſichtsvoll ausgeübt werden. In dieſer Hinſicht wird es die Pflicht Aller, ſich den verfaſſungsmäßig gegebenen Geſetzen bereitwillig und patriotiſch zu unteewerfen, und dadurch ein angemeſſenes Veetrauen in jene Inſtitutionen der einzelnen Staaten und der vereinigten Staaten, welche das Volk ſelbſt, um darnach regiert zu werden, eingeſetzt hat, zu befördern und zu befeſtigen. — Meine Eefahrung in Staatsangelegenheiten und die Beobachtungen eines ziemlich voegerückten Lebens beſtätigen mir die Anſicht, welche ſich längſt in mir feſtſetzte, daß die Auflöſung unſerer Staatsregieeungen oder die Vernichtung ihrer Aufſicht über die örtlichen Angelegenheiten des Volkes geradewegs zu Revolution und Anarchie und endlich zu Despotismus und Militärherrſchaft führen wüeden. In demſelben Verhältniſſe alſo, wie die Centralregierung den Rechten der Staaten Abbruch thut, vermindert ſie ihre eigene Gewalt und benimmt ſich die Möglichkeit, die Zwecke, zu welchen ſie gebildet iſt, zu erfüllen. So wie ich innigſt von dieſen Betrachtungen durchdrungen bin, werden meine Landsleute mich ſtets bereit finden, meine verfaſſungsmäßige Gewalt zu gebrauchen, um Maaßregeln zu vechindern, welche direet oder indireet den Rechten der Staaten Abbruch thun könnten, oder darauf berechnet wären, alle politiſche Gewalt in der Centralregierung zu eoneentriren. Aber von eben ſo großer und in der That unberechenbarer Wichtigkeit iſt die Union dieſer Staaten, und Alle haben die heilige Pflicht, duech eine freimüthige Unterſtützung der Centralregierung in der Ausübung ihrer gerechten Befugniſſe zur Erhaltung derſelben beizutragen. Sie ſind weislich gelehrt worden, ſich daran zu gewöhnen, von der Union wie von dem Palladium iheer politiſchen Wohlfahrt und Erhaltung zu denken und zu ſprechen, mit eiferſüchtiger Sorgfalt über deren Bewahrung zu wachen, Allem Trotz zu bieten, was nur den geringſten Argwohn erregt, als konnte ſie in irgend einem Fall aufgegeben werden, und jeden Veeſuch einer Entfeemdung irgend eines Theiles unſeres Landes von den übrigen oder einer Auflöſung der die verſchiedenen Theile jetzt untee einander verketten-den Bande im erſten Aufkeimen zu erſticken. Ohne die Union hätten wir nie unſere Unabhängigkeit und Freiheit erreicht; ohne die Union könnten wir ſie nicht behaupten. In 24 oder auch ſelbſt in eine geringere Zahl abgeſonderter Gemeinweſen getheilt, würden wir unſern Binnenhandel von zahlloſen Einſchränkungen und Eepreſſungen beläſtigt ſehen; der Verkehr zwiſchen entfernten Puncten und Gegenden würde gehemmt oder abgeſchnitten werden; unſere Söhne würden zu Soldaten gemacht werden, um die Felder, welche ſich jetzt friedlich umpflügen, mit Blut zu düngen; unſer ganzes Volk würde durch Abgaben zur Erhaltung von Armeen und Flotten erdrückt werden und verarmen; und Heerführer würden ſich an der Spitze ihrer ſiegreichen Legionen zu unſeren Geſetzgebern und Richtern machen. Der Verluſt der Freiheit, aller guten Regierungsformen, des Friedens, Reichthums und Glückes müßte einer Auflöſung der Union unvermeidlich folgen. Wenn wir ſie alſo aufrecht erhalten, ſo erhalten wir alles das aufrecht, was dem freien Manne und dem Menſchenfreunde theuer iſt. — Die Zeit, in der ich vor Ihnen erſcheine, iſt reich an Intereſſe. Die Augen aller Nationen ſind auf unſere Republik gerichtet. Nach dem Ausgange der jetzigen Kriſis wied ſich die Anſicht der Menſchen über die Tauglichkeit unſeres Bundes-Regierungsſyſtems beſtimmen. Eine große Aufgabe liegt uns ob, eine große Verantwortlichkeit laſtet auf dem Volk der vereinigten Staaten. Laßt uns der wichtigen Stellung, in die wir uns vor der Welt verſetzt ſehen, genügen; laßt uns Nachſicht mit Feſtigkeit verbinden; laßt uns unſer Land den es umgebenden Gefahren entreißen und nützliche Weisheitslehren aus denſelben ſchöpfen. Tief durchdrungen von der Waheheit dieſer Bemerkungen und gebunden durch den feierlichen Eid, den ich zu leiſten im Begriff bin, werde ich fortfahren, alle meine Kräfte aufzubieten, um die rechtmäßige Gewalt der Verfaſſung aufrecht zu eehalten und die Segnungen unſeeer Bundesunion ungeſchmälert den kommenden Geſchlechtern zu überliefern. Zu gleichee Zeit werde ich es mir zum Ziel ſetzen, durch meine officiellen Acte die Nothwendigkeit einzuſchärfen, daß die Centralregierung nur diejenigen Beſchlüſſe ausübe, welche ihr ausdrücklich übertragen ſind; zu Einfachheit und Sparſamkeit in den Regierungsausgaben aufzumuntern; und nicht mehr Geld von dem Volke zu eeheben, als zu dieſen Zwecken erforderlich iſt, und in einer Weiſe, welche am beſten dazu geeignet iſt, die Intereſſen aller Claſſen des Gemeinweſens und aller Theile der Union zu befördern. Stets eingedenk, daß bei dem Eintritt in die Geſellſchaft die Einzelnen einen Theil ihrer Feeiheit aufgeben müſſen, um das Ganze zu erhalten, werde ich immer dahin ſtreben, meine Pflichten ſo zu erfüllen, daß ich bei unſeren Brüdern in allen Theilen des Landes einen Geiſt freiſinniger Nachgiebigkeit und Verſöhnlichkeit nähre, und daß ich durch Ausſöhnung unſerer Mitbüeger mit jenen theilweiſen Opfern, denen ſie ſich zur Eehal-

tung eines größeren Gutes unvermeidlich unterziehen müſſen, unſere unſchätzbare Regierung und Union dem Vertrauen und dee Liebe des amerikaniſchen Volkes empfehle. — Zum Schluß richte ich mein heißeſtes Flehen an jenes allmächtige Weſen, vor deſſen Antlitz ich jetzt ſtehe, und das uns ſeit der Kindheit unſerer Republik bis auf den heutigen Tag auf ſeinen Händen getragen hat, damit es alle meine Gedanken und Handlungen ſo leite und die Herzen meiner Mitbürger ſo regierr, daß wir voe Gefahren jeglicher Art bewahrt werden und immerdar ein einiges und glückliches Volk bleiben."

Frankreich.

Am 6. April wurden in der Deputirtenkammer zuerſt Petitionen vorgenommen. Anſangs waren nur neun Mitglieder zugegen, ſo daß, als vor dieſer Handvoll Deputirter Berichte abgeleſen wurden, Hr. Charamaule unwillig ausrief, ob man Komödie ſpiele; die tiefſten Wunden erhalte die Kammer von ihr ſelbſt. Dee Finanzminiſter überreichte einen Geſetzentwurf, über Bewilligung von fünf Millionen zur Zahlung des erſten Termins der Summe von 25 Millionen, welche die von der Regierung gegen die vereinigten Staaten anerkanntr Schuld bildet. — Das beſondere Budget der Kammer ward in öffentlicher Sitzung vollends geprüft und angenommen. Im Serutin über das ganze Ausgabenbudget ergaben ſich 186 weiße Kugeln (für dir Annahme) und 78 ſchwarze. Kaum waren genug Deputirte anweſend, um die geſetzliche Stimmenzahl herauszubringen. Dann votirte die Kammer den Witwen Cuviers und des jüngern Champollion Penſionen von 6000 und 3000 Fr. und bewilligte den Ankauf der Bibliothek des erſteren um 72,500 Fr., und der Manuſeripte, Zeichnungen und Bücher des letzteren um 50,000 Fr.

Der Brigg Voltigeur und die Corvette Perle ſind am 29. und 30. v. M. mit geheimen Aufträgen von Toulon nach der Levante abgegangen. Die Rüſtungen zu der Expedition gegen Conſtantine dauern im Touloner Hafen fort. Drei zu dieſem Unternehmen beſtimmte Batterien ſind theils in der Stadt, theils in der Umgegend angekommen. Die Stadt Bona, von wo das Linienſchiff Superbe in Toulon angekommen iſt, war bei der Abfahrt dieſes Schiffes lange Zeit von den Arabern nicht beunruhigt worden. Die franzöſiſche Garniſon war aber durch die herrſchenden Wechſelfieber ſehr zuſammengeſchmolzen.

Der franzöſiſchen Marine ſteht eine wichtige Neuerung bevor; die Regierung ſoll nämlich damit umgehen, in dem ſtehenden Takelwerk der Kriegsſchiffe Eiſendraht an die Stelle der Taue treten zu laſſen.

Am 8. April waren wegen des Oſterfeſtes keine Pariſer Zeitungen erſchienen.

Am 8. April 1¼ Uhr Nachmittags 5Percents 100 Fr. 75. 3Pereents 76 Fr. 80.

Preußen.

Se. Majeſtät der König haben in die Stelle des, zu Allerhöchſtihrem außerordentlichen Specialeommiſſarius bei der zur Regulirung der Angelegenheiten des Freiſtaates Krakau, Seitens der drei Schutzmächte zuſammentretenden Commiſſion ernannten, geheimen Regierungsrathes von Forckenbeck, den bisher im Miniſterium des Innern für Handel und Gewerbe angeſtellt geweſenen Hofrath von Hartmann, unter Beilegung des Legations-raths-Characters, zu Allerhöchſtihrem Reſidenten bei gedachtem Freiſtaate allergnädigſt zu ernennen geruht.

Belgien.

Der Schluß der Sitzung der Repräſentantenkammer vom 3. April war ungemein ſtürmiſch und dieſelbe endigte mit einer Niederlage der Miniſter. Die Verhandlungen über das von dem Miniſter des Innern vorgeſchlagene Gegenamendement (vergl. unſer geſtriges Blatt) gaben den Mitgliedern der Oppoſition noch zu verſchiedenen Malen Gelegenheit, zu erklären, daß ſie das Miniſterium durch das Amendement der Centralſection nicht in Verlegenheit zu ſetzen oder zu ſtürzen wünſchten, ſondern nur die Abſicht hätten, die Regierung zu einem enrrgiſcheren Auftreten zu veranlaſſen. Die Miniſter waren mit dieſer Erklärung nicht zufrieden, ſondern beſtanden hartnäckig darauf, daß man das Amendement der Centralſection verwerſe, und das ihrige, welches vorher im Miniſtereonſeil berathen worden ſei, annähme, und dem Miniſterium dadurch einen Beweis des Vertrauens gebe. Der Juſtizminiſter erklärte ausdrücklich, daß die Verwaltung die Annahme des Amendements der Centralſeetion als ein Zeichen betrachten müſſe, daß ſie nicht mehr das unbedingte Vertrauen der Kammer beſitze. Als das Amendement des Miniſters zur Abſtimmung kommen ſollte, trug Hr. Gendebien auf die vorläufige Frage an, welche mit 45 Stimmen gegen 28 genehmigt, und wonächſt das Amendement der Centralſeetion angenommen wurde. Die Verſammlung trennte ſich darauf in großer Aufregung.

In der Sitzung der Repräſentantenkammer vom 4. April fand die Abſtimmung über das ganze Kriegsbudget Statt, welches einſtimmig angenommen wurde, worauf ſich die Kammer bis zum 22. d. M. vertagte.

Man bemerkte, daß am 4. April in der Repräſentantenkammee, mit Ausnahme des Generals Evain, kein einziger Miniſtee anweſend war. Es wird heute viel von der Auflöſung des Miniſteriums geſprochen.

Die miniſteriellen Blätter äußern ſich über die Vorfälle in der Repräſentantenkammer folgendermaaßen: „Die Kammer hat vorgeſtern die letzten Capitel des Kriegsbudgets votirt und darauf die in der allgemeinen Discuſſion in Anregung gebrachte Frage erörtert, ob das Budget auf ein Jahr oder nur auf ſechs Monate bewilligt werden ſolle. Trotz der Anſtrengungen der Miniſter, um die Annahme der letzteren Beſtimmung zu verhindern, hat ſich doch die Kammer mit großer Mehrheit zu Gunſten der-

Digitized by Google

ſelben ausgeſprochen, und ein Gegenamendement der Miniſter wurde mit 45 Stimmen gegen 28 durch die vorläufige Frage beſeitigt."

Die erwartete Miniſtrialveränderung iſt nicht eingetreten. Der (miniſterielle) Independant vom 6. d. M. enthält folgenden Artikel: „Wer in der Entſcheidung der Kammer eine Niederlage für das Miniſterium erblicken wollte, kann der Sitzung nicht beigewohnt oder die Verhandlungen nicht aufmerkſam geleſen haben. Auch haben wir nicht ohne Erſtaunen von mehreren Perſonen die Frage aufwerfen hören, ob die Miniſter ſich zurückziehen würden, und dieſe Frage ſogar bejahend beantworten hören. Wir unſerer Seits ertheilen eine ganz entgegenſetzte Antwort. Und warum ſollte denn in der That das Miniſterium ſich vor einem Votum, wie das in Rede ſtehende, zurückziehen? Etwa, weil es ihm im Hintergrunde eine feindſelige Abſicht zu verſtecken ſcheint? Wenn aber auch wirklich das Urtheil an und für ſich etwas Unangenehmes haben mag, ſo muß man doch einräumen, daß die Motivirung deſſelben ſo mild wie nur möglich war. Von dem Berichterſtatter der Centralſection bis zu Hrn. von Robaulx haben alle Redner verſichert, daß der Vorſchlag nicht in feindſeliger Abſicht gegen das Miniſterium unterſtützt werde. — Die Miniſter müſſen das Votum der Kammer ſo annehmen, wie es ſelbſt diejenigen auslegen, welche ſich als ihre hartnäckigſten Gegner zeigen. Jene Herren ſind von Natur zu offenherzig, als daß ſie bei dieſer Gelegenheit hätten heucheln wollen. Dazu kommt noch, daß eine miniſterielle Modification, jetzt, wo erſt das Budget eines einzigen Departements bewilligt worden iſt, eine große Verlegenheit für das Land ſeyn würde, welches keinen andern Nutzen daraus ziehen könnte, als daß eine große Anzahl mit Ungeduld erwarteter Geſetze hinausgeſchoben werden müßte. Wir ſagen, daß dieß der einzige Vortheil ſeyn würde; denn welches auch die Nachfolger der jetzigen Miniſter ſeyn dürften, ſo genügt doch wohl der gewöhnlichſte Menſchenverſtand, um einzuſehen, daß eine Miniſterialveränderung in Belgien den Gang der Politik Englands und Frankreichs nicht beſchleunigen wird. Dieſe beiden Mächte werden Alles thun, was wir von ihnen zu erwarten berechtigt ſind, das glauben wir zuverſichtlich; aber eben ſo glauben wir, daß ſie nur billigen Forderungen entſprechen, und daß die Rodomontaden einiger Perſonen in Belgien ſie nicht von dem vorſichtigen und zugleich energiſchen Wege ablenken werden, den ſie ſich vorgezeichnet haben."

Mad. Adelaide, die Tante der Königinn der Belgier, wurde am 13. d. M. in Brüſſel erwartet.

Schweizeriſche Eidgenoſſenſchaft.

Süddeutſche Blätter enthalten folgende Nachrichten aus der Schweiz: „Die Conferenz in Schwyz hat, dem Vernehmen nach, ſämmtliche Stände zur Theilnahme an ihren Verhandlungen einzuladen beſchloſſen. Zunächſt hofft ſie den benachbarten Canton Zug in ihr Intereſſe zu ziehn. Vielfache Einwirkungen haben in dieſem Sinne Statt gefunden, und man verſichert, der auf den 27. einberufene dreifache Landrath werde die Geſandtſchaft von der Tagſatzung abrufen. Sollte Appenzell das Nämliche thun, ſo wäre die nach reglementariſcher Vorſchrift zu einer gültigen Verhandlung erforderliche Zahl von 15 Ständen nicht mehr vorhanden, und in dieſem Falle könnte auch die Geſandtſchaft von Graubündten an den Verhandlungen nicht weiter Theil nehmen. Auch die Inſtruction von Freiburg ſoll von ſolchem Inhalte ſeyn, daß, wenn die Berathung über den Bundesentwurf eine die Anſichten und Intereſſen dieſes Standes allzu wenig ſchonende Wendung nähme, die Geſandtſchaft ſich der weiteren Theilnahme an den Verhandlungen enthalten müßte. Von der andern Seite treiben die politiſchen Vereine das Spiel der Adreſſen mit neuer Lebhaftigkeit. Was für ein Gewicht auf die Tauſende von Unterſchriften zu legen ſei, wodurch man die Tagſatzung im Sinne einer Partei zu lenken ſucht, mag daraus hervorgehen, daß Gemeinden genannt werden, wo der Gemeinderath den Bürgern Haus für Haus „im Namen der Regierung" den Befehl zugehen ließ, „dieſes Ding zu unterſchreiben, damit der Bund könne zu Stande kommen." Man braucht auch nur die Zahl der Unterſchriften aus einzelnen Gemeinden mit der wiſſenſchaftlichen Sprache dieſer Adreſſen zuſammenzuhalten, um ſich zu überzeugen, daß die große Mehrzahl der Unterzeichner den Inhalt dieſer Eingaben nicht verſtehen konnte. Und dennoch ſoll die Tagſatzung, nach der Meinung gewiſſer Blätter, auf dieſe Stimmen aus dem Volke nicht weniger achten, als auf die Inſtructionen der großen Räthe! Die bemerkenswertheſte dieſer Erſcheinungen iſt die von Dr. L. Snell verfaßte „Adreſſe freier Schweizer Bürger." Dieſe erblickt „in der Centraliſation der materiellen Seite des Volkslebens, und mit Ausnahme einiger Puncte, in der Aufſtellung der Bundesgewalten die Hauptvorzüge des Entwurfes," dagegen eines ſeiner größten Gebrechen darin, daß nicht die Grundſätze der Rechtsgleichheit, der Volksſouverainetät und der Freiheit der Preſſe die Sanction des Bundes empfangen, und daß der ganze Entwurf, wieder auf die Cantonsſouverainetät gebaut, nicht aus der Idee einer Nationaleinheit hervorgegangen ſei. Es wird daher gewünſcht: 1) Daß der Eingang der Bundesurkunde den Bund als von den „freien Bürgern der ſchweizeriſchen Nation" geſchloſſen bezeichne. 2) Daß er feſtſetze: a) Alle Staatsgewalt im Umfange der Eidgenoſſenſchaft beruht auf der Souverainetät des Volkes. b) Es gibt keine Unterthansverhältniſſe mehr in der Schweiz, keine Vorrechte der Orte, der Stände, der Familien und der Perſonen. c) Die Tagſatzung kann nie die Preßfreiheit aufheben oder beſchränken, oder die Cenſur einführen. 3) Daß die Niedergelaſſenen nur, wenn ſie den Armenanſtalten zur Laſt fallen, in ihre Heimath zurückgewieſen, in Hinſicht auf Geſetzgebung

Digitized by Google

und gerichtliches Veefahren den eigenen Angehörigen gleichgehalten, und daß Verbannung in andere Cantone für unzuläſſig erklärt werde. 4) Daß bei innern Unruhen die Vollziehungsbehörde eines Cantons nur nach Ermächtigung des großen Rathes die Tagſatzung um Hülfe mahnen dürfe. 5) Daß, wenn immer möglich, die Repräſentation der großern Cantone auf der Tagſatzung vermehrt und dann das Recht der freien Beſchlußnahme ausgedehnt werde. 6) Daß in der Tagſatzung ein von ihr gewählter Präſident, nicht der Landammann, den Vorſitz führe. 7) Erweiterung der Competenz des Bundesgerichtes zum Schutze der Bürger und Conſtituirung desſelben zum Appellations- und Caſſationshofe, beſonders bei Anklagen wegen politiſcher Vergehen und bei Beſchwerden gegen die oberſte Vollziehungsbehörde eines Cantons. 8) Daß der Canton Neuenburg, wenn er Glied des Bundes werden wolle, eine freie, ſelbſtſtändige Verfaſſung erhalte. 9) Daß die Reviſion des Bundes nach ſechs Jahren durch einen eidgenöſſiſchen Verfaſſungsrath erfolge. 10) Daß die Bundesurkunde dem Volke zur Annahme oder Verwerfung vorgelegt weede!"

Teutſchland.

Durch eine königl. baieriſche Verordnung im Regierungsblatte vom 11. April wird an die Stelle der Extrapoſtordnung vom 1. Mai 1824 eine neue eingeführt, welche vom 1. Mai d. J. an in allen Kreiſen des Königreichs gleichformig vollzogen werden ſoll.

Se. königl. Hoheit der Kurfürſt von Heſſen, welcher ſich bekanntlich geraume Zeit in Frankfurt a. M. aufgehalten, begab ſich von da am 7. April wieder nach Baden.

Die Feankfurter Oberpoſtamtszeitung vom 11. April meldet aus Frankfurt vom vorhergehenden Tage: „In verwichener Nacht gegen 11 Uhr zeigten ſich plötzlich mehrere Perſonen in dee Nähe des Pulvermagazins. Auf das Anrufen der Schildwache ſchienen dieſelben keine Folge leiſten zu wollen, weßhalb ſogleich Feuer auf ſie gegeben wurde. Sie entfernten ſich hierauf eben ſo ſchnell als ſie gekommen waren. Die Ordnung wurde auf keine Weiſe weiter geſtört; in der Stadt herrſchte die tiefſte Ruhe. Mehrere der Flüchtlinge ſcheinen nach Steaßburg entkommen zu ſeyn. — Die Polizei hat wegen des geſtrigen Brandes eine Unterſuchung eingeleitet. Es kann noch nicht mit Beſtimmtheit behauptet werden, daß ſolches angelegt worden iſt. — Sogleich nach der Meldung wegen des Vorfalls am Pulverthurm in verfloſſener Nacht ruckte ein Militäreommando aus, um die Gegend zu durchſtreifen. Man will heute Nachts auf dem Taunus mehreee Feuer bemerkt haben."

Ferner heißt es in obgedachter Zeitung: „So wie vorauszuſehen war, ſo werden die hier am 3. d. M. Statt gehabten empöeenden Ereigniſſe auf verſchiedene Weiſe unrichtig und entſtellt in auswärtigen Blättern vorgetragen. So läßt der Correſpondent der Aachener Zeitung die Empörer Kanonen gebrauchen, und Wägen mit Gewehren über die Zeil fahren, an welchen Angaben auch nicht ein Wort wahr iſt. In der Rhein- und Moſelzeitung vom 9. April befindet ſich ebenfalls eine Privatcorreſpondenz aus hieſiger Stadt vom 7. d. M., welche auffallende Unwahrheiten enthält. Die Angaben, daß ſeit 8 Tagen der Obrigkeit die Pläne der Revolutionnärs bekannt geweſen, iſt ganz unwahr. Erſt Nachmittags erhielt der ältere Hr. Bürgermeiſter eine Mittheilung, welche ihn veranlaßte, der Quelle derſelben nachzuſpüren. Dieſe war — ein an eine Privatperſon eingegangener anonymer Brief. So verdächtig alſo dieſe Mittheilung auch ſchien, ſo waren dennoch, wie man aus der in unſern neueſten Jahrbüchern enthaltenen officiellen Mittheilung des Senats erſieht, alle angemeſſen ſcheinenden Vorſichtsmaaßregeln getroffen, da man von der doppelten Rückſicht ausgehen mußte, daß man zwar auf den Nothfall gerüſtet ſei, auf der andern Seits nicht durch auffallende Maaßregeln Unruhe hervorgerufen werde. Die Wachen waeen allerdings verſtärkt, auch hatten die Soldaten ſcharfe Patronen. Der Thurm über dem Fahrthor iſt ſchon ſeit längerer Zeit zum Gefängniß eingerichtet; übrigens werden allerdings für ſolche außerordentliche Fälle hier, wie an andern Orten, die Gefängniſſe vermehrt werden müſſen. So viel kann aber dem Privatcorreſpondenten zum Troſte bemerkt werden, daß erſt am 9. d. M. die geſetzgebende Verſammlung verſammelt war, daß alſo die in der Privatcorreſpondenz vom 7. d. M. über dieſe Verſammlung ertheilte Nachricht ganz ungegründet iſt. Schließlich ſei noch bemerkt, daß beim Beginne der Unterſuchung beinahe ausſchließlich Fremde als Theilnehmer bezeichnet waren; die in unſern Zeitungen gegen Hieſige enthaltenen Steckbriefe, ſo wie die hier vorgefallenen Verhaftungen überheben uns der Mühe, dem den Frankfurtern gemachten Vorwurfe der Parteilichkeit zu begegnen. — Die Angabe der Allgemeinen Zeitung, „die meiſten Thürme der Stadt Frankfurt waren „(am 3.) von den Rebellen erſtürmt, wo ſie unabläſſig „die Sturmglocken ertönen ließen," iſt dahin zu berichtigen, daß bloß der Domthurm erzwungen und dort Sturm geläutet woeden iſt."

Am 16. April war zu Wien der Mittelpreis der

Staatsſchuldverſchreibungen zu 5pCt. in CM.	$91\frac{13}{16}$;
detto detto zu 4pCt. in CM.	$81\frac{7}{8}$;
Darleh. mit Verlooſ. v. J. 1820, für 100 fl. in CM.	—;
detto detto v. J. 1821, für 100 fl. in CM.	134;
Wiener-Stadtbanco-Obligat. zu $2\frac{1}{2}$ pCt. in CM.	$51\frac{9}{16}$;
Conv. Münze pCt. —;	
Bankactien pr. Stück — in CM.	

Hauptredacteur: Joſeph Anton Edler von Pilat.
Veeleger: Anton Strauß ſel. Witwe in der Dorotheergaſſe Nr. 1108.

Digitized by Google

Nro. 108

Oeſterreichiſcher Beobachter.

Donnerſtag, den 18. April 1833.

Meteorologiſche Beobachtungen vom 16. April.	Zeit der Beobachtung.	Barometer auf 0° Reaumur reducirt. Pariſer Maß.	Wiener Maß.	Thermometer Reaumur.	Wind.		Witterung.
	8 Uhr Morg.	27.012	27 Z. 9 L. 1 P.	+ 6.2	SSO.	ſchwach.	Wolken.
	3 Uhr Nachm.	27.000	27 9 0	+ 10.5	S.	ſtark.	trüb.
	10 Uhr Abends.	27.089	27 10 0	+ 5.0	S.	mittel.	—

Portugal.

Die Liſſaboner Zeitungen vom 22. und 23. März enthalten Berichte des Grafen S. Lourenço an den Viſconde de Santarem, aus denen ſich ergibt, daß am 17. März früh Morgens ein Schiff ohne Flagge die Barre des Douro zu forciren ſuchte, aber von den königlichen Batterien, ſo wie mehrere große Boote, die den nämlichen Verſuch machten, in den Grund geſchoſſen wurde. Kein beſſeres Schickſal hatte einige Stunden ſpäter eine engliſche Brigantine, welche ebenfalls von der Mannſchaft verlaſſen werden mußte, und in Brand geſteckt wurde. Die Zeitung vom 22. März enthält auch ein Decret des Königs vom 9. März aus Braga, wodurch in Erwägung der bedeutenden Anzahl von Soldaten, die aus den Inſeln Terceira und S. Miguel gebürtig, früher in Dom Pedro's Dienſt zu treten gezwungen worden, ſeitdem aber Oporto verlaſſen und ſich bei der Belagerungsarmee eingefunden haben, die Errichtung eines eigenen Bataillons angeordnet wird, in welches alle diejenigen, welche jenen Inſeln angehören, aufgenommen werden ſollen, bis ihnen die Umſtände die Rückkehr in ihre Heimath erlauben werden. — Unter den zahlreichen Liſten von freiwilligen Beiträgen, die hauptſächlich in Getreide, Fourage, Wein und Leinwand beſtehen, bemerkt man die Namen vieler Offiziere, beſonders in den Milizregimentern und den Bataillons royaliſtiſcher Freiwilligen, die auf allen Sold für die Dauer des gegenwärtigen Kampfes verzichten; die Commandeurs von einigen dieſer letztern Corps haben außerdem noch auf ihre eigenen Koſten die unter ihrem Befehl ſtehenden Bataillons neu uniformiren laſſen.

Am 6. April hatte man in London durch den Kutter Seaflower Nachrichten aus Liſſabon bis zum 29. März erhalten. Mit Oporto konnte dieſes Schiff beim Vorüberfahren wegen des ſchlechten Wetters nicht in Verbindung kommen. Don Carlos war am Tage der Abfahrt des Seaflower in Liſſabon angelangt, auf einer königlichen Schaluppe von hundert Ruderern ans Land geführt, und von den engliſchen und portugieſiſchen Kriegsſchiffen im Tajo ſalutirt worden. Admiral Sartorius lag mit ſeiner Escadre noch bei den Bayona-Inſeln, und die Streitigkeiten zwiſchen ihm und Dom Pedro waren noch immer nicht ausgeglichen. Der Dom João VI., eine Fregatte, ſechs Corvetten, zwei Briggs und zwei Sloops, von Dom Miguels Escadre, lagen im Tajo ſegelfertig. — Das Dampfboot London-Merchant hatte einiges Schlachtvieh bei Oporto ans Land geſetzt.

Der Globe will mit Beſtimmtheit wiſſen, daß der Marquis von Palmella von Dom Pedro eingeladen worden ſei, nach Oporto zurückzukehren und wieder in ſeine Dienſte zu treten.

Dem Standard zufolge, wird Oporto durch die Werke der Belagerer mit jedem Tage enger eingeſchloſſen, ſo daß man den nahen Fall dieſer Stadt erwartet. Perſonen, die unlängſt aus Oporto angekommen ſind, verſichern, daß, wenn die Miguelisten am 4. März nachdrücklicher angegriffen hätten, ſie die Stadt genommen haben würden.

Der Sun meldet, daß es den Agenten Dom Miguels in London in der letzten Zeit gelungen ſei, über 100,000 Pf. St. auf dem Wege einer Anleihe zu erhalten, und nach Portugal zu ſpediren.

Großbritannien und Irland.

Die letzthin erwähnte Wahl Sir J. C. Hobhouſe's ging ohne Opponenten, doch nicht ohne bemerkenswerthe Zeichen der öffentlichen Stimmung durch. Als er mit ſeinen Begleitern auf den Huſtings erſchien, begann das furchtbarſte Geſchrei und Geziſch, das man je hörte. Es regnete Wurfgeſchoſſe jeder Art in allen Richtungen, und eine Militärpeitſche (cat-o'nine-tails) wurde vor den Huſtings emporgehalten. Laut war das Geſchrei: „Mehr Blut noch in Irland!" und „Peitſcht ihn! peitſcht ihn!" Während die nöthigen Formalitäten vorgenommen wurden, gränzte das Benehmen der Menge an Aufruhr. Hr. D. Beae ſchlug Hrn. Hobhouſe als Candidaten vor, Hr. Pouncey unterſtützte den Antrag, wurde aber durch häufiges Ziſchen unterbrochen, und als er bemerkte: „die Abſtimmungen im Unterhauſe zeigten, daß Sir J. C. Hobhouſe von der reinſten Liebe zu ſeinem Lande beſeelt ſei," wurde das Geſchrei betäubend, faule Orangen und andere Wurfwerkzeuge wurden auf die Huſtings geworfen, ſo daß Hr. Pouncey mit ſeiner Rede ſchnell zu Ende zu kommen ſuchte. Da kein anderer Candidat ſich meldete, ſo erklärte der High-Bailiff den Candidaten für gebührend erwählt. Sir J. C. Hobhouſe trat ſodann vor, und ihm gelang es endlich einigermaaßen, den Aufruhr zu beſchwichtigen, obgleich auch in ſeiner Rede einige Zwiſchenfälle vorkamen. Ein Menſch hielt ihm eine Militärpeitſche vor, und ſcheint ihm gedroht zu haben, ihn damit zu ſchlagen, ſo daß Sir John beinahe aus der Faſſung kam. Ein Mann aus der Menge ballte die Fauſt gegen ihn; Sir John rief ihn herbei und aus dem Geſpräch ergab ſich, daß der Mann ein Irr war, worauf Sir John bemerkte: „Wartet nur drei Monate, beobachtet mein Benehmen, und dann werdet ihr günſtiger über mich urtheilen." So begütigte er das Volk allmählich, ſo daß die Verſammlung ohne weitere Störung zu Ende ging.

Conſols am 6. April 88.

Rußland.

In der Leipziger Zeitung liest man folgenden Artikel: „Von der Weichſel, 18. März. Die Debatten, welche vor Kurzem in der franzöſiſchen Deputirten-

kammer Statt gefundrn, gaben der Oppoſition eine neue Veranlaſſung, ſich in ihrer bekannten Manier über die vielen Grauſamkeiten und Bedrückungen aller Art auszuſprechen, welche die Polen von Seiten der ruſſiſchen Regirrung erleiden ſollen. Vor allen merkwürdig in dieſer Hinſicht iſt die Rede des Generals Lafayette. Dir ſchrecklichen Schilderungen, welche er von dem gegenwärtigen Zuſtande Polrns entworfen, ſind auf dramatiſchen Effect berechnet geweſen, und würden bei der frühern Empfänglichkeit des Publicums für ähnliche Genre-Bilder ihren Zweck nicht verfehlt haben; ſeither aber verwirkten die öffentlichen Blätter ihre Glaubwürdigkeit zu oft und zu ſehr durch ihre ſtets ſich wiederholenden böswilligen Entſtellungen der Wahrheit, als daß ihr Nachhall, der ſich von der franzöſiſchen Rednerbühne vernehmen läßt, den erhofften Beifall finden ſollte, außer bei denen, die an ihrer Selbſttäuſchung zu viel Geſchmack findrn, um nicht jede Erkenntniß der Wahrheit ungeprüft von ſich zu weiſen. Der General Lafayette beruft ſich auf das Zeugniß der engliſchen Journale und auf die ihm anſ directem Wege zugekommenen Berichte angeblicher Augenzrugen, um ſeine gegen die ruſſiſche Regierung mit conſequenter Unwahrſcheinlichkeit ausgeſprochenen Beſchuldigungen zu bekräftigen. Wir wollen nicht darauf hindeuten, wie ſchwer es dem General Lafayette werden dürfte, die Authenticität jener angeblichen Augenzeugen und der von ihnen ihm gemachten Mittheilungen zu rrweiſen, und werden uns nur an die von ihm ex professo aufgeſtellten Thatſachen halten. Es iſt mehr als böswillige Erdichtung, welche einige polniſche Gefangene, die ſich geweigert haben ſollen, den Eid der Treue zu leiſten, eine korperliche Strafe erleiden läßt, deren nähere herzzerreißende Details der General Lafayette ſeinem myſtificirten Auditorium reſparen wollte. Nicht minder unwahr iſt die Behauptung, daß die ruſſiſche Regierung einen Befehl gegeben habe, in Folge deſſen eine gewiſſe Anzahl Kinder nach Sibirien oder in die Gebirge des Kaukaſus abgeführt worden ſei. Dir im Intereſſe der armen Waiſen erlaſſenen Verordnungen der ruſſiſchen Regierung ſind weltbekannt, ſie eröffnen das Waiſenhaus zum Kindlein Jeſu in Warſchau und die Militäeſchule in Minsk — einer vier Meilen von Warſchau entlegenen Stadt — allen denen Waiſenkindern, deren nächſte Anverwandte oder Vormünder um ihre Aufnahmr nachſuchen, und von denen es erwieſen werden kann, daß ihnen die zu ihrem Unterhalte und zu ihrer Erziehung nöthigen Mittel abgehen. Nur eine Leichtgläubigkeit ohnr Gleichen oder die hartnäckigſte Gewiſſenloſigkeit können rs über ſich vermögen, aller Wahrheit auf eine ſo freche Weiſe Hohn zu ſprechen und eine aus den edelſten Motiven hervorgegangene Maaßregel auf das Gehaſſigſte zu entſtellen. Die ruſſiſche Regierung hat ſich mit väterlicher Milde der unſchuldigen Opfer einer Revolution angenommen, welche gegen ſie gerichtet war; wir glauben nicht, daß es dem General Lafayette und ſeiner Partei jemals einfallen werde, die Kinder ihrer politiſchen Gegner zu adoptiren und für ihre geiſtige und phyſiſche Ausbildung Sorge zu tragen. Wenn ſich der General Lafayette im weitern Fortgange ſeiner Rede konnte verleiten laſſen, die Behauptung aufzuſtellen, es ſeien die aus Polen gewaltſam entführten Mädchen unter ruſſiſche Officiere, und wer ſir ſonſt haben wollte, vertheilt worden, ſo enthebt uns die Lächerlichkeit dieſer Angabe der Mühe, ſie beſonders in Betracht zu ziehen. Das Schlimmſte, was man dem General Lafayette hierauf erwiedern konnte, wäre die Vermuthung, daß er ſeinen Worten auch nur drn geringſten Glauben beigemeſſen habe. Der General Lafayette behauptete ferner, es ſei eine Ehrenſache für Frankreich, ſich der Polen anzunehmen, da ſie für Frankreich — d. h. für die Propaganda — aufgeſtanden wären. Wir ſind dem General Lafayettr Dank ſchuldig für eine Erklärung, welche den Beweis lirfert, daß die polniſche Revolution nicht nationell polniſch war, daß ihre Urheber vom Auslande her zu einem Unternehmen verleitet wurden, das ſie und viele tauſend Familien ins Elend ſtürzen ſollte. So ſelten es ſich auch treffen mag, daß wir in unſern politiſchen Anſichten die Geſinnungen des Generals Lafayette theilen werden, ſo konnen wir doch nicht umhin, ihm für dießmal wenigſtens beizuſtimmen, da es nicht minder auch unſere Ueberzeugung iſt, daß die Rrvolution von Frankreich aus in Polen eingeſchmuggelt worden, und daß die Partei des Hrn. von Lafayette einen großen Theil des vergoſſenen Blutes zu verantworten habr. Alle noch ſonſt von dem General Lafayette in ſeiner merkwürdigen Redr gemachten Denunciationen ſind in ihrem wahren Gehalte den bereits erwähnten gleichzuſtellen, ſir beruhrn auf Nichts, und zerfallen in Nichts, wie jedes Luftgebäude einer zerrütteten Phantaſie."

Nach der St. Petrrsburger Zeitung iſt im Kiewer Kreiſe die Stadt Uman nedſt dazu gehörigen Dörfern mit 18,380 männlichen Bewohnern confiscirt worden, weil ihr Beſitzer ſich den Aufrührern angeſchloſſen hatte.

Griechenland.

Das am 31. März von Corfu in neun Tagen in Trieſt eingetroffene k. k. Packetboot bringt auch Briefe aus Nauplia vom 13. und aus Patras vom 18. März. Nach den letzten waren am 13. zu Patras 700 Mann koniglich baieriſche Truppen unter dem Oberſten Michel angekommen, und hatten die Stadt und das Fort in Beſitz genommen; ein Theil davon ſollte nach Miſſolunghi weiter gehen. Tſavellas hatte Patras ohne die mindeſte Schwierigkeit übergeben, und wollte mit ſeinrn Truppen nach Nauplia aufbrechen, um dem Konigr Otto zu huldigen; ſein Bruder war ihm bereits dahin vorangegangen. Die Ankunft der baieriſchen Truppen hatte zu Patras die größte Freude ereegt; man rrblickte darin die Rückkehr der Ordnung und das Wiederaufleben des Handels. — Die Briefe aus Nauplia vom 13. März melden die Erſcheinung verſchirdener Decrete. Nach dem reſten ſollen alle Griechen von geſetzmäßigem Alter folgenden Eid leiſten: „Ich ſchwöre bei der allerheiligſten Dreieinigkeit, und über Chriſti heiligem Evangelio, meinem Könige Otto treu und den Geſetzen des Konigreichs Griechenland gehorſam zu ſeyn.“ Durch ein andeees Decrrt wird einr Commiſſion von vier Mitgliedern, worunter Kanaris und Sachturis, niedergeſetzt, um ein genaues Verzeichniß der Kriegsfahrzeuge und Schiffsvorräthe, welchr zur Zeit des Grafen Capodiſtrias exiſtirten, und ein zweites der jetzt vorhandenen, aufzunehmen. Nach denſeloen Briefen waren 4000 Mann reguläre Truppen nach Nauplia entboten, um dort neu organiſirt zu werden; andere 4000 Mann Nationalmilizen ſollen, nachdem ſie gleichfalls organiſirt ſind, nach der Landesgränze ziehen, um dort Garniſonen zu bilden. — Nach Briefen aus Corfu iſt in den der Pfortr unterworfen gebliebenen griechiſchen Provinzen ein Befehl erſchienen, der bei ſtrenger Strafe die Auswanderung der griechiſchen Familien verbietet; nur den erwachſenen Männern ſoll es erlaubt ſeyn, in Geſchäften das Gebiet des benachbarten Staates zu betreten.

Ein geiechiſcher Brigg, der in 18 Tagen aus Modon zu Trieſt am 6. April anlangtr, berichtet, daß nach Kalamata und Niſſi ungefähr 200 Baiern als Beſatzung gekommen waren, und daß die Franzoſen, deren ſich 8 bis 900 in Modon und Navarin befanden, ſich zur Abreiſe anſchickten. — Dee helleniſche Brigg Apollo brachte Briefe aus Nauplia bis zum 14. März, denrn zufolge das

Digitized by Google

Dampfſchiff in Bereitſchaft war, und nue noch auf die Depeſchen der Regiernng wartete. Nauplia ſoll jetzt ein merkwürdiges Schauſpiel darbieten, indem alle griechiſchen Befehlshaber ſich daſelbſt zuſammengefunden hätten; Kolokotroni und Tſavellas namentlich erfreuten ſich der königlichen Vertrauens, und hätten täglich Audienzen bei Sr. Majeſtät. Auch will man wiſſen, Kolokotroni habe eines Tages zum Könige geſagt: „Sire! So lange Graf Capodiſtrias lebte, gewann Griechenland neues Leben; nach ſeinem Tode zeeeiſſen die Partzien wieder das Land. Ich hielt drei Monate Stand; da ich aber Alles zu Grunde gehen ſah, rief ich die Nation zu den Waffen, um ſie wo möglich zu retten; als mir das Londoner Protocoll vorgelegt wurde, welches Ew. Majeſtät zu dem Throne von Griechenland berief, pflanzte ich in Ihrem erhabenen Namen die Fahne auf; hätten Ew. Majeſtät noch einige Zeit zu kommen gezögert, ſo würden auch nicht die Mauern von Nauplia ſtehen geblieben ſeyn.“ — Jetzt iſt die Regentſchaft mit Unterſuchung der Vergangenheit beſchäftigt und verlangt Rechenſchaft über die Verwaltung. Inzwiſchen wurden zwei Tribunale eingerichtet.

Frankreich.

Am 8. April um halb zwei Uhr begann die Deputirtenkammer die Discuſſion über die Frage, ob der Gerant der Tribune vor die Kammer geladen werden ſolle. Der Präſident eröffnetr die Berathung, während die tiefſte Stille herrſchte, mit den Worten: „Inmitten der gährenden Leidenſchaften muß die Kammer ſelbſt das Beiſpiel der Ruhe und Mäßigung geben, ohne die es weder Würde noch Freiheit gibt.“ Dann lud er die Deputirten ein, die Redner nicht zu unterbrechen in einer Discuſſion, in der es ſich davon handle, ob ein Bürger in Anklageſtand zu ſetzen ſei oder nicht. Nun beſtieg Hr. Gaetan de la Rochefoucauld die Tribune, als der erſte gegen den Antrag eingeſchriebene Redner. „Mit Beſorgniß (ſo begann er) ſehe ich die Bahn ſich wieder öffnen, welche die andere Dynaſtie ins Verderben führte.“ Er erinnerte, daß die jetzige Regierung, obgleich der Peeſſe größtentheils ihr Entſtehen verdankend, ſich deren Freiheit feindlich gezeigt, aber von 80 Prozeſſen 70 verloren habe. Ihm folgte Hr. Petit, der für die Vorladung ſpeach. Die Kammer, ſagte er, müſſe den Geſchwornen mit dem Beiſpiele heilſamer Strenge vorangehen; die Gelegenheit ſei günſtig, den Journaliſten, die ſich füe Organr einer Partei der Kammer ausgäben, zuzurufen: ihr ſeyd Lügner! „Je freier ein Land iſt (ſchloß der Redner), deſto mehr verachtet man die auf Koſten des Volkes erworbene Popularität.“ Hr. Salverte antwoetete ihm, der König ſelbſt müſſe für Beleidigungen, die er eeſahre, der Gerechtigkeit der Tribunale veetrauen; die Kammer aber wolle ſich ſelbſt Recht oder Rache veeſchaffen, ein Geundſatz, der aller Moral widerſpreche. „Dieß hieße (rief er aus) die revolutionnären Tribunen wieder herſtellen, wo man auch ſchrir, unter den gewöhnlichen Richtern würden die Kammeen zu viel Vertheidiger finden. Wie, dir Würde der Kammer, die Ehre des Landes ſoll verletzt ſeyn durch einen Journalartikel! Gewinnt dieſe Würde und Ehre dabei, wenn wir, als mißtrauten wir aller Gerechtigkeitspflege Frankreichs, einen einzelnen Schriftſteller den Geſammtrepräſentanten Frankreichs gegenüberſtellen? Befindet ſich, wenn man die angeſchuldigten Artikel lieſt, ein Einziger unter uns, der nicht auseiefe: „Dieß trifft mich nicht!“ — Nachdem noch mehrere Redner für und wider geſprochen hatten, wurden, außer der bekannten von der Commiſſion vorgeſchlagenen Reſolution, von verſchiedenen Mitgliedern der Kammer noch drei andere Vorſchläge gemacht: die Tagesordnung pure und ſimpliciter; die motivirte Tagesordnung und die Vorfrage. Ueber die Vorfrage kam es gar nicht zum Abſtimmen; die Tagesordnung pure und ſimpliciter wurde mit 179 gegen 168 Stimmen verworfen. Am folgenden Tage ſollte nun noch über die motivirte Tagesordnung abgeſtimme werden, ehe man an den Reſolutionsentwurf der Commiſſion, der den Geranten der Tribune vor die Barre der Kammer führen würde, kommen wird.

General Fririon, Commandant der Invaliden, ward am 6. April von einem Invaliden meuchlings angefallen. Die Wunde iſt tief, doch, wie man hofft, nicht gefährlich. Der Invalide, der verhaftet iſt, erkläree, er habe ſich geirre, der Streich ſei nicht auf den Commandanten des Hotels abgeſehen geweſen.

Am 8. April 5Pereents Fin Courant geſchloſſen zu 100 Fr. 95. 3Percents Fin Courant geſchloſſen zu 77 Fr. 10. — Am 9. April 1¼ Uhr Nachmittags 5Peréents 101 Fr. 3. 3Pereents 77 Fr.

Teutſchland.

Die Frankfurter Jahrbücher enthalten folgenden Bericht über die Verhandlungen der geſetzgebenden Verſammlung in der außerordentlichen Sitzung vom 9. April. — §. 45. Die geſetzgebende Verſammlung war in Folge Senatsbeſchluſſes vom 8. d. M. durch den wohlregierenden ältern Hrn. Bürgermeiſter auf heute 11 Uhr außerordentlicher Weiſe zuſammenberufen worden. Der Hr. Präſident verlas nachſtehenden „Vortrag des Senats an die geſetzgebende Veeſammlung,“ Ruheſtörung betreffend: „Die blutigen Auftritte, welche am 3. l. M. Abends in hieſiger Stadt die offentliche Sicherheit und Ruhe auf die empörendſte Art ſtorten, ſind zwar bekannt. Indeſſen hält der Senat ſich verpflichtet, der geſetzgebenden Verſammlung von dieſem ſchrecklichen Vorfall, ſo wie von den Maaßregeln, welche zur Abwendung ähnlicher Gräuelthaten, mit dem beſten Eefolg bisher getroffen worden, officielle Mittheilung zu machen. Im Laufe des Nachmittags iſt dem ältern Hrn. Bürgermeiſter im engſten Vertrauen eine Mittheilung gemacht worden, wornach eine unruhige Bewegung für den Abend zu fürchten geweſen ſei. Obgleich nach dieſer Mittheilung, welche bei weiterem Nachſpüren der Quelle ihe einziges Fundament in einem anonymen Briefe hatte, das Ganze abenteuerlich gelautet hat, auch ſchon öſters ähnliche Mittheilungen demſelben zugekommen ſind, welche ſich ſpäter als ganz ungegründet gezeigt haben, ſo hatte derſelbe doch geglaubt, einige Voeſichtsmaaßregeln anordnen zu ſollen. Er hatte zu dieſem Zwecke dem jüngeen Hrn. Büegermeiſter, den HH. Deputirten zu löbl. Kriegszeugamt und löbl. Polizeiamt die erhaltenen Nachrichten mitgetheilt, auch den beiden HH. Obeeſten der Stadtwehr und des Linienmilitärs die nöthigen Mittheilungen zugehen laſſen, und namentlich dem Hrn. Oberſten der Stadtwehr aufgegeben, die HH. Corpschefs vertraulich davon in Kenntniß zu ſetzen; ſodann die Wachen auf der Hauptwache und Conſtabler-Wache am Abend in der Stille verſtärken laſſen, und verfügt, daß das Bataillon in der Caſerne bereit gehalten werde. Da in der Mittheilung auch bemerke war, daß man Sturm läuten wolle, und daß aus der Umgegend den Meuterern Unterſtützung geleiſtet werden ſolle, ſo iſt auch an dem Pfarrthurm Polizeiwache aufgeſtelle worden, und dee jüngere Hr. Bürgermeiſter hatee noch beſonders vertraute Perſonen in die Umgegend geſandt, um Kunde dieſerhalb einzuziehen, welches letztere indeſſen nicht die mindeſte weitere Anzeige zur Folge gehabt hae. Bis halb zehn Uhr iſt Alles in der Stadt ganz ruhig geblieben, um dieſe Stunde aber haben plötzlich Bewaffnete die Hauptwache überfallen, die Schildwache niedergeſchoſſen, den Sergenten ebenfalls erſchoſſen, ſich der Ge-

Digitized by Google

wehre bemächtigt und die Gefangenen befreit. Eben ſo iſt ganz zu derſelben Zeit die Conſtabler-Wache von einem Haufen Bewaffneter angegriffen, die Wache nach tüchtiger Gegenwehr und nachdem mehrere getodtet und verwundet worden, ebenfalls überwältigt worden, worauf die Tumultuanten ebenfalls die Gefangenen befreit und den Gefangenwärter verwundet haben. Ein dritter Haufe iſt auf den Pfarrthurm geeilt, hat die Polizeiwache überwältigt und die Sturmglocke gezogen. Die Ruheſtorer ſind beinahe alle mit Gewehren, Piſtolen und Dolchen bewaffnet geweſen und haben ſich bemuht, die Vorübergehenden zur Theilnahme an ihren Verbrechen zu gewinnen, was indeſſen nicht den mindeſten Erfolg gehabt hat. Auf die von dieſen betrübenden Exceſſen eingegangene Nachricht hat das in der Caſerne aufgeſtellte Bataillon ſich ſogleich an die Haupt- und Conſtabler-Wache begeben und die Ruheſtörer von beiden Orten ſo ſchnell vertrieben, daß die ganze aufrühreriſche Bewegung bis zehn Uhr beſiegt geweſen iſt. Die Gefangenen hatten zum Theil die ihnen angebotene Freiheit gar nicht angenommen, theils ſich ſelbſt wieder ſiſtirt und die Uebrigen ſind wieder verhaftet worden. Es iſt ſogleich Generalmarſch geſchlagen worden, worauf denn durch die Stadtwehr und das Linienmilitär überall die nöthigen Sicherheitsmaaßregeln gegen etwaige Wiederholungen ähnlicher Ruheſtorungen getroffen worden ſind. Da viele Studenten an dem Angriffe Theil genommen hatten, ſo iſt noch in der Nacht die dienliche polizeiliche Vorkehrung getroffen worden, und mehrere, theils bei dem Angriffe, theils ſpäter verhaftete Perſonen befinden ſich in den Händen der Behörden. Die Thore ſind alsbald geſchloſſen worden, um den Verbrechern die Flucht zu erſchweren, es ſcheinen indeſſen ſogleich nach vollbrachter That und noch ehe dieſe Maaßregel ins Werk geſetzt werden konnte, als die Ruheſtorer den Plan vereitelt ſahen, viele derſelben entkommen zu ſeyn. Ein Trupp bewaffneter Bauern mit Trommel und Fahne, der ſich in der Nähe der Stadt an dem Friedberger Thore zeigte, hat ſich, ohne weiteren Exceß, als einige Beſchädigungen an der Friedberger Warte verübt zu haben, zurückgezogen. Das Linienmilitär hat bei dieſem betrubenden Vorgange 4 Todte und 15 Verwundete, von welchen letztern 5 ſehr gefährlich verwundet ſind; von den bereits verhafteten Ruheſtorern ſind 2 gleichfalls ſehr gefährlich verwundet. Durch das kräftige Einſchreiten der Stadtwehr aller Waffen und des Linienmilitärs ward zwar die Ordnung bald wieder hergeſtellt, auch bis jetzt erhalten, und der Senat vertraut mit der größten Zuverſicht, daß auch die Ordnung ferner erhalten werde. Die getroffenen Vorkehrungen beſtehen darin, daß 1) Abends mit einbrechender Dämmerung die Haupt- und Conſtabler-Wache durch die von den Thoren abgeloste Mannſchaft des Linienmilitärs verſtärkt werden, und das Bataillon in der Caſerne zuſammenbleibt; 2) daß ſämmtliche Stadtthore durch die Stadtwehr beſetzt werden; 3) daß ſtarke Pikets ſowohl Kavallerie als Infanterie der Stadtwehr Abends zuſammengezogen, auch ſtarke Patrouillen in der Stadt gemacht werden; 4) daß das Polizeiperſonal auf ſeinem Poſten iſt. Wenn der Senat — wie bereits oben bemerkt iſt — durch dieſe Vorkehrungen die Ruhe in hieſiger Stadt hinlänglich geſichert erachtet und zu Publikation des Tumultmandats nicht ſchreiten zu müſſen verhofft, ſo wird auch die geſetzgebende Verſammlung bereitwillig mitwirken, daß die Ruhe in hieſiger Stadt ferner kräftig geſchützt werde. Eine Unterſuchung über die Vorfälle ſowohl auf der Haupt- als auf der Conſtabler-Wache iſt im Gange, ſo wie denn auch eine Unterſuchung gegen die Tumultuanten eingeleitet iſt. Leider hat die bisherige Unterſuchung gegen letztere gezeigt, daß einige hieſige Bürger und Angehörige den verübten Verbrechen nicht fremd waren, ſondern thätigen Antheil daran nahmen. Und wenn auch im Augenblicke des Tumultes ſelbſt ſich Niemand zu den Meuterern weiter ſchlug, vielmehr jedermann deren Aufforderung zur Theilnahme zurückwies, ſo iſt es doch immer eine höchſt beklagenswerthe Erſcheinung, daß bei Anlegung des Planes Bürger und Bürgersſöhne und ſonſtige Angehörige, wiewohl in geringer Zahl, thätig waren. Die kräftige Ausdauer der geſammten bewaffneten Macht wird mit Gottes Hülfe jede fernere Gefahr von hieſiger Stadt abhalten. — Dahin zu wirken und unausbleibliche Nachtheile von derſelben abzuwenden, iſt heilige Pflicht der Behörden, ſo wie jedes einzelnen Bürgers. Da ſolche außerordentliche unerhörte Ereigniſſe außerordentliche Ausgaben erfordern, ſo ſieht ſich der Senat genöthigt, hiervon vorläufig die geſetzgebende Verſammlung in Kenntniß zu ſetzen, behält ſich jedoch vor, das Nähere nachzutragen. Frankfurt, den 9. April 1833. Bürgermeiſter und Rath der freien Stadt Frankfurt. (Gez.) von Guaita. vdt. Dr. Reuß." — Eine kurze Discuſſion, wobei unter Andern die Maaßregeln des Militärcommando's erörtert werden, findet Statt. Auch wird der Wunſch geäußert, daß wegen Ueberhäufung der Arbeiten des fungirenden Hrn. Criminalraths ein zweiter Unterſuchungsrichter für die Dauer der geſammten Unterſuchung beſtellt werden möchte, in welcher letzterer Hinſicht der Hr. Präſident die Eröffnung machte, daß bereits durch Rathſchluß vom Heutigen deßfallſige Vorkehrung getroffen worden ſei. Es erfolgte demnächſt ohne Umfrage auf den Vortrag des Senats Beſchluß dahin: „Dient zur Nachricht; und ſo wie die geſetzgebende Verſammlung ihrer Seits zu Aufrechthaltung der öffentlichen Ordnung mitwirken, und die dazu nöthigen Mittel genehmigen werde, ſo ſehe ſie der weiteren Eröffnung entgegen."

Die Frankfurter Oberpoſtamtszeitung enthält folgenden Auszug eines Schreibens aus Darmſtadt vom 10. April: „In Bezug auf meine bisher Ihnen mitgetheilten Nachrichten hinſichtlich des Attentats in Frankfurt vom 3. d. M., die ſich im Allgemeinen vollkommen beſtätigen, bemerke ich Ihnen nur, daß der eine von den hier verhafteten Studenten, von Reizenſtein, wie man vernimmt, nicht aus dem Badiſchen, ſondern aus dem Hannoverſchen iſt, und daß zwei jener vier am Jägerthor Verhafteten keine Studenten ſind, wie man anfangs allgemein glaubte, ſondern zwei Carlsruher, Namens Odermüller, von denen der eine Reviſor, der andere Kellner ſeyn ſoll. Sie haben dieß vielleicht mittlerweile in Frankfurt ſelbſt erfahren, wo die Arreſtanten nun ſitzen. Der hier zurückgebliebene verwundete Student iſt aus dem Hoſpitale in ſichere Haft gebracht worden. Fortwährend herrſcht hier die größte Ruhe, und einige Gerüchte, die Sicherheitsvorkehrungen veranlaßten, zeigten ſich als ungegründet."

Am 17. April war zu Wien der Mittelpreis der
Staatsſchuldverſchreibungen zu 5 pCt. in CM. 91 4/8;
detto detto zu 4 pCt. in CM. 82;
Darlehen mit Verloſ. v. J. 1820, für 100 fl. in CM. ——;
detto detto v. J. 1821, für 100 fl. in CM. 133 1/4;
Wiener Stadtbanco-Obligat. zu 2 1/2 pCt. in CM. 52;
Kurs auf Augsburg für 100 Gulden Curr., Gulden 98 1/2 Br. Uſo. 2 Monat. — Conv. Münze pCt. —— ;
Bankactien pr. Stück 1193/4 in C. M.

Hauptredacteur: Joſeph Anton Edler von Pilat.

Verleger: Anton Strauß ſel. Witwe in der Dorotheergaſſe N.^ro 1108.

W
1
ZEITU
182

N^ro. 109

Oeſterreichiſcher Beobachter.

Freitag, den 19. April 1833.

Meteorologiſche Beobachtungen vom 17. April.	Zeit der Beobachtung.	Barometer auf 0° Reaumur reducirt.		Thermometer Reaumur.	Wind.	Witterung.
		Pariſer Maß.	Wiener Maß.			
	8 Uhr Morg.	27.286	28 Z. 0 L. 6 P.	+ 6.2	SO. ſchwach.	trüb.
	3 Uhr Nachm.	27.300	28 0 8	+ 9.0	OSO. —	—
	10 Uhr Abends.	27.278	28 0 1 4	+ 6.0	SO. —	—

Portugal.

In einem Schreiben aus Vigo vom 22. März, das die Times mittheilt, heißt es unter Andern in Beziehung auf die von Sartorius befehligte Escadre Dom Pedro's: „Außer dem Rückſtande von Sold, fehlt es den Matroſen auch ſehr an Kleidung. Dieſem Mangel ſchreibt es Sartorius vorzüglich zu, daß viele an der Cholera geſtorben ſind; und es beſteht kein gutes Einvernehmen zwiſchen dieſer Escadre und Sir Humphrey Senhouſe, der das hier befindliche engliſche Linienſchiff S^t. Vincent commandirt. Als die Krankheit nämlich zuerſt ausbrach, erbat ſich Sartorius eine Anzahl Tuchbeinkleider von den engliſchen Schiffen, da die Fregatte Druid einen Vorrath an Bord hatte, deſſen die Equipage nicht bedurfte; überdieß würde Sartorius dieſes Verlangen nicht geäußert haben, wenn nicht alle Communication mit Vigo, wo man Beſtellungen dafür gemacht hatte, unterbrochen wäre. Nach einigem Zögern ſchrieb endlich Sir Humphrey an Sartorius, er möge die verlangten Kleidungsſtücke von der Fregatte Druid in Empfang nehmen; in dem nämlichen Augenblicke machte er aber dieſem Schiffe ein Signal, wodurch er demſelben befahl, auf der Stelle nach Oporto abzuſegeln. — Es läßt ſich nicht viel von dieſen Schiffen, hinſichtlich ihrer Brauchbarkeit, rühmen, mit Ausnahme des Dom Pedro, da die andern ſeit dem Gefecht im vorigen October nicht ordentlich ausgebeſſert worden ſind. Der Hauptmaſt der Rainha iſt geſprungen, und hält kaum zuſammen. Die Dona Maria iſt ebenfalls in ſchlechtem Zuſtande; nichtsdeſtoweniger ſind die Matroſen bereit, ſich zu ſchlagen, nur wollen ſie durchaus nichts mehr von Aufſchub der Bezahlung wiſſen."

Den Berichten des Grafen S. Lourenço, in der Liſſaboner Zeitung, zufolge, hat Dom Pedro ſeine letzten drei bewaffneten Schiffe, welche noch im Douro lagen, wegen des ſchlechten Zuſtandes, worin ſie ſich befanden, und in Folge deſſen ſie voll Waſſer waren, entwaffnen, und die Kanonen ans Land bringen laſſen. Dagegen hatten die oberhalb Oporto bei Arnellas von der Belagerungsarmee ausgerüſteten Kanonierboote ſchon an den letzten Gefechten Theil genommen. Dieſe Flottille iſt beſonders dazu beſtimmt, die Waſſercommunication zwiſchen Oporto und San João da Foz noch mehr zu erſchweren.

Spanien.

Der Nouvelliſte ſchreibt aus Madrid vom 1. April, daß am 28. März in Saragoſſa, auf die Nachricht von der Abreiſe des Infanten Don Carlos nach Portugal, einige Unruhen ausgebrochen ſeien, die man aber bald wieder durch einige Verhaftungen gedämpft habe.

Frankreich.

In der Sitzung der Deputirtenkammer vom 9. April wurde über die von H^rn. Jollivet in Antrag gebrachte motivirte Tagesordnung, hinſichtlich des Vorſchlages, den Geranten der Tribune vor die Barre der Kammer zu fordern, abgeſtimmt, und H^rn. Jollivets Antrag mit 206 gegen 156 Stimmen verworfen. Die Sitzung war ungemein ſtürmiſch, und wurde noch ſtürmiſcher, als die Debatte über den Paragraphen der Reſolution ſelbſt, kraft deſſen H^r. Lionne, der verantwortliche Herausgabe der Tribune, wegen der incriminirten Artikel vor die Barre der Kammer citirt werden ſollte, eröffnet wurde. — H^r. Charamaule ſchlug als Amendement vor, die Tribune vor den gewöhnlichen Gerichtshof zu ziehen, H^r. Laurence unterſtützte dieſes Amendement, welches mit bedeutender Stimmenmehrheit verworfen wurde. Als nun über den obgedachten Paragraphen abgeſtimmt werden ſollte, erhob ſich H^r. Larabit mit den Worten: Da ich überzeugt bin, daß die Kammer kein conſtitutionnelles Recht hat, über Preßvergehen zu richten, ſo weigere ich mich, irgend einen Theil an der Abſtimmung zu nehmen. — H^r. Dupont (de l'Eure), H^r. Salverte und mehrere andere Deputirte erklärten ſich mit H^rn. Larabit einverſtanden, worauf der Präſident (H^r. Dupin) bemerkte, daß es jetzt nicht an der Zeit ſei, dieſe Erklärung zu machen, ſondern daß ſie, wenn ihre Namen zur Ballotage aufgerufen würden, zu erklären hätten, daß ſie ſich für incompetent hielten. — Die Urnen zur Ballotage wurden nun auf die Tribune geſtellt, und H^r. Martin, einer der Secretäre, ſchritt zum Namensaufrufe. Als H^r. Salverte aufgerufen wurde, ſagte er: Ich bin nicht competent, an der Verhandlung Theil zu nehmen. — H^r. Odilon-Barrot äußerte, da die Formen der Procedur noch feſtzuſetzen ſeien, ſo halte er ſich für verpflichtet, ſich nicht zurückzuziehen, ſondern bis ans Ende pflichtmäßig auszuharren. — General Subervie, die HH. Larabit, Audry de Puyraveau, Viennet (weil er perſönlich bei der Frage betheiligt iſt), Thiars, de Tracy, Coulmann, Demarçay, Lafayette, Georges Lafayette, Baſtide d'Izard, Bavoux, Berard, Bertrand, Baudet, Brïequeville, Dulong, Dupont (de l'Eure), Duris-Dufresne, Garnier-Pagès, Havin, Leprovart, Joly, Laboiſſiere, de Ludre, Luminais, Delaguette-Mornay, Bousquet, Renouvier, Senné, de Corcelles, Girardin, Chaigneau und Voyer d'Argenſon weigerten ſich gleichfalls, Theil an der Verhandlung zu nehmen. — Da mehrere der oben erwähnten Deputirten ihre Weigerung auf die Illegalität der Maaßregel gründeten, las der Präſident die Geſetze von 1822 und 1830, welche der Kammer das Recht ver-

Digitized by Google

leihen, über Beleidigungen, die durch die Preſſe gegen ſie begangen werden, zu richten, vor, und fügte hinzu: „Dieſes Recht iſt demnach nicht bloß durch das alte Geſetz von 1822, ſondern auch durch das Geſetz von 1830, welches nach der Revolution erlaſſen worden, geheiligt.“ Hr. Dupont (de l'Eure): „Aber das Geſetz iſt der Charte zuwider.“ — Der Präſident (mit Nachdruck): „Aber es iſt ja „Dupont de l'Eure“ contraſignirt!“ — Als nun zur Stimmenzählung geſchritten wurde, fand ſich, daß der Paragraph, kraft deſſen Hr. Lionne vor die Barre der Kammer citirt werden ſolle, mit 205 gegen 92 Stimmen angenommen worden. — Der Präſident ſetzte hierauf die Kammer in Kenntniß, daß er ein Schreiben von Hrn. Lionne erhalten habe, worin dieſer anzeigt, daß er beſchloſſen habe, ſeine Vertheidigung dem Hrn. Armand-Marraſt, Hauptredacteur, und dem Hrn. Godefroi Cavaignac, einem der Hauptmitarbeiter der Tribune, anzuvertrauen. — Die Kammer erklärte ſich damit einverſtanden, obſchon Hr. Dupin (als Präſident) erklärt hatte, daß er ſich, wenn die gedachten Herren als Vertheidiger zugelaſſen würden, unbeweglich auf ſeinem Stuhle verhalten werde, da es unmöglich ſei, an ſolche Vertheidiger die von dem Geſetze vorgeſchriebenen Ermahnungen ergehen zu laſſen. — Die Vorladung des Hrn. Lionne ward auf Dinſtag den 10. anberaumt.

In der Sitzung der Pairskammer vom 8. April berichtete der General Vicomte de Caux über den Entwurf zu einer Aushebung von 80,000 Mann von der Claſſe von 1832, der bereits von der Deputirtenkammer angenommen iſt. Graf Ham berichtete über den Entwurf zu einem Zuſchußcredit für geheime Ausgaben. Die Erörterung ward bis nach erfolgter Erörterung des Budgets verſchoben.

Am 8. April um halb 3 Uhr erſchienen die HH. Enfantin und Chevalier vor dem Aſſiſenhof der Seine. Sie nahmen, von Gendarmen bewacht, Platz auf der Bank der Angeklagten. Der erſtere trug ein Coſtum des Mittelalters, einen ſehr langen Bart, eine ſchwarzſammtene Pelzkappe und einen rothen Stoff um den Hals. Hr. Chevalier war in einem ganz gewöhnlichen Anzuge. — Da Klagefactum beſtand in der politiſchen und religiöſen, nicht autoriſirten Aſſociation, die ſich unter dem Namen „St. Simoniſtiſche Familie“ in einem Hauſe und einem Garten von Menilmontant aufhielt, und deren Chefs die HH. Enfantin und Chevalier wären. Ueber ihren Namen ꝛc. befragt, antworteten beide, daß ſie ohne Profeſſion ſeien; ſie räumten alle Klagepuncte ein. Nachdem der Generaladvocat, Hr. Bayeux, ein kurzes Requiſitorium geſprochen, Hr. Baude, Advocat und St. Simoniſt, ſein Plaidoyer geendigt und auch Hr. Chevalier wenige Worte geſagt hatte, nahm Vater Enfantin das Wort. Er ſtand auf und warf ſeine Blicke auf die Verſammlung rings umher; er wünſche ſich Glück dazu, ſagte er, daß man ihn vor den Aſſiſenhof gerade am Oſtermontage geführt habe, vier Tage nach dem achtzehnhunderten Gedächtnißtage des Todes Jeſu Chriſti. Daraus werde ich, fügte er hinzu, Gelegenheit nehmen, meinen Glauben zu proclamiren, und alsbald erklärte er den HH. Geſchwornen, was er unter der „Religion der Mutter“ verſtehe. Er ſagte, der Gott der St. Simoniſten habe zwei Naturen, er ſei Mann und Frau, Vater und Mutter, und jene, die mit ihm Gemeinſchaft haben, bekennen ſich zur Religion der Liebe! Hr. Enfantin geſtand, daß ſeine Ideen den HH. Geſchwornen ſehr fremd erſcheinen und über ihre Faſſungskraft hinausgehen müſſen, da ſie nicht in derſelben Sphäre leben, als die St. Simoniſten. Eben darum, ſetzte Enfantin hinzu, ſind meine Kinder nach dem Orient gereist, um dort dieſe Doctrinen zu predigen. — Nach 10 Minuten wurden die Angeklagten von der Jury für nicht ſchuldig erklärt. Die Mitglieder der St. Simoniſtiſchen Familie beeilten ſich, dem Vater Glück zu wünſchen.

In Paris wurden im vorigen Jahre 77,543 Perſonen verhaftet, worunter 26,653 Frauen, und 25,702 trunkene Individuen, worunter 10,291 Frauen; im Ganzen wurden im vorigen Jahre 4700 Perſonen mehr als im Jahre 1831 gefänglich eingezogen; 23,438 Frauen wurden mit polizeilichen Strafen belegt, und 3656 Individuen vor die Gerichte verwieſen.

Der in Nantes erſcheinende Breton meldet, daß in der Umgegend von Chollet mit dem Frühjahr ſich auch die Chouans wieder zu zeigen anfangen.

Am 9. April 5Percents Fin Courant geſchloſſen zu 101 Fr. 3Percents Fin Courant geſchloſſen zu 77 Fr. 10. — Am 10. April um 1¼ Uhr Nachmittags 5Percents 100 Fr. 60. 3Percents 76 Fr. 80.

Großbritannien und Irland.

Die Staatseinnahme Großbritanniens hat ſich in dem am 5. d. M. abgelaufenen Rechnungsjahre auf 43,286,919 Pf. St. belaufen, 230,389 Pf. mehr als im Jahre zuvor. Die Zolleinkünfte betrugen 432,000 Pf. mehr, dagegen die Acciſe 188,000 Pf. weniger. Das letzte Quartal hat, verglichen mit dem des vorigen Jahres, 92,420 Pf. weniger eingetragen.

Dem Albion zufolge, gingen am 8. April Morgens in London Gerüchte von einer Miniſterialveränderung, noch ehe das Parlament ſeine Sitzungen wieder eröffnen würde. Sir Robert Peel's Aufenthalt während der Feiertage bei Lord Sefton, wo ſich die Lords Brougham und Melbourne zum Beſuche befanden, und der Umſtand, daß erſterer am Oſterſonntage nach der Stadt kam, um mit Lord Grey zu ſprechen, worauf er unverzüglich wieder nach Lord Sefton's Landſitz zurückkehrte, haben wahrſcheinlich Anlaß zu obigen Gerüchten gegeben.

Die Bankangelegenheit wird, nach allem Anſcheine, noch große Schwierigkeiten machen. Am 5. April hielt der Directorialhof eine Verſammlung, in welcher die Vorſchläge, die der Kanzler der Schatzkammer in ſeiner Unterredung mit dem Gouverneur und Untergouverneur der Bank am 2. dieſes Monats gemacht hatte, mitgetheilt wurden. Die Anſichten waren hierüber getheilt, doch erfährt man, daß die Mehrheit der Actieninhaber ſich gegen die Bedingungen erklärt hat, unter denen die Regierung den Freiheitsbrief zu erneuern geneigt wäre. Da in dieſen Verſammlungen große Verſchwiegenheit beobachtet zu werden pflege, ſo iſt nichts Zuverläſſiges darüber ins Publicum gekommen; daß dieſe Vorſchläge jedoch ungünſtiger Art ſind, ergibt ſich aus dem auffallenden Weichen von Bankſtocks. Es ſoll die Abſicht der Regierung ſeyn, dem Parlamente vorzuſchlagen, jährlich 100,000 Pf. von dem Betrage der den Directoren für die Leitung des Nationalſchuldenweſens zugeſtandenen Summe abzuziehen, was, nebſt andern Reductionen, jährlich einen Verluſt von 200,000 bis 250,000 Pf. für die Bank zur Folge haben würde. Das hierauf bezügliche Document ſoll ſehr ausführlich ausgearbeitet, und am Ende die Erneuerung des Freiheitsbriefes nur auf eine beſchränkte Periode zugeſtanden ſeyn. Ueber die allgemeinen Grundſätze des Bank- und Geldweſens ſollen Regierung und Bank einverſtanden ſeyn, und es handelt ſich daher nur um den Gewinn einer baaren Summe für den Staat. Kann die Bank dieſe Reduction dennoch tragen, ſo wäre es allerdings ein Beweis, daß ihre bisherigen Emolumente übermäßig groß geweſen ſind. Nun aber

Digitized by Google

ſcheint man im Publicum überhaupt mit dem ganzen Vorſchlage nicht zufrieden zu ſeyn; dir Einen, weil ſie der Beſchränkung und Neuerung überhaupt abhold ſind; die Andern, weil ſie eine gänzliche Abſchaffung des Monopols wünſchen.

Sir J. C. Hobhouſe äußerte ſich in der Rede, welche er bei Gelegenheit ſeiner Wiedererwählung in Weſtminſter hielt, im Weſentlichen folgendermaaßen: „Nachdem ich mich ſo viele Jahre hindurch bemüht, Ihnen zu dienen, nach den Wechſelfällen und Kämpfen und nach dem endlichen Siege, den Ihre Repräſentanten mit Ihrer Hülfe errungen haben, und durch den Ihnen endlich jenes große Gut oder vielmehr jenes Recht, eine wahrhafte Reform in der Volksrepräſentation, zu Theil geworden iſt, kann ich da wohl, ich frage Sie, meinen mich umgebenden Freunden nicht mehr ſo genehm ſeyn, wie früher? Doch mich tröſtet das Bewußtſeyn, daß dir große Mehrheit der Wähler von Weſtminſter mein Benehmen mit Beifall aufgenommen haben, und ich din ſtolz darauf, daß ich mir im Ganzen die Zufriedenheit der Wähler erworben habe. (Beifall.) Dieſe Wahl ohne Widerſpruch ſehe ich nicht nur für mich perſonlich, ſondern auch für die Regierung, zu welcher ich gehore, als eine außerordentliche Genugthuung an. (Beifall und Murren.) Ich freue mich, zu ſehen, daß hier in Weſtminſter die erſten Thaten dieſer Regierung nunmehr der Probe unterworfen und daß ihre Handlungen gedilligt werden. (Einige rufen: „Nein! nein!“) Ich ſage: Ja, ja, daß ihr Verfahren von der großen und aufgeklärten Korperſchaft der Wähler von Weſtminſter, daß es von denjenigen gedilligt worden iſt, die ſo fähig ſind, ein Uetheil darüber zu fällen, wie irgend ein Theil des engliſchen Volkes. Ich ſehe Jemand in der Menge ſeine Fauſt gegen mich emporheden. Nun muß ich ader dieſem gütigen Freunde ſagen, daß mit der Fauſt drohen kein Argument iſt, ſondern im Gegentheil eine memmenhafte, unmännliche und erbärmliche Art, eine Behauptung zu beweiſen. (Beifall.) Wenn jener Feigherzige, der ſeine Oppoſition auf eine ſolche Weiſe ausdrückt, zu mir auf das Wahlgerüſt kommen und mir ſagen will, was er an mir auszuſtellen hat, ſo werde ich ſeine Vorwürfe zu widerlegen ſuchen. Wenn der Wähler, ſtatt mir mit der Fauſt zu drohen, die Güte haben will, mir jede deliebige Frage vorzulegen, ſo werde ich mich bemühen, ihm dir Verurtheile, welche er vielleicht gegen mich gefaßt hat, zu benehmen.“ Da der Mann in der Menge fortwährend mit ſeiner Fauſt drohte, ſo fragte ihn Sir J. C. Hobhouſe, od er ein Wähler von Weſtminſter wäre. Jener antwortete in irländiſchem Dialect: „„Das din ich nicht, aber dereit bin ich, für meinen König und mein Vaterland zu fechten.““ Sir J. C. Hobhouſe: „Sie ſind ein Irländer?“ Der Mann erwiederte: Ja; und der Redner fuhr fort: „Das dachte ich mir. Nun, ich will dem Individuum, welches ſeine Oppoſition gegen mich auf eine ſo ungeſtüme Weiſe geäußert hat, ohne Bedenken ſagen, daß, wenn es nach Verlauf von 3 Monaten ſeine Meinung nicht ändert und mein Verfahren dilligt, von dem es jetzt ein ſo heftiger Gegner iſt, ich mich in der That in argem Irrthum definden müßte. (Beifall.) Man wird gewiß finden, daß ich mich demuhen werde, meine Pflicht redlich und gewiſſenhaft zu erfüllen, obgleich ich das wichtige Amt, zu welchem ich ernannt worden, eben nicht mit ſehe erfreulichen Ausſichten überkommen habe. Ich werde mich beſtreben, den Irländer, der ſich jetzt gegen mich gewendet hat, und alle andern Irländer, ſo ſehr ſie auch gegen mich eingenommen ſeyn mogen, zu überzeugen, daß ihre Vorurtheile grundlos und unrecht waren, und ich hoffe, daß ſie mir wenigſtens freien Spielraum laſſen werden. (Beifall.) Ich hoffe, daß die Landsleute jenes Individuums mir freies Spiel laſſen werden, und wenn ſie es thun, ſo werde ich ihnen durch eine rechtliche, unabhängige und gerade Handlungsweiſe zeigen, daß die Wohlfahrt ihres unglücklichen Landes mein einziger Zweck iſt. (Beifall.) Ich kann dieſem und jedem andern hier etwa noch anweſenden Irländer verſichern, daß ich nach Irland gehe, um die mir auferlegte große Aufgabe mit dem feſten Entſchluſſe zu erfüllen, Alles aufzudieten, um den Ruhm, das Glück, die Wohlfahrt und den Verband der deiden Länder zu befeſtigen. (Beifall.) Ich werde mich bemühen, ſo zu handeln, daß wo moglich alle Parteien damit zufrieden ſeyn konnen; ich werde mich bemühen, wenigſtens den Beweis zu führen, daß ich durch Beforderung der Intereſſen Englands auch die Intereſſen Irlands befordere; und Alles, was ich verlange, iſt ein undefangenes Urtheil, und das Vertrauen, welches mir die Wähler von Weſtminſter gewiß nicht verweigern werden, daß ich die aufrichtige Abſicht habe, die mir auferlegten Pflichten redlich zu erfüllen. Ich kann Ihnen verſichern, daß ich nicht aus zu großem Selbſtvertrauen dem deſten Erfolg entgegenſehe, ſondern aus Vertrauen darauf, daß das Volk, wie ich es disher immer erprobt habe, endlich doch zu einer geſunden und vernünftigen Einſicht gelangen wird. (Beifall.) Das irländiſche Volk kann eben ſo wenig wie das engliſche ein Intereſſe an der Unordnung haben (Beifall); es kann die Anarchie nicht um der Anarchie willen lieben (Nein, nein!); es liebt den Deſpotismus nicht, es wird ihn und darf ihn nicht dulden; und dieſe Hand wenigſtens ſoll ſich nie zum Werkzeug deſſelben machen. (Großer Beifall.) Ich bin überzeugt, daß die Zeit nicht mehr fern iſt, wo das irländiſche Volk, ſo ſehr es auch jetzt irre geleitet iſt, einſehen wird, daß ſeine theuerſten Intereſſen an diejenigen dieſes Landes feſtgeknüpft ſind, und daß Irland nur aus der Wohlfahrt und Sicherheit des ganzen Reiches für ſich ſelbſt dauerndes Glück und Wohlſtand erwarten kann. (Beifall.) Was das Peitſchen der Soldaten betrifft, ſo thut es mir leid, daß ſich in dieſer Hinſicht irrige Vorſtellungen verbreitet haben. (Beifall und Ziſchen.) Gut Unterrichtete wiſſen ſehr wohl, daß, wenn ein Mann — und ich kann die Miniſter des Königs hierdei zu Zeugen aufrufen — mehr als der andere ſich beſtredt hat, dieſe, ich will nicht ſagen ungehörige, doch unpolitiſche Strafe adzuſchaffen, eine Strafe, von der ich ſtets geſagt, daß ſie dem deabſichtigten Zwecke nicht entſpreche, Ihr Repräſentant dieſer Mann geweſen iſt. (Beifall.) Ich deruſe mich auf diejenigen, welche am beſten darum wiſſen konnen, und auf ihr Zeugniß will ich meinen Ruf dauen. Aus dieſen Gründen, weil ich mich ſtets bemüht, zu erfüllen, was ich verſprochen hatte, hade ich an die rechtlichen und aufrichtigen Geſinnungen der Wähler von Weſtminſter appellirt, und ſo wie Sie mir bei dieſer Gelegenheit haben Gerechtigkeit widerfahren laſſen, ſo hoffe ich, werden Sie es auch ferner thun, wenn Sie ſehen werden, welchen Weg ich dei der Erfüllung der mir übertragenen ſchwierigen Pflichten einſchlage. (Beifall.) Ich habe Ihnen für Ihr heutiges Benehmen gegen mich meinen innigſten Dank zu ſagen. Was die unbedeutenden Unterbrechungen anbetrifft, welche vorgefallen ſind, ſo fehlen dergleichen dei Wahlen niemals, und gehören eigentlich gewiſſermaaßen zu den Tagsgebräuchen. (Gelächter.) Sie haben Ihre Pflicht gegen mich erfüllt, und ich hoffe feſt, daß Sie mir in Bezug auf Sie daſſelbe Zeugniß geden.“

Während des Jahres 1832 wurden 25,702 Betrunkene, davon 15,411 männlichen und 10,291 weiblichen Geſchlechts, von der Londoner Polizei aufgegriffen, und

nachdem ſie nüchtern geworden, wieder freigelaſſen. Vor den Magiſtrat wurden in demſelben Jahre 6934 Betrunkene gebracht, wovon 3429 mit einem derben Verweis entlaſſen und 3505 zu einer Geldſtrafe verurtheilt wurden. Die meiſten Betrunkenen fanden ſich in den Monaten October, December, Juli und November, die wenigſten in den Monaten April, Februar, März und Jänner; doch iſt der Unterſchied in den einzelnen Monaten überhaupt nicht ſehr bedeutend, denn die größte Abweichung in den Monaten October und April iſt bei den Männern nur 1549 und 1149, bei den Frauen 1097 und 693, alſo ungefähr eine Differenz von 400.

Conſols am 8. April $87\frac{3}{4}$, $\frac{5}{8}$.

Türkei.

Ein Handelsſchreiben aus Alexandria enthält folgende detaillirte Ueberſicht des gegenwärtigen Standes der ägyptiſchen Flotte:

Im Waſſer:

	Stärke.		Benennung.
1 Linienſchiff	140	Kanonen.	Maßr.
1 detto	100	—	Mahalle Kebir.
1 detto	100	—	Manſura.
1 detto	100	—	Scanderia.
1 detto	74	—	Abukie.
1 Fregatte	62	—	Behira.
1 detto	64	—	Raſchid.
1 detto	64	—	Gafferia.
1 detto	64	—	Sirrſoihad.
1 detto	64	—	Case Sacich.
1 detto	56	—	Muſta Ciah.
1 detto	56	—	Dumiat.
5 Corvetten	22 bis 24	Kanonen.	
3 Briggs	16 bis 18	—	
5 Schooner	12 bis 22	—	

Auf den Werften:

1 Linienſchiff	140	Kanonen.
2 detto	100	—
1 detto	80	—

Preußen.

Se. Majeſtät der König haben am 13. April dem zum königlich ſpaniſchen außerordentlichen Geſandten und bevollmächtigten Miniſter bei Allerhöchſtihrem Hoflager ernannten Gutierrez de los Rios die Antrittsaudienz zu ertheilen und das Beglaubigungsſchreiben desſelben entgegenzunehmen geruht. — An demſelben Tage haben Se. königl. Majeſtät dem bisher bei Allerhöchſtihrem Hoflager accreditirt geweſenen kurfürſtlich heſſiſchen außerordentlichen Geſandten und bevollmächtigten Miniſter von Steuber die Abſchiedsaudienz, ſo wie auch dem in derſelben Eigenſchaft zu deſſen Nachfolger ernannten Wilkens von Hohenau die Antrittsaudienz zu ertheilen und aus deren Händen die reſp. Abberufungs- und Beglaubigungsſchreiben zu empfangen geruht.

Niederlande.

Se. Majeſtät der König der Niederlande befinden ſich ſeit einigen Tagen unpäßlich; da jedoch bis zum 7. d. M. kein Bulletin über das Befinden des Königs ausgegeben worden, ſo läßt ſich mit Sicherheit annehmen, daß das Unwohlſeyn Sr. Majeſtät durchaus von keiner Bedeutung iſt und nicht die mindeſte Beſorgniß einzuflößen braucht. Dem Vernehmen nach haben Se. Majeſtät die Nacht vom 6. auf den 7. ſehr ruhig zugebracht. Bei dem Abendmahle, das am Oſterſonntage die ganze königl. Familie in der großen Kirche aus den Händen des Dr. Dermouth empfangen hat, iſt inzwiſchen der König nicht zugegen geweſen.

Belgien.

Der Kriegsminiſter hat in einem Rundſchreiben den Verwaltungsräthen der verſchiedenen Kavallerie-, Artillerie-, Traincorps und der Feldſpitäler angezeigt, daß die Fourrage vom 1. April d. J. an nur nach dem Friedensfuß abgeliefert werden ſoll. — Es werden vier Lager errichtet werden, um einen Theil der Armee aufzunehmen. Die gelagerten Truppen werden häufig große Manövers ausführen und in beſtändiger Thätigkeit gehalten werden. Sie werden zu Ravelle (Provinz Limburg), Weſtcapelle (Weſtflandern), Weſtwezel (Provinz Antwerpen) und Waterloo (Brabant) errichtet.

Um zu beweiſen, wie erfolgreich die Zwangsmaaßregeln zur See gegen Holland geübt werden, gibt der Moniteur Belge ein Verzeichniß der ſeit dem 10. November v. J. bis zum 30. März d. J. weggenommenen und in engliſchen Häfen zurückgehaltenen holländiſchen Schiffe. Es ſind ihrer im Ganzen 59.

Teutſchland.

Das Journal de Francfort vom 13. April (welches wir durch außerordentliche Gelegenheit erhalten haben) meldet aus Frankfurt vom vorhergehenden Tage: „Unſere Stadt genießt fortwährend der vollkommenſten Ruhe; die Wachen ſind aber fortwährend verdoppelt, um allen neuen Unordnungen vorzubeugen. Man hat Schrägfenſter an der Seite der Gefängniſſe, die auf die Straße geht, und worin ſich die wegen politiſcher Verbrechen Verhafteten befinden, angebracht, wodurch dieſen Gefangenen das Tageslicht nicht benommen, und doch verhindert wird, daß man ſie von der Straße aus ſehen kann. Wir vernehmen, daß die Gränzen der an unſer Stadtgebiet ſtoßenden Bundesſtaaten mit ſtarken Truppenabtheilungen beſetzt werden ſollen. Nach Höchſt kommen herzoglich naſſauiſche, nach Offenbach großherzoglich heſſiſche, und nach Bergen kurheſſiſche Truppen. Dieſe Maaßregel iſt für unſere Stadt ſehr vortheilhaft, weil dadurch die Verſuche zu Angriffen, die man von außen her gegen ſie beabſichtigen dürfte, vereitelt werden."

In der Carlsruher Zeitung vom 12. April heißt es: „Wir haben früher aus einem Briefe und nachher aus der Oberpoſtamtszeitung vom 6. April die Angabe aufgenommen, daß viele Heidelberger Studenten an dem Aufruhr in Frankfurt Theil gehabt hätten. Nach ſorgfältigen Erkundigungen finden wir jedoch unter allen Namen der Betheiligten, die uns bis jetzt bekannt geworden, nur zwei, die in dem Verzeichniß der 8 bis 900 Studierenden, welche Heidelberg zählt, zu leſen ſind."

Am 18. April war zu Wien der Mittelpreis der

Staatsſchuldverſchreibungen		zu 5 pCt. in C. M.	$91\frac{7}{16}$;
detto	detto	zu 4 pCt. in C. M.	82;
Darleh. mit Verlooſ. v. J. 1820; für 100 fl. in C. M.			——;
detto	detto	v. J. 1821, für 100 fl. in C. M.	$133\frac{3}{8}$;
Wiener-Stadtbanco-Obligat. zu $2\frac{1}{2}$ pCt. in C. M.			$52\frac{3}{4}$;
Conv. Münze pCt. ——;			

Bankactien pr. Stück $1191\frac{3}{4}$ in C. M.

Hauptredacteur: Joſeph Anton Edler von Pilat.

Verleger: Anton Strauß ſel. Witwe in der Dorotheergaſſe Nr. 1108.

Die Liſten zum erſten Pferderennen auf der Simmeringer Heide, welches Sonnabend den 20. April um 12 Uhr Mittags Statt finden wird, ſind im Comptoir des Oeſterr. Beob. für 6 kr. C. M. zu haben.

Nro. 110

Oeſterreichiſcher Beobachter.

Sonnabend, den 20. April 1833.

Meteorologiſche Beobachtungen vom 18. April.	Zeit der Beobachtung.	Barometer auf o Reaumur reducirt. Pariſer Maß.	Barometer auf o Reaumur reducirt. Wiener Maß.	Thermometer Reaumur.	Wind.	Witterung.
	8 Uhr Morg.	27.113	27 Z. 10 L. 4 P.	+ 7.3	SO. ſchwach.	Regen.
	3 Uhr Nachm.	27.041	27 9 6	+ 10.2.	SSW. —	—
	10 Uhr Abnds.	27.104	27 10 3	+ 4.0	WNW. —	trüb

Rußland.

Das Journal de St. Petersbourg vom 7. April enthält folgende Erklärung: „Der am 3. (15.) März publicirte Artikel *) hat bereits den zwiſchen der ruſſiſchen Geſandtſchaft und der ottomanniſchen Pforte gefaßten Beſchluß angekündigt, das vom Contreadmiral Laſareff befehligte Geſchwader zu Siſipolis vor Anker gehen zu laſſen. Dieſe Maaßregel war durch die in der Lage der Dinge zu Konſtantinopel vor der Ankunft dieſes Geſchwaders eingetretene günſtige Veränderung motivirt worden. Die ägyptiſche Armee hatte in der That ihren Marſch eingeſtellt, und Alles ſchien eine nahe Ausgleichung zu verſprechen. — Dieſe Thatſache, welche der Artikel vom 3. (15.) März ſolchergeſtalt zur offentlichen Kenntniß brachte, iſt von mehreren franzöſiſchen Zeitungen ſeltſam entſtellt worden. Sie ſchreiben die mit Hinſicht auf das kaiſerliche Geſchwader getroffene Entſcheidung den Schritten zu, die der franzöſiſche Botſchafter, Admiral Rouſſin, nach ſeiner Ankunft in Konſtantinopel bei der Pforte gethan haben ſoll. — Eine ſolche Behauptung, die mit den zwiſchen Rußland und Frankreich obwaltenden Verhältniſſen nicht übereinſtimmen würde, erfordert eine Berichtigung. — Der Thatbeſtand der Ereigniſſe iſt folgender: Am 21. Jänner (2. Februar) richtete die Pforte, beunruhigt durch Ibrahim Paſcha's Marſch gegen Bruſſa, eine officielle Note an den ruſſiſchen Geſandten, um den Kaiſer nicht nur um eine Unterſtützung zur See, ſondern auch um eine gleichzeitige Abſendung von Landtruppen zu erſuchen. — Am 25. Jänner (6. Februar) kehrte der Generallieutenant Murawieff nach Konſtantinopel zurück. An demſelben Tage erhielt die Pforte die Nachricht, daß Ibrahim zu Kiutahia ſtehen geblieben ſei. — Der Eindruck, den dieſe Nachricht auf den Diwan machte, zeigte ſich bei der erſten Zuſammenkunft, in welcher der Generallieutenant Murawieff den Erfolg ſeiner Miſſion auseinanderſetzte. In dieſer Zuſammenkunft, welche am 27. Jänner (8. Februar) Statt hatte, legte der Reis-Efendi die Frage vor, „ob es bei dem jetzigen, weit größere Sicherheit für die Pforte verſprechenden, Zuſtande der Dinge nicht zweckmäßig ſei, die Unterſtützung, welche ſie wenige Tage vorher in Anſpruch genommen hatte, als ſie ſich noch von einer nahen Gefahr bedroht glaubte, abzulehnen.“ Hr. von Butenieff erwiederte, daß der Sultan allein darüber zu entſcheiden habe, ob es angemeſſen wäre, die noch eben erſt mit ſolcher Inſtändigkeit nachgeſuchten heilbringenden Maaßregeln aufzuſchieben; er machte jedoch bemerklich, daß die Ankunft des Geſchwaders ſchwerlich abzuwenden ſeyn würde, wenn es Sebaſtopol ſchon verlaſſen hätte, wie man zu glauben allen Grund habe; aber daß es vielleicht angehen würde, wenn man es auf der See anträfe, daſſelbe in den Meerbuſen von Burgas einlaufen zu laſſen, damit ſelbiges für den Fall, daß die Umſtände ſeine Gegenwart noch erfordern ſollten, ſtets im Stande wäre, der Hauptſtadt ſogleich zu Hülfe zu eilen. Er forderte den Reis-Efendi zu gleicher Zeit auf, den Wunſch, den er, mit Bezug auf den, unſerem Geſchwader zu ertheilenden Gegenbefehl, ausgeſprochen, ſchriftlich abzugeben; zugleich erſuchte er dieſen Miniſter, ein Dampfſchiff oder ein leichtes Fahrzeug zur Verfügung der kaiſerlichen Geſandtſchaft zu ſtellen, und es unſerer Flotte entgegenzuſenden. — In Folge dieſer Unterredung, und nach dem förmlichen Erſuchen des Hrn. von Butenieff, ließ ihm der Reis-Efendi am 5. (17.) Februar ein Memorandum zuſtellen, worin der von dem ottomanniſchen Miniſter in der Zuſammenkunft vom 27. Jänner (8. Februar) ausgeſprochene Wunſch aufgeſetzt war. — Dieſes Actenſtuck iſt zu wichtig, als daß man es nicht wörtlich bekannt machen ſollte, ſo wie auch die von Hrn. von Butenieff an den Reis-Efendi gerichtete Antwort, die an demſelben Tage, dem 5. (17.) Februar, übergeben wurde. (Siehe weiter unten.) — Dieſe Aufſchlüſſe zuſammengenommen werden hinreichen, um die Thatſachen in ihrer ſtrengen Wahrheit feſtzuſtellen; es ergibt ſich daraus, daß die Anweſenheit des kaiſerlichen Geſchwaders im Bosporus von dem Augenblicke an, wo die Gefahren, welche die Hauptſtadt bedroht hatten, entfernt ſchienen, namentlich ſeitdem die ägyptiſche Armee ihren Marſch eingeſtellt hat, — ein Reſultat, welches nach dem förmlichen Eingeſtändniß der Pforte dem Einfluß der heilſamen Abſichten

*) Vergl. Oeſterr. Beob. vom 30. v. M.

Digitized by Google

S^r. Majeſtät des Kaiſers zu verdanken iſt — nicht mehr für nöthig erachtet wurde; — daß der ruſſiſche Geſandte, von dem Gefühl ſeiner Pflicht geleitet, den Willen S^r. Majeſtät des Kaiſers im voraus erkannte, als er ohne Zaudern den Wünſchen des Sultans nachgab, und daß er in dieſer Uebeezeugung dee Erſte war, welcher dem ottomanniſchen Miniſtee den Vorſchlag machte, das ruſſiſche Geſchwader in den Meerbuſen von Burgas einlaufen zu laſſen, damit es ſtets in Bereitſchaft ſei, der Hauptſtadt zu Hülfe zu kommen, wenn deeen Sicherheit etwa noch einmal bedroht würde; — daß dieſe Erkläeungen zwiſchen dem ruſſiſchen Bevollmächtigten und dem Reis-Efendi am 27. Jännee (8. Februar) gewechſelt wurden, während dee Admiral Rouſſin, der am 5. (17.) Februae in Konſtantinopel anlangte, ſeine erſte Unterredung mit dem ottomanniſchen Miniſter nicht eher als am 7. (19.) Februar hatte; — daß H^r. von Butenieff es war, welcher am 27. Jänner (8. Februar) die Pforte aufforderte, ein leichtes Fahezeug zur Verfügung dee kaiſerlichen Geſandtſchaft zn ſtellen, um es unſerem Geſchwader entgegenzuſchicken, und nicht, wie gewiſſe Zeitungen fälſchlich berichtet haben, der franzöſiſche Botſchaftee, dee dieſe Abſendung verlangt und durchgeſetzt hätte; — endlich, daß der Gedanke, dem herbeieilenden kaiſerliche Geſchwader vor ſeinem Einlaufen in den Bosporus Gegenbefehle entgegenzuſchicken und es im Meerbuſen von Burgas voe Anker gehen zu laſſen, ſchon gefaßt war, ohne daß Admiral Rouſſin ſich im geringſten deßhalb zu bemühen oder die geringſte Drohung an die Pforte eegehen zu laſſen brauchte; und zwar aus dem ganz einfachen Geunde, weil dieſes Arrangement von freien Stücken durch den ruſſiſchen Geſandten bereits neun Tage vor der Ankunft des feanzöſiſchen Botſchaſters voegeſchlagen woeden wae. — Die neue Beſtimmung unſers Geſchwaders wae ſonach im voraus durch die von H^rn. von Butenieff in dee Conſeeenz vom 27. Jänner (8. Febeuae) gemachten Aneebietungen angedeutet worden, und dieſer Miniſter konnte alſo, als unſere Schiffsdiviſion am Morgen des 8. (20.) Februar bei Bujukdeee voe Anker ging, übee den zu faſſenden Entſchluß keinen Augenblick zweifelhaft ſeyn. Er beeilte ſich, dasjenige zu beſtätigen, was er bereits am 27. Jänner geſagt, „daß er nämlich glaube, den Wünſchen des Großheern genügen zu müſſen, indem er darein willige, daß das kaiſerliche Geſchwader ſich, bis zum Eingang ferneeer Befehle S^r. Majeſtät, in dem Golf von Burgas aufſtelle.“ — In dieſem Sinne drückte der ruſſiſche Geſandte ſich gegen den Generaladjutanten S^r. Hoheit, Muſchie Achmet Paſcha, und gegen den Seraskier Choſrew Paſcha bei dem Beſuche aus, den dieſe beiden vertrauten Rathgebee des Sultans unſeeem Miniſter am 8. (20.) und am 10. (22.) Febeuar machten. Als Antwort wurde ihm die feieeliche Erkläeung zu Theil, daß, obgleich der Sultan ſich noch immee der Hoffnung hingebe, daß die ägyptiſchen Angelegenheiten ſich friedlich und ohne eine nene Verwicklung endigen würden, er gleichwohl in allen Fällen beharrlich auf den hochherzigen Beiſtand des Kaiſers rechne. — Um dieſelbe Zeit übernahm dee franzöſiſche Botſchaſter, in der Abſicht, auch ſeiner Seits die Pforte von der Sorge ſeiner Regierung für die Intereſſen des Großherrn zu überzeugen, die Verpflichtung, bei dem Paſcha von Aegypten auf die Annahme der von S^r. Hoheit vorgeſchlagenen Friedensbedingungen zu deingen. Sollte dieſer Schritt mit Erfolg gekeönt werden, ſo wird das kaiſerliche Cabinet ſich gewiß zuerſt und aufrichtig dazu Glück wünſchen, denn ein ſolches Reſultat würde den Abſichten vollkommen entſprechen, die ſowohl die Sendung des Generallieutenants Murawieff nach Alexandrien, als die Abfertigung eines Geſchwadees nach Konſtantinopel eingegeben haben. — Bis daß aber dee Paſcha von Aegypten ſich den ihm aufgelegten Bedingungen unterworfen und ſie ohne Umſchweiſe erſüllt hat, erheiſcht die Vorſicht, der Aufeichtigkeit dee Verſprechungen Mehmed Ali's nicht allzu ſehr zu trauen. Was dieſe Vorſicht noch nothwendiger macht und uns in unſerer Ueberzeugung beſtätigt, iſt das neuere Beteagen Ibrahims, der, mit Hintanſetzung ſeinee eigenen Zuſicherungen, und im offenbaren Widerſpruche mit den dem Geneeallieutenant Mueawieff gemachten Veeheißungen, ſeine militäriſchen Opeeationen noch weiter auszudehnen, die tüekiſchen Behörden von Smyrna abzuſetzen, und ſich der Städte Magueſia und Balikeſee zu bemächtigen gewagt hat. Hierzu kommt noch, daß, während auf dieſe Weiſe die ägyptiſche Armee eine Stellung einimmt, die je mehr und mehr die Ruhe der Hauptſtadt des ottomanniſchen Reiches bedroht, Mehmed Ali ſeine Keiegseüſtungen thätig fortbetreibt, und ſich anſchickt, dem Idrahim neue Verſtärkungen zugehen zu laſſen. — Dieſe Nachrichten hatten der Pforte lebhafte Beſorgniſſe eingeſtößt, und ließen ſie einen noch um ſo größeeen Werth auf die Gegenwart unſeres Geſchwaders legen. — Gleich nachdem ſolche am 28. Mäez hier eingegangen, ertheilte dee Kaiſer dem Generalgouverneur von Neueußland, Grafen Woronzow, den Befehl, die in Odeſſa voebereitete Expedition, ſammt den Landungstruppen, unter der Bedeckung einer Abtheilung dee Flotte, befehligt von dem Contreadmiral Kumauy, unverzüglich abgehen zu laſſen. Dieſe Expedition ging in der That am 17. (29.) März um 6 Uhr Morgens unter Segel. Ihee Ankunft wurde in Konſtantinopel mit Ungeduld erwartet, und die ottomanniſche Regierung hatee ſchon früher die nöthigen Befehle ertheilt, um ſie mit Lebensmitteln und Allem, was ſie ſonſt bedüeſen möchte, zu verſehen. Hiernach werden bald hineeichende Kräfte vorhanden ſeyn, um die Hauptſtadt des ottomanniſchen Reiches, wenn ſie ferner noch bedroht werden ſollte, zu veetheidigen, oder die mit dem Paſcha von Aegypten angeknüpften Unterhandlungen zu unterſtützen. — Nachdem dieſe militäriſchen Maaßregeln getroffen woeden ſind, hat der Kaiſer,

Digitized by Google

um durch eine feierliche Verkündigung ſeiner Beſchlüſſe den ehrgeizigen Plänen Mehmed Ali's einen Damm entgegenzuſetzen, ſeinen Miniſter in Konſtantinopel beauftragt, auf das Beſtimmteſte zu erklären: „daß das dem Sultan, auf das ausdrückliche Verlangen dieſes Souverains, zum Beiſtande geſandte Geſchwader und Truppencorps den Befehl habe, in der von ihnen eingenommenen Stellung bis zu dem Augenblicke zu bleiben, wo Ibrahim Kleinaſien geräumt haben, über den Taurus zurückgegangen ſeyn, und der Paſcha von Aegypten in die von der Pforte vorgeſchlagenen Bedingungen gewilligt haben wird." — Sobald dieſer doppelte Zweck erreicht worden, werden Sr. kaiſerliche Majeſtät, wie Sie ſolches unterm 17. Februar laut verkündigt haben, Ihrer Flotte und Ihren Truppen den Befehl ertheilen, nach Rußland zurückzukehren.

Ueberſetzung eines Memorandums der ottomanniſchen Pforte, übergeben den 5. (17.) Februar 1833.

Nachdem Sr. Majeſtät der Kaiſer von Rußland dem Sultan das Anerbieten eines Beiſtandes zur See zu machen die Güte gehabt, — ein Anerbieten, das von Sr. Hoheit freudig angenommen worden, — hatte man ſich kürzlich mit Sr. Excellenz dem Hrn. von Butenieff über die Mittel, daſſelbe in möglichſter Geſchwindigkeit (indem der Fall dringend zu ſeyn ſchien) ins Werk zu richten, beſprochen, und ſogar ſchon die Maaßregeln, die zu dieſem Behufe für nöthig erachtet wurden, feſtgeſtellt. — In Betracht jedoch der gegenwärtigen Lage der Dinge, nämlich der Rückkehr Sr. Excellenz des Generallieutenants Murawieff aus Aegypten, wohin er ſich im Auftrage Sr. Majeſtät des Kaiſers begeben; in Betracht der Mittheilungen, die ihm von Mehmed Ali Paſcha gemacht worden, ſo wie der Nachrichten aus dem Hauptquartier Ibrahim Paſcha's, welcher der hohen Pforte ankündigt, daß er in ſeiner Poſition ſtehen bleiben und nicht weiter vorrücken werde; in Betracht endlich, daß dieſes Reſultat dem Einfluſſe der von Sr. Majeſtät dem Kaiſer geäußerten heilſamen Abſichten zu verdanken iſt, — halten wir es für unſere Pflicht, unſere lebhafteſte Erkenntlichkeit und das tiefe Dankgefühl, von dem wir durchdrungen ſind, an den Tag zu legen. — Doch bietet ſich jetzt eine neue Betrachtung in Betreff der verlangten Hülfe dar. Ohne Zweifel darf man ſich nicht allzu früh einer vollkommenen Zuverſicht hinſichtlich der Handlungen unſerer Gegenpart überlaſſen; da es ſich aber eben ſo gut zutragen könnte, daß die unbedingte und ſchleunige Ausführung der obgedachten Vorſichtsmaaßregel böswillige Diſpoſitionen erzeugte und den Wiederanfang der Feindſeligkeiten herbeiführte, ſo iſt es als dem Intereſſe einer geſunden Politik gemäß befunden worden, die in Rede ſtehende Maaßregel nicht ganz und gar aufzugeben, ſondern insgeheim die Mittel zu verabreden, wie ſolche nöthigen Falls in Ausführung gebracht werden könnte. — Dieſe Mittel ſind: daß die verlangte Flotte ſich bereit halte, mit jedem Augenblicke unter Segel zu gehen, ohne jedoch ſchon jetzt die Anker zu lichten; daß ſie vielmehr zu dieſem Behufe die weiteren Befehle abwarte, um, ſobald ihre Gegenwart für nöthig befunden worden, unverzüglich aufbrechen und raſch ankommen zu können; daß bei Bujukdere vor dem Pallaſte der ruſſiſchen Geſandtſchaft beſtändig ein Packetboot bereit ſtehe, um erforderlichen Falls der Flotte den nöthigen Wink geben zu können. — Die Ausführung dieſer Maaßregeln ſteht Sr. Excellenz dem ruſſiſchen Geſandten zu; und in Betracht der von Sr. Majeſtät dem Kaiſer geäußerten gütigen Geſinnungen glaubt man, daß es, um die gehegte Abſicht vollſtändig zu erreichen, nothwendig ſei, auch hinſichtlich der verlangten Landmacht eine ähnliche Vorkehrung wie mit der Flotte zu treffen, damit dieſes Hülfscorps nöthigen Falls in der That diſponibel ſei, und rückſichtlich ſeines Einfluſſes und Nutzens, hinter der Hülfe zur See nicht zurückbleibe. — Mag dieſes Armeecorps ſich alſo ſchon jetzt in Bewegung ſetzen, längs der Donau vorgehen, und der Anweiſungen gewärtig ſeyn, die ihm binnen Kurzem, nach Lage der Umſtände, durch unſeren Freund, den Hrn. Geſandten, den man davon in Kenntniß ſetzen wird, zugehen werden; mag endlich der Hr. Geſandte ſich zu dieſem Behufe mit dem Hrn. General Kiſſeleff in Verbindung ſetzen. — Dieß iſt der Gegenſtand des gegenwärtigen Memorandums, das man Sr. Excellenz dem ruſſiſchen Hrn. Geſandten übergibt.

Memorandum, am 5. (17.) Februar 1833 von dem ruſſiſchen Geſandten an die hohe Pforte gerichtet.

Ich habe von dem Memorandum Kenntniß genommen, welches Sr. Excellenz der Reis-Efendi dem ruſſiſchen Dragoman zugefertigt hat, und ich beeile mich, darauf zu antworten. — Die von Sr. Hoheit dem Sultan für die aufrichtige Freundſchaft, von welcher der Kaiſer ihm durch die Sendung des Generals Murawieff und durch das Anerbieten einer Unterſtützung zur See Beweiſe gegeben hat, an den Tag gelegten Dankbezeigungen werden, ich bin davon überzeugt, von Sr. kaiſerl. Majeſtät mit großer Zufriedenheit aufgenommen werden. — Ich werde nicht ermangeln, zugleich die in dem beſagten Memorandum ausgeſprochenen Modificationen in Betreff der von der Pforte nachgeſuchten Hülfe von ruſſiſchen Landtruppen von der Seite der Donau her zur Kenntniß des kaiſerlichen Hofes zu bringen. — Was die in dem Memorandum angegebenen Modificationen mit Hinſicht auf die Abſendung des Geſchwaders im ſchwarzen Meere anbetrifft, ſo werde ich mich ebenfalls beeilen, dem Hrn. Admiral Greigh durch die ruſſiſche Poſt, welche morgen abgehen ſoll, davon Mittheilung zu machen. Aber ſtets von den aufrichtigen und wohlwollenden Geſinnungen meines erhabenen Souverains geleitet, mache ich es mir zur Pflicht, heute eine Bemerkung zu wiederholen, die ich bereits bei unſerer Zuſammenkunft in der Pforte am

Digitized by Google

27. Jänner (8. Februar) Ihren Excellenzen den ottomaniſchen Miniſtern vorzutragen die Ehre hatte, nämlich, daß ich auf ausdrückliches Geſuch Sr. Excellenz des Reis-Efendi, welches derſelbe im Namen des Sultans that, ſchon zehn bis zwolf Tage vorher, ſowohl zu Lande als zur See, an den Hrn. Admiral Greigh geſchrieben hatte, um die Abſendung des kaiſerlichen Geſchwaders zu beſchleunigen. Wenn der ruſſiſche Lugger Schivokoy, der damals nach Sebaſtopol abgefertigt wurde, zu gehöriger Zeit an ſeinem Beſtimmungsorte eingetroffen iſt, kann das Geſchwader bald darauf von dieſem Hafen aus unter Segel gegangen ſeyn. Angenommen nun, daß dieß wirklich der Fall geweſen, ſo iſt es möglich, daß das kaiſerliche Geſchwader in einem der nächſten Augenblicke am Eingange des Bosporus erſcheint. Ich beeile mich alſo, die hohe Pforte auf dieſen Punct aufmerkſam zu machen, indem ich ſie erſuche, mich gütigſt unverzüglich davon zu benachrichtigen, was Se. Hoheit der Sultan in dieſem Falle beſchließen würde, damit ich meine weiteren Maaßregeln darnach nehmen kann. Dieſe Bemerkung muß um ſo nothwendiger gemacht werden, als in dieſer Jahreszeit das kaiſerliche Geſchwader nicht auf der hohen See umherkreuzen kann, ohne ſich ſehr ernſten Gefahren auszuſetzen. Ich muß endlich Sr. Excellenz dem Reis-Efendi noch in Erinnerung bringen, daß ich in dieſem Augenblicke weder ein leichtes Fahrzeug noch ein Dampfboot zu meiner Verfügung habe, um es nöthigen Falls in das ſchwarze Meer ſenden zu konnen.“

Frankreich.

Der Moniteur vom 11. April enthält folgenden Artikel: „Die ruſſiſche Escadre lag am 20. März noch im Bosporus vor Anker. Es iſt übrigens zu bemerken, daß ſeit dem 24. Februar, als dem Tage, an dem die Note erlaſſen wurde, wodurch die Pforte von der ruſſiſchen Geſandtſchaft die Entfernung dieſer Escadre begehrte, der 28ſte der einzige Tag war, wo die Richtung des Windes den ruſſiſchen Schiffen erlaubt hätte, aus dem Canal auszufahren, und in dieſer Epoche hatten die Ereigniſſe von Smyrna große Schwankungen in den Deliberationen des Divans erzeugt. — Sobald der franzöſiſche Botſchafter erfahren hatte, daß gedachte Stadt aufgehört habe, die Autorität des Sultans anzuerkennen, beeilte er ſich, an Ibrahim Paſcha zu ſchreiben, um ihn auf die Folgen einer Thatſache aufmerkſam zu machen, die von ſeiner Seite ſo feindſelige Abſichten auszudrücken ſchien. Zu gleicher Zeit befahl er dem franzöſiſchen Generalconſul zu Smyrna, ſeine Flagge abzunehmen; dieſe mit dem engliſchen Miniſter, der an ſeinen Conſul ähnliche Weiſungen ergehen ließ, verabredete Demonſtration hat eine entſcheidende Wirkung hervorgebracht. — Der proviſoriſche Gouverneur, den das Volk im Namen Ibrahims inſtallirt hatte, iſt freiwillig zurückgetreten; der türkiſche Gouverneur hat ſeine Functionen wieder angetreten, und Alles iſt zur Ordnung zurückgekehrt. Ibrahim Paſcha hat übrigens in ſeiner Antwort an Admiral Rouſſin erklärt, daß das in Smyrna Vorgefallene ohne ſeine Theilnahme Statt gefunden habe. Es iſt ganz gewiß, daß keine bewaffnete Macht (der Aegyptier) in dieſer Stadt ſich gezeigt hat. — Am 20. März kannte man in Konſtantinopel weder die Weigerung Mehmed Ali Paſcha’s, die durch die Goelette la Meſange nach Aegypten gebrachten Vorſchläge anzunehmen, noch die Abſendung von Vollmachten dieſes Paſcha’s an ſeinen Sohn Ibrahim, um den Frieden auf die früher zu Alexandria zwiſchen dem Vicekönig und Halil Paſcha, Bevollmächtigten Sr. Hoheit, feſtgeſetzten Bedingungen alſogleich zu unterzeichnen.“

In der Sitzung der Deputirtenkammer vom 10. April wurde die Debatte über die Vorladung des verantwortlichen Herausgebees der Tribune und das von der Kammer ſelbſt gegen ihn zu ſprechende Urtheil fortgeſetzt, und in ſo weit beendigt, daß ſämmtliche von der Commiſſion gemachte Vorſchläge hinſichtlich der Art und Weiſe der Fällung des Uetheils angenommen, und die von den Mitgliedern der Oppoſition, namentlich von Hrn. Merilhou, der zwei Drittheile der Stimmen zur Verurtheilung nöthig haben wollte, vorgeſchlagenen Amendements verworfen wurden.

Aus Algier enthält der Moniteur folgende Nachrichten: „In den erſten Tagen des März warfen ſich die (arabiſchen) Stämme von Beniaeoub und Charſa, angereizt von dem Bei von Conſtantine, auf den Stamm Beniourgine, der ſich den Franzoſen beſtändig ergeben bewieſen, und raubten ihm eine große Menge Vieh. Die Stellung dieſe Stammes, der fünf Stunden von Bona entfernt, und überdieß durch den Fluß Seybouſe von dieſer Stadt geſchieden iſt, machte eine rechtzeitige Unterſtützung von dort nicht möglich, und die beiden erſtern Stämme, dadurch kühner gemacht und von dem Bei von Conſtantine fortwährend angereizt, wiederholten ihren Ueberfall am 13. März, wobei ſie, mit noch andern Stämmen vereinigt, im Ganzen 1200 Pferde ſtaek waren. Gleich im Anfange ſtellten ſich 200 Feinde in der Ebene auf; kaum erblickte ſie jedoch der bekannte Juſſuf, als er, ohne auf ihre Zahl zu achten, auf ſie losrannte, jedoch zu ſeinem Glücke duech das dritte afrikaniſche Jägerregiment und eine Infanterieabtheilung unter dem Befehle des Oberſten Perregaux Unterſtützung erhielt. Die 200 Araber zogen ſich bei Juſſufs Annäherung zurück, doch nur in der Abſicht, ihn in einen Hinterhalt zu locken. Dieſer hatte aber ihre Liſt durchſchaut, vermied die ihm gelegte Schlinge, und griff ſodann den Feind von Neuem an, der indeß eine Verſtärkung von noch 200 Pferden an ſich gezogen hatte. Dennoch zurückgeſchlagen, ſtellten die Araber ſich nunmehr hinter den Höhen von Hyppone auf, wo ſie 500 Reiter zurückgelaſſen hatten, welche jetzt ein Gewehrfeuer begannen. In dieſem Augenblicke

Digitized by Google

langte der Oberſt Perregaux mit ſeinen Jägern an, und Juſſuf ſtürzte ſich abermals auf den Feind, der ſich nun in der größten Unordnung auf die Flucht begab, und viele Todte zurückließ, während er eine große Anzahl Verwundeter mit ſich fortſchleppte. Seitdem unterwarfen ſich wieder mehrere Stämme, theils in Folge dieſer Niederlage, theils im Vertrauen auf den Schutz, den der General Uzer allen Stämmen gewährt, die ſich den Franzoſen anſchließen, während der Bei von Conſtantine die in ſeiner Nachbarſchaft wohnende Bevolkerung ſich immer mehr entfremdet. Um ſo mehr iſt zu hoffen, daß dieſer Bei in Kurzem genöthigt werden wird, die Oberherrſchaft Frankreichs anzuerkennen."

Der Stenograph erzählt, man habe bemerkt, daß während der Nacht viele von den Kugeln, die zu den Schießübungen des Polygons von Vincennes dienen, aufgehoben und entwendet werden, und daß man alle Kugeln auſſucht, die in dem Erdhaufen liegen, auf welchen die abgeſchoſſenen Kugeln fallen ſollen. Man habe am 6. April einen Karren angehalten, der Kugeln enthalten habe, und den Fuhrmann dem königlichen Procurator zur Verfügung geſtellt. — Derſelbe bemerkt auch, die Feſtungswerke der Hauptſtadt begriffen bis jetzt eine Linie, die ſich von St. Denis bis an die Marne ziehe und einen großen Halbkreis von einzelnen befeſtigten Puncten bilde, die mit einander in Verbindung ſtehen und ſich bis zu dem Schloſſe von Vincennes ausdehnen, deſſen Feſtungswerke ebenfalls erweitert worden ſeien. Dieſe Arbeiten gehen übrigens ſehr langſam vor ſich, und es werde ſeit einem Monate faſt gar nicht mehr daran gearbeitet.

Das Journal du haut et bas Rhin meldet: „Ungefähr 300 polniſche Flüchtlinge vom Militärſtande haben ſich heimlich aus dem Depot von Beſançon entfernt und nach der Schweizer Gränze gewendet. — Zwei Flüchtlinge, die nach den Frankfurter Vorfällen hier (in Straßburg) angekommen, wurden in Gemäßheit erhaltener Befehle von den Behörden ſogleich nach der Schweiz gewieſen."

Die Subſcriptionsliſte zu Gunſten des Hrn. Laffitte bei dem National betrug am 8. April 15,324 Fr. Unter den Subſcribenten findet man den Herzog von Braunſchweig mit 2000 Fr. aufgeführt.

Der gelehrte Grieche, Hr. Adamantios Coray, der längſt Frankreich zu ſeinem Vaterlande gemacht hatte, iſt zu Paris in einem Alter von 85 Jahren geſtorben. Er iſt Verfaſſer von zwei Bänden unter dem Titel: la Morale et la Politique d'Aristote, und beſorgte auch eine Ausgabe des Plutarchs. Er hat ſeine treffliche und zahlreiche Bibliothek Griechenland vermacht.

Am 10. April. 5Percents Fin Courant geſchloſſen zu 100 Fr. 85. 3Percents Fin Courant geſchloſſen zu 76 Fr. 85. — Am 11. April um 1¼ Uhr Nachmittags 5Percents 100 Fr. 70; 3Percents 76 Fr. 75.

Spanien.

Die Madrider Hofzeitung gibt (nach einer Ueberſetzung im Temps) folgenden Artikel: „Es iſt für unſere Nation ein altes Unglück, daß die auswärtigen Schriftſteller und Geſchichtſchreiber von dem, was bei uns vorgeht, niemals gut unterrichtet geweſen ſind. Die Gazette de France vom 14., und die Quotidienne vom 17. März, melden, daß die ſpaniſchen Cortes zuſammenberufen werden ſollen, um über das Grundgeſetz der Thronerbfolge zu berathſchlagen. Wenn nun dieſe beiden Blätter, welche die ſpaniſche Nation und ihre Regierung zu allen Zeiten gegen die Ausfälle der Revolutionnärs vertheidigt haben, ſich von dem was bei uns vorgeht ſo ſchlecht unterrichtet zeigen, was können wir von denjenigen erwarten, welche unſere Widerſacher ſind, und in Folge ihrer Leidenſchaften und Doctrinen ihr Intereſſe dabei finden, den wahren Hergang der Dinge zu entſtellen, zu verhehlen oder zu übertreiben? — Wir wiſſen nicht, ob der Irrthum gedachter beider Blätter von unrichtigen Nachrichten, die ihnen zukommen, oder von der Unredlichkeit ihrer Correſpondenten herrührt, beide aber geben ſich das Anſehen nicht zu wiſſen, daß die Wiederherſtellung unſeres alten Grundgeſetzes und die Annullirung Alles deſſen, was unter der Regierung Philipps V. zu Gunſten des ſaliſchen Geſetzes geſchehen war, ein legales, vollkommen conſummirtes Factum iſt, und demnach die Autorität einer abgeurtheilten Sache hat; daß mithin keine weitere Berathſchlagung oder Entſcheidung der Cortes erforderlich iſt, damit die directe Thronerbfolge zum Grundgeſetz der Monarchie erhoben werde. Die Cortes von 1789 begehrten dieſe Thronfolge; König Carl IV. genehmigte ſie, und Ferdinand VII. hat ſie 1830 promulgirt; es mangelt ihr daher nichts, um wirkliches, lebendes, und im innern und äußern Forum bindendes Geſetz zu ſeyn."

Großbritannien und Irland.

Der Courier enthält Folgendes: „Wir haben ein Schreiben aus Dublin geſehen, woraus hervorgeht, daß der Lordlieutenant es für angemeſſen erachtet hat, die Bill zur Unterdrückung der Unruhen in Irland in Wirkſamkeit treten zu laſſen. Es wird gemeldet, daß nicht allein die Grafſchaft Kilkenny als im Unruhezuſtand befindlich erklärt worden iſt, ſondern daß man auch allgemein glaube, daß die drei Aſſociationen — die Freiwilligen, die Union der Handwerker und die Conſervativgeſellſchaft — ſofort, vermöge der durch die Bill verliehenen Gewalt, unterdrückt werden ſollen.

Der in Dublin erſcheinende Pilot theilt folgendes neueſte Schreiben O'Connells mit: „London, den 3. April. Mein lieber Barrett, der Würfel iſt geworfen, wir ſind Sclaven. Eine Ungerechtigkeit mehr iſt gegen Irland begangen worden. Wir müſſen nun für zwei Auflöſungen kämpfen: 1) für die Auflöſung jener barbariſchen Acte, und 2) für die einer Union, welche allein daran Schuld

Digitized by Google

iſt, doß eine ſolche Acte durchgehen konnte. Ich fühle die Wichtigkeit der Pflicht, welche die Freiwilligen mir auferlegt haben. Ich werde mich bemühen, ſie weuigſtens auf eine rechtliche, wenn nicht auf eine erfolgreiche Weiſe zu erfüllen. Verkündigen Sie dem irländiſchen Volke, daß es meine Abſicht iſt, an jedem Moutage, ſo lange die tyranniſche Acte dauert, ein Schreiben an daſſelbe durch den Piloten bekannt zu machen. Ich werde mit Gottes Hülfe am künftigen Montag damit beginnen. Ich denke im Detail die Aufregung zu bezeichnen, welche nothwendig in jeder Grafſchaft Irlands Statt finden muß. Unſere Feinde ſollen nicht über das Volk triumphiren und die Volksgeſinnung nicht unterdrücken. Wir wollen ferner aufregen, und zwar innerhalb des Geſetzes und ohne moraliſche Schuld oder geſetzliches Vergehen. Fordern Sie das Volk auf ruhig zu ſeyn, und dieſe neue Schmach mit Geduld zu ertragen. Es ſoll auf beſſere Tage harren, und dieſe beſſern Tage müſſen bald erſcheinen. Warnen Sie die grauſamen Weißfüßler; ſie haben ein Spiel geſpielt, wofür die Feinde Irlands ihnen danken. Der Fluch aller gutgeſinnten und rechtlichen Leute ruht auf ihren Verbrechen. Die Rache Gottes wird früher oder ſpäter ihre Schändlichkeiten treffen. — Wie aufrichtig müſſen wir nicht jene ſchändlichen Weißfüßler verabſcheuen, welche unſern Feinden Stärke verliehen, und die Kraft der Freunde Irlands geſchwächt haben. — Und doch verzweifle ich noch nicht an meinem Vaterlande. Nein. Selbſt aus den Verbrechen, welche gegen daſſelbe begangen worden ſind, erwächst die Hoffnung, daß ſie ihre eigene Strafe mit ſich führen und den Zuſtand der Dinge herbeibringen werden, welcher die ſchleunige Wiederherſtellung unſerer nationalen und conſtitutionnellen Unabhängigkeit ſichern wird. Ich bin u. ſ. w. (Gez.) Daniel O'Connell."

Der Albion vom 9. April enthält Folgendes: „Heute Nachmittags erzählt man allgemein, daß die Unterhandlungen über die belgiſch-holländiſche Frage eine ungünſtige Wendung genommen haben, und daß weniger Wahrſcheinlichkeit als jemals vorhanden iſt, ein ſchleuniges Arrangement zu Stande zu bringen. Wir dürfen daher erwarten, von einer neuen Blockade der Schelde und vielleicht von irgend einer andern tyranniſchen Ausübung der Gewalt zu hören, welche unſere Ueberlegenheit zur See uns verleiht. Wir gehörten niemals zu denen, welche glaubten, daß die Erneuerung der Unterhandlungen mit Holland zu einem günſtigen Reſultate führen würde, ohne daß Lord Palmerſton ſich vorher zu einigen Zugeſtändniſſen bereit erklärte. Dieß hat, wie wir vernehmen, Se. Herrlichkeit nicht thun wollen, und die Regierung, ſtatt das Unrecht des Miniſters einzuſehen, ſcheint entſchloſſen, bei Maaßregeln zu verharren, welche dem Handel unſers Landes größern Nachtheil gebracht haben, als dem Hollands, ſo groß und unverantwortlich letzterer auch geweſen iſt."

Belgien.

Es iſt jetzt die Liſte derjenigen franzöſiſchen Offiziere erſchienen, welche den Leopoldsorden erhalten haben. Unter den Großkreuzen bemerkt man: den Marſchall Gerard, die Generallieutenants Haxo, St. Cyr-Nugues und Neigre; unter den Commandeurkreuzen: die Generallieutenants Dejean, Jamin, Lawoeſtine, Baudrand, Rumigny und Schramm, die Generäle Flahault und Gourgaud und den Oberſten Berthoies; unter den Offizierkreuzen: den Oberſten Boyer, und die Oberſtlieutenants Morlet und Paulin.

Der Independant macht ſich über die fortwährend umlaufenden Gerüchte von einer Miniſterialveränderung luſtig, da ihm nichts gewiſſer und natürlicher ſcheint, als daß die jetzigen Miniſter im Amte bleiben werden. „Unſere Speculanten," heißt es im gedachten Blatte, „ſcheinen die Beſorgniſſe gewiſſer Organe der Oppoſition über die kritiſche Lage, in der ſich unſere Regierung befände, nicht zu theilen, denn die Papiere ſind an der geſtrigen Börſe nicht unbedeutend geſtiegen." — Als Candidaten für ein neues Miniſterium werden vom Courrier Belge die HH. Fallon, Jullien, H. von Brouckère und Brabant bezeichnet.

Wien, den 20. April.

Se. k. k. Majeſtät haben allergnädigſt geruht, dem Staats- und Conferenzminiſter Grafen von Kollowrat und dem oberſten Kanzler Grafen von Mittrowsky zu geſtatten, die denſelben von dem ſouverainen Orden des heiligen Johann von Jeruſalem mittelſt Bulle dd. Ferrara vom 14. Februar 1833 motu proprio verliehene Würde eines Ehren-Baillis und das Großkreuz des Ordens, anzunehmen und zu tragen.

Am 19. April war zu Wien der Mittelpreis der

Staatsſchuldverſchreibungen zu 5pCt. in CM.	91⅝;
detto detto zu 4pCt. in CM.	——;
Darleh. mit Verlooſ. v. J. 1820, für 100 fl. in CM.	——;
detto detto v. J. 1821, für 100 fl. in CM.	——;
Wiener-Stadtbanco-Obligat. zu 2½ pCt. in CM.	52¼;
Conv. Münze pCt. ——;	

Bankactien pr. Stück 1191¼ in CM.

Vermiſchte Nachrichten.

Am 8. April Nachmittags iſt der berühmte Kupferſtecher Raphael Morghen in dem Alter von 73 Jahren mit Tod abgegangen.

In einer neuern Neworleans-Zeitung befindet ſich folgende Anzeige: „Eine Köchinn zum Verkauf. Eine vortreffliche amerikaniſche Köchinn mit ihren hier gebornen beiden Kindern, einem Mädchen von 14 Jahren und einem Knaben von ungefähr 12 Monaten, iſt unter Garantie des Beſitzers zu verkaufen."

Hauptredacteur: Joſeph Anton Edler von Pilat.
Verleger: Anton Strauß ſel. Witwe in der Dorotheergaſſe Nr. 1108.

Heute findet das erſte, am 23. das zweite Pferde-Wettrennen auf der Simmeringer Bahn Statt; der Anfang iſt um 12 Uhr Mittags. Zur Vermeidung jedes Unglückes werden die Zuſeher erſucht, keine Hunde auf die Heide mitzunehmen und unter keinem Vorwande während der Rennen die Bahn zu betreten. — Die Liſten zum erſten Pferderennen ſind im Comptoir des Oeſterr. Beob. für 6 kr. C. M. zu haben.

Digitized by Google

Nro. 111

Oeſterreichiſcher Beobachter.

Sonntag, den 21. April 1833.

Meteorologiſche Beobachtungen vom 19. April.	Zeit der Beobachtung.	Barometer auf 0° Reaumur reducirt.		Thermometer Reaumur.	Wind.	Witterung.
		Pariſer Maß.	Wiener Maß			
	8 Uh Morg.	27.203	27 Z. 11 L. 6 P.	+ 3.0	WNW. ſtark.	Regen.
	3 Uhr Nachm.	27.381	28 1 8	+ 3.8	WNW. mittel.	——
	10 Uhr Abnds.	27.528	28 3 6	+ 2.0	WNW. ——	——

Frankreich.

In der Sitzung der Deputirtenkammer vom 11. April wurde bei der Debatte über die zur Unterſtützung der in Frankreich ſich aufhaltenden fremden Flüchtlinge zu bewilligenden Gelder die (bereits geſtern erwähnte) heimliche Entweichung einer bedeutenden Anzahl dieſer Flüchtlinge (lauter Polen) aus verſchiedenen Depots nach der Schweiz zur Sprache gebracht, und der Miniſter des Innern (Graf d'Argout) erklärte, daß den ihm zugekommenen Anzeigen zufolge, 300 dieſer Flüchtlinge das Depot von Beſançon heimlich verlaſſen hätten, um ſich, durch die Schweiz, nach Teutſchland zu begeben, wohin böſe Rathgeber ſie riefen, um Aufruhrverſuche zu unterſtützen. Aus ſpätern Meldungen habe er noch erfahren, daß vierzig polniſche Offiziere in gleicher Abſicht aus Dijon fortgegangen ſeien; ähnliches ſei zu Lons-le-Saulnier, zu Luxeuil, zu Poligny ꝛc. geſchehen. — Hr. Garnier-Pagès (von dem der Temps verſichert, daß er in alle Geheimniſſe der innern und auswärtigen Clubbs eingeweiht ſei) ſtellte in Abrede, daß die Entweichung der Flüchtlinge, die keineswegs die Abſicht hätten nach Teutſchland zu gehen, auf einem politiſchen Grunde beruhe; worauf der Miniſter des Innern erwiederte, daß ihrer Entweichung allerdings ein politiſcher Beweggrund zum Grunde gelegen habe. Er wolle ſich nicht weiter darüber auslaſſen; es würde ihm aber nicht ſchwer ſeyn, nöthigen Falls die Beweiſe davon zu liefern.

Der Meſſager des Chambres enthält folgendes Schreiben, welches Hr. Laffitte an die Redaction dieſes Blattes gerichtet hat: „Paris, den 11. April 1833. Der Verkauf meines Hotels hat dadurch, daß ſich bei dieſem Anlaſſe die wohlwollenden Geſinnungen, von denen ich aufs Tiefſte gerührt worden bin, von allen Seiten kundgegeben haben, der Verläumdung Gelegenheit verſchafft, Ausfälle gegen mich zu richten, die ich nicht mit Gleichgültigkeit zu ertragen vermochte. Ich würde indeß dennoch geſchwiegen haben, wenn meine Freunde und meine Angehörigen nicht in mich gedrungen hätten, es nicht zu thun; denn es iſt mir in der Seele zuwider, das Publicum mit meinen Privatangelegenheiten zu beſchäftigen. Ich habe überdieß lange genug gelebt, um nicht an Ungerechtigkeit gewohnt zu ſeyn. Ich werde daher, weil es ſeyn muß, ſprechen, um meine Freunde zu beruhigen und meine Feinde zum Schweigen zu bringen. — Dadurch, daß ich meine Privatangelegenheiten fahren ließ, um mich ausſchließlich den öffentlichen Geſchäften zu widmen, beeinträchtigte ich höchlich mein Vermögen, und vom Parteigeiſt und Haß wurde ich bald zu einer unglücklichen Liquidation genöthigt. Beklagte ich mich aber über meine Verluſte? begehrte ich von irgend Jemand eine Vergütung desſelben? Warum will man mich denn für Vorwürfe verantwortlich machen, die nicht von mir herrühren? Wenn ich mir nur Einen dergleichen erlaubt hätte, würde ich meinen Character verläugnet haben; denn ich habe bei allen meinen Handlungen nur das Land im Auge gehabt. Ich habe allzu viel Undankbare gemacht, als daß ich es je ſelbſt werden könnte. Die Dienſte, die man mir bewieſen hat, bekenne ich laut; von denen, die ich geleiſtet haben mag, ſpreche ich nicht. — Ich kann aber nicht dulden, daß man die Thatſachen entſtellt, noch weniger, daß ſelbe auf eine mich beſchimpfende Weiſe dargeſtellt werden. Ich bin dem Könige zum Danke verbunden; er hat mir den Wald von Breteuil abgekauft und ſich bei der Bank von Frankreich für ſechs Millionen für mich verbürgt; ungeheure Dienſte, die ich ſtets anerkannt habe und die ich, ſo viel es in meinen Kräften ſteht, durch meine Dankbarkeit vergelte. Allein es iſt, wie ich überzeugt bin, ſicherlich nicht der Wille des Königs, und ich darf es nicht dulden, daß man vorgebe, der Wald von Breteuil ſei mir von Ihm über den Kaufwerth bezahlt, und ſechs Millionen von Ihm für mich in die Bank von Frankreich einbezahlt worden. Der Wald iſt nur zum Preiſe, den er wirklich werth iſt, bezahlt worden; glaubt man dieß nicht, ſo möge man dem Könige rathen, ihn durch Sachverſtändige ſchätzen zu laſſen; dieß läßt ſich noch (mit Erfolg) thun, der Contract iſt noch nicht unterzeichnet. Was die Bürgſchaft für ſechs Millionen anlangt, ſo verlangt die Bank, daß man dieſelbe regulariſire, aber nicht daß man ſie einzahle, und man wird hoffentlich nie nöthig haben, ſie wirklich zu erlegen. — Man würde mich, nach dieſer meiner Erklärung, hinführo vergeblich zu einer weiteren reizen; wie beträchtlich mein Verluſt immer ſeyn möge, ich werde Niemanden hineinziehen; ich habe nur Einen Gläubiger in der Welt, das iſt die Bank von Frankreich, und ich habe ſie, für das, was ich ihr ſchuldig bin, durch hinreichende Unterpfänder gedeckt. Empfangen Sie u. ſ. w. J. Laffitte."

Am 11. April 5Percents Fin Courant geſchloſſen zu 101 Fr. 3Percents Fin Courant geſchloſſen zu 77 Fr. 5. — Am 12. April um 1¼ Uhr Nachmittags 5Percents 100 Fr. 95. 3Percents 76 Fr. 95.

Portugal.

Londoner Blätter enthalten folgende Details über die Verhältniſſe des Geſchwaders des Admirals Sartorius vom 18. October v. J. bis auf die neueſte Zeit: Am 18. October war dieſes Geſchwader mit der Abſicht vor Oporto angekommen, dem feindlichen Geſchwader nach dem Gefechte vom 11. October nach dem Tajo zu folgen. In Folge eines am 26. erwarteten Angriffes fand es indeß Dom Pedro für gut, das Geſchwader zurückzuhalten und ſolchergeſtalt den guten Eindruck zu vernichten, den die Erſcheinung des Admirals Sartorius vor Liſſa-

Digitized by Google

von bewirkt haben würde. Der Angriff fand jedoch nicht Statt, und die Deſertion und Inſubordination der, zur Vertheidigung der Batterien gelandeten Seeleute wär die einzige Frucht des Zurückhaltens der Schiffe, deren Abgang von Dom Pedro ſo lange verzögert ward, bis man, aus Mangel an Lebensmitteln, nicht mehr nach dem Tajo ſegeln konnte. Zu dieſer Zeit ſtationirte der Admiral die mit Portugieſen bemannten Schiffe „Eugenie“ und „Liberal“ längs den Küſten von Aveiro, Figueiras u. ſ. w., damit der Feind keine Kriegsbedürfniſſe landen konnte. Das erſte Schiff ward von der Mannſchaft, aus Mangel an Sold und Kleidungsſtücken, nach England geführt, und das zweite für weniger als nutzlos erklärt, indem ſein Befehlshaber jede Art von Kriegsbedürfniſſen ungeſtraft landen ließ. Alle Vorſtellungen an die Regierung wegen Herbeiſchaffung von Geld, Munition und Lebensmitteln waren vergebens. Die Mannſchaften wurden darüber ſo unruhig, daß der Admiral, mit Genehmigung Dom Pedro's und der Regierung, im December eine Rede an ſie hielt und öffentlich verſprach, daß ſie im nächſten März bei Heller und Pfennig bezahlt werden würden. Wer alsdann den Dienſt verlaſſen wolle, ſolle außerdem noch freie Rückfahrt nach England haben. Das Geſchwader lief darauf, um ſich auszubeſſern, in Vigo ein. Die Unzufriedenheit nahm dergeſtalt zu, daß beinahe 300 Mann deſertirten. In dieſer Zeit brach auch der Capitän Mins aus ſeinem Arreſte und verließ das Geſchwader. Später gingen Veränderungen in den Commando's vor. Sonſt aber erfolgte, aller wiederholten Vorſtellungen ungeachtet, nichts als eine Sendung von 100 Seeleuten und ſpäter von 1400 Sovereigns. Endlich wurde in der Mitte Jänner (1833) Ordnung und Mannszucht wieder hergeſtellt. Auch kamen für 6 Wochen Lebensmittel nach Vigo. Jedoch traf zugleicher Zeit der Befehl aus Madrid ein, daß man Vigo verlaſſen ſolle. Der Admiral proteſtirte gegen denſelben und meldete es den Geſandten von Frankreich und England in Madrid. In dem Befehl war der Admiral ein Abenteurer genannt, den man wegjagen müſſe. Bald darauf ſegelte das Geſchwader nach Oporto, um die Landung des Generals Solignac zu unterſtützen. Der Admiral landete, beſprach ſich mit dem General, und empfing die Befehle Dom Pedro's wegen eines Angriffes von der Nordſeite. Als es dazu kommen ſollte, wollte das Schiff „Dona Maria“ nicht angreifen. „Kein Sold, kein Gefecht,“ war die Loſung der Mannſchaft. Des Admirals Ueberredung machte ſie endlich willig. Der Angriff fand Statt, mißglückte aber. Bis zum 13. hielt das Geſchwader die hohe See, mußte aber, da es durch Wind und Wetter übel zugerichtet ward, wieder nach Vigo ſegeln. Der „Dom Pedro“ und die kleinen Schiffe liefen bei den Bayona-Inſeln an. Bei ſeiner Ankunft in Vigo mit der „Rainha“ und der „Dona Maria“ bat der Admiral den ſpaniſchen Commodore und den engliſchen Capitän Senhouſe um ſolche Hülfe, die man nothleidenden Neutralen nicht zu verſagen pflegt, es erfolgte aber eine abſchlägige Antwort; der engliſche Capitän wollte nichts ohne Einwilligung des Admirals Parker thun. Die Mannſchaften wurden nun wieder unruhig, und die wiederholt verlangten Vorräthe kamen nicht an. Von Vigo aus vom Admiral gezogene Wechſel waren nicht angenommen worden. Zufolge eines Briefwechſels mit dem ſpaniſchen Commodore erhielt der Admiral Erlaubniß, mit zwei Fregatten, bis günſtigeres Wetter eintrete, in Vigo zu bleiben, die Flaggen ſollten aber nicht von den Fregatten wehen und die Schiffe keine Verbindung mit dem Lande unterhalten. Der Admiral erwiederte hierauf, daß er dieſe Bedingungen nicht eingehen könne, daß die Flagge zwar noch jung, jedoch die eines rechtmäßigen, von den europäiſchen Mächten anerkannten, Souverains ſei, welche der Capitän Senhouſe habe begrüßen wollen; daß ihn (Sartorius) nur die größte Noth zum Einlaufen in Vigo genöthigt habe, daß er, ſo ungern er es auch thäte, nur durch Gewalt genöthigt den Hafen verlaſſen würde. Jetzt ſtellte ſich die Cholera mit heftigen Anfällen ein. Dringend bat der Admiral den engliſchen Capitän Senhouſe, ihn mit Kleidungen zum Wechſeln für die armen Matroſen, wenn ſie durchnäßt würden, zu unterſtützen. Dieſer aber verſagte ſie, bis auf Erlaubniß vom Admiral Parker. Während deſſen waren bei den Bayona-Inſeln Lebensmittel aus England für Oporto angekommen. Was davon für Rechnung der Regierung war, nahm der Admiral in Beſchlag. Die Privatſendungen wurden vermittelſt Wechſel auf Carbonell und Compagnie in London angekauft. Bis dahin hatte die Regierung nichts geſendet, als jene früher erwähnten 1400 Sovereigns, dabei ergingen indeß die dringendſten Befehle, vor Oporto zu erſcheinen, als ob das Geſchwader Ueberfluß an Allem gehabt hätte. Seiner Seits hatte der Admiral unzählige Male die Noth des Geſchwaders dem Kaiſer, dem Marineminiſter, dem Regierungsconſeil, und noch im März der Londoner Commiſſion vorgeſtellt, ohne daß jemals eine günſtige Antwort erfolgt wäre. Der Admiral ſchrieb darauf den bekannten Brief an Dom Pedro, auf welchen die Entlaſſung des Admirals und die Abſendung des Capitäns Crosbie, um den Oberbefehl des Geſchwaders zu übernehmen, erfolgte. Was hierauf geſchah, iſt bekannt.“

Nachrichten aus Oporto vom 1. April zufolge, welche das Transportſchiff Manlius nach Portsmouth gebracht hat, ſoll Sartorius ſo viel Geld (woher? wird nicht geſagt) erhalten haben, um die Mannſchaft der Schiffe Conſtitucion, Portuenza und Villaflor zu befriedigen, welche drei Schiffe nun vor Oporto kreuzten.

Großbritannien und Irland.

In einer Verſammlung des Gemeinderaths von London wurde eine Petition an beide Häuſer des Parlaments um Abſchaffung der Sclaverei in den brittiſchen Colonien beſchloſſen. Im Laufe der Verhandlungen hierüber behauptete ein Hr. Weſton, es würden noch jetzt jährlich 60 bis 70,000 Negerſclaven aus Afrika weggeſchleppt, und von dieſen ſeien im vergangenen Jahre 5400 nach den brittiſchen Colonien gebracht worden.

Der Portsmouth Herald vom 6. d. M. ſagt, daß dem Contreadmiral Parker, welcher die Flotte bei Liſſabon commandirt, Befehle zugegangen ſind, den St. Vincent und die Britannia, jedes von 120 Kanonen, nach dem mittelländiſchen Meere zu ſenden. Der Malabar von 78 Kanonen ſollte mit Depeſchen an Sir H. Hotham abgehen.

Die Agenten Dom Pedro's in der City ſetzen ihre Bemühungen noch immer fort. Der Mercury mit 500 Mann und 600 Fäſſer Pulver ſegelte am 8. d. M. von den Dünen nach Oporto. Die Agenten ſagen, daß bedeutende Baarſendungen abgegangen wären, und verſichern, daß Dom Pedro im Stande ſeyn würde, den Admiral Sartorius zu befriedigen.

Einem parlamentariſchen Berichte zufolge, gibt es in England im Ganzen 1753 Bierbrauer, 50,796 Victualienhändler, 30,917 Bierverkäufer, 24,293 Gaſtwirthe, welche ihr eigenes Bier brauen, und 13,102 Detailhändler, welche ſelbſt brauen. Brauer, Victualienhändler und Detailhändler zuſammen verbrauchen reſp. 13,891,551,

Digitized by Google

8,898,786 und 3,093,519 Buſhels Malz. In Schottland gibt es 216 Brauer und 17,070 Victualienhändler; an Malz verbrauchen dieſe reſp. 893,901 und 96,505 Buſhels. Irland zählt 216 Brauer, die jährlich 1,543,265 Buſhels Malz verbrauchen. Ausgeführt wurden im vorigen Jahre an Bier: aus England, Schottland und Irland 70,136 Fäſſer, wovon 28,881 Fäſſer nach Oſtindien, 13,161 nach Weſtindien und 9920 nach Neuſüdwales.

Die Singapore Chronicles vom 8. und 15. November ſind am 8. April in London eingegangen. Die anſäſſigen Kaufleute führen große Klagen über den Schaden, der dem Handel der Niederlaſſung durch die Seeräuberei zugefügt wird, und es wurde beabſichtigt, eine Bittſchrift um beſſern Schutz nach England zu ſenden. Die in Singapare eingegangenen Nachrichten aus Canton reichten bis zum 3. November, und hatten in commercieller Hinſicht in ſo fern einiges Intereſſe, als der Bericht einiger verſuchsweiſe abgeſchickten Schiffe die Ausſicht eröffnete, daß ein vortheilhafter Handel mit den öſtlichen chineſiſchen Häfen eingeleitet werden konnte. Ein ziemlich ausführlicher Bericht des von dem Hrn. Majoribanks abgeſandten „Amherſt," um die Geſinnungen der Eingebornen längs der Küſte zu erforſchen, iſt bekannt gemacht worden. Im Laufe der Reiſe überzeugte man ſich, daß die Chineſen im Allgemeinen ſehr bereit ſind, freundſchaftliche Verhältniſſe zu pflegen und Handelsverbindungen anzuknüpfen. Zu gleicher Zeit fand man, daß die in den Häfen liegenden Schiffe nicht im Stande ſeyn würden, einem gut bewaffneten Kauffahrteiſchiffe Widerſtand zu leiſten. Es hieß in Canton allgemein, daß die kaiſerlichen Truppen ſich auf dem Rückmarſche nach der Hauptſtadt befänden, da die Rebellion durch einen Vergleich beendigt worden ſei.

Conſals am 9. April $87\frac{5}{8}$, $\frac{3}{4}$.

Rußland.

Se. Majeſtät der Kaiſer haben dem Miniſter des öffentlichen Unterrichts, General der Infanterie, Fürſten Lieven, Kränklichkeits halber, auf deſſen Bitte ſeine Entlaſſung bewilligt, und an ſeine Stelle dem geheimen Rath Uwaroff, als Miniſtercollegen, die Verwaltung jenes Miniſteriums übertragen; der Fürſt Lieven verbleibt jedoch Mitglied des Reichsrathes.

Den ſo eben erſchienenen ſtatiſtiſchen Verzeichniſſen zufolge, zählte im Jahre 1832 die Stadt St. Petersburg 449,368 Einwohner, darunter 294,468 männlichen und 154,900 weiblichen Geſchlechts; geboren wurden 5198 Knaben und 4969 Mädchen, und getraut 2185 Paare; es ſtarben 11,032 Perſonen männlichen und 5230 weiblichen Geſchlechts; durch Unglücksfälle kamen außerdem 235 Individuen ums Leben. Feuersbrünſte ſind im vorigen Jahre 41 vorgekommen, und darunter 11 bedeutende.

Vereinigte Staaten von Nordamerika.

Die beiden von dem Congreß angenommenen Bills in Bezug auf den Tarif und in Bezug auf die Anwendung von Zwangsmaaßregeln zur Unterwerfung Südcarolina's, wenn dieſer Staat bei ſeiner Nullifizirung beharren ſollte, ſind von dem Präſidenten ratificirt und zu Geſetzen der Union geworden; beide haben die Aufrechterhaltung und Wohlfahrt dieſer Unian zum Zweck, und man zweifelt nicht, daß ſie zur Erreichung des erwünſchten Zieles genügend ſeyn werden. Eine andere Bill hingegen, welche Hr. Clay vorgelegt hatte, und deren Zweck darin beſtand, den Ertrag der öffentlichen Ländereien unter allen Staaten der Union zu vertheilen, erhielt die Beſtätigung des Präſidenten nicht. In der Sitzung des Repräſentantenhauſes vom 1. März erſtattete Hr. Verplanck, im Namen der Finanzcommiſſion, einen Bericht über die Lage der Bank der vereinigten Staaten ab, in welchem er bewies, daß die Bank am 1. Jänner d. J. 24,865,000 Dollars beſaß, und daß an Bankſcheinen, Schulden, Depoſiten, diejenigen der Regierung zur Tilgung der öffentlichen Schuld mit einbegriffen, nur 37 Millianen von ihr reclamirt werden könnten, ſo daß immer noch ein Ueberſchuß von mehr als 43 Millionen bleiben würde. Da das Capital der Bank 35 Millionen beträgt, ſo folgt daraus, daß die Bank ein Plus von 22 pCt. über den Belauf des Capitals gewonnen und in ihrem Vermögen hatte. Der Berichterſtatter fügte hinzu, daß, wie ſich aus den officiellen Actenſtücken ergebe, die Bank über 9 Millionen baares Geld in ihren Gewölben habe, und daß ſich ihre in Umlauf befindliche Billets auf $17\frac{1}{2}$ Millionen beliefen, während alle andere Banken zuſammengenommen bei wenig mehr als 10 Millionen an baarem Gelde für 63 Millionen Billets in Umlauf haben. Hr. Verplanck ſchloß ſeinen Bericht mit dem Geſuch im Namen der Commiſſion, daß das Haus folgenden Beſchluß annehmen möchte: „Daß, der Meinung des Hauſes nach, die Depoſita der Regierung in der Bank der vereinigten Staaten vollkommen ſicher ſind, und in derſelben mit Sicherheit belaſſen werden können." Das Haus nahm dieſen Beſchluß in ſeiner Sitzung vom 2. v. M. mit einer Majorität von 110 gegen 46 Stimmen an; und ſchon der bloße Bericht des Hrn. Verplanck hatte einen ſehr günſtigen Einfluß auf die Fonds der Bank geäußert, indem ſie um $3\frac{1}{4}$ bis $3\frac{1}{2}$ pCt. in die Höhe gingen. Am 2. März ſtanden ſie noch $105\frac{1}{2}$ bis $\frac{5}{8}$, und am 4. waren ſie ſchon bis auf 109 geſtiegen.

Niederlande.

Am 9. April führte der König den Vorſitz in einem Cabinetsrathe, ſo daß Se. Majeſtät als wiederhergeſtellt betrachtet werden konnen.

Aus St. Omer ſind Nachrichten bis zum 31. März im Haag eingegangen, aus denen erhellt, daß die dort, ſo wie in Bethune und Aire in Kriegsgefangenſchaft befindlichen holländiſchen Soldaten und Matroſen im Allgemeinen fortdauernd eines guten Geſundheitszuſtandes genießen, und ſich über ihre Wahnung und Beköſtigung nicht zu beklagen haben. Dem Mangel an Wäſche und Schuhwerk, der bei einigen Abtheilungen fühlbar zu werden begann, iſt zum Theil abgeholfen worden. Der Geſundheitszuſtand des Generals Chaſſé läßt noch Manches zu wünſchen übrig; der würdige Greis wird fortdauernd von Fiebern heimgeſucht, ſo daß er ſeine Wohnung in St. Omer nicht verlaſſen kann, wie ſehr er ſich auch nach dem Genuſſe der friſchen Luft ſehnen mag. Ferner ergibt ſich aus jenen Briefen, daß das von mehreren niederländiſchen Blättern gemeldete Gerücht, als ſollten die holländiſchen Gefangenen aus ihren gegenwärtigen Garniſonen nach Toulon gebracht werden, völlig grundlos iſt.

Am 6. Apeil wurden auf den Rotterdamer Werften die beiden neuen Briggs Mercur und Poſtillon von reſp. 18 und 16 Kanonen von Stapel gelaſſen. Vor einigen Tagen ſind van dort zehn Kanonierboote, vollſtändig bemannt und für den activen Dienſt ausgerüſtet, nach der Schelde abgegangen; jedes derſelben war mit einem langen Sechsunddreißigpfunder, 2 Zwölfpfündern und einem Mortier bewaffnet.

Belgien.

Der Independant kommt in ſeinem Blatte vom 10. April auf ſeinen Artikel vom 6. April (Vergl. Oeſterr. Beob. vom 17. d. M.) mit dem Bemerken zurück, daß Vieles in demſelben ironiſch gemeint geweſen, und von den andern Blättern falſch verſtanden worden ſei. Namentlich hatten ſich die orangiſtiſchen Jaurnale bemüht,

Digitized by Google

die Anſicht zu verbreiten, als ob die Miniſter geneigt wären, das Votum der Kammer vom 3. April als günſtig für ſich auszulegen. „Da es nun aber,“ ſagt der Independant weiter, „keine Thorheit gibt, die nicht am Ende geglaubt werden konnte, ſo glauben wir unſere Gedanken und den Sinn unſeres Artikels deutlich erklären zu müſſen. — Wir haben die Verwerfung des Amendements, welches die Miniſter vorgeſchlagen hatten, als eine auffallende Niederlage für dieſelben betrachtet. Wenn wir ſie nicht gleich am erſten Tage auffoderten, ihre Portefeuilles abzugeben, ſo geſchah dieß nicht etwa; weil wir glaubten, das müſſe nicht Statt finden; ſondern wir waren der Meinung, daß man ihnen die Initiative eines ſolchen Entſchluſſes überlaſſen müſſe. Anderer Seits die Lage des Landes ins Auge faſſend, die Schwierigkeit berückſichtigend, ein Miniſterium zu finden, das auf die Majorität der Kammern zählen konnte, und beſonders den Umſtand bedenkend, daß jene Majorität von 48 Stimmen nur als eine zufällige betrachtet werden durfte, da mehrere Mitglieder ein unüberlegtes Votum abgegeben hatten, wagten wir es, die Miniſter zum Bleiben aufzumuntern. Nicht in Bezug auf ihr eigenes Intereſſe haben wir ihnen dieſen Rath gegeben. Gewiß, je mehr man uns ihnen freundlich geſinnt vermuthet, je weniger muß uns daran gelegen ſeyn, ſie in einer Lage zu ſehen, wo man in der jetzigen Zeit, um ſich gegen erbitterte Feinde zu vertheidigen, nur zweideutige, furchtſame oder feige Freunde findet. Wenn wir daher einen Augenblick und ſchwach den Miniſtern gerathen haben, Trotz des Votums vom 3. April zu bleiben, ſo war es im Intereſſe der offentlichen Sache und eines politiſchen Syſtems, mit dem, unſerer Meinung nach, das Heil des Staates eng verbunden iſt. Denn wir geſtehen es frei, auch ſelbſt auf die Gefahr, allen denen zu mißfallen, welche der Beſitz eines Portefeuilles reizen kann, daß wir nicht glauben, daß aus unſeren Kammern fähigere Männer zur zufriedenſtellenden Loſung der auswärtigen und inneren Angelegenheiten hervorgehen konnen, als unſere jetzigen Miniſter. — Uebrigens haben wir uns über die Aufnahme unſerer Rathſchläge keiner Täuſchung überlaſſen, und wenn wir ſchon am erſten Tage keinen großen Erfolg davon erwarteten, ſo iſt dieſe Hoffnung jetzt nicht großer geworden. Denn es iſt in der That ſchwierig, zu glauben, daß ſie, nach den in der Sitzung vom 3. d. M. abgegebenen Erklärungen, darein willigen werden, wieder vor der Kammer zu erſcheinen.“

Teutſchland.

Am 13. April Abends iſt zu Frankfurt folgende Bekanntmachung erſchienen: „Der Senat der freien Stadt Frankfurt an löbliche Bürger- und Einwohnerſchaft und an die Bewohner der Frankfurter Dorfſchaften. Die blutigen Auftritte, welche am 3. l. M. dahier Statt gefunden, haben die hohe teutſche Bundesverſammlung, welche darin nicht ſowohl einen Angriff auf die offentliche Ruhe in hieſiger freien Stadt, als vielmehr auf den geſammten teutſchen Bund erkennt, veranlaßt, um jeden Anlaß von Außen zu verhüten, die Umgegend militäriſch beſetzen zu laſſen. — Zu dem Ende wird ein aus kaiſerl. oſterreichiſchen und königl. preußiſchen Truppen beſtehendes Corps Kavallerie und Infanterie nebſt dem benöthigten Geſchütze dieß- und jenſeits des Mains, und zwar dießſeits in den Orten Rodelheim, Bockenheim und Bornheim, ſodann jenſeits in den Orten Ober- und Niederrad aufgeſtellt, auch in dem teutſchen Hauſe und andern öffentlichen Gebäuden zu Sachſenhauſen eine Truppenabtheilung gelegt werden. — Wenn durch dieſe vorübergehenden, unabwendbaren militäriſchen Maaßregeln die Freiheit hieſiger Stadt und der geſammten Bürger- und Einwohnerſchaft in keinem Betracht gefährdet wird, wenn dieſe Truppen in der Stadt und zu Sachſenhauſen nicht einquartirt werden, auch den Bewohnern der hieſigen, ſo wie der fremden Ortſchaften, deren Lage es mit ſich bringt, Truppen aufnehmen zu müſſen, bei dem Mangel der erforderlichen Gebäude zur Aufnahme der Truppen, für die bei ihnen einlogiert werdenden Soldaten billige Vergütung geleiſtet werden wird, ſo darf der Senat zu löblicher Bürger- und Einwohnerſchaft, ſo wie den Bewohnern der hieſigen Ortſchaften mit Recht vertrauen, daß ſie über dieſe Maaßregeln beruhigt ſeyn werden. — Eine vorzügliche Sorge des Senats, ja ſein einziges Beſtreben wird es ſeyn, daß durch dieſe durch traurige Ereigniſſe herbeigerufene Maaßregel Handel und Wandel nicht geſtort, die Bürger und Einwohner der Stadt und des Gebiets in ihren Freiheiten und Rechten nicht gefährdet, vielmehr gegen jeden Angriff gewahrt werden. — Der Senat kann dieſe Gelegenheit nicht vorübergehen laſſen, ohne geſammter löblicher Bürger- und Einwohnerſchaft feſtes Benehmen bei dieſem Anlaſſe öffentlich zu rühmen, ohne der Stadtwehr für ihr kräftiges Mitwirken zur Erhaltung der öffentlichen Ordnung und Ruhe zu danken, ohne dem Linienmilitär das Zeugniß treuer Erfüllung ſeiner militäriſchen Pflichten offentlich abzulegen. Der Senat kann aber auch dieſe Gelegenheit nicht vorubergehen laſſen, ohne löbliche Bürger- und Einwohnerſchaft, die geſammte Stadtwehr und das Linienmilitär aufzufodern, durch fernere Ausdauer in ihrem Bürgerſinn, durch ferneres kräftiges Auftreten für Geſetz und Ordnung, durch fernere treue Erfüllung aller Pflichten des Dienſtes und der Ehre, hieſige freie Stadt vor ähnlichen Auftritten und größerm Ungemach zu ſchützen, indem der bisherige Dienſt durch dieſe militäriſchen Maaßregeln keine Aenderung leidet. — So lange der bisher bewieſene Sinn für Recht und Ordnung die Bürgerſchaft beſeelt, ſo lange Einigkeit zwiſchen den Behorden herrſcht, ſo lange der innere Frieden geſichert iſt, dürfen äußere Ereigniſſe — deren wir ſchon ſo viele erlebt, und mit der Hülfe der Vorſehung glücklich überſtanden haben — uns nicht ſchrecken. Und ſo wollen wir vereint hoffen, daß auch gegenwärtiges Ungemach vorübergehen und unſere freie Stadt ſich auch ferner erhalten werde. Beſchloſſen in Unſerer großen Rathsverſammlung den 13. April 1833.“

Wien, den 20. April.

Se. k. k. Majeſtät haben mittelſt allerhöchſter Entſchließung vom 7. April d. J. die bei dem General-Rechnungsdirectorium erledigt geweſene Hofcommiſſions-Rathsſtelle dem Hofſecretär der allgemeinen Hofkammer, Franz Carl Wagner, zu verleihen geruht.

Am 20. April war zu Wien der Mittelpreis der

Staatsſchuldverſchreibungen zu 5 pCt. in CM.	91 5/16;
detto detto zu 4 pCt. in CM.	—;
Darlehen mit Verlooſ. v. J. 1820, für 100 fl. in CM.	187 3/4;
detto detto v. J. 1821, für 100 fl. in CM.	133 3/8;
Wiener Stadtbanco-Obligat. zu 2 1/2 pCt. in CM.	52;

Kurs auf Augsburg für 100 Gulden Curr., Gulden 98 1/2 Br. Uſo. 2 Monat. — Conv. Münze pCt. — ;
Bankactien pr. Stück 1136 in C. M.

Hauptredacteur: Joſeph Anton Edler von Pilat.

Verleger: Anton Strauß ſel. Witwe in der Dorotheergaſſe Nr. 1108.

Digitized by Google

Nro. 112

Oeſterreichiſcher Beobachter.

Montag, den 22. April 1833.

Meteorologiſche Beobachtungen vom 20. April.	Zeit der Beobachtung	Barometer auf 0° Reaumur reducirt. Pariſer Maß.	Wiener Maß.	Thermometer Reaumur.	Wind.	Witterung.
	8 Uhr Morg.	27.668	28 Z. 5 L. 1 P.	+ 6.5	WNW. mittel.	heiter.
	3 Uhr Nachm.	27.678	28 5 4	+ 8.25	W. —	Wolken.
	10 Uhr Abnds.	27.698	28 5 7	+ 5.0	WNW. —	Regen.

Türkei.

Nachrichten ans Konſtantinopel vom 7. April (welche durch außerordentliche Gelegenheit eingelaufen ſind) melden: „An demſelben Tage (30. März), an welchem der Ameddſchi-Efendi, Reſchid Bei, in Begleitung des erſten franzöſiſchen Botſchaftsſecretärs in das Hauptquartier Ibrahim Paſcha's abgegangen war, um über die von Mehmed Ali der Pforte gemachten, gegen Halil Paſcha ausgeſprochenen Bedingungen zu unterhandeln*), hatte die Pforte ſich mit einem wiederholten Geſuche an den kaiſerlich ruſſiſchen Geſandten, Hrn. von Butenieff, gewendet, um die Herbeirufung der in Odeſſa befindlichen 5000 Mann Landtruppen zur Deckung der Hauptſtadt zu beſchleunigen. Hr. von Butenieff willfahrte dieſem Anſinnen und fertigte zu dieſem Behufe am 1. April ein Dampfſchiff nach Odeſſa, um den Grafen von Woronzoff von dem Verlangen der Pforte in Kenntniß zu ſetzen, und einen Kriegsbrigg nach Sizeboli ab, um für den Fall, wenn gedachte Truppen bereits von Odeſſa daſelbſt ongelangt ſeyn ſollten, deren Hierherkunft zu beſchleunigen. Obgedachtes Dampfſchiff begegnete dem bereits aus Odeſſa abgefahrnen Convoi im ſchwarzen Meere, und ſchon am 4. Abends traf eine Compagnie ruſſiſcher Infanterie ouf einem Transportfahrzeuge bei Bujukdere ein, wohin ſich Fewzi Ahmed Poſcho in Begleitung des Generals Murawieff verfügte, um Alles zum Empfonge der erworteten Truppen in Bereitſchaft zu ſetzen. Es ſoll beſchloſſen worden ſeyn, ſie aufs aſiatiſche Ufer des Bosporus zu verlegen, wo ſie auf den Anhohen, welche Chunkiar-Iskaleſſi beherrſchen, ein Lager beziehen ſollen. Die Ankunft des Convoi's erfolgte am 5. d. M. auf der Rhede von Bujukdere, wo derſelbe neben der ſeit 21. Februar daſelbſt liegenden ruſſiſchen Escadre Anker warf. Der Convoi, an deſſen Bord ſich die obgedochten 5000 Mann Londungstruppen befanden, war von 3 Linienſchiffen, 1 Fregatte und 1 Brigg begleitet, ſo daß ſich die Zahl der gegenwärtig im Bosporus befindlichen ruſſiſchen Kriegsſchiffe auf vierzehn beläuft. — Von dem Reſultate der Sendung in das Hauptquartier Ibrahim Poſcha's hat man bis heute keine Nachricht erholten. Der Ameddſchi-Eſendi ſoll unterwegs erkrankt, und der Hr. von Varennes allein dort angelangt ſeyn."

Nochrichten aus Alexandria vom 26. März zufolge, war der königlich großbritanniſcher Oberſtlieutenant Campbell am 24. daſelbſt eingetroffen, und am 26. dem Vicekönig vorgeſtellt worden, dem er ſeine Beglaubigungsſchreiben überreichte.

*) Vergl. Oeſterr. Beob. vom 13. April.

Durch ein zu Alexandria aus Lornaeo (Inſel Cypern) eingelaufenes Hondelsfahrzeug hatte mon die Nachricht von unruhigen Bewegungen erhalten, die zu Nicoſia wegen vexatoriſcher Bedrückungen des dortigen Muſſelims gegen die Griechen, welche den größten Theil der Bevolkerung der Inſel ausmachen, ausgebrochen, aber bald wieder gedämpft worden waren. Auch zu Larnaca waren aus Anlaß einer nächtlichen Hochzeitfeier, wobei die Griechen viel Lärm auf den Stroßen machten, zwiſchen dieſen und den türkiſchen Wachen Händel vorgefallen, wobei zwei Griechen getödtet und mehrere verwundet worden ſind.

Frankreich.

Der Moniteur vom 12. April enthölt folgenden Artikel: „Am 7. April, am Oſterſonntoge, hotten ſich 300 polniſche Militärs, faſt ſämmtlich Offiziere, vom Depot zu Beſançon zu Morre, einem eine Meile von Beſançon gelegenen Dorfe, Rendezvous gegeben. Sie wohnten dort dem Gottesdienſte bei. Bei einbrechender Nacht mochten ſie ſich alle auf den Marſch, indem ſie lout verkündigten, daß ſie ſich nach Teutſchland begäben. Sie wandten ſich über Naneroy und Bourulans bis nach Aiſſeys. Dieſer Marſch in die Gebirge läßt vermuthen, doß ſie in den Umgegenden von Pont-du-Rhode dos franzöſiſche Gebiet verlaſſen, und bei Porentrui das Gebiet der Schweiz betreten haben. Man glaubt, daß ſie die Gränze am Abend des 8. überſchreiten konnten, ohne auf irgend ein Hinderniß zu ſtoßen, denn ſie hatten auf dieſe Weiſe olle großen Dörfer und Gendarmerie-Stotionen vermieden. — 150 Polen blieben ganz ruhig zu Beſonçon und haben nicht die mindeſte Abſicht ſich zu entfernen. Sie kamen, durch das Organ von ungefähr 30 ihrer Kameraden, zum Präfecten, und baten ſich on, ſich alle auf der Präfectur als gegenwärtig einſchreiben zu laſſen. — Am 9. verließen, durch eine Bewegung, die mit der zu Beſançon combinirt zu ſeyn ſchien, ungefähr 50 Polen die Stadt Dijon um 7 Uhr Abends in kleinen Gruppen, den Sack auf dem Rücken und mit zuſammengerolltem Mantel. Der größte Theil hatte Waffen. Sie gingen zum neuen Thore hinaus, das ſowohl nach Auxonne als nach Pontarlier führt; ſie ſcheinen ſich aber gegen letztere Stadt gewondt zu haben. Ihre Abſicht war, bei Porentrui Frankreich zu verlaſſen, von wo ous ſie ſich donn, wie ſie ſagten, in das Großherzogthum Baden begeben wollten. — 22 polniſche Offiziere haben heimlich das Depot von Salins am 7. um 11 Uhr Abends verlaſſen und ſich gegen die Gränzen der Schweiz und Teutſchlands gewendet. Sie waren mit Säbeln und Piſtolen bewaffnet. — 11 polniſche Offiziere vom Depot von Veſoul ſind in derſelben Nocht über Belfort nach der Schweiz aufgebrochen. — 13 Offiziere und 2 Gemeine ſtießen unterwegs zu ihnen.

Digitized by Google

— Eine telegraphiſche Depeſche von Beſançon meldet, daß 400 Polen am 10. April um 2 Uhr Nachmittags über Goumoy zwiſchen Saint-Hippolyte und Maiche, das franzöſiſche Gebiet in guter Ordnung verlaſſen haben. Sie ſind über Saignelegir in den Canton Bern gerückt, und haben ſich gegen das badiſche Gebiet hin auf den Marſch gemacht. — Die Regierung hat Befehl gegeben, daß dieſen Polen der Wiedereintritt in Frankreich nicht geſtattet werde, wenn ſie ſich an der Gränze zeigen ſollten. Im Allgemeinen verzichtet ein Flüchtling, der Frankreich verläßt, dadurch ſelbſt ſchon auf alle Hülfe; wenn er wieder dahin zurückzukehren verlangt, verweigert man ihm nicht die Aufnahme, aber man geſteht ihm keine Subſidien mehr zu. In dem gegenwärtigen Falle war die Regierung der Meinung, daß ſie das Geſetz in Anwendung bringen könne, wodurch ſie ermächtigt iſt, auf franzöſiſchem Gebiete die Fremden nicht zuzulaſſen, deren Gegenwart der öffentlichen Ruhe ſchädlich ſeyn kann."

In der Sitzung der Deputirtenkammer vom 11. d. M. kam die Frage zur Discuſſion, ob das Getreidezollgeſetz vom 15. April 1832 bis zum 1. Juli 1833 verlängert werden ſolle. Nur Hr. de Ludre bekämpfte den dießfallſigen Geſetzentwurf der, wie alle Zollgeſetze Frankreichs, die Conſumenten zum Vortheile der Producenten oder vielmehr der großen Grundeigenthümer benachtheilige; daher beſchwöre er die Kammer, die größtentheils aus Grundeigenthümern beſtehe, nicht parteiiſcher Richter in eigener Sache zu ſeyn. Hr. Cabanon entgegnete, daß die Tarife in der Seſſion, welche der Ernte von 1833 folge, revidirt werden ſollten, ſo daß auch das jetzige Geſetz nur bis zum 1. Juli 1833 Geltung hätte. Im Scrutin ward das Geſetz mit 229 gegen 24 Stimmen angenommen. — Der Kriegsminiſter Soult legte zwei Geſetzentwürfe zu Errichtung von Artillerieſchulen in Bourges und Lyon vor, für deren jede 2,285,000 Fr. gefordert werden. Der Miniſter des Innern überreichte eine königliche Ordonnanz, wornach wegen der vorgerückten Zeit der Seſſion das im December 1832 vorgelegte Municipalgeſetz zurückgezogen wird.

Am 12. April 5 Percents Fin Courant geſchloſſen zu 101 Fr. 5. 3 Percents Fin Courant geſchloſſen zu 77 Fr. 20. — Am 13. April um 1$\frac{1}{4}$ Uhr Nachmittags 5 Percents 100 Fr. 95. 3 Percents 77 Fr.

Großbritannien und Irland.

Se. Majeſtät der König haben in Ihrer Würde als Oberadmiral des vereinigten Königreiches Großbritannien und Irland und der dazu gehörigen Reiche, Inſeln und Gebiete, den erſten Lord der Admiralität, Sir James Graham, die Viceadmiräle Sir Thomas Hardy und Lawrence Dundas und die Capitäne Sir Samuel Pechell, H. Labouchere und F. Berkeley zu Höchſtihren Commiſſarien für die Geſchäfte jenes Amtes ernannt.

Folgendes iſt die Proclamation des Lordlieutenants und des Rathes von Irland, vermittelſt welcher die Artikel der neuen irländiſchen Bill auf die Grafſchaft und Stadt Kilkenny in Anwendung gebracht werden: „Angleſey. — In Betracht, daß im dritten Regierungsjahre Sr. jetzigen Majeſtät ein Geſetz durchging, welches betitelt iſt: „„Ein Geſetz zu wirkſamerer Unterdrückung örtlicher Ruheſtörungen und gefährlicher Vereine in Irland,"" und worin unter Andern verordnet wird, daß der Lordlieutenant oder ein anderer Obergouverneur oder Gouverneur von Irland geſetzlich befugt ſeyn ſollen, mit Wiſſen des königlichen Geheimrathes in Irland, zu jeder Zeit nach dem Durchgehen des beſagten Geſetzes und von Zeit zu Zeit während der Dauer desſelben, je nachdem die Umſtände es erheiſchen, eine oder mehrere Proclamationen zu erlaſſen, wodurch jede Grafſchaft in Irland, oder reſpective ein Theil davon, als in einem ſolchen Zuſtande des Aufruhres und der Inſubordonation befindlich erklärt werden kann, daß die Anwendung der Beſtimmungen des beſagten Geſetzes nothwendig wird; — ſo erklären nunmehr wir, der Lordlieutenant, durch dieſe unſere Proclamation, in Gemäßheit und Vollziehung des beſagten Geſetzes und mit Wiſſen des königlichen Geheimrathes in Irland, die Grafſchaft Kilkenny, die Grafſchaft der Stadt Kilkenny, die Stadt Kilkenny und die Freiheiten der beſagten Stadt als in einem ſolchen Zuſtande des Aufruhres und der Inſubordination befindlich, daß die Anwendung der Beſtimmungen des beſagten Geſetzes nothwendig wird. Und wir ermahnen durch dieſe unſere Proclamation die Einwohner der beſagten Grafſchaft Kilkenny, der Grafſchaft der Stadt Kilkenny, der Stadt Kilkenny und der Freiheiten der beſagten Stadt, ſich aller aufrühreriſchen und andern ungeſetzlichen Verſammlungen, Aufzüge, Verbündungen, Zuſammenkünfte und Vereine zu enthalten und in allen Stunden zwiſchen Sonnenuntergang und Sonnenaufgang von und nach Mittwoch den 10. April d. J. in ihren reſpectiven Wohnungen zu ſeyn und zu bleiben; wovon alle Friedensrichter der beſagten Grafſchaft, alle Conſtabler, Friedensbeamte und Andere, die es angeht, Notiz zu nehmen haben. Gegeben in der Rathskammer zu Dublin, den 6. April 1833."

Die zu dem vereinigten Geſchwader gehörige Corvette Larne hat bei den Goodwin-Sandbänken große Beſchädigungen erlitten und ſich genöthigt geſehen, nachdem ſie faſt alle ihre Geſchütze und Vorräthe über Bord geworfen hatte, zur Ausbeſſerung nach Sheerneß zu gehen. Zu Deal lag der Talavera und der Scout brittiſcher Seits, und die Fregatten Reſolue und Juno, die Corvette Cerole und der Brigg d'Aſſas franzöſiſcher Seits.

Die Times macht auf eine ſeltſame Selbſtmyſtificirung der engliſchen Zeitungen aufmerkſam, die in Bezug auf eine ſtatiſtiſche Ueberſicht der im Jahre 1832 in der Hauptſtadt Englands begangenen Verbrechen Statt gefunden hat. Dieſe Ueberſicht wurde nämlich vor einiger Zeit von der Londoner Polizei bekannt gemacht und von allen engliſchen Zeitungen mitgetheilt. Aus dieſen ging ſie in Galignani's Meſſenger über, zwar mit einigen unbedeutenden Fehlern in den Zahlen und Rubriken, aber im Ganzen genau dieſelbe; dieſes Blatt beging jedoch die Nachläſſigkeit, nur von den Polizeiberichten der Hauptſtadt, ohne nähere Beſtimmung, welcher Hauptſtadt, zu ſprechen, und ſo ließen ſich die engliſchen Zeitungen zu dem Glauben verleiten, es ſei die Hauptſtadt Frankreichs damit gemeint, nahmen nun dieſelben Verzeichniſſe wieder aus dem Pariſer Blatte auf und hielten ſie für die Berichte der Pariſer Polizei *). Der Albion lobte ſogar ſchon die große Sittlichkeit Londons im Vergleich zu der von Paris, für welche Stadt natürlich die auf London bezüglichen Zahlen enorm erſcheinen mußten. Die Times meint übrigens, dieß ſei nicht das erſte Mal, daß Londoner Nachrichten auf einem ſolchen Umwege wieder an ihre Quelle zurückkehrten und noch einmal als Neuigkeiten aufgetiſcht würden.

Conſols am 11. April 87$\frac{1}{8}$, $\frac{3}{8}$.

Preußen.

Der Oberpräſident des Großherzogthums Poſen, Hr. Flottwell, bringt in der Poſener Zeitung vom 2. d. M. die nachſtehende allerhöchſte Cabi-

*) Vergl. Oeſterr. Beob. vom 19. April.

netsordre, wodurch der Verfaſſung des Communal- und Polizeiweſens in der Provinz Poſen für die nächſten drei Jahre eine veränderte Einrichtung gegeben wird, zur öffentlichen Kenntniß: „Die von dem Staatsminiſterium in dem Berichte vom 13. v. M. dargeſtellten erheblichen Mängel der gegenwärtigen Polizei- und Gemeindeverwaltung auf dem Lande und in den kleinrren Städten der Provinz Poſen haben Mich beſtimmt, für die nächſten drei Jahre folgende proviſoriſche Anordnungen zu treffen, deren Reviſion und Abänderung Ich Mir vorbehalte, indem Ich das Staatsminiſterium zugleich anweiſe, zur rechten Zeit vor Ablauf dieſer Feiſt über die Reſultate der Einrichtung, mit beſonderer Rückſicht auf die unterdeſſen gewonnenen Fortſchritte der gutsherrlichen und bäuerlichen Regulirungen, gutachtlich an Mich zu berichten: 1) Die in Meiner Ordre vom 16. April 1823 ausgeſprochene Verpflichtung der Gutsherren zur Verwaltung der Woytämter ſoll nicht weiter fortbeſtehen. Jedoch ſoll jeder Gutsherr dieſes Amt in dem bisherigen Umfange ſo lange verwalten, bis ein neuer Woyt nach den folgrnden Beſtimmungen eingeſetzt ſeyn wird. 2) Die Rittergüter, Dorfgrmeinden, kleinerrn Städte, und die zum Stande der Landgemeinden gehörigen, abgeſonderten Beſitzungen (Erbpacht-, Erbzinsgütrr, Mühlen-Etabliſſements und drrgleichen), werden in brſtimmte Bezirke vereinigt. Jedem Beziéke ſoll ein Beamter, unter dem Namen Woyt, vorſtehen, und darin die Function eines Bezirkspolizei- und Communalbeamten in Meinem Namen ausüben. 3) Die Woytsbrzirke ſollrn nach dem Maaßſtabe der Bevölkerung abgethrilt werden, und in der Regel nicht unter 2000 und nicht über 6000 Seelen enthalten. 4) Bei der Eintheilung ſollen ſo viel als möglich die gegenwäetigen Dominialabgränzungen beibehalten und zuſammenhängende Dominialbeziéke nicht ohne die äußerſte Nothwendigkeit zerriſſen werden. 5) Die Woyts werden von der Regierung vorläufig auf drei Jahre ernannt und von dem Oberpräſidenten beſtätigt. 6) Wenn die Regierungen qualificirte Subjecte ſelbſt zu wählen außer Stande ſeyn ſollten, ſo können ſie die zu dem Woytbezirke grhörenden Rittergutsbeſitzer, Gemeindevorſteher und abgeſondeete ländliche Geundbeſitzer, oder dasjenige Dominium, für deſſen Grundbeſitz drr Woyt ausſchließlich zu beſtellen iſt, zu Vorſchlägen tüchtiger Candidaten veranlaſſen, ohne jrdoch auf irgend eine Weiſe an dieſe Vorſchläge gebunden zu ſeyn. 7) Auf den Zeitraum der erſten drei Jahre will ich die den Woyts auszuſetzenden Remunerationen auf die Staatscaſſen übernehmrn, behalte Mir jedoch nach dem Ablauf dieſes Zeitraums die weitern Beſtimmungen vor. Jedenfalls aber blribt die Bezirksgemeinde verpflichtet, für die Einrichtung eines beſonderen Amtslocales und deſſen Beheizung in dem Wohnorte des Woyts auf eigene Koſten zu ſorgen. 8) Die Functionen des Woyts ſollen: a) Hinſichts der Polizeiverwaltung alle diejenigrn Gegenſtände umfaſſen, wrlche von den bisherigen Woyts in ihren Bezirken und von den Bürgermeiſtern in den kleinerrn Städten beſorgt worden ſind und welche dem Bezirkswoyte, im Gefolge der zu erlaſſenden Inſtruction, von den Regierungen außerdem übertragen werden. Er übt dieſe Function in drm ihm anzuweiſenden Beziéke, als Organ der Staatsgewalt, aus, er iſt dem Landrathe untergeordnet, und ſrinen Anordnungen ſind dagegrn allr zu ſeinem Bezirke gehörenden Rittrrgutsbeſitzer, Dorf- und Stadtgemeinden und deren Vorſteher, ſo wie die abgeſonderten ländlichen Grundbeſitzer, mit Vorbehalt drs Recurſes an den Landrath und die Regierung, unbedingt Folge zu leiſten ſchuldig; b) die Gemeindeangrlegrnheiten in den zu einem Woytsbezirke gehörenden Ortsgemeinden werden von ihren bisherigen Vorſtehern — Schulzen und Bürgermeiſtern nebſt ihren Beigeordneten — auch ferner verwaltet, die Controlle dieſer Verwaltung liegt aber den Woyts ob; c) die Gemeindeangelegenheiten des ganzen Bezirkes leitet der Woyt nach der ihm deßhalb zu ertheilrnden Inſtruction; er iſt aber verpflichtet, bei der Vertheilung von Gemrindeabgabrn und bei ſolchen Beſchlüſſrn, welche das Gemeinweſen des ganzen Beziékes betreffen, die Ritteegutsbeſitzer, die Vorſteher der ſelbſtſtändigen Ortsgemeinden und die abgrſonderten ländlichen Grundbeſitzer, als Repräſentanten des ganzen Beziékes, zuzuziehen. 9) Die Vorſteher der einzelnen Ortsgemeinden werden a) in den klrinen Städtrn, ſo wie in den Hinſichts ihrer Eigenthumsverhältniſſe regulirten Landgemeinden, von den darin belegenen ſelbſtſtändigen Grundbeſitzern und Gewerbtreibenden, nach der deßhalb zu erlaſſenden Inſtruction unter dem Vorſitze des Woyts auf ſechs Jahre gewählt und dem Landrathe präſentirt. Die jetzigen, auf Lebenszeit angeſtrllten, Bürgermeiſter in kleinen Städten werden jedoch beibehalten, bis ihre Dienſtentlaſſung oder Penſionirung im vorgeſchriebenen Wege erfolgt. Ueber die Candidaten zu den Dorfſchulzenämtern erfordert der Landrath zuvördeeſt das Gutachten der Gutsherrſchaft, und brſtätigt ſie, wenn er ſie qualificirt findet. Die Beſtätigung der ſtädtiſchen Bürgermeiſter bleibt auch ferner der Regierung überlaſſen; b) in den noch nicht regulirten Dorfgemeinden wählt die Gutsherrſchaft den Schulzen und ſucht die Beſtätigung bei dem Landrathe nach, der dieſe ebenfalls zu verſagen befugt und verpflichtet iſt, wenn er gegen die Tüchtigkeit des präſentirten Individuums erhebliches Bedenken trägt; c) das Schulzenamt ſoll jeder dazu auserſehene Einwohner, der eine Vormundſchaft geſetzlich nicht ablehnen darf, auf drei Jahre anzunehmrn und zu verwalten vrrpflichtet ſeyn. Es muß ihm jedoch auf ſein Verlangen von der Ortsgemeinde nicht nur für nothwendige baare Auslagrn Erſatz, ſondern auch für ſeine Mühe eine angemeſſene Remuneration, welche nothigen Falls die Regierung zu beſtimmen hat, gewähret wreden. Die Beſtellung von Schulzrn in den nicht regulirten Dorfgemeinden ſolcher Gutsherren, deren ſtändiſche Rechte durch Mrine Verordnung vom 26. December 1831 wegen ihrer Theilnahme an dem Aufſtande in Polen ſuspendirt worden ſind, fällt während der Dauer dieſrr Suſprnſion dem Landrathe drs Kreiſes zu. Der Oberpräſident der Provinz Poſen iſt mit Ausführung dieſer Verordnung, nach Maaßgabe der hierbei zurückerfolgenden Inſtruction, welcher Ich Meine Genehmigung ertheilt habe, beauftragt. Das Staatsminiſterium aber hat für die gleichzeitige Bekanntmachung dieſer Verordnung und der Inſtruction durch die Zeitungen und Amtsblätter drr Provinz Sorge zu tragen. Berlin, den 9. Mäez 1833. (Gez.) Friedrich Wilhelm. An das Staatsminiſterium.“ Auf dirſe allerhöchſte Cabinrtsordrr folgt die am Schluſſe derſelben erwähnte Inſtruction. Bis daß zur Ausführung der allerhöchſten Beſtimmung die nöthigen Einleitungen getroffen worden, was unverzüglich geſchehen wird, ſoll die bisherige Einrichtung unverändert fortbeſtehen.

Schweizeriſche Eidgenoſſenſchaft.

Die Allgemeine Zeitung meldet aus der weſtlichen Schweiz vom 12. April: „Mit Verwunderung vernahm man im Laufe des geſtrigen Tagrs, daß den 9. d. M. zuerſt ein Vortrab von ungefähr 150, dann bald ein noch zahlreicherer Haufe, in Allem etwa 400 Mann, Polen von Frankreich her in Saignrlrgir (Berniſch-Lebergiſchen Bezirkes Freibergen) angekommen wären. Dieſe unerwarteten Gäſte, theils in Militär- theils in Civil-

Digitized by Google

kleidung, aber größtentheils mit Säbeln bewaffnet, haben ſich, heißt es, dahin erklärt: ſie hätten Frankreich, wo es ihnen nicht mehr gefiele, verlaſſen, um die Gaſtfreundſchaft in der Schweiz anzuſprechen. Gleichmäßig hätten ſie ſich in Frankreich bei ihrem Auszuge, von Belfort her, geäußert, mit der Bemerkung, daß ſie, wenn man ihnen keine Hinderniſſe in den Weg legen wollte, ruhig weiter ziehen, widrigen Falls aber ſolchen Hinderniſſen mit Gewalt zu begegnen ſuchen würden. Unter ihnen ſollen ſich Offiziere von hoheren Graden befinden; und, den 10., noch eine weitere Zahl von 30 — in Pruntrut (dem Hauptorte des Bezirkes gleiches Namens — der ehemaligen Reſidenk der Biſchöfe von Baſel) eingetroffen ſeyn. Daß dieſe Begebenheit zu den verſchiedenartigſten Vermuthungen Anlaß gibt, läßt ſich begreifen. Vor Allem dringt ſich die Betrachtung auf: daß dieſe, ohne Zweifel im Durchſchnitte ſchwerlich mit eigenen Hülfsmitteln verſehenen Fremdlinge ein Land verlaſſen, wo ihnen vom Staate aus Unterſtützung zufloß, um die Gaſtfreundſchaft in der Schweiz zu ſuchen, wo von dieſer Seite am wenigſten für ſie gethan werden kann. Doch die nächſte Zeit wird Aufſchluß geben. Daß, wie ein Gerücht behauptet, dieſelben durch franzöſiſche Gendarmen bis in die Schweiz geleitet worden ſeien, iſt wohl höchſt unwahrſcheinlich."

Niederlande.

Das Amſterdamer Handelsblad meldet in ſeiner Correſpondenz aus dem Haag vom 12. April: „Den jüngſten zuverläſſigen Nachrichten aus London zufolge, haben England und Frankreich dem von Hrn. Dedel am 23. v. M. vorgelegten Conventionsentwurfe ihre Zuſtimmung nicht ertheilt. In einer am 2. d. M. Hrn. Dedel zugeſtellten Note ſetzen die Bevollmächtigten Frankreichs und Englands die wenigen Punete auseinander, über welche man ſich noch zu verſtändigen habe, um zu einem Deſinitivtractat zu gelangen, und drücken den Wunſch aus, daß der holländiſche Bevollmächtigte mit Inſtruetionen verſehen werden möchte, um über dieſelben zu unterhandeln.

Belgien.

Der Independant vom 11. d. M. widerſpricht der von mehreren Blättern mitgetheilten Nachricht, daß der Baron von Loe Wien verlaſſen und nach Brüſſel zurückkehren würde. Es habe dieſer Geſandte nur Urlaub erhalten, um in Carlsbad eine Brunnenkur zu gebrauchen.

Das Journal d'Anvers meldet: „Seit einigen Tagen werden den Schiffen, welche den Fluß hinabfahren, um in See zu gehen, bei Lillo von Seiten der Holländer Hinderniſſe in den Weg gelegt. Am 9. erhielten von vier nach Vlieſſingen beſtimmten Schiffen nur zwei die nöthigen Lootſen. Die beiden andern müſſen ſo lange warten, bis es dem Lootſenamte in Vieſſingen gefällt, ſie abholen zu laſſen. Es ſcheint, daß alle Lootſen auf den holländiſchen Kriegsſchiffen beſchäftigt ſind; während dieſer Zeit müſſen die Kauffahrteiſchiffe warten, und der Handel muß leiden."

Teutſchland.

Die Rhein- und Mainzeitung meldet aus Frankfurt vom 15. April: „Unter einem großen Zuſammenſtrömen von Menſchen rückten heute Morgens ein Viertel vor 11 Uhr in Folge der Proclamation eines hohen Senats die von Mainz kommenden Truppen ein, ſtellten ſich auf der Zeil auf, und gingen von da an ihre Beſtimmungsörter ab. Die öſterreichiſche Landwehr hatte ihre Tſchako's mit Buxbaumreiſern geſchmückt. Mit Bewunderung betrachtete man die ſchöne Haltung der Oeſterreicher ſowohl, als wie der Preußen vom 35ſten Linienregimente. Die Oeſterreicher führten zwei Kanonen bei ſich. Die öſterreichiſchen Uhlanen eroffneten den Einmarſch."

Frankfurter Blätter vom 16. April melden: „In der acht Stunden von unſerer Stadt entfernten großherzogl. heſſiſchen Univerſitätsſtadt Gießen hatte ſich am zweiten Oſterfeiertage früh Morgens das Gerücht verbreitet, ein mehr oder minder mit dem Attentat zu Frankfurt in Verbindung ſtehendes revolutionnäres Beginnen werde in der Nacht vom 8. auf den 9. l. M., vielleicht aber auch erſt einige Tage ſpäter, zum Ausbruch kommen. Viele mochten wohl, vertrauend auf den wackern Sinn einer großen Anzahl hieſiger Bürger und das brave Benehmen vieler jungen Leute, gleich anfangs an Ausführung und dem Gelingen einer ſolchen Frevelthat gezweifelt und ſich deßhalb beruhigt am Abende des zweiten Oſterfeiertages zu Bette gelegt haben; allein wie ſehr mußten ſie ſich getäuſcht fühlen, als ſie des andern Morgens bei ihrem Erwachen, wenn auch nicht von einem revolutionnären Unternehmen, doch von mehreren an verſchiedenen Orten Statt gehabten Schlägereien und von einer Schandthat unterrichtet wurden, welche man in Teutſchland nicht erwarten konnte. Es wurden nämlich zwei Polizeidiener, Namens Keßler und Schneider, welche vermöge ihres Dienſtes mehrere, gegen Mitternacht hin auf der Straße lärmende, wie man ſagt, trunkene Burſche zur Ruhe aufzufordern ſich genöthigt ſahen, von dieſen geprügelt, mit Meſſern geſtochen und überhaupt ſo gräßlich mißhandelt, daß der eine derſelben, Keßler, nicht von der Stelle konnte, und von herbeieilenden Schaarwächtern nach Hauſe getragen, nunmehr lebensgefährlich am Halſe verwundet darniederliegt."

Dampfſchifffahrt zwiſchen St. Petersburg und Lübeck, wobei die Inſel Rügen angelaufen wird.

Die rühmlichſt bekannten Dampfſchiffe Nicolai I., Capt. N. W. Stahl, und Alexandra, Capt. J. C. Diets, werden auch in dieſem Jahre ihre regelmäßigen Fahrten zwiſchen dieſen beiden Plätzen machen. — Die Abfahrt dieſer beiden privilegirten, ſchönen und großen Dampfſchiffe von Lübeck nach St. Petersburg iſt auf folgende Tage (nach neuem Style) feſtgeſetzt:

Nicolai I.	Alexandra.
Dinſtag den 14. Mai.	Dinſtag den 21. Mai.
Donnerſtag den 30. Mai.	Donnerſtag den 6. Juni.
Dinſtag den 18. Juni.	Dinſtag den 25. Juni.
Donnerſtag den 4. Juli.	Donnerſtag den 11. Juli.
Dinſtag den 23. Juli.	Dinſtag den 30. Juli.
Donnerſtag den 8. Auguſt.	Donnerſtag den 15. Auguſt.
Dinſtag den 27. Auguſt.	Dinſtag den 3. September.
Donnerſtag den 12. Sept.	Donnerſtag den 19. Sept.
Dinſtag den 1. October.	Dinſtag den 8. October.
Donnerſtag den 17. October.	Donnerſtag den 24. October.

Mittags 2 Uhr gehen die Schiffe von Travemünde ab. — Anmeldungen geſchehen im

Comptoir der Dampfſchifffahrtsgeſellſchaft in Lübeck.

Hauptredacteur: Joſeph Anton Edler von Pilat.

Verleger: Anton Strauß ſel. Witwe in der Dorotheergaſſe Nr. 1108.

Digitized by Google

V
1
ZEIT
18

Nro. 113

Oeſterreichiſcher Beobachter.

Dinſtag, den 23. April 1833.

Meteorologiſche Beobachtungen vom 21. April.	Zeit der Beobachtung.	Barometer auf 0° Reaumur reducirt.		Thermometer Reaumur.	Wind.	Witterung.
		Pariſer Maß.	Wiener Maß.			
	8 Uhr Morg.	27.714	28. 5Z. 9P.	+ 7.5	WNW. ſchwach.	heiter.
	3 Uhr Nachm.	27.678	28 5 4	+ 11.5	SSO. —	trüb.
	10 Uhr Abnds.	27.688	28 5 8	+ 6.0	WNW. —	—

Frankreich.

Der Nouvelliſte vom 14. April meldet über die aus Frankreich entwichenen Polen: „Es ſind uns neue Details über den Weg zugekommen, welchen die aus Frankreich in die Schweiz eingerückten Polen eingeſchlagen haben. Nachdem ſie, wie wir geſtern gemeldet haben, Morre verlaſſen hatten, kamen ſie gegen die Mittagsſtunde, ungefähr 400 an der Zahl, nach einem forcirten Marſche zu Trevillers an. Um 2 Uhr hatten ſie das ſchweizeriſche Gebiet betreten. Ein Theil derſelben trug Säbel, Degen und Piſtolen. Es ſcheint, daß dieß ihre alten Waffen ſind, die ſie noch aufbehalten haben. Einige ließen Proclamationen ſehen, aber die Landleute konnten nicht abnehmen, in welcher Sprache ſie geſchrieben, noch an welches Volk ſie gerichtet waren. — Ein polniſcher Offizier hatte eine Fahne mit den Wappen von Polen und Litthauen. Sie ſollten, ſagten ſie, dieſelbe entfalten, ſobald ſie die Gränze überſchritten haben würden. Als ſie an den Ufern des Doubs, der die Gränze zwiſchen Frankreich und der Schweiz bildet, angelangt waren, wurden ſie von einem Oberſten, der ſie commandirt, in polniſcher Sprache haranguirt, und betraten hierauf in zwei Colonnen das ſchweizeriſche Gebiet, doch ohne ihre Fahne zu entfalten; ſie nahmen zu Sarreguelignes ihr Nachtquartier. — Darf man einigen Einwohnern der äußerſten Gränze Glauben beimeſſen, ſo hätten ihnen mehrere Polen geſagt, daß ſie ſich, da die Ruſſen ihre Streitkräfte und ihre Aufmerkſamkeit nach der Türkei hin gerichtet hätten, ins ſüdliche Teutſchland begeben wollten, um die dortigen Aufſtandsprojecte zu unterſtützen, und daß die Bauern von der Landſchaft Baſel ihnen ihre Waffen geben würden. Sie können kaum vor dem 12. an den Ufern des Rheins ankommen. — Man verſichert, daß man in den Händen eines jener Offiziere zwei mit Gold gefüllte Säcke geſehen habe. Im übrigen wurden alle Ausgaben, welche die Reiſe veranlaßte, mit Genauigkeit, doch von jedem einzeln, bezahlt. Dennoch hatte ein großer Theil aus ihnen in Beſançon Schulden zurückgelaſſen. — Am 9. April um 10 Uhr Morgens hat man zu Porentruy ungefähr 20 polniſche Offiziere geſehen. Sie ſollen dort durch das Departement des Oberrheins angekommen ſeyn, und kamen wahrſcheinlich von Paris. — Aus gerechten Beweggründen der Klugheit hatten die Behörden von je her den Polen ſo viel möglich die Erlaubniß verweigert, in der Nähe der öſtlichen Gränzen ihre Wohnungen zu nehmen. Noch neuerlichſt waren Befehle gegeben worden, diejenigen ins Innere des Landes zu verlegen, welche die Departements des Ober- und Niederrheins bewohnten.“

Ferner heißt es im Nouvelliſte vom obgedachten Tage: „Einige Oppoſitionsjournale erheben ſich mit Heftigkeit gegen die Maaßregeln, welche die Regierung zur Ueberwachung der Depots der Flüchtlinge getroffen hat. Es läßt ſich nicht erwarten, daß die Fanatiker der Propaganda einräumen werden, daß die franzöſiſche Regierung gegen das Völkerrecht handeln würde, wenn ſie litte, daß Unternehmungen, die mit einem feindlichen Zwecke gegen benachbarte und befreundete Länder gerichtet ſind, ungeſtraft auf franzöſiſchem Gebiete vorbereitet werden. Wir wollen nur bemerken, daß dieſe Maaßregeln, die ſo viele Declamationen erregt haben, gleichfalls zum Zwecke haben, die Flüchtlinge vor dem Unglück zu bewahren, das ſie ſich unfehlbar zuziehen würden, wenn ſie treuloſen Inſinuationen Gehör ſchenkten. — Die Emigrirten laſſen ſich gar leicht durch alle Berichte irre leiten, die ihnen Begebenheiten verkünden, welche ſie herbeiwünſchen, ſo abgeſchmackt und unwahrſcheinlich ſie auch im Grunde ſeyn mögen; überdieß iſt es der Regierung ohne Zweifel nicht unbekannt, daß die Umtriebe, die in Teutſchland und Italien beſtehen mögen, mit den Projecten des Umſturzes im Einklange ſind, die in Frankreich von einer Handvoll Aufwiegler geſchmiedet werden, welche die unverſöhnlichen Feinde der conſtitutionnellen Monarchie ſind. Indem es ſich den Bewegungen, die auf franzöſiſchem Gebiete gegen die fremden Regierungen gerichtet werden, widerſetzt, leiſtet das Miniſterium zugleich dem Völkerrechte, dem Intereſſe Frankreichs und der öffentlichen Ruhe, und dem, was die Menſchlichkeit vorſchreibt, Genüge.“

Endlich ſagt das gedachte Journal: „Der Miniſter des Innern hat an die Präfecten der Departements, in welchen ſich die Depots der polniſchen Flüchtlinge befinden, ein Umlaufſchreiben erlaſſen, in welchem er ſie mit den Diſpoſitionen bekannt macht, welche von den verſchiedenen Höfen Teutſchlands in Betreff jener Flüchtlinge getroffen worden ſind, die ihre reſpectiven Gebiete zu durchreiſen geſonnen ſeyn dürften. — Das diplomatiſche Corps Preußens darf auf die Päſſe der Polen ins Innere von Preußen kein Viſa ſetzen, ohne hierüber Bericht nach Berlin erſtattet zu haben. — Die ſächſiſche Regierung hat ihrem Miniſter in Paris die allergenaueſten Befehle gegeben, den Polen, die ſich nach Sachſen zu begeben wünſchten, jeden Paß zu verſagen. — Dieſelben Maaßregeln ſind von dem badiſchen Miniſterium in Anſehung der Polen getroffen worden, die, aus Frankreich kommend, nicht mit Päſſen verſehen ſind, die das Viſa der ruſſiſchen Botſchaft zu Paris enthalten. — Oeſterreich hat ſeinem Botſchafter das förmliche Verbot wiederholt, die Päſſe der Polen, welche ruſſiſche Unterthanen ſind, zu viſiren, denen der ruſſiſche Botſchafter dieſes Viſa verweigert haben würde.“

Am 12. April beſchäftigte ſich die Deputirtenkammer mit dem Keßner'ſchen Deficit. Es fragte ſich, ob Hr. von Louis, als Finanzminiſter, dabei eine Ver-

Digitized by Google

antwortlichkeit zu übeenehmen habe odee nicht. Hr. Dupin führte lebhaft die Vertheidigung desſelben, dee unter den ſchwierigſten Veehältniſſen und bei leeeen Staatscaſſen das Miniſterium übernommen, und bei ſeinem Rücktritte die Caſſen gefüllt hinterlaſſen habe. Hr. Laffitte ſah dieß als einen indireeten Angriff auf ſeine Veewaltung an, erklärte, daß er widee Willen und nue nach vielem Sträuben in das Miniſterium geteeten ſei, und was den Zuſtand der Staatseaſſen betreffe, beeufe er ſich auf Hrn. Thiers Zeugniß (untee Laffitte Unteeſtaatsſeeeetäe der Finanzen). Hr. Dupin entgegnete, er habe durch ſeine Worte Laffitte's Verwaltung nicht tadeln wollen. Zuletzt beſchloß die Kammee faſt einſtimmig, die vorliegende Frage duech die Tagesoednung zu beſeitigen, da erſt das Rechnungsgeſetz von 1831 die geeignete Gelegenheit zu einer definitiven Entſcheidung bieten werde.

Ueber den bekannten Mordverſuch gegen den General Fririon, Commandanten des Invalidenhauſes zu Paris, heißt es im Moniteue: „Ein gewiſſer Dunès, Invalide, iſt auf Befehl des Generallieutenants Commandanten der Diviſion vor das zweite Kriegsgericht unter der Anklage eines Moedverſuches gegen die Perſon des Generallieutenants Feieion, Commandanten des Invalidenhotels, geſtellt. Die Wunde, welche Dunès dem General beibrachte, indem ee ihm einen Dolchſtich in dem Augenblicke in den Rücken gab, wo er am Ende der Straße Bourgogne angekommen war, bietet keinen beunruhigenden Character mehr dar, obgleich ſie Anfangs für das Leben des Hrn. Feirion Beſorgniſſe erweckte. Dunès, der durch ein Gefühl peeſönlicher Rache wegen einee Ungeeechtigkeit, die er erlitten zu haben glaubt, zu dieſem Verbrechen veeleitet waed, bezeigt tiefe Reue, bittet aber ſelbſt, ihn bald zu eichten.

Das Linienſchiff Duquesne ging am 7. Apeil auf der Rhede von Toulon vor Anker; es war am 21. März mit dem Suffeen von Beeſt abgeſegelt; letzterer hat aber Algier berühet, um Truppen einzunehmen. Der Duquesne ſollte in zwei Tagen wieder in See gehen. — Man hat in Toulon neue Nacheichten aus Bona erhalten. Der Chef des Stammes Beniacuf hatte ſeine Unterwerfung erklärt. — Man ſchreibt aus Lorient vom 8. April, das dortige Lazaeeth und der Hafen ſeien benachrichtigt worden, ſich bereit zu halten, fremde Schiffe aufzunehmen, und daſſelbe ſei auch zu Breſt geſchehen. Man hat dee in Commiſſion geweſenen Fregatte Atalante beſohlen, ihee Auseüſtung zu beſchleunigen; ſie ſoll die Mannſchaft dee Feegatte Sirene aufnehmen, die man jeden Tag von dee Station der Dünen zurückerwartet. Dieſe Feegatte, die geoße Reparaturen bedarf, wied erſt, nachdem ſie in dem Baſſin geweſen, deſſen prachtvolle Arbeiten jetzt vollendet ſind, wieder in See gehen konuen. Am 5. waed eine Fregatte von 60 Kanonen unter geoßem Zuſtromen von Zuſchauern bei herrlichem Wettee von Stapel gelaſſen. Es liegen noch ſieben Fregatten vom erſten Range zum Bau auf unſeen Weeſten. Dazu kommen noch zwei Linienſchiffe von deei Verdecken, und drei von 80 Kanonen, die, falls die Umſtände es erfordern ſollten, noch im Laufe des Jahees vollendet werden konnen. — In Breſt waren am 9. nur noch die Fregatte erſten Ranges Terpſichore, die Fregatte zweiten Ranges Hermione, und dee Brigg Inconſtante in Commiſſion. Die Coevette Seine lag auf der Rhede. Die Corvette Bayonnaiſe war nach dem Senegal abgeſegelt.

Die in Ham gefangen ſitzenden Erminiſter Caels X. ſollen an den Konig eine Bittſcheiſt gerichtet haben, woein ſie um Mildeeung der lebenslänglichen Gefängnißſteafe in Verbannung nachſuchen.

Hr. Carliee, der ehemalige Chef der Pariſer Municipalgarde, welcher kürzlich von einee Reiſe nach Portugal wieder in Paeis eingetroffen iſt, ſoll im Begriffe ſtehen, nach London mit dem Auftrage zu gehen, die dort lebenden Mitglieder dee Buonaparteſchen Familie zu beobachten, welche mit der republikaniſchen Partei in Frankreich fortdauernd in Verbindung ſtehen ſollen.

Der Graf de la Bouillerie, ehemaliger Generalintendant des Hofhaltes Carl X. (zur Zeit der erſten Revolution Generalzahlmeiſter der Rheinarmee), iſt am 7. Apeil in ſeinem Geburtsorte la Fleche mit Tode abgegangen.

Am 13. Apeil 5Percents Fin Courant geſchloſſen zu 101 Fr. 3Pereents Fin Coueant geſchloſſen zu 77 Fr. 15.

Spanien.

Ein außeroedentliche Madrider Hofzeitung vom 7. April enthält zwei königliche Deerete, kraft deren die Cortes auf den 20. Juni d. J. einberufen werden, um dem alten Herkommen und Gebrauche gemäß der älteſten Tochter des Königs, Dona Maria Iſabella Luiſe, als präſumtiven Thronerbinn, in Ermanglung eines männlichen Thronerben, den Huldigungseid zu leiſten.

Portugal.

Der Brigg Savage iſt mit der Liſſabonee Poſt angekommen. Er verließ Liſſabon am 2. April und war am 4. voe Oporto, konnte abee des ungünſtigen Wetters halbee mit letzteree Stadt nicht communieiren.

Dee Albion bemerkt in Bezug auf die Ankunft des Beiggs Savage von Liſſabon: „Als dieſes Schiff am 4. d. M. auf der Höhe von Oporto lag, communieirte es mit dem engliſchen Brigg Leveret, der von Vigo angekommen war, welchen Oet er am Sonntage vorher verlaſſen hatte; damals beſand ſich der Admiral Sartorius mit ſeiner Flotte noch bei den Bayona-Inſeln. Der Admiral wartete auf die Rückkehr des Dampfbootes London-Meechant von Oporto, um zu erfaheen, ob Dom Pedro ſeinen Forderungen nachgeben würde. Widrigenfalls wae er noch immer entſchloſſen, mit der Flotte nach dee Inſel Guernſey oder nach England zu gehen. Zu Liſſabon deutete Alles auf ein baldiges Ende von Dom Pedro's Sache hin. Don Caelos und die andern königlichen Gäſte feſſelten vorzüglich die Aufmeekſamkeit der Einwohner. Am 2. lagen die brittiſchen Schiffe Aſia, Revenge und Caledonia im Tajo; auch eine franzöſiſche Fregatte befand ſich in dem Fluſſe. Dom Miguels Geſchwader lag zwiſchen Belem und Liſſabon; es beſtand aus einem Linienſchiffe, einee Feegatte, vier Coevetten und vier Beiggs."

Die Liſſabonee Zeitungen vom 30. März und 1. April melden, daß Dom Miguel und ſeine Schweſtern, die Infantinnen, ſich am 28. Mäez noch zu Braga im beſten Wohlſeyn befunden haben, und daß Ihre koniglichen Hoheiten Don Carlos und Don Sebaſtian mit ihren Familien am 29. März im Pallaſte von Ajuda eingeteoffen ſind und ſich ſogleich nach der Kirche der heiligen Maria begeben haben, um Dankgebete für ihre glückliche Ankunft zu verrichten. — Von dee Armee nichts Neues. — Die Times meldet, daß die Ankunft einee ſpaniſchen Fregatte in Liſſabon erwartet wuede, an deren Bord ſich die beiden Infanten mit ihren Familien nach Italien einſchiffen wollten. Vorher würden ſie jedoch noch eine Zuſammenkunft mit Dom Miguel haben.

Großbeitannien und Irland.

Hr. Dedel, der außerordentliche Botſchafter Hollands, befand ſich unwohl, und hatte von mehreeen Mitgliedern des diplomatiſchen Corps, namentlich vom Fürſten Talleyrand, Beſuche erhalten.

Loed Althorp hat auf eine ihm von den Glasgo-

Digitized by Google

wer Kaufleuten überreichte Denkſchrift, worin ſie um Abſchaffung des Stämpels auf Empfangſcheine über kleine Summen im Handelsverkehr nachſuchen, Folgendes erwiedert: „Ich bedauere aufrichtig, daß ich Ihnen in dieſem Augenblick keine beſtimmte Antwort auf Ihr Geſuch ertheilen kann. Es iſt mir unmöglich, in irgend einer Abgabe vor dem Schluß des jetzigen Vierteljahres eine Herabſetzung zu verſprechen; aber ich verſichere den Einſendern der Denkſchrift, daß ihr Geſuch in gehörige Erwägung gezogen werden ſoll, und daß es mir zu aufrichtigem Vergnügen gereichen wird, wenn ich im Stande bin, in Zukunft ihren Wünſchen zu genügen.“

Es iſt wieder eine Parlamentswahl zum Nachtheil der miniſteriellen Partei ausgefallen, und zwar iſt es nicht nur die Partei der Whigs, ſondern einer der Beamten des jetzigen Miniſteriums ſelbſt, welcher bei dieſer Gelegenheit eine Niederlage erlitten hat. Der Capitän Berkeley mußte ſich zu Gloucceſter einer nochmaligen Wahl unterwerfen, weil er zu einem Lord der Admiralität ernannt wurde, und mußte nun dem zu einer Torypartei gehörenden Hrn. Hope weichen, der eine Majorität von 109 Stimmen über ihn davontrug. Seit der Eröffnung der jetzigen Parlamentsſeſſion haben die miniſteriellen Candidaten in ſechs Wahlen die Minorität gehabt, in London, Dover, Marylebone, Weſtcumberland, Sunderland und Glouceſter.

Der Globe enthält folgende Depeſche Mehmed Ali's an den franzöſiſchen Admiral Rouſſin: „Herr Ambaſſadeur! Ich habe die Depeſche, datirt den 22. Februar, welche Sie mir durch Ihren erſten Adjutanten zuſchickten, erhalten. Dieſe Depeſche beſagt, ich hätte kein Recht auf anderes Gebiet Anſpruch zu machen, als St. Jean d'Acre, Jeruſalem, Naplous und Tripolis in Syrien, und ich ſollte unverzüglich meine Armee zurückziehen, und wenn ich mich weigerte, ſo würde ich mich den ernſtlichſten Folgen ausſetzen. Ihr Adjutant hat, den ihm von Ihnen ertheilten Inſtructionen gemäß, mündlich hinzugefügt, daß, wenn ich bei meinen Forderungen beharrte, die vereinigte franzöſiſch-engliſche Flotte nach der Küſte Aegyptens kommen würde. Ich bitte Sie, Hr. Ambaſſadeur, woher haben Sie das Recht, mich aufzufordern, mich auf dieſe Weiſe aufzuopfern? Ich habe die ganze Nation für mich. Nur bei mir liegt es, Rumelien und Anatolien zum Aufſtande zu bringen. Mit meinem Volke vereinigt, könnte ich viel durchſetzen. Herr ſo vieler Länder, ſiegreich überall, verzögerte ich dennoch den Marſch meiner Truppen, als ich hörte, daß die Organe der öffentlichen Meinung mir den Beſitz von ganz Syrien zuerkennen würden, einzig und allein um nutzloſes Blutvergießen zu verhüten, und der europäiſchen Politik zu Gefallen zu leben. Als Lohn hierfür und für die an den Tag gelegte Mäßigung und nach ſo vielen Opfern für ein Volk, das mich eingeladen, das ſich mit mir vereinigt hatte, und durch welches ich im Stande war, ſo viele Siege zu erringen, von mir jetzt die Räumung des Landes, daß ich beſetzt halte, den Rückzug meiner Armee in eine kleine Provinz von vier Diſtricten, die Sie Paſchaliks nennen, zu verlangen — heißt das nicht gegen mich ein politiſches Todesurtheil ausſprechen? Doch ich vertraue, daß Frankreich und England mir Gerechtigkeit nicht verſagen werden. Sie werden meine Rechte anerkennen. Ihre Ehre verbietet ihnen dieſen Schritt. Sollte ich mich jedoch in dieſer Erwartung unglücklicher Weiſe gänzlich getäuſcht finden, ſo werde ich mich in dieſem Falle dem Willen Gottes unterwerfen, und einen ehrenvollen Tod der Schande vorziehen, freudig der Sache meines Volkes mich opfern, und mich glücklich ſchätzen, demſelben den letzten Athemzug meines Lebens zu widmen. Dieſes iſt mein feſter Entſchluß, und die Geſchichte bietet mehr als Ein Beiſpiel ſolcher Selbſtaufopferung dar. In jedem Falle hoffe ich, daß Ew. Excellenz die Gerechtigkeit meiner Anſprüche anerkennen und die Annahme meiner letzten durch Se. Excellenz Halil Paſcha gemachten Vorſchläge empfehlen werden. In dieſer Erwartung, Hr. Ambaſſadeur, ſchreibe ich Ihnen dieſen freundſchaftlichen Brief, und ſchicke Ihnen ſelbigen durch Ihren Adjutanten. Siegel Mehmed Ali's, Paſcha's von Aegypten. Alexandria, den 8. März 1833.“

Belgien.

Der Courrier Belge hatte behauptet, daß jetzt allgemein Klage darüber geführt werde, wie ſchwierig es ſei, eine Audienz beim Könige zu erlangen. Auf dieſe Bemerkung erwiedert der Moniteur im Weſentlichen Folgendes: „Alle an den König direct oder durch Vermittlung ſeiner Umgebung an ihn gerichteten Geſuche um Audienzen werden auf ein dazu eingerichtetes Regiſter mit Angabe des Grundes, wenn er ausgeſprochen worden iſt, eingetragen. Dieſes Regiſter wird dem Könige an jedem Dinſtage vorgelegt, und die bewilligten Audienzen werden gewöhnlich auf den Mittwoch feſtgeſetzt. Ein Geſuch um eine Audienz beim Könige wird immer bewilligt, wenn irgend ein Nutzen entweder für den Bittſteller oder für das Publicum abzuſehen iſt, und die Zulaſſungen finden ohne irgend einen Unterſchied Statt. An dem Tage ſelbſt, wo der Artikel im Courrier erſchien, ertheilte der König zehn Perſonen Privataudienzen. — Wenn ein Audienzgeſuch nicht bewilligt werden kann, ſo erhält der, welche es eingereicht hat, eine Antwort, worin er in der Regel aufgefordert wird, ſchriftlich die Gründe anzugeben, welche ihm eine Unterredung mit dem Könige wünſchenswerth machen. Der Redacteur des Courriers kann, wenn er es für gut findet, ſich von der Richtigkeit obiger Angaben und von der Regelmäßigkeit, mit welcher jener Dienſt beſorgt wird, überzeugen; und er wird dann auch einſehen, mit welcher unverzeihlichen Leichtfertigkeit er ſich in dem erwähnten Artikel ausgeſprochen hat.“

Der Independant enthält folgenden Artikel: „Der belgiſche Courrier behauptet, daß wir ſeit vier Tagen abwechſelnd verkünden, daß die Miniſter ſich zurückziehen und daß ſie bleiben werden. Wir fordern den Courrier auf, uns in unſeren Columnen eine einzige Zeile zu zeigen, welche beſtimmt den Weg anzeigt, den die Miniſter einſchlagen werden. Gleich allen andern Brüſſeler Journalen haben wir die Thatſachen commentirt, welche ſich in der Sitzung vom 3. d. M. zutrugen. Wir haben uns Muthmaaßungen überlaſſen, wir haben den Miniſtern Rathſchläge ertheilt, wir haben ausgeſprochen, was wir wünſchten und was wir fürchteten; aber in allen unſern Artikeln befindet ſich kein Wort, welches poſitiv ihr Bleiben oder ihr Abtreten anzeigt. — Der Courrier nimmt ſodann das auf, was wir über die erbitterten Feinde geſagt haben, welche in den jetzigen Zeiten den Miniſtern nicht fehlten, und ruft aus: „„Wie! Das jetzige Miniſterium hat erbitterte Feinde, und man weiß, wie ſehr dieſe Feinde des Miniſteriums zu allen Zeiten für die Unabhängigkeit und das Glück des Landes beſeelt waren! Wie! Das jetzige Miniſterium hat nur zweideutige, furchtſame oder feige Freunde (Worte des Independants), und doch ſoll es das einzige ſeyn, welches das Vertrauen des Landes beſitzt!““ — Ja, wir haben es geſagt, und werden es wiederholen, ſo oft man es verlangt. Die Miniſter haben erbitterte Feinde, zuvörderſt in den Reihen der Orangiſten, dann in den Reihen der ſogenannten Patrioten, welche es ihnen nicht verzeihen

Digitized by Google

können, daß ſie den jetzigen Zuſtand der Dinge herbeigeführt und den friedlichen Weg gewählt haben, um die Unabhängigkeit Belgiens zu ſichern. — Was die zweideutigen, furchtſamen oder feigen Freunde betrifft, ſo iſt das, was wir von ihnen geſagt haben, leider nicht weniger wahr und nicht weniger gegründet. Ja, die Miniſter in Frankreich ſowohl, wie bei uns, haben Freunde, welche obige Bezeichnungen verdienen. Die beſten Miniſter ſind dieſem Unglück zu allen Zeiten ausgeſetzt geweſen, aber niemals ſo ſehr, als jetzt. Die Rolle der Oppoſition iſt ſo leicht, und mit Hülfe der Fehler der früheren Verwaltungen hat man ihr einen ſo ſchönen Anſtrich zu geben gewußt, daß gewiſſe Leute ſich für verloren halten würden, wenn ſie zu oft der Meinung der Miniſter wären, wenn dieſe auch immer Recht hätten. Und dann hat man ſich bemüht, der Benennung „miniſteriell“ eine ſo beſchimpfende Deutung zu geben, daß ein gewiſſer Muth dazu gehört, ſich dazu zu bekennen. Dieſer Muth fehlt aber vielen Leuten, und dieſe nennen wir feig oder furchtſam. Zweideutige Freunde fehlen Niemandem, und die Miniſter ſind von dieſer allgemeinen Regel nicht ausgenommen. Wir haben alſo nichts geſagt, was nicht vollkommen wahr wäre, und wenn dieß Jemandem nachtheilig iſt, ſo ſind es nicht die Miniſter, ſondern diejenigen, welche ihr Syſtem billigen und es nicht wagen, ſie zu vertheidigen, ſondern ſie dem Geſchrei einiger Menſchen opfern, welche Belgien zwanzigmal zu Grunde gerichtet hätten, wenn Belgien ihren Rathſchlägen gefolgt wäre.“

Schweizeriſche Eidgenoſſenſchaft.

Die Allgemeine Zeitung meldet aus Zürich vom 15. April: „Geſtern hat der vorörtliche Staatsrath von der Regierung von Bern die unerwartete Anzeige erhalten, daß am 9. d. M. gegen Mittag eine Colonne von Polen, 380 Mann ſtark, worunter 348 Offiziere, an ihrer Spitze die Oberſten Oborski und Antonini, in Paignelégier, Berner'ſchen Amts Freibergen (oberhalb Pruntrut, gegen die neuenburgiſche Gränze), eingetroffen ſei, und zu vermuthen ſtehe, daß noch mehr Transporte dieſer Flüchtlinge, die Frankreich angeblich wegen Reduction ihrer Subſidien und läſtiger Beaufſichtigung verlaſſen haben, nachkommen werden. Die Regierung von Bern hatte einen Bevollmächtigten abgeordnet, um für das einſtweilige Unterkommen dieſer Leute zu ſorgen. Allein da dieſelben erklärt, ſie wollen ſich an die Tagſatzung wenden, und die Gaſtfreundſchaft der Eidgenoſſen in Anſpruch nehmen, ſo wollte die Bernerſche Regierung die Verfügung der Bundesbehörden gewärtigen. Der Vorort hat ſich nun aber geweigert, dieſen Gegenſtand an die Hand zu nehmen, und der Regierung von Bern erklärt, daß er denſelben zunächſt als Sache der Cantonalpolizei anſehe. Zugleich hat er ſie darauf aufmerkſam gemacht, daß es ſich hier nicht um eine Frage des Aſylrechtes handle, ſondern darum, ob es zu dulden ſei, daß eine ſo bedeutende Zahl corpsweiſe organiſirter Truppen, ohne Ausweisſchriften und ohne vorherige Einfrage oder auch nur Anzeige an die Behörden, die Gränze eines Staates überſchreite. Zeither iſt Hr. Lelewel, Oberſtlieutenant vom Genie, hier eingetroffen, und hat dem Präſidenten der Tagſatzung eine von den genannten und mehreren andern Offizieren im Namen von 403 Polen unterzeichnete Bittſchrift überreicht, worin über die dieſen Ausgewanderten von Seite der franzöſiſchen Regierung widerfahrne Behandlung Beſchwerde geführt, der Schutz der Tagſatzung angerufen und das Mitleid der Eidgenoſſen in Anſpruch genommen wird. Man iſt nun auf den Entſcheid der Tagſatzung begierig. Dem Vernehmen nach ſollte dieſe Mannſchaft aus dem Depot von Beſançon nach Bergerac verlegt werden, wich aber eigenmächtig von der vorgeſchriebenen Route ab und verfügte ſich in die Schweiz. Die Mannſchaft ſoll nicht bewaffnet ſeyn, und nur die Offiziere ihre Degen tragen.“

Teutſchland.

Die Stuttgarter Zeitung vom 18. April enthält folgenden Artikel: „Schon vor einigen Tagen haben öffentliche Blätter die Nachricht gegeben, daß ungefähr 300 polniſche Flüchtlinge vom Militärſtande ſich heimlicher Weiſe aus dem Depot von Beſançon entfernt und nach der Schweizer Gränze gewendet haben. Auf den Grund zuverläſſiger Nachrichten können wir dieſe Angabe beſtätigen. — Es war in der Nacht vom 7. auf den 8. April, daß 400 Polen, militäriſch bewaffnet, aus dem Depot in Beſançon heimlich aufbrachen, welche am 9. d. M. bereits auf dem Schweizer Gebiet im Canton Bern eintrafen. Auch aus den Depots von Dijon, Veſoul und Verneuil entfernten ſich um dieſelbe Zeit eine Anzahl polniſcher Offiziere, welche die gleiche Richtung, wie obige Colonne, genommen haben. Dieſe Colonne ſchien anfänglich nach Neuſchatel ſich wenden zu wollen, wandte ſich aber ſodann gegen den Canton Baſel und das Großherzogthum Baden. — Die Urſache des Aufbruches dieſer Flüchtlinge aus Frankreich und der Zweck ihrer Richtung nach Teutſchland ſind zur Zeit noch nicht bekannt. Zunächſt dürfte ſie wohl in der Unzufriedenheit über ihre Verhältniſſe in Frankreich, beſonders über die neueſten Maaßregeln der franzöſiſchen Regierung, wornach die den polniſchen Flüchtlingen zu reichende Unterſtützung auf diejenigen, denen eine Amneſtie zu erlangen nicht möglich iſt, ſich beſchränken ſoll, zu ſuchen ſeyn. Ob andere Urſachen, etwa falſche Gerüchte über Aufſtände im Süden von Teutſchland, hierbei mitwirkten, darüber laſſen ſich vorerſt nur Vermuthungen aufſtellen. — Indeſſen iſt das Ereigniß an und für ſich jedenfalls wichtig genug, um die Aufmerkſamkeit der zunächſt betheiligten ſüdteutſchen Regierungen in hohem Grade auf ſich zu ziehen. Bereits haben auch ſowohl die großherzogl. badiſche als die königl. würtembergiſche Regierung zu militäriſcher Bewachung der bedrohten Landesgränzen die geeigneten Maaßregeln getroffen, um nöthigenfalls Gewalt mit Gewalt zu vertreiben.“

Wien, den 22. April.

Se. k. k. apoſtol. Majeſtät haben dem Rittmeiſter im ſechsten k. k. Chevaulegersregimente, Theobald Freiherrn von Boyneburg-Lengsfeld, die k. k. Kämmererswürde allergnädigſt zu verleihen geruht.

Am 22. April war zu Wien der Mittelpreis der

Staatsſchuldverſchreibungen zu 5pCt. in CM.	90 13/16;
detto detto zu 4pCt. in CM.	—;
Darleh. mit Verlooſ. v. J. 1820, für 100 fl. in CM.	187 7/8;
detto detto v. J. 1821, für 100 fl. in CM.	—;
Wiener-Stadtbanco-Obligat. zu 2 1/2 pCt. in CM.	52;
Conv. Münze pCt. —;	

Bankactien pr. Stück 1180 1/2 in CM.

Hauptredacteur: Joſeph Anton Edler von Pilat.
Verleger: Anton Strauß ſel. Witwe in der Dorotheergaſſe. Nr. 1108.

Heute um 12 Uhr findet das zweite, am 30. April das dritte, am 3. Mai das vierte Pferde-Wettrennen auf der Simmeringer Bahn Statt. Zur Vermeidung jedes Unglückes werden die Zuſeher erſucht, keine Hunde auf die Heide mitzunehmen und unter keinem Vorwande während der Rennen die Bahn zu betreten. — Die Liſten zu dieſem Pferderennen ſind im Comptoir des Oeſterr. Beob. für 6 kr. C. M. zu haben.

Nro. 114

Oeſterreichiſcher Beobachter.

Mittwoch, den 24. April 1833.

Meteorologiſche Beobachtungen vom 22. April.	Zeit der Beobachtung	Barometer auf 0° Reaumur reducirt. Pariſer Maß.	Wiener Maß.	Thermometer Reaumur.	Wind.	Witterung.
	8 Uhr Morg.	27.678	283. 52. 4P.	+ 7.5	NNO. ſchwach.	Wolken.
	3 Uhr Nachm.	27.543	28 3 8	+ 9.0	WNW. —	Regen.
	10 Uhr Abnds.	27.538	28 3 7	+ 5.0	NNW. —	trub.

Großbritannien und Irland.

Es ſind mehrere irländiſche Parlamentsmitglieder, unter Andern die HH. O'Connor und Daunt, in ihre Heimath zurückgekehrt. Die Londoner Zeitungen wünſchen dem Parlamente Glück dazu und meinen, es ſei nun doch einige Ausſicht vorhanden, daß die Geſchäfte des Unterhauſes nicht ſo oft und ſo lange durch unnützen Wortſchwall würden aufgehalten werden.

Lord Palmerſton liegt noch immer krank darnieder. Auch die Unpäßlichkeit des holländiſchen Bevollmächtigten, Hrn. Dedel, wirkt ſtörend auf die Bewegungen der Diplomatie.

Der Courier vom 12. April enthält folgenden Artikel: „Vor einiger Zeit nahmen wir Gelegenheit, zu bemerken, daß, wenn das Volk nicht ſchlennig das erlange, was dem allgemeinen Geſchrei nach Reform eigentlich zu Grunde lag — eine Verbeſſerung ſeines geſellſchaftlichen Zuſtandes nämlich, das jetzige Miniſterium das unpopulärſte werden würde, welches jemals die Angelegenheiten des Staates geleitet habe, und das reformirte Unterhaus ſo verhaßt werden würde, wie noch kein früheres. — Daß der erſte Theil dieſer Prophezeiung mit ſchnellen Schritten ſeiner Erfullung entgegengeht, davon kann ſich Jeder überzeugen, der die Zeichen der Zeit beobachtet. Bisher war es die beſte Empfehlung im Lande, wenn man ſich für einen Freund des Reformcabinetes erklärte, jetzt gibt es keine ſchlimmere. In Marylebone, in Sunderland und in Glouceſter haben drei Candidaten aus keinem andern Grunde den Sieg davon getragen, als weil ihre Gegner von den Wählern für Candidaten der Regierung gehalten wurden. Faſt die ganze öffentliche Preſſe, welche ihrer Bewunderung früher keine Schranken ſetzte, und das Höchſte von der Kraft einer Reformverwaltung erwartete, iſt jetzt gegen das Cabinet. Mehr als eins der Mitglieder der beſtehenden Regierung hat — dieß ſei beiläufig geſagt — ſeine Verachtung gegen den Einfluß der öffentlichen Preſſe auszudrücken geſucht. — Und was iſt der Grund dieſer großen Veränderung in der öffentlichen Meinung? Beruht er nicht unläugbar auf dem Widerſtreben des jetzigen Miniſteriums, die große Frage in Ueberlegung zu nehmen — die Abhülfe des im Lande herrſchenden Elends? Iſt es nicht gerade dieſe Unterſuchung, welche das ganze Land ſehnlichſt verlangt, und vor der die Miniſter beſtändig zurückweichen? Das Elend des Volkes nimmt zu; das Mißvergnügen wächst, und das gehäufte Gewicht ſeiner Leiden und ſeiner Täuſchung beginnt ſchwer auf die Häupter Derer zu drücken, zu denen es, als auf ſeine Beſchützer und Erretter, blickte. Ohne uns auf die geringeren Urſachen des Mißvergnügens einzulaſſen, kann man es als die hauptſächlichſte betrachten, daß eine Abhülfe der herrſchenden Noth erwartet wurde, und daß ſogar eine Prüfung der Gründe dieſer Noth verweigert worden iſt. — Unſere Leſer werden uns die Gerechtigkeit widerfahren laſſen, ſich zu erinnern, daß wir immer eine und dieſelbe Meinung über dieſen Gegenſtand an den Tag gelegt haben. Wir haben zu den eifrigſten Unterſtützern einer Reform des Unterhauſes gehört; aber wir haben nie aufgehört, zu erklären, daß, wenn die Reform nicht von einer Veränderung in dem geſellſchaftlichen Zuſtande des Volkes begleitet würde, es eine ganz unnütze Maaßregel wäre. In Uebereinſtimmung mit dieſer Anſicht haben wir mit allen unſeren Kräften auf eine ſchleunige Unterſuchung der Gründe des herrſchenden Elends gedrungen, und beſtändig auf die Gefahr aufmerkſam gemacht, welche aus einer Verſchiebung dieſes Gegenſtandes entſtehen müſſe. Dieſe Gefahr hat bereits angefangen ſich zu entwickeln; ſchon hat das Miniſterium, durch deſſen Vermittlung die Reform bewerkſtelligt wurde, ſich mehr den Haß des Volkes für das aufgeladen, was es ungeſchehen gelaſſen hat, als es ſich durch das bewirkte Gute Beifall erwarb. Zunächſt wird nun das reformirte Unterhaus dem allgemeinen Tadel ausgeſetzt ſeyn, weil es den Zweck ſeiner Veränderung verfehlt, und dann dürfte der Wunſch nach einer fernern Reform laut werden; denn das Volk, das man gelehrt hat, daß nur durch eine Parlamentsreform ſeinem Elende abgeholfen werden könne, wird immer glauben, daß die Schuld nicht in der Reform ſelbſt, ſondern an der zu geringen Ausdehnung derſelben liegt. Auch wird das Geſchrei nach mehr und mehr Reform nicht eher aufhören, als bis das Volk ſeinen eigentlichen Zweck erreicht hat: eine weniger unſichere Beſchäftigung und einen beſſeren und ſichereren Unterhalt. Ehe dieſe Wohlthat nicht erlangt iſt, werden alle Miniſterien, wie ſie auch immer zuſammengeſetzt, und alle Parlamente, wie ſie auch immer gebildet ſeyn mögen, unpopuläre Miniſter und unpopuläre Parlamente bleiben. Die Zeit iſt jetzt gekommen, wo der geſellſchaftliche Zuſtand des Landes verbeſſert werden muß.“

— Nicht gelinder drückt ſich der Morning-Herald aus, der namentlich den Miniſtern vorwirft, ihr größter Fehler liege darin, daß ſie nicht mit einem feſten wohlerwogenen Plane vor das Parlament getreten ſeien und überall Forderungen hätten machen laſſen, ſtatt dieſen, wie die jetzige Lage es erfordere, zuvorzukommen. — Am entſchiedenſten ſpricht ſich über die Aenderung in der öffentlichen Meinung die Times aus: „Kein vernünftiger Menſch wird läugnen, daß vor vier Monaten bei der allgemeinen Wahl die große Maſſe der Wähler für das Miniſterium Grey und gegen Tories und Ultraradicale war. Auch war das Haus, den herrſchenden Geſinnungen des Volkes entſprechend, anfangs entſchieden miniſteriell. Die Motive, wovon die meiſten Wähler geleitet wurden, waren ganz allgemein das Vertrauen in die guten Geſin-

W
1
ZEIT
18

Digitized by Google

nungen dee Miniſter, welche die Reformbill duechgeſetzt, und ſelbſt angekündigt hatten, daß die Bill nur die Einleitung zu allen nützlichen Reformen ſeyn ſolle. Doch was geſchah? Im Parlamente wurde, wie die Seſſion vorrückte, ihee Majorität von Woche zu Woche ſchwächer, und außer dem Parlamente wurden ihre Anhänger übel mitgenommen, wo ſie als Candidaten gegen Radieale oder Tories auftraten. In London wurde ſtatt des Aldermans Venables, dee ein redlicher Mann, ein Freund des Miniſteriums wae, und außerdem viele Anſprüche auf die Gunſt der Londoner Bürgerſchaft hatte, Hr. Lyall, ein bekannter Tory, gewählt. In Marylebone wurde der anerkannte miniſteeielle Candidat, Hr. Murray, ohne ſonderliche Mühe bei Seite geſchoben, der Radieale Hr. Whelley gewählt, und ſelbſt dee Toryeandidat, Hr. Hope, hatte weit mehr Stimmen als Hr. Murray. Die Geundſätze des Miniſteriums Geey ſcheinen haſſenswerther als die der Conſervatives. In Sunderland wurde der Freund der Miniſter total geſchlagen. In Gloueeſter ſelbſt, wo die whigiſtiſch geſinnte Familie Berkeley ſo großen Einfluß beſitzt, wurde ein Mitglied dieſer Familie, das eben ein Amt angenommen, und dadurch ſich ganz mit den Miniſtern verbunden hatte, von einem Tory geſchlagen, dee ſelbſt nur wenige Monate voeher verworfen worden war. Woher dieß Alles? Möge es eine heilſame Waenung füe die Miniſter ſeyn. Dieſe Reihe von Niederlagen, wo die Whigs voeher triumphiet hatten, muß als ein Beweis angenommen werden, daß in der Geſinnung des Landes eine Aenderung zum Nachtheile der Miniſter voegeht."

Zu Coventry bildet ſich eine ſtarke Oppoſition, um die Wiedererwählung des nunmehrigen Kriegsſecretärs, Hrn. Edward Ellice, zu hintertreiben, und ſtatt ſeiner einen Sohn von Cobbett ins Parlament zu ſchicken.

Conſols am 12. April 87⅝, ½.

Portugal.

Dee Temps enthält folgendes Scheeiben aus London vom 10. April: „Die letzten Nachrichten aus Oporto ſind der Sache Dona Maeia's nicht ſehr günſtig. Das größte Mißverſtändniß heerſcht zwiſchen Dom Pedro und den Militärchefs, und bei allen Operationen fühlt man die Folge davon. Die hieſigen Agenten der Dona Maria ſchreiben dieß Mißverſtändniß der Ankunft eines Agenten des feanzöſiſchen Cabinets in Oporto zu, dee dem Dom Pedeo die Nacheicht gebeacht habe, Saldanha und Solignac hätten im Sinne, in Portugal eine Republik zu errichten, deren Chef der erſtere ſeyn würde. Dieß ſoll die Urſache ſeyn, weßhalb Dom Pedro zögere, die nöthige Vollmacht abzuſchicken, um die Unterhandlungen übee das neue Anlehen zu Ende zu bringen, ohne welchem es unmöglich iſt, die Mannſchaft und Munition zu liefern, welche unumgänglich nothwendig ſind, wenn die Offenſive ergeiffen werden ſoll. Wenn man den Freunden Dom Pedro's glauben darf, ſo waren die neuerlichen Schritte des Admirals Sartorius mit den Chefs dee Landarmee abgeredet, um den Exkaiſer zu zwingen, das Commando der Aemee aufzugeben, ſich nach Frankreich zueückzuziehen, und den Generälen Saldanha und Solignac freien Raum zu laſſen, nach beſten Einſichten für die Sache Dona Maria's zu handeln. Dieſe Generäle ſollen um ſo lebhaftee auf dee Abreiſe Dom Pedro's beſtehen, als ſie behaupten, nur ſeine Anweſenheit hindere eine große Menge migueliſtiſchee Soldaten, ſich mit den Conſtitutionnellen zu veeeinigen, da ſie Dom Pedro ſeit den Ereigniſſen von Rio de Janeieo perſonlich haſſen. Sie ſagen, vier dee beſten Regimenter Dom Miguels beſtünden geößtentheils aus Soldaten und Offizieren, auf welche die Truppen des Exkaiſers in den Straßen von Rio de Janeiro gefeuert hätten. Der Geiſt dee Rache überwiegt bei dieſen Portugieſen die conſtitutionnellen Ideen, deren Anhänger viele von ihnen ſind. Es iſt ſchwer zu ſagen, was eigentlich an dieſen Geeüchten wahr iſt; leider ſcheint es aber gewiß, daß die Sache der Conſtitutionnellen in Portugal keine Foreſchritte macht. Es wäre ohne Zweifel anders, wenn die Garantien und Vollmachten, denen die engliſchen und franzöſiſchen Agenten entgegenſehen, die begonnenen Rüſtungen und Zuſendungen zu vollenden verſtatteten."

Spanien.

Nachſtehendes iſt der Inhalt der geſtern erwähnten königlichen Decrete: „Die ſeit undenklicher Zeit beſtehende Sitte der regelmäßigen und dieecten Thronfolge in Spanien iſt notoeiſch. Sie ward durch das zweite Geſetz, Titel 15 der 2ten Partida anerkannt und beſtätigt, beſtändig ohne iegend ein gegentheiliges Beiſpiel befolgt, durch die pragmatiſche Sanction vom 29. März 1830, die verlangt und deren Ausfertigung bei den Cortes von 1789, gegen die vorgebliche Neuerung durch das 1713 bewilligte Deeret (auto), das nie eine Wirkung hatte, befohlen waed, wiedee heegeſtellt. Das mehrere Jahrhunderte hinduech ohne Unterbeechung beobachtete Verfahren, daß die Königreiche den Eid leiſten dem älteſten Sohne des Königs als Thronerben, oder in Ermangelung eines Speößlings dee alteſten Tocheer ihres Königs, iſt nicht mindee notoriſch. Da ſonach dieſes Geſetz eine Sitte von ſo undenklicher Zeit und von ſo uralter Ausübung iſt, ſo habe ich durch gegenwärtiges Deeret zu befehlen geruht und befehle, daß meine Königreiche der erlauchteſten Infantinn Donna Maria Iſabella Luiſe, meiner ſehr theuren und vielgeliebteſten älteſten Tochter, als ihrer Erbprinzeſſinn, in Ermangelung eines männlichen Peinzen, den Eid leiſten; und ich befehle, daß dee feierliche Act der Eidesleiſtung und Huldigung am nächſten 20. Juni in dee Hofkirche des königlichen Kloſters des heil. Hieronymus unter dem Beiſitze dee Prälaten, Granden, Titelträgee und Deputirten dee Städte (ciudades), die zu dieſem Ende einberufen weeden ſollen, erfolge; und daß die andern dee bezeichneten Claſſen, die bei dieſee Feierlichkeit nicht repräſentirt wären, in ihren reſpeetiven Wohnſitzen den beſagten Eid und Huldigung in die Hände von Perſonen ablegen, die zu dem Ende beſtimmt werden ſollen. Im Schloſſe, am 4. April 1833. Mit eigenhändiger Unterzeichnung des Königs an den Präſidenten des Conſeils und der Kammee gerichtet." — Ein zweites Deeret iſt folgenden Inhales: „Da der 20. Juni dieſes Jahees dazu beſtimmt iſt, daß meine Königreiche und Vaſallen der Infantinn Donna Maeia Iſabella Luiſe, meinee ſehe theueen und vielgeliebten älteſten Tochter, als Erbprinzeſſinn dieſer Königreiche, in Ermangelung eines männlichen Prinzen, in der königlichen Hofkiechs des Kloſters des heil. Hieeonymus den Eid leiſten, ſo befehle ich, daß durch das Kammereonſeil die gebräuchlichen Zuſammenberufungsſcheeiben an alle Städte, welche Stimmen bei den Cortes haben, gerichtet weeden, damit ſie zur feſtgeſetzten Zeit mit Vollmachten ausgeſtattete Deputirte, um ſich bei dee Junta der Beiſtände der Cortes, die ich ernennen werde, anerkennen zu laſſen, nach Madrid abſenden. Mit eigenhändiger Unterzeichnung des Königs an den Peäſidenten des Conſeils und der Kammer geeichtet."

Rußland.

Das Journal de Francfort gibt in ſeinee Privatcorreſpondenz aus St. Petersburg einen kuezen Abeiß deſſen, was dee Kaiſee von Rußland ſeit Wieder-

herſtellung der Ruhe in Polen zum Vortheile dieſes Landes verfügt hat. Wir entlehnen daraus Folgendes: „Um den erſten Bedürfniſſen des Königreiches aufzuhelfen, hat der Kaiſer aus den disponibeln Fonds des Reiches ein Anlehen von 15 Millionen Rubeln oder 27 Millionen polniſche Gulden bewilligt; 5 Millionen Gulden wurden zur Unterſtützung der Ackerbauer auf das laufende Budget übernommen; auch wies der Kaiſer von ſeinen höchſteigenen Einkünſten Unterſtützungen an. Gleich nach Wiederherſtellung der Ruhe mußte der Generaladjutant Graf Kraſſinski auf ausdeücklichen Befehl des Kaiſees 150,000 fl. unter diejenigen Dorfer vertheilen, die wegen dee Nähe des Kriegsſchauplatzes am meiſten gelitten; auch wurden unter die Landleute die nöthigſten Saatfrüchte veetheilt. Für Rechnung der Regierung wurden 15,000 Stück Hornvieh außer Landes angekauft; dieſe Zahl ſoll unter Mitwirkung der polniſchen Bank auf 40,000 Stück erhoht werden. Da in Folge der Revolution Univerſitäten und Schulen verödet ſtanden, ſo richtete die Regierung vorerſt ihre Hauptſorge auf Wiedereroffnung der untern Claſſen der Schulanſtalten, wo die Jugend bis zum dreizehnten Jahre Untereicht genießt. Die Gerichtshöfe und die Friedensgerichte ſind wieder in ihre frühere Thätigkeit zurückgekehrt. Der Kaiſer will Polen nicht durchs Schwert regieren, und hat den Hauptkern der ruſſiſchen Armee nach wiederhergeſtellter Ordnung aus den Gränzen des Königreichs zueückgezogen."

Vereinigte Staaten von Nordamerika.

Der Charleston Patriot vom 14. Februar enthält folgende Nachricht: „Dem Veenehmen nach haben die unſeligen Zwiſtigkeiten, welche den Staat zeereißen, im Diſtrict Baenwell einen ernſtlichen Conflict zur Folge gehabt. Ueber die näheren Umſtände dabei haben wir noch nichts erfahren können. Da Gerücht ſagt jedoch, daß auf jeder Seite zwei Menſchen das Leben verloren, und daß man ſich tödtlicher Waffen bediente, was noch zu anderem ernſtlichen Unglück Veranlaſſung gab."

Man hatte lange Zeit geglaubt, daß dee Staatsſecretär Hr. Livingſton der Nachfolger des Hrn. Rives als Geſandter in Paris ſeyn werde; jetzt heißt es aber, daß gar kein bevollmächtigter Miniſter, ſondern bloß ein Geſchäftsträger nach Feankreich geſchickt werden würde, und als ſolchen bezeichnet man Hrn. Leavitt Harris, ehemaligen Generalconſul der vereinigten Staaten zu St. Petersburg.

Ein Schreiben aus dem Fort Gibſon vom 12. Jänner meldet, daß eine Compagnie Tirailleurs, die auf Befehl des Capitäns Arbuckle am 5. Jänner gegen die Pahnihs marſchirt war, am vierten Tage ihres Marſches von einem Trupp Kamanſcha-Indianer, etwa 500 Mann ſtark, angegriffen wurde. Die Soldaten kämpften über anderthalb Stunden einen verzweifelten Kampf, endlich aber unterlagen ſie der Mehrzahl, und von allen Seiten umringt, mußten ſie ſich keiegsgefangen ergeben. Einer der Lieutenants, der glücklich entkam, ſagte aus, daß die Wilden in dem Augenblick, wo es ihm gelang zu entfliehen, mit der Opferung ihrer Gefangenen begannen, und man glaubt, daß Keiner mit dem Leben davongekommen ſeyn wird. Auf dieſe Nachricht gingen ſogleich 5 Tirailleurcompagnien ab, um an den Indianern Rache zu nehmen.

China.

Den letzten Nachrichten aus Canton zufolge, waren die Amerikaner dußerſt thätig, ihrem Handel mit China eine größere Ausdehnung zu geben. Es waren mehr amerikaniſche Schiffe als je bei Canton, und das amerikaniſche Kriegsſchiff Peacock (Pfau) war im Begriff, nach Cochinchina und Siam abzugehen, um mit dieſem Reiche ebenfalls Handelsverbindungen anzuknüpfen. In China ſelbſt waren neue Empörungen ausgebrochen, und man glaubt, daß die zuletzt gedämpften bald wieder ausbrechen würden. In Lin-Tſchau waren die Forts der Regierung von den Hochländeen zerſtort worden, und in Canton ein ſtrenger Befehl ergangen, daß die Thore um 10 Uhr geſchloſſen werden ſollten, da viele Diebſtähle vorgefallen waren. In Whampoa hereſchte auf den Schiffen eine bedeutende Sterblichkeit. In Folge der Willkürlichkeiten der Chineſen hatten die engliſchen Kaufleute bei dem Hoppo (chineſiſchen Gouverneur) Tſching eine Bittſcheiſt eingeeicht, den Zoll von engliſchen Ellenwaaren herabzuſetzen, worauf, nach langen Verhandlungen, der Zoll von engliſchen Schnupftücheen, groß und klein, auf 25 pCt. beſtimmt worden war. Der Handel mit den Chineſen war ſehr ſchwer, da nur für wenige Artikel ein eigentlichee Tarif vorhanden iſt. Vom Werth dee eingeführten Aetikel iſt gar nicht die Rede, und die Zölle werden auf die unregelmäßigſte Weiſe erhoben.

Frankreich.

Die Deputirtenkammer beſchäftigte ſich am 13. April zuerſt mit Petitionen. Eine Petition aus dem Departement du Var, mit 1200 Unterſchriften, wollte die Aufhebung verſchiedener Steuern, der geheimen Fonds, der Centealiſation, ferner das Wahl- und Wählbarkeitsrecht jedes 25jährigen ſteuerpflichtigen Franzoſen. Die Commiſſion ſchlug die Tagesordnung vor. Hr. Garnier-Pagès unterſtützte die Petition, wurde aber von dem Siegelbewahrer bekämpft. Die Tagesordnung ward angenommen. Dann nahm die Kammer zwei Geſetzentwürfe in Betreff des Canals zwiſchen der Corrèze und der Vezère, und zur Canaliſation des Fluſſes Vire (im Departement de la Manche) an, wodurch namentlich eine Verbindung zwiſchen der Vire und der Taute eröffnet werden ſoll. Sodann begann die Kammer die Diseuſſion über eines der Coloniengeſetze, verſchob aber, da die Zahl der Mitglieder zum Abſtimmen nicht hinreichte, die Berathung auf den 20. April.

Am 2. April war aus Anlaß der Rückkehr des Biſchofs nach Perpignan eine Emeute in dieſer Stadt. Von dem Thore bis in die biſchofliche Wohnung ward die Kutſche des Biſchofs, deſſen Rückkehr nach Perpignan nicht angezeigt worden war, von einem Theile der Bevölkerung verfolgt, der ziſchte und ſchrie: „Nieder mit dem Jeſuiten!" Als die Kutſche anhielt, häufte ſich eine beträchtliche Maſſe um dieſelbe. Die Behörde mußte die bewaffnete Macht zum Schutze des Biſchofs kommen laſſen, und die Zuſammenrottung ward hierauf mit Gewalt zerſtreut.

Das von Algier nach Toulon zurückgekehrte Linienſchiff Superbe hat am 4. d. M., nachdem es eben erſt freie Practica erhalten, Befehl bekommen, noch am Abende desſelben Tages nach der Levante zu ſegeln, und ſich unter den Befehl des Contreadmirals Hugon zu ſtellen. Der Viceadmiral Duerest de Villeneuve befindet ſich nur auf Urlaub in Toulon, wo er ſeine gefährlich kranke Tochter beſucht. Der Viceadmiral Roſamel, Seepräfect von Toulon, iſt nach Paris berufen und ſoll Hrn. Jurien-Lageavièee, Marinepräfeeten in Rochefort, zum Nachfolger eehalten.

Am 15. April um 1½ Uhr Nachmittags 5 Percents 100 Fr. 90. 3 Percents 76 Fr. 80.

Preußen.

Auf die Geſuche mehrerer homoopathiſchen Aerzte um Erlaubniß zum Selbſtdiſpenſiren ihrer Aezneien iſt von Seiten des Miniſteriums der geiſtlichen, Unterrichts- und Medicinal-Angelegenheiten eine Verfügung erlaſſen wor-

den, wovon die Preußiſche Staatszeitung folgenden Auszug gibt: „Die von den homöopathiſchen Aerzeen gewünſchte Eelaubniß zum Selbſtdispenſiren ihrer Arzneien iſt mit den in Bezug hierauf gegenwärtig beſtehenden geſetzlichen Beſtimmungen durchaus unverträglich. Es würde mithin zu Ertheilung dieſer Erlaubniß eine, zuvor hiernach zu modifirirende, vollſtändige Umänderung der Organiſation des gegenwärtigen Apothekenweſens, ſo wie überhaupt der geſammten Medicinal-Verfaſſung erforderlich werden. Mit einer ſolchen Maaßregel wüede ſich aber jedenfalls nur auf den Geund viel zuverläſſigerer und zu ſichern Schlußreſultaten füheender Beobacheungen und Nachweiſungen, als der bisher vorliegenden, welche ſonach wirklich eine Erfahrung nach den Erforderniſſen, die im Allgemeinen bereits wiſſenſchaftlich hieeüber feſtſtehen, zu begründen im Stande ſind, ſowohl uber den poſitiven eigentlichen Werth des homoopathiſchen Heilverfahrens an ſich ſelbſt, als auch über die wirkliche Abhängigkeit desſelben von der Seitens der homöopathiſchen Aerzte begehrten Befugniß des eigenen Arzneidispenſirens, und auch alsdann immer nur auf dem Wege beſtimmter, dieſerhalb auszuwirkender, geſetzlicher Verordnungen einſchreiten laſſen. Das Miniſterium behält ſich vor, hierüber die ſachdienlichen Ausmittlungen und Einleitungen zu treffen und zu ſeiner Zeit die geeignete Beſchlußnahme herbeizuführen. Bis dahin muß es aber nothwendig bei dee pünctlichen Beobachtung der beſtehenden geſetzlichen Beſtimmungen ſein Bewenden behalten, und daher auch bei der mit dieſen im Einklang ſtehenden Verfügung vom 31. März v. J. lediglich verbleiben. Was übrigens die Anfertigung homöopathiſcher Verordnungen in den Apotheken betrifft, ſo finden auch hier die beſtehenden geſetzlichen Beſtimmungen überall ihre Anwendung. Es ſteht demnach den Apothekern in keinem Falle zu, ein ihnen zugeſandtes homoopathiſches Reeept unter irgend einem Vorwand zurückzuweiſen, vielmehr ſind dieſelben verbunden, ſich der Bereitung der homöopathiſchen Reeepte nach den ihnen ſpeciell dazu zu ertheilenden Vorſchriften, unter möglichſter Veemeidung einer jeden Verzogerung, mit derſelben Bereitwilligkeit, Pünctlichkeit und Gewiſſenhaftigkeit zu unterziehen, welche ihnen ihr Beruf in dieſer Beziehung überhaupt zur unnachläßlichen Pflicht macht."

Niederlande.

Die Staatscourant vom 13. April meldet, daß Se. Majeſtät der König vollkommen von ſeiner Unpäßlichkeit wieder hergeſtellt iſt. — So allgemein die Theilnahme war, welche das Unwohlſeyn Sr. Majeſtät erregte, ſo allgemein äußerte ſich auch die Freude über die gänzliche Wiederherſtellung des geliebten Landesvaters.

Die Haarlem'ſche Courant berichtet: „Wie man vernimmt, hatte man unſerer Seits einige Hoffnung genährt, durch das Anerbieten eines unbeſchränkten Waffenſtillſtandes mit Belgien in London den Weg zum Abſchluſſe eines Präliminartractates zu bahnen. Dieſer Tage ſoll die Antwort von Seiten Frankreichs und Englands auf den von Hrn. Dedel dort entwickelten Vorſchlag angekommen ſeyn, worin wieder auf die Angemeſſenheit der Abſchließung eines Definitivtractates gedrungen wird, wegen der minderen Wichtigkeit der noch in Frage ſtehenden Puncte." — In einem folgenden Artikel fügt dasſelbe Blatt hinzu: „Dieſe Differenzpuncte, welche von den Bevollmächtigten jener Mächte als von ſo untergeordnetem Belange bezeichnet werden, daß ſie ihre Befremdung darüber zu erkennen geben, daß die niederländiſche Regierung ſie nicht vorläufig zur Seite ſtelle, betreffen vornehmlich die Scheldefahrt und die Liquidation des Syndicats."

Es befinden ſich jetzt auf der Schelde von Lillo bis Vlieſſingen im Ganzen 76 holländiſche Kanonierboote, welche auf verſchiedene Stationen vertheilt ſind. Außerdem liegen zwiſchen Bats und der Rhede von Vlieſſingen: der Zeeuw von 90 Kanonen, die Proſerpine von 22 Kanonen, die Meduſa von 60 Kanonen, der Pollux, der Komet, der Dauphin und mehrere andere Corvetten, jede von 22 Kanonen.

Belgien.

Am 12. April Nachmittags gegen 5 Uhr iſt Madame Adelaide, Tante der Koniginn der Belgier, in Begleitung der Prinzeſſinnen Marie und Clementine und des Herzogs von Nemoues, in Brüſſel eingetroffen.

Teutſchland.

Die Carlsruher Zeitung vom 17. d. M. enthält folgenden Artikel: „Auf die von konigl. franzoſiſchen Behörden und von andern Seiten her mitgetheilte Nachricht, daß ungefähr 400 Polen in der Nacht vom 7. d. M. aus ihrem Depot in Beſançon heimlich entwichen, und bereits den 9. d. M. in dem Gebiet des Cantons Bern angekommen ſeien, und zwar, wie aus den Ausſagen ihrer in Beſançon zurückgebliebenen Landsleute, ſodann aus ihren eigenen Aeußerungen auf ihrem Zuge, hervorgeht, in der Abſicht, durch die Schweiz in das ſudliche Teutſchland zu dringen, um daſelbſt aufrühreriſche Bewegungen hervorzubringen und zu unterſtützen, haben Se. königl. Hoheit der Großherzog, nachdem vorher ſogleich auf die erhaltene Nachricht vorläufige Anſtalten zur Sicherheit des Landes in möglichſter Eile getroffen waren, befohlen, daß zwei Escadrons Dragoner in Eilmärſchen in die der Schweiz angränzenden obern Landestheile zur Unterſtützung der vorgedachten Anſtalten abgehen, die heute Früh auch ihren Marſch angetreten haben, und daß ferner noch einige Bataillons Infanterie nebſt der nothigen Artillerie ſo bereit gehalten werden ſollen, daß ſie jeden Augenblick, wenn es die Noth erfordert, dahin abgehen konnen."

Aus Kaſſel ſind am 14. April zwei Escadrons Huſaren und vier Stück leichtes Geſchütz nach der Provinz Hanau abgegangen.

Münchener Blätter bringen die erfreuliche Nachricht, daß Ihre Majeſtät die Königinn von Baiern, deren Geſundheitszuſtand eine Zeitlang Beſorgniſſe erregt hatte, zur allgemeinen Freude wieder auf dem beſten Wege der völligen Wiederherſtellung iſt.

Am 23. April war zu Wien der Mittelpreis der Staatsſchuldverſchreibungen zu 5pCt. in CM. 91 1/16;
detto detto zu 4pCt. in CM. 81 1/4;
Darleh. mit Verlooſ. v. J. 1820, für 100 fl. in CM. — ;
detto detto v. J. 1821, für 100 fl. in CM. —;
Wiener-Stadtbanco-Obligat. zu 2 1/2 pCt. in CM. —;
Conv. Münze pCt. —;
Bankactien pr. Stück — in CM.

Hauptredacteur: Joſeph Anton Edler von Pilat.
Verleger: Anton Strauß ſel. Witwe in der Dorotheergaſſe Nr. 1108.

Im Comptoir des Oeſterr. Beob. iſt erſchienen: Encyclopädie der Kriegskunſt zu Lande. Philoſophie des ganzen Kriegsweſens. — Elemente des Geiſtes, des Characters, der Wiſſenſchaft, der Handlung zum Kriege, und im Kriege. Strategie. Von Johann von Guerard, k. k. penſionirtem erſten Rittmeiſter. Zweite, vom Verfaſſer berichtigte und vermehrte Auflage. Wien 1833. Großoctav. Zwei Bände, broſchirt mit Umſchlag 4 fl. C. M.

Nro. 115

Oeſterreichiſcher Beobachter.

Donnerſtag, den 25. April 1833.

Meteorologiſche Beobachtungen vom 23. April.	Zeit der Beobachtung.	Barometer auf 0° Reaumur reducirt.		Thermometer Reaumur.	Wind.		Witterung.
		Pariſer Maß.	Wiener Maß.				
	8 Uhr Morg.	27.563	28Z. 3L. 11P.	+ 5.0	NW.	ſchwach.	trüb.
	3 Uhr Nachm.	27.558	28 3 10	+ 8.0	NW.	mittel.	Wolken.
	10 Uhr Abnds.	27.671	28 5 3	+ 4.8	NW.	—	heiter.

Großbritannien und Irland.

Dir Londoner Hofzeitung vom 12. April meldet die Ernennung des Viscount Goderich zum Grafen von Ripon und die Anſtellung des F. G. Hill als Vicegouverneur der Inſel Trinidad.

Der Lordlieutenant von Irland hat unterm 10. April eine Proclamation erlaſſen, kraft deren alle weitern Verſammlungen des bekannten, von O'Connell geſtifteten, „Vereins der irländiſchen Freiwilligen,“ als für die Ruhe des Landes gefährlich, verboten werden.

Die engliſchen Blätter fahren fort, den keitiſchen Stand des Miniſteriums und der Landesangelegenheiten überhaupt zu commentiren. Der Morning-Herald ſagt in einem neuen Artikel: „Wir wiſſen nicht, welchen Eindruck dieſe demüthigenden Niederlagen auf Lord Grey perſönlich machen, das aber wiſſen wir, daß einige Menſchen durch Erfahrung klug werden, während andere bei aller Warnung ins Verderben rennen. Unter welche von dieſen beiden Claſſen der edle Lord hinſichtlich der letzten Jahre ſeiner politiſchen Laufbahn ſich einreihen zu laſſen wünſcht, wiſſen wir nicht, das aber weiß Jedermann, was das Reſultat ſeyn wird, wenn man auf einer ſo thörichten Laufbahn verharrt.“ Weit billiger und die Schwierigkeit dieſer Lage berückſichtigend urtheilt die Morning-Chronicle über die Miniſter: „Die Reſultate einiger kürzlich erfolgten Wahlen haben mehr unſer Bedauern als unſer Erſtaunen erregt. Schon lange ſagten wir die Schwierigkeiten voraus, in der ſich die Miniſter zwiſchen den Conſervatives und den Radiealen befinden würden. Die erſten ſind ſtark im Oberhauſe, ſtark in der Kirche, in der Magiſtratur, ihnen ſtanden lange die Hülfsmittel dieſes großen Reiches zu Gebot; ſie wollen keine Reformen, keine Einſchränkungen, keine Abſtellung der Mißbräuche, wodurch ihre Einkünſte beſchränkt würden, und ſie widerſetzten ſich der Reformbill, weil ſie vorausſahen, ſie würde dem Volke die Mittel in die Hand geben, in der Art, wie dieß Land regiert wird, eine vollkommene Aenderung zu Stande zu bringen. Dieſer Partei und der großen Maſſe des Volkes zugleich zu gefallen, iſt daher rein unmöglich. Vor der Refoembill war das Unterhaus eine bloße Ausdehnung des Oberhauſes, worein nur wenige von dem Volke gewählte Mitglieder Eingang fanden. Nach der Reformbill wurde das Unterhaus mit geringen Ausnahmen mit dem Volke identiſch. So ward den Miniſtern die ſchwierige Aufgabe auferlegt, Maaßregeln vorzuſchlagen, die dem der Reform und ihren Folgen feindſeligen Oberhauſe und dem Unterhauſe angenehm wären. Einige Organe der Regieeung gaben ſich große Mühe, das neue Unterhaus als entſchieden miniſteriell, mit Ausnahme einiger wenigen Radiealen, darzuſtellen. Das Paelament eroffnete ſich auch mit ſtarken miniſteriellen Majoritäten, wir ließen uns indeß durch dieſe anſcheinende Stärke nicht täuſchen, denn wir wußten wohl, daß die Repräſentanten nur ſo lange die Miniſter zu unterſtützen wagten, als ihre Maaßregeln populär waren. Da die Miniſter im Unterhauſe eine große Majorität hatten, wandlen ſie ſich hauptſächlich ans Oberhaus, wo ſie bis jetzt allein Schwierigkeiten gefunden hatten. Um dieſes Haus zu gewinnen und den Weg für Verbeſſerungen zu bahnen, die man zur Befriedigung des Volkes ſpäter vorſchlagen mußte, wurde in der Thronrede die iriſche Zwangsbill angekündigt, bald darauf im Oberhauſe eingebracht, und ging ſchnell daſelbſt duech. Mehrere wohlthätige Maaßregeln wurden von den Miniſtern angekündigt, aber dieſe Zwangsbill nahm die ganze Aufmerkſamkeit des Volkes in Anſpruch. Das engliſche Volk verabſcheute die in Irland begangenen Verbrechen, ſah ſie aber als eine Folge des in Irland herrſchenden Elends an, und da Zwangsmaaßregeln ſchon mehrmals ohne Erfolg ergriffen worden waren, ſo hoffte man nur von ſolchen Maaßregeln etwas, die dem Elende abhelfen. Das Volk von England und Schottland erwog indeß nicht gehörig die ſchwierige Stellung der Miniſter in Bezug auf die iriſche Kieche. Das Volk begeiff nicht, weßhalb man eine proteſtantiſche Kirche für eine katholiſche Bevolkerung nöthig erachtete, und wünſchte die Abſchaffung der geiſtlichen Sinecuren. Die Ariſtokratie dagegen betrachtete die Kirche nicht in Bezug auf das Amt, ſondern in Bezug auf die Einkünfte, und es iſt ganz klar, daß keine Maaßregel, welche der iriſchen proteſtantiſchen Kirche einen nur etwas bedeutenden Theil ihres Einkommens entziehen würde, je im Oberhauſe duechgehen wird. Das Volk hingegen betrachtete nue die abſtraete Feage des Rechtes, und berückſichtige nicht genug die Schwierigkeiten der practiſchen Durchführung deſſen, was an ſich betrachtet gerecht ſeyn kann. Die Whigs ſind, wie wir oft bemerkt haben, nur mächtig durch die Mitwirkung der Mittelclaſſen. Die Ariſtokratie und die Kirche ſind großtentheils toryſtiſch. Mit dem Volke ſind die Whigs mächtiger als die Tories, ohne die Unterſtützung des Volkes ſind ſie verhältnißmaßig machtlos. Der Weg, den bisher die Miniſter einſchlugen, iſt unpopulär; das iſt nur allzu klar; wollten ſie aber ihre Politik ändern, ſo hätten ſie im Augenblicke das Oberhaus gegen ſich. Könnte das Volk ſeine Ungeduld bezähmen, die Maaßregeln, welche kürzlich eingebracht wurden, — nämlich die Unterſuchung über die Coeporationen, die Bill über Localgerichte, die iriſche Kirchenreform, die Reformen in der oſt- und weſtindiſchen Sache u. ſ. w., würden zweifelsohne viel Gutes hervorbringen, und jeder abgeſchaffte Mißbrauch würde die Abſchaffung anderer erleichtern. Auch iſt wohl zu bedenken, daß ein allzu raſches Voewärtstreiben Verwirrung anrichten könnte, die wir ſchwer zu büßen haben würden. Es iſt ganz klar, daß das Oberhaus jede nicht ſehr ſtufenweiſe vorgenommene Reform nur nach ſehr heftigem Kampfe zugeſtehen würde. Nicht minder klar iſt es, daß wir ie** von der

Digitized by Google

Gnade dee Krone und dee Conſervatives abhängen. Entzöge der König den Whigs ſein Zutrauen, erfolgte in dieſem Augenblick eine Auflöſung des Parlaments, ſo wüede das nächſte toryſtiſch. So begierig indeß die Tories nach der Gewalt ſeyn mögen, ſo iſt es doch eine Frage, ob ſie unter den jetzigen Umſtänden es wagen würden, wieder daenach zu greifen. Ihee Politik iſt ehee, die Whigs handeln zu laſſen und ſich auf dee Defenſive zu halten. Die jetzige Unpopulaeität dee Whigs wäre bald vergeſſen, wenn die Toeies wieder zue Gewalt kämen und die Reaction könnte fuechtbar ſeyn. Hätte unſee Rath einiges Gewicht bei dem Volke, ſo würden wir ihm eathen, Alles zu vermeiden, was zu extremen Schritten führen kann. Man erwäge die künſtliche Lage unſeres Landes, welche Menge Menſchen nue durch Credit beſtehen, und welches unberechenbare Unheil aus einer Unterbrechung der Ordnung hervorgehen könnte. Treibt die Miniſter, wenn es euch gefällt, zu Einſchränkung und Abſchaffung von Taxen, aber wenn auch die Wiekung euren Erwartungen nicht entſpricht, ſetzt eurem Unmuth Geänzen. Wir ſind keineswegs dee Meinung, daß die Miniſter ſich allenthalben klug benahmen. Der Ton einiger miniſteriellen Organe war manchmal nicht bloß unpolitiſch, ſondern auch beleidigend gegen das Volk. Die Affection, mit der man die Conſeevatives zu gewinnen wünſchte, wae zu auffallend, und man ſchien die Spaltung hervorbringen zu wollen, die jetzt ihee Früchte trägt. Aber geſchehene Dinge ſind geſchehen. Die Miniſtee ſind redlich und entſchloſſen, mit dee jetzigen Conſtitution auf dem Wege der Verbeſſeeungen ſo weit zu ſcheeiten als ſie können. Wie müſſen bedenken, daß unter dee jetzigen Conſtitution kein Miniſterium weiter gehen kann, wenn nicht Dinge erfolgen ſollen, die kein Freund des Landes wünſchen kann. Wir wollen bedenken, daß die Ariſtokratie dieſes Landes mächtig iſt, und daß gewaltthätige Maaßregeln nur aus zwei Abtheilungen eine Partei machen würden, die eine große Maſſe Volkes um ſich verſammeln könnte. Die, welche auf das Volk Einfluß haben, ſollten unter dieſen Umſtänden gemäßigt zu Werke gehen." — Auch der Globe kann ſich das Sinken der miniſteriellen Majorität und Popularität nicht verbergen, und deückt ſeine Anſichten auf nachſtehende Weiſe aus: „Wir glauben, die Klagen mehreree ehemaligen Freunde der Miniſter über ihee Schwäche entſpringen mehr aus der Aet ihrer Stellung und dem Gefühle ihrer Pflichten, als aus einem Mangel an Eneegie und Geſchicklichkeit, denn ſie haben dieſe Eigenſchaften ſo gut als ein lebendee Staatsmann in höchſt ſchwierigen Umſtänden gezeigt. Ihre Tadler werden zugeben, daß, wenn die Miniſtee foetdauernd die Angelegenheiten des Landes leiten, ſie dieß als eedliche Männer nach ihrer eigenen Anſicht von dem, was dem Lande nützlich iſt, thun müſſen, und nicht indem ſie Anhänger, ſo zahleeich oder ſo mächtig dieſe auch ſeyn mögen, auf Koſten ihrer eigenen Ueberzeugung gewinnen. Während des Fortſchrittes dee Reformbill wueden die Miniſter von Vielen unterſtützt, welche die Conſtitution zu ſtürzen wünſchten, von Vielen, welche über deren Erhaltung und Verbeſſerung ganz andere Anſichten hatten, als die Miniſter. Dieſen Parteien gehen die politiſchen Aenderungen nicht raſch genug voe, ſie weeden mit dem Miniſteeium unzufeieden, fallen ab, oder werden Feinde, und dieß geſchieht, während die Conſeevatives noch immer ſo feindſelig bleiben, wie zuvor. Unter dieſen Umſtänden ſind die Whigs, von denen einige Meinungsſchattirungen den Revolutionärs weit näher ſtehen als den Conſervatives, in großer Verſuchung, ſich die Unterſtützung einer bedeutenden Partei im Lande zu gewinnen, indem ſie große Veränderungen ankündigen, deren Folgen ſie entweder nicht abſehen, odee von denen ſie mehr Uebles als Gutes erwaeten, oder indem ſie die königliche Präeogative auf eine gewaltſame Art ausüben, wodurch die Partei dee Conſervatives gebeochen und der Enthuſiasmus der Gegenpartei erregt würde, und welche Vergnügen an der Demüthigung der erſteren fände. Wollten die Miniſter ſich nur im Amte behaupten, ſo würde dieß weit leichter ſeyn, wenn ſie die Aufregung unterhalten und ſich an die Spitze der Bewegung ſetzen, als wenn ſie auf ihrem gemäßigten, für Männee von ihree Ueberzeugung einzig redlichen Wege verhaeren."

Der Globe, welcher unlängſt Mehmed Ali's Antwoet an Admiral Rouſſin (veegl. unſer vorgeſtriges Blatt) mitgetheilt hatte, gibt in ſeinee Nummee vom 13. d. M. folgendes Actenſtück aus derſelben Fedee mit nachſtehender Einleitung: „Wir theilten geſtern ein Schreiben Mehmed Ali's mit, deſſen Inhalt uns vermuthen ließ, es ſei mit franzöſiſcher Hülfe abgefaßt worden. Der Styl des nachſtehenden erſcheint uns dagegen als rein ägyptiſch. „„Ueberſetzung eines geheimen gedruckten Circulars an alle Diſtrictsbeamten in Aegypten, datirt Alexandria am Ende des Ramadan (19. Februar 1833). Du haſt bereits Befehl erhalten, gleich die Steuer für den letzten Monat Schaban einzuſenden. Bis jetzt iſt ſie noch nicht eingegangen, dee Ramadan iſt vorüber, und ich erwarte ſie immer noch. Daraus erhellt klar, daß du ein nachläſſigee Dummkopf, und es bietet einen neuen Beweis, daß du ein Eſel biſt. Da du nicht begreifen kannſt, wie dringend nöthig es iſt, daß das Geld ſogleich herbeigeſchafft werde, ſo ſende ich dir .... (hier iſt eine leeee Stelle, die mit dem Namen des Ueberbringers ausgefüllt werden ſoll.) Bei ſeiner Ankunft wieſt du ihn keinen Augenblick aufhalten, ſondern ihm ſogleich die mit Ablauf vergangenen Monats verfallene Steuer einhändigen. Hältſt du den Ueberbringee auf odee ſäumſt du, ihm die ganze veefallene Summe zu bezahlen, ſo ſollſt du's büßen, ſobald es zu meiner Kenntniß kommt; ſei verſichert, ich will dich in Stücke reißen. Und nun handle darnach. Dieß iſt mein Wille. Mehmed Ali."

Conſols am 13. Apeil 87⅞, ¾.

Vereinigte Staaten von Nordameeika.

Newyorker Blätter bis zum 23. März bringen die Nacheicht, daß der Convent in Südearolina alle früheeen Nullificationsaeten und Veeordnungen in Folge der hinſichtlich des Tarifs von dem Congreß gemachten Conceſſionen aufgehoben und nullifizirt habe, wodurch dieſee Streit nun ohne Blutvergießen auf gütlichem Wege ausgeglichen iſt.

Griechenland.

Der Oſſeevatoee Teieſtino theilt einige ältere Nachrichten aus Nauplia vom 15. Februar mit, die aus dem Jouenal de Smyrne genommen ſind: „Die kaum ſeit 14 Tagen dahier angekommene Regentſchaft," heißt es in dieſem Aetikel, „hat bei einigen leidenſchaftlichen und kurzſichtigen Menſchen Unzufriedenheit eeeegt, nicht wegen deſſen, was ſie gethan, ſondern was ſie glaubte, daß man für den Augenblick noch nicht thun dürfe. Alle Unbefangenen aber ſind mit iheem klugen und vorſichtigen Benehmen vollkommen zufrieden; ſie ſehen ein, daß die neue Staatsgewalt, ehe ſie zu Handlungen ſcheeitet, erſt die Menſchen und Dinge recht kennen lernen müſſe. Wer könnte auch die abgeſchmackten Forderungen alle erfüllen, die anmaaßende Menſchen von allen Seiten machen? Wer da nur Einmal eine Flinte von hinten auf einen Türken abgedrückt, oder Nachts auf dee Landſtraße Wache ſtand, glaubt ſich unbeſteeitbaee Rechte auf den Dank der Nation erworben zu haben; Alles, mit oder ohne Verdienſt, will ſeinen Theil an den 60 Millionen Franken des Anlehens eehalten; würde man

Digitized by Google

auf ſie achten, ſo würde die Staatscaſſe eher erſchöpft, als ihre Geldgierde befriedigt ſeyn. Die Regentſchaft hat ihre Stellung durchaus richtig aufgefaßt; ſie übereilte nichts, und wußte ſtets das Rechte zu treffen. Sie behielt die Miniſter und alle Angeſtellten der proviſoriſchen Regierung in ihren Aemtern, wird aber hinſichtlich der letzteren ſpäter eine Auswahl treffen. — Die baieriſchen Truppen ſind gut angeführt, ſie ſchicken ſich ganz in die Umſtände, und werden unter dem Beiſtande der moraliſchen Macht, womit der Schutz der Allianz den neuen Monarchen bekleidet, die theilweiſe noch vorhandenen Unruheſtifter bald zu gänzlicher Ruhe und Ordnung bringen. Die franzöſiſchen Truppen haben ſich größtentheils eingeſchifft, und werden in ein paar Tagen nach Frankreich auf dem Wege ſeyn. Der franzöſiſche Admiral Hugon hat ſich nach Navarin begeben, um dem General Gueheneue bei ſeiner Abfahrt Beiſtand zu leiſten. — Die neue Regierung beſchäftigt ſich mit der Organiſation der Armee; auch die Marine hat ihre Aufmerkſamkeit auf ſich gezogen; ſie hat zu dieſem Zwecke eine Ausarbeitung verlangt, die ihr nächſtens übergeben werden ſoll. Dieſer Theil iſt es aber auch hauptſächlich, der nicht bloß Modificationen, ſondern eigentliche Creationen verlangt, da das Perſonal dieſes öffentlichen Dienſtzweiges in keinem Verhältniſſe mit dem Materiellen deſſelben ſteht; man zählt nur wenige ganz einfache Briggs, wofür es aber deſto mehr Admiräle gibt, von denen einer auf den andern eiferſüchtig iſt, und die Maaßregeln der Regierung zu lähmen ſucht. Die Mitglieder der Regentſchaft flößen, ſowohl was ihre Talente, als was ihre Anſichten betrifft, das größte Vertrauen ein, daher man ſich viel von ihnen verſpricht. Kein Menſch ſtellt es in Abrede, daß ihre Aufgabe in einem Lande, wo Alles, ja gar Alles erſt wiederhergeſtellt oder vielmehr ganz neu geſchaffen werden muß, ſehr ſchwer iſt. Die Hoffnung zieht hellglänzend über Griechenland herauf, und Jedermann freut ſich, eine Zukunft zu erblicken, die eine lange Reihe glücklicher und ruhiger Tage verſpricht." — Der Staatsſecretär des Aeußern, Hr. Trikupis, hat aus Nauplia vom 31. Jänner (12. Februar) ein Schreiben an den Baron de Rouen gerichtet, worin er demſelben das Mißvergnügen ausdrückt, das Se. Majeſtät der König in mehr als Einer Hinſicht bei Erblickung des Artikels empfunden, der in dem Miroir Grec über die zu Argos ausgebrochenen Unruhen geſtanden, und worin das griechiſche Volk zum Unwillen gegen die königlich franzöſiſchen Truppen aufgereizt worden. Nach allen der Regierung zugekommenen Anzeigen, heißt es in dieſem Schreiben, konne der Unfall in Argos nur den Ruheſtorern beigemeſſen werden, die ihn hervorgerufen haben. Der Schluß lautet: „Se. Majeſtät beauftragen mich, noch eine andere Pflicht gegen Sie zu erfüllen, und Sie, Hr. Baron, zu bitten, daß Sie Ihrer Regierung Allerhöchſtdeſſen Dank ſowohl für die ausgezeichneten Dienſte, die die franzöſiſchen Truppen bis auf dieſen Tag dem Lande geleiſtet, als für die Geſinnungen der Freundſchaft bezeigen, die ihr Anführer, Hr. General Gueheneue, erſt noch neulich bewieſen, wie auch für das lebhafte Intereſſe, das ſie unaufhörlich an der Nationalſache genommen." — Aus Negroponte wird vom 8. Februar gemeldet, daß ſich in Griechenland ſeit den letzten drei Monaten der Werth des Eigenthums um das Doppelte vermehrte. Unter andern Gerüchten wird auch dasjenige widerlegt, als ob die Türken, die ihr Eigenthum friedlich einſchätzen ließen, gezwungen ſeien, daſſelbe zu verkaufen, und ſich nach der Türkei zurückzuziehen. Denjenigen, die ſich nach der Türkei zurückziehen wollen, iſt ein Termin feſtgeſetzt, bis zu welchem ſie ihre Habe verkaufen können; die aber in dem neuen griechiſchen Staate zu verbleiben wünſchen, können es aber ungehindert thun, wenn ſie ſich den Landesgeſetzen unterwerfen. — Daſſelbe Blatt enthält folgende Antwort der griechiſchen Regentſchaft auf eine Mittheilung der proviſoriſchen Regierung: „Den HH. Mitgliedern der Verwaltungscommiſſion des Konigreiches Griechenland zu Nauplia. Die Regentſchaft des Konigreiches Griechenland hat den von der Verwaltungscommiſſion unterm 13. (25.) d. M. an ſie gerichteten Bericht erhalten. Tief von der Nachricht jener Unordnungen und Unfälle betrübt, deren Schauplatz vor Kurzem Argos geweſen, und die von den ſtrafbaren Ausſchweifungen einiger Uebelgeſinnten herrührten, findet die Regentſchaft einen ſüßen Troſt in der ihr von der Commiſſion zugleich ausgedrückten Verſicherung, daß die Ruhe ſchnell wieder hergeſtellt worden. Feſt entſchloſſen, von ihrer Ankunft an, für Unterdrückung jedes Attentats die geeignetſte Sorge zu tragen, das gegen die öffentliche Ordnung und gegen die geſetzmäßige Autorität fürder gewagt werden ſollte, wird ſie alle ihr zu Gebote ſtehenden Mittel anwenden, um ſo ſchnell als möglich den Unfällen und Vexationen, deren Beute Griechenland ſchon zu lange geweſen, und worunter die friedlichen Einwohner ſeufzen, ein Ende zu machen. — Am Bord des Madagascar, auf der Höhe von Aſtros, den 17. (29.) Jänner 1833. — (Unterz.) Armansperg. von Maurer. Ritter von Heideck."

Frankreich.

Der Moniteur enthält eine Tabelle über den Ertrag der indirecten Steuern während der drei erſten Monate des Jahres 1833. Die Einnahme zeigt einen Ueberſchuß von 8,757,000 Fr. über das erſte Vierteljahr von 1831 und von 3,710,000 Fr. über das von 1832.

Der Nouvelliſte ſagt: „Ein Journal meldet, daß man 10,000 Mann Verſtärkungen nach Paris kommen laſſe, um einer Emeute die Spitze zu bieten. Die Sache iſt durchaus falſch. Es wird weder eine Emeute, noch irgend eine Unordnung geben, und in jedem Falle ſind die gegenwärtigen Mittel mehr als hundertfach zureichend, um eine Handvoll Unruheſtifter im Zaume zu halten." — Die Tribune beharrt nichtsdeſtoweniger bei ihrer Behauptung, daß man militäriſche Rüſtungen mache, die eine große Gefahr verkündeten; ſie ſagt: „Truppen aller Waffen concentriren ſich in Paris. Man hat kleine Feldſtücke dahin gebracht. Man hat Transporte von Schießpulver kommen laſſen, und ſoll auf dem Rathhauſe einen Theil deſſelben niedergelegt haben. Man unterhält die Nationalgarde und die Soldaten in einem wahren Zuſtand der Aufreizung gegen diejenigen, die man ihnen als Ruheſtörer bezeichnet. Mehrere irre geleitete Offiziere ſollen ſich in drohenden Ausdrücken erklärt haben, die wir nicht wiederholen wollen. Das Stichwort iſt, daß man „mit den Feinden der Regierung ein Ende machen wolle." Mit den militäriſchen Vorbereitungen verbindet man noch andere. Man richtet 5 bis 600 auffordernde Agenten ab. Sie ſollen am Dinſtag (23.) auf öffentlichen Plätzen mit der rothen Mütze auf dem Köpfe die Republik ausrufen, ſich zuerſt in die Nähe der Kammer begeben, und dann in die Vorſtädte verbreiten. Man nennt den Schneider, welcher die rothen Mützen habe verfertigen müſſen. Endlich ſpricht man noch immer von der Verhaftung von etwa 120 Bürgern am nächſten Dinſtag Morgens, worunter die Chefs der Sectionen der Geſellſchaft der Menſchenrechte ſeyn ſollen. Dieſe Maaßregel würde den Zweck haben: 1) auf einige Zeit eine gewiſſe Zahl von Patrioten ins Gefängniß zu werfen; 2) Gährung im Schooße dieſer mächtigen Geſellſchaft aufzuregen, und ſie auf dieſe Art entwaffnet der Willkür und Rache ihrer Feinde zu überliefern; 3) an

Digitized by Google

eine Verſchwörung glauben zu machen, und zu behaupten (wenn, wie wir hoffen, alle dieſe Verſuche fruchtlos bleiben), dieß ſei die einzige Art geweſen, ſie zu vereiteln." Die Tribune theilt ſogar umſtändlich die ſchlachtförmige Aufſtellung der Truppen nach den Nummern der Legionen und Regimenter mit der Reſervecavallerie und der Artillerie in den elyſäiſchen Feldern mit.

Am 15. April 5Percents Fin Courant geſchloſſen zu 101 Fr. 3Percents Fin Courant geſchloſſen zu 77 Fr. 25. — Am 16. April um $1\frac{1}{4}$ Uhr Nachmittags 5Percents 100 Fr. 95. 3Percents 77 Fr. 25.

Teutſchland.

Ihre Majeſtät die verwitwete Königinn und Ihre königliche Hoheit die Prinzeſſinn Marie von Baiern ſind am 18. April Vormittags von München nach Dresden abgereiſt.

Die Frankfurter Oberpoſtamtszeitung meldet aus Gießen vom 16. April: „Die hieſige Gendarmerie wurde vor einigen Tagen damit beauftragt, mehrere der an den beiden Polizeidienern Keßler und Schneider verübten Schandthat verdächtige Subjecte in einem unweit der Stadt gelegenen Wirthshauſe zu arretiren. Bei ihrer Ankunft daſelbſt traten dieſe Verdächtigen, in Begleitung von beiläufig 16 bis 20 Individuen, aus dem Wirthshauſe heraus und ſuchten, nachdem ſie zuerſt die empörendſten Verwünſchungen und Schimpfworte gegen Alles, was einem braven Staatsbürger heilig iſt, ausgeſtoßen, nach einem benachbarten Dorfe, Kleinlinden, zu entrinnen. Die Gendarmerie, welche denſelben ſogleich nacheilte, um ſich der Verdächtigen zu bemächtigen, wurde anfangs von deren ſauberen Conſorten durch ſtetes Hin- und Herſtoßen in ihrem Vorhaben gehindert, bis es ihr endlich nach langem Bemühen gelang, eines dieſes Individuen zu arretiren. Jetzt drangen die Begleiter auf die Gendarmen, welche den Arreſtanten in ihre Mitte genommen, ein, und ſuchten ihnen unter Schimpſen und Angriffen den Arretirten wieder zu entreißen, welches ihnen jedoch nicht gelang. Sie zogen zwar der Gendarmerie noch bis ganz in die Nähe der Stadt nach, allein als ſie die Unmöglichkeit einer Befreiung einſahen, entfernten ſie ſich und kamen erſt am Abend in der Hoffnung, von der Gendarmerie nicht gekannt worden zu ſeyn, auf Umwegen in die Stadt, wo jedoch mehrere derſelben auf gemachte Anzeige der Gendarmerie alsbald in der Stille inhaftirt wurden. Bei dem ganzen Vorfalle wurde nur einer der Angreifer durch einen Bayonnetſtich eines Gendarmen verwundet, welches bei der Hartnäckigkeit der wiederholten Angriffe ſehr zu verwundern und wohl nur allein dem beſonnenen Benehmen des die Gendarmerie anführenden Wachtmeiſters zuzuſchreiben iſt. Uebrigens iſt man hier ſehr erfreut, dieſe nur der niedrigſten Hefe des Volkes angehörenden, gefährlichen Subjecte bereits in den Händen der Obrigkeit zu ſehen, und hofft, daß dieſelben recht bald die ſo ſehr verdiente Strafe treffen wird."

Nachrichten aus Frankfurt vom 15. April (in der Allgemeinen Zeitung) zufolge, ſind bis jetzt folgende Individuen der am 3. l. M. vorgefallenen Meuterei wegen daſelbſt gefänglich eingebracht: Bernhard Julius Dahner aus Rugenwald; Bernhard Litzius aus Aſchaffenburg; Hermann Joſeph Freund von hier; Hermann Friedrich Handſchuh aus Niederwern; Ignaz Sartori aus Würzburg; Jean Treuſch aus Wulldorf; Carl Pfreſchler aus Crönach; Eduard Fries aus Grünſtadt; Ernſt Mathiä von hier; Hermann Friedrich Mooret aus Grünſtadt; Georg Nahm aus Griesfeld; Friedrich Koch aus Kaſſel; Wilhelm Reutlinger von hier; Peter Kratz aus Offenbach; Joſeph Sänger aus Augsburg; Wilhelm Zeller aus Nürnberg; Julius Rupner aus Wunſiedel; Ludwig Silberroth aus Durlach; Carl von Reitzenſtein aus Celle; Theodor und Carl Obermüller aus Carlsruhe; Michael Grob aus Krumbach; Joſeph Hengſt aus Durlach; Georg Müller aus Dreieichenhain; Joſeph Stahl aus Altendorf; Alban genannt Baumbach aus Würzburg; G. Ludwig Ruppel aus Nieder-Urſel und fünf Bauern aus Bonames.

In einem Correſpondenzartikel aus Frankfurt vom 17. April (in der Allgemeinen Zeitung) heißt es: „In Betreff des neulich erſtatteten Berichts über das öſterreichiſch-preußiſche Occupationscorps habe ich noch Einiges nachzuholen. Das preußiſche Contingent beſteht aus zwei Compagnien vom 35ſten und zwei Compagnien des 36ſten Regiments, wovon die erſteren zu Bornheim, die letzteren zu Bockenheim und Rödelheim einquartirt worden ſind. (Erſteres kurheſſiſch, letzteres großherzoglich heſſiſch.) Von der zu Sachſenhauſen caſernirten öſterreichiſchen Infanterie beziehen täglich 25 Mann nebſt einem Offizier die Wache im Bundestagspalais, die Hauptwache aber am unteren Ende der Mainbrücke iſt 30 bis 40 Mann ſtark. Von dieſen werden je zwei Poſten an jedem Ausgange der Mainbrücke detaſchirt, bei Nacht aber noch ein oder zwei Poſten in deren Mitte. — Wie man hört, hat ſich in den Frankfurter Ortſchaften die fremde Beſatzung gar bald mit den dortigen Einwohnern befreundet. Oeſterreicher wie Preußen haben ſich freiwillig erboten, ihren Quartiergebern bei der Gartenarbeit hülfreiche Hand zu leiſten. Preußiſche Soldaten ſieht man gar nicht in der Stadt; wie man hört, darf keiner ohne ſpecielle Erlaubniß ſeine Cantonnirung verlaſſen. Von den Oeſterreichern, die in Sachſenhauſen ſtehen, ſah man zeither kleine Trupps in der Stadt ſpazieren gehen. — Ein Bruder des verwundeten und hier in Arreſt befindlichen Studenten Rupner aus Wunſiedel kam vorgeſtern hier an. Er iſt, mit guten Empfehlungsſchreiben verſehen, von ſeiner Familie geſchickt worden, um ſich durch perſönlichen Augenſchein von der Identität der Perſon des Arreſtanten zu überzeugen. Nach jenen Schreiben iſt Rupners Vater geiſtlicher Decan zu Wunſiedel. — Nach Briefen aus Mainz wird dort heute ein Bataillon Preußen, von Coblenz kommend, einrücken, um den Abgang der hierher entſandten Mannſchaft zu erſetzen. Indeſſen gehörte dieſes Bataillon, ſo wie ein anderes, das zu Kreuznach liegt, eigentlich ſchon ſeit länger zum preußiſchen Contingente der Mainzer Bundesgarniſon, war aber, um die dortige Bürgerſchaft möglichſt zu erleichtern, bis jetzt entfernt gehalten worden."

Am 24. April war zu Wien der Mittelpreis der Staatsſchuldverſchreibungen zu 5 pCt. in CM. $91\frac{1}{4}$;
detto detto zu 4 pCt. in CM. $81\frac{11}{16}$;
Darlehen mit Verlooſ. v. J. 1820, für 100 fl. in CM. $187\frac{7}{10}$;
detto detto v. J. 1821, für 100 fl. in CM. $133\frac{1}{4}$;
Wiener Stadtbanco-Obligat. zu $2\frac{1}{2}$ pCt. in CM. 52;
Kurs auf Augsburg für 100 Gulden Curr., Gulden $98\frac{1}{2}$ Br. Uſo. 2 Monat. — Conv. Münze pCt. —— ;
Bankactien pr. Stück $1183\frac{1}{2}$ in C. M.

Hauptredacteur: Joſeph Anton Edler von Pilat.

Verleger: Anton Strauß ſel. Witwe in der Dorotheergaſſe Nr. 1108.

Digitized by Google

Nro. 116

Oeſterreichiſcher Beobachter.

Freitag, den 26. April 1833.

Meteorologiſche Beobachtungen vom 25. April.	Zeit der Beobachtung	Barometer auf 0° Reaumur reducirt. Pariſer Maß.	Barometer Wiener Maß.	Thermometer Reaumur.	Wind.		Witterung.
	8 Uhr Morg.	27.618	28 Z. 4 L. 7 P.	+ 4.5	NW.	ſchwach.	Wolken.
	3 Uhr Nachm.	27.618	28 4 7	+ 9.5	WNW.	—	trüb.
	10 Uhr Abnds.	27.621	28 4 8	+ 5.0	NNW.	ſtill.	heiter.

Frankreich.

Der 16. April war der Tag, an welchem Hr. Lionne, der verantwortliche Geſchäftsführer der Tribune, vor die Schranken der Deputirtenkammer geladen war, um von ihr wegen der dieſer Kammer zugefügten Beleidigungen gerichtet zu werden. — Der Saal bot einen ungewöhnlichen Anblick dar. Vor den Bänken der Linken war eine Erhöhung angebracht, um den angeklagten Geſchäftsführer der Tribune und ſeine Vertheidiger (die HH. Cavaignac und Marraſt) zu empfangen. Die Gallerie war dicht gedrängt voll; beſonders fehlte es nicht an Neugierigen vom ſchönen Geſchlechte, welche mit ihrem ſchönſten Putze, wie in einem Schauſpielhauſe oder bei einem Balle, ſich auch hier ſehr zahlreich eingefunden hatten. Gegen 1 Uhr trat der Präſident Dupin ein, ernſt und gravitätiſch, im ſchwarzen Frack mit dem Ehrenlegionskreuz. Alle Mitglieder der Kammer hatten ein gleiches feſtliches Ausſehen; leere Plätze waren ausnahmsweiſe heute keine zu ſehen. Der Präſident bemerkte, mehrere Mitglieder verlangten die Entfernung von Perſonen, welche ſich in die Seitengänge hereingedrängt hätten; da ſie der erſten Aufforderung, ſich zu entfernen, nicht Folge geleiſtet haben, ſo müſſe er jetzt den förmlichen Befehl dazu geben. Nur mit Mühe gelang es den Kammerboten und Thürſtehern, die aufdringlichen Neugierigen aus dem Umkreiſe der Verſammlung zu entfernen. Nach hergeſtellter Ordnung erinnerte der Präſident daran, daß Hr. Lionne, Geſchäftsführer der Tribune, von ihm aufgefordert worden ſei, heute vor der Kammer zu erſcheinen. Ehe der Angeklagte jedoch eingeführt wurde, ließ der Präſident vorher zum namentlichen Aufruf ſchreiten, damit erſichtlich werde, ob die Kammer gehörig conſtituirt ſei, und damit die jetzt Abweſenden nachher bei der Abſtimmung nicht Theil nehmen könnten. Mehrere Mitglieder, welche ſämmtlich der Oppoſition angehörten, wiederholten ihre Erklärung, entweder an der ganzen Verhandlung oder an der Berathung keinen richterlichen Antheil nehmen zu wollen. Andere wollten ſich das Recht vorbehalten, dieſe Erklärung auch noch ſpäter vor der förmlichen Abſtimmung von ſich zu geben. Man bemerkte, daß die HH. Laffitte, Mauguin und Odilon-Barrot bei dem Aufrufe einfach mit „hier!“ antworteten. Die HH. Viennet, ſo wie Teſte und Comte glaubten aus perſönlichen Gründen nicht mitſtimmen zu dürfen. Im Ganzen haben ſich 63 Mitglieder recuſirt (d. h. allen Antheil an der Berathung und Abſtimmung abgelehnt). Dieſe und andere Förmlichkeiten hatten faſt zwei Stunden lang gedauert, nach deren Ablauf der Präſident endlich erklärte, daß 388 Mitglieder anweſend ſeien, aber 63 keinen Antheil an der Berathung nehmen wollen, ſo daß alſo noch die mehr als hinreichende Anzahl von 323 abſtimmenden Mitgliedern übrig bleibe. Nach einer kurzen Ermahnung an die Kammer und das Publicum ließ der Präſident um 2¹/₄ Uhr den Angeklagten mit ſeinen Vertheidigern, den HH. Marraſt und Cavaignac, in den Saal rufen. Die Eintretenden nahmen an dem für ſie beſtimmten Sitze Platz, und nach den üblichen Vorfragen bemerkte der Präſident den Vertheidigern, daß ſie nichts ſagen dürften, was gegen ihr Gewiſſen oder gegen die dem Geſetze ſchuldige Achtung ſei. Hr. Marraſt hatte zuerſt das Wort. Er begann damit, im Namen des Hrn. Lionne zu verlangen, daß 25 Abgeordnete, welche von der Tribune in ihrem parlamentariſchen Leben perſönlich angegriffen worden ſeien, eben ſo gehalten ſeyn ſollten, aus perſönlichen Gründen nicht mitzuſtimmen, wie die Herren Teſte und Comte, welche von ſelbſt auf dieſes Recht verzichtet hätten. Der Präſident wollte dem Angeklagten dieß Beanſtandungsrecht nicht zugeſtehen, während die HH. Odilon-Barrot, Mauguin und Iſambert es ihm zuerkannten, oder wenigſtens die Kammer befragt wiſſen wollten. Hr. Iſambert verlangte ſogar namentlichen Aufruf. (Lebhafte Einſprache.) Die Kammer verwarf durch Acclamation den Antrag des Hrn. Marraſt. Hr. Cavaignac: Ich bitte die Kammer, ſich aller Unterbrechungen zu enthalten, welche die Vertheidiger in ihrer Faſſung ſtören könnten. Präſident: Ich habe ſchon dieſe Bemerkung gemacht; in meinem Munde war ſie erlaubt, in dem Ihrigen iſt ſie nicht am Ort. Hr. Cavaignac: Es ſollte keine Bemerkung, ſondern nur eine Bitte ſeyn. Wir wollen nicht glauben, daß die Richter, vor welchen wir ſtehen, unſere Feinde ſind, wenn man gleich in politiſchen Dingen gewöhnlich nur von ſeinen Feinden angegriffen wird. Wir ſehen hier nur Richter. Die Kammer geſtattet der Preſſe die Beurtheilung der Kammerverhandlungen; es iſt dieß Oeffentlichkeit gegen Oeffentlichkeit. Greift die Preſſe die Kammer an, ſo hat dieſe die Tribune, um ſich zu vertheidigen; ſie hat ihre Redner, ihre Journale. Der Preſſe wird es immerhin erlaubt ſeyn, die Kammerverhandlungen anzugreifen, ſo lange dieſe Kammer für die Vertreter aller Claſſen des Volkes ohne Unterſchied unzugänglich iſt. Bis jetzt noch muß es erlaubt ſeyn, eine ſtrenge Kritik gegen die Mandatare eines nur ſehr ſchwachen Theiles der franzöſiſchen Nation auszuüben. Kann eine Kammer, um auf die Frage ſelbſt näher einzugehen, verkäuflich ſeyn oder nicht? Ja, ſie kann es, und man kann dieß ſagen, ſelbſt wenn man nur einen ſolchen Verdacht hegt. Die Kammer hatte ſich, als der angeſchuldigte Artikel über die Befeſtigungswerke von Paris geſchrieben wurde, über den Plan der Miniſter, Baſtillen gegen die Pariſer Bevölkerung zu errichten, zwar noch nicht ausgeſprochen, aber ihr Urtheil ließ ſich vorausſehen, denn wenn man von einer angeblichen ſyſtematiſchen Oppoſition ſpricht, ſo gibt es auch eine ſyſtematiſche Mehrheit, welche ſich von den Miniſtern führen läßt. Welchen Gang nahm die Ar-

Digitized by Google

gierung ſeit den Julitagen? Offenbar den Krebsgang. Dieß geht aus tauſend Beiſpielen hervor, und das neueſte iſt unſer Prozeß, welcher nur eine Reaction iſt und an die ſchönſten Tage unter der Reſtauration erinnert. Der Redner entwickelte ſofort das politiſche Glaubensbrkenntniß der Tribune, worin das allgemeine Stimmrecht voranſtand, und ſchloß mit den Worten: „Meine Herren! Verurtheilen Sie uns, und mit uns die republikaniſchen Ideen, aber immerhin bleibt uns die Preſſe, welche ſtets auf unſerer Seitr ſeyn wird.“ Der Redner hatte ſehr ſchnell und etwas unverſtändlich geſprochen, ſo daß ſeine Rede nur unvollkommen aufgefaßt werden konnte. Hr. Marraſt erhob ſich nach ihm. „Wir ſtehen vor dieſen Schranken,“ ſagte er, weil wir ausgeſprochen haben, was Sir ſelbſt mittelbar ausgedrückt haben, ſo oft Sie die jetzige Regierung mit Ihren Stimmen unterſtützten. Iſt das politiſche Verführungs- und Beſtechungsſyſtem neu? Konnte es dieß ſryn, ſo lange noch die Monarchie nothwendig iſt? Man beſticht durch Furcht, Ehrgeiz, Eitelkeit und durch Aufregung aller häßlichen Leidenſchaften des Menſchen. Dieß haben wir mit angeſehen, ſeitdem auf dem politiſchen Schauplatz eine Fartion auftrat, welche die Tochter eines engherzigen Contre-Revolutionsgeiſtes iſt, wie eine Schlange einherſchleicht, und in ihren Grundſätzen ſo wie in ihren Handluugen an den zwei Hauptmerkmahlen künſtlicher Spitzfindigkeit und brutaler Gewaltthätigkeit zu erkennen iſt, — eine Faction, welche an ihrer Stirne das unſelige Geſchick tragt, Alles zu verderben und zu Grunde zu richten, was ſie in ihren Schutz nimmt; welche keinen andern Leitſtern hat, als den des Eigennutzes und der Herrſchſucht, und welche, um ihre Uſurpation zu beſchönigen, gewandt genug iſt, für halbe Sachen auch halbe Rechte zu erſinnen. Es iſt dieß die docteinäre Faction. Aus ſich ſelbſt vermag ſie nichts Tüchtiges zu ſchaffen; ſie iſt zu ohnmächtig dazu. Geſetzliche Wege ſind ihr Tod, der regelmäßige Gang der Dinge ihr Untrrgang. Daher hielt ſie ſich von je her an Ausnahmsgeſetze, Finanzproviſorien, offentliche Unruhen und Staatsſtreiche. Stets hat ſie Reartionen vorbereitet; Freiheit der Preſſe, perſönliche Freiheit, Gewiſſensfreiheit wurden ſtets von ihr angefeindet und angegriffen. Sie brachte uns die Syſteme von Villele, Martignar, Polignar und die Miniſterien vom 8. Auguſt 1830 an. Sie ſitzt noch heute am Staatsruder, und dieſelben Mittel, durch welche ſie unter der Reſtauration ſich geltend machte, werden noch heute von ihr angewendet. Aus der repräſentativen Regierung hat ſie ein Sodom und Gomorrha gemacht. Verderbniß und Willkürlichkeit herrſcht überall, ſo weit ihre Hand reicht, und eine Kammer, welche ſich von dieſer Faction lriten läßt, wird ihre Mitſchuldige, und kann nur eine verkäufliche ſeyn. Ja, dieſe Fartion will uns ſelbſt weiter führen, als die Reſtauration es gethan hat; ſie will dir Preſſe erdrücken, die Wahlen zum Monopol erheben und verfälſchen, eine andere, nur gefährlichere Form des Jeſuitismus wieder einführen, und nur den Reichen und Großeigenthümern und allen ihren Creaturen feſtliche Mahlzeiten bereiten, welche das hungernde Volk bezahlen muß. Oeffentlich wird der Handel mit den Geheimniſſen der Börſe getrieben ꝛc.“ Hier trat eine Pauſe ein, nach welcher der Redner fortfuhr, das Syſtem der Regierung und dre Kammermehrheit in obigem Tone anzugreifen und ihnen beſonders auch Verſchwendung der öffentlichen Gelder und die ſtarken Zuſchüſſe für die geheimen Fonds zum Vorwurfe zu machen. „Wir ſind nicht hier,“ ſagte er, „um Sie als Richter zu verletzen, odee als Ankläger zu reizen; aber wir ſind auch nicht hier, um unſeren Character zu beugen, oder heuchleriſch eine Anklage zu umgehen, die wir ſo, wie ſie geſtellt wurde, annehmen. Fürchten ſie daher nicht, daß die Vertheidigung zur ſcandaloſen Chronik herabſteige, aber hoffen Sie auch nicht, daß ſie dir Logik minder unbeugſam, oder dir Geſchichte minder ſtreng machen werde. Warum ſollten wir auch uns gegen einander verſtellen? Ihnen gegenüber ſind wir heute, im Umkreiſe dieſer Mauern, die Nämlichen, dir wir geſtern, außerhalb derſelben, waren, und die wir morgen ſeyn werden. Sie ſind Richter nach demſelben Rechtstitel, nach welchem wir Vertheidiger ſind, d. h. es ſind zwei Lager hier: Ihnen ſind wir die ſchlechte Preſſe; Sie ſind uns eine . . . (der Redner macht eine kleine Pauſe) nicht im Einklange mit dem Lande befindliche Kammer. Alſo Krieg, fortwährenden Krieg! Nur iſt es unnöthig, dir Waffen noch zur überladen, beſonders wenn der Kampf ſeiner Natur nach ſo morderiſch iſt, da er die Kämpfer kaum einen Schritt von einander ſtellt. Wir nehmen daher, meine Herren, die Anklage ſo an, wie ſie von der Majorität dieſer Kammer, oder vielmehr von dem Theile dieſer Majorität, der allein conſequent mit ſich ſelbſt iſt, geſtellt wurde. Sie ſind, in ihren Augen, die Partei der Ordnung, der Erhaltung des ererbten Guten; wir ſind Ihnen die Menſchen der Anarchie, des Umſturzes, ſelbſt der Plünderung. Man ruft gegen uns die Kraft, die Gewalt, die Vrrnichtung an. Dieß iſt Ihre Sprache, die ich rede *); ſie wird Sie ohne Zweifel geneigt machen, auch die unſerige zu hören. Ja! es ſind zwei nicht bloß von einander abweichendr, ſondern aufs Tiefſte ſich entgegenſtehendr, nicht bloß getheilte, ſondern feindliche Syſteme, feindlich, wie das Privilegium es gegen dir Freiheit iſt, die Uſurpation gegen die Rechte, die ſie verweigert, das Monopol gegen die, die es ausbeutet. Zwei Syſteme ſind es, die ſich überall wiederſinden, kämpfend ohne Unterlaß, wir Gutes und Böſes — in der öffentlichen Oekonomir die Arbeit und der Müßiggang; in der Moral der Egoismus und die Hingebung; in der Politik die Freiheit und die Willkür, oder, um die Ausdrückr zu gebrauchen, die zugleich Princip und Geſchichte ſind, die Revolution und die Contrerevolution. Wohlan, meine Herrn, die Freiheit und das Recht, die Arbeit und die Hingebung, dieß iſt für uns die Republik; ihr Gegenſatz die Monarchie. Wir vertheidigen die eine, wir kämpfen gegen die andere, und der wahre Richter in dieſer Sache ſind nicht Sie — das Land iſt es. Das Land, meine Herren! verſtrhen Sie mich wohl; nicht eine Elite von ein paarmal hunderttauſend Menſchen bei einer Bevölkerung von 32 Millionen; ſondern das Land, die ganze Maſſe der Einwohner, Arme und Reiche, Proletarier und Eigenthümer. Nur einer Volksregierung iſt es möglich, in ihren weiten Kreiſen alle dieſe ſocialen Kräfte leuchten zu laſſen; Sie aber haben ſich einem Syſteme angeſchloſſen, das ſich ſelbſt als unvolksthümlich bekennt. Wo iſt alſo ſein Leben? Im Volke? Nein. Wie erhält es ſich aber? Man muß ſeine Erhaltungskräfte wohl außerhalb dem Volke ſuchen. Und was liegt außerhalb jener mächtigen Realität? Dir Firtion, die Lüge, die Liſt und — ich muß die Sache bei ihrem Namen nennen, weil er Alles umfaßt — die Corruption — Corruption durch Furcht, Eitelkeit, Ehrſucht, kurz durch die ſtete Aufreizung der ſchlechten menſchlichen Leidenſchaften. Und die Regierung, die ſich ſelbſt als unvolksthümlich (impopulaire) proclamirt, gibt mir ſchon dadurch allein das Recht, ſie die Quelle der Corruption zu nennen. Wir aber ſind vor Ihre Schranken geladen, weil wir geſagt haben, was Sie im Grunde ſelbſt ausdrückten, indem Sie mit Ihren

*) Hr. Perſil hatte in den letzten Kammerdebatten geſagt, es gelte die Vernichtung der republikaniſchen Partei.

Digitized by Google

Stimmen die gegenwärtige Regierung unterſtützten.“ — Nachdem Hr. **Marraſt** noch eine Zeit lang in dieſem Tone geſprochen hatte, endigte er ſeine Rede mit folgenden Worten: „Wenn der Prozeß, den Sie jetzt entſcheiden ſollen, ein Krieg gegen die **Tribune allein** iſt, ſo iſt er kindiſch; iſt er ein Krieg gegen die Preſſe, ſo werden Sie in dieſem Kampfe unterliegen!“ — Der Angeklagte und ſeine Vertheidiger entfernten ſich, und es wurde nun zur Abſtimmung über die beiden Fragen von der **Strafbarkeit des Angeklagten** und von der **Anwendung der Strafe** geſchritten. Erſtere wurde mit 256 gegen 50 Stimmen **bejahend** entſchieden; bei der Abſtimmung über die Anwendung der Strafe wurde Hr. **Lionne** mit 204 gegen 100 Stimmen zu **dreijährigem Gefängniß** (dem Maximum der Strafe) und 10,000 Fr. Geldbuße (dem Doppelten des Maximums von 5000 Fr. nach dem Geſetze vom 9. Juni 1819) verurtheilt. — Außerhalb war Alles ruhig; ein ziemlich ſtarker Platzregen hatte die Neugierigen, die ſich vor dem Pallaſte der Deputirtenkammer verſammelt hatten, zerſtreut.

Am 16. April 5Percents Fin Courant geſchloſſen zu 101 Fr. 15. 3Percents Fin Courant geſchloſſen zu 77 Fr. 50. — Am 17. April 5Percents 100 Fr. 80. Fin Courant geſchloſſen zu 101 Fr. 3Percents 77 Fr. 35. Fin Courant geſchloſſen zu 77 Fr. 40.

Rußland.

Die St. Petersburger Zeitungen enthalten nachſtehenden Artikel **über die gegenwärtige Lage des Königreichs Polen**: „Es iſt allgemein bekannt, welchen hohen Grad des Wohlſtandes Polen im Verlaufe von funfzehn Jahren durch die ſteten Bemühungen und die väterliche Sorgfalt der ruſſiſchen Regierung erlangt hatte. Mitten auf dieſer glänzenden Laufbahn allſeitigen Fortſchreitens gelang es einer Handvoll zügelloſer Aufwiegler, durch die Frevelthat des 29. Novembers 1830 in einem Augenblicke die Frucht ſo vieler Arbeiten zu zerſtören und Polen noch tiefer in den Abgrund zu verſenken, aus dem es ſich kaum erſt erhoben hatte. Die Folgen dieſer Kataſtrophe machten ſich bis in die äußerſten Verzweigungen des geſellſchaftlichen Zuſtandes fühlbar: völlige Anarchie in der Verwaltung, Verachtung der Rechte des Volkes wie der Einzelnen, Vernichtung des Handels und Gewerbfleißes, das Sinken des öffentlichen Wohlſtandes, dieß war der Zuſtand des Königreiches Polen, als die Macht der ruſſiſchen Waffen daſelbſt die geſetzliche Regierung wieder herſtellte. Zu dem öffentlichen Mißgeſchick kamen noch Elend, Mangel, Epidemien, Straßenräuberei und das ganze Gefolge von Uebeln, das der Aufruhr und der Krieg nach ſich ziehen. — Bei dieſer Lage der Dinge hatte die Regierung die unermeßliche Aufgabe, Alles neu zu ſchaffen, Alles gleichzeitig zu organiſiren, und nachdem der Verwaltung des Königreiches ein feſter und entſcheidender Impuls verliehen war, eine unermüdliche und unabläſſige Wachſamkeit anzuwenden, um ihren Gang ohne die mindeſte Abweichung von der durch hohe Weisheit angewieſenen Bahn, zu ſichern. — Die zur Erreichung dieſes wünſchenswerthen Zieles anerkannte und durch Manifeſte und beſondere Inſtruetionen von Sr. Majeſtät dem Kaiſer vorgezeichnete Richtung entſprach vollkommen der Sorgfalt, die niemals aufgehört hatte, das Verfahren der ruſſiſchen Regierung gegen Polen zu leiten, eine Sorgfalt, deren unter den gegenwärtigen Umſtänden ein Volk, das ſich des Aufruhres gegen ſeinen Beherrſcher und der Erregung eines daraus entſprungenen blutigen Krieges ſchuldig gemacht, ſchwerlich gewärtig ſeyn konnte. Die verhärteten Rebellen, die erſten Urheber und Hauptverfechter des Aufruhres waren die Einzigen, welche bei der Reſtauration die Schärfe des Geſetzes traf. Alle, die von Schwäche oder flüchtiger Verirrung verleitet worden, wurden begnadigt, diejenigen, die treu geblieben waren, beſchützt und begünſtigt, die Nothleidenden unterſtützt, die Waiſen und die Unglücklichen, die aller Hülfsmittel entbehrten, in Schutz genommen und vor Kummer bewahrt. Alle dieſe von der Milde Sr. Majeſtät angeordneten Maaßregeln fanden den eifrigſten Vollſtrecker in Sr. Durchlaucht dem Generalgouverneur Fürſten von Warſchau, Grafen Paskewitſch von Erivan. — Der erſte Gegenſtand ſeiner Beſchäftigung gleich nach Stillung der Unruhen war die Wiedereinführung des geſetzlichen Ganges der Regierung. Die militäriſche Verwaltung blieb nur ſiebzehn Tage in Kraft; am 24. September 1831 geſchah die Einſetzung der proviſoriſchen Regierung und die Trennung der bürgerlichen Verwaltung von der Militärgewalt. Hiernächſt wurden die Woywodſchafts-Commiſſionen, ſo wie die verſchiedenen Zweige der Civilverwaltung und am 6. October ſämmtliche Gerichtsbehörden ins Leben gerufen. In dieſer Reorganiſation wurde alles vor der Rebellion Beſtandene beibehalten: der Gebrauch der polniſchen Sprache, alle bürgerlichen Rechte, die Prozeßform, und das Beamtenperſonal aus Polen zuſammengeſetzt. Zur Erleichterung und Befeſtigung der Vollſtreckung der Geſetze, der Wiederherſtellung der öffentlichen Ruhe, der Unantaſtbarkeit der Perſon und des Eigenthums, wurden in den Woywodſchaften Militärchefs angeſtellt, deren Macht indeſſen ſich weder auf die Handhabung der Gerechtigkeit, noch auf irgend etwas erſtreckte, das mit den Rechten und dem Eigenthume der Privaten in Beziehung ſtand. — Die Gährung, welche die Furcht vor verdienter Strafe zuerſt in den Gemüthern erregt hatte, legte ſich nach dem kaiſerl. Manifeſte vom 20. November (2. December) 1831, welches den von den Unruheſtiftern verleiteten Maſſen völlige und allgemeine Verzeihung zugeſtand und nur jene Erſteren von dieſer Gnade ausſchloß. Nächſtdem mußte dem Landſtreicherweſen, die von dem der Revolutionsregierung aufgelöſte Soldateska ſich ergab, Einhalt gethan werden. Man nahm eine genaue Sichtung derſelben vor, der zufolge ein großer Theil davon dem heimathlichen Herde wiedergegeben und der Reſt dem Heere einverleibt wurde. — Den Uebeln vorbeugen, mit denen Mangel und Elend die Mehrzahl der Bevölkerung bedrohten, ihre Mittel des Beſtehens ſichern und ihre Laſten nach Möglichkeit erleichtern, den Nothdürftigſten beiſtehen und für die Waiſen Sorge tragen, dieß war die edle Aufgabe, welche die Regierung zu erfüllen hatte; eine Reihe auf dieſen Zweck weiſe berechneter Maaßregeln wurde von dem befriedigendſten Erfolge gekrönt. — So erging ein Verbot zur Getreideausfuhr, eine Bewilligung zur zollfreien Einfuhr von Gerſte und Haſer; der Eingangszoll auf Rindvieh und Pferde wurde vermindert; die Verpflegung der Armee organiſirt, ohne daß man zu den mindeſten Requiſitionen geſchritten wäre, und die Beköſtigungsgegenſtände ſelbſt wurden aus Rußland und Gallizien gezogen. — In Rußland wurden 15,000 Stück Hornvieh aufgekauft und hiervon ein Theil unter dem Werthe veräußere, um einen gemäßigten Marktpreis zu erhalten, ein anderer auf Credit und zu langen Friſten den Landbauern überlaſſen, die außerdem noch 31,000 Tſchetwert Haſer zur Ausſaat und ſämmtliche vom Feldmagazin der Armee übrigen Pferde geſchenkt erhielten. Ferner wurde Bauholz aus den Staatswaldungen unter die Bedürftigen vertheilt, damit ſie ihre Häuſer wieder aufbauten, das Triftrecht in den Wäldern ihnen unentgeltlich zugeſtanden, die Friſt zur Bezahlung der rückſtändigen Abgaben verlängert,

Digitized by Google

oder ſelbige ihnen völlig erlaſſen, und eine Summe von 4,598,287 fl. zur Unterſtützung der Aermſten vertheilt. Die Vergütung ſämmtlicher Requiſitionen der ruſſiſchen Armee im Verlaufe des Feldzuges wurde den zögernden Formen der gewöhnlichen Abrechnungen enthoben, und bis auf dieſen Augenblick beläuft ſich die Summe dieſer Zahlungen auf 1,200,000 fl. Kurz, die thätige Sorgfalt der Regierung umgab die Einwohner mit allen Hülfsmitteln zur Begründung ihrer Wohlfahrt. Die Militärbefehlshaber wurden angewieſen, ſtreng darüber zu wachen, daß die Bauern keinen Plackereien noch irgend einer Leiſtung ausgeſetzt würden, die nicht durch die Geſetze oder durch beſondere obrigkeitliche Verfügungen geſtattet wäre, und daß ihren billigen Beſchwerden in dieſer Hinſicht augenblickliches Recht widerfahre; alle Requiſitionen von Seiten der Truppen wurden nachdrücklich unterſagt, und die wohlthätige Wirkung dieſer Anordnung erweist ſich aus dem guten Vernehmen zwiſchen dem Volke und unſeren in den Gegenden, die noch unlängſt der Schauplatz erbitterter Kämpfe waren, cantonnirenden Soldaten, die überall die ſtrengſte Mannszucht und die vollkommenſte Ordnung beobachten. — Zu gleicher Zeit befleißigt ſich die Regierung ohne Unterlaß, aller Orten dem öffentlichen Wohlſtande aufzuhelfen. Sie richtete ihre Aufmerkſamkeit auf eine Menge verwaiſter Knaben und Mädchen, die ihrer Aeltern durch die Kriegsereigniſſe beraubt und ganz ihrem Schickſale überlaſſen waren. Alle dieſe Kinder wurden auf Koſten der Krone in den öffentlichen Erziehungs- und Unterrichtsanſtalten nach Geſchlecht, Alter und Stand untergebracht. — Der klägliche Zuſtand der Finanzen bedurfte einer ſtrengen Verification, der thätigſten Controlle und einer feſten und dauerhaften Organiſation. Beim Einrücken der ruſſiſchen Armee in Warſchau fanden ſich in der Caſſe der Bank nur 800,000 fl., die angeſtellten Nachforſchungen zur Auffindung der Staatsfonds haben beträchtliche Capitale, die dieſer Einrichtung gehören und ſich im Auslande befanden, ans Tageslicht gebracht. Die Erhebung der öffentlichen Einkünfte hat ſeitdem durch die zweckmäßigen Anſtalten zur Einrichtung dieſes Verwaltungszweiges ſo guten Fortgang gewonnen, daß die Regierung im Stande iſt, allen Bedürfniſſen zu genügen, während ſie um Vieles die außerordentlichen Hülfsquellen eingeſchränkt hat, zu denen ſie das Budget von 1832 ihre Zuflucht zu nehmen zwang; endlich iſt auch noch der Belauf der öffentlichen Schuld des Königreiches vor der Inſurrection conſtatirt worden, um den, dem Schatze dadurch zur Laſt fallenden Verpflichtungen unverbrüchlich nachzukommen. Es möchte überflüſſig ſeyn hinzuzufügen, daß das Reſultat aller dieſer Maaßregeln die Wiederherſtellung des öffentlichen Credits, eine der zuverläſſigſten Grundlagen der allgemeinen Wohlhabenheit, geweſen iſt. — So ſchwinden mit jedem Tage mehr die Spuren der Verwüſtung des Aufſtandes im ganzen Umfange Polens, ſein Gewerbfleiß erwacht mit neuer Kraft, und einige Jahre dürften hinreichen, den Flor jener Gegend wieder zu beleben und ihr das Gedeihen zu ſchenken, dem die Regierung das Land unabläſſig entgegenzuführen aus allen Kräften geſtrebt hat."

Niederlande.

Nachrichten aus dem Haag vom 16. April zufolge, iſt der Graf von Limburg-Stirum, Secretär bei der königl. niederländiſchen Geſandtſchaft in Berlin, mit Depeſchen für Hrn Dedel nach London abgereist. — Nachrichten aus dem Haag vom 17. April (in Frankfurter Blättern) melden: „Se. Majeſtät der König und die königliche Familie ſind heute nach Amſterdam abgereist. Se. königl. Hoheit der Prinz-Feldmarſchall wird nach dieſer Reiſe nach ſeinem Hauptquartier zurückkehren. — In Betreff der Reiſe des Grafen von Limburg-Stirum nach London vernimmt man, daß derſelbe beauftragt iſt, die Unterhandlungen für Hrn. Dedel, der noch unpäßlich iſt, fortzuführen, obgleich hinſichtlich der Sendung des letzteren deßwegen keine Aenderung Statt findet. Die Inſtructionen, womit der Graf Limburg verſehen iſt, und die zum Abſchluß eines Definitivtractats führen ſollen, ſind — wie man vernimmt — ſehr ausgedehnt, jedoch von der Art, daß die Unterhandlungen mit den fünf Mächten (keineswegs mit England und Frankreich beſonders) Statt finden ſollen. Man hegt neue Hoffnung, daß der Streit zu Ende gebracht werden wird; von Seiten unſerer Regierung wird zu dieſem Zwecke Alles aufgeboten."

Päpſtliche Staaten.

Nachrichten aus Rom vom 9. April melden folgenden Unglücksfall: „Seit einigen Wochen befand ſich der Fürſt Bacciochi aus Bologna (Napoleons Schwager) hier. Der Zweck ſeiner Reiſe war, ſeinem einzigen neunzehnjährigen Sohne, Friedrich Napoleon, Rom zu zeigen. Ein Spazierritt am Oſterſonntage durch die Villa Borgheſe koſtete dieſem Sohne das Leben. Er galoppirte, ein betrunkener Bauer kam in den Weg, das Pferd, ein ſchlechter Miethgaul, rannte gegen ihn, erſchrak, machte einen Sprung ſeitwärts, der Prinz ſtürzt kopfüber, das Pferd über ihn, alle drei durcheinander. Der Prinz ſtarb in der Nacht, der Bauer am nächſten Tage. — Am folgenden Tage ereignete ſich wieder ein Unfall in derſelben Villa. Die Pompiers hielten dort eine Uebung. In der Mitte des Amphitheaters war aus Eiſenſtangen eine Art von Hütte, von Lorberreis umgeben, errichtet. An einem gegenüberliegenden Caſino wurden allerlei Verſuche angeſtellt; raſches Aufſteigen, Herabſpringen, Herabrutſchen u. ſ. w. Zuletzt wurde das Reiſig angezündet, und die Pompiers gingen durch die furchtbarſten Flammen unverſehrt. Sie waren in Leinwand gekleidet, die ein Firniß aus Amianth, Alkali und einer beſonderen Zwiebelart unverbrennbar gemacht hatte. Es war ein intereſſantes, und, durch die Tauſende von Zuſchauern in dem herrlichen Locale, unvergleichliches Schauſpiel. Die Verſuche geriethen glücklich, allein ein Pompier, der ungeſchickt ſprang, brach das Bein, und ein mit großen und kleinen Kindern überladener Baum brach, und verwundete, auf die dichte Maſſe der Umſtehenden ſtürzend, viele Menſchen."

Wien, den 25. April.

Se. k. k. apoſt. Majeſtät haben mittelſt allerhöchſter Entſchließung vom 25. Jänner d. J. den Herrſchaft Holitſcher Verwalter, Mathias Pfersmann Edlen von Eichthal, und den Herrſchaft Kulmer Amtsdirector, Thaddäus Krziſch, bei der k. k. Patrimonial-Familie- und Aviticalgüter-Oberdirection zu Adjuncten allergnädigſt zu ernennen geruht.

Am 25. April war zu Wien der Mittelpreis der

Staatsſchuldverſchreibungen zu 5pCt. in CM.	$91\frac{15}{16}$;
detto detto zu 4pCt. in CM.	——;
Darleh. mit Verlooſ. v. J. 1820, für 100 fl. in CM.	——;
detto detto v. J. 1821, für 100 fl. in CM.	134;
Wiener-Stadtbanco-Obligat. zu $2\frac{1}{2}$ pCt. in CM.	52;
Conv. Münze pCt. ——;	

Bankactien pr. Stück $1195\frac{1}{10}$ in CM.

Hauptredacteur: Joſeph Anton Edler von Pilat.
Drucker: Anton Strauß ſel. Witwe in der Dorotheergaſſe Nr. 1108.

Digitized by Google

Nr. 117

Oeſterreichiſcher Beobachter.

W K 1 ZEITUNG 1833

Sonnabend, den 27. April 1833.

Meteorologiſche Beobachtungen vom 25. April.	Zeit der Beobachtung.	Barometer auf 0° Reaumur reducirt. Pariſer Maß.	Wiener Maß.	Thermometer Reaumur.	Wind.		Witterung.
	8 Uhr Morg.	27.555	28Z. 3L. 10P.	+ 6.8	W.	ſtill.	Nebel.
	3 Uhr Nachm.	27.528	28 3 6	+ 11.8	W.	ſchwach.	trüb.
	10 Uhr Abds.	27.545	28 3 8	+ 4.0	WNW.	—	—

Großbritannien und Irland.

Am 15. April wurden die Sitzungen des Parlaments nach den Oſterferien wieder eröffnet. — Als ſich das Unterhaus, der Tagesordnung gemäß, in einen Geldbewilligungsausſchuß verwandeln wollte, erhob ſich Hr. O'Connell und fragte, ob, da er den Secretär für Irland nicht auf ſeinem Platze ſehe, irgend ein anderes Mitglied bereit ſei, ihm einige Auskunft über eine Proclamation zu ertheilen, welche kürzlich unter der Bill, die das irländiſche Volk der Conſtitution beraube, erlaſſen worden ſei. Man habe früher geſagt, daß die Bill nur in Fällen der dringendſten Nothwendigkeit in Anwendung gebracht werden ſolle; die neuerliche Proclamation bewieſe aber, wie gefährlich es ſei, irgend Jemandem eine unbeſchränkte Gewalt anzuvertrauen. Die Bill ſei kaum durchgegangen, als auch ſchon ein Theil der Grafſchaft Kilkenny dem Schutze der Geſetze entzogen wäre. Die Grafſchaft der Stadt Kilkenny wäre in der Proclamation mit einbegriffen. Wenn auch nun vielleicht in einem Theile jener Grafſchaft Unruhen Statt fänden, ſo ſei doch nichts ungegründeter, als zu ſagen, daß ſich die Grafſchaft der Stadt in dem Zuſtand des Aufruhres befände. Nur 5 Perſonen wären daſelbſt im vergangenen Monat gefänglich eingezogen worden, und dieß noch dazu nur wegen unbedeutender Diebſtähle. Der wirkliche Grund, warum man die Grafſchaft der Stadt Kilkenny als im Unruhezuſtand befindlich erklärt habe, ſei der, daß die Offiziere, welche das Kriegsgericht bilden ſollten, lieber in einem Gaſthofe der Stadt Kilkenny, als auf dem Lande wohnen wollten, und darum entziehe man 24,000 Einwohnern die Wohlthat des Geſetzes. Er werde auf Vorlegung der Abſchriften jener Proclamationen und auf Mittheilung der Gründe antragen, welche zur Erlaſſung derſelben angegeben worden ſeien. — Lord Althorp ſagte, daß ſich der Secretär für Irland morgen auf ſeinem Platze befinden werde. Er hoffe daher, daß das ehrenwerthe und gelehrte Mitglied ſeinen Antrag bis dahin ausſetzen werde, und räume ein, daß es die Pflicht des Unterhauſes ſei, mit eiferſüchtigem Auge die Anwendung der außerordentlichen Gewalt zu bewachen, womit es die Regierung bekleidet habe. — Hr. O'Connell willigte in die Verſchiebung ſeines Antrages. — Das Haus verwandelte ſich darauf in einen Finanzausſchuß und votirte verſchiedene Summen für die Flotte und den Seedienſt. Hr. Hume leiſtete bei dieſer Gelegenheit nicht ſo hartnäckigen Widerſtand, wie gewöhnlich, wenigſtens ließ er es zu keiner Abſtimmung kommen, weil, wie er ſagte, dieß eine unnütze Zeitverſchwendung ſeyn würde, da er früher mit ſeinem Antrage, die Zahl der Seetruppen zu vermindern, durchgefallen ſei. Es wurden hierauf nach unerheblichen Debatten bewilligt, 262,874 Pf. St. für Sold; 438,456 Pf. für Arbeitslohn auf den verſchiedenen Werften; 423,000 Pf. für Material zum Bau und zur Ausbeſſerung der Schiffe; 31,500 Pf. für Arzneien; 871,858 Pf. für Halbſold; 533,403 Pf. für militäriſche Penſionen; 220,342 Pf. für Civilpenſionen; 200,800 Pf. für Transportſchiffe; 118,300 Pf. für Fracht der Schiffe, welche Verbrecher nach Neuſüdwales führen. — Das Haus beſchäftigte ſich hierauf noch mit einigen Gegenſtänden von örtlichem Intereſſe und vertagte ſich um 12 Uhr.

Im Oberhauſe wurde am 16. April der bisherige Viscount Goderich unter ſeinem neuen Titel Graf von Ripon eingeführt. — Im Unterhauſe leiſtete Hr. Stanley, der Secretär für die Colonien, und Hr. Ellice, der Kriegsſecretär, als neuerwählte Mitglieder den Eid und nahmen ihre Sitze ein. — Hr. Blamire überreichte fünf Bittſchriften von verſchiedenen Plätzen in Cumberland, zu Gunſten der unmittelbaren Abſchaffung der Sclaverei, und bemerkte, daß eine derſelben von allen Einwohnern, mit Ausnahme des Geiſtlichen, unterzeichnet ſei. — Capitän Elliot überreichte dreißig Bittſchriften über denſelben Gegenſtand aus der Grafſchaft Roxburgh. — Hr. Hawes überreichte eine Bittſchrift aus Lambeth zu Gunſten der Juden, und fügte hinzu, daß er durch die Bemerkungen des ehrenwerthen Mitgliedes für Oldham, der die Juden als eine unnütze und träge Menſchenclaſſe ſchildere, veranlaßt worden ſei, in dieſer Beziehung genauere Nachforſchungen anzuſtellen; und er habe gefunden, daß in den Ländern, wo die Juden gleiche Rechte mit den übrigen Bürgern genöſſen, dieſelben in der Armee ſowohl, wie im Civil-Staatsdienſte, mit Auszeichnung dienten. Un-

Digitized by Google

ter Napoleons Regierung wären über 2000 Juden als Handwerker angeſtellt geweſen. Wie ſeine Conſtituenten über den Gegenſtand dächten, gehe daraus hervor, daß die Bittſchrift von mehr als 5000 Perſonen unterzeichnet ſei. — Das Haus vertagte ſich darauf bis um 5 Uhr.

Lord Palmeeſton hat dem brittiſchen Reſidenten in Griechenland, Hrn. Dawkins, ſchon vor der Ankunft des Königs Otto und ſeiner Truppen zu Nauplia, ſeine Beglaubigungsſchreiben als außerordentlicher Geſandter bei Sr. Majeſtät dem Könige von Griechenland zukommen laſſen.

Londoner Zeitungen enthalten nun auch das Schreiben des Admirals Rouſſin aus Terapia vom 22. Februar an Mehmed Ali (worauf wir die Antwort in unſerem Blatte vom 23. Apeil mitgetheilt) und das Schreiben vom ſelbigem Datum an Ibrahim Paſcha. Der erſte Brief lautet alſo: „Terapia, im franzöſiſchen Botſchaftspallaſte, den 22. Februar 1833. Erlauchter Heer! Die Regierung Sr. kaiſerlichen Hoheit, mit Recht über die Fortſchritte Ihres Sohnes Ibrahim Paſcha beunruhigt und deſſen zweideutiges Benehmen, hat endlich den Beiſtand, welchen Rußland angeboten, angenommen. Seitdem, von den verſöhnlichen Geſinnungen Ew. Hoheit unterrichtet, hat ſie gewünſcht, daß jene Hülfe Gegenbefehl erhalte, aber durch einen jener widrigen Zufälle, welche mehr als einmal politiſche Kataſtrophen verkündet haben, iſt die ruſſiſche Flotte angekommen und liegt jetzt im Bosporus vor Anker. Unter dieſen Umſtänden, welche die allgemeine Ruhe, das erſte Bedürfniß Europa's, ernſtlich compromittiren, und dem ottomanniſchen Reiche dringende Gefahr drohen, deren Folgen Sie theilen müßten, habe ich in Uebereinſtimmung mit der erhabenen Pforte, und im Namen der franzöſiſchen Regierung es übernommen, Sie zur Annahme der von Halil Paſcha überbrachten Bedingungen zu bewegen, unter der Bedingung, daß dem ruſſiſchen Botſchafter ſofort Anzeige davon gemacht weede, damit durch die erfolgte Ausſöhnung der Beiſtand des ruſſiſchen Geſchwaders übeeflüſſig werde und ſeine Anweſenheit hierſelbſt ohne Zweck ſei. Deßhalb habe ich Ew. Hoheit zu bitten, ich will nicht ſagen, um Ihres eigenen Intereſſes, ſondern um Ihrer eigenen Sicherheit willen, daß Sie Ihr Heer unverzüglich in die Gränzen des Ihrer Verwaltung anvertrauten Gebietes zurückziehen und in die alten Verhältniſſe zum Sultan zurückkehren, zu welchen noch die Paſchaliks von St. Jean d'Acre, Jeruſalem, Tripolis in Syrien und Naplous hinzugefügt werden ſollen. Mäßigung iſt für Ew. Hoheit eine Sache der Nothwendigkeit geworden, und ein Beharren bei den von Ihnen aufgeſtellten Forderungen wird auf Ihr Haupt Folgen herabziehen, deren Verdeeblichkeit, hoffe ich, Ihre Beſorgniſſe rege machen wird. Frankeeich wird die Verpflichtungen, die ich eingegangen bin, erfüllen. Es hat die Macht dazu, und ich bin Bürge für ſeinen Willen. Es bleibt mir alſo nur die Hoffnung, daß Sie uns nicht in die grauſame Nothwendigkeit verſetzen werden, eine Macht anzugreifen, welche theilweiſe unſer eigenes Werk iſt, und einen Ruhm ſchmälern zu müſſen, deſſen Bewunderer ich bin. Mein erſter Aide-de-Camp wird die Ehre haben, Ew. Hoheit dieſen Brief zu überbringen; erlauben Sie, daß ich ihn Ihrer Gewogenheit empfehle. Eine Abſchrift des gleichzeitig von mir an Ihren Sohn Ibrahim Paſcha gerichteten Briefes lege ich bei. — Ich ergreiſe die Gelegenheit ꝛc. Der Viceadmiral, Pair von Frankreich, Geſandter bei der erhabenen Pforte, Rouſſin." — Der zweite Brief lautet wie folgt: „An Se. Excellenz Ibrahim Paſcha, Oberbefehlshaber der ägyptiſchen Armee. Excellenz! Sie werden aus dem Inhalte des abſchriftlich beigelegten Briefes, den ich an Se. Hoheit den Vicekönig von Aegypten gerichtet habe, erſehen, welche unheilvolle Begebenheiten ſich zu Konſtantinopel zugetragen haben, und welche Folgen unvermeidlich daraus entſtehen müſſen. Aus Beſorgniß, daß die Selbſtſtändigkeit des ottomanniſchen Reiches gefährdet werden könne, iſt eine mächtige Nation gezwungen, mit ihrem ganzen Gewichte einzuſchreiten, um den Vorwand zu einer Invaſion zu vernichten, welche Europa erſchüttern würde. Dieſe mächtige Nation iſt Frankeeich — es iſt Frankreich, durch die Zuſtimmung Englands unterſtützt, — Frankreich, welches der Vicekönig von Aegypten lange Zeit zu ſeinen erſten Freunden gezählt hat, und welches daher ein Recht hat, unter ſolchen Verhältniſſen auf ſeine Nachgiebigkeit zu rechnen. Ich zweiſle deßhalb keinen Augenblick an Ihrer bereitwilligen und ſofortigen Mitwirkung zur Vollziehung dieſes Planes. In Folge der von mir, Namens meiner Regierung, eingegangenen Verpflichtung, muß der Friede zwiſchen Aegypten und der Pforte als geſchloſſen betrachtet werden, unter der Bedingung der Inveſtitur mit den vier Gouvernements St. Jean d'Acre, Naplous, Tripolis in Syrien und Jeruſalem. Dieſe Bedingungen können durchaus keine Modification erleiden; es muß alle Erörterung darüber wegfallen, und die Feindſeligkeiten müſſen ſofort aufhören. Ich bitte Sie deßhalb, Sorge zu tragen, daß nicht nur Ihre Armee keinen Schritt weiter vorrücke, ſondern auch daß ſie ſo weit zurückgehe, um auf das Aegypten angewieſene Gebiet ſich zu beſcheänken. Dieſe Bewegung iſt unnachläßlich, um dem Volke zu zeigen, daß der Krieg, von dem es nur zu viel ſchon gelitten hat, zu Ende ſei. Mein Aide-de-Camp, der Ueberbringer dieſes Briefes, hat Befehl, mir ohne Verzug Ihre Antwort zu bringen. Ich habe die Ehre ꝛc. Rouſſin."

Das Opernhaus und das Coventgarden-Theater blieben am 16. April Abends geſchloſſen, weil ſehr viele Schauſpieler und Sänger an der jetzt auch in London herrſchenden Influenza leiden. So viele Perſonen aber auch ſchon an dieſer Krankheit darniederliegen, ſo hat ſie doch bisher glücklicher Weiſe noch keinen Todesfall zur Folge gehabt.

Ein Londoner Blatt erzählt, daß, als die Influenza vor ungefähr 50 Jahren in London heftig gewüthet habe,

Digitized by Google

nach dem Erlöſchen drrſelben der Geſundheitszuſtand ſo vortrefflich geworden ſei, daß die Aerzte faſt gar nichts zu thun gehabt hätten.

Conſols am 16. April 87⅛.

Portugal.

Dom Miguel hat unterm 19. März zu Braga eine Verordnung erlaſſen, wodurch rr dem Generalmajor Joaquim Telles Jordao befiehlt, augenblicklich das Commando über das Fort S. Julian da Barra und deſſen Dependenzien wieder zu übernehmen, weil es für den Dienſt erſprießlich ſei, daß dirſes wichtige Commando dem genanntrn General anvrrtraut bleibe; zugleich ſpricht Dom Miguel die Ueberzeugung aus, daß der Generalmajor auf dieſem Poſten ſich mit eben ſolchem Ehrgefühl, Eifer und Muth benehmen werde, wie in dem Commando der zweiten Diviſion der Operationsarmee, von welchem er fortan entbunden wird.

Die am 5. April zu Liſſabon aus Braga eingegangenen Nachrichten bis zum 2. d. M. melden, daß Dom Miguel und ſeine erlauchtrn Schweſtern ſich im beſten Wohlſeyn befinden.

In einem Schreiben aus Villanova da Gaia vom 24. März heißt rs: „Einem authentiſchen Verzeichniß zufolge, das ich geſtern geſehen habe, ſind vom 1. bis 22. d. M. an verſchiedrnen Puncten unſerer Linie 188 Portugieſen und fremdr Soldaten zu uns herübergekommen; darunter waren 97 völlig bewaffnetr, 5 fremde Unteroffiziere und viele portugieſiſche Artilleriſten. In der Nacht vom 21. ging ein Boot zu Grunde, welches im Begriff war, den Rebellen von außerhalb der Barre her Proviant zuzuführen.“ Anderr Briefe von rben daher geben die Zahl der Deſerteure von den feindlichen Truppen noch höher an.

Unterm 27. März hat der Oberbrfehlshaber der Armee dem Grafen von Barbarrna einen Bericht über einen am Morgen des 25. von den Rebellen gegen einr Verſchanzung an der Ponta do Cabodello gemachten Ausfall überſandt; der Bericht iſt aus dem Hauptquartier Villanova da Gaia vom 26. März datirt, von dem Befehlshabrr der dritten Diviſion, Joſe Antonio d'Azevdo Lemos, unterzeichnet und lautet folgendermaaßen: „Senhor! Ich habe die Ehre, Sie zu benachrichtigen, daß dir Rebellen geſtern Nachmittags um 5 Uhr unſere an der Ponta de Cabodello zur Deckung des Poſtens, der dir Boote am nächtlichen Auslaufen und Durchbrechen der Barrr verhindern ſoll, errichtete Verſchanzung zu zerſtören verſuchten. Zu dieſrr Abſicht landeten ſie an jener Stellr 20 Soldaten, die ſich durch ein engliſches Boot deckten, das verabredetermaaßen mit den Signalen vorüberfuhr, während ihre Infanterie auf dem entgegengeſetzten Ufer zu Cantarcira aufgeſtellt war, um die Oprrationen durch ihr Gewehrfeuer zu unterſtützen. Die Streitkräfte, welchr bei den Batterien Taneos und Barbaena ſtanden, und von dem Capitän Domingos Gonſalves Lopes von der maiaſchen Miliz befehligt wurden, rückten kühn vorwärts, um den Feind zurückzutreibrn. Der Oberſt Antonio Lobo da Silva, der gerade hinzukam, ließ einige Truppen vorrücken und ſtellte ſich an ihre Spitze. Sir drangen Troß des Kartätſchen- und Kanonenfeuers vom Caſtell da Foz her mit großer Tapferkeit vor. Da der Feind nicht im Stande war, das Feuer der Batterien Taneos, Barbarena und Dom Miguel I. auszuhalten, ſo kehrte er in ſeine Boote zurück und ſetzte wieder auf das rechtr Ufer des Douro hinübrr, ohne unſern Verſchanzungen den geringſten Schaden zugefügt zu haben; und unſere Soldaten vrrbliebrn in denſelben bis zum Einbruch der Nacht, da ſie ſich dann zurückzogen und nur das gewöhnliche Piket dort ließen.“

Der Oberbefehlshaber der Operationsarmee, Graf von S. Lourenço, hat dem Miniſter drr auswärtigen Angelegenheiten, Viseonde von Santarem, am 30. März aus dem Hauptquartier S. Mameda da Infeſta gemeldet, daß die Operationsarmee ſich fortwährend der beſten Geſundheit erfreue.

Nach Berichten aus Aveiro vom 22. v. M. iſt in der Nähe dieſes Platzes ein von London nach Gibraltar ſegelndes amerikaniſches Schiff geſcheitert. Die Ladung beſtand in Oehl und Butter. Der Capitän und ein Matroſe kamen dabei ums Leben. Die übrige Mannſchaft rettete ſich. Es heißt auch, daß eine von den azoriſchen Inſeln nach Oporto beſtimmte Brigantinr, die einiges Geld an Bord hatte, in der Nähe letzterer Stadt von demſelben Schickſal betroffen worden ſei.

Dir Times enthält folgendes Privatſchrriben aus Oporto vom 4. April: „Wir haben ſehr viel Regen und ſtürmiſches Wetter ſeit dem Ende vorigen Monats gehabt, ſo daß keine weiterrn Vorräthe von außerhalb der Barre gelandet werdrn konnten. Alle Schiffe, welche vor der Barre vor Anker lagen, ſind entweder in See gegangen oder haben in der Bucht von Vigo Schutz geſucht. Der Fluß iſt etwas hoch, da man jedoch nicht glaubt, daß auf den Bergen viel Schnee liegt, ſo wird der Douro wohl nicht ſo unbefahrbar werden, daß die beiden Theile der migueliſtiſchen Armee von einander grtrennt würden. Die Lebensmittel ſind im Preiſe geſtiegen, und Diejenigen, welche auf die Fortdauer des ſchlechten Wetters ſpeculiren, werden keinr zum Verkauf bringrn. Schlechte teutſche Butter, von dunklerer Farbe als Saffran und rben ſo ſalzig und ranzig, koſtet jetzt 600 Reis (2 Sh. 11 P.) das Pfund. Seit dem 24. haben wir auf keiner Seite ein Gefecht gehabt, obgleich man heute Morgens etwas der Art rrwartete, da der Geburtstag Dona Maria II. iſt; da jedoch die Feier dieſes Jahrestages bis zum nächſten Montag verſchoben worden iſt, ſo werden ſich die Migueliſten den Angriff vielleicht bis dahin vorbehalten. Die neuen Redouten auf dem Antas ſind jetzt in vollkommenem Vertheidigungszuſtande; durch die Errichtung der Fortificationen ſind wir Herren der ganzen Gegend zur Rechten des Feindes geworden, bis zu Companhan am Douro hinauf; und zu ſeiner Linken und in der Fron-

haben wir ein ſchönes Fichtengehölz gewonnen, das in wenigen Tagen ganz verſchwunden ſeyn wird, weil eine Menge von Menſchen mit Fällen der Bäume beſchäftigt iſt, ohne daß der Feind ſie im mindeſten ſtört. In der Richtung nach dem Meere hin ſind unſere Fortificatir nen ſehr verſtärkt worden, und die obere Straße vom Caſtell da Foz nach der Stadt kann jetzt ſüe ſicher angeſehen werden. In jenem Caſtell ſteht das irländiſche Bataillon. An der Serra iſt eine nene Redoute errichtet und dieſe wichtige Poſition dadurch ſehr befeſtigt. Die Migneliſten errichteten auch eine neue Batterie auf dem Gipſel des Gaiahügels in Villanova, ganz dicht an der Stadt, von wo aus ſie im Stande ſeyn werden, die jetzt von den franzöſiſchen Truppen beſetzten Caſernen des Toere da Marca zu zerſtören, welches wahrſcheinlich ihr Zweck iſt. Am 2. d. M. kamen einige Deſerteurs zu uns herüber. Einer davon iſt ein Soldat der reitenden Polizei. Ich habe Ihnen eine Art von Ueberſetzung des officiellen Berichtes über das letzte Geſecht aus der Cronica vom 1. d. M. beigefügt; es iſt ein längeres Actenſtück, als das über die Schlacht von Waterloo. Major Sadlair, einer von den darin rühmlich erwähnten Offizieren, ſtarb geſtern Abends an ſeiner Wunde. Ich habe zu erwähnen vergeſſen, daß vor ungefähr acht Tagen ans dem Fort Monte de Caſtro auf das Boot Nautilus geſeuert wurde, als daſſelbe die Barre durchbrach. Es heißt, daß Capitän Glasrock von den Migneliſtiſchen Behörden augenblicklich eine Erklärung über dieſen Vorſall forderte, und dieſe werden gewiß einen der brittiſchen Flagge zugefügten Schimpf nicht gut heißen wollen. Es iſt dieß jedoch nicht der erſte Mißgriff dieſer Art von ihrer Seite. Man ſagt, daß mehrere Leichname an die Küſte geſpült worden ſind; wahrſcheinlich iſt ein nach dieſem Haſen beſtimmtes Schiff in der Nähe geſcheitert."

Frankreich.

Der Moniteur gibt aus dem (zu Straßburg erſcheinenden im miniſteriellen Sinne geſchriebenen) Journal des Ober- und Niederrheins folgenden Artikel: „Vier Journale der Hauptſtadt, die Tribune, der National, der Temps und der Conſtitutionnel haben ſich in den letztverfloſſenen Tagen duech die wahrhaft unbegreiflichen Meinungen hervorgethan, die ſir über die Frankfueter Unruhen und über die Lage Teutſchlands im Allgemeinen ausgeſprochen haben. Die Tribune und der National ſehen in den neuen Ereigniſſen den zweiten Act des großen Drama's, das an den Ruinen des Hambacher Schloſſes begonnen hat, und unfehlbar mit der Conſtituirung von ganz Teutſchland zur Föderalrepublik enden wird. Der National gibt ſogar hierüber den Liberalen Teutſchlands einige aus der Geſchichte der conſtitutionnellen Debatten Frankreichs gezogene Rathſchläge, als ob dieſelben Facta beſtimmt wären, ſich in allen Ländern nach einem Vorans entworfenen Plane zu reprodueiren. — Der Trmps verwirſt mit Stolz alle von den teutſchen Blättern gegebenen Verſionen über die Frankfurter Geſchichte, aus dem vollwichtigen Grunde, weil dieſe Blätter der Cenſur unterworfen ſeien. Der Conſtitutionnrl nimmt keinen Anſtand, zu erklären, daß die Frankfurter Emeute ein von der teutſchen Polizei veranſtalteter Streich geweſen ſei. — Wir haben gar nicht Luſt, auf alle dieſe wahrhaft abgeſchmackten Behauptungen zu antworten, welche eine vollſtändige Unkenntniß des Zuſtandes von Teutſchland und der Veehältniſſe vorausſetzen, die in dieſem Lande zwiſchen den Regierenden und den Regierten beſtehen."

In der Sitzung der Pairskammer vom 15. April erſtattete der Geaf de Suſſy Commiſſionsbericht über das Ausgabebudgrt von 1833. Er tadelte, daß bei einigen Artikeln die Kammern ſich zu ſehr in die Verwaltung einmiſchten, die dem Könige gebühre. Der zehnte Artikel, die Auflöſung der für die Liquidation der Entſchädigung von St. Domingo errichteten Commiſſion betreffend, erſchien der Commiſſion nicht vollziehbar. Zuletzt drückte er den Wunſch aus, die Regierung möchte in Zukunſt das Budget früher vorlegen, damit der 16te Artikel der Charte nicht hintangeſetzt werde, welcher verlange, daß jedes Geſetz von den beiden Kammern frei unterſucht und erörtert werden ſolle. Hr. Tripier berichtete über den Entwurf, den Aufenthalt der fremden Flüchtlinge in Frankreich betreffend. Der Graf Eymeriau ſchlug die Annahme des Entwurfes zur Eröffnung eines Credits von 650,000 Fr. zu Prämien für den Stock- und Wallfiſchfang vor. Hr. Guizot überreichte die bereits von der Deputirtenkammer angenommenen Entwürfe, den Ankauf der Bibliothek der HH. Cuvier und Champollion und dir Penſion für ihre Witwen betreffend. Der Due Decazes berichtete über die für 1832 verlangten Zuſchußeredite im Betrage von 52,947,000 Fr., und trug auf Annahme folgender Verfügung an: „In Zukunft ſoll kein Zuſchußeredit durch königliche Ordonnanz während der Seſſion der Kammer eröffnet werden können." Graf d'Argout legte noch die Forderung eines Credits zur Unterſtützung fremder Flüchtlinge in Frankreich vor.

Die Pairskammer nahm in der Sitzung vom 16. April den Entwurf, die fremden Flüchtlinge betreffend, faſt ohne Erörterung mit 86 Ja gegen 2 Nein an. Das Geſetz, das einen Credit von 660,000 Fr. für Prämien zum Stockfiſch- und Wallfiſchfang eröffnet, wurde mit 86 Ja gegen 3 Nein angenommen.

In der Deputirtenkammer berichtete am 15. April Hr. Dufféré über den Entwurf, die Veteranzeaſſe betreffend, Hr. Lapinſonnière über mehrere Entwürfe von örtlichem Intereſſe. Die Tagesordnung kam an die Forderung eines Zuſchußeredites von 2,294,348 Fr. für das Kriegsminiſteeium zur Beſtreitung der kleinen Equipirungskoſten für 54,613 jungr Soldaten von der Claſſe von 1831, welche außerordentlicher Weiſe 1832 der Ar-

Digitized by Google

mer einverleibt wurden. Dieſer Credit wurde mit 200 weißen gegen 33 ſchwarze Kugeln bewilligt. Darauf folgte die Erörterung des Einnahmebudgets von 1833. Der General Thiard ſprach über die Ungleichheit der Vertheilung der Auflagen, wodurch den ärmeren Claſſen Laſten aufgelegt würden, die außer Verhältniß mit ihrer Lage ſeien. Hr. André tadelte die Verminderung der Trankſteuer, da man eher die Salzſteuer hätte herabſetzen oder ganz aufheben ſollen. Hr. Baſtide d'Izzard wünſchte ein anderes Steuerſyſtem. Er verlangte eine Steuer auf alle Arten von Mobiliareinkünften und Luxusgegenſtänden. Dadurch könnte man die Taxen vermindern, welche die Gegenſtände der erſten Nothwendigkeit betreffen. Hr. Thiers meinte, ſolche Vorſchläge beruhten auf radicalen Irrungen über Oekonomie und Finanzen. Eine der erſten Handlungen der franzöſiſchen Revolution ſei die Abſchaffung der indirecten Abgaben geweſen, dann hätte aber das Einkommen für die Staatsbedürfniſſe nicht mehr zugereicht, und man habe zu den Aſſignaten ſeine Zuflucht nehmen müſſen. Jedes gute Finanzſyſtem müſſe auf der Grund- und der Conſumtionsſteuer beruhen. Es würde ſehr unvorſichtig ſeyn, das erſte zu ſehr zu belaſten, weil bei politiſchen Kriſen, z. B. im Kriege, dieſes alle Bedürfniſſe befriedigen müſſe, während die Conſumtionsſteuern abnehmen; die ſolidere, directe Steuer widerſtehe aber den Umſtänden. Die Auflagen ſeien auch nicht ſo ungerecht vertheilt, wie man behaupten wolle; er habe ſich überzeugt, daß die reichen Claſſen zwei Drittheile der Auflagen bezahlen, nämlich 526 Millionen (Grundſteuer, Zölle, Poſten). Die Mittelclaſſen bezahlten 189 Millionen (Perſonal- und Mobiliarſteuer, Patente, Stämpel, Civilacte, verſchiedene indirecte Taxen). Die Armen lieferten 205 Millionen (Salz-, Trankſteuer, Tabak und Lotterie). Bei ſolcher Bewandtniß könne man das Finanzſyſtem gewiß kein ariſtokratiſches nennen. Man verlange Beſteuerung des Luxus; wie viel man denn aber glaube, daß dieſe Steuer in England eintrage? Höchſtens 25 Millionen. Für eine ſolche Summe würde es nicht vernünftig ſeyn, die Exiſtenz einer Menge von Induſtriezweigen bloßſtellen zu wollen. Man ſollte ſich doch hüten, den Luxus zu entmuthigen; man könne ihn vielmehr nicht genug ſchätzen, denn er ſei der lebendige Beweis, daß viele Leute arbeiten. Was eine Steuer auf das Einkommen betreffe, die man als einen wahren Moſesbrunnen darſtelle, ſo ſehe er dabei nur die kleine Schwierigkeit, daß man ſie unmöglich gerecht vertheilen könne; das Einkommen ſei gewöhnlich nicht oſtenſibel, und überdieß habe das Geſetz eine Beſteuerung der Renten ausdrücklich verboten. Auch würde man ſicher, wenn man dieſelben beſteuere, ſie mit geringerem Vortheile negociiren, und ſo auf einer Seite das verlieren, was man auf der andern gewinne. Man könne das Einkommen nur durch eine Schätzung, alſo durch einen Act der Willkür beweiſen, und eine moraliſche Regierung dürfe ſich kein ſolches Mittel erlauben. „Ich beſchwöre Sie im Namen des Landes," ſchloß der Miniſter, „ſolche Utopien nicht zu wiederholen; ſie würden Schülern gegenüber ohne Gefahr ſeyn, hier aber dürfen wir uns nicht zum Echo von Meinungen machen, womit ſich die Factionsmänner bewaffnen, um Frankreich in Gährung zu verſetzen. Und ich ſpreche nicht im Intereſſe der gegenwärtigen Miniſter, derer die gegenwärtig auf der Marterbank ſitzen (man lacht), ſondern ich ſpreche für alle möglichen Miniſter, die alle, wie wir, nothwendig bei dem einzigen Syſtem beharren müſſen, das den Bedürfniſſen der Nation die Stirne bieten kann." Hr. Baſtide d'Izzard antwortete dem Miniſter ſehr umſtändlich, und behauptete unter Andern, daß die Salzſteuer Frankreich des Drittels ſeiner Territorialeinkünfte beraube, Chaptal habe ſie eine Steuer der Zerſtörung genannt u. ſ. w. Die Debatte wurde immer hitziger und bitterer. Mehrere Mitglieder verlangten, der Miniſter ſollte die Factionsmänner nennen. Hr. Thiers ſchrieb der Oppoſition die großen Ausgaben zu, die auf Frankreich laſten. Sie hätten immer von Krieg geſprochen, die Fremden beunruhigt und Frankreich ſich zu bewaffnen gezwungen. Hr. Manguin rief, man verſuche vergeblich Frankreich zu täuſchen, die Fremden hätten ſich früher bewaffnet, als in der Kammer vom Kriege geſprochen worden. Die Sitzung wurde aufgehoben.

Der Nouvelliſte ſagt: „Baron Bois le Comte, vormaliger politiſcher Diviſionschef bei den auswärtigen Angelegenheiten, iſt nach Alexandria abgereiſt; man vermuthet, er ſei mit einer Miſſion der franzöſiſchen Regierung bei dem Paſcha von Aegypten beauftragt."

Der Graf Eſpaña, Ex-Generalcapitän von Catalonien, befindet ſich ſeit dem 8. April in Marſeille; er iſt daſelbſt von Genua auf dem Dampfboote Heinrich IV. angekommen, und will unverzüglich nach Toulouſe abreiſen. Auf ſeinem Reiſepaß iſt er bloß als Rentier bezeichnet.

Am 18. April um 1¼ Uhr Nachmittags 5Percents 100 Fr. 75. 3Percents 77 Fr. 5.

Rußland.

Se. Majeſtät der Kaiſer haben dem Generaladjutanten und Generalgouverneur von Neureußen, Grafen Woronzoff, Ihr allerhöchſtes Wohlgefallen wegen der von demſelben mit ſo gutem Erfolge und in einer ganz den kaiſerlichen Abſichten entſprechenden Weiſe bewirkten Ausrüſtung der nach den Küſten der Türkei beſtimmten Landungsexpedition zu erkennen geben laſſen.

Der geheime Rath und Senator Graf Tieſenhauſen iſt zum Präſidenten und der Paſtor Volbort zum Vicepräſidenten des evangeliſch-lutheriſchen Generalconſiſtoriums ernannt worden.

Die Zeitung von Odeſſa vom 2. April meldet: „Am 29. März ging das Geſchwader des Contreadmirals Kumany, welches durch widrige Winde eine Zeitlang im hieſigen Hafen zurückgehalten worden war, bei ſchönem Wetter und nur gelindem, aber günſtigem Winde von hier unter Segel. Es hat ein vom Generalmajor Ungebauer commandirtes Truppendetaſchement an Bord. Man glaubt, daß dieſes Geſchwader ſich dem des Contreadmirals Laſareff im Bosporus anſchließen wird*). Das Transportſchiff Redute-Kaleh, welches geſtern von Sebaſtopol hier anlangte, iſt dem Geſchwader des Contreadmirals ſchon auf hoher See begegnet; letzteres ſegelte in ſchönſter Ordnung ſeinem Beſtimmungsort entgegen. Der Admiral Greigh hat ſich am 29. v. M. von hier nach Nikolajeff begeben. Am 30. März ging das Dampfboot Meteor von hier nach Konſtantinopel ab. Aus letzterer Stadt ſind hier keine neuern Nachrichten eingegangen, als daß Hr. Borzenko, Kanzleibeamter des Generalgouvernements Neureußen, mit Depeſchen an Se. Exc. Hrn. von Buteniеff von Odeſſa dort eingetroffen war."

Schweizeriſche Eidgenoſſenſchaft.

Die in Schwyz verſammelte Conferenz der Cantone Uri, Schwyz, Unterwalden, Baſel und Neuenburg hat unterm 10. April den bekannten Aufforderungsbeſchluß der zu Zürich ſitzenden Tagſatzung dahin beantwortet, daß ſie ihre früheren Erklärungen und Proteſtationen förmlichſt beſtätigen wolle, und es als einen of-

*) Wir haben die Ankunft desſelben bei Bujukdere bereits gemeldet.

Digitized by Google

fenbaren Bundesbruch anſehe und erkläre, daß ohne einmüthige Zuſtimmung aller Stände eine Geſandtſchaft der ſogenannten Baſel Landſchaft in den Schooß der Tagſatzung aufgenommen worden ſei.

Der Schweizer Correſpondent meldet aus Baſel vom 12. April: „Mit der in der Baſeler Zeitung von Neuenburg aus mitgetheilten, und ſeither brieflich wiederholten Nachricht, daß ſich an der Weſtgränze der Schweiz Polen ſammeln in Verbindung mit neuenburgiſchen Inſurgenten, verdient noch verglichen zu werden, daß ſchon vor einigen Wochen eine Zuſammenkunft von Neuenburger und Baſelbieter Inſurgenten im Bezirke Birſek Statt fand, bei deren Schluß man mit der Aufmunterung auseinander ging: es werde nun bald in Baſel Landſchaft beſſer ſtehen, als bisher. Eben ſo merkwürdig iſt, daß einige Tage, bevor die Frankfurter Nachrichten hier waren, ein Mitglied der Lieſtaler Behörde in einem öffentlichen Wirthshauſe ſagte: nun werde auch Teutſchland losbrechen und in Frankfurt der Anfang gemacht werden. Man erinnere ſich auch an die bekannte Heroldiſche Aeußerung in ſeiner Empörungsproclamation: in Frankfurt werde die Ouverture anfangen. Und dieſer Herold war ein beſonders thätiges Werkzeug in Lieſtal, und dieſer Rauſchenplatt, der zur Ouverture nach Frankfurt abreiste, war ein beſonders thätiges Werkzeug in Lieſtal. Man vergleiche dieſes Alles, um die Impertinenz zu begreifen, mit welcher man dem Schweizervolke die Lüge aufbinden will, die Sache der Lieſtaler Proviſoriſten ſei eine reine national-ſchweizeriſche! Merkwürdig übrigens wäre es, wenn jene Polen in einem neuenburgiſchen Dorfe Fuß faßten, geſchwind ein Canton Neu-Neuenburg wie ein Deus ex machina entſtünde, und die Befreier ins neue Neuenburger Bürgerrecht aufnähme! Es gäbe eine halbe oder eine ganze Stimme mehr auf der Tagſatzung, immerhin ſo rechtlich als die Gutzwiler'ſche, und die Initiative zu einem polniſchen Reichstage iſt ja ſchon gemacht. Wenn nur der Pfuel nicht wäre. — Als Gerücht melden uns fernere Privatberichte aus Baſel, daß nach den neueſten Briefen ſich die Polen aus Frankreich an der Schweizer Gränze anhäuſen, Blarer unlängſt in Delſperg mit Fremden zuſammengekommen ſei, und ein beabſichtigter Hauptſtreich eben ſo gut Baſel als Neuenburg gelten dürfte. Es gibt ſogar Leute, die meinen, die Sache ſei ſelbſt in Zürich nicht ganz fremd."

Päpſtliche Staaten.

Am 15. April hielten Se. Heiligkeit Papſt Gregor XVI. im Pallaſte des Vaticans geheimes Conſiſtorium, in welchem Se. Eminenz dem Cardinal Odescalchi das Amt eines Vicekanzlers der heil. römiſchen Kirche in einer Sommiſta mit den üblichen Förmlichkeiten verliehen wurde. — In demſelben Conſiſtorium wurden von Sr. Heiligkeit mehrere Erzbiſchöfe und Biſchöfe, unter Andern Mſgr. D. Filippo Giudice Carracciolo dei Duchi del Geſſo (bisheriger Biſchof von Molfetta) als Erzbiſchof von Neapel, Mſgr. Gaetano Maria Trigona (bisheriger Biſchof von Caltagirone) als Erzbiſchof von Palermo, der hochwürdige Hr. Franz Xaver Schwebl, Prieſter aus der Diöceſe von Regensburg und Domherr an der Kathedrale von München und Freyſingen, zum Biſchof von Regensburg, der hochw. Hr. Johann Arnold Barrett, Prieſter aus der Diöceſe von Lüttich und Generalvicar gedachter Diöceſe, als Biſchof von Namur präconiſirt. — Hierauf machten Se. Heiligkeit nach einer kurzen Anrede die Ernennung des Mſgr. Francesco Serra dei Duchi di Caſſano, Erzbiſchofs von Capua (im geheimen Conſiſtorium vom 30. September 1831 creirt und in petto behalten) zum Cardinal bekannt, und creirten zu Cardinälen: Mſgr. Lorenzo dei Duchi Mattei, Patriarchen von Antiochien, und Mſgr. Caſtruccio Caſtracane, Secretär der Congregation der Propaganda.

Wien, den 26. April.

Se. k. k. Majeſtät haben mittelſt allerhöchſten, an den königlich ungariſchen Hofkanzler, Grafen Reviczky, erlaſſenen Handſchreibens vom 14. April d. J., den oberſten Provinzial-Commiſſariatsdirector im Königreiche Ungarn, Stephan von Végh, mit Beibehaltung ſeines ganzen Gehaltes, in den wohlverdienten Ruheſtand allergnädigſt zu verſetzen, und ihm, zum Beweiſe der allerhöchſten Gnade und Zufriedenheit mit ſeinen durch Verlauf von fünfzig Jahren geleiſteten eifrigen, treuen und ausgezeichneten Dienſten, eine Perſonalzulage von jährlichen 1500 fl. zu verleihen, an deſſen Stelle aber den Präſidenten der königlichen Gerichtstafel von Ungarn, Alexander von Mérey, zum oberſten Provinzial-Commiſſariatsdirector zu ernennen, und ſelbem, nebſt der taxfreien Verleihung der Würde eines wirklichen geheimen Rathes, zu ſeinem dermaligen Gehalte eine Perſonalzulage von jährlichen 2000 fl. zu verleihen geruht.

Am 26. April war zu Wien der Mittelpreis der Staatsſchuldverſchreibungen zu 5 pCt. in CM. 92¹/₁₆;
detto detto zu 4 pCt. in CM. 82³/₈;
Darleh. mit Verlooſ. v. J. 1820, für 100 fl. in CM. 188¼;
detto detto v. J. 1821, für 100 fl. in CM. 134¹/₂;
Wiener-Stadtbanco-Obligat. zu 2½ pCt. in CM. ——;
Conv. Münze pCt. ——;
Bankactien pr. Stück 1203¾ in CM.

Wiſſenſchaftliche Nachrichten.

Hr. Profeſſor Stampfer hat höchſt intereſſante optiſche Täuſchungsphänomene aufgefunden, indem er das Princip einzelner, ähnlicher, beſonders durch engliſche Gelehrte bekannt gemachter Erſcheinungen zu einer größeren Allgemeinheit erhob. Er ſtellt durch ſehr einfache, auf eine Scheibe angebrachte Zeichnungen, die meiſtens an und für ſich gar keine Bedeutung haben und völlig unzuſammenhängend erſcheinen, die verſchiedenartigſten Bewegungen und ſelbſt ganze zuſammenhängende Handlungen dar, welche dem Auge nicht weniger Vergnügen verſchaffen, als die vor mehreren Jahren mit ſo viel Beifall aufgenommenen kaleidoskopiſchen Phänomene. Der Erfinder iſt bereits mit Hrn. Mathäus Trentſensky in Verbindung getreten, beide zuſammen haben auf die Erzeugung der mechaniſch-optiſchen Vorrichtungen, durch welche, dem aufgefundenen Principe gemäß, optiſche Täuſchungen hervorgebracht werden, um ein allerhöchſtes Privilegium angeſucht, und es werden in einigen Tagen in der Kunſthandlung des Hrn. Trentſensky ſolche ſtroboſkopiſche Scheiben zu haben ſeyn. Uebrigens wird Hr. Profeſſor Stampfer nächſtens in einem wiſſenſchaftlichen Aufſatze eine vollſtändige Erklärung des ganzen Gegenſtandes öffentlich bekannt machen.
B.

Hauptredacteur: Joſeph Anton Edler von Pilat.

Verleger: Anton Strauß ſel. Witwe in der Dorotheergaſſe Nr. 1108.

Digitized by Google

Nro. 118

Oeſterreichiſcher Beobachter.

Sonntag, den 28. April 1833.

Meteorologiſche Beobachtungen vom 26. April.	Zeit der Beobachtung	Barometer auf 0° Reaumur reducirt.		Thermometer Reaumur.	Wind.		Witterung.
		Pariſer Maß.	Wiener Maß.				
	8 Uhr Morg.	27.561	283. 3Z. 11P.	+ 6.5	NW.	ſchwach.	Wolken.
	3 Uhr Nachm.	27.555	28 3 10	+ 10.0	NW.	—	—
	10 Uhr Abnds.	27.570	28 4 0	+ 4.0	WNW.	—	trüb.

Türkei.

Konſtantinoprl, den 10. Apeil. Dem bei der ottomanniſchen Pforte feſtgeſetzten Gebeauche gemäß, in Folgr deſſen die europäiſchen Geſandten feühee ihre Creditive an den Großweſie übeeeeichen, und einige Zeit darauf zu der Anteittsaudienz bei Sr. Hoheit zugelaſſen weeden, iſt dem Feeiherrn von Stüemee von Seite des Miniſteeiums dee 30. Mäez beſtimmt woeden, um ſeine eeſten Beſuche bei dee Pfoete abzuſtatten. Der Feeihere von Stürmer übeeeeichte demnach an dieſem Tage ſein Beglaubigungsſchreiben an den Geoßweſie bei einer feieelichen Audienz, welchr ee zu dieſem Behuſr im Pfoetenpalläſte erhielt, und wobei ee von Rauff Paſcha mit dem bei dem Empfange dee Repeäſentanten geoßer Hoſe beobachteten Ceeemoniell und den gewöhnlichen Eheenbezeigungen aufgenommen wuede; voe dieſee Audienz hatte dee Freiheee von Stüemer dem Miniſteeium dee Pfoete ſeinr Beſuchr abgeſtattet.

Am 5. d. M. iſt das von dem Sultan verlangte ruſſiſche Hülfseoeps von 5000 Mann auf meheeren Transpoetfahezeugen unter der Eſeoete von 3 Linienſchiffen und 1 Feegatte aus dem ſchwaezen Meeee in die Bai von Bujukdere eingelaufen. Dieſe Truppen, aus Jägern, Aetilleeiſten, und einigen hundeet Koſaken beſtehend, weeden vom General Ungebauee befehligt, und ſind beeeits auf den Anhöhen von Chunkiae Iskaleſſi in der Nähr des aſiatiſchen Doeſes Peikos gelageet *). Den Oberbefehl übee das euſſiſche Hülfseoeps wied dee Geneeal Mueawieff führen, dee ſeit ſeiner Rückkehr von Alexandria ſich in dieſer Hauptſtadt aufhält. Die zweite Flottenabtheilung wird vom Conteeadmieal Kumany commandiet. Von den im Bosporus befindlichen euſſiſchen Keiegsſchiffen iſt unlängſt der Beigg Paeis nach Geiechenland abgeſegelt. Dee Commandant dieſes Briggs iſt ein Beudee des kaiſerl. ruſſiſchen Geſandten Hrn. von Butenieff, dee bei der Schlacht von Navaein einen Aem verloren, und deſſen Ernennung zum Adjutanten Sr. Majeſtät des Kaiſers Nicolaus wenige Stunden vor ſeinee Abreiſe hier eingetroffen iſt.

Der königl. ſpaniſche Miniſterreſident Hr. von Vial, welchee die Beſtimmung eehalten hat, als außeeordentlichee Geſandtee Sr. katholiſchen Majeſtät nach London abzugehen, hat am 28. Mäez Konſtantinopel veelaſſen, nachdem ee am 20. ſeine Abſchiedsbeſuche bei dee Pfoete abgeſtattet hatte. Er reist auf einem Kauffaheteiſchiffe nach Marſeille, um daſelbſt ſeine Quaeantaine zu halten und ſich. ubee Madrid, an ſeinen Beſtimmungsoet zu veefügen.

Die Hauptſtadt genießt foetwährend dee vollſtändigſten Ruhe.

Nachrichten aus Konſtantinopel vom 14. Apeil, dir durch außeroedentliche Gelegenheit eingelaufen ſind, melden Folgendes: „Am 11. Abends iſt ein von dem Ameddſchi-Efendi aus Kutahia abgefeetigtee Kueier mit dee Antwoet Ibrahim Paſcha's auf die demſelben von Seite dee Pforte übeebeachten Voeſchläge *) hier eingeteoffen. Wie veelautet, hat Ibrahim Paſcha die ihm gemachten Anträge, kraft deeen Syeien, mit Inbegriff von Damaskus und Aleppo, mit dee Statthalteeſchaft ſeines Vatees Mehmed Ali veeeinigt weeden ſollen, angenommen, veelangt aber noch, daß ihm dee Diſteiet von Adana (in Caeamanien) abgetreten weede, woeauf ee dann ſogleich mit ſeinen Teuppen den Rückmaeſch aus Anatolien anteeten wolle. — In Folge dieſer Mittheilungen wuede am 12. d. M. große Rathsveeſammlung bei dee Pfoete gehalten, und dem Veenehmen nach beſchloſſen, die Abeeetung von Adana aufs Beſtimmteſtr zu veeweigeen. Es ſoll noch dieſen Abend ein Tatar mit dieſee Entſcheidung, welche duech ein Scheeiben des feanzöſiſchen Botſchafteees, Admieals Rouſſin, aufs Kräftigſte unteeſtützt wied, nach Kutahia abgefertigt weeden. — Die Pfoete hat an den kaiſeel. euſſiſchen Geſandten, Hrn. von Butenieff, das Anſuchen geſtellt, daß die kaiſerl. ruſſiſche Eſcadre ſowohl als dir Landteuppen bis zum Einteeffen der Rückantwoet aus Kutahia in ihren bisheeigen Stellungen veebleiben mogen."

So eben, am Schluſſe unſeees Blattes, aus Konſtantinopel einlaufenden Nacheichten vom 16. Apeil zufolge, wae dee königl. feanzöſiſche Botſchaftsſecretäe Hr. von Vaeennes am 14. Abends unvermuthet aus Kutahia nach dieſee Hauptſtadt zueückgekehet. — Uebee die von ihm mitgebeachten Nachrichten hatte nichts Beſtimmtes veelautet, außee daß Ibeahim Paſcha beeeits angefangen habe, ſeinen Rückmarſch anzuteeten, ſo daß man ſich ſchmeichelte, bald ganz Anatolien von den Aegyptieen geeäumt zu ſehen. — Bemerkenswerth iſt es, daß die Pfoete in dieſen Tagen den neuen Tewdſchihat oder die Liſte dee Veeleihung dee Statthalterſchaften des Reiches, die gewöhnlich gleich nach dem Baieamsfeſte publieirt wied, was jedoch dee Umſtände halbee dießmal nicht geſchehen iſt, bekannt gemacht hat. In dieſem Tewdſchihat wied Mehmed Ali in dem Beſitze dee Statthalterſchaft von Aegypten, nebſt ganz Syrien, mit Damasius und Aleppo, und der Inſel Candia, und ſein Sohn Ibeahim Paſcha in dee Statthalteeſchaft von Abyſſinien und dem Sandſchak von Dſchidda, ſo wie in dem Amte eines Scheich-ul-Haeem von Mekka beſtätigt. — Man ſchließt hieeaus im Publicum,

*) Vergl. Oeſteer. Beob. vom 22. Apeil.

*) Vergl. Oeſteee. Beob. vom 13. April.

Digitized by Google

daß die Pforte die Unterhandlungen mit dem Vicekönig von Aegypten und ſeinem Sohne als beendigt betrachtet.

Königreich beider Sicilien.

Ein Bericht des k. k. Conſular-Agenten zu Brindiſi meldet, daß die k. k. Corvette Abbondanza, aus Konſtantinopel kommend, an deren Bord ſich der k. k. Internuntius Freiherr von Ottenfels befand, in der Nacht vom 9. April in den Gewäſſern von Torre di Rinaldo (20 Lieues von Brindiſi) Schiffbruch gelitten habe; der Freiherr von Ottenfels und die geſammte Schiffsmannſchaft, 125 Köpfe ſtark, ſind gerettet, und befinden ſich proviſoriſch im Lazareth von Brindiſi. Der Commandant der Corvette, Hr. Gnoato, hat ſich aus Verzweiflung über dieſen Unglücksfall am folgenden Tage ſelbſt entleibt.

Großbritannien und Irland.

Hr. O'Connell hat ein ſehr wortreiches Schreiben an ſeine Landsleute gerichtet, deſſen eingeſtandener Zweck dahin geht, dieſelben zu lehren, wie ſie am beſten das zur Beſchützung von Leben und Eigenthum in Irland beſtimmte Geſetz umgehen könnten. Uebrigens enthält dieſes Schreiben im Ganzen nichts Neues, außer etwa, daß der Verfaſſer darin aufs Heftigſte gegen Sir John Hobhouſe zu Felde zieht; da er aber eigentlich nicht zu wiſſen ſcheint, was er an demſelben ausſetzen ſoll, ſo ſpielt er den Propheten und verkündigt den Irländern, daß der neue Staatsſecretär nichts zu ihrem Wohle thun werde; „die Engländer," ſagt er, „haſſen uns und, was ſie jedoch nicht eingeſtehen, fürchten uns." Weiterhin verwünſcht er zwar die Weißfüßler, meint jedoch, daß das Geſetz, deſſen größter Theil eben auf Unterdrückung der von den Weißfüßlern verübten Gräuel abgeſehen iſt, die Auflöſung der Union unvermeidlich gemacht habe. Unter den Mitteln, welche Hr. O'Connell empfiehlt, um das, was er eine Befreiung Irlands nennt, zu erreichen, ſpricht er auch von einem zweckmäßigen Gebrauch der Wahlfreiheit. Er verkündet ferner, daß die Dauer des jetzigen Parlaments ſehr kurz ſeyn und daß das jetzige Miniſterium ſich noch eher auflöſen werde, als die gegenwärtige Seſſion. Er geſteht ein, daß ſeine Freiwilligen nicht im Stande ſeyn würden, Verſammlungen zu halten, ohne ſich den Folgen der Zwangsbill auszuſetzen; aber er fügt hinzu, daß ſie immer fortfahren konnten, Freiwillige zu bleiben, in Uebereinſtimmung zu handeln, aufzuregen, zu ſchreiben und überhaupt alles Mögliche zu thun, nur nicht Verſammlungen zu halten. Aus dieſem ganzen Schreiben will die Times entnehmen, daß Sir John Hobhouſe in ſeiner Verwaltung nicht mit beſondern Schwierigkeiten zu kämpfen haben werde, wenn die Regierung nur keinen Hauptfehler begehe, der ein bedeutendes Gewicht in die Wagſchale O'Connells würfe.

Das Linienſchiff Malabar, Capitän Perey, iſt zu dem Geſchwader unter Admiral Hotham im mittelländiſchen Meere abgeſegelt. Auch zu dem Geſchwader unter Admiral Malcolm in den Dünen ſind mehrere kleinere Kriegsſchiffe abgegangen. In Portsmouth ging das Gerücht, noch 6 Linienſchiffe und eben ſo viele Fregatten würden nach dem mittelländiſchen Meere abgehen.

Hr. N. M. Rothſchild läßt im Morning-Herald anzeigen, es ſei ungegründet, daß er England verlaſſen wolle; vielmehr treffe er beträchtliche Anordnungen zur Einrichtung für die jüngern Zweige ſeiner Familie in England.

Conſols am 16. April 87⅝.

Frankreich.

In der Sitzung der Pairskammer vom 17. April wurde die Verhandlung des Ausgabebudget von 1833 eröffnet. Die ganze Debatte drehte ſich um einen Vorſchlag des Baron Mounier. Von je her beſtand der Uebelſtand, daß ſich die Verhandlung des Budgets ſo verzögere, daß es nicht mehr reiflich berathen werden könne; alle bisher vorgeſchlagenen Mittel, um mehr Zeit zu gewinnen, ſeien unpractiſch befunden worden; nach ſeiner Meinung aber gebe es ein ſehr einfaches; er ſchlage vor, die Ausgaben in fixe und in wandelbare zu theilen; erſtere ſollten ein- für alle Mal geſetzlich beſtimmt und dann gar nicht mehr discutirt, und nur letztere den Kammern jährlich zur Prüfung vorgelegt werden. — Hr. Thiers ließ ſich über dieſes Syſtem in einer langen Rede aus, und äußerte viele Bedenklichkeiten dagegen, ob er gleich, wie er ſagte, für ſeine Perſon Baron Mouniers Anſicht theilte. Er meinte beſonders, die Deputirtenkammer werde ſich das ihr nach der Charte zuſtehende Recht der jährlichen Prüfung des ganzen Budgets nicht nehmen laſſen wollen, und rieth, die Sache auf eine ruhigere Zeit zu verſchieben.

Die Deputirtenkammer ſetzte am 17. April die Discuſſion des Einnahmebudgets fort. Hr. Realier-Dumas griff abermals die Vertheilung der Steuern an, welche zu ſehr auf den ärmeren Claſſen laſteten. Hr. Rambuteau und der Finanzminiſter antworteten, die Grundeigenthümer bildeten die große Majorität Frankreichs, denn der Grund und Boden Frankreichs ſei im Beſitze von mehr als fünf Millionen Familienvätern, es müßten alſo über 25 Millionen Franzoſen beim Grundeigenthume betheiligt ſeyn, und dieſe Majorität müſſe die Regierung berückſichtigen. Immer mehr breite ſich die Mittelclaſſe, die wahre Kraft des Staates, aus. „Man muß (ſagte der Finanzminiſter) blind ſeyn, wenn man die Fortſchritte des Handels, des geſellſchaftlichen Reichthums und des Wohlbefindens der Maſſen nicht ſieht. Das Land verarmt — ſagen Sie; aber wie erklären Sie ſich dann das Steigen der Arbeitslohne, die Vermehrung der Steuereinnahmen? Entweder conſumiren die Maſſen mehr, oder man verdankt die Vermehrung der Steuereinnahmen den Reichen, und über was beklagen Sie ſich dann? Blicken Sie um ſich, vergleichen Sie, und Sie werden ſehen, daß nirgends die Fortſchritte des Wohlſtandes ſchneller ſind als bei uns. Selbſt England gegenüber können wir ſagen, daß unſere ökonomiſche und ſociale Lage bei weitem weniger mit Verlegenheiten umgeben iſt. Ich bin überzeugt, es gibt nicht Ein Land in Europa, in welchem die Steuern geringer ſind als in Frankreich, wenn man die Revenuen mit den Laſten vergleicht. — Eine auffallende Erſcheinung in dieſer Sitzung war, daß General Demarçay, in conſtitutionnellen Fragen ſonſt immer ultra-liberal, in Handelsfragen aber einer der eifrigſten Vertheidiger der Prohibitivgeſetze, auch in dieſen Steuerfragen ſich unbedingt für das den großen Grundeigenthümern günſtige Syſtem, das unter der gefallenen Regierung eine neue Begründung erhalten hatte, erklärte, die ſeit der Julirevolution in den Steuern vorgenommenen Aenderungen als höchſt unglückliche bezeichnete, und geradezu ſagte, die Wähler Frankreichs würden ſich gewiß mehr für die Meinungen der Oppoſition ausſprechen, wenn nicht auf den Bänken dieſer Oppoſition Menſchen ſäßen, deren Grundſätze die Wähler nothwendig erſchrecken müßten. In keinem Lande, die vereinigten Staaten nicht ausgenommen, ſeien die Proletarier ſo glücklich als in Frankreich. Hr. Pataille (Mitglied des Centrums) ſagte, er trete dieſen Grundſätzen des Generals aufs Vollſtändigſte bei; er habe ihm aus dem Herzen geſprochen. Das Centrum lachte, die Linke auch. Damit wurde die allgemeine Berathung geſchloſ-

Digitized by Google

ſen. Bei den einzelnen Artikeln wurden mehrere Amendements zur Aufhebung oder Verminderung der Salzſteuer verworfen.

Der Huiſſier der Deputirtenkammer berichtete unterm 17. April, fünf Uhr Abends, er habe ſich, um dem Spruche der Kammer gemäß, den Hrn. Lionne in das Gefängniß abzuholen, in deſſen Wohnung begeben, und Hrn. Marraſt, Oberredacteur der Tribune, geſprochen, den er aufgefordert, ihm den Ort anzuzeigen, wo Hr. Lionne ſich befinden könne; dieſer habe ihm aber erklärt, daß Hr. Lionne abweſend ſei, und er durchaus nicht angeben könne, wo ſich derſelbe gegenwärtig befinde. Er habe folglich, nachdem er noch mehrere Nachſuchungen in verſchiedenen Zimmern vorgenommen, nach Aufnahme eines Protocolles, wovon er eine Abſchrift für Hrn. Lionne zur Beſorgung durch Hrn. Marraſt zurückgelaſſen, ſich wieder aus dem Hauſe entfernt.

Der National kündigt an, daß er eine Subſcription für die Bezahlung der Geldbuße der Tribune eröffne. „Dieß iſt," ſagt er, „nicht nur ein Beiſtand, den die Patrioten einem ſo aufopfernden Patriotismus ſchuldig ſind, ſondern es iſt auch ein Beweis von dem ſympathiſchen Beifall, den die Tribune ein Recht hat zu erwarten, und den ſie überall finden wird." — Nach dem Ende der Sitzung hatten ſich bereits Subſcribenten auf dem Bureau der Tribune eingefunden, die 291 Fr. unterzeichneten.

Die Gazette hat für die Geldbuße der Tribune 1000 Fr., der Courrier Français 500 Fr., der National 500 Fr., die Generalverſammlung der Aſſociationen zu Gunſten der patriotiſchen Preſſe 500 Fr. unterzeichnet. Die Tribune enthält ein Subſcribentenverzeichniß mit 400 Namen, und auch der National macht eine beträchtliche Liſte bekannt.

Die ſtürmiſchen Debatten, welche über den Viennetſchen Antrag wegen Vorladung des Redacteurs der Tribune in der Deputirtenkammer Statt fanden, haben einen Prozeß in den Hintergrund geſtellt, der gleichzeitig vor dem Pariſer Aſſiſenhofe verhandelt wurde, und deſſen Details unter andern Umſtänden das höchſte Intereſſe erregt haben würden, während ſie jetzt faſt ganz unbemerkt vorübergegangen ſind, nämlich den Prozeß gegen einige Mitglieder des „Vereines für die Aufrechthaltung der Menſchenrechte," den die Tribune den größten und mächtigſten unter allen republikaniſchen Vereinen in Frankreich nennt, und von welchem ſie den Sieg des Republikanismus hofft. Die Organiſation und die Principien dieſes Vereines, die durch jene Prozeßverhandlungen und durch das von dem Generaladvocaten Frank-Carré gehaltene Requiſitorium erſt näher bekannt geworden ſind, beweiſen leider nur zu ſehr, welch ein gefährlicher Gegner in ihm nicht nur der gegenwärtigen Regierung, ſondern aller geſellſchaftlichen Ordnung in Frankreich überhaupt erwachſen iſt, und welch unſägliches Elend, welch eine furchtbare Zukunft dieſem Lande bevorſtehen würde, wenn es ihm jemals gelänge, die factiſche Gewalt an ſich zu reißen. Der Verein, der mit ſeinem vollſtändigen Titel „Société des droits de l'homme et du citoyen" heißt, beſteht aus einer unbeſtimmten Anzahl von Sectionen, deren jede wenigſtens zehn und höchſtens zwanzig zählt und mit einer beſtimmten Nummer verſehen iſt; jede Section hält wöchentlich eine oder mehrere Sitzungen, nach dem Belieben der Mitglieder, und vor dem Auseinandergehen wird immer Ort, Tag und Stunde der nächſten Zuſammenkunft beſtimmt. Jede Section hat einen Chef, der den Vorſitz führt, einen Souschef und drei Quinturionen, deren jeder fünf Mitglieder befehligt, und die für unbeſtimmte Zeit im offenen oder geheimen Scrutinium durch Stimmenmehrheit ernannt werden. Sammlung von Beiträgen, Vorleſung politiſcher Schriften und namentlich ſolcher über die Menſchen- und Bürgerrechte, ſo wie politiſche Erörterungen füllen die Sitzungszeit aus. Um die Menge der einzelnen Sectionen in eine Einheit zuſammenzufaſſen, ſtehen unter dem Namen von Serienchefs einige Männer an der Spitze, deren jeder wenigſtens fünf und höchſtens acht Sectionen zur Beaufſichtigung unter ſich hat; fünf Sectionen bilden eine Serie; ſobald die Zahl derſelben aber über acht ſteigt, ſo wird eine neue Serie gebildet. Jeder Serienchef iſt nur den Sectionen ſeiner Serie bekannt, und erhält von einem den ganzen Verein leitenden Centralcomité ſeine Befehle und Inſtructionen, die er entweder mündlich oder in der Form von Tagsbefehlen den Sectionschefs mittheilt. Der Inhalt und Ton dieſer Tagsbefehle, deren mehrere in den Händen der Behörde ſind, beweiſen unwiderleglich, daß jene Centralgewalt ſich weit über die Mitglieder ſtellt, ſie lobt oder tadelt, und bei ihnen auf Gehorſam rechnen darf. Den Statuten des Vereines iſt ein politiſches Glaubensbekenntniß vorgedruckt, worin es heißt: „Seit die Menſchen zu einer Geſellſchaft vereinigt worden, ſind ſie auch des Genuſſes ihrer Rechte beraubt geweſen und haben ſich in der ſchmählichſten Sclaverei befunden; ihre Würde ward für nichts gerechnet. Zu dem Zuſtande des rohen Thieres erniedrigt, wurden ſie eingeſperrt, verkauft und decimirt von unbarmherzigen Gebietern, die ihnen nur zwiſchen Gehorſam oder Tod die Wahl ließen. Die Natur, die Wahrheit, Gerechtigkeit und geſunde Moral ſind die Quellen, aus denen die im Jahre 1793 erlaſſene Erklärung der Menſchen- und Bürgerrechte hergefloſſen iſt. Die in dieſer Erklärung enthaltenen Principien ſind auch die unſeres Vereins, und jedes Mitglied desſelben ſchwört, dem Siege dieſer heiligen Sache ſeine ganzen Kräfte zu widmen." Der Verein hat demgemäß die vom Convente am 24. Juni 1793 erlaſſene Erklärung der Menſchen- und Bürgerrechte im Druck herausgegeben, und eines der Mitglieder desſelben, ein gewiſſer Laponneraye, der ſchon mehrmals von dem Aſſiſenhofe wegen politiſcher Vergehen verurtheilt worden iſt, hat die wichtigſten Artikel mit einem erläuternden Commentar verſehen. Dieſe von dem Verein vertheilte Schrift hat ſeit dem Auguſt 1830 bereits die zweiundzwanzigſte Auflage erlebt. Bei näherer Vergleichung der von dem Verein herausgegebenen Erklärung der Menſchenrechte mit der von dem Convente erlaſſenen, ergeben ſich indeſſen weſentliche Unterſchiede; die letztere genügte dem demagogiſchen Fanatismus der modernen Republikaner nicht, und ſie wählten daher den von dem Convent ſelbſt zurückgewieſenen Entwurf Robespierre's. Um jeder Verfälſchung vorzubeugen, decretirte damals der Convent gegen Jeden, der eine andere, als die von der Verſammlung angenommene Erklärung der Menſchenrechte drucken oder drucken laſſen würde, die Todesſtrafe, welcher alſo, wenn jenes Decret noch jetzt beſtände, auch die Mitglieder des heutigen Vereins für Menſchenrechte verfallen ſeyn würden. Der Hauptunterſchied zwiſchen der Erklärung des Conventes und der des Vereins beſteht in den darin ausgeſprochenen Anſichten über das Eigenthumsrecht. In der am 24. Juni 1793 von dem Convente erlaſſenen Erklärung heißt es: „Die Regierung iſt eingeſetzt, um dem Menſchen den Genuß ſeiner natürlichen und unverjährbaren Rechte zu ſichern; dieſe Rechte ſind Gleichheit, Freiheit, Sicherheit und Eigenthum;" der Verein ſagt dagegen in der ſeinigen, die Hauptrechte des Menſchen ſeien, für die Erhaltung ſeiner Exiſtenz und für die Freiheit zu ſorgen. Der Convent erklärte, das jedem Bürger zukommende Eigenthums-

Digitized by Google

recht beſtehe in dem Genuſſe ſeiner Güter, Einkünſte, der Früchte ſeiner Arbeit, und in der freien Verfügung darüber; der jetzige Verein für die Menſchenrechte ſagt aber, das Eigenthumsrecht beſtehe darin, daß jeder Bürger des Antheils von Beſitzthum, das ihm von dem Geſetze garantirt ſei, genieße und frei darüber verfüge. Der Convent hatte es für eine heilige Pflicht der ganzen bürgerlichen Geſellſchaft erklärt, die hülfsbedürftigen Mitglieder zu unterſtützen, ihnen Arbeit zu verſchaffen u. ſ. w. Der Verein macht dieſe Pflicht der ganzen Geſellſchaft zu einer Schuld des reichen Mannes, indem er ſagt, die Unterſtützung deſſen, dem es am Unentbehrlichen mangle, ſei eine Schuld desjenigen, der Ueberflüſſiges beſitze. In der zweideutigen Auslegung, deren alle dieſe Aeußerungen fähig ſind, liegt die vollkommene Vernichtung des ſelbſt von dem Convente in ſeiner ganzen Heiligkeit und Unverſehrbarkeit anerkannten Rechtes des Beſitzes. Nicht weniger belehrend iſt der von demſelben Vereine herausgegebene „kleine republikaniſche Katechismus,“ worin der Terrorismus in beſter Form angekündigt und den üblichen Phraſen über Willkür und Despotismus hinzugefügt wird: „Nur ein Despotismus iſt rechtmäßig, nämlich der der Freiheit gegen die Tyrannei.“ Am 29. Auguſt v. J. wurde die Organiſation des Vereins vollendet, und wenige Tage darauf ein Tagsbefehl an die verſchiedenen Sectionen erlaſſen, worin es heißt: „Bürger! Eure Organiſation iſt beendigt, und wir können unſer Werk beginnen; Beſtändigkeit, Hingebung und Bruderſinn iſt erforderlich, ſo wie Vertrauen zu den Führern, die Ihr Euch gewählt habt. Wohlan denn, ans Werk, Bürger! Jeder nehme an unſerem glorreichen Unternehmen Theil; unſere Arbeit wird nicht ohne Belohnung ſeyn, wie diejenige, welche die Kräfte verzehrt; ſie wird durch Alles, was Euch mangelt, belohnet werden, und allen denen Nutzen bringen, welche daran Theil genommen.“ Bei einem Sectionschef des Vereines hat die Polizei ein Namensverzeichniß der Mitglieder ſeiner Section gefunden; in der einen Columne wird das frühere Benehmen der Mitglieder, die faſt ſämmtlich als Theilnehmer an dem Aufſtande vom 5. und 6. Juni bezeichnet werden, aufgeführt, in einer zweiten Columne iſt angegeben, wo man die Mitglieder bei Tage wie des Abends beſtimmt treffen kann, und eine dritte enthält eine Beſchreibung ihrer Perſon; auch iſt bemerkt, ob ſie gedient haben und mit Waffen und Munition verſehen ſind. Aus der Unterſuchung, welche gegen mehrere Mitglieder des Vereines eingeleitet worden, hat ſich ergeben, daß zu der Zeit, wo zwei wegen ihrer Theilnahme an dem Juniaufruhr zum Tode verurtheilte Mitglieder, Namens Cuny und Lepage, hingerichtet werden ſollten, der Verein die Hinrichtung durch Zertrümmerung des Schaffots verhindern wollte, und daß ſich ein Theil desſelben des Nachts wirklich auf dem Platze verſammelte, wo die Hinrichtung vor ſich gehen ſollte. Als aber die Todesſtrafe von dem Könige in lebenslängliches Gefängniß gemildert wurde, erließ einer der Sectionschefs des Vereins, Namens Milon, ſeines Standes ein Cabrioletkutſcher, eine Proclamation, worin er dieſe Milderung nicht als einen Act der königlichen Gnade, ſondern als eine Wirkung der Furcht vor den Republikanern ſchilderte. In einer andern Proclamation desſelben Milon, welche voll der ſubverſivſten Grundſätze iſt, wird der Bürgerſtand eine neue Form der Ariſtokratie genannt, welche mit der Wurzel ausgerottet werden müſſe. Die Grundſätze dieſes Vereins, welcher in ſeinen Clubbs auf den Umſturz der ganzen geſellſchaftlichen Ordnung hinarbeitet, ſind, wie man ſieht, die des alten Jacobinismus, nur mit einer noch entſchiedeneren Tendenz gegen das Eigenthum; die Mitglieder ſind nicht etwa Gelehrte, die aus der Lectüre der alten Autoren eine Vorliebe für republikaniſche Staatsformen gewonnen hätten, ſie ſtehen vielmehr, der Mehrzahl nach, auf einer Bildungsſtufe, wo Reflexionen und Urtheile über die verſchiedenen Staatsformen nicht zu erwarten ſind; ihr Ziel iſt ein poſitiveres, die Theilung des Grundeigenthums, daher ihr Haß gegen den Gutsbeſitzer, den ſie einen Ariſtokraten nennen, ſo wie für ſie das Volk derjenige Theil der Geſellſchaft iſt, der gar nichts beſitzt. Daß das Geſchwornengericht die Angeklagten Petit-Jean, Hulin, Milon und Beaudeloux, als Vorſteher einer verbotenen politiſchen Verbindung, einen Jeden zu 200 Fr. Geldſtrafe verurtheilt, und die Auflöſung des Vereins angeordnet hat, iſt bekannt.

An der Rheinbrücke bei Straßburg werden allen aus Teutſchland kommenden Perſonen ſehr ſtreng die Päſſe abgefordert. Ein Bataillon des 15ten leichten Regiments iſt von Hagenau nach Schiltigheim beordert worden, um mit dem von Weißenburg nach Brumath verlegten Jägerbataillon einen militäriſchen Cordon längs des Rheines zu bilden.

Am 18. April. 5 Percents Fin Courant geſchloſſen zu 100 Fr. 90. 3 Percents Fin Courant geſchloſſen zu 77 Fr. 10. — Am 19. April um 1¼ Uhr Nachmittags 5 Percents 100 Fr. 90. 3 Percents 76 Fr. 95.

Belgien.

In der Sitzung der Senatorenkammer vom 16. April legte der Kriegsminiſter ſein Budget vor, welches einer Commiſſion zur Berichterſtattung zugewieſen wurde.

Teutſchland.

Die Frankfurter Oberpoſtamtszeitung meldet: „In Anerkennung des muthigen Benehmens des hieſigen Linienmilitärs bei den Vorfällen am 3. d. M. hat die hohe teutſche Bundesverſammlung für die Verwundeten und Hinterlaſſenen der Gebliebenen 500 fl. zur Unterſtützung beſtimmt, welche an dieſelben vertheilt wurden.“

Wien, den 27. April.

Se. k. k. apoſtol. Majeſtät haben dem Oberlieutenant im dritten k. k. Uhlanenregimente, Ferdinand Grafen von Nimptſch, die k. k. Kämmererswürde allergnädigſt zu verleihen geruht.

Am 27. April war zu Wien der Mittelpreis der

Staatsſchuldverſchreibungen zu 5 pCt. in CM.	92¹/₁₆;
detto detto zu 4 pCt. in CM.	——;
Darlehen mit Verlooſ. v. J. 1820, für 100 fl. in CM.	188¼;
detto detto v. J. 1821, für 100 fl. in CM.	——;
Wiener Stadtbanco-Obligat. zu 2½ pCt. in CM.	52;

Kurs auf Augsburg für 100 Gulden Curr., Gulden 98⅝ G. Uſo. 2 Monat. — Conv. Münze pCt. ——;

Bankactien pr. Stück —— in C. M.

Mit hoher Bewilligung wird Hr. Joſeph Slawjk, Mitglied der k. k. Hofcapelle, heute Sonntag den 28. April um die Mittagsſtunde ein Concert im k. k. großen Redoutenſaale zu geben die Ehre haben. Billete zu 1 fl. C. M. in das Parterre und zu 2 fl. C. M. auf die Gallerie ſind an der Caſſe zu haben.

Hauptredacteur: Joſeph Anton Edler von Pilat.
Verleger: Anton Strauß ſel. Witwe in der Dorotheergaſſe Nr. 1108.

Digitized by Google

Nro. 119

Oeſterreichiſcher Beobachter.

Montag, den 29. April 1833.

1 ZEIT 18

Meteorologiſche Beobachtungen vom 27. April.	Zeit der Beobachtung.	Barometer auf 0° Reaumur reducirt.		Thermometer Reaumur.	Wind.		Witterung.
		Pariſer Maß.	Wiener Maß.				
	8 Uhr Morg.	27.588	28 Z. 4 L. 2 P.	+ 5.0	WNW.	ſchwach.	Regen.
	3 Uhr Nachm.	27.568	28 3 11	+ 7.0	NW.	mittel.	Wolken.
	10 Uhr Abends.	27.550	28 3 9	+ 3.0	NW.	——	heiter.

Portugal.

Der Morning-Herald vom 17. April meldet, ſein Falmouther Correſpondent habe über Plymouth folgende Nachricht aus dem Douro vom 8. d. M. vom Bord des Oreſtes erhalten: „Admiral Sartorius iſt mit der Flotte nach England auf und davon gefahren, ſo daß wir nächſtens erwarten dürfen, von den Migueliſten blockirt zu werden. Sir John Doyle und Capitän Crosbie befinden ſich an Bord des London-Merchant auf der Höhe der Bai, konnen aber nicht ans Land kommen. Dom Pedro iſt Willens, den Capitän Minns nach England zu ſchicken, um die Flotte zu reclamiren und zurückzubringen. Admiral Sartorius ſoll als Verräther erklärt werden.“ — Der Sun, der obige Nachricht aus dem Herald mittheilt, fügt hinzu, daß keine Beſtätigung hiervon in der City eingelaufen ſei. Aus Privatbriefen von Oporto gehe hervor, daß fortwährend daſelbſt ein gräuliches Intriguenſpiel getrieben werde. — Der Globe ſagt über dieſes Ereigniß: „Wir erſehen aus Privatbriefen von Oporto, denen wir Glauben zu ſchenken geneigt ſind, daß Sartorius am 3. d. M. mit der Flotte, wie man glaubt, nach England abgeſegelt ſei. Wenn dieß der Fall iſt, — und wir befürchten, daß es ſo iſt — liegt das Schickſal der Sache der Koniginn allein in den Händen der Armee unter Marſchall Solignac und Saldanha, wenn ſie im Stande ſind, mit vereinten Kräften die Linien des Feindes anzugreifen. Wir beſorgen jedoch, daß ſie, wenn man ſich zu dieſem Schritte entſchließen ſollte, mit den geringen Streitkräften, die ihnen zu Gebote ſtehen, nicht ſtark genug ſeyn dürften, den beabſichtigten Zweck zu erreichen. Solignac hat ſeine Freunde in den von ihm gehegten Erwartungen get:uſcht.“

Die Cronica Conſtitucional von Oporto vom 4. April enthält folgenden vom 25. März datirten Bericht über die Operationen der conſtitutionellen Armee: „Se. kaiſerl. Majeſtät erhielten die Nachricht, daß der Feind, obgleich ihm ſeine früheren Unternehmungen ſtets fehlgeſchlagen, doch noch einmal ſein Glück verſuchen und wieder einen Angriff auf unſere Poſitionen machen wolle. Es war bekannt, daß er zu dieſem Zweck Vorbereitungen getroffen; er hatte practicable Bruſtwehren erbaut, Karren mit Sturmleitern beladen und andere ähnliche Anſtalten gemacht; und obgleich dieſelben bei dieſer Gelegenheit ganz nutzlos waren, ſo ſchmeichelte er ſich doch, daß ſie den Muth ſeiner Soldaten, der augenſcheinlich von Tag zu Tage immer mehr geſunken war, wieder beleben würden. Se. kaiſerl. Majeſtät wußten, daß die feindlichen Streitkräfte durch eiligſt von Liſſabon herangezogene Truppen vermehrt werden ſollten, mit denen man einigermaaßen den in jedem Gefecht erlittenen Verluſt auszufullen gedachte, und daß die feindlichen Generäle unter den neuen Truppen die Tapferkeit und Begeiſterung zu finden hofften, welche ſie bei den bisher von ihnen befehligten Soldaten vergebens geſucht hatten. Da Se. kaiſerl. Majeſtät unſeren linken Flügel durch die dort errichteten Werke hinreichend geſchützt fanden, ſo befahlen Sie, daß die Poſition Antas auf unſerem rechten Flügel, bis dahin nur durch einzelne Poſten beſetzt, ſtark befeſtigt werden ſolle. Hiermit begann man in der Nacht des 23. Um 11 Uhr Morgens am 24. wurde der Generallieutenant, Herzog von Terceira, Adjutant Sr. kaiſerl. Majeſtät und Commandeur der erſten Diviſion der Befreiungsarmee, benachrichtigt, daß der Feind, 2 bis 3000 Mann ſtark, in der Richtung unſeres rechten Flügels eine Bewegung nach den Höhen zu gemacht habe, und geneigt ſcheine, die dort kaum begonnenen Werke anzugreifen und zu zerſtoren. In Folge dieſer Nachricht eilte jener General augenblicklich an den bedrohten Punct, und da er die Poſten ſchon im Gefecht begriffen und das Feuer einer ſehr überlegenen Streitmacht aushaltend fand, ſo ertheilte er den im erſten und zweiten Bezirk garniſonirenden Truppen Befehl, ſich für den Nothfall zum Kampf bereit zu halten. Nachdem unterdeſſen der Feind beträchtliche Verſtärkungen an ſich gezogen hatte, nöthigte er unſere Vorpoſten, eine Poſition in großerer Nähe von unſeren Linien einzunehmen. Dieſer Umſtand verſchaffte ihm Gelegenheit, die dort befindlichen wenigen Pipen zu zerſtören, und die zu dem Graben des beabſichtigten Werkes beſtimmte Aushöhlung drei bis vier Klafter hoch zu verſchütten. Auf dieſe Nachricht begaben ſich Se. kaiſerl. Majeſtät ſogleich zu den Linien, begleitet von dem Marſchall-Generalmajor und dem ganzen Stabe. Der Kaiſer merkte bald, daß der Angriff auf die Werke ein bloßer Vorwand, und daß die gegen unſeren rechten Flügel entwickelte Streitmacht nur eine Diverſion war, um einen wirklichen Angriff auf unſeren linken Flügel zu decken, alſo eine Wiederholung des Planes vom 4. d. M. Dieſe Vermuthung bewährte ſich ſogleich, indem der Feind aus allen ſeinen Batterien ein lebhaftes Feuer gegen die verſchiedenen Punete unſeres äußerſten linken Flügels eröffnete und ſo ſeinen Zweck offen kund gab, den er bis dahin für unbekannt hielt. Zu derſelben Zeit zeigte der General Graf von Saldanha, der alle jene Poſitionen befehligt, Sr. Excellenz dem Marſchall-Generalmajor an, daß der Feind in drei Colonnen aus ſeinen Verſchanzungen vorrücke. Man mußte nun die Richtung des Angriffes auf den linken Flügel beobachten, während man auf dem rechten eine Diverſion mit dem Feuer der feindlichen Scharfſchützen unterhielt, deren Reſervecolonnen es nicht wagten, ſich dem Feuer unſerer Batterien auszuſetzen und daher aus ihren erſten Poſitionen nicht weiter vorrückten. Es war 3 Uhr, als der General Graf von Saldanha die Mittheilung mach-

Digitized by Google

te, daß die Colonnen, deren Anrücken er gemeldet, nachdem ſie raſch gegen die von dem Oberſt Torres mit einem Theil des 6ten Regiments vertheidigte Redoute Pinhal vorgerückt, kräftig und mit vielem Verluſt zurückgeſchlagen worden, und daß der Widerſtand den Feind ſo entmuthigt habe, daß weder die wiederholten Befehle, noch die äußerſten Anſtrengungen der Offiziere die Truppen bewegen konnten, einen friſchen Angriff zu unternehmen. Unterdeſſen verſuchte es eine andere Colonne, gegen den Paſtelleiro vorzudringen; aber von dem Augenblick an, wo ſie ſich im Bereich des Feuers unſerer Artillerie und Congreveſchen Racketen befand, zeigte ſich ihr Angriff als unwirkſam, und die Soldaten entflohen in gänzlicher Verwirrung. Da die Pläne des Feindes auf die Poſitionen unſeres linken Flügels dergeſtalt vereitelt wurden, befahlen Se. kaiſerl. Majeſtät unverzüglich Sr. Excellenz dem Marſchall-Generalmajor, die Poſition Antas beſetzen zu laſſen. Der General Herzog von Terceira hatte kaum die Befehle Sr. kaiſerl. Majeſtät empfangen, als er zwei Colonnen detaſchirte; die erſte beſtand aus einem Theil des 9ten Infanterieregiments, befehligt vom Brevetoberſt Manoel Joaquim de Menezes, die andere aus dem 10ten Infanterieregiment, befehligt vom Major Joſe Carneiro Vaz de Carvalho, und aus einem Bataillon der 2ten königlichen Marinebrigade, befehligt vom Major Brownſon. Dieſe Colonne war unter den Befehlen des Brigadiers Schwalbach auf der Straße nach Valongo vorgerückt und ſollte die linke Flanke der Poſition, die der Feind mit der größten Gewalt eingenommen, angreifen und die Communication zwiſchen dieſer und der von ihm auf der linken Seite derſelben Straße beſetzten Poſition abſchneiden. Zu gleicher Zeit ſollte eine andere Colonne unter dem Befehl des Brevetoberſten Franciſco Xavier da Silva Pereira ihre Bewegungen mit der erſteren combiniren und die Poſition Antas zur Rechten des Feindes angreifen. Dieſe zweite Colonne beſtand aus dem erſten Bataillon des erſten Regimentes der königlichen Marinebrigade, befehligt vom Major Sadler, aus einem Detaſchement des dritten Infanterieregimentes, befehligt vom Capitän Joſe Antonio da Silva Araujo, und aus einem andern kleinen Detaſchement des Bataillons des fünften Caçadoresregiments. Oberſt Xavier griff die Poſition mit Unerſchrockenheit an, und ſie wurde für einen Augenblick im Stiche gelaſſen; da aber der Feind bedeutende Verſtärkung von ſeinen Reſerven erhielt, ſo kehrte er zum Angriff zurück, und während die Truppen beider Parteien hartnäckig um den Boden kämpften, wurde Major Sadler, ein Offizier von großem Verdienſt, ſchwer verwundet. In dem Augenblicke, wo dieß vorfiel, unternahm die Colonne des Brigadiers Schwalbach einen heftigen Angriff, und brachte den Feind auf ſeinem linken Flügel zum Weichen; dieſer mit dem beſten Erfolge geleitete Angriff ſetzte die auf dem rechten Flügel operirende Colonne wieder in den Vortheil, den ſie ſich ſo muthig erkämpft hatte. Der Feind, ſolchergeſtalt geſchlagen und aus ſeinen Stellungen zurückgeworfen, ſah ſich genöthigt, eiligſt in ſeine Verſchanzungen zurückzukehren, ſo daß unſere Poſten ſich noch weiter vorwärts aufſtellen konnten, als ſie vorher geſtanden hatten. Um dieſe Zeit defilirten drei feindliche Kavallerieſchwadronen und bedrohten die Colonne des Brigadiers Schwaldach. Sogleich nahmen 80 vom Major Don Antonio de Mello befehligte Lanciers, 30 Offiziere vom Corps der Guiden, unter dem Commando des Oberſtlieutenants Matthäus Caldeira und 28 Freiwillige von der Nationalkavallerie, commandirt vom Major Simon Infante de Lacerda, mit der größten Schnelligkeit eine angemeſſene Poſition ein, um ſich jedem Plane der feindlichen Kavallerie zu widerſetzen; dieſe letztere begnügte ſich indeß damit, ſich in eine Colonne zu formiren, und blieb gleichgültige Zuſchauerinn bei der ſchmählichen Flucht ihrer Infanterie." (Der Schluß folgt.)

Großbritannien und Irland.

In der Sitzung des Oberhauſes vom 16. April trug Lord Wynford auf die zweite Leſung der von ihm eingebrachten Bill zur Vereinfachung des Prozeßverfahrens an, und ſuchte die Vortheile derſelben auseinanderzuſetzen. Lord Eldon ſprach gegen die Bill, indem er der Meinung war, daß durch das in derſelben vorgeſchlagene Verfahren Koſten und Zeit nicht vermindert, ſondern vermehrt werden würden. Der Vorſchlag des Lords Lyndhurſt, die Bill heute über ſechs Monate zum zweiten Male zu verleſen, ward von dem Lordkanzler unterſtützt und von dem Hauſe genehmigt.

Im Anfang der Sitzung des Unterhauſes vom 16. April wurde über einen Vorſchlag des Sir R. Inglis, die Prüfung der Marylebone Wahl noch einige Zeit lang auszuſetzen, abgeſtimmt, und derſelbe, nachdem die HH. Hume und O'Connell ſich demſelben widerſetzt hatten, mit 62 Stimmen gegen 22 verworfen. — Sir E. Wilmot erhielt Erlaubniß, eine Bill zur Veränderung und Verbeſſerung der Geſetze in Bezug auf Verbrecher unter 17 Jahren einzubringen. — Hr. Lennard trug auf die Erlaubniß an, eine Bill einbringen zu dürfen, wodurch die Todesſtrafe für durch Einbruch bewerkſtelligten Diebſtahl abgeſchafft würde. Er ſuchte in einem ausführlichen Vortrage die Nutzloſigkeit und ſelbſt die Schädlichkeit eines Geſetzes darzuthun, das ſelten oder nie in Anwendung gebracht würde. Der Generalanwalt hatte zwar im Weſentlichen nichts gegen die Bill einzuwenden, bemerkte aber, daß er mit einiger Beſorgniß wahrnähme, wie ſich die Anträge auf Veränderung häuften. Es wären noch 10 Vorſchläge in Bezug auf Criminal-, und 15 in Bezug auf Civilgeſetze verzeichnet. Er glaube, es würde beſſer ſeyn, wenn die ehrenwerthen Mitglieder, welche jene Vorſchläge zu machen beabſichtigten, noch eine kurze Zeit warteten, um zu ſehen, ob nicht ein Plan zur allgemeinen Reviſion der Geſetze vorgelegt werden würde. (Hört! hört!) Nach einigen Bemerkungen der HH. C. W. Wynn, C. Ferguſſon, Eward und Cobbett wurde die Erlaubniß zur Einbringung der Bill ertheilt. — Hr. Faithfull machte ſeiner frühern Anzeige gemäß einen Vorſchlag in Bezug auf die anglikaniſche Kirche. Er ſagte, daß der dem Hauſe vorzulegende Beſchluß in drei Haupttheile zerfalle, deren jeder einen beſonderen Grundſatz von der größten Wichtigkeit in ſich ſchließe. Zuerſt ſolle feſtgeſetzt werden, daß die engliſche Kirche, wie ſie durch das Geſetz gegründet ſei, ſich nicht durch practiſchen Nutzen empfehle; zweitens, daß die Einnahmen ſtets legiſlativen Beſtimmungen unterworfen geweſen ſeien; und drittens, daß der größere Theil, wenn nicht das Ganze jener Einnahmen, zur Erleichterung der Laſten des Volkes verwendet werden müſſe. Es ſei kein Geiſt des Vorurtheils oder der Feindſeligkeit gegen die engliſche Kirche, welcher ihn veranlaſſe, die obigen Beſchlüſſe dem Hauſe zu empfehlen. Es bedürfe keines großen Scharfſinnes, um die Kirche von ihrer äußern Einrichtung zu unterſcheiden; er verehre die eine — die andere verabſcheue er. Er beabſichtige aber deßhalb nicht, den Umſturz jener Einrichtung herbeizuführen. Die Anhänger jener Kirche möchten ihre Erzbiſchöfe und Biſchöfe, ihre Archidiakonen, ihre Dechanten und Pfründner behalten, ſo lange es ihnen beliebe; er wolle nur, daß zur Erhaltung jener Herren Niemandem Gewiſſenszwang angethan, und daß

Niemand gezwungen würde, für den Unterhalt eines Geiſtlichen zu bezahlen, wenn er nicht zu deſſen Gemeinde gehöre. Weiter verlange er nichts; aber mit Wenigerem werde er ſich auch nicht begnügen. Der Redner ging nun zur weitern Entwickelung und Begründung ſeiner Anträge über, und griff in ſeiner Eigenſchaft als Diſſenter die beſtehende Kirche in ihrer äußeren Geſtaltung auf das Heftigſte an, und erklärte dieſelbe für weſentlich unverträglich mit dem eigentlichen Geiſte des Chriſtenthums, indem ſie Eigennutz, Haß und Feindſeligkeiten aller Art befördere. Er wiſſe nicht, bemerkte er unter Andern, daß im Evangelium von einer gezwungenen Erhaltung der Geiſtlichkeit die Rede ſei. Durch keine Handlung der Apoſtel würde ein ſolcher Grundſatz gerechtfertigt. Lebten ſie nicht von ihrer Hände Arbeit, und lehnten ſie nicht erzwungene und hohe Belohnungen, als der wahren Religion verderblich, ab? Der Redner wies im Verlauf ſeines Vortrages noch darauf hin, wie die Beſetzung der geiſtlichen Stellen theils von politiſchen Rückſichten abhängig gemacht würde, und theils ganz öffentlich Gegenſtand eines unwürdigen und empörenden Handels wären. — Hr. Cobbett unterſtützte die Beſchlüſſe. Lord Althorp ſagte, daß das Haus ſchwerlich erwarten dürfte, daß er die Rede des ehrenwerthen Mitgliedes beantworte. (Lauter Beifall.) Er wolle bloß bemerken, daß, da das ehrenwerthe Mitglied ein Diſſenter, und er (Lord Althorp) ein Anhänger der beſtehenden Kirche ſei, es leicht zu begreifen ſei, daß ſie über die Frage, ob die engliſche Kirche eine gute Kirche wäre oder nicht, verſchiedene Anſichten hätten. Es gäbe aber noch einen andern Punct, über den ſie verſchiedener Meinung wären. Das ehrenwerthe Mitglied behaupte nämlich, daß ſein Vorſchlag von großer Wichtigkeit wäre, und darin könne er nicht einſtimmen. Er wolle daher auch das Haus nicht weiter mit Erörterung eines Gegenſtandes aufhalten, der beſſer für eine Disputation, als für eine parlamentariſche Debatte paſſe. (Beifall.) Die Vorſchläge wurden darauf ohne Abſtimmung verworfen. — Lord Althorp legte hierauf eine Bill vor, wodurch es den Sparbanken geſtattet werden ſolle, Leibrenten bis zum Betrag von 20 Pf. St. auszuthun, welche die erſte Leſung erhielt. Es wird durch dieſe Bill feſtgeſetzt, daß Perſonen zwiſchen 20 und 30 Jahren jeden Monat 6 Sh. in die Sparbank zahlen müſſen, um dafür von ihrem 60ſten Jahre an jährlich 20 Pf. St. zu erhalten. Wenn man nicht im Stande iſt, die Einzahlungen fortzuſetzen, ſo erhält er alle geleiſteten Einſchüſſe, jedoch ohne Zinſen, zurück. — Das Haus vertagte ſich um 1 Uhr Morgens.

In der Sitzung des Unterhauſes vom 17. April brachte Hr. R. Grant ſeine angekündigte Reſolution hinſichtlich der Emancipation der Juden, ganz in der Art und Weiſe und mit denſelben Ausnahmen, wie bei der Katholiken-Emancipation, in Antrag; ſie wurde ohne Stimmenzählung, unter lautem Beifallrufe angenommen. Es ſoll nun eine Bill über dieſen Gegenſtand entworfen werden. — Hr. O'Connell machte die Motion auf Vorlegung gewiſſer Papiere in Bezug auf die Proclamation, kraft deren Kilkenny unter das Kriegsgeſetz geſtellt worden iſt. Sir J. C. Hobhouſe (erſter Secretär für Irland) widerſetzte ſich dieſer Motion, die mit 115 gegen 18 Stimmen verworfen wurde. — Das Oberhaus hielt keine Sitzung an dieſem Tage.

Ihre Majeſtäten der König und die Königinn ſind am 16. April von Windſor im Pallaſte von St. James angekommen. Mittags gab der König den Rittern des Bathordens ein großes Mittagsmahl. Zugegen waren unter Andern die Herzoge von Cumberland, Glouceſter und Wellington, die Lords Saumarez, Strangford, Stuart de Rothſay, Heytesbury und Farnborough, der Herzog von Gordon, Sir G. Nugent, der Marquis von Londonderry, Sir E. Codrington, Sir Ch. Bagot ꝛc.

Viscount Palmerſton muß noch immer wegen Unpäßlichkeit das Zimmer hüten. — Ein Gerücht (im Sun) beſtimmt ihn als Generalgouverneur nach Oſtindien an Lord W. Bentinks Stelle.

Der Graf von Carnarvon, einer der bekannteſten Torypairs, iſt am 16. d. M. zu London mit Tod abgegangen.

Conſols am 18. April 87¾, ⅞.

Frankreich.

Die Pairskammer fuhr am 18. April in Erörterung des Ausgabebudgets fort und nahm daſſelbe mit 111 gegen 14 Stimmen an.

In der Sitzung der Deputirtenkammer vom 17. April ſagte der Finanzminiſter bei der Discuſſion des Einnahmebudgets: „Man affectirt unaufhörlich, die Budgets der Julirегierung mit den Budgets des Kaiſerreiches zu vergleichen, und die letztern als ein Muſter der Sparſamkeit darzuſtellen. Ich will daher einige nähere Nachweiſungen über die Budgets des Kaiſerreiches geben. Das von 1812, als Frankreich aus 130 Departements beſtand, betrug 1370 Millionen. Der verhältnißmäßige Theil für 86 Departements wäre alſo 906 Millionen; aber in dem Budget kamen damals die Departementalausgaben nicht vor. Anderer Seits machte der Kaiſer Einnahmen durch ſeine Siege; dieſe Einnahmen haben wir nicht. (Gelächter auf den Oppoſitionsbänken. „O nein, gewiß nicht!") Uebrigens, Trotz all dieſer glänzenden Siege vermachte uns Napoleon eine Schuld von 100 Millionen Renten und zwei Milliarden Capital. Die Reſtauration verdoppelte dieſe Schuld, was natürlich immer noch auf uns drückt. Es iſt wahr, daß wir ſeit 1830 bedeutende Budgets hatten; aber iſt dieß die Schuld der Adminiſtration? Sie wäre mit Recht angeklagt worden, hätte ſie nicht die nöthigen Maaßregeln getroffen, um die Unabhängigkeit des Landes zu ſichern. Vergeſſen Sie nicht, daß es großer Ausdauer bedarf, um die Finanzen eines Landes wiederherzuſtellen. Wir werden bald das Budget von 1834 vorlegen, dann werden Sie unſere Abſichten und Entwürfe vollſtändig kennen lernen. Nehmen Sie ſie an, ſo iſt möglich, daß wir 1835 oder 1836, falls nicht unvorgeſehene Fälle eintreten, über einen Ueberſchuß von 40 Millionen zu verfügen haben. Haben Sie Geduld, wir beſchwören Sie; geht man zu raſch, ſo zerſtört man, ſtatt Ordnung zu ſchaffen."

Am 18. April wurden in der Deputirtenkammer zuerſt mehrere Berichte erſtattet, namentlich über Hrn. Portalis Vorſchlag wegen Hinwegräumung der Hinderniſſe der Verehelichung eines in den weltlichen Stand übergetretenen Prieſters. Die Commiſſion trug auf Verwerfung des Vorſchlages an, weil ſie ihn den geſetzlichen Beſtimmungen gegenüber für unnöthig und bei der gegenwärtigen Stimmung der Gemüther in manchen Theilen Frankreichs für gefährlich hielt. — Sodann ward die Discuſſion über das Einnahmebudget wieder aufgenommen. So wie am Tage zuvor über die Salzſteuer, erhoben ſich an dieſem Tage längere Debatten über die Getränkſteuer, ohne jedoch zu einem Reſultate zu führen. Die Steuern, die am meiſten zu Klagen Anlaß geben, und gegen welche daher hauptſächlich die Angriffe der Oppoſition gerichtet ſind, ſind die Salzſteuer, 61 Millionen; Trankſteuer, 66 Millionen; Tabakſteuer, 68 Millionen; Lotterie, 10 Millionen. Die letztere kam gleichfalls in dieſer Sitzung vor, aber auch

Digitized by Google

hier wurden die vorgeſchlagenen Reductionen verworfen, doch gab der Finanzminiſter die Zuſicherung, daß bis zum 1. Jänner 1836 die Lotterie gänzlich aufgehoben werden ſolle. Schon jetzt trete theilweiſe Aufhebung ein, indem von zwei vacant werdenden Bureaus immer nur eines wieder hergeſtellt werde.

Der Moniteur vom 19. April enthält in ſeinem amtlichen Theile das Geſetz, welches 80,000 Mann von der Claſſe von 1832 ausheben läßt, und das Geſetz, welches das vom verfloſſenen Jahre über die auswärtigen Flüchtlinge prorogirt.

Der Admiral Baron de Mackau iſt zum Commandanten der Station der Antillen ernannt worden, geht aber vorerſt nach den Dünen, um den Contreadmiral Ducreſt de Villeneuve, der zum Seepräfecten von Lorient ernannt iſt, zu erſetzen.

Einige Tage vor dem Aufbruche der Polen aus dem Depot zu Beſançon nach der Schweiz las man im Pariſer Nouvelliſte folgenden Artikel: „In Beſançon ſind die Kaffehhäuſer ſeit einiger Zeit von einer Menge fremder Individuen beſucht, deren Aeußerungen von der Art ſind, daß ein dortiges Blatt Anlaß nimmt, die Bürger und beſonders die Militärs und polniſchen Flüchtlinge vor Verführungsverſuchen zu warnen. Das Zuchtpolizeigericht in Beſançon hat einen gewiſſen Caſimir Planel aus Paris in Contumaciam zu einjähriger Haft verurtheilt, weil er ſich dort unter falſchem Namen einen Paß hatte ausfertigen laſſen. Dieſer Planel, Mitglied des Vereins der Volksfreunde und reiſender Commis des Journals „le Mouvement," ſcheint der Vater des jungen Mannes gleichen Namens zu ſeyn, der, wie man ſich erinnern wird, in dem Bergeronſchen Prozeſſe als Zeuge auftrat. Er war bereits von dem Pariſer Zuchtpolizeigerichte, wegen unbefugter Anlegung des Ordens der Ehrenlegion, in Contumaciam zu halbjährigem Gefängniß verurtheilt worden, hatte ſich jedoch unter angenommenem Namen den Nachforſchungen der Polizei durch die Flucht zu entziehen gewußt. In Beſançon kam man ihm auf die Spur, allein auch hier entwiſchte er mit Zurücklaſſung ſeines Felleiſens, in welchem man ein Pfund Pulver, ein Packet Kugeln, eine Kugelform, ein Paar Piſtolen, einen Dolch, ein Patent als Mitglied des Vereins der Volksfreunde und ſeine Correſpondenz mit mehreren Schweſtervereinen fand."

Die France Nouvelle berechnet, daß der König Hrn. Laffitte für den Breteuiler Forſt 4,850,000 Fr. mehr gegeben habe, als Hr. Laffitte im Jahre 1826, wo das Grundeigenthum viel höher im Werthe geſtanden, als gegenwärtig, dafür bezahlt habe.

Der Polizeipräfect von Paris hat den ſogenannten patriotiſchen Ball, welcher am 20. April zu Gunſten der in den Pariſer Gefängniſſen ſitzenden Republikaner Statt finden ſollte, und den Einer der Veranſtalter, Advocat Fenet, weil die Behörde alle öffentlichen Locale dazu verweigert hatte, in ſeiner eigenen Wohnung geben wollte, aus politiſchen Gründen verboten.

Nach Briefen aus Straßburg (im Meſſager) hatten zwei Teutſche, die in der Frankfurter Sache compromittirt waren, ſich am 6. April zu Weißenburg eingefunden, wo die Behörde ſich anfangs weigerte, ſie aufzunehmen. Sie konnten erſt auf die Verwendung von Patrioten einen proviſoriſchen Reiſepaß nach Straßburg erhalten. Hier wollte die Behörde ſie anhalten, auf dem kürzeſten Wege Frankreich zu verlaſſen. Durch die Verwendung eines Offiziers der Nationalgarde, der ſie aufgenommen hatte, ward es durch eine Art von Vergleich entſchieden, daß die beiden Flüchtlinge nach der Schweiz reiſen durften. Eine von den Zöglingen der Medicinalſchule gemachte Subſcription gewährte ihnen die Mittel zur Fortſetzung ihrer Reiſe. Uebrigens ward Befehl gegeben, jedem nicht mit einem Paſſe verſehenen Teutſchen den Eintritt auf das franzöſiſche Gebiet zu verweigern.

Zwei polniſche Offiziere, die aus Carlsruhe kamen, ſind von der Rheinbrücke bei Straßburg an, als Gefangene, von fünf Soldaten und einem Gendarmen, durch die ganze Stadt bis zu dem Etatmajor geführet worden.

Hr. Börne befindet ſich (ſagt ein Schreiben aus Straßburg im Frankfurter Journal) nicht zu Paris, ſondern im Hotel de Paris zu Straßburg.

Am 19. April. 5 Percents Fin Courant geſchloſſen zu 101 Fr. 15. 3 Percents Fin Courant geſchloſſen zu 77 Fr. 40. — Am 20. April um $1\frac{1}{4}$ Uhr Nachmittags 5 Percents 101 Fr. 3 Percents 77 Fr. 40.

Niederlande.

Se. Majeſtät der König der Niederlande ſind am 17. April Nachmittags in Amſterdam eingetroffen. Bald nach der Ankunft Sr. Majeſtät erſchienen Höchſtdieſelben, den lauten Wünſchen der in unzählbarer Menge herbeigeſtrömten Einwohner nachgebend, auf dem Balcon des königlichen Pallaſtes, und wurden mit ſtürmiſchem Jubel begrüßt. Am 18. Nachmittags halb 3 Uhr ſind auch Se. königl. Hoheit der Prinz von Oranien, mit Höchſtdero Gemahlinn, und eine Stunde ſpäter Se. königl. Hoheit der Prinz Friedrich in Amſterdam eingetroffen.

Belgien.

Gleich nach Eröffnung der Sitzung der Senatorenkammer vom 17. April zeigte der Präſident der Verſammlung an, daß er ein Schreiben von dem Juſtizminiſter, Hrn. Lebeau, erhalten habe, und las daſſelbe vor; es lautete folgendermaaßen: „Herr Präſident! Ich
„erfahre, daß der Senat die Berathung über den Geſetz-
„entwurf wegen der Naturaliſation auf die Tagesordnung
„geſetzt hat. Da der König auf unſern Vorſchlag einen eh-
„renwerthen Repräſentanten beauftragt hat, ein neues
„Cabinet zuſammenzuſetzen, und da die Reſultate
„der zu dieſem Zwecke gemachten Verſuche uns noch nicht
„bekannt ſind, ſo glaube ich, in dieſem Augenblick an der
„Erörterung eines politiſchen Geſetzes keinen Theil neh-
„men zu können, und mich ſo viel als möglich auf die Rol-
„le eines bloßen Adminiſtrators beſchränken zu müſſen.
„Ich bitte Sie, den Senat davon in Kenntniß zu ſetzen
„und verbleibe u. ſ. w. (Gez.) Lebeau." Die Kammer ging hierauf ohne weiteres zur allgemeinen Berathung des erwähnten Geſetzentwurfes über. — (Der Politique ſagt, der in dem Schreiben des Juſtizminiſters erwähnte Repräſentant ſei Hr. de Theux. Es ſeien ihm gleich nach der Sitzung vom 3. April Vorſchläge gemacht worden; er habe einige Tage Bedenkzeit verlangt; man wiſſe aber noch nicht, ob er die Anerbietungen annehmen oder zurückweiſen werde.)

Hauptredacteur: Joſeph Anton Edler von Pilat.

Verleger: Anton Strauß ſel. Witwe in der Dorotheergaſſe Nr. 1108.

Morgen, Dinſtag den 30. April, findet auf der Simmeringer Bahn das dritte Pferdewettrennen Statt. — Die Liſten davon ſind im Comptoir des Oeſterr. Beob. für 6 kr. C. M. zu haben.

Digitized by Google

Nro. 120

Oeſterreichiſcher Beobachter.

Dinſtag, den 30. April 1833.

Meteorologiſche Beobachtungen vom 28. April.	Zeit der Beobachtung	Barometer auf 0 Reaumur reducirt.		Thermometer Reaumur.	Wind.		Witterung.
		Pariſer Maß.	Wiener Maß.				
	8 Uhr Morg.	27. 97	28 Z. 3 L. 1 P.	+ 7.5	O.	ſtill.	trüb.
	3 Uhr Nachm.	27.358	28 1 4	+ 11 0	W.	ſchwach.	—
	10 Uhr Abnds.	27.344	28 1 2	+ 5.5	NW.	—	Wolken.

Frankreich.

Der Moniteur vom 21. April enthält folgenden Artikel: „Man wird ſich erinnern, daß die franzöſiſche Goelette Alcyon im December v. J., eben als ſie zugleich mit einem engliſchen Schiffe, welches gleich ihr nach Oporto beſtimmt geweſen, in den Douro eingelaufen war, plötzlich und ohne vorherige Aufforderung von den auf dem linken Ufer des Fluſſes befindlichen Batterien beſchoſſen und in den Grund gebohrt wurde. Dem Capitän und der Mannſchaft, welche ſich in eine Schaluppe geworfen hatten, war es Trotz des unaufhörlichen Feuers, welches von den feindlichen Batterien und Wachpoſten gegen ſie gerichtet wurde, gelungen, das Ufer zu erreichen. Die franzöſiſche Regierung hatte auf die Nachricht von dieſem Vorgange von der Regierung Dom Miguels ſogleich Genugthuung für die der Nationalflagge zugefügte Beleidigung und Schadloshaltung für die von den Rhedern, dem Capitän, der Mannſchaft und den Paſſagieren erlittenen Verluſte verlangt. — Dieſe Genugthuung und Vergütung ſind vollkommen erlangt worden. Die portugieſiſche Regierung hat den Reclamationen, welche der königliche Generalconſul zu Liſſabon derſelben vorzulegen angewieſen worden war, willfahrt; der Offizier, der die Batterie, durch welche die Goelette in den Grund geſchoſſen wurde, commandirte, iſt abgeſetzt worden, und die portugieſiſche Regierung hat ſich ausdrücklich anheiſchig gemacht, binnen einer gewiſſen Friſt nach Statt gefundener Vorlegung der verificirten Schadloshaltungs-Anſprüche, die den Rhedern, dem Capitän, der Mannſchaft und den Paſſagieren der Goelette gebührenden Entſchädigungsſummen zu bezahlen. Die Abſetzung des Befehlshabers der Batterie, welche die Goelette in den Grund gebohrt hat, iſt in der Liſſaboner Hofzeitung vom 6. d. M. angezeigt worden. Der ſich hierauf beziehende Artikel lautet folgendermaaßen: „Da die Nachricht von der Blockade des Eingangs in den „Douro durch die Landbatterien des Königs unſers Herrn „vor der Abfahrt der franzöſiſchen Handelsgoelette Alcyon nach Oporto nicht nach den Häfen von Frankreich gelangt ſeyn konnte, und dieſem Schiffe während „der Tage, wo es vor der Barre gelegen hatte, keine deßfallſige Anzeige mitgetheilt worden, demſelben mithin „aus den obgedachten Gründen die Blockade unbekannt „geblieben war, und es dennoch in den Grund gebohrt „worden iſt, ſo haben Se. Majeſtät befohlen, daß der „Offizier, welcher die Batterie Sampayo bei jener Gelegenheit commandirte, Namens Joze Fortunato Pereira da Rocha, Capitän von der Artillerie, abgeſetzt „werden ſolle.“

In der Sitzung der Pairskammer vom 19. April wurden zuerſt einige Entwürfe, örtliche Intereſſen betreffend, einſtimmig angenommen. Der Entwurf, den Nationalgarden und den Witwen, Kindern und Blutsfreunden derer, welche bei den letzten Ereigniſſen im Weſten und in den Junitagen 1832 zu Paris umgekommen ſind, Penſionen zu verleihen, ward mit 97 Stimmen gegen 4 angenommen. Die Tagesordnung kam an Erörterung des Entwurfs, die, für das Jahr 1832 verlangten Zuſchuß- und außerordentlichen Credite betreffend. Der 1ſte Art., der einen Zuſchußcredit von 24,925,461 Fr. eröffnet, ward angenommen. Baron Mounier machte aus Anlaß des 2ten Art. Bemerkungen über die für die Beſetzung von Bona und Algier verlangten Summen. Er ſagte: „Als 1830 eine große Expedition unter Segel ging, um die Barbaresken anzugreifen, ließ ſie frei von jeder Verpflichtung gegen die Fremden aus. Man muß dieſen hiſtoriſchen Punct conſtatiren.“ Der Redner war der Anſicht, es würde gefährlich ſeyn Algier preiszugeben, ſollte es auch nur im Intereſſe der Civiliſation ſeyn. Man ſollte daraus einen großen Markt für den Handel von Europa machen. Die Militärexpeditionen ſeien kein gutes Mittel zur Civiliſation, vorzüglich wenn ſie ſo wie noch vor Kurzem geleitet würden, und ganze Stämme niedermetzelten. Man ſollte ſich darauf beſchränken, die Hauptpuncte zu beſetzen, z. B. Algier, Bona und Oran, und Algier unter die Befugniſſe des Marineminiſters ſtellen. Hr. von Rigny erwiederte: „Sie haben geſehen, wie ſehr die Ideen eines ehrenwerthen Marſchalls und die eines Ihrer Collegen verſchieden waren, wovon der eine und der andere in Algier befehligt haben. Die Regierung läßt in dieſem Augenblicke Nachweiſungen ſammeln, die ohne Zweifel zu einer definitiven Entſchließung führen werden, und es dürfte bald eine Commiſſion ernannt werden, um die Frage wegen Algier gründlich zu verhandeln. Bis jetzt ſcheint es am

Digitized by Google

zweckmäßigſten, die Sachen zu laſſen wie ſie ſind." Der 2te Art., der rinen Zuſchußcredit von 28,021,870 Fr. bewilligt, ward angrnommen. Das von der Commiſſion vorgeſchlagrnr Amendemrnt zum 4ten Art., daß in Zukunft kein Credit durch königliche Ordonnanz, außer den Schranken des Budgets, während der Seſſion der Kammer eröffnet werden könnr, ward ebenfalls genehmigt. Der ganze Entwurf ward mit 98 gegrn 4 Stimmen angrnommen.

Am 19. Apeil beendete dir Deputirtenkammer die Discuſſion des Einnahmebudgets. Die Debatten boten wenig allgemeines Intereſſe dar. Einr Zwiſchendiscuſſion entſpann ſich über Algier. In der Pairskammer hatte nämlich General Berthezène gegen eine Coloniſirung Algiers geſprochen, und die dießfallſigen Pläne arabiſche Märchen genannt. Dieſe Meinung beſtritt Marſchall Clauzel, ſich in Betreff der Colonien auf ſeine Erfahrung berufend, die er nicht nur in Algier ſelbſt, ſondern auch ſchon vor 30 Jahren als Commandant in St. Domingo geſammelt habe. Auch Graf Delaborde, durch ſeine neueren Reiſen in der Levante bekannt, erinnerte, daß die Araber die Abkömmlinge der Völker ſeien, welche den Ackerbau zur höchſten Blüthe gebracht haben. Allerdings klinge alles, was im Oriente vorgehe, wie ein arabiſches Märchen. So ſeien die Einkünfte Aegyptens von 3 Millionen auf mehr als 100 vermehrt worden, und jetzt änderten die Araber die ganze Geſtalt des ottomanniſchen Reiches. Man ſage oft, dir Franzoſen wüßten nicht zu coloniſiren; er glaube im Gegentheil, ſie verſtünden es beſſer als irgend ein Volk. St. Domingo habe für das Wunder der Antillen gegolten; dort hätten 20.000 franzöſiſche Familien in Ueberfluß gelebt, und alljährlich dem Mutterlande über 80 Millionen eingebracht. In Oſtindien ſelbſt habe Frankreich den Engländern lange die Herrſchaft ſtreitig gemacht, und ſei bloß durch die Ereigniſſe der Revolution gehindert worden, ſeine dortigen Verbündeten zu verſtärken und ſeine Macht zu entwickeln. Er trage darauf an, daß alle Kräfte vereinigt würden, um aus der afrikaniſchen Küſte eine große und ſchöne Colonie zu machen. Hr. Arago, der (1808) längere Zeit in Algier und unter den Arabern lebte, ſchloß ſich dieſen Anſichten an, und rühmte den Character dieſes Volkes, das, richtig behandelt, auch gegen den Europäer alle Tugenden der Freundſchaft, Treue und Ehre beweiſe. — Als endlich über das geſammte Budget abgeſtimmt werden ſollte, fehlten mehr als 40 Stimmen zur geſetzlichen Anzahl. Man wartete über eine Stunde; allmählich kamen noch einzelne Deputirte und gaben ihre Kugeln ab, bis endlich um 7 Uhr nur noch 10 fehlten. Mitglieder des Centrums ſchlugen vor, man ſolle Boten ausſchicken. Der Präſident erwiederte, dieß ſei der Kammer nicht würdig; eine ſolche Behandlung einer der wichtigſten Abſtimmungen ſei ein wahrer Scandal. Hr. Thiers meinte aber, man habe ſich auf dieſe Art ſchon oft geholfen; am folgenden Tage könnten viele Deputirte ſchon abgereiſt ſeyn, und die Votirung des Budgets wäre unmöglich. Der Präſident antwortete, wenn die Kammer es wünſche, bleibe er bis Nachts 12 Uhr. Nun ſchickte Hr. Thiers, unterſtützt von mehreren Deputirten, Briefe an die Abweſenden aus; die meiſten Mitglieder hatten den Saal verlaſſen; die Aufwärter fingen an aufzuräumen und abzuſtäuben, während man dem Präſidenten, damit er nicht ungeduldig würde, Journale zum Leſen brachte. Noch immer wollte die Zahl nicht voll werden. Endlich ſagte Hr. Thiers, er wolle ſelbſt gehen, und ſehen, ob er nicht einige auf ſeinem Miniſterium finde. Er ging und kehrte nach einiger Zeit mit ſeinem Generalſecretär zurück. Hr. Thiers: Jetzt fehlen nur noch fünf. Hr. Barthe: Da bin ich, meine Herren. Hr. Thiers: Ah ſiehe da, der Siegelbewahrer. Hr. Barthe: Mein Gott, ja; wir kommen ſo eben aus der Pairskammer. Hr. Pavée de Vandöuvre: Da kommt auch Hr. Eſtancelin. Hr. Eſtancelin, geſchwind ſeine Kugel abgebend: Ich aß zu Mittag; ich dachte nicht . . . Endlich ſchloß Hr. von Sebaſtiani den Zug. Das Scrutin ward eröffnet. 198 Stimmen für die Annahme, 34 dagegen. Die Sitzung ward um 8 Uhr aufgehoben.

Aus Toulon wird unterm 15. April geſchrieben: „Durch eine telegraphiſche Depeſche ward den Linienſchiffen Duquesne und Suffren befohlen, unverweilt nach der Levante abzuſegeln. Nach derſelben Beſtimmung ſoll der Marengo abgehen. Auf dieſe Weiſe wird unſere Flotte in der Levante aus 4 Linienſchiffen — Suffren, 100 Kanonen; Duquesne, 90; Superbe, 74, und Marengo 74 — beſtehen; ferner aus 4 Fregatten, Iphigenie, Hermine, Artemiſe und Galathee, die drei erſteren von 60, die letztere von 50 Kanonen, zuſammen 568 Feuerſchlünde.

Münchener Blätter melden aus Straßburg vom 21. April: „Heute Mittags war bei uns große Parade und Truppenmuſterung, welcher ein Adjutant unſeres Kriegsminiſters, des Marſchalls Soult, der ſich ſeit einigen Tagen hier auf außerordentlicher Sendung befindet, beiwohnte. Er lobte ſehr die treffliche Haltung der Truppen. Man verſichert, daß die neueſten Vorfälle in Teutſchland hauptſächlich ſeine Anweſenheit veranlaſſen. — Das Regiment, welches von Weiſſenburg und Hagenau hier durchzog, erhielt Cantonnirungen an der Rheingränze in unſerem Oberlande; es wurde hier reichlich mit Munition verſehen. An unſerer Rheinbrücke bei Kehl iſt ein ſtarkes Piket aufgeſtellt. Die Gränzpolizei wird ungemein ſtreng gehandhabt; die Bauern, die aus den nächſten badiſchen Dörfern hierher kommen, und ſonſt immer freien Durchgang hatten, müſſen ſich durch Scheine von ihrer Ortsobrigkeit ausweiſen; Fremde, die weiter herkommen und die auch nur den mindeſten Verdacht erregen, werden unter Bedeckung nach der Mairie gebracht, wo ihre Papiere auf das Genaueſte unterſucht werden. — Die wenigen teutſchen Flüchtlinge, die ſich noch hier befinden, mußten ſich vorgeſtern auf die hieſige Präfectur begeben.

wo ſie nach ihrer Ausſage, in Verhör genommen, über den Zweck ihres Hierſeyns, ihre Correſpondenz u. ſ. w. befragt wurden; man erkundigte ſich auch pünctlich nach ihren ſchriftſtelleriſchen Arbeiten. So wurde der bekannte **Hundt-Radowski** gefragt, ob er der Verfaſſer der „Geißel“ ſei. Es wurde ihnen nun ebenfalls angezeigt, daß man ihnen hier keinen längeren Aufenthalt mehr geſtatten könne; ſie werden wahrſcheinlich nach Dijon geſchickt, erhalten jedoch, wie die Polen, Unterſtützung.« Sonderbar iſt es, daß die Tribune noch immer behauptet, **Börne** habe Paris nicht verlaſſen, während er hier in einem Gaſthofe wohnt und zahlreiche Beſuche empfängt.“

Am 20. April 5Percents Fin Courant geſchloſſen 101 Fr. 20. 3Percents Fin Courant geſchloſſen zu 77 Fr. 35.

Großbritannien und Irland.

Nachdem in der Sitzung des **Unterhauſes** vom 17. April verſchiedene Bittſchriften, unter Andern eine von 17,000 Londoner Bürgern unterzeichnete, zu Gunſten der **Emancipation der Juden** überreicht worden waren, erhob ſich der Lordadvocat, Hr. R. **Grant**, um, ſeiner früheren Anzeige gemäß, ſeinen Antrag auf Emancipation der Juden zu machen. Er ſagte, daß er es vor allen Dingen für angemeſſen halte, dem Hauſe anzuzeigen, daß er ein von den angeſehenſten Bekennern des moſaiſchen Glaubens unterzeichnetes Schreiben erhalten habe, worin dieſelben erklärten, daß ſie mit Bedauern und Unwillen von mehreren Seiten die Behauptung hätten aufſtellen hören, daß die Frage wegen ihrer Zulaſſung zu den bürgerlichen Rechten von keinem Intereſſe für ſie ſei. Die ganze Judenſchaft, zwei unbedeutende Ausnahmen abgerechnet, nehme den innigſten Antheil an dem Erfolg des Antrages. — Als der Redner ſich nun ausführlicher über den Gegenſtand auslaſſen wollte, wurde er von dem **Sprecher** durch die Bemerkung unterbrochen, ob es nicht ein beſſerer und geeigneterer Weg ſeyn würde, wenn ſich das Haus zur weiteren Erörterung des Gegenſtandes in einen Ausſchuß verwandelte. Hr. **Grant** erklärte ſich ſogleich damit einverſtanden, und nachdem hierauf dem Antrage Folge gegeben worden war, und das Haus einen Ausſchuß gebildet hatte, ließ ſich der Antragſteller in folgender Weiſe vernehmen: „Ich trage hiermit förmlich darauf an, daß der Ausſchuß den Beſchluß faſſe: **alle bürgerlichen Unfähigkeiten in Bezug auf Perſonen, welche ſich zum jüdiſchen Glauben bekennen, abzuſchaffen; mit denſelben Ausnahmen, welche bei den katholiſchen Unterthanen Sr. Majeſtät feſtgeſtellt wurden.** Mein Antrag gründet ſich hauptſächlich auf das Princip, daß in jeder civiliſirten und gut geordneten Geſellſchaft Niemand von den bürgerlichen Rechten, von den Staatsämtern oder von irgend einer Gerechtſame bloß ſeiner religiöſen Geſinnungen halbre ausgeſchloſſen werden ſoll, wenn nicht zuvor deutlich erwieſen iſt, daß ſein religiöſer Glaube den Umſturz der civiliſirten Geſellſchaft bedroht. Ich gebe zu, daß es, ſo lange es eine geſetzlich herrſchende Kirche gibt, lächerlich ſeyn würde, zu verlangen, daß alle Aemter ohne Ausnahme Allen zugänglich ſeyn ſollen. Man könnte mich fragen, warum ich meinen Grundſatz nicht auf alle Secten ausdehnen wolle, gleichviel, zu welchem Glauben ſie ſich bekennen? Ich antworte darauf: „„Man zeige mir irgend eine Secte, die in ihren Religionsprincipien eben ſo untadelhaft als die Juden, und wie ſie bürgerlichen Unfähigkeiten unterworfen iſt, und ich werde der Erſte ſeyn, einen ähnlichen Vorſchlag auch zu Gunſten jener Secte einzubringen.““ Man hat mich früher gefragt, warum ich nicht auf Abſchaffung der die Quäcker betreffenden Unfähigkeiten antrage? und ich erwiederte damals, daß ich ſehr bereit ſei, dieſe Frage, wenn ſie vorgebracht werde, zu unterſtützen. Jetzt habe ich mich nur darüber zu freuen, daß mir das Haus dieſe Mühe erſpart hat, indem es durch eine neuerliche Entſcheidung jeden Beiſtand der Art vollkommen unnütz gemacht hat. (Lauter Beifall.) Daß eine Verſchiedenheit des religiöſen Glaubens keinen Grund zur Ausſchließung von bürgerlichen Aemtern gibt, iſt eines jener politiſchen Axiome, denen nichts mehr Schaden thut, als der Verſuch, ſie zu beweiſen. Er iſt mit allen Grundſätzen der Geſellſchaft verknüpft. Menſchen, die ſich vereinigt haben, um einen gemeinſchaftlichen Zweck zu erreichen, geben zum Beſten der gemeinſchaftlichen Sache einen Theil ihrer Privatwünſche auf, ſie theilen eine gemeinſchaftliche Gefahr, und es iſt daher nicht mehr als billig, daß ſie gleich wählbar zu den Aemtern und Ehrenſtellen der Geſellſchaft ſind. Einer kleinen Minorität wegen irgend eines dieſer Privilegien aus politiſchen Gründen beſtreiten — heißt Unterdrückung; verweigert man dieſelben aus religiöſen Gründen, ſo nennt man dieß Verfolgung; und Unterdrückung oder Verfolgung auszuüben, iſt der Vernunft eben ſo zuwider, als der ächten Religion. Die Juden ſind keine unbedeutende und unbekannte Secte. Ihre Grundſätze ſind bekannt, und ihre heiligen Bücher werden von uns ſelbſt verehrt. In ihrer ganzen Geſchichte zeigen ſie ſich als ein ordentliches, fleißiges, gehorſames und religiöſes Volk. Die Grundſätze ihrer Moral ſind vollkommen tadellos. In allen Ländern haben ſie den beſtehenden Geſetzen Achtung bewieſen und ſich gefügig und gehorſam gezeigt. Wie kann es daher im Intereſſe des Staates liegen, den Juden von den Ehrenämtern auszuſchließen? Sein Wohlergehen iſt mit der Wohlfahrt des Staates verknüpft — man möge ihn daher auch an den Ehrenbezeigungen derſelben Theil nehmen laſſen. Er iſt lebhaft dabei intereſſirt, das Land gegen fremde Angriffe zu beſchützen — man öffne ihm daher die Bahn, ſeinem Vaterlande in der Armee oder auf der Flotte dienen zu können. Ihm iſt ſehr daran gelegen, daß die Gerechtigkeit gut gehandhabt werde — warum

ihm daher den Weg zu den Richterbänken verſchließen? Ihm muß die Ehre und Würde der Krone am Herzen liegen — warum ihm daher nicht erlauben, ſeinem Königr zu dienen? Er muß vor vielen Andern wünſchen, daß das Land gut verwaltet werde — und warum will man ihm daher nicht erlauben, an dieſe Tafel zu treten, ohne irgend eine andere Bedingung, als daß eine freie Wählerſchaft ihn zu ihrem Repräſentanten ernannt hat? Man hat mich gefragt, was, wenn die Bill durchginge, aus dem Grundſatze werden ſolle, daß alle Inſtitutionen des Landes auf dem Chriſtenthume beruhten? Dieſer Grundſatz würde in derſelben Lage bleiben, in der er ſich vorher befand; er würde nicht die geringſte Veränderung erleiden. Es iſt allgemein bekannt, daß jener Grundſatz jetzt nicht mehr ſo ausgelegt wird, wie dieß früher geſchah. Es wird jetzt darunter verſtanden, daß die Mehrheit der Nation ſich aufrichtig zu dem Chriſtenthume bekennt, und daß ſie keinem Individuum geſtatten wird, die Lehrſätze deſſelben zu verfälſchen, oder die großen ſittlichen Grundſätze unſerer Lehre mit Füßen zu treten. Man hat weiter gefragt, wie man nach dem Durchgehen der Bill das Parlament noch ein chriſtliches Parlament nennen könne? Ich werde dieſe Frage durch eine andere beantworten. Iſt das Parlament jetzt ein chriſtliches — iſt die Nation jetzt eine chriſtliche? Es gibt gegenwärtig eine Minorität im Volke, die ſich nicht zum Chriſtenthume bekennt, und dennoch in dieſem Hauſe repräſentirt wird. Kann man deßhalb aber ſagen, daß das Haus jetzt kein chriſtliches Unterhaus genannt werden dürfe? Ich kann die ehrenwerthen Herren nur dagegen warnen, bei Einwendungen gegen meinen Vorſchlag im Namen des Chriſtenthums zu ſprechen, welches ſich aller Unterdrückung und religiöſen Unduldſamkeit entſchieden widerſetzt; Wohlwollen gegen Jedermann, iſt der Wahlſpruch des ächten Chriſten. (Beifall.) Es ſind aber politiſche, wie religiöſe Einwendungen gegen die Zulaſſung der Juden gemacht worden. Zuvörderſt hat man behauptet, daß ſie völlig unfähig zum Bürgerthum wären, daß ſie ſich beſtändig mit einer Art von Patriotismus beſchäftigten, der in keiner Verbindung mit dem Lande ſtände, worin ſie lebten, ſondern mit einem entfernten Lande, das ſie in ſpäteren Zeiten wieder zu bewohnen gedächten. Ich habe ſehr vie über dieſen Gegenſtand hören müſſen! aber der Einwand iſt nicht haltbar. Wenn ſie nicht im Stande ſind, jene Pflichten zu erfüllen, warum verbannt man ſie nicht lieber? Aber ihnen den Aufenthalt in einem Lande geſtatten, und ſie von den Rechten deſſelben ausſchließen, iſt eine ſehr ſchlechte practiſche Logik. Der Einwand beruht übrigens auf einer gänzlichen Unkenntniß der menſchlichen Natur und der vergangenen Geſchichte des in Rede ſtehenden Volkes. Seine heiligen Bücher ſchreiben ihm auf die feierlichſte Weiſe vor, wie es ſich in der Gefangenſchaft zu benehmen hat, und ermahnen es, für das Wohl der Stadt zu beten, in der ſie leben. Das Haus möge auch die Antwort auf die Frage vernehmen, welche Napoleon im Jahre 1807 den von ihm zuſammenberufenen Sanhedrin ſtellte. Er fragte ſie, ob ſie ſich, vermöge ihres Glaubens, für Bürger des Staates hielten, in dem ſie ſich gerade befänden, ungeachtet ſie auf eine Rückkehr nach Paläſtina hofften? Es wurde darauf geantwortet, daß ſich jeder Jude als einen Bürger des Staates betrachte, in dem er lebe, daß er den Geſetzen gehorchen und ſich in allen Verhältniſſen nach den bürgerlichen Geſetzen des Landes richten zu müſſen glaube; daß er aber, wenn er aufgefordert werde, in der Armee zu dienen, von den religiöſen Gebräuchen befreit bleiben müſſe, was mit dem militäriſchen Stande unverträglich ſei. — Diejenigen, welche den Juden vorwerfen, daß ſie die Pflichten guter Unterthanen und Bürger nicht erfüllen konnten, müſſen mit ihrer Geſchichte ganz unbekannt ſeyn; denn ſie haben in andern Ländern, beſſer als ſonſt irgend ein Volk, die Pflichten guter Bürger zu erfüllen gewußt. Schon zu der Zeit ihrer Gefangenſchaft bei den Perſern und Babyloniern wurde ihnen derſelbe Vorwurf eines ungeſelligen Characters gemacht. Es findet ſich davon ein merkwürdiges Beiſpiel vor. Es wurde einem Könige von Perſien eine Bittſchrift überreicht, die, nachdem darin geſagt worden war, daß ein gewiſſes Volk, welches weder die Macht des Königs anerkenne, noch das Geſetz beobachte, über das ganze Land verbreitet ſei, mit folgenden Worten ſchloß: „„Wenn es dem Könige gefällt, ſo möge er verordnen, daß alle Juden ausgerottet werden."" Jener König, welcher der erſte Artaxerxes war, befahl, daß man — nicht die Juden — wohl aber ihre Verfolger ausrotten ſolle, und machte ſo dem Argumente ein Ende. (Hört! und Gelächter.) Ich könnte noch viele Beiſpiele anführen, um zu zeigen, daß Trotz der Vorliebe, welche die Juden ſtets für das Land und die Inſtitutionen ihrer Verfahren an den Tag gelegt haben, ſie ſich doch immer in den Ländern, in welchen ſie Schutz ſuchten, als gute Bürger betrugen. In allen Staaten, wo die Juden gut behandelt wurden, haben ſie immer den ſie beſchützenden Monarchen geliebt, und die Bürgerpflichten erfüllt. Die Emancipation der Juden hat ſich als vortheilhaft und zweckmäßig erwieſen. Sie haben in den franzöſiſchen Armeen gefochten, und ihr Blut für Frankreichs Ehre, wie die andern Landeskinder, vergoſſen. Als ein neueres merkwürdiges Beiſpiel von der Tapferkeit und Hingebung der Juden für ihr Geburtsland führe ich einen Umſtand an, den ich von dem General Chaſſé erfahren habe, daß nämlich während der letzten Feindſeligkeiten zwiſchen den holländiſchen und franzöſiſchen Truppen die Juden ſich eben ſo ſehr durch ihre Tapferkeit als durch ihr gutes Verhalten ausgezeichnet haben. Wenn wir daher auf die frühere und auf die jetzige Geſchichte der Juden blicken, ſo können wir im Allgemeinen keine beſſeren Soldaten, keine beſſeren Patrioten und keine beſſeren Mitglieder der Geſellſchaft finden; und es würde daher die Abgeſchmacktheit aufs Höchſte getrieben ſeyn, wenn man ihnen den Genuß der

Digitized by Google

bürgerlichen Rechte vorenthalten wollte. Ich hoffe, daß die Zeit gekommen iſt, wo England den Vorwurf der Intoleranz von ſich abwälzen und in den Gemüthern der jüdiſchen Unterthanen die Gefühle der Liebe und Dankbarkeit für das Land ihrer Geburt anregen wird." (Lauter Beifall.) — Sir R. Inglis nahm zunächſt das Wort, um ſein aufrichtiges Bedauern darüber auszuſprechen, daß der ſehr ehrenwerthe Antragſteller ſich habe verleiten laſſen, dem jetzt Mode ſeienden Liberalismus ſo ausgedehnte Conceſſionen zu machen. „Niemals," fügte er hinzu, „hätte ich geglaubt, daß mein ſehr ehrenwerther Freund einen Vorſchlag zu machen im Stande ſei, deſſen Erfolg nichts Geringeres ſeyn würde, als: dem Muſelmann aus Madras, dem Parſen aus Bombay und dem Bramahnen aus Calcutta jeden Zugang zur politiſchen Macht zu eröffnen. Man wird mir unbezweifelt entgegnen, daß nicht ſo bald und leicht eine Gefahr von dieſen Religionsbekennern für England zu befürchten ſei; ſehr richtig, aber wenn wir Geſetze geben, ſo haben wir nicht bloß die nächſte Zukunft, ſondern die ganze Ausdehnung des Principes, das wir ſanctioniren wollen, zu beachten. Gern will ich auch zugeben, wiewohl ich überzeugt bin, daß man dieß noch heute wider meine Oppoſition als Argument gebrauchen wird, daß unter den Juden in England ein geringeres Verhältniß von Verbrechen, als unter irgend einer andern Claſſe der königlichen Unterthanen, ſich findet — ich gebe dieß zu, weil ich gewiſſenhaft nur der Wahrheit treu bleiben will; — aber würde dieß nicht eine ſehr geringe Compenſation für die Vernichtung jenes großen, bisher in dieſem Lande ſo heilig gehaltenen Grundſatzes ſeyn, wornach das Chriſtenthum einen integrirenden Theil unſerer Geſetzgebung bildet?" — Der Redner bemerkte darauf, es ſei durchaus falſch, wenn behauptet werde, daß keines Menſchen religiöſes Gefühl dadurch verletzt würde, daß im Unterhauſe die Bekenner von verſchiedenartigen Religionen zuſammenträfen. Aus eigener dreijähriger Erfahrung wiſſe er nur zu gut, wie ſehr dieß der Fall ſei. Er ſtellte einen Antrag, wie den eben vernommenen, als etwas Unerhörtes in der engliſchen Geſchichte dar, denn, wenn auch ſchon im Jahre 1743 eine Judenbill in Vorſchlag gekommen ſei, ſo habe ſich dieſe doch lange nicht ſo weit erſtreckt, als der gegenwärtige Antrag. Die Eidesformel: „Bei dem wahren Glauben eines Chriſten," welche angeblich jetzt das einzige Hinderniß gegen eine völlige Gleichſtellung der Juden mit den Chriſten wäre, ſei durchaus nichts Unweſentliches und ſtehe mit der bisherigen Geſetzgebung über die Juden im innigſten Zuſammenhange. Wie könne ein Jude als Richter auftreten, wenn die Anklage eine Blasphemie des Heilandes betreffe? Daß die Juden jetzt ſchon als Mitglieder der Jury fungiren könnten, ſteht mit jenem Falle durchaus nicht im Zuſammenhange. — Nachdem nun der Redner noch einige andere Argumente des Hrn. Grant zu widerlegen geſucht hatte, trat Hr. Macaulay mit einer ausführlichen Rede zu Gunſten des Antrages auf, der auch von den HH. Hume und O'Connell unterſtützt, und ſchließlich ohne Abſtimmung genehmigt wurde. (In Folge dieſes Beſchluſſes wurde auch am nächſten Tage die Bill zur Emancipirung der Juden in Großbritannien ſogleich eingebracht.)

Am 19. Nachmittags machte eine aus mehr als 300 Perſonen beſtehende Deputation im Namen derjenigen, welche eine unverzügliche Emancipation der Sclaven in den weſtindiſchen Colonien wünſchen, dem Lord Althorp und Hrn. Stanley im auswärtigen Amte ihre Aufwartung. Hr. Hudſon-Gurney las eine Adreſſe der Bittſteller vor, worauf Lord Althorp und Hr. Stanley mit wenigen Worten erwiederten, daß die Miniſter entſchloſſen ſeien, ſolche Maaßregeln vorzuſchlagen, welche zur gewiſſen und vollſtändigen Emancipation der Sclaven führen würden, und daß dieſe Emancipation auch recht bald Statt finden ſolle.

Hr. J. Hertsmann hat ein Schreiben an den Geheimrath gerichtet, worin er ſich über die Feſthaltung des mit Zucker beladenen holländiſchen Schiffes Pauline zu Ramsgate beklagt, weil der Zucker durch das lange Liegen auf dem Schiff ſich auflöſe. Das Schiff ſoll in London aſſecurirt ſeyn, und der Verluſt der Ladung würde alſo den engliſchen Unterzeichnern zur Laſt fallen.

Portugal.

Nachſtehendes iſt der Schluß des (im geſtrigen Blatte abgebrochenen) Berichtes der Cronica Conſtitucional vom 4. April über die Operationen der conſtitutionnellen Armee: „Während der Angriff gegen die Poſition Antas gemacht ward, hatte der Feind auf ſeinem rechten Flügel entlang eine Linie von Scharfſchützen entfaltet, in der Abſicht, unſere Aufmerkſamkeit zu zerſtreuen und unſere dem angegriffenen Punct zunächſt ſtehenden Truppen zu täuſchen. Indeß, ein vom Capitän Coutinho commandirtes Piket von dem Regiment der königlichen Freiwilligen, in Verbindung mit den Manövers eines andern Pikets vom 10ten Infanterieregimente, unter den Befehlen des Lieutenants Moraes, griff den Feind jenſeits von Caſa Negra an, verdrängte ihn von dieſem Puncte und ſtellte ſeine Vorpoſten vor der Fronte deſſelben in in der Caſa Amarella auf. Es war nun der Abend ſchon nahe; wir blieben vollkommen Herren aller Poſitionen, der Feind mußte ſich in ſeine Verſchanzungen zurückziehen, und es wäre ihm gewiß lieb geweſen, wenn er dieſelben nicht verlaſſen hätte. Der Generallieutenant, Herzog von Terceira, hatte das Commando über den erſten und zweiten Bezirk der Linie dem Generallieutenant Stubbs übergeben, war mit den Angriffscolonnen ausgerückt und bis zuletzt bei ihnen geblieben, und nachdem er den Truppen die nöthigen Befehle ertheilt und alle andere zur Sicherung der Poſition Antas für erforderlich erachtete Maaßregeln angeordnet hatte, zog er ſich beim Anbruch der Nacht mit den übrigen im Gefecht geweſenen Streitkräften zurück. Der General, Herzog von Terceira, zeigte bei dieſer Gelegenheit ſeine Tapferkeit und Kaltblütigkeit im vollſten

Digitized by Google

Glanze. Se. kaiſerl. Majeſtät und der Marſchall Majorgeneral waren Zeugen von dem Benehmen dieſes Generals und ſpendeten ihm das verdiente Lob. Se. Excellenz der Kriegsminiſter, Agoſtinho Joſe Freire, und Se. Excellenz der Marineminiſter, Bernardo da Sa, wollten unſere Teuppen durch ihre Gegenwart anfeuern und begaben ſich heraus, begleiteten dieſelben vor der Fronte und ſetzten ſich den größten Gefahren aus. Der Marineminiſter, der bei der Veetheidigung ſeines Vaterlandes am letzten 8. September einen Arm verlor, wurde nun auch in dem rechten Fuße durch eine Kugel leicht verwundet. Der General, Herzog von Terceira, rühmt den Brigadiee Johann Schwalbach und den Brevetoberſt Franciſco Xavier da Silva Pereira, wegen der Genauigkeit, womit ſie ſeine Befehle vollzogen; und er fügt hinzu, daß wie die Möglichkeit, einen vollſtändigen Sieg davonzutragen, voezüglich der ſchnellen und trefflichen Ausfüheung des von der Colonne des Brigadiers Schwalbach gegen die linke Flanke des Feindes unternommenen Manövers verdankten. Das Benehmen ſehr vieler Offiziere wird lobend erwähnt, und darunter das des Capitäns Wheigt, der, obgleich er ſich im Arreſt befand, ſeinen commandirenden Offizier erſuchte, ihm die Anfüheung ſeiner Compagnie zu erlauben, was ihm auch bewilligt wurde. Während wir auf unſerem rechten Flügel ſolche Vortheile davontrugen, wurde der Feind auch auf dem linken Flügel unſerer Linie von dem General Grafen von Saldanha geſchlagen, der an dieſem Tage ſeinen am 4. d. M. errungenen Ruhm noch erhöhte. Bei dieſer Gelegenheit empfiehlt der General Saldanha den Commandeur der Artilleeie in der Redoute Pinhal, Capitän Guedes, und den Capitän Solla von ſeinem Hauptſtabe; auch die übrigen Offiziere empfiehlt er wegen des unerſchrockenen Muthes und Eifers, womit ſie ihre Pflichten erfüllten. Man kann ſich nicht leicht eine Vorſtellung von der Ruhe machen, die während dieſes Vorfalles, ſo wie bei allen früheren Gefechten, unter der Bevölkerung dieſer treuen Stadt zu bemerken war, und von der Begeiſterung und Standhaftigkeit, womit die Einwohner bewaffnet in die Verſchanzungen ſtürzten. Zu Bomfim hörte das Volk, daß man einiger Breter bedüeſe, um eine Brücke über einen Laufgraben aufzuſchlagen, damit die Kavallerie ſich nach der Straße von Valongo begeben könne, und ſogleich boten ſich Männer und Weiber ſo bereitwillig zur Arbeit an, daß die Brücke in kurzer Zeit vollendet war. Der Verluſt, den wir auf unſerem rechten Flügel erlitten, belief ſich auf 132 Getödtete und Verwundete, unter den erſteren einen und unter den letzteren eilf Offiziere mit eingerechnet. Der Feind ließ 186 Todte auf dem Kampfplatze, und wir machten 63 zu Gefangenen, woeunter ein Offizier; unter den Getödteten befand ſich ein Major von den royaliſtiſchen Freiwilligen, in dem man aus einem bei ihm vorgefundenen Briefe einen ausgezeichneten Trabanten der Uſurpation erkannte. In dieſem Briefe wurden ihm im Namen des Uſurpators für die ſeinee Sache geleiſteten Dienſte Belohnungen und Vergeltungen verſprochen. Der ganze Verluſt des Feindes bei dieſer Gelegenheit kann kaum wenigee als 1000 Mann betragen. Die feindlichen Truppen, welche die Höhen von Antas angriffen und mit den unſerigen kämpften, waren 3500 bis 4000 Mann ſtark; wir ſtellten ihnen 1000 bis 1200 Mann entgegen; und da wir die Poſition wiedernahmen, ſo beauchten unſeee Reſerven nicht zum Kampf vorzurücken. Es verdient bemeekt zu werden, daß der Feind die Truppen, welche ſo eben aus Liſſabon angekommen waren, vor der Fronte ſeiner Colonnen aufſtellte, indem ſich die Generäle des Uſuepators von dieſer Anordnuug wahrſcheinlich einen beſſeren Erfolg verſprachen. Ihee Hoffnungen wurden getäuſcht, und aus der an dieſem Tage erlittenen Niedeelage mögen die neu Angekommenen entnehmen, was ſie zu erwarten haben, wenn ſie es noch einmal wagen ſollten, den tapfern Burſchen, aus denen die Befreiungsarmee beſteht, die Stirne zu bieten. Auf unſerem linken Flügel belief ſich unſer Verluſt auf 25 Verwundete und einen Todten; unter den erſteren befanden ſich 2 Offiziere. Unſere Truppen waren durch Redouten und Verſchanzungen gedeckt; der Feind aber, der bei ſeinen Angeiffen gänzlich bloßgeſtellt war, mußte ſowohl durch unſer wohlgerichtetes Kartätſchenfeuer, als durch unſere Congreve'ſchen Racketen einen unermeßlichen Veeluſt erleiden. Wenn man dieſe Verhältniſſe in Anſchlag bringt, ja ſelbſt nach dee Zahl der Verwundeten auf unſerer Seite zu ſchließen, muß man den Verluſt des Feindes auch hier für ſehr beträchtlich halten, wenn man ihn auch nicht genau abzuſchätzen im Stande iſt. Wir wiſſen nicht, mit wie ſtarken Streitkräften er dieſen Angriff unternahm, aber er wurde von den Truppen, welche gewöhnlich auf den bedrohten Puncten in Garniſon ſtehen, zurückgeſchlagen, und es brauchten keine Reſerven zu ihrer Unterſtützung abgeſandt zu werden. Dieß war der Erfolg dieſes für die Waffen Ihrer allergetreueſten Majeſtät Senhora Dona Maria II. höchſt ruhmvollen Tages."

Im Albion lieſt man Folgendes in Bezug auf die portugieſiſchen Angelegenheiten: „Briefe aus Oporto ſollen, dem Vernehmen nach, melden, daß man für den 9. d. M. einer großen Muſteeung der Streitkräfte Dom Pedro's entgegenſah, und daß der General Solignac am 10. oder 11. April ſeinen Angriff gegen die Miqueliſten unternehmen wollte. Denſelben Nachrichten zufolge, hat Dom Pedro am 4., als am Geburtstage der jungen Königinn, folgende Beförderungen vorgenommen: der Marquis von Palmella wurde zum Heezoge von Fayal, der Graf Funchal zum Marquis Funchal, der General Torres, der das Kloſter Serra vertheidigte, zum Baron und der Gouverneur von Oporto, Bernardo da Sa, der am 27. September einen Arm verlor, ebenfalls zum Baron ernannt."

Trieſt, den 26. April.

Heute Vormittags um 9 Uhr iſt die kaiſerl. ruſſiſche Fregatte Fürſtinn Lowicz, befehligt vom Capitän Bologorskoj, von 48 Kanonen und 350 Mann Beſatzung, in acht Tagen von Brindiſi kommend, hier eingelaufen. Am Bord derſelben befindet ſich der k. k. Internuntius Freiherr von Ottenfels.

Am 29. April war zu Wien der Mittelpreis der

Staatsſchuldverſchreibungen zu 5 pCt. in CM.	92 1/8;
detto detto zu 4 pCt. in CM.	82 1/10;
Darleh. mit Verlooſ. v. J. 1820, für 100 fl. in CM.	188 1/4;
detto detto v. J. 1821, für 100 fl. in CM.	133 7/8;
Wiener-Stadtbanco-Obligat. zu 2 1/2 pCt. in CM.	——;

Conv. Münze pCt. ——;

Bankactien pr. Stück 1206 in CM.

Hauptredacteur: Joſeph Anton Edler von Pilat.

Verleger: Anton Strauß ſel. Witwe in der Dorotheergaſſe Nr. 1108.

Heute findet das dritte, am 3. Mai das vierte Pferde-Wettrennen auf der Simmeringer Bahn Statt; der Anfang iſt um 12 Uhr Mittags. Zur Vermeidung jedes Unglückes werden die Zuſehee erſucht, keine Hunde auf die Heide mitzunehmen und unter keinem Vorwande wäheend der Rennen die Bahn zu betreten. — Die Liſten zu dieſem Pferderennen ſind im Comptoir des Oeſteee. Beob. für 6 kr. C. M. zu haben.

Digitized by Google

Nro. 121

Oeſterreichiſcher Beobachter.

Mittwoch, den 1. Mai 1833.

Meteorologiſche Beobachtungen vom 29. April.	Zeit der Beobachtung.	Barometer auf 0° Reaumur reducirt. Pariſer Maß.	Wiener Maß.	Thermometer Reaumur.	Wind.		Witterung.
	8 Uhr Morg.	27.296	28 Z. 0 L. 7 P.	+ 7.5	S.	ſchwach.	Regen.
	3 Uhr Nachm.	27.244	28 0 0	+ 13.2	SO.	—	Wolken.
	10 Uhr Abends.	27.192	27 11 4	+ 7.7	SO.	—	—

Großbritannien und Irland.

Der Courrier Belge gibt folgende Note, welche der Fürſt von Talleyrand und Lord Palmerſton, als Antwort auf die erſten Eroffnungen des Hrn. Dedel, an dieſen außerordentlichen Geſandten und bevollmächtigten Miniſter Sr. Majeſtät des Königs der Niederlande unterm 2. April gerichtet hatten: „London, den 2. April 1833. Die Unterzeichneten, der außerordentliche Botſchafter Sr. Majeſtät des Konigs der Franzoſen und der erſte Staatsſecretär Sr. großbritanniſchen Majeſtät für die auswärtigen Angelegenheiten, haben die Ehre gehabt, die Note zu empfangen, welche Se. Excellenz der außerordentliche Geſandte und bevollmächtigte Miniſter Sr. Majeſtät des Konigs der Niederlande unterm 23. März an ſie gerichtet hat, und die von dem Entwurf einer zwiſchen Frankreich und Großbritannien einer, und den Niederlanden anderer Seits abzuſchließenden Convention begleitet geweſen iſt. — Dir Unterzeichneten glauben gerne, daß die Wiederanknüpfung der Unterhandlungen, durch die Sendung des Hrn. Dedel, ein Beweis von dem Wunſche der Regierung der Niederlande iſt, Verhandlungen, die nur allzu lange hingezogen worden, durch befriedigende Uebereinkunft zu beendigen, und da ſie ſich nicht überzeugen können, daß der Vorſchlag, den Se. Excellenz Hr. Dedel ihnen gemacht hat, als Maaßſtab für die friedfertigen Geſinnungen ſeines Hofes betrachtet werden könne, ſo ſchmeicheln ſie ſich, daß er paſſendere Inſtructionen für den gegenwärtigen Stand der Angelegenheiten werde erhalten konnen, die geeigneter ſeyn dürften, die definitive Loſung der noch zwiſchen Holland und Belgien obwaltenden Schwierigkeiten herbeizuführen. Dir allgemeinen Intereſſen von Europa, ſo wie die von Frankreich und Großbritannien eingegangenen Verpflichtungen machen dieſe Löſung nothwendig. — Einer der Zwecke, welche die Regierungen von Frankreich und England im Augr hatten, als ſie im letztverfloſſenen Monat Jänner, und ſogleich nach der Räumung der Citadelle von Antwerpen, dem Haager Cabinet eine Präliminar-Convention vorſchlugen, war, die förmliche Zuſtimmung Hollands und Belgiens zu jener unbeſtimmten Einſtellung von Feindſeligkeiten zu erwirken, welche Einſtellung aufrecht zu erhalten die fünf Mächte zu wiederholten Malen ſich entſchloſſen erklärt hatten. Zu dieſem Ende haben Frankreich und Großbritannien eine Reduction der holländiſchen und der belgiſchen Armer auf den Friedensfuß, die proviſoriſche Anerkennung der Neutralität Belgiens, die als permanente Uebereinkunft von allen Parteien, ſelbſt Se. Majeſtät den König der Niederlande mitbegriffen, genehmigt worden war, und endlich einen Waffenſtillſtand vorgeſchlagen, der bis zum Abſchluß eines definitiven Friedenstractates zwiſchen den zwei ſtreitenden Parteien dauern ſollte. — Eine ſolche Uebereinkunft würde dem Geiſte des Friedens, welcher während des ganzen Ganges der Verhandlungen die fünf Höfe unwandelbar beſeelt hat, und der ſchon im Monat November 1830 in dem Protocoll Nr. 3 ſo unverkennbar ausgeſprochen worden iſt, vollkommen entſprochen haben. — „Der Zweck der fünf Mächte," heißt es in dieſem Protocolle, „iſt, jedes Gefühl von Feindſchaft zwiſchen den Bevölkerungen, die gegenwärtig durch einen beklagenswerthen Kampf getrennt ſind, zu verloſchen, und nicht die Wiederkehr des Kampfes vorausſehen zu machen. Sie halten es demnach für erſprießlicher, den Waffenſtillſtand auf keine beſtimmte Zeitfriſt zu beſchränken." — Allein in dem Conventions-Entwurf, den Se. Excellenz Hr. Dedel vorzulegen beauftragt iſt, weigert ſich die niederländiſche Regierung, die Neutralität Belgiens auch nur proviſoriſch zu reſpectiren, obgleich dieſe Neutralität von den fünf Mächten garantirt iſt, und ſie verlangt überdieß, daß Frankreich und Großbritannien ſtipuliren ſollen, daß es Holland frei ſtehe, die Feindſeligkeiten gegen Belgien am erſten nächſtkünftigen Monats Auguſt wieder zu beginnen. — Eine ſolche Convention, weit entfernt ein Unterpfand und ein Vorläufer des Friedens zu ſeyn, würde vielmehr die Wiederaufnahme der Feindſeligkeiten ankündigen, und ſogar ſanctionniren; ſie würde eine Hintanſetzung aller der Grundſätze, welche das Benehmen der fünf Mächte geleitet haben, conſtituiren, und ihre feierlichſten Verpflichtungen verletzen. — Allein dieſer Einwand, obwohl ſich nichts darauf antworten läßt, iſt nicht der einzige, der gegen die vorgeſchlagenen Entwürfe zu machen iſt. — Nach dem vierten Artikel würden die Belgier genöthigt ſeyn, dir Plätze zu räumen, die ſich innerhalb der Gränzen Belgiens, wie ſie durch den Tractat vom November 1831 feſtgeſetzt ſind, befinden, während die niederländiſchen Truppen, die gleichfalls in dieſen Gränzen begriffen ſind, ſie fortwährend beſetzt halten dürften, ſo daß dir Räumung des Gebietes nur von der einen Seite Statt finden, und nur von demjenigen der beiden Theile bewerkſtelligt würde, welchem die geräumten Gebiete in letzter Inſtanz zufallen ſollen. — Durch den Artikel 5 ſollte ſtipulirt werden, daß die Communicationen zwiſchen Maeſtricht und Nordbrabant einer, und mit Teutſchland anderer Seits frei und ungehindert bleiben ſollen, während keine Stipulation vorhanden wäre, um die Handelsverbindungen Belgiens mit Teutſchland durch obgedachte Stadt Maeſtricht, frei und ungehindert zu erhalten. — Was den im Artikel 6 erwähnten Gegenſtand betrifft, ſind die Regierungen von Frankreich und Großbritannien bereit, hinſichtlich dieſer Frage die von ihnen in dem Conventions-Entwurfe, welchen ſie dem Baron van Zuylen mitgetheilt habrn, vorgeſchlagenen Ver-

Digitized by Google

pflichtungen einzugehen. — Die Unterzeichneten hegen die Ueberzeugung, daß die Regierung der Niederlande die Genauigkeit und Richtigkeit der hier entwickelten Bemerkungen anerkennen und die Nothwendigkeit einſehen werde, Sr. Excellenz Hrn. Dedel ausgedehntere Vollmachten zu ſchicken. — Allein eine aufmerkſame Prüfung des gegenwärtigen Standes der Unterhandlung führt die Unterzeichneten auf die Bemerkung, auf wie wenig heute die Fragen, die zwiſchen Holland und Belgien noch zu löſen bleiben, reducirt ſind, und wie leicht es ſeyn würde, ſich über deren Löſung zu verſtändigen; in der That, die noch ſtreitig gebliebenen Puncte beſchränken ſich ungefähr auf folgende: 1) Welches ſoll der Betrag des auf der Schelde zu erhebenden Tonnengeldes ſeyn, und an welchem Orte ſoll es erlegt werden? 2) Was ſoll zur Erhaltung der Fahrwäſſer auf der Schelde und zur Reinigung dieſes Stromes ausgemacht werden? Welches Reglement wird den dieſen Strom befahrenden Schiffen die Befugniß der freien Wahl der Lootſen ſicher ſtellen, und wie hoch wird ſich das Lootſengeld belaufen? 3) Unter welchen Bedingungen werden die Belgier die Straße oder den projectirten Canal durchs Limburgiſche, der ihnen durch den Artikel 12 des Tractats vom 15. November verſprochen worden, aufgeben? 4) Welche Art der Uebereinkunſt wird Behufs der Liquidation des Tilgungsſyndicats getroffen werden? — Wie intereſſant und wichtig in verſchiedener Hinſicht dieſe Fragen auch ſeyn mögen, ſo ſind ſie doch im Vergleich mit den großen politiſchen Fragen, die bereits entſchieden ſind, von ſo untergeordneter Art, daß man unmöglich annehmen kann, daß ſie nicht zur Befriedigung beider Parteien gelöst werden konnten. — Das Haager Cabinet hat durch die von ihm übergebene Note und durch die von ihm übergebenen Conventions-Entwürfe bewieſen, daß es ſelbſt bereit ſei, in dem Definitivtractate in die politiſche Unabhängigkeit Belgiens, als getrenntes Königreich, in die dieſem Königreiche angewieſenen Gränzen, in ſeine Neutralität innerhalb dieſer Gränzen, in die vorgeſchlagene Theilung der Schuld, in die Benützung der Binnengewäſſer für die Belgier und in ein einfaches Tonnengeld auf der Schelde, ohne Viſitation oder Hemmung für die Schifffahrt, zu willigen. Wäre es wohl möglich, daß ſich eine ſo aufgeklärte Regierung, wie die des Königs der Niederlande, nachdem ſie ſich über dieſe wichtigen Gegenſtände ausgeſprochen, den erklärten Abſichten ſämmtlicher großen Mächte für die Wiederherſtellung des Friedens einzig und allein dadurch widerſetzen konnte, daß ſie ſich weigert, über Fragen von ſecondärem Intereſſe zu unterhandeln? — Die Unterzeichneten, überzeugt, daß es leicht ſeyn dürfte, ſich über die oben erwähnten Puncte zu verſtändigen, und daß dieſe Fragen auf eine befriedigende Art für beide Länder, die von den Mächten, welche Theil an der Unterhandlung genommen haben, gebilligt werden würde, gelöst werden könnten, nehmen keinen Anſtand, Sr. Excellenz Hrn. Dedel zu erſuchen, von ſeiner Regierung Vollmachten zu begehren, um dieſe Puncte mit ihnen zu erörtern und feſtzuſetzen. Sie hegen das Vertrauen, daß, wenn es ihnen gelänge, ſich über dieſe Fragen zu verſtändigen, keine weſentliche Schwierigkeit mehr übrig bleiben würde, welche den ſchleunigen Abſchluß und die Unterzeichnung eines definitiven Friedenstractats hindern konnte. (Unterz.) Talleyrand. Palmerſton."

In der Sitzung des Unterhauſes vom 18. April wurde auf den Antrag des Marquis von Chandos ein beſonderer Ausſchuß ernannt, um die beſtehenden Geſetze in Bezug auf die Bierläden mit Rückſicht auf beſſere deßfallſige Vorſchriften in Erwägung zu ziehen. Lord Althorp unterſtützte dieſen Antrag, indem er ſagte, daß die Bierläden unter eben ſo ſtrenge Aufſicht wie öffentliche Häuſer geſtellt werden müßten. Sodann bat dieſer Miniſter um Erlaubniß, eine Bill hinſichtlich des Zehntenaustauſches einbringen zu dürfen. Er ſagte, daß die ſämmtlichen Kircheneinkünfte in England ſich auf nicht mehr als 3,500,000 Pf. beliefen, und daß das durchſchnittliche Einkommen der Geiſtlichkeit, mit Einſchluß der Diakonen, Archidiakonen und Präbendarien, nicht mehr als 300 Pf. jährlich betrage. Die Maaßregel, welche er vorſchlug, ging dahin, zunächſt dem Zehntenpflichtigen und dem Zehntenempfänger zu geſtatten, den Zehnten für immer in einen Getreidezins zu verwandeln, der ſich je nach dem verſchiedenen Preiſe des Getreides ändern ſolle; wenn ſich aber die beiden Parteien nach Ablauf eines Jahres nicht vergleichen könnten, dann ſollten ſie zu dem Zehntenaustauſch genöthigt werden, wenn entweder der Zehntenpflichtige oder der Zehntenempfänger es wünſche; in einem ſolchen Falle ſolle der Betrag durch Zehntentaxatoren, die von den Biſchöfen und Magiſtratsperſonen in den Vierteljahresſeſſionen zu ernennen wären, feſtgeſtellt werden. Der Zehntenempfänger ſolle jedoch die freie Wahl haben, ob er die Zahlung in Geld oder in Getreide, und in welcher Art von Getreide, annehmen wolle. Sir R. Inglis erhob ſich gegen den Zwang zum Zehntenaustauſch. Hr. Hume, Dr. Luſhington, Hr. A. Baring, Sir R. Peel und andere Mitglieder unterſtützten den allgemeinen Grundſatz der Bill, hatten jedoch gegen die Details der Maaßregel, namentlich gegen die Art und Weiſe, wie die Abſchätzung bewerkſtelligt werden ſolle, Einwendungen zu machen. Die Einbringung der Bill wurde übrigens genehmigt. Hierauf machte Hr. Hume zwei Motionen in Bezug auf die Sinecuren; erſtens, daß in Zukunft erledigte Sinecuren im Civil- und Colonialdienſte des Landes nicht wieder mit einem Gehalt dotirt werden ſollten, und daß Niemand für ein Amt, deſſen Geſchäfte von einem Stellvertreter verſehen würden, Gehalt beziehen ſolle. Lord Althorp hatte gegen beide Reſolutionen nichts einzuwenden, und ſie wurden nach einigen Discuſſionen angenommen. — Ein dritter Antrag des Hrn. Hume, daß künftighin alle Aemter ſolchen Gehaltsabzügen und Veränderungen unterworfen ſeyn ſollten, die Se. Majeſtät oder die Departementschefs darin vorzunehmen belieben möchten, ohne daß die dazu ernannten Perſonen einen Anſpruch auf Entſchädigung hätten, wurde jedoch von ihm zurückgenommen, weil Lord Althorp bemerkte, daß der Krone bereits die Befugniß zuſtehe, ſolche Reductionen vorzunehmen. Hr. Stanley kündigte ſodann an, daß er die Motion in Bezug auf die Sclaverei in den Colonien, die von Lord Althorp vorläufig angezeigt worden, bis auf den 14. Mai ausſetzen müſſe. Das Haus verwandelte ſich hierauf in einen Ausſchuß zur Berathung über die Bill wegen Veränderung des Verhörortes in Irland. Ein Amendement, welches Hr. Fitzgerald zu derſelben machte, und welches darin beſtand, daß der Ort des Verhörs nur bis in die anliegende Grafſchaft ſolle verlegt werden dürfen, wurde mit einer Majorität von 84 gegen 19 Stimmen verworfen. — Schließlich ſtattete Hr. Warburton den Bericht des Ausſchuſſes über die am Tage vorher gefaßte Reſolution in Bezug auf die jüdiſchen Landeseinwohner ab, und wurde die damit in Verbindung ſtehende Bill ſogleich eingebracht.

In der Sitzung des Unterhauſes vom 19. April wurde Hr. Attwood durch Lord Althorp bewogen, ſeinen Antrag auf Unterſuchung der Landesnoth bis zu nächſtem Montag zu verſchieben, indem der Kanzler der Schatzkammer dem Hauſe vorher ſeinen Bericht über die Finanzen vorlegen wollte. Das Haus verwandelte ſich demnach in einen Ausſchuß für die Mittel und Wege, und Lord

Digitized by Google

Althorp begann ſeinen Vortrag. Er ſagte unter Andern, daß die Miniſter die Gehalte von 387 Aemtern um 231,400 Pſ. reducirt hätten, was nach allen Abzügen, dem Lande eine reine Erſparung von 193,000 Pſ. einbringe; an diplomatiſchen Gehalten ſeien 91,000 Pſ. erſpart worden; über 500 auf Halbſold ſtehende Perſonen habe man zu activem Dienſt gezogen; die Staatseinkünfte gewährten einen Ueberſchuß von 1,487,000 Pſ. über die Ausgaben, die Deckung des 235,000 Pſ. betragenden Ausfalles vom vorigen Jahre nicht mit eingerechnet; durch Erſparniſſe und Einſchränkungen habe man im vorigen Jahre 2,408,000 Pſ. erſpart, ohne daß die Steuern vermindert worden oder die Einnahmen ſich gebeſſert hätten. Die Einnahme für das jetzige Jahr veranſchlagte Lord Althorp zwar nicht ſo hoch, als die des vorigen, aber doch auf 46,494,128 Pſ., die Belaſtung des conſolidirten Fonds auf 30,300,000 und die Ausgaben für die Land- und Seemacht auf 44,922,219 Pſ., ſo daß ein Ueberſchuß von 1,570,000 Pſ. bleiben würde. Sodann kam er auf die Herabſetzung der Steuern zu ſprechen, und ſchlug hierzu namentlich die Ziegelſteuer, ſo wie die Abgaben von Anzeigen und Seeaſſecurationen, von Karten und den Zoll auf rohe Baumwolle vor.

Die Allgemeine Zeitung enthält folgenden Correſpondenzartikel aus London vom 17. April: „Ich ſende Ihnen hier einen Artikel, der von einem der einflußreichſten Männer der gemäßigten Whigpartei verfaßt, für ein engliſches Journal beſtimmt war, mir aber zum Einrücken in die Allgemeine Zeitung übergeben ward, damit man auf dem Continente eine genauere Anſicht von der Meinung erhalte, die dieſe Partei, mithin der Kern der engliſchen Nation, von der Allianz mit Frankreich habe. Ich glaube hinzufügen zu müſſen, daß der Verfaſſer des Artikels gewöhnlich von den Intentionen der gegenwärtigen Adminiſtration ziemlich gut unterrichtet iſt. „„Die iriſche Zwangsbill iſt halb todt, halb lebendig durchgegangen und den Miniſtern mithin erlaubt, ihre Aufmerkſamkeit den äußern Angelegenheiten zu widmen. Es iſt Zeit, denn unſere Freunde, die Franzoſen, fiſchen im Trüben, und ſcheinen auf unſere Koſten ſich bereichern zu wollen. Die belgiſch-holländiſche Epiſode war der Koder, an den eine Allianz geſchickt gebunden. wohl gar verewigt werden ſollte; es gereicht dem Fürſten Talleyrand zur Ehre, unſere aufgeklärten Staatsmänner ſo weit verblendet zu haben, daß ſie ſich und das Land für gefährdet wähnen, wenn wir der Sympathie Frankreichs zu entbehren hätten, denn in dieſen Gefühlen allein beſteht der Vortheil, den England einer Verbindung zu verdanken hat, die ſonſt für unnatürlich erachtet ward, und es, beim Lichte betrachtet, noch iſt. Man hat den Krämergeiſt unſerer Nation immer ſpöttiſch bekrittelt, und doch iſt es dieſer Geiſt, dem England ſeine Größe, ſeinen Reichthum zu verdanken hat. Nie wäre es geworden, was es jetzt iſt, hätten wir immer mit philanthropiſchen Augen die Welt betrachtet, oder wohl gar aus Principienhader zu einem oder dem andern Syſteme uns bekannt und unſere Verbindungen dadurch beſtimmen laſſen. Seitdem wir von aller Krämertendenz uns befreit glauben, dürfen wir freilich auf das Wohlwollen der Franzoſen rechnen; doch dieſe Ehre kommt theuer zu ſtehen, und John Bull möchte ſeine Rechnung beſſer bei minderer Zuneigung finden. Ein induſtrielles Volk, wie das franzöſiſche, iſt unſer natürlicher Nebenbuhler; ob Krieg oder Friede den Continent bedroht, kann uns gleichgültig ſeyn, ſo lange wir allen Zwiſtigkeiten fremd zu bleiben ſuchen. Wenn die Erhaltung des Friedens die Einführung der Reform begünſtigte, ſo iſt dieß allerdings des Dankes werth, allein wir möchten behaupten, daß der jetzige Zuſtand der Dinge kein Friede iſt, und wenn er als ſolcher gelten ſoll, die mehrere oder mindere Stärke der politiſchen Inſtitutionen des Landes von keinem fremden Einfluſſe bedingt wird; denn nichts iſt den Parteien, wie Individuen, die auf Gewinn oder Verluſt der Regierungen ſpeculiren, zuträglicher, als die fieberhaften Regungen der Ungewißheit, und niemals hat die Welt im hohern Grade dieß Uebel empfunden, als ſeit den letzten zwei Jahren. Konnten die Anti-Reformer ſolche Verhältniſſe nicht ihren Abſichten gemäß benützen, ſo kann dreiſt behauptet werden, daß, in ſo fern unſere materiellen Intereſſen nicht ins Spiel kommen, unſer inneres politiſches Leben mit dem Auslande nichts zu ſchaffen hat. So wenig aber die Entwickelung der intelleetuellen Kräfte des Landes von äußern Berührungen abhängt, um ſo vielfacher und empfindlicher ſind die materiellen ihnen unterworfen. Ward Spanien zu Frankreich, wie ein todter Korper, der an einen lebenden gebunden, zur Zeit der Reſtauration verglichen, ſo iſt jetzt Frankreich einem überreizten ähnlich, der an den geſunden engliſchen Stamm ſich klammernd ihm die beſten ergiebigſten Kräfte zu rauben ſucht. Alle Beziehungen zu Frankreich gereichen zu unſerem Nachtheile. Um dem Julithrone in eine bequemere Lage zu helfen, und ihn den Gefahren eines Kampfes zu entziehen, ſind wir mit Holland zerfallen. Holland, unſer wahrer reeller Geſchäftsfreund, wird von uns beläſtigt. Um den Einfluß Frankreichs auf Koſten unſeres natürlichen Verbündeten Oeſterreichs zu vermehren, miſchen wir uns in die Händel kleiner italieniſcher Fürſten, und führen nach Art der Commis voyageurs den Proletariern das Wort. Um die Sympathie des franzöſiſch-teutſchen Ultra-Liberalismus, verderblich gleich dem Ultra-Royalismus, zu nähren, ſind wir bemüht, den einzigen Centralpunct, den mächtigſten Hebel des europäiſchen Gleichgewichtes, zu ſchwächen, die teutſche Bundesverſammlung, das große Inſtitut des Friedens, zu verunglimpfen, deren Beſchlüſſe wohl gar in Frage zu ſtellen; um das Maaß aber voll zu machen, ſind wir ans Schlepptau bei dem großen Conflicte im Oriente gehängt, und ſcheinen hier nur als Zeuge bei dem Leichenbegängniſſe der Pforte zugelaſſen zu werden; ſo ſollen Intereſſen bewahrt, der Handel befördert werden! Es iſt Zeit, daß wir erwachen, daß wir uns einer Allianz entwehren, die unſerem Verbündeten zum Vortheile, uns ausſchließend zum Nachtheile gereicht; daß wir vorſichtig, und wenn es ſeyn muß, krämerhaft verfahren, denn es kleidet ein handeltreibendes, der Induſtrie ergebenes Volk beſſer, auf Ziffern, als auf eitle, verderbliche Sympathien zu ſehen. Sind wir zu Anſtrengungen gezwungen, um das Anſehen der Nation in der Fremde zu bethätigen, ſo möge es geſchehen, nur aber nicht Andern zu Statten kommen. Doch es ſcheint, daß die Regierung endlich zur Erkenntniß gelangt, und ein Unkraut nicht länger in unſeren Feldern wuchern laſſen will, das nur ſchon zu viel Wurzel gefaßt. Der Augenblick iſt gekommen, wo man mißtrauiſch den Schritten der franzöſiſchen Diplomatie im Oriente nachzuforſchen gedenkt; es ſcheint verdächtig, daß der Vicekonig von Aegypten, der allgemein vorſichtig und ſchlau geſchildert wird, ſich mit einem Male hochfahrend und zurückſtoßend gegen den Botſchafter einer mächtigen Nation beträgt, die ihm hülfreiche Hand in allen innern Einrichtungen, Bauten und Organiſationen leiſtete, und ſeine Siege erfechten half, da Ibrahim Paſcha nur unter der Leitung franzöſiſcher Offiziere handelt. Ohne eine totale Verläugnung ſeines Characters oder andere heimliche Anregung müßte der Vicekonig leichtſinnig aus der Rolle fallen, die er bisher geſchickt aufgefaßt, und der er ſeine Macht, wie ſein Anſehen zu verdanken hat. Hier iſt etwas mehr denn

Digitized by Google

Phantasmagorie. Des Admirals Rouſſin Friedensthema aufſahrend ablehnen, heißt, die empfindliche Seite der Franzoſen berühren, ſie verächtlich behandeln. Der übermüthigſte Eifer, die verwegenſte Combination könnte dergleichen niemals entſchuldigen, und Mehmed Ali iſt weder übermüthig, noch ſchlechter Calculateur. Er weiß, wie weit er zu gehen hat, und wird die Linie nicht überſchreiten, die er ſich vorgezeichnet oder die ihm vorgeſteckt worden iſt. Augenſcheinlich ſind die Intereſſen Aegyptens mit denen Frankreichs identificirt. Die franzöſiſche Preſſe ſelbſt lehrt es uns. Das mittelländiſche Baſſin iſt der franzöſiſchen Nation natürliches Seebett, ihr gehört es zu, und wäre es dieß nicht, ſo müßte man es dazu machen, rufen die Pariſer Journale, ſonſt iſt Algier eine Laſt, die Marine eine Chimäre. Und all unſer Sträuben und Eifern gegen Rußland läuft darauf hinaus, einen unbequemen Gaſt aus den Gewäſſern des Mittelmeeres entfernt zu halten, während der unbequemſte bereits einheimiſch daſelbſt geworden, und wohl gar von da zu erreichen gedenkt, was ſonſt unmöglich genannt werden, ſo aber ausführbar ſeyn dürfte, nämlich unſere Hülfsquellen in Indien zerſtören oder wenigſtens theilen zu wollen. Der Weg, den eine ruſſiſche Heeresmacht nach Indien zu betreten hätte, würde ſauer, unerreichbar ſeyn, leichter aber den Franzoſen mit arabiſchen Hülfsmitteln erſcheinen, auch wenig Schwierigkeiten darbieten, iſt einmal die Dampfſchifffahrt auf dem rothen Meere eingeführt. Wir ſelbſt ſind gutmüthig genug, um dieſes Problem löſen zu helfen. Aber abgeſehen von ſolchen nicht übertriebenen Beſorgniſſen, muß die allmähliche Abnahme der Macht Großbritanniens auf dem mittelländiſchen Meere und ſpäter auf dem Ocean, in Folge des vermehrten Wachsthums und der geſteigerten Ausbildung der arabiſchen Volkerſtämme unter franzöſiſchem Einfluſſe Statt finden. Schon hat die franzöſiſche Marine einen Aufſchwung genommen, der bemerkenswerth iſt, man laſſe die ägyptiſche Flagge ſich ihr anſchließen, und ſie könnte uns den Dreizack ſtreitig machen, den wir ſo lange mit vielem Glück und Geſchick zu ſchwingen verſtanden. — Die ruſſiſche Politik, ſollte ſie wirklich gegen uns gerichtet ſeyn, wäre nicht ſchädlicher als eine Verbindung, die unter Liebesbetheuerungen todtet. Jene vergütet durch Abſatz und Austauſch der Erzeugniſſe wenigſtens eine zu erringende Bevorrechtigung, die dieſe nimmer gewährt. Was konnen wir den Franzoſen geben, was ſie nicht ſchon hätten, und wo ſtimmt im Verkehre mit Frankreich die Bilanz einigermaaßen günſtig für England? Dieſe Rückſicht wäre allein hinreichend geweſen, auf minder vertrautem Fuße mit dem Pariſer Cabinete zu leben, und auf das herkömmliche Handelsſyſtem ſtrenger und gewiſſenhafter zu wachen. Es bedurfte aber erſt des Kampfes im Oriente, um daran zu erinnern, daß wir nach den eigenen Worten des Hrn. von Talleyrand unſere Freunde als unſere Feinde, und unſere Feinde als unſere Freunde anſehen und behandeln ſollen. Dieſe Lehre dürfte, wie jetzt verſichert wird, befolgt werden!""

Conſols am 19. April $87\frac{5}{8}$.

Frankreich.

Der **Moniteur** vom 22. April gibt die in dem **Journal de St. Petersbourg** vom 7. gedachten Monats enthaltene **Erklärung** nebſt den dazu gehörigen Actenſtücken, die wir in unſerem Blatte vom 20. April mitgetheilt haben, und begleitet ſie mit folgenden Bemerkungen: „Das ruſſiſche officielle Journal hat auf die in einigen franzöſiſchen Blättern bekannt gemachten Verſionen über die Ereigniſſe in Konſtantinopel officiell antworten zu müſſen geglaubt; dieſe Polemik intereſſirt die Regierung des Königs nur in ſo ferne, als ſie die Genauigkeit der Thatſachen, welche ſie ſelbſt zur Kenntniß des Publicums gebracht hat, in Zweifel zu ſtellen ſcheinen dürfte. Dieß iſt in der Wirklichkeit nicht der Fall; um keinen Zweifel in dieſer Hinſicht übrig zu laſſen, geben wir ein **Memorandum**, welches man bereits in einigen Journalen geleſen hat, deſſen Aechtheit wir zu verbürgen ermächtigt ſind, und welches bloß zur perſönlichen Information unſerer diplomatiſchen Agenten beſtimmt geweſen iſt. — Wenn man dieſes Actenſtück mit der Erzählung des **Journal de St. Petersbourg** vergleicht, wird man ſich leicht überzeugen, daß kein materieller Widerſpruch zwiſchen beiden obwaltet; nur ſpricht das franzöſiſche Document von den Verhandlungen zwiſchen der franzöſiſchen Geſandtſchaft und der ottomanniſchen Pforte, und das ruſſiſche Document von den Verhandlungen zwiſchen der ottomanniſchen Pforte und der ruſſiſchen Geſandtſchaft. Man wird bemerken, daß ſämmtliche von der Pforte an Hrn. von **Butenieff** in der Abſicht geſtellten Anträge, um entweder die Ankunft der von ihr in Anſpruch genommenen Hülfsmacht zu Lande und zur See zu ſuspendiren, oder deren Entfernung zu bewirken, die Folge der Schritte geweſen ſind, welche zuvörderſt von dem franzöſiſchen Geſchäftsträger, dann von dem Botſchafter ſelbſt gethan worden ſind, welches auch der Character dieſer Schritte geweſen ſeyn mag. — Was die in dem letzten Abſatz des Artikels der officiellen Zeitung enthaltene Erklärung anlangt, ſo iſt ſelbe ohne Zweifel dem St. Petersburger Cabinet durch die Beſorgniß eingegeben worden, welche die in Smyrna vorgefallenen Ereigniſſe erregt hatte; man würde aber unrecht haben, darin eine Zurücknahme der von Sr. Majeſtät dem Kaiſer von Rußland am 17. Februar eingegangenen Verpflichtung zu erblicken, ſeine Land- und Seemacht auf das erſte Verlangen der ottomanniſchen Pforte zurückzuziehen. — Die franzöſiſche Botſchaft in Rußland hat hierüber, ſeit der Bekanntmachung des in Frage ſtehenden Artikels, die formellſten Verſicherungen erhalten."

Der zum franzöſiſchen Botſchafter am Wiener Hofe ernannte Graf von **Saint-Aulaire** hat **Paris** am 20. April verlaſſen, um ſich auf ſeinen Poſten zu begeben.

Am 22. April $1\frac{1}{4}$ Uhr Nachmittags 5Percents 101 Fr. 3Percents 77 Fr. 40.

Wien, den 1. Mai.

Nach der heute erſchienenen Ueberſicht der Satzungspreiſe für den Monat Mai iſt das pohlene Brot zu 1 kr. um $\frac{1}{2}$ Loth, detto zu 3 kr. um $1\frac{1}{4}$ Loth, detto zu 6 kr. um $3\frac{1}{2}$ Loth; roggenes Brot zu 1 kr. um 1 Loth, detto zu 3 kr. um $3\frac{1}{4}$ Loth **ſchwerer** auszubacken; die Semmelgattungen ſind im vorigen Gewichte verblieben. — Das Pfund Rindfleiſch koſtet 8 kr. C. M. oder 20 kr. W. W.

Am 30. April war zu **Wien** der Mittelpreis der

Staatsſchuldverſchreibungen zu 5pCt. in CM.	$92\frac{5}{16}$;
detto detto zu 4pCt. in CM.	$82\frac{1}{2}$;
Darleh. mit Verlooſ. v. J. 1820, für 100 fl. in CM.	$188\frac{3}{4}$;
detto detto v. J. 1821, für 100 fl. in CM.	——;
Wiener-Stadtbanco-Obligat. zu $2\frac{1}{2}$ pCt. in CM.	$51\frac{1}{4}$;
Conv. Münze pCt. ——;	

Bankactien pr. Stück 1207 in CM.

(Dem heutigen Blatte des **Oeſterr. Beob.** liegt die **chronologiſche Ueberſicht** der neueſten Ereigniſſe für den Monat **Februar** 1833 bei.)

Hauptredacteur: Joſeph Anton Edler von Pilat.

Verleger: Anton **Strauß** ſel. Witwe in der Dorotheergaſſe Nr. 1108.

Digitized by Google

Nro. 122

Oeſterreichiſcher Beobachter.

W 1 ZEITI 183

Donnerſtag, den 2. Mai 1833.

Meteorologiſche Beobachtungen vom 30. April.	Zeit der Beobachtung	Barometer auf 0° Reaumur reducirt. Pariſer Maß.	Wiener Maß.	Thermometer Reaumur.	Wind.		Witterung.
	8 Uhr Morg.	27.219	273.11Z. 8P.	+ 12.2	SO.	ſchwach.	Wolken.
	3 Uhr Nachm.	27.209	27 11 6	+ 15.0	S.	mittel.	—
	10 Uhr Abnds.	27.229	27 11 9	+ 10.0	SO.	ſchwach.	—

Türkei.

Nachſtehendes iſt eine Ueberſetzung des (wie jüngſthin erwähnt) am 23. Silkide 1248 (13. April 1833) erſchienenen Tewdſchihats oder der Liſte der Veränderungen in den Statthalterſchaften (Ejalet) und Sandſchaken des osmaniſchen Reiches:

Die Statthalterſchaften von Anatolien, Siwas und Adana, ſo wie die Sandſchake von Chodavendkiar, Eskiſchehir, Kaſtemuni, Boli, Tſchermen, Hamid, Piranſchehir, Karaſſi, Angora, Kengri, Saruchan, Aidin, Tſcharum, Nikde, Beiſchehir, Kirſchehir, Akſerai, Kodſchaili und Salga werden von Seite der Schatzkammer der großherrlichen Pachtungen, und das Sandſchak von Boſuk, als von der Bergwerksadminiſtration abhängend, von Seite der großherrlichen Münze verwaltet, und ſind daher in gegenwärtiger Liſte nicht genannt.

Statthalterſchaft Abyſſinien, mit der das Liva von Dſchidda und die Scherifſtelle von Mekka verbunden iſt: Ibrahim Paſcha beſtätigt.

Obercommando der regulären Truppen: Chosrew Mehemmed Paſcha, mit dem Titel eines Commandanten von Konſtantinopel, beſtätigt.

Statthalterſchaft des Archipels, und zugleich Großadmiralsſtelle: Tahir Paſcha beſtätigt.

Commando der Leibgarden: Fewzi Ahmed Paſcha, mit dem Titel eines Muſchir geheimen Kriegsrathes) beſtätigt.

„ der Artillerie: Halil Rifaat Paſcha, mit dem Titel eines Muſchir, beſtätigt.

Statthalterſchaft Rumelien: Huſſein Paſcha, nebſt dem Commando über die Engpäſſe beſtätigt.

„ Damask und Aufſeherſtelle über die Wallfahrten: dem Statthalter von Aegypten, Mehmed Ali, verliehen.

„ Bagdad: Ali Riſa Paſcha beſtätigt.

„ Scheherſol: dem vorigen Statthalter von Baſſora, Mahmud Paſcha, verliehen.

„ Aegypten: Mehmed Ali Paſcha beſtätigt.

„ Haleb: dem Statthalter von Aegypten, Mehmed Ali Paſcha, verliehen.

„ Bosnien: Mahmud Hamda Paſcha beſtätigt.

„ Saſſed, Saida und Bairut. Mehmed Ali Paſcha beſtätigt.

„ Tripolis in Syrien: Mehmed Ali Paſcha beſtätigt.

Erſerum: Eßad Paſcha beſtätigt.

„ Siliſtria: Mehmed Paſcha beſtätigt.

Statthalterſchaft Candien und Commandantenſtelle der Feſtung Candia: Mehmed Ali Paſcha beſtätigt.

„ Trapezunt: Osman Paſcha beſtätigt.

„ Caramanien: dem vorigen Statthalter von Chodavendkiar, dem Hadſchi Ali Paſcha, verliehen.

„ Diarbekr: Iſhak Paſcha, zugleich Statthalter von Rakka, und Aufſeher der großherrlichen Bergwerke, beſtätigt.

„ Meraſch: Mirimiran Suleiman Paſcha beſtätigt.

„ Dſcheldir: Mirimiran Adſcherli Ahmed Paſcha, zugleich Statthalter von Kars, beſtätigt.

„ Kars und Commando der Feſtung Kars: Mirimiran Adſcherli Ahmed Paſcha beſtätigt.

„ Van und Commandant der Feſtung Van: Eſſad Paſcha, zugleich Statthalter von Erſerum, beſtätigt.

„ Moſſul: Jachja Paſcha beſtätigt.

„ Algier.

„ Tunis.

„ Tripolis der Berberei.

Beilerbei (Brigadegeneral) der Leibgarden: Ahmed Fethi Paſcha beſtätigt.

„ der regulären Truppen: Mehmed Paſcha beſtätigt.

Sandſchak Jeruſalem und Naplus: Mehmed Ali Paſcha beſtätigt.

„ Widdin und Nicopoli ſammt dem Commando der Feſtung Widdin: der vorige Großweſir Izzet Mehmed Paſcha beſtätigt.

„ Tricala: Muſtafa Nuri Paſcha beſtätigt.

„ Janina, mit den Sandſchaken Delfino und Valona: Emin Paſcha beſtätigt.

„ Scutari mit den Sandſchaken Ilbaſſan und Ochri: Namik Ali Paſcha beſtätigt.

„ Semendria: Pedſchihi Paſcha, zugleich Commandant von Belgrad, beſtätigt.

„ Karahiſſar: Mirimiran und voriger Beilerbei von Tripolis in Syrien, Hadſchi Osman Paſcha, zugleich im Sandſchak Munteſche beſtätigt.

„ Biga: Salich Paſcha, zugleich Commandant der Dardanellenſchlöſſer, beſtätigt.

„ Salonich und Cavala: Omer Paſcha beſtätigt.

„ Kaiſſarieh: dem vorigen Aufſeher der großherrlichen Bergwerke, Mirimiran Osman Nuri, verliehen.

Digitized by Google

Sandſchak Tekke: dem vorigen Beilerbei von Kaiſſarieh, Mirimiran Osman Hairi Paſcha, verliehen.

„ Seopia: Mirimiran Said Mehmed Jeſchar Paſcha beſtätigt.

„ Guſtendil und Dukagin: Salich Paſcha beſtätigt, und ihm das Commando von Niſſa verliehen worden.

„ Herſerim: Mirimiran Mahmud Paſcha beſtätigt.

„ Kliſſa in Bosnien: Mahmud Hamdi Paſcha beſtätigt.

„ Jswornik: Mahmud Hamdi Paſcha beſtätigt.

„ Herzogowina: Stolidſchiali Ali Paſcha beſtätigt.

„ Candia und Feſtungscommando daſelbſt: Mehmed Ali Paſcha beſtätigt.

„ Rettimo und Feſtungscommando daſelbſt: Mehmed Ali Paſcha beſtätigt.

„ Akſchehir: wurde dem vorigen Statthalter von Chodavendkiar, Hadſchi Ali Paſcha, ſammt der Statthalterſchaft Caramanien verliehen.

„ Alania: der Commandant dee Artillerie, Halil Rifaat Paſcha, beſtätigt.

„ Jtſchil: dem Mirimiran Juſuff Paſcha, vorigen Aufſeher der großherrlichen Silberkammer, verliehen worden.

„ Konieh: Osman Paſcha, ſo wie im Sandſchak Trapezunt, beſtätigt.

Frankreich.

Das Journal des Debats und der Nouvelliſte vom 23. April enthalten folgenden Artikel: „In der Nacht vom 17. April ſind 25 Flüchtlinge aus dem polniſchen Depot zu Bourges heimlicher Weiſe ausgebrochen, um ſich nach Teutſchland zu begeben. Sie ſind am folgenden Tage zu Sancergues, zwei Lieues vor dem Uebergange über die Loire, von der Nationalgarde und der Gendarmerie angehalten worden. Unter den Flüchtlingen befanden ſich neun ruſſiſche Deſerteurs, die als Polen ins Depot aufgenommen worden waren. Faſt alle waren voll Schulden, als Taugenichtſe bekannt und der Wunſch, ihren Gläubigern zu entwiſchen, mag vermuthlich zu ihrer Flucht beigetragen haben. Uebrigens hat die Mehrzahl der zum Depot von Bourges gehörenden Polen, deren Benehmen ſtets lobenswerth geweſen iſt, an den Präfecten und an den commandirenden General im Departement das Geſuch gerichtet, dieſe Flüchtlinge nicht mehr ins Depot aufzunehmen. Sie ſagen ſich von ihnen los, indem ſie den polniſchen Namen entehrt hätten. — Der Miniſter des Innern hat Befehl gegeben, dieſe 25 Flüchtlinge von den Controllen auszuſtreichen."

In der Sitzung der Pairskammee vom 20. April legte Hr. Humann das den Tag zuvor von der Deputirtenkammer ſo mühſelig votirte Einnahmebudget vor. Der Präſident ernannte eine Commiſſion. Hr. Gautier berichtete über den Entwurf, die Einfuhr und Ausfuhr der Zucker betreffend, und trug auf deſſen Annahme an. Die Kammer genehmigte mehrere Entwürfe, öetliche Intereſſen betreffend, einſtimmig. Der Entwurf, die Penſionen der Witwen Cuvier und Champollion betreffend, ward mit 92 gegen 2 Stimmen angenommen. Die Kammer hörte dann noch mehrere Berichte über verſchiedene Entwürfe, ſo wie übeeden Entwurf, die Expropriation für offentlichen Nutzen betreffend, mit mehreren Amendements.

In der Sitzung der Deputirtenkammer vom 20. April waren um 2 Uhr erſt gegen 80 Mitglieder anweſend. Der Deputiete Hr. Thouvenel ſchickte ſeine Entlaſſung ein; in ſeinem Schreiben berief er ſich auf ſeinen kränklichen Geſundheitszuſtand, der ihn längſt zum Rücktreten bewogen hätte, wäre nicht ſeine Hoffnung, etwas für das Vaterland wirken zu können, ſtäeker geweſen; bei einer ſolchen Kammer aber müſſe er jede Hoffnung aufgeben, daher er ihre ungeſunde Atmoſphäre verlaſſe. Der Brief ſchloß mit den Worten: „Es iſt ſehr ſchwer zu verhindern, daß einer Revolution, die von dem Volke und für das Volk gemacht wurde, und die ihm doch auf keine Weiſe zu Gute kam, nicht früher oder ſpäter Kataſtrophen folgen." Lange Aufregung folgte der Vorleſung dieſes Briefes. — Das Geſetz uber das Legislativeegime der Colonien, womit ſich die Kammer in dieſer Sitzung beſchäftigte, iſt bereits von der Pairskammer votirt. In der allgemeinen Discuſſion ergriff nur Hr. Realier-Dumas das Wort; er ſuchte nachzuweiſen, wie die Juſtiz in den Colonien zu abhängig von den Weißen, und daher fortwährend parteiiſch und ungerecht gegen die Farbigen ſei. Der Marineminiſter entgegnete, dieſe Bemerkungen ſeien hier nicht am Platze, ſondern fänden ihre Stelle, wenn man an die Juſtizoeganiſation der Colonien komme, was nächſtes Jahr geſchehen werde. — Der erſte Artikel des vorliegenden Entwurfes lautet: „In deu Colonien Martinique, Guadelonpe, Bourbon und Guiana tritt an die Stelle des Generaleonſeils ein Colonialeonſeil." Hr. Roger wollte, daß man auch die Senegaleolonie unter obige Beſtimmung aufnehme, ſtatt ſie unter dem bon Plaiſir der Ordonnanzen zu laſſen. Der Artikel ward unveeändert angenommen. Der zweite Artikel lautet: „Durch die geſetzgebende Gewalt des Königreiches werden gemache: die Geſetze in Betreff der Ausubung der politiſchen Rechte; die Civil- und Ceiminalgeſetze in Betreff der freien Perſonen, und die Steafgeſetze, welche für die nicht freien die Verbrechen beſtimmen, auf welche die Todesſtrafe anwendbar iſt; die Geſetze, welche die Specialgewalten der Gouverneure ordnen, rückſichtlich der Maaßeegeln der hohen Polizei und der allgemeinen Sicherheit; die Geſetze über die Gerichtsorganiſation; die Geſetze über den Handel, das Zollregime, die Unterdrückung des Negerhandels, und die in Betreff der Ordnung der Verhältniſſe zwiſchen dem Mutterlande und den Colonien." — Hr. Jſambert ſtellte den Antrag, daß den Geſetzen, welche von der Legislativgewalt des Mutterlandes ausgehen ſollen, auch diejenigen beigefügt würden in Betreff der Grundlagen des Municipalregime's, der Freiheit der Culte und des Unterrichts, der Organiſation der Nationalgarden, und der Bedingungen dee Feeilaſſung. Hr. Ch. Dupin erwiederte, alle dieſe Amendements habe der Antragſteller ſchon in der Commiſſion gemacht, ſei aber mit 8 gegen 1 Stimme (ſeine eigene) damit zurückgewieſen worden. Die Commiſſion habe geglaubt, die Legislativgewalt des Mutterlandes dürfe ſich nur auf jene allgemeinen geſetzlichen Beſtimmungen beziehen, und müſſe die von Hrn. Jſambert aufgeführten Gegenſtände der Repräſentativgewalt der Colonien überlaſſen. Die Majorität trat dieſen Anſichten bei, und nahm den Artikel ohne Modifieation an. Die weitere Discuſſion ward auf Montag (22.) verſchoben, aber viele Stimmen riefen, bis dahin werde keine Kammer mehr zuſammenzubringen ſeyn. — Es wuede vorgeſteen ſchon bemerkt, daß die Kammer in dieſer Sitzung einen Geſetzentwurf annahm, der den freien Farbigen alle burgerlichen und politiſchen Rechte eineäumt. Der obige zweite Geſetzentwurf iſt alſo nur die Conſequenz des erſteren. — Der Temps

Digitized by Google

bemerkt darüber, die Claſſe der Weißen ſei noch übermäßig begünſtigt, und der Kreis der Geſetze, gegenüber der Willkür der Ordonnanzen, noch viel zu eng gezogen, aber doch ſei dieſe Conceſſion viel beſſer als das gegenwärtige Regime, ſo daß die Kammer wohl daran thun werde, das Geſetz ohne Amendement anzunehmen, damit nicht die Colonien wieder auf lange Zeit jeder Legislation beraubt blieben.

In der Sitzung der Pairskammer am 22. April wurden mehrere Commiſſionsberichte über Geſetzentwürfe erſtattet. Der Entwurf über die Formen und die Controlle der den öffentlichen Schatz verpflichtenden Titel ward mit 102 gegen 2 Stimmen angenommen. Der Entwurf zu einem außerordentlichen Credit für den Kriegsminiſter für kleine Equipirungen ward mit 110 gegen 1, der Entwurf zu einem neuen Credit für fremde Flüchtlinge mit 99 gegen 16, der Entwurf des Getreidegeſetzes mit 110 gegen 6 Stimmen, ein Entwurf zu veränderter Gränzbeſtimmung mehrerer Gemeinden Frankreichs mit 115 gegen 1 Stimme angenommen. Hierauf ward Bericht über das Einnahmebudget von 1833 erſtattet, und dann zu Erörterung des Geſetzes über die Zucker übergegangen.

Im Laufe des zu Ende gegangenen Vierteljahres hat die Tilgungscaſſe die 5Percents im Durchſchnittspreiſe von 100 Fr. 82 C., die 4½Percents von 99, 64, die 4Percents von 92, 38, und die 3Percents von 77, 28 gekauft.

Der von der Deputiertenkammer zu dreijährigem Gefängniß verurtheilte Geſchäftsführer der Tribune, Hr. Lionne, iſt zur Haft gebracht und nach St. Pelagie abgeführt worden.

Mehrere Journale erzählen, die HH. Cavaignac und Marraſt hätten den Präſidenten Hrn. Dupin gebeten, dem Hrn. Lionne eine Friſt von acht Tagen zu geſtatten, bevor er ſich ins Gefängniß begäbe, damit er noch einige Familiengeſchäfte beſorgen könne. Hr. Dupin habe dieß unter der Bedingung verſprochen, daß die HH. Cavaignac, Marraſt und Lionne ſchriftlich mit ihrem Ehrenworte für deſſen Stellung zur angegebenen Zeit bürgten, und daß dieſes Ehrenwort noch an demſelben Abend eingeliefert werde. Da wegen Abweſenheit des Hrn. Cavaignac dieß nicht ſogleich geſchehen können, ſo ſei Hr. Lionne ſchon am Abend nach der Polizeipräfectur abgeholt worden.

Die Appellation der HH. Cavaignac und Marraſt, Vertheidiger des Hrn. Lionne, gegen die von der Deputirtenkammer ausgeſprochene Verurtheilung, ward von dem Caſſationshofe nicht angenommen, und konnte von ihm nicht angenommen werden, da er kein Recht und keine Vollmacht hat, den Spruch einer Autorität anzutaſten, die ſouverain und ohne Appellation entſcheidet.

Die Akademie der moraliſchen und politiſchen Wiſſenſchaften hat am 20. April die Wahl eines Akademikers und die eines fremden Mitgliedes vorgenommen. Der Miniſter der auswärtigen Angelegenheiten, Duc de Broglie, ward für erſtere Stelle im erſten Scrutin, und Hr. von Ancillon, preußiſcher Miniſter, als auswärtiges Mitglied bei dem dritten Scrutin gewählt. Letzterer hatte die HH. Livington, Malchus, Sismondi und Roſſi zu Concurrenten.

Die Tribune beantwortet das Anerbieten zu einer Subſcription von 1000 Fr. von Seite der Gazette folgendermaaßen: „Dieſe Demonſtration genügt. Wir werden ſie bemerken, und was die Subſcription der Gazette bei dieſem Anlaſſe betrifft, ſo dient Folgendes als Antwort: „Zwiſchen Euch und uns findet gegen das Juſtemilieu, das von keiner Preſſe hören will, Zuſammenwirkung „Statt; wenn aber die Parteien ſich noch frei bewegen, „ſo wollen wir unſern Platz behaupten. Ihr ſeid unſere „Gegner und wir die Eurigen, und wie können Euren „Beiſtand entbehren. Wir danken Euch dafür, und nehmen ihn nicht an.

Der Moniteur enthält die Anzeige, daß der Graf de Bearn, zweiter franzöſiſcher Botſchaftsſecretär in Rußland, am 20. April Morgens aus St. Petersburg, welches er am 8. verlaſſen hatte, in Paris eingetroffen ſei.

Am 22. April 5Percents Fin Courant geſchloſſen zu 101 Fr. 20. 3Percents Fin Courant geſchloſſen zu 77 Fr. 45. — Am 24. April um 1¼ Uhr Nachmittags 5Percents 101 Fr. 35. 3Percents 77 Fr. 55.

Schweizeriſche Eidgenoſſenſchaft.

Die Allgemeine Zeitung meldet von der Aar vom 17. April: „Unſere arme unglückliche Schweiz hat noch nicht genug an der eigenen Uneinigkeit, Zerreißung und Zerfleiſchung, nun kommen auch noch Fremde, die dazu helfen wollen, nicht etwa Oeſterreicher, Preußen oder Franzoſen, wie früher die Parteien angekündigt hatten, jede nach Wunſch und Richtung, ſondern — Polen. Schon lange ſchien dieſen unglücklichen Kriegsnomaden die ſtrenge Aufſicht und Aufmerkſamkeit der franzöſiſchen Regierung unerträglich, ſie fanden es ſehr illiberal und ſehr ungaſtlich, daß dieſe, ſo viel an ihr lag, die von den Polen in den Nachbarländern angeſponnenen revolutionnären Verbindungen verhinderte und unterdrückte. Darum verließen ſie zuerſt Avignon und wendeten ſich nach Beſançon, unterweges vielſache Verbindungen anknüpfend, und ſelbſt nach Piemont und Savoyen hinüber wirkend. Da ſie aber auch in Beſançon nicht ſo ungezügelt handeln konnten, wie ſie wollten, und zugleich ihre Abſendungen und Correſpondenzen in der Schweiz, beſonders im Canton Bern und in Baſel Landſchaft günſtige Hoffnung gaben, ſo brachen vorige Woche zahlreiche Haufen von Beſançon und den benachbarten Polendepots Salins, Vezoul, Luxeuil, Dijon und Dole auf, und wiewohl ihnen franzöſiſche Gendarmen und Commiſſarien nachgeſchickt wurden, ſo rückten ſie doch an verſchiedenen Puncten in die Schweiz ein; gegen vierhundert über Saignelégier und über Bruntrutt in den weſtlichen Canton Bern. In einer Bittſchrift an die Tagſatzung legen ſie auf ihre Art ihre ſogenannten Beſchwerden gegen die franzöſiſche Regierung und die Gründe ihrer Entfernung aus Frankreich dar, und bitten die Schweiz um Schutz und Gaſtlichkeit. Beides ward ihnen vorläufig zugeſtanden, aber unter der Bedingung, daß ſie ſich im Lande ruhig halten, und keinerlei politiſche Unternehmungen, Bewegungen oder Einmiſchungen in der Schweiz oder in den Nachbarländern unternehmen. Werden dieß die Polen halten wollen? Von Neuſchatel iſt bereits der Kanzler Favarge nach Bern geſchickt worden, um von der dortigen Regierung zu erfahren, welche Maaßregeln ſie in dieſer Hinſicht zu nehmen gedenke.“ — Ferner vom Genfer See, 16. April: „Die Fackel des Bürgerkrieges brennt nun auch in unſern Nachbarthälern! Seit dem 11. iſt ein großer Theil von Wallis in Aufſtand, Unterwallis liegt mit Oberwallis in Kampf, und auf die erſten blutigen Scenen dürften in den nächſten Tagen noch blutigere folgen. Bekanntlich herrſcht in Wallis ſchon ſeit geraumer Zeit große Aufregung, da Oberwallis zum Sarner Bund hält, Unterwallis aber, das Tag und Nacht von ſeinem Nachbar Waadt bearbeitet wird, ſich mehr zur Züricher Tagſatzung hinneigt, wiewohl ſie der Walliſer Geſandte gleich nach deren Eröffnung proteſtirend verlaſſen hat. Am 11. zogen mehr als zweihundert Unterwalliſer mit dem Abzeichen der Conföderation in Fahne, Armbändern u. ſ. w., nach Sion (Sitten), um da die Walliſer Cantonatverſammlung zu erſuchen, ſie möge den Canton bei der Züricher Tag-

Digitized by Google

ſatzung repräſentiren laſſen, und zu dieſem Zwecke wieder einen Geſandten dahin ſchicken; wolle aber die Verſammlung nicht einwilligen, ſo werde Unterwallis ſich von Oberwallis ganz trennen, nach dem Beiſpiele von Baſel Landſchaft einen eigenen Canton bilden, und als ſolcher ſeinen eigenen Geſandten nach Zürich ſchicken. Andere ſogenannte Patrioten aus den Dizains Monthey an der waadtländiſchen Gränze und vom Entremont ſollten mit den Einwohnern von Martigny, die nicht zur Sarner Conſoderation halten, zuſammentreten, um über die Mittel zu berathen, wie man die Walliſer Regierung bewegen wolle, wieder Geſandte nach Zürich zu ſchicken. Am 10. Morgens kamen zahlreiche Deputationen von St. Gingolph (am See), und von Vauvry in Monthey an, und die Schweizer Bundesfahne wurde auf einem Thurme des Schloſſes aufgeſteckt. Der Anblick dieſes Zeichens regte die anders geſtimmte Partei auf, bei der beſonders die Geiſtlichkeit ſehr thätig iſt. Es war ſogleich die Rede davon, das Schloß zu beſtürmen, um das verhaßte Zeichen abzureißen. Bald aber änderte man den Plan, und zog ſogleich nach St. Mauriee und Martigny, um da die Patrioten zu erwarten. Bald waren auch alle Gleichdenkenden auf dem Wege dahin aufgeregt und aufgeboten. Als die Patrioten am 11. Früh nach St. Mauriee kamen, fanden ſie nicht allein die Verſtärkung nicht, auf welche ſie gerechnet hatten, ſondern ſie wurden auch bei ihrem Durchzuge ausgehohnt und verſpottet. Gegen zwei Uhr Nachmittags kam man in Martigny an. Alle Verſuche der Patrioten, unterweges Freunde und Verſtärkung zu gewinnen, waren umſonſt geweſen. In Martigny waren die Patrioten kaum im Gaſthofe zum Thurm eingekehrt, ſo ertonte die Sturmglocke; ein zahlreicher Haufe Sarner Freunde umgab das Haus, ſprengte die Thüren, und ſtürzte mit Miſtgabeln, Sicheln, Senſen, eiſernen Rechen, Keulen u. ſ. w. auf die unbewaffneten Patrioten, unter denen furchtbar gehaust ward. Mehrere wurden zum Fenſter hinausgeſtürzt, und erſt mit der Abnahme der Kräfte horte das Wüthen auf. Indeſſen war die von den Patrioten erwartete Deputation vom Entremont aus dem Thale des großen St. Bernhards auch angekommen. Sie wurde gleichfalls angegriffen und gemißhandelt, wobei die Weiber tüchtig mithalfen. Aber es gelang den Sarner Freunden doch nicht, die Bundesfahne zu nehmen, auf die ſie es beſonders abgeſehen hatten, denn die Patrioten zerriſſen ſie bei Zeiten in tauſend Stücke. Die Zahl der Verwundeten iſt groß, und mehrere waren ſchon am Abend dem Tode nahe. Durch dieſen Ueberfall iſt die Erbitterung in den patriotiſchen Gemeinden aufs Hochſte geſtiegen, ſie wollen ſich rächen, es koſte was es wolle. Schon ſah man von unſern Bergen ein Walliſer Dorf in Flammen, da aber faſt alle innere Verbindung im Lande abgeſchnitten iſt, ſo wiſſen wir nicht, ob der Parteikampf daran Schuld iſt."

Ein Straßburger Blatt ſchreibt aus Neuſchatel: „Die nach den Freibergen gekommenen Polen ſind vom Bernerſchen Kriegscommiſſar zwiſchen Saignelégier, Montfaucon und St. Brair vertheilt worden. Anfänglich bezahlten ſie gut, allein die Bauern, bei denen ſie einquartiert ſind, fangen an zu murren, ſeitdem die Lebensmittel ſteigen und das Geld nicht mehr recht fließt. Sie brachten etliche angeworbene Franzoſen mit, welche von den Behorden ſogleich wieder über die Gränzen geſchickt wurden. Kleinere Abtheilungen kamen nach Bruntrutt, Delsſperg, Solothurn und St. Croix (Waadt). Es hätten noch andere folgen ſollen, allein die franzöſiſche Regierung traf Gegenmaaßregeln und ließ mehrere Hunderte nicht mehr durch. Ein Theil der Garniſon von Beſançon und die Nationalgarde bewachen alle Päſſe. Die Flüchtlinge verhehlen nicht, daß ſie gekommen ſeien, eine Revolution zu unterſtützen, worüber die Pariſer Blätter bereits Aufſchluß gegeben haben."

In einem Schreiben aus Zürich vom 21. April (in der Allgemeinen Zeitung) heißt es: „Den polniſchen Flüchtlingen haben nun auch die Regierungen von Aargau und Schaffhauſen den Eintritt in ihre Cantone zu verwehren beſchloſſen. Eine Abtheilung von 25 Mann, die den Canton Solothurn betreten hat, wird, dem Vernehmen nach, auf das Berner'ſche Gebiet zurückgewieſen werden. Das über Saignelégier eingerückte Corps iſt zeither durch eine über Bruntrutt eingerückte Abtheilung verſtärkt worden, ſo daß ſich nun die Geſammtzahl auf 438 Mann beläuft. Ein Theil derſelben iſt in die Dörfer Montfaucon und St. Brair, auf der Straße nach Delsberg, verlegt. Ihre Mannszucht und ihr gegenſeitiges gutes Einvernehmen werden gelobt."

Teutſchland.

In der Münchener politiſchen Zeitung heißt es: „Sicherem Vernehmen nach ſind auch von hier aus vollgenügende Maaßregeln getroffen worden, um namentlich die Gränzen des Konigreiches gegen jedes Eindringen von Fremden und Uebelwollenden hinlänglich zu ſchützen. Nicht nur ward die Garniſon von Lindau bedeutend verſtärkt, ſondern es ſind auch, wie wir aus zuverläſſiger Quelle erfahren, die ſämmtlichen Beurlaubten des 3ten, 5ten, 6ten, 7ten, 9ten, 12ten, 14ten und 15ten Linien-Infanterieregimentes, wie auch die des 2ten Jägerbataillons ſofort einberufen worden."

Se. Durchlaucht der Herzog Wilhelm von Braunſchweig iſt am 21. April unter dem Namen eines Grafen von Eberſtein in Frankfurt eingetroffen. Im Gefolge Sr. Durchlaucht befinden ſich der Kammerherr von Bülow und der Major von Bauſe. Der Herzog reiſt nach London.

Die Leipziger Zeitung enthält eine Bekanntmachung, wornach durch eine Verordnung des Landes-Juſtizcollegiums vom 10. April 1833 der, „wegen Haltung unerlaubter Zuſammenkünfte und Ertheilung aufregender Rathſchläge an die Unterthanen, ſo wie wegen Veroffentlichung und Verbreitung der von ihm verfaßten Petition um Aufhebung des Lehenweſens," zur Unterſuchung gezogene Advocat Moriz Auguſt Richter zu Chemnitz, in Berückſichtigung der bisherigen Ergebniſſe dieſer Unterſuchungen, von der Advocatur und der Notariatspraxis ſuſpendirt worden iſt.

Am 1. Mai war zu Wien der Mittelpreis der Staatsſchuldverſchreibungen zu 5 pCt. in CM. 92 $\frac{1}{8}$;
detto detto zu 4 pCt. in CM. 82 $\frac{11}{16}$;
Darlehen mit Verlooſ. v. J. 1820, für 100 fl. in CM. 188 $\frac{1}{8}$;
detto detto v. J. 1821, für 100 fl. in CM. 134 $\frac{1}{4}$;
Wiener Stadtbanco-Obligat. zu 2 $\frac{1}{2}$ pCt. in CM. ——;
Kurs auf Augsburg für 100 Gulden Curr., Gulden 98 $\frac{1}{2}$ Br. Uſo. 2 Monat. — Conv. Münze pCt. ——;
Bankactien pr. Stück —— in C. M.

Hauptredacteur: Joſeph Anton Edler von Pilat.

Verleger: Anton Strauß ſel. Witwe in der Dorotheergaſſe Nr. 1108.

Im Comptoir des Oeſterr. Beob. iſt ſo eben erſchienen und zu haben: Die Magyaren-Sprache in ihren Grundzügen beleuchtet, von P.— 8. Wien 1833. Koſtet auf Poſtpapier in Umſchlag geb. 2 fl. C. M.
Daſſelbe Werk in ungriſcher Sprache, ebenfalls auf Poſtpapier in Umſchlag geb. 2 fl. C. M.

Nro. 123

Oeſterreichiſcher Beobachter.

W 1 K ZEITUNG 1833

Freitag, den 3. Mai 1833.

Meteorologiſche Beobachtungen vom 1. Mai.	Zeit der Beobachtung	Barometer auf 0° Reaumur reducirt.		Thermometer Reaumur.	Wind.		Witterung.
		Pariſer Maß.	Wiener Maß.				
	8 Uhr Morg.	27.300	28 Z. 2 L. 8 P.	+ 13.5	SSO.	ſchwach.	Wolken.
	3 Uhr Nachm.	27.485	28 2 11	+ 18.0	SO.	—	heiter.
	10 Uhr Abnds.	27.482	28 2 11	+ 11.8	W.	—	—

Frankreich.

Zu Straßbueg war durch den Telegraphen folgende Nachricht aus Paris vom 25. April 3 Uhr Nachmittags angelangt: „Die Schließung der Seſſion von 1832 hat heute Statt geſunden. Der König ritt in Begleitung der Prinzen nach der Deputirtenkammer nud ward unterweges und bei ſeinem Eintritt in die Kammer mit lebhaſtem Beifallsruſe empſangen. Der König hielt die Rede zur Schließung, und kehrte dann durch eine unzählbar zuſammengeſtrömte Menſchenmenge nach den Tuilerien zurück. Auf dem ganzen Wege herrſchte vollkommene Ordnung. Paris iſt vollkommen ruhig. Die Seſſion von 1833 wird morgen durch von Sr. Majeſtät abgeordnete Commiſſarien eröffnet werden.“

Die Pairskammer nahm am 23. April das Geſetz über die Zucker mit 110 gegen 12 Stimmen an, und ging dann zur Erörterung des Einnahmebudgets von 1833 über.

Die Deputirtenkammer fuhr am 22. April in Eeörterung des Colonialgeſetzes fort, und nahm daſſelbe mit 216 weißen gegen 26 ſchwaeze Kugeln an. Hr. Hector d'Aulnay erſtattete Commiſſionsbericht über den Geſetzentwurf, die Zuſchußeredite von 1832 betreffend. Derſelbe wurde von der Kammer ſogleich mit 226 weißen gegen 15 ſchwarze Kugeln angenommen. Die Tagesordnung kam an das von der Pairskammer modificirte Geſetz, die Sieger der Baſtille betreffend. Bei dieſem Anlaſſe ſprach Hr. Lafayette umſtändlich zur Vertheidigung der franzöſiſchen Garden und der Bürger, welche die Baſtille eingenommen. Man habe die franzöſiſchen Garden verläumdet, die doch an dem ſchrecklichen Morgen des 6. Octobers die Königinn und die königliche Familie gerettet hätten. Hr. d'Argout ſprach in demſelben Sinne. Alle großen Ereigniſſe würden von den Parteien entſtellt; wenn man in vierzig Jahren die Julitage beurtheilen wolle, ſo dürfe man die Urkunden dazu nicht in gewiſſen Schriften ſuchen. — Die Kammer war nicht mehr in gehöriger Anzahl beiſammen, um über das Geſetz abzuſtimmen.

Der Nouvelliſte vom 24. April enthält folgenden Artikel: „Man verlangt von der Regierung Erläuterungen über einige Umſtände, die mit den neuerlichen Frankfurter Ereigniſſen im Zuſammenhange ſtehen. Sie wird um ſo weniger Anſtand nehmen, ſich über dieſen Punct zu erklären, als ihr Benehmen ihrer Politik treu geblieben iſt. — Folgendes ſind zuvörderſt die Thatſachen in ihrer ganzen Einfachheit: In Folge der Auftritte vom 3. April flüchteten ſich Individuen, die ſich wahrſcheinlich compromittirt fühlten, in verſchiedenen Richtungen aus Frankfurt. Ein gewiſſer Garnier, ein Badener, wurde auf dem rechten Rheinufer verhaftet. Aus den ihm weggenommenen Papieren ergab ſich, daß ein Zuſammenhang zwiſchen der Bewegung in Frankfurt und einigen Umtrieben in Paris beſtand. Dir franzöſiſche Regierung, von dieſem Umſtand in Kenntniß geſetzt, war es ſich demnach ſelbſt und im alleinigen Intereſſe der Ruhe des Landes ſchuldig, zu verificiren, bis auf welchen Grad dieſe Verbindungen für uns beunruhigend ſeyn konnten; dieß veranlaßte, dieß erklärt die Unterſuchung drr Papiere eines gewiſſen Wolfram, der mit Hrn. Garnier im Briefwechſel ſtand. Wenn wir gut unterrichtet ſind, ſo hat dieſe Unterſuchung ſpäterhin keine Mittheilung von Seite der franzöſiſchen an auswärtige Behörden zur Folge gehabt. Es iſt demnach augenfällig, daß die franzöſiſche Regierung hier aus eigenem Antrieb und für ſich allein handelte. — Zu gleicher Zeit ſind nach Frankreich geflüchtete Polen, die daſelbſt Unterſtützungen und Schutz, die ihnen gewährt wurden, genoſſen, aus den Depots von Dijon und Beſançon, gegen 500 an der Zahl, entwiſcht und haben den Weg gegen Teutſchland eingeſchlagen. Dieſes Zuſammentreffen mußte die Aufmerkſamkeit der Adminiſtration gleichfalls in vollem Maaße wecken. Es wurde ſonnenklar, daß die Frankfurter Bewegung kein iſolirtes Faetum war. Die zur ſelben Zeit in verſchiedenen Gegenden Teutſchlands verbreiteten Gerüchte über die Lage Frankreichs, die weggenommenen Correſpondenzen, der Aufbruch der Flüchtlinge; alles gab dieſen Ereigniſſen einen Charaeter des Zuſammenhangs, welcher, unter dieſen Umſtänden, die Wachſamkeit unſerer Regierung, wenn nicht im Intereſſe der teutſchen Mächte, wenigſtens in dem ihrigen erheiſchte. — Man hat geſehen, daß die Wegnahme der

Digitized by Google

Papiere des Garnier die Unterſuchung der Papiere des Wolfram hinreichend gerechtfeetigt hatte, und dieß für uns ſelbſt, für uns allein. Zu gleicher Zeit wurde den Behörden der Gränzdepartements Befehl ertheilt, keine Fremden ohne regelmäßige Päſſe aufzunehmen; dieß liegt im gemeinen Rechte, dieß iſt allgemeiner Gebrauch, und iſt dieſe Weiſung nicht um ſo natürlicher, um ſo nothwendiger in einem Augenblicke, wo in ſo geringer Entfernung Ereigniſſe vorfielen, wobei man Spuren einer geheimen Verbindung mit Machinationen, die uns weit näher berühren, entdeckte? Es war ein Recht und eine Pflicht für die Adminiſtration, Anſtifter von Unruhen, wir wiederholen es, um unſerer Ruhe willen und nicht irgend Jemandem zu Gefallen, zurückzuweiſen. So ſind die aus Feankfurt Entflohenen von Weiſſenburg nach der Schweiz gewieſen worden. — Was die Polen anlangt, welche nicht zufrieden, Knall und Fall auf Frankreichs Unterſtützung Verzicht zu leiſten, und die durch Annahme dieſer Unterſtützung und eines Schutzes, die man ihnen ehrenvoll zu machen ſich beſtrebte, eingegangenen Verpflichtungen hintanzuſetzen, dieß nur benutzten, um benachbarten Nationen Stoff zu Beſoegniſſen zu geben, — iſt es wohl, was dieſe Polen anlangt, vernünftig zu verlangen, daß die Regierung, ihren Launen zu Gefallen, die Augen über ihren Abgang, als über einen Scheitt, den ſie billigte, ſchließe, und ihnen die Rückkehr geſtatte, als ob ſie zum zweiten Male aus der Verbannung ankämen? Nicht die Adminiſtration iſt es, welche die Lage derſelben geändeet hat. Sie haben ſich ſelbſt eine neue geſchaffen, und von dieſem Augenblicke an fallen ſie aus der Claſſe geflüchteter Pateioten, denen Frankreich ein Aſyl und Unterſtützung gewährt, in die Claſſe kosmopolitiſcher Umtriebler, welche Frankreich aus ſeinem Schooße entfernen muß. — Dieß ſind die Thatſachen. Dieſe einfache Schilderung antwortet im vorhinein auf alle Uebertreibungen, die man daean geknüpft hat. Wir wollen ſie jedoch in wenigen Worten näher beleuchten. — Die franzöſiſche Regierung, ſagt man, begünſtigt den Abſolutismus. Nein, gewiß nicht; aber ſie beſchützt auch nicht den Aufruhr; ſie ſtößt die Peopaganda von ſich; ſie will ſie nicht nach Außen hin verbreiten, noch im Innern aufnehmen; und in dieſer Beziehung hat ſie ſich bei Niemandem, als bei ſich ſelbſt, Rathes zu erholen. Die franzöſiſche Polizei, behauptet eine Partei, hat dem Frankfueter Magiſtrat von dem Verſuche, der am 3. Statt finden ſollte, benachrichtigt, und dieß, um die Contrerevolution nach Frankreich zurückzufüheen *); die franzöſiſche Polizei, ſagt eine andere Partei, hat die Frankfurter Revolte gemacht, um die Revolution nach Teutſchland zu verpflanzen **). Glücklicher Weiſe übernehmen die Factionen ſelbſt das Geſchäft, ſich gegenſeitig zu widerlegen. Die Regierung regt zu nichts auf, noch unterdrückt ſie etwas, was ihr fremd iſt. — Man ſagt ferner: die franzöſiſche Regierung liefert die Flüchtlinge aus. Sie liefert ſie nicht aus, aber ſie will ſie nicht bei ſich aufnehmen. Iſt es zuläſſig, daß wir Unruheſtiftern geſtatten, je nach dem guten oder ſchlechten Erfolg ihrer Bemühungen, von einem Ufer des Rheins auf das andere überzugehen, und ihnen erlauben, auf unſerem Grund und Boden, einige Schritte von ihrem Vaterlande, Heerde der Verſchwörung anzulegen? Würden wir dieß für uns dulden? Haben wir es geduldet? Haben wir nicht von den Regierungen von Sardinien und Spanien verlangt, carliſtiſche Comités, die ſich im Angeſichte unſeeer Gränzen zu organiſiren ſuchten, zu entfernen? Hat man uns nicht in dieſer Beziehung befriedigt? Warum ſollten wir gegen Andere thun, was wir gegen uns nicht geſchehen laſſen? Der geſunde Menſchenverſtand und die Politik ſind im Einklange, um dieſe doppelzüngige Politik zu verwerfen, welche Principien bloß zu ihrem Vortheile proclamirt, und ſich von der Achtung losſagt, die ſie für dieſe Principien von andern fordert. — Die feanzöſiſche Adminiſtration, ſagt man ferner, macht ſich bei dieſem Anlaſſe zu Mitſchuldigen der auswärtigen Behörden. Die franzöſiſche Adminiſtration handelt hier bloß für ihre eigene Rechnung; ſie gehorcht nur ihrem Intereſſe. Es iſt keineswegs ſchicklich noch redlich, derlei Anklagen zu erheben, wenn man bedenkt, daß über 8000 Proſeribirte in Feankreich eine Zuflucht gefunden haben, zu deren Gunſten die Julirevolution in drei Jahren zehn Millionen geopfert hat. Man behauptet, daß die Tendenz der Regierungen, die gegen ihre Exiſtenz verſuchten Revolten zu unteedrücken, Frankreich Beſorgniſſe einflößen müſſe. Soll ſich Frankeeich etwa freuen übee jene Agitationen, die ſich bis über ſein Gebiet ergießen? Iſt die Interoention etwa nur der Propaganda erlaubt?"

Am 18. April wurde vor dem Pariſer Handelsgerichte der Prozeß der Bank gegen das Haus J. Laffitte und Comp. begonnen. Der Anwald der Bank, Advoeat Paequin, trug im Namen derſelben darauf an, daß das Haus J. Laffitte und Comp. zur Zahlung einer bereits am 15. Februar d. J. fällig gewordenen Summe von 3,141,213 Fr., die es dee Bank ſchulde, angehalten werde. Aus dem Plaidoyer des genannten Advocaten ergab ſich, daß die Klage der Bank weniger gegen Hrn. J. Laffitte ſelbſt, als gegen ſeine Commanditäee, und namentlich gegen Hrn. Perregaux, gerichtet iſt, der alle ſeine Fonds und einen Gewinnſt von 6 Millionen aus der gemeinſchaftlichen Caſſe herausgezogen hat und ſich jetzt weigert, ſeine Commendite von 3 Millionen, die zu der Geſammtmaſſe gehört, auszuzahlen. Der Anwald des Hrn. Perregaux verlangte eine Verſchiebung des Prozeſſes auf vierzehn Tage, um die Handlungsbücher des Hauſes J. Laffitte, die ihm bisher noch nicht mitgetheilt worden, einſehen zu können. Hr. J. Laffitte, welcher anweſend war, dankte dem Advocaten der Bank für die Mä-

*) Man ſehe die Tribune und den Courrier.

**) Man ſehe die Quotidienne.

ſigung, welche er gegen ihn beobachtet und bat um die Erlaubniß, über die Verhältniſſe ſeines Handlungshauſes einige nähere Details zu geben. „Ich war," ſagtr er unter Andern, „lange Zeit der Aſſocié Hrn. Perregaux des Vaters, der mich bei ſeinem Tode zu ſeinem Teſtamentsvollſtrecker einſetzte. Ich betrachtete mich als den natürlichen Vormund ſeiner Kinder, an die mich die Bande der Freundſchaft knüpften. Wir aſſociirten uns, aber nicht wie Fremde, ſondern wir Mitglieder einer Familie, und Hr. Perregaux der Sohn zahlte ſeine Commandite von 3 Millionen, obgleich er die Fonds dazu in dem Nachlaſſe ſeines Vaters fand, niemals vollſtändig aus; ich drängte ihn auch deßhalb nicht, weil mir von allen Seiten mehr Capitalien angeboten wurden, als ich deren brauchte. Bei der Auflöſung dieſer erſten Societät ergab ſich ein bedeutender Gewinn. Hr. Perregaux ließ ſich das, was er auf ſeine Commandite bezahlt hotte, vollſtändig zurückzahlen. In unſerer zweiten Societöt zohlte ich 6 Millionen von meinem früheren Verdienſte, Hr. Perregaux verſprach 3 Millionen. Da mein Credit fortwährend an Umfang gewann und die Copitalien mir von allen Seiten zuſtrömten, ſo verlangte ich die Bezahlung jenes Einſatzes nicht, indem ich zu meinen Operationen deſſen nicht bedurfte. Ich betrachtete mein Verhältniß zu Hrn. Perregaux als ein rein freundſchaftliches. Er hat an Zinſen und Gewinn im Ganzen 15,825,000 Fr. bezogen und würde alſo, wenn er verurtheilt wird, ſeine beiden Commanditen, jede von 3 Millionen, auszuzohlen, nur von ſeinem Gewinn einen Abzug von 6 Millionen erleiden, ſo daß ihm immer noch 9,825,000 Fr. übrig blieben. Die andern Aſſociés, welche 20 bis 40 Jahre mit Hrn. Perregaux dem Vater und mir zuſammen gearbeitet haben, opfern ihr ganzes Vermögen auf; nur Hr. Perregaux der Jüngere will nichts verlieren. Ich kann das Verfahren der Bank gegen mich nur loben und beſtreite die Schuld durchaus nicht; ich kann aber bloß in Valuten zohlen, und wenn dieſe von ihr noch nicht realiſirt wotden ſind, ſo iſt dieß aus reinem Wohlwollen für mich geſchehen und ich danke ihr dafür. Indeſſen decken die Summen, welche Hr. Perregoux für ſeine Commandite ſchuldet, ſo wie meine Immobilien, ausſtehenden Schulden und die Bürgſchaft des Königs die Bank mehr denn hinreichend. Gegen meinen Wunſch hat der König für mich Caution geleiſtet. Meine Aſſociés verlangten, daß ich die Verwaltung des Geſchäftes wieder übernehme, und glaubten, daß meine Abweſenheit aus demſelben, um mich den Staatsangelegenheiten zu widmen, dem gemeinſamen Intereſſe nachtheilig werden könnte. Andere Perſonen hingegen hirlten meine Anweſenheit am Staatsruder für nothwendig; Hr. C. Perier unterhandelte mit der Bank für mich, der König leiſtete Caution und ich blieb Conſeilspräſident. Meine Aſſociés und ich bieten Alles anf, um die Bank zu befriedigen, die unſer einziger Gläubiger iſt. Hätte Hr. Perregaux gezahlt wie wir, ſo würde die Erfüllung unſerer Verpflichtungen nicht den mindeſten Aufſchub erlitten hoben. Es geht keine Centime in die allgemeine Caſſe unſeres Handlungshauſes ein, die nicht an die Bank gezahlt würde, und der Vorſtand der letztern irrt, wenn er ſich nicht für gedeckt hält. Allerdings würden meine Immobilien, wenn man ſie jetzt verkaufen wollte, unter dem Werthe losgeſchlagen werden müſſen; iſt man aber klug genug zu warten, ſo wird man von dieſem Aufſchube nur Vortheil ernten." Dem Antrage aller Parteien und der Einwilligung des Hrn. Laffitte gemäß, word die Fortſetzung des Prozeſſes auf 14 Tage verſchoben.

Am 23. April. 5Percents Fin Courant geſchloſſen zu 101 Fr. 40. 3Percents Fin Courant geſchloſſen zu 77 Fr. 70. — Am 24. April um 1¼ Uhr Nachmittags 5Percents 101 Fr. 50. 3Percents 77 Fr. 85.

Braſilien.

Oeffentliche Blätter melden aus Rio de Janeiro vom 2. Jänner: „Der Zuſtand der Dinge in Rio de Janeiro und den angränzenden Provinzen iſt der befriedigendſte; Alles ruhig; die Oppoſitionsblätter ohne Kraft; liest man ſie, ſo iſt es mehr aus dem gewöhnlichen Triebe, etwas Böſes zu hören, als aus perſönlichem Intereſſe odrr Parteigeiſt. Nach dem kraftvollen, ſtürmiſchen Miniſterium Feijo's haben wir keinen blutigen Auftritt mehr gehabt, und ſicherlich iſt es ihm, dem entſchloſſenen Manne, zu verdanken. Außerordentliche Ereigniſſe hatten außerordentliche Mooßregeln erfordert. Parteiſucht malte die letzteren mit den ſchwärzeſten Farben, bis nach und nach der Sturm vorüberzog, und Alles in hellerem Lichte erſchien. Dom Pedro I., als er Braſilien verließ, oder verrieth, wie man es nehmen will, hatte ſeine mächtige Partei in der gefährlichſten Lage gelaſſen; der Drang der Umſtände, die Noth, Leben und Gut zu retten, gebaren einen unnatürlichen Stand der Dinge. Feinde ſchloſſen ſich an einandee, und Verbündete trennten ſich — daher allmählich die Geburt der Parteien der Coramuro's, Rusguento's und Moderado's. Feijo's Maaßregeln trennten dieſe unnatürlichen Verbindungen, und nun kam Alles, wie es kommen mußte, das heißt, die bloß perſönlichen Anhänger der vorigen Regierung haben aufgehört Anhängrr der jetzigen zu ſeyn, dagegen ſind die Freunde der Ordnung unter der vorigen Regierung eins mit der gegenwärtigen; und dieß macht ihre Hauptſtärke aus. Die Unzufriedenen, der Pöbel, und diejenigen Deputirten, die ihrer Notur nach einmal für alle Mal nicht für die beſtehende Regierung ſeyn können, die vielmehr ihren Ruhm bloß in der heftigſten und ungerechteſten Oppoſition ſuchen, endlich diejenigen Deputirten, wie die Andrada's, deren Sucht nach Einfluß und Antheil an der Regierung tödtlich verwundet darniederliegt, ſind die Antagoniſten der Regentſchaft. Indeſſen iſt die Periode der Leidenſchaften verfloſſen, und hoffentlich werden die França's, Monteçuma, Rrbouça's, Martim Franciseo ihren ſchädlichen Einfluß nicht lange mehr äußern können, denn die neuen Wahlen ſind nahe. Drr

Geiſt, der ſie beſeelen wird, läßt ſich aus der Wahl Feijo's zu Senador für die Provinz Rio de Janeiro erkennen. Er erhielt beinahe 400 Stimmen, während Martim Francisco, Trotz aller Cabalen und Intriguen, bloß 82 erhielt. Hierbei iſt zu bemerken, daß Feijo's Widerſacher bloß in dieſer Provinz exiſtiren, und die Andrada's hier die meiſten Anhänger zählen. Das jetzige Miniſterium iſt im Grunde daſſelbe, wie das Feijoſche. Der damalige Kriegsminiſter Manoel da Fonſeca Lima, Bruder des Regenten, tauſchte mit dem damaligen Governador das Armas, dem General Antero, die Stellen; an Pino Coutinhos Statt trat der proviſoriſche Regent Vergueiro auf; an Vasconcello's Stelle ſein Buſenfreund Aranjo Vianna, ein allgemein geachteter Mann; der Marineminiſter Torres iſt es wieder; der Juſtizminiſter Carneiro Leao handelt ganz im Sinne Feijo's, und der der auswärtigen Angelegenheiten eben ſo. Die Ruhe, die ununterbrochene Ordnung beweiſen hinlänglich, daß die Nation für ſie iſt. Sogar in finanzieller Hinſicht iſt ein Wohlſtand eingetreten, wie nie unter Dom Pedro I. Der Inſpector des offentlichen Schatzes verſicherte mich, daß für alle Ausgaben Geld da ſei, und am Ende Decembers 300 Contos de Reis übrig geblieben wären, die zur auswärtigen Schuld angewandt würden. Der Miniſter des Innern, Vergueiro, nimmt ſich mit beſonderem Eifer der öffentlichen Bauten an. Die Chauſſéen nach Minas ſind verbeſſert und neue angelegt worden. Es tritt nun ein neues Syſtem ein, um das Chauſſéegeld zu erheben. Der Canal von Parana wird mit verdoppelten Kräften fortgeſetzt, der Hafen von Cabo Frio erweitert, und die Gelder gehen regelmäßig ein, womit die Zahlungen beſtritten werden. Auch im Miniſterium des Krieges traten gewaltige Umänderungen und Verbeſſerungen ein; das ſchlechte undisciplinirte Heer löste ſich gänzlich und von ſelbſt auf, es blieb von ihm nichts übrig, als das Offiziercorps. Dieſes iſt nun in Claſſen eingetheilt worden, und thut Dienſte, wo man es gebrauchen kann. Die unſinnigen Promotionen zu hoheren Poſten, wie man ſie unter Dom Pedro I. ſah, ſind weislich durch einen Beſchluß der Kammern eingeſtellt worden; ſo ward die Nation von einer großen Laſt befreit. Alle offentlichen Anſtalten haben eine neue, beſſere Geſtalt erhalten, und überall nimmt man Reformen vor, die dem Allgemeinen nützlich ſind. Auch in der Schatzkammer und der Alfandega iſt Alles neu angeordnet; das Gewühl der unnöthigen Beamten iſt entlaſſen, Alles einfacher geworden. Die vielen Verfolgungen wegen politiſcher Verbrechen ſind eingeſtellt, ſogar die Rädelsführer der Aufſtände gehen ſchon frei herum; ein Jahr Feſtung oder Gefängniß erſcheint als hinlängliche Strafe für ihr Vergehen, und als hinlängliches Arzneimittel für ihre Krankheit, die Wuth der Neuerung oder Parteiſache. Von den Provinzen Goiaz, Minas, S. Paulo, Rio Grande und S. Catharina haben wir gute Nachrichten; leider nicht ſo von Para, Maranhao und dem Norden, wo dann und wann Unruhen ausbrechen, und die Geiſter noch nicht abgekühlt ſind. Doch iſt Pinto Madeira in Ceara vom General Labatut gefangen worden, und ſomit die Provinz beruhigt. Ueber den Eindruck, den die romanhafte Expedition Dom Pedro's I. in Portugal macht, kann ich bloß ſagen, daß man ſehr wenig Antheil daran nimmt. Die Haupturſache iſt wohl die geringe Achtung, in der Dom Pedro hier ſteht, und der ſonderbare Widerſpruch zwiſchen den verſchiedenen von ihm geſpielten Rollen. Hier erſt ein großer Freiheitsgeber, Kosmopolit, dann ein ewiger Feind der Conſtitution, geneigt dieſelbe, ſein Kind, zu jeder Stunde zu erwürgen, nun wieder Freiheitsheld in Portugal, in Braſilien ein Verächter der Portugieſen, die er, beſonders das Militär, zur Zeit der Emancipation, aufs Schändlichſte behandelte, nun der Vater und Freund der Portugieſen bis in den Tod. Er konnte ſein eigenes Haus nicht regieren, und will das fremde anordnen. Eine Nachricht von ſeiner Niederlage würde hier freudiger aufgenommen werden, als die von ſeinem Siege."

Spanien.

Die Madrider Zeitung vom 11. April enthält folgendes Umlaufſchreiben des Kriegsminiſters an die Generalcapitäne und Militärbefehlshaber des Konigreiches: „Ruhe iſt das erſte Bedürfniß der Völker; dieſe Wohlthat ihnen zu ſichern, muß die erſte Sorge der Regierung und insbeſondere die Ew. Excellenz, als Generalcapitän dieſer Provinz, ſeyn. Glücklicher Weiſe erfreut man ſich in allen Theilen der Monarchie einer vollkommenen Ruhe, und es iſt der lebhafteſte Wunſch Sr. Majeſtät, ſie zu erhalten. Die öffentliche Ruhe muß ſich beſonders darauf gründen, daß es Niemand an Arbeit fehlt, welche immer die Quelle des Ueberfluſſes und Wohlſtandes iſt. Bei Arbeit und Ueberfluß genießt Jedermann; bei Elend und Geſchäftsloſigkeit gehen Viele mit Verſchwörungen um. Der Civilverwaltung liegt es ob, für den Ueberfluß zu ſorgen, und eben dadurch den Factionsgeiſt zu erſticken; Sache der Militärgewalt iſt es, ihn in demſelben Augenblicke zu erdrücken, wo er das Haupt erhebt. Die Generalcapitäne und Militärcommandanten, denen der Befehl über die bewaffnete Macht und die zweckmäßige Verwendung derſelben übertragen iſt, werden Beförderer des Staatswohles, wenn ſie die öffentliche Ruhe wieder herſtellen, ſobald dieſelbe unglücklicher Weiſe in ihren Bezirken geſtört werden ſollte. Die Unterdrückung aufrühreriſcher Bewegungen gereicht allen rechtmäßigen Intereſſen der Unterthanen des Königs, unſers Herrn, zum Schutze. Nichtsdeſtoweniger muß man Sorge tragen, kein einzelnes dieſer Intereſſen zu beeinträchtigen, wenn man genöthigt iſt, die Militärgewalt zum Schutze Aller anzuwenden. Die Wachſamkeit darf ſich nur auf Thatſachen erſtrecken, welche die öffentliche Ruhe ſtören können, ſo wie auf äußere Handlungen, welche beweiſen oder doch den gerechten Verdacht erwecken, daß Umtrie-

be irgend einer Art vorgehen, um Proſelyten zu machen, oder unſeligen Grundſätzen den Sieg zu verſchaffen. Beſonders muß man auf die Parteien ein wachſames Auge haben, die ſich für die Organe des Willens der Nation ausgeben. Das öffentliche Intereſſe ſetzt ſein Vertrauen nur in die gerechte Handhabung der Juſtiz, und weiß ſehr gut, daß die Parteien keine Gerechtigkeit widerfahren laſſen, und keine Wohlthat gewähren. Mögen die Männer, deren thätiger Geiſt Beſchäftigung nöthig hat, ihre Bemühungen darauf richten, Mittel zu finden, welche geeignet ſind, das Loos der unter dem väterlichen Scepter Sr. Majeſtät lebenden Völker zu verbeſſern; ihre Arbeiten werden wohlwollend aufgenommen werden. Diejenigen aber, die dergleichen Mittel nicht zu erſinnen im Stande ſind, mögen ſich begnügen, des Guten zu genießen, das die lebhafte Sorgfalt der Regierung ihnen zu verſchaffen ſucht. Mit einem Worte, es iſt der eifrigſte Wunſch Sr. Majeſtät, daß all' ſeine Unterthanen ſich unter dem Paniere ſeiner väterlichen Regierung vereinigen. Es trägt eine Inſchrift, welche Jedermann leſen ſoll, und die folgendermaaßen lautet: „Souverainetätsrechte in ihrer ſeit undenklichen Zeiten beſtehenden Ausdehnung, damit die königliche Gewalt alle nöthige Kraft habe, Gutes zu thun; geſicherte Erbfolgerechte für die legitime und directe Nachkommenſchaft des Königs, unſers Herrn, in Gemäßheit der alten Geſetze und Gewohnheiten der Nation." Zur Rechten und zur Linken dieſer Linie gibt es nur Abgründe, und in Denjenigen, welche die Spanier von derſelben abzulenken verſuchen ſollten, darf man nur Feinde des Vaterlandes erblicken. Sr. Majeſtät befiehlt mir, dieſe Grundſätze Ew. Excellenz auseinanderzuſetzen, und es iſt der allerhöchſte Wille Sr. Majeſtät, daß Sie dieſelben zur unveränderlichen Richtſchnur Ihres Verfahrens machen. Madrid, den 9. April 1833. (Unterz.) Joſef de la Cruz."

Großbritannien und Irland.

Der neue Kriegsſecretär, Hr. Ellice, geht, dem Vernehmen nach, damit um, in Bezug auf die korperliche Züchtigung in der Armee ſolche Maaßregeln zu ergreifen, wie ſie von dem Unterhauſe gewünſcht worden. Hr. Ellice hatte, ſchon ehe er ſein Amt antrat, öfters ſein Mißfallen über die beſtehenden Strafen in der Armee kundgegeben.

Im Anfange der dießjährigen Seſſion des Parlamentes wurde ein aus 11 Mitgliedern beſtehendes Committee niedergeſetzt, um von allen auf die Tafel des Hauſes niedergelegten Bittſchriften Kenntniß zu nehmen, dieſelben zu claſſificiren, und von Zeit zu Zeit dem Hauſe einen Bericht darüber zu erſtatten. Der erſte dieſer Berichte, welcher jetzt im Drucke erſchienen iſt, umfaßt die Bittſchriften, welche bloß vom 6. bis zum 22. Februar dem Unterhauſe vorgelegt worden ſind, und es ergibt ſich daraus unter Andern Folgendes. Es wurden vorgelegt:

199	Bittſchr.	für die beſſere Beobachtung des Sonntags	mit	49,193	Unterſchr.
25	„	gegen die Zehnten in Irland . . .	mit	8826	„
3	„	für die Emancipation der Juden . .	mit	465	„
462	„	gegen die irländiſche Zwangsbill . .	mit	309,245	„
115	„	für die Abſchaffung der Sclaverei .	mit	33,254	„
8	„	für die Auflöſung der Union. . . .	mit	3036	„
29	„	für die Fabrikenbill	mit	31,329	„
3	„	für die Abſchaffung der Sinecuren	mit	1841	„
3	„	für die Abſchaffung der Todesſtrafe	mit	5506	„
15	„	für die Abſchaffung der Assessed-Taxes	mit	8946	„
3	„	für Abſtimmung mittelſt Kugeln. .	mit	2136	„
5	„	gegen die Malzſteuer	mit	7064	„
8	„	gegen die Korngeſetze	mit	4784	„
10	„	gegen die Haus- und Fenſterſteuer .	mit	4347	„

Der Globe äußert über das von Lord Althorp vorgelegte Budget: „Während man ſich an manchen Orten getäuſcht ſehen mag rückſichtlich der Ausdehnung der Steuerverminderungen und der Wahl der Abgabenarten, werden wohl Wenige die Aufrichtigkeit, Einfachheit und redliche Offenheit beſtreiten, womit der edle Lord die Gründe und Abſichten auseinanderſetzte, auf welche er ſeine Vorſchläge gründete. Was uns ſelbſt betrifft, ſo halten wir die Bemerkungen des Hrn. Hume über die Avertiſſements und Seifentaxen (die er noch mehr vermindert wiſſen wollte) der höchſten Aufmerkſamkeit werth, und außerhalb des Hauſes würde — wenigſtens in der Hauptſtadt und den andern großen Städten — eine größere Reduction der Häuſer- und Fenſterſteuer populärer geweſen ſeyn. Uebrigens war im Ganzen das Reſultat dieſer Sitzung des Unterhauſes nicht unbefriedigend, da ſich zeigte, daß Niemand, der mit dem wirklichen Zuſtande der Dinge bekannt iſt, Reductionen nach einem viel weitern Maaßſtabe erwartete. Es wäre dieß in der That unmöglich, wollte man nicht die eine oder andere jener zweideutigen Theorien annehmen, denen die Miniſter, wie ſie ſtets zu zeigen bemüht waren, weder ſelbſt anhängen, noch ſie ſich von andern aufdrängen laſſen wollen." — Der Courier, der ſchon ſeit längerer Zeit ſich den Gegnern des Miniſteriums anſchloß, deſſen Oppoſition aber immer noch eine halbverdeckte iſt, äußert: „Ueber die hohe Red-

Digitized by Google

lichkeit und die wohlgemeinten Bemühungen Lords Althorp, die gegenwärtige Noth durch die möglichſt große Abgabenverminderung zu erleichtern, kann nur Eine Stimme ſeyn. Eben ſo wenig kann eine Meinungsverſchiedenheit beſtehen über den poſitiven Gewinn, welchen das Land aus den angekündigten Reductionen, ſo weit ſie gehen, ziehen wird. Man muß auch geſtehen, daß es nicht in der Macht irgend eines Miniſteriums liegt, ſo lange das gegenwärtige Geldſyſtem herrſcht, die Abgaben irgend bedeutend zu vermindern. Ja wir geben gern zu, daß unter dieſem Geldſyſteme die Reductionen Lords Althorp ſo weit gehen, als ſie ohne Nachtheil für die weſentlichſten Forderungen und den Credit des Staates gehen konnten. Dennoch wird dieſer Finanzplan das Land nicht befriedigen. Er enthält weder die Mittel, noch weist er auf die Hoffnung einer weſentlichen Erleichterung der gegenwärtigen Noth. Die angekündigten Reductionen ſind nur ein Tropfen in dem Meere von Leiden, welche auf allen Claſſen der Geſellſchaft laſten. Nicht einmal erklären, viel weniger entfernen wollte die Rede des Schatzkammerkanzlers die ſuchtbare Anomalie des Ueberſtrömens der Production aller Bedürfniſſe und Bequemlichkeiten des Lebens und zugleich des Ueberſtrömens des Elendes und der Entblößung bei der großen Maſſe des Volkes."

Der Currency-Clubb beſteht, dem Globe zufolge, aus beinahe zweihundert Mitgliedern des Hauſes der Gemeinen.

Conſols am 22. April 87 5/8, 3/4.

Niederlande.

Oeffentliche Blätter melden aus dem Haag vom 22. April: „Der Graf von Limburg-Stirum iſt beauftragt in London zu bleiben und Hrn. Dedel bis zu ſeiner gänzlichen Geneſung zu vertreten. Man ſagt, er habe Inſtructionen mitgenommen, die, nach dem von England und Frankreich in ihrer gemeinſchaftlichen Note vom 2. d. M. geäußerten Wunſche, zu einer Präliminar-Uebereinkunft zwiſchen Holland und Belgien führen konnten. Einen Definitivtractat aber will unſer König nur mit den Bevollmächtigten aller fünf Mächte abſchließen, die früher an den Conferenzen Theil nahmen. Es ſoll deßhalb ehegeſtern eine eigene Declaration nach London abgeſchickt worden ſeyn."

Belgien.

Der Independant interpretirt die Prorogation der Kammern auf folgende Weiſe: „Wir zeigten vor acht Tagen an, daß der König den Hrn. de Theux beauftragt habe, ein Miniſterium zu bilden. Man verſichert uns, daß das ehrenwerthe Mitglied ſich an mehrere ſeiner politiſchen Freunde, und namentlich an die HH. Dubus, Brabant und von Muelenaere gewandt und am 20. April Sr. Majeſtät angezeigt habe, daß es ſich in der Unmöglichkeit befinde, ein Cabinet zu bilden. — Man fügt hinzu, daß der König nach dieſer Erklärung des Hrn. de Theux, und nachdem die bisherigen Miniſter ſich wiederholt geweigert hätten, im Amte zu bleiben, die Prorogation der Kammern bis zum 6. Mai beſchloſſen habe."

Schweizeriſche Eidgenoſſenſchaft.

In Neufchatel eingegangenen Nachrichten zufolge, iſt ein Trupp von angeblich 2 bis 300 Polen bei dem Fluß Deſſoubre von einer Abtheilung der Beſançoner Garniſon eingeholt und in ſeinem Marſch aufgehalten worden.

Teutſchland.

Die Carlsruher Zeitung vom 26. April meldet: „Zur nothwendig erachteten Verſtärkung des zum Schutze der obern Landesgegenden gegen das Eindringen der polniſchen Flüchtlinge entſendeten Kavalleriedetaſchements wurde auf Befehl Sr. königl. Hoheit des Großherzogs ein Bataillon Infanterie und eine halbe Fußbatterie ebenfalls dahin beordert. — Dieſe Truppen ſind heute Früh in beſter Haltung von hier abmarſchirt und werden ihr erſtes Marſchquartier in Raſtatt nehmen.

Die Wormſer Zeitung vom 24. April meldet: „Geſtern Morgens wurden auf der in der hieſigen Gemarkung gelegenen ſogenannten Bürgerweide einige Exceſſe verübt, wozu ſich theils mehrere Landgemeinden unſerer Umgebung, theils auch einige Viehbeſitzer der unbemittelteren Claſſe aus hieſiger Stadt, durch irrige Anſichten von einer unbedingten Weideberechtigung auf dem ganzen Umfang der erwähnten Bürgerweide, verleiten ließen, indem ſie die Gräben, welche die ihnen zugetheilten Weidbezirke von dem übrigen zu Waldanpflanzungen bereiteten Theile der Bürgerweide trennten, theilweiſe zuwarfen, um dem Vieh zur Beweidung des ganzen Terrains Weg zu bahnen, mehrere Tauſende von Setzlingen und jungen Baumſtämmen abſichtlich zerſtorten und ſich zuletzt noch Thätlichkeiten gegen die herbeigeeilten Schützen erlaubten. Es bedarf übrigens wohl kaum einer Erwähnung, daß dieſem Vorfalle auch nicht die mindeſte politiſche Beziehung zum Grunde lag, wie ſich dieß auch aus der bereits eingeleiteten Unterſuchung ergeben wird."

Am 2. Mai war zu Wien der Mittelpreis der

Staatsſchuldverſchreibungen	zu 5 pCt. in CM.	92 1/4;
detto detto	zu 4 pCt. in CM.	82 5/8;
Darleh. mit Verlooſ. v. J. 1820,	für 100 fl. in CM.	188 5/8;
detto detto v. J. 1821,	für 100 fl. in CM.	134 5/8;
Wiener-Stadtbanco-Obligat.	zu 2 1/2 pCt. in CM.	51 3/4;
Conv. Münze pCt. —;		

Bankactien pr. Stück 1209 5/8 in CM.

Hauptredacteur: Joſeph Anton Edler von Pilat.
Verleger: Anton Strauß ſel. Witwe in der Dorotheergaſſe Nr. 1108.

Heute findet das vierte und letzte Pferde-Wettrennen im heurigen Jahre auf der Simmeringer Bahn Statt; der Anfang iſt um 12 Uhr Mittags. Zur Vermeidung jedes Unglückes werden die Zuſeher erſucht, keine Hunde auf die Heide mitzunehmen und unter keinem Vorwande während der Rennen die Bahn zu betreten. — Die Liſten zu dieſem Pferderennen ſind im Comptoir des Oeſterr. Beob. für 6 kr. C. M. zu haben.

Digitized by Google

Nro. 124

Oeſterreichiſcher Beobachter.

Sonnabend, den 4. Mai 1833.

Meteorologiſche Beobachtungen vom 2. Mai.	Zeit der Beobachtung	Barometer auf 0° Reaumur reducirt.		Thermometer Reaumur.	Wind.		Witterung.
		Pariſer Maß.	Wiener Maß.				
	8 Uhr Morg.	27.482	28 Z. 2 L. 11 P.	+ 12.2	W.	ſchwach.	Wolken.
	3 Uhr Nachm.	27.462	28 2 8	+ 19.5	NW.	ſtill.	heiter.
	10 Uhr Abnds.	27.480	28 2 11	+ 12.0	NW.	ſchwach.	—

Frankreich.

Nachſtehendes iſt die Rede, mit welcher der König am 25. April Nachmittags die Seſſion der Kammern für 1832 geſchloſſen hat: „Herren Pairs und Herren Deputirte! Nach den langen und wichtigen Arbeiten dieſer Seſſion fühle Ich vor Allem das Bedürfniß, Ihnen für das zu danken, was Sie bereits für Frankreich und für Mich gethan haben. — Die Monarchie und die Charte haben ſich durch Ihre energiſche Aufopferung befeſtiget; Sie haben bei jedem Anlaſſe die wahren Intereſſen Frankreichs und des conſtitutionellen Thrones zu erkennen und zu unterſtützen gewußt; Sie haben Meiner Regierung den loyalſten Beiſtand geleiſtet. — Frankreich erntet hiervon bereits die Früchte. Es ſind nicht mehr bloß Hoffnungen, die wir faſſen dürfen; wir ſind in eine neue Epoche des Wohlſtandes und der Zukunft getreten; das Land beruhigt ſich und gewinnt Zuverſicht; Handel und Induſtrie entwickeln ſich mit der fruchtbarſten Thätigkeit. Allenthalben ſichert die Arbeit den Wohlſtand der Bevölkerung und befeſtiget die überall wiederhergeſtellte Ordnung. — Dieſe Fortſchritte ſetzen die Factionen in Verzweiflung, und ihr Unmuth macht ſich durch Drohungen Luft. Sie werden ohnmächtig ſeyn, meine Herren; Ihre ehrenvollen Beiſpiele werden den Muth der guten Bürger unterſtützen. Der feſte Beiſtand Meiner Regierung wird ihnen nie mangeln; und die friedliche Entwicklung unſerer Inſtitutionen, die Nationalſicherheit im Innern wie nach Außen werden unſer Lohn ſeyn. — Um dieſen Zweck zu erreichen, iſt es unerläßlich, daß die Finanzen und die Staatsadminiſtration auf ihren regelmäßigen Stand zurückgeführet werden. Das proviſoriſche Regime, in dem uns bis auf dieſen Tag der Drang der Umſtände zurückgehalten hat, iſt ein ſchweres Uebel für das Land und für ſeine Regierung. Wenn dieſes Uebel aufgehört haben wird, wird die Prüfung der Ausgaben wirkſamer werden; das Votum der Subſidien wird aller Verlegenheiten ledig ſeyn; die Staatsgewalt wird ſich im Beſitze aller ihrer Mittel, und das Land im Beſitze aller ſeiner Garantien befinden. — Dieß iſt der mächtige Beweggrund, der Mich beſtimmt, von Ihrem Patriotismus eine neue Seſſion zu verlangen. Ich werde befehlen, daß ſie unmittelbar eröffnet werde. Die Finanzgeſetze, welche endlich eine Verminderung in die Staatsausgaben bringen werden, ſollen Ihnen ſogleich vorgelegt werden. Sie werden zu gleicher Zeit die wichtigen Organiſationsgeſetze beendigen, die Ihren Berathungen bereits unterlegt worden ſind. — Zu Meinen Verhältniſſen mit den auswärtigen Mächten kann Ich Mir nur Glück wünſchen. Die Ereigniſſe haben bewieſen, daß die Frage, die zwiſchen Holland und Belgien obſchwebt, ſich löſen muß, ohne die Ruhe Europa's zu ſtören. Der Zuſtand des Orients beſchäftigt die Gemüther; es iſt jedoch Grund zu glauben, daß eine nahe bevorſtehende Entwickelung den Frieden in dieſen Ländern wieder herſtellen wird. — Seien Sie verſichert, daß hier, wie anderwärts, Frankreich das Benehmen eingehalten und den Rang behauptet haben wird, die ihm geziemen, und Ich hege das Vertrauen, daß, es handle ſich nun darum, ſeine Würde zu behaupten, ſein Glück ſicher zu ſtellen, oder ſeine Freiheiten zu verbürgen, die Nation in dem, was ſie mit Recht von uns erwartet, nie getäuſcht werden und unſeren gemeinſamen Anſtrengungen Gerechtigkeit widerfahren laſſen wird.“ — Nach beendigter Rede wurde von dem Miniſter des Innern die königliche Ordonnanz verleſen, kraft deren die Seſſion der beiden Kammern von 1832 für geſchloſſen erklärt wird, worauf ſich die Verſammlung unter dem Rufe: Es lebe der König! trennte.

Ein außerordentliches Supplement zum Moniteur vom 25. April enthält die königliche Ordonnanz von dieſem Tage, kraft deren die beiden Kammern zur neuen Seſſion (von 1833) auf den folgenden Tag (26. April) einberufen werden. — Dem Nouvelliſte zufolge, werden einige von den Miniſtern, in der Eigenſchaft als Commiſſarien des Königs, beauftragt werden, die neue Seſſion zu eröffnen.

Die Pairskammer nahm am 23. April noch das Einnahmebudget mit 119 gegen 3 Stimmen an.

In der Deputirtenkammer erſtattete Hr. Paixhans am 24. April Bericht über den Entwurf, den Etat der Land- und Seeoffiziere, und über den Entwurf, die Errichtung eines Arſenals in Lyon betreffend. Hierauf wurde die den Tag zuvor unterbrochene Erörterung über den Entwurf, die Beſieger der Baſtille betref-

Digitized by Google

ſend, wieder aufgenommen, der ſodann mit 165 weißen gegen 81 ſchwarze Kugeln genehmigt wurde. Die Tagesordnung kam an Erörterung der von der Pairskammer dem Rechnungsgeſetze von 1830 beigefügten Amendements. Dieſe wurden mit 205 weißen gegen 5 ſchwarze Kugeln angenommen.

Dem Journal des Debats zuſolge, wird ſogleich nach definitiver Conſtituirung der Kammer (für die zweite Seſſion) der Finanzminiſter derſelben das Budget von 1834 und ein Geſetz der Tilgung vorlegen; darf man einigen unverbürgten Angaben glauben, ſo ſollte dieſer Vorlegung eine kurze Vertagung folgen, nach welcher die Deputirtenkammer das Geſetz über den Elementarunterricht, und die andern Geſetze, worüber ihr bereits Bericht erſtattet ſind, erörtern würde, bevor ſie noch die Debatte über das Finanzgeſetz eroffnet. — Dem Temps zuſolge, ſollen die Arbeiten in der zweiten Seſſion folgendermaaßen vertheilt werden: bis zur Erörterung des Budgets werden die Deputirten die Douanen und den Elementarunterricht, die Pairs das Expropriations- und das Departementalgeſetz zu unterſuchen haben. Man hofft, der Monat Mai werde das Ende dieſer wichtigen Erörterungen ſehen, und das Budget werde noch vor dem Juli votirt werden.

Der Ex-Dei von Algier, Huſſein Paſcha, widerſpricht in einem Schreiben an einen der Herausgeber des Conſtitutionnel (Hrn. Jal) der Angabe, als ob er in Livorno Waffenvorräthe angekauft habe, um die Stämme zu unterſtützen, welche den Franzoſen in Algier feindlich entgegenſtehen. Er ſetzt hinzu, er wolle, um jeden Verdacht zu beſeitigen, als ob er mit den Einwohnern des früher von ihm beherrſchten Landes in Verbindung ſtehe, ſeinen jetzigen Aufenthalt verlaſſen und ſich nach Alexandria in Aegypten begeben. Wenn die franzöſiſche Nation, ſagt er zum Schluſſe, meinen Entſchluß vernimmt, ſo wird ſie nicht länger den gegen mich verbreiteten Gerüchten Gehör ſchenken, ſondern vielmehr glauben, daß ich ein Freund der Freiheit und Gerechtigkeit bin.

Die Allgemeine Zeitung enthält folgenden Correſpondenzartikel aus Paris vom 21. April: „Was hier zu Lande am meiſten das Gefühl beleidigt, am tiefſten die öffentliche Ehre und Treue verletzt, iſt die Lügenhaftigkeit der Parteien, welche faſt ſeit vierzig Jahren ſich in allen politiſchen Kämpfen an den Tag legt und ihnen den Character durchgängiger Unredlichkeit aufdrückt. Dieſer Geiſt der Lüge iſt mehr oder minder allen Parteien als Parteien eigen, und, wie eine rächende Nemeſis, untergräbt er ſie auf die Länge alle, die eine durch die andere. Hier ein Paar Beiſpiele. Die Bourbone, man muß es ihnen zu ihrer perſönlichen Ehre anrechnen, haben nie gelogen, oder lügen wollen; aber ſie waren ſchwach, ohne ſcharfen Blick, der Hochmuth des Louis quatorze blieb ihnen, wie ein Erbübel; eine todte Pracht, weil die Zeit vorüber war, wo ein Geiſt à la Louis quatorze eine ſolche Pracht hätte beleben können. Wie aber die verſchiedenen Nuancen der Royaliſten ſich untereinander belogen und politiſch angeführt zu haben, um ſich eine der andern den Vorrang abzugewinnen, das iſt nicht zu ſagen. Doch haben es an politiſcher Lügenhaftigkeit, glaube ich, nicht leicht zwei Blätter weiter gebracht als die Quotidienne und die Gazette de France, welche noch heut zu Tage Muſter eines ſolchen Geiſtes ſind, und nicht etwa iſolirt daſtehen, ſondern hinter denen wahre Leidenſchaften wirklicher Parteien ſich verbergen, obwohl die Organe dieſer Parteien ſelten irgend eine Art individueller Bedeutung beſitzen. Die zwei Hauptthemen der Quotidienne und der Gazette de France ſind dermalen folgende: der erſten zufolge war die Reſtauration ganz unabhängig von der heiligen Allianz, handelte ſelbſtſtändig, und im Hinterhalte ihrer Pläne lag, wie Hr. von Chateaubriand laut erklärt hat, Vorrücken der franzoſiſchen Gränzen bis an den Rhein, alſo Beſitznahme Belgiens und der teutſchen Theile an den Rheinländern, von Weſel bis Landau. Der andern zufolge, arbeitete die Reſtauration auf eine Geſammtrepräſentation des Landes zur Wiederherſtellung der Provinzen, Gemeinden und Generalſtaaten, mit Abſchaffung aller Centraliſation im Innern und mit der allgemeinſt möglichen Preß-, Glaubens- und Denkfreiheit hinaus. An allem dieſem aber iſt auch kein einziges wahres Wort; wider alles dieſes ſtritt die Quotidienne im Sinne der heiligen Allianz, und die Gazette de France für die Centraliſation in den Händen des Hrn. von Villèle, unter Obhut einer politiſch-religiöſen Congregation. Wozu ſollen nun alle derlei Täuſchungen? — Wenn dieſe Unwahrheit eigentlich mehr verwirrend als verderbend iſt, ſo iſt eine andere und zwar ungeheure Lüge um ſo tiefer verderbend, und ein wahrer Wurmfraß in dem Herzen der Jugend und des gemeinen Mannes, welche man damit anzuſtecken droht. Es iſt die auf den höchſten Grad des Macchiavellismus getriebene Lüge unſerer Clubbs, und ihres Organs, des Journals la Tribune, ſo wie des gewaltigen Schwalles einer in den höher gebildeten Ständen ignorirten Maſſe von Flugſchriften, welche unter das Volk geſchleudert werden. Man ſagt nämlich, der allgemeine Wille der Convention und der wahre Geiſt derſelben, ſo wie das eigentliche Wollen ihrer auferſtandenen Jünger ſei ein abſoluter Friede auf ewige Zeiten, eine radicale Abſchaffung aller Todesſtrafen, eine uneigennützige Fürſorge für den gemeinen Mann, damit er alle Vortheile des höher Gebildeten und Reichen genieße, kurz eine Menſchenliebe und eine im Sinne dieſer Philanthropie organiſirte Gleichheit, wie ſie niemals in der Welt Statt gefunden hat. Aber erſtlich war dieſe Chimäre keineswegs die der Convention, welche ächt catilinariſch nach unbeſchränkter Herrſchaft ſtrebte, wie eben ihre jetzigen Jünger auch. Zweitens aber raumt man ſich nur die andere Hälfte des

Satzes ins Ohr, winkt darauf hin, und wagt ſich nicht unumwunden mit der Sprache heraus. Um dieſes Ideal in Wirklichkeit zu bringen, müßten Gräuel vorfallen, gegen die alle Pariſer Bluthochzeiten in den Schatten träten; es müßte der Reſt von Adel und Geiſtlichkeit ermordet, und ihre Güter von Neuem eingezogen werden; es müßten die Bankiers geplündert, und die Fabriken unter die Handarbeiter als Eigenthum vertheilt werden; alle Wiſſenſchaft und höhere geiſtige Bildung müßte rein untergehen, denn zu ihr kann niemals der große Haufe hinan; eine ſyſtematiſche Barbarei müßte einbrechen, mit einer neuen Ordnung der Ehen, der häuslichen Bande, der Erbſchaftsrechte u. ſ. w. Ein Säculum zum wenigſten müßte alſo Mord und Brand in den Eingeweiden Europa's wüthen, um die Welt nur getroſt von vorn anfangen zu dürfen. Was käme aus ſolcher gräuelhaften Demagogie Anderes heraus, um ſie wieder zu ſittigen und zu bändigen, als rohe Soldatenherrſchaft? So dreiſt machiavelliſtiſch ſind die Leute und Blätter der Mitte nicht, als die beiden Extreme, doch gibt es ein Blatt und eine Anzahl von Perſonen, die, wenn ſie es ihnen nicht ganz gleich thun, doch bei weitem kleinlicher ſind, als dieſe raſenden Demagogen oder jene eitelſüchtigen Legitimiſten. Der Conſtitutionnel iſt der Repräſentant dieſer Gattung. Er wendet ſich dreiſt an den Bürger, und ſagt ihm unumwunden: „er, der Bürger, ſolle eigentlich der wahre Souverain ſeyn; Talente, Einſichten, Verſtand, alles das liege nur in einem gewiſſen Mittelſchlage von Menſchen, ohne das Volk nach Unten, den Adel und die Geiſtlichkeit nach Oben. Sowohl der gemeinere als der vornehmere Mann ſeien die wahren Feinde, der erſtere alles Beſitzes, der andere aller Rechtlichkeit; ein Miniſterium von Buonapartiſten der bürgerlichen Partei, von liberalen Geſinnungen ausgehend, das adminiſtrative Werk des Kaiſers vervollkommnend, die Literatoren claſſiſcher Schule, wie die HH. Etienne und Jouy, befördernd, werde den Mittelſtand auf ewig in der Herrſchaft befeſtigen, wozu noch außerdem die franzöſiſche Kirche des Hrn. Chatel gehöre, um einen Nationalglauben zu ſtiften, den man von der römiſchen Kirche trennen und unter Obhut des Miniſteriums als ein moraliſches und polizeiliches Bildungsinſtitut ſtellen müſſe." — Eine Lüge der gemeinſten Art; als ob nicht eben dieſer bürgerliche Buonapartismus, ohne den Glanz und die Größe des militäriſchen, der allerhöchſten Geiſtesunterdrückung nachſtrebte, und auf abſolute Weiſe Flachheit und Alltäglichkeit der Geſinnung mit Deſpotismus paarte, wozu die ganze Vergangenheit den Beleg abgibt. — Die Lüge der miniſteriellen Blätter, unter denen ſich der Nouvelliſte öfters auszeichnet, iſt gewiſſermaaßen eine Nothlüge, in der man aus der Oppoſition und Minorität einer Seits, aus Miniſterium und Majorität anderer Seits, zwei entgegengeſetzte Einheiten macht, als ob dieſe Einheiten nicht aus lauter Verſchiedenartigkeiten auf das Stümperhafteſte zuſammengeflickt wären. So umſtrickt ein ungeheures Lügengewebe, nach allen Seiten ausgeworfen, das ganze Land."

Am 24. April 5Percents Fin Courant geſchloſſen zu 101 Fr. 70. 3Percents Fin Courant geſchloſſen zu 78 Fr. — Am 25. April um 1¼ Uhr Nachmittags 5Percents 101 Fr. 55. 3Percents 77 Fr. 85.

Portugal.

Die letzten Nachrichten aus Oporto gehen bis zum 11. April. In der Nacht vom 8. war dieſe Stadt zur Feier des Geburtstages der Königinn Dona Maria erleuchtet. Man erwartete bei dieſer Gelegenheit einen ernſtlichen Angriff von den Migueliſten, aber dieſe begnügten ſich damit, einige Bomben in die Stadt zu werfen, die wenig Schaden anrichteten. Die brittiſchen Kauffahrteiſchiffe im Douro haben ſich auf Verlangen Dom Miguels von den portugieſiſchen abgeſondert und nach dem gegenüberliegenden Ufer des Fluſſes entfernt. Auf dieſe Weiſe würde fortan jeder Grund zu Beſchwerden über erlittene Unbilden wegfallen, denen das brittiſche Geſchwader, ſo lange es mit den Schiffen Dom Pedro's zuſammenlag, natürlich hin und wieder ausgeſetzt war. Da Dom Miguel hörte, daß die im Douro vor Anker liegenden brittiſchen Schiffe an Lebensmitteln Mangel litten, ſo ſendete er einen Vorrath friſchen Fleiſches an Bord; überhaupt ſchien er auf jede Weiſe geneigt, die im Dienſt der brittiſchen Regierung ſtehenden Offiziere und Mannſchaften mit der größten Freundlichkeit zu behandeln.

Das in London verbreitete Gerücht, daß Admiral Sartorius mit ſeiner Escadre am 3. April die Bai von Vigo verlaſſen und nach England geſegelt ſei (vergl. Oeſterr. Beob. vom 29. April), hat ſich nicht beſtätigt. — Neueren Nachrichten aus Vigo zufolge, lag Admiral Sartorius mit ſeinen Schiffen am 13. April noch in obgedachter Bai vor Anker, und ſoll zweimonatlichen Sold für ſeine Schiffsmannſchaft erhalten haben.

Spaniſches Amerika.

Nachrichten aus Havannah vom 13. März zufolge, iſt die Cholera dort ausgebrochen, und hat in der Stadt und den Vorſtädten ſchon ſehr um ſich gegriffen; auch am Bord der im dortigen Hafen liegenden Schiffe waren einige Matroſen an der Cholera und einige am gelben Fieber geſtorben. Ein officieller Bericht über die vorgekommenen Erkrankungen war noch nicht erſchienen.

Der engliſche Courier gibt folgenden Auszug aus einem Schreiben aus Buenosayres vom 19. Jänner: „Am 15. kam der Buenosayres'ſche Kriegsſchooner Sarandi von den Falklands-Inſeln hier an, mit der von hier aus hingeſendeten Garniſon an Bord. Am 3. Jänner hatte das brittiſche Kriegsſchiff Clio im Namen Sr. großbritanniſchen Majeſtät Beſitz von den Inſeln ergriffen. Dieſer Vorfall veranlaßte hier großes Aufſehen. Die Leute nennen es ein noch ſchändlicheres Benehmen als das der amerikaniſchen Corvette Lexington, denn Großbritannien

hatten ſie für ihren Freund und Beſchützer gehalten. Die Amerikaner lachen darüber, da dadurch das Gehäſſige von ihnen abgewälzt wird. Die Regierung hat noch keine officielle Notiz von der Sache genommen."

Großbritannien und Irland.

In der Sitzung des Unterhanſes vom 22. April war an der Tagesordnung der längſt beſprochene und mit ſo großer Spannung erwartete Antrag des Hrn. Mathias Attwood, Mitglied für Whitehoven *), wegen Niederſetzung eines Ausſchuſſes, der ſich mit Unterſuchung des im Lande herrſchenden Nothſtandes beſchäftigen ſolle. Hr. M. Attwood begann ſeinen Vortrag zur Motivirung jenes Antrages mit der Bemerkung, daß er, ſo lange er die Ehre habe, in dieſem Hauſe zu ſitzen, es ſchon mehrere Male für ſeine Pflicht gehalten habe, eine Unterſuchung des Zuſtandes der mittleren und niederen Volksclaſſen anzuempfehlen, um ſich dabei auch zu vergewiſſern, in wie weit die Intereſſen und die Wohlfahrt derſelben von dem früheren Geldumlaufs-Syſtem abhängig geweſen wären. Die Argumente zue Empfehlung einer ſolchen Unterſuchung hätten aber nie Eingang gefunden; das Unterhaus habe inmitten immer zunehmender Calamitäten ſeinen alten Weg verfolgt. Seit 18 Jahren hätten die Verlegenheiten zugenommen, der Wohlſtand ſich vermindert, und endlich ſei die Noth auf eine ſo außerordentliche Höhe geſtiegen, daß eine Unterſuchung der Urſachen nnumgänglich nothwendig geworden wäre. Es ſei nichts geſchehen, um dem Elende abzuhelfen, oder um durch eine genaue Unterſuchung zu zeigen, daß die Noth nicht die Wirkung der eigenen legiſlativen Maaßregeln wäre. Er hoffe zuverſichtlich, daß man bei gegenwärtiger Gelegenheit die alte Bahn verlaſſen werde. Er erkenne das gegenwärtige Unterhaus als eine Verſammlung von Individuen an, die geneigter wären, auf ihr perſönliches Urtheil zu vertrauen und nicht ihre eigenen Anſichten einer Partei zu opfern, als die früheren Unterhäuſer. (Hört! hört!) In früheren Parlamenten wären die Mitglieder ſtets bereit geweſen, ihre eigenen Meinungen denen der Parteihäupter unterzuordnen. Er wolle die Vortheilr nnd Nachtheile eines ſolchen Verfahrens nicht eortern, ſondern ſich nur freuen, daß daſſelbe gegenwärtig nicht mehr ausſchließlich in Anwendung gebracht würde. Die großen Führer der Parteien in dieſem Hauſe hätten ſich unglücklicher Weiſe eine ganz ſtarre Anſiche über die Frage wegen des Geldumlaufs-Syſtems gebildet, und läugneten, daß daſſelbe mit der Wohlfahrt des Landes im Widerſpruch ſtehe, und aus dieſem Grunde ſei hauptſächlich immer jede Unterſuchung zurückgewieſen worden. Der Redner ließ ſich nun zuvörderſt auf Widerlegung einiger anderer Argumente ein, welche früher gegen die Niederſetzung eines Ausſchuſſes vorgebracht worden wären, und ſagte unter Andern; „Die Beſchwerden über die Calamitäten des Volkes ſind immer als Anklagen gegen die Verwaltung betrachtet worden. Es wurde während der letzten 20 Jahre niemals ein Nothzuſtand erwähnt, den man nicht ſogleich abzuläugnen und durch Beweiſe als nicht beſtehend darzuthun ſuchte. Es fehlte niemals an Perſonen, die ſich ollgemein bekannten Thatſachen entgegenſtellten. Dieſe Perſonen zogen ſogleich Briefe aus den Taſchen hervor, die ſie aus dieſem oder jenem Diſtricte erhalten hatten, und worin der große Wohlſtand des dortigen Volkes geſchildert wurde. Mein ehrenwerther Freund, das Mitglied für Eſſex (Hr. Baring), hat niemals ermangelt, die Autorität ſolcher Berichte zu unterſtützen, und zu ſagen, er ſei zwar nicht ſelbſt Kaufmann, aber er kenne viele Kaufleute und wiſſe, daß der Handel anfange lebendiger zu werde, daß der Wohlſtand zunehmen werde — man müſſe nur noch eine kurze Zeit lang warten, bis die Bankfrage, oder die oſtindiſche oder irgend eine andere Frage erledigt ſei, dann würde der Wohlſtand großer als jemals werden. Während uns aber das ehrenwerthe Mitglied auf dieſe Weiſe aufgemuntert hat, die rückkehrende Fluth abzuwarten, iſt das Volk immer mißvergnügter geworden. Auch hat es nicht an Mitgliedern gefehlt, die uns lange Zahlenverzeichniſſe vorgelegt, und uns gezeigt haben, wie viel Pfeffer ausgeführt, wie viel Mauerſteine gebraucht und wie viel Zucker oder Kaffeh verzehrt worden war, um daraus zu folgern, daß keine Noth im Lande herrſchen könne. Dieſe Beweiſe dürften ſich jetzt gegen den Augenſchein nicht mehr halten können. Der edle Lord (Althorp) hat dem Hauſe ganz kürzlich geſagt, daß Noth im Lande herrſche; er hat eingeräumt, daß große Noth im Lande herrſche. (Nein, nein!) Ich glaube ihn ſo verſtanden zu haben; jedenfalls hat er die Noth nicht in Abrede geſtellt, und dieß muß hinreichen, um einer Unteeſuchung keine Hinderniſſe in den Weg zu legen." — Der Redner ließ ſich nun zunächſt auf einige Bemerkungen über das von dem Kanzler der Schatzkammer vorgelegte Budget ein, um darzuthnn, wie wenig daſſelbe dazu geeignet ſei, Hoffnunjen zur Erleichterung der öffentlichen Laſten aufkommen zu laſſen. Der Zuſtand des Schatzes ſpreche beſſer, wie alles, was er vorbringen könne, zu Gunſten einer Unterſuchung der Landesnoth. Der edle Lord habe eine Einnahme von ungefähr 50 Millionen, und nachdem er davon die Zinſen der Staatsſchuld und diejenigen Ausgaben beſtritten habe, welche nicht füglich weiter reducirt werden könnten, bleibe ihm vielleicht ein unbedeutender Ueberſchuß von 500,000 Pf. St. Er frage nun aber die eifrigſten Anhänger des öffentlichen Credites, ob derſelbe bei einem ſolchen Zuſtand der Dinge geſichert erſcheine? Was würden die Folgen ſeyn, wenn irgend ein Unfall das Land beträfe? Was würde man z. B. bei einer ſchlechten Ernte thun? Dieß iſt gar kein ſo unwahr-

*) Nicht mit Thomas Attwood, dem Mitgliede für Birmingham, und einem Radicalreformer, zu verwechſeln. Hr. M. Attwood gilt für einen Tory und Antireformiſten.

Digitized by Google

ſcheinliches Ereigniß, und würde ſogleich zur Folge haben, daß man 2 oder 3 Millionen aus dem Schatze nehmen müßte. Wolle man dann die Schuld durch neue Anleihen bezahlen? Oder dann das Werk der Entwerthung beginnen? Der edle Lord ſelbſt habe geſagt, doß die 24 Millionen Einwohner die 50 Millionen an Steuern nur mit der äußerſten Schwierigkeit bezahlen könnten. Wenn man nun einen Vergleich mit fruheren Zeiten anſtelle und finde, daß von dem Jahre 1813 bis zum Jahre 1815 im Durchſchnitt jährlich 76,400,000 Pf. St. an Steuern, und zwar von einer Bevölkerung von nur 19 Millionen Seelen, bezahlt worden wären, und dabei Armuth und Verbrechen ungleich geringer geweſen ſei, ſo konne kein Unbefangener es in Abrede ſtellen, daß ein Zuſtand der Dinge eingetreten ſei, der eine Unterſuchung in dem von ihm angedeuteten Sinne unumgänglich nothwendig mache. Was die Beſchaffenheit einer ſolchen Unterſuchung betreffe, ſo ſei es unmöglich, einen einzigen Schritt vorwärts zu thun, ohne ſich auf Beleuchtung des Geldumlauf-Syſtems einzulaſſen. Der Verſuch, dieſen großen Punct zu umgehen, würde eine wahre Kinderei ſeyn. Der Zweck des Antrages wäre, zu erforſchen, ob man nicht die Mittel beſitze, ohne einen Treubruch zu begehen (hört!), das Volk in den Stand zu ſetzen, die ihm aufliegenden Laſten leichter zu ertragen. Der Redner ließ ſich nun ausführlich über den Umſtand aus, daß durch Vermehrung des Geldwerthes auch dir Abgaben ungemein vermehrt worden wären. Es ſei, ſagte er, dir Pflicht des Hauſes, zuvörderſt Alles aufzubieten, um die Abgaben zu reduciren, und wenn es aller angewandten Mühe ungeachtet fände, daß dieß durchaus nicht in ſeiner Mocht ſtehe, dann müſſe es den einzigen Weg einſchlagen, der ihm zur Erleichterung der Laſten noch übrig bliebe. Jedr Claſſe im Volke, behaupte er, habe durch die Veränderung der Valuta gelitten; aber keine ſo ſehr, wie dir Grundbeſitzer, welche mit ihren Pächtern und Arbeltern die wichtigſte Claſſe von Allen bilden. Nachdem der Redner noch eine Menge von Berichten der Armencommiſſionen aus verſchiedenen Grafſchaften mitgetheilt hatte, um die Noth des Landes auf eine unwiderlegbare Weiſe darzuthun, und dir Vortheile des Einpfundnoten-Syſtems anſchaulich zu machen geſucht hatte, ſchloß er ſeinen Vortrag mit folgenden Worten: „Ich hoffe, daß das Haus es für rathſam halten wird, meinen Antrog anzunehmen, und es ſcheint mir nicht weiſe gehandelt, wenn die Freunde der Verwaltung ſich demſelben widerſetzen. Woher kommt es, daß das Volk mit Mißtrauen auf dieſes Unterhaus blickt? Woher kommt es, daß es die Inſtitutionen des Landes nicht mehr ſo liebt, wie vormals? Weil das Volk die Inſtitutionen nach ihren Wirkungen beurtheilt, und weil es fühlt, daß dieſe Wirkungen nicht ſo günſtig ausfallen, als es mit Recht erwarten dürfte. Wenn das Haus wünſcht, das Zutrauen des Volkes wieder zu gewinnen, ſo muß es ſich bemühen, den Wohlſtand deſſelben wieder herzuſtellen; ich trage zu dem Ende darauf an — daß ein beſonderer Ausſchuß ernannt werde, um den Zuſtand der allgemeinen Noth, Beſchwerde und Verlegenheit zu unterſuchen, welcher auf den verſchiedenen Claſſen der Geſellſchaft laſtet; wie weit derſelbe durch die Wirkung unſeres jetzigen Geldumlauf-Syſtems herbeigeführt worden iſt, und die Wirkungen zu erforſchen, welche jenes Syſtem auf den Ackerbau, den Fabrik- und Handelsſtand des vereinigten Königreiches hervorgebracht hat.“ — Lord Althorp räumte ein, daß der jetzt angeregte Gegenſtand von der höchſten Wichtigkeit ſei, und daß er dodurch um ſo wichtiger werde, weil das Haus ſich jetzt entſcheiden müſſe, ob es das gegenwärtige Syſtem, von dem alle im Lande abgeſchloſſenen Contracte abhingen, aufrecht erhalten, oder ob es einen Weg der Confiscation und der Räuberei einſchlagen wolle. Nachdem Lord Althorp ſich auf die Widerlegung einiger Angaben des vorigen Redners eingelaſſen, und das Haus darauf aufmerkſam gemacht hatte, daß die Annohme des Antrages nothwendiger Weiſe eine Veränderung in der Landesvaluta zur Folge haden müſſe, ſchloß er in nachſtehender Weiſe: „Ich habe im Allgemeinen die Gründe angegeben, welche es mir, meiner Anſicht nach, zur Pflicht machen, mich dem Antrage des ehrenwerthen Herrn zu widerſetzen. Ich bekenne mich nicht zu dieſer Anſicht, weil ich auf dieſer Bank ſitze; ſchon vor geroumer Zeit, ols ich noch auf der andern Seite des Hauſes meinen Platz hatte, widerſetzte ich mich einem ähnlichen Vorſchloge, weil ich denſelben für geeignet hielt, das Vertrauen im Lande zu erſchüttern. Wenn der Antrag des ehrenwerthen Mitgliedes durchgeht, ſo wird Jeder, der ein Recht hat, eine Zohlung in Gold zu verlangen, ſogleich darauf beſtehen. Die Folge davon muß nothwendig ein Rennen nach allen Banken ſeyn, unendlich dringender, als das im Jahre 1825, weil kein Inſtitut dafür geſichert iſt, indem Jedermann ſich beeilen würde, Goldvaluta nach ihrem jetzigen Werthe zu erhalten, ehe dieſer Werth verringert iſt. Ich kann mir keine größere Calamität fur das Land denken, als wenn der Vorſchlag des ehrenwerthes Mitgliedes angenommen würde. Wenn indeſſen das Haus denſelben auch verwerfen ſollte, ſo iſt es doch wünſchenswerth, daß irgend ein beſtimmter Entſchluß über dieſen Gegenſtand gefaßt werde, und deßholb ſchlage ich folgendes Amendement vor: „„Daß das Haus der Meinung iſt, daß jede Veränderung in dem Geldumlauf-Syſtem des Landes, welche darauf berechnet wäre, den feſtſtehenden Werth zu verringern, höchſt unzweckmäßig und gefährlich ſeyn würde.““ (Beifall.) Ich wünſche dem Hauſe eine Gelegenheit zu geben, ſich über dieſen Grundſatz deutlich und beſtimmt ausſprechen zu können. Ich wünſche auch dieſe Frage von der wegen des beantragten Unterſuchungsausſchuſſes ganz getrennt zu ſehen; denn wenn das Amendement angenommen worden iſt, ſo kann das Haus noch immer, wenn es ſolches für zweckmäßig hält, einen Ausſchuß ernennen; aber bevor die Zweck- und Unzweckmäßigkeit deſſelben erörtert wird, halte ich es für durchaus nothwendig, daß die in meinem Amendement geſtellte Frage durch Ja oder Nein entſchieden werde.“ — Hr. Grote unterſtützte das Amendement und ſagte, daß, auch abgeſehen von der vorgeſchlagenen Veränderung in Bezug auf die Landesvaluta, von dem in Antrag gebrachten Ausſchuß kein practiſcher Vortheil zu erwarten ſei. Wenn es ſich zieme, über einen ſo ernſten und wichtigen Gegenſtand in ſolcher Weiſe zu ſprechen, ſo würde er ſagen, daß ein Ausſchuß, der ſich anmaaßen wolle, über eine Frage von ſo überwiegender Wichtigkeit auf die Beweiſe hin, die ihm vorgelegt werden würden, ein Urtheil zu fällen, jenen Schnellreiſenden gleichen würde, die in größ-

ter Eile durch die vereinigten Staaten von Nordamerika reiſen, in den Poſtkutſchen allerhand Geſchwätz mit anhören, an Table d'Hote ſpeiſen, die Kellner und Stubenmägde ausfragen, und dann ein gewichtiges Buch über den amerikaniſchen Nationalcharacter ſchreiben. Im ferneren Verlauf ſeiner Rede ſuchte Hr. Grote beſonders darzuthun, daß der Stand der Valuta im Ganzen keinen Einfluß auf die Preiſe der Waaren und Bedürfniſſe ausübe, indem dieſe lediglich von der Maſſe der Vorräthe und dem größeren oder geringeren Begehr abhingen. Gegen dieſe Behauptung trat Hr. Cobbett auf und ſuchte dieſelbe aus den Erfahrungen der letzten Jahre zu widerlegen. Bis zur Annahme der berühmten Bill des berühmten Baronets (Sir Robert Peel) wären die Waaren hoch im Preiſe geweſen; dann wären ſie aber gleich nach der Annahme jener Maaßregel ſo furchtbar gefallen, daß der ſehr ehrenwerthe Baronet ſelbſt in Schrecken geſetzt worden ſei und im Jahre 1822 die Bill wegen der kleinen Noten eingebracht habe. Unmittelbar darauf wären die Preiſe geſtiegen, und Alles ſei gut gegangen, bis das tolle Verfahren in den Jahren 1825 und 1826 wieder zur Abſchaffung der Einpfundnoten geführt, und dieſes ſogleich wieder einen bedeutenden Fall der Preiſe zur Folge gehabt hätte. Der Redner erklärte ſich für den Antrag des Hrn. Attwood, ohne indeſſen das von demſelben vorgeſchlagene Abhülfsmittel zu billigen. Seiner Meinung nach fände ſich in Reducirung der öffentlichen Ausgaben noch großer Spielraum und vielfache Gelegenheit, die Laſten des Volkes zu erleichtern, welches er durch Aufzählung vieler Sinecuren und Penſionen darzuthun ſuchte. — Hr. P. Thompſon beleuchtete in einem ausführlichen und gründlichen Vortrage den Zuſtand des Landes, um zu beweiſen, daß die Noth des Landes, wenn auch allerdings vorhanden, doch bei weitem nicht in dem Grade beſtehe, wie man ſie ſeit einiger Zeit zu ſchildern ſuche. Auf den Antrag des Sir H. Willoughby wurde die Fortſetzung der Debatte auf den folgenden Tag verſchoben, und das Haus vertagte ſich um halb 2 Uhr.

In der Sitzung vom 23. April beſchäftigte ſich das Unterhaus mit der Fortſetzung ſeiner Berathung über den Antrag des Hrn. M. Attwood auf Unterſuchung der Landesnoth. Es hatte nicht den Anſchein, als wenn die Debatte geſchloſſen werden würde, da ſowohl Sir R. Peel, als Hr. Thomas Attwood aus Birmingham ſich angeſchickt hatten, über den Gegenſtand zu ſprechen, und man der Meinung war, daß die Reden dieſer beiden Herren wohl über ſechs Stunden dauern möchten.

Die Bill zur bürgerlichen Gleichſtellung der Israeliten in Großbritannien erhielt am 19. April die erſte Leſung; die zweite Leſung derſelben iſt auf den 1. Mai angeſetzt worden.

Der Lordlieutenant von Irland hat in Folge der Zwangsbill eine dritte Proclamation erlaſſen, durch welche er jede fernere Verſammlung des, unter dem Namen der „politiſchen National-Handelsunion" beſtehenden Vereins verbietet.

Am 19. April langte in Deal das engliſche Dampfboot Salamander von der niederländiſchen Küſte an; es war unterwegs einem holländiſchen Dampfboot begegnet, welches in aller Eile mit Depeſchen der niederländiſchen Regierung für ihren Geſandten nach London ſegelte; über den Inhalt derſelben verlautete zwar nichts Näheres, indeß man vermuthete allgemein, daß er von ſehr günſtiger Art ſei. Die franzöſiſchen Corvetten Najade und Creole ſegelten an demſelben Tage in weſtlicher Richtung von Deal ab, um auf der See zu kreuzen. Vor Anker blieben daſelbſt der Donegal mit dem Viceadmiral Sir P. Malcolm, der Talavera, der Salamander und die franzöſiſche Fregatte Reſolue.

Conſols am 23. April 87¼, ⅞.

Teutſchland.

Die Leipziger Zeitung meldet aus Dresden vom 25. April: „Geſtern war der Tag der hohen Vermählung unſers allverehrten Prinzen-Mitregenten mit Ihrer königl. Hoheit der Prinzeſſinn Marie von Baiern. Die Kranzaufſetzung erfolgte im Beiſeyn der königlichen Familie von Ihrer Majeſtät der verwitweten Königinn von Baiern. Gegen Mittag 1 Uhr erſchien Se. königl. Majeſtät, ſo wie Ihre Majeſtät die verwitwete Königinn von Baiern, mit dem hohen Brautpaar, gefolgt von II. kk. HH. dem Kronprinzen und der Kronprinzeſſinn von Preußen und den Prinzen und Prinzeſſinnen des königlichen Hauſes, unter Vortritt aller bei Hofe vorgeſtellten Cavaliers und unter Begleitung der Hof- und Zutrittsdamen, in dem Schiffe der katholiſchen Hofkirche. Nachdem II. kk. MM. und II. kk. HH. an den auf der rechten Seite in den Kirchenſtühlen ſtehenden Mitgliedern der Ständeverſammlung und an den auf der linken Seite in denſelben ſich aufſtellenden Cavaliers, das hohe Brautpaar geleitend, vorbeigegangen waren, nahmen Allerhöchſt- und Höchſtdieſelben die ihnen am Altare rechts und links desſelben bereiteten Plätze ein. Hierauf wurde vom Biſchof Mauermann die feierliche Handlung mit einer Rede eröffnet, worauf er die Trauung in üblicher Form verrichtete. Nach der Trauungsceremonie wurde der ambroſianiſche Lobgeſang, unter Abfeuerung des Geſchützes und mehrerer Gewehrſalven, theils von dem Linienmilitär, theils von der hieſigen Communalgarde, abgeſungen, worauf der Zug ſich in derſelben Ordnung, als er in die Kirche getreten war, in Bewegung ſetzte und nach dem Schloſſe zurückkehrte. Die Mitglieder der Kammern ſchloſſen ſich demſelben an, und zogen ſich alsdann zurück."

Wien, den 3. Mai.

Se. k. k. apoſtol. Majeſtät haben mit allerhöchſtem Handſchreiben vom 23. Februar l. J. dem Pfarrer zu Tiſzababolna im Borſoder Comitat, Johann Morvay, in allergnädigſter Berückſichtigung ſeiner ausgezeichneten Dienſte in der Seelſorge, und der Verdienſte, die er ſich um die leidende Menſchheit erworben hat, die große goldene Ehrenmedaille mit Oehr und Band allergnädigſt zu verleihen geruht.

Am 3. Mai war zu Wien der Mittelpreis der

Staatsſchuldverſchreibungen zu 5 pCt. in CM.	92⁹⁄₁₆;
detto detto zu 4 pCt. in CM.	—;
Darleh. mit Verlooſ. v. J. 1820, für 100 fl. in CM.	—;
detto detto v. J. 1821, für 100 fl. in CM.	—;
Wiener-Stadtbanco-Obligat. zu 2½ pCt. in CM.	52;
Conv. Münze pCt. —;	

Bankactien pr. Stück 1213 in CM.

Mit hoher Bewilligung wird Hr. Lafont, Ritter der königl. franzöſiſchen Ehrenlegion, und erſter Violinſpieler an mehreren Höfen, Sonntags den 5. Mai um die Mittagsſtunde im k. k. großen Redoutenſaale ein Concert zu geben die Ehre haben. Eintrittskarten zu 1 fl. 12 kr. C. M., Gallerie zu 2 fl. C. M., ſind in der Kunſthandlung der HH. Artaria und Comp. am Kohlmarkt und am Tage des Concertes an der Caſſe zu haben.

Hauptredacteur: Joſeph Anton Edler von Pilat.

Verleger: Anton Strauß ſel. Witwe in der Dorotheergaſſe Nr. 1108.

Nro. 125

Oeſterreichiſcher Beobachter.

Sonntag, den 5. Mai 1833.

Meteorologiſche Beobachtungen vom 3. Mai.	Zeit der Beobachtung.	Barometer auf 0° Reaumur reducirt. Pariſer Maß.	Barometer auf 0° Reaumur reducirt. Wiener Maß.	Thermometer Reaumur.	Wind.		Witterung.
	8 Uhr Morg.	27.582	28 Z. 4 L. 2 P.	+ 15.0	NW.	ſtill.	Wolken.
	3 Uhr Nachm.	27.547	28 3 8	+ 18.8	NW.	ſchwach.	——
	10 Uhr Abends.	27.571	28 4 0	+ 15.0	NW.	——	heiter.

Großbritannien und Irland.

Der (in unſerem Blatte vom 1. Mai nur kurz berührte) Bericht des Kanzlers der Schatzkammer über die Finanzen des Landes lautet ſeinem weſentlichen Inhalte nach folgendermaaßen: In Bezug auf den bisherigen Staatshaushalt bemerkte Lord Althorp, bevor er auf das eigentliche Budget einging: das jetzige Miniſterium habe ſich bei Uebernahme der Verwaltung zu Beobachtung der größten Sparſamkeit verpflichtet, und er ſehe ſich deßhalb veranlaßt, bei der erſten Finanzverhandlung vor einem reformirten Parlamente zu zeigen, wie weit es jenem Verſprechen genügt habe. 1387 Stellen ſeien abgeſchafft, und dadurch an Gehalten ein Belauf von 231,406 Pf. St. erſpart worden, wovon jedoch 38,000 Pf. St. für Wartegelder vorläufig abgingen. Im Departement der auswärtigen Angelegenheiten habe man Erſparungen bis zum Belaufe von 91,735 Pf. St. vorgenommen. Was nun das Verhältniß der Einnahme zur Ausgabe im ſo eben (5. April 1833) abgelaufenen Jahre betreffe, ſo ſtelle ſich dieſes folgendermaaßen:

Einnahme.

Zölle	16,769,621	Pf.
Accife	16,529,131	„
Stämpel	6,857,541	„
Aſſeſſed-Taxes	5,003,937	„
Poſtweſen	1,453,900	„
Vermiſchte Einnahmen	238,520	„
	46,852,650	Pf.
Ausgabe	45,365,507	„
Ueberſchuß der Einnahme	1,487,143	Pf.

Ausgabe.

Staatsſchuld	28,225,991	Pf.
Andere feſte Laſten	1,859,248	„
Conſolidirte Schuld	30,085,239	Pf.

Bewilligungen für:

Landmacht	7,006,498	Pf.
Seemacht	4,505,000	„
Feldzeugamt	1,634,817	„
Diverſe Ausgaben	2,133,953	„
	45,365,507	Pf.

Das Haus werde ſich erinnern, daß er bei ſeinem Voranſchlage den muthmaaßlichen Ueberſchuß nur zu 800,000 Pf. angenommen habe, und es freue ihn jetzt nicht wenig, ſagen zu können, daß, hauptſächlich in Folge der vorgenommenen Erſparniſſe, dieſer Ueberſchuß ſich um beinahe 700,000 Pf. höher ſtellte, ſo daß der Ausfall des vorangehenden Jahres weit mehr als gedeckt werde. Jener Ausfall habe nämlich 1,240,412 Pf. betragen, die Finanzen haben ſich alſo gegen das vorige Jahr überhaupt um 2,728,000 Pf. verbeſſert. Die eigentliche Einnahme ſei im letzten Jahre jedoch nur um 235,000 Pf. größer geweſen; alles Uebrige ſei durch Verminderung der Ausgaben bewirkt worden. Was nun den Voranſchlag für das nächſte Jahr betreffe, ſo wolle er, um ganz ſicher zu gehen, die Einnahme zu beiläufig 400,000 Pf. niederer annehmen, und zwar folgendergeſtalt:

Zölle	16,769,621	Pf.
Accife	16,229,130	„
Stämpel	6,857,541	„
Aſſeſſed-Taxes	5,000,000	„
Poſtamt	1,400,000	„
Vermiſchte Einnahmen	237,836	„
Ausgabe	44,922,219	Pf.
Ueberſchuß der Einnahme	1,571,909	Pf.

Muthmaaßliche Ausgabe:

Staatsſchuld	28,325,991	Pf.
Andere Unkoſten	1,974,069	„
Conſolidirte Schuld	30,300,000	Pf.

Bewilligungen für:

Landmacht	6,673,251	Pf.
Seemacht	4,658,635	„
Feldzeugamt	1,455,223	„
Vermiſchte Ausgaben	1,835,110	„
	44,922,219	Pf.

Was nun den Ueberſchuß ſelbſt betreffe, ſo habe er es immer für wünſchenswerther gehalten, die Steuern herabzuſetzen, als einen großen Ueberſchuß zu bilden, um die Staatsſchuld verringern zu können. Vielleicht habe er dieſen Grundſatz früher zu weit angewendet, vielleicht werden Einige ihn jetzt eines ähnlichen Fehlers zeihen; aber er glaube, bei der jetzigen Lage des Landes ſei eine Herabſetzung der Steuern, ſo weit dieſelbe ſich mit Sicherung der Bedürfniſſe vertrage, die zuträglichere Benützung eines Ueberſchuſſes. Freilich, ſo weit, wie einige Redner es in ihren Adreſſen an das Volk gethan, die von einer Reduction von 20 bis 30,000,000 Pf. St. geſprochen, könne er darin nicht gehen. Auch wolle er hier einiger Steuern erwähnen, um deren Abſchaffung er beſonders dringend angegangen worden ſei, die aber vorläufig doch wohl noch fortbeſtehen müßten. Dahin gehöre zuerſt die Abgabe von Malz, die im vorigen Jahre 4,825,128 Pf. eingetragen hat, und die alſo, ohne daß eine andere Steuer an ihrer Stelle eingeführt werde, nicht ganz aufgehoben werden könne. Man müſſe alſo fragen, ob dieſe Abgabe beſonders drückend für die Induſtrie einer gewiſſen Claſſe, oder für den Conſumenten ſei, und da ergebe ſich denn, daß dieſelbe, die im Jahre 1830 3,814,304 Pf. betragen habe, im

Digitized by Google

Jahre 1832, nach der Aufhebung der Bierſteuer, auf 4,359,332 Pf., und in dem jetzt abgelaufenen Jahre auf 4.825,128 Pf. geſtiegen ſei. Das beweiſe augenſcheinlich die Zunahme der Conſumtion, und ein Gleiches ergebe ſich aus dem verhältnißmäßig guten Preiſe der Gerſte in dieſer Periode. Die zweite Auflage der Art ſei die Stämpelabgabe für Zeitungen. Dieſe wünſchte er allerdings ſelbſt abſchaffen zu können; aber ſie bringe 441,000 Pf. ein, und ſo lange es deückendere Steuern gebe, glaube er, daß dieſe bei einer Abſchaffung vorangehen müßten. Habe er alſo auch, wie er gern eingeſtehen wolle, bei früherer Gelegenheit ſich für die Aufhebung jener Abgabe geäußert, ſo thue es ihm doch leid, jetzt nicht darauf eingehen zu können. Die abzuſchaffenden Steuern waren nun 1) die auf Dachrinnen, 37,000 Pf.; 2) die auf Anzeigen in Zeitungen, wofür jetzt jedes Mal 3 Shill. 6 D. abgegeben werden müßten, und die er dahin zu reduciren vorſchlage, daß für die erſte Inſertion 2 Shill., für die zweite 1 Shill. 6 D. und für jede ſpätere nur 1 Shill. abgegeben werde. Die Steuer beinge jetzt 150,000 Pf. ein; den durch die Herabſetzung für das Aerarium entſtehenden Ausfall glaube er auf 75,000 Pf. anſchlagen zu müſſen. 3) Die Abgabe auf Seeverſicherungs-Polieen. Der Betrag dieſer Steuer ſei vom Jahre 1816, wo er 452,000 Pf. geweſen, bis jetzt auf 220,000 Pf. heruntergekommen, und es ſtehe zu fürchten, daß die Verſicherungen ſich immer mehr nach dem Auslande hinziehen möchten. Die Verſicheerungen auf die Küſtenfahrt können bleiben; bei überſeeiſchen Reiſen aber, wo ſie 2 Shill. 6 D. betrage, wenn die Prämie nicht über 1 Pf. von 100, und 5 Shill., wo ſie größee, ſolle ſie dahin reducirt werden, daß für eine Prämie nicht über 15 Shill., 1 Shill. 6 D., nicht über 30 Shill., 2 Shill. 6 D., und darüber, 5 Shill. abzugeben ſeien. Es dürfte hieraus eine Verminderung der Einnahme um 100,000 Pf. entſtehen; dagegen verſpreche er ſich von dieſer Maaßregel eine beſonders wohlthätige Wirkung für die darniederliegende Rhederei. 4) Haus- und Fenſterſteuer. Dringend ſei die Regierung angegangen worden, dieſe ganz aufzuheben, aber dadurch würde die Einnahme um 2,594,000 Pf. verkürzt werden, und ſo gern er auch die geweebtreibenden Claſſen begünſtigen möchte, ſo treffe die Steuer doch nicht dieſe allein. Er habe alſo verſucht einen Mittelweg einzuſchlagen, und wenn bisher bei einem Hauſe, unter welchem kein Kaufladen ſich befinde, drei Fenſter nicht mitgerechnet würden, ſo ſollen jetzt auch die Fenſter des Kaufladens oder Aushängezimmers ſelbſt von der Steuer befreit ſeyn. In gleichem Verhältniß ſolle auch die Hänſerſteuer abnehmen. Dieſe Reductionen würden ebenfalls 100,000 Pf. betragen. Andere, zu der Claſſe der Assessed-Taxes gehörige Abgaben, welche ganz wegfallen ſollen, ſind: a) Auf Frachtkarren, die nicht mehr als 30 Shilling bezahlen, 30,000 Pf.; b) für Ladendienee, Auffeher in Speichern ꝛc., 45,000 Pf.; c) reiſende Handelsdiener, 4500 Pf.; d) Schreiber, Buchhalter ꝛc., zuſammen 66,000 Pf., ſo daß die Assessed-Taxes überhaupt um 244,000 Pf. vermindert werden würden. 5) Der nächſte Punct betreffe den im Jahre 1831 erhöhten Zoll auf rohe Baumwolle, und reducire er dieſen beſonders um des Principes willen, daß rohe Stoffe nur ſo wenig wie möglich beſteuert werden dürfen. Der Ertrag der ganzen Steuer ſei 626,000 Pf.; 300,000 Pf. etwa würden jetzt davon wegfallen. 6) Endlich beabſichtige er eine Herabſetzung der Abgaben von Seife auf die Hälfte. Die Steuer habe im vorigen Jahre 1,186,000 Pf. eingetragen; das würde alſo einrn Ausfall von 593,000 Pf. bilden; indeſſen glaube er nicht, daß dieſer größer als 300,000 Pf. werden möchte, indem der Reſt ſich durch das Wegfallen des Rückzolles auf ausgeführte Seife, 100,000 Pf., durch die ſtärkere Conſumtion und durch das Aufhören der heimlichen Fabrication, ausgleichen werde. — Alle dieſe Poſten ergäben nun eine Verminderung der Einnahme um 1,056,000 Pf., ſo daß der Ueberſchuß, welcher noch auf Verminderung der Staatsſchuld oder anderweitig verwendet werden konnte, 516,000 Pf. betrüge. „Einige ehrenwerthe Mitglieder,“ ſo ſchloß Lord Althorp, „werden, wie ich fürchte, einwenden, daß noch die Reducirung oder Abſchaffung dieſer oder jener Steuer vergeſſen worden ſei; aber ich hoffe, daß das Haus im Ganzen zufriedengeſtellt ſeyn wird. Ich will das Haus nur noch mit einer einzigen Bemerkung aufhalten. Ich hoffe nämlich, daß das Haus bei Allem, was es thut, um irgend einer einzelnen Claſſe Abhülfe oder Erleichterung zu gewähren, ſeine Sorgfalt auf die Subſtituirung anderer Abgaben beſchränken wird. Ich hoffe und vertraue, daß das Haus ſich nicht verleiten laſſen wird, irgend etwas zu thun, was verderblich für den Staatsgläubiger ſeyn dürfte; daß es ferner nicht auf dir Abſchaffung andeeer Steuern ohne Subſtituirung derſelben beſtehen wied, weil aus der ſo eben von mir vorgelegten Ueberſicht der Einnahme zu erſehen iſt, daß die Bewilligung eines ſolchen Wunſches in der Unmöglichkeit liegt.“ — Der Bericht des Kanzlers der Schatzkammer wurde im Allgemeinen mit großem Beifalle aufgenommen. Selbſt Hr. Hume räumte ein, daß manches Lobenswerthe bewirkt worden ſei, wenn auch freilich die Verminderung der Abgaben, ſeinee Anſicht nach, noch weit mehr ausgedehnt werden konnte. Er hoffe wenigſtens, daß ſich der edle Lord noch entſchließen werde, den Ueberſchuß von 516,000 Pf. St. zu reduciren. Sir Robert Peel ertheilte dem Berichte des Lord Althorp ſeinen unringeſchränkten Beifall und hielt es für unmöglich, in dem jetzigen Augenblicke weiter zu gehen, als der edle Lord es gethan habe.

Am 19. April wurde in Dublin ein berüchtigter Weißfüßler verhaftet, der an der Verſchwörung zur Ermordung des Oberconſtablers zu Caſtlecomer, Capitän French, Theil genommen, dann einen Mann, Namens Brennan, bei Kill in der Grafſchaft Kilkenny ermordet, zwölfmal geſetzwidrige Eide abgenommen, aus verſchiedenen Häuſern Feuergewehre geraubt haben und des Nachts mit Waffen betroffen worden ſeyn ſoll.

Pariſer Blätter geben Folgendes als den Inhalt des Entwurfes der Präliminar-Convention, welche der königlich niederländiſche Bevollmächtigte Hr. Dedel unterm 23. März dem Fürſten von Talleyrand und Lord Patmerſton überreichte, und worauf ſich die (in unſerem Blatte vom 1. Mai mitgetheilte) Note dieſer letztern vom 2. April bezieht: „JJ. MM. der König der Niederlande, Großherzog von Luxemburg, der König der Franzoſen und der König des vereinigten Reiches von Großbritannien und Irland, haben, von dem Wunſche beſeelt, die Verhältniſſe gegeneinander ſo wiederherzuſtellen, wie ſolche vor dem Monate November 1832 beſtanden haben, den Entſchluß gefaßt, eine Uebereinkunſt zu dieſem Behufe zu ſchließen, und ihre Bevollmächtigten dazu ernannt, nämlich: (folgen die Namen der beiderſeitigen Bevollmächtigten), welche über folgende Artikel übereingekommen ſind: Art. 1. Gleich nach erfolgter Auswechslung gegenwärtiger Convention, werden JJ. MM. der König der Franzoſen und der König des vereinigten Reiches von Großbritannien und Irland das Embargo aufheben, das ſie auf die Schiffe und Waaren, welche Unterthanen Sr. Majeſtät des Königs der Niederlande gehören, gelegt haben, und ſämmtliche nebſt ihren Ladun-

gen zurückgehaltenen Schiffe ſollen auf der Stelle freigegeben, und ihren Eigenthümern zurückgeſtellt werden. Gleicher Weiſe wird Se. Majeſtät der König der Niederlande die in ſeinen Staaten hinſichtlich der franzöſiſchen und großbritanniſchen Flagge ergriffenen Maaßregeln aufheben. Art. 2. Zur ſelbigen Zeit werden die niederländiſchen Militärs, ſowohl die von der Marine wie die von der königlichen Landarmee, welche dermalen in Frankreich zurückgehalten werden, ſammt Waffen, Gepäcke, Wägen und Pferden und andern den Corps und Individuen gehörigen Effecten in die Staaten Sr. Majeſtät des Königs der Niederlande zurückkehren. Art. 3. In Erwartung des Abſchluſſes eines Definitivtractates, welcher beſtimmt iſt, die Trennung Belgiens von Holland zu regeln, wird bis zum 1. Auguſt d. J. ein vollſtändiger Waffenſtillſtand zwiſchen den Truppen Sr. Majeſtät des Königs der Niederlande Großherzogs und den belgiſchen Truppen Statt finden. Art. 4. Während dieſes Waffenſtillſtandes wird die Schifffahrt auf der Schelde in derſelben Weiſe wie vor dem 1. November Statt finden. Die belgiſchen Truppen werden die von der Pipe de Tabac bis unterhalb des Dorfes Doel und des Forts Friedrich-Heinrich auf beiden Ufern der Schelde gelegenen Orte, die ſie nicht am 1. November inne hatten, räumen, und die Dinge alldort auf denſelben Fuß ſetzen, auf welchen ſie ſich zu jener Zeit befanden. Art. 5. Unverzüglich nach Auswechslung der Ratificationen gegenwärtiger Convention, wird die Schifffahrt auf der Maas dem Handel geöffnet, und bis dahin, wo ein Definitivreglement in dieſer Hinſicht feſtgeſetzt ſeyn wird, den Beſtimmungen der Convention unterliegen, welche am 31. März 1831 zu Mainz in Betreff der Rheinſchifffahrt geſchloſſen worden iſt, und in ſo weit als gedachte Beſtimmungen auf beſagtem Fluß anwendbar ſeyn dürften, wird die Verbindung zwiſchen der Feſtung Maeſtricht und den Gränzen von Nordbrabant, und zwiſchen beſagter Feſtung und Teutſchland frei und ungehindert Statt finden. Art. 6. Die hohen contrahirenden Theile machen ſich anheiſchig, die Höfe von Oeſterreich, Preußen und Rußland einzuladen, ſich unverzüglich mit ihnen mit dem definitiven Separationstractat zwiſchen Holland und Belgien zu beſchäftigen. Art. 7. Die Auswechslung der Ratificationen gegenwärtiger Convention wird binnen 15 Tagen, oder wenn es ſeyn kann, noch früher zu London Statt finden.“

Griechenland.

Der Oſſervatore Trieſtino meldet aus Trieſt vom 29. April: „Geſtern um 4 Uhr Nachmittags iſt das griechiſche Dampfſchiff Hermes, in ſechzehn Tagen von Nauplia kommend, hier eingelaufen. Den durch dieſes Schiff mitgebrachten Nachrichten zufolge, herrſchte in Griechenland die vollkommenſte Ruhe, und alles ging ſeinen regelmäßigen Gang. Die königlich baieriſchen Truppen (welche bereits am 1. April die Stadt Athen beſetzt hatten) ſchickten ſich an, auch den übrigen Theil von Attica und die andern von der Pforte abgetretenen Diſtricte zu beſetzen.“

Königreich beider Sicilien.

Am 16. April gegen 11 Uhr Vormittags verließ das privilegirte Dampfſchiff Francesco I., welches die vielverſprochene, ſeit längerer Zeit von allen europäiſchen Blättern verkündete Reiſe nach Griechenland und der Türkei antritt, die Rhede von Neapel, nachdem es zum Abſchied wiederholte Artillerieſalven abgefeuert hatte. Prachtvoll war der Anblick, den die unermeßliche Menge von Zuſchauern darbot, die von allen Seiten herbeigeſtrömt waren, um des impoſanten Schauſpiels zu genießen, welches die Abfahrt des Dampfboots gewährte, an deſſen Bord ſich, außer der 40 Köpfe ſtarken Mannſchaft, 109 Paſſagiere (mit Einſchluß der Dienerſchaft) aus verſchiedenen Ländern befanden. Unter dieſe in jeder Hinſicht ausgezeichnete Reiſegeſellſchaft gehört auch Se. königl. Hoheit der Kronprinz von Baiern nebſt ſeinem Gefolge. — Einige von den Reiſenden ſind geſonnen, die ganze, zugleich lehr- und genußreiche Fahrt mitzumachen, um neue Kenntniſſe von dem claſſiſchen Boden Athens und Korinths zu erlangen; einige beſchränken ſich hingegen auf Konſtantinopel, Smyrna, Nauplia, Patras, Malta und Meſſina, — Die Generaladminiſtration hat eine regelmäßige Disciplin an Bord eingeführt, eine Caſſe zur Bequemlichkeit der Paſſagiere eröffnet, um ſie bei Eincaſſirung ihrer Tratten in den levantiſchen Häfen keinen Verluſten auszuſetzen; ſie unterhält ferner auch einen geſchickten Arzt und Wundarzt auf ihre Koſten, und hat mit Einem Worte für Alles, was zur Bequemlichkeit der Reiſegeſellſchaft dienen kann, Fürſorge getroffen. — Durch telegraphiſche Nachricht hat man ſpäter erfahren, daß das Dampfſchiff am 17. Abends zu Meſſina angelangt iſt, wo es die Ehre hatte, am 19. Se. Majeſtät den König von Neapel (der auf einer Reiſe durch Calabrien begriffen iſt) an Bord zu nehmen, um ihn nach Pietranera in Calabrien zu führen, von wo dann das Dampfſchiff nach Catania abgehen ſollte.

Frankreich.

In der Sitzung der Pairskammer vom 24. April ward der Entwurf der Zuſchußcredite mit 101 gegen 5 Stimmen angenommen. Der Präſident verlas ein Schreiben des Siegelbewahrers, daß der König ſich am folgenden Tage in die Deputirtenkammer begeben würde, um die Seſſion von 1832 zu ſchließen, und lud die Kammer im Namen des Königs ein, dieſer Feierlichkeit beizuwohnen. Der Präſident beſtimmte durchs Loos die Mitglieder für die große Deputation zum Empfange des Königs. Die Tagesordnung führte auf Erörterung der Eiſenbahn von Montbriſon nach Montrond. Die Commiſſion ſchloß auf Verwerfung, die Kammer nahm aber den Entwurf mit 84 gegen 31 Stimmen an.

In der Deputirtenkammer am 24. April verlas der Präſident ein Schreiben des Hrn. Guillemot, Deputirten des Bezirks Lonhans (Saone und Loire), der ſeine Entlaſſung gab. Hierauf ward das Schreiben des Miniſters des Innern verleſen, das die königliche Sitzung zur Schließung auf den folgenden Tag ankündigte. Die große Deputation ward durch Loos beſtimmt, und ſodann die Sitzung aufgehoben, der kaum 30 Mitglieder beigewohnt hatten.

Der Meſſager ſchreibt aus Calais vom 22. April: „Lord Granville, engliſcher Botſchafter zu Paris, kam geſtern Abends hier an, und ſchiffte ſich dieſen Morgen um 10 Uhr mit ſeinem aus eilf Perſonen beſtehenden Gefolge an Bord des engliſchen Dampfbootes Herzog von Wellington nach Dover ein.“

Der Gazette de France zufolge hatte ſich die Frau Herzoginn von Berry geweigert, die vier von der Regierung nach Blaye geſchickten Aerzte (Orfila, Auvity, Andral und Fouquier) vorzulaſſen.

Am 25. April 5 Percents Fin Courant geſchloſſen zu 101 Fr. 60. 3 Percents Fin Courant geſchloſſen zu 77 Fr. 85. — Am 26. April um 1¼ Uhr Nachmittags 5 Percents 101 Fr. 40. 3 Percents 77 Fr. 70.

Niederlande.

Se. Majeſtät der König iſt am 23. April gegen Mittag aus Amſterdam nach dem Haag zurückgekehrt und hat zu der gewöhnlichen Stunde den Vorſitz im Cabinetsrathe geführt. Der Prinz-Feldmarſchall, der mit ſei-

Digitized by Google

ner Gemahlinn und dem Erbprinzen bereits am 22. im Haag ankam, iſt noch an demſelben Abende um 10 Uhr nach dem Hauptquartier abgegangen, wohin ſich am 23. Früh auch der Erbprinz begeben hat. Se. königl. Hoheit der Prinz Friedrich ward am 24. im Haag zurückerwartet.

Belgien.

Der Moniteur Belge vom 23. April enthält Folgendes: „Wir vernehmen mit Bedauern, daß mehrere Mitglieder der Repräſentantenkammer auf der Reiſe nach Brüſſel begriffen waren, um der auf den 22. April angeſetzten Sitzung beizuwohnen, als die königl. Verordnung erlaſſen wurde, welche die Kammern bis zu 6. Mai prorogirt. Es kann indeſſen dem Miniſterium über die verzögerte Bekanntmachung jenes Entſchluſſes kein Vorwurf gemacht werden, da derſelbe erſt gefaßt werden konnte, als ihm die verneinende Antwort des ehrenwerthen Repräſentanten, der mit der Bildung eines neuen Cabinetes beauftragt war, bekannt gemacht wurde.“

Teutſchland.

Das großherzoglich Badiſche Staats- und Regierungsblatt vom 27. April, Nr. 17, enthält I. folgende landesherrliche Verordnung: „Leopold von Gottes Gnaden, Großherzog von Baden, Herzog von Zähringen. Wir haben beſchloſſen, Unſere getreuen Stände auf den 17. des künftigen Monats Mai um Uns zu verſammeln. Wir laden daher ſämmtliche Mitglieder beider Kammern ein, ſich am gedachten Tage dahier einzufinden. Gegeben zu Carlsruhe, in Unſerem großherzoglichen Staatsminiſterium, den 23. April 1833. Leopold. Winter. Auf höchſten Befehl Sr. königl. Hoheit des Großherzogs: Büchler.“ — II. Folgende landesherrliche Verordnung: „Leopold von Gottes Gnaden, Großherzog von Baden, Herzog von Zähringen. Wir haben Uns in Gefolge der §§. 27 und 32 der Verfaſſungsurkunde gnädigſt bewogen gefunden, für die bevorſtehende Ständeverſammlung zu Mitgliedern der erſten Kammer von Unſerer Seite zu ernennen: 1) Unſern Generallieutenant Freiherrn von Stockhorn, 2) Unſern Generallieutenant und Flügeladjutanten von Freyſtedt, 3) Unſern geheimen Rath Freiherrn von Falkenſtein, 4) Unſern geheimen Rath und Director der katholiſchen Kirchenminiſterial-Section Kirn, 5) Unſern geheimen Rath und Präſidenten der Oberrechnungskammer von Theobald, 6) Unſern geheimen Rath und Director der evangeliſchen Kirchenminiſterial-Section von Berg, 7) Unſern Oberſten Freiherrn von Laſſolaye, 8) Unſern Oberforſtmeiſter, Kammerherrn Freiherrn von Neveu. Wir beauftragen Unſer Miniſterium des Innern, dieſe Unſere höchſte Entſchließung vorſtehenden Perſonen und ſeiner Zeit der erſten Kammer zu eröffnen. Gegeben zu Carlsruhe, in Unſerem großherzoglichen Staatsminiſterium, den 23. April 1833. Leopold. Winter. Auf höchſten Befehl Sr. königl. Hoheit des Großherzogs: Büchler.“

Die Frankfurter Oberpoſtamtszeitung meldet aus dem Großherzogthume Heſſen vom 26. April: „Geſtern iſt eine Abtheilung großherzoglicher Chevaulegers, der auf der Bürgerweide bei Worms begangenen Exceſſe halber, von Darmſtadt nach Worms abgegangen. Dieſe Exceſſe, welchen übrigens nicht die mindeſte politiſche Veranlaſſung zum Grunde liegt, es ſei denn, daß man ſie mit in dem Geiſte der Unordnung und Zerſtörung ſuchen will, welcher hier und da dem Hambacher Feſte folgte, werden folgendermaaßen erzählt. Die Bürgerweide, an deren allgemeinen Weidbenutzung auch zwei rheinbaieriſche Landgemeinden Theil hatten, war nach den hieſigen Geſetzen und mit Uebereinſtimmung der baieriſchen Behörden zwiſchen der Stadt und den mitberechtigten Gemeinden getheilt worden. Am 23. d. M. zogen plötzlich an 400 Menſchen, mit Muſikanten voran, aus jenen rheinbaieriſchen Gemeinden auf die Bürgerweide, warfen die Gränzgraben zu, riſſen 15,000 Weidenſetzlinge, welche die Stadt Worms hatte pflanzen laſſen, aus und warfen ſie in den Rhein. Leute aus der untern Volksclaſſe von Worms hatten ſich zu den Tumultuanten geſellt. Man zechte und berauſchte ſich, und mißhandelte die Schützen, welche herbeikamen, die Frevler aufzuzeichnen. Abends ſoll der aufgeregte Haufe einen Angriff auf die Häuſer der Gemeinderäthe von Worms, welche für die Theilung geſtimmt hatten, beabſichtigt haben. Mittlerweile getroffene Maaßregeln, Verſtärkung der Wachen ꝛc. hinderte dieß aber, und es iſt zu hoffen, daß ſich jene beklagenswerthen Exceſſe eines irre geleiteten Volkshaufens nicht wiederholen werden.“

Von Seite des Magiſtrats der Stadt Dillingen wird unterm 26. April zur Widerlegung eines Artikels im Augsburger Tagblatte in Beziehung auf die Lyceiſten von Dillingen Folgendes bekannt gemacht: „Ein junger Menſch, welcher am 23. Abends nach 11 Uhr ganz betrunken nach Hauſe ging, rief in der Nähe ſeiner Wohnung: „„Es leben die Frankfurter!““ ohne daß auch nur Jemand Anderer Antheil daran nahm. Er wurde von der Polizeiwache angehalten und dem königl. Landgericht angezeigt. Daß derſelbe aber dem Bundestag ein Pereat brachte, iſt ſo unwahr, wie die weitere Erzählung, als ob die Lyceiſten in Dillingen ihre im Carcer befindlichen Kameraden mit Gewalt befreiten, um ſo mehr eine offenbare ſchändliche Lüge iſt, als nicht ein einziger Studierender um dieſe Zeit die Strafe des Carcers zu erſtehen hatte. Es iſt zu erwarten, daß die ſo ſchmählich beleidigte Studienanſtalt ihren Verläumder gerichtlich verfolgen, und zum Widerruf ſeiner ſchändlichen Lügen veranlaſſen werde.“

Wien, den 4. Mai.

Se. k. k. apoſtol. Majeſtät haben mit allerhöchſtem Handſchreiben an Allerhöchſtihren Kanzler des öſterreichiſch-kaiſerlichen Ordens der eiſernen Krone, Feldmarſchall Grafen von Bellegarde, vom 26. v. M., dem k. k. Generalmajor Grafen Carl von und zu Clam-Martinitz den öſterreichiſch-kaiſerlichen Orden der eiſernen Krone erſter Claſſe allergnädigſt zu verleihen geruht.

Am 4. Mai war zu Wien der Mittelpreis der
Staatsſchuldverſchreibungen zu 5 pCt. in CM. 92 7/8;
detto detto zu 4 pCt. in CM. 83;
Darlehen mit Verlooſ. v. J. 1820, für 100 fl. in CM. 188 3/4;
detto detto v. J. 1821, für 100 fl. in CM. 134 [illegible];
Wiener Stadtbanco-Obligat. zu 2½ pCt. in CM. 52 1/8;
Kurs auf Augsburg für 100 Gulden Curr., Gulden 98¼ Br. Uſo. 2 Monat. — Conv. Münze pCt. ——;
Bankactien pr. Stück —— in C. M.

Hauptredacteur: Joſeph Anton Edler von Pilat.

Verleger: Anton Strauß ſel. Witwe in der Dorotheergaſſe Nr. 1108.

Im Comptoir des Oeſterr. Beob. iſt zu haben: E. Mayers, der k. k. Landwirthſchafts-Geſellſchaft in Wien gewidmetes, neueſtes teutſches Gartenbuch; eine vollſtändige Anweiſung zur Erziehung und Behandlung aller Gewächſe im Küchen-, Obſt-, Blumen- und Ziergarten, nebſt Obſt-Orangerie in Gartentöpfen, und Gartenkalender. Mit 66 Abbildungen. Neue wohlfeilere Ausgabe 1832. br. 2 fl. C. M.

Nro. 126

Oeſterreichiſcher Beobachter.

Montag, den 6. Mai 1833.

Meteorologiſche Beobachtungen vom 4. Mai.	Zeit der Beobachtung	Barometer auf 0° Reaumur reducirt.		Thermometer Reaumur.	Wind.		Witterung.
		Pariſer Maß.	Wiener Maß.				
	8 Uhr Morg.	27.662	28 Z. 5 L. 2 P.	+ 15.0	N.	ſtill.	heiter.
	3 Uhr Nachm.	27.637	28 4 10	+ 21.5	NW.	—	Wolken.
	10 Uhr Abnds.	27.650	28 5 0	+ 15.0	SO.	—	heiter.

Großbritannien und Irland.

Bevor in der Sitzung des Unterhauſes vom 23. April die Debatte über die Motion des Hrn. M. Attwood wieder aufgenommen wurde, erklärte dieſes Mitglied, daß man ihn ganz falſch verſtanden habe, wenn man glaube, er bezwecke durch ſeinen Antrag, eine Entwerthung der Landesvaluta herbeizuführen. Sein Antrag laute ganz einfach dahin, daß man den Zuſtand des Landes und zu gleicher Zeit unterſuchen ſolle, in wie weit das jetzige Geldumlauf-Syſtem auf denſelben eingewirkt habe. Die Argumente, welche von jener Seite des Hauſes gegen dieſen Antrag vorgebracht worden wären, hätten keinen andern Zweck, als furchtſame Mitglieder zu veranlaſſen, gegen die Motion zu ſtimmen. Aus dieſem Grunde ſtelle man es fälſchlich ſo hin, als ob das Haus über eine Frage zu entſcheiden habe, wobei die National-rechtlichkeit betheiligt ſei. Man habe aber nur ganz einfach darüber zu entſcheiden, ob der Zuſtand des Landes der Art wäre, daß er die Aufmerkſamkeit des Hauſes auf ſich ziehen müſſe, oder ob das Haus es für pflichtgemäßer halte, gegen die Forderungen des Volkes taub zu bleiben. — Lord Althorp ſagte, daß dieſe Bemerkungen des ehrenwerthen Herrn mit ſeiner geſtrigen Rede in Widerſpruch ſtänden. Er habe in derſelben zwar nicht ausdrücklich auf eine Entwerthung, doch auf eine Veränderung der Valuta beſtanden, welche eine Steigerung in den Preiſen der Producte des Ackerbaues hervorbringen ſolle. Wie ſolle aber eine ſolche Veränderung hervorgebracht werden, wenn man nicht den Werth der Valuta vermindern wolle? — Nachdem hierauf die Debatte eröffnet worden war, ſprachen ſich zuerſt der Oberſt Davies und Sir H. Willoughby für den Antrag aus, jedoch mit der Verwahrung, daß ſie keineswegs eine Veränderung in der Valuta herbeizuführen beabſichtigten. Hr. A. Baring widerſetzte ſich dem Vorſchlage, weil die Annahme desſelben, wie er glaube, das Land in die größte Beſtürzung verſetzen würde. Im Uebrigen erklärte er, daß er nicht ganz abgeneigt ſei, eine Unterſuchung über die Landesvaluta zu unterſtützen, wenn ſich dieſelbe auf folgende drei Puncte beſchränke; nämlich zu unterſuchen, ob es nicht zweckmäßig ſei: 1) die Silber- und Goldvaluta zu vereinigen; 2) jeder Landbank die Erlaubniß zu geben, ihre Noten mit Noten der engliſchen Bank zu bezahlen, und 3) die Wiederausgabe von Ein- und Zweipfundnoten zu geſtatten? — Den ganzen übrigen Theil der Sitzung füllte eine Rede des Sir R. Peel aus, der ſich unter Andern folgendermaaßen vernehmen ließ: „Obgleich mein Votum mit dem meines ehrenwerthen Freundes (Hrn. A. Baring) übereinſtimmen wird, ſo kann ich doch nicht umhin, zu bemerken, daß einige der von ihm aufgeſtellten Anſichten mir in der Ausführung als gefährlich und verderblich erſcheinen würden. Mein ehrenwerther Freund erklärt ſich geneigt, eine Unterſuchung über drei höchſt wichtige, ſchwierige und verwickelte Fragen zuzulaſſen, und ſcheint mir dadurch im Publicum Zweifel in Bezug auf die Valuta zu erregen, welche Zweifel zu beſeitigen er doch als ein Hauptargument gegen den Antrag des ehrenwerthen Mitgliedes für Whitehaven erklärt. Was die vorgeſchlagene Wiederausgabe von kleinen Noten betrifft, ſo glaube ich, daß ſich die unvermeidlichen Folgen keiner politiſchen Maaßregel mit größerer Gewißheit vorausſagen laſſen — die unvermeidliche Folge einer ſolchen Maaßregel würde das gänzliche Verſchwinden des Goldes aus der Circulation ſeyn. Eine eben ſo unmittelbare Folge würde allerdings auch das Steigen der Preiſe und eine künſtliche Belebung des Handelsverkehres ſeyn. Einige Monate würde Alles ganz gut gehen, und man würde ſich vielleicht gegenſeitig über die anſcheinende Zunahme des Wohlſtandes Glück wünſchen. Aber man bedenke das Ende. In 18 Monaten oder zwei Jahren würde die Papiercirculation übermäßig ſeyn — das Gold iſt dann bereits aus dem Lande gegangen — die Kurſe würden fallen — die Banken beſtürmt werden — Handelsbeſtürzung — die Bank muß ihre Ausgaben einſtellen, um die Goldforderungen zu befriedigen — und endlich würde ſich der paniſche Schrecken einſtellen, gegen den man freilich niemals ganz geſichert iſt, gegen den aber doch eine Metallvaluta den beſten Schutz darbietet. Die von meinem ehrenwerthen Freunde vorgeſchlagenen Veränderungen ſind überhaupt ſo wichtig und ſo verwickelter Art, daß, wenn ein Ausſchuß zur Unterſuchung derſelben niedergeſetzt würde, dieß Aufregung, Noth und Verlegenheit zur unmittelbaren Folge haben müßte. — Indem ich mich nun zu dem Antrage wende, mit dem ſich das Haus gegenwärtig beſchäftigt, ſo räume ich ſehr gern ein, daß der wichtigſte Theil der Frage der iſt, ob irgend etwas, und was zur Abhülfe der Noth geſchehen könne? Es iſt dabei unmöglich, nicht auf die Bemerkungen einzugehen, welche die Acte vom Jahre 1819 als eine Miturſache der herrſchenden Noth hinſtellen. Ich läugne es, daß die Acte vom Jahre 1819 die Urſache der Noth iſt, obgleich ich zugebe, daß ſeit ihrer Annahme das Land von großer Noth heimgeſucht worden iſt. Ich gehe noch weiter, und ſage, daß die Annahme jener Bill bedeutende Noth zur Folge hatte, in ſo fern ſie dazu diente, den Werth der Valuta zu erhöhen, und unſere commerciellen und finanziellen Verhältniſſe empfindlich zu berühren; aber den ganzen Umfang der damaligen Noth der Veränderung in der Valuta zuzuſchreiben, war eine arge Täuſchung. Es war unmöglich, daß wir von dem Syſtem einer uneinlösbaren Papiervaluta zu einer Goldvaluta übergehen

Digitized by Google

konnten', ohne Verlegenheiten hervorzurufen. Aber der Zuſtand, aus dem wir damals das Land befreien mußten, ſollte wenigſtens als nützliche Lehre dienen, daß es nichts Verderblicheres für das Land geben kann, als der Verſuch, von einer Metall- zu einer entwertheten Valuta zueückzukehren. Ich räume ein, daß die Peeiſe jetzt im Allgemeinen ſehr gedrückt ſind; wenn aber Jemand hofft, durch irgend eine Währung die Preiſe zu denen der Kriegszeiten hinaufzutreiben, ſo würde er ſich jämmerlich getäuſcht finden. Man muß immer bedenken, daß die Keiegszeiten von 1793 bis 1815, mit einer uneinlösbaren Papiervaluta, mit einem Fabrikmonopel zu unſerem Gunſten, keinen Maaßſtab für gewohnliche Zeiten abgeben kann." Der Redner ſuchte nun durch verſchiedene Angaben zu beweiſen, daß oft gerade in den Jaheen, wo die Bank die meiſten Noten ausgegeben habe, Noth und Elend im Lande verhältnißmäßig am großten geweſen, und alſo die Behauptung mehrerer Mitglieder, daß die Ausgabe von Noten ein Heilmittel gegen das Uebel ſei, nicht auf haltbarem Grunde beruhe. — „Es möge," ſo fuhr Sir Robert fort, „irgend ein ehrenwerthes Mitglied auf Vorlegung von Nachweiſen antragen, woraus die Höhe des Arbeitslohnes abzunehmen iſt, und ich bin überzeugt, daß alle diejenigen, welche Thatſachen nicht das Auge verſchließen, einſehen werden, daß der arbeitenden Bevölkerung jetzt mehr Lebensbedürfniſſe und Annehmlichkeiten zu Gebote ſtehen, als in den ſo gerühmten Zeiten der entwertheten Valuta. Aus welchem Grunde trägt man daher auf die vorgeſchlagene Unterſuchung an? Sind diejenigen, welche dieſelbe zu veranlaſſen wünſchen, über den einzuſchlagenen Weg einerlei Meinnng? Das Haus möge nur einen Augenblick auf die Wendung blicken, welche die gegenwärtige Debatte genommen hat. Nicht zwei von den Herren, welche zur Unterſtützung des Anerages aufgeteeten ſind, ſind über den „zu befolgenden Weg gleicher Meinung; nicht einer, der nicht von dem andern über das anzuwendende Mittel ganz entſchieden abwiche. Nun überlaſſe ich es aber dem geſunden Verſtande des Hauſes, ob es bei den ſo widerſtreiteuden Anſichten jener Herren der Mähe werth iſt, ſie mit einer Unterſuchung über den Zuſtand des Landes zu beauftragen? Das ehrenwerthe Mitglied für Whitehaven hat ſich weislich gehütet, irgend ein beſonderes Hulfsmittel anzugeben. Doch geht aus Allem hervor, daß die Entwerthung der Valuta der Zweck iſt, den er im Auge hat. Das ehrenwerthe Mitglied ſagt, unſeee Bevolkerung ſei angewachſen, unſere Production habe zugenommen, und dennoch wolle man die Valuta nicht vermehren. Das ehrenwerthe Mitglied hätte eben ſo gut ſagen konnen, die Straßen haben ſich vermehrt, neue Gebäude ſind aufgeführt worden, und doch bleiben Elle und Meile dieſelben. (Hort! hört! und Gelächter.) Wenn man Leute, wie es im Laufe dieſer Debatte geſchehen iſt, von einer „veralteten Valuta" ſprechen hört, kommt mir dieß gerade ſo vor, als wenn man ſagt, das Metall ſei alt. Das ehrenwerthe Mitglied für Oldham hat uns geſagt, daß es für den Antrag ſtimmen werde, obgleich es über jeden einzelnen Punet mit dem Antragſteller verſchiedener Meinung ſei. (Gelächter.) Ich bin niemals ſo ſehr getäuſcht worden, als duech den Vortrag jenes ehrenwerthen Mitgliedes. Er ſagte uns zuvörderſt, daß er ganz beſonders berufen ſei, das Haus über dieſen Gegenſtand anzueeden; daß es ein Gegenſtand ſei, dem er ſich ganz beſonders gewidmet habe; daß Niemand ein Woet darüber ſageu konne, welches ſich der Mühe verlohne anzuhören, wenn er es ihm nicht geſtohlen habe; daß der Kanzler der Schatzkammer zwar eine recht gute Rede gehalten, aber alles aus ſeinen (Cobbett's) Schriften entlehnt habe. (Gelächter.) Ich kann dem ehrenwerthen Mitglied für Oldham verſichern, daß er in Bezug auf die Rede, welche er bei dieſer Gelegenheit gehalten hat, keine ſolche Beſorgniſſe zu hegen braucht; er darf nicht fürchten, daß ihm in dieſem Falle irgend Jemand ſeine Ideen ſtehlen wied; ſie ſind zu originell, zu außeroedentlich, als daß ſie auch den rückſichtsloſeſten Räuber ſolcher Waare in Verſuchung führen könnten. Es iſt vielleicht nie eine Rede gehalten woeden, die einen kräftigeren Schutz für die Rechte des Autors in ſich trüge. (Gelächter.) Wer nicht durch die frühere Debatte wußte, wovon die Rede ſei, hätte es aus dem Vortrage des ehrenweethen Mitgliedes niemals errathen. Er hat von den Colonien, von unſerer Flotte, von dem Uebergewicht geſprochen, welches wir in Europa behaupten müßten, und endlich verſichert, daß die Valnta nicht verändert werden dürfe. Das ehrenweethe Mitglied für Birmingham (Hr. T. Attwood) hat bis jetzt noch nicht geſprochen, ich weiß dahee nicht, ob er geneigt iſt, von ſeinem im Jahre 1817 entworfenen Plane abzugehen. Dieſer Plan gründet ſich auf eine unbeſchränkte Entwerthung der Valuta. Wüede es nun wohl weiſe ſeyn, einem Keanken, der an einer ſchweren Krankheit darniederliegt, zwei Aerzte zu ſchicken, die ſo ganz verſchiedener Meinung ſind, wie das ehrenwerthe Mitglied für Oldham und das ehrenwerthe Mitglied für Birmingham — ihm Sangrado von Oldham und Cuchuelo von Birmingham zu ſchicken, um den armen Keanken aller ſeinee Leiden durch Beſchleunigung ſeines Endes zu entheben? (Großes Gelächter.) Sollen wir einen Ausſchuß aus ſo entgegengeſetzten Materialien zuſammenſetzen?" — Schließlich fordeete der Redner die Mitglieder noch auf, ſich bei ihrem Votum nicht von der Fuecht leiten zu laſſen, daß ihre Motive von ihren Conſtituenten leicht gemißdeutet werden konnten, ſondern nach ihrer gewiſſenhaften Ueberzeugung zu ſtimmen, indem der aufgeklärte und vernünftige Theil des Volkes auf ihrer Seite ſei. — Nachdem Sir R. Peel unter großem Beifall ſeinen Platz wieder eingenommen hatte, veeſuchte der Oberſt Torrens ſich Gehor zu veeſchaffen, wurde aber durch den Ruf nach Abſtimmung ſo häufig unterbrochen, daß er auf Vertagung antrug, und es darüber zur Abſtimmung kommen ließ, welche folgendes Reſultat ergab: Für die Vertagung 98 Stimmen, gegen dieſelbe 318; Majoritäe dagegen 220 Stimmen. Der Obeeſt Torrens machte darauf einen zweiten Verſuch, das Haus anzureden, da ihn aber die Unterbrechungen fortwährend daran verhinderten, ſo trug er abermals auf Vertagung an. Lord Althorp ließ es indeſſen nicht zur Abſtimmung kommen, ſondern willigte in die Vertagung, unter dee Bedingung, daß die Debatte am folgenden Tage zum Schluß gebracht werden ſolle. Das Haus vertagte ſich darauf um halb 3 Uhr Morgens.

Den neueſten Nachrichten aus London (in Galignani's Meſſenger) zufolge, war die Debatte über die Motion des Hrn. Attwood in der Sitzung des Unterhauſes vom 24. April beendigt und gedachte Motion mit 331 gegen 139 Stimmen verworfen worden. Lord Althorp's Amendement, „daß das Haus der Meinung „ſei, daß jede Veeänderung in dem Geldumlauf-Syſtem „des Landes, die darauf berechnet wäre, den feſtſtehenden „Werth zu verringern, höchſt unzweckmäßig und gefähr„lich ſeyn würde," mit 304 gegen 49 Stimmen angenommen.

Im Courier vom 23. April heißt es: „Ein einziger Gegenſtand feſſelt jetzt die Aufmerkſamkeit des Publieums, und alle Unterhaltung dreht ſich um ihn; es iſt der Antrag des

Digitized by Google

Hrn. *Attwood* auf Unterſuchung der Landesnoth. Das ganze Land harrt mit geſpannter Aengſtlichkeit auf dir Entſcheidung des *reformirten* Unterhauſes über dieſen Antrag. Worüber hat das Haus zu entſcheiden? Ueber den Nutzen oder Schaden des Geldſyſtems? Keineswegs; ſondern ob das reformirtr Unterhaus die Urſachen der von den Miniſtern zugegebenen, von allen Parteien des Unterhauſes anerkannten und beklagten, und von allen Claſſen der Geſellſchaft *grfühlten Noth unterſuchen* ſoll? Mögen ſich dir Mitglieder des Unterhauſes nicht durch den Glauben täuſchen, daß ihre Conſtituenten ihnen deßhalb, weil ſte den Antrag des Hrn. Attwood einr Geldfrage zu nennen belieben, gern erlauben werden, dir eigentliche Sachr zu überhüpfen. Es iſt keine *Geldfrage*, ſondern eine *Noth*frage; als ſolche betrachtet ſie das Land; und eine Weigerung, dir Urſachen der eingeſtandenen Noth, Verlegenheit und Schwierigkeit, über die ſich alle Gewerbtreibenden laut beklagen, zu unterſuchen, wird man als eine Verweigerung der Gerechtigkeit von Seiten des reformirten Unterhauſes anſehen, auf welches dir Bevolkerung ihre zuverſichtlichſte Hoffnung ſtellte. Dir Popularität des Miniſteriums würde gefährdet werden, wenn es ſich weigert, dieſem Antrage beizutreten; doch das iſt eine Sache von untergeordneter Bedeutung in Vergleich mit der Gefahr der Unpopularität, in die das Unterhaus ſelbſt durch eine Weigerung, dem Grund der Landesnoth nachzuforſchen, verſinken wurde. Was iſt das jetzige Unterhaus? Wozu iſt es verſammelt? *Weßhalb iſt es reformirt worden?* Geſchah es nicht deßhalb, weil das Volk glaubte, daß man bei dem verderbten Zuſtande, worin ſich das Unterhaus ſeit einer ſo langen Reihr von Jahren befand, vergebens Abhülfe der Beſchwerden oder Linderung der Leiden von ihm erwarte? Und wird es nicht, bis ſeine Beſchwerden abgeſtellt und ſeine Leiden gelindert ſind, noch fernerhin glauben, daß das Unterhaus weiterer Reformen bedürfe? Und wo ſoll die Reform ſtill ſtehen? So lange das Unterhaus dabei beharrt, eine Unterſuchung der Landesnoth zu verweigern, ſo lange werden die Nothleidenden bei ihrem Entſchluſſe beharren, immee mehr Reformen herbeizuführen, bis ſie zu dem Ende und Ziel der Parlamentsreform, zu weſentlicher Linderung ihrer Noth und zu Verbeſſerung ihres geſellſchaftlichen Zuſtandes, gelangen. Hier iſt Stoff zu ernſtlicher Ueberlegung für einen Jeden, der das durch das ganze Land zunehmende Verlangen nach allerlei vorſchnellen und gefährlichen Veränderungen zu hemmen wünſcht. Wer ſeine Blickr umherſendet und die Zeichen der Zeit beobachtet, die wachſende *Bildung* des Volkes, *ohnr die Grundlage riner moraliſchen Erziehung*, die politiſchen Unionen, welche im ganzen Lande Wurzel gefaßt haben und ein ſtets bereitwilliges Triebwerk zum Umſturz jeder ordnungsmäßigen Regierung ſind, wer dieß Alles betrachtet und das zunehmende Elend des Volkes ſieht, der muß zittern vor den Folgen einer längeren *Fortdauer* dieſer Noth.“

Ueber die Rede, welche Hr. *Attwood* zur Unterſtützung ſeines Antrages hielt, äußert ſich die *Times* folgendermaaßen: „Alles, was wir von dem ehrenwerthen Mitgliede ſagen konnen, beſchränkt ſich darauf, daß ſein Vortrag, wenn auch nicht überzeugend, doch *ſchlagend* war, und daß der Redner, nach ſeinen heftigen Handbewegungen zu ſchließen, wenn auch nicht anf ſeine Zuhörer, doch auf den Tiſch einen *tiefen Eindruck* gemacht haben muß. Ein Berichterſtatter, der ſich einige Minuten zu dieſer intereſſanten Beobachtung Zeit ließ, *zählte* dir Schläge, welche das ehrenwerthe Mitglied dem Tiſche beibrachte, und fand, daß Hr. Attwood in einer Viertelſtunde nicht weniger als 200 ſolcher Schläge that. Nach dieſer Rechnung muß der Redner im Verlauf ſeines Vortrages nun dreitauſendmal auf den Tiſch geſchlagen haben. So weit haben es wirklich wenige Redner in ſo kurzer Zeit gebracht, und jener Prediger, der binnen einem Jahre das Innere von ſechs Bibeln zerſchlagen hatte, war ein Stümper gegen Hrn. Attwood. Lord Althorp entwickelte übrigens ſein anerkanntes Talent, ſeinen geraden und offenen Verſtand und ſeinen männlichen Sinn in aller Fülle, als er die Sophiſtik der Attwood'ſchen Rede aufdeckte, ihre Schlußfolgerungen vernichtete und ſeinen Vorſchlägen zur Veränderung des Geldſyſtems ſich widerſetzte. Nie war eine Antwort ſiegreicher, als die des Lords Althorp, und doch war keine ſo ſchlicht, einfach und anſpruchslos. Natürlich können wir noch nicht genau vorherſehen, wie viele Mitglieder den urſprünglichen Antrag unterſtützen werden, aber nach der zu Tagr liegenden Geſinnung des Hauſes zu ſchließen, wird dir Minorität, welche für eine Veränderung des jetzigen Geldſyſtems iſt, nicht fuechtbar ſeyn. Man hat gemeint, der Sprecher ſollte die Frage ſo ſtellen: „Mogen dir Schuldner Ja und die Gläubiger Nein ſagen?“ aber da es wohl in dem ehrenweethen Hauſe nicht viele Schuldner gibt, ſo würde dabri gar keine Theilung der Stimmen herauskommen.“

Conſols am 25. April 87¾.

Portugal.

Am 25. April Morgens hatte man in London durch das Schiff *Ebenezer* Nachrichten aus *Oporto* bis zum 17. gedachten Monats erhalten, welchen zufolge die Vertheidigungslinien vor *Oporto* in der letzten Zeit noch ſtärker befeſtigt worden waren, und in wenigen Tagen ein Ausfall erwartet wurde. Seit dem 24. März war kein Gefecht von Bedeutung vorgefallen. — Die letzten Nachrichten von der Escadre des Admirals *Sartorius* reichen bis zum 15. April; ſie beſtätigen, daß Geld zur Bezahlung der Schiffsmannſchaft eingetroffen ſei, und fügen hinzu, daß *Sartorius* Willens geweſen, mit dem erſten günſtigen Winde von den Bayona-Inſeln nach *Oporto* abzuſegeln. Seine Differenzen mit Dom Pedro ſollen durch die Vermittlung des Sir J. *Doyle*, des Generals *Saldanha* und des Herzogs von *Terceira* ausgeglichen worden ſeyn.

Frankreich.

In der Sitzung der *Pairskammer* vom 26. April — der erſten der *neuen Seſſion* — waren die Miniſter der auswärtigen Angelegenheiten, des Keieges und der Juſtiz anweſend. Der Herzog von Orleans nahm ſeinen gewöhnlichen Platz neben dem Herzoge von Decazes ein. Der Präſident verlas die ihm von dem Präſidenten des Conſeils übrrgebene Eröffnungsordonnanz. Die Miniſter entfernten ſich hierauf. Die jüngſten Pairs, die HH. von Lauriſton und Barthelemy, wurden als Secretäre aufgerufen. Der Präſident beſtimmte die Bureaux durchs Loos. Er verlas zwei Briefe, den einen von dem Duc de Champagny, und den andern von dem Marquis von Mortemart, die ſich entſchuldigten, wegen Unpäßlichkeit den Arbeiten der Kammer nicht beiwohnen zu können. Hr. Dreux-Brézé verlangte das Wort, der Präſident verweigerte es ihm aber, da die Kammer noch nicht conſtituirt ſei. Die HH. Pairs begaben ſich auf ihre Bureaux. Nach ihrer Zurückkunft verlas der Präſident die verſchiedenen Ernennungen. Durch einen ſonderbaren Zufall ward Hr. von *Dreux-Brézé* Secretär des ſechsten Bureau, bei welchem der Herzog von *Orleans* Präſident iſt. Es wurde nun durch Scrutin das definitive Bureau organiſirt. Die HH. Montesquiou, Marſchall Gerard, Gauthier und Monta-

lirt wurden Secretäre. Die Kammer war nun organiſirt. Hr. von Dreux-Brézé verlangte das Wort. Der Präſident bemerkte, es ſei nichts an der Tagesordnung. Hr. von Dreux-Brézé erwiederte, er wolle nur einige Bemerkungen über die Lage der Kammer machen. Seit die Regierung in Frankreich beſtehe, ſei dieß das erſte Mal, daß keine Antwort auf die Thronrede gegeben werde. Wenn die Kammer nicht darauf antworte, ſo gebe ſie das Anſehen, das Betragen des Miniſteriums zu billigen, während ſie gewiſſermaaßen einige Handlungen desſelben getadelt habe, namentlich indem ſie aus dem Geſetze über den Belagerungszuſtand mehrere Verfügungen entfernt habe, die ihr dem conſtitutionnellen Syſteme zuwider erſchienen wären. Schließlich nannte er die Gefangenſchaft der Herzoginn von Berry monſtruös. Hr. von Montalivet verlangte das Wort, trat es aber an den Grafen Molé ab, welcher ſagte, wenn Hr. von Dreux-Brézé in ſeiner Rede die Handlungen des Miniſteeiums habe durchgehen wollen, ſo wäre ſein Zweck erreicht, übeigens truge er auf Tagesordnung an. Der Präſident bemerkte, es ſei nichts an der Tagesordnung, und die Sitzung ward aufgehoben.

Die Deputirtenkammer veeſammelte ſich am 26. April unter dem Vorſitze des Hrn. Gras-Teeoille, Alterspräſidenten. Die HH. Duchatel, von Montebello, Bousquel, Garnier-Pagés wurden als die jüngſten Deputirten zu proviſoriſchen Secretären an das Bureau berufen. Die HH. d'Argout, Humann und de Rigny im Miniſtercoſtume wurden eingeführt. Hr. d'Argout verlas die Zuſammenberufungsordonnanz und erklärte die Seſſion von 1833 für eröffnet. Der Präſident beſtimmte dann durchs Loos die Bureaux. Die Deputirten begaben ſich dann auf ihre Bureaux zur Ernennung von Präſidenten und Secretären. Das erſte Bureau: Präſident Hr. Voyſin de Gartrempé. Secretär Hr. Edmund Blanc. 2tes Bureau: Präſident Hr. Etienne, Secretär Piscatoris. 3tes Bureau: die HH. Odier, Mahul. 4tes Bureau: Nogaret, Limperani. 5tes Bureau: Harlé Vater, Duchatel. 6tes Bureau: Keratry, Vigier. 7tes Bureau: Deleſſert, Joubert. 8tes Bureau: Berenger, Gillon. 9tes Bureau: Talmon, Bichonel. Hierauf wurde zur Präſidentenwahl geſchritten. Hr. Dupin wurde mit 221 Stimmen zum Präſidenten ausgerufen. Hr. Laffitte hatte 50 Stimmen erhalten. 21 Stimmen hatten ſich zerſtreut. — Bevor zur Stimmenſammlung für die Ernennung der Vicepräſidenten geſchritten wurde, beklagte ſich Hr. Mauguin über die Eile, womit man die Kammern einberufen hat. Er glaubte, daß auf die Ordonnanzen, beſonders auf die zur Einberufung der Kammern, bevor ſie vollſtreckt werden konnen, eine Friſt folgen ſoll. — Nach einer Antwort des Juſtizminiſters Hrn. Barthe, welcher behauptete, daß, da die Deputirten als auf ihren Poſten befindlich betrachtet werden konnten, die Kammer geſetzlich einberufen worden ſei, ſchritt man zur Stimmenſammlung für die Ernennung der Vicepräſidenten. Die HH. Etienne, de Schonen, B. Deleſſert und Berenger erhielten die meiſten Stimmen, und wurden als Vicepräſidenten proclamirt. Zu Secretären wurden dann noch die HH. Felix Real, Ganneron, Cunin-Gridaine und Martin (du Nord) gewählt, ſo daß das Bureau der Kammer gerade wieder aus denſelben Perſonen, wie in der vorigen Sitzung beſteht.

Dem Moniteur vom 27. April zufolge, hat man ſich genöthigt geſehen, die Vorleſungen der mediciniſchen Facultät und der Facultät der ſchönen Wiſſenſchaften zu Montpellier proviſoriſch zu ſuspendiren, da die Studenten zu wiederholten Malen einen der Profeſſoren ausgepfiffen und ſonſtige Exceſſe verübt hatten.

Der Gazette de France zufolge, ſind die HH. Orfila, Auvity, Fouquier und Andral am 26. April Morgens aus Blaye in Paris eingetroffen.

Am 26. April 5Percents Fin Courant geſchloſſen zu 101 Fr. 30. 3Percents Fin Courant geſchloſſen zu 77 Fr. 60. — Am 27. April um 1¼ Uhr Nachmittags 5Percents 101 Fr. 25. 3Percents 77 Fr. 35.

Teutſchland.

Die Stuttgarter Zeitung vom 29. April meldet: „Um das ſeit einiger Zeit an der Gränze bei Rottweil und Tuttlingen in Uebereinſtimmung mit gleichen Maaßregeln in Baden aufgeſtellte Commando des Landjägercorps abzulöſen, und dieſes ſeiner gewöhnlichen Beſtimmung zurückzugeben, iſt von dem dritten Infanterieregimente in Stuttgart eine Compagnie von 100 Mann dahin beordert worden."

Nach den Stuttgarter Blättern vom 30. April waren die ſtändiſchen Wahlen bis auf etwa 15 vollendet. Die große Mehrheit der frühern Abgeordneten von beiden Seiten iſt wieder gewählt; namentlich treten von der frühern miniſteriellen Majorität wieder ein: Dr. Feuerlein, Obertribunalrath Gmelin, Regierungsdirector von Mosthaf, Obertribunalrath Hufnagel, Kanzleirath Rapp, Profeſſor Widenmann ꝛc. Von den Stimmführern der Oppoſition wurden wieder gewählt: Procurator Schott, Dr. Menzel, Kriegsrath Römer, Dr. Walz, Profeſſor Pflanz, von Zwergern, Dr. Wieſt ꝛc. Ob Uhland und Pfizer wieder gewählt werden, iſt noch nicht entſchieden, da erſterer Candidat von Stuttgart, letzterer von Tübingen iſt, in welchen beiden Städten die Wahl, die eine ſehr beſtrittene ſeyn wird, erſt am 2. Mai beginnt. Unter den Repräſentanten aus dem Handels- und Fabriksſtande findet man wieder die HH. Dortenbach von Calw und Deffner von Eßlingen; Hr. Zais in Cannſtadt (der die Motion gegen den Anſchluß an Preußen geſtellt hatte) unterlag gegen einen andern Mitbewerber. Unter denen, die zum erſten Male in die Kammer treten, bemerkt man Univerſitätsrath Haas und Profeſſor Scheuerlen, beide von Tübingen, Finanzrath Bardili von Ludwigsburg; Geheimrath von Kapf ſoll die Wahl ablehnen. Die Wahl der ritterſchaftlichen Abgeordneten iſt erſt dem vierten Theile nach beendet.

Am 27. April Morgens 9 Uhr iſt der Herzog von Dalberg auf ſeinem Schloſſe zu Hernsheim bei Worms an einer ſchmerzhaften Leberkrankheit geſtorben.

Trieſt, den 1. Mai.

Nachrichten aus Alexandria zufolge, iſt der k. k. Oberſtlieutenant Ritter von Prokeſch, am Bord der k. k. Fregatte Lipſia, auf der er ſich am 7. März in Trieſt eingeſchifft hatte, nach einer ſehr ſtürmiſchen Fahrt am 2. April Abends in obgedachtem Hafen angelangt.

Hauptredacteur: Joſeph Anton Edler von Pilat.

Verleger: Anton Strauß ſel. Witwe in der Dorotheergaſſe Nr. 1108.

Bei Anton Strauss's sel. Witwe, Dorotheergasse Nr. 1108, ist erschienen und zu haben:

Dr. Ignaz Rudolph Bischoff's: Grundsätze zur Erkenntniss und Behandlung der Fieber und Entzündungen. Zweite umgearbeitete Auflage. Preis 5 fl. C. M.

Dr. Ignaz Rudolph Bischoff's Grundsätze zur Erkenntniss und Behandlung der chronischen Krankheiten. Erster Band 2 fl. 48 kr. C. M.

Nro. 127

Oeſterreichiſcher Beobachter.

Dinſtag, den 7. Mai 1833.

Meteorologiſche Beobachtungen vom 5. Mai.	Zeit der Beobachtung.	Barometer auf 0° Reaumur reducirt.		Thermometer Reaumur.	Wind.		Witterung.
		Pariſer Maß.	Wiener Maß.				
	8 Uhr Morg.	27.731	28Z. 6L. 0P.	+ 16.0	SO.	ſchwach.	heiter.
	3 Uhr Nachm.	27.713	28 5 9	+ 22.5	SO.	ſtill.	—
	10 Uhr Abnds.	27.757	28 6 3	+ 16.0	SO.	—	—

Großbritannien und Irland.

In der Sitzung des Unterhauſes vom 24. April ließ ſich als erſter Redner in der wieder aufgenommenen Debatte über den Antrag des Hrn. M. Attwood der Obrſt Torrens vernehmen, und ſprach ſich entſchieden zu Gunſten desſelben aus. Er erklärte, daß er zwar auch für das Amendement des Lords Althorp ſtimmen würde, daß es nämlich nicht zweckmäßig ſei, den Werth der Valuta zu verringern. Dieß ſchließe aber eine Unterſuchung über die Noth des Landes nicht aus. Ohne Abſchaffung der Monopole und ohne Reduction der Steuern konne das Land nicht beſtehen; und wenn in dieſer Beziehung nicht bald etwas geſchehe, ſo müſſe die Nation, welche der ganzen Welt Reichthum und Civiliſation mitgetheilt habe, dem auf ihr laſtenden Drucke erliegen! — Hr. Robinſon bedauerte, daß das ehrenwerthe Mitglied für Whitehaven die Frage über den Nothzuſtand des Landes mit der Valutafrage vermiſcht habe, weil ein ſolcher Antrag ihn (Hrn. Robinſon) und andere Mitglieder in große Verlegenheit ſetze. So bereitwillig er ſei, die Niederſetzung eines Ausſchuſſes zur Unterſuchung des im Lande herrſchenden Elendes zu unterſtützen, ſo könne er doch nicht darein willigen, durch ſein Votum den Schein auf ſich zu laden, als ob er eine Entwerthung der Valuta billige. In gleichem Sinne äußerte ſich Sir H. Parnell, indem er zu gleicher Zeit erklärte, daß der Gegenſtand durch die Debatte der beiden vorhergehenden Abende ſo erſchöpft ſei, daß man füglich ohne Weiteres zur Abſtimmung ſchreiten könne. Nachdem noch einige Mitglieder ihr abzulegendes Votum durch einige Bemerkungen motivirt hatten, trat Hr. M. Attwood noch einmal auf, um ſeine früher entwickelten Anſichten dem Hauſe wiederholentlich ans Herz zu legen, und ſagte am Schluſſe, daß, wenn das Haus ſeinem Antrage nicht beiträte, das Volk dieß ſo betrachten würde, als ob man ihm nicht Gerechtigkeit widerfahren laſſen wolle, und die Folge davon dürfte eine Trennung zwiſchen ihnen ſeyn. — Es wurde hierauf zur Abſtimmung geſchritten, dieſe ergab:

für den urſprünglichen Antrag des Hrn. Attwood	139	Stimmen,
gegen denſelben	331	„
Majorität	192	Stimmen.

Als nun über das Amendement des Lords Althorp abgeſtimmt werden ſollte, ſchlug Hr. M. Attwood ein Unteramendement des Inhaltes vor, daß ein Ausſchuß zu ernennen ſei, der, mit Rückſicht auf die in dem Amendement des Lords Althorp ausgeſprochene Anſicht, den Zuſtand des Landes unterſuchen ſollte. Lord Althorp widerſetzte ſich auch dieſem Antrage, weil ihm, wie er ſagte, daran gelegen ſei, daß die von ihm aufgeſtellte Frage allein und unabhängig entſchieden werde. Es ergaben ſich:

für das Amendement des Hrn. Attwood	154	Stimmen,
gegen dasſelbe	271	„
Majorität	117	Stimmen

Endlich wurde noch über den Antrag des Lords Althorp abgeſtimmt:

für denſelben fanden ſich . . .	304	Stimmen,
gegen denſelben	49	„
Majorität	255	Stimmen.

Das Haus vertagte ſich darauf um ein Viertel auf 4 Uhr Morgens.

In der Sitzung des Unterhauſes vom 25. April griff Hr. Hume bei Ueberreichung einer Bittſchrift zu Gunſten eines beſſeren Unterrichtsſyſtems die Miniſter wieder ſehr heftig an. Wenn die Miniſter, ſagte er unter Andern, ſich nicht zuſammennähmen, und nicht mehr auf dem Wege der Reduction und der Reform thäten, ſo würde bald das ſehr ehrenwerthe Mitglied für Tamworth (Sir R. Peel) auf den Schultern des Volkes ins Amt getragen werden. Er wünſchte wohl, daß die Miniſter in der Verſammlung anweſend geweſen wären, der er heute beigewohnt habe, zu der ſich nicht weniger als 4000 der achtbarſten Einwohner von Weſtminſter eingefunden hätten. Es würde ihm lieb geweſen ſeyn, wenn Lord Grey und der Lordkanzler gehört hätten, wie man ihre Namen in jener Verſammlung aufgenommen, und mit welcher ſtarken Mißbilligung man ihres Benehmens gedacht habe. Wenn die Miniſter nicht unverzüglich damit begönnen, etwas Wirkſames zur Erleichterung des Volkes thun, ſo würde er ſich freuen, das ſehr ehrenwerthe Mitglied für Tamworth recht bald auf dem Platze des edlen Lords (Althorp) zu ſehen. — Hr. Benett machte auf das Unpaſſende dieſes Angriffes aufmerkſam, da keiner der Miniſter anweſend ſei. Hr. O'Connell ließ ſich dadurch nicht abhalten, zu erklären, daß auch er jener Verſammlung beigewohnt habe, und ebenfalls gewünſcht hätte, daß die Miniſter gegenwärtig geweſen wären, um die Geſinnungen des Volkes kennen zu lernen. Er habe niemals einer Verſammlung beigewohnt, wo eine ſo allgemeine Verwünſchung gegen die Regierung, wegen der geringen Reduction der Steuern, laut geworden ſei. Wenn nicht bald etwas geſchehe, ſo würde das Volk die von einem edlen Lord in dieſem Hauſe ausgeſprochene Drohung wahr machen, und keine Steuern bezahlen. — Nachdem noch verſchiedene Bittſchriften überreicht worden waren, zeigte Lord Althorp an, daß er am nächſten Donnerſtag (2. Mai)

Digitized by Google

auf die Eenennung zweier Ausſchüſſe antragen weede, des einen, um den Zuſtand des Ackeebaues, des andern, um den Zuſtand des Handels und der Fabeiken im Lande zu unterſuchen. — Hr. Slaney hielt um die Erlaubniß an, eine Bill zue Verſoegung dee arbeitsloſen Handwerker einbringen zu dürfen, ſetzte ſeinen Plan, der in einee Art gegenſeitiger Aſſecuranz unter den Handweekern beſteht, ausführlich auseinander, und eehielt nach kurzer Debatte die nachgeſuchte Bewilligung. Demnächſt teat Hr. Grote mit ſeinem ſchon früher angekündigten Anteage auf, daß das Abſtimmen bei den Wahlen der Parlamentsmitglieder mittelſt Ballotement geſchehen ſolle. Ee ſetzte in einem ausfühelichen Vortrage alle Nachtheile der öffentlichen und alle Voetheile der geheimen Abſtimmung auseinander und ſuchte darzuthun, daß nue auf dem Wege dee letzteren die Reformbill einigen Werth füe das Land haben und zu einer wirklichen Volksrepeäſentation führen konne. Dee Vortrag des ehrenwerthen Mitgliedes wurde von einem Theil des Hauſes mit großem Beifall aufgenommen. — Der Graf von Darlington widerſetzte ſich demſelben, indem er darin nicht viel wenigee als einen gänzlichen Umſturz allee alten Inſtitutionen des Landes erblicken könne. Es ſchiene beinahe, ſagte ee, als ob die geoßen Hoffnungen, die man beim Volke durch die Reform angeregt hätte, nicht in Erfüllung gingen, und nun wolle man zu allerlei Mitteln ſeine Zuflucht nehmen, die man nun wieder dem Volke als Univerſalmittel anpreiſe. Er finde es begreiflich, daß ein großer Grundbeſitzer einen gewiſſen Einfluß auf ſeine Pächter ſelbſt bei Ausübung ihrer politiſchen Rechte äußeee, und könne daher ein Mittel nicht billigen, welches jede Controlle bei den Wahlen aufheben wolle. — Dr. Luſhington eeklärte das Ballotement füe die größte Verbeſſerung, welche möglichee Weiſe in die Verfaſſung des Landes eingefühet werden könne, indem ſich der wirkliche Ausdruck der Volksgeſinnung nue durch ein unabhängiges Votum ermitteln laſſe. — Loed Althoep ſagte, daß, obgleich er ſich im Allgemeinen günſtig für die Wahl durch Kugeln geäußert, er doch niemals geſagt oder geglaubt habe, daß dieſelbe das sine qua non einer guten Vertretung ſei. Er habe niemals Veeänderungen unterſtützt, wenn er nicht praetiſchen Nutzen dabei vorausgeſehen hätte. Er glaube nicht, daß untee dem jetzigen Syſtem die Mißbräuche ſo arg wären, um jene Veeänderung nothwendig zu machen, und deßhalb erkläre er ſich für jetzt gegen den Antrag. Die HH. Cobbett und O'Connell nahmen ſich desſelben mit kurzen Worten an, indem ſie der Meinung waren, daß es das einzige Mittel ſei, um jedee Art von Beſtechung ein Ende zu machen. Sir R. Peel feagte, ob denn das wirklich ein Vortheil ſeyn würde? Ob es überall wünſchenswerth ſei, daß ſich ein Wähler auf die apathiſche Ausübung ſeiner Pflicht beſchränke, daß jeder freundliche Verkehr mit den Conſtituenten abgebeochen, und die Bewerbung um ihre Stimmen für ein Verbrechen erkläet würde? Uebrigens ſei er der Meinung, daß auch durch das Ballotement das Geheimniß dee Vota nicht vollkommen geſchützt würde, und daß dasſelbe häufig zu Aegwohn und ungeeechter Verfolgung Anlaß geben dürfte. Eine andere Folge dee Abſtimmung mittelſt Kugeln würde die ſeyn, daß die Verfaſſung des Hauſes noch demokratiſcher würde; ſie ſei es aber ſchon jetzt hinreichend, und ſchon aus dieſem Grunde allein würde er ſich der Motion widerſetzen. — Hr. G. F. Berkeley unterſtützte den Antrag. Er habe ſich von der Nothwendigkeit desſelben bei den letzten allgemeinen Wahlen überzeugt. In der Grafſchaft, welche er die Ehre habe zu repräſentieen, wären 45 Perſonen außee Beot gekommen, weil ſie nach ihrem Gewiſſen geſtimmt hätten. Bei der hierauf Statt findenden Abſtimmung ergaben ſich:

für den Antrag . . 106 Stimmen,
gegen denſelben . . 211 „

Majorität dagegen . 105 Stimmen.

— Loed Althoep erwiedeete auf eine Frage des Sir R. Peel, daß er, wo möglich, am künftigen Montag auf die zweite Leſung der Bill wegen der Reform der Kirche in Irland antragen weede. — Sie J. Key zeigte an, daß ee an dem Tage, wo er ſeinen Anteag auf Abſchaffung der Aſſeſſed-Taxes einbringen werde, auf den namentlichen Aufruf dee Mitgliedee dringen wolle. Das Haus vertagte ſich um 1 Uhr.

In der Sitzung des Oberhauſes vom 26. April zeigte der Graf Fitzwilitam an, daß ee in wenigen Tagen gewiſſe Reſolutionen in Bezug auf die Korngeſetze vorlegen und daeauf anteagen werde, daß dieſelben zum Deuck verordnet würden. Dee Geaf von Abeedeen kündigte ſodann vorläufig an, daß er nächſten Dinſtag auf die Vorlegung gewiſſee Documente und Aufſchlüſſe über die feanzöſiſche Expedition nach Algiee und die Oeeupation dieſes Landes durch die Franzoſen antragen werde. Graf Grey legte den Supplementarveetrag mit Frankreich in Bezug auf den Sclavenhandel zue Einſicht des Hauſes vor.

Es ſind Briefe von Hrn. Coffin aus dee abyſſiniſchen Handelsſtadt Maſſowa im aeabiſchen Meerbuſen in London eingegangen, worin gemeldet wird, daß ſich die untee Mehmed Ali's Botmäßigkeit ſtehende türkiſche Garniſon dieſes Oetes empört, ſich des Gouveeneurs bemächtigt, von den Vorräthen Beſitz genommen, ſich an Bord einiger dee im Hafen liegenden Fahrzeuge eingeſchifft, die übeigen Schiffe in Grund gebohet und ſich nach der arabiſchen Küſte hinüberbegeben habe. Der Miſſionäe, der ſich in der letzten Zeit in Abyſſinien aufgehalten, war zu Maſſowa angekommen, und beabſichtigte, unveezüglich nach Aegypten zurückzukehren.

Dee Conriee meint, es ſei ein großes Glück, daß die Influenza gewohnlich keine tödtliche Folgen habe, wie die Cholera, ſonſt möchten ſchon zwei Dritttheile dee Londoner Bevölkeeung von dieſer Epidemie hingerafft ſeyn. Aſhburnham-Houſe, dee Wohnort des Fürſten von Lieven, welches bishee von dee Influenza ganz veeſchont geblieben war, iſt nun auch davon heimgeſucht woeden; die ſämmtlichen Bewohner, von der Fürſtinn bis zum Portiee heeab, leiden daran.

Griechenland.

Nachſtehendes iſt das Patent über die Beſitzeegreifung der Provinzen Attika und Euböa, und der übrigen, durch den Verteag vom 9. (21.) Juli 1832 dem griechiſchen Konigreiche einverleibten Diſtricte: „Wir Otto, von Gottes Gnaden, König von Griechenland, thun kund und zu wiſſen Jedermann: Nachdem duech den Vertrag, welcher zu Konſtantinopel am 9. (21.) Juli 1832 zwiſchen den Bevollmächtigten dee drei verbündeten Mächte Frankeeich, Großbeitannien und Rußland einer, und dee ottomanniſchen Pforte andeeee Seits abgeſchloſſen, und von der Londoner Conferenz in ihrem 52ſten Protocolle vom 30. Auguſt v. J. genehmigt worden; ſo wie durch die, von Commiſſarien der drei verbündeten Mächte in den Monaten Septembee, Oetobee und Novembee v. J. in Gemäßheit dieſes Vertrages vorgenommene Gränzabſteckung, die Geänzen des Königreichs Geiechenland unwiderruflich und definitiv feſtgeſetzt worden ſind, und die Räumung dee innerhalb dieſer Gränzen belegenen, bishee noch von den ottomanniſchen Behörden verwalteten,

Digitized by Google

und von ottomanniſchen Truppen beſetzten Provinzen ſpäteſtens bis zum 31. December v. J. erfolgen ſollte — ſo haben Wir in Gemäßheit Unſerer, durch die Artikel 4 und 5 des Londoner Vertrages vom 7. Mai 1832 erworbenen Rechte beſchloſſen: von den genannten Gebietstheilen, nämlich-Attika, Euböa, dem Diſtriete Zeituni und allen andern, zwiſchen dem Meerbuſen von Arta und jenem von Volo gelegenen Diſtrieten, wie auch von Allem, was dazu gehört, ſo wie ſie durch den obenerwähnten Vertrag von Konſtantinopel vom 9. (21.) Juli 1832 und dem gedachten Gränz-Demarcationsvertrag dem griechiſchen Reiche mit allen Rechten der Souverainetät einverleidt wurden, Beſitz zu ergreifen. Wir erwarten daher von allen Bewohnern und Unterthanen dieſer Länder, daß ſie Uns als Ihren rechtmäßigen König und Souverain anerkennen, Uns den ſchuldigen Gehorſam leiſten, und ſich in Allem ſo gegen Uns benehmen werden, wie es treuen und ergebenen Unterthanen zukommt; ſo wie ferner, daß ſie den Eid der Treue leiſten, ſobald derſelbe Unſerer Seits von ihnen verlangt werden wird. Wir verſprechen ihnen dagegen, ihre rechtmäßig erworbenen Freiheiten und Rechte aufrecht zu halten, und Unſere ganze Sorgfalt anzuwenden, um ihre Wohlfahrt zu befordern und zu ſichern. Wir verſprechen ferner, die Verpflichtungen, welche der Vertrag von Konſtantinopel vom 9. (21.) Juli und das 52ſte Protocoll der Londoner Conferenz vom 30. Auguſt v. J. Uns auferlegen, getreulich zu erfüllen, und nicht bloß in den durch jenen Vertrag voraus beſtimmten Fällen die Auswanderung und den Verkauf der Güter von Seite derjenigen Einwohner und Grundeigenthümer der gedachten Provinzen und Diſtricte, welche das Land verlaſſen und ihre rechtmäßig erworbenen Beſitzungen verkaufen wollen, nicht zu verhindern, ſondern auch ihnen die Mittel dazu zu erleichtern. Ferner ſichern Wir denjenigen Unterthanen, welche ſich zum muhamedaniſchen Glauben bekennen, und in Unſerem Reiche verbleiben wollen, denſelben Schutz und dieſelbe Gewiſſensfreiheit zu, deren alle Unſere Unterthanen ohne Unterſchied der Religion genießen. Wir haben Hrn. Rizzo, Unſern Staatsſecretär im Departement des Cultus und des öffentlichen Unterrichtes, mit der Beſitznahme der gedachten Provinzen und Diſtricte beauftragt, und verſehen Uns zu allen Einwohnern, daß ſie ſich allen Vorordnungen, welche er in Unſerem Namen erlaſſen wird, als gute Unterthanen unterwerfen werden. Zur Beglaubigung haben Wir Gegenwärtiges unterzeichnet und mit Unſerm königlichen Inſiegel verſehen." — Gegeben in Unſerer Reſidenz zu Nauplia, am 9. (21.) Februar 1833. Im Namen des Königs Otto, die Regentſchaft des Königreiches Griechenland: (Unterz.) Graf von Armanſperg, von Maurer, Ritter von Heideck."

Spanien.

Die Madrider Hofzeitung enthält in ihren beiden letzten Nummern eine Dankadreſſe der ökonomiſchen Geſellſchaft von Puerto-Rico an die Königinn für die von Ihrer Majeſtät für das Beſte des Landes getroffenen Maaßregeln und eine Glückwunſchadreſſe des Magiſtrats von Santiago de Cuba wegen der Wiederherſtellung Sr. Majeſtät des Königs. Außerdem theilt die genannte officielle Zeitung wiedee mehrere Dankadreſſen für die Bekanntmachung der Verhandlungen der Cortes von 1789 mit.

Der Generalcapitän von Cuba und Gouverneue von Havannah, General Ricafort, meldet in einer vom 4. März datirten Depeſche an den Premierminiſter den am 25. Februar erfolgten Ausbruch der aſiatiſchen Cholera in Havannah. Die Regierung hat ſofort die angemeſſenſten Maaßregeln angeordnet. Das Poſtſchiff, welches obige Depeſchen aus Havannah nach Cadix überbracht hat, iſt nach der Quarantaineanſtalt von Mahon gewieſen worden, ohne mit der Stadt communicieen zu dürfen.

Frankreich.

Der König empfing am 27. April Abends die Deputirten der Pairs- und der Deputirtenkammer, welche Sr. Majeſtät Anzeige von der definitiven Conſtituirung beider Kammern machten, und dann auch der Königinn vorgeſtellt wurden.

Am 27. April 5Percents Fin Courant geſchloſſen zu 101 Fr. 75. 3Percents Fin Courant geſchloſſen zu 77 Fr. 75.

Niederlande.

In der Provinz Nordbrabant fährt man mit den angefangenen Befeſtigungen eifrig fort. Bei den Ortſchaften Lithoyen und Maren ſind ſeit Kurzem Batteeien angelegr worden. Der Duſſenſche Seedeich ſoll an der Stelle, wo er die Landſtraße von Breda nach Gorinchem berührt, mit einer Verſchanzung verſehen werden.

Unter den zuletzt in der Provinz Seeland angelangten, aus der franzöſiſchen Gefangenſchaft entkommenen Seeleuten befindet ſich auch der Quartiermeiſter des Kanonierboots Nr. 24, der, als dieſes Boot auf Befehl des Capitäns Koopman vernichtet wurde, die Flagge deſſelben unter ſeinen Kleidern verbarg und dieſes Kleinod auch in der Gefangenſchaft den Augen dee Franzoſen zu verbergen wußte. Kaum jedoch auf vaterländiſchem Boden wieder angekommen, ſteckte er die Flagge als Ehrenzeichen auf und zog damit, geführt von zwei Kameraden, welche Ritter des Wilhelmsordens ſind, in die erſte holländiſche Ortſchaft unter dem Jubel der Menge und mit dem Rufe ein: „Freunde! Alles habe ich verloren, aber ſeht, dieſes Ehrenzeichen wich niemals von mir; kein Franzoſe oder Belgier hat es auch nur mit ſeiner Hand berühren dürfen!"

Belgien.

Die Union vom 25. April enthält Folgendes: „Geſtern erzählte man allgemein, daß ſeit der Antwort der Repräſentanten, denen Hr. de Theux zuerſt Vorſchläge gemacht hatte, kein neuer Schritt der Art bei andern Mitgliedern dee einen oder der andern Kammer gemacht worden ſei. Wenn dem ſo iſt, ſo hätten wir Unrecht, die Majorität, vor der das Miniſterium ſich zurückzieht, zu beſchuldigen, daß ſie nicht im Stande ſei, Mitglieder zu einem neuen Cabinete zu liefern. Der Aufſchub jeder fernerweitigen Bemühung, ein neues Miniſterium zu bilden, deutet darauf hin, daß die Auflöſung der Kammer beſchloſſen iſt; dieſe Maaßregel ließe ſich indeſſen nur rechtfeetigen, wenn die Unmöglichkeit, das Miniſterium zu erſetzen, ganz klar erwieſen worden wäre."

Der Liberal glaubt ebenfalls, daß man die Auflöſung der Kammern beſchloſſen habe, und vermuthet, daß die königliche Verordnung am 1. Mai erſcheinen werde.

Man verſicherte, in den erſten Tagen des Monats Mai werde das große Hauptquartier der Armee nach Mecheln verlegt werden. Die Hauptquartiere der verſchiedenen Diviſionen der Armee würden dieſer Bewegung folgen; das der erſten werde zu Dieſt, das der zweiten zu Lier und das der dritten zu Lowen aufgeſchlagen werden.

Schweizeeiſche Eidgenoſſenſchaft.

Die Allgemeine Zeitung meldet aus Zürich vom 28. April: „Die Vorfälle im Canton St. Gallen ſind nicht von Bedeutung. Am 24. ſchien zwar die Re-

Digitized by Google

gierung ernſte Beſorgniſſe zu hegen. In größter Eile wurde in S^t. Gallen ſelbſt eine Füſiliercompagnie aufgebothen, die Hauptwache, das Zeughaus und die Pulvermagazine mit ſtarken Detaſchements beſetzt, die Feuercompagnien der Hauptſtadt aufgefordert, ſich in Bereitſchaft zu halten, und andere Sicherheitsmaaßnahmen getroffen. Man ſchien noch von anderer Seite, als vom Rheinthale her, Bewegungen zu beſorgen. Auf den 26. wurde der große Rath einberufen, da dieſer allein nach der Verfaſſung über die bewaffnete Macht zur Handhabung der innern Ruhe zu verfügen hat. Nach einer bloß eine Viertelſtunde andauernden Discuſſion hat nun derſelbe mit einer an Einmuth gränzenden Mehrheit der Regierung unbeſchränkte Vollmacht ertheilt, zur Wiederherſtellung von Ruhe und Ordnung die Verhaftung der Aufwiegler und Rädelsführer vorzunehmen und alle erforderlichen Truppenaufgebote zu erlaſſen. Ueber eine Bittſchrift des D^r. Henne, Advocat Hungerbühler und Buchdrucker Wartmann, daß 200 der in die Schweiz eingewanderten Polen in den Canton S^t. Gallen aufgenommen und da verpflegt werden möchten, ſchritt der große Rath zur Tagesordnung. Eine andere, von einer bedeutenden Anzahl von Einwohnern der Stadt S^t. Gallen eingereichte Petition forderte denſelben auf, kräftige Maaßregeln zur Herſtellung von Ruhe und Ordnung zu treffen. Auch die Truppen waren gut geſtimmt. Am 27. ſollten ſie nach Altſtädten aufbrechen; man zweifelte, daß ſie Widerſtand finden würden. Das Ganze ſcheint nichts als eine gemeine Wühlerei geweſen zu ſeyn. Der Cantonsrath Eichmüller, in welchem man einen Hauptanſtifter vermuthete, hat jeden Antheil auf das Beſtimmteſte geläugnet. Die von der Regierung angeordnete raſche Entwicklung militäriſcher Kräfte mag ihren Grund vornehmlich darin haben, daß am erſten Sonntage im Mai die verfaſſungsmäßigen Bezirksgemeinden zur Erwählung der Mitglieder des großen Rathes und der Bezirksammänner bevorſtehen, mithin auch das geringſte Zaudern oder irgend ein anderes Zeichen von Schwäche dem Treiben der Demagogen für die bevorſtehenden Wahlen neuen Vorſchub geleiſtet hätte. — Nach öffentlichen Nachrichten zu ſchließen, hätte die großherzoglich badiſche Regierung den Polen nun auch auf den Fall, daß ſie mit den früher bezeichneten Päſſen verſehen ſeyn ſollten, den Eintritt in das badiſche Gebiet unterſagt, und der Präfect des Oberrheins von ſeiner Regierung ebenfalls die Weiſung erhalten, ſolche Polen, die nach Frankreich zurückkehren wollten, nöthigen Falls mit Gewalt zurückzuweiſen. Unter dieſen Umſtänden, und da auch die meiſten Regierungen der Schweiz nicht geneigt ſcheinen, den Flüchtlingen das Betreten ihres Gebietes zu geſtatten, haben die im Amt Freibergen befindlichen Polen drei Abgeordnete nach Bern geſandt, um ſich mit der dortigen Regierung über das weiter Vorzukehrende zu verſtändigen. An die 118 Deputirten von der franzöſiſchen Oppoſition haben ſie eine Dankadreſſe dafür erlaſſen, daß dieſe ein Geſetz, „welches die Rechte der Gaſtfreundſchaft verletze,“ bekämpft hätten. Uebrigens ſollen ſie nun weiter von der neuenburgiſchen Gränze entfernt und in die Aemter Bruntrutt, Münſter und Telsberg verlegt werden.“

Teutſchland.

Die Hannoverſche Zeitung gibt in Bezug auf die Nachricht, daß in Göttingen Unterſuchungen Statt gefunden, die Berichtigung, daß nicht, wie gemeldet worden, die Zimmer und Bureaux einer Geſellſchaft, ſondern nur die Papiere eines jungen Mannes verſiegelt wurden, der im vorigen halben Jahre in Göttingen ſtudirt hatte und einer Verwickelung in die Frankfurter Unruhen verdächtig geworden war. In Folge davon ſind aber auch die Papiere einiger anderen Studioſen, die jenem nahe geſtanden, verſiegelt worden.

So wie in Baden, Würtemberg, Baiern, beiden Heſſen Verbotmaaßregeln gegen den Aufenthalt flüchtiger Polen erlaſſen wurden, ſo erſchien nun auch in Dresden eine ämtliche Bekanntmachung, worin es heißt: „Nach eingegangenen Nachrichten wird den aus Frankreich zurückkehrenden polniſchen Flüchtlingen der Eintritt in die königlich preußiſchen Staaten im Allgemeinen nicht geſtattet, ſondern es werden dieſelben von den Gränzen zurückgewieſen. Eine Ausnahme davon findet nur wegen der zum Behufe ihrer Rückkehr nach Polen, oder des Beſuches der Bäder durch Paßviſa der ruſſiſchen oder preußiſchen Geſandtſchaften legitimirten Polen Statt. Aber auch dieſen wird nur die Durchreiſe durch die preußiſchen Staaten erlaubt. Sie dürfen die Gränze nur an drei Puncten, bei Saarbrück, Erfurt und Gorlitz überſchreiten, und müſſen ihre Reiſeroute über Breslau einſchlagen, auch, mit Vermeidung der Städte Potsdam und Berlin, auf kürzeſtem Wege nach Breslau reiſen. Nun iſt auch, nach den unter dem 26. Februar, 7. März und 2. April dieſes Jahres, an die dießſeitigen Polizeibehörden ergangenen Verordnungen, den aus Frankreich zurückkehrenden polniſchen Flüchtlingen der Eintritt in das Königreich Sachſen in keinem andern Falle geſtattet, als wenn ſie entweder dazu durch einen von einer dießſeitigen königlichen Geſandtſchaft an einem auswärtigen Hofe ausgeſtellten, oder viſirten Paſſe, oder durch Paſſe einer kaiſerlich ruſſiſchen oder königlich preußiſchen Geſandtſchaft zur Reiſe nach den ruſſiſchen oder preußiſchen Staaten, und ſonach zur Durchreiſe durch das Königreich Sachſen wirklich legitimirt ſind. Die gedachte königlich preußiſcher Seits neuerlich verfügte Beſchränkung des Eintrittes derſelben in das jenſeitige Hinterland aber macht nunmehr auch dießſeits die Ergreifung einer ähnlichen Maaßregel nothwendig. Auf Anordnung des königlichen Miniſteriums des Innern wird daher der Eintritt polniſcher Flüchtlinge in hieſige Lande, in ſo weit ſolche dazu, vorgedachten Verordnungen zufolge, überhaupt berechtigt ſind, von nun an auf die beiden Puncte: an der Ullitz auf der Straße von Hof nach Plauen, und bei Markranſtädt auf der Straße von Erfurt nach Leipzig beſchränkt.“

Wien, den 6. Mai.

S^e. k. k. apoſt. Majeſtät haben mit allerhöchſtem Handſchreiben vom 27. v. M. den Abt, dann Hof- und Burgpfarrer, Michael Wagner, zum Titularbiſchofe zu Belgrad und Semendria, und zugleich zum apoſtoliſchen Feldvicar Allerhöchſtihren Heere, gnädigſt zu ernennen geruht.

Am 6. Mai war zu Wien der Mittelpreis der

Staatsſchuldverſchreibungen zu 5pCt. in CM.	92 4/5;
detto detto zu 4pCt. in CM.	82 5/8;
Darleh. mit Verlooſ. v. J. 1820, für 100 fl. in CM.	——;
detto detto v. J. 1821, für 100 fl. in CM.	——;
Wiener-Stadtbanco-Obligat. zu 2 1/2 pCt. in CM.	52;
Conv. Münze pCt. ——;	

Bankactien pr. Stück 1210 1/2 in CM.

Hauptredacteur: Joſeph Anton Edler von Pilat.
Verleger: Anton Strauß ſel. Witwe in der Dorotheergaſſe N^r. 1108.

N[ro.] 128

Oeſterreichiſcher Beobachter.

Mittwoch, den 8. Mai 1833.

Meteorologiſche Beobachtungen vom 6. Mai.	Zeit der Beobachtung	Barometer auf 0° Reaumur reducirt. Pariſer Maß.	Wiener Maß.	Thermometer Reaumur.	Wind.		Witterung.
	8 Uhr Morg.	27.668	28 Z. 5 L. 2 P.	+ 16.0	SO.	ſtill.	heiter.
	3 Uhr Nachm.	27.659	28 5 1	+ 14.0	NW.	ſchwach.	Regen.
	10 Uhr Abends.	27.655	28 5 0	+ 10.5	NNW.	——	Wolken.

Frankreich.

In der Sitzung der Deputirtenkammer vom 27. April trat Hr. Gras-Preville, der Alterspräſident, dem neuernannten Präſidenten, Hrn. Dupin, den Präſidentenſtuhl ab, wobei er folgende Worte an die Verſammlung richtete: „Meine Herren! Einzig und allein durch das Vorrecht meines Alters berufen, bei den vorbereitenden Arbeiten der Kammer den Vorſitz zu führen, habe ich in der kurzen Zeit meiner Amtsführung erfreuliche Beweiſe Ihres Wohlwollens erhalten. — Die Operationen des proviſoriſchen Bureaux ſind beendigt; mit Freuden trete ich den Präſidentenſtuhl dem achtbaren Collegen ab, den Ihre Wahl zum zweiten Male zu dieſer Ehre berufen hat. — Mehr vielleicht als jedem andern mußte einem Manne von ſolchem Talent und Character das Geſchäft anvertraut werden, bei Ihren Berathungen die vollkommene Freiheit der Discuſſion aufrecht zu erhalten und zu ſchützen, ein Fundamentalrecht, dem alle neuen franzöſiſchen Staatsgewalten unterworfen ſind. — Wir wollen hoffen, daß dieſe neue Seſſion nichts von der Ruhe und der Würde, die Sie im Laufe der ſo eben geſchloſſenen behauptet hatte, verlieren, und daß ſie den Bedürfniſſen des Landes, der Fortdauer des Belagerungsſtandes, und einem ſtarken Eingriffe in die individuelle Freiheit (durch Gefangenhaltung der Herzoginn von Berry) gegenüber, ſich nicht auf Annahme einiger Finanzgeſetze beſchränken wird. (Murren.) — Uebrigens wird das Miniſterium von den Verlegenheiten des Proviſoriums befreit, wenn es nur will, in Ihrem unermüdlichen Eifer den gewünſchten Beiſtand finden, um ein allgemeines Syſtem von Erſparniß in Staatsausgaben ſowohl als von Gerechtigkeit in Vertheilung der Abgaben finden, wodurch die den Steuerpflichtigen gemachten Verheißungen endlich erfüllt werden können. — Ich lade die HH. Mitglieder des definitiven Bureaux ein, ihre Plätze einzunehmen.“ — Nachdem dieß geſchehen, und auch Hr. Dupin den Präſidentenſtuhl eingenommen hatte, redete er die Verſammlung folgendermaaßen an: „Meine Herren und theure Collegen! Zum zweiten Male von Ihnen zur Würde eines Präſidenten dieſer Verſammlung erhoben, vermehren ſich meine Pflichten mit meiner Dankbarkeit. Unterſtützt von den achtbaren Collegen, die durch Ihre Wahl meine Mitarbeiter geblieben ſind, werde ich meine Bemühungen und meine Sorgfalt dahin richten, Ihre Arbeiten in einer Seſſion zu leiten und zu erleichtern, die, wenn ſie auch nicht ſo lange wie die eben beendigte dauern wird, ſich dennoch durch wichtige Reſultate auszeichnen kann. — Der allgemeine Wunſch verlangt das Aufhören eines Proviſoriums, das Unregelmäßigkeit in unſern Finanzzuſtand bringt, die Prüfung der Ausgaben minder wirkſam macht, das Uebermaaß in Votirung von Crediten erleichtert, und durch die Nothwendigkeit, Zwölftel in aller Haſt zu votiren, jene Freiheit und jene gründliche Kenntnißnahme in ihrem Principe verletzt, welche weſentlich zu den Rechten der Nation beim Votiren der Subſidien gehören. — Allein während Sie der Krone Ihren loyalen Beiſtand durch das Votum eines zweiten Budgets (für 1834) leihen, werden Sie nicht vergeſſen, daß es nicht genügen würde, für die Finanzbedürfniſſe des Augenblickes geſorgt zu haben, und daß Ihnen noch andere Pflichten gegen das Land zu erfüllen übrig ſind. — Erinnern Sie ſich an die Worte Ihrer letzten Adreſſe, an den Wunſch, den Sie ausdrückten: „unſere Fundamentalgeſetzgebung ſchnell vervollkommnet „und alle Verheißungen der Charte treu erfüllt zu ſehen.“ Durch die in Ihrem Reglement eingeführte, ſehr zweckmäßige Modification werden die Präliminar-Arbeiten der letzten Seſſion der jetzigen zu Gute kommen, und Sie werden im Stande ſeyn, „die wichtigen Organiſationsgeſetze „zu vollenden, die Ihren Berathungen bereits unterlegt „worden ſind.“ — Dieſe vom Throne herab geſprochenen Worte wälzen fortan alle Verantwortlichkeit auf Sie; und weit entfernt, dieſe Verantwortlichkeit minder ſtreng zu ſchildern, ſuche ich Sie Ihnen nur noch augenfälliger darzuſtellen. Die Berichte ſind fertig, die Geſetze ſind da; es hängt nur von Ihnen ab, ſie zu votiren. — Wenn es mir erlaubt wäre, einigen dieſer Geſetze den Vorrang anzuweiſen, ſo wünſchte ich, daß man ſie in folgender Ordnung vornähme: 1) das Geſetz über den Primarunterricht; 2) das Geſetz über die Municipalattribute; 3) das Geſetz, über welches Ihnen unverzüglich Bericht erſtattet werden wird, über die Expropriation aus Gründen öffentlichen Nutzens. — Solchergeſtalt würden Sie in einer für immer denkwürdig bleibenden Seſſion den Arbei-

Digitized by Google

tern eine ergiebige Quelle des Verdienſtes, dem franzöſiſchen Volke den Unterricht, deſſen es würdig iſt, dem ganzen Lande die Wohlthaten jenes Municipalregime's geſichert haben, welches die breiteſte und feſteſte Grundlage des geſellſchaftlichen Gebäudes ausmacht. — Arbeit, Unterricht, Municipalität, Budget! . . dieß ſollte, meines Erachtens, das Programm dieſer Seſſion ſeyn. (Beifall.) — Die Kammer iſt conſtituirt. Es iſt gebräuchlich, daß ſie ihrem Alterspräſidenten und ihrem proviſoriſchen Bureau eine Dankſagung votire." — Hr. Fulchiron verlangte das Wort. Präſident: Etwa darüber? Hr. Fulchiron: Ja, Hr. Präſident. Der Redner äußerte nun den Wunſch, der Alterspräſident hätte in ſeiner Rede, ſtatt neuer Staatsgewalten den Ausdruck conſtitutioneller Staatsgewalten gebrauchen, und ſich nicht eine Art von Tadel gegen einen Act der Kammer erlauben mögen. Nach Einwendungen von einigen Seiten ward dem Alterspräſidenten der Dank der Kammer votirt. Nur die HH. Fulchiron, Mahul und Vatout erhoben ſich dagegen. Die Kammer erhielt Nachricht, daß die Pairskammer conſtituirt ſei. Die Kammer entſchied nach einiger Erörterung, daß das Geſetz über den Elementarunterricht zuerſt, und zwar am folgenden Montag erörtert werden ſolle. Ueber die andern Geſetze behielt ſich die Kammer die Zeitbeſtimmung vor.

Am 27. April. 5Percents Fin Courant geſchloſſen zu 101 Fr. 75. 3Percents Fin Courant geſchloſſen zu 77 Fr. 75. — Am 28. April um 1¼ Uhr Nachmittags 5Percents 101 Fr. 90. 3Percents 77 Fr. 60.

Großbritannien und Irland.

Der Albion enthält, mit Bezug auf die Abſtimmung über den Antrag des Hrn. M. Attwood, folgenden Artikel: „Das gegenwärtige Unterhaus, das zuerſt erwählte unter dem Reformſyſtem, welches von der gedankenloſen Menge mit ſo wüthendem Beifall aufgenommen wurde, — dieſes erſte reformirte Parlament iſt ſo unpopulär, und wird ſogar von der Maſſe in einem ſolchen Grade gehaßt, wie es von den ärgſten Feinden der Conſtitution des Lord John Ruſſell kaum erwartet werden konnte. Was hat die Parlamentsreform für das Volk gethan? Das iſt die Frage, welche das Volk ſich in den beiden letzten Monaten beſtändig geſtellt hat; und die Antwort war immer — nichts! Aber ſeit der Debatte über den Antrag des Hrn. Attwood lautet die Antwort in noch ſtärkeren Ausdrücken — ſchlimmer als nichts! Der True Sun, das vorzüglichſte Organ derer, welche das Königreich mit Reform durch Gewalt bedrohten, wenn ſie nicht im Guten bewilligt würde, entdeckt, bei Gelegenheit der Debatte über die Noth des Landes — daß das brittiſche Volk nichts von dem jetzigen Unterhauſe zu hoffen habe — daß das Volk ſich noch immer auf ſich ſelbſt verlaſſen müſſe — daß dieß Unterhaus ſo verrottet (rotten) ſei, als alle ſeine Vorgänger, und verlangt eine noch durchgreifendere und entſcheidendere Reform. Wo iſt denn nun alſo die verſprochene Beendigung dieſer großen Frage? Wo iſt die Zufriedenheit des Volkes, welche, wie man uns verſicherte, aus dem Vertrauen entſtehen würde, daß ſeine Intereſſen und ſeine Wünſche durch die Reformbill vollkommen wahrhaft repräſentirt werden würden? Nichts der Art iſt geſchehen, und nach der Aufnahme zu urtheilen, welche die Debatte und Abſtimmung über Hrn. Attwoods Antrag im Publicum gefunden hat, ſcheint es auch mit der Zufriedenheit noch im weiten Felde zu ſeyn. — Obgleich wir wenig Gewicht auf die perſönlichen Anſichten ſolcher Leute, wie die HH. O'Connell und Hume, legen, ſo iſt doch das, was ſie über die Geſinnungen einer großen Menge von Leuten ſagen, mit denen ſie in Berührung kommen, von Wichtigkeit; und dieſe Geſinnungen, in Bezug auf die gegenwärtige Verwaltung — die Verwaltung, welche die Reformbill durchbrachte — wurden von ihnen im Unterhauſe unumwunden ausgeſprochen. Hr. Hume ſagte, daß, wenn die Erwartungen des Volkes nicht bald, wenigſtens einigermaaßen in Erfüllung gingen, Sir R. Peel alle Ausſicht habe, auf den Schultern des Volkes ins Amt getragen zu werden. — Hr. Hume war ſich nur in ſeiner Thorheit conſequent, als er hinzufügte, daß es Mangel an Radicalabhülfe ſei, welches das Volk ſo mißvergnügt mache. Wenn das Volk im Allgemeinen, oder Hr. Hume insbeſondere glaubt, daß unter der Leitung des Sir R. Peel die Annahme von Radicalmaaßregeln wahrſcheinlicher iſt, als unter Lord Althorp, ſo müſſen ſie ſich von des ſehr ehrenwerthen Baronets politiſchen Grundſätzen eine Anſicht gebildet haben, die wir nur mit dem größten Bedauern theilen würden, und wir ſind überzeugt, daß die jetzigen Miniſter ſelbſt feſt überzeugt ſind, daß Sir R. Peel nichts weniger als die Abſicht oder den Wunſch gezeigt hat, ſie von ihren Plätzen zu verdrängen."

Das Dubliner Morning-Regiſter vom 24. April enthält einen Bericht über eine angeblich am Tage vorher Statt gehabte Verſammlung der irländiſchen Freiwilligen; in dieſem Bericht lieſt man ein Schreiben, das von Sir R. Keane herrühren ſoll, und die Reden verſchiedener Mitglieder des Corps der Freiwilligen, in welchen die Proclamation des Lordlieutenants, durch die ihre Verſammlungen verboten werden, als ein Scherz betrachtet, und worin dem Lord Angleſey dafür gedankt wird, daß er die Kraft des neuen Geſetzes nicht gegen die Geſellſchaft in Anwendung gebracht habe. Das Dubliner Evening-Mail druckt jenen Bericht ab und bemerkt dazu: „Ob geſtern wirklich eine Verſammlung der Freiwilligen Statt fand, wie jener Bericht vorgibt, oder nicht, dieß auszumitteln ſind wir nicht im Stande, aber in jedem Falle iſt die Sache ſehr glaublich gemacht; wenn die verbotene Geſellſchaft zuſammenkam, ſo ſind höchſt wahrſcheinlich ſolche Reden gehalten worden, wie der Bericht ſie enthält; wo nicht, ſo ſind Eigenthümlichkeit und Sprache der Hauptacteure außerordentlich gut nachgeahmt."

Conſols am 26. April 87⅞.

Digitized by Google

Niederlande.

Man verſichert, daß die zweite Kammer der Generalſtaaten gegen Ende des Monats Mai ihre Wirkſamkeit wieder beginnen, und, wenn keine Veränderung in den politiſchen Angelegenheiten eingetreten iſt, über die Bewilligung der für den Kriegszuſtand erforderlichen Gelder berathſchlagen wird.

Das Amſterdamer Handelsblad enthält in ſeiner Haager Correſpondenz Folgendes: „Man hat erzählt, daß Hr. Turnbull, der Correſpondent der Times, Befehl erhalten habe, das Reich zu verlaſſen, weil er in genanntes Blatt einen Artikel über eine gewiſſe franzöſiſche Gräfinn habe einrücken laſſen. Dieß iſt aber durchaus unwahr. Die wahre Urſache, weßhalb dieſer fremde Correſpondent einer gegen uns ſo feindſelig geſtimmten engliſchen Zeitung aus dem Lande verwieſen worden iſt, kann man aus der letzten Nummer der Times entnehmen. Hr. Turnbull war, ſeinem eigenen Geſtändniſſe zufolge, ein heſtiger Radiealer, der ſich hier in Beziehung mit den wenigen Fremdlingen geſtellt hatte, die ſeine Anſichten theilten, und der es ſich in ſeinen Correſpondenzartikeln angelegen ſeyn ließ, die niederländiſche Regierung verhaßt zu machen und im Auslande die Meinung zu verbreiten, daß die holländiſche Nation nicht mehr übereinſtimmend mit ihrem Könige handelte und dächte. Außerdem gab der engliſche Radicale ſehr ausführliche Berichte über unſere Vertheidigungsanſtalten, über die gemachten Ueberſchwemmungen, kurz über Alles, was wir gerade den Regierungen der beiden Länder, die uns noch täglich mit einem neuen feindlichen Einfall drohen, zu verbergen wünſchen müſſen. — Man verſichert, daß Hr. Turnbull in ſo gutem Vernehmen mit einigen ſich hier aufhaltenden Fremden ſtand, daß er Mittel geſunden hatte, von Allem unterrichtet zu werden, was in dem königlichen Pallaſte vorging und nur einigermaaßen mit den politiſchen Angelegenheiten in Verbindung ſtand. Der Mann war daher eigentlich ein gewöhnlicher Spion, den man vielleicht von Rechts wegen hätte verfolgen können, dem aber gewiß in keinem Lande der Welt, das ſich in unſerem Zuſtande befindet, ein Aufenthalt von 24 Stunden zugeſtanden worden wäre. Der Sicherheit des Staates halber alſo, und aus keinem andern Grunde, iſt jenem gefährlichen Engländer der längere Aufenthalt in Holland unterſagt worden."

Schweizeriſche Eidgenoſſenſchaft.

Die Allgemeine Zeitung meldet aus der weſtlichen Schweiz vom 28. April: „Mit den Polen ſteht es noch immer auf dem Puncte, wie es nach der erſten Wendung der Sache vorauszuſehen war; d. h. die Cantone, wo ſie einmal angekommen, müſſen ſie auch einſtweilen behalten. In dieſem Falle befindet ſich auch der Canton Solothurn mit 25 von ihnen, die auf einem ſeiner Gränzorte in der Richtung von Luzern her (wir ſagen in der Richtung, denn daß ſie aus dieſem Cantone wirklich hergekommen, wird nicht behauptet) eingetroffen waren, die, obſchon ihnen von der Behörde, in Gemäßheit des erlaſſenen Beſchluſſes, die Weiſung ertheilt war, weiter zu ziehen, bei den allſeitigen Maaßregeln der angränzenden Cantone demſelben, wenn ſie auch ſonſt dazu geſtimmt geweſen wären, nicht hätten Folge leiſten können. Inzwiſchen hatten diejenigen, die in Saignelégier angekommen, ohne Zweifel in Folge der ihnen von der Tagſatzung auf ihre Adreſſe gewordenen Antwort, ſich in einem Rundſchreiben, das von acht der erſten Chefs unterzeichnet war, an die Cantone um Unterſtützung gewendet. Ob an alle 22, oder nur an die in Zürich repräſentirten, weiß man jedoch bis heute nicht. Von Bern vernimmt man inzwiſchen, daß die dortige Regierung in Betreff derſelben ſchon ſeit einiger Zeit mit dem feanzöſiſchen Hrn. Botſchafter unterhandelt, worauf ſich auf Veranlaſſung von ihrer Seite den 23. zwei Abgeordnete von ihnen, unter welchen Lelewel, Bruder des Bekannten, bei dem Hrn. Botſchafter eingefunden, was aber, bei der aus den neueſten Maaßnahmen ſeiner Regierung hervorgehenden Stellung derſelben, und noch vielmehr bei derjenigen, welche die Abgeordneten zu behaupten für gut fanden, zu keinem Ergebniß führen konnte. Gleichwohl ſoll, heißt es, die Regierung noch immer, ſowohl in Bern als in Paris, durch den ſchweizeriſchen Geſchäftsträger ohne Zweifel, zu unterhandeln ſuchen. Da aber inzwiſchen bei den Ankömmlingen die Hülfsmittel zu mangeln angefangen, mußte ihnen einſtwrilen einige Unterſtützung gereicht werden, was denn auch ſeit Kurzem, nicht aber, wie man anderwärts behauptet, durch den in der erſten Zeir ihrer Ankunft an ſie abgeſchickten Kriegscommiſſär Bucher, auf die, wie man glaubte, für beide Theile am wenigſten verfängliche Art, geſchehen. In einigen Zeitungen war indeſſen eine Adreſſe dieſer Polen an die 118 Oppoſitionsmitglieder der franzöſiſchen Deputirtenkammer mitgetheilt worden, welche die Angelegenheit auf keinen Fall zu näherer Beförderung bringen dürfte. — Mit der Sache angemeſſener Erbauung hatte man früher die Stimme eines öffentlichen Organes aus Zürich vernommen, die erſt den Ankömmlingen Panisbriefe auf die reichen Klöſter der Schweiz anweiſen zu können wünſchte, und gleich nachher behauptete: im ſchlimmſten Falle wären die beiden Cantone Bern und Waadt allein im Stande, dieſelben zu verſorgen. (Hier könnte man freilich fragen, warum der gewerbreiche Canton Zürich weniger als jene beiden? wenn Fragen und Bemerkungen auf ſolche Aeußerungen, ihrer beſſern Begründung ungeachtet, zu Weiterm führen könnten als dieſe ſelbſt.) In wie fern nun derlei Anwandlungen eines Geiſtes, der ſich ſelbſt bezeichnet, in unſerer Zeit, der man wirklich die auffallendſte Verſchiedenheit von jeder frühern nicht abſprechen kann, zur Beförderung der Bundesangelegenheit beitragen werde, ſteht zu erwarten. Alles, was man ſagen kann, iſt, daß ſie zu jeder andern Zeit nicht befordernd gewirkt hätten. — Inzwiſchen ſoll der modificirte Bundesentwurf be-

reits, oder in Kuezem vollendet ſeyn. Wird er dann in Zürich und nachher in den an den Berathungen theilnehmenden Cantonen angenommen, und ſonach auch unter dieſen gleich zur Ausführung vorgeſchritten werden, wie ſchon behauptet worden? (In welchem Falle wir, nach den augenblicklichen Ausſichten, zu drei verſchiedenen Bundesabtheilungen kämen, wie es einſt im Plane des franzöſiſchen Generals (nachherigen Marſchalls) Brune, lag, aus der Schweiz, freilich in anderer Abgränzung, drei Einheitsrepubliken zu bilden.) Oder hegt man noch die Hoffnung, daß, wenn der Bund einmal im Gange wäre, die zwei andern Abtheilungen nach und nach beitreten würden? und auf welche Gründe kann ſich dieſe Hoffnung ſtützen? Dieſe zuſammengeſetzten Fragen ſind nur durch die Zeit zu beantworten."

Die Baſeler Zeitung vom 25. April ſagt: „Der Regierung iſt die ämtliche Anzeige zugekommen, daß, durch großherzoglich badiſche Miniſterialverfügung, den Polen ſelbſt dann, wenn ſie mit den früher bezeichneten Päſſen verſehen ſind, der Eintritt in das badiſche Land unterſagt iſt; eben ſo die Anzeige der Präſectur von Colmar, daß man Polen, die nach Frankreich zurückkehren wollen, nöthigen Falls mit Gewalt zurückweiſen werde. Es ſind daher Baſel'ſcher Seits einſtweilen geſchärfte Maaßregeln gegeben woeden. Zu gleicher Zeit hat die Regierung eine Zuſchrift der duech die Adreſſe an die Tagſatzung bekannten polniſchen Stabsoffiziere (d. d. Seignelégier, den 19. April) erhalten, welche im Namen von 470 peoviſoriſch im Canton Bern ſich aufhaltenden geflüchteten Polen um Zuflucht und gaſtfreundſchaftliche Aufnahme bitten. Die Regierung hat die Kanzlei beauftragt, den polniſchen Offizieren in einem Antwortſchreiben zu eröffnen, daß die Lage und Verhältniſſe unſeres Cantons nicht geſtalten, ihren Wünſchen zu entſprechen."

Teutſchland.

Die Stuttgarter Zeitung enthält folgende königliche Verordnung, die Einberufung der Ständeverſammlung betreffend: „Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Würtemberg. Wir finden Uns nach Anhörung Unſeres geheimen Rathes bewogen, die getreuen Stände Unſeres Königreiches auf Montag den 20. Mai d. J. zum ordentlichen Landtag in Unſere Haupt- und Reſidenzſtadt Stuttgart einzuberufen. Wir befehlen demnach, daß die Mitglieder beider Kammern am 17. Mai d. J. ſich dahier einfinden, und am folgenden Tage bei dem ſtändiſchen Ausſchuſſe ſich legitimiren. Unſer Miniſterium des Innern iſt mit der Bekanntmachung und Vollziehung dieſes Reſcriptes beauftragt. Gegeben Stuttgart, den 1. Mai 1833. Wilhelm. — Der proviſoriſche Chef des Departements des Innern: Schlayer. Auf Befehl des Königs: der Staatsſecretär Vellnagel."

Die Münchener politiſche Zeitung enthält folgenden Artikel vom Main: „So matt und farblos auch die Rede war, welche Hr. Cavaignac zur Vertheidigung der Tribune, mit andern Worten, des revolutionnären Syſtems, vor der franzöſiſchen Deputirtenkammer gehalten hat, ſo ſind doch einige Worte derſelben beachtungswerth, weil ſie das Princip der revolutionnären Propaganda klar und beſtimmt ausſprechen. Cavaignac ſagte: „Unſere Sprache iſt der der Oppſition in nichts ähnlich; wir ſagen Republik! Die Oppaſition antwortet: Monarchie! Abee unſere Grundſätze finden ein Echo in der Nation, wir haben Alles für uns, was Proletarier heißt und außerhalb der Privilegien ſich befindet." — Das iſt alſo das reine und unumwundene Bekenntniß, daß es bei einer neuen Revolution nicht auf Veränderung der Staatsverfaſſung oder einen Wechſel der Dynaſtie, ſondern auf einen Krieg der Vermögensloſen gegen die Eigenthümer abgeſehen ſei. Uns hat dieſes Geſtändniß nicht überraſcht, wir haben die Sache niemals von einer andern Seite betrachtet. Aber viele, ja die meiſten von denen, welche ſich bisher zu mißbrauchten Werkzeugen dee revolutionnären Propaganda in Frankreich und anderwärts hergegeben haben, mögen nun ſehen, wohin ſie eigentlich geführt werden ſollen. Die öffentlichen Erklärungen der franzöſiſchen Miniſtee, die Ausſagen der in Frankreich zueückgebliebenen Polen, die Papiere, welman gleichlautend bei denen geſunden hat, welche aus Frankreich entwichen ſind, beſtätigen actenmäßig und unzweifelhaft, daß dieſelbe revolutionnäre Propaganda, welche in Frankreich den Krieg gegen jede Art des Beſitzes und des Eigenthums auf alle Weiſe zum Ausbruche zu bringen bemüht iſt, in Verbindung mit ihren Helfershelfern in Teutſchland, auch in unſern Gauen denſelben Kampf zu entzünden hoffte und zu dieſem Zwecke jene merkwürdige Auswanderung veranlaßte und leitete. Noch ſollten die bereits in dee Schweiz eingetroffenen Polen namhafte Verſtärkung aus Frankreich erhalten, welche indeſſen die Gränze ſchon verſperrt fand. Die jetzt im Berneriſchen befindliche mobile Colonne der Revolution erwartete daſelbſt neue Geldmittel und die Bezeichnung des Ortes zu finden, wohin ſie ſich in Teutſchland zunächſt wenden ſolle. Aber das Vorſpiel in Frankfurt mißlang, die benachbarten teutſchen Regierungen ſicherten ſich gegen gewaltſame Ueberſchreitung ihres Gebietes durch ernſte militäriſche Maaßregeln, und Frankreich ſeiner Seits verſperrt den Entwichenen, die das Gaſtrecht ſo ſchändlich mißbraucht, den Rücktritt in das Land, welches ihnen zeither Schutz verliehen. Ob die von innern Unruhen zerriſſene Schweiz dieſen deſparaten Söldnern der Revolution, wo ſie auch immer ihr Haupt erhebe, jetzt ein dauerndes Aſyl bieten werden und könne, ob die angränzenden Bundesſtaaten nicht nachdrücklich verlangen werden und müſſen, von ſolcher bedrohlichen Nachbarſchaft ſo bald als möglich befreit zu werden, dürſte eben nicht ſehr problematiſch erſcheinen; weniger leicht aber die Frage zu löſen ſeyn, was mit dieſen revolutionnären Nomaden denn nun end-

lich werden ſolle? Indeſſen bieten dieſe überall ausgeſtoßenen, jetzt faſt vogelfreien Menſchen, wie die Theilnehmer des wahnſinnigen Unternehmens in Frankfurt, ein abſchreckendes, wohl zu beherzigendes Beiſpiel dar, in welche fürchterliche Lage die blinden Werkzeuge der eevolutionnäeen Propaganda ſich ſelbſt ſtürzen, wenn ſie, den Verheißungen ihrer ruchloſen Führer vertrauend, von Worten zu Thaten überzugehen ſich verleiten laſſen. — Eben ſo haben die Ereigniſſe in den letzten Wochen den thatſächlichen Beweis geliefert, wie allen lügneeiſchen Darſtellungen und Behauptungen franzöſiſcher Blätter zum Teotz, eine Revolution in Teutſchland allerdings und Gott Lob! noch immer zu den Unmöglichkeiten gehört. Noch iſt in allen teutſchen Stämmen das Rechtsgefühl nicht auf ſolche Weiſe erſtickt, daß die Mehrzahl nach feemdem Gute lüſteen zu Raub und Mord foetgeriſſen zu weeden vermöchte. Noch iſt geſunder Sinn genug im Volke, um auch im Kleinbegütertſten die Ueberzeugung lebendig zu erhalten, daß auch er, weit entfernt, ſeine Lage zu verbeſſern, vielmehr den Verluſt ſeiner geringen Habe zu befahren habe, wenn nicht **jeder** Beſitz und **jedes** rechtmäßige Eigenthum gleich heilig und unverletzt erhalten werden. Selbſt die Claſſe, welche von Tag zu Tag von ihrer Händearbeit mühſam lebt, erkennt, wie ſauer ihr auch manchmal der Erwerb des Nothdürftigſten werden möge, doch richtig genug, daß Unſicherheit des Eigenthums, weit entfeent, ihr Schickſal verbeſſern zu können, ſie nothwendiger Weiſe auch des Verdienſtes noch berauben müßte, von welchem allein ihre Exiſtenz abhängig iſt. Daeum hat keine Hand, auch die des geringſten Taglöhners nicht, in Frankfurt ſich für die Ruheſtorer erhoben, obwohl der reiche Inhalt der Kaufgewölbe und Meßläden die Raubluſt hätte wecken können, und dieß Vehikel im Calcul der Verſchwoerenen ſicher nicht außer Anſatz geblieben iſt. — Die Maſſe von Proletarieen aber, welche in Schmutz und Ruchloſigkeit verſunken, das ſcheußlichſte Bild des Elends und menſchlicher Entwürdigung in Frankreich und England darbietet, iſt, Gott ſei Dank! in Teutſchland noch nirgends anzutreffen, und mit ihr fehlt das ſtets bereite Weekzeug zu jeder gräuelvollen That und jedem verabſcheuungswürdigen Unternehmen, welches freilich in Feankeeich immer zur Hand iſt, wenn es nicht mit Gewalt niedergehalten wird. In dieſer Unkenntniß der teutſchen Zuſtände und der beſtändigen Verwechslung deeſelben mit den feanzöſiſchen iſt der Grund zu ſuchen, warum zeither die wälſche Propaganda ſich in Teutſchland immer vereechnete und nutzlos für ſich ſelbſt die unglücklichen Getäuſchten ſchmählich hinopfeete, welche ſich von ihr mißbrauchen ließen. Nur verführte, entſittlichte, weder Zeit, noch Menſchen kennende Jünglinge konnten von ihr bethört werden. — Die Anmaaßung, welche in Beurtheilung der Frankfueter Vorfälle durch die franzöſiſchen Journale ſich ausſpricht, tritt deſto greller hervor, wenn man iheen eigenen Einfluß und den der Clubbiſten in dieſer Tragödie erkannt. Zu gleicher Zeit geht auch die Auswanderung ihrer polniſchen Freunde vor ſich, welche, allem Gaſteecht zuwider, den Anordnungen der Regierung des Landes, das ſie aufgenommen, trotzten, derſelben Geſetze vorſchreiben wollten, und mit den Unzufriedenen Chorus gegen König und Miniſter machten, hierauf aber, im Widerſtreit mit allem bisher bekannten Völkereecht, bewaffnet und in kriegeriſcher Haltung, ohne alle vorherige Anfrage, das Gebiet eines fremden Staates überſchritten. Wäre bloß die harte Nothwendigkeit es geweſen, welche dieſe unglücklichen Leute zu dem verzweiflungsvollen Schritte getrieben, ſo könnte man ſich mit ſolchen Rechtsverletzungen veeſöhnen; aber aus der minder angenehmen Art der Behandlung entſteht noch kein Recht der Anklage, wie jene, die wider die franzöſiſche Regierung erhoben worden, und aus dem Faetum der Aufnahme keines, in allen Wünſchen und Launen geradezu und unbedingt befriedigt zu werden. Solche maaßlos unbeſcheidene Peätenſionen zu erheben, iſt nur der neueſte franzöſiſche Liberalismus im Stande. Allein die Unhoſpitalität der Behördrn, welche von den Polen zu Beſançon auf ſo grelle Weiſe übertrieben und welche duech die enorme, für iheen Unterhalt ausgelegte Summe im Budget wideelegt worden, hat ſich nicht als die einzige Ueſache jenes plötzlichen Abzuges gezeigt. Der Ausmarſch geſchah aus Auftrag der Propaganda, im Einverſtändniß mit den unbekehrbaren Faetionäeen und Fanatikern, welche durchaus ihr Vaterland zu einer Wüſte zu machen ſich ſehnen, um darin die legislatoriſchen Moſes und Gideone dereinſt zu ſpielen. Es war eine Lieblingsidee der Clubbiſten in Frankreich und der äußerſten Linken von der franzöſiſch-liberalen Partei in Teutſchland, ſchon lange vor dem Hambacher Feſte ausgehegt. die nach Frankeeich gezogenen Polen als Cadres zu einer Armee oder einem Landſturme zu verwenden, welche Teutſchland revolutionniren, und nach dieſem ſodann, entweder mit Hülfe von Wirths ronſtitutionnellem Födeeativkaiſeethum oder Siebenpfeiffers Republik, das ganze alte Polen zu erobern und dieſen tapfern Freunden die geleiſteten Dienſte ſomit zu vergelten. Wir ſelbſt beſitzen darüber Documente, welche keinen Zweifel über die Sache übrig laſſen. — Nichts gleicht der Unbefangenheit, mit welcher die Partei dermal, da das Spiel mißlungen, die Frankfurter Sache ins Unbedeutende hinübeezuziehen ſucht. Will man gewiſſen Angaben glauben, ſo war Alles ein Studentenſtreich; nach Andern hat der hohe Bundestag ſelbſt die Verſchwöeung ins Werk geſetzt, nach einer deitten Angabe war es eine bloße leidenſchaftliche Liebhaberei für officielle Documente, welche im Bundesarchive lagen. Das **Journal de la Meurthe** erklärt dieſes ausdrücklich, indem es Alles aus dem Munde eines Theilnehmers an der heroiſchen That veenommen hat, und ein franzöſiſches Journal iſt ein glaubwürdiger Zeuge. Möge die Sache ſich verhalten, wie ſie wolle, nur müſſen wir billig wünſchen, daß die Franzoſen ſich aller Theilnahme an

unſern innern Angelegenheiten enthalten. Den guten Schweizern, welche ohnehin an mehr als einem „Gepreſten“ leiden, haben ſie keine geringe Verlegenheit mehr durch die bereits beſchriebene plötzliche Einquartierung der Polen bereitet. Dem Vernehmen nach werden immer mehrere nachrücken und das ganze Hauptquartier der Unzufriedenen aus ganz Teutſchland dahin verlegt werden. Zu den zahlreichen Heimathsloſen, an denen der helvetiſche Patriotismus ſeit vielen Jahren erfolglos und zur ewigen Schmach des Landes, ja noch heut zu Tage ohne Hoffnung ſich abquält, kommen nun noch Heimathsloſe anderer, viel gefährlicherer Art. Mögen die Schweizer bedenken, zu welchen Dingen ſie die Hände reichen; ihre Sicherheit nach Innen, ihre Selbſtſtändigkeit nach Außen ſteht dermal auf dem Spiele. Hr. Staatsrath Pfyffer hat ein vernünftiges, höchſt beherzigungswerthes Wort geſprochen: die Schweiz ſteht allein in Europa da. Ein gemeinſamer Hausbewohner muß ſich nach der Ordnung der Mehrheit einigermaaßen richten. Es gibt politiſche Unklugheiten, welche noch weniger verziehen werden, als politiſche Sünden: es kommt auf die Zeit, wann, und auf die Perſonen, gegen welche dieſelben begangen werden, ſehr viel an; jetzt mehr als je. Dem Vernehmen nach haben die Polen einen Anſchlag auf Baſel und das badiſche Oberland. Die eigenthümliche militäriſche Lage jener Gegenden, der Anlehnungspunct an Neu-Breiſach, die Anarchie in der Baſel-Landſchaft, die Stimmungen und Tendenzen mehrerer überſpannter Clubbs in ſämmtlichen drei an einandergränzenden Staaten, ja diejenige einer Partei in der Stadt Baſel ſelbſt, bieten ihnen Vortheile, welche die ſie entſendenden Franzoſen recht gut zum Voraus berechnet haben. Verſchiedene Correſpondenzen zwiſchen Mißvergnügten derſelben haben gute Aufſchlüſſe gegeben. Möge dieſe Notiz den Compromittirten zur Warnung dienen!“

Die Allgemeine Zeitung enthält Folgendes aus München vom 2. Mai: „Vorläufigen aus Trieſt hier angekommenen Nachrichten zufolge, iſt der königlich baieriſche Kurier, Hauptmann Trentini, in der erſten Woche des Aprils auf dem griechiſchen Dampfſchiffe Hermes wirklich mit Depeſchen von der Regentſchaft und mit vielen Briefen und Beſtellungen von Nauplia nach Trieſt abgereiſt; doch mußte das Dampfſchiff wegen Beſchädigungen in Corfu einlaufen, und dort auf Reparatur warten. Indeß ging aus dem Hafen von Corfu ein ruſſiſches Kriegsſchiff unter Segel, auf dem der Hr. Hauptmann Trentini ſich einſchiffte, um nicht länger zurückgehalten zu werden, und den Ort ſeiner Beſtimmung ſo bald als möglich zu erreichen. Einige Tage nach ſeinem Abgange war das Dampfſchiff hergeſtellt, und ſetzte mit den übrigen Paſſagieren ſeine Fahrt nach Trieſt weiter fort. Es iſt auf derſelben dem Kriegsſchiffe noch zuvor und in Trieſt den 28. angekommen, ohne den baieriſchen Kurier unterwegs getroffen zu haben; doch wird nun der Ankunft desſelben in Trieſt mit jedem Tage entgegengeſehen. Wie man hört, ſollen die Nachrichten, die er aus Griechenland bringt, erfreulichen Inhaltes ſeyn. Sie werden alſo die Unruhe und die Sorge ſtillen, in welcher viele Hunderte von Familien durch das Ausbleiben aller officiellen Mittheilungen und der Nachrichten von ihren Angehörigen fortdauernd gehalten wurden. — Auch iſt hier in den letzten Tagen durch einen ruſſiſchen Kurier der kaiſerliche Ukas angekommen, durch welchen Se. Majeſtät der Kaiſer Nicolaus die Garantie der griechiſchen Anleihe in Verbindung mit den andern zwei Mächten, und die ſpecielle Garantie eines Dritttheils derſelben zu 20,000,000 Fr., übernimmt. Dieſe raſche und günſtige Entſcheidung, welche, wie man hört, durch die Schritte der bevollmächtigten Agenten der Regentſchaft zu Paris beſchleunigt worden, iſt um ſo erfreulicher, da die Sitzung der Kammern in Paris geſchloſſen worden iſt, ohne daß es, gegen alle Rückſicht auf Politik und Verträge, über den das griechiſche Anlehen betreffenden Commiſſionsbericht zu einem Beſchluſſe gekommen wäre, und auch in Bezug auf die neue Sitzung, welche unmittelbar auf die geſchloſſene folgt, man noch keineswegs mit Beſtimmtheit vorausſagen kann, welches ihre Anſicht über dieſen wichtigen Gegenſtand ſeyn wird.“

In der Umgegend von Worms iſt, mehrfachen öffentlichen Nachrichten zufolge, die Ordnung vollkommen hergeſtellt, wobei das Einſchreiten der Behörden genügte, ohne daß eine Beihülfe der bewaffneten Macht nöthig geweſen wäre. Von Speier war, der dortigen Zeitung zufolge, eine Escadron Chevaulegers und eine Compagnie des 2ten Jägerbataillons nach den baieriſchen Gränzgemeinden Bobenheim und Rorheim, die an den Unruhen Theil genommen hatten, geſendet worden. Uebrigens habe, ſagt die Speierer Zeitung, allerdings eine nicht unbedeutende Anzahl Gränzbewohner von Rheinbaiern, aber noch weit mehr, nämlich viele hunderte Bewohner aus dem Heſſiſchen, an der Sache Theil genommen.

Wien, den 7. Mai.

Se. k. k. Majeſtät haben dem wirklichen Staatskanzleirathe, Freiherrn von Bretfeld-Chlumczansky, die allerhöchſte Bewilligung ertheilt, das ihm von der königlich großbritanniſchen Geſellſchaft für Alterthumskunde zu London überſandte Diplom eines Ehrenmitgliedes annehmen zu dürfen.

Se. k. k. Majeſtät haben mit an die vereinigte Hofkanzlei gelangter allerhöchſter Entſchließung vom 18. April d. J. dem Profeſſor der practiſchen Chirurgie an der hieſigen Univerſität, Joſeph von Wattmann, allergnädigſt zu bewilligen geruht, daß er die von den Geſellſchaften für Natur- und Heilkunde in Dresden, dann für vaterländiſche Cultur zu Breslau erhaltenen Diplome annehmen dürfe.

Am 7. Mai war zu Wien der Mittelpreis der
Staatsſchuldverſchreibungen zu 5 pCt. in CM. 92;
detto detto zu 4 pCt. in CM. 82 [illegible];
Darleh. mit Verlooſ. v. J. 1820, für 100 fl. in CM. —;
detto detto v. J. 1821, für 100 fl. in CM. —;
Wiener-Stadtbanco-Obligat. zu 2½ pCt. in CM. 52;
Conv. Münze pCt. —;
Bankactien pr. Stück 1197½ in CM.

Von den „Notizen über Production, Kunſt, Fabriken und Gewerbe,“ herausgegeben durch das Ausſtellungsbureau aller Natur-, Kunſt- und Gewerbsproducte des öſterreichiſchen Kaiſerſtaats, iſt die vierte, fünfte, ſechste und ſiebente Lieferung erſchienen, die im Ausſtellungsbureau, große Schulerſtraße Nr. 824, und in der Carl Geroldſchen Buchhandlung am Stephansplatze in Wien zu haben ſind. An beiden Orten wird auch Pränumeration angenommen auf dieſe intereſſanten und lehrreichen Blätter, die ſich ſchon jetzt einer großen Verbreitung erfreuen.

Hauptredacteur: Joſeph Anton Edler von Pilat.
Verleger: Anton Strauß ſel. Witwe in der Dorotheergaſſe Nr. 1108.

Digitized by Google

Nro. 129

Oeſterreichiſcher Beobachter.

Donnerſtag, den 9. Mai 1833.

Meteorologiſche Beobachtungen vom 7. Mai.	Zeit der Beobachtung.	Barometer auf 0° Reaumur reducirt.		Thermometer Reaumur.	Wind.		Witterung.
		Pariſer Maß.	Wiener Maß.				
	8 Uhr Morg.	27.761	28Z. 6L. 4P.	+ 10.8	NW.	ſchwach.	Wolken.
	3 Uhr Nachm.	27.765	28 6 5	+ 15.8	NNW.	mittel.	—
	10 Uhr Abds.	27.778	28 6 7	+ 12.0	N.	ſchwach.	heiter.

Großbritannien und Irland.

Die Miniſter haben in der Sitzung des Unterhauſes vom 26. April in einer finanziellen Frage eine Niederlage erlitten, die, nach dem Tone, in welchem die verſchiedenen Londoner Journale vom 27. davon ſprechen, von bedeutenden Folgen ſeyn dürfte. — Nachdem ſich das Haus in einen Finanzausſchuß verwandelt hatte, machte Sir William Ingilby den Vorſchlag, die Malztaxe von 20 Sh. 8 P. auf 10 Sh. per Quarter herabzuſetzen, wodurch ein Ausfall von beiläufig dritthalb Millionen Pf. St. in der vorgeſchlagenen Staatseinnahme entſteht. Dieſer Vorſchlag wurde mit 162 gegen 152 Stimmen angenommen. Lord Althorp (der Kanzler der Schatzkammer) erklärte, dieſe Entſcheidung des Hauſes ſetze die Miniſter allerdings in große Verlegenheit; er werde ſich jedoch, nachdem das Haus einmal dieſen Beſchluß, wenn auch nur mit geringer Majorität, gefaßt habe, der Ausführung desſelben nicht weiter widerſetzen, und trage nur darauf an, die weitere Berathung über das Budget bis nächſten Montag (29. April) auszuſetzen, was auch genehmigt wurde. — Was die Verlegenheit des Miniſteriums bedeutend vermehrt, iſt, wie der Courier bemerkt, der Umſtand, daß der Häuſer- und Fenſtertaxe nicht bloß ein gleiches, ſondern ein noch ärgeres Schickſal bevorſteht, indem, der bereits gemachten Ankündigung zufolge, Sir John Key am Dinſtag den 30. April im Unterhauſe auf gänzliche Abſchaffung dieſer Taxe — deren Ertrag gleichfalls auf dritthalb Millionen Pf. St. geſchätzt iſt — antragen wird. — Was dieſe letztere Steuer betrifft, ſo iſt bereits am 25. April in der Kron- und Ankertaverne zu London eine äußerſt ſtürmiſche Verſammlung der Wahlmänner dieſer Stadt in der Abſicht gehalten worden, von dem Parlamente die gänzliche Abſchaffung derſelben zu verlangen. Da Sir Francis Burdett, welcher den Vorſitz dabei führen ſollte, zur beſtimmten Stunde nicht erſchienen war, und durch den Secretär melden ließ, daß er, anderer Geſchäfte halber — wahrſcheinlicher, weil er den ſtürmiſchen Charakter der Verſammlung vorausſah — erſt ſpäter erſcheinen könne, nahm Aldermann Wood den Vorſitz, mit dem Bemerken, daß er bald von dem ehrenwerthen Baronet (Sir Francis) abgelöſt zu werden hoffe, welche Aeußerung von der verſammelten Menge mit dem lärmenden Rufe: Wir brauchen ihn nicht! Er iſt ein Renegat, ein Verräther an der Sache des Volkes! aufgenommen wurde. — Als Sir Francis Burdett ſpäter wirklich erſchien, um den Alderman Wood auf dem Präſidentenſtuhle abzulöſen, erhob ſich ein ſolcher Lärm, daß er beinahe nicht zu Worte kommen konnte und es gerathener fand, die Ehre dieſes Präſidiums an Sir J. Key, der von der im höchſten Grade aufgeregten Menge dazu berufen wurde, abzutreten. — Als Hr. O'Connell erſchien, wurde er mit dem rauſchendſten Beifall empfangen. Er hielt eine der heftigſten Reden, worin er das Volk geradezu aufforderte, die Abſchaffung der indirecten Taxen zu erzwingen, ſo wie im vorigen Jahre die Parlamentsreform durch die drohende Stellung, welche das Volk angenommen habe, erzwungen worden ſei. — Sämmtliche Reſolutionen, neun an der Zahl, auf gänzliche Abſchaffung der Eingangs erwähnten Steuer gerichtet, wurden einſtimmig angenommen.

Am folgenden Morgen (27. April) nach obgedachter Entſcheidung des Unterhauſes wurde eine Geheimrathsſitzung berufen, und Nachmittags ſollte ſich ein Cabinetsrath verſammeln, um über die unter dieſen Umſtänden zu ergreifenden Maaßregeln zu berathſchlagen. Mehrere Londoner Journale halten es für wahrſcheinlich, daß Lord Althorp in der nächſten Montagsſitzung (29. April) nicht bloß die Abſchaffung der Malztaxe, ſondern auch der Häuſer- und Fenſterſteuer vorſchlagen, und dafür eine Einkommenſteuer (property-tax), wie ſie in den Kriegsjahren beſtanden, in Antrag bringen werde.

Conſols am 27. April 86⅞.

Frankreich.

Der Nouvelliſte vom 30. April meldet Folgendes: „Der Pfarrer der Gemeinde Levès bei Chartres hatte ſich ſeit einiger Zeit mit der ſogenannten franzöſiſch-katholiſchen Kirche verbunden, den Gehorſam gegen ſeinen Biſchof abgeſchworen und zum Correſpondenten des Abbé Chatel gemacht. Der Biſchof hatte ihn mit dem Interdict belegt. Dieſer Zuſtand der Dinge wurde einem großen Theile der Einwohner, welche der katholiſchen Religion treu geblieben waren,

Digitized by Google

ſehr nachtheilig, weil ſie ſich bemüſſigt ſahen, ſich an die Geiſtlichkeit von Chartres zu wenden, um ihren religiöſen Pflichten nachzukommen. So mußte noch kürzlich einer Beerdigung halber von Chartres ein Geiſtlicher nach Levès geſandt werden, bei welchem Anlaß die angeblichen franzöſiſchen Katholiken ärgerliche Auftritte erregten; denn es gehört zum Weſen dieſer Menſchen, welche die Duldung predigen, ſich ſehr unduldſam zu zeigen und Andersdenkenden die Freiheit, die ſie für ſich fordern, ſtreitig zu machen. — Es war daher unumgänglich nothwendig, der Gemeinde einen katholiſchen Pfarrer und der Kirche die Beſtimmung, die ihr von den Geſetzen angewieſen iſt, wieder zu geben. Dieß war ein Recht, eine Pflicht. Der Biſchof ſandte zu dieſem Behufe einen Geiſtlichen nach Levès. Ein Theil der Einwohner ſetzte ſich in offenen Widerſtand gegen dieſe Entſcheidung. — Am 28. Morgens begaben ſich der Präfect des Eure- und Loir-Departements und der commandirende General des Departements mit einigen Reitern nach Levès, um die Inſtallation des Pfarrers zu beſchützen. Sie verſuchten anfänglich ihren Zweck durch Ueberredung zu erreichen. Da ſich aber eine beträchtliche Zuſammenrottung vor der Kirche gebildet hatte, und ſogar Barricaden dort errichtet worden waren, ſo mußte man (nachdem jedoch vorher die aufgeworfenen Barricaden zerſtört worden waren) auf die Anwendung energiſcher Mittel verzichten, mit deren Hülfe man wohl dieſen Haufen hätte zerſtreuen können. Man wollte es, um größere Unglücksfälle zu verhüten, nicht aufs Aeußerſte ankommen laſſen, und dieſes Benehmen von Seiten der Behörden iſt um ſo edler, als die auf mehreren Puncten verſammelten Haufen, worunter ſich auch viele Weiber befanden, ſie mit einem Hagel von Steinen überſchütteten, wodurch der General am Fuße verwundet wurde. — Während dieſes zu Levès vorging, hatten ſich 400 Ruheſtörer hinterwärts nach Chartres begeben, wo ſie das biſchöfliche Gebäude überrumpelten und verwüſteten. — Der General, kaum in die Stadt zurückgekehrt, verfügte ſich ſogleich an den Ort, wo dieſe Unordnungen vorgefallen waren. Fünf bis ſechs Meuterer wurden verhaftet. Zwei von ihnen bedrohte Prieſter wurden glücklich ihren Händen entriſſen. Ein Piket Nationalgarde wurde vor dem biſchöflichen Gebäude aufgeſtellt; der Oberſt und ein Offizier wurden durch Steine verwundet. Um 7½ Uhr war die Zuſammenrottung zerſtreut. — Die Regierung hat auf die Nachricht von dieſem Unfug entſcheidende Maaßregeln ergriffen, um dieſelben im Keime zu erſticken und um dem Geſetz in der Gemeinde Levès Achtung zu verſchaffen. Der Marſchall Kriegsminiſter ſendet den General Schramm an Ort und Stelle, fünf Bataillons ſind nach Chartres beordert; der Generalprocurator des königl. Gerichtshofes des Seinedepartements hat einen ſeiner Subſtituten, Hrn. Franck-Carré, beauftragt, ſich dahin zu begeben, um die Inſtruction des Prozeſſes, welcher unverzüglich eingeleitet worden iſt, aufs Thätigſte zu betreiben. — Den Geſetzen muß Achtung verſchafft und der vom Biſchof neuernannte Pfarrer in dem ſeinem Cultus angewieſenen Gebäude inſtallirt werden. Die Ordnung, welche zu Chartres gänzlich wieder hergeſtellt worden iſt, wird es auch zu Levès werden; darauf darf man rechnen. — Wenn die Regierung für die Unterdrückung und Beſtrafung dieſer Unordnungen geſorgt haben wird, wird ſie die Urſachen davon aufzuſuchen haben. Es iſt Zeit ſich Rechnung von den ſcandalöſen Auftritten zu geben, deren Ganzes ein Syſtem von Unduldſamkeit und Verfolgung bildet, welches dem Proſelytismus der allerfanatiſcheſten Secten nichts vorzuwerfen hat. Der Vorgang von Levès darf nicht als eine iſolirte Thatſache angeſehen werden; es iſt der wohldurchdachte Act einer Secte, welche ihre Diſciplin, ihre Oberleitung, ihr Primat hat. Aehnliche Verſuche haben nacheinander auf mehreren Puncten Statt gefunden. Es ſcheint, daß gewiſſe Leute die religiöſe Freiheit gleich allen andern Freiheiten verſtehen, ſtets bereit, ſich das Monopol derſelben anzumaaßen, und über die andern Glaubensmeinungen, wie über alle andern individuellen Rechte, den unerträglichſten Despotismus, nämlich den des brutalen Fauſtrechtes, auszuüben. Dieß muß ein Ende nehmen. Die Regierung hat dadurch, daß ſie lächerliche Theorien, ſo lange ſie ſich inoffenſiv verhielten, nach ihrem Belieben ſchalten und walten ließ, ihre Toleranz bewieſen. Wenn ſie aber Aufruhr, Plünderung und Mord erzeugen, wäre es ſtrafbar, Frevel gegen alle öffentlichen und individuellen Freiheiten mit dem Mantel der gemeinſchaftlichen Freiheit zu bedecken. Alle Fanatiker, welchen Namen ſie auch tragen mögen, wenn ſie Feinde der Ordnung und der Geſetze ſind, müſſen unſchädlich gemacht werden. Wir glauben, daß die Regierung dieſe Nothwendigkeit begriffen hat, und ſelber Genüge zu leiſten wiſſen wird."

Im Nouvelliſte vom obgedachtem Tage heißt es: „Man hat ſich im Publicum mit der Reiſe der vier von Paris nach Blaye geſchickten Aerzte und ihrer ſehr bald darauf erfolgten Rückkehr nach Paris beſchäftigt. Es ſcheint, daß die Frau Herzoginn von Berry, von der man geſagt hatte, daß ſie bedeutend unpäßlich ſei, da ſie ſich um Vieles beſſer befindet, nicht für nöthig erachtet hat, ſie zu ſehen. Die Aerzte haben ſich in der That durch Erkundigungen, die ſie an Ort und Stelle und bei ihren Collegen ſelbſt eingezogen haben, überzeugt, daß ſich die Frau Herzoginn von Berry ſo wohl befindet, als ihre Lage es geſtattet. Sie haben zu gleicher Zeit dieſen Anlaß benutzt, um zum zweiten Male die Salubrität des Aufenthaltes zu Blaye auf eine Art zu conſtatiren, daß in dieſer Hinſicht kein Vorwand eines Zweifels mehr übrig bleibt."

In der Sitzung der Deputirtenkammer vom 29. April wurde von dem Finanzminiſter (Hrn. Humann) das Budget von 1834 vorgelegt. Er erklärte, daß die Regierung für 1834 keinen außerordentlichen Credit verlange, indem ſie hoffe, daß die gewöhnlichen Einnahmen für die Ausgaben des laufenden Dienſtes genügen werden. Das

Digitized by Google

Budget von 1834 beträgt 999,140,728 Fr.; wozu noch die Specialcredite für Vollendung öffentlichee Bauten im Beteag von 20,867,000 Fr. kommen. Dieſe Summe mit eingerechnet, beträgt ſomit das Budget 1,020,016,728 Fr., demnach 112,609,000 Fr. wenigee als das Budget von 1833, und 170,073,400 Fe. wenigee als das von 1832, die außeeordentlichen Ceedite mit eingeechnet. Dee Miniſter ſprach die Erwartung ans, daß ein ſolches Ergebniß des finanziellen Standes dee Dinge befriedigend eeſcheinen werde, nachdem das Land kaum erſt aus einee Revolntionskeiſis hervoegegangen und ſo manche außeeordentliche Ausgaben innerhalb drei Jaheen zu beſtreiten geweſen ſeien. Er verſicheete zugleich, daß ſpätee noch weit mehr Erſpaeniſſe werden eintreten können, wenn es dee Regierung gelinge, den Frieden zu eehalten, wozu die beſte Ausſicht vorhanden ſei. Das Keiegsbudget wurde um 94,046,000 Fr. vermindert und beträgt ſomit füe 1834 nur noch 220,600,000 Fr., während es für 1833 314,646,000 Fr. betragen hatte. Dee Handelsminiſtee legte ſodann einen Geſetzentwurf vor, welchee die Vollendung dee angefangenen öffentlichen Bauten behandelte, für welche obige 20,876,000 Fr. im Budget von 1834 ausgeſetzt ſind. — Die Kammee kam in dieſee Sitzung noch an die Berathung des Geſetzes über den Primärunteeeicht. — Die Pairskammer hatte an die Stelle des Marſchalls Gerard den Genrral Guilleminot (dee küezlich wiedee in Paris eingetroffen iſt) zum vierten Secretär ernannt. Marſchall Geeaed hatte die Ehre dieſes Amtes ſans Rückſichten dee Geſundheit von ſich abgelehnt.

Am 29. Apeil. 5Pereents Fin Courant geſchloſſen zu 102 Fr. 5. 3Percents Fin Coueant geſchloſſen zu 77 Fe. 80. — Am 30. April um 1¼ Uhe Nachmittags 5Peecents 101 Fr. 95. 3Pereents 77 Fe. 75.

Preußen.

Berliner Blätter enthalten folgendes Publleandum: „Da nach ämtlichen Anzeigen viele dee nach Frankreich geflüchteten polniſchen Inſurgenten die ſüdlichen Peovinzen jenes Staates kürzlich, großtentheils ohne Päſſe veelaſſen haben, um ſich entwedee nach der Schweiz, nach Teutſchland oder nach Polen zu begeben; ſo wird in Folge höherer Anoednung zue öffentlichen Kenntniß gebeacht, daß im Allgemeinen dieſen Flüchtlingen die Durchreiſe duech die königl. preußiſchen Staaten, oder der Aufenthalt in denſelben, nicht geſtattet werden kann. Die betreffenden königl. preußiſchen Geſandtſchaften werden nur ausnahmsweiſe die Päſſe derjenigen polniſchen Flüchtlinge zue ununterbeochenen Durchreiſe durch die dießſeitigen Staaten viſieen, welche ſich nach dem Konigreiche Polen zurückbegeben wollen, und deren Päſſe zue Rückeeiſe dahin von einer der kaiſerl. euſſiſchen Geſandtſchaften zuvor die Viſirung erhalten haben. In ſolchen Fällen dürfen deegleichen Reiſende jedoch die dießſeitige Gränze nur bei Saarbrück, Erfurt und Goelitz paſſiren, indem ſie an andern Gränzpuncten unbedingt zuruckgewieſen werden; ſie müſſen ferner ihee Reiſetoue über Beeslau nehmen, und kann ihnen nicht geſtattet werden, die Reſidenzen Beelin und Potsdam, und das Geoßherzogthum Poſen zu berüheen. Die vorſtehenden Beſtimmungen finden auch auf diejenigen polniſchen Flüchtlinge, welche von Frankeeich kommen, um Bäder in den dießſeitigen Staaten zu beſuchen, vollkommene Anwendung. Diejenigen polniſchen Flüchtlinge, welche untee dem Vorgeben, dießſeitige Unterthanen zu ſeyn, die Geſtattung ihrer Rückkehr nach Peeußen begehren, haben ſich Behufs Feſtſtellung iheer Heimathsveehältniſſe und zur Auswiekung dee ſpeciellen Genehmigung ihrer Rückkehe zuvoedeeſt an eine der königl. peeußiſchen Geſandtſchaften zu wenden; andeeen Falls wird ihnen dee Eintritt in die dießſeitigen Staaten untee keinen Umſtänden geſtattet werden. Zur Umgehung der voeſtehenden Beſtimmungen haben polniſche Flüchtlinge, zufolge ämtlicher Anzeigen, veeſucht, unter angenommenen Namen von Bewohnern der Schweiz ſich Päſſe zu verſchaffen. Es iſt dahee höheeen Oets die nothwendige Anordnung getroffen, daß alle Reiſenden, welche mit Päſſen aus dee Schweiz verſehen ſind, auf den eeſten dießſeitigen Paßſtationen, zu einem genügenden Nachweiſe ihrer peeſonlichen Verhältniſſe ſowohl, als des Zweckes iheee Reiſe angehalten, und wenn ſie ſich in dieſen Beziehungen nicht genügend legitimieen konnen, ſofort übee die Gränze zueückgewieſen, nach Bewandtniß der Umſtände ſogar verhaftet und beſtraft werden ſollen. Die betheiligten Reiſenden werden ſich nach vorſtehenden Beſtimmungen püuctlich zu achten haben. Beelin, den 27. April 1833. Königliches Polizeipräſidium. Gerlach."

Belgien.

Der Moniteue Belge vom 30. Apeil enthält einen königlichen Beſchluß vom 28. gedachten Monats, keaft deſſen die Repräſentantenkammee aufgelöst, die Wahlcollegien auf den 23. und eeſpective 30. Mai Behufs dee neuen Wahlen zuſammenberufen, und der Senat und die Repräſentantenkammer auf den 7. Juni d. J. einberufen werden.

Dee Moniteur Belge vom 29. April enthält folgende Note, welche der Bevollmächtigte Sr. Majeſtät des Königs dee Niedeelande, Hr. Dedel, unterm 26. April als Antwort auf die von Lord Palmerſton und dem Fürſten von Talleyeand unterm 2. gedachten Monats an ihn geeichtete Note *) erlaſſen hat: „Der Unterzeichnete, Bevollmächtigte Sr. Majeſtät des Königs dee Niederlande, hat die Note, welche er unteem 2. Apeil von Ihren Ercellenzen dem außeeoedentlichen Botſchafter Sr. Majeſtät des Königs der Franzoſen, und dem eeſten Staatsſeeeetär Sr. großbeitanniſchen Majeſtät füe die auswärtigen Angelegenheiten, zu empfangen die Ehee gehabt hat, ungeſäumt ſeinem Hofe übermacht. — Ee ſchätzt ſich, den ihm zugekommenen Inſteuctionen zufolge, glücklich, Ihren Ercellenzen an den Tag legen zu können, wie angenehm es der niedeeländiſchen Regierung geweſen ſei, in dem veeſöhnenden Geiſte, welcher bei der Faſſung dieſer Note obgewaltet hat, eine günſtigr Voebedeutung für den nahe bevoeſtehenden Abſchluß einee Ausgleichung zu eeblicken, und wie ſehe der Haager Hof auch ſeinee Seits von denſelben Gſinnungen beſeelt iſt. — Da Ihre Ercellenzen ihn gütigſt mit einigen Bemerkungen übee den Conventions-Entwurf beehrt haben, den er am 23. März ihnen zuzufertigen ſo frei geweſen iſt **), ſo hat ihm die niedeeländiſche Regierung ganz be-

*) Vergl. Oeſtere. Beob. vom 1. Mai.
**) Vergl. Oeſteee. Beob. vom 5. d. M.

Digitized by Google

ſonders empfohlen, beſagten Entwurf durch eine kurze Auseinanderſetzung zu motiviren, um ihnen ein neues Unterpfand des hohen Werthes zu geben, den ſie auf ihre Meinung und auf das Urtheil legt, das ſie über die vom niederländiſchen Cabinete ausgegangenen Acte fällen. — Der Unterzeichnete erlaubt ſich, der erhaltenen Weiſung gemäß, bei Anlaß der Erwähnung des dritten Protocolles der Londoner Conferenz, das 34ſte Protocoll vom 23. Auguſt 1831 anzuführen, wo ein Waffenſtillſtand *für eine beſtimmte Friſt* dem Stande der Unterhandlungen der gegründeten Hoffnung der Mächte, binnen kurzer Zeit eine Endausgleichung herbeizuführen, und der Nothwendigkeit, von welcher eine ſolche Ausgleichung für die unmittelbar dabei Betheiligten wie für die Erhaltung des allgemeinen Friedens iſt, entſprechender als ein Waffenſtillſtand *auf unbeſtimmte Zeit* erachtet worden war. Wenn, dieſem Princip zufolge, ein Waffenſtillſtand von ſechs Wochen damals für genügend erachtet wurde, ſo war die Regierung der Niederlande der Meinung, daß ſie dermalen, wo eine Ausgleichung für die unmittelbar Betheiligten, wie für die Erhaltung des allgemeinen Friedens nicht minder nothwendig iſt, wo ferner die zu löſenden Fragen, wie Ihre Excellenzen richtig bemerkt haben, dergeſtalt reducirt ſind und eine ſo leichte Löſung darbieten, und wo das Haager Cabinet durch ſeine Noten und ſeine vorgelegten Entwürfe bewieſen hat, daß es bereit ſei, zu den Grundſtipulationen, welche von der Londoner Conferenz für unumſtoßlich erklärt worden ſind, ſeine Zuſtimmung zu geben, keine unzweideutiger, Bürgſchaft ihres Wunſches, ohne eine neue Verwicklung zu einer Löſung zu gelangen, gewähren konne, als indem ſie dieſen Waffenſtillſtand auf eine Friſt von ungefähr vier Monaten erſtreckte. Demnach iſt es ſchwer zu faſſen, wie im Artikel 3 des Entwurfes, welcher die tiefe Ueberzeugung ausſpricht, daß lange vor dem Ablauf der obenerwähnten Friſt von vier Monaten eine Definitiv-Ausgleichung geſchloſſen ſeyn werde, die Andeutung eines Wiederbeginnens der Feindſeligkeiten enthalten ſeyn ſollte? — Da jedoch beſagter Artikel bei Ihren Excellenzen eine minder günſtige Aufnahme gefunden zu haben ſcheint, ſo iſt der Unterzeichnete ermächtigt, folgende Stipulation vorzuſchlagen: „„Einſtweilen, bis die Verhält-
„„niſſe zwiſchen Holland und Belgien mittelſt eines De-
„„finitiv-Tractates vollſtändig beſtimmt ſeyn werden, wol-
„„len Se. Majeſtät der König der Niederlande, Großher-
„„zog von Luxemburg, hinſichtlich des Aufhörens der
„„Feindſeligkeiten und der Schifffahrt auf der Schelde,
„„den Zuſtand der Dinge ſo wiederherſtellen, wie der-
„„ſelbe vor dem Erſten November 1832 beſtanden hat.““
— Der Artikel 4 würde alsdann lauten: „„Dieſelbe Be-
„„wandtniß ſoll es mit den belgiſchen Truppen in Betreff
„„des Aufhörens der Feindſeligkeiten haben, und beſagte
„„Truppen werden die auf beiden Ufern der Schelde von
„„der Pipe de Tabac bis unterhalb des Dorfes Doel und
„„des Forts Friedrich-Heinrich gelegenen Orte, die ſie
„„nicht vor dem 1. November inne hatten, räumen, und
„„die Sache daſelbſt auf denſelben Fuß herſtellen, auf
„„dem ſie ſich zur gedachten Zeit befunden haben.““
— In dem letzten Theile dieſes Artikels, worüber ſich der Unterzeichnete ebenfalls zu verſtändigen bereit iſt, war es keineswegs die Abſicht, die Territorialräumung von Seiten der Belgier zu verlangen, welche im Gegentheil, weder was *Limburg* noch *Luxemburg* betrifft, Statt finden ſoll, ſondern ſich einzig und allein auf einige Orte in der Nähe von *Lillo* und *Liefkenshoek* beſchränkt, und zwar keineswegs in der Abſicht, die Wirkſamkeit der Civilbehörden zu hemmen, ſondern lediglich, um einſtweilen bis zum Abſchluß einer Definitivausgleichung, die belgiſchen Truppen daraus zu entfernen, und auf dieſe Weiſe unangenehme Colliſionen zu vermeiden, wie ja in ähnlichen Fällen ſo viele analoge Dispoſitionen Statt gefunden haben. — Die Communicationen mit Maeſtricht, wovon im Artikel 5 des Entwurfes geſprochen wird, ſind von den fünf Mächten zu keiner Zeit beſtritten worden. Von der Idee eines Waffenſtillſtandes an und für ſich unzertrennlich, ſind ſie in conciliatoriſcher Abſicht als Compenſation für die Offnung der Schifffahrt auf der *Maas* angenommen worden. — Was den im Artikel 6 erwähnten Gegenſtand betrifft, da die Regierungen von Frankreich und Großbritannien ſich bereit erklären, in Betreff dieſer Frage die Verpflichtungen einzugehen, die in den von Ihnen dem Baron van Zuylen mitgetheilten Conventions-Entwürfen, vorgeſchlagen worden ſind, ſo ergreift das niederländiſche Cabinet dieſe neue Gelegenheit, um durch die Annahme der von ihnen verlangten Redaction an Tag zu legen, wie ſehr es wünſcht in die Anſichten der Höfe von Paris und London einzugehen. — Außerdem, daß aus dieſen Verpflichtungen bereits der Vorzug erhellt, welcher dem Abſchluß einer vorläufigen Convention gegeben wird, hat ſich der Haager Hof um ſo bereitwilliger an dieſe in der Note Ihrer Excellenzen ausgedrückte erſte Alternative gehalten, als *Oeſterreich*, *Preußen* und *Rußland* vom Anbeginn an eifrig dazu beigetragen haben, die zahlreichen Schwierigkeiten, von welchen dieſe langwierigen Unterhandlungen umringt waren, zu löſen, und ſich dadurch neue Anſprüche darauf erworben haben, Theil an der Erorterung der noch ſtreitigen Puncte zu nehmen, womit man ſich ſogleich nach Abſchluß einer vorläufigen Convention zu beſchäftigen haben wird. Mittelſt dieſes Ganges wird die endliche Loſung der noch auszugleichenden Fragen, wenn ſelbe unter die Auſpicien der gemeinſchaftlichen Mitwirkung der fünf Mächte, die ſich bei der Londoner Conferenz haben repräſentiren laſſen, geſtellt iſt, zugleich in Einklang mit der Stellung der Regierung der Niederlande und mit den Bedürfniſſen von Europa geſetzt ſeyn. — Der Unterzeichnete ergreift ꝛc. (Unterz.) *Dedel*.“

Folgendes iſt die *Antwort*, welche auf obige Note von den Fürſten *Talleyrand* und Lord *Palmerſton* unterm 23. April ertheilt worden iſt: „Die Unter-

zeichneten, der außerordentliche Botſchafter Sr. Majeſtät des Königs der Franzoſen, und der erſte Staatsſecretär Sr. großbritanniſchen Majeſtät für die auswärtigen Angelegenheiten haben die Ehre gehabt, die Note vom 16. d. M. zu empfangen, welche Se. Excellenz Hr. Dedel, Bevollmächtigter Sr. Majeſtät des Königs der Niederlande, von ſeinem Hofe als Antwort auf die ihm unteem 2. d. M. übergebene Note an ſie zu richten beauftragt geweſen iſt, und ſie konnen nicht umhin, ihm ihr Bedauern darüber auszudrücken, daß ſie dieſe Note ſo wenig geeignet finden, die endliche Ausgleichung zu befördern, welche die niederländiſche Regierung, ihrer Erklärung zufolge, ſo gerne bewerkſtelligt ſehen möchte, und die für die Intereſſen Hollands ſelbſt eben ſo nothwendig, als für die Aufrechthaltung des allgemeinen Friedens iſt. Indem die Unterzeichneten bei dem Theile der Note Sr. Excellenz des Hrn. Dedel ſtehen bleiben, der ſich auf das 34ſte Protocoll bezieht, enthalten ſie ſich der Bemerkungen, welche die Ereigniſſe der Epoche, auf die hier angeſpielt wird, ihnen natürlich an die Hand geben konnten, weil ſie dafür halten, daß die Erneuerung einer Discuſſion über vergangene Gründe zur Klage gegen die niederländiſche Regierung nur dazu dienen würde, das Werk der Pacification, welches das Ziel der ſtandhaften Bemühungen ihrer reſpectiven Regierungen geweſen iſt, zu hemmen. — Sie werden ſich daher auf Aufſtellung des Satzes beſchränken, daß, nachdem die gegenwärtigen Umſtände ſehr verſchieden von denen der hier in Frage ſtehenden Epoche ſind, die Maaßregeln, die man damals zu nehmen für angemeſſen hielt, auf den gegenwärtigen Stand der Dinge vollkommen unanwendbar geworden ſind. Allein die Unterzeichneten müſſen der niederländiſchen Regierung ins Gedächtniß zurückruſen, daß, obgleich die fünf Mächte damals in einen auf beſtimmte Zeit geſchloſſenen Waffenſtillſtand gewilligt haben, ihre Abſicht, wie alle Acten der Conferenz beweiſen, nie geweſen iſt, einzuräumen, daß man nach Ablauf der für die Dauer des Waffenſtillſtandes geſetzten Friſt, Holland und Belgien geſtatten würde, die Feindſeligkeiten wieder aufzunehmen; und zum Beweiſe dieſer Behauptung brauchen ſich die Unterzeichneten bloß auf die Note (Anhang D zum Protocoll Nr. 49) zu beziehen, welche von der Conferenz an den Bevollmächtigten der Niederlande erlaſſen worden, worin die Bevollmächtigten der fünf Mächte deutlich ſagen, „daß ſie hier ihren feſten Entſchluß eeklären können, ſich durch alle in ihrer Gewalt „ſtehenden Mittel der Erneuerung eines Kampfes zu wiederſetzen, der hente zwecklos geworden, für beide Länder eine Quelle großen Unglückes ſeyn, und Europa mit „einem allgemeinen Kriege bedeohen würde, welchem vorzubeugen, die erſte Pflicht der fünf Mächte iſt.“ — Die fünf Mächte ſind ſeitdem von dieſem Entſchluſſe nie abgegangen; ſie haben ihn ſogae öfters und einſtimmig in ihren ſpätern Acten wiederholt erklärt. — Wenn es aber die fünf Mächte im Monat October 1831 füe unnütz erachtet haben, von der niedeeländiſchen Regierung die Verpflichtung zu einem ernenerten und unbegränzten Waffenſtillſtande zu verlangen, ſo lag dieß darin, daß ſie einſahen, daß es von ihnen abhänge, deſſen Dauer durch ihre Erklärung zu verlängern, oder deſſen Bruch, durch die Waffen zu ahnden. — Die Regierungen von Frankeeich und Großbritannien könnten jetzt allerdings denſelben Gang beobachten, und die Fortdauer des Waffenſtillſtandes durch eine Erklärung an die holländiſche Regierung ſicher ſtellen, worin ſie deeſelben notificirten, daß der Bruch deſſelben als eine feindſelige Handlung gegen die beiden Mächte würde angeſehen werden. Wenn die beiden Rgierungen nicht zu dieſem Mittel ſchreiten und vorziehen, daß der Waffenſtillſtand das Ergebniß einer wechſelſeitigen Einwilligung ſei, ſo liegt der Grund hiervon ſicherlich nicht darin, daß ſie Zweifel in die ihnen zu Gebote ſtehende Macht ſetzen, der von ihnen, wie von Oeſterreich, Preußen und Rußland gewährleiſteten Unabhängigkeit und Neutralität Belgiens Achtnng zu verſchaffen, ſondern in dem Umſtande, daß ſie den von ihnen eingeſchlagenen Gang als conciliatoriſcher und friedlicher, und folglich als beſſer zu dem Ziele führend anſehen, auf das ihre Politik ſtets gerichtet geweſen iſt. — Die Unterzeichneten haben ſich in ihrer Note vom 2. d. M. der beſchränkten Dauer des von der holländiſchen Regierung vorgeſchlagenen Waffenſtillſtandes widerſetzt; und die von ihnen für dieſen Einwand angegebenen Gründe ſchienen ihnen dermaaßen bündig, daß ſie zuverſichtlich erwarteten, es würde Sr. Excellenz dem Hrn. Dedel die Vollmacht zur Beiſtimmung zu einem unbeſtimmten Waffenſtillſtande überſandt werden, wofern die niederländiſche Regierung es anders für angemeſſen erachtete, die Unterhandlung fortzuſetzen. Sie haben ſich daher in ihrer Erwartung auf ſeltſame Weiſe getäuſcht geſehen; als ſie in der Note vom 16. d. M. über eben dieſen Punct einen Vorſchlag ausgeſprochen fanden, gegen den ſich noch mehr einwenden läßt, als gegen denjenigen, den ſie für unzuläſſig erklärt haben. Die niederländiſche Regierung tritt jetzt mit dem Vorſchlage auf, in Hinſicht des Aufhörens der Feindſeligkeiten die Dinge auf denſelben Fuß zu ſetzen, auf dem ſie ſich vor dem Novembermonat 1832 befunden haben. — Welches war nun dieſer Zuſtand der Dinge, und in welcher Hinſicht wäre derſelbe geeignet, eine hinreichende Bürgſchaft des Friedens darzubieten? — Es iſt wahr, daß im Laufe des dem verfloſſenen Novembermonat vorhergegangenen Jahres factiſch ein verlängerter Waffenſtillſtand Statt gefunden hat; eben ſo wahr iſt es aber, daß der König der Niederlande während deſſelben Zeitpunctes unausgeſetzt behauptete, er ſei an keinen Waffenſtillſtand gebunden und es ſtehe ihm frei, jeden Augenblick, wenn er es für gerathen fände, die Feindſeligkeiten wieder zu beginnen, während die fünf Mächte ihrer Seits, ohne das abſtracte Recht Sr. Majeſtät des Königs der Niederlande einer Erörterung zu unteeziehen, Ihm ſchlichthin erklärten, daß ſie, wofeen

er zur Ausübung ſothanen Rechtes ſchreite, dieſelbe als eine feindſelige Handlung gegen ſie ſelbſt betrachten würde. — Iſt dieß nun ein Zuſtand der Dinge, deſſen Wiedereinführung mittelſt einer förmlichen Convention der König der Niederlande im Ernſte vorſchlagen kann? Der Zweck einer Convention unter Staaten geht dahin, einen Einklang, aber nicht eine Mißhelligkeit zu conſtatiren. — Die Unterzeichneten haben in ihrer Note vom 2. d. M. die temporäre Anerkennung der Neutralität von Belgien bis zum Abſchluß eines Definitiv-Tractates verlangt; dieſer Vorſchlag iſt an ſich ſelbſt ſo billig und eine ſo natürliche Folge des Waffenſtillſtandes, daß die Unterzeichneten, da in der von Sr. Excellenz dem Hrn. Dedel übergebenen letzten Note kein Einwurf dagegen erhoben worden iſt, nicht umhin können, der Hoffnung Raum zu geben, daß die niederländiſche Regierung nichts gegen dieſe Annahme einzuwenden haben wird. — Was das von der niederländiſchen Regierung neuerdings aufs Tapet gebrachte Anſinnen anlangt, daß die belgſchen Truppen gewiſſe auf dem belgiſchen Gebiete liegende Poſten räumen ſollen, ſo müſſen die Unterzeichneten bloß erklären, daß es ihren Höfen unmöglich fallen würde, an die belgiſche Regierung ein ſolches Begehren zu ſtellen. Frankreich und Großbritannien, welche zur Vollziehung der Verpflichtungen, welche ſie gegen die belgiſche Regierung eingegangen waren, verbunden ſind, haben es über ſich genommen, dieſe Regierung in den Beſitz des ihr durch den Trartat vom 15. November zugeſicherten Gebietes zu ſetzen, und wenn die Mächte geneigt ſind, zu einer temporären Uebereinkunft, in Folge welcher die niederländiſchen Truppen die Forts Lillo und Liefkenshoek fortwährend beſetzt halten würden, während anderer Seits ein beträchtlicher Theil des niederländiſchen Gebietes als ein äquivalentes Unterpfand in den Händen der Belgier verbleiben wird, ihre Zuſtimmung zu ertheilen, ſo könnten ſie doch niemals mit dem Anſinnen gegen die Belgier auftreten, ſich aus Plätzen, deren Beſitz ihnen durch die fünf Mächte gewährleiſtet worden iſt, zurückzuziehen. — Hinſichtlich der militäriſchen Communicationen der Beſatzung von Maeſtricht mit Teutſchland und Holland, haben die Unterzeichneten denſelben zwar niemals etwas in den Weg zu legen beabſichtigt, allein ſie haben dieſelbe freie Verbindung für den Handelsverkehr Belgiens über Maeſtricht in Anſpruch genommen, und hegen die Ueberzeugung, daß die niederländiſche Regierung die unumgängliche Nothwendigkeit einer ſolchen Gleichſtellung anerkennen wird. — Dieß ſind die Bemerkungen, welche die Unterzeichneten über denjenigen Theil der niederländiſchen Note zu machen haben, welcher ſich auf eine Präliminar-Convention bezieht, ſie dürfen aber nicht unerwähnt laſſen, daß in dieſer Note die niederländiſche Regierung denjenigen Theil der letzten Mittheilung der Unterzeichneten, welcher ſich auf die ſchleunige und leichte Ausgleichung mehrerer von ihnen ſpecificirten Puncte bezog, und deſſen Schluß darauf hinausging, Inſtructionen und Vollmachten zu erlangen, mittelſt deren Se. Excellenz Hr. Dedel dieſe Puncte mit ihnen hätte ins Reine bringen können, mit Stillſchweigen übergangen hat. — Die Unterzeichneten äußern mit Bedauern, daß dieſes Stillſchweigen ihnen nur allzu viel Gründe zur Beſorgniß darzubieten ſcheint, daß die niederländiſche Regierung noch immer wünſcht, jedem wirkſamen und directen Acte, welcher die Streitigkeiten mit Belgien enden würde, auszuweichen. — Sie gaben ſich jedoch gerne dem Glauben hin, daß ihre Vermuthungen durch die That nicht werden gerechtfertigt werden. — Aus den bereits umſtändlich angegebenen Gründen aber ſehen ſie ſich bemüſſigt, das Haager Cabinet wiederholt aufs Dringendſte anzugehen, daß Se. Excellenz Hr. Dedel mit den zu dieſem Ende erforderlichen Vollmachten und Inſtructionen verſehen werde, und die Unterzeichneten können ſich keinen Zweifel erlauben, daß ſolche Vollmachten werden ertheilt werden, wenn wirklich von Seiten Sr. niederländiſchen Majeſtät die Geneigtheit zum Abſchluß des Friedens mit den Belgiern auf billigen und gerechten Bedingungen, vorhanden iſt. — Die Unterzeichneten ergreifen dieſe Gelegenheit ꝛc. (Unterz.) Talleyrand. Palmerſton."

Teutſchland.

Stuttgarter Blätter vom 3. Mai melden: „Zum Präſidenten der Kammer der Standesheeren für den verfaſſungsmäßigen Zeitraum der nächſten Ständeverſammlung hat Se. Majeſtät der König den Fürſten Auguſt von Hohenlohe-Oehringen ernannt. — Die Wahlen zur zweiten Kammer ſind bis auf die der „guten Städte" und der ritterſchaftlichen Abgeordneten von den Kreiſen des Neckars und der Jaxt vollendet. Von dem ritterſchaftlichen Wahlcollegium des Schwarzwaldkreiſes wurden gewählt: die Freiherren von Gültlingen, von Linden (Regierungsrath in Reutlingen), von Ow und von Cotta. Beide letztere hatten gleiche Stimmenzahl, daher erſterer als der ältere vorgeht. Im Donaukreiſe fiel die Wahl der ritterſchaftlichen Abgeordneten auf Graf von Degenfeld-Schomburg, und die Freiherren von Hornſtein, von Welden und von Raßler. Die drei erſteren waren bekanntlich diejenigen ritterſchaftlichen Mitglieder der letzten Kammer, die ſich namentlich bei der Antwortsadreſſe auf das Geheimrathsreſcript der Oppoſition anſchloſſen. Freiherr von Raßler, welcher zum erſten Male in die Kammer tritt, ſoll dieſelben Meinungsnuance angehören. In der Stadt Tübingen entſchied ſich Pfizers Erwählung am erſten Wahltage, indem er von 143 Stimmen 123 erhielt. In Stuttgart war am erſten Wahltage, 2. Mai Mittags, der Stand der Stimmen: Uhland 161, Obertribunalrath Bolley 118. Die Wahl wird drei Tage dauern."

Am 8. Mai war zu Wien der Mittelpreis der Staatsſchuldverſchreibungen zu 5 pCt. in CM. 92 1/8;
detto detto zu 4 pCt. in CM. 83;
Darleh. mit Verlooſ. v. J. 1820, für 100 fl. in CM. —;
detto detto v. J. 1821, für 100 fl. in CM. —;
Wiener-Stadtbanco-Obligat. zu 2 1/2 pCt. in CM. 52 1/4;
Kurs auf Augsburg für 100 Gulden Curr., Gulden 98 1/2 Br. Uſo 2 Monat. — Conv. Münze pCt. —;
Bankactien pr. Stück 1207 1/2 in CM.

Hauptredacteur: Joſeph Anton Edler von Pilat.
Verleger: Anton Strauß ſel. Witwe in der Dorotheergaſſe Nr. 1108.

Digitized by Google

Nro. 130

Oeſterreichiſcher Beobachter.

Freitag, den 10. Mai 1833.

Meteorologiſche Beobachtungen vom 8. Mai.	Zeit der Beobachtung	Barometer auf o° Reaumur reducirt.		Thermometer Reaumur.	Wind.		Witterung.
		Pariſer Maß.	Wiener Maß.				
	8 Uhr Morg.	27.769	28 Z. 6 L. 5 P.	+ 12.0	N.	ſtill.	heiter.
	3 Uhr Nachm.	27.635	28 4 9	+ 19.0	N.	——	——
	10 Uhr Abnds.	27.602	28 4 5	+ 13.0	N.	ſchwach.	——

Frankreich.

Der Moniteur vom 2. Mai (den wir durch außerordentliche Gelegenheit erhalten haben) meldet: „Geſtern um 11 Uhr Morgens empfing der König aus Anlaß ſeines Namensfeſtes die Miniſter, die Marſchälle und den Staatsrath. — Um Mittag empfingen Se. Majeſtät die großen Deputationen der Pairs- und der Deputirtenkammer, den Caſſationshof, den Rechnungshof, den königlichen Rath des öffentlichen Unterrichts, den königlichen Gerichtshof, das Municipalcorps der Stadt Paris, das Inſtitut, die königliche Akademie der Arzneiwiſſenſchaft, die Geiſtlichkeit von Saint-Roch, das Tribunal erſter Inſtanz, das Handelstribunal, die Handelskammer von Paris, der Rath der Delegirten der franzöſiſchen Colonien, die Pariſer Notare, das königliche Corps des Straßen-, Brücken- und Bergbaues, die Conſiſtorien der reformirten Kirche und der augsburgiſchen Confeſſion, das iſraelitiſche Centralconſiſtorium, die königliche Geſellſchaft des Ackerbaues, die Akademie der Landbau-, Manufactur- und Handelsinduſtrie, die Geſellſchaft der Univerſalſtatiſtik, die Syndicalkammern, die Wechſelſenſale, die freie Geſellſchaft der ſchönen Künſte, die HH. Präfecten des Seine- und Oiſe-Departements, die HH. Maires von Verſailles und andern Gemeinden des Departements. — Hierauf empfing der König die HH. Stabs- und andern Offiziere, und die Civil- und Militärbeamten. — Um halb 3 Uhr empfing der König die HH. Offiziere des Generalſtabes der Nationalgarden des Seine-Departements, der Nationalgarden von Verſailles und andern Gemeinden des Seine- und Oiſe-Departements, den Gouverneur der Invaliden, den Generallieutenant und die Offiziere des Generalſtabes der Diviſion, und die Offiziere der verſchiedenen Waffengattungen der Beſatzung von Paris. — Um 4 Uhr empfing der König das diplomatiſche Corps. Der Hr. Graf Pozzo di Borgo, welcher im Namen des diplomatiſchen Corps das Wort führte, drückte ſich folgendermaaßen aus: „„Sire! Das diplomatiſche Corps hat die Ehre, Ew. Majeſtät die Huldigung ſeiner Ehrerbietung und ſeine Glückwünſche darzubringen. Es wünſcht, Sire, daß es Ihnen, Ihrer Familie und Frankreich wohlergehen möge. — Vor einem Jahre, Sire, war Europa von einer großen Calamität heimgeſucht, und von andern böſen Anzeichen bedroht. Die Vorſehung hat Europa von den Uebeln, an denen es leiden mußte, befreit, und die Weisheit ſämmtlicher Monarchen hat es vor denen, die es zu fürchten hatte, bewahrt. Dieſelben Urſachen, Sire, werden es fortwährend beſchützen, indem ſie den Frieden, deſſen es ſich erfreut, erhalten; dieß iſt die erſte Pflicht der Regierungen, und das erſte Bedürfniß der Völker."" — Der König antwortete: „„Ich bin ſehr gerührt von den Wünſchen, die Sie mir für Frankreich, „„für meine Familie und für mich ausdrücken. — Dankbar erkenne ich mit Ihnen die große Wohlthat der Vorſehung, welche Europa von jener zerſtörenden Geißel „„befreit hat, deren Verheerungen ſo grauſam geweſen „„ſind. Nicht minder weiß ich die Wohlthat der Aufrechthaltung des Friedens zu ſchätzen, die Sie, mit ſo viel „„Recht, für die erſte Pflicht der Regierungen, und für „„das erſte Bedürfniß der Völker halten. Ich hege das „„feſte Vertrauen, daß das Gefühl dieſer Pflicht und dieſes Bedürfniſſes, durch die Weisheit ſämmtlicher Monarchen unterſtützt, uns die Fortdauer des Friedens „„ſichern und die Menſchheit lange Jahre hindurch im „„Genuß deſſelben erhalten werde.""

Im Moniteur vom 30. April heißt es: „Mehrere Blätter der Hauptſtadt haben aus den Londoner Zeitungen ein Actenſtück entlehnt, welches den Titel Memorandum oder Uebereinkunft, geſchloſſen am 21. Februar zwiſchen dem Reis-Efendi und dem Admiral Rouſſin, führt. — Das Actenſtück, ſo wie es bekannt gemacht worden, iſt nicht buchſtäblich genau; wir geben nachſtehende getreue Ueberſetzung der Originalurkunde. Zugleicher Zeit legen wir dem Publicum eine Ueberſetzung der von der Pforte am 23. Februar an die ruſſiſche Botſchaft erlaſſenen Note vor. Dieſes Actenſtück iſt bis jetzt in keinem auswärtigen Blatte bekannt gemacht worden. Es macht die Reihe der auf die erſten Schritte unſeres Botſchafters ſich beziehenden Actenſtücke vollſtändig. — Uebrigens weiß man, daß die von der Pforte gegen ihn (den Admiral) eingegangenen Verpflichtungen, auf jede Art von Beiſtand, den ſie der Umſtände halber verlangt haben dürfte, zu verzichten, nicht beobachtet worden iſt. Der Admiral Rouſſin war mithin auch der ſeinigen entbunden, und nun wird man ſich erklären können, wie dieſer Botſchafter neuerlich als Vermittler in einer Unterhandlung hat auftreten können, welche auf andere Grundlagen als auf diejenigen vom 21. Februar geſtellt worden iſt:

„„Wir Unterzeichneter, Reis-Efendi der hohen Pforte, haben in Folge einer zwiſchen Sr. Excellenz dem Botſchafter von Frankreich und Uns gepflogenen Unterhandlung, voll Vertrauen auf die wohlwollenden Dispoſitionen des franzöſiſchen Hofes, welcher der älteſte Freund Sr. Hoheit des Großherrn iſt, und auf die perſönlichen Eigenſchaften des Hrn. Botſchafters, die guten Dienſte beſagten Hofes bei dem zwiſchen der hohen Pforte und Mehmed Ali Paſcha, Statthalter von Aegypten, eingetretenen Zerwürfniß gegen die Bedingung angenommen, daß gedachter Hof der hohen Pforte die Annahme der Gnadenbezeigungen von Seiten Mehmed Ali's verbürgt, welche Se. Hoheit dieſem Weſir durch Sr. Excellenz Halil Paſcha, Director der großherrlichen Ar-

Digitized by Google

tillerie, als definitive Bedingung ſeiner Rückkehr zum Gehorſam gegen die hohe Pforte hat anbieten laſſen; — Gnadenbezeigungen, welche an ſeine Unterwerfung geknüpft ſind, und kraft deren ihm die Paſchaliks Acre, Tripolis (in Syrien), Jeruſalem und Naplus verliehen werden. Der Hr. Botſchafter erklärt in Folge deſſen im Namen Sr. Majeſtät des erlauchten Beherrſchers von Frankreich, daß er den unverzüglichen Abſchluß einer Ausgleichung unter dieſen Bedingungen garantire, und daß er ſogleich, nachdem die nachſtehende Clauſel hinſichtlich des fremden Beiſtandes zur Vollziehung gebracht worden ſeyn wird, ſeine gegenwärtige Verpflichtung erfüllen werde. Die hohe Pforte macht ſich ihrer Seits anheiſchig, zu erklären und kund zu machen, daß ſie auf jede Art fremden Beiſtaudes, den ſie der Umſtände halber verlangt haben dürfte, Verzicht leiſtet. Am 2. Schewwal 1248 (21. Februar 1833). Elhadſch Mehmed Akif, Reis-Efendi.""

Abſchrift einer officiellen Note, welche von der hohen Pforte der kaiſerl. ruſſiſchen Botſchaft übergeben worden iſt.

""Da die Umſtände kürzlich den Gebrauch des Beiſtandes zur See nöthig gemacht hatten, welche von Sr. Majeſtät dem Kaiſer von Rußland Sr. Hoheit dem Großherrn der ägyptiſchen Angelegenheit halber angeboten worden iſt, ſo war die ruſſiſche Geſandtſchaft gebeten worden, die Schiffe, welche zu dieſem Behufe verwendet werden ſollten, ſchleunigſt nach Konſtantinopel kommen zu laſſen; und vor einigen Tagen wurde derſelbe eingeladen, veränderter Umſtände halber die Ankunft beſagter Schiffe zu ſuspendiren; da jedoch dieſe zweite Einladung nicht zeitig genug anlangen konnte, ſo erſchienen die Schiffe und lieſen in den Bosporus ein.""

""Sr. Hoheit haben ein lebhaftes Vergnügen empfunden, als Sie die freundſchaftliche Hulfe Sr. Majeſtät des Kaiſers auf oſtenſible Weiſe erblickten; der Werth derſelben kann nicht vergeſſen werden und Se. Hoheit werden ſtets dankbar dafür ſeyn. Da jedoch die ägyptiſche Angelegenheit mit Sr. Excellenz dem franzöſiſchen Botſchafter, Admiral Baron Rouſſin, officiell verhandelt und nach dem Wunſche Sr. Hoheit entſchieden worden iſt, ſo iſt nach dem am Tage des Bairams mit Sr. Excellenz dem großherrlichen Rathe Ahmed Paſcha gefaßten Beſchluſſe, dem franzöſiſchen Botſchafter officiell angezeigt worden, daß die in dem Canal angekommenen ruſſiſchen Schiffe ſich bei dem erſten günſtigen Winde entfernen werden, und gegenwärtige officielle Note wird Sr. Excellenz dem ruſſiſchen Geſandten mit den Verſicherungen Unſerer Achtung und Werthſchätzung zugeſtellt, damit er beſagte Schiffe bei erſtem günſtigen Winde, gemäß dem gefaßten Beſchluſſe, wieder abgehen laſſe, wobei wir Sr. Majeſtät dem Kaiſer für Seine freundſchaftlichen Dienſte Unſeren Dank bezeigen.""

Der Moniteur enthält das Ausgabebudget für das laufende Jahr. Daſſelbe beläuft ſich auf 1,120,394,804 Fr., wovon beinahe der dritte Theil, nämlich 349,292,229 Fr., auf die Verzinſung und Tilgung der Staatsſchuld kommt.

In der Deputirtenkammer ward am 29. April, wie ſchon erwähnt, das Budget von 1834 vorgelegt. Vorher noch überreichte der Finanzminiſter das definitive Rechnungsgeſetz von 1831. Die außerordentliche Ausgaben dieſes Rechnungsjahres belaufen ſich auf 237 Mill.; die ordentlichen Ausgaben auf 977 Mill., im Ganzen 1,214,000,000, eine Summe, welche die Ausgaben von 1832 um 24 Mill., und die für 1833 geforderten Credite um 82 Mill. überſteigt. Noch zu bezahlen ſind 6 Mill., ſo daß die Geſammtausgaben ſich auf 1120 Mill. belaufen. — Was das Budget von 1834 betrifft, ſo bietet daſſelbe im Vergleich mit dem von 1833 eine Verminderung von 112,600,000 Fr. dar, und iſt um 170,700,000 Fr. kleiner als das von 1832. „Dieſes Reſultat (ſagte Hr. Humann) wird befriedigend erſcheinen, wenn man nicht vergißt, daß wir kaum aus einer politiſchen Kriſe getreten ſind, die noch nicht ganz beruhigt iſt, und wenn man beſonders erwägt, daß eine umfaſſende Entwaffnung, wie der Wunſch der Völker ſie fordert, nur bei gemeinſamem Einverſtändniſſe der großen europäiſchen Mächte bewirkt werden kann. Frankreich, geſtützt auf ſeine Kräfte, wie auf ſeine Intentionen, kann ohne Beſorgniß ſeinen Kriegsſtand vermindern; doch räthet ihm die Klugheit, eine Haltung zu bewahren, die imponirend genug iſt, um auch andere Staaten zur Nachahmung ſeines Vertrauens zu veranlaſſen, und nicht bereuen zu dürfen, mit dem Beiſpiele vorangegangen zu ſeyn. Der Gang der auswärtigen Unterhandlungen und die Befeſtigung der Ordnung im Innern werden die weitere Ausdehnung des nun im Kriegsbudget angewandten Reductionsſyſtems beſtimmen. Für dieſes Jahr beläuft ſich die in dieſem Budgettheile erlangte Erſparniß auf 90 Millionen. Das Geſammtbudget für 1834 erhebt ſich auf 999 Millionen; die zur Vollendung der Canäle und öffentlichen Monumente geforderten Credit (bereits im Budget von 1833 votirt) betragen 21 Millionen. Zuſammen 1020 Millionen. In den zehn Jahren vor 1830 beliefen ſich die Ausgaben jährlich auf 1 Milliarde 60 Millionen. In Jahren, in welchen keine außerordentlichen Ereigniſſe vorkamen, waren die Ausgaben 982 Millionen. Im Vergleiche mit den Jahren der Reſtauration, die mit außerordentlichen Leiſtungen belaſtet waren, bietet alſo das Budget von 1834 eine Reduction von 61 Millionen dar; verglichen mit den gewöhnlichen Jahren enthält es eine Vermehrung von 17 Millionen." (Schluß folgt morgen.)

In der Sitzung der Deputirtenkammer vom 30. April wurde die Discuſſion über den Geſetzentwurf hinſichtlich des Elementarunterrichts fortgeſetzt. Wenige Modificationen wurden vorgeſchlagen und die meiſten derſelben, auf die von Hrn. Guizot dagegen gemachten Bemerkungen, zurückgenommen. Die Debatte wurde einen Augenblick durch die Anzeige von Seiten des Präſidenten (Hrn. Dupin) unterbrochen, daß er ein Schreiben von Hrn. Laguette-Mornay erhalten habe, worin derſelbe ſeine Dimiſſion einreicht. Da jedoch dieſes Schreiben in den unanſtändigſten Ausdrücken abgefaßt und eine wahre Diatribe gegen die Kammer ſei, ſo halte er es für angemeſſen, daſſelbe nicht vorzuleſen, wenn die Kammer es nicht ausdrücklich verlange. Mehrere Mitglieder der Oppoſition wollten durchaus, daß das Schreiben vorgeleſen werde, allein die Kammer erklärte ſich mit großer Stimmenmehrheit dagegen.

Im Nouvelliſte vom 1. Mai heißt es: „Die Unruhen in Levès ſind gänzlich geſtillt. Am 29. um 9 Uhr Abends haben die Einwohner ſelbſt den Abbé Ledru, Pfarrer der franzöſiſchen (Abbé Chatelſchen) Kirche, abgeſchickt, um dem Präfecten anzuzeigen, daß ſie bereit ſeien, ſich zu unterwerfen und die Kirchenſchlüſſel zu übergeben. — Bereits hatte die Nationalgarde von Levès verſucht, ſich zu ſammeln, um ſich der, von einigen nicht zur Gemeinde gehörigen Ruheſtörern begonnenen Zerſtörung der Kirche zu widerſetzen, und den Beiſtand der Gendarmerie und der Linientruppen zu begehren, um dieſe Zerſtörung zu verhindern. Sogleich rückte der General Vorrel de Morvan an der Spitze der Gendarmerie und mit 150 Jägern nach Levès. Bei ſeiner Annäherung haben die Ruheſtörer die Flucht ergriffen und der General iſt, nachdem er um die Kirche herum Wachen aufgeſtellt hatte, nach Chartres zurückgekehrt. — Es handelt ſich jetzt bloß darum, neue

Digitized by Google

Unordnungen zu verhindern, und die Urheber der beklagenswerthen Auftritte, die zu Chartres und zu Levès vorgefallen ſind, zu beſtrafen. Die Regierung hat alle erfoederlichen Maaßregeln ergriffen, um dieſes doppelte Reſultat zu erzielen; ſie hat den Willen und die Mittel hierzu; wir können verſichern, daß ſie die Aufgabe, welche die Umſtände ihr auflegen, bis aus Ende zu erfüllen wiſſeu wird.“

In Mende iſt die offentliche Ruhe durch die Ankunft einiger St. Simoniſten geſtört worden; die Menge wollte ſich Thätlichkeiten gegen die Seetirer erlauben, welche durch die bewaffnete Macht vor ihren Verfolgern geſchützt werden mußteu. Ein St. Simouiſt erhielt einen Steinwurf an den Kopf.

Am 30. April 5Pereents Fin Courant geſchloſſeu zu 102 Fr. 5. 3Pereents Fin Courant geſchloſſen zu 77 Fr. 75.

Großbritannien und Irland.

Nachſtehendes iſt der näherr Hergang der Verhandlungen des Unterhauſes vom 26. April: Sir W. Ingilby ſagte zur Unterſtützung ſeines Antrages auf Herabſetzung der Malzſteuer, daß nicht allein die ackerbauteeibende Claſſe, ſondern das Land im Allgemeinen in der Herabſetzung jener Steuer eine bedeurende Erleichterung finden würde. In ſeiner eigenen Grafſchaft würde die Gerſte jetzt zu einem niedrigeren Preiſe verkauft, als der Betrag der Steuer bei Verwandlung in Malz betrüge. Bei einem ſolchen Zuſtand der Dinge könne der Grundbeſitzer nicht ferner beſtehen. Er hoffe und erwarte, daß der edle Lord jetzt, wo es noch Zeit ſei, Mittel finden würde, um den Ausfall zu decken, der durch Herabſetzung jener drückenden Abgabe entſtehen dürfte. Er beabſichtige durch ſeinen Vorſchlag, den Grundbeſitzern zu Hülfe zu kommen und zu gleicher Zeit allen Claſſen der Geſellſchaft eine Erleichterung zu verſchaffen, und den moraliſchen Character der großen Maſſe des Volkes zu verbeſſern. Man habe ihn aufgefordert, er ſolle eine Taxe an die Stelle der Malzſteuer vorſchlagen; dazu ſei er aber gar nicht verpflichtet. Wenn er erſt zum Kanzler der Schatzkammer gemacht worden ſei, dann würde für ihn die Zeit gekommen ſeyn, an die Mittel und Wege zu denken (Gelächter), odgleich er dann auch vielleicht, wie andere Kanzler der Schatzkammer, mehr an die Fondsbeſitzer, als an die Grundbeſitzer denken, und vergeſſen würde, Capitalien zu beſteuern, die todt und unfruchtbar für das Land dalägen. Seiner Lage und ſeinen geſellſchaftlichen Verhältniſſen zufolge, ſei der Grundbeſitzer verpflichtet, ſich Wagen, Pferde und Diener zu halten, wovon das Land Vortheil zöge, indem alle dieſe Gegenſtände beſteuert würden; aber der Fondsbeſitzer konne Tauſende in Form von Dividenden erhalten, und ſich damit begnügen, ein altes Weib und eine Katze zu füttern. (Großes Gelächter.) — Hr. Parrott unterſtützte den Antrag, und war der Meinung, daß die Annahme deſſelben nur einen Ausfall von 1,200,000 Pf. St. in der öffentlichen Einnahme zur Folge haben würde. Die Bruttoeinnahme der Abgabe betrage zwar 4,825,000 Pf. St.; aber die Vermehrung der Conſumtion werde doch, auch bei Herabſetzung der Steuer auf die Hälfte, den Ausfall auf oben bemerkten Summe beſchränken. Aber wenn auch der Verluſt größer wäre, ſo würde dieß immer kein Unglück ſeyn. Würde man etwa den Ausfall nicht decken konnen, ohne gegen irgend ein menſchliches Weſen ungerecht zu ſeyn? Er glaube nicht. Könne man nicht alle Sineeuren einziehen? Konne man nicht die Civilliſte von 500,000 Pf. auf 300,000 Pf. herabſetzen? Die hohen Gehalte könnten vermindert, die der Richter z. B. auf die Hälfte herabgeſetzt werden. Durch dieſe ökonomiſchen Reformen könne man leicht einen Ausfall in deu Steueru decken. Er ſei immer bereit, die Miniſter zu unterſtützen wenn ſich dieſelben auf dem rechten Wege befänden; aber er müſſe dem edlen Kanzler der Schatzkammer ſagen, daß dieß jetzt nicht der Fall ſei, und daß ſein Budget nicht allein mit Kälte und Unzufriedenheit, ſondern mit Spott und Verachtung aufgenommen worden wäre. — Sir J. Sebright ſagte, daß er den großen Vortheil nicht verkenne, der dem Lande entſtehen würde, wenn die Reduction der Malzſteuer Statt fände. Er bedauere aber, den Antrag nicht unterſtützen zu konnen, weil er nicht glaube, daß jetzt der Zeitpunct gekommen ſei, wo die Miniſter Steuern herabſetzen könnten, indem kein zweckmäßiges Aequivalent aufgeſunden werden könne. Er werde deßhalb nicht gegen ſeine Ueberzeugung ein Votum abgeben, bloß um eine etwas zweideutige Popularität zu erwerben. (Hört!) — Lord Althorp ſagte, daß, wenn der jetzt vorliegende Antrag und ein anderer bereits angekündigter auf Abſchaffung der Aſſeſſed-Taxes angenommen würden, eine Veränderung der Steuern unvermeidlich werde. Er wünſche ſehr, daß das Haus über die Frage einer Vermögensſteuer, welche ſo oft angeregt würde, reiflich nachdenke, und überläge, ob, wenn dieſelbe in Wirkſamkeit träte, mehr Vortheil im Ganzen davon zu erwarten ſei, als von dem jetzigen Beſteuerungsſyſtem. Er ſei vollkommen überzeugt, daß Niemand, der ſich der Vermögensſteuer vom Jahre 1816 erinnere, ſagen würde, daß es eine gerechte Steuer ſei. Durch den gegenwärtigen Antrag werde eine Reduction von 2,500,000 Pf. St. vorgeſchlagen. Es komme wenig darauf an, ob auf die Abſchaffung der halben oder der ganzen Steuer angetragen werde. In beiden Fällen würde es unmöglich ſeyn, für den öffentlichen Dienſt zu ſorgen. Er ſei bereit, es als einen allgemeinen Grundſatz zuzugeben, daß bei Reducirung von Abgaben auf Conſumtionsartikeln die Einnahme nicht um den ganzen Betrag der Reduction geſchmälert werde, weil der Verbrauch zunähme; aber dieſes Argument finde auf die Malzſteuer nicht in demſelben Maaße Anwendung, wie auf andeee Steuern. Die Malzſteuer ſei nicht ſo drückend geweſen, daß ſich der Gebrauch dadurch vermindert habe, er könne ſich alſo auch nicht bedeutend vermehren. Was auch die ehrenwerthen Mitglieder von dem, dem Hauſe vorliegenden Antrage deuken möchten, ſo halte er es doch für durchaus unmöglich, denſelben in Wirkſamkeit treten zu laſſen, wenn nicht irgend ein anderes Mitglied zum Erſatz eine Vermögensſteuer vorſchlage. Aus dieſem Grunde halte er es für unumgänglich nothwendig, ſich dem Antrage zu widerſetzen. Ein ehrenwerthes Mitglied habe geſagt, daß es die Pflicht der Regierung ſei, für jede Steuer, welche das Haus abzuſchaffen für gut finde, einen Erſatz ausfindig zu machen. Wenn er die Vortrefflichkeit dieſer Doctrin auch zugeben wolle, ſo halte er es doch zu gleicher Zeit für ſeine Pflicht, zu erklären, daß er nicht im Stande ſei, in dieſem Falle einen für das Haus und für das Land befriedigenden Erſatz aufzufinden. Dann ſei die Frage, ob das Haus bei dem gegenwärtigen Zuſtand der Finanzen die Steuern auf eine Weiſe reduciren wolle, die den offentlichen Credit erſchüttern müſſe? Es würde unmöglich werden, die Zinſen der öffentlichen Schuld zu bezahlen, wenn das Haus die Steuern ſo bedeutend reducire, wie es die gegenwätige Motion vorſchlage. Bei einer neuerlichen Gelegenheit habe ein ehrenwerthes Mitglied behauptet, daß die Repräſentanten der Hauptſtadtdiſtricte eine vollkommene Gewalt über ihn (Lord Althorp) erlangt hätten. Die Vorfälle der beiden letzten Tage müßten Jedermann überzeugen, daß dieß nicht der Fall ſei. Bei ſeinem küezlich vorgelegten Budget habe er ſich bemüht, ſo unparteuſch als möglich gegen die verſchiedenen Intereſſen der Geſellſchaft zu verfahren.

Digitized by Google

Er wiſſe, daß, weil er nicht mehr für die Einwohner der
Hauptſtadt gethan habe, ſein Plan in dieſer großen Stadt
unpopulär ſei, und aus den Reden, welche er heute Abends
vernommen, überzeuge er ſich, daß derſelbe auch bei de-
nen, die das Ackerbauintereſſe vertreten, unpopulär ſei.
Dieß ſei das Schickſal jedes Mannes in ſeiner Lage, der
ſich bemühe, gegen alle Parteien billig zu Werke zu ge-
hen. (Hört!) Er ſei indeß nicht der Mann, der ſeiner ge-
wiſſenhaften Ueberzeugung einer eitlen Popularität hal-
ber untreu würde, und er werde, ſo lange er dem Amte
vorſtehe, welches er jetzt die Ehre habe zu bekleiden, ſtets
bemüht ſeyn, die Abgaben mit Rückſicht auf alle Claſſen
der Geſellſchaft zu reduciren. (Hört! hört!) — Hr. Cob-
bett behauptete, daß die Malzſteuer bei weitem die drü-
ckendſte und demoraliſirendſte für die arbeitenden Claſſen
ſei. Er habe 30 Jahre lang für die Abſchaffung der Salz-
ſteuer gekämpft, und endlich ſei ihm dieſelbe gelungen.
Wenn die Malzſteuer ebenfalls abgeſchafft würde, ſo wer-
de er ſich dem edlen Kanzler der Schatzkammer ſo dankbar
verpflichtet fühlen, daß er in Betreff der übrigen Steuern
eine Art von Waffenſtillſtand mit ihm abſchließen wolle.
Es ſei unmöglich, das Verwerfliche jener Steuer zu über-
treiben. Man ſage allerdings, daß ſie gänzlich auf die
Grundbeſitzer fiele; das ſei aber eine Abgeſchmacktheit, wie
ſich die politiſchen Oekonomiſten und die ſchottiſchen Phi-
loſophen kaum zu Schulden kommen ließen. (Hört! und
Gelächter.) Die Steuer werde leider von den Bierconſu-
menten bezahlt, von den armen Taglöhnern, und laſte
ſchwer auf ihnen. Nachdem der Redner noch auf die de-
moraliſirende Wirkung jener Steuer aufmerkſam gemacht,
und bei dieſer Gelegenheit einige plumpe Späſſe über das
Beſtreben, nützliche Kenntniſſe unter dem Volke zu ver-
breiten, beigebracht hatte, zeigte er an, daß, wenn der
jetzt vorliegende Antrag, wie er hoffe, durchgehen ſollte,
er nächſter Tage die Abſchaffung der ganzen Steuer in
Vorſchlag bringen werde. — Hr. O'Connell erklärte,
daß er den Antrag ſchon aus dem einfachen Grunde un-
terſtütze, weil derſelbe eine Reduction der Steuern be-
zwecke. Es ſei die Pflicht des Hauſes, die Steuern herab-
zuſetzen, und es ſcheine ihm dieſes auch der einzige Weg,
wie man die Miniſter zu Einſchränkungen zwingen könne.
Durch die Herabſetzung der Malzſteuer aber werde, wie
er glaube, die öffentliche Einnahme eher Vortheil, als
Schaden haben. Dieſer Meinung war auch Hr. Hume,
bemerkte indeſſen, daß, wenn ſich doch ein Ausfall erge-
ben ſollte, derſelbe durch eine Auflage auf geiſtige Getränke
gedeckt werden möchte. Lord John Ruſſell ſagte, der
Vorſchlag, das Finanzjahr mit einem Deficit von einer
Million zu beginnen, ſei unpaſſend für eine große Nation,
und würde das Land der Achtung im Innern und ſeines
Rufes im Auslande berauben. (Hört! hört!) Es ſei ge-
ſagt worden, daß das Deficit, welches durch die Herab-
ſetzung der Malzſteuer entſtehe, durch eine Einſchränkung
in den öffentlichen Ausgaben gedeckt werden könne. Die-
jenigen, welche glaubten, daß dieſe Ausgaben zu groß
wären, könnten folgerichtig für den Antrag ſtimmen;
aber man dürfe nicht vergeſſen, daß die jetzigen Miniſter,
welche durch ihr Verfahren bewieſen hätten, daß ſie
Freunde der Sparſamkeit wären, dem Hauſe erklärt hät-
ten, daß die Ausgaben auf die möglichſt niedrige Stufe
herabgebracht worden ſeien. Er hoffe daher zuverſichtlich,
daß das Haus dem Antrage nicht beitreten werde. Dieſer
wurde indeſſen (wie bereits geſtern gemeldet) mit einer
Majorität von zehn Stimmen unter lautem Beifall ge-
nehmigt.

Galignani's Meſſenger vom 1. d. M. gibt
kurze Auszüge aus den Londoner Blättern vom 29. April.
Am 28. um 2 Uhr Nachmittags wurde Cabinetsrath bei
Lord Althorp gehalten, der bis 5 Uhr dauerte, und
nach deſſen Beendigung Lord Grey ſich zum Könige ver-
fügte. — Im Globe vom 29. heißt es: „Die außeror-
deutliche Art und Weiſe, wie Sir W. Ingilby's Mo-
tion durchgeſetzt wurde, hat, wie wir Grund zu glauben
haben, von Seite der mannhafteren Gegner der Mini-
ſter, zu denen wir den Herzog von Wellington und
Sir R. Peel zählen, die unzweideutigſten Demonſtra-
tionen zur Folge gehabt, nach denen man hoffen darf,
daß ſie die Miniſter bei jeder Maaßregel unterſtützen wer-
den, wodurch das Uebel der letzten Abſtimmung wieder
gut gemacht und die Nothwendigkeit einer plötzlichen Aen-
derung des Cabinetes, die in der gegenwärtigen Kriſis
zu höchſt verderblichen Reſultaten führen könnte, beſei-
tigt werden dürfte. Noch mehr; wir haben in Erfahrung
gebracht, daß irgend etwas Aehnliches von Seite mehre-
rer angeſehenen Mitglieder des Hauſes, die ſo unbedacht-
ſamer Weiſe für die Motion votirt haben, zu erwarten
ſteht. Man glaubt, das Haus werde dieſen Abend ſehr
voll ſeyn, indem die größte Neugierde und Spannung
obwalten." — Der Courier vom ſelben Tage ſagt:
„Man behauptet mit Zuverſicht, die Miniſter würden die-
ſen Abend anzeigen, daß dem Unterhauſe Gelegenheit ge-
geben werden ſoll, ſein Votum vom vorigen Freitag
über Sir W. Ingilby's Motion zu beſtätigen, oder
aus dem Grunde zurückzunehmen, weil das Haus über-
rumpelt worden ſei; und weil ein Votum, welches ſo
ernſthafte Folgen, als die Umgeſtaltung des ganzen Be-
ſteuerungsſyſtems, nach ſich ziehe, nicht als Ultimatum
in einem Hauſe angeſehen werden dürfe, in dem nicht die
Hälfte ſeiner Mitglieder anweſend waren."

Conſols am 29. April $87\frac{1}{4}$, $\frac{3}{8}$.

Rußland.

Das Journal de St. Petersbourg vom 24.
April meldet: „Se. Majeſtät der Kaiſer haben, um dem
Sultan in der gegenwärtigen Kriſis einen deutlichen Be-
weis Ihrer lebhaften Theilnahme an dem Wohle Sr. Ho-
heit zu geben, den Generaladjutanten Grafen Orloff
mit einer beſonderen Miſſion an jenen Souverain beauf-
tragt. Der Graf Orloff begibt ſich mit dem Character ei-
nes außerordentlichen Botſchafters nach Konſtantinopel
und wird dieſen Poſten ſo lange bekleiden, als dieſe tem-
poräre Miſſion dauert. Er iſt am 21. Abends von St.
Petersburg abgereiſt. — Am 20. April traf der türkiſche
Brigadegeneral Namik Paſcha hier ein, um Sr. Ma-
jeſtät dem Kaiſer im Auftrage und im Namen des Sul-
tans deſſen lebhafte Erkenntlichkeit für den von Sr. kai-
ſerlichen Majeſtät demſelben gewährten offenen und red-
lichen Beiſtand zu bezeigen. Namik Paſcha war am 21.
bei der Parade zugegen und hatte ſodann die Ehre, von
dem Kaiſer in einer Privataudienz empfangen zu werden."

Am 9. Mai war zu Wien der Mittelpreis der

Staatsſchuldverſchreibungen	zu 5pCt. in CM.	$92\frac{7}{16}$;
detto detto	zu 4pCt. in CM.	—;
Darleh. mit Verlooſ. v. J. 1820,	für 100 fl. in CM.	—;
detto detto v. J. 1821,	für 100 fl. in CM.	—;
Wiener-Stadtbanco-Obligat.	zu $2\frac{1}{2}$ pCt. in CM.	$52\frac{3}{4}$;

Conv. Münze pCt. —;

Bankactien pr. Stück 1208 in CM. ;

Hauptredacteur: Joſeph Anton Edler von Pilat.

Verleger: Anton Strauß ſel. Witwe in der Dorotheergaſſe Nr. 1108.

Digitized by Google

Nro. 131

Oeſterreichiſcher Beobachter.

Sonnabend, den 11. Mai 1833.

Meteorologiſche Beobachtungen vom 9. Mai.	Zeit der Beobachtung.	Barometer auf 0° Reaumur reducirt. Pariſer Maß.	Barometer auf 0° Reaumur reducirt. Wiener Maß	Thermometer Reaumur.	Wind.		Witterung.
	8 Uhr Morg.	27.565	28Z. 3L. 11P.	+ 15.0	N.	Mit.	dunſtig.
	3 Uhr Nachm.	27.517	28 3 4	+ 21.5	SO.	ſchwach.	heiter.
	10 Uhr Abnds.	27.481	28 2 11	+ 15.0	SO.	——	——

Großbritannien und Irland.

In der Sitzung des Oberhauſes vom 29. April wurden dem Hauſe zahlreiche Bittſchriften zur Abſchaffung der Sclaverei, beſſeren Beobachtung des Sonntags u. ſ. w. vorgelegt, und erhielt demnächſt die Bill wegen der Geſchwornengerichte in Irland die dritte Leſung und paſſirte.

Am 29. April war gleich bei Eröffnung der Nachmittagsſitzung das Unterhaus ſo gefüllt, wie man ſich ſeit zwanzig Jahren zu einer ſo frühen Stunde nicht erinnert, es geſehen zu haben. Die Stellung der Miniſter, nach Annahme des Vorſchlages des Sir W. Ingilby in Betreff der Malzſteuer, nimmt die allgemeine Aufmerkſamkeit auf das Dringendſte in Anſpruch, und man erwartete heute einige Erklärungen von Seiten der Regierung über den von ihr einzuſchlagenden Weg. Nach Erledigung einiger unbedeutender Sachen rief der Sprecher den Lord Althorp auf, welches zu einer ſo allgemeinen Aufregung Anlaß gab, daß einige Minuten vergingen, ehe die Ruhe ſich ſo weit herſtellte, daß der Miniſter gehört werden konnte. Er äußerte ſich folgendermaaßen: „Ich bin überzeugt, daß jedes Mitglied dieſes Hauſes begierig iſt, zu erfahren, was ich bei dieſer Gelegenheit zu ſagen habe. Die Entſcheidung des Hauſes vom vorigen Freitag hat, in Betracht der Umſtände, unter denen ſie Statt fand, wie ich gleich bemerkte, die Regierung in große Verlegenheit geſetzt; und die Frage reiflich erwägend, haben wir es für wünſchenswerth gehalten, dieſelbe nochmals dem Hauſe zur Erwägung zu übergeben, und zwar auf eine Weiſe, daß die ganze Lage der Dinge ihm noch einmal vorliegt, ſo daß es klar alle Folgen ſeiner früheren Entſcheidung überſehen, und mit offenen Augen entſcheiden kann. In dieſer Abſicht, und überzeugt, daß ein ſolcher Weg am beſten zum Ziele führen dürfte, werde ich morgen zu dem Antrage des ehrenwerthen Mitgliedes für London (Sir John Key) auf Abſchaffung der Häuſer- und Fenſterſteuer folgendes Amendement vorſchlagen: „„Daß der Ausfall in der Einnah„„me, der durch eine Reduction der Malzſteuer auf 10 „„Sh. per Quarter und durch die Abſchaffung der Häu„„ſer- und Fenſterſteuer entſtehen würde, nur durch eine „„allgemeine Steuer auf Vermögen und Eigenthum ge„„deckt werden könne (lauter und lange anhaltender Bei„„fall) — und eine ausgedehnte Veränderung in unſerem „„ganzen Finanzſyſtem zur Folge haben müſſe, welches „„gegenwärtig höchſt unzweckmäßig ſeyn würde.““ (Nein! nein! und Beifall.) — Sir W. Ingilby fragte, was denn der edle Lord mit dem Votum des Hauſes vom vergangenen Freitage zu thun beabſichtige? Ob er den Antrag in Wirkſamkeit zu ſetzen gedenke oder nicht? Die Erklärung, welche der edle Lord gleich nach der Abſtimmung abgegeben, habe im ganzen Lande die Meinung verbreitet, daß er ſich dem Vorſchlage nicht weiter widerſetzen werde; jetzt ſcheine er aber anderer Meinung geworden zu ſeyn. — Lord Althorp erklärte, daß er am Freitage nur geſagt habe: daß, obgleich die Majorität nur ſehr klein ſei, er doch an demſelben Abend keine neue Abſtimmung veranlaſſen wolle. Ueber ſeine Abſicht in Bezug auf jene Motion laſſe das von ihm angekündigte Amendement wohl keinen Zweifel übrig. — Der Marquis von Chandos ſagte, er nehme mit tiefem Bedauern wahr, daß man die Abſicht habe, das Votum des Hauſes bei einer Frage, die von ſo ungemeiner Wichtigkeit für das ganze Land ſei, nicht zu berückſichtigen. Das Haus ſei auf den Antrag vorbereitet geweſen, und könne alſo nicht überraſcht worden ſeyn. Er hege die ernſte und aufrichtige Hoffnung, daß, wenn die Frage noch einmal vorgebracht würde, die Abſtimmung nicht anders ausfallen werde. Er ſeiner Seits würde ſich ſchämen, wenn er ſein Votum über einen ſo wichtigen Gegenſtand, den Miniſtern zu Gefallen ändern könnte. — Ein Mitglied ſagte, daß, obgleich es am Freitag in der Majorität geſtimmt habe, es doch jetzt glaube, daß wichtigere Intereſſen, als die bloße Herabſetzung der Malzſteuer, auf dem Spiele ſtänden. Es handle ſich um die Inſtitutionen des Landes und um die Stabilität der jetzigen Verwaltung (Unterbrechung), die es für die einzige halte, welche die Angelegenheiten des Landes leiten könnte. — Hr. Tennyſon ſagte, daß der edle Lord (Althorp) allerdings am beſten wiſſen müſſe, was er am Freitag nach der Abſtimmung geſagt habe; aber er könne nicht umhin, zu bemerken, daß die Preſſe allgemein ſeine Erklärung in dem Sinne wiedergegeben habe, als ob er, Trotz der kleinen Majorität, der Ausführung des

Digitized by Google

Antrages nicht den geringſten Widerſtand mehe leiſten wolle.*) Indeſſen wolle er gern glauben, daß man den edlen Lord falſch verſtanden habe, und daß ſeine Erklärung gelautet, wie er dieſelbe jetzt abgelegt habe. Uebrigens, fügte der Redner hinzu, dürfe eine ſolche Rückſicht, wie das Mitglied, welches zuletzt geſpeochen, angedeutet habe, ein reformirtes Unterhaus nicht abhalten, nach ſeiner beſten Ueberzeugung zu ſtimmen. Wenn das Haus ſein Votum zurücknähme, ſo würde Alles im alten Geleiſe bleiben, und das könne nicht ſeyn. Nichts als eine vollſtändige Reviſion des Finanzſyſtems könne das Land zufriedenſtellen und demſelben Erleichterung verſchaffen. Er ſei bereit, für eine Vermögensſteuee zu ſtimmen. (Lauter Beifall.) — Hr. Robinſon machte darauf aufmeekſam, in welchem ſeltſamen Lichte das Haus erſcheinen würde, wenn es morgen ein Votum zurücknähme, welches erſt am vergangenen Freitag abgegeben worden ſei. Große Achtung im Lande könne es ſich dadurch nicht verſchaffen. — Sir R. Peel ſagte, daß, wenn er am Freitage im Hauſe gnweſend geweſen wäre, er ſich dem Antrage entſchieden widerſetzt haben würde, indem er den jetzigen Zeitpunct nicht für geeignet halte, die Malzſteuer herabzuſetzen. — Als ſich nunmehr das Haus in einen Geldbewilligungsausſchuß verwandeln wollte, fragte Hr. A. Baring, ob es noch die Abſicht des edlen Lords ſei, morgen auf die Ernennung der Ausſchüſſe zur Unterſuchung des Ackerbaues, des Fabrikweſens und des Handels anzuteagen. Lord Althorp erwiederte, daß dieß größtentheils davon abhängen würde, wie ſich das Haus morgen über ſeinen vorhin angekündigten Vorſchlag ausſprechen werde. In dem hierauf Statt findenden Geldbewilligungsausſchuß wurden verſchiedene Summen für das Geſchützweſen bewilligt. Am Schluſſe der Sitzung ereigneten ſich zwei ungewöhnliche Fälle. Der eine beſtand darin, daß Hr. Hume auf eine Ausgabe antrug. Er wollte nämlich, daß man einem Hrn. Marſhall 1260 Exemplare ſeiner Sammlung parlamentariſcher Aetenſtücke ſeit dem Jahre 1799 für 2625 Pf. St. abkaufen ſolle, indem er dieſes Werk für ſehr nützlich zum Gebrauch der Paelamentsmitglieder erklärte. Die zweite Merkwürdigkeit war die, daß der Antrag des Hrn. Hume angenommen wurde. Denn obgleich viele Mitglieder ſich gegen denſelben erkläeten, die Ausgabe für überflüſſig hielten, und das ehrenwerthe Mitglied für Middleſex mit ſeinen eigenen ſo häufig gebrauchten Argumenten zu bekämpfen ſuchten, ſo wurde doch der Antrag mit 106 Stimmen gegen 88 genehmigt. Das Haus vertagte ſich um 1 Uhr.

Bei Eröffnung der Sitzung des Unterhauſes vom 30. April zeigte Sir F. Burdett dem Hauſe an, daß ſein ehrenwerther College (Sir J. Hobhouſe), der nur in der Abſicht, das allgemeine Beſte zu befördern, in die jetzige Verwaltung eingetreten ſei, ſich in einer Lage zu befinden glaube, die es ihm unmöglich mache, ſeine Pflichten gegen ſeine Conſtituenten gleichzeitig mit denen gegen die Verwaltung zu erfüllen. Da dieſe Lage ſeinen ehrenwerthen Collegen in eine beſondere Verlegenheit verſetze, ſo habe er ihn beaufteagt, auf ein neues Wahlausſchreiben für Weſtminſter anzutragen. Dieſe Anzeige erregte im Hauſe kein Zeichen des Befremdens, da man dieſelbe allgemein zu erwarten ſchien. — Hierauf erhob ſich Sir J. Key, um ſeinen angekündigten Antrag hinſichtlich der Abſchaffung der Häuſer- und Fenſterſteuer zu machen. Er wies zuvörderſt auf die große Menge der in Bezug auf dieſen Gegenſtand eingelaufenen Bittſchriften, als auf einen Beweis hin, wie allgemein die ganze Abſchaffung jener Steuer gewünſcht werde, und ſuchte dann das Unzweckmäßige und Drückende derſelben darzuthun. Die Häuſertaxe belaufe ſich jetzt auf 1,035,741 Pf. St., wovon London mit ſeinen Diſtricten bedeutend mehr als die Hälfte zahle, und es ergäbe ſich, daß mehr als ¾ des ganzen Betrages von 4 Grafſchaften bezahlt werde, woraus deutlich hervorgehe, daß die Abgabe beſonders auf Handel und Induſtrie hafte. Die Vertheidiger der Eigenthumsſteuer hätten die Häuſerſteuer von jeher als eine ſolche geſchildert und deßhalb in Schutz genommen. Es ſei aber eine falſche Anſicht oder es müßte denn feſtſtehen, daß alle Häuſer ohne Ausnahme der Steuer unterworfen wären. Dieß ſei aber nicht der Fall, die ſogenannten unbewohnten Häuſer wären ganz frei und man wiſſe ſehr wohl, welcher Mißbrauch mit dieſer Benennung getrieben würde. Die Einkommenſteuer ſei der in Rede ſtehenden bei weitem vorzuziehen, denn ſie treffe doch nur den wirklichen Verdienſt und laſſe die Ausgaben und die ſchlechten Schulden unverſteuert. Bei der Häuſerſteuer werde dagegen auf nichts Rückſicht genommen und ſie laſte auf dem, der ſein Geſchäft mit Vortheil betreibe, wie auf dem, der ſich dabei zu Grunde richte. Auf die Fenſterſteuer laſſe ſich nicht allein Alles anwenden, was von der Häuſerſteuer geſagt worden ſei, ſondern es müſſe auch noch auf den Umſtand aufmerkſam gemacht werden, daß dieſelbe mit Nachtheil für die Geſundheit und das Wohlbefinden des Volkes verbunden ſei. In vielen Theilen der Hauptſtadt, wo man alte Häuſer für die Armen eingerichtet hatte, waren natürlich viele Fenſter zugemauert worden und es habe ſich dieß beſonders bei dem Erſcheinen der Cholera höchſt nachtheilig für die Geſundheit gezeigt. Man wende gegen die Abſchaffung dieſer Steuer ein, daß die Bedürfniſſe des Staates einen ſolchen Ausfall nicht geſtatteten. Dieß ſei aber der gewöhnliche Einwand, wenn auf Abſchaffung von Steuern angetragen würde, man könne daher denſelben nicht als gültig betrachten. Man ſolle nur den Verſuch machen, und es werde ſich finden, daß die Miniſter Mittel hätten, den Ausfall zu decken. Dem Hauſe könne nicht unbekannt ſeyn, wie ſehnlichſt das Volk die Abſchaffung jener Steuern wünſche, und er hoffe, daß ein reformirtes Unterhaus dem ſo laut und einſtimmig ausgeſprochenen Wunſche des Volkes Gehör ſchenken werde. — Der Alderman Wood unterſtützte den Antrag, welchen, wie er ſagte, ein ſehr

*) Vergl. unſer vorgeſteiges Blatt.

bedeutender Theil ſeiner Conſtituenten für höchſt nothwendig hielt. Als Beweis von der außerordentlichen Aet, in welcher jene Steuer wirke, diene der Umſtand, daß man kaum bei fünf Häuſern in den vorzüglichſten Straßen vorübergehen könne, ohne eines unbewohnt zu finden. Der Redner erklärte ſich unumwunden für die Einführung einer Vermögensſteuer; er war der Meinung, daß man alle Steuern, mit Ausnahme der auf Tabak und geiſtigen Getränken laſtenden, abſchaffen, und doch noch einen Ueberſchuß im Budget behalten könne. Denn wenn er in einer runden Zahl das Eigenthum und das Einkommen des Landes auf 3000 Millionen ſchätze, ſo würde einr Steuer von nur 1 pCt. hinlänglich für alle Brdürfniſſe ſorgen. — Hierauf erhob ſich Lord **Althorp**, und ließ ſich im Weſentlichen folgendermaaßen vernehmen: „Da der Vorſchlag, welchen ich die Ehre habe, zu machen, von ſehr ungewöhnlicher Beſchaffenheit iſt, ſo halte ich rs für nothwendig, die Gründe anzugeben, welchr mich zu den von mir eingeſchlagenen Wegen veranlaßt haben. Dir Abſtimmung, welche am vergangenen Freitag Statt fand, kann ich zwar allerdings nicht eine vollkommene Uebeeraſchung des Hauſes nennen, da zeitig genug vorher Anzeige gemacht worden war; da aber an demſelben Tage noch drei andere Vorſchlägr an der Tagesordnung waren, ſo ließ ſich nicht erwarten, daß der in Betreff der Malzſteuer ſchon an jenem Tage vorkommen würde, und dieß mochtr mit dazu beigetragen haben, daß das Haus an jenem Abende ſo wenig gefüllt war. Ich glaube daher auch, daß die Regierung nicht recht thun würde, auf jene Entſcheidung hin ihr ganzes Finanzſyſtem zu ändern odee ihren ämtlichen Schauplatz zu verlaſſen, um Andern Platz zu machen, die geneigt ſeyn dürſten, die von uns eingeſchlagene Bahn zu verfolgen. (Hört!) Zu gleicher Zeit aber verkenne ich nicht, daß wir uns in einer ſehr ſchwierigen Lage befinden; denn ich bin ſehr bereit, zuzugeben, daß ſich gegen meinen Antrag, das Votum des Hauſes gewiſſermaaßen rückgängig zu machen, mit Recht Vieles einwenden läßt. (Hört! hört!) Wie ich ſchon bei früherer Gelegenheit geſagt habe, ſo muß ich es auch jetzt wiederholen, daß es mir ganz unwichtig erſcheint, ob die Malzſteuer halb, oder ob ſie ganz abgeſchafft wird. Im Gegentheil, wenn das Haus der Meinung iſt, daß eine andere Beſteuerung an die Stelle treten ſoll, ſo würde es klüger ſeyn, jene Steuer auf einmal **ganz** abzuſchaffen. Eben ſo denke ich über die jetzt dem Hauſe vorliegende Frage. Ich glaube, daß es im höchſten Grade unbillig gegen die Einwohner dieſes Landes im Allgemeinen ſeyn würde, wenn man einer Claſſe eine ſo bedeutende Erleichterung gewähete, ohne dabei die andern zu berückſichtigen. Deßhalb iſt es meine Anſicht, daß, wenn das Haus bei ſeinem Entſchluſſe beharrt, die Malzſteuer herabzuſetzen, es auch ſeine Pflicht ſeyn würde, den Vorſchlag des ehrenwerthen Baronets anzunehmen, und dieß müßte nothwendig eine tatale Veränderung in unſeeem Finanzſyſteme zur Folge haben. (Beifall.) Ich ſehe in der That nicht ein, wie es möglich iſt, jene Vorſchläge anzunehmen, ohne ſich zu gleicher Zeit bereit zu erklären, **für die Annahme einer Eigenthumsſteurr** zu ſtimmen. Der würdige Alderman, welcher zuletzt geſprochen, hat eingeräumt, daß er bereit ſei, dieſen Weg einzuſchlagen. Ich muß es dem Hauſe überlaſſen, zu erwägen; ob die Annahme eines ſolchen Syſtems vortheilhaft und wünſchenswerth iſt. Wenn dieſes Syſtem überhaupt angenommen werden ſoll, ſo glaube ich nicht, daß man ſich auf eine kleine Eigenthumsſteuer beſchränken darf, ſondern man müßte zum Erſatz für dir andern Abgaben wenigſtens 10 oder 11 Millionen Pf. durch die Eigenthumsſteuer aufbeingen. Ob eine ſolche Steuer klug, ob ſie zweckmäßig ſeyn würde, das muß ich, wie geſagt, dem Ermeſſen des Hauſes anheimſtellen. — Ich kann nicht zugeben, daß eine ſo bedeutende Reduction, wie die beabſichtigte, Statt findet, ohne daß man eine Vermögensſteuer annimmt, und dieſe Anſicht habe ich dem erſten Theile meines Antrages einverleibt; der zweite Theil geht darauf hin, zu zeigen, daß die Annahme einer Vermögensſteuer für jetzt unzweckmäßig iſt. Ich ſehe nicht ein, daß das Haus, wenn es dieſe Reſolution unterſtützt, ſich dadurch für jede künftige Erörterung über die Angemeſſenheit einer Eigenthumsbeſteuerung binden würde. Man hat angenommen, daß ſich in dieſem erſten reformirten Parlamente die Mitgliedee des Miniſteriums, namentlich in Finanzangelegenheiten, unter der Leitung dieſes Hauſes befänden. Nun erkläre ich gern, daß, welchen Einfluß auch die Meinung des Hauſes auf die Miniſter, abſtract genommen, haben mag, ich als individuelles Mitglied der Verwaltung mich verpflichtet glaube, mich nach jedem Ausdruck der Meinung dieſes Hauſes zu richten. (Beifall.) Man könnte vielleicht ſagen, daß ich durch die Form meines Antrages entgegengeſetzte Anſichten mit einander veeknüpfe. Ich gebe zu, daß ich diejenigen, welche für eine Vermögensſteuer, dirjenigen, welche für die Abſchaffung der Malzſteuer, diejenigen, welche für den Antrag des ehrenwerthen Baronets, und diejenigen, welche glauben, daß eine bedeutende Reduetion ohne Einführung neuer Taxen möglich ſei, mit einander verknüpfe. Vielleicht hält man dieß für unklug, aber es iſt klar, daß diejenigen, welche auf dieſe Weiſe vereint gegen das von mir vorgeſchlagene Amendement ſtimmen, die in Bezug auf die Finanzen des Landes von mir beobachtete Politik mißbilligen; und wenn es ſich aus dem Reſultate der hrutigen Verhandlungen ergeben ſollte, daß eine Majorität des Hauſes in dieſer Mißbilligung übereinſtimmt, **ſo werdr ich natürlich auf die Stellung, welche ich einzunehmen die Ehre habe, Vrrzicht leiſten müſſen.** (Hört! hört!) Es bedarf keines Beweiſes, denn es iſt durch ſich ſelbſt einleuchtend, daß das Haus unmöglich dem uns vorliegenden Antrag, noch außer dem am Freitage angenommenen, beitreten kann, ohne daß es andere Steuern von bedeutendem Belaufe an die Stelle der jetzigen treten läßt. In-

Digitized by Google

dem ich alſo gegen den Vorſchlag einer Vermögensſteuer für dieſen Augenblick argumentirte, habe ich zugleich gegen den Vorſchlag des ehrenwerthen Baronets argumentirt. Ich geſtehe, daß alle directen Steuern ſehr beläſtigend ſind, aber der Vorſchlag zielt ja nicht darauf ab, eine indirecte Steuer an die Stelle der directen zu ſetzen, ſondern eine directe Steuer mit einer andern directen zu vertauſchen. Ich weiß, daß es keinen angenehmen Eindruck macht, wenn der Steuereinnehmer umhergeht und eine directe Summe erhebt; aber ich kann doch nicht mit dem ehrenwerthen Baronet darin übereinſtimmen, daß eine angemeſſene Häuſerſteuer ſo ſehr ungerecht iſt, wie er ſie darzuſtellen ſucht. Der ehrenwerthe Baronet ſagt, der Grundſatz, ein Haus nach dem Zins, den es trägt, und nicht nach ſeinen Baukoſten zu beſteuern, ſei ungerecht. Wenn man Jemandes Eigenthum darnach abſchätzt, was er früher ausgegeben hat, und nicht darnach, was er jetzt ausgibt, dann freilich iſt die Behauptung des ehrenwerthen Baronets richtig. Aber ich kann nicht einſehen, wie ſich Jemandes Vermogen daraus abnehmen läßt, daß er einmal eine große Summe auf einen Hausbau verwandt hat. Der ehrenwerthe Baronet ſprach von den großen Koſten, die mit der Eintreibung dieſer Steuer verbunden ſeien; aber gerade bei den directen Steuern, mit Ausnahme der Stämpelabgaben, koſtet uns unter den vier großen Zweigen unſeres Steuerweſens, den Zöllen, der Accise, dem Stämpel und den directen Steuern, die Eintreibung am wenigſten. Es ſei mir nun noch vergönnt, einige Bemerkungen über den bei einer frühern Gelegenheit von mir eingebrachten Vorſchlag zu einer gewiſſen Abhülfe für die Kramlädenbeſitzer hinzuzufügen. Man hat gegen die Art und Weiſe der von mir vorgeſchlagenen Abhülfe eine oder zwei Einwendungen gemacht, wovon die bedeutendſte war, daß wohl die großen, aber nicht die kleinen Ladenbeſitzer davon Nutzen ziehen würden. Dieſer Einwurf ſcheint mir ſehr gewichtig. Ich ſchlage daher vor, den Antrag auf Befreiung einer gewiſſen Anzahl von Fenſtern aufzugeben und zu ſagen, daß alle Häuſer, an denen ſich Läden befinden, nur die Hälſte der gewöhnlichen Häuſerſteuer entrichten ſollen. (Hört!) Dieß iſt einfacher als mein urſprünglicher Plan und wird den großen und kleinen Ladenbeſitzern in gleichem Verhältniß Abhülfe gewähren, und zwar mit einer geringeren Einbuße an Einkünften, als ich früher dachte. Es thut mir ſehr leid, daß ich mich in eine Lage verſetzt ſehe, worin ich es für nöthig halte, das Haus zu nochmaliger Erörterung einer Angelegenheit aufzufordern, über die es bereits entſchieden hat; aber unter den Umſtänden, welche die Annahme dieſer Entſcheidung begleitet, glaubte ich, daß es von den Miniſtern unverantwortlich gehandelt wäre, wenn ſie jenen Beſchluß als den definitiven Ausdruck der Meinung des Hauſes anſehen und ihre Maaßregeln darnach treffen wollten. Die Miniſter hielten ſich daher noch nicht für berechtigt, irgend einen entſcheidenden Schritt zu thun, und ich wurde genöthigt, ſo unangenehm für mich und für das Haus es auch ſeyn mag, dem Hauſe eine Gelegenheit zu geben, ſeinen Vorſchlag noch einmal in Erwägung zu ziehen." Lord Althorp verlas nun ſein in der Sitzung vom 29. angekündigtes Amendement. — Hr. Hume erhob ſich zur Widerlegung des Lords Althorp, indem er zunächſt bemerkte, daß es vornehmlich der reichere Theil des Hauſes ſei, welcher ein ſo großes Geſchrei gegen die früher beſtandene Einkommenſteuer erhebe. (Man ruft: Nein! nein!) „Wahr iſt es," fügte der Redner hinzu, „daß dieſe Steuer ein wenig inquiſitoriſcher Natur iſt; aber welche directe Steuer wäre dieß nicht? Iſt dieß etwa mit der Fenſterſteuer nicht ebenfalls der Fall?" Ein großer Fehler in der bisherigen Beſteuerung ſei es, daß dieſe hauptſächlich dasjenige Capital treffe, welches in den Fabriken des Landes angelegt ſei, während der Ländereibeſitz faſt ganz frei ausgehe. Hr. Hume ſuchte ſodann durch ausführliche Calculationen zu beweiſen, daß der Ausfall in der Einnahme durch Herabſetzung der Malzſteuer nur ſehr gering ſeyn werde, weil die Conſumtion, wie die Erfahrung ſchon öfter gelehrt, um ſo mehr zunehme, je kleiner die Abgabe ſei. Hr. Hume war noch mit dieſem Argument beſchäftigt, als der mit der gewöhnlichen Poſt abzuſendende Bericht von dieſer Sitzung geſchloſſen werden mußte. — Außerordentliche vom 1. Mai eingegangene Nachrichten aus London bringen den Schluß obiger Debatte, welcher in der Nacht vom 30. April auf den 1. Mai (um 4 Uhr Morgens) erfolgte. — Sir John Key's Motion auf die Abſchaffung der Häuſer- und Fenſtertaxe wurde mit 355 gegen 157, alſo mit einer Mehrheit von 198 Stimmen (unter 512 Votanten) verworfen. — Sir W. Ingilby beklagte ſich über die Art und Weiſe, wie (in Lord Althorps Amendement) die Frage wegen der Reduction der Malztaxe mit der Frage hinſichtlich der Abſchaffung der Häuſer- und Fenſterſteuer vermengt und beide in einen Topf geworfen worden ſeien. Er ſchlug daher als Amendement zu Lord Althorps Motion vor, daß die darin enthaltenen Worte, die ſich auf die Malztaxe beziehen, ausgeſtrichen werden ſollen, indem ſonſt durch Annahme dieſes Amendements auf indirecte Weiſe die von dem Hauſe am letzten Freitage gefaßte Reſolution rückgängig gemacht werden würde. Major Handley, Hr. Baring und Sir T. Freemantle unterſtützten den Antrag des Sir W. Ingilby, der jedoch mit 285 gegen 151 Stimmen verworfen und das von Lord Althorp vorgeſchlagene Amendement genehmigt wurde. — Sir W. Ingilby machte dann noch die Motion, eine Bill, geſtützt auf die am Freitag im Hauſe durchgegangene Reſolution, einbringen zu dürfen; allein auch dieſer Antrag wurde mit 238 gegen 76 Stimmen gleichfalls verworfen, worauf das Haus um 4 Uhr Morgens ſich bis zum 2. Mai vertagte.

Die Malzſteuer iſt ſeit dem Frieden ſchon von 34 Sh. 8 D. bis auf 20 Sh. 8 D. per Quarter, welches ihr jetziger Betrag iſt, herabgeſetzt worden; hiezu kommt noch, daß die Gerſteanbauer den Vortheil hatten, die auf 3,500,000 Pf. ſich belaufende Abgabe von Bier gänzlich abgeſchafft zu ſehen.

Digitized by Google

Am 29. April Früh langte der Herzog Wilhelm von Braunſchweig nebſt Gefolge in Dover an, woſelbſt Se. Durchlaucht mit Aufſteckung der königl. brittiſchen Flagge und Abfeuerung von 21 Kanonenſchüſſen empfangen wurden. Der Cammandeur der Garniſon und die Behörden von Dover machten dem Herzoge ihre Aufwartung und wünſchten ihm Glück zu ſeiner Ankunft in England. Um 11 Uhr reiſte der Herzog nach London ab.

Am 25. April traf der Marquis von Palmella von Paris wieder in London ein. Man glaubt, daß ſeine Rückkehr nach England durch ſeine Wiederaufnahme in Dom Pedro's Conſeil veranlaßt worden iſt. Der Marquis war nur von einem einzigen Diener begleitet; ſeine Familie hat er in Paris zurückgelaſſen.

Es geht das Gerücht, daß der Graf von Durham im Begriffe ſei, den Cantinent noch einmal zu beſuchen, um ſeine Geſundheit wieder herzuſtellen.

Zeitungen aus Jamaika bis zum 19. März verſichern, daß die Ausſchreiben für die neuen Wahlen der Mitglieder des Verſammlungshauſes gleich nach den Oſterfeiertagen erlaſſen werden ſollten. Der Gouverneur ſoll noch eben ſo unpopulär ſeyn, wie zu Anfang. In jenen Zeitungen befinden ſich auch einige von den Schlußartikeln einer von den Abgeardneten Jamaika's an die engliſche Regierung gerichteten Denkſchrift, worin um Bürgſchaft nachgeſucht wird, daß man ſich weder durch einen Geheimrathsbefehl, nach auf irgend eine andere Weiſe in ihre Sclavenangelegenheit miſchen wolle, widrigenfalls ſie ſich von der brittiſchen Krone losreißen würden.

Conſols am 30. April 87⅞, ¾.

Portugal.

Die Liſſaboner Hofzeitung vom 12. April enthält ein königliches Decret, wodurch Dom Miguel in Betracht, daß, wie ihm zu Ohren gekommen, in Folge der außerordentlichen Umſtände, worin Portugal ſich befinde, die Verhöre vieler in den Gefängniſſen befindlichen Perſonen ſehr verzögert worden, und um einem ſo ernſtlichen Uebel ſo viel als möglich abzuhelfen, ſo wie um eine mit der Gerechtigkeit und dem Staatswohl vereinbare Handlung der Gnade zu vollbringen, die zu gleicher Zeit eine Anerkennung der göttlichen Huld ſeyn ſolle, welche in dieſen Zeiten ſo viele Segnungen über den König und ſein Valk ausgeſchüttet habe, allen in den Gefängniſſen der Bezirke von Liſſabon und Oporto befindlichen Perſonen, mit Ausnahme der wegen Kirchenraub, Verrath und Falſchmünzerei, Mord und einiger anderen Verbrechen Verhafteten, vollſtändige Verzeihung angedeihen läßt. — Von der Armee gehen die Nachrichten der Hofzeitung nicht weiter, als bis zu dem Gefecht vom 24. März.

Privatbriefe aus Liſſabon vom 13. April melden, daß mehrere Cholerafälle in Stadt und Umgegend vorgekommen waren, und daß daher keine Geſundheitsatteſte mehr ertheilt werden würden. Es heißt, die engliſche Regierung habe zugleich Depeſchen von Lord William Ruſſell aus Liſſabon erhalten, die von günſtigem Inhalte ſeien; doch weiß man noch nichts Näheres darüber.

Aus Oporto ſind Nachrichten in England bis zum 22. April eingegangen. Ein Detaſchement von Dom Pedro's Armee hatte am Abend des 9. einen Angriff gegen den Monte de Covello gemacht; dieſe Unternehmung ſoll geglückt und der Migueliſtiſchen Armee ein ſtarkes Fort abgenommen worden ſeyn. Es wurden fortwährend und ohne Widerſtand bedeutende Vorräthe von Lebensmitteln gelandet. Die Conſtitutionnellen begannen ſogleich, die den Migueliſtiſchen Truppen abgenommene Poſitian auf dem Monte de Covello ſtark zu befeſtigen und gegen einen möglichen Angriff zu ſchützen. Am folgenden Tage machten die Migueliſten einen Angriff vor der Front des Kloſters Serra, und ein Detaſchement, das unvorſichliger Weiſe zu weit vorgedrungen und in die Nähe des hinter einem Felſen verbargenen erſten engliſchen Regiments gekommen war, wurde abgeſchnitten und gefangengenommen. Das Feuern auf die Stadt wird von Dom Miguels Batterien auf der Seite von Villanova fortgeſetzt und fügt den Einwohnern vielen Schaden zu. Das conſtitutiannelle Geſchwader lag nämlich wieder vor der Barre van Oporto, und es waren, wie es heißt, Anſtalten getroffen worden, um die Forderungen des Admirals und ſeiner Mannſchaft baldigſt zu befriedigen. Unter den Beforderungen, welche Dom Pedro am Geburtstage der jungen Königinn vorgenommen hat, befindet ſich auch die des Gouverneurs des Serrakloſters zum Baron von Pico und die des Capitäns Shaw zum Oberſtlieutenant. Traß der häufigen Landungen waren doch die Lebensmittel in Oporta noch ſehr theuer, weil aus dem Innern des Landes gar keine Zufuhr mehr einging.

Freie Stadt Krakau.

Die Krakauer Zeitung enthält Folgendes: „Mit großem Erſtaunen haben wir in der Hamburger Zeitung (Staats- und gelehrte Zeitung des Hamburger Correſpondenten) unterm 19. April d. J. geleſen, daß „an demſelben Tage, wo die Unruhen in Frankfurt Statt gefunden, gegen 50 Bewaffnete aus Krakau in Podolien eingefallen ſeien." — Schon allein die geographiſche Lage der hier erwähnten Länder, Krakau und Podolien, reicht hin, um die Unwahrheit dieſer Meldung zu conſtatiren. Die Bürger und Einwahner der freien Stadt Krakau und ihres Umkreiſes, der ihnen von den hochherzigen Beſchützern dieſes Ländchens verliehenen Freiheiten ſich erfreuend und von der lebhafteſten Dankbarkeit gegen Jene erfüllt, haben den einzigen und ſehnlichſten Wunſch, an den Tag zu legen, wie hoch ſie die Großmuth der erlauchten Schutzmächte ſchätzen, und die von Deren Huld empfangenen Wohlthaten in unbedingter Unterwürfigkeit unter Ihren Willen und in Frieden zu genießen."

Griechenland.

Am 28. April lief das königlich griechiſche Dampfboot

Digitized by Google

der Merkur (Hermes) von Nauplia nach einer ſechzehntägigen Fahrt (nachdem es in Zante, Corfu und Sanſego hatte anlegen müſſen) in Trieſt ein. Die am 7. März auf drei Schiffen von Trieſt abgeſegelte Abtheilung griechiſcher Truppen war am 26. und reſp. 31. März in Nauplia angekommen. Gleich nach Ankunft des erſten Schiffes, auf welchem ſich der Stab des kleinen Corps befand, erſchien der König Otto, in Begleitung des Prinzen Eduard von Altenburg, an Bord, und wurde von ſeinen Truppen mit dem lebhafteſten Enthuſiasmus empfangen. Nach der Ausſchiffung blieb die Infanterie in Nauplia, die Uhlanen wurden nach Argos verlegt. Nach Athen und Negroponte waren 700 Baiern zur Beſitznahme marſchirt; erſtgenannte Stadt war zur Hauptſtadt des Reiches erklärt, und ſoll in einem Umkreiſe, der Gebäude für 40,000 Einwohner enthalten kann, mit Ringmauern verſehen werden. Der Kronprinz von Baiern wurde in 14 Tagen auf dem Dampfboote Franz I. von Neapel zu Nauplia erwartet.

Frankreich.

Die Allgemeine Zeitung meldet aus Lyon vom 27. April: „Das zu Ehren Garnier-Pagés angekündigte Bankett hat unſere Autoritäten zu einem auf Geſetzen der Jahre 1789, 90 und 91 beruhenden Verbote aller öffentlichen Bankette, ohne Erlaubniß der Präfectur, vermocht. Der Präfect Gasparin hat dazu von Paris her Befehl erhalten, und den zu ihm geſendeten Feſtunternehmern angezeigt, wie man nichts gegen die Verehrung eines Mannes, wie Garnier-Pagés, wohl aber viel gegen die Benutzung ſeiner Reiſe zur Heerſchau der Republikaner einzuwenden habe. Die Unternehmer ſollen geantwortet haben, daß ihnen die Perſonen durchaus gleichgültig wären, und dieſe nur als Vertreter eines Princips ſich der Anerkennung der Maſſen erfreuen dürfen. Einer Anzeige der Glaneuſe gemäß, wollen ſie nun das Bankett (ungeachtet des Verbots (weil das letztere inconſtitutionnel ſei) am 5. Mai dennoch halten. Man ſpricht bereits von mehreren Tauſend Subſcribenten zu 2 Fr., und behauptet, daß die Zahl des Verbots wegen noch täglich wachſe. Mehrere Advocaten, unter Andern der bekannte Seuzet, ſollen ſich erboten haben, das Inconſtitutionnelle der Ordonnanz nachzuweiſen. Eine viel größere Aufregung iſt aber durch einen geſtern angeſchlagenen Befehl der Mairie, nach welchem alles Singen in den Kaffehhauſern und Schenken ſtreng unterſagt wird, im Volke verurſacht worden. Auf dem Platze des Céleſtins, wo das Volkstheater und die vielen Cafés einen Verſammlungsort des Volkes bilden, wurden geſtern Abends vor den Cafés die aus der Revolutionszeit bekannte Carmagnole, die Marſeillaiſe und ähnliche Lieder mit rauſchendem Beifalle und in Gegenwart eines zahlreichen Militärpikets geſungen. Ein Redner las mit undeutlicher Stimme einen Aufruf an das Volk ab, und endete mit dem Ausrufe: Vive la République! Manche halten dieſe Aufforderungen für Polizeimaaßregeln, um vor dem Bankette eine Emeute hervorzurufen, und gewaltſam unterdrücken zu können. Vermuthlich wird am heutigen Abend, weil es Sonnabend iſt, der Auflauf noch viel größer werden. — In Marſeille haben die Republikaner dem Hrn. Armand Carrel ein Bankett angeboten. Derſelbe hat aber in einem höflichen Schreiben, weil er nur ſeiner Geſundheit wegen, nicht zu politiſchen Zwecken reiſe, auch weil er als keine activpolitiſche, ſondern nur als eine ſchreibende Perſon zu betrachten ſei, dieſe Ehre abgelehnt, und die aus der Subſcription hervorgehende Summe mit ſeinem Beitrage der Tribune zu überſenden gebeten. Deſſen ungeachtet hat Carrels Gegenwart in Marſeille die Republikaner zur Bildung eines Preßvereins vermocht.

Am 2. Mai um $1\frac{1}{2}$ Uhr Nachmittags 5Percents 102 Fr. 15. 3Percents 78 Fr.

Teutſchland.

Das königl. Baieriſche Regierungsblatt vom 6. Mai enthält Folgendes: „Se. Majeſtät der König haben ſich gnädigſt bewogen gefunden, den Hrn. Finanzminiſter von Mieg, auf deſſen geſtelltes Anſuchen, von dieſer ſeiner bisher bekleideten Stelle, unter Anerkennung ſeiner Verdienſte, zu entheben und ihn zum Staatsrathe im außerordentlichen Dienſte taxfrei und unter Vorbehalt Allerhöchſtihrer weitern Beſtimmung zu ernennen. — Se. Majeſtät der König haben durch offenes Decret vom 2. Mai d. J. Allerhöchſtihren Kämmerer Carl Ludwig Freiherrn von Lotzbeck auf Weyhern zum erblichen Reichsrathe der Krone Baiern allergnädigſt zu ernennen geruht.“

Münchener Blätter berichten die Abreiſe des königl. baieriſchen Geſandten am Bundestage, Freiherrn von Lerchenfeld, nach Frankfurt, von wo derſelbe jedoch demnächſt wieder zurückerwartet werde. Sie fügen als unverbürgtes Gerücht bei, daß demſelben das durch Hrn. von Mieg's Rücktritt erledigte Portefeuille der Finanzen beſtimmt ſcheine.

Am 4. Mai Abends Schlag 6 Uhr wurde zu Stuttgart das Wahlprotocoll geſchloſſen. Profeſſor Uhland in Tübingen und Obertribunalpräſident von Bolley hatten Stimmengleichheit (jeder 251 Stimmen) und ſomit wird, nach §. 144 der Verfaſſungsurkunde: „Im Falle der Stimmengleichheit zwiſchen zwei Gewählten, geht der Aeltere dem Jüngeren vor,“ von Bolley, als der Aeltere, als Abgeordneter der Stadt zu betrachten ſeyn. — Jetzt fehlt noch die Wahl der Ritterſchaft des Jaxt- und Neckarkreiſes.

In Freiburg rückten am 31. April 800 Mann badiſche Truppen mit 4 Kanonen ein, und zogen am folgenden Morgen weiter nach der Gränze. — In Carlsruhe erhielt auch das zweite Bataillon des Leibinfanterieregiments Befehl, ſich marſchfertig zu halten.

Durch eine in dem neueſten naſſauiſchen Verordnungsblatte erſchienene Regierungsbekanntmachung ſind ſämmtliche Polizeibehörden des Herzogthums Naſſau aufgefordert worden, von nun an genau darauf zu achten, daß alle Fremden, welche das Herzogthum bereiſen oder die naſſauiſchen Bade- und Curorte beſuchen, mit Päſſen verſehen ſind.

Am 10. Mai war zu Wien der Mittelpreis der

Staatsſchuldverſchreibungen		zu 5 pCt. in CM.	$92\frac{11}{16}$;
detto	detto	zu 4 pCt. in CM.	—;
Darlehen mit Verlooſ.	v. J. 1820,	für 100 fl. in CM.	$189\frac{1}{4}$;
detto	detto	v. J. 1821, für 100 fl. in CM.	135;
Wiener Stadtbanco-Obligat.		zu $2\frac{1}{2}$ pCt. in CM.	$52\frac{7}{8}$;

Conv. Münze pCt. —;

Bankactien pr. Stück — in C. M.

Hauptredacteur: Joſeph Anton Edler von Pilat.

Verleger: Anton Strauß ſel. Witwe in der Dorotheergaſſe Nr. 1108.

Im Comptoir des Oeſterr. Beob. iſt erſchienen: Encyclopädie der Kriegskunſt zu Lande. Philoſophie des ganzen Kriegsweſens. — Elemente des Geiſtes, des Characters, der Wiſſenſchaft, der Handlung zum Kriege, und im Kriege. Strategie. Von Johann von Guerard, k. k. penſionirtem erſten Rittmeiſter. Zweite, vom Verfaſſer berichtigte und vermehrte Auflage. Wien 1833. Großoctav. Zwei Bände, broſchirt mit Umſchlag 4 fl. C. M.

Nro. 132

Oeſterreichiſcher Beobachter.

Sonntag, den 12. Mai 1833.

Meteorologiſche Beobachtungen vom 10. Mai.	Zeit der Beobachtung	Barometer auf 0° Reaumur reducirt.		Thermometer Reaumur.	Wind.		Witterung.
		Pariſer Maß.	Wiener Maß.				
	8 Uhr Morg.	27.555	28 Z. 3 L. 10 P.	+ 16,0	NO.	ſtill.	dunſtig.
	3 Uhr Nachm.	27.478	28 " 2 " 10	+ 22,0	NW.	ſchwach.	heiter.
	10 Uhr Abnds.	27.476	28 " 2 " 10	+ 15,0	S.	——	Wetterleuchten.

Türkei.

Konſtantinopel, den 25. April. Die nach der Rückkehr des Hrn. von Varennes aus Kutahia und ſeit Bekanntmachung des Tewdſchihats, durch welchen dem Vicekönig von Aegypten ſämmtliche Paſchaliks von Syrien verliehen werden *), gehegte Erwartung der unverzüglichen Ausgleichung der ägyptiſchen Angelegenheit, auf die man um ſo zuverſichtlicher rechnen zu dürfen glaubte, als Ibrahim Paſcha bei Abgang des Hrn. von Varennes aus Kutahia bereits den Rückmarſch ſeiner Truppen angeordnet hatte, iſt leider bis jetzt nicht in Erfüllung gegangen, indem Ibrahim Paſcha fortwährend darauf beſteht, daß das Gebiet von Adana ſeiner perſönlichen Verwaltung anvertraut werden möge, ein Punct, über den die Pforte bisher nicht weichen wollte, weßhalb auch, dem Vernehmen zufolge, der Rückmarſch der ägyptiſchen Truppen vor der Hand ſuspendirt worden iſt.

Am 23. d. M. iſt die dritte ruſſiſche Flottenabtheilung, aus 1 Dreidecker und 2 Zweideckern beſtehend, in die Bai von Bujukdere eingelaufen, und mit ihr zugleich iſt das zweite Hülfscorps ruſſiſcher Landtruppen, 5000 Mann ſtark, auf mehreren Transportſchiffen ebendaſelbſt angelangt. Dieſe Truppen ſind bereits auf den Anhöhen der aſiatiſchen Küſte, Bujukdere gegenüber, gelagert.

Ein Ereigniß, welches durch einige Tage die öffentliche Aufmerkſamkeit von den wichtigen politiſchen Begebenheiten des Augenblicks ablenkte, war das plötzliche Erſcheinen einer Geſellſchaft von St. Simoniſten in dieſer Hauptſtadt, wohin ſie gekommen waren, um die angeblich im Orient ſich aufhaltende freie Frau (femme libre) aufzufinden, und mit dem Père Enfantin zu vermählen. Dieſe Abenteurer erregten durch ihr lächerliches Coſtume und Benehmen, ſo wie durch einige Freiheiten, die ſie ſich gegen türkiſche Frauen erlaubten, den Argwohn und die Unzufriedenheit der Regierung dergeſtalt, daß ſie dieſelben in gefängliche Haft bringen und bald darauf nach den Dardanellen abführen ließ, wo für ihre gänzliche Entfernung aus dem ottomanniſchen Reiche geſorgt werden ſoll.

Unter den Veränderungen in den Staatsämtern iſt dießmal nur die Ernennung Melekſade Kadri Bei's zum Kadiasker von Anatolien, und die eines gewiſſen Selim Sabit Efendi zum Agenten Mehmed Ali's bei der Pforte bemerkenswerth.

Der neue königlich großbritanniſche Botſchafter bei der hohen Pforte, Lord Ponſonby, iſt bei den Dardanellen angekommen, wo er durch widrige Winde aufgehalten wird.

*) Vergl. Oeſterr. Beob. vom 2. Mai.

Das neueſte Blatt der türkiſchen Zeitung (Nr. 51) enthält nachſtehenden Artikel über die Sr. Hoheit dem Sultan von Seiten des kaiſerl. ruſſiſchen Hofes geleiſtete Hülfe an Kriegsſchiffen und Landtruppen: „So wie es bereits in einem der frühern Blätter dieſer Zeitung erwähnt worden iſt, hat Se. Majeſtät der Kaiſer von Rußland, in Folge der freundſchaftlichen Verhältniſſe, welche zwiſchen der hohen Pforte und dem kaiſerl. ruſſiſchen Hofe obwalten, und insbeſondere um Sr. Hoheit Sultan Mahmud einen Beweis Seiner aufrichtigen und wohlwollenden Zuneigung zu liefern und zugleich die hohe Mißbilligung an den Tag zu legen, welche Ihm die Ereigniſſe in Aegypten einflößten, vorerſt den ruſſiſchen Viceconſul in Alexandria von ſeinem Poſten abberufen und einſtweilen nach Konſtantinopel beordert. Bald darauf wurde der Generallieutenant Murawieff von Seite Sr. Majeſtät mit Specialaufträgen nach Alexandria abgeſchickt. Da der Kaiſer von Rußland mit Bedauern ſah, daß ſich die ägyptiſche Angelegenheit in die Länge zog, und in Gemäßheit Seiner freundſchaftlichen Geſinnungen die beklagenswerthen Ereigniſſe, welche ſie zur Folge gehabt, als in Seinen eigenen Ländern geſchehen, betrachtete, waren Se. Majeſtät bereit, dem Sultan allen gewünſchten Beiſtand, ſowohl im Wege der Unterhandlungen als durch militäriſche Hülfsmittel, zu ertheilen. Se. Hoheit hat ſich ſeither in dem Falle geſehen, dieſe Hülfe anzuſprechen, und demnach iſt eine ruſſiſche Flottenabtheilung unter dem Commando des Contreadmirals Lazareff vor einiger Zeit in die Bai von Bujukdere eingelaufen, zu dem Zwecke, die Perſon Sr. Hoheit zu beſchützen, zu jedem Befehle, der nach Umſtänden an ſie ertheilt werden dürfte, bereit zu ſtehen, und nicht früher zurückzukehren, als bis die ägyptiſche Angelegenheit vollkommen und nach dem Wunſche Sr. Hoheit beigelegt ſeyn, und Sultan Mahmud ſelbſt den Wunſch geäußert haben würde, daß beſagte Flottenabtheilung ſich nach dem ſchwarzen Meere zurückbegebe. Zu demſelben Zwecke iſt eine zweite Escadre unter dem Befehle des Contreadmirals Kumany in den Bosporus eingelaufen, um ein Convoi Transportſchiffe zu escortiren, auf welchen ein von Sr. Hoheit ebenfalls angeſuchtes Hülfscorps ruſſiſcher Landtruppen nach dieſer Hauptſtadt abgeſchickt worden iſt. Als Sultan Mahmud die Ankunft dieſer neuen Flottenabtheilung und der Landtruppen erfuhr, hat Er Sich in der Abſicht, die zwei obgenannten Admiräle, den Commandanten der Landtruppen, General Murawieff, den Brigadegeneral, die zwei Oberſten und die übrigen hier anweſenden kaiſerl. ruſſiſchen Offiziere mit Seiner großherrlichen Bewillkommnung zu beehren, am verfloſſenen Freitage, ungeachtet des ſtürmiſchen und regneriſchen Wetters, in den großherrlichen Pallaſt von Terapia begeben, und vorerwähnte kaiſerlich ruſſiſche Admiräle,

Generäle und Offiziere in Gegenwart des Seriasker Paſcha und Ahmed Fewzi Paſcha zur Audienz geladen, wobei ſie insgeſammt von Sr. Hoheit mit Auszeichnung und ausnehmendem Wohlwollen aufgenommen wurden. Sultan Mahmud bezeigte ihnen, in welchem Grade die Ihm bei dieſer Gelegenheit von Sr. Majeſtät dem Kaiſer Nirolaus bewieſene wohlwollende Freundſchaft und zuvorkommende Theilnahme Ihm zum Vergnügen gereichte. Se. Hoheit fragte ſie, ob ſie auf ihrer Reiſe gelitten, worauf ſie erwiederten, daß, da ſie ſich in den Händen der hohen Pforte befänden, und in Gemäßheit der aufrichtigen und wohlwollenden Geſinnungen ihres Monarchen geſchickt worden wären, um die Perſon Sr. Hoheit zu beſchützen, ſie vor Zufriedenheit die Beſchwerden der Reiſe nicht im Geringſten gefühlt hätten. Sultan Mahmud entgegnete, daß, da ſie beſtimmt wären, für den Schutz Seiner Perſon zu ſorgen, es auch Sein Wille ſei, daß ſie in jeder Hinſicht Seinen eigenen regulären Truppen gleichgeſtellt werden, dieſelben Vortheile wie ſie genießen, und ſich in Allem der Gaſtfreundſchaft der hohen Pforte erfreuen ſollten. Dieſer gnädigen Aeußerung fügte Se. Hoheit die Verſicherung hinzu, daß nach Beilegung der ägyptiſchen Sache die hohe Pforte alle Mittel anwenden werde, um die engen Freundſchaftsbande, welche ſie mit dem kaiſerl. ruſſiſchen Hofe verbinden, noch mehr zu befeſtigen. Die ruſſiſchen Generäle erwiederten, daß ſie ſich es zur heiligen Pflicht machen werden, dem Befehle ihres Kaiſers gemäß, im Dienſte Sr. Hoheit den regſten Eifer und die unverbrüchlichſte Treue an den Tag zu legen, worauf ſie ſich mit Erlaubniß des Sultans zurückzogen, welcher ſich wieder in die großherrliche Reſidenz von Tſchiragan verfügte."

Die öffentliche Ruhe in der Hauptſtadt hat nicht die mindeſte Storung erlitten. Die Peſtfälle haben ſich ſeit dem Eintritte der gelinderen Witterung, namentlich in Galata und Terapia, vermehrt.

Rußland.

Das Journal de St. Petersbourg vom 27. April enthält folgende (zum Theil bereits auf anderem Wege bekannt gewordene) Nachrichten über die Angelegenheiten im Orient: „In Folge des formlichen Geſuches von Seiten des Sultans um Abſendung eines ruſſiſchen Truppencorps, das zur Vertheidigung Konſtantinopels mitwirken ſollte, war eine ganz vollſtändige Chaſſeurbrigade mit der nöthigen Artillerie zu Odeſſa eingeſchifft worden, und dieſer Truppentransport war am 29. März unter Geleit einer zweiten Abtheilung der Flotte des ſchwarzen Meeres, befehligt vom Contreadmiral Kumann, unter Segel gegangen. Nachrichten aus Konſtantinopel vom 7. April, die durch Kurier in St. Petersburg eingegangen ſind, melden die am 5. und 6. April erfolgte Ankunft dieſes Geſchwaders und dieſer Truppen im Bosporus. Da die ottomanniſche Regierung im voraus alle Maaßregeln zur Aufnahme unſerer Truppen getroffen hatte, ſo wurden ſie ſogleich ans Land geſetzt, und nahmen die ihnen auf der aſiatiſchen Küſte des Bosporus gegenüber von Bujukdere und Terapia bezeichnete Stellung ein. Sobald die Landung bewerkſtelligt war, begab ſich Se. Hoheit der Sultan nach ſeinem zu Therapia gelegenen Luſtſchloſſe, von wo er alsbald den Generaladjutanten Muſchir Achmed Paſcha abſandte, um den Generallieutenant Murawieff mit den Admirälen Lazareff und Kumany und mit den Oberoffizieren der Landtruppen in den Pallaſt einzuladen. Se. Hoheit empfing alle dieſe Offiziere, die ihm der Reihe nach von dem Hrn. General Murawieff vorgeſtellt wurden, mit außerordentlichem Wohlwollen. Während dieſer ganzen Audienz hörte der Sultan nicht auf, ſeine lebhafte Zufriedenheit über die Ankunft der ruſſiſchen Truppen, und ſeine innige Dankbarkeit für die Freundſchaft und Unterſtützung Sr. Majeſtät des Kaiſers kund zu geben, indem er ſagte, daß er nun wohl die Verſicherungen, welche ihm ſowohl der Generaladjutant Graf Orloff, als Halil Paſcha bei ſeiner Rückkehr von St. Petersburg in dieſer Hinſicht ertheilt hätten, durch die That klar in Erfüllung gehen ſehe. Endlich forderte der Großherr noch den General Murawieff auf, ſich in Allem, was das Wohl der ruſſiſchen Truppen beträfe, die ſo großen Anſpruch auf ſeine Fürſorge hätten, weil ſie einem befreundeten und verbündeten Souverain angehörten, geradewegs an ihn ſelbſt zu wenden. In dieſem Sinne empfahl Se. Hoheit allen bei der Audienz anweſenden Würdenträgern der ottomanniſchen Pforte, namentlich dem Seraskier Choſrew Paſcha, ihr Benehmen einzurichten, und es zeichnete bei dieſer Gelegenheit vorzüglich der letztere durch Thätigkeit und treffliche Maaßregeln aus. Einige Tage vor der Ankunft unſerer Truppen hatte die Pforte erfahren, daß Mehmed Ali Paſcha ſich weigere, den vom Sultan angebotenen Bedingungen, deren Ueberbringer der Adjutant des Admirals Rouſſin geweſen war, beizutreten. Sie war zugleich benachrichtigt worden, daß Ibrahim Paſcha von ſeinem Vater unumſchränkte Vollmacht erhalten habe, er möchte nun die Feindſeligkeiten wieder beginnen oder über einen Vergleich unterhandeln wollen. Die ottomanniſche Regierung, die alle Mittel zur Verſohnung erſchöpfen wollte, entſchloß ſich daher, den erſten Secretär der auswärtigen Angelegenheiten, Ameddſchi-Efendi, mit neuen Vergleichsvorſchlägen in Ibrahims Lager zu ſenden. Der franzöſiſche Botſchafter gab demſelben ſeiner Seits den erſten Botſchaftsſecretär, Hrn. von Varennes, bei, um einen letzten Verſuch zu machen, die in jeder Hinſicht ſo wünſchenswerthe friedliche Ausgleichung herbeizuführen. Bei dem Abgange unſerer Nachrichten aus Konſtantinopel hatte die Pforte noch keine Kunde von dem Reſultate dieſer Sendung erhalten. Es ſteht jedoch zu hoffen, daß einer Seits die Anweſenheit des ruſſiſchen Geſchwaders und Truppencorps zu Konſtantinopel, und anderer Seits die directen Bemühungen Frankreichs bei Ibrahim, endlich auch die Schritte Englands und Oeſterreichs zu Alexandria, dem Paſcha von Aegypten gewiß verſohnlichere Geſinnungen einfloßen und ihn von der Nothwendigkeit überzeugen werden, den Unruhen, die ſeine unbeſonnene Unternehmung im Oriente erregt hat, ein Ende zu machen. — Den über Odeſſa eingegangenen und bis zum 13. April reichenden Nachrichten aus Konſtantinopel zufolge, erfreut ſich dieſe Hauptſtadt fortwährend vollkommener Ruhe. Man erwartete daſelbſt noch immer Nachrichten über den Erfolg der Unterhandlungen des Ameddſchi-Efendi mit Ibrahim Paſcha, deſſen Hauptquartier ſich noch zu Kiutahia befand."

Großbritannien und Irland.

Die Londoner Blätter vom 1. d. M. bringen, außer dem bereits gemeldeten Ausgang der Debatte im Unterhauſe vom 30. April, die Nachricht, daß Sie J. Hobhouſe erſt ſeinen Sitz im Parlamente für Weſtminſter, und bald darauf auch ſeine Stelle, als erſter Secretär für Irland, zu welcher er vor Kurzem ernannt worden, letztere aus dem Grunde niedergelegt habe, weil er, nach ſeinen Ueberzeugungen, nicht für Lord Althorps Motion votiren konnte.

Conſols am 1. Mai um 4 Uhr Nachmittags $87\frac{3}{4}$ $\frac{7}{8}$.

Frankreich.

In Taraſcon fielen am 22. April Unordnungen vor. Die unter dem Namen Concourdiers bekannten Republikaner bildeten ſich nämlich ein, die Pariſer würden, wegen Verurtheilung der Tribune, die Republik procla-

miten. Es rotteten ſich daher einige 150 zuſammen, inſultirten in den Kaffehhäuſern die ruhigſten Leute und ſchrien: Es lebe die Republik! Die Gendarmerie und der Polizeicommiſſär eilten herbei, und ein gewiſſer Charbonnier wurde verhaftet und nicht ohne Mühe ins Schloß abgeführt. Da die Tumultuanten mit Steinen warfen und ſich überhaupt gewaltthätig benahmen, ſo mußte man von dem Säbel Gebrauch machen. Gegen Abend wurde auch noch ein gewiſſer Viradet, genannt le Manant, von der Gendarmerie und Polizei verhaftet, ſpäter aber von ſeinem zahlreichen Anhange, der ſich das Aeußerſte gegen die Agenten der Obrigkeit erlaubte, wieder befreit.

Am 2. Mai 5Percents Fin Courant geſchloſſen zu 102 Fr. 55. 3Percents Fin Courant geſchloſſen zu 77 Fr. 85. — Am 3. Mai um 1¼ Uhr Nachmittags 5Percents 102 Fr. 55. 3Percents 77 Fr. 60.

Belgien.

Nachſtehendes iſt der vollſtändige Inhalt des königlichen Beſchluſſes hinſichtlich der Auflöſung der Repräſentantenkammer: „Leopold, König der Belgier ꝛc. In Betracht der Schwierigkeiten, die ſich ſeit Eröffnung der gegenwärtigen geſetzgebenden Seſſion in den Beziehungen der Repräſentantenkammer zu der Adminiſtration erhoben haben; in Erwägung, daß, in Folge jener Umſtände, Unſere Miniſter Uns zu verſchiedenen Malen ihre Entlaſſung angeboten haben, ohne daß man dahin hätte gelangen können, eine neue Verwaltung zuſammenzuſetzen, welche Garantien der Feſtigkeit dargeboten; in Betracht, daß dieſe Schwierigkeiten ihre Quelle in der Verſchiedenartigkeit der Meinungen über den Gang der äußeren Verhältniſſe zu haben ſcheinen; in Betracht, daß ſeit der letzten allgemeinen Wahl wichtige Ereigniſſe eingetreten, die zur Befeſtigung der Unabhängigkeit Belgiens beigetragen haben, und welche in dieſer Beziehung der Schätzung des Landes anheimgegeben zu werden verdienen; in Erwägung, daß wenn es auch eine der Hauptregeln der Repräſentativregierung iſt, daß das Miniſterium mit der Parlamentariſchen Majorität übereinſtimme, es doch unerläßlich iſt, um eine Verwaltung möglich zu machen, daß jene Majorität nicht unſicher ſei; daß eine zweifelhafte Anhänglichkeit an den Gang der Regierung die Thätigkeit derſelben lähme, ohne der Krone gleichwohl die Elemente einer neuen Adminiſtration zu bieten; in Erwägung, daß nach dem Wahlgeſetze die Repräſentantenkammer zur Hälfte am zweiten Dinſtage des nächſten Monats Juni erneuert werden müßte; daß nach Art. 18 und 51 desſelben Geſetzes diejenigen Mitglieder, welche bei dieſer theilweiſen Wahl erſetzt werden würden, in Betracht der Unmöglichkeit, die Seſſion auf der Stelle zu ſchließen, bis zum Monate November fortwährend ihren Sitz in der Kammer beibehielten; daß demnach Repräſentanten, deren Nachfolger bereits ernannt ſeyn würden, mit Ausſchluß dieſer letztern auf die Beſchlüſſe der Kammer Einfluß üben und durch ihr Votum die wichtigſten Fragen entſcheiden könnten; in Erwägung, daß durch die Auflöſung der Repräſentantenkammer dieſer Mißſtand vermieden, und den Wahlmännern ſtatt einer theilweiſen, eine allgemeine Controlle über die Handlungen dieſes Zweiges der geſetzgebenden Gewalt und über den Gang der Regierung geſichert würde; nach Einſicht des Art. 71 der Conſtitution, welcher lautet: „Der König hat das Recht, die Kammern entweder zuſammen, oder getrennt aufzulöſen. Die Auflöſungsacte enthält die Zuſammenberufung der Wahlcollegien innerhalb 40 Tagen und der Kammern in zwei Monaten;“ nach Einſicht des Artikels 51 der Conſtitution, der folgendermaaßen lautet: „Im Fall der Auflöſung wird die Kammer durchgehends erneuert:“ haben wir beſchloſſen und beſchließen: Art. 1. Die Repräſentantenkammer iſt aufgelöst. Art. 2. Es werden auf den 23. des bevorſtehenden Monats Mai die Wahlcollegien der unten bezeichneten Bezirke zuſammenberufen, um die durch das Wahlgeſetz beſtimmte Anzahl von Repräſentanten zu wählen. (Folgen nun die Namen der Provinzen, Bezirke und Wahlörter, ſammt der von ihnen zu wählenden Anzahl von Deputirten.) Art. 3. Der Senat und die Repräſentantenkammer werden auf den 7. Juni um Mittag einberufen. Art. 4. Unſer Miniſter des Innern iſt mit der Ausführung des gegenwärtigen Beſchluſſes, der ins officielle Bulletin eingerückt wird, beauftragt. Gegeben Brüſſel, den 28. April 1833. (Gez.) Leopold. — Ch. Rogier, Lebeau, A. Duvivier, Goblet.“

Trieſt, den 6. Mai.

Folgendes ſind die näheren Umſtände des Schiffbruches, welchen die k. k. Corvette Abbondanza, Capitän Andreas Gnoato, in der Nacht vom 9. auf den 10. April in den Gewäſſern von Brindiſi erlitten hat: Die Abbondanza, an deren Bord ſich der k. k. Internuntius Freiherr von Ottenfels eingeſchifft hatte, verließ Konſtantinopel am 15. Mai und ging am 21. zu Smyrna vor Anker, von wo ſie, nach einem fünftägigen Aufenthalte, am 26. nach dem Piräus (dem Hafen von Athen) abſegelte, und am 31. März daſelbſt Anker warf. Hier verweilte ſie zwei Tage, und ſetzte am 2. April ihre Fahrt durch den Archipelagus fort, in welchem ſie widriger Winde halber fünf Tage lang laviren mußte, bis ſie endlich am 7. April die Höhe des Vorgebirges Matapan erreichte und die Richtung nach dem adriatiſchen Meere einſchlagen konnte. — Von dieſem Tage an wurde der Wind immer ſtärker und ſtärker und artete endlich in einen Sturm aus, ſo daß das Schiff, ohne Segel, 7 bis 8 Meilen in einer Stunde zurücklegte. Nahe am Eintritt ins adriatiſche Meer ſchlug der Wind, der bis dahin günſtig war, nach Nordoſt um. Durch die ſehr ſtarken und abwechſelnden Strömungen bei dichtem Nebel, der den Horizont bedeckte, verlor die Corvette, wie es ſcheint, die gute Richtung, und ward in der Nacht vom 9. zum 10. April zu nahe an die italieniſche Küſte getrieben. Nach dieſer äußerſt ſtürmiſchen Nacht wurde der wachthabende Offizier gegen 4 Uhr Morgens links vom Schiffe etwas Weißes gewahr, das er für ein Segel hielt. Kaum hatte er das Signal gegeben, umzuwenden, als die Corvette einen äußerſt heftigen Stoß erlitt, dem in kurzen Zwiſchenräumen zwei andere folgten, die das Steuerruder ſprengten. Man erkannte nun, daß das Schiff geſcheitert ſei, wußte aber noch nicht, ob auf einer Klippe oder auf einer Sandbank. Erſt nach einer in größter Angſt durchlebten Stunde, während deren das Schiff fortwährend heftige Stöße erhielt, bemerkte man in der Morgendämmerung, daß der Gegenſtand, den man für ein Segel gehalten hatte, ein Wachtthurm war, und bald ſah man deutlich die niedrige und ſandige Küſte der Provinz Lecce im Königreiche Neapel, an der ſich die vom Sturm gepeitſchten Wogen ſchäumend brachen. Die Nähe der Küſte, die höchſtens zwei Meilen von der Stelle entfernt war, wo die Corvette Schiffbruch gelitten hatte, gab den Schiffbrüchigen Hoffnung ſich zu retten. Alles hing davon ab, ob der Schiffskörper dem Anfall der tobenden Wellen ſo lange Widerſtand würde leiſten können, bis alles ans Land geſetzt werden konnte. Da bei dem aufgeregten Zuſtande der See die große Schaluppe allein für tauglich erkannt wurde, die Fahrt bis an die Küſte zurückzulegen, drangen der Capitän Gnoato und ſeine Offiziere in den Freiherrn von Ottenfels, ſich auf ſelber einzuſchiffen. Einer der Offiziere, Hr. Logotheti, und zwanzig Matroſen begleiteten ihn, und nur mit äußerſter Anſtrengung

Bürger ihrer Gemeinden können die Mitglieder des Clerus in dir Comité's zngelaſſen werden, aber ſie dürſen keine nothwendigen Mitglieder dieſer Comité's ſeyn. Hr. Renouard ſchloß ſich, gleich Hrn. Vivien, ganz den Anträgen der Commiſſion an, und dieſe Anträge nahm die Kammer, Troß der Oppoſition der Miniſter, mit großer Majorität an. Auffallend war, daß ſelbſt Hr. Baethe mitſtimmte, und zwar gegen die Commiſſion. Der Beſchluß brachte eine große Bewegung hervor. Viele Mitglieder des Centrums verließen den Saal.

Dir miniſteriellen Journale klagen ſehr über die von der Deputiertenkammer angenommene Verfügung, welche dem Pfaerer die Aufſicht der Elementarſchulen entzieht. Das Jonrnal des Debats führt den Grnnd des Hrn. Guizot wieder auf, daß es beſſer ſei, wenn der Kampf innerhalb als außerhalb des Comité's Statt finde. „Was man auch thun mag, ſagt dieſes Journal, ſo iſt nun einmal der Pfarrer in unſern meiſten Dörfern noch eine Autorität; wollt ihr daher etwas in unſeen Hütten thun, ſo hütet euch, mit der Behörde des Ortes in Feindſchaft zu ſeyn; hütet euch, ihr ein verhängnißvolles Mißtrauen zu zeigen. Gebt ihr Gewalt; nur richtet euch dabei ſo ein, daß ſie von dieſer ihr vertrauten Gewalt nur den Gebrauch machen kann, den ihr wünſcht, nämlich deu guten.“ Das Journal des Debats behauptet auch, daß der Einfluß des Clerus bei der von der Kammer angenommenen Verfügung größer ſeyn werde, weil er in den katholiſchen Provinzen, wo man den Clerus dazu rufen würde, Alles, was ihm beliebe, thun werde, hingegen in weniger religiöſen Provinzen, durch dieſe Ausſchließung verlezt, deohend und feindſelig ſeyn dürfte. Wir glauben noch immer, ſagt die France Nouvelle, es wäre eine vernünftigere Politik geweſen, den Einfluß des Clerus zu benützen, aber ihm dabei eine beſſere Richtung anfzudrücken; wir bedauern, daß bei dieſem Anlaſſe die Kammer jenem philoſophiſchen Geiſte nachgegeben hat, der noch zu Paris in der Mode ſeyn kann, der aber noch auf lange Zeit in unſern Departements des Weſtens und des Südens keinen Erfolg haben dürfte.

Nach den ämtlichen Angaben war der ſittliche Zuſtand von Paris im vorigen Jahre (1832) nicht wie in der feüheren Zeit zur Beſſerung fortſchreitend, ſondern ergibt ein traueiges Reſultat. In dieſem Jahre wurden nicht weniger denn 77,543 Menſchen in Paris verhaftet, alſo ungefähe der zehnte Menſch der ganzen Bevölkerung, und darunter waren 26,653 Frauen, alſo mehr denn ein Drittheil; Kinder unter zehn Jahren 1391; Kinder über zehn Jahren 2405. In Paris, wo ehemals gegen Englands, Rußlands und Teutſchlands große Städte viel weniger Trunkene geſehen wurden, ſind jezt bedeutend mehr; denn man verhaftete 23,702 bösartige Trunkeue, von denen faſt die Hälfte Frauen waeen, nämlich 10,291. Es wurden 23,458 von den Behörden verdammt, und darunter 7406 Frauen. Als criminell wurden den Gerichtshöfen 3656 übergeben, die Andern wurden von dre Inſtanz entlaſſen, oder ihr Gefängniß wurde ihnen als Strafe angerechnet. Im Ganzen wurden 4719 mehr verhaftet als 1831. Die Urſachen dieſer traurigen Erſcheinung ſind mehrfach: zuerſt immer mehr zunehmende ſittliche Ausartung in den unteren Claſſen, wo ſelbſt die Kinder früh zu Laſtern und Verbrechen erzogen und abgerichtet werden; das Bedürfniß, traurige Lebensverhältniſſe zu vergeſſen, und den Kummer darüber zu übertäuben; zunehmendes Abnehmen des Familienlebens und Nachlaſſung aller Familienbande; ferner vermehrtes Zuſammendrängen einer Menge Geſindels aus allen Theilen des Landes, das auf den Umſturz der Regierung und der öffentlichen Ordnung ſpeculirt, einſtweilen aber von Diebſtahl, Betrug und andern Verbrechen lebt.

Der Precueſeur de Lyon vom 28. April meldet: „Was in Lyon vorgeht, iſt ſehr ernſt und bedentend, ungeachtet des poſſierlichen Ausſehens der Meuterei, dir ſich ſeit zwei Tagen vergebens in unſerer Stadt zu verbreiten ſucht. Seit zwei Tagen verſammeln ſich des Abends herumziehende Sänger, die in unſerer Stadt unbekannt ſind, um republikaniſche Lieder zu ſingen, die Carmagnole u. ſ. w. Unſere Arbeiter wiedeeholen im Choe die Schlußverſe der Marſeillaiſe, wenn dieſe Sänger ſie ſingen. Der Maiee der Stadt hat dieſe Geſänge verboten, dieß iſt die Urſache der Unruhen, welche die Stadt Lyon bewegen. — Kaum war die Verordnung des Maire's, welche dir Geſänge verbietet, öffentlich angeſchlagen worden, ſo verbreiteten ſich auf dem Plaße des Celeſtins Menſchen von wenigſtens zweideutiger Miene; ſie beullten abgeſchmackte und abſcheuliche Lieder, redeten die Menge an, in einer Sprache, die voll von Uebertreibungen war. Der Courrier de Lyon macht, mit ſehr verächtlichen Ausdeücken, eine Art Anrede bekannt, deren Styl ihm lächerlich und gemein ſcheint. Unglücklicherweiſe erkannte man den Redner, der ſie hielt, für einen Menſchen, der auf eine ſehr verdächtige Art in dir Ereigniſſe vom November eingeflochten geweſen war, und welcher ans dem Bankett Garnier-Pagès wae hinausgeworfen worden. — Jedeemann bemerkte übrigens, daß es nur einigr einzelne Menſchen waren, die mit dieſer Wuth von Beſeſſenen ſchrien. Man ließ den Poſten des Celeſtins ausrücken, und die Schreier gingen ganz ruhig fort. Darauf kamen die Sänger und erneuerten auf dem Plaße Terraux Verſuche, dir eben ſo wenig Erfolg fanden. — Dieſen Abend in der Dämmerung ließ man dir Truppen die Stadt von einem Ende bis zum andern durchziehen, was die Bevolkerung ein wenig beunruhigte. Die Nengierigen drängten ſich in den Straßen, und die Sänger erſchienen wieder wir den vorigen Tag und durchſtreiften die Stadt unter dem Geſang der Carmagnole und unter dem Rufe: „Niedrr mit Ludwig Philipp! Es lebe dir Republik!“ Man ſtellte auf den Plätzen einige Compagnien auf, die daſelbſt den ganzen Abend unter den Waffen blieben; nichts konnte aber die geringſte Unordnung erregen, und Alles endete mit dem Verſchwinden der Sänger.—Der Plaß des Celeſtins war dieſen Abend vollkommmen ruhig. Da die Behörde keine bewaffnete Macht aufgeſtellt hatte, zogen die Nengierigen ſich wieder zurück, nachdem ſie geſehen hatten, daß heute keine Vorſtellung des Aufruhrſtückes gegeben wurde. — Es ſcheint, daß man ſich entſchließt, gegen die Urheber des Lärms der vorigen Tage einen Prozeß einzuleiten. Mehrere Perſonen ſind als Zeugen vor dem Juſteuetionsrichter geladen worden.“

In Mende iſt die öffentliche Ruhe durch dir Ankunft einiger St. Simoniſten geſtört woeden; die Menge wollte ſich Thätlichkeiten gegen die Seetirer erlauben, welche durch die bewaffnete Macht vor ihren Verfolgern geſchüßt werden mußten. Ein St. Simoniſt erhielt einen Steinwurf an den Kopf.

Das Linienſchiff Suffren iſt von Toulon nach Bona abgeſegelt, von wo es ſich nach der Levante begeben, und zu den Linienſchiffen Duquesne, Marengo und Superbe ſtoßen wird. Die Fregatten Artemiſe und Bellona werden nachſolgen. Der Brigg Lionne iſt ebenfalls nach dieſer Beſtimmung abgeſegelt.

Am 3. Mai 5Percents Fin Courant geſchloſſen zu 102 Fr. 85. 3Percents Fin Courant geſchloſſen zu 77

Digitized by Google

Fr. 25. — Am 4. Mai um 1¼ Uhr Nachmittags 5Percents 102 Fr. 85. 3Percents 77 Fr. 55.

Portugal.

Den am 30. Apeil in London eingegaugenen Privatbriefen aus Liſſabon vom 13. April zufolge, hat ſich die Cholera namentlich unter den Fiſchern, unter den Kranken im Hoſpital von Belem und überhaupt unter der ärmeren Volksclaſſe gezeigt. Die Regiernug hatte bis dahin noch keine Vorſichtsmaaßeegeln getroffen. Man erwartete in Liſſabon allgemein einen baldigen Beſuch von dem Geſchwader des Admirals Sartoeius, und die Flotte Dom Miguels ſchickte ſich an, ihm entgegenzugehen; doch hieß es, daß die Schiffe vorher noch einiger Ausbeſſerung bedürften. Die engliſchen Linienſchiffe Britannia und St. Vincent ſollen den Befehl erhalten haben, das erſtere aus dem Tajo, das lehteee aus der Bucht von Vigo, nach dem mittelländiſchen Meere abzuſegeln. Es ging das Gerücht in Liſſabon, daß eine Veränderung in Dom Miguels Miniſterium bevorſtehe.

Die Cronica Conſtitucional vom 22. April enthält einen vom 11. v. M. datirten officiellen Bericht über die Operationen der conſtitutionnellen Armee, wovon Folgendes das Weſentlichſte iſt: „Nach dem Gefecht vom 24. März vergingen vierzehn Tage, ehe die feindliche Armee wieder etwas unternahm; ſie verſuchte nämlich nunmehr, den Monte Covello zu befeſtigen. Nachdem der Marſchall Solignae die feindlichen Stellungen recognoscirt und die Punete beſtimmt hatte, auf die der Angriff gerichtet werden ſollte, befahl er dem Generallieutenant, Heezog von Teeeeira, am Abend des 9. durch ein Corps von 600 Mann untrr dem Oberſten Pacheco den Monte Covello nehmen zu laſſen; dieſe Truppen ſollten die daſelbſt von dem Feinde errichteten Fortifieationen zeeſtören, und dann ſogleich aus dem von dem Feinde zurückgelaſſenen und dem ihnen nachzuſendenden Material eine Redoute errichten. Der General Balthaſar d'Almeida Pimental ſollte die Angeiffsoperationen leiten. Die Streitkräfte, welche gegen den Feind marſchieten, beſtanden aus Detaſchements des 12ten Caçadores-, des 3ten, 9ten und 10ten Infanterieregiments. Um halb 6 Uhr ritten Se. Majeſtät, begleitet von dem Marſchall Solignac und dem ganzen Stabe, an den Linien hinab, und beobachteten von da aus, wie trefflich der Herzog von Teeceiea ſeine Pflicht erfüllte. Unſere Steeitkräfte waren in zwei Colonnen getheilt, die ſich um 6 Uhr in Bewegung ſehten. Der Feind hatte den Monte de Covello mit dem 12ten und 13ten Infanterieregiment, mit einem Milizregiment und mit einem Bataillon der royaliſtiſchen Freiwilligen eingenommen. Wir bemeiſterten uns ſehe bald der Höhen, die von den ſeindlichen Truppen im Stich gelaſſen wurden. Dort ſanden wir alles nothige Material zur Errichtung einer Redoute, die dem Beevetoberſt Coſta von der Artillerie anvertraut war. Die Freiwilligencompagnie des Capitäns Mesquita leiſtete ihm dabei wackeee Hülſe. Während wir den Monte de Covello angriffen, rückte der Oberſt Xaviee mit den Pikets der Freiwilligen der Königinn und des 5ten Caçadoresregimentes vor, um die Aufmerkſamkeit des Feindes abzulenken; unſere Pikets geriethen dadurch in ein lebhaftes Feuer. Dee Feind verſuchte in der Nacht, die verlorne Poſition wieder zu nehmen, und richtete einen Angriff auf den Monte da Secca, dee jedoch von den Unſerigen tapſer abgeſchlagen wuede. Um 4 Uhr Morgens hatte das Feuer des Feindes aufgehört; unſere Truppen zogen ſich daher zurück, ließen jedoch drei Compagnien in der Redoute und 100 Mann in den demoſirten Häuſeen rechts von dem Monte de Covello als Garniſon ſtehen. Um 5 Uhr Morgens am 10. verſuchte dee Feind, nachdem er Verſtärkungen an ſich gezogen, noch einmal, ſeine Poſitionen wieder zu erobern. Viermal drang er voe und ward eben ſo oft zurückgeſchlagen. Er ließ 27 Geſangene, darunter einen Offiziee, in unſern Händen. Bis Abends um 5 Uhr unternahm der Feind noch zu wiederholten Malen auf verſchiedenen Puneten Angriffe gegen uns, wurde aber ſtets mit Verluſt zurückgeworfen. Um 8 Uhr kehrten Se. Majeſtät nach dem Pallaſt zurück, nachdem Sie wieder Zeuge eines Sieges grweſen waren. Unſer Verluſt an beiden Tagen belief ſich auf 21 Todte und 74 Verwundete, unter den erſteren 1 und unter den letzteren 4 Offiziere. Der Verluſt des Feindes an Todten, Verwundeten und Gefangenen beträgt über 600 Mann, und viele Soldaten, die gezwungen in der ſeindlichen Armee dienten, kamen in unſere Reihen herüber."

Vereinigte Staaten von Nordamerika.

Amerikaniſche Blätter melden aus Waſhington vom 10. April: „Vorigen Sonntag wurde das hieſige Schatzamtsgebäude ein Raub der Flammen; doch ſind glücklicher Weiſe, ſo viel man bis jetzt weiß, alle Staatsrechnungen und Quittungen gerettet worden. Das Feuer wurde zuerſt um halb 3 Uhe Morgens von einer zufällig vorübergeheuden Perſon bemerkt. Man ſah die Flamme zuerſt aus den Fenſtern des an dem mittelſten Vorſprung anſtoßenden Zimmers im oberen Stock an der nördlichen Fronte herausſchlagen. Sogleich wurde Allarm gerufen, und durch die großen Anſtrengungen von Seiten des Sreretärs und anderer Staatsbeamten, ſo wie von Seiten der Bürgerſchaft, die ſich die Sache eben ſo angelegen ſeyn ließ, wurde der bedeutendſtr Theil der Staatspapiere gerettet; denn da die öffentlichen Documente und Verzeichniſſe Gegrnſtand dee hauptſächlichſten Sorge waren, ſo wurden auch die erſten Ansteengungen auf deren Erhaltung verwandt. Wie das Feuer entſtanden iſt, hat man noch nicht ausmitteln können; doch ſind die nöthigen Maaßregeln getroffen, um darüber Aufſchluß zu erhalten. Es ſcheint, daß der Bote, an dem die Reihe des Wachens war, Krankheitshalber ſeinen Poſten nicht verſah, und daß die Perſon, welche gewöhnlich in dem Gebäude ſchläft, nicht eher etwas von dem Feuer ſpüete, als bis ſie von Außen geweckt wurde. Dee Secretär hat in der größten Eile einige anſtoßende Häuſer, gegenüber von Steother's Hotel, zum Gebrauch des Schatzamtes gemiethet, und die Staatspapiere und Bücher ſind bereits dahin gebracht worden. Das Departement des Schatzamtes wird daſelbſt ſeine Geſchäfte von heute an wie gewohnlich fortführen."

Großbritannien und Irland.

Der Herzog Wilhelm von Braunſchweig langte am 29. April Abends in London an. Se. Durchlaucht ſtatteten am 30. Nachmittags dem Könige und der Konigiun im St. Jamespallaſte einen Beſuch ab; Abends ſpeiste der Herzog bei Ihren Majeſtäten; unter den zu dieſem Diner eingeladenen Gäſten befanden ſich die Herzoge von Cumberland, von Suſſex und von Glouceſter.

Die Fürſten Lieven und Talleyrand und der baieriſche Geſandte Baron Cetto hatten am 30. April mit Lord Palmerſton eine Zuſammenkunſt im auswärtigen Amte, und Lord Althorp, Sir J. Graham und Sie J. Hobhouſe mit dem Grafen Grey im Schatzamte.

Der Dieector des Coventgarden-Theaters in London, Hr. Lapoete, hat erklärt, daß er in Folge erlittener Ver-

Digitized by Google

luſte vom 1. Mai an ſein Theatee ſchließen müſſe; es werden dadurch gegen 300 Perſonen außer Brot geſetzt.

Der Capitän Buck und ſeine Reiſegefährten ſind auf ihrer Fahrt zur Aufſuchung des Capitän Roß in Newyork angekommen.

Die Influenza hat ſich nun auch zu Sheffield und Chatham gezeigt; an letzteeem Oete ſollen über 200 vom Militär in den Lazarethen krank liegen.

Nacheichten aus **Madras** bis zum 10. Jänner zufolge, ſoll in dieſee Statthalterſchaft große Hungeesnoth herrſchen, weil es an Getreide fehlt, indrm die Trockenheit im vorigen Jahre daſelbſt faſt rbrn ſo groß geweſen war, wie im Jahre 1804 in dem Mahrattenſtaate.

Conſols am 2. Mai 87⅝, ¼.

Teutſchland.

Die **Münchener politiſche Zeitung** vom 8. d. M. enthält folgenden Artikel: „Seitdem wir die Gewißheit haben, daß das griechiſche Dampfſchiff Hermes bereits am 28. vorigen Monats in Trieſt anlangte, und der auf demſelben eingeſchifft geweſene königlich baieriſche Hauptmann Teentini ſeine Reiſe von Coefu aus, wo das Dampfſchiff einer nothwendigen Ausbeſſerung wegrn ſich aufhalten mußte, auf einem ruſſiſchen Schiffe unverzüglich uud noch voe Abgang des Hermes fortſetzte, ſehen wir hier täglich den ſchon ſo lange ſehnlichſt erwaeteten offi❘iellen und ausführlichen Nachrichten aus Griechenland und von dem theueen Konigsſohne entgegen, welchen die heißeſten Segenswünſchr allee teeuen Baiern über den fernen Oeean in ſein neues Reich begleitet haben. Selbſt der plotzliche Aufſchub, welchen die, beeeits auf den 4. dieſes Monates anberaumt geweſene Abreiſe Sr. Majeſtät unſers alleegnädigſten Königs nach Italien erlitt, wird im Publieum der Sehnſucht des erlauchten Vaters zugeſcheieben, voeerſt noch die erwünſchten Nacheichten von dem theueen königlichen Sohne hier zu erhalten. So geenr wir auch dieſe letzterr Meinung theilen möchten, und obwohl wir ſelbſt übeezeugt ſind, daß auch dieſr Rückſicht nicht ohne allen Einfluß blieb auf den Entſchluß Sr. Majeſtät, die Reiſe nach Italien noch um einige Zeit zu verſchieben, ſo können wie doch nicht umhin, dir ſchmerzliche Ueberzeugung auszuſprechen, daß der eigentliche und haupeſächliche Geund dieſer veezögeeten Abeeiſe weit mehr in den rrhabenen Rückſichten des Landes- als des Familienvaters zu finden ſeyn durfte. — Dir unausgeſetzten Machinationen der Umwälzungspaetei, welche von Frankreich aus die benachbarten teutſchen Länder und Peovinzen immer aufs Neue zu beunruhigen trachtet; ſelbſt die an und füe ſich unbedeutenden neuerlichen Vorfälle im Rheinkreiſe, die — obwohl duechaus nicht politiſchee Natur — doch einen Hang zu uneelaubter Selbſthulfe und zue Widerſetzlichkeit gegen die Obrigkeit beeukunden, der ſchon einmal außeeordentliche Maaßregeln nothwendig machte; endlich die Eeinnerung an die ſträflichen Ausſchweifungen, welche eben jetzt vor einem Jahre vom Rheinkeeiſe aus die Ruhe und offentliche Oednung eines großen Theiles nicht nur der baieriſchen Monarchie, ſondern des geſammten Teutſchlands bedeohten; dürften den erhabenen Monarchen, deſſen eeiches, thatkräftiges Leben ausſchließend der Erfüllung ſeiner rben ſo hohen als ſchweren von Gott auferlegten Regentenpflichten geweiht iſt, mehr als irgend rine anderr Veranlaſſung bewogen haben, auf die Erholung und Stärkung vorläufig zu verzichten, welche Ihm ein kurzer Aufenthalt untee dem milden Himmel Italiens nach dem Gutachten dee Aerzte gewähren ſollte. Wir ſind feſt überzeugt, daß Se. Majeſtät Ihr Königreich auch anf kueze Zeit nur dann erſt veelaſſen werden, wenn Sie wenigſtens die Beruhigung mit Sich nehmen können, daß namentlich die Provinz, durch deren Beſitz der baieriſche Löwe auf die Vorhut des geſammten Teutſchlands geſtellt iſt, duechans keinen Geund zu der Beſorgniß gebe, einen Auftritt wie der vorjährige auf dem Hambacher Berge, deſſen Erneuerung von auswärtigen Umwälzungsmännern auf den 27. d. M. verkündigt worden iſt, ſich jetzt wiederholen zu ſehen. — Möchte doch dem väterlichen Herzen des Monarchen dieſe Beruhigung zu Theil werden, möchte Er bald, recht bald mit freudiger Zuverſicht wieder nach dem Orte blicken konnen, wo einſt die Wiege Seiner erlauchten Väter ſtand!"

Der Obertribnnalpeäſident von **Bolley** macht in Stuttgaeter Blätteen folgendr Erkläeung und Dankſagung bekannt: „Obgleich die wichtigſten Geünde mich beſtimmen, die mie zugedachte Ehre, der Abgeordnete der hieſigen Stadt bei der nächſten Ständeverſammlung zu ſeyn, unbedingt und ohne Rückſicht darauf, was die übee das aetive Wahlrecht einiger Wahlmännee eingeleitetr Unterſuchung für einen Erfolg haben mag, abzulehnen, ſo ſehe ich mich doch verpflichtet, denjenigen hochachtbaren Bürgern der hieſigen Stadt, welche, oyne irgend rin Zuthun von meiner Seite, füe meinr Wahl ſich intereſſiet, und dadnech mir einen ſo großen Beweis von Achtung und Veetrauen gegeben haben, meinen gefühlteſten Dank hiermit offentlich abzuſtatten. Den 6. Mai 1833. Dee Obertribunalpräſident **Bolley**."

Aus **Oldenbueg** wird vom 30. Apeil gemeldet: „Voe einigen Tagen traf hier dee am hieſigen Hofe accreditirte ruſſiſch-kaiſerliche Geſandte, Hr. von **Struve**, aus Hamburg ein und überreichte Iheee königl Hoheit der Frau Großheezoginn die diamantenen Inſignien des St. Katharinenoedens, als ein Zeichen der freundſchaftlich-wohlwollenden Geſinnungen des ruſſiſch-kaiſerlichen Hofes gegen den unſeeigen. Nach einem kurzen Aufenthalt in hieſiger Reſidenz verließ uns der Hr. Geſandte wieder, um an ſeinen Poſten zurückzukeheen."

Wirn, den 12. Mai.

Se. k. k. Majeſtät haben mittelſt alleehöchſtee Entſchließung vom 20. April d. J. die bei dem galiziſchen Landrechte in Lembeeg erledigte Präſidentenſtelle dem Gubernialrathe und galiziſchen Kammerprocurator, Dr. Carl **Kraus**, alleegnädigſt zu verleihen geruht.

Hauptredacteur: Joſeph Anton Edler von **Pilat**.

Verleger: Anton Strauß ſel. Witwe in der Dorotheergaſſe Nr. 1108.

Im Comptoir des Oeſtrr. Beobachters iſt das **vierte Heft** dee **öſterr. milit. Zeitſchrift** 1833 rrſchienen. Dieſes enthält folgendr Aufſätze: I. Den Zug der Allieten in die Champagne 1792. Erſter Abſchnitt. — II. Die Ausrüſtung und Verwendung des oſterreichiſchen Pionirrs im Felde. — III. Geſchichtliche Skizze der Keiegsereigniſſe in Tirol im J. 1809. Schluß des rrſten Abſchnittes. — IV. Biographie des k. k. Gen. der Kav. und Hofkriegsraths-Präſidenten Geaſen von Frimont, Füeſten von Antrodoeeo. (Fortſetzung.) — V. Kartenankündigung. — VI. Dle neueſten Militärveränderungen. — In dieſem Comptoie wird Pränumeeation auf deu Jahrgang 1833 dieſer Zeitſchrift mit 9 fl. 36 kr. C. M. angenommen.

№ 134

Oeſterreichiſcher Beobachter.

Dinſtag, den 14. Mai 1833.

ZEITUN

Meteorologiſche Beobachtungen vom 12. Mai.	Zeit der Beobachtung	Barometer auf 0° Reaumur reducirt. Pariſer Maß.	Wiener Maß.	Thermometer Reaumur.	Wind.		Witterung.
	8 Uhr Morg.	27.638	28 Z. 4 L. 10 P.	+ 15.0	NW.	ſchwach.	Wolken.
	3 Uhr Nachm.	27.607	28 4 5	+ 21.5	NW.	——	——
	10 Uhr Abnds.	27.592	28 4 3	+ 17.0	S.	ſtill.	dunſtig.

Großbritannien und Irland.

In der Sitzung des Oberhauſes vom 2. Mai überreichte der Herzog von Wrllington eine mit zahlreichrn Unterſchriſten verſehene Bittſcheiſt von Belſaſt und Edinburgh, worin um Abſchaffung der Selaverei, aber zugleich gebeten wurde, daß den Eigenthümern eine Entſchädigung bewilligt würde, und daß die Abſchaffung ſtuſenweiſe vor ſich ginge. Der Herzog unterſtützte den Inhalt der Bittſchriſt und proteſtirte gegen jede andeee als eine allmähliche Emaneipation der Selaven. Die Verwaltung, an der er Theil genommen, habe dieß beſtändig beabſichtigt; und er glaube, daß eine andere als ſtuſenweiſe Abſchaffung allen Parteien nachtheilig ſeyn wüede. Er glaubr ſogar nicht, daß den Selaven an ſo großer Eile gelegen ſei; denn es ſei klar erwieſen, daß ſich dieſelben in jeder Beziehung gut und behaglich beſänden. — Lord Suffield bemerkte, daß die von dem edlrn Herzöge vorgelegte Bittſchriſt von 2400 Perſonen unterzeichnet ſei, während rr (Lord Suffield) eine Bittſchriſt von demſelben Oete im entgegengeſetzten Sinne vorgelegt habe, welche 21 bis 22,000 Unteeſchriften aufzuweiſen hätte. Er überlaſſe es dem Hauſe, zu entſchriden, welche Anſicht bei den Einwohnern von Edinburgh und deſſen Umgegend die vorhereſchende ſei. Er habe außerdem wohl 6 bis 700 Bittſchriften zu Gunſten der unverzüglichen und gänzlichen Abſchaffung der Selaverei vorgelegt, und es leide wohl keiner Zweiſel, daß eine allmähliche Abſchaffung der Selaverei nichts Anderes bedeute, als eine beſtändige Beibehaltung deeſelben. Der Zuſtand der Selaven ſei jetzt ſchlimmer als je, da die Pſlanzer, in der Furcht ihre Rechte zu verlieren, jetzt noch allen möglichen Nutzen aus ihrem Eigenthum zu ziehen ſuchten, und deßhalb die Selaven über die Gebühr quälten. Die Bittſchrift wurde darauf auf die Tafel des Hauſes gelegt.

In der Sitzung des Unterhauſes vom 2. Mai erſchienen die Sheriffs von London an der Barre, um eine Bittſchriſt des Lordmayors und des Gemeinderathes von London für die gänzliche Abſchaffung der Selaverei zu überreichen. Die Bittſchriſt wurde verleſen und auf die Tafel des Hauſes gelegt. — Der Obeeſt Torrens entwickelte ſeinen auf heute anſtehenden Antrag wegen gänzlicher Reviſion des Finanzſyſtems, um den induſtriellen Claſſen Eeleichterung zu verſchaffen, und zu dem Ende eine Steuer auf das feſte Eigenthum des Landes zu lrgen. Er hielt es für unmöglich, daß die Regierung nicht bald den dringenden Wünſchen des Volkes hinſichtlich einer Veränderung in dem Steuerweſen nachgeben müſſe. Die Laſt, die auf den arbeitenden Claſſen ruhe, ſei unerträglich, und ohne baldige und wirkſame Abhülfe ſei großes Elend unvermeidlich. Lord Althorp widerſetzte ſich dem Antrage, welcher auch ohnr weitere Debatte und Abſtimmung verworfen wurde. — Sir R. Prrl ſragte Hrn. Cobbett, wann er denn ſeinrn Antrag auf eine Adreſſe an die Krone, um ſeine (Sir Robeets) Entlaſſung aus dem Geheimrathr anzuempſehlen, zur Sprache bringen werde? (Gelächter.) Er hoffe doch nicht, daß er den Gegenſtand einſchlaſen laſſen werde. — Hr. Cobbett erwiederte, daß der Gegenſtand zu veegangenem Dinſtag angeſtanden habe, aber nicht hätte vorkommen können, weil das Haus erſt um 4 Uhr Morgens die andern Geſchäſte heendigt habe. Er werde die Sache am 13. d. M. zur Sprache beingen. — Demnächſt machte Hr. Richards ſeinen Antrag wegen Einführung der Armengeſetze in Irland, und ſuchte die Voetheile darzuthun, welche aus der Anwendung dieſer Maaßregel für Irland hervorgehen würden. Er ſührte an, was ſchon einige Privatgeſellſchaſten zur Unterdrückung der Bettelei für Nutzen geſtiftet hätten, und wie durch die Wirkung derſelben der Wunſch nach Einführung eines allgemeinen Syſtems der Armengeſetze in Jeland vorherrſchend geworden ſei. Man müſſe daher die Wohlthat der Armengeſetze auf ganz Irland ausdehnen, um dadurch jenem gedrückten und zerſtörten Landr Frieden, Ordnung und Sicherheit zu veeſchaffen. — Hr. J. Grattan unterſtützte den Antrag. — Lord Althorp ſagte, der Gegenſtand ſei von der allergrößten Wichtigkeit, und im Verhältniß zu ſeiner Wichtigkeit und zu den ihn umgebenden Schwieeigkeiten erforderr er auch dir äußerſte Sorgſalt, Vorſicht und Ueberlegung. Es ſei nicht ſeine Abſicht, ſich dem Antrage direet zu widerſetzen. Aber zu gleicher Zeit könne er nicht wünſchen, daß dir ehrenweethen Mitglieder die Anſicht in ſich aufaähmen, daß, weil Elend in Irland

herrſche, die beſte Abhülfe die Einführung der Armengeſetze ſeyn würde. Seine Abſicht ſei, das Haus zu veranlaſſen, ſich für jetzt noch nicht beſtimmt über dieſen Gegenſtand auszuſprechen, ſondern ſich erſt zu vergewiſſern, in wie weit die ſchon in jenem Lande beſtehenden wohlthätigen Anſtalten zur Unterſtützung der Armen beitrügen, oder in wie weit ſie zu dieſem Zwecke beſſer eingerichtet werden könnten. In England hätten die Armengeſetze den Nachtheil, daß ſie zu viel Sorgloſigkeit und müßiges Leben erzeugten. Die arbeitende Claſſe wäre nur zu geneigt, ſich mehr auf die Armentaxe als auf die eigenen Kräfte zu verlaſſen; und er fürchte, daß dieſer Uebelſtand in Irland noch merklicher hervortreten würde. Die Miniſter hätten den Gegenſtand reiflich in Erwägung gezogen, und wären der Meinung, daß eine Unterſuchung über den Zuſtand der Armen an Ort und Stelle angeſtellt werden müſſe. Er trage daher als Amendement zu der vorliegenden Motion darauf an, daß von Seiten der Krone eine Commiſſion niedergeſetzt werde, um jene Unterſuchung anzuſtellen. — Hr. O'Connell bat um die Erlaubniß, das Amendement des edlen Lords unterſtützen zu dürfen. Die Bemerkungen des edlen Lords hätten das, was er habe ſagen wollen, beinahe überflüſſig gemacht. Er brauche alſo ſeinem Schauder vor Armengeſetzen nicht ſo ausführlich Worte zu geben, wie er es ſonſt wohl gethan haben würde. Niemand habe ein größeres Intereſſe bei der Einführung von Armengeſetzen in Irland, und Niemand bringe größere Opfer, um ſich derſelben zu widerſetzen, als er. Seine Anſichten über jenen Gegenſtand würden ihn wahrſcheinlich um das Vertrauen eines großen Theiles der irländiſchen Bevölkerung und um die liebevolle Unterſtützung bringen, derer er ſich bisher von Seiten der katholiſchen Geiſtlichkeit zu erfreuen gehabt habe, indem dieſelbe natürlich den Armengeſetzen oder jedem andern Syſteme geneigt ſei, welches dem irländiſchen Elende Abhülfe verſpräche. Er glaube, daß, wenn er den Armengeſetzen in Irland das Wort redete, das Haus eine ſolche Unzahl von Bittſchriften zu Gunſten jener Maaßregel erhalten würde, daß die Forderung unabweisbar werden dürfte. Eben ſo glaube er, daß, wenn er die Aufregung bis zur offenen Empörung treiben wollte, die Vertheidigung der Armengeſetze das geeignetſte Mittel dazu ſeyn würde. Aber ſolche Motive verachte er; und, nach Grundſätzen handelnd, würde er immer nur das thun, was ſeiner Ueberzeugung nach ſich mit dem Vortheile Irlands am Beſten vertrüge. Die Exiſtenz des Elendes und der Noth in Irland ſei unläugbar, und die Frage wäre nur, ob der Zuſtand des Volkes durch Einführung der Armengeſetze auf irgend eine Weiſe verbeſſert werden würde. Seiner Anſicht nach würden die Armengeſetze die beſtehenden Uebel nur noch vermehren, die natürliche Neigung zum Müßiggange fördern, und die Luſt zur Arbeit gänzlich zerſtören. Dieß ſei aber nicht die einzige üble Folge. Der Quell der Wohlthätigkeit würde verſiegen, und das natürliche Mitgefühl für fremde Leiden, welches in Irland ſo ſehr vorherrſche, und in ſeiner Wirkung die ſtärkſten geſellſchaftlichen Bande knüpfe, würde erſtickt oder in Gleichgültigkeit verwandelt werden. Die Unterſtützung, die, den Armengeſetzen in England zufolge, unehelichen Kindern zu Theil wird, nannte Hr. O'Connell eine Baſtardprämie, und ſchilderte die demoraliſirende Wirkung einer ſolchen Einrichtung. Nachdem ſich noch mehrere Mitglieder zu Gunſten des Amendements ausgeſprochen hatten, nahm Hr. Richards ſeinen urſprünglichen Antrag zurück und das Amendement des Lords Althorp wurde ohne Abſtimmung genehmigt. Das Haus beſchäftigte ſich hierauf noch mit einigen Gegenſtänden von örtlichem Intereſſe und vertagte ſich um 1 Uhr.

In der Sitzung des Oberhauſes vom 3. Mai ſtellte der Graf von Aberdeen, der früheren Anzeige gemäß, ſeinen Antrag in Betreff der letzten franzöſiſchen Expedition nach Algier und der jetzigen Beſetzung jenes Landes durch die Franzoſen. Als er, ſagte der Graf, von dem edlen Lord (Grey) erfahren, daß Unterhandlungen zwiſchen England und Frankreich im Gange wären, habe er ſich veranlaßt gefunden, ſeinen Antrag in dieſer Beziehung zu verſchieben. Jetzt ſei aber kein Grund mehr vorhanden, Stillſchweigen über dieſen Gegenſtand zu beobachten. Er glaube nicht, daß eine Convention abgeſchloſſen ſei, wodurch den Franzoſen der Beſitz von Algier geſichert würde, und er müſſe vermuthen, daß dieſelben die von ihnen eingegangenen Verpflichtungen nicht pünctlich erfüllt hätten. Doch wolle er für jetzt keinen Anlaß zu einer heftigen Debatte geben, ſondern nur auf Vorlegung aller den Gegenſtand betreffenden Papiere antragen. — Graf Grey ſagte, daß er, da es ſeine Abſicht ſei, die Vorlegung des größten Theiles der verlangten Papiere zu bewilligen, ſich für jetzt nicht ausführlicher über die vorliegende Frage auslaſſen wolle, um auf beiden Seiten eine Aufregung zu vermeiden, die einer freundſchaftlichen Verſtändigung hinderlich ſeyn könnte. Der edle Graf verlange auch die Vorlegung der Abſchriften einer Privatcorreſpondenz mit dem Könige der Franzoſen; dieſem Anſinnen könne aus politiſchen Gründen nicht gewillfahrt werden. Die Miniſter hätten übrigens die feſte Ueberzeugung, daß der von ihnen eingeſchlagene Weg der einzig mögliche zur Aufrechthaltung des Friedens in Europa und der Ehre Englands geweſen ſei. (Hört!) — Graf Aberdeen ſagte, daß er nicht weiter auf Vorlegung anderer Papiere dringen wolle, als die der edle Graf bereit ſei, mitzutheilen. In der Thronrede bei Eröffnung der Seſſion ſei geſagt worden, daß Se. Majeſtät die bündigſten Verſicherungen vom Könige der Franzoſen erhalten hätten, daß er ſowohl alle von ihm ſelbſt, als von dem vorigen Monarchen eingegangenen Verpflichtungen erfüllen wolle. Seine (des Grafen Aberdeen) Meinung ſei, daß dieſes Verſprechen nicht in ſeinem ganzen Umfange erfüllt worden ſei. Der Antrag wur-

Digitized by Google

de darauf mit den Modificationen des Grafen Grey genehmigt.

In der Sitzung des Unterhauſes vom 3. Mai ſetzte Hr. Hume ſeine Fragen in Bezug auf die türkiſchen Angelegenheiten, wegen Abweſenheit des Lords Palmerſton, bis zum 22. März aus. — Hr. Cobbett trat hierauf mit ſeinem Antrag in Bezug auf die Ungleichheit der Beſteuerung auf, die aus den Stämpel und Auctionsabgaben eeſichtlich ſei. Dieſelben, ſagte er, wären ſo ungleich, daß der Reiche ſehr wenig bezahle, während der Arme im Verhältniß hundert-, ja tauſendmal ſo viel entrichte. Beſteuerung ſei keine Tyrannei, wenn ſie gleichmäßig vertheilt wäre, aber die grauſamſte, wenn ſie ſo ungleich auf der Bevölkerung laſte, wie die in Rede ſtehende. Die Ungleichmäßigkeit liege nicht etwa in der Einbildung, ſie gehe im Gegentheil deutlich aus den betreffenden Parlamentsacten hervor. Er führte hierauf verſchiedene Beiſpiele an, um darzuthun, daß nach der beſtehenden Geſetzgebung die Stämpelabgaben von bedeutenden Verträgen und Contracten, wobei alſo nur von reichen Perſonen die Rede ſeyn könne, im Verhältniß ungkich geringer wären, als die von ſolchen Verträgen und Verhandlungen, welche am häufigſten im gewöhnlichen Verkehr vorkämen. (Bei Abgang der Poſt hatte Hr. Cobbett ſeinen Vortrag noch nicht beendigt.)

Der zwölfte Bericht des Ausſchuſſes für öffentliche Petitionen iſt ſo eben im Druck erſchienen. Die Geſammtzahl der eingereichten Bittſchriften um ſtrengere Beobachtung des Sabbaths beträgt 662 mit 158,774 Unterſcheiften; die von proteſtantiſchen Diſſenters um Abhülfe 55 mit 12,270 Unterſchriften; gegen die irländiſche Kirchenbill 23 mit 1061 Unterſchriften, meiſtens von Geiſtlichen; für die Emancipation der Juden 23 mit 16,584 Unterſcheiften; gegen das Kirchenpatronat in Schottland 63 mit 36,749 Unterſcheiften; für die Abſchaffung der Zehnten in Irland 61 mit 20,283 Unterſchriften; gegen dir Sclaverei in den Colonien und für augenblickliche und gänzliche Abſchaffung derſelben 304 mit 129,062 Unterſchriften; zu demſelben Zweck, jedoch mit Bedingungen, 188 mit 74,181 Unterſchriften; gegen die Häuſer- und Fenſterſteuer 36 mit 26,168 Unterſchriften; für Aufhebung der Malzſtener 7 mit 7481 Unterſchriften; für die nur zehnſtündige Beſchäftigung der Kinder in den Fabriken 67 mit 93,019 Unterſchriften; für Abſchaffung der Bierbill 72 mit 7998 Unterſchriften; gegen das jetzige Corporationsſyſtem 75 mit 31,949 Unterſchriften; gegen die irländiſche Zwangsbill 652 mit 413,989 Unterſchriften.

Portugal.

In dem officiellen Theil der Liſſaboner Hofzeitung vom 20. April befindet ſich ein aus dem Hauptquartier der Armee vom 17. d. M. datirtes Schreiben des Grafen von San Lourenço, worin derſelbe anzeigt, daß ſich die Truppen, nach den Berichten der Lazarethinſpectoren auf dem nördlichen und ſüdlichen Ufer des Douro, in einem ſehr befriedigenden Geſundheitszuſtande befinden.

Die Blätter der Hofzeitung vom 15. bis 20. April enthalten weder offizielle noch Privatnachrichten über die militäriſchen Operationen, ſondern bloß Verzeichniſſe von Beförderungen in der Aemee und von Belohnungen, welche einzelnen Offizieren und Soldaten für ihr Benehmen in dem Gefecht am 24. März zu Theil geworden ſind.

In einem von der Times mitgetheilten Privatſchreiben ans Oporto vom 20. April heißt es: „Geſtern Abends wurden 356 franzöſiſche Soldaten, wohlbewaffnet und zum Dienſt equipirt, und einige Feeiwillige von Liſſabon hier gelandet. Der Geſundheitszuſtand von Opoeto hat ſich ſebr gebeſſert; 7 bis 800 Perſonen aus allen Claſſen iſt jetzt das Maximum der in den Krankenberichten verzeichneten Zahl, darunter befinden ſich nur 60 Fieberkeanke. Cholerafälle kommen nicht mehr vor; dieſe Krankheit ſcheint wirklich ganz verſchwunden zu ſeyn. In den letzten 8 Tagen wurden nur wenige Schüſſe auf die Stadt abgefeuert; man weiß nicht, ob man dieß einem veränderten Plan oder einem Mangel an Munition von Seiten der Migueliſten zuſchreiben ſoll. Die Einwohner und die Truppen von Oporto ſind in der beſten Stimmung, und hoffen zuverſichtlich auf einen glücklichen Ausgang des Kampfes. Ein ſo eben aus Liſſabon hier angekommener engliſcher Marineoffizier ſchildert das Geſchwader Dom Miguels als ſehr unvorbereitet für ein nahes Gefecht. Es beſtand aus folgenden Schiffen: Dom Jaão von 80, Princeza Real von 54, Cortozo und Majo von 38, Sybille von 26, Princeza Real von 22, Izabel von 24, Galatea von 20, Feijo von 20, Andas von 20, Providenſe von 16, 22. Fevereiro von 10 und 13 Majo von 10 Kanonen, alſo aus 12 Schiffen, während das Geſchwader Dom Pedro's nur 8 Schiffe zählt. Als ein Beweis davon, wie ſchlecht die Blockade aufrecht erhalten wied, kann angeführt werden, daß der Schooner Liberal am 18. aus dem Douro hinansſegelte und die Mignelistiſchen Batterien paſſirte, ohne daß ihn dieſelben im geringſten behinderten, ſo daß er ſich ruhig mit dem Geſchwader des Admirals Sartorius vereinigen konnte. Ich glanbe gewiß, daß, wenn ſich Muth mit Einſicht verbände, immer von 10 Schiffen 9 die Barre unbeſchädigt paſſiren könnten. Die Einwohner hoffen, daß mehrere Capitäne von Kauffahrteiſchiffen, durch jenes Beiſpiel ermuthigt, in den Hafen einzulaufen ſuchen werden, da die geringe Gefahr durch den großen Vortheil, den ſie aus dem Verkauf ihrer Voreäthe in Oporto ziehen können, mehr als aufgewogen wird.“

Der Albion gibt folgende aus Falmonth vom 30. April datirte Mittheilungen übce die portugieſiſchen Angelegenheiten: „Der Schooner Pike kam geſtern Abends von Liſſabon, wo er am 21. d. M. abſegelte, hier an. Er befand ſich am 24. vor Oporto, aber das ſchlechte

Digitized by Google

Wetter verhinderte ihn, mit der Stadt in Communication zu treten, und er bringt daher keine Briefe von dort mit. Das Geſchwader Dom Pedro's lag vor dem Douro; es beſtand aus der Rainha da Portugal von 46 Kanonen, auf der ſich der Viceadmiral Sartorius befindet, ans der Dona Maria von 48 Kanonen, befehligt vom Capitän George, dem Dom Pedro von 52 Kanonen, Capitän Evans, dem Villaflor von 20 Kanonen, Commandeür Shute, aus einer Barke von 20 Kanonen und dem Schooner Liberal von 8 Kanonen. In der Nacht vom 23. wurden 2 Boote, während ſie im Begriff waren, Lebensmittel für das Caſtell von Foz ans Land zu bringen, durch eine über ſie hinwegſchlagende Welle verſchlungen; die Mannſchaft, aus 20 Perſonen beſtehend, ertrank ſämmtlich. Noch immer liegt eine große Menge von Schiffen vor der Barre, die nur auf eine günſtige Gelegenheit warten, um ihre Fracht zu landen. Während des letzten ſtürmiſchen Wetters verlor die Dona Maria einen Anker, und der Dom Pedro mußte ſein Kabeltau fahren laſſen. Obgleich jenes Fahrzeug keine directen Nachrichten aus Oporto mitbringt, ſo hat es doch Mittheilungen aus Liſſabon an Bord. Es heißt, die Migueliſtiſche Flotte werde den Tajo in wenigen Tagen verlaſſen, um gegen Oporto zu kreuzen. In der Stadt ging das Gerücht, daß unter den Diviſionen der Migueliſtiſchen Nordarmée großer Mißmuth herrſche, und daß zwei Milizregimenter die royaliſtiſche Sache verlaſſen und ſich in die Wälder von Figueira gezogen hätten. Etwas Officielles wußte man darüber in Liſſabon nicht, und das Gerücht iſt daher wahrſcheinlich unbegründet. Die portugieſiſche Regierung hat die Quarantainevorſchriften aufgehoben, denen bisher die aus England nach dem Tajo kommenden Schiffe unterworfen waren."

Oeffentliche Blätter melden aus Liſſabon vom 20. April: „Der Infant Don Sebaſtian reist am nächſten Montage mit ſeiner Gemahlinn nach Madrid zurück. — An der Wiederausrüſtung des portugieſiſchen (royaliſtiſchen) Geſchwaders wird Tag und Nacht gearbeitet, man hofft um ſo mehr, daß es bald wieder im Stande ſeyn würde, in See zu gehen, als es heißt, daß die Streitigkeiten zwiſchen dem Admiral Sartorius und dem Herzog von Braganza ganz ausgeglichen ſeien und der letztere daher leicht einen Angriff auf einen unſerer Häfen unternehmen könnte. Das royaliſtiſche Geſchwader ſoll durch ein Fahrzeug, Maja Cordozo, das bisher als Transportſchiff diente und mit 48 Kanonen montirt wird, verſtärkt werden. — Das brittiſche Linienſchiff St. Vincent in Vigo, und die Caledonia im Tajo, beide von 120 Kanonen, haben Befehl erhalten, die geoßbritanniſche Flotte im mittelländiſchen Meere zu verſtärken. — Neuerdings ſind von hier 600 Mann zur Verſtärkung der royaliſtiſchen Armee vor Oporto abgegangen, wo die Pedriſten einige Vortheile eekämpft haben ſollen. — Die Gerüchte von Unruhen in den Provinzen ſind ungegründet und beſchränken ſich auf den Umſtand, daß ſich in Nieder-Beira einige Deſerteurbanden aufhalten, die vielen Unfug ſtiften. — Die Cholera, die hier ſeit 14 Tagen ausgebrochen iſt, dauert zwar fort, doch kommen die Fälle nicht allzu häufig vor, wiewohl ſie meiſtens tödtlich ſind. Auch hier ſind es hauptſächlich die niederen Claſſen, die davon ergriffen werden."

Spanien.

Einem in der Madrider Hofzeitung vom 23. April enthaltenen königl. Decret zufolge, ſoll, um den Dorfgemeinden die Botenkoſten zu erſparen, welche bisher für dieſelben durch die Ueberbringung der von den Regierungsbehörden erlaſſenen Verordnungen und Befehle entſtanden, in der Hauptſtadt jeder Provinz ein Journal erſcheinen, welches für die Bekanntmachung aller Regierungs- und Verwaltungsacte beſtimmt iſt, jedoch auch Gegenſtände der Literatur und des Gewerbfleißes ſoll beſprechen dürfen. Jede Gemeinde iſt verpflichtet, dieſe Provinzialzeitung zu halten. Dieſe Maaßregel hilft großen Uebelſtänden ab; denn ſeit 1820 entbeheten die Provinzen der Journale faſt ganz, und die Landleute erfuhren die Verordnungen der Regierung gewöhnlich erſt einen Monat nach ihrer Bekanntmachung in der Hofzeitung. Außerdem war ein koſtſpieliger Staffettendienſt nöthig, um die Verordnungen von der Hauptſtadt jeder Provinz den Behörden der einzelnen Dorfgemeinden zu überbringen.

Durch einen an die Generaldirectoren der Steuern ergangenen königl. Befehl werden dieſen die früheren geſetzlichen Beſtimmungen in Erinnerung gebracht, wonach jeder Finanzbeamte, der ſich eine Ueberſchreitung ſeiner Amtsgewalt oder eine Verletzung der ihm ertheilten königl. Inſtructionen und Befehle zu Schulden kommen läßt, ſeines Poſtens ſo wie aller Anſprüche auf eine fernere Anſtellung verluſtig geht.

Da in Liſſabon die Cholera ausgebrochen iſt, ſo iſt angeordnet, daß alle ans Portugal kommenden Reiſenden noch auf portugieſiſchem Gebiet eine Beobachtungsquaeantaine von 20 Tagen, und dann in dem nächſten ſpaniſchen Lazareth eine zweite Quarantaine von gleicher Dauer zu beſtehen haben ſollen. Aller Handel mit giftfangenden Waaren und Stoffen iſt zwiſchen beiden Ländern unterſagt. Das Gepäck der Reiſenden, ſo wie die Correſpondenz zwiſchen beiden Ländern, ſoll, ſelbſt die Depeſchen der Cabinetskuriere nicht ausgenommen, in den ſpaniſchen Quarantaineanſtalten ſorgfältig gereinigt werden. Die von der portugieſiſchen Küſte zwiſchen Galicien und Algarbien kommenden Schiffe müſſen ſich in Mahon einer ſtrengen Quarantaine unterwerfen; daſſelbe gilt für die ſpaniſchen und fremden Schiffe, die mit dem bezeichneten portugieſiſchen Küſtenſtriche oder mit von dort kommenden Schiffen communicirt haben. Die direct von der Küſte von Algarbien kommenden Schiffe werden nach einer dreißigtägigen Beobachtungsquarantaine in die ſpaniſchen Häfen zugelaſſen.

Digitized by Google

In Bordeaux ſind Nachrichten aus der Havannah bis zum 23. März eingegangen, wornach ſeit dem 1. März auf der Inſel 8000 Menſchen, größtentheils Neger, an der Cholera geſtorben waren.

Auf die Nachricht von dem Ausbruche der Cholera in Havannah ſind auf königl. Befehl folgende Sanitätsmaaßregeln getroffen worden: 1) Alle aus der Havannah kommenden Schiffe ſollen von jetzt an, auch wenn ſie vor der ämtlichen Bekanntmachung des Ausbruches der Krankheit von dort abgegangen ſind, in keinen ſpaniſchen Haſen zugelaſſen werden, ſondern müſſen in dem Hafen von Mahon die ſtrenge geſetzliche Quarantaine beſtehen. Die von irgend einem andern Puncte der Inſel Cuba kommenden Schiffe ſind, auch wenn ſie reines Patent beſitzen, einer zwanzigtägigen Beobachtungsquarantaine unterworfen. 2) Die aus der Havannah kommenden Poſtſchiffe geben auf ihrer Fahrt nach der Quarantaineanſtalt von Mahon die ämtliche und Privatcorreſpondenz unter Beobachtung der nöthigen Vorſicht in dem Hafen von Algeſiras zur Weiterbeförderung ab.

Frankreich.

Der Moniteur und der Nouvelliſte vom 5. Mai enthalten folgenden Artikel: „Die Regierung hat Nachrichten aus Konſtantinopel bis zum 16. April erhalten. — Am 30. März war Hr. von Varennes, erſter Secretär der Botſchaft des Königs in dieſer Hauptſtadt, mit dem Ameddſchi-Efendi der Pforte nach dem Hauptquartier Ibrahim Paſcha's abgegangen. — Er war Ueberbringer eines Chatti-Scherifs, kraft deſſen der Großherr dem Paſcha von Aegypten die Belehnung mit den vier Paſchaliks von Syrien, nämlich St. Jean d'Acre, Damaskus, Aleppo und Tripoli, nebſt ihren Dependenzien ertheilte. — Die Inſtructionen des Hrn. von Varennes lauteten dahin, von Ibrahim Paſcha zu erwirken, daß er von ſeinen übrigen Forderungen abſtehe, — Die Unterhandlungen haben vier Tage lang gedauert. — Ibrahim hat ſeine Anſprüche auf Diarbekr und auf die Diſtricte von Alaya und Erfkeli aufgegeben, aber die Frage hinſichtlich des Diſtrictes von Adana und Orfa, die zu Alexandria verhandelt werden ſoll, vorbehalten. — Mittlerweile hat er, auf Begehren des Hrn. von Varennes, eingewilligt, Kleinaſien zu räumen. Sein Rückmarſch ſollte am 10. April beginnen *). — Der Tewdſchihat oder die jährlich erſcheinende Liſte der Ernennungen oder Beſtätigungen der Statthalter des osmaniſchen Reiches iſt am 16. April zu Konſtantinopel feierlich bekannt gemacht worden. Dieſe Acte verleiht Mehmed Ali, außer den Paſchaliks, mit denen er ſeit langer Zeit belehnt iſt, ganz Syrien. Der Diſtrict von Adana iſt vorbehalten worden. — Eine zweite Abtheilung der ruſſiſchen Escadre, mit 5000 Mann Landungstruppen an Bord, war am 5. April am Eingang des Bosporus angelangt; es ſcheint jedoch ſicher, daß die Pforte verlangt habe, daß der Marſch des moldauiſchen Armeecorps ſuspendirt werden möge. — Nachrichten aus Bukureſt vom 11. April zufolge, waren noch nicht mehr als anderthalb Diviſionen dieſes Corps, deſſen ganze Stärke auf 24.000 Mann geſchätzt wird, in die Fürſtenthümer eingerückt. — Die aus Breſt, aus Toulon und von der Mündung des Tajo abgegangenen franzöſiſchen Kriegsſchiffe müſſen zwiſchen den 20. und 30. April in den Gewäſſern von Smyrna zu der vom Admiral Hugon commandirten Schiffsſtation geſtoßen ſeyn. (Den neueſten Nachrichten aus Smyrna zufolge, ſind dieſe Schiffe bereits in den dortigen Gewäſſern angelangt.) — Der Baron de Boislecomte, von der Regierung mit einer Sendung an Mehmed Ali beauftragt, iſt am 15. April von Toulon abgegangen. Er muß gegen Ende gedachten Monats in Alexandria eingetroffen ſeyn."

*) Siehe die ſpätern Nachrichten aus Konſtantinopel vom 25. April in unſerem vorgeſtrigen Blatte.

Bei den Verleihungen des Ordens der Ehrenlegion, welche am Namensfeſte des Königs Statt gefunden haben, ſind der Juſtizminiſter Hr. Barthe, der Miniſter des Innern und der Culte Graf d'Argout, der Miniſter des öffentlichen Unterrichtes Hr. Guizot und der Generalintendant der Civilliſte Graf von Montalivet zu Commandeuren, der Miniſter der auswärtigen Angelegenheiten Duc de Broglie, der Miniſter des Handels und der öffentlichen Arbeiten Hr. Thiers, und der Finanzminiſter, Hr. Humann zu Offizieren des gedachten Ordens ernannt worden.

Die Deputirtenkammer beendigte am 3. Mai die Discuſſion über den Elementarunterricht. Der Entwurf ward mit 249 weißen gegen 7 ſchwarze Kugeln angenommen. Einige Erörterung veranlaßte ein Artikel, der dem Miniſterium die Befugniß zutheilte, die vom Municipalrathe vorgeſchlagenen Schullehrer zu ernennen. Hr. Taillandier machte dagegen geltend, daß der Miniſter zu fern von Ort und Stelle ſei, um das Verdienſt der Candidaten prüfen zu können; er ſchlug daher vor, die Ernennung dem Präfecten zu überlaſſen. Hr. Guizot wollte ſich dazu nicht verſtehen; dennoch nahm die Kammer das Amendement an. Nach dieſem Geſetzentwurfe führte die Tagesordnung auf das Geſetz in Betreff der Municipalattributionen. Die HH. Gillon und Pataille, die einzigen für die allgemeine Discuſſion eingeſchriebenen Redner, verzichteten auf das Wort. Die Kammer ging ſogleich zu den einzelnen Artikeln über, von denen der dritte beſtimmt, daß eine Gemeinde von 300 und weniger Einwohnern auf den Rath des Departements- und des Bezirksconſeils durch eine königliche Ordonnanz mit einer benachbarten Gemeinde vereinigt werden darf. Der Siegelbewahrer (Hr. Barthe) ſprach dafür; Hr. Dupin aber dagegen, indem er nachzuweiſen ſuchte, daß dem Stolze der Selbſtſtändigkeit der Gemeinden, auch wenn er bis zur eiferſüchtigen Eitelkeit gehe, ein löbliches Gefühl zu Grunde liege, auf welchem aller wahrer Patriotismus beruhe, von dem freilich das vage Weltbürgerthum nichts wiſſe. Als abgeſtimmt werden ſollte, war die Kammer nicht mehr in geſetzlicher Zahl beiſammen, daher die Sitzung aufgehoben wurde. — Am Anfang dieſer Sitzung ward ein Schreiben des Hrn. Bandet-Lafarge vorgeleſen, der wegen Alters und Kränklichkeit ſeine Entlaſſung einreichte. Ein zweites Schreiben des Finanzminiſters lautete: „Da die Ueberreichung des die Tilgung und die Reduction der 5procentigen Rente in Einer Combination umfaſſenden Geſetzentwurfes auf die nächſte Seſſion verſchoben werden mußte, ſo iſt es nöthig, durch tranſitoriſche Maaßregeln die Repartition der zum

Digitized by Google

Rückkaufe der Schuld beſtimmten Fonds zu ordnen. Die Regierung beſchäftigt ſich damit, und in wenigen Tagen werde ich die Ehre haben, der Kammer einen beſondern Geſetzentwurf daeüber vorzulegen."

Am 4. Mai 5 Percents Fin Courant geſchloſſen zu 103 Fr. 15. 3 Pereents Fin Courant geſchloſſen zu 77 Fe. 60.

Preußen.

Der Hamburger Correſpondent enthält folgendes Schreiben aus Berlin vom 29. April: „Es iſt jetzt wohl an der Zeit, den Ausmarſch der Polen aus Frankreich und die damit beabſichtigten Zwecke etwas näher ins Auge zu faſſen, beſonders da es bekannt iſt, daß ihr Führer, Oberſt Antonini, auf ſeinem Zuge von Polen nach Frankreich, in Teutſchland vielfache Zeichen ſeiner Theilnahme an Teutſchlands Revolutionirung zurückgelaſſen, und ſpäter aus Frankreich wiederholt dieſe Theilnahme ausgedrückt hat. Den Zuſammenhang zwiſchen Damals und Jetzt wollen wir factiſch nachweiſen, und kommen daher auf die Briefe, durch welche Hr. Antonini von Beſançon aus die politiſche Verbindung mit Teutſchland unterhalten wollte. Mehrere preußiſche Unterthanen empfingen nämlich von ihm ſolche Briefe — ziemlich nach Einem Schema geſchrieben — und lieferten ſie pflichtgemäß ſofort den Behörden aus. Unkraut dieſer Art wuchert auf Preußens Grund und Boden nicht! — Auch im Großherzogthume Baden empfingen ſelbſt Beamte, wie z. B. der Hofgerichtsaſſeſſor S. in Raſtatt, ähnliche Briefe; einen derſelben wollen wir mittheilen; er iſt teutſch, aus Beſançon vom 13. März 1832 datirt, und unterſchrieben: „Antonini, Colonel," und lautet wörtlich: „„Bis jetzt habe ich nicht können an Dich ſchreiben, denn erſt vor ein Paar Tagen habe ich meine Reiſe beendigt, um mich von Allem zu überzeugen, und Alles zu erfahren. Ich bin fünfzehn Tage in Paris geweſen, und bedauere es nicht, habe faſt alle Tage Lafayette geſprochen; was er mir geſagt, theile ich Dir mit. Der allgemeine Geiſt der Franzoſen will wegen Hinſterbenlaſſen der Polen das franzöſiſche Miniſterium und den König umſchmeißen, aber ſie wollen nicht ſelbſt anfangen, und ſehen ſich immer um auf Teutſchland. Wir thun, was man nur thun kann, bemühen uns intime Freundſchaft zu ſchließen mit alle Stände, die eine gute Geſinnung haben. Es iſt Alles im höchſten Enthuſiasmus; diejenigen, die hier im Namen der Regierung herrſchen, müſſen bei jedem Voefalle mit dem Volke ſtimmen. Denkt nicht, lieben Freunde und brave Teutſche, daß wir hier eingeſchloſſen ſind; wir laſſen hieſiger Regierung keine Ruhe, und ſchreien immer, daß es erlaubt würde, eine polniſche Legion zu ſtiften, und es muß auch ſo weit kommen. Es fehlt uns aber alle Kenntniß von dem, was bei Euch zu hoffen iſt, und was vor Neuigkeiten Ihr habt, deßwegen bitte ich Dich, veſter Freund, daß Du mir oft ſchreiben wolleſt, und von Allem benachrichtigen."" Dieſer Oberſt Antonini iſt nun der Führer des aus Frankreich entflohenen Heerhauſens Polen, und zwar zu derſelben Zeit entflohen, als die Blutſcenen in Frankfurt am Main vorfielen, und entartete Söhne Teutſchlands teutſche Freiheit aus Mord und Brand emporwachſen laſſen wollten! — Doch noch klarer ſprechende Documente, welche durchaus keine Mißdeutung zulaſſen, ſind die Proclamationen, welche jene ihr franzöſiſches Aſyl ſo leichtſinnig verlaſſende Polen den in Frankreich zurückgebliebenen Brüdern hinterließen und auch überall dahin verſendeten, wo ſie auf gleiche Stimmung und thätige Beihülfe rechnen durften. In dieſer Proclamation kommt unter Andern folgende Stelle vor: „„Wir eilen, die Freiheit Teutſchlands zu vertheidigen; wir eilen, denn dieß iſt unſere Pflicht; wir eilen, denn unſer Herz, unſer Gewiſſen rufen uns dahin. Doch erinnert Euch, Brüder, daß unſere Pflicht auf zweierlei Wegen erfüllt werden kann, daß in der Erfüllung derſelben die letzte Hoffnung unſeres Vaterlandes beruhe, und daß man die Stimme des Herzens zu unterdrücken ſuchen muß, um das Ziel nicht zu verfehlen; bleibt daher ruhig zurück, wartet die Beendigung des Kampfes in Frankreich ab, wartet dort, um dem Vaterlande in anderer Weiſe nützlich zu werden. Jeder kluge Heerführer hat eine Reſerve nothwendig, wir rechnen auf Euch, wenn es gilt. Stets werden wir einen Theil der Emigration bilden, wir werden mit dem alle Polen centraliſirenden Comité in Verbindung bleiben, und Dwernicki wird von uns ſtets einen treuen Bericht über unſere Handlungen erhalten. Lebet wohl bis auf Wiederſehen. Sollte der Zuſtand in Frankreich ſich zu Gunſten der Polen nicht verändern, ſollte man es Euch oder dem Vaterlande entgelten laſſen, daß wir zum Freiheitskampfe nach Teutſchland ziehen, ſo folget uns, Ihr werdet in uns ſtets Eure Brüder wiederfinden."" — Ueber den Zweck dieſer aus Frankreich in der Schweiz vorläufig angelangten bewaffneten Polenabtheilung kann nun wohl keine Frage, kein Dunkel mehr Statt finden!"

Teutſchland.

Die Kaſſelſche Zeitung enthält folgendes Ausſchreiben des Miniſteriums des Innern vom 4. Mai, die Zuſammenberufung der nächſten Ständeverſammlung betreffend: „Da die Wahlen der Abgeordneten zu der nächſten Ständeverſammlung bis jetzt noch nicht beendigt ſind, und hinſichtlich der erforderlichen Zahl der Mitglieder noch kein hinreichendes Ergebniß geliefert haben: ſo haben Se. Hoheit der Kurprinz und Mitregent den Tag zur Einberufung der nächſten Ständeverſammlung auf den dritten des zukünftigen Monats Juni zu verlegen gnädigſt geruht. Es wird dieſes hierdurch mit Beziehung auf die Ausſchreiben des Miniſteriums des Innern vom 19. März und 6. April d. J. zur öffentlichen Kunde gebracht. Kaſſel, am 4. Mai 1833. Kurfürſtliches Miniſterium des Innern. Haſſenpflug."

Wien, den 13. Mai.

Se. k. k. Majeſtät haben dem allerunterthänigſten Anſuchen des oberſten Kanzlers, Grafen von Mittrowsky, die bei der vereinigten Hofkanzlei unbeſetzte Hofkanzlerſtelle für dermalen wieder zu beſetzen, mit Allerhöchſtem Cabinetsſchreiben vom 11. d. M. zu willfahren, und dieſe Stelle Allerhöchſtihrem geheimen Rathe und Präſidenten, Fürſten Auguſt Lobkowitz, mit den ſyſtemmäßigen Bezügen allergnädigſt zu verleihen geruht.

Am 13. Mai war zu Wien der Mittelpreis der

Staatsſchuldverſchreibungen zu 5 pCt. in CM.	$92\frac{1}{8}$;
detto detto zu 4 pCt. in CM.	$82\frac{7}{8}$;
Darleh. mit Verlooſ. v. J. 1820, für 100 fl. in CM.	$189\frac{1}{4}$;
detto detto v. J. 1821, für 100 fl. in CM.	$134\frac{3}{4}$;
Wiener-Stadtbanco-Obligat. zu $2\frac{1}{2}$ pCt. in CM.	$52\frac{1}{8}$;
Conv. Münze pCt. ——;	

Bankactien pr. Stück $1208\frac{1}{3}$ in CM.

Hauptredacteur: Joſeph Anton Edler von Pilat.

Verleger: Anton Strauß ſel. Witwe in der Dorotheergaſſe Nr. 1108.

Nro. 135

Oeſterreichiſcher Beobachter

W K ZEITUNG 1833

Mittwoch, den 15. Mai 1833.

Meteorologiſche Beobachtungen vom 13. Mai.	Zeit der Beobachtung.	Barometer auf 0° Reaumur reducirt.		Thermometer Reaumur.	Wind.		Witterung.
		Pariſer Maß.	Wiener Maß.				
	8 Uhr Morg.	27.689	28Z. 5L. 5P.	+ 15.0	S.	ſtill.	dunſtig.
	3 Uhr Nachm.	27.662	28 5 2	+ 23.0	S.	—	heiter.
	10 Uhr Abnds.	27.700	28 5 7	+ 15.0	W.	ſchwach.	—

Großbritannien und Irland.

Seit dem letzten Votum des Unterhauſes in der Nacht vom 30. April auf dım 1. Mai, wodurch die früher votirte Reduction der Malztaxr rückgängig gemacht und die Abſchaffung der Häuſer- und Fenſterſteuer verweigert wurdr, fangen, wie zur Zeit, als die Reformdill mit Gewalt durchgeſetzt werden ſollte, die politiſchen Vrrſammlungen an ſich zu regen. — In einer am 2. d. M. zu Birmingham gehaltenen Verſammlung des dortigen ſogenannten „politiſchen Rathes" (political council) wurden nachſtehende Reſolutionen vorgeſchlagen und unter lautem Beifall der Anweſenden rinſtimmig angenommen: 1) daß Se. Majeſtäe Miniſter erſtens durch Verletzung der Conſtitution und Zerſtörung der Freiheiten von Irland; zweitens durch Abläugnung der allgemeinen Noth unter den producirenden Ständen, und durch Vrrweigerung jeder Unterſuchung über die Mittel zur Abhülfe; und drittens durch die Weigerung, irgend eine fühlbarr Vrrminderung in der gegenwärtigen, ſo drückenden Steuerlaſt eintreten zu laſſen; ferner dadurch, daß ſie auf der Fortdauer der auf Häuſer und Fenſter gelegten (assessed) parteiiſchen und ungerechten Taxen, ungeachtet der gedrückte Zuſtand des Handels und Verkehrs unverzügliche Erleichterung erheiſcht, beſtehen, und beſonders dadurch, daß ſie dem Lande die verhaßte und drückende Malztaxe, ohne irgend eine Verminderung, obſchon drei Tage früher die theilweiſr Abſchaffung derſelben durch ein Votum des Hauſes wohlbedacht beſchloſſen worden war, gewaltſam aufdringen wollen — das Vertrauen des Volkes verrathen und deſſen ſanguiniſche Hoffnungen in Verzweiflung verwandelt haben; — 2) daß in dieſer ſchrecklichen Lagr des Landes die Meinung dieſes Rathes dahin geht, daß in möglichſt kurzer Friſt in allen Grafſchaften, Städten und Dörfern Verſammlungen gehalten werden ſollen, um Se. Majeſtät zu bitten, Männer, die ſich entweder als durchaus unfähig oder als abgeneigt erwieſen haben, das Land aus den Schwierigkeiten und Gefahren, von denen es umringt iſt, zu reißen, aus Ihrem Cabinete zu entlaſſen; — 3) daß zu dieſem Ende der Rath es für dienlich erachtet, daß eine öffentliche Verſammlung der Einwohner dirſes Diſtrictes zu Newhall-Hill gehalten werden ſolle. — Dieſe Reſolutionen wurden von Hrn. Boseo Attwood und andern durch Reden unterſtützt, die vollkommen im Einklang mit den gefaßten Beſchlüſſen ſtehen und beſonders hervorheben, daß die Miniſter ihren letzten Sieg im Unterhauſe bloß dem Beiſtande der Tories, und namentlich Sir R. Peel's zu verdanken hätten.

In einer am 2. Mai Abends zu London im Britiſh-Hotel gehaltenen Verſammlung von Delegaten der Kirchſpiele von Weſtminſter wurde das Benehmen des Sir F. Burdett (rines der Repräſentanten von Weſtminſter; der andere, Sir J. Hobhouſe, hat bekanntlich reſignirt), weil er in der Steuerfrage für das Miniſterium geſtimmt hatte, ſcharf getadelt und von mehreren Mitgliedern die Reſolution vorgeſchlagen, ihn, als Verräther der Sache des Volkes, des Vertrauens ſeiner Committenten für unwürdig zu erklären, welche Reſolution jedoch mit 18 gegen 13 Stimmen beſeitigt wurde.

Am ſelben Tage wurden in verſchiedenen Theilen der vereinigten Kirchſpiele von St. Margaret und St. John (Weſtminſter) Privatverſammlungen von Handelsleuten und Hausherren hinſichtlich der Häuſer- und Fenſterſteuer gehaltrn, und darin der feſte Entſchluß erklärt, dieſe Steuern fernerhin nicht mehr zu bezahlen. Mehrere Auctionscommiſſare und Trödler erklärten, daß ſie keine wegen Nichtbezahlung obgrdachter Steuern gepfändete Waaren verkaufen noch kaufen würden, und einige der letzteren hefteten Anſchlagzettel mit großen Buchſtaben an ihre Läden, wodurch ſie dieſen Entſchluß mit Oſtentation zur Kenntniß des Publicums brachten.

In einem Schreiben aus London vom 3. Mai (in der Preußiſchen Staatszeitung) heißt es: „Heute vor acht Tagen (als mein letztes Schreibrn abging) hatte noch Niemand eine Ahnung, daß in derſelben Nacht noch die Miniſter ſich über eine wichtige Finanzfrage in der Minorität befinden würden. Ja, ich bin gewiß, daß ſelbſt Sir William Ingilby, der den Vorſchlag machte, daß die Malzſteuer, mit einem Verluſte von mehr als dritthalb Millionen für die Revenuen, bis unter die Hälfte herabgeſetzt

Digitized by Google

werden ſolle — ſo ſehr auch die Grundherren ihren Vortheil dabei finden mochten — keinen andern Erfolg davon erwartete, als ſich und einige Freunde bei ihren Committenten auf dem Lande als Beſchützer des Ackerbaues beliebt zu machen. Denn er ſowohl, als Alle, die mit ihm ſtimmten, wußten recht gut, daß jetzt, nachdem die Sitzung ſo weit vorgerückt iſt — ja vielleicht kaum in zwei Jahren — keine Erſparniß in den Staatsausgaben von einem ſolchen Umfange zu machen ſei; und wenn ja noch Erſparniſſe zu machen, die Städter, und beſonders die Bewohner Londons, welche die Laſt faſt ausſchließlich zu tragen haben, eher zur Abnahme der Häuſer- und Fenſterſteuer berechtigt wären. Und war ein ſolches Erſparniß nicht möglich, und ſollten ſowohl den Grundherren als den Städten drückende Laſten abgenommen werden, ſo mußte es ihnen ebenfalls klar ſeyn, daß der Ausfall durch eine Vermögensſteuer erſetzt werden mußte, welche nothwendig immer am ſchwerſten auf das Grundeigenthum fällt. Gäbe es in dieſem Augenblicke eine Partei, die ſich ſtark genug fühlte, ein Miniſterium zu bilden, und wäre der Vorſchlag von einer ſolchen ausgegangen und den Miniſtern zum Trotze durchgeführt worden, ſo wäre das Verfahren verſtändlich geweſen, und es würde den Miniſtern nichts übrig geblieben ſeyn, als abzudanken. Aber eine ſolche Partei gibt es vorläufig nicht; und wenn ſie ſich fände, ſo würde ſie ſchwerlich ſo unklug ſeyn, ihre Gegner durch einen Vorſchlag zu vertreiben, den ſie ſelbſt eben ſo unausführbar gefunden haben würde, als ihre Gegner. Der Vorſchlag kam aber wirklich von einem Freunde der Miniſter, welcher gewiß im Herzen darauf gerechnet hatte, daß, wenn ihn auch alle Radicalen, Ultra-Tories und die, welche unmittelbarer Vortheil gegen alle andere Rückſichten blenden mochte, unterſtützten, die unabhängigen Freunde der Regierung, im Verein mit den aufgeklärten Tories, hinreichend ſeyn würden, ihn zu überſtimmen. Die Miniſter aber waren nicht gehörig auf ihrer Hut, verſäumten es, ſich mit ihren Schaaren zu umringen, und der Erfolg war eine Uebereinſtimmung, welche auf allen Seiten Schrecken verbreitete, um ſo mehr, da man befürchten mußte, daß der weit billigere Vorſchlag des Sir John Key, welcher auf den Dinſtag angekündigt war, auch angenommen werden würde; ja, da man gewiß ſeyn durfte, daß — gleichviel wer das Staatsruder führte — kein Miniſterium es wagen dürfte, unter obwaltenden Umſtänden dem Grundeigenthume auf Koſten der Städte eine ſo große Erleichterung zu geſtatten, und daß folglich ein Deficit von wenigſtens 5 Millionen zu decken ſeyn würde. Unter dieſen Umſtänden faßten die Miniſter einen kühnen Entſchluß, und erklärten durch Lord Althorp dem Unterhauſe: ſollen dieſe Steuern abgeſchafft werden, ſo müßt ihr weiter gehen, und das ganze finanzielle Syſtem umgeſtalten, und an die Stelle von dieſen und andern Abgaben eine Vermögensſteuer von wenigſtens 10 Millionen ſetzen. Dieſes aber halten wir für den Augenblick unräthlich — und nun, ſollen wir am Ruder bleiben, ſo erklärt dieſes mit uns (ſo unangenehm es auch ſeyn mag, eine einmal gegebene Entſcheidung wieder umzuſtoßen); wo nicht, ſo übernehme die Adminiſtration wer da will und — kann! Dieß hieß die Sache auf die Spitze ſtellen, und ſie konnten es um ſo mehr, als Sir R. Peel und alle angeſehenen Tories ihnen ihren Beiſtand zugeſichert hatten, und viele von denen, welche für die Reduction am Freitag geſtimmt, ſo wie von denen, welche ihren Committenten feierlich verſprochen hatten, gegen die Häuſer- und Fenſterſteuer zu ſtimmen, ihnen zuſagten, entweder für ſie zu ſtimmen, oder ſich doch des Stimmens ganz zu enthalten. Der Erfolg war auch, daß, als am Dinſtag Sir John Key ſeinen Vorſchlag für die Abſchaffung dieſer Steuer machte, und Lord Althorp dagegen dem Hauſe jenen Beſchluß (wenigſtens dem Sinne nach) als Gegenvorſchlag vorlegte, aus einer Verſammlung von 512 Mitgliedern 355 ſich für die Miniſter erklärten, und als die Malzſteuerfrage erneuert wurde, ſie jetzt durch eine Mehrheit von 154 Stimmen ſiegten. Natürlich brachte dieſes mehrere Deputirte großer Städte, beſonders Londons, in die höchſte Verlegenheit, ſo daß ſie es ſchwer finden dürften, ihre ſcheinbare Wortbrüchigkeit gegen ihre Committenten zu entſchuldigen. Ja, Sir John Hobhouſe fand ſich bewogen, um ſich vor jedwedem Vorwurf zu ſichern, noch vor dem Anfang der Dinſtagsdebatten, ſowohl ſeine Stelle im Miniſterium, als die Vertretung der Stadt Weſtminſter niederzulegen. Indeſſen, ob es nun gleich den Miniſtern für den Augenblick gelungen iſt, den Sturm zu beſchwichtigen, ſo haben ſich doch folgende Facta offenbart, welche im höchſten Grade wichtig ſind: 1) daß das jetzige Cabinet nicht in ſich ſelbſt, ſondern nur durch die Zerſplitterung der andern Parteien kräftig iſt; 2) daß in den Finanzen, und zwar aufs Baldigſte, Erſparniſſe, nicht von Hunderttauſenden, ſondern von Millionen gemacht werden müſſen, und 3) daß ſelbſt mit dieſen die Anlegung einer Vermögensſteuer unvermeidlich ſcheint. Es ſieht aber beinahe ſo aus, als wenn die hieſigen Bürger zu ungeduldig wären, ſelbſt die kurze Friſt von einem oder zwei Jahren abzuwarten, um die Häuſer- und Fenſterſteuer los zu werden, und als ob ſie zu der allgemeinen Entſchließung ſchreiten wollten, der Sache ſelbſt ein Ende zu machen, indem ſie nicht mehr zahlen. Es haben bereits mehrere, theils öffentliche, theils Privatverſammlungen Statt gefunden. Sir J. Hobhouſe iſt ſeiner Wiedererwählung für Weſtminſter gewiß; er wird aber wohl einſehen, daß es für einen Miniſter nicht rathſam iſt, eine große Stadt zu vertreten, beſonders einen Theil der Hauptſtadt ſelbſt, und daß, wenn er ja wieder ein Amt zu übernehmen gedenkt, was alle ſeine Freunde innig zu wünſchen ſcheinen — ſo wird er wohl am beſten thun, ſich für einen kleineren Ort wählen zu laſſen. — Geſtern Abends wurde von einem Hrn. Richards der Vorſchlag gemacht, in Irland eine Armenſteuer einzuführen; Lord Althorp aber (von O'Connell unterſtützt) bewog dagegen

Digitized by Google

das Hans, in die Sendung einer Commiſſion nach Jeland zu willigen, in der Abſicht, übee den Zuſtand der Armen, und die bereits beſtehenden Anſtalten zu deeen Unterſtützung Erkundigung einzuziehen. Die Ernennung dee Commiſſionen zur Unterſuchung über den Zuſtand des Ackerbaues und des Handels, welche Loed Althorp vorzuſchlagen veeſpeochen hat, iſt auf dieſen Abend verſchoben.“

Conſols am 3. Mai 87 1/8, 3/8.

Spanien.

Die Madrider Zeitung vom 25. April teitt gegen einen Aetikel der Gazette de France vom 11. April auf, in welchem dieſe die Anſhebung des ſaliſchen Geſetzes als unpolitiſch und unrechtlich daezuſtellen ſuchte. Zueeſt weeden in dem ſpaniſchen Blatte die Wiedeeeröffnung der Univerſitäten und die Amneſtie vertheidigt, dann die Behanptung dee Gazette, daß Spanien dee Veebindung mit den franzöſiſchen Bourbonen nnd dem ſaliſchen Geſetze all ſein Glück verdanke, widerlegt. „Die Gazette de Feance,“ heißt es weiter, „ermahnt die Regierung, aufzumerken, wer die Leute ſind, welche die Widerrufung des ſaliſchen Geſetzes billigen. Man hat aufgemeekt. Es billigen ſie alle, welche die Unabhängigkeit unſeees Vaterlandes lieben, alle Freunde unſerer alten Einrichtungen, alle Geſchichtsforſchee und Rechtsgelehrte, welche wiſſen, wie dieſes ausländiſche Product in unſere Geſetzgebung eingeführt wurde, wie oft es veeletzt, wie ſchwache Wurzeln es im ſpaniſchen Boden gefaßt, und wie geſetzlich es aufgehoben iſt. Der Schluß iſt, daß die einzigen Gegner dieſes Syſtems der directen Nachfolge diejenigen ſind, welche irrthümlichee Weiſe ihre Intereſſen veeletzt glauben. Ihre Zahl iſt ſehe gering, Nachdenken nnd Enttäuſchung muß ſie nothwendig von Tag zu Tag noch mehr veekleineen. Die Gazette ſagt weiter, daß unſere Regierung noch untee einigen Täuſchnngen leide. Die Gedanken der ſpaniſchen Regierung ſind folgende: Das Peineip der königlichen Gewalt und das Grundgeſetz dee direeten Nachfolge rein und unverletzt zu eehalten; in den auswärtigen Veebindungen eine eigenthümliche und nicht eingegebene Politik zu befolgen, die ſich mit guter Feeundſchaft und Wechſelſeitigkeit der Intereſſen veeträgt, nnd auf die genaue Erfüllung dee beſtehenden Veeträge gegeündet iſt; die Einigkeit allee Spanier zu befördern, den Ueberbleibſeln einer unſeligen Zwietracht ein Ende zu machen; die Wiſſenſchaften, die Künſte und den Gewerbsfleiß durch Verbeſſeenngen und nützliche Refoemen zu begünſtigen; mit Einem Worte, allen Bedingungen zu genügen, um den Namen einer ſtarken und aufgeklärten Regierung zu veedienen. Wenn dieß bei einer Nation, wie der ſpaniſchen, Tänſchungen ſind, ſo müſſen wir zugeben, daß die Regieeung Sr. Majeſtät darnnter leidet.“

Der Infant Don Carlos hat an den Präſidenten des Rathes von Caſtilien folgende von ihm eigenhändig geſchriebene Proteſtation eingeſchickt: „In die grauſame Alternative verſetzt, entweder dem Antriebe meines Herzens zu folgen und meinem erlauchten Brudee und König die ehrſurchtsvollſte Hingebung für ſeine Deerete und ſeinen Willen zu bezeigen, oder gewiſſenhaft die heilige Pflicht des Vatees zu erfüllen, kann ich, ſo ſehr es auch meinem Heezen widerſteebt, doch keinen Anſtand nehmen, mich für die Pflicht zu entſcheiden, die mir duech die göttliche Vorſehung aufgelegt iſt, nnd ich erklâre ſonach auf das Feierlichſte, daß ich gegen jede Acte proteſtire, welche dahin zielen würde, mich und meine Nachkommenſchaft des Thronfolgerechtes zu beeauben, das den Geundgeſetzen gemäß iſt, die geſetzlichermaaßen durch die Procuratoeen der Städte nach den unſeligen Succeſſionskriegen ſanetionirt wurden und die Einwilligung von Eueopa erhielten, um den ſpaniſchen Theon auf immer der Dynaſtie der Bourbons zn bewahren. Wollen Sie dieſe Uekunde in die Kanzlei dee Kammer mit allen gebührenden Foemen eineegiſteiren laſſen, damit ſie nöthigenfalls vor einer Nationalverſammlung als legitimes Mandat dienen kann. Gott erhalte u. ſ. w. An den Präſidenten des Rathes von Caſtilien.“

Poetugal.

Direeten Nachrichten ans Liſſabon vom 20. April zufolge, waeen die wenigen daſelbſt und in dem Fiſcherdoefe Seixal an dee Küſte voegekommenen Cholerafälle, wobei ſich die Zahl der Todten bis zum obigen Tage in Liſſabon und Belem höchſtens auf zwanzig belief, von der dortigen Sanitätsbehörde füe ſpoeadiſch erklâet worden. In Seixal iſt die Zahl dee Geſtorbenen größer; doch hatte die Keankheit durch die von dee Sanitätsbehörde füe die Reinlichkeit und beſſeee Nahrung der aemen Bewohner dieſes Oetes getroffenen Vorkeheungen in den letzten Tagen bedeutend abgenommen.

Die im Tajo ſtationiete poetugieſiſche Flotte, aus dem Linienſchiffe D. João VI., einer Fregatte, einer geoßen Gabaree von 36 Kanonen, drei Corvetten und drei Brigantinen beſtehend, wird mit allem Nöthigen verſehen, um auf den erſten Befehl auslaufen zu können.

Das engliſche Linienſchiff Caledonia von 120 Kanonen hat unerwaetet den Befehl erhalten, aus dem Tajo nach dem mittelländiſchen Meere abzuſegeln; man glanbt, daß auch die Britannia und dee St. Vincent (beide von 120 Kanonen; letzteer in Vigo) unverzüglich nach derſelben Beſtimmung abgehen werden.

Aus Oporto vernimmt man, daß dee Maeqnis von Palmella von Dom Pedro zum Herzoge von Fayal, der Geaf von Funchal zum Marqnis von Funchal, der Geaf von Alva zum Marquis von Santa Iria, und dee Marineminiſter D. Bernaedo de Sa Nogueiea zum Baron do Pico do Celeiro ernannt worden ſind. Der Marquis von Rezende, der Viſconde d'Itabayana und Dr. Joſe Antonio Guerreieo haben das Geoßkreuz des Thurm- und Schwertoedens erhalten.

Von kriegeriſchen Voefällen bei Opoeto war, ſeit

den Gefechten am 24. Märj, in Liſſabon nichts bekannt geworden.

Rußland.

Zu St. Petersburg iſt nachſtehendes allerhöchſtes Manifeſt in Bezug auf eine neue Recrutirung des Heeres erſchienen: „Von Gottes Gnaden Wir Nicolaus der Erſte, Kaiſer und Selbſtherrſcher aller Reuſſen ꝛc. ꝛc. ꝛc. Nachdem unſere ſiegreiche Armee, im Verlauf des Krieges von 1831, durch neue glänzende Siege die Sicherheit und Ruhe des Vaterlandes bewahrt hatte, erhielt ſie ihre letzte Ergänzung durch die mittelſt Unſeres Manifeſtes vom 5. Auguſt desſelben Jahres angeordnete 97ſte Recrutirung. Die Zahl der nach dieſem Aufgebot eintretenden Recruten entſprach übrigens nicht dem wirklichen Truppenverluſte; indeſſen ſorgten Wir, unausgeſetzt auf die Erleichterung der Leiſtungen Unſerer getreuen Unterthanen bedacht, für Mittel, jenen Verluſt einigermaaßen zu erſetzen, nicht nur ohne eine neue Recrutirung im Jahre 1831, ſondern auch ohne Aushebung derjenigen mangelnden Recruten, deren Herbeiſchaffung in einigen Gouvernements verſchoben worden. Gegenwärtig haben Wir zur Verſtärkung jener Hülfsmittel und zu der, den Etats und Reglements entſprechenden Complettirung einiger Truppen für nothwendig erachtet, zur Aushebung der nach der 96ſten Recrutirung in manchen Gouvernements nachzuliefernden Recruten zu ſchreiten, und außerdem in der Form einer particularen Verfügung einer Recrutenaushebung in nachſtehenden Gouvernements, welche den Cantonirungsplätzen der einer Vervollſtändigung bedürftigen Truppen zunächſt liegen, zu gründen. Demzufolge befehlen Wir: 1) Die durch Unſern Ukas an den dirigirenden Senat vom 23. Februar 1831 eingeſtellte Aushebung ermangelnder Recruten der 96ſten Recrutirung in den Gouvernements Volhynien, Wilna, Grodno und dem Gebiete von Bialyſtock, durch die Aushebung aller rückſtändigen Recruten ins Werk zu richten. 2) In den Gouvernements Kiew, Podolien, Volhynien, Minsk, Wilna, Grodno und dem Gebiete von Bialyſtock aufs Neue von je tauſend Individuen vier Recruten zu erheben und ſie erſteren, bei der nächſten allgemeinen Recrutirung im Reiche, zu Gute zu rechnen. 3) Die Aushebung aller dieſer Recruten mit dem 15. Mai d. J. zu beginnen und innerhalb zwei Monaten, zum 15. Juli, zu beendigen. 4) Ueberhaupt dieſe Recrutirung in vollkommener Grundlage des von Uns am 28. Juni 1831 erlaſſenen Recrutirungsreglements und der hiermit gleichzeitig an den dirigirenden Senat ergehenden beſondern Vorſchrift vorzunehmen. Gegeben in St. Petersburg, am 15. (27.) April im Jahre 1833 nach Chriſti Geburt, Unſrer Regierung im achten. (Unterz.) Nicolaus."

Frankreich.

Die Pairskammer begann am 3. Mai die Erörterung des Expropriationsgeſetzes. Baron Mounier ſprach gegen den Entwurf. Die Grundlage eines jeden Geſetzes über Expropriation finde ſich in dem 345ſten Artikel des bürgerlichen Geſetzbuches und im 9ten Artikel der Charte. Die Principien, die ſie enthielten, ſeien in den zwei Conſtitutionen enthalten, die das Reſultat der erſten Revolution geweſen. Das Geſetz von 1807 habe dem in dieſen beiden Conſtitutionen enthaltenen todten Buchſtaben Leben gegeben. Dieſes Geſetz ſei aber noch nicht hinreichend geweſen, und habe noch nicht alle wünſchenswerthen Garantien enthalten, dieſe ſeien erſt wirklich durch das Geſetz von 1810 feſtgeſetzt worden; die Garantien hätten aber zu ernſten Mißbräuchen Anlaß gegeben, und die Verzögerungen und den Preis der expropriirten Ländereien übertrieben. Der Redner prüfte jeden Artikel und folgerte daraus, daß der von der Deputirtenkammer und der Commiſſion amendirte Entwurf nicht annehmbar ſei, außer er würde zuvor von der Regierung nach den in beiden Kammern gemachten Bemerkungen umgearbeitet. Das Geſetz ſei zwar nöthig und dringend, aber es müſſe anders ſeyn, als man es vorſchlage. Baron Mounier wünſchte, daß die Unterſuchungsformen, welche der Expropriation vorausgehen, durch ein Geſetz beſtimmt würden. Er erzählte die Expropriationsformen, die in England und den vereinigten Staaten befolgt werden, und fand ſie dem allgemeinen Intereſſe und der Gerechtigkeit angemeſſener, als die durch den Regierungsentwurf vorgeſchlagenen. Der Redner ſchlug ſchlüßlich ein ganz neues Syſtem vor. Der Duc de Maret ſuchte die meiſten der Angaben des vorigen Redners zu bekämpfen, ließ aber doch einigen Gerechtigkeit widerfahren, die er als wahre Verbeſſerungen bezeichnete, und die man als Amendements dem Geſetze beifügen könnte. Er beſtand hauptſächlich auf der Nothwendigkeit, die Promulgation des Geſetzes zu beſchleunigen. Hr. Boyer machte einige neue Vorſchläge. Baron Freville behauptete, die Regierung habe durch das Geſetz von 1810 einen Schaden von mehr als 30 Millionen erlitten, und verſicherte, daß, wenn der Kaiſer in ſeinem Staatsrathe der Erörterung dieſes Geſetzes beigewohnt hätte, es gewiß keine ſo verderblichen Folgen für den Staatsſchatz hervorgebracht haben würde. Baron Mounier wurde aufgefordert, ſeine Ideen als Amendements aufzuſetzen, und ſie am folgenden Tage einzureichen.

In der Sitzung der Pairskammer vom 4. Mai erſtattete Hr. von Barante Commiſſionsbericht über den Geſetzentwurf, die Departementalorganiſation betreffend. Die Tagesordnung führte zu Erörterung der Artikel des Expropriationsgeſetzes. Die Commiſſion verlangte in einem Amendement zum 3ten Artikel, daß die Hauptlandſtraßen, Canäle, Eiſenbahnen von mehr als 20,000 Metres Länge, vom Staate oder von Privatcompagnien unternommen, mit oder ohne Weggeld, mit oder ohne Staatsunterſtützung, nur in Gemaßheit eines Geſetzes vollzogen werden konnten. Nach langer Erörterung darüber ward abgeſtimmt. Eine erſte Probe war zweifelhaft. Bei der zweiten erklärte der Präſident, das Amendement ſei mit 53 gegen 50 Stimmen verworfen.

Digitized by Google

In der Sitzung der Deputirtenkammer vom 4. Mai brachte Hr. Bavoux ſeinen alten Vorſchlag wegen der Ehe von Prieſtern, die in den weltlichen Stand zurücktreten, abermals vor. Oberſt Paixhans (der Berichterſtatter über die griechiſche Anleihe) erinnerte, daß die Kammer noch 19 Geſetzentwürfe zu discutiren habe, über die ſchon in letzter Seſſion Bericht erſtattet worden; dazu komme das Budget und drei bis vier neue und nothwendige Geſetzentwürfe. Hierzu reiche die Zeit dieſer Seſſion bei weitem nicht. (Die Seſſion war kaum eröffnet, und ſchon war die Kammer faſt zur Hälfte gelichtet. In dieſer Sitzung war die Kammer um zwei Uhr noch nicht vollzählig, und um fünf Uhr war die zur Deliberation geſetzliche Zahl nicht mehr vorhanden.) Man müſſe alſo, meinte Oberſt Paixhans, das Nothwendige auswählen, und das andere verſchieben. Er ſchlage vor, die drei größten Geſetze: über die Departementalorganiſation und die Departementalattributionen, ſo wie über die Municipalität von Paris, zu verſchieben, zuerſt aber den Entwurf über die griechiſche Anleihe vorzunehmen. (Gelächter auf der Linken.) Der Gegenſtand ſei ernſt; ſchon ſeit einem Jahre exiſtire ein diplomatiſcher Vertrag, und noch ſtehe die Regierung zwiſchen einer Annahme und einer Verweigerung der Kammer. — Der Miniſter der auswärtigen Angelegenheiten, Hr. von Broglie, bat die Kammer, dieſen Gegenſtand ſobald als möglich vorzunehmen; die Intereſſen des Staates würden ſehr darunter leiden, wenn die Discuſſion noch länger als ſechs, höchſtens acht Tage hinausgeſchoben würde. Hr. von Salverte entgegnete, das Douanengeſetz gehe vor; garantire man die griechiſche Anleihe, ſo würden doch bloß mit franzöſiſchem Gelde die ruſſiſchen Soldaten bezahlt. Hr. Guizot erwiederte, man könne der Regierung nicht verweigern, was ſie für die Intereſſen Frankreichs, ſei es nach Außen, ſei es nach Innen, nöthig habe. Hr. Jay trat dieſer Anſicht bei, und wünſchte Beſchleunigung der Discuſſion, die ſich überhaupt über die Angelegenheiten des Orients verbreiten werde. Hr. Eſchaſſériaux entgegnete, in der Commiſſion hätten vier Mitglieder von neun, und darunter einige, die der Majorität angehörten, nicht geglaubt, daß dieſe Sache ſehr dringend ſei. Man ſpreche von Frankreichs Einfluß im Orient; genöſſe Frankreich aber einen Einfluß, der im Verhältniß ſtände zu den Summen, die es ſeit zwanzig Jahren auf fremde Intereſſen verwendet, ſo wäre in der Welt kein größerer Einfluß als der franzöſiſche. Man möge ſich zuerſt mit den Fundamentalinſtitutionen beſchäftigen, dadurch werde man die conſtitutionnelle Monarchie bei weitem mehr befeſtigen, als durch künſtliche Einflüſſe jenſeits der Meere. Der Präſident wollte jetzt über die Frage der Priorität abſtimmen laſſen, aber die Kammer war nicht in hinlänglicher Zahl. Die Sitzung wurde ein Viertelſtunde ſuſpendirt, während welcher Zeit die Deputirten aus den anſtoßenden Sälen herbeigeholt wurden. Nach dieſer Unterbrechung las Hr. Laffitte einen Vorſchlag, wornach die von der Regierung den Buchhändlern von Paris vorgeſchoſſenen Summen denſelben belaſſen würden; die Regierung würde Eigenthümerinn der ihr zur Garantie übergebenen Werke werden, welche zu Gründung von Bibliotheken in den Departements dienen könnten. — Jetzt war die Kammer vollzählig. Der Präſident Dupin hatte Hrn. Etienne ſeinen Stuhl abgetreten, und beſtieg die Tribune. Er ermahnte die Kammer, ſich nicht, wie in der letzten Seſſion, durch eine zu große Vorliebe für die Finanzgeſetze leiten zu laſſen. (Bei dieſen Worten entſtand große Bewegung auf der Miniſterbank.) Die Regierung habe nicht bloß die Geldvotirungen der Kammer nöthig; ſie müſſe an ihr auch eine moraliſche Stütze haben, daher ſei die öffentliche Achtung für beide eine gar koſtbare Sache. Der erſte Zweck der gegenwärtigen Seſſion ſei die Berathung einiger Geſetze über die Grundinſtitutionen des Landes, das Land aber werde ſie auch in dieſer Seſſion nicht erhalten, wenn man ſie erſt nach den beiden Budgets votiren wolle. Ueberdieß verpflichte man ſich im Voraus für das Budget, wenn man vor demſelben partielle Finanzgeſetze von 20, 30 bis 40 Millionen votire. Er ſchlage daher vor, mit Ausnahme des Tilgungsentwurfes alle andern Finanzgeſetze erſt nach dem Budget zu votiren. — Das Centrum rief: Nein! nein! — Hr. von Broglie meinte, die im Allgemeinen ganz richtigen Bemerkungen des Redner paßten auf die griechiſche Anleihe nicht. Die Regierung habe dieſes Geſetz nicht als ein finanzielles, ſondern als ein politiſches Geſetz überreicht; man verlange keinen Heller, wenigſtens für jetzt nicht (Gelächter), und wenn die Discuſſion beginne, hoffe er beweiſen zu können, daß man auch künftig nie einen Heller zu bezahlen haben werde. Schon ſei dieſe Frage der hohen Politik nur zu lange ſuſpendirt geblieben. Die Regierung ſetze den höchſten Werth darauf, daß die Zögerung nicht noch länger dauere. Hr. Dupin ſagte, er habe geglaubt, ſeine Bemerkungen im Intereſſe der Würde der Kammer machen zu müſſen. Der Siegelbewahrer, Hr. Barthe, entgegnete, man greife die Würde der Regierung an, wenn man die Discuſſion eines Geſetzes verweigere, das ſie als im Intereſſe Frankreichs liegend erkläre. Es wäre der Kammer unwürdig, die Regierung im Schach zu halten, ohne ſich für oder wider das Geſetz zu entſcheiden. Hr. Dupin entgegnete, was im Intereſſe des Landes geſagt werde, könne kein Angriff gegen die Regierung ſeyn; jedenfalls werde die Kammer entſcheiden, wie ſie es für gut finde. Nun ward abgeſtimmt, ob die griechiſche Anleihe in dieſer Seſſion discutirt werden ſolle. Das Centrum, mit Hrn. Dupin, ſtimmte dafür, die Linke und die Rechte dagegen. Die Meinung für das Für überwog. Ueber das Wann beſchloß die Kammer, daß die Discuſſion ſogleich nach dem gegenwärtig vorliegenden Geſetze (Municipalattributionen) vorkommen ſolle. Ueber das letztgenannte

Digitized by Google

Geſetz waed dann die Berathung fortgeſetzt, worauf wir zueückkommen werden.

Die zue Prüſung des Budgets von dee Kammer ernannte Commiſſion iſt in folgende fünf Sectionen abgetheilt: 1) Finanzen. Die HH. Lefebre, Graf Mosbourg, Legrand (Oiſe), Calmon, Odier, Graf St. Cricq, Duchatrl. 2) Juſtiz, öffentlicher Unterricht, auswärtige Angelegenheiten. Die HH. Dumon, Gillon, Gravier, Marquis Cambis d'Orſan, Martin (Norden), von Remuſat, Rouillé de Fontaine. 3) Inneres, Handel und Culte. Die HH. Graf Rambuteau, Cunin-Gridaine, Duvergier de Hauranne, François Deleſſert, Baron Pelet (von Lozère), Piscatory, Sapey. 4) Kriegswesen. Die HH. Baron Lepelletice d'Aulney, Paſſy, Gouin, Camille Perier, Boiſſy d'Anglas, General Steoltz, General Semelé, Riviece de Larque. 5) Seeweſen. Die HH. Deleſſert (Benjamin), Baron Carl Dupin, Berigny, Duprat, Baron Roger, Rihouet, Beeſſon.

Am 5. Mai 5Pereents Fin Courant geſchloſſen zu 103 Fr. 15. 3Percents Fin Courant geſchloſſen zu 77 Fr. 60. — Am 6. Mai 5Pereents 103 Fr. 30. Fin Courant geſchloſſen zu 103 Fr. 50. 3Pereents 77 Fr. 70. Fin Courant geſchloſſen zu 77 Fr. 75. — Am 7. Mai 5Peecents 102 Fr. 60. Fin Courant geſchloſſen zu 102 Fr. 85. 3Percents 77 Fr. 50. Fin Courant geſchloſſen zu 77 Fr. 65.

Niederlande.

Im Amſteedamer Handelsblad lieſt man: „Das Geeücht, als ob die ruſſiſche Regierung den niederländiſchen Schlffen das Führen ruſſiſcher Flagge und Schiffspapieee geſtatten würde, ſcheint wenig Glauben zu verdienen. Wir erſaheen mit Beſtimmtheit, daß bei den hiee zu Lande aecreditirten ruſſiſchen Conſulaten noch keine Anzeige darüber eingetroffen iſt. Sollten auch dirjenigen niederländiſchen Schiffe, die in ruſſiſchen Häfen überwintert haben und jetzt mit Ladungen für ruſſiſche Rechnung zueückkehren, des Schutzes der ruſſiſchen Flagge genießen, ſo ſolgt hieraus noch keineswegs, daß dieſe Vergünſtigung allen niederländiſchen Schiffen zu Theil werden müſſe, vielmehr ſcheint es, daß die zur Erlangung ruſſiſcher Flagge und Schiffspapiere in Rußland erforderlichen Formalitäten eine ſolche Maaßregel unmöglich machen."

Belgien.

Der König wollte am 5. odee 6. Mai ſeine Reiſe nach Flandern antreten. Sein militäriſchee Hausſtand und der Generalſtab der Armee wird ihn begleiten.

Der Lynx macht ſich wiedeeholentlich über die Charlatanerie vieler Brüſſeler Blätter luſtig, welche ihre Leſee durch die pomphaſten Ueberſchriften: „durch Eſtaffette," „durch außeeordentliche Gelegrnheit," „Privatmittheilungen" u. ſ. w. zu blenden ſuchen, und hebt als eine komiſche Ungeſchicklichkeit die Bemerkung eines Blattes heeaus, welches ſeinen Leſern folgende Anzeige gemacht habe: „Da wegen des Namensfeſtes des Konigs die Beiefpoſt aus Paeis ſchon um 12 Uhr abgegangen iſt, ſo konnte uns unſere Eſtaffette die Kurſe von demſelben Tage nicht übeebringen." — „Unſere Eſtaffette," fügt dee Lynx hinzu, „hat uns die Nachricht gebracht, daß wegen des Namensfeſtes des Königs keine Börſe war."

Teutſchland.

Ihre Hoheit die Feau Markgräfinn Wilhelm von Baden ſind am 7. Mai von einer geſunden Peinzeſſinn glücklich entbunden worden.

In dem würtemgergiſchen Oberamt Welzheim hat ſich der ſondeebaee Fall ergeben, daß ein Theil dee Wahlmänner bei der Wahl eines Abgrordneten zur Ständeverſammlung weder für den einen noch den andern der Candidaten (Stadtſchultheiß Metſch in Welzheim und Advoeat Lang in Stuttgart), ſondern für Se. Majeſtät den König ſtimmte. Vergeblich ſtellten ihnen der Oberamtmann und die Wahlcommiſſion vor, der Landesherr könne nicht Mitglied dee Deputirtenkammer ſeyn; ſie erklärten: ſie hätten nun einmal zu Niemandem Zutrauen, als zu iheem Konig. Dem Wahlgeſetze gemäß, mußten dieſe Abſtimmungen in das Peotoeoll aufgenommen werden, und der Stadtſchultheiß Metſch hatte am zweiten Tage die Mehrheit der gültigen Stimmen. Indeß waren die braven Leute, die ſich einen Candidaten in ſo hoher Sphäee geſucht hatten, in Beziehung auf die conſtitutionaellen Formen eines Beſſern belehet woeden, kamen am deitten Tage wieder und ſtimmten für Lang, welcher dadurch die Mehrheit erhielt. Da aber, nach dem Wahlgeſetze, auch Stimmen füe nicht wählbare Peeſonen angenommen werden müſſen, wenn darauf beharrt wird, andeeer Seits jedoch dasſelbe Geſetz beſtimmt, daß keinem Wahlmanne die Zurücknahme oder Abändeeung der einmal abgelegten Stimme geſtattet iſt, ſo fragt es ſich, ob die erſte Abſtimmung als gar nicht geſchehen, oder die zweite als ungültig zu betrachten ſei.

Wien, den 14. Mai.

Se. k. k. apoſtol. Majeſtät haben dem Attaché dee k. k. Botſchaſt in St. Petersburg, Lulgi Vitaliano Marcheſe Litta Modignani, die k. k. Kämmererswüede alleegnädigſt zu verleihen geruht.

Die herrſchaftlichen Lauſer haben von jenen Geſchenken, welche ſie bei Gelegrnheit ihres am 1. Mai im Prater Statt geſundenen Wettlaufs von dem allerhöchſten Hofe und dem hohen Adel erhielten, 100 fl. W. W. als ein Geſchenk füe die Invaliden vom Feldwebel abwärts, 50 fl. W. W. als Beitrag für die Kinderbewahranſtalt in Neulerchenſeld, dann 50 fl. W. W. ſüe das Blindeninſtitut übergeben, und ihren dienſtloſen Cameraden und den Lauferswitwen 535 fl. gewidmet.

Am 14. Mal war zu Wirn der Miteelpreis der

Staatsſchuldveeſcheeibungen zu 5 pCt. in CM.	92 1/2;
detto detto zu 4 pCt. in CM.	83;
Darlehen mit Verlooſ. v. J. 1820, füe 100 fl. in CM.	189 1/4;
detto detto v. J. 1821, für 100 fl. in CM.	134 3/4;
Wiener Stadtbanco-Obligat. zu 2 1/2 pCt. in CM.	52 1/2;
Conv. Münze pCt. ——;	

Bankactirn pe. Stück 1207 1/4 in C. M.

Mit hoher Bewilligung wird Hr. Lafont, Ritter der königl. franzöſiſchen Ehrenlegion und erſter Violinſpieler an mehreren Hoſen, Donnerſtag den 16. Mai um die Mittagsſtunde im Saale dee Geſellſchaſt der Muſikfreunde ein Concert zu geben die Ehre haben. Der Anfang iſt um halb 1 Uhr. Der Preis für einen Sperrſitz iſt 3 fl. C. M., für eine Eintrittskarte 2 fl. C. M. Es ſind daher alle früher ſchon ausgegebenen Billets ohne Ausnahme ungültig und können an den nämlichen Orten, wo ſie entnommen worden (in der Wohnung des Hrn. Lafont, Dorotheergaſſe Nr. 1107 im zweiten Stock, ſo wie in der Kunſthandlung der HH. Artaria und Comp., Kohlmarkt Nr. 1151) zurückgegeben oder gegen gültige ausgetauſcht weeden. Am Tage des Coneertes ſind auch an der Caſſe Billets und Speerſitze zu bekommen.

Hauptredacteur: Joſeph Anton Edler von Pilat.

Verleger: Anton Strauß ſel. Witwe in der Dorotheergaſſe Nr. 1108.

Digitized by Google

Nro. 136

Oeſterreichiſcher Beobachter.

Donnerſtag, den 16. Mai 1833.

Meteorologiſche Beobachtungen vom 14. Mai.	Zeit der Beobachtung	Barometer auf 0 Reaumur reducirt. Pariſer Maß.	Wiener Maß.			Thermometer Reaumur.	Wind.	Witterung.
	8 Uhr Morg.	27.739	28 Z.	6 L.	1 P.	+ 15.5	NNW. ſchwach.	ſehr dunſtig.
	3 Uhr Nachm.	27.752	28	6	3	+ 20.5	NNW. —	Wolken.
	10 Uhr Abnds.	27.777	28	6	6	+ 14.5	NNW. —	trüb.

Großbritannien und Irland.

Die Times vom 3. Mai enthält folgende Betrachtungen mit Hinſicht auf die letzten Parlamentsfragen: „Die Oppoſition in Stadt und Land gegen die Häuſer- und Fenſterſteuer nimmt einen ſehr ernſtlichen Character an. Die Miniſter ſollten ihre ganze Aufmerkſamkeit auf das richten, was in dieſer Hinſicht jeder neue Tag, jede neue Stunde darbietet. Wenn der Pöbel droht, dann wiſſen wir, was wir zu fürchten haben; ſein Zweck iſt geſetzloſe Gewalt, und er fordert uns alſo heraus, die bewaffnete Macht zu unſerem Schutze aufzurufen. Aber wer ſind die Unterthanen des Königs, die ſich täglich verſammeln und einſtimmig beſchließen, daß ſie die directen Steuern nicht zahlen wollen? Drohen ſie mit Gewalt? Gewiß nicht; auch wollen wir ſie nicht vertheidigen, daß ſie den Entſchluß ankündigen, lieber insgeſammt ihre Habe von dem Executor des Sheriffs in Beſchlag nehmen zu laſſen, als dem Einnehmer der Häuſer- und Fenſterſteuer noch einen Shilling zu zahlen. Aber die Pfandleiher und Auctionscommiſſarien! Was thun ſie? In vielen Kirchſpielen der Hauptſtadt (und das Beiſpiel greift wie reißendes Feuer um ſich) iſt dieſe Beamtenclaſſe entſchloſſen, nicht zu dem Verkauf der Habe ihrer Mitbürger behülflich zu ſeyn, wenn dieſelben wegen Nichtzahlung der oben erwähnten Steuern auf königlichen Befehl verfolgt werden. Das iſt paſſiver Widerſtand, zu dem ſich Leute entſchloſſen haben, die an legislativer Hülfe gegen eine längſt unerträgliche Art von Steuern verzweifeln und alſo die Sache ſelbſt abmachen wollen. Dieſe Leute nun ſind nicht Aufrührer, nicht Plünderer, nicht Verzweifelte; es ſind ruhige, ſtille, antirevolutionnäre, höchſt friedlich und loyal geſinnte Unterthanen, ehrenwerthe Hausbeſitzer, ſorgſame und thätige Handelsleute, deren Gewinn immer mehr abgenommen hat, bis ſie von ihrem Geſchäft nicht mehr leben können, und die ſich, um der Sache die Krone aufzuſetzen, von Steuern, welche man bis zur höchſten Höhe hinaufgeſchraubt hat, zu der ſie geſetzliche Härte zu treiben im Stande iſt, geplagt und ausgeſogen ſehen. Dieſer Leute, nicht allein in London, ſondern in ganz England, ſollte man ſich erbarmen; man ſollte ſie zu einem beſonderen Gegenſtand des parlamentariſchen Schutzes machen; ſie bilden das Mittelglied zwiſchen den höheren und niederen Claſſen, und man ſollte ſie als die Gefühlsleiter gegenſeitiger Anhänglichkeit und gegenſeitigen Wohlwollens betrachten. Nicht ohne Schmerz und Furcht kann man den Geiſt des Haſſes gewahren, der ſich überall unter dieſen gequälten und ſchwerbelaſteten Claſſen gegen die Regierung kund zu geben anfängt. Wäre es nicht ein lohnendes Werk, wenn ſich die Miniſter die Ausſöhnung dieſes Theiles ihrer Mitbürger angelegen ſeyn ließen? Man ſagt, Lord Althorp habe ſich mit Hinſicht auf die Malzſteuer unwiderruflich ausgeſprochen, und daran wäre noch nichts zu tadeln, denn ohne freie Zulaſſung ausländiſcher Gerſte würde die Abſchaffung der Malzſteuer nur eine Gutsbeſitzerſpeculation ſeyn. Warum aber keinen Vergleich eingehen, wenn dabei des Volkes Zuneigung zu der Regierung wieder zu gewinnen iſt? Wir wollen für jetzt die Eigenthumsſteuer fahren laſſen, wir überlaſſen die Malzſteuer ihrem Gutdünken, aber wir wollen folgende Grundlagen zu einer Ausgleichung dieſer Finanzſtreitigkeit vorſchlagen: Lord Althorp erklärt in ſeinem Budget, daß er 1,300,000 Pf. an Steuern abſchaffen wolle; er behält einen anſcheinend zu gering veranſchlagten Ueberſchuß von 500,000 Pf.; zuſammen alſo, nach Beſtreitung der Bedürfniſſe des öffentlichen Dienſtes, eine Erſparniß von 1,800,000 Pf.; gewiß kann man nun, ohne Beeinträchtigung für den öffentlichen Dienſt, recht gut annehmen, daß noch 1,000,000 Pf. an Ausgaben erſpart werden kann; dieß gäbe zuſammen 2,800,000 Pf. Hier iſt alſo ein bedeutender Ueberſchuß von 2,800,000 Pf., wovon der größte Theil ſchon durch Lord Althorps eigene Berechnungen erübrigt iſt. Nun möchten wir dem edlen Lord empfehlen, die vielfältigen kleinen und armſeligen Reductionen, die er dem Lande verſprochen, für die ihm kein Menſch danken und die man keinen Strohhalm werth achten wird, zurückzunehmen und ſtatt deſſen die Häuſer- und Fenſterſteuer abzuſchaffen, die nicht mehr als 2,500,000 Pf. einbringt. Dadurch wird er ſogleich die Schrecken einflößende Aufregung beſchwichtigen und die Einkünfte in einem eben ſo guten Verhältniß erhalten, als wenn er hartnäckig bei ſeinem eigenen Budget beharret, das einen ſo widerwärtigen Eindruck hervorgebracht hat. Wenigſtens wird man dieß überall als ein annehmliches Nachgeben des edlen Viscount und als ein Ablaſſen von ſeiner finanziellen Tactloſigkeit anſehen. Für jetzt wird das Volk damit zufrieden ſeyn.“

Die zweite Leſung der Bill zur bürgerlichen Gleichſtellung der Juden, die am 1. Mai Statt finden ſollte, iſt bis zum 22. ausgeſetzt worden.

Im Guardian and Public-Ledger lieſt man: „Müde der ewigen Verzögerungen bei der Ausgleichung der verwickelten holländiſch-belgiſchen Frage, welche der Staatsſecretär des Auswärtigen fortwährend vertagt, als wenn ſeine politiſche Exiſtenz davon abhinge, dieſelbe in ihrem statu quo zu laſſen, haben die Londoner Kaufleute die Sache von der ernſtlichen Seite angegriffen. Folgende für das Unterhaus beſtimmte Bittſchrift circulirt unter dem Handelsſtande und iſt bereits mit den ehrenwertheſten Namen der City verſehen: „„Die unterzeichneten Kauf- und Handelsleute, Bankiers, Schiffseigenthümer ꝛc. des Hafens von London erklären: daß ſie das ſeit dem Monat November letzthin auf die niederländiſchen Schiffe gelegte Embargo, ſo wie die Hinderniſſe,

Digitized by Google

welche dadurch für ihre gewöhnlichen Verbindungen mit Holland hervorgingen, mit einem tiefen Bedauern geſehen haben; daß ſie — nachdem ſie vernommen, daß der Rathsbefehl Sr. Majeſtät und die darauf Bezug habenden Maaßregeln nur proviſoriſch ſeien, indem man erklärt hatte, daß man dadurch nur beabſichtige, die Feindſeligkeiten zu verhindern — geneigt waren, das Reſultat, welches ihrer Meinung nach nicht ſehr fern ſeyn konnte, abzuwarten; daß ſie mit Bedauern ſehen, daß die Wirkungen des fortdauernden Embargo's einen Character angenommen haben, den ſie nicht vorherſehen konnten; daß ſie ſich mithin die Freiheit nehmen, dem Unterhauſe die traurigen Folgen darzuſtellen, welche ſich daraus für den Handel und die Schifffahrt dieſes Konigreichs ergeben haben, indem ſie ihre ſämmtlichen Handelsverbindungen ungewiß machen, ſie ſelbſt hemmen und einen entſcheidenden Vorzug andern Ländern zum großen Nachtheile des Handels und der Schifffahrt Englands verſchaffen. Die Unterzeichneten bitten daher das Haus ehrerbietig, aufs Schleunigſte ihre Lage in Erwägung zu ziehen, um dasjenige Mittel anzuwenden, das es in ſeiner Weisheit für das geeignetſte halten wird, den Zweck zu erreichen. Die Unterzeichneten ergreifen ꝛc. (Folgen die Unterſchriften.)""

Folgende Zuſchrift erließ der bisherige Staatsſecretär für Irland, Sir J. C. Hobhouſe, an die Wähler von Weſtminſter: „Meine Herren! Ich konnte nicht für Lord Althorps heutige Reſolution gegen einen, wie ich wußte, von meinen Conſtituenten unterſtützten Vorſchlag ſtimmen; deßhalb habe ich auf mein Amt als erſter Secretär für Irland Verzicht geleiſtet; denn wenn ich überhaupt meine Stimme hätte abgeben können, ſo hatten Sie gewiß ein Recht auf dieſe Stimme. Aber ich konnte einer Motion nicht beitreten, die, obgleich an ſich vernünftig, doch ſo, wie man ſie da mit andern Rückſichten vermiſcht hatte, wenn ſie durchgegangen wäre, meiner Anſicht nach, die traurigſten Folgen gehabt haben würde. Ich habe daher den mir ſo lange anvertrauten Poſten in Ihre Hände niedergelegt, denn ich weiß, Sie werden nicht glauben, daß eine Handlung von meiner Seite, die mir zur Schmach gereichen würde, Ihnen von weſentlichem Nutzen ſeyn könnte. Ich werde ſtets mit Gefühlen, die wir hoffentlich beiderſeits hegen, auf unſere vieljährige Verbindung zurückblicken. Als Staatsmann verdanke ich Ihnen Alles, und ich denke, daß Sie ſich meiner niemals zu ſchämen gehabt. Leben Sie wohl, meine Herren, und ſeien Sie verſichert, daß ich mit jedem Wunſche für Ihr Wohl und Gedeihen verharre Ihr ſehr dankbarer und ergebener Diener John Hobhouſe."

Conſols am 4. Mai 87½, ⅝.

Frankreich.

Die royaliſtiſchen Blätter haben in der letzten Zeit häufig darüber geklagt, daß die Truppen in der Vendée auf unbewaffnete, friedliche Landleute ſchößen, ſobald dieſe vor ihnen flöhen, indem ſie dann vorausſetzten, es ſeien Chouans. Folgender Tagsbefehl des in Nantes commandirenden Generallieutenants Grafen Drouet ſcheint zu beweiſen, daß jene Klagen nicht ohne Grund waren: „Nantes, 17. April. Der die 12te Militärdiviſion commandirende Generallieutenant bemerkt zu ſeinem Leidweſen, daß die bewaffnete Macht oft zu voreilig auf unbewaffnete Leute, die vor ihr fliehen, Feuer gibt, und daß dieſes äußerſte und letzte Mittel von den mobilen Colonnen oft ohne Noth angewandt wird. Um der Wiederholung ſolcher Fälle vorzubeugen, die ſchon an und für ſich unheilvoll ſind, und noch die unangenehme Folge haben, daß ſie die Einwohner erbittern und eine vollſtändige Wiederherſtellung der Ruhe unmöglich machen, fordert der General die HH. Generalmajore, Oberſten u. ſ. w. auf, den Militärs den ausdrücklichen Befehl zu ertheilen, daß ſie bei Verfolgung van Individuen, welche im Verdachte der Chouanerie ſtehen, oder als Chouans erkannt worden ſind, alles Mögliche anwenden, um ſich ihrer zu bemächtigen, ohne von den Waffen Gebrauch zu machen, und letzteres erſt in dem Falle zu thun, wenn die Fliehenden bewaffnet ſind oder Widerſtand leiſten. Die Rechte der Menſchlichkeit, ſo wie der Umſtand, daß von den verhafteten Perſonen zuweilen wichtige Ausſagen zu erwarten ſeyn dürften, machen den Truppen dieſe Mäßigung zur Pflicht."

Zwei royaliſtiſche Blätter, der Renovateur und der Courrier de l'Europe, ſind, zu einem Journal verſchmolzen, am 1. Mai zum erſten Male in dieſer neuen Geſtalt erſchienen. Das neue Blatt, welches die Titel der beiden früheren vereinigt und von dem Grafen von Loſtanges, als verantwortlichem Herausgeber, unterzeichnet iſt, behält die royaliſtiſche Farbe und kündigt an, es wolle vornehmlich auf eine Vermittlung zwiſchen den verſchiedenen Parteien hinarbeiten.

Im Semaphore de Marſeille lieſt man folgenden Auszug eines Schreibens aus Algier: „Nach einer vom 4. April datirten Depeſche des Marſchalls Soult ſoll in Algier die franzöſiſche Geſetzgebung nicht ferner mehr auf die Franzoſen und fremden Einwohner der Regentſchaft von Algier Anwendung finden, ſondern die Beſchlüſſe des Generals en Chef und jene des Civilintendanten ſollen das Geſetz jenes Landes bilden. Dieſer Beſchluß des Hrn. Kriegsminiſters wurde am 14. April in Algier durch ein Schreiben des Civilintendanten an die Handelskammer bekannt gemacht. In demſelben heißt es: „Es iſt die Abſicht der Regierung, daß die Regentſchaft von Algier, in Hinſicht auf Frankreich, durch die Ausnahme geleitet werde (que la régence d'Alger, relativement à la France, soit régie par l'exception). Sie will, daß die Beſchlüſſe (arrêtes) des Generals en Chef und jene des Civilintendanten die Geſetzgebung ausmachen. Ich erhalte in dieſem Augenblicke noch eine neuere Depeſche, die mir dieſes einſchärft, und es iſt meine erſte Pflicht, mich nach ihren Anſichten zu fügen." — Dieſe Eröffnung hat bei allen Franzoſen die größte Beſtürzung erregt."

In Nimes fanden in letzterer Zeit wieder Tumulte Statt. Man zog haufenweiſe unter dem Rufe: Es lebe die Republik! durch die Stadt, und warf mit Steinen auf das anrückende Militär, das ſich endlich genöthigt ſah, die Waffen zu gebrauchen, wobei es viele Verwundungen abſetzte. Auch wurden mehrere der Tumultuanten verhaftet. Auch in Troyes fielen blutige Auftritte vor.

Man erhielt zu Marſeille Nachrichten aus Malta vom 23. April, mit der Anzeige von dem Tode des Sir Henry Hotham, Obercommandanten der engliſchen Flotte im mittelländiſchen Meere. Dieſe Briefe melden zugleich, daß fünf franzöſiſche Fregatten und vier Linienſchiffe zu Navarin vereinigt ſeien, wo ſie ſich anſchickten, nach den Gewäſſern von Smyrna abzuſegeln. Das engliſche Geſchwader war noch nicht erſchienen.

Der Marquis Lavradio (D. Antonio de Almeida Soares e Portugal), Pair des Königreichs Portugal (aus den Zeiten der Conſtitution), war am 5. Mai zu Paris geſtorben.

Türkei.

Das Journal de Francfort enthält Folgendes: „Wir hatten aus guter Quelle directe Nachrichten in Betreff einer vom ruſſiſchen Geſandten an den Reis-Efendi zurückgeſchickten Note, und halten es nunmehr für unſe-

re Pflicht, derſelben Oeffentlichkeit zu geben, indem andere Blätter gewiſſermaaßen ein ſolches Benehmen provocirten. Der **Moniteur** vom 30. v. M. nämlich bringt einen Artikel des **Nouvelliſte**, der die Ueberſetzung einer Note enthält *), welche angeblich der Reis-Efendi dem ruſſiſchen Geſandten in Konſtantinopel übergeben und worin geſagt iſt: „„Nachdem die ägyptiſche Angelegenheit officiell mit dem franzöſiſchen Botſchafter, Admiral Rouſſin, verhandelt und zum Wohlgefallen Sr. Hoheit des Sultans, dem am Tage des Bairamsfeſtes mit Sr. Excellenz dem kaiſerlichen Rathe Achmet Paſcha gefaßten Beſchluſſe zufolge, entſchieden worden iſt, wurde dem franzöſiſchen Botſchafter officiell angezeigt, daß ſich die ruſſiſchen in den Canal eingelaufenen Schiffe mit dem erſten günſtigen Winde entfernen würden.“ Wir ſind unterrichtet, daß in der That eine Note dieſes Inhaltes dem ruſſiſchen Geſandten am 12. (24.) Februar übergeben worden, daß jedoch Sr. Excellenz, ſtatt dieſelbe anzunehmen, ſolche unverweilt dem Reis-Efendi mit der Erklärung zurückſchickten: „„daß niemals irgend ein fremder Einfluß in Allem, was die Freundſchaftsverhältniſſe zwiſchen Rußland und der Pforte betreffe, zugelaſſen werden, noch auch deſſen Erwähnung geſchehen konne; daß demgemaß der ruſſiſche Geſandte ſich verpflichtet glaube, dem Reis-Efendi ſeine Note zurückzuſtellen, und daß eben dieſe Pflicht ihm unterſage, irgend eine andere anzunehmen, worin die geringſte Anſpielung auf die Erklärungen und Arrangements der Pforte mit irgend einem fremden Botſchafter vorkomme.““ Jenes Actenſtück muß alſo factiſch und rechtlich als null und nichtig angeſehen werden. Dieſe Angabe vervollſtindigt ſonach den genauen Bericht über das, was zu Konſtantinopel bis zum erwähnten Zeitpunct vom 12. (24.) Februar, in Betreff der Discuſſionen uber die Angelegenheiten zwiſchen der ottomanniſchen Pforte und dem Paſcha von Aegypten, vorgegangen iſt.“

Portugal.

Die **Times** enthält von einem britiſchen Offiziere nachſtehendes, etwas ſeltſame, Schreiben aus **Oporto** vom 21. April: „Unſer Marſchall wurde übertolpelt (outwilled) und iſt wüthend. Sein Verſuch, ſich in die tauſend und eine Intriguen, die hier geſponnen werden, einzulaſſen, iſt ihm ſchlecht gerathen; Abſchriften ſeiner ganzen Privat- und öffentlichen Correſpondenz wurden dem Polizeiminiſter von ſeinem eigenen Secretär, einem Franzoſen, zugeſtellt. Solignac verlangte nun, daß der Miniſter entlaſſen werde; dieſer erhielt aber einen Wink, zu reſigniren; er that dieß, und der Kaiſer beruft ſich nun hartnäckig darauf, daß er einen Mann, der ſchon reſignirt habe, nicht entlaſſen könne. Der Marſchall ſagte, er wolle gehen. Wie die Sache enden wird, kann ich nicht ſagen; man glaubt aber, der Kaiſer ſei des Vertrages müde, und möchte gern ſeinen Oberbefehlshaber los werden; der Marſchall wird wohl nicht gehen; er hatte offenbar bei ſeinem Kommen einen beſtimmten Zweck, und man hat auch eine lange Correſpondenz mit den Agenten der franzöſiſchen Regierung entdeckt. Es iſt Zeit, daß unſere Regierung etwas thut, oder daß die Kaufleute von London ſich regen. Unſere Angelegenheiten ſtehen jetzt beſſer. Sartorins iſt thätig, und ſeine Sache mit der Regierung ausgeglichen. Unſere Armee iſt voll Zuverſicht, die Dom Miguels ſehr entmuthigt. Er befindet ſich ſelbſt bei ſeinen Truppen, kann ſie aber nicht zum Angriff bringen. Wir haben Nachricht von einer Guerillasbande, die ſich in der Nachbarſchaft von Figueiras gebildet haben ſoll; beſtätigt ſich die Sache, ſo werden wir Truppen dahin ſenden. Wir haben 15,000 Mann von allen Waffen, wovon 1500 in Spitälern liegen oder Reconvaleſcenten ſind. Der Marſchall wünſcht die Truppen ſehr zu vermehren, und thut ſein Beſtes zu dieſem Ende. Meine Leute benehmen ſich ordentlich, und kein Peitſchen kommt vor; ich wünſchte von der brittiſchen Infanterie daſſelbe ſagen zu können. Man ſpricht von einem Angriffe auf des Feindes Linien, hier oder jenſeits des Fluſſes. Ich fürchte aber, der Marſchall hat nicht den Muth, ihn anzuordnen, nichts als der Streit mit ihm könnte ihn dazu bewegen. Seine Tactik iſt, daß er ein Drittheil mehr Truppen haben ſollte, als die belagernde Armee, um eine Bewegung vorwärts zu wagen. Er vergißt, daß ſeine Gegner nicht zum dritten Theile Soldaten ſind, und daß von unſerer Seite Alles gewagt werden muß. Er verſteht unſere Lage nicht, oder er will ſie nicht verſtehen. Das ganze Land im Süden iſt zum Aufſtande bereit. Ein Engländer oder Saldanha hätte den Krieg ſchon ſeit einem Monate zu Ende gebracht; Alles haben wir in unſerer Hand, wenn wir ernſtlich vorwärts rücken. Der Feind hat nicht 16,000 Mann unter den Waffen, ſchlecht bekleidet und equipirt, noch ſchlechter bezahlt und genährt, deßhalb mißvergnügt; es war die größte Thorheit, ſo ein altes Weib in Dienſt zu nehmen.“

Spaniſches Amerika.

Man hat in Havre über die vereinigten Staaten Briefe aus der **Havannah** vom 29. März mit traurigen Nachrichten erhalten. Die Cholera machte damals furchtbare Verheerungen in dieſer Colonie. Die öffentlichen Liſten geben an, daß damals allein in der Stadt 500 Perſonen täglich ſtarben; nach den Briefen ſterben aber deren weit mehr. Es iſt den Fremden unterſagt, aus der Stadt zu gehen. Die ſchwarze Bevölkerung ſcheint beſonders grauſam angegriffen zu werden; ein Pflanzer hat funfzig Sclaven unter 200 verloren. Die Geſchäfte haben ganz aufgehört. Der amerikaniſche Conſul Shaler iſt geſtorben. Auch zu **Matanzas** hatte ſich die Seuche eingeſtellt.

Schweizeriſche Eidgenoſſenſchaft.

Nachrichten aus **Bern** zufolge hat die von dem Regierungsrathe angeordnete Verlegung der Polen am 27. April unter der Aufſicht des Oberſten Hoffmeyer von Delsberg Statt gefunden. Nach dieſer Vertheilung befinden ſich nunmehr in dem Bezirke Pruntrut 176, im Bezirke Delsberg 108, im Bezirke Münſter 105 und im Bezirke Seignelegier 73; im Ganzen alſo 462. Die vier Hauptabtheilungen zerfallen in den Bezirken ſelbſt wieder in kleinere Gruppen. Die Regierung hat die einſtweilige Verpflegung der Polen auf ſich genommen; man berechnet die einſchlägigen Koſten täglich auf 500 Franken.

Die **Baſeler Zeitung** vom 4. Mai meldet: „Als voriges Jahr ein junger Fremder in den Straßen hieſiger Stadt eine Ohrfeige erhielt, weil er, ohne es zu wiſſen, das Abzeichen der Rebellion an der Mütze trug, da benutzten alle radicalen Blätter den unbedeutenden Vorfall, um ſich in Schmähungen gegen die ganze Bürgerſchaft zu ergießen. Welchem Schickſal aber Fremde ausgeſetzt ſind, wenn ſie das Unglück haben, den Landſchäftlern verdächtig vorzukommen, und wie hoch die politiſche und moraliſche Verwilderung bei den Anhängern Gutzwilers geſtiegen iſt, mag das Publicum aus folgendem ſchauerlichen Ereigniſſe abnehmen, für deſſen buchſtäbliche Wahrheit wir bürgen. — Der aargauiſche Artilleriehauptmann, Hr. **Hans Meyer von Falkenſtein**, Vater von 5 Kindern, hielt ſich ſeit einigen Tagen, Geſchäfte halber, in Baſel auf, hörte von einer neuen Kücheneinrichtung, die beim Maire des franzöſiſchen Dorfes Hägenheim zu ſehen war, und begab ſich verwichenen Sonntag Nachmittags, in Begleitung ſeines 16jährigen Sohnes und des Maurer-

*) Vergl. Oeſterr. Beob. vom 10. Mai.

Digitized by Google

geſellen Mathias Rieder dahin, um ſie zu unterſuchen. Der Hausherr war eben nach Allſchwyl (Landſchaft Baſel) gegangen, wohin Hr. Meyer folgte und im Rößli daſelbſt eine ziemlich lange Unterredung mit ihm hatte, ohne auf die übrigen Gäſte zu achten. Nachdem ſich der Maire entfernt hatte, wollte Hr. Meyer ebenfalls fort, allein die Anweſenden ſtürzten plötzlich über ihn her, nannten ihn Spion, Garniſonler, Todtenköpfler u. ſ. w. (weil Hr. Meyer einen Schnurbart trug und ſeine Mantelſchließen Löwenköpfe vorſtellten), ſchlugen ihn zu Boden, traten ihn mit Füßen, beraubten ihn ſeiner Papiere, Uhr und Geld, zerriſſen ſeinen Mantel u. ſ. w. Aus der erſten Ohnmacht erwacht, wurden die Mißhandlungen mit erneuerter Wuth wiederholt, und der Wirth drohte ihn zu erſtechen; dann ſchleppten die Raſenden den Unglücklichen in ein oberes Zimmer, durchſuchten ihn neuerdings, obgleich ſeine Papiere Namen und Stand hinreichend auswieſen, legten ihm Handſchellen an, ſchnitten ihm die Hälfte des Schnurrbartes ab, und ſuchten den Reſt auszuraufen, einige wollten ihn dann zum Fenſter, andere die Treppe hinunterwerfen. Des Knaben kindliches Flehen, man möchte ſeines unſchuldigen Vaters ſchonen, wurde vom Gaſtwirth mit Fußtritten beantwortet; ſeine aargauiſchen Cadettenhoſen erweckten den Verdacht, er könnte Tambour bei der Garniſon ſeyn; aber der wackere Maurer Rieder nahm ſich des jungen Menſchen kräftig an, brachte ihn in Sicherheit und fürchtete ſich nicht, Trotz den ärgſten Drohungen, den Vorfall am andern Tag in Mönchenſtein zu verzeigen. Mittlerweile wurde Hr. Meyer von einer wilden Rotte geſchloſſen fortgeſchleppt; unterwegs ſprachen ſie davon, ihn im Weiher zu erſäufen. Im neuen Bade ſtieß der Zug auf eine friſche Bande Barbaren, welche den Unglücklichen ins Angeſicht ſchlugen und ſpieen und ihm die letzten Barthaare auszerrten; Andere waren menſchlicher geſinnt, und holten Waſſer herbei, um das blutige Geſicht und Hände zu reinigen. Von da nach Binningen ins Wirthshaus zum Löwen gebracht, ſteigerte der berüchtigte Wurſter die Wuth der Anweſenden und die Todesnoth des Leidenden aufs Höchſte. Gleich beim Eintritt warf man Hrn. Meyer ein großes Stück Holz ins Geſicht, daß das Blut zu Mund und Naſe herausſtrömte; man ſchlug ihn mit Ruthen ins wunde Antlitz, und drohte mit Augenausſtechen, Naſe- und Ohrenabſchneiden, Bauchaufſchlitzen, wenn er nicht bekenne, daß er zur Garniſon gehöre. Um den unglücklichen Vater noch mehr zu ängſtigen, ließ man ihn glauben, ſein Kind befände ſich noch unter den Unmenſchen, und habe bereits eingeſtanden. Endlich gelang es den Mäßigeren, Hrn. Meyer unter Geleit von 8 bis 10 jungen Burſchen mit geladenen Gewehren nach Mönchenſtein abzuſenden; das Wetter war ſchlecht, ein Theil der Escorte, unzufrieden über die nächtliche Expedition, war verſucht, den Arreſtanten niederzuſchießen oder aufzuhängen, um ſchneller wieder nach Hauſe zu kommen, endlich erreichten ſie aber doch ihre Beſtimmung; die Landjäger nahmen den Gefangenen auf, löſten die Handſchellen, und belobten den patriotiſchen Eifer der Bedeckung, welche die augenſcheinlich große Gefahr ſo muthvoll beſtanden habe. Der Bezirksverwalter, Vieharzt Kummler, konnte nur mit Mühe aus dem Schlaf geweckt werden, fand aber nicht für gut, den Fall zu unterſuchen, ſondern ließ den armen Hrn. Meyer nach Arlesheim führen, um ihn dort einzukerkern, wo er ganz erſchöpft, mehr todt als lebend Nachts 3 Uhr anlangte. Morgens 10 Uhr erſchien der Landvogt zum Verhör; der Maurer Rieder und der junge Meyer waren ſchon da; überdieß eilte noch ein Binninger Bürger herbei, erklärte, daß er Hrn. Hauptmann Meyer perſönlich kenne, und hob das ſchändliche Verfahren gegen denſelben mit Entrüſtung heraus. Kummler ſprach ihn alſo frei, ſtellte ihm Geld und Uhr wieder zu, behielt die Papiere und einen Dolch zurück, und empfahl dem Mißhandelten: aus der Sache nicht viel zu machen. Allein die Folgen der ruchloſen Mißhandlungen und der ausgeſtandenen zehnſtündigen Todesangſt unter den ſchrecklichſten Martern, ſind noch nicht zu beurtheilen. Die Hirnerſchütterung hat Harthörigkeit und Schwindel erzeugt; die Bruſt iſt bedeutend geſchwächt, und der Patient ſpeit noch häufig Blut. Wäre die Unthat an einem Basler begangen worden, ſo wüßten wir wohl, daß vor der Hand keine Gerechtigkeit zu hoffen wäre, hat doch ſelbſt die Tagſatzung alle Verbrechen gegen Anhänger der Stadt für Vergangenheit und Zukunft amneſtirt. Allein das unglückliche Opfer iſt ein angeſehener aargauiſcher Bürger, eidgenöſſiſcher Offizier, der auf einer harmloſen Wanderung mörderiſch überfallen, ohne Befehl noch Mitwirkung irgend einer Behörde, ohne Rückſicht auf ſeine Papiere, geſchloſſen, und wie ein auf der That ertappter Mordbrenner von Ort zu Ort geſchleppt, bis auf den Tod gemartert wurde. Hier iſt die öffentliche Sicherheit in Frage geſtellt; es handelt ſich darum, ob jeder Clubb raſender Terroriſten berechtigt ſei, über die Freiheit, Geſundheit und Leben friedlicher Durchreiſenden nach Willkür zu verfügen, und fürchterliche Foltern anzuwenden, um Geſtändniſſe zu erpreſſen? Anderwärts wäre die Hefe des Volkes einer ſo feigen Grauſamkeit kaum fähig; aber in unſern unglücklichen getrennten Gemeinden hat die Entſittlichung in 30 Monaten ſo furchtbare Fortſchritte gemacht, daß ſich die Führer durch barbariſche Thaten auszuzeichnen ſuchen, weil ſie nur durch Schrecken ihre wankende Herrſchaft erhalten können."

Wien, den 15. Mai.

Se. k. k. Majeſtät haben mit allerhöchſter an die Studienhofcommiſſion herabgelangter Entſchließung vom 28. April d. J. das Lehramt des Bibelſtudiums alten Bundes an der Univerſität zu Wien dem Doctor der Theologie und k. k. Hofcaplan Joſeph Scheiner, und das außerordentliche Lehramt der orientaliſchen Dialecte an derſelben Univerſität dem Profeſſor des alten Bundes und der orientaliſchen Sprachen an der Grätzer Univerſität, Alois Laritz, allergnädigſt zu verleihen geruht.

Am 15. Mai war zu Wien der Mittelpreis der Staatsſchuldverſchreibungen zu 5 pCt. in CM. 92$\frac{15}{16}$; detto detto zu 4 pCt. in CM. 82$\frac{7}{8}$; Darleh. mit Verlooſ. v. J. 1820, für 100 fl. in CM. ——; detto detto v. J. 1821, für 100 fl. in CM. 134$\frac{1}{4}$; Wiener-Stadtbanco-Obligat. zu 2$\frac{1}{2}$ pCt. in CM. 52$\frac{1}{4}$; Kurs auf Augsburg für 100 Gulden Curr., Gulden 98$\frac{1}{4}$ Br. Uſo 2 Monat. — Conv. Münze pCt. ——; Bankactien pr. Stück —— in CM.

Hauptredacteur: Joſeph Anton Edler von Pilat.

Verleger: Anton Strauß ſel. Witwe in der Dorotheergaſſe Nr. 1108.

Im Comptoir des Oeſterr. Beob. iſt zu haben: C. Mayers, der k. k. Landwirthſchafts-Geſellſchaft in Wien gewidmetes, neueſtes teutſches Gartenbuch; eine vollſtändige Anweiſung zur Erziehung und Behandlung, aller Gewächſe im Küchen-, Obſt-, Blumen- und Ziergarten, nebſt Obſt-Orangerie in Gartentöpfen, und Gartenkalender. Mit 66 Abbildungen. Neue wohlfeilere Ausgabe 1832. br. 2 fl. C. M.

Nro. 137

Oeſterreichiſcher Beobachter.

Freitag, den 17. Mai 1833.

W ZEITUNG 1833

Meteorologiſche Beobachtungen vom 15. Mai.	Zeit der Beobachtung.	Barometer auf 0° Reaumur reducirt. Pariſer Maß.	Wiener Maß.	Thermometer Reaumur.	Wind.		Witterung
	8 Uhr Morg.	27.737	28Z. 6L. 0P.	+ 15.0	NNW.	ſchwach.	Wolken.
	3 Uhr Nachm.	27.630	28 4 9	+ 21.0	OSO.	mittel.	——
	10 Uhr Abnds.	27.613	28 4 6	+ 15.5	SO.	ſchwach.	dunſtig.

Großbritannien und Irland.

Der König hat den Viscount Granville und deſſen Nachkommen in männlicher Linie zu Baronen Leveſon von Stone in der Grafſchaft Stafford und Grafen Geanville ernannt.

Der Herzog von Orleans iſt am 4. Mai Abends in London angekommen und in Grillons Hotel abgeſtiegen, wo ihm bald darauf der feanzöſiſche Botſchafter Fürſt von Talleyrand die Aufwartung machte. — Dem Standard zufolge wird der Prinz von Oranien nächſtens in London erwarter.

Dem Globe zufolge ſoll Sir P. Malcolm an des unlängſt verſtorbenen Admiral Hothams Stelle das Commando der brittiſchen Seemacht im mittelländiſchen Meere erhalten.

Nachrichten aus Calcutta zufolge hatte das dortige Handelshaus Macklntoſh und Comp. fallirt.

Die Papiere, auf deren Vorlegung der Graf von Aberdeen in dee Sitzung des Oberhauſes vom 3. Mai antrug, waren folgende: 1) Abſchriften der Correſpondenz zwiſchen dem Staatsſecretär für die auswärtigen Angelegenheiten und dem engliſchen Botſchafter in Paris im Jahre 1830, in Bezug auf die franzöſiſche Expedition nach Algier; 2) Abſchriften der Depeſchen, welche die franzöſiſche Regierung in Bezug auf jene Expedition ihrem Botſchafter in London überſandt hatte, und die der engliſchen Regierung in den Monaten März und Mai 1830 mitgetheilt worden waren; und 3) Abſchriften der Depeſchen des engliſchen Botſchafters in Paris an ſeine Regierung, worin angezeigt wurde, daß der König der Franzoſen ſich bereit erklärt habe, alle von der vorigen Regierung hinſichtlich Algiers eingegangenen Verpflichtungen zu erfüllen. Die (bereits kurz erwähnte) Antwort des Grafen Grey lautete im Weſentlichen folgendermaaßen: „Da es meine Abſicht iſt, mich der Vorlegung des größten Theiles der erwähnten Papiere nicht zu widerſetzen, ſo werde ich mich für jetzt nicht ausführlicher über den angeregten, allerdings höchſt wichtigen Gegenſtand auslaſſen. Bei einer Frage, welche nicht allein die Intereſſen Frankreichs und Englands, ſondern aller Länder, die bei dem Beſitze des mittelländiſchen Meeres betheiligt ſind, weſentlich berührt, kann eine öffentliche Discuſſion im Parlamente zu einer Zeit, wo die Unterhandlungen noch ſchweben, nur nachtheilig ſeyn. Bei dem vorliegenden Falle iſt die Inconvenienz in die Augen ſpringend. In den franzöſiſchen Kammern drängt in dieſem Augenblicke eine Partei die Regierung wegen Algier, indem ſie behauptet, daß die Ehre und Würde Frankreichs es verlange, Algier zu behalten. Wenn in England die Miniſter aus ähnlichen Gründen gedrängt werden, ſo könnten dadurch die Nationalgefühle auf eine gefährliche Weiſe aufgeregt werden, wodurch die im Werke ſeienden Bemühungen, den Gegenſtand freundſchaftlich zu beendigen, gehindert werden, oder vielleicht ganz ſcheitern könnten. — Gegen die Vorlegung der Papiere unter den beiden erſten Rubriken habe ich nichts einzuwenden. Was die dritte Rubrik betrifft, ſo glaube ich nicht, daß ſich im auswärtigen Amte Papiere befinden, die den von dem edlen Grafen bezeichneten genau entſprechen, obgleich ſich allerdings eine Depeſche eines edlen Lords (Granville), vom 16. Auguſt 1830 aus Paris datirt, vorfindet, worin Bericht über eine Unterredung abgeſtattet wird, welche zwiſchen dem Könige der Franzoſen und dem edlen Lord Statt gefunden hat. Ohne Zweifel war es die Pflicht des edlen Lords in ſeiner Eigenſchaft als Botſchafter, der Regierung Bericht über jene Unterredung abzuſtatten; aber der Vorlegung der Depeſche ſtellen ſich einige Schwierigkeiten in den Weg. Zuerſt handelt es ſich darin von einer Privatunterredung, und dann wurde dieſelbe am 16. Auguſt, alſo zu einer Zeit gehalten, wo die neue franzöſiſche Regierung noch nicht förmlich von England anerkannt worden war, ſo daß alſo der edle Lord nicht als accreditirter Botſchafter ſchrieb; auch ſandte er ſeine Depeſche nicht als eine officielle, ſondern als eine Privatmittheilung ab. Es war auch keine Unterredung mit einem verantwortlichen Miniſter, ſondern mit dem Könige der Franzoſen. Ich zweifle nicht, daß des edlen Lords Bericht genau das enthielt, was er zu jener Zeit vernommen zu haben glaubte; aber Jeder weiß, daß mündliche Mittheilungen immer Zweifel und Ungewißheit über die eigentliche Meinung der verſchiedenen Theile zulaſſen. Bei einer Unterredung mit einem verantwortlichen Miniſter würde es keine Schwierigkeiten haben, eine deutlichere Erklärung zu erlangen; aber bei einer politiſchen Unterhaltung mit dem Souverain des Landes kann ſolche nicht Statt finden, da kein Miniſter anweſend war, der für die geſchehene Mittheilung verantwortlich gemacht werden könnte. Unter dieſen Umſtänden erſcheint mir die Vorlegung der in Rede ſtehenden Depeſche ſehr unzweckmäßig, und ich hoffe daher, daß der edle Graf, für jetzt wenigſtens, ſeinen dritten Antrag zurücknehmen wird. — Was den allgemeinen Zuſtand der türkiſchen Angelegenheiten betrifft, ſo kann ich dem edlen Grafen verſichern, daß die Miniſter eben ſo beſorgt, wie er, für alle Intereſſen, ſowohl brittiſche als europäiſche ſind, welche mit der Lage jenes Reiches in Verbindung ſtehen, und daß wir uns nach äußerſten Kräften bemühen werden, jene Intereſſen zu ſchützen. Ich bedauere, daß dee edle Graf die Politik der jetzigen Regierung ſo ſtreng und ſo durchaus tadeln zu müſſen glaubt. Füe jetzt kann ich nur erklären, daß ich und meine Collegen den Weg eingeſchlagen haben, der nach unſeree feſten Ueberzeugung am

Digitized by Google

beſten dazu geeignet war, den allgemeinen Frirden in Europa aufrecht zu erhalten, und dir Ehre, ſo wie die Intereſſen Englands ſicherzuſtellen.“ (Beifall.) Es wurdr hierauf (wie bereits gemeldet) die Vorlegung der Papiere bewilligt, gegen deren Mittheilung Graf Grey nichts eingewrndet hatte.

In der Sitzung des Unterhauſes vom 3. Mai ſtellte Hr. Cobbett bei Entwicklung ſeines Antrages wegen Ungleichheit dee Beſteuerung 13 verſchiedene Beſchlüſſe auf, wodurch das Haus theils jenr Ungleichheit anerkennen, theils Mittel zur Abhülſr feſtſetzen ſolle. Die Hauptbeſchwerde des Hrn. Cobbett läuft darauf hinaus, daß bei den Stämpel- und Auetionsabgaben die größeren Summen nicht ganz in demſelben Verhältniß beſteuert würden, wie die kleineren, welches ee als die großte Ungerechtigkeit gegen die ärmeren Claſſen darzuſtellen ſuchte, und alle ſeine Anträge lieſen darauf hinaus, die Stämprlabgaben im gleichen Verhältniß zu den Summen ſteigen zu laſſen, ſo daß z. B., wenn ein Wechſel von 100 Pf. St. 10 Sh. Seämprl bezahlen müſſe, einer von 10,000 Pf. 50 Pf. St. an Stämpelgebühren bezahlen ſolle ꝛc. — Hr. S. Rice trat zur Widerlegung der einzelnen Angaben und des ganzen Syſtems des Hrn. Cobbett auf. Er warf ihm vor, einen Umſtand ganz überſehen oder abſichtlich nicht erwähnt zu haben, daß nämlich in den meiſten Fällen Verſchreibungen oder ſonſtige Veeträgr von kleinen Summen unter 20 oder auch zuweilen unter 30 Pf. gar nicht geſtämpelt zu werden brauchten, eine Maaßregel, dir deutlich genug zeigr, wir ſehe man wünſche, dir ärmeren Claſſen zu ſchonen. Er gäbr zu, daß die Stämpelſätze hin und wiedee unbillig erſcheinen konnten, und das Hans wiſſe auch bereits, daß dir Miniſter mit einer Maaßregrl beſchäftigt wären, um dieſem Uebelſtandr möglichſt abzuhelfen; das ehrenwerthe Mitglied für Oldham würdr daher auch beſſer gethan haben, die Mittheilungen der Regierung in dieſer Beziehung abzuwarten, ſtatt jetzt die Zeit des Hauſes durch ſeine falſchen Berechnungen und übertriebenen Vorſchlägr in Anſpruch zu nehmen. Nachdem der Redner die Angaben des Hrn. Cobbett einzeln zu widerlegen und beſonders die Behauptung zurückzuweiſen geſucht hatte, daß die höheren C[illegible]ſen auf Koſten der geringeren bevorzugt wüeden, ſchloß er mit folgenden Worten: „Ich behaupte, daß die Freiheiten und das Wohl Englands keine beſſeren und aufrichtigeren Verfechter haben, als ſeine tapfere und hochgeſinnte Ariſtokeatie, und derjenige, welche ſie der ihr ſchuldigen Achtung zu beeauben ſucht, handelt weder klug gegen dir Inſtitutionen dieſes Landes, noch gerecht gegen die Perſonen.“ (Lauter Beifall.) — Hr. Hume war der Meinung, daß das ehrenwerthe Mitglied für Oldham und der vorigr Redner in der Sache ſelbſt eigentlich Einer Meinung wäeen, und ſich nur um Worte ſtritten; denn Hr. S. Rier habr eingeräumt, daß in den Steuerſätzen Unbilligkeiten bemeeklich wären, und daß die Regierung auf Abhülfe dächte. Er wolle hoffen, daß dieſelbe ſich nicht zu lange erwarten laſſe. Was die Lobrede auf die engliſchr Pairie beteeffe, ſo moge dieſelbr hier im Hauſe wohl rinen beifälligen Empfang finden, ganz anders abrr würdr ſie an andern Orten aufgenommen werden, wo man ſich noch des hartnäckigen Widerſtandes erinnere, den die Ariſtokratie der Reformbill geleiſtet habr. Nach kurzen Bemerkungen einiger andern Mitglieder ſchritt man zur Abſtimmung, wobei der Antrag des Hrn. Cobbett mit 250 gegen 26 Stimmen verworſen wurde. Das Haus verwandelte ſich hierauf in einen Finanzausſchuß. Hr. Ellier (der neue Kriegsſecretär) verlangte die Summe von 3,168,216 Pf. 14 Sh. 1 D. für den Unterhalt der königl. Landtruppen in Großbritannien, Irland und den Colonien, mit Ausnahme der Regimenter in den Beſitzungen der oſtindiſchen Compagnie. Der Miniſtee wiederholte bei dieſer Gelegrnheit im Weſentlichen den bereits von ſeinem Vorgänger (Sir J. C. Hobhouſe) abgeſtatteten Bericht und erklärtr jede Verminderung des ſtehenden Heeres in dieſem Augenblick für nicht zuläſſig. — Hr. Hume bemerkte, daß man nicht allein zu berückſichtigen habe, wir viel Truppen zum öffentlichen Dienſt eeforderlich wären, ſondern auch, ob das Land im Stande ſei, ſolche Ausgaben länger zu ertragen. Angenommen auch, daß einr Armee von 89,400 Mann erſorderlich ſei, was er läugne, ſo könnten doch noch bedeutende Erſparniſſe bei einzelnen Truppengattungen vorgenommen werden, ſo z. B. bei der konigl. Leibwache und bei der Kavallerie, die unverhältnißmäßig mehr koſteten, als dee übeige Theil der Armee. Seiner Anſicht nach ſei auch die Ausgabr für das Recrutirungsdepartement (60,000 Pf.) zu groß, beſonders zu einer Zeit, wo dienſtfähige Leute ſich im Lande umhertrieben und Beſchäftigung ſucheen, und wo man ſich alſo leicht Soldaten verſchaffen konne. Er finde, daß man 1200 Pf. St. jährlich füe Bibeln und neue Teſtamente ausgäbe; das ſcheine ihm denn doch auch ſehr viel. In den Jahren 1822, 23 und 24 habr dir Armee im Durchſchnitt 2,609,000 Pf. St. gekoſtet, jetzt verlange man 559,000 Pf. mehr. Durch welche Umſtände würde eine ſolche Vermehrung gerechtſertigt? Etwa durch den inneren Zuſtand des Landes, oder durch dir auswärtigen Angelegenheiten? Das beſteeite er. Der Zuſtand Irlands ſei in den voeerwähnten drei Jahren ſchlimmer, und der Zuſtand Europa's weniger geordnet geweſen, als jetzt. Er ſehr übrigens ein, daß es in dieſem Augenblicke nicht mehr möglich ſei, für dieſes Jahr bedeutende Erſparniſſe zu bewirken, deßhalb wollr er nur darauf antragen, daß der ſechsmonatliche Sold füe die Anzahl Truppen geſtrichen weede, welche man jetzt mehr halte, als in den Jahren 1822, 23 und 24. Dieß betrage eine Summr von 279,444 Pf. Er ſchlage demnach vor, ſtatt der geforderten 3,168,216 Pf. nur 2,888,772 Pf. zu bewilligen. — Lord Althorp widerſetzte ſich dem Amendement, welches demnächſt auch mit 238 gegen 70 Stimmen verworfen wurde. — Der Kanzler drr Schatzkammer trug hierauf auf Eenennung der beiden Ausſchüſſe an, welche ſich mit Unterſuchung des Zuſtandes, des Ackerbaues und des Handels, des Fabrikweſens und der Schifffahet beſchäftigen ſollten, und ſagte, daß er es nicht für nöthig halte, ſich auf irgend ein Argument zur Rechtſertigung ſeines Antrages einzulaſſen. Indem er dieſen Vorſchlag mache, gäbe er den in dieſem Hauſe allgemein gegen ihn ausgeſpeochenrn Wünſchen nach (hört! hört!); er müſſe abrr hinzufügen, daß er nicht glaube, dieſe Ausſchüſſe würden zu irgend einem ſehr weſentlichen Nutzen führrn. (Höet! hort!) Er nannte hierauf die Namen der von ihm zu den Ausſchüſſen gewählten Mitglieder, welche das Haus ohne Einrede beſtätigte, und ſich darauf um halb 3 Uhr vertagte.

Am 3. Mai Abrnds verſammeltr ſich einr große Menge der Bewohner von Weſtminſter in der Kron- und Ankertavern, um darüber zu berathſchlagen, welche Maaßregeln in Folge der Verwerſung von Sir John Key's Antrag auf Abſchaffung der direeten Steuern anzunehmen ſeien. Es war angekündigt worden, daß Hr. Hume bei dieſer Gelegenheit drn Vorſitz führen würde; nachdem jedoch beträchtliche Zeit verfloſſen war, zeigte Hr. Punt an, daß Hr. Hume verhindert werde, der Verſammlung beizuwohnrn, weil ſeinr Gegenwart im Unterhauſe erforderlich ſei. Hr. Harvey nahm nunmehr auf Verlangen dee Geſellſchaft den Präſidentenſtuhl ein.

Digitized by Google

und äußerte ſich im Weſentlichen folgendermaaßen: „Hr. Hume iſt deßhalb abweſend, weil er im Unteehauſe einen ſehr wichtigen Antrag zu unterſtützen hat, der eine Reduction der ungeheuren Militärinſtitute des Landes zur Folge haben ſoll. (Großer Beifall.) Es ſteht mir nicht zu, über Ihren letzten Repräſentanten, Sir J. Hobhouſe (großer Lärm, und Geſchrei: „Fort mit ihm!“), der ſein hohes Amt in die Hände ſeiner Conſtituenten niedergelegt hat, weil er es nicht länger mit Ehren verwalten konnte, ein Urtheil zu fällen. (Fortwährende Zeichen des Mißfallens.) Ich hoffe, daß Sie aufhören werden, den ſehr ehrenwerthen Herrn zu beſchimpfen; ein ſolches Benehmen iſt Ihrer unwürdig, und er hat es nicht verdient. Doch kann ich nicht umhin, zu geſtehen, daß ich an der Stelle des Sir C. Hobhouſe vielleicht anders gehandelt und es vorgezogen hätte, meiner früheren Verſprechung gemäß zu ſtimmen, und dann meinem königlichen Herrn meine Entlaſſung einzureichen. (Lauter Beifall.) Indeß will ich darüber nicht abſprechen, weil ich die Umſtände nicht kenne, die auf den ſehr ehrenwerthen Herrn Einfluß ausgeübt haben können. (Hört!) Uebrigens aber hat Sir J. Hobhouſe Alles gethan, was man von einem aufgeklärten und rechtlichen Manne erwarten kann. (Nein! nein! und: hört!) Sparen Sie ſich lieber Ihren gerechten Unwillen für diejenigen Repräſentanten auf, die, obgleich ſie ihre Conſtituenten betrogen, dennoch auf iheen Poſten bleiben. (Lauter Beifall.) Sir J. Hobhouſe hat auf eine Auszeichnung verzichtet, um die der größte Bürger buhlen würde, auf die Auszeichnung, der Repräſentant einer zahlreichen und durch öffentliche Tugenden hervorragenden Körpeeſchaft von Bürgern zu ſeyn, und wenn ich die Adreſſe des ehrenwerthen Baronets recht verſtehe, ſo hat er für immer auf dieſe Würde verzichtet. (Lauter Beifall.) Ich möchte nicht glauben, daß Jemand im Stande wäre, ſein Amt und ſeinen Parlamentsſitz aufzugeben, bloß um der Erfüllung ſeiner Pflicht auszuweichen, und dann auf Wiedererwählung und Wiederernennung hoffen könnte. (Beifall.) Zweierlei liegt den Wählern von Weſtminſter zu thun ob; ihre Gefühle über die Täuſchung, die ſie durch Verwerfung des Antrages auf Abſchaffung der directen Steuern empfunden, auszuſprechen, und dieſen Gefühlen dadurch Leben zu verleihen, daß Sie einen Mann ins Unterhaus ſenden, von dem Sie wiſſen, daß er dem Schatzamte und der ganzen Welt ein lebendiges Zeugniß von Ihrem untilgbaren Unwillen über die erlittene Schmach darbieten werde. (Großer Beifall.) Sehen Sie nur darauf, einen Mann zu wählen, der Ihre Wünſche zu erfüllen und den Antrag auf Abſchaffung der directen Steuern noch einmal einzubringen bereit iſt. (Anhaltender Beifall.)“ — Hierauf erhob ſich Hr. Fraſer und ſchlug, nachdem er das Benehmen des Sir J. Hobhouſe bitter getadelt, folgenden Beſchluß vor, der auch einſtimmig genehmigt wurde: „Daß dieſe Verſammlung ſich durch die Verwerfung des Antrages auf Abſchaffung der Häuſer- und Fenſterſteuer von Seiten des Unterhauſes bitter getäuſcht ſehe, und höchlichſt entrüſtet fühle.“ — Sodann trug Hr. Simpſon auf folgenden Beſchluß an: „Daß Sir F. Burdett und Sir J. C. Hobhouſe, der eine, indem er ſich den kräftig ausgeſprochenen Wünſchen ſeiner Conſtituenten widerſetzt, und der andere, indem er von ſeinem Poſten gewichen, als ſeine Dienſte gerade am nöthigſten waren, das Vertrauen der Wähler von Weſtminſter verwirkt haben.“ Auch dieſer Beſchluß wurde unter Oppoſition einer einzigen Stimme angenommen. — Hr. Prout brachte den nächſten Beſchluß in Vorſchlag: „Daß dieſe Verſammlung die Abdankung des Sir J. Hobhouſe als einen Verſuch anſieht, die Wähler von Weſtminſter durch einen äußern Anſchein von Unabhängigkeit zu täuſchen, um deſto beſſer im Stande zu ſeyn, alle Verſuche zur Abſchaffung jener drückenden Steuern zu vereiteln,“ und Hr. Fraſer den letzten, der folgendermaaßen lautet: „Daß es höchſt wichtig iſt, einen tüchtigen und genügenden Repräſentanten zu wählen, damit er die Wähler von Weſtminſter und das engliſche Volk in ihren Anſtrengungen um Abſchaffung der Häuſer- und Fenſterſteuer unterſtütze, und daß dieſe Verſammlung, im Vertrauen auf die Talente und aufgeklärte Einſicht des Oberſt Evans, von Herzen in die an denſelben ergangene Aufforderung, als Candidat für Weſtminſter aufzutreten, einſtimme, und alles Mögliche aufbieten werde, um ſeine Wahl zu ſichern.“ — Beide Beſchlüſſe wurden einſtimmig angenommen.

Conſols am 6. Mai 87¾, ⅞.

Frankreich.

In der Sitzung der Pairskammer vom 6. Mai legte Hr. Guizot den Geſetzentwurf über den Elementarunterricht vor. Der Präſident bezeichnete die Commiſſion zur Prüfung deſſelben. Darin waren die HH. Couſin, Decazes, Germiny u. ſ. w. Die Kammer fuhr dann in Erörterung des Expropeiationsgeſetzes fort. Ein Amendement des Herzogs von Baſſano zum vierten Artikel wurde verworfen. Daſſelbe Schickſal hatte ein Amendement des Hrn. Villemain. Die Kammer rückte in der Erörterung bis zur Annahme des 12ten Artikels vor, und verwies ein Amendement zum 13ten zu weiterer Begutachtung an die Commiſſion.

In der Sitzung der Deputirtenkammer vom 6. Mai legte der Finanzminiſter ſeinen Plan zu einer definitiven Conſtituirung des Tilgungsfondes vor. In Erörterung des Geſetzes über die Communalbefugniſſe wurden in dieſer Sitzung die Debatten etwas lebendigee, als man an Prüfung der Communalfreiheiten kam. Es boten ſich drei verſchiedene Syſteme dar: das der Regierung, das darin beſteht, die Gemeinden in der Abhängigkeit zu laſſen, aus der ſie gern treten möchten, und den Forderungen des Geiſtes der Oertlichkeit einige unbedeutende Conceſſionen zu machen; ſodann in dem Antrage der Commiſſion, der die Gemeinden in zwei Kategorien abtheilt, nach welchen ſie mehr oder weniger als 3000 Einwohner haben, und der nur den erſteren die Beſorgung ihrer Intereſſen zugeſteht; und endlich der des Hrn. Sade, der, an die Verpflichtungen der Kammer von 1828 erinnernd, die Befreiung aller Gemeinden ohne Ausnahme verlangt. Das letztere Syſtem ward ſogleich durch eine Art von Vertagung beſeitigt, ſo daß keine Hoffnung für Erzielung deſſelben übrig bleibt. Hr. Thiers ſuchte durch vielfache Anführungen und Gründe zu zeigen, daß die Controlle der Centralverwaltung die Gemeinden hindere, ſich zu Grunde zu richten, auf dem ganzen Gebiete eine einförmige Vorſchrift bewahre; die Mißbräuche verbeſſere, oder die Verirrungen abhalte, in welche ſich häufig die Ortsbehörden durch Unwiſſenheit und Uebereilung verleiten ließen. Ohne dieſe Anſtalt würde, ſeiner Anſicht nach, kein gemeinſchaftliches Band mehr für das Land vorhanden ſeyn, die Civiliſation ihre Macht, die Preſſe ihre raſche Wirkung, die Geſetze ihre Kraft verlieren. Die HH. Jouffroy und Odilon-Barrot ſuchten ihn zu widerlegen. Die Sitzung ward, ohne einen weiteren Entſchluß zu faſſen, geſchloſſen.

Nachrichten aus Lyon vom 1. Mai zufolge, hatte dort an den beiden letzten Abenden die vollkommenſte Ruhe geherrſcht. Die Behörde hatte daher die Aufſtellung von Truppen auf den öffentlichen Plätzen unterlaſſen. Die

dortige republikaniſche Partei hat beſchloſſen, ein großes Bankett zu veranſtalten, auch wenn Hr. Garnier-Pages ſich nicht dazu einfinden ſollte, und daſſelbe vom 5. auf den 12. d. M. zu verſchieben.

Im Temps vom 7. d. M. heißt es: „Vor einem Monate brachte ein ſeit der Julirevolution in London lebender Franzoſe acht Millionen von den erſten Zahlungen der Anleihe für Dom Miguel nach London; nämlich drei Millionen, die zu Paris von den Unterſtützern der Legitimität geſammelt wurden, und fünf Millionen, die man in London ausgezahlt hatte. Dieſe ſehr zu gelegener Zeit für Dom Miguel angekommenen acht Millionen dienten zur Berichtigung des Soldes für die Truppen, die anfingen, ſehr unruhig zu werden, und zu Anwerbung neuer Mannſchaft. Es ſoll nun eine zweite Zahlung erfolgen; die Agenten Dom Miguels reiſen am 8. Mai von Paris nach London ab, und nehmen ſowohl an Geldwerth als an Geld zwölf Millionen mit, welche beſtimmt ſind, die in England gekauften Schiffe zu bezahlen, die ſie alsdann nach Liſſabon bringen ſollen. Dieſe Agenten behaupten, daß mittelſt dieſer Vermehrung der Schiffe die Flotte Dom Miguels bald im Stande ſeyn werde, die Offenſive gegen Sartorius zu ergreifen und Oporto zu blockiren.“

Am 8. Mai um 1¼ Uhr Nachmittags 5Percents 102 Fr. 95. 3Percents 77 Fr. 50.

Schweizeriſche Eidgenoſſenſchaft.

Am 6. Mai eröffnete der Landammann Simon die Sitzung des großen Rathes des Cantons Bern mit einer Rede, worin er unter Andern ſagte: „Wenn wir uns zum engern Vaterlande wenden, ſo ſehen wir Schaaren unſerer Mitbürger mit der erſten Frühlingsſonne zum fernen Welttheile wandern, dort Nahrung und Wohlſtand zu ſuchen, die ihnen die Heimath verweigert. Zu gleicher Zeit überſchreiten unſere Gränzen 5½ Hundert im edlen Kampfe für des Vaterlandes Unabhängigkeit unglückliche Krieger. Sie vertrauen auf die ſchweizeriſche, auch auf unſere Gaſtfreundſchaft! Was die Tagſatzung beſchloß, welche Vorkehren die uns begränzenden Cantone trafen, iſt Ihnen, Herren, durch die Tagesblätter hinlänglich bekannt; was aber die Regierung der Republik Bern that, das bringen beſondere Vorträge zu Ihrer Kenntniß. Ihren Rathſchlägen bleibt die ſchwere Aufgabe, die Ausübung der Gaſtfreundſchaft in die Gränzen zu weiſen, die die Pflichten gegen ihre Abgaben und Steuern zahlenden Mitbürger und das eigene Bedürfniß vorſchreiben.“

Ebenfalls in Bezug auf die eingewanderten Polen erließ die Regierung des Cantons Uri folgendes Schreiben an den Vorort: „Altorf, 24. April. Getreue, liebe Eidgenoſſen! Nachdem öffentliche Blätter die Kunde von dem Hinübertritte einer bedeutenden Anzahl in Corps formirter flüchtiger Polen aus Frankreich nach der Schweiz allgemein verbreitet hatten, werden die löblichen Stände nun auch durch Kreisſchreiben vom hohen Vororte hiervon officiell in Kenntniß geſetzt. Je genauer und enger wir mit den Anſichten des hohen Vororts, welche beſagtes, vom 16. d. M. datirtes, Kreisſchreiben enthält, einverſtanden, je mehr wir mit ihm überzeugt ſind, es ſei dieſe Erſcheinung für die Ruhe und Ordnung, für die innere und äußere Sicherheit der Schweiz gefährdend, mit der neutralen Stellung derſelben in offenbarſtem Widerſpruche, deſto weniger will uns einleuchten, wie der hohe Vorort auf die vom Stande Bern dießfalls erhaltene Anzeige bei bloßen Vorſtellungen ſtehen bleiben konnte; nicht begreifen können wir, wie Hochderſelbe, nachdem er die Nichtzuläſſigkeit ſolcher Corps auf ſchweizeriſchem Gebiete anerkannt, nachdem er von den Gefahren überzeugt iſt, welche der Eidgenoſſenſchaft dabei drohen, bei einer einfachen Beherzigung, in ſeiner Stellung als Vorort, bei ſeiner aufhabenden Pflicht, für die innere und äußere Sicherheit des Vaterlandes zu ſorgen, es bewendet ſeyn laſſen kann; viel weniger können wir der einmüthigen Ueberzeugung der in Zürich anweſenden Geſandtſchaften beipflichten, daß es in der Competenz einzelner Stände ſtehe, ſolche Corps in ihrem Gebiete zu dulden, die dem gemeinſamen Vaterlande in jeder Beziehung höchſt gefährlich ſind. Nachdem alſo die Regierung des Standes Uri von dieſer Ueberzeugung und von dieſen Anſichten ausgeht, kann er nicht umhin, das Benehmen der Regierung eines vorörtlichen Standes Bern ernſtlich zu mißbilligen, und von der hohen vorörtlichen Behörde zu fordern, daß in dieſer Sache mit allem Ernſte und Anſehen eingeſchritten, die Entfernung dieſer gefährlichen Corps ab dem Gebiete der Schweiz unverzüglich gefordert, und ein daheriger Befehl mit Nachdruck vollzogen werde. Wir zweifeln nicht, es werde die Nothwendigkeit einer ſolchen Maaßnahme gewiß von der Mehrheit der löblichen Stände je mehr und mehr eingeſehen werden; in jedem Falle aber wird die Regierung des Standes Uri ihres Seits zu Abhaltung dieſer Flüchtlinge, ſei es in Corps oder vereinzelt, die angemeſſenen Maaßnahmen zu treffen nicht unterlaſſen. Unter Verſicherung vollkommenſter Hochachtung ꝛc.“ (Folgen die Unterſchriften.)

Königreich Sardinien.

Italieniſche Blätter melden aus Genua vom 29. April: „Die franzöſiſche Bombarde Maria Eliſabeth, welche am 12. d. M. von Tunis abgeſegelt iſt, hat die Nachricht mitgebracht, daß bei ihrer Abfahrt dort drei ſardiniſche Fregatten angekommen waren, die den dortigen Bey im Namen ihrer Regierung aufgefordert hatten, zur Genugthuung für den der ſardiniſchen Flagge durch Mißhandlung eines Marineoffiziers zugefügten Schimpf zu befehlen, daß auf ſämmtlichen Forts die ſardiniſche Flagge aufgezogen und mit 100 Kanonenſchüſſen begrüßt werde. Da der Bey in dieſen Vorſchlag zur gütlichen Beilegung der obwaltenden Differenzen nicht willigte, ſo fertigte der Commandant der Expedition ein Schiff mit dieſer Nachricht hieher ab, während er mit ſeinen Fregatten auf der dortigen Rhede blieb. Auch eine franzöſiſche Corvette befand ſich daſelbſt.“

Belgien.

Der Moniteur Belge ſucht die Miniſter wegen des ihnen durch die Preſſe gemachten Vorwurfes, als ſtrebten ſie um jeden Preis Miniſter zu bleiben, zu rechtfertigen. Aus dieſem amtlichen Artikel geht wiederholt hervor, daß Niemand in Belgien das Miniſter-Portefeuille übernehmen will. — Der franzöſiſche Geſandte, Hr. von Latour-Maubourg, iſt von Brüſſel nach Paris abgereiſt. Hr. Perier verſieht unterdeſſen die Functionen eines Geſchäftsträgers. — Man ſagt, der Herzog von Orleans werde auf ſeiner Rückreiſe von London nach Paris Brüſſel beſuchen. — Von dem bekannten Repräſentanten Konſtantin Rodenbach erſcheint eine Schrift unter dem Titel: „Epiſoden aus der Revolution in den beiden Flandern 1829, 1830 und 1831“ und mit dem Motto: „Die Wahrheit, nichts als Wahrheit, aber nicht die ganze Wahrheit.“ — Zu Oſtende ſind wieder 250 Mann beiſammen, welche das Schiff erwarten, worauf ſie nach Oporto übergeführt werden ſollen.

Hauptredacteur: Joſeph Anton Edler von Pilat.

Verleger: Anton Strauß ſel. Witwe in der Dorotheergaſſe Nr. 1108.

Digitized by Google

Nro. 138

Oeſterreichiſcher Beobachter.

Sonnabend, den 18. Mai 1833.

Meteorologiſche Beobachtungen vom 16. Mai.	Zeit der Beobachtung	Barometer auf 0° Reaumur reducirt.		Thermometer Reaumur.	Wind.		Witterung.
		Pariſer Maß.	Wiener Maß.				
	8 Uhr Morg.	27.610	28Z. 4L. 10P.	+ 18.5	SSO.	ſchwach.	heiter.
	3 Uhr Nachm.	27.574	28 4 0	+ 23.5	SO.	mittel.	Wolken.
	10 Uhr Abnds.	27.587	28 4 2	+ 16.0	SO.	ſchwach.	heiter.

Großbritannien und Irland.

In der Sitzung des Unterhauſes vom 6. Mai erſchien Lord Althorp an der Barre mit einer Botſchaft Sr. Majeſtät, welche folgendermaaßen lautete: „Se. Majeſtät wünſcht, daß das Haus den Zuſtand „der Wald-, Forſt- und Landrevenuen der Krone in Ueberlegung nehme, um zu erwägen, ob dieſelben nicht zum „Vortheil des Landes reducirt werden könnten. Se. Majeſtät empfiehlt dem Hauſe ferner, dieſen Gegenſtand „bald zu erwägen, und die Maaßregeln zu ergreifen, welche es für geeignet hält, jenen wichtigen und wünſchenswerthen Zweck zu erreichen.“ — Auf den Antrag des Lords Althorp beſchloß das Haus, dieſe Botſchaft am folgenden Tage in Ueberlegung zu nehmen. — Da die zweite Leſung der Bill wegen der Reform der Kirche in Irland an der Tagesordnung war, ſo wurden vorher eine Maſſe von Bittſchriften in Bezug auf dieſen Gegenſtand überreicht. Die Debatte ſelbſt wurde durch Hrn. Goulburn eröffnet, der einen Fehler in der Form der Bill aufgefunden haben wollte, welcher es erforderlich mache, die Berathung über die zweite Leſung einſtweilen noch auszuſetzen. Es heiße nämlich in der 16ten Section der Bill, daß Se. Majeſtät geruht hätten, gewiſſe erbliche Kronrevenuen, welche aus dem Einkommen der irländiſchen Erzbiſchoſe und Biſchoſe gezogen würden, zur Verfügung des Parlamentes zu ſtellen. Wenn aber irgend eine Kronrevenue zur Verfügung des Parlamentes geſtellt würde, ſo müſſe das Haus vorher durch eine beſondere Botſchaft Sr. Majeſtät davon in Kenntniß geſetzt werden. Dieß ſei, ſo viel er wiſſe, in dem vorliegenden Falle nicht geſchehen. Lord Althorp räumte ein, daß das Haus allerdings keine ſolche konigliche Botſchaft erhalten habe; indeſſen könne dieſer Einwand die jetzigen Verhandlungen nicht aufhalten, da derſelbe ſchon vor der erſten Leſung der Bill hätte geltend gemacht werden müſſen. Uebrigens ſei er der Meinung geweſen, daß die Worte in der Thronrede, wodurch die vorliegende Bill dem Hauſe anempfohlen worden ſei, eine beſondere Botſchaft überflüſſig gemacht hätte. Dieſe Anſicht wurde von Sir R. Peel beſtritten, der ebenfalls der Meinung war, daß die Miniſter ſich in der Form ein großes Verſehen hätten zu Schulden kommen laſſen, und daß ein nachtheiliges Beiſpiel aufgeſtellt werden würde, wenn man ſich nicht bemühe, daſſelbe wieder gut zu machen, wozu es nur einiger Stunden bedürfe. Man verſtändigte ſich endlich dahin, daß dieſer Gegenſtand bis zur Leſung der Bill auf ſich beruhen ſolle. — Hr. Shaw ließ ſich nun zunächſt gegen die zweite Leſung der vorliegenden Bill vernehmen, und ſtellte als Amendement, daß ſie heute über ſechs Monate zum zweiten Male verleſen würde. Er erklärte, daß er durchaus nicht jeder Kirchenreform entgegen ſei, und auch einigen Grundſätzen der vorliegenden Bill ſeine Zuſtimmung nicht verſagen könne; aber aus allen Kräften müſſe er ſich widerſetzen, wenn es ſich darum handle, das Eigenthum der Kirche anzutaſten. Vergreife man ſich erſt an Einer Art von Eigenthum, ſo ſei keines mehr ſichee. Der Hauptzweck der Bill ſchiene eine Verminderung der Zahl der Biſchoſe zu ſeyn, und dieſem Zwecke müſſe er ſich auf das Entſchiedenſte widerſetzen. Er wolle viel lieber, daß man das Einkommen der Biſchoſe vermindere, als ihre Zahl. Das Einkommen der Biſchoſe belaufe ſich jetzt jährlich auf 130,900 Pf. St. Wenn man nun das Einkommen der 20 Biſchoſe auf 4000 und das der zwei Erzbiſchoſe auf 6000 Pf. reducire, ſo könne man doch die Kirchenſteuer abſchaffen, welche man immer als die Urſache angäbe, warum die Zahl der Biſchöſe vermindert werden müſſe. Das irländiſche Volk beklage ſich ſo ſehr über die Uebel, welche für das Land daraus entſtänden, daß ſo viele angeſehene Irländer entfernt lebten. Nun ſei es aber notoriſch, daß die irländiſchen Biſchöſe beſtändig im Lande wohnten; wenn man alſo ihre Zahl vermindere, ſo hieße das, die Zahl der irländiſchen Lords vermehren, welche außerhalb Landes lebten. Dem ehrenwerthen Mitgliede für Middleſex und ſeinen Freunden möchte allerdings daran gelegen ſeyn, daß nicht zehn, ſondern alle Biſchoſe abgeſchaffe würden; die Miniſter aber, wenn ſie Reformen in der Kirche vornehmen wollten, müßten die Freunde derſelben und nicht deren Feinde zu Rathe ziehen; denn es ſei nur zu gut bekannt, welche Art von Reform die letzteren durchzuſetzen wünſchten. Er beſchwöre die Regierung, vorſichtig zu Werke zu gehen; ſie konnten wohl den Altar des Proteſtantismus in Irland umſtoßen, aber keinen Funken jener heiligen Flamme aus-

Digitized by Google

löſchen, welche Jahrhunderte lang in dem Buſen der irländiſchen Proteſtanten geglüht habe. (Hört! hört!) Hr. Eſtcourt unterſtützte das Amendement. — Hr. Stanley ſagte, es ſchienr, daß doch die Verdienſte einiger Theile der Bill von allen Seiten eingeräumt würden, und ſelbſt das ehrenwerthe Mitglied für die Dubliner Univerſität gäbe zu verſtehen, daß es nicht ſo ſehr viel gegen die Bill einzuwenden haben würdr, wenn dieſelbe von den Mitgliedern der andern Srite des Hauſes eingebracht worden wäre. Daß eine Reform der irländiſchen Kirchr dringend nothwendig ſei, werde von keinem Vrrnünftigen mehr beſtritten, und die genaue Berathung der vorliegenden Bill im Ausſchuſſe werde darthun, daß dieſelbr das Wohl des Volkes fördere, ohne dem Anſehen oder den Intereſſen der Kirche zu ſchaden. Was die Verminderung drr Zahl der Biſchöfe beteeffe, ſo habe er (Hr. Stanley) es für ſeine Pflicht gehalten, die höchſten Kirchenbehörden, und vor Allen den Primas von Irland über dieſen Gegenſtand um Rath zu fragen. Als die Rede davon geweſen ſei, wie der durch die Abſchaffung der Kirchenſteuer entſtehende Ausfall am beſten zu decken ſeyn würde, habe der Primas ſelbſt als das Zweckmäßigſte eine Verminderung der Zahl der Biſthümer angegeben. Er wolle nicht ſagen, daß der Primas ihm vorgeſchlagen habe, t0 Biſchöfe abzuſchaffen. (Hört!) Aber er ſei der erſte geweſen, der den Grundſatz der Reduction aufgeſtellt habe. Die Bill verfüge allerdings gewiſſermaaßen über einen Theil des Eigenthums der Kirche; aber dieſes Recht ſtehe dem Parlamente zu, und werde um ſo mehr daduech gerechtfeetigt, daß jenes Eigenthum zu keinen andern als kirchlichen Zwecken verwendet werde. — Sir R. Inglis erklärte, daß er ſich der Bill vom erſten bis zum letzten Worte widerſetzen müſſe. Gegen die Herabſetzung der Revnurn der Biſthümer würde weniger einzuwenden geweſen ſeyn, obgleich er auch eine ſolche Maaßregel nicht unterſtützt haben würde; aber ſtärkere Einwendungen habe er gegen die Verminderung der Zahl der Biſchofe zn machen. Er räume ein, daß das Parlament die Macht habr, dergleichen Beſtimmungen zu erlaſſen, aber er beſtreite ihm das Recht dazu. Er beſtreite dem Parlamenter das Recht, ſich in die Angelegenheiten der Kirche einzumiſchen, ausgrnommen, wenn dir zuſammenberufene Geiſtlichkeit ihre Einwilligung dazu ertheilt habe. Eben ſo beſtreite er dem Staate das Recht, einen Pfennig drs Kircheneigenthums anzurühren; denn die Kirche habe vom Staate niemals irgend ein Eigenthum erhalten, ausgenommen eine Geldbewilligung zu Zeiten der Königinn Anna, und vor einigen Jahren eine Summe zum Kirchenbau. Das Kircheneigenthum gründr ſich auf älterr Rechte, als iegend ein anderes Eigenthum im Lande. Der Grundſatz der vorliegenden Bill würde die Sicherheit aller Arten von Eigenchum gefährden; denn wenn man Einen beraube, was ſchütze dann noch den Andern? Daſſelbe laſſe ſich auf die Verminderung der Zahl der Biſchöfe anwenden; wenn man heute das Recht zu haben glaube, zehn Biſchöfr abzuſchaffen, ſo ſtehe nichts im Wege, daß man morgen auf die Einziehung aller Biſthümer antrage. — Sir R. Peel ſagte, daß er einige Beſtimmungen der Bill gut heißr, und daß andere, gegen die er Einwendungen zu machen habe, im Ausſchuſſe verbeſſert werden könnten. Er billige die Theile der Bill, durch welchr Mißbräuche abgeſtellt würden und durch welche man verlange, daß die Geiſtlichen ihre Pflichten perſönlich und gewiſſenhaft erfüllten, und beſonders billige er die Beſtimmung wegen Abſchaffung der Kirchenſteuer. Wenn die Bill in den Ausſchuß gelangen ſoller, ſo würde er ſich bemühen, einige Verbeſſerungen durchzuſetzen; er würde unter Andern vorſchlagen, keinem Geiſtlichen ein geringeres Einkommen als 300 Pf. St. jährlich auszuſetzen. Der edle Lord gegenüber habe ſich der Einführung einer ſtufenweiſen Einkommenſtcuer in England widerſetzt, und wolle doch nun das Einkommen der Geiſtlichkeit einer ſolchen Steuer unterwerfen; dieß ſei eine Ineonſequenz, und er hoffe, der edle Lord werde irgend ein Mittel auffinden, um dieſen Theil drr Bill zu verbeſſern. Was die Einziehung von Biſthümern betreffe, ſo könne er mit dem ehrenwerthen Mitgliede für die Univerſität von Oxford nicht darin übereinſtimmen, daß dieß außerhalb der Befugniſſe des Parlamentes liege, oder daß ein ſolches Verfahren eine Verletzung des Krönungseides ſei. Er (Sir Robert) ſei verſchiedentlich gefragt worden, warum er das Argument, welches die Verletzung des Krönungseides darbiete, aufgegeben habe; er müſſe darauf erwiedern, daß er es gethan habe, weil er von der Schwäche desſelben überzeugt ſei. (Hört! hört!) Indeſſen ſei doch die Einziehung von 10 Biſthümern ein ſo wichtiger Schritt, daß derſelbe die reiflichſte Ueberlegung erfordere, und man dürfe dieſe Maaßregel nicht eher annehmen, bis man ſich nicht von der Nothwendigkeit und Zweckmäßigkeit derſelben ganz vollkommen überzeugt habe. Schließlich ſprach ſich Sir R. Peel aus denſelben Gründen, wie die früheren Redner, gegen die Antaſtung des Kircheneigenthums aus. Lord Althorp unterſtützte die zweitr Leſung der Bill mit wenigen Worten. Er ſuchte beſonders darzuthun, daß auch nach der brantragten Veeminderung der Biſthümer die Zahl der Biſchofe noch groß genug ſei, um die ihnen obliegenden Pflichten zu erfüllen. Es wollten hierauf noch einige Mitglieder dem Hauſe ihre Bemerkungen über die Bill mittheilen, dieſes ſchien aber nicht aufgelegt, ſich noch ausführlicher mit dieſem Gegenſtand zu beſchäftigen, ſondern verlangte ungeduldig dir Abſtimmung. Zu dieſer wurde auch ohne weiteres geſchritten; ſie ergab folgendes Reſultat: für die zweite Leſung 317 Stimmen,

gegen dieſelbe . . . 78 „

Majorität . . . . 239 Stimmen.

Hr. Finch verſchob ſeinen auf heute anſtehenden Antrag wegen Unterdrückung der politiſchen Unionen auf den 27. Juni. — Hr. M. Atewood beklagte ſich über die Zuſammenſtellung der von Lord Althorp ernannten Aus-

Digitized by Google

ſchüſſe zur Unterſuchung des Handels-, Ackerbau- und Fabrikzuſtandes, indem in denſelben nicht alle Meinungen repräſentirt würdrn, und deßhalb ein parteiiſcher Bericht zu beſürchteu ſei. Er ſchlug daher vor, noch mehrere Mitglieder, die er namhaſt machte, in die Ausſchüſſe aufzunehmen. Lord Althorp widerſetzte ſich dieſem Antragr, wril ſich das Haus mit der Zuſammenſetzung der Ausſchüſſe einverſtanden gezeigt habe, und auch die Zahl der Mitglieder (38) ſchon groß genug ſei. Der Vorſchlag des Hrn. Attwood wurde ohue Abſtimmung beſeitigt, worauf ſich das Haus um halb 3 Uhr vertagte.

In der Sitzung des Oberhauſes vom 7. Mai überreichte Graf Grey eine Bittſchrift des Lordmayors und der Aldermen der City von London, worin um Abſchaffung der Srlaverei gebeten wurde. Lord Lyndhurſt lrnkte die Aufmerkſamkeit des Hauſes auf die nachtheilige Wirkung, welche die in der vorigen Seſſion angenommene Bill hinſichtlich des Pſerdediebſtahles hervorgebracht habe, und glaubte, daß rs nöthig werden würde, neurgeſetzliche Beſtimmungen in dieſer Hinſicht zu erlaſſen. — Im Unterhauſe war am 7. (bis zum Abgang der Poſt) nichts von einiger Bedeutung vorgefallen.

Am 7. Mai Mittags begann die neue Wahl rines Parlamentsrepräſentanten für Weſtminſter au die Stelle des ausgeſchiedenen Mitgliedes Sir J. Hobhouſe. Die Verſammluug war eine der ſtürmiſcheſten. Sir J. Hobhouſe wurde faſt von dem Wahlgerüſt geworfen uud konnte vor der Maſſe von Kohlſtrünken und audern Vrgetabilien, die ihm ins Geſicht flogen, nicht zu Worte kommen. Er war nämlich von Hrn. de Vrar wieder als Candidat vorgeſchlagen, uud ihm gegenüber ſteht der von Dr. Bainbridge in Vorſchlag gebrachte Oberſt Evans. Obgleich die Wahl erſt um 1 Uhr anfing, ſo hatte ſich doch ſchon Früh um 10 Uhr rinr große Volksmenge auf dem Wahlplatze eingeſunden. Oberſt Evans und ſeinr Freunde wurden mit dem größten Jubel empſangen. Beim Abgang der Poſt war der Bericht über die in der Verſammluug gehaltenen Reden noch uicht eingetroffen. Dr. Bainbridge hatte zuerſt einen Vortrag zu Gunſten des Oberſten Evans begonnen.

Am 6. Mai hatte eine Deputation der vereinigten Kirchſpiele von Weſtminſter eine Zuſammenkunft mit Lord Althorp im Beiſeyn des Hrn. Spring-Rier, um von dem Miniſter zu erſahreu, wie weit er eigentlich in der Herabſetzung der Häuſer- und Feuſterſteuer zu gehen genrigt ſei. Lord Althorp ſagte, daß er die Häuſerſteuer von allen Häuſern, an denen ein Laden befindlich ſei, auf die Hälſte herabſetzen wolle, und ging dabei in die practiſchen Folgen einer ſolchen Maaßregel näher ein. Er uahm 100 hinter rinander folgeude Häuſer in Oxfordſtreet, ebeu ſo viele am Strand, in Piecadilly, in Regentſtreet und in St. Jamesſtreet und 50 in Newgateſtreet und in Unionſtreet, und bewies, daß, mit Ausnahme von Piecadilly und Unionſtreet, wo verhältnißmäßig meur Privathäuſer ſrien, der Steuererlaß faſt 50 Percents betragen würde. Die Frnſterſteuer aber, von der Lord Althorp früher ein Drittel abzulaſſen geneigt war, wollte er nun ganz beibehalten. Die Deputation gab über den letzteren Theil dieſer Mittheilung ihr Erſtaunen und Brdauern zu erkennen und fragte, ob nicht die patentirten Vietualienhändler, dir Gaſthoſs- und Tavernenbeſitzer, die Schullehrer und Schullehrerinnen, die Apotheker, welche chirurgiſche Anſtalten in ihren Wohnungen haben, die Advoeaten, welche Bureaus halten, die Schneider, die Weinhändler und andere Kaufleute, welche Comptoirs haben, die Juwelierr und andere Gewerbtreibende an der vorgeſchlagrnen Milderung der Häuſerſteuer Theil haben ſollten. Lord Althorp erwiederte, daß von den aufgezählten Claſſen keine auf dieſe Vergünſtigung Anſpruch machen könne, mit Ausnahme der Wuudärzte, Auwälde „und ſo weiter" (dieſen Ausdruck ſoll der Lord wirklich gebraucht haben), die ihre Anſprüche auf Befreiung von drei Fenſtern darlegen könnten; in dieſem Fall ſollten ſir bloß die Hälſte der jetzigen Häuſerſteuer zu bezahlen haben; übrigens würden immer an 215,233 Hausbeſitzer Erleichterung ethalten, und es ſeien in Großbritannien uicht weniger als 2,400,000 Häuſer von der Häuſerſteuer gauz befreit. Es folgte hierauf noch eine lange Unterredung, in deren Verlauf dem Lord die uachdrücklichſten Vorſtellungen über den ſchlimmeu Eindruck, den ſeine Maaßregeln hervorbringen müßten, gemacht wurden. Ein Mitglied der Deputation erklärte, daß die angeſehenſten und friedlichſtgeſinnten Handelsleute jetzt entſchloſſen ſeien, ſich dieſen Steuern auf geſetzlichem Wege zu widerſetzen; daß die Zeit nahr ſei, wo man eine gänzliche Abſchaffung derſelben nicht mrhr als ein Zugeſtändniß, ſondern als ein durch offenen Widerſtand dem Kanzler abgedrungenes Recht betrachten würde; daß diejenigen, welche für die Abſchaffung jener Steuern kämpften, von dem feſten Bewußtſeyn, daß ihrr Sache gerecht ſei, unterſtützt, nicht eher ruheu würden, bis ſie ihren Zweck erreicht hätten, und daß in jeder Stadt im ganzen Königreiche wegen der von Lord Althorp vorgeſchlagenen, nur theilweiſen und ſehr beſchränkten Redurtion die größte Aufregung und Entrüſtung herrſche. Lord Althorp hörte alle dieſr Bemerkungen mit ſeiner gewöhnlichen Gemüthsruhr an und erklärte am Schluß, daß es ihm unmöglich ſei, noch mehr nachzugeben.

Zu gleicher Zeit mit dem Herzog von Orleans ſind auch dir Herzoge von Valençay und Montmoreney von Paris in London eingetroffen. Uebrigens heißt es, daß der Beſuch des franzöſiſchen Prinzen durchaus keinen politiſcheu Zweck habe. Am 5r ſtattete derſelbe, in Begleitung des franzöſiſchrn Botſchafters, dem Herzoge von Drvonſhire und dem Grafen Grey einen Beſuch ab. Am 6. hatte der Fürſt Talleyrand zu Ehren des Prinzen ein großes Diner veranſtaltet, zu dem auch der Fürſt Lieven, der Graf Ludolf und der Baron Bülow mit ihren Gemahlinnen, der belgiſche Geſandte, der Baron von Weſſenberg, der öſterreichiſche und der ſpaniſchr Geſchäftsträger, der Herzog

Digitized by Google

von Devonſhire, der Graf Grey, der Graf Granville nebſt Gemahlinn, der Lord Hill und der Generallieutenant Baudrand eingeladen waren.

Der Herzog von Braunſchweig ſtattete am 4. Mai der Herzoginn von Kent und der Prinzeſſinn Victoria einen Beſuch ab. An demſelben Tage machten die Herzoge von Wellington und Richmond, die Grafen Grey, von Liſtowell, Bjornſtjerna und Donhoff, Lord Hill, Sir Horace St. Paul und Sir Herbert Taylor Sr. Durchlaucht ihre Aufwartung. Am 5. gab der Fürſt Talleyrand dem Herzoge ein Diner. Am 6. beſuchte der letztere den Herzog von Cumberland und ſpeiſte ſodann bei der Herzoginn von Kent zu Mittag.

Lord King liegt ſeit ein Paar Tagen gefährlich krank darnieder.

Die Fregatte Nimrod, die aus Oporto zu Portsmouth angekommen iſt, ſoll, wie es heißt, Nachrichten bis zum 26. April von erſterem Orte mitgebracht haben, über deren Inhalt jedoch nichts verlautet. In der City wollte man am 6. wiſſen, daß eine Abtheilung von Dom Pedro's Armee im Namen der Koniginn Dona Maria von Figueiras Beſitz genommen hätte, und daß in Coimbra ernſtliche Unruhen vorgefallen wären, indem ſich die Studenten und zwei Infanterieregimenter für die conſtitutionelle Sache erklärt hätten. Admiral Sartorius ſoll ſich von Oporto entfernt haben, um an der Küſte zu kreuzen und den Truppen im Nothfall allen möglichen Beiſtand zu leiſten. Dieß ſcheinen jedoch alles bloße, von Speculanten an der Börſe verbreitete, ungegründete Gerüchte zu ſeyn.

Am 4. Mai ſegelte der „Lord Cochrane" bei gutem Winde mit 520 alten und gut equipirten franzöſiſchen Truppen an Bord von den Dünen nach Oporto ab. Eine andere aus ungefähr 600 Mann beſtehende Expedition nach demſelben Orte liegt in Oſtende zum Abſegeln bereit, und Dom Pedro's Agenten werben fortwährend neue Recruten an.

Das Falliſſement des Calcuttaſchen Handelshauſes Mackintoſh und Comp. hat den Bankerott des Londoner Hauſes Richards, Mackintoſh und Comp. nach ſich gezogen.

Conſols am 7. Mai 88, 87 7/8.

Portugal.

Oeffentliche Blätter melden aus Liſſabon vom 24. April: „Der Infant Don Sebaſtian und ſeine Gemahlinn reiſten dieſen Morgen nach Madrid zurück, wo ſie zeitig genug eintreffen werden, um dem Zuſammentritte der Cortes beizuwohnen. Man glaubt hier, Don Carlos werde gegen die Anerkennung der Infantinn Maria Iſabella als Thronerbinn von Spanien Proteſtation einlegen. Don Sebaſtian ſoll ſich nach Madrid begeben, damit man nicht aus ſeiner Abweſenheit ſchließe, als theile er in dieſer Hinſicht die Geſinnungen des Infanten Carlos. — Die Migueliſtiſche Flotte iſt zum Abſegeln bereit, und befände ſich bereits in See, wenn nicht die Verſorgung mit Lebensmitteln Zögerungen erlitten hätte. Die Schiffe ſind in ſehr gutem Zuſtande, und vollſtändig bemannt. — Man ſprach in der letzten Zeit von einem Miniſterwechſel, und überhaupt von Modificationen, welche Dom Miguel in ſeiner Politik eintreten laſſen wolle. Wie dem auch ſeyn mag, gewiß ſcheint, daß Vicomte von Santarem das Portefeuille des Auswärtigen behalten wird. — An der Cholera ſterben gegenwärtig hier täglich gegen 100 Perſonen. Die heutige Zeitung meldet, Dom Miguel habe die Eröffnung einer Subſcription für die Armen, welche von der Seuche befallen werden, befohlen. Dieſelbe Zeitung ſagt: „Durch eine heute eingelaufene telegraphiſche Depeſche erhielt man die Nachricht, „daß unſere Batterien am 21. April auf dem Douro den „Brigg der Rebellen, Aſtuto, und am 23. einen andern, „ebenfalls dem Feinde gehörigen Brigg in Grund gebohrt „haben. Se. Majeſtät Dom Miguel I. war am 20. Abends, „von der Armee kommend, in Braga eingetroffen."

Rußland.

St. Petersburger Blätter vom 4. Mai melden: „Geſtern, an dem Namensfeſte Ihrer Majeſtät der Kaiſerinn und der Großfürſtinn Alexandra, wurde in der großen Capelle des Winterpallaſtes eine feierliche Meſſe geleſen, welcher der ganze Hof beiwohnte. Am Schluß derſelben empfingen Ihre Majeſtäten von der Synode und dem diplomatiſchen Corps die Glückwünſche. Später war Handkuß bei Ihrer Majeſtät der Kaiſerinn. Am Abend war Hofball und die Stadt erleuchtet. — Am 29. April iſt der ottomanniſche Brigadegeneral Namik Paſcha von hier nach Konſtantinopel abgereiſt. Der wirkliche Staatsrath Graf Matuſzewicz iſt von Polangen hier eingetroffen."

Frankreich.

Die Pairskammer fuhr am 7. Mai in Erörterung des Geſetzes über Expropriationen fort, und kam bis zum 14ten Artikel.

Die Deputirtenkammer verwarf in der Sitzung vom 7. Mai das von der Commiſſion in dem Artikel 6 des Municipalgeſetzes eingeführte Syſtem. Sie ging von der Anſicht aus, daß das Geſetz für alle Gemeinden, für die ſtädtiſchen ſo gut wie für die Landgemeinden, für Gemeinden von 50,000 Einwohnern ſo gut wie für Gemeinden von 200 Einwohnern, daſſelbe ſeyn müſſe. Die Frage, wie weit nun die Befreiung der Gemeinden gehen ſollte, ward auf den Vorſchlag des Hrn. Barrot an die Commiſſion zurückverwieſen. Hr. Thiers zeigte ſich bei dieſer Erörterung hauptſächlich als Gegner der Unabhängigkeit der Gemeinden. Die Regierung wolle, ſagte er, nicht verwalten, ſondern controlliren, das heißt, nach erfolgter Prüfung bewilligen oder abſchlagen. Die Wichtigkeit dieſer Prärogative ſei durch die Nothwendigkeit gerechtfertigt, die Einheit im Staate aufrecht zu erhalten, und die Gemeinden von ihren eigenen Verirrungen zu bewahren. Er fürchtet, die Municipalbehörden möchten bei ihren Beſchlüſſen in die Rechte der Bürger eingreifen, und in Sachen des Budgets ſcheine ihm

Digitized by Google

der Stadt dabri intereſſirt, daß ſich die Gemeinden nicht über ihre Befugniſſe hinaus beſteuern könnten. Hr. Mauguin äußerte: „Bei der legislativen Frage, die uns beſchäftigt, ſtehen ſich zwei Principien gegenüber und führen zu ganz entgegengeſetzten Reſultaten. Die einen meinen, daß wir vor Allem die Privatwohlfahrt und die dem Individuum zugeſtandenen Garantien untrrſuchen müſſen, und wollen die Wohlfahrt der Maſſen nur durch die individuelle Wohlfahrt erreichen. Die Andern ſind im Gegentheile von der großen Idee der geſellſchaftlichen Einheit beherrſcht und überzeugt, daß die individuelle Wohlfahrt von der Wohlfahrt Aller abhängt. Das erſte Syſtem, übermäßig betrieben, ſtrebt dahin, die Geſrllſchaft zu zerlegen, und nur Individualitäten darin aufzuſtellen. Mit dieſem Syſteme gibt es nur ein Land, aber kein Vaterland. Das Andere würde zum Despotismus führen, und den Bürger zerſtören; dieſes letztere Syſtem würde einen mächtigen Staat machen, aber das Wohl eines Jeden zerſtören. Das Princip, an das ich für meinen Theil mich halte, iſt dir Größe meines Vaterlandes, ſeinr Macht, ſeine Kraft. Wir müſſen ſonach unſere Privatintereſſen opfern, aber nur dann, wenn dieſes Opfer von den allgemeinrn Intereſſen geboten iſt. Die Gemeindrn ſind nur Individualitäten. Welches Princip iſt ſonach zu befolgen, um ihre Exiſtenz mit der Einheit in Einklang zu bringrn? Dieſes Problem iſt rines der ernſteſten in der geſrllſchaftlichen Organiſation.“ — Der Redner erklärtr nun, daß er den Entwurf der Regierung verwerfe, aber auch nicht mit allen Puncten des Commiſſionsvorſchlages, insbeſondere mit dem über die Unterſcheidung von zwei Gemeindeclaſſen, einig ſei, welchen, wie bereits bemerkt, die Kammer faſt einſtimmig verwarf.

Dir Tribune nimmt in der Frage der Municipalbefugniſſe ganz die Partei des Miniſteriums, und unterſtützt mit Wärme dir Ideen des Hrn. Thiers zu Gunſten der Centraliſation. „Was uns betrifft,“ ſagt ſie, „die man immer die Männer der Anarchie nennt, ſo wird man nicht ſehen, daß wir dir Staatsgewalt dem Zufalle preisgeben wollten, in Dingen, wo ſie, wie uns ſcheint, einen nöthigen Hebel gebraucht. Obgleich wir mehr als Anderr die Laſt eines unterdrückenden Königthums zu tragen haben, ſo wollen wir doch nicht abſichtlich verkehrte Inſtitutionen mit wohlthätigen verwechſeln. Wir wollen das Königthum zu Grundr richten; aber die Centraliſation, die es überleben wird, achten und vertheidigen.“ — Der National geht hingegen die Rede des Hrn. Thiers, die Municipalbefugniſſe betreffend, umſtändlich durch, bekämpft alle Lehren desſelben, und wundert ſich, daß man unaufhörlich dir Autorität des Convents und des Kaiſerreiches in Sachen der Centreliſation anrufe. „Leider war,“ ſagt derſelbe „unter dem Convente das, was Hr. Thiers jetzt Verwaltungsrentraliſation nennt, nichts anders, als jener furchtbare Schrecken, deſſen Erinnerung die Vernunft der gegenwärtigen Kammern irre leitet, und die Hrn. Thiers ſo glückliche Tiraden gegen dir Gegner des monarchiſchen Princips an dir Hand gibt. Unter Buonaparte war dir Verwaltungscentraliſation jenes Regime des Säbels, zu dem wir, wie man uns täglich ſagt, unwiderruflich zurückgebracht werden würden, wenn wir durch eine neue Conventsperiode gingen, wenn wir das Unglück hätten, dir Monarchie des 7. Auguſt fallen zu ſehen. Man muß geſtehen, daß die miniſteriellen Deputirten, die Redner der Regierung, eine ſonderbare Neigung haben, ſich mit Wortrn zu begnügen. Wie liefern doch dieſe Conventsdictatur und dieſe kaiſerliche Regierung, dir man uns unaufhörlich als ſchauderhafte Beweiſe der Gefahr des revolutionnären Schwunges an den Kopf wirft, auf einmal ſo ſchöne Beiſpiele, wenn es ſich davon handelt, die Staatsgewalt auf Koſten der Freiheit des Landes zu befeſtigen! Der Grund liegt darin, weil bei dem Conventr und dem Kaiſerreiche unſere Staatsmänner von 1830 zweierlei Dinge unterſchieden: die auswärtige Aufgabe, welche dieſe zwei großen Rrgierungrn befolgten, und die Mittel, durch welche ſie ſich gegrn ihre inneren Feinde vertheidigten. Von der revolutionnären Aufgabe wollrn ſie nichts, ſie ſtände viel höher als ihr Muth; aber die Mittel der Regierung verführen ſie, und dieß iſt ganz einfach: es gibt nichts Angenehmeres, wenn man regiert, als überall das zu thun, was man will, und Niemand fragen zu dürfen. Das Kaiſerreich nnd der Convent unterdrückten das Land nicht im Intereſſe ihrer eigenen Erhaltung, ſondern um es Großes ausführen zu laſſen. Das Juſte-Milieu, das Alles an ſich geriſſen hat, wir der Convent, Menſchen und Dinge, und das Land dazu verurtheilte, nur Einen Gedanken zu haben, den der Erhaltung des Juſte-Milieu, iſt nicht furchtbar, wie dir bekannten Dictaturen, die rs als Beiſpiele aufführt, es iſt nur anmaaßend und erbärmlich.“

Die Zuchtpolizei hat am 6. Mai in einem Prozeſſr des Journal des Debats gegen das Echo Français, letzteres, da es ſich nicht begnüge, die Neuigkeiten aus dem Journal des Debats anzuführen, ſondern ganze Artikel über Politik und Literatur an demſelben Abende ſpaltenweiſe abgeſchrieben habe, zu einer Strafr von 100 Fr. und zu einer Geldbuße von 500 Fr. zur Entſchädigung für das Journal des Debats verurtheilt.

Die Gazette dr France behauptet nach Briefen aus Portugal, die über Spanien in Paris angekommen ſeien, der Aufſtand in Figneiras ſei durch Geld und Verſprechungen veranlaßt worden, wodurch die Agenten Dom Pedro's einige Milizen jener Stadt gewonnen hätten. Der Ruf der letzteren: „Es lebe Dona Maria!“ ſei übrigens durch die Behörden ſchnell wieder unterdrückt, und die Schreier ins Gefängniß geworfen worden. Auch in Liſſabon habe man einen Emiſſär Dom Pedro's in dem Augenblicke verhaftet, wo er ſich auf eine franzöſiſche Fregatte im Tajo habe retten wollen.

Wie das Echo de Beſonne berichtet, hatten die im Depot von Bergerac liegenden polniſchen Offiziere Befehl erhalten, ſich nach dem Innern des Departements des Landes zu begeben. Sie widerſetzten ſich aber dieſem Befehle, worauf der Miniſter des Innern dem General Roslakowsky, der das Depot commandirt, zu wiſſen that, daß er Frankreich zu verlaſſen und ſich nach England oder Belgien zu wenden habe, in welchen Ländern allein noch Polen zugelaſſen werden. General Roslokowsky antwortete hierauf dem Hrn. Unterpräfecten, daß ihm ſeine ſämmtlichen Waffengefähten folgen würden.

Die Anordner des Lyoner Banketts haben, Trotz der Ablehnung des Hrn. Garnier-Pagès, beſchloſſen, daſſelbe am 12. Mai zu feiern. Ihre Einladungsſchreiben wurden in der Druckerei mit Beſchlag belegt, aber ſie haben dieſelben aufs Neue drucken laſſen.

Am 8. Mai 5Percents Fin Courant geſchloſſen zu 103 Fr. 3Percents Fin Courant geſchloſſen zu 77 Fr. 75. — Am 9. Mai um 1 1/4 Uhr Nachmittags 5Percents 102 Fr. 90. 3Percents 77 Fr. 75.

Belgien.

Der Moniteur Belge vom 7. Mai enthält folgenden Artikel: „Da mehrere Journale darauf beharren, den Character der zur Umgeſtaltung des Miniſteriums gemachten Verſuche zu entſtellen, ſo glauben wir, im Intereſſe der Wahrheit, die Thatſachen, wie ſie ſich wirklich zugetragen haben, mittheilen zu müſſen. — In Folge der Erklärungen von Seiten der Miniſter, daß ſie nach dem, was zwiſchen ihnen und der Kammer vorgefallen ſei, ihre Portefeuilles nicht behalten zu können glaubten, beauftragte der König den Hrn. de Theux, ein neues Miniſterium zuſammenzuſetzen, indem er ſich mit ihm über die zuerſt zu ergreifenden Schritte und über die Perſonen, an die er ſich zu wenden hätte, verſtändigte. — Hr. de Theux nahm dieſe Miſſion, unter den ihm geſtellten Bedingungen, ohne Einrede an; er wandte ſich an die HH. Muelenaere, Dubus und Brabant, und meldete dem Könige nach Verlauf einiger Tage die Antwort jener Herren und die Nutzloſigkeit ſeiner Verſuche. — Da ſich in den Zeitungen eine Discuſſion über die Beſchaffenheit des dem Hrn. de Theux ertheilten Auftrages erhob, ſo wurde er ſelbſt aufgefordert, ſich über dieſen Punct auszuſprechen, und erklärte, daß es unbillig ſeyn würde, von dem, was er mit beſchränkten Vollmachten gethan habe, auf das zu ſchließen, was er hätte thun können, wenn ſeine Vollmachten unbeſchränkt geweſen wären. — Als die Miniſter von dieſer Erklärung Kenntniß erhielten, beſtanden ſie lebhaft darauf, daß dem Hrn. de Theux unumſchränkte Vollmachten ertheilt würden, welches auch geſchah. Wir wiſſen nicht, welche Hinderniſſe dießmal bei Zuſammenſtellung eines neuen Cabinets dem ehrenwerthen Repräſentanten in den Weg traten; wie dem aber auch ſeyn möge, nach den von uns angeführten Thatſachen würde es mehr als ungerecht ſeyn, den jetzigen Miniſtern das Scheitern des zweiten dem Hrn. de Theux anvertrauten Auftrages zuzuſchreiben. — Wir ſchließen dieſe Erklärungen mit einer ſehr einfachen Betrachtung. Wenn die Miniſter, wie man geſagt hat, um jeden Preis am Ruder bleiben wollten, was hätte ſie abgehalten, dem Amendement der Centralſection beizutreten? Was hätte ſie ſelbſt abgehalten, wenn ſie die Macht um jeden Preis wollten, vor derſelben Kammer wieder zu erſcheinen, wozu eine große Zahl der Repräſentanten, welche für das Amendement geſtimmt hatten, ſie aufforderten?"

Am 27. April wurden acht belgiſche Douaniers, welche in dem Dorfe Oetrange, innerhalb des ſtrategiſchen Feſtungsrayons von Luxemburg, bewaffnet angetroffen worden waren, unter militäriſcher Escorte nach Luxemburg gebracht, und auf Befehl des Gouverneurs in dem Fort Bourbon gefangengeſetzt. Das Luxemburger Journal äußert ſich ſehr heftig gegen die belgiſchen Gewalthaber, welche der von einem Adjutanten Leopolds ſelbſt unterzeichneten Uebereinkunft zum Trotze, und allem Anſcheine nach von fremdem Einfluſſe getrieben, ihre Bedrückungen gegen die anders denkenden Einwohner nach wie vor fortſetzten, und namentlich die Tornaco's, welche mit ihren Anhängern vollſtändige Amneſtie zugeſichert erhalten hätten, neuerdings vor Gericht ſtellten. Die Uebereinkunft von Mamers, fügt das Journal hinzu, werde indeß nicht ungeſtraft verletzt worden ſeyn.

Teutſchland.

Am 13. Mai in der Frühe ſind Ihre königl. Hoheiten der Kronprinz und die Kronprinzeſſinn von Preußen von Dresden über Leipzig und Deſſau nach Berlin abgereiſt. Se. Majeſtät der König von Sachſen und die Prinzen und Prinzeſſinnen des königlichen Hauſes, ſo wie Ihre Majeſtät die verwitwete Königinn von Baiern, haben das Sommerhoflager in Pillnitz bezogen.

Stuttgarter Blätter vom 11. Mai ſprechen, ohne nähere Angabe des Grundes oder der Perſonen, von einigen Verhaftungen, die in den letzten Tagen daſelbſt vorgenommen worden. — Dem vom Oberamt Geißlingen zum Abgeordneten gewählten Kriegsrath Römer (einem der bekannteſten Sprecher der Oppoſition) iſt der zum Eintritt in die Kammer nachgeſuchte Urlaub verweigert worden. Eine Entſcheidung über die Urlaubsgeſuche der andern zu Abgeordneten gewählten Staatsdiener iſt noch nicht bekannt.

Wien, den 17. Mai.

Geſtern, Donnerſtag den 16. Mai, hatte der am hieſigen Hoflager neu accreditirte Botſchafter Sr. Majeſtät des Königs der Franzoſen, Graf von St. Aulaire, Pair von Frankreich, die Ehre, Sr. k. k. Majeſtät in einer beſondern Audienz ſeine Beglaubigungsſchreiben zu überreichen. — Unmittelbar darauf geruhten Ihre Majeſtät die Kaiſerinn den Botſchafter in Allerhöchſtihrem Appartement zu empfangen.

Am 17. Mai war zu Wien der Mittelpreis der

Staatsſchuldverſchreibungen zu 5 pCt. in CM.	92 11/16;
detto detto zu 4 pCt. in CM.	83 7/16;
Darlehen mit Verlooſ. v. J. 1820, für 100 fl. in CM.	189 3/4;
detto detto v. J. 1821, für 100 fl. in CM.	134 3/4;
Wiener Stadtbanco-Obligat. zu 2 1/2 pCt. in CM.	53;
Conv. Münze pCt. ——;	

Bankactien pr. Stück 1211 in C. M.

Hauptredacteur: Joſeph Anton Edler von Pilat.

Verleger: Anton Strauß ſel. Witwe in der Dorotheergaſſe Nr. 1108.

Digitized by Google

Nro. 139

Oeſterreichiſcher Beobachter.

Sonntag, den 19. Mai 1833.

Meteorologiſche Beobachtungen vom 17. Mai.	Zeit der Beobachtung.	Barometer auf 0° Reaumur reducirt. Pariſer Maß.	Wiener Maß.	Thermometer Reaumur.	Wind.		Witterung
	8 Uhr Morg.	27.619	28 Z. 4 L. 7 P.	+ 18.5	S.	ſtill.	heiter.
	3 Uhr Nachm.	27.593	28 4 3	+ 23.8	OSO.	ſchwach.	—
	10 Uhr Abends.	27.606	28 4 5	+ 16.7	SO.	—	—

Frankreich.

Die Pairskammer fuhr am 8. April in Erörterung des Expropriationsgeſetzes fort, und kam bis zum 21ſten Artikel.

Die Deputirtenkammer entſchied ſich am 8. Mai rückſichtlich der Municipaladminiſtrationen für einen Mittelweg zwiſchen dem Regierungsentwurfe und dem der Commiſſion. Vergebens trat Hr. Thiers noch einmal als warmer Vertheidiger größerer Centraliſation und unbedingter Abhängigkeit der Gemeinden auf; Hr. Odilon-Barrot bekämpfte ihn, und auch Hr. Mauguin (obgleich er zu verſtehen gab, daß ſein liberaler College zu weit gehe, und daß man die Kraft der Einheit, der Frankreich ſo Vieles verdanke, keineswegs zerſtören dürfe) wies darauf hin, daß man nur die Beiſpiele des Auslandes, namentlich Teutſchlands, benützen dürfe, um ſich zu überzeugen, daß ſelbſtſtändig verwaltende Gemeinden keineswegs zur Verſchleuderung geneigt ſeien und bankerott werden, wie die Miniſter behaupten wollten. Die HH. Gillon und Vivien ſchlugen ein Amendement zu dem Commiſſionsentwurfe vor. Beide gingen inſofern von demſelben Principe aus, als weder die Commiſſion noch die HH. Gillon und Vivien die Nothwendigkeit einer ausdrücklichen Gutheißung der höheren Autorität für die Entſcheidungen der Municipalräthe annahmen, ſondern nur das Recht des Veto's anerkannten. Die Commiſſion ſchlug vor (im Artikel 7), den Municipalräthen folgende Attributionen zu geben: 1) die Verwaltung der Gemeindegüter, und die Bedingungen der Pachte, welche nicht über neun Jahre gehen. 2) Die Repartirung und die Genußweiſe der Weiden, Holzungsrechte und Allmendfrüchte. 3) Die Reglements rückſichtlich des Uebertriebes und der Triftgerechtigkeit. 4) Die Annahme oder Zurückweiſung von Vermächtniſſen. 5) Die Gemeindegebietstheilungen zum Behufe der Municipalpolizei. 6) Die Communalausgaben. 7) Die Ernennung und Abſetzung der Feldwächter. — Das Amendement des Hrn. Gillon ſtrich von dieſen Attributionen das Recht, die Privatvermächtniſſe anzunehmen oder zurückzuweiſen, ſo wie die Befugniß, das Gemeindegebiet in Municipalpolizeibezirke zu theilen. Außerdem wollte die Commiſſion, daß die Deliberationen der Municipalräthe in volle Rechtskraft übergehen, dreißig Tage nach dem Datum der Recepiſſe, vorbehaltlich der durch die Artikel 28 und 29 der Municipalorganiſation vorgeſehenen Fälle. Das Amendement des Hrn. Gillon beſchränkte dieſes Princip ſehr; darnach gehen die Deliberationen nur dann in Rechtskraft über, wenn die obere Behörde ſie nicht vor dem Ablaufe von dreißig Tagen reformirt, ſei es von Amtswegen, ſei es auf die Reclamation einer der betheiligten Parteien. Hr. Thiers ſetzte zu dieſem Paragraphen noch den Zuſatz durch: „Sei es wegen förmlicher Verletzung des Geſetzes.“

Das Journal du Commerce iſt faſt das einzige Journal, welches das am 6. Mai von der Kammer verworfene Syſtem der Commiſſion vertheidigt. „Drei Syſteme,“ ſagt es, „waren in der Kammer einander entgegengeſtellt. Hr. Thiers und die miniſterielle Partei verwarfen die Befreiung und Emancipation, weil ſie die urſprüngliche Freiheit, die Individualität der Gemeinden läugnen; Hr. von Sade und deſſen Freunde, die für das Princip der Freiheit ſind, und die allgemeine und unverzügliche Emancipation der Gemeinden verlangt haben; endlich die Commiſſion, die wie dieſe die virtuelle Unabhängigkeit der Gemeinden anerkennt, aber ſie nur diejenigen, die emancipirt werden können, will genießen laſſen. Die Commiſſion allein ſcheint uns hier bei dem Wahren geblieben zu ſeyn, nicht weil ſie mit zwei entgegengeſetzten Meinungen ſich verträgt und ſich aus Schwäche in ein Juſtemilieu ſtellte, ſondern weil ſie die Natur der Dinge anerkennt, weil ſie das Recht zugleich damit ausruft, daß ſie ſich der Macht der Thatſache unterwirft, und weil ſie endlich auf die Gemeinden das Princip anwendet, welches der Geſetzgeber für die Individuen aufgeſtellt hat. Man kann inzwiſchen, wenn man auch die Lehre des Berichterſtatters zugeſteht, mit ihm über das Maaß von deren Anwendung verſchieden denken. So hält Hr. Prunelle die Städte von wenigſtens 3000 Seelen für die einzigen in Frankreich, die aufgeklärt genug ſeien, um ſich ſelbſt zu verwalten, während Hr. Jouffroy, ein anderes Mitglied der Commiſſion, die nöthige Capacität in den Gemeinden von wenigſtens 1000 Einwohnern findet. Man kann zu Gunſten dieſer Anſicht ſagen, daß, da die Wichtigkeit der Municipalſache und die Einkünfte der Gemeinden gemeiniglich mit ihrer Bevölkerung im Verhältniſſe ſtehen, kein ſehr ernſter Nachtheil aus einer etwas beſchleunigten Emancipation hervorgehen würde.“

Die Tribune fährt fort, die Sache der Centraliſation mit Wärme zu vertheidigen. „Man organiſirt ſich,“ ſagt ſie, „man macht es ſich bequem; damit, ſagt der Egoismus, hat man Opfer genug gebracht, wir wollen jetzt ausruhen. Mag der Sturm kommen, wir ſind im Hafen; unſere Municipalität beſchützt uns, unſere Sachen gedeihen; das Vaterland darf nur eine Auflage von uns verlangen; wir bezahlen ſie, wir ſind in Ordnung mit ihm; ſchlafen wir alſo ruhig. Auf dieſe Art erſtickt man alle großherzigen Gefühle, alle Hingebung, alle Opfer. Frankreich hat eine große Verrichtung auf dem Continente zu erfüllen; ihm gebührt der Ruhm, Europa voranzugehen. Zu dieſem Werke gehört perſönliche Verläugnung und Muth. Mit einer Nation aber, die das monotone und flache Le-

Digitized by Google

den der Privat- und Familienintereſſen hinſchlummert, kann man nicht zu dieſem Ziele gelangen. Mit ſolcher Mattigkeit erreicht man nichts Großes."

Der in Douay erſcheinende Liberal enthält folgendes vertrauliche Schreiben, das der Präfeet des Norddepartements, Hr. Mechin, an die Unterpräfeeten dieſes Departements erlaſſen hat und welches wahrſcheinlich durch die Veruntreuung eines Beamten in den Beſitz jenes Blattes gekommen iſt: „Herr Unterpräfeet! Die Regierung hat erfahren, daß die Geſellſchaft „Hilf dir, ſo wird dir der Himmel helfen!" ihre Verbindungen benutzt, um in den Departements Vereine zu Gunſten der Preßfreiheit zu ſtiften. Aus einem, in einer Generalverſammlung erſtatteten, Berichte erhellt, daß die Organiſation in 35 Departements, unter denen ſich das des Nordens befindet, bereits beendigt iſt. Benachrichtigen Sie mich doch, ob dieſer Verein viele Theilnehmer in Ihrem Bezirke zählt, und theilen Sie mir über das Anſehen, in dem die Mitglieder ſtehen, und über die Arbeiten des Vereins alle Notizen mit, die ſie ſich verſchaffen können."

Der von der Regierung mit einer diplomatiſchen Miſſion nach Alexandria geſandte Baron Boisleeomte wird von Offizieren vom Generalſtabe begleitet, die ſich von dort zu Lande nach Konſtantinopel begeben und dabei genau denſelben Weg einſchlagen ſollen, den Ibrahim Paſcha mit ſeiner Armee genommen hat. Man erwartet, daß ſie nützliche Materialien für die Statiſtik und Geographie jener Länder zurückbringen werden.

Die Regierung hat den italieniſchen Flüchtling, Grafen Bertola, der wegen ſeiner Verbindung mit den Pariſer Republikanern von Paris nach Bourges verbannt worden war, jetzt ganz aus Frankreich verwieſen, weil derſelbe im fortdauernden Briefwechſel mit den Republikanern ſtand und ſich mehrere republikaniſche Pamphlets hatte ſenden laſſen. Zugleich iſt ihm verboten worden, bei ſeiner Abreiſe die teutſche und ſchweizeriſche Grinze zu überſchreiten.

Briefe aus Tunis vom 4. April ſtellen den Ausbruch der Feindſeligkeiten zwiſchen der ſardiniſchen Marine und dem Bey von Tunis als nahe bevorſtehend dar. Der ſardiniſche Geſchäftsträger hatte ſich Tages zuvor zu dem Bey begeben, um ihm ſein Ultimatum zu überreichen und hinzugefügt, daß, wenn nicht binnen acht Tagen die Forderungen der ſardiniſchen Regierung erfüllt wären, dieſelben durch Kanonenſchüſſe unterſtützt werden würden. An demſelben Tage verſammelte der ſardiniſche Conſul ſeine in Tunis lebenden Landsleute und ertheilte ihnen die Weiſung, alle Geſchäfte einzuſtellen und ſich jeden Augenblick zur Einſchiffung bereit zu halten. Die Conſuln von Frankreich und England, die dem Bey ihre Beſorgniſſe zu erkennen gegeben hatten, erhielten von demſelben eine ſchriftliche Antwort, worin es heißt: „Wir verbürgen uns für die Perſonen und das Eigenthum der Franzoſen, Engländer und andern in dieſer Reſidenz und den andern Städten lebenden Europäer, und haben ausdrücklichen Befehl ertheilt, Ihre Nationen gut zu behandeln. Sie konnen daher frei von allem Verdacht und aller Beſorgniß ſeyn."

Am 9. Mai 5Peecents Fin Courant geſchloſſen zu 102 Fr. 90. 3Pereents Fin Courant geſchloſſen zu 77 Fr. 80. — Am 10. Mai um 1¼ Uhr Nachmittags 5Pereents 102 Fr. 80. 3Pereents 77 Fr. 80.

Portugal.

Ein Privatſchreiben aus Liſſabon vom 20. April ſagt: „Die Keankheit, welche ſeit einiger Zeit unſer Publieum erſchreckt, und von den Aerzten Cholera endemica, von andern Cholera ſporadica genannt wird, iſt zuerſt in Seiral, einem Dorfe auf der ſüdlichen Seite des Tajo, ausgebrochen, und zeigte ſich gleichzeitig in den Gefängniſſen. Bis jetzt hat ſie nur Leute aus den niedrigſten Claſſen ergriffen und wenig Fortſchritte gemacht. — Die Angelegenheiten des Landes werden ſich nun bald zu Gunſten der guten Sache wenden müſſen; die Kriſis iſt nahe."

Spanien.

Durch ein von dem Miniſter des Innern unterzeichnetes Deeret vom 23. April iſt die Generalpoſtdireetion ermächtigt worden, zur Vollendung der im Bau begeiffenen geoßen Straße von Madrid nach Valencia eine Anleihe von drei Millionen Realen zu machen.

Der Kriegsminiſter hat unterm 24. April ein neues Rundſchreiben an die Generaleapitäne gerichtet, worin er wiederholt einſchärft, die Parteien mit größter Wachſamkeit zu beobachten, und die königlichen Freiwilligen, wenn deren Ergebenheit gegen den König nicht vollkommen ſicher iſt, zu entwaffnen. In mehreren Dörfern in der Nähe der Gebirge Arragoniens haben ſich carliſtiſche Banden gezeigt.

In der Nacht vom 16. auf den 17. April ſind in der Provinz Murcia, die im Jahre 1829 von einem furchtbaren Erdbeben heimgeſucht wurde, und namentlich in den Städten Carthagena und Orihuela und den Dörfern Almoradi und Torrevieja, ziemlich heftigr Erderſchütterungen gefühlt worden. Auf einigen Puneten der gegenüberliegenden afrikaniſchen Küſte iſt dieſelbe Erſcheinung eingetreten.

Türkei.

Die Agramer Zeitung meldet von der Unna unterm 23. April: „Der Rebellenhäuptling Muhamed Bey Bißcolvics hob vor einigen Tagen die Belagerung der Feſte Oſtroſſacz auf, indem die Beſatzung ſich, Trotz der wiederholten Aufforderung, zu keiner Capitulation verſtehen wollte, und er auch kein ſchweres Geſchütz hatte, um die Feſte beſchießen zu konnen. Die Gutgeſinnten fingen alſo an, neue Hoffnung zu ſchöpfen, und man erwartete mit Zuverſicht den, ſchon oft angekündigten Sueeurs von Seite des Weſirs. Aber leider entſprach der Erfolg keineswegs der gefaßten Hoffnung. Die Söhne des berüchtigten Haſſan Aga Peesky, Daud und Huſſein Aga, welche im verfloſſenen Jahre ſammt dem Vater zum Großweſir abgeführet wurden, und die man für todt hielt, kamen plötzlich in Peesky an. Auf ihre Veranſtaltung fand am 19. April zu Czaſin im Lager des Muhamed Bey eine gemeinſchaftliche Berathung Statt. Die Türken des Oſtroſſaezer und eines Theiles des Kruppaer Capitanats, ſchwangen in Folge derſelben die Fahne des Aufruhres und eilten zu dem beſagten Rebellenhäuptling. Da dieſer ſeine Schaar bedeutend verſtärkt ſah, rückte er wieder gegen Oſtroſſacz vor, verdrängte die albaneſiſchen Milizen aus der Vorſtadt in die Citadelle, beſetzte alle Zugänge, ſchnitt jede Communication mit dem Waſſer ab, und ließ eine Menge Sturmleitern machen. Die Beſatzung, welche ſich ohne Lebensmittel, ohne Waſſer und ohne alle Ausſicht auf einen baldigen Entſatz fand, wartete den Sturm nicht ab, ſondern zog am 21. April, ohne von den Rebellen beunruhigt zu werden, nach Kruppa ab. Muhamed Bey verlegte unverzüglich darauf ſein Hauptquartier nach Oſtroſſaez. Man beſorgte ſtark, daß dieſer von den Rebellen errungene Vortheil bei der herrſchenden Stimmung der Gemüther ihre Partei ſehr vermehren werde. Die Bedrückungen und Erpreſſungen, denen das Landvolk, beſonders die chriſtlichen Unterthanen, bei dieſen inneren Fehden und bei der eingeriſſenen Anarchie ausgeſetzt ſind, gehen über alle Beſchreibung. Nur die baldigſte Herſtellung und Begründung der Mach-

Digitized by Google

und des Anſehens der rechtmäßigen Regierung könnte die Drangſale und das gänzliche Verderben abwehren. Haben wir aber, ſo wie die Sachen ſtehen, Ausſichten dazu?"

Großbritannien und Irland.

Am 5. Mai gab der ruſſiſche Botſchafter dem Herzog von Braunſchweig ein Diner, zu dem unter Andeen die Lords Palmerſton und John Ruſſell, der Baron von Bülow, der Marquis von Clanricarde und der Graf von Harrowby eingeladen waren.

Der Courier vom 7. Mai ſagt: „Der Entſchluß aller Volksclaſſen, auf Abſchaffung der Häuſer- und Fenſterſteuer zu beſtehen, wird ſtündlich feſter. So lange es noch bei Verſammlungen bleibt, geht es immer an; aber nicht gern möchten wir das Getriebe politiſcher Unionen dem Unterhauſe entgegenarbeiten ſehen. So wied es denn jetzt ein Unterhaus außerhalb des Hauſes geben, welches über dem drinnen ſteht. Aller erfolgloſe Widerſtand gegen die Wünſche des Volkes vermehrt nur den Hang zu ſolchen und macht ihn zur Gewohnheit. Es muß eine duechgreifende Reviſion des jetzigen Beſteuerungsſyſtems vorgenommen werden. Das Volk wird eine Steuer nach der andern abgeſchafft haben wollen, und bei jedem Schritt werden die Miniſter und das Unterhaus geſchlagen und übermeiſtert werden. Es iſt jetzt ſchwer, zu ſagen, wo eigentlich die Regierung des Landes ſich befindet. Man hat keinen feſten Plan, kein beſtimmtes Syſtem. Alles wied der Zeit, den Umſtänden und einem glücklichen Zufall überlaſſen. Das einzige Syſtem, wornach man noch handelt, iſt ein Syſtem von Ausflüchten und Auskunftsmitteln."

Die Morning-Poſt ſpricht die Hoffnung aus, daß in Weſtminſter weder Sir John Hobhouſe, noch Oberſt Evans, ſondern Hr. Escott gewählt werden wüede, erſtens, weil er ein unerſchütterlicher Gegner der längeren Beibehaltung dee Häuſer- und Fenſterſteuer, und zweitens, weil er ein Mann von glänzenden Talenten und ſtrenger Rechtlichkeit ſei.

Am 7. Mai Früh fand die bereits angekündigte Verſammlung der Einwohner der Kirchſpiele St. Andrew (Holborn) und St. George (Middleſex) Statt, um über die in Folge der Verwerfung des Antrages auf Abſchaffung der Häuſer- und Fenſterſteuer zu ergreifenden Maaßregeln zu berathſchlagen. Dee Vorſitzer, Hr. Tooke, ſprach ſeinen Unwillen über das von den Miniſtern und dem Unterhauſe befolgte Verfahren aus. Es wurden mehrere Beſchlüſſe über die Ungerechtigkeit und das Drückende der Häuſer- und Fenſterſteuer einſtimmig angenommen und eine Deputation ernannt, um dem Kanzler der Schatzkammer Vorſtellungen zu machen. Auch ſetzte man ein Comité nieder, welches mit den Comités in andern Kirchſpielen zur Erreichung des gewünſchten Zweckes zuſammenwirken ſoll.

Ein Londoner Blatt, welches ſich gegen die unverzügliche Abſchaffung der Sclaverei ausſpricht, gibt zur Unterſtützung ſeiner Anſicht folgende fünf Gründe an: 1) Würde die unmittelbare Freilaſſung der Sclaven dieſelben in die äußerſte Noth verſetzen, da ſie bishee lediglich von ihren Herren erhalten worden; 2) wären die Schwarzen noch zu ſehr in der Bildung zurück, als daß man ihnen überhaupt Freiheit zugeſtehen dürfe; 3) ſei es notoriſch, daß ein großer Theil der Schwarzen die Freiheit nicht wünſchte, weil ſie die Vortheile ihrer jetzigen Lage einſähen; 4) müſſe die Entſchädigung, welche man billiger Weiſe den jetzigen Beſitzern nicht verweigern dürfe, dem ſchon ſo gedrückten engliſchen Volke zur Laſt fallen; und endlich 5) wüßten gerade diejenigen Perſonen, welche am lauteſten auf Abſchaffung der Sclaverei dringen, am wenigſten von dem eigentlichen Zuſtande der Colonien, und verdienten ihre Empfehlungen daher nur eine ſehr bedingte Berückſichtigung.

Die teutſche Opeengeſellſchaft führte am 6. Mai zum erſten Male auf dem Druryläne-Theater Beethovens Fidelio auf. Mad. Schröder-Devrient und Hr. Haitzinger ſangen wieder die beiden Hauptparthien, Leonore und Floreſtan, und die Londoner Zeitungen können die vollendete Meiſterſchaft ihres Geſanges und Spiels nicht genug rühmen. Von der Erſteren ſagt der Courier unter Andern: „Zwar mögen die Worte, welche ſie ſpricht, dem Auditorium im Ganzen fremd geweſen ſeyn, aber ihr Spiel und ihre Stimme reden eine Sprache, die Jeder, der ſie ſieht und hört, fühlen und verſtehen muß. Das Terzett im Kerker zwiſchen Rokko, Floreſtan und Leonore machte einen gewaltigen Eindruck auf die Zuhörer. Wer das teutſche Theater nicht kennt, hat gar keine Vorſtellung davon, welche Wirkung die Muſik hervorzubringen vermag; ſo ganz verſchieden iſt die teutſche Schule in jeder Hinſicht von dem auf unſeren Bühnen üblichen Gebrauch, und der Erfolg iſt denn auch über alles glänzend und ergreifend."

Preußen.

Der Oberpräſident der Provinz Poſen, Hr. Flottwell, hat unterm 4. d. M. nachſtehende Bekanntmachung erlaſſen: „Bereits unterm 1. Juli v. J. habe ich mich veranlaßt gefunden, durch eine öffentliche Bekanntmachung auf die geſetzlichen Vorſchriften aufmerkſam zu machen, welche die heimliche Aufnahme und die Beförderung der Flucht von Perſonen, zu deren Anzeige die Einſaſſen dieſer Provinz ausdrücklich aufgefordert worden, unter Androhung einer Gefängnißſtrafe von 14 Tagen bis 3 Monaten verbieten. Durch eine höhere Anordnung werde ich verpflichtet, dieſe Beſtimmungen abermals in Erinnerung zu bringen, indem es auf unzweifelhafte Weiſe bekannt geworden iſt, daß mehrere von den aus den Pohlendepots in Frankreich heimlich entwichenen Mitgliedern der vormaligen polniſchen Inſurrectionsarmee, durch dieſe Provinz theils heimlich, theils unter falſchen Päſſen unter dem Schutze hieſiger Unterthanen nach Polen zurückgekehrt ſind, und dort neue Verſuche zur Störung der öffentlichen Ruhe gewagt haben, welche dem dießſeitigen Gouvernement nach den deßhalb bereits gemachten Erfahrungen nicht gleichgültig bleiben können. Ich wiederhole deßhalb nicht bloß das ausdrückliche Verbot gegen die heimliche Aufnahme aller fremder Unterthanen, und insbeſondere der aus Frankreich oder andern Ländern zurückkehrenden Mitglieder der vormaligen polniſchen Inſurrectionsarmee, ſo wie der revolutionnären Regierung, ſondern erneuere auch die allen Einſaſſen dieſer Provinz obliegende Verpflichtung, alle dergleichen Individuen, ſobald ihnen ihr dießſeitiger Aufenthalt bekannt wird, der nächſten Ortspolizeibehörde und zugleich dem betreffenden Landrathamte anzuzeigen. Ich bringe zugleich den Ortspolizeibehörden — Magiſtraten und Woytämtern — die ſchwere Verantwortung in Erinnerung, welche ſie treffen wird, wenn ſie auf dergleichen oder auf jedem andern Wege ihnen zugehende Anzeigen es unterlaſſen, die Legitimation ſolcher Individuen ſtrenge zu prüfen, und mit ihnen nach den von den königl. Regierungen ertheilten Anweiſungen zu verfahren."

Schweizeriſche Eidgenoſſenſchaft.

Der Regierungsrath von Bern ließ jüngſthin ein Verzeichniß aller in der Stadt wohnenden Perſonen, welche bei Anlaß des Septemberlärmens vom vorigen Jahre in Unterſuchung gezogen worden waren, ausfertigen, lithographi-

ren und ſämmtlichen Behörden und Beamten austheilen. Zugleich erging der Befehl an den Regierungsſtatthalter, dieſe Leute, ungefähr 200 an der Zahl, von denen noch kein einziger richterlich beurtheilt worden iſt, aus der Stadt zu entfernen. Seit drei Wochen wird die Expulſion ſucceſſiv betrieben. In Abtheilungen von 10 bis 20 werden ſie vor den Regierungspolizeidirector Waae beſchieden und ihnen der Befehl eröffnet, auf unbeſtimmte Zeit die Stadt, oder, wenn ſie cantonsfremd ſind, das Land zu räumen. Auf dieſe Weiſe haben ſchon über 50 Handwerker Familie und Erwerb zurücklaſſen müſſen; die Familien fallen großtentheils der milden und hülfreichen Hand der Stadt anheim. — Die im Canton ſich aufhaltenden Polen wurden durch vieles Zureden bewogen, ſich unmittelbar mit dem franzöſiſchen Botſchafter in Verbindung zu ſetzen, aber die Unterhandlung ſoll an ihren ungereimten Forderungen geſcheitert ſeyn. Es heißt, ſie haben verlangt, daß Frankreich ſie erſt wieder zurückrufe, worauf ſie dann ihre Bedingungen eingeben würden. Inzwiſchen ſollen in der Stadt Bern Zuſammenkünfte zwiſchen einzelnen polniſchen Offizieren, radicalen Mitgliedern der Regierung und neuenburgiſchen Aufrührern Statt finden.

Die im Canton Solothurn ſich aufhaltenden Polen, ungefähr 30 an der Zahl haben am 1. Mai denſelben verlaſſen und ſich nach Wangen im Canton Bern begeben; hier wurden ſie zurückgewieſen. In Solothurn wieder angelangt, theilten ſie dem Staatsrathe den erhaltenen Befehl mit, welcher nach dreiſtündiger Berathung beſchloß, daß es bei dem früheren Beſchluſſe, der die Polen aus dem Cantone weist, ſein Verbleiben haben ſolle, und daß er ihnen keine Hülfsgelder bewilligen könne. — Der Staatsrath von Freiburg, an den ſich die in Seignelegier befindlichen Polen um Gewährung eines Zufluchtsortes und einiger Geldhülfe gewendet haben, ſoll ihnen als Antwort 400 Fr. zugeſendet haben. — Die Regierung von Uri hat in Erwiederung des die Polen betreffenden Kreisſchreibens dem Vorort erklärt, daß dieſe Angelegenheit ihrer Bedeutung und Folgen wegen nicht bloß eine Cantonalangelegenheit ſeyn könne, und hat demnach vom Vorort verlangt, daß er den Stand Bern durch geeignete Schritte dahin vermöge, die Rückkehr der Polen nach Frankreich zu bewirken.

Es verbreitet ſich das Gerücht, daß die Lostrennungen im Canton Schwyz und Baſel und die Zerſtückelung der Cantonsſtimmen leicht zur Folge haben könnte, daß auch der Canton St. Gallen ſich in fünf Landestheile aufloſe: Sarganz, Toggenburg, Rheinthal, Fürſtenland und St. Gallen, weil dadurch die Regierung, wie in Appenzell, wohlfeiler würde.

Die Tagſatzung in Zürich konnte in ihrer Sitzung vom 2. Mai wieder zu keinem Beſchluſſe gelangen, weder über die Polen, noch über die Garantie der Verfaſſung der ſogenannten Baſel-Landſchaft.

Teutſchland.

Frankfurter Blätter melden aus Gießen vom 9. Mai: „In Folge bei dem hieſigen Univerſitätsrichteramte eingetroffener, wie man ſagt, auf politiſches Treiben bezüglicher Nachrichten hat dahier vor mehreren Tagen eine Durchſuchung der Stuben und Papiere mehrerer Studenten und eine Vernehmung derſelben Statt gefunden. — Unſerer Polizei iſt es vor Kurzem gelungen, bei einem Manne, welchem ſchon vor längerer Zeit eine Quantität Flugſchriften abgenommen wurde, wieder eine ſolche aufzufinden und zu confiſciren. — In Bezug auf die von mehreren öffentlichen Blättern mitgetheilte Nachricht wegen Verlegung der hieſigen Univerſität nach der Reſidenzſtadt Darmſtadt, ſehen wir uns veranlaßt, zu erklären, daß von einer ſolchen Verlegung weder die Rede iſt, noch nach den für das Aufblühen unſerer Univerſität neuerdings getroffenen Anſtalten die Rede ſeyn kann.“

Dem Schwäbiſchen Merkur zufolge, hat der Kriegsrath Romer, welchem, wie ſchon erwähnt, der Urlaub zum Eintritte in die würtembergiſche Ständeverſammlung verweigert worden, ſeine Entlaſſung aus dem Staatsdienſte verlangt.

Wien, den 18. Mai.

Se. k. k. Majeſtät haben dem Commandanten der ruſſiſch-kaiſerlichen Fregatte „Fürſtinn Lowicz,“ Capitän Bologorsky, als Merkmahl der allerhöchſten Gewogenheit für die freundſchaftliche Art, womit ſelber den von Konſtantinopel zurückreiſenden k. k. Internuntius, Freiherrn von Ottenfels, nach deſſen an der neapolitaniſchen Küſte erlittenen Schiffbruche, aus eigenem Antriebe an ſeinen Bord einlud, und von Brindiſi nach Trieſt überführte, einen koſtbaren Brillantring, der Mannſchaft beſagter Fregatte aber eine Gratification von 400 Ducaten in Gold huldreichſt zu bewilligen geruht.

Am 18. Mai war zu Wien der Mittelpreis der

Staatsſchuldverſchreibungen zu 5 pCt. in CM.	92⁴/₈;
detto detto zu 4 pCt. in CM.	83¹/₄;
Darleh. mit Verlooſ. v. J. 1820, für 100 fl. in CM.	——;
detto detto v. J. 1821, für 100 fl. in CM.	134¹/₄;
Wiener-Stadtbanco-Obligat. zu 2¹/₂ pCt. in CM.	53;

Kurs auf Augsburg für 100 Gulden Curr., Gulden 98¹/₄ Uſo. 2 Monat. — Conv. Münze pCt. ——;

Bankactien pr. Stück —— in CM.

Von den Notizen über Production, Kunſt, Fabriken und Gewerbe, herausgegeben durch das Ausſtellungsbureau aller Natur-, Kunſt- und Gewerbsproducte des öſterreichiſchen Kaiſerſtaates, iſt die achte, neunte und zehnte Lieferung erſchienen, die im Ausſtellungsbureau, große Schulerſtraße Nr. 824, und in der Carl Gerold'ſchen Buchhandlung am Stephansplatze zu haben ſind. An beiden Orten wird auch Pränumeration auf dieſe gemeinnützigen Blätter angenommen.

Hauptredacteur: Joſeph Anton Edler von Pilat.

Verleger: Anton Strauß ſel. Witwe in der Dorotheergaſſe Nr. 1108.

Im Comptoir des Oeſterr. Beobachters iſt das vierte Heft der öſterr. milit. Zeitſchrift 1833 erſchienen. Dieſes enthält folgende Aufſätze: I. Den Zug der Alliirten in die Champagne 1792. Erſter Abſchnitt. — II. Die Ausrüſtung und Verwendung des öſterreichiſchen Pioniers im Felde. — III. Geſchichtliche Skizze der Kriegsereigniſſe in Tirol im J. 1809. Schluß des erſten Abſchnittes. — IV. Biographie des k. k. Gen. der Kav. und Hofkriegsraths-Präſidenten Grafen von Frimont, Fürſten von Antrodocco. (Fortſetzung.) — V. Kartenankündigung. — VI. Die neueſten Militärveränderungen. — In dieſem Comptoir wird Pränumeration auf den Jahrgang 1833 dieſer Zeitſchrift mit 9 fl. 36 kr. C. M. angenommen.

Nro. 140

Oeſterreichiſcher Beobachter.

Montag, den 20. Mai 1833.

Meteorologiſche Beobachtungen vom 18. Mai.	Zeit der Beobachtung	Barometer auf 0° Reaumur reducirt. Pariſer Maß.	Wiener Maß.	Thermometer Reaumur.	Wind.		Witterung.
	8 Uhr Morg.	27.796	28 Z. 5 L. 8 P.	+ 18.0	SO.	ſchwach.	heiter.
	3 Uhr Nachm.	27.696	28 5 7	+ 21.4	SO.	——	——
	10 Uhr Abnds.	27.687	28 5 5	+ 17.1	SO.	——	——

Portugal.

Der Brigg Royaliſt, welcher am 6. Mai Morgens in Falmouth eingelaufen iſt, hat Nachrichten aus Liſſabon bis zum 28. April und aus Oporto bis zum 1. Mai mitgebracht. Seit dem Angriff auf den Monte de Covello (am 9. April) hatte kein weiteres Gefecht vor Oporto Statt gefunden. Die von dem Royaliſt mitgebrachten Briefe aus Oporto ſind voll von Details über die Intriguen, die fortwährend in Oporto unter den nächſten Umgebungen Dom Pedro's geſpielt werden (ſiehe unten das Schreiben aus der Times.), und neuerlich die Abſetzung des Juſtizminiſters D. Antonio Magalhaens zur Folge gehabt haben. — Die Zwiſtigkeiten mit Sartorius waren bei der Abfahrt des Royaliſt weit entfernt beigelegt zu ſeyn, da ſeine Forderungen für rückſtändigen Sold ſeiner Mannſchaft, die auf 16,000 Pf. St. angegeben werden, nicht beſeitigt werden konnten. Am Morgen des 1. Mai, an welchem der Royaliſt. von Oporto abſegelte, war Admiral Saetorius mit ſeiner Escadre wieder nach der Bai von Vigo abgefahren, nachdem er die Drohung wiederholt hatte, nach England abzuſegeln, wenn ihm das Geld nicht binnen kurzer Zeit ausgezahlt werden würde.

Die Times meldet Folgendes in einem Privatſchreiben aus Oporto vom 20. bis 23. April: „Wir haben bis jetzt keine weiteren Gefechte gehabt; aber in den beiden vergangenen Nächten wurden ungefähr 330 franzöſiſche Soldaten gelandet; alle vollkommen und gut gekleidet, und dem Anſchein nach geſunde und kräftige Leute. 21. April. — Die Belagerungsarmee wurde geſtern von Dom Miguel gemuſtert, und Dom Pedro ſah ſeinen Bruder deutlich von der Höhe unſerer Linie; wahrſcheinlich war die Erkennung gegenſeitig. Es wird erzählt und geglaubt, daß Dom Miguel einen andern Oberbefehlshaber ernannt hat. Wenn die Operationen des Grafen von San Lourenço erfolgreich geweſen ſind, ſo würde dieß nicht allein ein unnützer, ſondern auch ein unvorſichtiger Schritt ſeyn. Dießſeits bedauere ich, eine Veränderung im Miniſterium anzeigen zu müſſen. Magalhaens, der Juſtizminiſter, iſt durch Guerreiro erſetzt worden, und andere Veränderungen werden folgen. Man fürchtet, daß die Streitigkeiten zwiſchen dem Admiral Saetorius und der Regierung noch nicht vollſtändig beſeitigt ſind. Er verlange, wie es heißt, ungefähr 12,000 Pf. St.; die Regierung entſchuldigt ſich mit Geldmangel. Er führt dagegen an, daß ſie kürzlich 80,000 Pf. St. von London erhalten habe, und behauptet, die Quittungen dafür am Bord eines brittiſchen Kriegsſchiffes geſehen zu haben. Man räumt nun zwar den Empfang dieſer Summe von Seiten der Regierung ein, verſichert aber, daß dieſelbe für Rechnung von Kaufleuten hierher gekommen ſei. Ich glaube, daß dieß mit dem größten Theile der Summe wirklich der Fall war. Obgleich der Viceadmiral wirklich unbillig behandelt worden iſt, ſo ſollte er doch nicht Unmöglichkeiten verlangen, wenn es nicht überhaupt ſeine Abſicht iſt, die Sache Dom Pedro's ganz aufzugeben. — Ich glaube, daß man binnen kurzer Zeit einen Schlag auszuführen verſuchen wird. Einige glauben, daß wir den Monte do Caſtro nehmen werden; aber die Wegnahme dieſer Poſition würde den Hafen nicht öffnen; die Batterien hinter Cabodello würden dann immer noch ſpielen können. Der Hafen iſt der Schlüſſel zu einer großen Strecke Landes; der Fluß iſt der einzige gute Weg von den reichen Provinzen des Oberdouro, und jene Diſtricte haben es bereits empfunden, wie ſehr ſie von der Stadt abhängen. Es iſt daher nicht unwahrſcheinlich, daß der Marſchall ſeine Blicke nach einer andern Seite hinwenden wird, vielleicht ſüdwärts, und wenn die conſtitutionnelle Armee nur die beiden Ufer des Fluſſes von der Stadt bis zum Meere erlangen und behaupten kann, ſo mag der Feind immerhin den Monte do Caſtro behalten. — 23. April. Die Miniſterialveränderung iſt geſtern auf ämtliche Weiſe in der Cronica angezeigt worden. Dieſes Ereigniß iſt durch die Entdeckung einer groben Intrigue gegen den Baron Solignac herbeigeführt worden; um dieſe auch nur flüchtig auseinanderzuſetzen, muß ich auf die Ankunft des Generals Solignac zurückkommen. Es waren kaum 90 Stunden ſeit ſeiner Ankunft in Oporto verfloſſen, als die Entlaſſung des Marquis von Palmella durch die Cronica bekannt gemacht wurde. Einige Tage vorher war ein neues Miniſterium ernannt worden, welchem Ereigniſſe der Marſchall durchaus fremd war. Er ließ keine Zeit verſtreichen, um dem Kaiſer vorzuſtellen, wie ſehr die Entlaſſung des Marquis von Palmella der Sache ſeiner Tochter bei den Cabineten von Frankreich und England Schaden thun müſſe, — daß die in beiden Ländern am Ruder befindlichen Staatsmänner den Marquis ſehr hoch ſchätzten, und ein Vertrauen in ſeinen loyalen und edlen Character ſetzten, welches ſie Andern nicht ſchenken konnten, von denen ſie nichts oder nur zu viel wüßten. Der Marſchall erfuhr natürlich bedeutenden Widerſtand, da die Miniſter überzeugt waren, daß ihre Macht mit der des Marquis von Palmella nicht zuſammen beſtehen könne; aber ſie waren neu ernannt, beſaßen das Vertrauen des Kaiſers, und einige Vorfälle ſprachen zu ihren Gunſten. Der Marſchall ſetzte indeſſen ſeine Vorſtellungen geraume Zeit hindurch fort, und brachte endlich den Kaiſer dahin, daß er an den Marquis von Palmella ſchrieb. Die Miniſter erfuhren es, und zwei von ihnen ſchwuren dem Marſchall tödtlichen Haß. Eine Maſſe von Intriguen wurden ſogleich angeſponnen; die hauptſächlichſte davon will ich Ihnen erzählen. — Gegen die

Digitized by Google

Mitte des Monats März geſtand der Privatſecretär des Marſchalls demſelben, daß ein franzöſiſcher Abenteurer, Namens Sombret, von dem Juſtizminiſter Antonio Magalhaens beauftragt worden ſei, ihm eine bedeutende Summe zu zahlen, wenn er die Correſpondenz des Marſchalls mit England und Frankreich, und beſonders die mit dem Capitän Glascock, ausliefern wolle. Hr. Dupau, dieß iſt der Name des Secretärs, geſtand zu jener Zeit nicht alle dieſe Umſtände; aber Alles wurde ſpäter entdeckt. Kurz, der Elende ließ ſich erkaufen, und lieferte die Correſpondenz aus. Zwei oder drei Tage nach dem 17. März ſprach der Marſchall mit dem Kaiſer über dieſen Beſtechungsverſuch, beklagte ſich, und verlangte Genugthuung. Er kam in ſeinen Unterredungen ſowohl mit dem Kaiſer als mit deſſen Lieblingsminiſter, Candido Xavier, zu verſchiedenen Malen auf dieſen Gegenſtand zurück. Mittlerweile kamen dem Marſchall verſchiedene Machinationen der Miniſter zu Ohren; man ſuchte die Meinung zu verbreiten, daß er den Intereſſen Englands und Frankreichs verkauft ſei, und man hörte von einigen Seiten das Wort „Verrath" murmeln. Sich auf ſein Gewiſſen und auf die Reinheit ſeiner Abſichten verlaſſend, ſcheint der Marſchall jene Gerüchte mit Verachtung aufgenommen zu haben. Als ihm indeſſen einige Tage darauf das Benehmen ſeines Secretärs ſehr verdächtig wurde, entſchloß er ſich, dieſer gemeinen Polizei-Intrigue mit Einem Male ein Ende zu machen, und ließ deßhalb Sombret zu ſich rufen, welcher ſich auch nach einigen Schwierigkeiten dieſem Befehle fügte. Als Sombret dem Marſchall gegenüberſtand, läugnete er jede Theilnahme an den in Rede ſtehenden Umtrieben; da er aber nicht unter dem Schutze des franzöſiſchen Conſulats ſtand, ſo deutete man ihm an, daß er ins Gefängniß wandern müſſe, wenn ſich nicht ein hieſiger Einwohner für ihn verbürge. Sombret ſchrieb zu dem Ende zwei Briefe an ſeinen Beſchützer, welche aber unbeantwortet blieben. Seines Patrons Undankbarkeit einer, und die Furcht vor dem Gefängniſſe anderer Seits veranlaßten ihn zuletzt, ein ſchriftliches Geſtändniß abzulegen. Ich habe mir dieſes intereſſante Actenſtück nicht verſchaffen können, da es ſich in den Händen des Oberſten Duvergier, eines vertrauten Adjutanten des Marſchalls, befindet; aber es ſoll einen ausführlichen Bericht über die ganze Angelegenheit enthalten. Des Marſchalls Correſpondenz und Tagebuch war ausgeliefert worden; aber zum Unglück für ſeine Feinde lieferte jedes Wort derſelben einen neuen Beweis von ſeiner Hingebung für die Sache, der er ſich gewidmet hat. Der Marſchall war unmittelbar nach Entdeckung dieſer Schändlichkeit entſchloſſen, Oporto zu verlaſſen, da er ſeine Ehre und ſeinen Ruf daſelbſt nicht länger für geſichert hielt. Es iſt ganz gewiß, daß der Oberſt Duvergier, Hr. von Lurde und einige andere Ehrenmänner die größte Mühe hatten, ihn zu bewegen, daß er Genugthuung verlangen und Oporto nicht verlaſſen möchte. Er gab endlich den Bitten ſeiner Freunde nach. Während der letzten drei Tage haben der Marſchall und die Oberſten Duvergier und St. Leger da Bemposta mehrere Beſuche im Pallaſte abgeſtattet, und man verſichert, daß ſehr ernſte Erörterungen Statt gefunden haben. Dem ſei nun wie ihm wolle, Magalhaens iſt mit Schande entlaſſen worden, und eine Perſon aus der nächſten Umgebung des Kaiſers hat mir verſichert, daß Dom Pedro ein eigenhändiges Schreiben an den Marſchall erlaſſen habe, worin er ſein Mißfallen mit dem Betragen ſeines vorigen Miniſters zu erkennen gibt, und ihm dafür dankt, daß er ſeinen gerechten Unwillen der öffentlichen Sache zum Opfer gebracht habe."

Die Liſſaboner Zeitungen bis zum 24. April enthalten keine neuen Nachrichten von der Belagerungsarmee von Oporto. In Liſſabon ſah man dem baldigen Auslaufen der durch das Linienſchiff Rainha von 74 Kanonen und das bewaffnete Transportſchiff Maya e Cardoza verſtärkten Escadre entgegen, deren vollſtändige Ausrüſtung beinahe beendigt war. Der Umſtand, daß die nöthigen Lebensmittel und Alles, was ſonſt dazu erforderlich war, von dem Marinedepartement baar bezahlt wurde, ſchien anzuzeigen, daß ſchon beträchtliche Summen von der in Paris und London abgeſchloſſenen Anleihe in den Händen der Regierung ſich befinden mußten. Da die von Sartorius befehligten Schiffe ſeit dem Gefechten vom October vorigen Jahres, den ganzen Winter hindurch, nicht ausgebeſſert worden ſind, und ſich daher in einem ſehr ſchlechten Zuſtande befanden, hegte man in Liſſabon die Ueberzeugung, daß derſelbe außer Stands ſeyn werde, die Blockade des Douro von der Seeſeite zu hindern.

Großbritannien und Irland.

Beim Beginn der Sitzung des Unterhauſes vom 7. Mai machte der Sprecher darauf aufmerkſam, daß Hr. Peaſe (der Quäcker) zum Mitglied eines zur Prüfung einer angefochtenen Wahl niedergeſetzten Ausſchuſſes ernannt worden ſei, und ſtellte es in Frage, ob hier, wo die Geſetze noch einen beſondern und förmlichen Eid verlangten, die bloße Verſicherung des Hrn. Peaſe genügend ſeyn dürfte. — Hr. O'Connell machte ſogleich den Antrag, daß die bloße Verſicherung des Hrn. Peaſe auch in dieſem Falle die Stelle eines Eides vertreten ſolle. Das Geſetz laſſe die Verſicherung der Quäcker überall an Eidesſtatt gelten, ausgenommen in zwei Fällen, nämlich als Geſchworner in Criminalſachen und als beſoldeter Beamter der Krone. Da keine dieſer beiden Ausnahmen hier Anwendung finde, ſo könne auch die Zulaſſung des Hrn. Peaſe auf ſein bloßes Wort keinem Bedenken unterworfen ſeyn. Da ſich mehrere Mitglieder in dieſem Sinne ausſprachen, ſo hielt der Sprecher es für überflüſſig, den Antrag des Hrn. O'Connell in Frage zu ſtellen, ſondern geſtattete die Aufnahme des Hrn. Peaſe in den Ausſchuß, wobei er im Protocolle verzeichnen ließ, daß dieß mit beſonderer Bewilligung des Hauſes geſchehen ſei. — Hr. R. Palmer trug auf Niederſetzung eines beſondern Ausſchuſſes an, welcher die Geſetze in Bezug auf das Fortſchaffen der irländiſchen Vagabunden und Bettler unterſuchen und Vorſchläge zur Verbeſſerung derſelben angeben ſollte. Er ſchilderte die großen Uebelſtände, welche für die engliſchen Grafſchaften aus dem Mißbrauche entſtänden, den ſo viele irländiſche Arbeiter aus der jetzt beſtehenden Geſetzgebung machten, und wie ſie häufig muthwillig den engliſchen Unterthanen zur Laſt fielen. Der Antrag wurde ohne Widerſtand genehmigt. — Lord Althorp trug demnächſt auf Niederſetzung des Ausſchuſſes an, welcher die Verwaltung der Kronländereien prüfen ſollte, und drückte bei dieſer Gelegenheit die Ueberzeugung aus, daß eine genaue Prüfung ergeben würde, wie ſehr man den Ertrag der Kronländereien übertrieben habe. Dieſer Antrag wurde genehmigt, worauf ſich das Haus, da ſich bei der Zählung nur 36 anweſende Mitglieder ergaben, vertagen mußte.

Der Fürſt Talleyrand gab am 7. Mai dem Herzog von Orleans wieder ein großes Diner. Unter den anweſenden Gäſten bemerkte man den Lordkanzler, die Herzoge von Richmond, Bedford und Argyll, den preußiſchen Geſandten, den ſardiniſchen Geſchäftsträger, die Grafen Albemarle und Denbigh, Viscount Melbourne, Lord Auckland, Sir James Graham, Hrn. Stanley und Sir Henry Halford.

Bei der Weſtminſterwahl, an die Stelle des ausgetretenen Sir J. Hobhouſe, ſtand der Poll am 9. unter den drei Candidaten folgendermaaßen: Um 11 Uhr Morgens: Evans 402, Hobhouſe 276, Eseott 139. — Um 1 Uhr Nachmittags: Evans 672, Hobhouſe 542, Eseott 368. — Um 2 Uhr Nachmittags: Evans 769, Hobhouſe 613, Escott 417.

Aus Madras ſind Zeitungen bis zum 6., und aus Calcutta bis zum 3. Jänner in London eingegangen. Den erſteren zufolge, hatte man aus dem Lager zu Bereda die Nachricht erhalten, daß es dem Capitän Bird mit dem Haupteorps ſeiner rechten Colonne gelungen war, eine ſtarke Verſchanzung der Inſurgenten zu nehmen, und ihnen bedeutenden Verluſt beizubringen. In den letzteren Zeitungen heißt es, daß unverzüglich 15 Regimenter ausgehoben, und daß an der Mündung des Indus Streitkräfte zuſammengezogen werden ſollen.

Conſols am 9. Mai 87⅞, ⅝.

Türkei.

Die Agramer Zeitung meldet von der Unna vom Anfange Mai's: „Nach dem Fall von Oſtroſſacz zogen ſich die zu Kruppa, Novi-Pridor und Banjaluka geſtandenen albaneſiſchen Milizen gegen Travnik hin. Dagegen kehrte auch der Rebellenhäuptling Muhammed Bey nach Bihacs zurück und ließ ſeine Horden auseinandergehen. — Wir vernehmen ſo eben die erfreuliche Nachricht, daß der Kiaja des Weſirs, Haſſan Bey, mit anſehnlicher Truppenzahl anrücke, und der Weſir ſelbſt nachfolgen werde. Muhammed Bey ſammelt neuerdings ſeine Horden, um dem Kiaja die Spitze zu bieten. Aber ſchon zeigt ſich die Muthloſigkeit unter dieſen Uebelgeſinnten, und wir können uns der angenehmen Hoffnung hingeben, daß ſelbe bald zu Paaren werden getrieben werden."

Frankreich.

Der Moniteur vom 11. Mai enthält folgenden Artikel: „Eine von dem General Bugeaud aus Blaye abgefertigte telegraphiſche Depeſche meldet, daß die Frau Herzoginn von Berry am 10. um halb 4 Uhr Morgens von einer Tochter entbunden worden iſt. — Das Befinden der Frau Herzoginn von Berry, ſo wie das des Kindes, iſt befriedigend."

Der Nouvelliſte zeigt an, daß die Regierung durch den Telegraphen die Nachricht erhalten habe, daß die Republikaner zu Lyon auf ihr Bankett am 12. Mai Verzicht geleiſtet haben.

Die Pairskammer kam in Erörterung des Expropriationsgeſetzes am 9. Mai bis zum 32ſten Artikel.

Die Deputirtenkammer hörte am 9. Mai die Entwicklung des bekannten Laffitteſchen Vorſchlags über die Tilgung. Hr. Duchatel ſprach dagegen, die Kammer aber wies den Antrag der zur Prüfung des miniſteriellen Entwurfes ſchon ernannten Commiſſion zu. Dann ward die Berathung über die Muncipalattributionen fortgeſetzt. Die am 8. und 9. votirten Artikel ſchließen die ganze Oekonomie des Geſetzes ein. Die Befugniſſe der Municipalgewalt ſind darin in vier Claſſen getheilt: 1) die Berathungen, die an ſich in volle Rechtskraft übergehen, mit Vorbehalt des Veto's der obern Behörde; 2) die Beſchlüſſe, welche die Billigung des Präfecten nöthig haben, d. h. alle Geldintereſſen der Gemeinden; 3) die Gegenſtände, über welche der Municipalrath ſein Gutachten zu geben hat; 4) die Inſtitutionen, deren Aufſicht ihm anvertraut iſt. Was die an ſich in Rechtskraft übergehenden Entſcheidungen umfaſſen, wurde geſtern angeführt. Rückſichtlich der Beſchlüſſe, welche die Billigung des Präfecten nöthig haben, wurde folgende von den HH. Gillon und Vivien vorgeſchlagene Faſſung angenommen: „Die Municipalräthe berathen 1) über die Erwerbungen, Veräußerungen und Austauſchungen unbeweglicher Güter; 2) über die Pachte, deren Dauer neun Jahre überſteigt; 3) über Bau-, Demolitions- und große Reparationsentwürfe; 4) über die Zahlung und Regulirung der facultativen Ausgaben aller Art, welche nur mit den jährlichen Revenuen beſtritten werden; 5) über die Anſchaffungsmittel der Ausgaben, welche die jährlichen Revenuen überſteigen; 6) über die Umlage und Erhebungsart der gewöhnlichen geſetzlichen Einkünfte jeder Art; 7) über die Verwendung der außerordentlichen Einnahmen jeder Art; 8) über die Abgränzung der Unterwegämter, ſo wie über den Bau und die Unterhaltung der Vicinalſtraßen und Wege; 9) über die vor Gericht anhängig zu machenden oder zu verfolgenden Prozeſſe; 10) über die Verträge und Unterhandlungen rückſichtlich der Gemeinde-Intereſſen; 11) über die Annahme oder Zurückweiſung der, der Gemeinde gemachten Gaben und Vermächtniſſe. Die Berathungen der Municipalräthe über obige Gegenſtände gehen nur in Rechtskraft über, ſofern ſie die Billigung der competenten Behörde erhalten haben. Der Präfect, in den Fällen wo ihm die Billigung zu geben zukommt, erkennt in der Friſt von zwei Monaten. Eine Verweigerung von ſeiner Seite muß motivirt ſeyn. Hat der Präfeet innerhalb jener Friſt ſeine Verweigerung nicht kund gethan, ſo benachrichtigt der Maire den Municipalrath davon, und wenn dieſer, nach neuer Berathung, bei ſeinem erſten Beſchluſſe beharrt, ſo geht der Beſchluß in Rechtskraft über. Die Friſt wird um drei Monate verlängert, wenn die Regierung eine nähere Unterſuchung angeordnet." Hr. Prunelle fragte, ob vorſtehender Artikel, welcher Paragraph für Paragraph angenommen wurde, auch die Deliberationen über die Budgets der Gemeinden in ſich begreiſe. Der Präſident erwiederte, hier handle es ſich nur von iſolirten Deliberationen; an die Budgets komme man ſpäter. Da Amendements vorgeſchlagen wurden, um dieſen Punct näher zu beſtimmen, wurde der ganze Paragraph noch einmal an die Commiſſion gewieſen. — Hierauf ward der 11te Artikel angenommen, lautend: „Der Municipalrath iſt ſtets berufen, ſein Gutachten zu geben über 1) das Cataſter; 2) die Gemeindegebietseintheilungen zum Zwecke der Municipalpolizei; 3) die Zählungen der Gemeindebevölkerung; 4) die Landſtraßenabſteckungen." — Art. 12. Wenn die Regierung es für paſſend hält, ſo ſchreibt ſie Unterſuchungen über die Berathungsgegenſtände des Municipalrathes vor; der letztere kann ſie gleichfalls anordnen. Angenommen. — Art. 13. Der Municipalrath iſt ſtets berufen, über alle Angelegenheiten der milden Stiftungen und Anſtalten der Gemeinden ſein Gutachen abzugeben. Angenommen.

In Bordeaux werden gegenwärtig Truppen für die Armee Dom Pedro's angeworben. Der Capitän erhält monatlich 210 Fr., der Premierlieutenant 112, der Seeondelieutenant 93, der Sergentmajor 33 Fr. 75 C., der Sergent 26 Fr. 25 C., der Unteroffizier 18 Fr. 75 C. und der Gemeine 15 Fr., die letzteren vier aber außerdem Brotrationen. Der Capitän erhält bei ſeinem Eintritt 600 Fr., die Lieuenants 400 Fr.

Die Fregatte Atalante iſt am 28. April von Loriene in Cherbourg angekommen, um daſelbſt den Contreadmiral Mackau aufzunehmen, der, ſtatt des Contreadmirals Ducreſt de Villeneuve, das Commando des Geſchwaders in den Dünen erhalten hat.

Am 10. Mai 5 Percents Fin Courant geſchloſſen zu 102 Fr. 95. 3 Percents Fin Courant geſchloſſen zu 77 Fr. 85. — Am 11. Mai um 1¼ Uhr Nachmittags 5 Percents 102 Fr. 70. 3 Percents 77 Fr. 80.

Polen.

Unterm 23. April haben Se. kaiſerl. königl. Majeſtät folgende Verordnung erlaſſen: „Wir Nicolaus I. u. ſ. w. In Betracht, daß in Unſerem Konigreich Polen hin und wieder Leute bemerkt worden, die ſich bemühen, die Einwohner durch abgeſchmackte Gerüchte irre zu führen und dadurch neue Unruhen zu erregen, und in Betracht, daß dergleichen Umtriebe, als ordnungswidrig, dem Gemeinwohl des Landes nachtheilig und die Sicherheit der ruhigen Einwohner gefährdend, nicht geduldet werden dürfen, haben befohlen und befehlen: Art. 1. So lange, bis in Folge des 10ten Artikels des von Uns dem Königreich Polen unterm 14. Februar 1832 verliehenen organiſchen Statuts ein beſonderes Geſetz erlaſſen ſeyn wird, fällt das Erkenntniß über alle in obigem Artikel begriffene Staatsverbrechen und Vergehungen den Kriegsgerichten anheim. Art. 2. Die Entſcheidung darüber, welche Angelegenheiten und Handlungen von dem Erkenntniß der Kriegsgerichte abhängen, ſo wie die Bezeichnung dieſer Gerichte, ſteht dem Statthalter unſeres Konigreiches Polen zu. Art. 3. Die Ausſprüche der Kriegsgerichte ſollen vollzogen werden, ſobald ſie von Unſerem Statthalter beſtätigt ſind. Art. 4. Mit der Ausführung dieſes Unſeres Befehles, der ſo lange in voller Kraft und Wirkſamkeit bleiben ſoll, bis in Gemäßheit des oben angeführten 10ten Artikels des organiſchen Statuts ein beſonderes Geſetz erlaſſen ſeyn wird, beauftragen Wir Unſeren Statthalter im Königreich Polen. (Gez.) Nicolaus. (Gegengez.) Der Miniſter-Staatsſecretär: Graf St. Grabowski.“

In den Warſchauer Zeitungen vom 10. Mai lieſt man Folgendes: „Im Verlauf des vorigen Monates hatte eine aus 25 Individuen beſtehende Bande unter der Anführung des ehemaligen polniſchen Lieutenants Dziewicki die Gränze von Gallizien bewaffnet überſchritten und ſich in das Konigreich eingeſchlichen, um in demſelben neue Unruhen anzuſtiften. Dieſe Bande wurde von den in den Wojewodſchaften Sandomir und Krakau ſtehenden Koſakendetaſchement verfolgt, und, da ſie nur ſchwachen Widerſtand leiſtete, ſehr bald zerſprengt, ein Theil der dazu gehörigen Individuen aber gefangengenommen. Unter dieſen befand ſich der Anführer der Bande, Dziewicki, der ſich mit Gift tödtete, da er das Loos vorher ſah, welches ihn als Aufrührer und Störer der offentlichen Ruhe treffen mußte. Die vier Anderen, nämlich Anton Olkowski, ehemaliger Beamter bei der Controlle der Wojewodſchaft Maſowien und während des Aufſtandes Unteroffizier im 4ten Linien-Infanterieregiment, Joſeph Kurziamski, bekannt unter dem angenommenen Namen Koſſobudzki, der während der Revolution als Unteroffizier im 9ten ſandomirſchen Kavallerieregiment diente, Blaſius Przeorski, Soldat des Sappeurbataillons und während der Revolution zum Unteroffizier befordert, und Euſtachius Raezynski, aus Kamieniec Podolski gebürtig und früher Schreiber in der Schatzkammer des Gouvernements Podolien, wurden dem permanenten Kriegsgericht der activen Armee übergeben, um nach den Kriegsgeſetzen gerichtet zu werden. Aus ihrem Geſtändniß ergab ſich, daß ſie vorher dem Anführer der Bande einen Eid geſchworen hatten und dann in das Konigreich eingedrungen waren, um die Einwohner zum Aufſtande gegen die rechtmäßige Regierung aufzuwiegeln, um die kaiſerlichen Truppen auf Streifzügen zu verfolgen, das Eigenthum des Schatzes zu vernichten und die der Regierung getreuen Einwohner und Beamten nebſt ihren Frauen und Kindern zu ermorden. In Folge deſſen wurden alſo die vier erwähnten Individuen in Gemäßheit des militäriſchen Strafcodex dazu verurtheilt, erſchoſſen zu werden, und dieſes Urtheil ward am 7. d. M. auf dem gewöhnlichen Richtplatz vor der Jeruſalemer Barriere an ihnen vollzogen. Was den vierten anbetrifft, nämlich den Euſtachius Raezynski, der noch von ſehr jugendlichem Alter iſt, und, wie ſich bei dem Verhör ergab, ſich ſchon, ehe er gefangen wurde, von ſeiner Bande getrennt hatte, um ſie ganz zu verlaſſen, ſo milderte Se. Durchlaucht der Fürſt General-Feldmarſchall mit Rückſicht auf dieſe Umſtände den über ihn ergangenen Ausſpruch in eine korperliche Züchtigung und Transportation zu Zwangsarbeiten. Wenn man dieſes Ereigniß näher betrachtet, ſo kann man nicht ohne Entrüſtung bemerken, daß die der Ruhe und Ordnung feindlichen aufrühreriſchen Anzettelungen, welche das Land in einen Abgrund von Unglück und Noth geſtürzt haben, in verblendeten und verkehrten Menſchen noch immer zur Unterſtützung ihrer verderblichen Zwecke und zur Herbeiführung unvermeidlich daraus erfolgender Unglücksfälle bereitwillige Werkzeuge finden. Indeß ſtellt ſich zugleich auch die beruhigende Gewißheit hervor, daß die Militärgewalt die väterliche Regierung und die wohlthätigen Abſichten des Monarchen kräftig unterſtützt und es ſich eifrig angelegen ſeyn läßt, dieſe verrätheriſchen Machinationen zu zerſtoren, indem ſie dergleichen ohnmächtige Anſtrengungen kräftig unterdrückt, und die Sicherheit und Wohlfahrt der ruhigen pflichtgetreuen Einwohner gegen den zügelloſen Wahnwitz derjenigen beſchützt, die ſich bemühen, ihnen die ſegensreichen Wirkungen der geſellſchaftlichen Grundgeſetze zu rauben.“

Belgien.

Der König hat am 8. Mai Früh um 9 Uhr ſeine Reiſe nach Antwerpen und Gent angetreten. Die Begleitung des Konigs folgte in zwei Wägen.

Die Brüſſeler Blätter beſchäftigen ſich jetzt faſt ausſchließlich mit den bevorſtehenden Wahlen, auf die alle Parteien in ihrem Intereſſe einzuwirken ſuchen.

Teutſchland.

Die Hannoverſche Zeitung meldet aus Celle vom 7. Mai: „Wie man vernimmt, ſind nunmehr die Erkenntniſſe gegen die hier in Haft befindlichen Inquiſiten Dr. König und Freitag wirklich erfolgt. Beide ſollen des Verbrechens des Aufruhres ſchuldig befunden, und neben der Remotion von der Advocatur, zu einer zehnjährigen Zuchthausſtrafe, ſo wie zu Erſtattung der Unterſuchungskoſten verurtheilt worden ſeyn.“

Am 12. Mai Nachmittags verſchied in München Baron von Fahnenberg, bereits ſeit einer langen Reihe von Jahren großherzoglich badiſcher Geſandter am königlich baieriſchen Hofe.

Wien, den 19. Mai.

Se. k. k. Majeſtät haben mit allerhöchſter Entſchließung vom 16. März l. J. dem Conte Folchino Schizzi zu Cremona die allerhöchſte Bewilligung zu ertheilen geruht, das ihm von dem konigl. ſardiniſchen Hofe verliehene Ritterkreuz des konigl. Mauritius- und Lazarusordens annehmen und tragen zu dürfen.

Hauptredacteur: Joſeph Anton Edler von Pilat.

Verleger: Anton Strauß ſel. Witwe in der Dorotheergaſſe Nr. 1108.

Im Comptoir des Oeſterr. Beob. iſt erſchienen: „Wer mag ein großer Kaiſer ſeyn?“ Volkslied von C. F. Müller. Nach einer angegebenen Mozart'ſchen Melodie zu ſingen. Preis: 6 kr. C. M.

Nro. 141

Oeſterreichiſcher Beobachter.

Dinſtag, den 21. Mai 1833.

W 1 ZEITU 183

Meteorologiſche Beobachtungen vom 19. Mai.	Zeit der Beobachtung.	Barometer auf 0° Reaumur reducirt.		Thermometer Reaumur.	Wind.		Witterung.
		Pariſer Maß.	Wiener Maß.				
	8 Uhr Morg.	27.736	28 Z. 6 L. 0 P.	+ 16.5	S.	ſtill.	dunſtig.
	3 Uhr Nachm.	27.685	28 5 5	+ 23.5	S.	mittel.	Wolken.
	10 Uhr Abnds.	27.674	28 5 3	+ 16.5	SO.	ſchwach.	heiter.

Türkei.

Nachrichten aus Konſtantinopel vom 8. Mai, welche durch außerordentliche Gelegenheit eingelaufen ſind, melden: „Am 4. d. M. hat der Sultan ſeine Zuſtimmung zu der dringend an ihn geſtellten Bitte Ibrahim Paſcha's, denſelben mit der Verwaltung des Diſtrictes von Adana zu begnadigen, nach Kutahia abgeſendet. Dieſer Diſtrict wird ſonach den übrigen Conceſſionen an Mehmed Ali unter dem Titel einer Pachtung (Muhaßilik) beigefügt. — Graf Orloff iſt am 5. Mai zu Bujukdere gelandet. Er bekleidet den Character als außerordentlicher Botſchafter bei dem Sultan, und unter ſeinen Oberbefehl iſt zugleich die ruſſiſche Hülfsmacht zu Lande und zur See geſtellt. — Der königlich großbritanniſche Botſchafter bei der hohen Pforte, Lord Ponſonby, iſt hier angelangt.

Großbritannien und Irland.

In der Sitzung des Oberhauſes vom 10. Mai legte Graf Grey, nachdem eine Menge von Bittſchriften für die Abſchaffung der Sclaverei überreicht worden waren, die Papiere in Bezug auf die franzöſiſche Expedition nach Algier auf die Tafel, und ſagte, daß er ſich jeder Bemerkung, die eine Discuſſion veranlaſſen könne, um ſo mehr enthalten zu müſſen glaube, da der edle Graf (Aberdeen), welcher auf Vorlegung der Papiere angetragen habe, nicht anweſend ſei. Die Papiere wurden zum Druck verordnet. — Der Graf von Wicklow trug demnächſt auf Vorlegung ſämmtlicher Berichte an, welche ſich auf die Zahlung der Zehnten in Irland bezögen, welche bewilligt wurden. Hierauf erhielt die Bill wegen der Wahlbeſtechungen in der Grafſchaft Stafford die zweite Leſung.

Im Unterhauſe fragte am 10. Mai der Oberſt Perceval, ob bereits ein neuer Staatsſecretär für Irland an die Stelle des Sir J. C. Hobhouſe ernannt worden ſei? Lord Althorp erwiederte, daß die Beſetzung dieſes Amtes großen Schwierigkeiten unterliege. Sobald die Ernennung Statt gefunden haben würde, werde er das Haus davon in Kenntniß ſetzen. — Hr. W. Lamb verſchob ſeinen Antrag in Bezug auf die Korngeſetze auf Montag über acht Tage (20. Mai). Als der Sprecher das Haus aufforderte, ſich in einen Finanzausſchuß zu verwandeln, brachte Alderman Thompſon ſeinen angekündigten Antrag in Bezug auf die Verhältniſſe mit Holland zur Sprache. Er ſagte, daß durch die gegen Holland ergriffenen Maaßregeln der Handel Englands bedeutend gelitten habe, aber ſeine Ehre noch weit mehr; dieſelben dauerten nun bereits geraume Zeit, ohne daß man wiſſe, wann oder wo dieß Alles enden ſolle. Er ſtellte das Benehmen Hollands gegen die brittiſchen Schiffe, welche ſich in niederländiſchen Häfen befunden hätten, als man engliſcher Seits zu dem Embargo geſchritten ſei, dem Benehmen Frankreichs und Englands gegenüber, und pries die Mäßigung der niederländiſchen Regierung. Nachdem der Redner noch Berechnungen über den Umfang des durch die gegen Holland ergriffenen Maaßregeln geſtörten Handels angeſtellt hatte, trug er auf Vorlegung der Verzeichniſſe an, woraus die Zahl der aufgebrachten holländiſchen Schiffe, ihre Ladungen u. ſ. w. erſichtlich ſei. — Hr. Young unterſtützte den Antrag, und erklärte ſich gegen das Embargo. — Lord Palmerſton ſagte, daß es nicht ſeine Abſicht ſei, ſich der Vorlegung der gewünſchten Papiere zu widerſetzen. Er wolle dem ehrenwerthen Mitgliede nicht in alle Details folgen; denn wenn man die politiſchen Intereſſen dem Handel aufgeopfert hätte, ſo würde der Handel bald ebenfalls die größten Opfer haben bringen müſſen. Das Land habe ſich in der Nothwendigkeit befunden, irgend etwas zu thun, und er glaube, daß das Embargo dem Kriege vorzuziehen geweſen ſei. Einen Weg habe man nothwendig einſchlagen müſſen; denn Holland habe deutlich die Abſicht zu erkennen gegeben, die belgiſchen Provinzen wieder zu erobern. Es ſei geſagt worden, daß England früher immer die Schwachen gegen den Stärkeren vertheidigt habe; dieß ſei auch in dem vorliegenden Falle geſchehen; Belgien ſei die ſchwächere Macht geweſen. (Hört!) Er könne hinzufügen, daß die engliſche Regierung beſorgt ſei, dem Embargo ſo ſchnell ein Ende zu machen, wie es ſich nur irgend mit der Nationalehre vertrüge. Die Schiffahrt Englands ſei nicht die einzige, welche leide. Das Embargo thue Holland eben ſo viel Schaden, als England. Er dürfe übrigens keine Hoffnung erwecken, daß das Embargo eher gemildert werden würde, als bis der Zweck erreicht ſeyn würde, den man bei Anordnung jener Maaßregel im Auge gehabt habe. (Höre!) Es ſei geſagt worden, daß holländiſche Schiffe in England verſichert worden wären; wenn dem ſo ſei, ſo wäre das ein ungeſetzliches Verfahren, und wer ſich darauf einlaſſe, dürfe ſich über die Folgen nicht beklagen. (Hört! von der Oppoſition.) — Hr. Lyall überreichte hierauf eine mit zahlreichen Unterſchriften verſehene Bittſchrift zu Gunſten der Sclavenemancipation. (Hier wurde der Bericht durch Abgang der Poſt unterbrochen.)

In einem Schreiben aus London vom 10. Mai heißt es: „Ein außerordentlicher Grad von Aufregung gab ſich heute Morgens in der City kund, um die Entſcheidung der Miniſter in Bezug auf die weſtindiſche Angelegenheit kennen zu lernen; die Spannung ſchien ſich allen Claſſen mitzutheilen; denn obgleich nur die weſtindiſchen Kaufleute direct dabei intereſſirt ſind, ſo betrachteten doch alle Kaufleute und Fabrikanten den Gegenſtand aus dem Geſichtspuncte ſeines allgemeinen Zuſammenhanges mit dem Handel des Landes; die Freunde der gänzlichen Abſchaffung der Sclaverei hatten ein höheres

Digitized by Google

philantropiſches Intereſſe, und Alle erwarteten daher gleich begierig die auf heute verſprochene Entſcheidung. Der Plan, welchen die Miniſter dem Parlamente vorlegen wollen, wurde ſeinem weſentlichen Inhalte nach im Laufe des Tages bekannt. So weit wir, bemerkt ein Londoner Blatt, die Wirkung auf die Gemüther beobachtet haben, glauben wir, daß der Plan der Regierung weder die Pflanzer, noch die Emancipiſten zufrieden geſtellt hat. Die erſteren erklären denſelben für unausführbar, und die letzteren ſagen, daß er den Zweck, den ſie im Auge hätten — nämlich die unverzügliche Abſchaffung der Sclaverei — nicht erfülle. Der Artikel in dem Entwurfe, durch welchen vorgeſchlagen wird, den weſtindiſchen Sclavenbeſitzern eine Anleihe von 15 Millionen Pf. St. vorzuſchießen, ſo wie der Einfluß, den eine ſolche Maaßregel auf die Operationen des Geldmarktes äußern dürfte, iſt viel beſprochen werden. Anfänglich verbreitete ſich das Gerücht, daß die Regierung eine Anleihe zu obigem Belauſe abſchließen, und den Pflanzern das Geld als eine bone fide Entſchädigung überweiſen wolle; darauf fielen die Fonds. Sie hoben ſich aber wieder, als man erfuhr, daß das Geld den Pflanzern nur geliehen werden ſolle, obgleich Jeder, der mit dem Gegenſtande vertraut iſt, wohl fühlte, wie äußerſt ſchwierig es bei dem gegenwärtigen Zuſtande des weſtindiſchen Eigenthums ſeyn wird, eine genügende Sicherheit für einen ſo bedeutenden Vorſchuß aufzufinden. Der bloß finanzielle Theil der Frage wird daher zahlreichen Schwierigkeiten begegnen. Vielleicht ändert ſich in Bezug auf die andern Theile des Planes der erſte Eindruck noch; bis jetzt aber hat derſelbe, wie geſagt, keine von den bei der Sache betheiligten Claſſen zufriedengeſtellt. — Folgendes ſind nun die näheren Details des Planes: 1) Der Sclave kann Anſpruch darauf machen, als Arbeiter verzeichnet zu werden, unter folgenden Bedingungen: Für Nahrung, Kleidung und den jetzt geſetzlich feſtſtehenden Bewilligungen gibt er ſeinem Herrn $^3/_4$ ſeiner Zeit, wobei es überlaſſen bleibt, contractlich feſtzuſtellen, ob dieß $^3/_4$ der Woche oder $^3/_4$ des Tages ſeyn ſollen. 2) Er kann aber auch, wenn er will, ſtatt Nahrung und Kleidung einen wöchentlichen Lohn verlangen, deſſen Betrag durch die Magiſtratsperſonen mit Rückſicht auf die Preiſe der geſetzlichen Erhaltung feſtgeſetzt wird. Er hat das Recht, von ſeinem Herrn für das ihm noch übrig bleibende $^1/_4$ ſeiner Zeit Beſchäftigung gegen den feſtgeſetzten Lohn zu verlangen; aber er kann dieſe Zeit auch anderweitig verwenden. 3) Der Herr ſetzt einen Preis für den Arbeiter bei ſeinem Antritte feſt. Der Lohn, welchen der Herr dem Sclaven für ſeine freie Zeit bezahlt, muß in einem ſolchen Verhältniſſe zu ſeinem Werthe ſtehen, daß der Neger als Lohn für den vierten Theil ſeiner Zeit jährlich $^1/_{10}$ ſeines Werthes erhält. 4) Es ſteht ihm frei, ſeine Freiheit für den von ſeinem Herrn feſtgeſetzten Preis zu erkaufen. 5) Der Neger muß halbjährlich einen Theil ſeines Lohnes einem von Sr. Majeſtät ernannten Beamten zahlen. 6) Im Fall der Neger mit dieſen Zahlungen im Rückſtande bleibt, ſo muß der Herr dafür aufkommen. (!!) Um ſich bezahlt zu machen, kann der Herr im nächſten halben Jahre einen entſprechenden Betrag an Arbeit unentgeltlich von dem Neger verlangen. 7) Dieſe halbjährlichen Zahlungen dienen zur Berichtigung der von den Pflanzern contrahirten Anleihe. 8) Jeder Neger iſt nach Zahlung des von ſeinem Herrn feſtgeſetzten Preiſes vollkommen frei. Er kann die Summe von irgend Jemand leihen, und ſich dafür durch einen gerichtlich aufgenommenen Contract dem Darleiher in Arbeit verdingen. 9) Den Eigenthümern weſtindiſcher Beſitzungen wird eine Anleihe von 15 Millionen Pf. St. unter derjenigen Sicherheit bewilligt, welche den Lords des Schatzamtes für angemeſſen erſcheint. 10) Die Anleihe ſoll unter die Coloniſten nach Verhältniß der Zahl ihrer Sclaven und des Betrages ihrer Ausfuhren vertheilt werden. 11) Alle Kinder, welche zu der Zeit, wo dieſe Acte durchgehe, noch nicht 6 Jahre alt ſind, ſollen frei ſeyn, und von ihren Aeltern erhalten werden. 12) Iſt dieſe Erhaltung nicht möglich, ſo werden ſie den Herren zur Arbeit verdungen — Knaben bis zu ihrem 24ſten Jahre, Mädchen bis zu ihrem 20ſten Jahre; zu dieſer Zeit ſind ſie und ihre Kinder frei. 13) Dieſe Acte ſoll Se. Majeſtät nicht abhalten, Verfügungen der Coloniallegislatur zu genehmigen, welche darauf berechnet ſind, den Gewerbfleiß zu fördern und dem Müßiggang vorzubeugen. 14) Auf Empfehlung der Locallegislaturen wird Se. Majeſtät bereit ſeyn, das Parlament aufzufordern, nur aus den Revenuen dieſes Landes die nöthigen Summen für die Juſtizpflege, für eine wirkſame Polizeleinrichtung, und für ein allgemeines Religions- und Erziehungsſyſtem zu bewilligen."

Spanien.

Am 27. April fand zur Feier des Geburtstages der Königinn große Galla und Handkuß bei Hofe Statt; das diplomatiſche Corps, der Staatsrath, Deputirte der Provinzen, viele Granden und die hohen Civil- und Militärbehörden brachten Ihrer Majeſtät ihre Glückwünſche dar. Die Geſammtzahl der Perſonen, welche ihre Aufwartung machten, betrug über 1700. Die Artillerie gab die üblichen Ehrenſalven und Abends waren die Theater und faſt ſämmtliche Häuſer der Hauptſtadt erleuchtet. Nachmittags machten II. MM. eine Spazierfahrt, auf welcher Sie von dem Volke mit den lauteſten Freudensbezeigungen begrüßt wurden.

Der Generalmajor Graf von Moy iſt zum Gouverneur der Feſtung Pampelona ernannt worden.

Einer königlichen Verfügung zufolge, ſollen die Chefs und Adjutanten des Generalſtabes der Obſervationsarmee an der portugieſiſchen Gränze an dem Hute eine himmelblaue mit goldener Borte eingefaßte Roſe tragen, in deren Mitte die Anfangsbuchſtaben der Namen des Königs und der Königinn, ſo wie der älteſten Infantinn, unter der königlichen Krone in einander verſchlungen geſtickt ſeyn ſollen.

Die Madrider Hofzeitung vom 30. April ſagt: „Die ſogenannten liberalen Pariſer Blätter gehen, wenn ſie von unſerem Geſetze über die directe Thronfolge ſprechen, immer von der Vorausſetzung aus, daß dieſes ſich allein auf die pragmatiſche Sanction vom März 1830 gründe. Dieſe Vorausſetzung iſt ihnen ſehr nützlich, weil ſie ihnen Stoff zu neuen Angriffen gegen unſere Regierung und unſere Nation gibt. Umſonſt hat die Hofzeitung tauſendmal officiell und nicht officiell wiederholt, daß jenes Geſetz in der Petition der Cortes von 1789, ſo wie in der darauf erlaſſenen Sanction König Carls IV., ſeinen Grund habe und daß die pragmatiſche Sanction von 1830 nur ein Promulgations-Edict des in der genannten Cortesverſammlung Beſchloſſenen wär. Vergebens ſind die Verhandlungen dieſer Cortes, welche die Thatſachen auf unwiderlegliche Weiſe bezeugen, bekannt gemacht worden. Vergebens haben die ſpaniſchen Zeitungen der Hauptſtadt und der Provinzen dieſelben wiederholt. Wie iſt es möglich, den eines Beſſeren zu belehren, der unwiſſend bleiben will? In einer ſo klaren, poſitiven und ämtlichen Angelegenheit können die liberalen Blätter ſich nicht entſchuldigen, durch ihre Correſpondenten getäuſcht worden zu ſeyn. Die beſtändige Taktik der genannten Blätter iſt folgende: Abſichtlich Dinge, die ihnen nicht genehm ſind,

Digitized by Google

nicht wiſſen zu wollen, unverſchämt zu lügen und frech zu verläumden. Dieſer Wink kann für diejenigen von Nutzen ſeyn, welche noch nicht wiſſen, daß dergleichen Zeitungsſchreiber gar keinen Glauben verdienen, zumal wenn ſie von unſeren Angelegenheiten ſprechen.“

Frankreich.

Im **Moniteur** vom 12. Mai heißt es: „Wir erfahren, daß die Frau Herzoginn von Berry im Augenblicke ihrer Entbindung erklärt hat, daß ſie an den Grafen Hector **Lucheſi-Palli** verheirathet ſei.“

Der **Moniteur** ſagt: „Mehrere Journale haben ſeit einigen Tagen einen Artikel des **Semaphore** von Marſeille über eine vorgebliche Entſcheidung des Kriegsminiſters wiederholt und commentirt, nach welcher die franzöſiſche Geſetzgebung aufhören würde, auf die in der Regentſchaft Algier wohnenden Franzoſen und Europäer anwendbar zu ſeyn. Dieſe Angabe iſt **grundlos**; es beſteht keine ſolche Entſcheidung, und es konnte keine beſtehen. Da die franzöſiſche Geſetzgebung in Afrika noch nicht promulgirt iſt, ſo wird ſie daſelbſt durch Regierungsbeſchlüſſe vollziehbar, welche die Verfügungen derſelben, die auf den gegenwärtigen Zuſtand des Landes anwendbar ſind, wieder aufführen. Das franzöſiſche Geſetz iſt deßwegen nichtsdeſtoweniger die Vorſchrift, welche die Ortsbehörde immer im Auge haben muß, ſelbſt dann, wenn Ausnahmsumſtände ſie zwingen, ſich davon zu entfernen. Alle Inſtructionen des Kriegsminiſters ſind in dieſem Geiſte aufgefaßt.“

Die **Pairskammer** kam am 11. Mai in Erörterung des Expropriationsgeſetzes bis zum 33ſten Artikel.

Die **Deputirtenkammer** beſchäftigte ſich am 10. Mai abermals bloß mit dem Municipalgeſetze, und kam damit bis zum 20ſten Artikel. Die wichtigſten der angenommenen Beſtimmungen ſind: der Municipalrath kann gegen das der Gemeinde angeſonnene Contingent directer Steuern reclamiren; er kann ſeine Wünſche über alle Gegenſtände von localem Intereſſe ausdrücken, darf aber über Dinge, die ſeinen Befugniſſen fremd ſind, weder deliberiren, noch eine Proteſtation, Proclamation oder Adreſſe abfaſſen oder bekannt machen; er berathet und beſchließt die Rechnungen der Gemeinde-Einnehmer und der Wohlthätigkeitsanſtalten der Gemeinde, eben ſo die Gemeinderechnung des Maire, welcher zwar gehört werden, aber der Berathung und Abſtimmung nicht beiwohnen darf; die Berathung über die Mairerechnungen wird von dem Municipalrathe direct an den Präfecten oder Unterpräfecten geſchickt; die Sitzungen des Municipalrathes ſind nicht öffentlich; es wird in geheimem Scrutin abgeſtimmt, ſo oft drei Mitglieder es verlangen; der Maire ſchlägt drei Candidaten für die Polizeicommiſſärsſtellen, ſo wie für die Verwaltung der Octrois vor, mit Vorbehalt der für beſtimmte Fälle zugeſtandenen Mitwirkung der Pächter.

Der Polizeipräfect hat in Bezug auf gottesdienſtliche Ceremonien außerhalb der Kirchen eine Verordnung erlaſſen, worin es heißt: „In Betracht, daß ſich in mehreren Dorfgemeinden des Seine-Departements verſchiedene Secten niedergelaſſen haben, die den Gottesdienſt nach ihrem Ritus nicht nur in den dafür beſtimmten Gebäuden verrichten, ſondern auch zu wiederholten Malen verſucht haben, ihre Ceremonien auf den Straßen und öffentlichen Plätzen zu begehen; in Betracht, daß dieſe äußeren Ceremonien die öffentliche Ruhe gefährden und ſogar tumultuariſche Scenen herbeiführen; nach Einſicht des Geſetzes vom 18. Germinal des Jahres X, Art. 45, des Inhaltes: „Keine religiöſe Ceremonie außerhalb der Kirchen darf in ſolchen Gemeinden Statt finden, wo Gotteshäuſer verſchiedener Religionen beſtehen,“ verfügen wir hiermit wie folgt: „In Zukunft ſind alle religiöſen Ceremonien außerhalb der dafür beſtimmten Gebäude in den Dorfgemeinden des Seine-Departements, ſo wie in den zum Departement der Seine und Oiſe gehörigen Gemeinden von Saint-Cloud, Sevres und Meudon, ausdrücklich verboten.“

Die **Allgemeine Zeitung** meldet aus **Lyon** vom 9. Mai: „Unſere Republikaner laſſen ſich nicht irre machen. Kaum hatte Garnier-Pages erklärt, daß er wegen Unpäßlichkeit nicht zu dem großen Bankett am 5. kommen könne, ſo machten ſie bekannt, dieß thue gar nichts, das Bankett müſſe **doch** ſeyn, und ſolle nun den 12. Mai Statt finden. Hieraus geht hervor, daß es ihnen noch weniger um den jenem Deputirten darzubringenden Dank zu thun war, als um eine Ovation des Princips, um eine Propagandaverſammlung, um eine Muſterung ihrer Kräfte, um eine weitere Ausbreitung ihrer Grundſätze, wozu freilich ein Bankett von vier- bis fünftauſend Menſchen ſehr geeignet iſt. Diejenigen irren ſehr, welche glauben, es liege ſchon jetzt in dem Plane dieſer Leute, das Bankett zum Herde einer Empörung zu machen, und vom Gläſerklang zum Blutvergießen und Plündern überzugehen. So beſchränkt ſind ſie nicht; ſie wiſſen recht gut, daß die Regierung, mag ſie das Bankett erlauben oder nicht erlauben, ſehr aufmerkſam iſt, daß in Lyon ſelbſt und in der Nähe bedeutende Militärmaſſen liegen, daß die Stadt zum Theil von Forts beherrſcht iſt, gegen welches Alles vorerſt nicht mit Erfolg angegangen werden kann. Sie haben aber zwei andere Hauptgründe. Erſtens: Ausbreitung und Verallgemeinerung ihrer Grundſätze, Vermehrung ihrer Schaar durch neue Bekanntſchaften, Berührungen und Werbungen, bis ſie nach und nach zahlreich und ſtark genug werden, um gegen die Regierung etwas mit einiger Hoffnung des Erfolges unternehmen zu können. Sie wiſſen auch recht wohl, daß es jetzt unſere Arbeiter durch viele Beſtellungen in Lyon im Allgemeinen zu leidlich haben, daß ſie viel elender und in Verzweiflung ſeyn müſſen, um etwas gegen die ſtarke und gerüſtete Regierung zu unternehmen. Dazu gibt es aber kein ſichereres, kein vortrefflicheres Mittel, als die ſeit vierzehn Tagen ergriffenen Zuſammenrottungen auf Straßen und Plätzen, das Drohen mit den Gräueln der Revolution, als großen republikaniſchen Banketten u. ſ. w. Denn durch alles dieß werden dem aufgeregten unſichern Handels- und Fabriksplatze Lyon eine Menge Capitalien und Beſtellungen entzogen, die Arbeit und mit ihr der Gewinn vermindert ſich, die Entbehrung, die Armuth und das Elend nimmt bei den Arbeitern wieder zu, und ſie kommen am Ende zur Verzweiflung. Da gerade iſt's, wo die Republik ſie haben will, um ſie in blinden, hungrigen und durſtigen Maſſen unter dem Nothgeſchrei ihrer hülfloſen Frauen und Kinder gegen die Regierung anzutreiben. Dann iſt Erfolg zu hoffen. Das Merkwürdigſte, ich möchte ſagen das **Diaboliſche** in unſerer Lage beſteht darin, daß die früheren Gründe der Lyoner Aufregung gar nicht beſtehen; nicht mehr die Geſchäftsloſigkeit, die geringe Bezahlung und die Unzufriedenheit der Arbeiter macht die Emeute, denn es iſt jetzt gerade Arbeit und Gelegenheit zum Erwerb genug vorhanden für die, welche arbeiten wollen. Bei den letzten Zuſammenrottungen und drohendem Geſchrei waren auch nur wenige Arbeiter zu bemerken; ihrer Forderungen wurde durchaus nicht erwähnt, wie ſie denn auch im November 1831 und bei den ſpätern Aufregungen nur zum Vorwande zur Fahne der Vereinigung gedient hatten. Die Republik, die Republik, und wieder die Republik! Die Revolution!

Digitized by Google

Ludwig Philipp an die Laterne! Es lebe die Guillotine! Das waren jetzt die einzigen Loſungsworte. Nehmen wir an, die Polizei habe wirklich kein paſſendes Geſetz für ihr Verbot des Garniee-Pagès'ſchen Banketts anführen können, ſo möchte ich fragen, welche verſtändige Regierung bei ſolcher Lage dee Dinge, bei ſo drohenden Elementen, nicht die nothigen Maaßregeln ergreifen werde, um das Zuuehmen der Aufregung zu verhindeen, und ihr ſo viel wie moglich die Nahrung zu entziehen? — Man ſpricht immer von England, von der Freiheit, die dort für Vereine dieſer Art herrſche, wie ſich dort Volksverſammlungen von Funfzig- bis Sechzigtauſend ungehindert vereinigen konnten. Man vergißt aber ganz den großen Unterſchied zwiſchen engliſchem und franzöſiſchem Bürgerſinn. Mit dem religioſen Geiſte, mit dem lebendigen Sinne für häusliches Glück und Familienleben, iſt dem Engländer auch hohe Achtung für das Geſetz ins Herz geſcheieben. Ein einziger Conſtabel, das Geſetz und ſeinen Stab in der Hand, reicht hin, um dieſe ungeheure Volksmaſſe ruhig und unſchädlich zu machen, ſie auseinandergehen zu laſſen, wenn ſie einen drohenden Charaeter annehmen. In Frankreich? Hier, wo Alles Leidenſchaft und Partei iſt, die das Geſetz nur für ſich verlangt, nur für ſich gelten laſſen will, würde man zuerſt übee den ridicülen Conſtabel lachen, und ihn dann mit Schimpf und Schande fortjagen oder — umbringen. Ueberdieß iſt auch zwiſchen dem engliſchen Volke und dem franzöſiſchen Pöbel ein großer Unteeſchied. Nie wird eine engliſche noch ſo aufgeregte Volksverſammlung ihren Konig an die Laterne, die Revolution oder die Aufrichtung des Blutgerüſtes für Andersdenkende verlangen." (Bekanntlich iſt das Bankett, welches am 12. Mai Statt finden ſollte, von den Republikanern aufgegeben worden.)

Die zu Beſançon gebliebenen Polen ſollen, dem Meſſager zufolge, in verſchiedenen Städten vertheilt werden. Ein Theil derſelben wird zu Caen erwartet.

Pariſer Blättern zufolge iſt der Abbé Macarthy am 3. Mai zu Annecy in Savoyen mit Tod abgegangen.

Am 11. Mai 5Percents Fin Courant geſchloſſen zu 103 Fr. 3Percents Fin Courant geſchloſſen zu 78 Fr.

Preußen.

Nach der im vorigen Jahre zu Wien geteoffenen Wahl und mit allerhöchſter Genehmigung Sr. Majeſtät des Königs wird die dießjährige oder eilfte Verſammlung der teutſchen Natueforſcher und Aerzte in Breslau Statt finden. Indem die unterzeichneten Geſchäftsführer recht freundlich und ergebenſt hierzu einladen, bemerken ſie nur noch, daß ſie vom 14. bis zum 18. September, an welchem Tage die Verſammlungen beginnen, täglich von 10 bis 12 Uhr Vormittags und von 3 bis 5 Uhr Nachmittags im Senatszimmer der Univerſität gegenwärtig ſeyn werden, um die ankommenden Mitglieder einzuſchreiben und denſelben die beſtellten oder gewünſchten Wohnungen nachzuweiſen. Zugleich erſuchen ſie noch die HH. Redacteure auswärtiger offentlicher Blätter, dieſe Anzeige moglichſt bekannt machen zu wollen. Breslau, den 8. Mai 1833. Wendt. Otto.

Niederlande.

Dem Vernehmen nach wird Se. königl. Hoheit der Prinz Friedrich im Laufe dieſes Monates alle zum Seeweſen gehörigen Etabliſſements in der Provinz Seeland in Augenſchein nehmen.

Auf der Landſtraße bei Leyden iſt Anfangs Mai ein etwa 24 Jahe alter Menſch gefunden worden, deſſen Schickſal ungemein viel Aehnlichkeit mit dem des unglücklichen Caſpar Hauſer zu haben ſcheint. Auch er iſt von ſeiner früheſten Jugend an von aller menſchlichen Geſellſchaft getrennt, und zwar in gekrümmter zuſammengebundener Stellung, dem Anſcheine nach in einem Schweine-Koben gefangengehalten worden. Der arme Menſch, dee nicht ſpeechen und kaum einzelne Worte verſtehen kann, iſt ſo ſchwach und krank, daß man ihn ſogleich in das medieiniſche Clinieum von Leyden gebracht hat.

Belgien.

Das Journal d'Anvers enthäle Folgendes: „Die Wahlintriguen ſind in unſerer Provinz in großer Thätigkeit, ſie werden von der einzigen Partei geleitet, welcher die Revolution genutzt hat, indem ſie die Gewalt und Hereſchaft in ihre Hände brachte, zum großen Nachtheil alles deſſen, was den Glanz und die Wohlfahet der Volker ausmacht. Leute, die ihr Stand, ihre Pflicht und ihr perſonliches Anſehen von aller Theilnahme an den politiſchen Angelegenheiten entfernen mußten, ſtehen an der Spitze dieſee gegen die Civiliſation, den Handel und die Induſtrie gerichteten Bewegung. Ein einziger Umſtand vermag dieſe Intriguen zu charaeteriſiren, nämlich daß ſie beſonders zum Zweck haben, als Repräſentanten von Antwerpen, den ehrenwerthen und aufgekläeten Mann (Hrn. Oſy) aus der Kammer zu entfernen, welcher die Intereſſen unſerer Stadt und des Handels am veeſtändigſten und einſichtsvollſten erortert hat. Dieſer Umſtand bedarf keines Commentars und zeigt zur Genüge, daß wir uns in einer falſchen Stellung befinden."

Teutſchland.

Die Frankfurter Oberpoſtamtszeitung vom 13. Mai meldet: „Zwiſchen dem öſterreichiſchen und dem ſtädtiſchen Linienmilitär fand geſtern in einer unweit der Stadt gelegenen Schenke eine Schlägerei Statt, wobei einige Soldaten verwundet und mehrere Militärs verhaftet worden ſind. Da der Voefall lediglich einer von denjenigen war, wie ſie bei Trunk und Tanz allerwegen vorfallen, ſo erwähnen wir deſſelben nue aus dem Grunde, um möglichen Entſtellungen, wie ſelbſt die unbedeutendſte Begebenheit in hieſigee Stadt ſolche jetzt durch franzoſiſche Blätter erfahren muß, zu begegnen."

Nachrichten aus Freiburg zufolge, iſt der Hofrath und Profeſſor der Philoſophie, F. J. B. Schneller, am 11. d. M. daſelbſt am Schlagfluß geſtorben.

Wien, den 20. Mai.

Se. k. k. Majeſtät haben mittelſt an die vereinigte Hofkanzlei gelangter allerhöchſter Entſchließung vom 4. d. M. dem Doctor der Philoſophie und zweiten iseaelitiſchen Religionslehrer in Wien, Joſeph Lewin Saalſchütz, die Bewilligung zur Annahme des von der hiſtoeiſch-theologiſchen Geſellſchaft in Leipzig erhaltenen Diploms allergnädigſt zu ertheilen geruht.

Am 20. Mai war zu Wien der Mittelpreis der

Staatsſchuldverſchreibungen zu 5 pCt. in CM.	$92\frac{13}{16}$;
detto detto zu 4 pCt. in CM.	$83\frac{1}{4}$;
Darlehen mit Verlooſ. v. J. 1820, für 100 fl. in CM.	——;
detto detto v. J. 1821, für 100 fl. in CM.	$134\frac{1}{4}$;
Wiener Stadtbanco-Obligat. zu $2\frac{1}{2}$ pCt. in CM.	$53\frac{1}{4}$;
Conv. Münze pCt. ——;	

Bankactien pr. Stück $1214\frac{1}{2}$ in C. M.

Hauptredacteur: Joſeph Anton Edler von Pilat.

Verleger: Anton Strauß ſel. Witwe in der Dorotheergaſſe Nr. 1108.

Digitized by Google

Nro. 142

Oeſterreichiſcher Beobachter.

Mittwoch, den 22. Mai 1833.

Meteorologiſche Beobachtungen vom 20. Mai.	Zeit der Beobachtung	Barometer auf 0° Reaumur reducirt. Pariſer Maß.	Wiener Maß.	Thermometer Reaumur.	Wind.	Witterung.
	8 Uhr Morg.	27.706	28 3. 52. 8p.	+ 17.0	WNW. ſtill.	dunſtig.
	3 Uhr Nachm.	27.650	28 5 0	+ 23.0	NW. ſchwach.	Wolken.
	10 Uhr Abends.	27.660	28 5 1	+ 18.0	NW. —	—

Großbritannien und Irland.

In der Sitzung des Unterhauſes vom 8. Mai trug Lord Morpeth, ſeiner früheren Anzeige gemäß, auf die Erlaubniß an, eine Bill einbringen zu düefen, wodurch feſtgeſetzt wüede, daß die Affirmation der Quäcker und mähriſchen Brüder in allen Fällen an Eidesſtatt gelten ſolle. Er ſagte, daß es ihm unnöthig ſcheine, ſeinen Antrag weitläufcig zu motiviren, da gegenwärtig von allen Seiten zugegeben würde, daß die Religion nicht länger ein Entfähigungsgrund ſeyn dürfe. Die Zweifel, welche ſich im Laufe der gegenwärtigen Seſſion in Bezug auf ſeiuen ehrenwerthen Freund (Hrn. Peaſe) erhoben hätten, machten es wünſchensweeth, eine Veränderung in den Geſetzen vorzunehmen. Zuerſt habe man gezweifelt, ob ſein eheenwerther Freund im Parlamente, und dann, ob er in einem Wahlausſchuſſe ſitzen könne. Beide Fälle ſeien bejahend entſchieden worden, und da den Quäckeen geſetzlich erlaubt wäre, in Fällen, wo es ſich um Leben und Tod handle, als Zeugen aufzutreten, ohne einen Eid zu leiſten, ſo halte er es für billig, daß eine Claſſe von Menſchen, die ſich als gute Bürger betrügen, und zu allen Laſten des Staates beiſteuerten, in den vollen Genuß der Rechte ihrer übrigen Mitbürger geſetzt würden. Es ſei ziemlich klar, daß ſie wahrſcheinlich nie auf hohe Staatsämter Anſpruch machen würden, auch dürfte es vielleicht nicht paſſend ſeyn, daß ein Quäcker Mitglied des Cabinetes würde. Sie wären jetzt, und zwar in Uebereinſtimmung mit ihren eigenen Wünſchen, von der Armee und von der Flotte ausgeſchloſſen; aber es gäbe noch eine große Menge anderer Aemtee, von denen ſie bloß des Eides halber ausgeſchloſſen wären, und zu denen man ihnen den Zutritt geſtatten müſſe. Die Quäcker eigneten ſich ihrem Character und ihrer Denkungsweiſe nach ganz beſonders zu dem Amte eines Geſchwornen, welches ſie gegenwärtig bei Criminalfällen auch nicht bekleiden dürften. Man könne einwenden, daß die Quäcker die Todesſtrafe nicht liebten; aber er könne, ehelich geſagt, einen ſolchen Einwand nicht als der einzubringenden Maaßregel nachtheilig betrachten. Da ſein ſehr ehrenweether Feeund (Hr. R. Grant) verſichert habe, daß die bürgerliche Gleichſtellung der Juden unbezweifelt vor ſich gehen werde, ſo glaube er, daß auch der von ihm beantragten Emancipation kein Hinderniß in den Weg gelegt werden würde. Die Erlaubniß zur Einbringung der Bill wuede ohne Weiteres ertheilt. — Hr. W. Brougham eehielt Erlaubniß, eine Bill einzubringen, woduech eine allgemeine Einregiſtrirung aller Urkunden und Inſtrumente, die ſich auf liegendes Eigenthum in England und Wales bezögen, eingeführt werden ſolle. — Hr. Hume trug auf eine Unterſuchung an, um zu ermitteln, ob Lord Dunglas ein Recht auf die Penſion in ſeiner Eigenſchaft als Kammerherr des Ettrick-Waldes habe. Nachdem der Redner bei dieſer Gelegenheit neuerdings auf die Nothwendigkeit hingewieſen hatte, alle Sineeuren abzuſchaffen, ſtellte er die Berechnung an, daß zwei Perſonen, mit deren Aemtern ſeit dem Jahre 1696 eine Penſion veeknüpft ſei, dem Lande funfzig Millionen Pf. St. gekoſtet hätten; er meine die beiden Obeerichter in Eyre. Sie [illegible] Jeder jährlich eine Summe von 4566 Pf. St. erhalten, welches ſeit jener Zeit, Capital und Zinſen gerechnet, gegen 50 Millionen Pfund ausmache. In dem Falle mit Lord Dunglas ſei noch beſondees zu bemerken, daß die Penſion mit dem Ableben des vorigen Königs eigentlich hätte aufhören oder neu beſtätigt werden müſſen; dieß ſei nicht geſchehen. Der Antrag des Hrn. Hume wurde genehmigt. — Bei der hierauf folgenden Berathung über die Bill in Betreff der Londoner Polizei ſchlug Hr. Peaſe eine Clauſel des Inhaltes vor, daß im Umkreiſe von fünf Meilen von Temple-Bar keine Oete mehr geduldet werden ſollten, wo Bären-, Stier- und Hundegefechte, oder ähnliche grauſame und ſittenverderbende Beluſtigungen Statt fänden. — Hr. G. Lamb widerſetzte ſich dem Antrage. Er wünſchte zu wiſſen, warum man der Hahnenkämpfe nicht erwähnt habe, welches gewöhnlich eine Beluſtigung der Reichen ſei. Man müſſe, wenn man über ſolche Dinge Geſetze gäbe, nach gleichen, und nicht nach ausſchließenden Grundſätzen verfahren. Wenn, wie der vorige Redner behaupte, die bezeichneten Orte ſolche Plagen wären, wie ginge es denn zu, daß die Einwohner ſich noch nicht beklagt hätten. Er ſei dafür, daß man das Geſetz laſſe, wie es wäre. — Die Clauſel des Hrn. Peaſe wuede mit 46 Stimmen gegen 42 verworfen. — Die Bill hinſichtlich

Digitized by Google

der Rechte der dramatiſchen Schriftſteller erhielt die dritte Leſung und paſſirte. Am Schluſſe der Sitzung zeigte der Oberſt Perceval an, daß er am folgenden Tage Veranlaſſung nehmen werde, den Kanzler der Schatzkammer zu fragen, ob das durch den Austritt des Sir J. C. Hobhouſe erledigte Amt eines Secretärs für Irland wieder beſetzt ſei, oder überhaupt wieder beſetzt werden würde. Das Haus vertagte ſich um zwei Uhr.

Am 9. Mai um 1 Uhr Nachmittags kamen Ihre Majeſtäten von Windſor zur Stadt. Eine Stunde darauf hielt Se. Majeſtät ein Lever. Der Herzog von Orleans wurde dem Könige durch den Viscount Palmerſton und den Fürſten Talleyrand vorgeſtellt. In ſeinem Gefolge befanden ſich der General Baudrand und der Herzog von Valençay. Der Herzog von Orleans war in königl. Equipagen zum Lever abgeholt worden. Der Herzog von Braunſchweig, der dem Könige bereits früher vorgeſtellt worden war, hatte eine Audienz bei Se. Majeſtät. — Hierauf ſtellte der preußiſche Geſandte, Freiherr von Bülow, dem Könige den preußiſchen Kammerherrn, Grafen von Pourtales, vor. Unter den Perſonen, welche dem Könige während des Levers vorgeſtellt wurden, befand ſich auch Hr. Thomas Attwood, das bekannte Parlamentsmitglied für Birmingham. — Später gab der König den Rittern des Diſtelordens ein großes Diner.

Als der Herzog von Orleans in einem königlichen Wagen nach dem Pallaſte fuhr, ſtürzte einer der Vorreiter mit ſeinem Pferde und brach ein Bein. Der Herzog entfernte ſich nicht eher, als bis ärztliche Hülfe herbeigeſchafft war, und als er hörte, daß der arme Mann eine große Familie zu ernähren habe, ſchickte er demſelben durch den Grafen von Albemarle 100 Pf. St.

Unter den Perſonen, welche am 9. dem Herzoge von Orleans ihre Aufwartung machten, bemerkte man den Herzog von Bedford, den Marquis von Ailesbury, die Grafen von Shrewsbury und Lichfield, Sir Herbert Taylor, Viscount Sandon, Lord Brabazon, Graf Danniskiold, Herzog von Gordon, Sir E. Codrington, Oberſt Seymour, Sir Francis Burdett, Graf Funchal u. ſ. w. Abends wohnte der Herzog einem großen Diner bei der Herzoginn von Kent bei.

Die Wahl des Parlamentsmitgliedes für Weſtminſter nimmt die allgemeine Aufmerkſamkeit in Anſpruch. Am 9. Nachmittags um 4 Uhr waren die Stimmen folgendermaaßen vertheilt:

Für Oberſt Evans (Radical) . . 1084 Stimmen.
„ Sir J. C. Hobhouſe (Whig) 817 „
„ Hrn. Escott (Tory) . . . . 501 „

Am 10. Nachmittags um 4 Uhr war der Stand folgender:

Für Oberſt Evans . . . . . . 1996 Stimmen.
„ Sir J. C. Hobhouſe . . . 1830 „
„ Hrn. Escott . . . . 710 „

Der Viceadmiral, Sir P. Malcolm, iſt an die Stelle des verſtorbenen Admirals Sir Henry Hotham zum Oberbefehlshaber der brittiſchen Seemacht im mittelländiſchen Meere ernannt worden, und hat in Folge deſſen ſeine Flagge in den Dünen geſtrichen, und ſich von Deal nach London begeben. Das Dampfſchiff Dee ſoll ihn von Portsmouth nach dem Tajo bringen, wo er ſeine Flagge am Bord der Britannia aufziehen will. Admiral Thompſon iſt, dem Vernehmen nach, zu ſeinem Nachfolger in dem Oberbefehle über das verbündete Geſchwader in der Nordſee ernannt worden. In den Dünen befanden ſich nur noch zwei franzöſiſche Kriegsſchiffe.

In einem Schreiben aus London vom 10. Mai heißt es: „Die Miniſter haben ſeit meinem letzten Berichte das zweite Verleſen der irländiſchen Kirchenreformbill mit großer Mehrheit durchgeſetzt, und es iſt keinem Zweifel unterworfen, daß Trotz dem, daß ihre Gegner aufs Neue ein techniſches Verſehen in dem miniſteriellen Verfahren entdeckt haben, dieſe Maaßregel dort ſehr bald gänzlich durchgeführt ſeyn wird. Manche Tories, wie Sir R. Inglis, ſind ganz und gar gegen die Maaßregel, und wollen nicht einmal die Competenz des Parlamentes zugeben, über das Eigenthum der Kirche auf irgend eine Weiſe zu verfügen; die Mehrheit der Tories geht aber nicht ſo weit, iſt indeſſen gegen die Verminderung der Biſthümer und gegen denjenigen Theil des Planes, wodurch mehr als 60,000 Pfund vom Einkommen derſelben dem Staate zur Verfügung geſtellt werden. Die Miniſter beſitzen, ſo weit ſie bisher gegangen, nicht nur die Mehrheit des Unterhauſes, ſondern, dem Anſcheine nach, auch die öffentliche Meinung für ſich, indem zugegeben wird, daß Irland — nicht nur in Hinſicht auf ſeine proteſtantiſche Bevölkerung, ſondern auch im Vergleich mit dem faſt ganz proteſtantiſchen England, eine weit größere Anzahl Biſchöfe hat, als es bedarf, und daß dieſe Biſchöfe ein reichlicheres Einkommen beſitzen, als ſelbſt zum Vortheil der Kirche zu wünſchen ſei. Die Miniſter ſtehen alſo von dieſer Seite ziemlich ſicher; jedoch fehlte viel dazu, daß ſie durch dieſe Maaßregel allgemeine Zufriedenheit erregt hätten. Den irländiſchen Proteſtanten, welche ihre Kirche durch jede Schmälerung unterdrückt glauben, gehen ſie viel zu weit, den Katholiken aber nicht weit genug. Die Aufrechthaltung des Zehntens (wenn auch in der Geſtalt eines Grundzinſes) iſt dieſen verhaßt, beſonders da ihnen noch immer die Erhaltung ihrer eigenen Geiſtlichkeit übrig bleibt. Aber auch in England iſt man unzufrieden damit. England, welches von irländiſchen Taglöhnern überſchwemmt wird, und ſeine Laſt zur Erhaltung ſeiner Armen durch das beſtändige Zuſtrömen derſelben ſehr vermehrt ſieht, hat natürlich ein Intereſſe daran, daß die irländiſchen Armen zu Hauſe verſorgt werden; und Viele ſind daher ſehr unzufrieden, daß man nicht einen Theil des Zehntens zu deren Erhaltung angewieſen hat. Da indeſſen dieſes nicht geſchehen, ſo hatte man gehofft, daß ſich das Parlament zur Anlegung einer Armenſteuer in Irland bewegen laſſen würde; aber auch hier fand man ſich getäuſcht; man könne ſich, heißt es, nach den Uebeln, welche die ſchlechte Verwaltung der Armengeſetze in England erzeugt, nicht entſchließen, auch

Digitized by Google

Irland den Gefahren ſolchee Uebel auszuſetzen, und habe deßwegen erſt eine Commiſſion ernannt, welche den Zuſtand der Armen in Irland, und der beſtehenden Anſtalten für die Unterſtützung deeſelben, unterſuchen ſolle. — Dieſes nimmt man nun dem Parlamente eben ſo übel, als das, daß es ſich hat bereden laſſen, ſtatt auf einmal zu entſcheiden, daß Kinder unter einem gewiſſen Alter nicht über 9 oder höchſtens 10 Stunden des Tages in den Fabriken an dee Arbeit gehalten werden ſollen, erſt eine Commiſſion zu dieſem Zwecke zu ernennen. Dee miniſterielle Plan hinſichtlich der Emancipation der Negerſclaven wird nun bald dem Parlamente voegelegt werden; aber doch waheſcheinlich nicht ſo bald, als es die Miniſtee verſprochen hatten (den 15. d. M.), da ſie zuvörderſt die Zuſtimmung der hier anweſenden Pflanzer, ſo wie der Agenten der in den Colonien wohnenden haben möchten, bis jetzt aber es noch immer verſchoben haben, ihnen die nothwendige Mittheilung darüber zu machen. — Die Verweigerung, die Häuſer- und Fenſterſteuer abzunehmen, hat der Verwaltung faſt ganz London zu Feinden gemacht; es haben in allen Theilen der Stadt Veeſammlungen Statt gefunden, welche das Verfahren der Miniſter ſowohl, als das der Deputirten, die, ihrem Verſpeechen entgegen, bei jener Gelegenheit für dieſe ſtimmten, in den bitterſten Ausdrücken tadelten. Zwar glaube ich nicht, daß man im Ernſte ſo weit gehen wird, die Entrichtung dieſer Steuer ſyſtematiſch zu verweigern, aber die Miniſter haben doch einmal ihre Popularität eingebüßt. Auch ſind ſie der Sache ſelbſt im Paclamente noch nicht entledigt, denn es ſind bereits zwei neue Vorſchläge zur Abſchaffung jener Steuer angekündigt. Außerdem will Sir W. Ingilby jetzt die Abſchaffung der ganzen Malzſteuer voeſchlagen, ſo daß die Miniſter ihr Finanzſyſtem noch mehrere Male zu vertheidigen haben werden. — Dem Sir J. C. Hobhouſe hat das Opfer, welches er durch die Niederlegung ſeinee Stellen gebracht, nichts genutzt; ſeine Committenten ſagen, er habe einmal verſpeochen gehabt, gegen die Häuſer- und Fenſterſteuee zu ſtimmen, und hätte es ohne alle Rückſicht thun ſollen; auch glaube ich, daß er bei dee neuen Wahl (welche dieſen Nachmittag ſchließt) dem radicalen Candidaten, Obeeſt Evans, wied weichen müſſen. Indeſſen iſt zu bemerken, daß er, bei dem großen Einfluß ſeinee perſönlichen Freunde in dieſem Stadttheile, doch wieder gewählt worden wäre, wenn nicht ein Tory als dritter Candidat aufgetreten wäre. Denn galt es bloß die Wahl zwiſchen einem Whig und einem Demagogen, ſo war der Whig der Stimmen der Tories gewiß; jetzt aber gaben dieſe — und zwar ohne alle Hoffnung des Gelingens — dem Candidaten ihrer eigenen Partei ihee Stimmen, und der Erfolg wird ſeyn, daß das Parlament einen heftigen Demagogen mehr erhalten wird. Uebrigens iſt zu wünſchen, daß Männer, welche ein Amt haben, odee von denen es waheſcheinlich iſt, daß ſie eines bekommen, nicht die Vertretung eines großen Ortes übernehmen. — Nachſchrift. Oberſt Evans iſt gewählt und zwar nur durch eine Mehrheit von 170 Stimmen. — Ueber den Regierungsplan in Hinſicht der Neger erfähet man ſo eben, daß die Sclaven binnen 12 Jahren Alle ihre Freiheit, und die Pflanzer dafüe 15 Millionen zue Entſchädigung und für eine gewiſſe Anzahl Jahre das Zuckermonopol auf unſern Märkten haben ſollen."

Conſols am 10. Mai $87\frac{1}{8}$, $\frac{1}{4}$.

Rußland.

In Folge allerhöchſten Befehies ſollen ins Künftige landflüchtige Bauern, die an der kaukaſiſchen Linie angehalten werden und voegeben, ſich ihrer Herkunft nicht erinnern zu können, nicht mehr als Knechte bei den Koſaken in Aſtrachan und Kaukaſien in Arbeit gegeben, noch auch in die ſibiriſchen Anſiedelungen geſchickt, ſondern unverzüglich unter die Soldaten eingeſchrieben, oder, wenn ſie zum Felddienſt untüchtig ſind, beim Feſtungsbau gebraucht werden.

Das Journal d'Odeſſa fügt ſeinem Blatte vom 26. April eine Abbildung dee in Konſtantinopel zum Andenken an die Ankunſt der ruſſiſchen Flotte im Bosporus geprägten Denkmünze bei. Der Sultan hat dem Generalgouverneue von Neurußland und Beſſarabien, Grafen Woronzoff, ein goldenes Exemplar dieſer Medaille übeeſandt, und darnach iſt die Zeichnung angefertigt worden. Sie iſt etwas größer als ein Speciesthalee und ungefähr noch einmal ſo dick. Auf der Vorderſeite befindet ſich der Namenszug des Sultans Mahmud mit dem von ihm angenommenen Beiworte „der Gerechte," darunter die Jahreszahl ſeiner Thronbeſteigung, nämlich das Jahr 1223 der Hedſchra, 1808 nach unſerer Zeitrechnung. Die Kehrſeite zeigt das türkiſche Wappen, Halbmond und Stern in einer Sonne.

Polen.

Am 11. Mai fand die erſte Sitzung des durch Verordnung Sr. k. k. Majeſtät vom 24. December v. J. neu organiſirten Staatsrathes Statt. Se. Durchlaucht der Fürſt Feldmarſchall und Statthalter des Königreiches, der den Vorſitz in dieſer Verſammlung führt, redete die anweſenden Mitglieder, bevoe er ihnen den vorgeſchriebenen Eid abnahm, mit folgenden Worten an: „Meine Herren! Das organiſche Statut, welches Se. k. k. Majeſtät in Ihrer unbegränzten Huld dem Königerich Polen zu verleihen geruhten, hat die hauptſächlichſten Befugniſſe des Staatsrathes bezeichnet, die in der Verordnung über die Organiſation desſelben näher entwickelt ſind. Der Staatsrath, der von jetzt an die ehemalige Legislatur vertritt, ſoll dem Monarchen die wahren und wohlverſtandenen Landesbedürfniſſe auseinanderſetzen. Zur Berathung über die wichtigſten Angelegenheiten, zur Anfertigung von Geſetzentwürfen in allen Fächern der Civil-, Criminal-, Adminiſtrativ- und Finanzgeſetzgebung, zue Unteeſuchung und Beaufſichtigung der Verwaltung der verſchiedenen Zweige des Staatsdienſtes beeufen, hat dieſe Behörde außeedem über die zwiſchen den Adminiſtrations- und Gerichtsbehörden vorkommenden Jurisdictionsſtreitigkeiten und über die ge-

richtliche Verfolgung von Verwaltungsbeamten zu entſcheiden. Sie muß daher in ihrer Zuſammenſetzung alle die Bürgſchaften gewähren, welche ihre hohe Beſtimmung erheiſcht. Von dieſer wichtigen Rückſicht geleitet, hat der Kaiſer und König Sie, meine Herren, in den Schooß des Staatsrathes berufen und Ihnen dadurch einen ausgezeichneten Beweis von Seinem Vertrauen gegeben, und ich zweifle nicht, daß Sie ſich durch eifrige und gewiſſenhafte Erfüllung ihrer hohen und ehrenvollen Pflichten dieſes Vertrauens würdig zeigen werden. Indem ich in dieſer Verſammlung den Vorſitz führen ſoll, lebe ich der Hoffnung, daß ich in Ihrer Einſicht und Erfahrung, meine Herren, in der Geradheit und Reinheit Ihrer Geſinnungen jene zur Erfüllung der großen Zwecke und väterlichen Abſichten des huldreichen Monarchen ſo weſentlich nöthige Vereinigung gemeinſamer Anſtrengungen finden werde. Ich fordere Sie auf, meine Herren, die durch den dritten Artikel der Organiſation des Staatsrathes vorgeſchriebene Eidesformel zu unterzeichnen."

Türkei.

Das unter dem Titel **Mißr Wekaiesi** (Aegyptiſche Neuigkeiten) in **Alexandria** erſcheinende Tageblatt enthält nachſtehende **tabellariſche Ueberſicht aller Streitkräfte des Vicekönigs**, die im Weſentlichen mit den (in unſerem Blatte vom 15. April mitgetheilten) Angaben des **Eclaireur de la Mediterannée** übereinſtimme. Der Redacteur des ägyptiſchen Blattes ſchickt ſeiner Ueberſicht folgende Einleitung vor: „In einer aus Malta gekommenen Zeitung, die wieder aus einer andern Zeitung geſchöpft hat, findet ſich die Angabe, daß das ägyptiſche Heer nur etwas über 80,000 Mann ſtark ſei. Eine Ueberſetzung davon iſt dem unwürdigen Sclaven Allah's, der dieſe Blätter redigirt, vor die Augen gekommen. Er fand, daß die Sache mit der Wahrheit nicht übereinſtimme, und daß folglich eine Erklärung hierüber nothwendig ſei. Darum forſchte er nach dem wahren Beſtande des Heeres ſowohl, als des Perſonals in den Kriegsſchulen, und theilt nun das Ergebniß in folgender Tabelle mit:

Tabelle des ſieghaften Heeres, zu Lande und zur See.

Standorte des ſieghaften Heeres		Magaribian (Berberiſche Truppen)	Arban (Araber)	Franzoſen	Havariat (Havariſche Truppen)	Bahhriat (Seetruppen)	Topdſchi's	Baltadſchi's	Sowara (Reiter)	Pijade (Fußgänger)	Summe der Landſoldaten	Summe der Land- und Seeſoldaten	Heer der Mirimirane, der Ridſchal u. Dareh	Summe des ſieghaften Heeres
In Mekka, Medina und den übrigen Hedſcha's		177	668	...	700	...	...	101	...	6870	6971	6971	4707	13223
In Aegypten		...	...	15	700	...	4102	2989	2670	17437	27198	27198	25598	53615
In den Landen Sudan (Aethiopien)		...	604	...	484	...	...	...	...	5157	5157	5157	1215	7410
In Kreta		...	...	...	...	...	...	...	...	5004	5004	5004	3159	8163
Im ſiegreichen Lager		34	4098	...	1551	...	2255	852	5292	35543	43942	43942	33319	82944
Arbeiter auf dem Schiffbauplatze von Alexandria		...	...	...	...	8358	...	...	...	...	...	8358	...	8358
Bemannung der Schiffe														
Miriwan (Admiral)	1													
Miriwai (Bannerherr)	1													
Mialai (Schwadronherr, Herr einer Rotte)	1													
Kaimakame	4													
Bing-Baſchi's	13													
Kul-Agaſſi's	30													
Jüs-Baſchi's (Capitäne) u. ihre Gehülfen	735													
	785													
Soldaten	16000													
	16785	...	...	...	...	16785	...	...	...	...	...	16785	...	16785
		211	5370	15	3435	25143	6357	3942	7962	70011	88272	113415	67998	190444

Perſonal der Kriegsſchulen.

In der Schule Kaßr el Ain	1526	3488
In der nautiſchen Schule zu Alexandria	1250	
Gehülfen	300	
Efendi's, Dolmetſche und Cadetten	412	
		193,932

Dieſe Tabelle, die in 13 Columnen zerfällt, bietet uns in den vier erſten Columnen eine Berechnung der **Ausländer** im ägyptiſchen Heere ohne Rückſicht auf die Waffengattung. Es ſind **Magrebi's, Araber, Franzoſen** und **Howari's** (oder **Havari's**) zuſammen 9031 Mann. — Die 5te, 6te, 7te, 8te und 9te Columne enthalten die Ueberſicht des Heeres nach Waffengattungen *). Erſt kommen die **Seetruppen**, dann die **Landtruppen**, welche letztere in **Topdſchi's, Baltadſchi's, Kavallerie** und **Infanterie** zerfallen. (Topdſchi's ſind bekanntlich Kanoniere und Baltadſchi's Pioniere.) Zuſammen 88,272, und mit den Seetruppen 113,415 Mann. — Auf der 10ten Columne ſind die Landtruppen beſonders gezählt; auf der 11ten dieſelben mit Einſchluß der Seetruppen, und ſonach betrüge das ganze Heer **) 113,415 Mann. — Allein auf der 12ten Columne iſt unter dem Titel: „Mirmiranat we ridschat we daireh ascari" noch ein bedeutendes, im Ganzen 67,968 Mann ſtarkes Truppencorps aufgeführt, vielleicht eine Art **Landwehr** oder **Milizen**, die mit dem ſtehenden Heere (113,415 Mann) und den Fremden (9031 Mann) zuſammengerechnet, die als Facit der 13ten Columne ſich ergebende Summe von 180,444 Mann liefern. Dazu noch 3488 Perſonen vom Kriegsſchulenperſonal, zuſammen alſo 193,932 Mann. — In dem Feldlager oder der Armee Ibrahim Paſcha's befänden ſich, der Tabelle gemäß:

	Ausländer	5683	
Aegyptier	Topdſchi's	2245	Linientruppen
	Baltadſchi's	852	
	Reiter	5292	
	Infanterie	35543	
	Milizen	33319	

Summe (Siehe die 13te Columne) 82944 Mann.

Dieſe Zeitung, welche in arabiſcher und türkiſcher Sprache abgefaßt iſt, ſcheint übrigens keine politiſchen Ereigniſſe aufzunehmen. Wenigſtens beſchränkt ſich der ganze übrige Inhalt der Nummer, welche obige Ueberſicht liefert, auf Notizen über bürgerliche und militäriſche Angelegenheiten, die bloß einen localen Werth haben.

Frankreich.

Die **Pairskammer** kam am 11. Mai in Erörterung des Expropriationsgeſetzes bis zum 50ſten Artikel.

In der Sitzung der **Deputirtenkammer** vom 11. Mai kamen zuerſt Petitionen vor, die kein allgemeines Intereſſe boten. Hr. **Remuſat** deponirte den Bericht der Finanzcommiſſion über das Budget der auswärtigen Angelegenheiten. Die Kammer beſchloß, den Bericht ſogleich nach dem Geſetze über die griechiſche Anleihe zu discutiren. Viele Mitglieder machten auf die Wichtigkeit des Douanengeſetzes aufmerkſam, das nicht abermals verſchoben werden dürfe. Es ward beſchloſſen, die Berathung desſelben zwiſchen den beiden Budgets vorzunehmen. Dann entwickelte Hr. **Laffitte** ſeinen Vorſchlag wegen der von den Buchhändlern deponirten Bücher. Von dem Vorſchuſſe von 30 Millionen nämlich, der nach der Julirevolution dem Handel gemacht ward, wurden 1,280,000 Fr. den Druckern und Buchhändlern Frankreichs gegeben. Als Garantie dieſer Summe deponirten dieſelben Bücher, im Werthe von 3,700,000 Fr. geſchätzt. Jetzt bitten dieſelben, daß man ſie ihrer Schuld entledige und dafür die Bücher als Eigenthum behalte. Hr. **Laffitte**, der dieſe Bitte unterſtützte, ſchlug vor, aus den deponirten Büchern 187 Bibliotheken für die Departements zu gründen. Hr. Firmin **Didot** wies nach, daß nur in zwei Dritttheilen der Departements-Hauptſtädte ſich Bibliotheken befinden; faſt tauſend Städte von 3 bis 18,000 Seelen haben gar keine Bibliothek; und St. Etienne z. B., das 33,000 Einwohner zählt, beſitzt nur 3 bis 400 Bände, Trümmer einer alten Mönchsbibliothek. Die Kammer beſchloß, den Vorſchlag in Betracht zu ziehen. — Das Gleiche entſchied die Kammer über Hrn. **Bavoux's** Vorſchlag wegen Wiederherſtellung der Eheſcheidung. Unter den wenigen Mitgliedern, die dagegen ſtimmten, bemerkte man die Miniſter Guizot und Thiers. — Endlich ſetzte die Kammer die Berathung über das Municipalgeſetz fort. Die einzige wichtige Beſtimmung, die in dieſer Sitzung angenommen wurde, iſt folgende: „Der Maire ernennt zu allen ganz von der Gemeinde beſoldeten Stellen, für welche das Geſetz nicht eine ſpecielle Ernennungsweiſe vorſchreibt; er ſuspendirt und beſeitigt die Träger dieſer Stellen nach dem Gutachten des Municipalrathes."

Im Kriegsminiſterium beſchäftigt man ſich ſehr eifrig mit einem großen militäriſchen Organiſationsplan, nach welchem ſechs Hauptwaffenplätze errichtet und die zu mobiliſirenden Nationalgarden gemeinſchaftlich mit den Linientruppen in den Waffen geübt werden ſollen.

Es ſcheint nun unwiderruflich beſchloſſen zu ſeyn, daß 12 einzelne Forts und 3 Redouten um **Paris** her errichtet werden ſollen, welchen bereits ihre Namen geſchöpft ſind. Für jedes Fort, das für ſich eine kleine Feſtung mit Wall, Graben und Verſchanzungen ausmacht, wird eine Beſatzung von 300 Mann beſtimmt. Bei einer regelmäßigen Belagerung finden aber 1000 Mann hinlänglichen Raum und Auskommen in den Forts. Auch ſind ſie gegen die Bomben vollkommen geſichert. Die Garniſon zur Beſetzung dieſer Forts und Redouten ſoll 4200 und in Gegenwart des Feindes 13,200 Mann ſtark werden; 1000 bis 1200 Feuerſchlünde werden dieſe Forts in guten Vertheidigungsſtand ſetzen. Für die Aufführung der 12 Forts und 3 Redouten ſind 25,510,000 Fr., für Ankauf des Bodens 2,400,000 Fr., für den Sicherheitswall um Paris 2,090,000 Fr., zur Befeſtigung des Mont Valerien (Kalvarienberges) 2,000,000 Fr., und für Vollendung der ſchon angefangenen Befeſtigung von St. Denis 2,000,000 Fr., alſo für das Ganze 35,000,000 Fr. ausgeſetzt. Auf der Ringmauer, die ungefähr 25 Fuß hoch werden und eine doppelte Reihe von Schießſcharten erhalten ſoll, werden ſich 65 Thürme oder Baſtionen erheben, die im Ganzen mit 325 Kanonen beſetzt werden. Die Mauer ſelbſt iſt von Innen her gleichſam in Etagen abgetheilt, wo die Soldaten übereinander ſtehen können. Mehrere dieſer Befeſtigungsarbeiten ſind ſchon ſeit 1831 begonnen worden, und von St. Denis bis gegen Nogent hin bereits 16 Baſtionen vollendet.

Der Caſſationshof hat den Beſchluß des Aſſiſenhofes in der Sache des **National** und des **Charivari** caſſirt. Die beiden Journale ſind vor die Aſſiſen der Seine und Oiſe verwieſen. Es handelte ſich dabei um Auflöſung von zwei wichtigen Fragen: 1) Hatte der Aſſiſenhof die Schranken ſeiner Vollmachten überſchritten, indem er den genannten Journalen den verlangten Aufſchub, Trotz ihrer Anſuchen vom 22. und 30. März, verweigerte? 2) Hatte er erklären können, daß er competent ſei, den Artikel des National als Compte-Rendu zu beurtheilen? Ueber die zweite Frage hat der Gerichtshof nicht ſtatuirt; in Betreff der erſteren aber Caſſation eintreten laſſen.

Der Invalide, welcher vor einiger Zeit den Generallieutenant Feiſion auf offener Straße ſchwer verwundet

*) In dieſer Ueberſicht ſind aber die Ausländer nicht mit eingerechnet.

**) Ohne die Ausländer.

hatte, wurde zu lebenslänglicher Zuchthausſtrafe verurtheilt.

Am 13. Mai um 1¼ Uhr Nachmittags 5Percents 102 Fr. 90. 3Percents 77 Fr. 80.

Königreich Sardinien.

Ueber die bereits in öffentlichen Blättern zur Sprache gekommenen Mißhelligkeiten der ſardiniſchen Regierung mit dem Dey von **Tunis** meldet ein Schreiben aus **Genua** vom 21. April: „Schon vor einigen Monaten war der ſardiniſche Generalconſul in einer, wegen obwaltender Differenzen beim Dey gehabten Audienz perſönlich inſultirt worden, auch hatte der Dey ſich gegen den König von Sardinien und deſſen Flagge Aeußerungen erlaubt, die zu ſchmutzig ſind, um wiederholt werden zu können. Auf die erſte Forderung von Genugthuung antwortete der Dey unbefriedigend. Es wurde daher eine aus dem größten Theile der ſardiniſchen Seemacht beſtehende Escadre zur Erzwingung der Satisfaction ausgerüſtet. Vor einigen Tagen kam ein Brigg der Escadre mit der Nachricht zurück, daß der Dey jede Genugthuung verweigere, worauf geſtern noch 16 Kanonenboote und mehrere Briggs mit Artillerieſoldaten an Bord abgeſchickt wurden. Die Escadre verſammelte ſich bei Malta, wo, wie es heißt, eine neapolitaniſche Escadre zu ihr ſtoßen ſoll. Man ſpricht auch viel von einer nöthigenfalls abzuſendenden Expedition von 16,000 Mann Landtruppen; doch ſieht man hierzu öffentlich noch keine Vorbereitungen machen. Der Dey hat 12,000 Araber zuſammengebracht, welche um das Fort della Goeletta gelagert ſind. — Die ſardiniſche Marine beſteht aus 6 großen Fregatten von 56 bis 68 Kanonen, 3 kleinen Fregatten, 3 Corvetten und mehreren Briggs, Galeeren, Kanonenbooten ꝛc. Alle dieſe Schiffe ſind, nach dem Urtheile brittiſcher Seeoffiziere, außerordentlich ſchön gebaut und vorzüglich gut equipirt."

Niederlande.

Die **Staatscourant** vom 10. Mai enthält wieder ein Verzeichniß der Beiträge, welche für die Witwen und Waiſen der bei der Vertheidigung der Citadelle von Antwerpen gebliebenen Soldaten beim Kriegsminiſterium eingegangen ſind; unter denſelben befinden ſich 35 Stück Friedrichsd'or von dem königlich preußiſchen Ingenieurlieutenant Hrn. von Moß in Berlin, als Ertrag eines von ihm herausgegebenen Planes der Belagerung jener Citadelle, ſo wie 54 Ducaten und 2 Friedrichsd'or von dem Portepeefähnrich bei der reitenden Gardeartillerie Hrn. von Witzleben in Berlin, als Erlös einer von ihm für dieſen Zweck herausgegebenen Abbildung des Lütticher Mörſers.

Aus dem Fort **Lillo** wird vom 9. geſchrieben: „Heute Früh ſahen wir auf den vor dem Fort Marie und der Perlſchanze liegenden Brigantine mehrere Flaggen wehen, und um 10 Uhr hörten wir Kanonendonner. Bei der Unregelmäßigkeit der Schüſſe hätte man glauben können, daß es keine Salutſchüſſe ſeien. Doch erblickten wird bald ein Detaſchement Kavallerie und mehrere Offiziere zu Pferde, unter denen ſich einer auf einem weißen Pferde auszeichnete, der wahrſcheinlich König Leopold war. Ein Bataillon war längs dem Deiche nach dem Doel hin aufgeſtellt. Gegen 11 Uhr ſah man die belgiſche Fahne von den Thürmen des Doel wehen; viele Häuſer ſteckten neben der belgiſchen auch noch die franzöſiſche Flagge aus. Auch längs dem Deiche waren franzöſiſche Flaggen aufgepflanzt. Gegen 3 Uhr kam König Leopold im Doel an, wo er ſich nicht lange aufgehalten zu haben ſcheint."

Teutſchland.

Se. Hoheit der Kurprinz und Mitregent von Heſſen iſt unter dem Namen eines Grafen von Schaumburg in Begleitung der Frau Gräfinn von Schaumburg am 13. Mai in Frankfurt eingetroffen und im engliſchen Hofe abgeſtiegen.

Das **Altenburgiſche Regierungsblatt** ſpricht von gefundenen Pasquillen und Drohbriefen, von den unverſchämteſten Aufforderungen zum neuen Aufſtande gegen Staatsregierung und Obrigkeit, von Freiheitsſchwindel, von grundloſer Unzufriedenheit mit Dingen, die noch im Entſtehen begriffen ſind, von Gefahren, mit welchen Perſonen und Eigenthum bedroht werden. Der Stadtrath ſetzt zugleich 100 Thaler auf die Anzeige der Verfaſſer oder Verbreiter von Pasquillen und Drohbriefen.

Wien, den 21. Mai.

Se. k. k. apoſtol. Majeſtät haben mittelſt an die Studienhofcommiſſion herabgelangter allerhöchſter Entſchließung vom 12. März d. J. dem Schullehrer zu St. Veit, Lorenz **Hobert**, in Anſehung der in dem vieljährigen Lehramte ſich erworbenen Verdienſte, die kleine goldene Ehrenmedaille mit Oehr und Band allergnädigſt zu verleihen geruht.

Am 21. Mai war zu **Wien** der Mittelpreis der

Staatsſchuldverſchreibungen zu 5pCt. in CM.	92¹⁵⁄₁₆;
detto detto zu 4pCt. in CM.	——;
Darleh. mit Verlooſ. v. J. 1820, für 100 fl. in CM.	189¾;
detto detto v. J. 1821, für 100 fl. in CM.	——;
Wiener-Stadtbanco-Obligat. zu 2½ pCt. in CM.	52¼;

Conv. Münze pCt. ——;

Bankactien pr. Stück 1213½ in CM.

Die von Hrn. Franz Paul **Fleiſchhacker** vorgeſchlagene und unter ſeiner Leitung ſtehende k. k. landesprivilegirte **Rübenzucker-Normalfabrik** wird nunmehr auf der fürſtlich Liechtenſteiniſchen Herrſchaft **Neulengbach**, in **Mayerhofen** auf dem Wege von Preßbaum nach Anzbach errichtet. Dieſe äußerſt wichtige Anſtalt hat zum Zweck, die Kunſt, Zucker aus der Zuckerrübe zu erzeugen, jedem geeigneten öſterreichiſchen Unterthan unentgeltlich, auf practiſchem Wege und nach den neueſten Erfahrungen zu lehren, damit ſich dieſer agricole Induſtriezweig auf eine ſolide Art weiter verbreite und zukünftige Errichter ſolcher Fabriken verläßliche erfahrene Menſchen zur Leitung derſelben finden können. Die reinſte Wahrheit wird fortwährend über alles, was dieſen Induſtriezweig betrifft, von dieſer Fabrik ausgehen, alles im Verfahren entſtehende Neue unparteiiſch unterſucht und die practiſche Ausführbarkeit desſelben dargethan, ſo wie auch jede portofreie Anfrage in dieſem Fache mit Bereitwilligkeit beantwortet werden. F.

Hauptredacteur: Joſeph Anton Edler von Pilat.
Verleger: Anton Strauß ſel. Witwe in der Dorotheergaſſe Nr. 1108.

Im Comptoir des Oeſterr. Beob. iſt erſchienen: „Wer mag ein großer Kaiſer ſeyn?" Volkslied von C. F. Müller. Nach einer angegebenen Mozart'ſchen Melodie zu ſingen. Preis: 6 kr. C. M.

Digitized by Google

№ 143

Oeſterreichiſcher Beobachter.

Donnerſtag, den 23. Mai 1833.

Meteorologiſche Beobachtungen vom 21. Mai.	Zeit der Beobachtung.	Barometer auf 0° Reaumur reducirt. Pariſer Maß.	Wiener Maß.	Thermometer Reaumur.	Wind.		Witterung
	8 Uhr Morg.	27.700	28 Z. 5 L. 7 P.	+ 16.8	WNW.	Sturm.	Wolken.
	3 Uhr Nachm.	27.686	28 5 5	+ 22.8	NW.	mittel.	trub.
	10 Uhr Abnds.	27.690	28 5 6	+ 16.0	NW.	—	—

Griechenland.

Die Münchener politiſche Zeitung vom 18. Mai enthält folgende Nachrichten aus Griechenland: „Vorgeſtern trafen endlich die lange erwarteten officiellen Nachrichten aus Griechenland hier ein. Indem wir hoffen, in unſerem nächſten Blatte Ausführlicheres mittheilen zu können, beeilen wir uns heute, eine kurze Anzeige über den Stand der Verwaltung und die vorläufige Organiſation dieſes Königreiches in adminiſtrativer und militäriſcher Hinſicht zu geben, ſo weit ſie ſich aus dem officiellen Regierungsblatte des Königreiches Griechenland, von welchem uns die zehn erſten Nummern vom 28. Februar bis 7. April l. J. zugekommen ſind, entnehmen läßt. — Nach demſelben beſteht das Staatsminiſterium aus ſieben Staatsſecretären, einem für das Miniſterium der auswärtigen Angelegenheiten und der Handelsmarine in der Perſon des H^rn.^ Trikupis, aus dem Staatsſecretär für das Miniſterium der Juſtiz, H^rn.^ Clonaris, dem Staatsſecretär für das Miniſterium des Innern, H^rn.^ Chriſtides, für den Cultus und öffentlichen Unterricht, H^rn.^ Rizo, für das Miniſterium der Finanzen, H^rn.^ Maurocordatos, für das Kriegsminiſterium, H^rn.^ Zografo, für das Miniſterium der Kriegsmarine, H^rn.^ Bulgari. — Der Vorſitz bei allen gemeinſamen Berathungen der Miniſterien ward vorläufig dem H^rn.^ Trikupis übertragen. — Das königliche Wappen von Griechenland beſteht aus einem gleichſeitigen, zugeſpitzten, himmelblauen Schilde, in welchem ein ſchwebendes ſilberfarbenes Kreuz (das griechiſche) erſcheint, in deſſen Mitte ein Herzſchild mit den Rauten des baieriſchen Königshauſes, 21 an der Zahl, nämlich 11 ſilberfarbenen und 10 himmelblauen, ruht. Eine geſchloſſene Königskrone mit dem Reichsapfel tragend, hat der Hauptſchild zwei gekrönte Löwen als Schildhalter zur Seite, und iſt von einem mit Hermelin beſetzten purpurnen Königsgezelt umſchloſſen, deſſen Gipfel gleichfalls eine Krone ſchmückt. — Das Staatsſiegel ſtellt daſſelbe Wappen mit der Umſchrift: „Otto von Gottes Gnaden König von Griechenland“ dar. Die Siegel der Miniſterien und aller übrigen Staatsbehörden enthalten in der Umſchrift die Worte: „Königreich Griechenland,“ und in der Mitte des Medaillons den Namen der betreffenden Behörde. — Sämmtliche Decrete, Verordnungen und Entſchließungen ſind überſchrieben: „Otto von Gottes Gnaden König von Griechenland“ und „Im Namen des Königs die Regentſchaft“ von den Mitgliedern der letzteren unterzeichnet. Einer höchſten Verordnung vom 11. Februar neuen Styls zufolge, hatten alle griechiſchen Unterthanen männlichen Geſchlechtes den folgenden Huldigungseid zu leiſten: „Ich ſchwöre bei der allerheiligſten Dreifaltigkeit „und bei den heiligen Evangelien, Treue unſerem Könige Otto, und Gehorſam den Geſetzen des Königreiches „Griechenland.“ — Die äußeren Verwaltungsbehörden beſtehen dermalen in außerordentlichen Präfecten, Präfecten und Unterpräfecten. — Bereits unterm 22. Februar l. J. ward das Beſitznahmspatent von Attika, Euböa, dem Diſtricte von Zeitun und den übrigen zwiſchen den Golfen von Arta und Volo gelegenen, durch den Vertrag von Konſtantinopel vom 21. Juli 1832 dem Königreiche Griechenland für ewige Zeiten und mit voller Souverainetät einverleibten Bezirken ſammt allen Zugehörungen und Zuſtändigkeiten erlaſſen, und mit dem Vollzuge deſſelben der Staatsſecretär H^r.^ Rizo beauftragt. Eine der erſten Maaßregeln, welche die Regentſchaft für nothwendig erachtete, war die Regulirung des Münzweſens in Griechenland und die Vergleichung und Feſtſetzung des Werthverhältniſſes der ausländiſchen Münzen, welche in jenem Königreiche im Umlaufe ſind, mit den neuen griechiſchen. — Eben ſo ward die Veräußerung von Staatsgütern jeder Art in allen Theilen des Reiches augenblicklich unterſagt, und jede fernere, ohne beſondere königliche Genehmigung Statt findende, für wirkungslos erklärt. Zugleich ward dem Staatsſecretär der Finanzen befohlen, unverzüglich eine vollſtändige Ueberſicht der, ſeit dem Beginnen des Freiheitskampfes bis zum 18. Februar l. J. Statt gefundenen Veräußerungen nach den verſchiedenen Hauptepochen einzureichen. In dieſer Ueberſicht ſollen hauptſächlich angeführet werden: a) die Eparchie, wo die Veräußerung geſchehen, b) die Bezeichnung des Objectes, c) der Umfang deſſelben, d) die Zeit und e) die Art der Veräußerung, f) der Werth des Objectes, g) der Verkaufspreis und h) die Zahlungen, die bereits hieran gemacht worden ſind und i) die noch im Ausſtande befundenen Summen, k) der Name der Behörde, welche die Veräußerung befahl. — Bereits unterm 21. Februar a. c. ward ein Amneſtiedecret für alle vor dem 6. Februar d. J. verübten politiſchen Verbrechen und Vergehen erlaſſen, vorbehaltlich jedoch der Civilreſtitution und der Anſprüche wegen Schadenerſatzes, in welcher Hinſicht den Berechtigten die Verfolgung ihrer Forderungen verbleibt. — Zugleich erſchien ein Geſetz, die Verbrechen und Vergehen gegen die öffentliche Sicherheit im Innern des Staates betreffend, deſſen Inhalt wir demnächſt ausführlich mittheilen werden. Eben ſo ward das Tragen von Feuergewehren durch eine eigene Verordnung von Erlaubnißſcheinen der Regierung abhängig gemacht. — Zu Nauplia, Miſſolunghi und Theben wurden bereits Gerichtshöfe errichtet, welche bis zum Erſcheinen der neuen Geſetzbücher und der allgemeinen Gerichtsorganiſation ſowohl die, gegen die öffentliche Sicherheit im Innern des Staates unternommenen Verbrechen und Vergehen in erſter und letzter In-

Digitized by Google

ſtanz zu richten haben, als auch über Civilrechtsſtreitigkeiten erkennen, wenn beide Parteien ſich freiwillig ihrer Jurisdiction unterwerfen. Jeder der genannten drei Gerichtshöfe iſt zuſammengeſetzt aus einem Präſidenten, 4 Richtern, einem Staatsprocurator und einem Gerichtsſchreiber. Zur Fällung eines Urtheiles wird einfache Stimmenmehrheit erfordert. Die Procedur iſt ſummariſch, die Aburtheilung hat in öffentlicher Sitzung Statt, und binnen 24 Stunden nach gefälltem Urtheile wird dasſelbe vollzogen. Ausnahmsweiſe kann jedoch die Execution ſuspendirt werden, wenn der Gerichtshof von Amtswegen auf Begnadigung des Verurtheilten anträgt. Zu Präſidenten dieſer Gerichtshöfe ſind ernannt: in Nauplia, Hr. Georg Praïdes; in Miſſolunghi, Hr. Michael Sirilianus; in Theben, Hr. Alexin Palma. — Sowohl die bis zum 11. März in Griechenland beſtandenen tactiſchen Corps mit allen dazu gehörigen Stellen, als die irregulären Truppen, ſind aufgelöst; die ſämmtlichen Soldaten des erſteren aber in das neu zu bildende Heer aufgenommen worden. Dieſes Heer zu Lande ſoll formirt werden, aus: acht Linien-Infanteriebataillons, einem Regimente Lanzenreiter, ſechs Compagnien Artillerie, einer Compagnie Fuhrweſen, einer Ouvrierscompagnie, einer Abtheilung Ingenieurs für den Dienſt des Genie und des Generalſtabes, und zwei Pionniercompagnien für die Militär-, dann die Straßen- und Brückenbauten. Jedes Linien-Infanteriebataillon beſteht aus dem Stabe und ſechs Compagnien zu 120 Köpfen. Das Lanzenreiterregiment aus dem Stabe und 6 Escadronen zu 111 Köpfen, mit 111 Dienſtpferden. Jede Artilleriecompagnie aus 100 Köpfen, die Compagnie Fuhrweſen aus 126 Köpfen mit den erforderlichen Pferden und Laſtthieren, die Compagnie Ouvriers aus 132 Köpfen und die Pionniercompagnie aus 86 Köpfen. — Außer dieſem ordentlichen Stande des Landheeres werden dermal 10 Jägerbataillons errichtet, in welche diejenigen Soldaten und Unteroffiziere der vormäligen irregulären Truppen eingereiht werden, welche dazu in Gemäßheit einer beſondern Verordnung berufen ſind. Der Stand eines Jägerbataillons wird vorläufig aus dem Stabe und 4 Compagnien, jede zu 50 Mann, beſtehen. — Das Commando des Lanzenreiterregiments iſt dem zur Verfügung Sr. Majeſtät des Königs von Griechenland geſtellten königlich baieriſchen Major Baron von Pfeill-Scharfenſtein mit dem Range eines Oberſtlieutenants übertragen. — Die Beſtimmungen über die Formation der Truppen für die Marine ſind noch vorbehalten und werden beſonders erlaſſen. — Eine Nationalcocarde ward eingeführt, welche mit jeder Civil- und Militäruniform auf der dazu gehörigen Kopfbedeckung getragen werden muß, und mit welcher jeder griechiſche Unterthan ſeine Kopfbedeckung zu zieren berechtigt iſt. — Außer den hier angezogenen Verfügungen enthält die letzte uns zugekommene Nummer des Regierungsblattes für das Königreich Griechenland auch eine Verordnung, die Beſtrafung der Polizeifrevel in Anſehung der öffentlichen Reinlichkeit, der Lebensmittel und der Bauunternehmungen betreffend. In derſelben Nummer findet ſich auch die Verſetzung des Präſidenten des Gerichtes zu Miſſolunghi, Hrn. Michael Siciliano, nach Theben und dagegen des Präſidenten des Gerichtes zu Theben, Hrn. Alexin Palma, nach Miſſolunghi. — Vermöge zweier Entſchließungen der Regentſchaft des Königreiches vom 12. Februar (31. Jänner) und 15. (3.) Februar l. J. iſt der bisherige Inſpector der Douanen im Peloponneſes und den anliegenden Inſeln, Hr. Diamandi Maniari, zum Director der Douanen in Syra ernannt; der Inſpector der Douanen im Golfe zu Korinth, Hr. J. Serros, zur Inſpection der Douanen im öſtlichen Peloponneſes und den anliegenden Inſeln berufen; dann die Leitung und Aufſicht über die Verwaltung des Tranſits zu Syra dem Hrn. Photius Heliades übertragen, und vermöge Entſchließung vom 1. März d. J. Hr. Anton Miaulis zum Capitän in der königlichen Marine ernannt worden."

Großbritannien und Irland.

Zwiſchen Oberſt Evans und Sir J. C. Hobhouſe wäre es wegen der Weſtminſterwahl beinahe zum Duell gekommen. Letzterer hatte in einer Verſammlung von Wählern geſagt: „Was die Beſchuldigung betrifft, daß ich ein bezahlter Diener der Krone ſei, ſo frage ich, wer iſt der am meiſten Bezahlte von den drei Candidaten? Eben der, welcher die Beſchuldigung gegen mich vorbrachte, und den ich in meinem vorigen Amte mit einem Federzuge ſeiner Penſion hätte berauben können. Ich fordere euch auf, wenn ihr mich nicht wählt, wenigſtens den nicht zu wählen, der mich ſo niederträchtig verläumdet hat." Wegen dieſer Worte begann eine lebhafte Correſpondenz zwiſchen den von beiden gewählten Mittelsmännern, Lord Dunboque und Admiral Fleming. Sir J. C. Hobhouſe erklärte endlich, er habe nicht ſo geſprochen, ſondern er habe diejenigen für Verläumder erklärt, welche behauptet hätten, er ſei noch im Amte. Hiermit war die Sache zu Ende.

Im Standard vom 11. Mai heißt es: „Eine Verſammlung der Einwohner von Southwark, welche der High-Bailiff präſidiren wird, ſoll am 13. Statt finden, hauptſächlich um über das Benehmen Hrn. W. Broughams zu berathen. Dieſer Herr ſtimmte für die Fortdauer der Häuſer- und Fenſtertaxe, gegen die er ſich beſonders verpflichtet hatte, und man wird ihn wahrſcheinlich der Repräſentation des Boroughs entheben, die er unter trügeriſchem Vorwand erlangt hatte. Kurz, er wird gehobhouſet werden."

Die politiſche Geſellſchaft von Brighton hat in einer neulichen Zuſammenkunft folgenden Beſchluß angenommen: „Wir ſind gänzlich der Meinung, daß die Republik die einzige Regierungsform ſei, welche ſich mit dem geſunden Sinne und der Gerechtigkeit verträgt, und daß ſie aus dieſem Grunde die einzige Regierungsform iſt, welche die Gleichheit der Rechte, Gleichheit vor dem Geſetze und allgemeine Volksvertretung zuläßt."

Der Herzog von Orleans begab ſich am 11. Mai Morgens mit den Offizieren ſeines Gefolges nach Woolwich, um dort das Arſenal, die Kanonengießerei und die Werfte zu beſehen. Oberſt Taylor begleitete ihn.

Der Herzog von Orleans hat in den engliſchen Journalen dem Gerüchte widerſprechen laſſen, daß ſeine Reiſe den Zweck habe, die Austreibung der Mitglieder der Familie Buonaparte aus England zu verlangen.

Conſols am 11. Mai 87⅝, ¾.

Frankreich.

Der Moniteur vom 14. Mai enthält nachſtehendes Protocoll über die Entbindung der Frau Herzoginn von Berry: „Im Jahre achtzehnhundert und dreiunddreißig, den zehnten Mai, um halb vier Uhr Morgens: Wir Unterzeichnete, Thomas Robert Bugeaud, Mitglied der Deputirtenkammer, Marechal-de-Camp, Obercommandant von Blaye; Anton Dubois, Ehrenprofeſſor an der mediciniſchen Facultät zu Paris; Carl Franz Marchand-Dubreuil, Unterpräfect des Arrondiſſements von Blaye; Daniel Theotimus Paſtoureau, Präſident des Gerichtshofes erſter Inſtanz von Blaye; Peter Nadaud, königlicher Procurator bei demſelben Gerichtshofe; Wilhelm Bellon, Präſident des Handelsgerichtes, Adjunct des Maire von Blaye; Carl

Digitized by Google

Bordes, Commandant der Nationalgarde von Blaye; Elias Deserambes, Pfarrer von Blaye; Peter Camill Delord, Commandant der Feſtung Blaye; Claudius Ollivier Dufresne, Civilcommiſſär der Regierung in der Citadelle; auf Requiſition des Generals Bugeaud als Zeugen berufen, um der Entbindung Ihrer königl. Hoheit Marie Caroline, Prinzeſſinn beider Sicilien, Herzoginn von Berry beizuwohnen (da ſich die HH. Meelet, Maire von Blaye, und Regniee, Friedensrichter, die gleichfalls als Zeugen deſignirt waren, auf dem Lande befanden, konnten ſie nicht zeitig genug benachrichtigt werden) — haben uns in die Citadelle von Blaye in das von Ihrer königl. Hoheit bewohnte Haus verfügt; wir ſind in einen Salon geführt worden, an den ein Zimmer ſtoßt, in welchem die Prinzeſſinn lag. — Der Hr. Dr. Dubois, der Hr. General Bugeaud und Hr. Delord, Commandant des Platzes, waren gleich bei den erſten Geburtswehen in dem Salon; ſie haben den übrigen Zeugen erklärt, daß die Frau Herzoginn von Berry, nach ſehr kurzen Wehen, um 3 Uhr 20 Minuten entbunden worden ſei; daß ſie ſelbe, unter dem Beiſtande der HH. Doctoren Deneux und Meniere gebährend geſehen haben; Hr. Dubois war bis nach der Geburt des Kindes im Appartement geblieben. — Der Hr. General Bugeaud iſt hineingegangen, um die Frau Herzoginn zu fragen, ob ſie die Zeugen empfangen wolle. Sie erwiederte: „Ja, ſobald man das Kind gewa„ſchen und angekleidet haben wird.“ Einige Augenblicke nachher kam Madame d'Hautefort in den Salon, um die Zeugen von Seite der Herzoginn einzuladen, hereinzukommen, was unmittelbar darauf geſchah. — Wir haben die Herzoginn von Berry in ihrem Bette liegend gefunden, mit einem neugebornen Kinde an ihrer linken Seite; unten am Bette ſaß Madame d'Hautefort; Mad. Hanslee, die HH. Deneux und Meniere ſtanden oben am Bette. — Der Hr. Präſident Paſtoureau näherte ſich hierauf der Prinzeſſinn und ſtellte folgende Fragen an ſie: „Iſt es die Frau Herzoginn von Berry, mit der ich zu ſprechen die Ehre habe.“ — „„Ja.““ — „Sind Sie gewiß die Frau Herzoginn von Berry?“ — „„Ja, mein Herr.““ — „Iſt das neugeborne Kind, das neben Ihnen liegt, Ihr Kind?“ — „„Ja, mein Herr, das Kind iſt von mir.““ — „Welchen Geſchlechtes iſt es?“ — „„Es iſt weiblichen Geſchlechtes. Ich habe übrigens Hrn. Deneux beauftragt, die deßfallſige Erklärung zu machen.““ — Und augenblicklich hat Ludwig Carl Deneux, Doctor der Arzneiwiſſenſchaft, ehemaliger Profeſſor der Entbindungsklinik der Pariſer Facultät, Titularmitglied der königlichen Akademie der Arzneiwiſſenſchaft, nachſtehende Erklärung gemacht: „Ich „habe ſo eben die hier gegenwärtige Frau Herzoginn von „Berry, Gemahlinn in rechtmäßiger Ehe des Grafen Hec„tor Lucheſi-Palli, aus dem fürſtlichen Hauſe Campo„Franco, Gentilhomme de la chambre des Königs beider „Sicilien, domicilirt in Palermo, entbunden.“ — Der Hr. Graf von Beiſſac, und die Frau Gräfinn d'Hautefort haben auf unſere Anfrage, ob ſie den Bericht über das, wovon ſie Zeugen geweſen, unterzeichnen würden, erwiedert, daß ſie hierher gekommen ſeien, um der Herzoginn von Berry freundſchaftliche Dienſte zu leiſten, aber nicht, um irgend eine Acte zu unterzeichnen. — Ueber alles dieſes haben wir gegenwärtiges Protocoll in dreifacher Expedition aufgenommen, wovon eine in unſerer Gegenwart in den Archiven der Citadelle niedergelegt worden iſt; die beiden andern ſind dem Hrn. General Bugeaud, Gouverneur, übergeben worden, den wir beauftragt haben, ſie an die Regierung einzuſchicken, und haben, nach geſchehener Vorleſung, an obgedachtem Tage, Monate und Jahre unterzeichnet. — (Unterz.) Deneux. A. Dubois. P. Meniere D. M. P. Bugeaud. Deſerambes, Pfarrer von Blaye. Marchand-Dubreuil. Paſtoureau. Nadaud. Bellon. Bordes. Delord. O. Dufresne.“

Hierauf folgt nachſtehender Auszug aus den Geburtsregiſtern der Stadt Blaye, in dem Gironde-Departement: „Heute den 10. Mai, achtzehnhundert und dreiunddreißig, um Mittag, haben wir Andreas Victor Meelet, Maire der Stadt Blaye, uns, auf Begehren des Hrn. Generals Bugeaud, Mitgliedes der Deputirtenkammer, Marechal-de-Camp, Obercommandanten von Blaye, in die Citadelle verfügt, und ſind in das Schlafzimmer Ihrer königl. Hoheit, Marie Caroline, Prinzeſſinn beider Sicilien, Herzoginn von Berry, geführt worden, in welchem ſich Hr. Ludwig Carl Deneux, Doctor der Arzneiwiſſenſchaft, ehemaliger Profeſſor der Entbindungsklinik an der mediciniſchen Facultät von Paris, Titularmitglied der königlichen Akademie der Arzneiwiſſenſchaft, der mediciniſchen Geſellſchaft derſelben Stadt ꝛc. ꝛc., ordentlicher Geburtshelfer der Frau Herzoginn von Berry, Ritter des königlichen St. Michaelordens, dann der Ehrenlegion und des conſtantinianiſchen Ordens beider Sicilien ꝛc., fünfundſechzig Jahre alt, zu Paris Rue Saint-Guillaume Nr. 36, zehntes Arrondiſſement, wohnhaft, gegenwärtig in der Citadelle von Blaye, befand; — welcher uns ein neugebornes Kind, das wir weiblichen Geſchlechts erkannten, vorgezeigt, und in Gegenwart der Frau Herzoginn von Berry und an ihrem Bette erklärt hat, „daß Ihre königl. Hoheit, Marie Caroline, Herzoginn von „Berry, Gemahlinn in rechtmäßiger Ehe des Grafen „Hector Lucheſi-Palli, aus dem fürſtlichen Hauſe Cam„po-Franco, Gentilhomme de la chambre des Königs „beider Sicilien, in Palermo domicilirt, jetzt abweſend, „heute um drei Uhr 20 Minuten Morgens von beſagtem „Kinde entbunden worden iſt, dem die Vornamen An„na Maria Roſalia beigelegt worden ſind.“ — Dieſe mit lauter Stimme gegebene Erklärung wurde von der Frau Herzoginn von Berry mit dem Beiſatze beſtätigt, daß ſie die Wahrheit enthalte, und daß ſie wirklich ihrem Kinde die Vornamen Anna Maria Roſalia geben wolle, — welche Erklärung, Präſentation und Verification in Gegenwart der Herren: 1) Anton Dubois, Ehrenprofeſſor an der mediciniſchen Facultät zu Paris, 77 Jahre alt, wohnhaft zu Paris, Rue Monsieur-le-Prince Nr. 12; 2) Proſper Meniere, Doctor der Arzneiwiſſenſchaft, aggregirter Profeſſor bei der mediciniſchen Facultät zu Paris, Wundarzt des vierten Diſpenſariums der philanthropiſchen Geſellſchaft, und der Wohlthätigkeitsbureaus des eilften Arrondiſſements, 34 Jahre alt, wohnhaft zu Paris, Rue Pavée Saint-André-des-Arts Nr. 12; — welche beide obgenannte bei der Entbindung zugegen geweſen ſind; 3) Thomas Robert Bugeaud, wie oben qualificirt, 48 Jahre alt, wohnhaft zu Exideuil, im Dordogne-Departement; 4) Carl Franz Marchand-Dubreuil, Unterpräfect des Arrondiſſements von Blaye, 38 Jahre alt, wohnhaft zu Blaye; 5) Daniel Theotimus Paſtoureau, Präſident des Gerichtshofes erſter Inſtanz von Blaye, 65 Jahre alt; 6) Peter Nadaud, königlicher Procurator bei demſelben Gerichtshofe, 35 Jahre alt; 7) Wilhelm Bellon, Präſident des Handelsgerichtes, Adjunct des Maire von Blaye, 65 Jahre alt; 8) Carl Bordes, Commandant der Nationalgarde von Blaye, 48 Jahre alt; 9) Peter Camill Delord, Bataillonschef, Commandant der Feſtung Blaye, 52 Jahre alt; 10) Claudius Ollivier Dufresne, Civilcommiſſär der Regierung in der Citadelle, 40 Jahre alt; 11) Johann Baptiſt Regniee, Friedens-

richter des Cantons Blaye, Mitglied des Generalconſeils des Gironde-Departements, 67 Jahre alt; und 12) Achill de Saint-Arnaud, Ordonnanzoffizier des Generals Bugeaud, 34 Jahre alt, gewöhnlich in Paris wohnhaft — Statt gefunden haben. — Welche Zeugen und Declaranten mit uns gegenwärtige Acte, nach geſchehener Vorleſung, unterzeichnet haben. — (Unterz. im Regiſter:) Deneux. A. Dubois. P. Menierr D. M. P. Bugeaud, Marechal-de-Camp. Marchand-Dubreuil, Unterpräfect. Paſtoureau. Nadaud. Bellon. Bordes. Delord. Regnier. O. Dufresne. A. de Saint-Arnaud, und Merlet, Maire." — Gleichlautend mit dem Regiſter, ausgefertiget von uns, Maire der Stadt Blaye. — Blaye, den 10. Mai 1833. Der Maire Merlet. — Geſehen von uns, Daniel Theotimus Paſtoureau, Präſident des Gerichtshofes erſter Inſtanz des Arrondiſſements von Blaye, Behufs der Legaliſation obiger Unterſchrift des Hrn. Merlet, Maire der Stadt Blaye. — Blaye, den 10. Mai 1833. (Unterz.) Paſtoureau."

Die Pairskammer fuhr am 13. Mai in Erörterung des Expropriationsgeſetzes fort. Die Zahl der Geſchwornen ward aus Anlaß des 34ſten Artikels ſtatt auf 16 auf 20 feſtgeſetzt, die Zahl der Supplementargeſchwornen aber beibehalten. Die Erörterung des dritten Capitels wurde noch begonnen.

Die Deputirtenkammer ernannte am 13. Mai zwei Commiſſionen. Die erſte iſt mit Prüfung des Vorſchlags des Hrn. Laffitte wegen der dem Buchhandel gemachten Anleihe beauftragt und beſteht aus den HH. Blane, Didot, Dumeylet-Verollot, Cunin-Gridaine, General Meynadier, Enouf, Batout, Eſtancelin. Die zweite, welche den Vorſchlag zu Wiedereinführung der Eheſcheidung zu prüfen hat, beſteht aus den HH. Merlin, Mangin d'Oins, Bavoux, Pelet, Vicomte Baſtard, Baron Schonen, Preſot-Leygonie, Gillon, Bedoch.

Der General Savary wird von dem Uebel, das ihn zur Rückkehr nach Frankreich nöthigte, bald wieder hergeſtellt ſeyn und hofft in Kurzem nach Algier zurückkehren zu können. Als einen Beweis, wie wenig der General in jener Colonie beliebt ſei, führt der Meſſager nach einem Schreiben aus Algier vom 27. v. M. an, daß, als ſich dort die Nachricht verbreitete, der General ſei in Frankreich geſtorben, die Einwohner aus Freude Familienfeſte veranſtaltet hätten. Ueber den Zuſtand der Colonie gibt das genannte Blatt aus einem Schreiben von dort folgende Details: „Die Zerſtörung der Gräber, der Verkauf der Grabſteine und der Gebeine der Leichen dauert fort; es gibt hier keinen Todten, von ſo niedriger Herkunft er auch ſeyn mag, der nicht in den Handel käme. Nun ſage man noch, daß die Geſchäfte ſtocken! Die Einwohner von Algier, welche die Beſitztitel über ihr Grundeigenthum, dem Befehle des Civilintendanten zufolge, nicht bei der Behörde niederlegen, werden unerbittlich ins Gefängniß geworfen. Viele, die man als Widerſpenſtige einkerkert, haben ihre Beſitztitel, die bei den Arabern in einem Zettel, der oft nur die Größe einer Karte hat, beſtehen, aus Nachläſſigkeit wirklich verloren, und konnten darüber ganz ruhig ſeyn, da die Offenkundigkeit des Beſitzes bei ihnen, wie bei jedem Volke, das wenig ſchreibt, von großem Gewicht iſt. Seit einigen Tagen waren die Thore von Algier für die Eingebornen wieder geöffnet und alle diejenigen unter ihnen, welche anderswo Arbeit und Unterhalt zu finden hoffen, verlaſſen dieſe Hölle. Die Räumung der Colonie, welche England, auf gewiſſe Verſprechungen geſtützt, zu verlangen droht, würde bei den Eingebornen, wie bei den Franzoſen in Algier, nur Beifall finden."

Der genueſiſche Kaufmann Baſchi, Beſitzer des am 31. April v. J. bei la Ciotat in Beſchlag genommenen ſardiniſchen Dampfſchiffes Carlo Alberto, hatte ſich wegen Rückgabe ſeines Fahrzeuges an den königlichen Gerichtshof in Aix, und als dieſer ſich in der Sache für incompetent erklärte, an den Aſſiſenhof zu Montbriſon gewandt, der ſeiner Seits bereits den Supercargo jenes Schiffes, Ferrari, mit ſeinem Geſuche um deſſen Rückgabe aus dem Grunde zurückgewieſen hatte, daß Hr. Baſchi als Eigenthümer ſchon ein ähnliches Geſuch bei dem königlichen Gerichtshofe zu Aix eingereicht habe. Unter dieſen Umſtänden hat Hr. Baſchi ſich nunmehr an den Caſſationshof gewandt, damit dieſer entſcheide, an welche Behörde er ſich mit ſeinem Geſuche zu wenden habe. Der Caſſationshof hat indeſſen Hrn. Baſchi auch mit dieſer Anfrage zurückgewieſen, weil in dem vorliegenden Falle kein Conflict zwiſchen zwei Jurisdictionen Statt finde, ein ſolcher aber geſetzlich nothwendig ſei, um zu entſcheiden, vor welchen Richterſtuhl eine Rechtsſache gehöre.

Am 13. Mai 5Percents Fin Courant geſchloſſen zu 103 Fr. 10. 3Percents Fin Courant geſchloſſen zu 78 Fr. 20. — Am 14. Mai um 1¼ Uhr Nachmittags 5Percents 103 Fr. 3Percents 78 Fr. 15.

Niederlande.

Im Haag fand am 9. und 10. Mai ein außerordentlicher Cabinetsrath Statt, worin über die neueſten aus London angekommenen Depeſchen verhandelt worden ſeyn ſoll. Am 11. Abends 10 Uhr reiste der Prinz von Oranien ins Hauptquartier nach Tilburg ab.

Belgien.

Aus Gent wird vom 10. Mai gemeldet, daß König Leopold ſich auf der Reiſe etwas unwohl befunden habe, doch ſei er gleich nach ſeiner Ankunft in Gent zu Pferd geſtiegen, und habe die Truppen gemuſtert, ohne daß von der Unpäßlichkeit noch etwas zu bemerken geweſen.

Teutſchland.

Dem von der Stadt Stuttgart zum Abgeordneten gewählten Profeſſor Uhland (an der Tübinger Univerſität) iſt, Würtemberger Blättern zufolge, der Urlaub zum Eintritt in die Ständeverſammlung verweigert worden.

Wien, den 22. Mai.

Am 15. d. M. hatte der bisher am königl. preußiſchen Hofe beglaubigt geweſene churheſſiſche Geſandte, der wirkliche geheime Legationsrath Hr. Chriſtoph Heinrich Wilhelm von Steuber, Commandeur zweiter Claſſe des churheſſiſchen Hausordens vom goldenen Löwen, die Ehre, Sr. k. k. Majeſtät das Beglaubigungsſchreiben als churfürſtlich heſſiſcher außerordentlicher Geſandter und bevollmächtigter Miniſter am hieſigen k. k. Hofe, in einer Privataudienz zu überreichen.

Am 22. Mai war zu Wien der Mittelpreis der

Staatsſchuldverſchreibungen zu 5pCt. in CM.	92 11/32;
detto detto zu 4pCt. in CM.	—;
Darleh. mit Verlooſ. v. J. 1820, für 100 fl. in CM.	—;
detto detto v. J. 1821, für 100 fl. in CM.	134¼;
Wiener-Stadtbanco-Obligat. zu 2½ pCt. in CM.	—;

Kurs auf Augsburg für 100 Gulden Curr., Gulden 98⅛ Br. Uſo. 2 Monat. — Conv. Münze pCt. —;

Bankactien pr. Stück 1213⅛ in CM.

Hauptredacteur: Joſeph Anton Edler von Pilat.

Verleger: Anton Strauß ſel. Witwe in der Dorotheergaſſe Nr. 1108.

Digitized by Google

Nro. 144

Oeſterreichiſcher Beobachter.

Freitag, den 24. Mai 1833.

W K 1 ZEITUNG 1833

	Zeit der Beobachtung	Barometer auf 0° Reaumur reducirt.		Thermometer Reaumur.	Wind.	Witterung.
		Pariſer Maß.	Wiener Maß.			
Meteorologiſche Beobachtungen vom 22. Mai.	8 Uhr Morg.	27.747	28 Z. 6 L. 2 P.	+ 14.0	WNW. ſtark.	Wolken.
	3 Uhr Nachm.	27.725	28 5 11	+ 17.8	WNW. mittel.	ſchwacher Regen.
	10 Uhr Abnds.	27.720	28 5 10	+ 14.0	WNW. —	Wolken.

Großbritannien und Irland.

In der Sitzung des Unterhauſes vom 10. Mai ließ ſich nach den Bemerkungen des Lords Palmerſton über die von dem Alderman Thompſon beantragte Vorlegung der Papiere in Betreff des Embargo auf holländiſche Schiffe*) Hr. Lyall über denſelben Gegenſtand vernehmen, und ſagte, daß die Anſicht des edlen Lords in Betreff der hier zu Lande übernommenen Aſſecuranzen richtig ſeyn würde, wenn England ſich mit Holland in einem Zuſtande des Krieges befände; aber dieß ſei, wie er vernommen, nicht der Fall. Er könne ſich, Trotz der Theilnahmloſigkeit des edlen Lords, eines Gefühles mitleidiger Sympathie für den alten Verbündeten Englands nicht erwehren. Die Entſchloſſenheit des Königs von Holland ſchiene mit den Schwierigkeiten ſeiner Lage zuzunehmen. — Der Solicitorgeneral (Sir J. Campbell) ſagte, daß er nöthigenfalls zu erweiſen bereit ſei, daß die engliſchen Unterthanen, welche Aſſecuranzen gegen Holländer übernommen hätten, nicht an ihre Verpflichtungen gebunden wären, die Policen möchten nun vor oder nach dem Embargo unterzeichnet ſeyn. In einem Falle, welcher bei dem ſchwediſchen Embargo zur Sprache gekommen, ſei entſchieden worden, daß ein engliſcher Unterthan keinen Contract eingehen könne, in Folge deſſen ein Unterthan Sr. Majeſtät dem Verluſte ausgeſetzt ſei, welchen ein fremder Unterthan tragen müſſe. In Erwiederung deſſen, was der vorige Redner hinſichtlich ſeiner Sympathie für Holland geſagt habe, müſſe er bemerken, daß, wenn Holland früher die Theilnahme dieſes Landes allerdings in Anſpruch genommen habe, ſein Betragen auch damals ganz anders geweſen ſei, als jetzt. Damals habe ſich Holland an der Spitze der Freiheit im Kampfe gegen die Tyrannei befunden; aber jetzt habe es eine Regierung, welche die Legitimität unterſtütze. (Beifall von der Oppoſition.) Die Regierung von Holland bemühe ſich, diejenigen, welche ſie ihre alten ergebenen Unterthanen nenne, wieder unter ihre Botmäßigkeit zu bringen, und unter dieſen Umſtänden verdiene ſie die Theilnahme der Engländer nicht. (Hört! hört!) — Hr. Baring drückte ſein Erſtaunen über die ſo eben vernommenen Geſinnungen aus. Dieſelben, meinte er, wären ganz neu, und ſchienen beſonders für ein reformirtes Unterhaus aufbewahrt zu ſeyn. Es ſei eine auffallende Unſchicklichkeit von einem richterlichen Beamten der Krone, die Anhänglichkeit an die Legitimität als einen Vorwurf hinzuſtellen, und dadurch eine Verfolgung zu entſchuldigen; denn Verfolgung müſſe er das Verfahren gegen den König von Holland nennen. (Hört!) Wenn er es wagen dürfe, Jemandem Rath anzubieten, der aller Welt Rath verkaufe (Gelächter), ſo würde er dem ehrenwerthen und gelehrten Herrn rathen, ſich in der Folge auf geſetzliche Fragen zu beſchränken, und nicht ſolche auffallende Meinungen über Politik und Moral laut werden zu laſſen. Solche Grundſätze würden vor 15 Jahren in dieſem Hauſe nicht ausgeſprochen worden ſeyn, ohne allgemeinen Unwillen zu erregen, und doch habe man damals die conſtitutionnellen Principien eben ſo gut verſtanden, als jetzt. Er wünſchte wohl zu wiſſen, welchen großen politiſchen Zweck man dadurch zu erreichen gedächte, daß man den armen König von Holland verfolge. Es ſei die Pflicht des Secretärs für die auswärtigen Angelegenheiten, Sorge zu tragen, daß die Nationalehre nicht gekränkt werde, aber eben ſo müſſe er darauf ſehen, daß die Intereſſen des Handels nicht unnöthiger Weiſe gefährdet würden. Hr. Baring verlas hierauf mehrere Handelsbriefe, worin die Nachtheile geſchildert wurden, welche der brittiſchen Schifffahrt aus dem Embargo erwüchſen. Unter Andern wurde darin geſagt, daß die Verſchiffungen von Baumwolle von Mobile und New-orleans faſt ausſchließlich in amerikaniſchen Schiffen geſchähen, während die brittiſchen Schiffe hauſenweiſe in den Häfen lägen. Er konne, fuhr Hr. Baring fort, durchaus nicht begreifen, warum der engliſche Handel dieſen Nachtheilen ausgeſetzt würde. Der edle Lord habe geſagt, daß man beim Durchleſen ſeiner Protocolle ſich überzeugen würde, wie ſchön er die Unterhandlungen geleitet habe. Der Gegenſtand ſei nun zwar etwas langweilig, aber er (Hr. Baring) habe die Actenſtücke geleſen, ſo lange er die Augen habe offen behalten können, und ſehe doch jetzt in der Sache nicht klarer als früher. So weit er es begreife, ſtehe der Fall jetzt ſo: der König von Holland ſage, daß die fünf Mächte die Vermittlung begonnen hätten, und daß er ſich nicht den Befehlen zweier derſelben unterwerfen wolle, nachdem ſich die andern drei zurückgezogen hätten, weil ihm Gewalt angethan worden wäre. Der Hauptgegenſtand des Streites ſei, ob Holland fortfahren dürfe, einen ſeit Jahrhunderten beſtehenden Zoll zu erheben, und deßhalb werde der brittiſche Handel gelähmt. Er fürchte, daß in dieſer ganzen Sache der edle Lord ein Spielwerk in den Händen des diplomatiſchen Meiſters ſei, der die Intereſſen Frankreichs ſo geſchickt vertrete. Was die von dem gelehrten Solicitorgeneral aufgeſtellte juridiſche Anſicht betrafe, ſo wolle er nur bemerken, daß, wenn der gelehrte Herr ſich herabgelaſſen hätte, einen der Aſſecuradeure auf Lloyds zu befragen, er erfahren haben würde, daß, wenn auch geſetzlich vielleicht das Embargo die Aſſecuranzverbindlichkeit aufhebe, doch Handelsgebrauch und Ehre ein ſolches Geſetz nicht anerkennten. (Hort! hort!) — Der Solicitorgeneral erklärte zu ſeiner Rechtfertigung, daß er das Wort „Legitimität“ nur in dem Sinne gebraucht habe, in welchem es angewendet würde

*) Vergl. Oeſterr. Beob. vom 21. Mai.

Digitized by Google

wenn z. B. der Herzog von Modena, als Abkömmling von Jacob II., Anſpeuch darauf mache, an die Stelle Wilhelms IV. als rechtmäßiger König von England zu treten. (Oh! oh! und hört!) — Lord J. Ruſſell gab den Mitgliedern gegenüber zu bedenken, daß die Einmiſchung in die niederländiſchen Angelegenheiten unter der Verwaltung des Herzogs von Wellington begonnen habe, und daß die Nachfolger im Amte nur jene Politik der Einmiſchung foetgeſetzt hätten. Das ehrenwerthe Mitglied für Eſſer (Hr. Baring) habe bei dieſer wie bei andern Gelegenheiten verſucht, der Politik ſeines edlen Freundes einen Anſtrich des Lächerlichen zu geben; aber das ehrenwerthe Mitglied möge doch bedenken, daß eine Prophezeiung und eine Doctrin zuverſichtlich in dieſem Hauſe aufgeſtellt worden wären, daß nämlich ſein edler Freund nicht im Stande ſeyn würde, durch alle ſeine Unterhandlungen den Frieden in Europa zwölf Monate lang zu erhalten, und daß das einzige Mittel, einen furchtbaren Krieg zu vermeiden, in der Zerſtückelung Belgiens beſtehe. (Hört! hört!) Dieſer Prophet und dieſer „Doctrinär" ſei kein anderer, als das ehrenwerthe Mitglied ſelbſt geweſen. (Hört! und Gelächter.) Das ehrenwerthe Mitglied und ſeine Partei habe keinen andern Zweck, als den König von Holland zur Fortſetzung ſeiner Zögerungen zu ermuntern. Die Inſinuation des ehrenwerthen Mitgliedes — denn eine beſtimmte Behauptung laſſe er ſich ſelten zu Schulden kommen — (Gelächter), daß nur England und Feankreich in Bezug auf die gegen den König von Holland befolgte Politik einverſtanden wären, ſei ungegründet. Die andern drei Mächte ſeien ebenfalls mit dem allgemeinen Grundſatze des Tractates oder Ausſpruches (award) einverſtanden, zu deſſen Unterzeichnung der König von Holland aufgefordert worden ſei; die einzigen Punete, über welche ſie noch unentſchloſſen wären, beträfen nur untergeordnete Gegenſtände, die dem allgemeinen Grundſatze der Trennungsconvention keinen Abbruch thäten. Er habe überdieß Grund zu glauben, daß die drei Mächte ſich jeden Tag mehr von dem eigentlichen Zweck überzeugten, warum der Konig von Holland jene untergeordneten Punete vorſchöbe, nämlich um Zögerungen und Verlegenheiten herbeizuführen, und daß alle fünf binnen Kurzem vereinigt ſeyn würden, um den König von Holland zu zwingen, ſich ihrem gemeinſchaftlichen Ausſpruche zu unterwerfen. (Hört! hört!) — Sir Robert Peel ſagte, er konne nicht umhin, die Geſchicklichkeit zu bewundern, mit welcher der vorige Redner den eigentlichen Gegenſtand der Debatte umgangen habe, nämlich ob das Embargo ungeſetzlich dem Grundſatze nach, und wirkſam in dee Ausführung ſei. Nachdem Sir Robert ſich in gleicher Weiſe, wie Hr. Baring, gegen des Solicitorgenerals Aeußerung in Bezug auf die Legitimität ausgeſpeochen hatte, ſagte er, daß, wenn auch die Politik des edlen Seeretärs für die auswärtigen Angelegenheiten dem Grundſatze nach weiſe und zweckmäßig ſeyn könnte, es doch im höchſten Grade unpolitiſch ſei, zur Eereichung des Zweckes die brittiſchen Intereſſen unnützer Weiſe zu verletzen. Er erkläre das Embargo für eine verfaſſungswidrige, ja ungeſetzliche Maaßeegel, dem Geundſatze nach, und für unwiekſam in der Ausführung. Es werde dadurch ein höchſt gefährliches und verfaſſungswidriges vergängiges Beiſpiel aufgeſtellt, nämlich, daß die Keone aus eigener Machtvollkommenheit ein Embaego auf den brittiſchen Handel legen könne. (Hört!) Er freue ſich, daß der edle Lord als Beſchränkung des Mißbrauches dieſer höchſt gefährlichen Ausübung der Prärogative darein gewilligt habe, die nöthige Auskunft vorzulegen; denn ohne dieſe könne das Parlament — die einzige Beſchränkung — ſich nicht einmiſchen. Er könne kein ſtärkeres Argument gegen das Embargo auffinden, als die wichtige Angabe des Solicitorgenerals, daß nämlich die Unterzeichner auf Lloyds für die Folgen ihrer Verſicherungen gegen Embargo nicht verantwortlich wären. Könne wohl irgend ein Argument die Ungerechtigkeit und das Unpolitiſche des Embargo deutlicher darthun? (Hört! hört!) Der edle Lord habe geſagt, daß der Grundſatz, welcher einen offenen Krieg gegen Holland rechtfertigen würde, auch Maaßregeln einer gemilderten Feindſeligkeit rechtfertigen müſſe. Dieß beſtreite er (hört!); das Völkerrecht kenne keinen ſchwankenden, neutralen, ungewiſſen Zuſtand; es handle nur von dem Zuſtande des Krieges oder Friedens, und erkenne nur einen von beiden an. Er beſtreite daher das Recht, ein Embargo aufzulegen, wenn nicht Krieg erklärt worden ſei. Eine ſehr wichtige Frage wäre mit dem Embargo verbunden, worauf er eine Antwort zu vernehmen wünſche, ob England nämlich durch eine Convention mit Frankreich dazu verpflichtet ſei, daſſelbe auf unbeſtimmte Zeit fortzuſetzen? (Hört!) Er hoffe, daß dieß nicht der Fall ſei, und daß der edle Loed ſich nicht einer ſo großen Abgeſchmacktheit — um den mildeſten Ausdruck zu gebrauchen — ſchuldig gemacht habe. Die Nutzloſigkeit des Embargo liege klar vor Augen, es ſei ein tellum imbelle sine ictu, welches keine andere Wirkung habe, als den Geiſt eines unbezwinglichen Widerſtandes bei den Holländern zu erregen, und ihnen die Theilnahme des drittiſchen Handelsſtandes zuzuwenden. (Beifall.) — Dr. Luſhington beſtritt die Anſicht des voeigen Redners, daß man keine Maaßregel zwiſchen Krieg und Frieden ergreiſen dürfe. Aus einem ſolchen Raiſonnement, meinte er, würde folgen, daß die Conſtitution dem Könige unterſagte, zu irgend einem andern Mittel als offenen Krieg ſeine Zuflucht zu nehmen, um einen fremden Staat zu zwingen, das zu thun, was recht und billig ſei, und daß er keinen Weg einſchlagen düeſe, der mit halb ſo viel Leiden und Elend für ſeine Unterthanen verknüpſt ſei. (Hort! hört!) Er theile die Meinung des Solicitorgenerals, daß es ungeſetzlich und unpaſſend ſei, Verſicherungen gegen Feindſeligkeiten der eigenen Regierungen einzugehen, und daß das Intereſſe ſolcher Aſſecueadeure keine Beeückſicheigung verdiene. — Sir R. Inglis wünſchte zu wiſſen, ob der edle Lord gegenüber noch immer der Meinung wäre, daß der König der Niederlande die ſchwebeuden Unterhandlungen in die Länge zu ziehen ſuche, um die Herrſchaſt über die belgiſchen Provinzen wieder zu erlangen? Wenn dieß noch die Anſicht des edlen Lords ſei, ſo müſſe er derſelben entſchieden widerſprechen. Er behaupte, daß der König der Niederlande von Anfang der Unterhandlungen an, und auch in ſeiner Rede an die Generalſtaaten, die Teennung der beiden Länder anerkannt habe. Lord Althorp erwiederte, daß die Motive, welche auf das Benehmen des Königs der Niederlande einwirkten, Gegenſtand der Meinungen wären. Er konne nur ſagen, daß der Konig der Niederlande niemals ſeine Einwilligung zu irgend einem die Trennung Belgiens von Holland anerkennenden Tractate gegeben habe, außer unter ſolchen Bedingungen, die die Unabhängigkeit Belgiens unmöglich gemacht haben würden. (Hort! hört!) Er gäbe daher dem Hauſe zu bedenken, ob es nicht recht ſei, das beſtehende Embargo beizubehalten, um dem gegenwärtigen Zuſtande der Dinge ein Ende zu machen. Er räume ein, daß das Embargo ein Uebel ſei, aber jedenfalls ein weit geringeees, als ein Continentalkrieg. Die Frage ſei daher, ob das Haus ſich zu Gunſten der Aufhebung des Embargo einmiſchen wolle, wenn die Folge einer ſolchen Einmiſchung ſeyn würde, die Erledigung der ſteeitigen Fragen zu verhindern, und dieſelben in einen Zuſtand zu verſetzen, der einen Krieg

Digitized by Google

auf dem Continente herbeiführen müſſe? (Hört! hört!) Er überlaſſe es dem Hauſe, zu entſcheiden, ob im Fall eines Krieges zwiſchen Holland und Belgirn die Regierung drn ſtets im Auge habenden Zweck, die Aufrechthaltung des europäiſchen Friedens, zu erreichrn Hoffnung hegen könne? (Hört! hört!) Er gebe gern zu, daß es die Pflicht der Regierung ſei, Alles zu thun, um den Handel des Landes aufzuhelfen; da aber die Regierung zur Annahmr von Zwangsmaaßregeln genöthigt worden ſei, ſo erlaubr dir Ehre des Landes nicht, dieſe Maaßregeln aufzugeben, bevor nicht der beabſichtigte Zweck erreicht worden ſei. — Der Alderman Thompſon nahm hierauf ſeinen Antrag zurück. — Hr. Humr brachte hiernächſt die türkiſchrn Angelegenheiten zur Sprache. Er wollte wiſſen, ob England gegenwärtig rinen Geſandten in Konſtantinopel und eine Flotte im mittelländiſchen Meere habe oder nicht, und welche Politik England in Bezug auf die orientaliſchen Angelegenhriten zu brfolgen gedenke. Die Antwort des Lords Palmerſton war in Bezug auf letzteren Punct ausweichend. (Wir behalten uns oor, auf dieſen Theil der Verhandlungen ausführlicher zurückzukommen.) — Hr. Baring ließ ſich drmnächſt folgendermaaßen vernehmen: „Ich wünſche dem edlen Lord eine Frage zu ſtellen, deren Beantwortung mir von Wichtigkeit zu ſeyn ſcheint. Wir befinden uns jetzt in der Mitte des Mai, wir wiſſen, daß die Freibriefe der Bank von England und der oſtindiſchen Compagnie bald erneuert oder verweigert werden müſſen, und doch haben wir noch keine Anzeige erhalten, wann und unter welchen Bedingungen die Erneuerung Statt finden ſoll. Das Haus wird ſich erinnern, daß, als dem rdlen Lord bei einer früheren Gelegenheit eine Frage über dieſen Grgenſtand geſtellt wurde, er uns ſagte, daß es ſeine Abſicht ſei, uns eine der Fragen oder beide vor den Oſterfeiertagen vorzulegen. Jetzt ſind die Oſterfeiertage vorbei, und Mitte Mai iſt gekommen. Ich hoffe daher, es wird mir jetzt erlaubt ſeyn, zu fragen, wann dieſe Gegenſtände zur Berathung des Hanſes kommen werden?“ — Lord Althorp erwiederte: „Ich hoffe, daß ich im Stande ſeyn werde, die Bankangelegenheit am Ende der nächſten, oder am Anfang der darauf folgenden Woche vorzulegen. Mit Bezug auf den Freibrief für die oſtindiſche Compagnir kann ich keinen ſo beſtimmten Zeitpunct feſtſetzen, denn das ehrenwerthe Mitglied kennt ſo gut als ich den Zuſtand der zwiſchen der Regierung und der Compagnie ſchwebenden Unterhandlungen.“ — Hr. Baring: „Ich glaubte, daß die Angelegenheit zwiſchen der oſtindiſchen Compagnie und der Regierung bereits erledigt ſei.“ — Hr. C. Grant: „Die Correſpondenz mit derſelben dauert noch immer fort. Ich gebe zu, daß ich die Hoffnung ausdrückte, die Angelegenheit der Compagnie vor Oſtern im Parlamente zur Sprache zu bringen; in dieſer Hoffnung bin ich aber getäuſcht worden. Das ehrenwerthe Mitglied weiß gut genug, was zwiſchen der Regierung und der oſtindiſchen Compagnie vorgefallen iſt.“ — Hr. Baring: „Wird dieſe Angelegenheit dem Parlamente noch im Laufe dieſer Seſſion vorgelegt werden?“ — Hr. C. Grant: „Ganz gewiß.“ — Das Haus verwandelte ſich hierauf in einen Finanzausſchuß, und votiete verſchiedene Summen für das Kriegsdepartement.

Ihre Majeſtäten gaben am 10. Mai dem Herzog von Orleans im St. Jamespallaſt ein Diner, zu welchem die Mitglieder der königlichen Familie und mehrere hohe Perſonen eingeladen waren. Als ſich der Zug in den Speiſeſaal begab, führte der Herzog oon Orleans die Königinn; ihm folgte der Konig mit der Prinzeſſinn Auguſte, der Herzog von Cumberland mit der Heezoginn von Kent, dann die andern königlichen Herzoge, der Fürſt von Leiningen und die übrigen Gäſte.

In Folge einer Ankündigung, daß die ſogenannte Nationalunion ſich am 13. Mai um 2 Uhr in Gray's-Inn-Lane verſammeln würde, wurden von der Regierung Maaßregeln getroffen, dieſe Zuſammenkunft zu oerhindern. Dieſe Verſammlung wurde nämlich ſchon am Sonnabend durch eine Proclamation für geſetzwidrig erklärt und die Regierung warnte das Volk, Theil daran zu nehmen. Eine ſtarke Abtheilung von Polizeidienern der Hauptſtadt ſetzte ſich am frühen Morgen in Bewegung und begab ſich hinter das Correctionshaus, Cold-Bathfields, wo die Zuſammenkunft Statt finden ſollte, mit dem ausdrücklichen Befehl, jede Verſammlung zu zerſtreuen und die Widerſpänſtigen einzuziehen. Deſſen ungeachtet wurde kurz vor 3 Uhr Hr. Mer als Präſident vorgeſchlagen und kletterte auf das eiſerne Geländer der Gefängnißmauer, um die Menge zu haranguiren. In dieſem Augenblicke ſtrömten neue Haufen von Nationalunioniſten mit fliegenden Fahnen herbei; dieß ſchien das Signal für den Angriff der Polizei zu ſeyn, welche zahlreich hervor und in Maſſe in den Haufen einbrach. Kaum ſah der ehrenwerthe Präſident von ſeinem erhabenen Standpuncte aus was vorging, als er ſich aus dem Staube machte; es regnete Prügel; ſelbſt die Frauen, immer zahlreich bei ſolchen Anläſſen, bekamen ihren Theil. Man trug mehrere Verwundete weg; einer von der Polizei erhielt einen Bajonetſtich, als er ſich einer der Unionfahnen bemächtigen wollte.

Nachrichten aus London vom 13. Mai zufolge herrſchte noch immer große Aufregung, beſonders unter dem Handelsſtande, über die weſtindiſche Angelegenheit, worüber der von den Miniſtern entworfene Plan *) am 14. dem Parlamente vorgelegt weeden ſollte. In den weſtindiſchen Handelsgeſchäften war eine vollkommene Stockung eingetreten.

In Birmingham fand kürzlich eine Verſteigerung von Gegenſtänden Statt, welche wegen Nichtbezahlung der Thür- und Fenſterſteuer gepfändet waeen. Wohl 40 bis 50 Perſonen und darunter mehrere Trodler waren zugegen; Niemand legte aber ein Gebot, die arme Frau, deren Mann die Sachen genommen waren, und den Auctionator ausgenommen. Bloß ein mit der Veranlaſſung der Verſteigerung ganz unbekannter Mann bot ein einziges Mal; ſogleich wurde ihm jedoch angedeutet, daß er beſſer thäte nicht zu bieten; nach Beendigung der Auction aber ſammelten ſich Alle um ihn, und nur ſeine feierlichen Betheuerungen, daß er von der Urſache der Verſteigerung nichts gewußt habe, konnten ihn vor Mißhandlungen retten.

Die Weſtminſterwahl, welche gegen Sir J. C. Hobhouſe ausfiel, ſcheint allenthalben heftigen Eindruck gemacht zu haben. Mit Bitterkeit wirft die Times den Tories vor, daß durch ihre Einmiſchung der Radicale über den Whigh geſiegt habe, ſie würden es aber noch ſo bitter bereuen, als die franzöſiſche Ariſtokratie, welche ſich mit Robespierre und Marat gegen die Girondiſten vereinigt habe. Von den liberalen Blättern iſt dee Herald am feindſeligſten gegen die Miniſter, welche auf den Schultern des Volkes zur Macht gelangt wären, und dann die Leiter wegzuwerfen geſucht hätten. Der Albion ſagt, man behaupte allgemein, Sir F. Burdet habe öffentlich erklärt, er werde nicht mit Oberſt Evans als College im Hauſe ſitzen, und müſſe deßhalb reſigniren.

Conſols am 13. Mai $87^{7}/_{16}$ $^{5}/_{8}$.

Frankreich.

Die Pairskammer begann in der Sitzung am 14. Mai die allgemeine Erorterung über das Departementalgeſetz. Hr. von Brézé behauptete, Frankreich verlan-

*) Vergl. Oeſterr. Beob. vom 21. d. M.

ge dieſes Geſetz nicht. Er für ſeinen Theil halte es überdieß für ſchlecht, weil es dir Centraliſation, eine der Haupturſachen des Uebelbefindens Frankreichs, beibehalte. Hr. Devaisne, Berichterſtatter des Expropriationsgeſetzes, las, einem in der vorigen Sitzung erhaltenen Auftrage zufolge, dasſelbe mit den von der Pairskammer angebrachten Veränderungen vor. Die Kammer ſtimmte, und nahm dasſelbe mit 84 gegen 7 Stimmen an. Sodann wurde in Erörterung des Departementalgeſetzes fortgefahren.

Am 14. Mai 5Percents Fin Courant geſchloſſen zu 103 Fr. 3Percents Fin Courant geſchloſſen zu 78 Fr. 20. — Am 15. Mai um 1¼ Uhr Nachmittags 5Percents 102 Fr. 90. 3Percents 78 Fr. 5.

Niederlande.

Die Preußiſche Staatszeitung meldet aus dem Haag vom 11. Mai: „Geſtern und vorgeſtern fanden außerordentliche Cabinetsverſammlungen Statt, die ungewohnlich lange gedauert haben. Dem Vernehmen nach hat man ſich über die zuletzt aus London eingegangenen, sehr wichtigen Depeſchen berathen, mit deren Ueberbringung der erſte Geſandtſchaftsſecretär des Hrn. Dedel beauftragt geweſen iſt. Ueber das Reſultat jener Berathungen iſt nichts Sicheres bekannt geworden, doch hat man Urſache, zu vermuthen, daß die endliche Löſung des langwierigen Knotens nicht mehr fern iſt. — Heute Abends um 10 Uhr iſt Se. königl. Hoheit der Prinz-Feldmarſchall und Hochſtdeſſen älteſter Sohn nach dem Hauptquartier Tilburg zurückgekehrt."

Belgien.

Der König iſt am 11. d. M. Nachmittags um 2 Uhr von Gent nach Brügge abgereist.

Die Brüſſeler Blätter theilen nachſtehendes Circular mit, welches der Erzbiſchof von Mecheln an die Pfarrer ſeiner Diöceſe erlaſſen hat: „Mein Herr! Am Vorabend der Wahlen für die Repräſentantenkammer halten wir es für unſere Pflicht, Ihnen einige Inſtructionen zu ertheilen, die wir pünctlich zu befolgen bitten. — Es iſt von der höchſten Wichtigkeit, daß Sie alle Ihre Pfarrkinder mit der Verpflichtung bekannt machen, bei dieſer ſo ernſten Gelegenheit den Beiſtand des Himmels anzuflehen, damit die Wahlen auf Perſonen fallen, deren Fähigkeiten und Hingebung die Ueberzeugung geben, daß ſie auf eine wirkſame Weiſe für das Glück und die Ruhe des Landes, ſo wie für die Aufrechthaltung der Freiheit unſerer heiligen Religion ſorgen werden. — Um ſie von der Wichtigkeit dieſer Pflicht zu überzeugen, wird es genügen, ſie darauf aufmerkſam zu machen, welchen großen Antheil die Kammer an der Abfaſſung der Geſetze und an der Leitung der öffentlichen Angelegenheiten nimmt. — Es iſt gleichfalls nothwendig, denen beſonders, welche das Wahlrecht haben, begreiflich zu machen, daß ihr Gewiſſen ſie verpflichtet, von dieſem Rechte Gebrauch zu machen, daß ſie zu dem Ende den Wahlen beiwohnen, und ihre Stimmen nur würdigen Männern geben müſſen, daß eine gute Wahl oft von einer einzigen Stimme abhängt, und daß ihre Stimmen nur von Einfluß ſeyn können, wenn ſie vereint ſind, und auf dieſelbe Perſon fallen. — Wir haben mit Schmerz vernommen, daß es in unſerer Diöceſe ſonſt ſehr achtungswerthe Perſonen gibt, welche der Meinung ſind, daß ſie, ohne ihrem Gewiſſen zu ſchaden, die Einſchreibung in die Wahlliſten vernachläſſigen und ſich der Theilnahme an den Wahlen enthalten können. Wir fordern Sie auf, mein Herr, ſie von ihrem Irrthum zurückzubringen, ihnen die Uebel vorzuſtellen, welche ihre Nachläſſigkeit hervorbringen kann, und ihnen begreiflich zu machen, daß es die Pflicht eines guten Chriſten iſt, zum Wohl ſeines Vaterlandes mitzuwirken, ſeine Ruhe zum Opfer zu bringen, und ſich ſelbſt einigem Ungemach auszuſetzen, wenn das Wohl des Ganzen es erheiſcht. — Sie können ſich derſelben Gründe bedienen, um diejenigen Perſonen, welche durch das Vertrauen ihrer Mitbürger in die Kammer berufen werden, zu veranlaſſen, einen Auftrag nicht abzulehnen, welcher ihnen ſo häufige Gelegenheit gibt, Gutes zu thun. — Wenn wir aber Ihren Eifer für dieſen wichtigen Gegenſtand anregen, fordern wir Sie auch auf, mit Klugheit und Umſicht zu Werke zu gehen, damit unſer heiliges Amt nicht getadelt werde. (2. Kor. 6.) Sie werden ſich daher auf der Kanzel nicht mit politiſchen Erörterungen beſchäftigen; Sie werden ſich jeder gehäſſigen Anſpielung, und aller Aeußerungen enthalten, die irgend Jemanden beleidigen könnten; Sie werden ſich darauf beſchränken, Ihren Zuhörern die eben erwähnten Pflichten ins Gedächtniß zurückzurufen, lediglich um das Heil der Religion und die Ruhe wie das Glück des Landes zu ſichern. — Wir befehlen zu dem Ende, 1) daß unſer gegenwärtiges Schreiben bei der Predigt am Sonntag, den 12. Mai, verleſen werde; 2) daß am Sonntag, den 19. Mai, der Meſſe das Veni Creator vorangehe, und daß ihr die Collecte, das Secretum und die Communion des heiligen Geiſtes folge. Wir verbleiben u. ſ. w. — Mecheln, 4. Mai 1833. (Gez.) Engelbert, Erzbiſchof von Mecheln."

In Oſtende traf am 11. Mai Abends Lord Durham am Bord des Dampfſchiffes ein, und reiſte ſogleich weiter, um den König Leopold in Brügge zu treffen.

Teutſchland.

Profeſſor Uhland zu Tübingen hat, würtembergiſchen Blättern zufolge, da ihm der Urlaub zum Eintritt in die Kammer abgeſchlagen worden, um Entlaſſung von ſeiner Stelle nachgeſucht. Kriegsrath Römer in Stuttgart hat die nachgeſuchte Dienſtentlaſſung bereits erhalten. Dem vom Oberamtsbezirke Weinsberg gewählten Oberjuſtizrath Mayer zu Waiblingen iſt der Urlaub gleichfalls verweigert worden. Profeſſor Pflanz, vom Oberamtsbezirke Rottweil, und Profeſſor Schmid, vom Oberamtsbezirke Heilbronn gewählt, haben die Erlaubniß zum Eintritt in die Kammer erhalten.

Die von Darmſtadt nach Gießen zurückgekehrte Deputation hat durch das ſtädtiſche Anzeigeblatt bekannt gemacht, ſie habe unter vielen Aeußerungen allerhöchſter Huld auch die Zuſicherung erhalten: „daß Se. königl. Hoheit der Großherzog niemals in eine Verlegung der Univerſität von Gießen willigen würden."

In Augsburg wurden am 18. Mai drei franzöſiſche St. Simoniſten, die aus Würtemberg gekommen waren, durch die Polizei aufgegriffen und wieder nach Ulm zurückgebracht. Sie trugen Bärte, rothe Mützen und ihre bekannte phantaſtiſche Kleidung.

Am 23. Mai war zu Wien der Mittelpreis der Staatsſchuldverſchreibungen zu 5 pCt. in CM. 93;
detto detto zu 4 pCt. in CM. $83\frac{7}{16}$;
Darlehen mit Verlooſ. v. J. 1820, für 100 fl. in CM. $189\frac{7}{8}$;
detto detto v. J. 1821, für 100 fl. in CM. $134\frac{11}{16}$;
Wiener Stadtbanco-Obligat. zu $2\frac{1}{2}$ pCt. in CM. $53\frac{7}{16}$;
Conv. Münze pCt. —;
Bankactien pr. Stück $1213\frac{1}{2}$ in C. M.

Hauptredacteur: Joſeph Anton Edler von Pilat.
Verleger: Anton Strauß ſel. Witwe in der Dorotheergaſſe Nr. 1108.

Digitized by Google

Nro. 145

Oeſterreichiſcher Beobachter.

Sonnabend, den 25. Mai 1833.

Meteorologiſche Beobachtungen vom 23. Mai.	Zeit der Beobachtung.	Barometer auf 0° Reaumur reducirt.		Thermometer Reaumur.	Wind.		Witterung.
		Pariſer Maß.	Wiener Maß				
	8 Uhr Morg.	27.754	28Z. 6L. 7P.	+ 12.0	WNW.	ſtill.	Regen.
	3 Uhr Nachm.	27.796	28 6 5	+ 14.0	WSW.	——	trüb.
	10 Uhr Abends.	27.790	28 6 6	+ 11.8	W.	ſchwach.	Wolken.

Rußland.

Durch Tagsbefehl vom 24. April haben Se. Majeſtät dem Oberbefehlshaber der Flotte und Häfen des ſchwarzen Meeres, für die ſchnelle Abfertigung dreier Detaſchements jener Flotte zu dem von Sr. Majeſtät beſtimmten Zwecke, den Befehlshabern der Geſchwader dieſer Flotte, Contreadmiralen Kumany und Stoſchewski, ſo wie den Commandeurs der einzelnen dazu gehörigen Schiffe, für die raſche Ausrüſtung derſelben, endlich dem Oberintendanten der genannten Flotte, Contreadmiral Kritzki, für die von ihm bei der Verproviantirung der Schiffe bewieſene Anſtrengung, Ihre vollkommene Zufriedenheit bezeigt.

Hinſichtlich des im Anfange des April zu Konſtantinopel angelangten Landungsdetaſchements waren zu Petersburg am 6. Mai folgende Nachrichten eingegangen: „Am 2. (14.) April wurden die Truppen des Detaſchements vollzählig von dem Landungsplatze nach der von dem Generallieutenant Murawieff bei Chunkiar-Iskeleſſi unweit des Rieſenberges gewählten Poſition hinübergeführt und bezogen daſelbſt das Lager, in welchem, nach dem vom Sultan geäußerten und von dem General Murawieff gebilligten Wunſche, noch eine Schwadron und ein Bataillon der türkiſchen Leibwache nebſt zwei Kanonen zu ihnen ſtoßen ſoll. — Die außerordentliche Sorgfalt der türkiſchen Regierung und ihr ſtetes Bemühen, unſern Truppen alle denkbaren Vortheile und Befriedigungen zu verſchaffen, haben denſelben während ihrer Lagerzeit Bedürfniſſe jeder Art im Ueberfluß verſchafft. Den Offizieren des Detaſchements ſind, bei der großen Schwierigkeit, Pferde an Ort und Stelle zu erhalten, auf Befehl des Sultans aus ſeinem Marſtalle Reitpferde gegeben worden, deßgleichen dem Koſakencommando, das bei der Abfertigung aus Odeſſa nur eine höchſt geringe Anzahl Pferde mitnehmen konnte. So iſt auch unſere Artillerie mit türkiſchen Artilleriepferden verſorgt, aus deren großen Anzahl dem General Murawieff die beſten und tüchtigſten auszuſuchen frei ſtand. — Der treuliche Vollſtrecker der Gebote des Sultans, in Allem, was die Verſorgung und Verpflegung unſeres Detaſchements betrifft, iſt der Oberbefehlshaber aller türkiſchen regulären Truppen, Seraskier Choſrew Paſcha. Dieſer Würdenträger, der mit raſtloſem Eifer ſich um das Wohl unſerer Truppen müht, beſtrebt ſich, ſeine Dankbarkeit für die ſeinem Gebieter geleiſtete großmüthige Hülfe durch die That zu beweiſen. — Auch Se. Hoheit der Sultan unterläßt ſeiner Seits bei keiner Gelegenheit, unſeren Truppen ſeine Gewogenheit und Theilnahme zu erkennen zu geben. So ſchickte er am heil. Oſtertage eigens einen Beamten ins Lager mit dem Auftrage, in ſeinem Namen den Generälen, Offizieren und Soldaten des Detaſchements zu dieſem feſtlichen Tage Glück zu wünſchen. Zu gleicher Zeit überſandte er ihnen mancherlei Geſchenke, den Soldaten eine Menge Oſtereier, Salzfleiſch, Branntwein, Feigen und ſonſtiges Naſchwerk; den Offizieren aber franzöſiſche Weine, Rum, Zucker, türkiſches Confect und Mandeln. Indem der Generallieutenant Murawieff dieſe Geſchenke annahm, fand er für gut, einen Theil davon den türkiſchen Truppen, die an der Landungsbrücke die Wache halten, zukommen zu laſſen. Dieſe Truppen, die ihren Dienſt aufs Eifrigſte vollziehen, leben mit den unſerigen im freundſchaftlichſten Vernehmen. Täglich werden von ihnen Ordonnanzen und Boten zum General Murawieff beordert, und ihre Befehlshaber beſuchen zum öftern unſer Lager, voll Begierde, unſere Dienſtordnung kennen zu lernen und bei ſich nachzuahmen. Unſerer Seits wird ihnen dabei auch nicht das mindeſte Hinderniß in den Weg gelegt; man befriedigt vielmehr ihre Wünſche aufs Bereitwilligſte. So waren auf Anordnung des Generals Murawieff, bei einer Ceremonialparade im Lager, an Stelle der Gendarmen, türkiſche Schildwachen und Unteroffiziere nebſt einem Offiziere zum Empfange der Parole beordert. Am fleißigſten beſuchen unſer Lager der Oberbefehlshaber Choſrew Paſcha und der Generaladjutant Sr. Hoheit des Sultans, Muſchir Achmed Paſcha. Erfreut über unſerer Soldaten munteres und geſundes Ausſehen, wohnen ſie allen militäriſchen Uebungen bei; der Letztgenannte nimmt ſogar ſelbſt Theil daran und machte noch letzthin mit vorzüglicher Präciſion und Gewandtheit zuſammt dem ihn begleitenden türkiſchen Artillerieoberſten an einer Kanone alle nöthigen Handgriffe mit dem Stückputzer und dem Luntenſtock. Muſchir Achmed Paſcha, deſſen Zuneigung zu unſern Truppen der General

Digitized by Google

Murawieff beſonders rühmend erwähnt, wird nicht müde, für ihre Bedürfniſſe und Vortheile zu ſorgen. Indem er in alle Details eingeht, tritt er ſogar oft in die Soldatenküchen und koſtet das Eſſen. — Am 5. (17.) April trafen im Lager die für daſſelbe beſtimmten Truppen der türkiſchen Leibwache ein. Ihre Anführer meldeten ſich ſchon früher bei dem Generalmajor mit ihren Brigade- und Regimentscommandeuren und dieſe letztern baten, indem ſie des Sultans Befehlen gemäß ihre Offiziere vorſtellten, ſie mit unſern Truppen zu beordern, im Dienſte zu unterrichten und mit ihrer Unvollkommenheit Nachſicht zu haben. — Dieſe Truppen ſind überhaupt in einem guten Zuſtande und verrichten mit der größten Bereitwilligkeit und ſichtbarem Eifer den Lagerdienſt, der, in Folge des durch Muſchir Achmed Paſcha gemeldeten Wunſches des Sultans, ihnen in ſeinem ganzen Umfange auferlegt iſt. Ihre Dejouroffiziere rapportiren täglich unſerem Dejourirenden im Lager, und an jedem Abende melden ſich die Adjutanten zur Einholung der Befehle. — Der Geſundheitszuſtand unſerer Truppen iſt völlig nach Wunſch. Das ganze Detaſchement zählt nur 90 Kranke, unter denen 4 Offiziere. — Bösartige Seuchen, die dieſem Klima eigenthümlich ſind, haben ſich unter den Truppen nicht gezeigt, und die meiſten Kranken geben Hoffnung zur Geneſung. Das Hoſpital für ſie iſt auf dem europäiſchen Ufer des Canals im Dorfe Bujukdere eingerichtet. Es befindet ſich in einem äußerſt zweckmäßigen Gebäude, welches die türkiſche Regierung dazu angewieſen und mit allen Hülfsmitteln zur Beruhigung und glücklichen Heilung der Kranken reichlich ausgeſtattet hat."

Nach glaubwürdigen Berichten, die zugleich mit obligen Nachrichten aus Odeſſa eingetroffen ſind, iſt die zweite Abtheilung des Landungsdetaſchements, beſtehend aus der zweiten Brigade der 26ſten Infanteriediviſion, nebſt ihrer Artilleriecompagnie, von Odeſſa am 5. (17.) April unter Segel gegangen und im Canal von Konſtantinopel am 12. (24.) April angelangt.

Großbritannien und Irland.

In der Sitzung des Oberhauſes vom 13. Mai überreichte der Herzog von Devonſhire Bittſchriften für die Abſchaffung der Sclaverei von den Einwohnerinnen von Derby, von den Methodiſten in Middleton, Doveridge und Aſhborne, und 96 ähnliche Bittſchriften von verſchiedenen andern Plätzen. Lord Suffield überreichte 201 Bittſchriften ähnlichen Inhalts. Er habe, ſagte er, ſchon gegen 2000 Bittſchriften über dieſen Gegenſtand vorgelegt, und habe deren noch 1000 zu überreichen. Nachdem noch andere Lords Bittſchriften gleichen Inhaltes vorgelegt hatten, erhob ſich Graf Winchilſea und ſagte mit großer Lebhaftigkeit: „Mylords, ich halte es für meine Pflicht, die Aufmerkſamkeit Ew. Herrlichkeiten auf eine höchſt wichtige Entſcheidung des Gerichtshofes der Kingsbench zu lenken, wodurch ein Mitglied dieſes Hauſes auf das Empfindlichſte gekränkt worden iſt." — Der Lordkanzler unterbrach hier den Redner mit der Bitte, auf dieſen Gegenſtand für jetzt nicht näher einzugehen. Das edle Mitglied, deſſen Erwähnung geſchehen ſei, befinde ſich in einer peinlichen und eigenthümlichen Lage. Es ſei ein Urtheil gegen ihn gefällt worden; aber er könne noch binnen vier Tagen dagegen appelliren. Wenn er (der Lordkanzler) nur im Entfernteſten geahnt hätte, daß der edle Graf dieſen Gegenſtand zur Sprache bringen wolle, ſo würde er ihn um eine Privatunterredung erſucht haben. Jetzt aber hoffe er, daß der edle Graf ſeinem Wunſche nachgeben, und den Gegenſtand für jetzt fallen laſſen werde. Graf Winchilſea ſagte, daß er ſich der Andeutung des edlen und gelehrten Lords mit der größten Bereitwilligkeit füge.

In der Sitzung des Unterhauſes vom 13. Mai wurden eine Menge von Bittſchriften wegen Abſchaffung der Sclaverei überreicht. Als Lord Althorp darauf antrug, daß ſich das Haus in einen Ausſchuß über die Bill wegen der Kirchenreform in Irland verwandeln möge, erhob ſich Hr. Lefroy, um noch einmal ſeine Einwendungen gegen das Princip der Bill geltend zu machen. Das Haus könne, ſagte er, für die Kirche in Irland nach keinem andern Grundſatze Geſetze geben, als für die Kirche in England. Die gegenwärtige Bill müſſe, ſeiner Meinung nach, die zwiſchen beiden Ländern beſtehende Verbindung entſchieden gefährden. Die Miniſter hätten, ehe ſie die gegenwärtige Maaßregel dem Hauſe vorlegten, darthun müſſen, daß die den Biſchöfen obliegenden Pflichten durch eine geringere Zahl, als die jetzt beſtehende, erfüllt werden könnten. Er ſei überzeugt, daß die Verringerung der Biſthümer die übelſten Folgen haben würde. Er mache das Haus auf die weſentlichen Nachtheile aufmerkſam, welche in pecuniärer Hinſicht für diejenigen Städte entſtehen würden, denen man die Biſchöfe entzöge. Unter den Uebeln, welche die vorgeſchlagene Veränderung mit ſich führen würde, befinde ſich auch das, daß 10 biſchöfliche Palläſte leer ſtehen, und ſogleich zum Verkauf ausgeboten werden würden. Es ſei nicht ſchwer, vorauszuſehen, wer dieſelben kaufen würde. (Gelächter.) Die ehrenwerthen Mitglieder möchten ſpötteln und lachen; er nehme keinen Anſtand, zu behaupten, daß jene Häuſer für katholiſche Biſchöfe gekauft werden würden. Solch eine Veränderung in dem Zuſtande und in der Lage der beiden Religionen dürfte dem Proteſtantismus in Irland ſehr ſchaden. Der Proteſtantismus ſei die Kette, welche beide Länder miteinander verbinde; wenn man dieſe Kette zerreiße, ſo ſei die Auflöſung unvermeidlich. Er beſchwöre das Haus, zu bedenken, daß das erſte Opfer, welches man in Frankreich der Revolution gebracht habe, die Kirche geweſen ſei, und dieß als nothwendige Folge bald den Sturz der Ariſtokratie und der Monarchie nach ſich gezogen habe. Wenn die Miniſter und das Parlament auf dieſe Weiſe fortführen, dem Volksgeſchrei nachzugeben, ſo würde man bald zwiſchen Religion, Monarchie, Ariſtokratie einer Seits, und Demokratie und einem agrariſchen Geſetze anderer Seits, wählen müſſen. (Beifall.)

Digitized by Google

—Ein Mitglied ſagte, daß es den allgemeinen Grundſatz der Bill gut heiße, ausgenommen die Beſtimmung, welche einen Theil des Kircheneigenthums zu andern Zwecken, als wozu es urſprünglich beſtimmt worden ſei, verwenden wolle. Es beſtreite die Macht des Parlamentes über das Eigenthum der Kirche nicht; aber es halte es für unpaſſend, dasſelbe auf die in der Bill vorgeſchlagene Weiſe zu verwenden. Warum nicht lieber die durch den Plan erübrigte Summe auf die Verbeſſerung und Verbreitung des öffentlichen Unterrichtes in Irland verwenden, der ſo höchſt mangelhaft ſei? Es glaube nicht, daß ſelbſt das ehrenwerthe und gelehrte Mitglied für Dublin es läugnen werde, daß ein Zuſtand der Dinge, wie er gegenwärtig in Irland exiſtire, größtentheils der Ignoranz zugeſchrieben werden müſſe. Hr. O'Connell verſicherte, daß die Unwiſſenheit in Irland im Allgemeinen nicht größer ſei, als in andern Ländern; der aufgeregte Zuſtand in jenem Lande beruhe auf andern Gründen. Was die dem Hauſe vorliegende Bill betreffe, ſo habe er dieſelbe anfänglich als eine Wohlthat für das irländiſche Volk betrachtet; er müſſe aber geſtehen, daß ſich ſeine Meinung in dieſer Hinſicht ſehr geändert habe. (Hört! hört! und Gelächter.) Er behauptete, daß der edle Lord das Haus über einen wichtigen Punct irre geleitet habe. Er (Hr. O'Connell) habe verſtanden, daß der edle Lord die ganze Kirchſpielſteuer abſchaffen wolle; dieſe belaufe ſich im Ganzen auf 70,000 Pf. St. Durch die Bill, wie ſie jetzt ſtände, werde aber dem Volke nur eine wirkliche Erleichterung von nicht mehr als 10,000 Pf. St. gewährt. Der einzige gute Grundſatz der Bill ſei der, daß die Controlle des Parlamentes über Kircheneigenthum unwiderruflich feſtgeſtellt werde. Lord Althorp erklärte, daß es allerdings ſeine Abſicht ſei, die Kirchſpielſteuer gänzlich abzuſchaffen, ſo weit nämlich dieſelbe zur Unterſtützung irgend einer andern Religion beigetragen habe. Wenn dieſer Punct in der Bill vielleicht nicht deutlich genug feſtgeſtellt worden ſei, ſo werde er darauf bezügliche Veränderungen bereitwillig annehmen. Das ehrenwerthe und gelehrte Mitglied für Dublin habe geſagt, daß die Bill nicht ſo weit gehe, als er es wünſche; nun müſſe er (Lord Althorp) aber ganz aufrichtig bekennen, daß es niemals ſeine Abſicht geweſen ſei, die Wünſche des ehrenwerthen und gelehrten Mitgliedes in Erfüllung zu bringen. (Gelächter.) Hr. Goulbourn erklärte ſich beſonders deßhalb gegen die Bill, weil ſie, ſeiner Anſicht nach, die Verbreitung der proteſtantiſchen Religion beſchränken würde, wovon, wie er überzeugt ſei, der Wohlſtand und das Glück Irlands hauptſächlich abhänge. Hr. Hume war der Meinung, daß nicht eher Ruhe in Irland herrſchen würde, bis die proteſtantiſche Kircheneinrichtung daſelbſt gänzlich abgeſchafft worden ſei. (Nein! nein!) Viele ehrenwerthe Mitglieder ſchienen damit nicht einverſtanden zu ſeyn; er müſſe aber doch wiederholen, daß dieß der einzige und wahre Weg ſei, Irland den Frieden wieder zu geben. Ein Verſuch, der länger als ein Jahrhundert gedauert, habe die Fruchtloſigkeit der Bemühungen in dieſer Hinſicht zur Genüge dargethan. Er wünſche daher, daß der edle Lord und der ſehr ehrenwerthe Secretär gegenüber ſich überzeugen möchten, daß es Zeit ſei, einen entſcheidenderen Weg einzuſchlagen. Aus den heutigen Reden müßten ſie ſich überzeugt haben, daß ihre Maaßregel weder die Katholiken noch die Ultraproteſtanten zufriedenſtelle. (Hört! hört!) Er (Hr. Hume) tadle die Maaßregel nicht, weil ſie 10 Biſchöfe abſchaffe, ſondern er tadle ſie, weil ſie nicht alle 22 Biſchöfe abſchaffe. (Gelächter.) Er glaube, daß Ein Biſchof füglich alles das verrichten könne, wozu man jetzt 22 Biſchöfe gebrauche. Die proteſtantiſche Kirche habe bis jetzt in Irland nur Unheil angeſtiftet, und ihrem Zwecke, Friede und Eintracht zu fördern, ſchlecht entſprochen. Nachdem ſich noch mehrere Mitglieder theils für, theils gegen die Bill hatten vernehmen laſſen, bildete das Haus endlich einen Ausſchuß; es war aber mittlerweile ſo ſpät geworden, daß Lord Althorp darauf antrug, den Ausſchuß auf den 15. zu verſchieben. Am Schluſſe der Sitzung zeigte Hr. Ellice an, daß das Haus am folgenden Tage aufgefordert werden würde, einen Ausſchuß zu bilden, um den Plan der Regierung in Bezug auf die Emancipation der Sclaven in den weſtindiſchen Colonien entgegenzunehmen. Das Haus vertagte ſich um 3 Uhr.

In der Sitzung des Oberhauſes vom 14. Mai brachte der Graf Fitzwilliam, der frühern Anzeige gemäß, ſeinen Antrag in Betreff der Korngeſetze zur Sprache. Er gedachte im Eingange ſeiner Rede der verſchiedenen Verſuche, welche früher im Unterhauſe gemacht worden ſeien, um eine Aenderung in den beſtehenden Korngeſetzen herbeizuführen. Im Jahre 1827 habe Hr. Canning und im darauf folgenden Jahre Hr. Grant, der jetzige Präſident des Handelsdepartements, eine Maaßregel in dieſer Beziehung eingebracht, welche beſonders an dem Argumente geſcheitert wären, daß ſich im Volke im Allgemeinen keine Stimme gegen die beſtehenden Geſetze erhoben hätte. Er ſei aber gerade der Meinung, daß kein Zeitpunct geeigneter wäre, einen Gegenſtand reiflich und mit Ruhe zu erörtern, als wenn derſelbe noch zu keiner Aufregung Anlaß gegeben habe. Die Ausſchließung fremden Getreides ſage in England nichts anderes, als daß man die Zunahme der Bevölkerung zu verhindern wünſche. Das Wachsthum des Getreides in Großbritannien könne mit der Vermehrung einer geſunden Bevölkerung nicht gleichen Schritt halten. Er bedaure, daß er es ausſprechen müſſe, aber es ſei augenſcheinlich, daß der Zweck der jetzt beſtehenden Geſetze und ihrer Abfaſſer darin beſtanden habe, einen gewiſſen Mangel an Getreide herbeizuführen. Wenn Niemand beſtreiten könne, daß dieß der eigentliche Zweck geweſen ſei, ſo frage er, ob es jetzt nicht an der Zeit ſei, die Häfen zu öffnen? Es ſei keinem Zweifel unterworfen, daß die ackerbautreibenden Claſſen niemals ſchlimmer daran geweſen wären, als ſeit 1815, und gerade ſeit jener Zeit wären die jetzigen Korngeſetze in volle Kraft getreten. Der Redner ließ ſich nun

Digitized by Google

auf ausführliche Berechnungen und Vergleichungen mit andren Ländern ein, um dir für England aus den beſtehenden Geſetzen entſpringenden Nachtheilr darzuthun.

Das **Unterhaus** war am 14. Mai ſchon frühzeitig ſo ſehr mit Fremden angefüllt, wie man es ſich faſt bei keiner früheren Gelegenheit geſehen zu haben erinnert. Hunderte mußten in den Vorhallen ſtehen bleiben, da auf den Gallerien auch nicht das kleinſte Plätzchen mehr frei war. Es daneete langr Zrit, rhr die Conſtabler den Mitgliedern einen Weg bahnen konnten, um zu iheen Plätzen zu gelangen. — Zuerſt würden die Bittſcheiften gegen dir **Negerſelaverel** überreicht; mehrere Mitglirder legten ganze Haufen deeſelben auf die Tafel. Hr. F. **Buxton** übeerrichte 300 Bittſchriſten von Edinburgh, **Belfaſt** u. ſ. w., und rndlich legte er rine vor, dir von 187,000 **Frauenzimmern** (lautee Beifall), welche in verſchiedenen Theilen des Königreiches wohntrn, unterzeichnet war. Er war genothigt, den Beiſtand einiger Mitgliedrr in Anſpeuch zu nehmen, um dir Bittſchriſt auf dir Tafel des Hauſes niederzulegen. (Geradr bei Abgang der Poſt begann Hr. **Stanlry** (der Colonialſerretär) ſeinen Vortrag.)

Bei der Debatte über die **orientaliſchen Angelrgenheiten** in der Sitzung des **Unterhauſes** vom 10. Mai ſagte Hr. **Hume**, daß dieſe Angelegenhriten ihm in dieſem Augenblickr eben ſo wichtig, wo nicht wichtiger ſchienen, als die Angelegenheiten im Weſten. Die Polick, welche Großbritannien in Bezug auf die Türkei befolgt habe, ſei ſchwer zu verſtehen, und verrathe anſcheinend einen Mangel an Umſicht, den man ſich nicht rrklären könne. Das Haus habe ſich grgen nichts ſo ſehr zu ſchützen geſucht, als gegen rinen Krieg in Europa und gegen das Uebergewicht Rußlands im Oſten, welches dasſelbe jetzt durch dir Fehler der brittiſchen Regierung erlangt habe. Er lenke die Aufmerkſamkeit des Hauſes auf dieſen Gegenſtand, weil ihm alljährlich, wenn er Einwendungen gegeu die bedeutenden Stationen im mittelländiſchen Meere mache, dieſelben als nothwendig zur Beſchützung brittiſcher Intereſſen in jener Gegrnd geſchildeet würden. Er wünſche nun vornehmlich zu erfahrrn, warum in der Stunde dre Noth, wo eine brittiſche Macht von Nutzen geweſen ſeyn dürſte, dir türkiſche Hauptſtadt unbeſchützt geblieben ſei? Warum ſich kein engliſcher Geſandter daſelbſt beſunden habr? und warum keine Flotte in den Dardanellen geweſen ſei, die den Vorſtellungen, wrlchr er zu machen für nothig befunden hätte, Nachdruck hätte geben konnen? Während England öffentlich verſicheer, daß es ſich gemeinſchaftlich mit Frankreich bemühe, drn Frieden in Europa aufrecht zu erhalten, ſei es doch ſeltſam, daß man es drm franzoſiſchen Geſandtrn allein überlaſſen habe, in Konſtantinopel aufzutreten. Der rdle Lord ſei für dir Folgen verantwortlich, welche aus Ereigniſſen hervoegehen müßten, die vor wenigen Jahren Europa ohnr Zweifel in einen Krieg verwickelt haben wüeden, er meine — das Erſcheinen einer ruſſiſchen Flotte und einer ruſſiſchen Armee vor Konſtantinoprl. Er wünſche von dem rdlen Lord zu erfahrrn, ob England gegenwärtig einen Geſandten in Konſtantinopel beſitze, oder nicht? Aus einem ihm vorliegenden Nachweiſe entnehme er, daß in den 14 Jahrrn vor 1830 die Diplomatie in der Tüekei jährlich 3 bis 400,000 Pf. St. gekoſtet habe. Dieſe Ausgabr ſei als durchaus nothwendig für die Beſchützung unſerer Intereſſen geſchildrrt worden; jetzt aber, wo Konſtantinopel in Gefahr geſchwebt habe, in die Hände der ſirgreichen Aegyptier zu fallen, ſei kein brittiſcher Diplomat in Konſtantinoprl geweſen, um dir Vorſtellungen der franzöſiſchen Geſandtſchaſt zu unterſtützen. Er wiederhole ſeinr Frage, wee jetzt Geſandter des engliſchen Hofes bei der Pforte ſei? und wenn es einen ſolchen gebe, warum ſich deeſelbr nicht auf ſeinem Poſten befinde? Um dem edlen Lord Gelegrnheit zu geben, ſich darüber auszuſprechen, trage er darauf an, daß dem Hauſe ein Verzeichniß aller ſeit dem Jahre 1827 bei der Geſandtſchaft in Konſtantinopel angeſtellten Perſonen vorgelegt werdr. — Lord **Palmerſton** erwiederte: „Ich habe grgen die Vorlegung des veelangten Verzeichniſſes nichts einzuwenden; ich kann aber dem ehrenwerthen Mitgliedr ſchon jetzt ſagen, daß Sir Robert Gordon, der im Jahre 1827 Botſchafter in Konſtantinopel war, im Anfangr des vorigen Jahres nach England zurückkehrte; daß Sir Stratford-Canning, der ihm auf jenem Poſten folgen ſollte, eine wichtige Miſſion erhielt, deren ſchleunige Erledigung im Intereſſe Großbritanniens lag, und daß Lord Ponſonby an ſeiner Stelle nach Konſtantinopel geſandt worden iſt, wo er ſich jetzt befindet, und ſchon früher ringetroffen ſeyn würdr, wenn ſich nicht der Ueberſahrt einigr Schwierigkeiten in den Weg gelegt hätten. Während jener ganzen Zeit iſt aber ein Geſandtſchaftsſerretär in Konſtautinopel geweſen, der mit großer Klugheit und Umſicht gehandelt hat, und deſſen Verſahren von der Regierung durchaus gebilligt worden iſt. Ich kann nicht umhin, zu bemeeken, daß ich mich in dieſem Augenblick in riner für ein Mitglied des Cabinetes höchſt ſeltſamen Lage befinde; denn nachdem mir das ehrenwerthr Mitglied für Eſſex den Vorwurf gemacht hat, daß ich mich zu ſehr in die Angelegenheiten andrrer Staaten einmiſche, ſehe ich mich jetzt dem Tadel des ehrenweethen Mitgliedrs für Middleſex ausgeſetzt, das der Meinung iſt, daß ich mich in dir türkiſchen Angelegenheiten zu wenig ringemiſcht habe. Es iſt allerdings ein kleiner Unterſchied zwiſchen den beiden gegen mich vorgrbrachten Anklagen. Die Regierung wird von der einen Seite getadelt, daß ſir ſich in Angelegenheiten vor ihrer eigenen Thür, bei welchen die Sicherheit des Reiches betheiligt war, eingemiſcht, und dieß auf der andern Seite bei Angelegenheiten unterlaſſen habe, die ſich am andern Endr von Europa zutragen, und die, ſo wichtig ſir auch ſeyn mögen, uns doch nicht ſo nahe berühren, als die holländiſchen Angrlegenheiten. Das ehrenwerthr Mitglied hat gefragt, wo ſich unſer Geſandter, und wo ſich unſere

lotte befunden habe? Ich will die Frage beantworten. Unſer Geſandter war auf dem Wege (Gelächter); aber der Legationsſecretär war auf ſeinem Poſten. Wenn das ehrenwerthe Mitglied mich frägt, wo unſere Flotte war, ſo wäre ich geneigt, ihn zu fragen, wo ſie ſeyn würde, wenn ſein Antrag, die Seetruppen um 7000 Mann zu vermindern, durchgegangen wäre? Ich wüßte nicht, wie unſere Flotte, ſo reducirt, irgend einen Plan, entweder der Gewalt oder der Einmiſchung, hätte ausführen können. Ich kann dem Hauſe die Veeſicherung geben, daß die Regieeung den Ereigniſſen in Aſien, odee vielmehr im Oſten von Europa, ihre ganze Aufmerkſamkeit geſchenkt hat, und es wird ſich ſpäter zeigen, daß ſie es nicht an Schritten hat fehlen laſſen, um die Gefahren, mit denen jene Ereigniſſe drohten, abzuwenden. Wenn die Zeit gekommen ſeyn wird, wo die Miniſtee ſich ohne Rückhalt über die orientaliſchen Angelegenheiten ausſprechen können, dann wird das Haus ihnen das Zeugniß nicht verſagen können, daß ſie ihre Pflicht gegen das Land in ihrem ganzen Umfange eefüllt haben.“ — Hr. A. Baring ſagte, daß, obgleich es widerſprechend klingen möge, er doch behaupten müſſe, daß die Regierung ſich an einem Orte zu viel, an dem andern zu wenig eingemiſcht habe. Es ſei zwar kein Grund zu vermuthen, daß der edle Lord ſeine Pflicht in Bezug auf die Türkei verletzt habe, aber wenn ſo wichtige Ereigniſſe bevorſtänden, wie man ſie ſchon ſeit einiger Zeit im Oſten befürchtet habe — wenn Rußland ſeine Flotte und ſeine Armee nach Konſtantinopel ſende, — und wenn Frankreich dem Sultan vorſchreibe, was er thun ſolle — dann ſei es nicht genügend, dem Hauſe zu ſagen, daß einer unſerer Botſchafter ſich auf dem Wege nach Konſtantinopel und ein anderer ſich auf dem Wege von dorther befinde. (Hört! hört! und Gelächtee.) Die Fortſchritte und das wahrſcheinliche Reſultat der ägyptiſchen Invaſion wären ſeit Monaten bekannt und vorausgeſehen geweſen; und bis jetzt ſei noch nicht auf genügende Weiſe erklärt worden, warum England keinen Geſandten in Konſtantinopel gehabt habe. — Lord Palmerſton entgegnete ſchließlich: „Lord Ponſonby wurde einen Monat in Neapel aufgehalten, weil die Fregatte, welche ihn nach Konſtantinopel bringen ſollte, widriger Winde halber nicht in die Bucht von Neapel einlaufen konnte.“ — Hr. Hume nahm ſeinen Antrag zurück, bemerkte aber, daß die Eeklärung des edlen Lords keineswegs genügend geweſen ſei.

Am 10. Mai Nachmittags wurde ein anſtändig gekleideter Mann von ungefähr 30 Jahren von der Polizei in Bowſtreet verhaftet, weil er eine Schrift unter dem Titel: „Ein Nationalconvent das einzige Hülfsmittel,“ die im aufrühreriſcheſten Tone abgefaßt war und die größten Schmähreden gegen Se. Majeſtät und die Miniſter enthielt, an und unter das bei dem Wahlgerüſte in Conventgarden verſammelte Volk verkauft und ausgetheilt hatte. Die Polizeibeamten, welche dieſen Mann veehafteten, wurden von einer ungeheuren Menge Volkes mit Schreien und Lärmen verfolgt. Der Verhaftete wollte ſeinen Namen nicht nennen; ſein Pamphlet war James Henry Baden Lorymer unterzeichnet, und es hieß darin unter Andern, daß die politiſche Exiſtenz des erblichen Oberhauſes unverzüglich vernichtet werden, daß das Volk ſich zu einem Nationalconvent verſammeln und ſeine Angelegenheiten ſelbſt leiten müſſe, und daß das erbliche Königthum allgemein in Verruf gekommen ſei. Der Gefangene wurde zu Stellung einer Bürgſchaft von 600 Pf. verurtheilt und bis auf Weiteres in engen Gewahrſam genommen. Dieſes Individuum ſcheint mit der ſogenannten Nationalunion der arbeitenden Claſſen in Verbindung geſtanden zu haben, denn ſchon ſeit einigen Tagen hatte man in der Hauptſtadt große Placate angeſchlagen gefunden, die auf Befehl des Committees jenee Union verbreitet wurden, von dem Secretär derſelben, einem Hrn. John Ruſſell, unterzeichnet waren und beſagten, daß am 13. Mai in Cold-Bathfields eine öffentliche Verſammlung gehalten werden ſolle, um Vorbereitungen zu einem Nationalconvent zu treffen, als dem einzigen Mittel, die Rechte des Volkes zu behaupten und zu ſichern. Die Nachricht hiervon war der Regierung zu Ohren gekommen, und der Staatsſecretär für das Innere, Lord Melbourne, ließ daher am 11. Nachmittags in der Hauptſtadt ein Circular bekannt machen, worin alle Volksclaſſen vor dem Beſuch einer ſolchen ungeſetzlichen und der öffentlichen Ruhe gefährlichen Verſammlung und vor der Theilnahme an deren Berathungen gewarnt und benachrichtigt wurden, daß die Civilbehörden ſtrenge Befehle hätten, den öffentlichen Frieden zu ſichern und aufrecht zu erhalten und einen Jeden, den ſie auf einem Veeſtoß dagegen beträfen, zu verhaften, um mit ihm nach dem Geſetze zu verfahren. In Folge deſſen ergriff die Regierung energiſche Maaßregeln, um die angekündigte Verſammlung zu verhindern. Schon am 13. Früh marſchirte eine ſtarke Polizeiabtheilung nach Cold-Bathfields ab; deſſenungeachtet rottete ſich gegen 2 Uhr Nachmittags, wo die Verſammlung Statt finden ſollte, eine Volksmenge von 2500 bis 3000 Perſonen auf dem Platz zuſammen. Kurz vor 3 Uhr ſtiegen 3 oder 4 Individuen, angeblich zum Committee der Union gehörig, auf einen Kutſchenhimmel, um von da aus das Volk zu haranguiren. Der Eigenthümer des Wagens fuhr jedoch mit ſammt den Rednern davon, als dieſe ſo eben im beſten Speechen waren, weil er fürchtete, die Polizei werde ſeinen Wagen in Beſchlag nehmen. Indeß, das Committee kehrte bald zurück und ein Hr. Mee wurde nun zum Vorſitzer berufen. Als ee den Haufen anredete, kam ein Zug mit Bannern heran, welche die Inſchrift: „Tod oder Feeiheit“ teugen, und mit Todtenköpfen und Freiheitsmützen verziert waren. Alsbald aber rückten von vier Seiten her ſtarke Polizeidetaſchements heran, und augenblicklich ergriffen große Haufen Volkes die Flucht. Die Polizei nahm nun die ganze Breite der Calthorpſtreet ein, marſchirte der Menge entgegen und begann einen, wie der Courier ſagt, rückſichtsloſen Angriff

Digitized by Google

gegen dieſelbe, ohne einen Unterſchied zwiſchen denen zu machen, welche auf dem Platz ſtanden, und welche ſich entfernen wollten. Es wurden dabei tüchtige Hiebe ausgetheilt, und auch mehrere unſchuldige Perſonen ſollen zu Schaden gekommen ſeyn. Die Banner, Trophäen und Placate befanden ſich ſehr bald in den Händen der Polizei, und binnen 20 Minuten war der ganze Platz geſäubert. In den angränzenden Straßen wollte ſich jedoch die Menge nicht ſo bald verlieren. Um 6 Uhr waren aber auch dieſe im Beſitz der Polizei, und es durfte Niemand unterweges ſtehen bleiben oder ſich mit Anderen unterhalten. Es blieben zwei Offiziere vom 1ſten Leibgarderegimen an Ort und Stelle, damit im Nothfall ſogleich die Garde zu Pferde zu Hülfe gezogen werden könnte. Mehrere Polizeibeamte wurden ſtark verwundet und Einer erſtochen, indem ſich unter dem Haufen auch einige mit Dolchen Bewaffnete befanden. Ungefähr 25 der Aufrührer, worunter auch Lee, der den Vorſitzer ausrief, ſind verhaftet worden. Der Vorſitzer ſelbſt, Hr. Mee, iſt entkommen. Lord Melbourne und alle Magiſtratsperſonen der Hauptſtadt waren während dieſes Vorfalles in dem dicht am Schauplatze gelegenen Zuchthauſe und ſahen den Auftritt von dort aus mit an. Die Gefangenen ſind bis auf weitere Unterſuchung nach verſchiedenen Orten in ſichere Haft gebracht worden. Das Polizeicorps, welches am Ort des Aufruhres beſchäftigt war, belief ſich auf 1500 Mann. Auch war den ganzen Tag über das im Tower ſtehende 1ſte Bataillon der ſchottiſchen Gardefüſiliere unter Waffen, um auf jeden Wink zur Hülfe bereit zu ſeyn.

Der Herzog von Orleans begab ſich am 13. Mai Früh nach Richmond und Twickenham, kehrte Nachmittags wieder nach London zurück und beſuchte Abends einen von Frau von Rothſchild in Piccadilly veranſtalteten Ball. Unter den angeſehenen Perſonen, welche dem Herzog in dieſen Tagen ihre Aufwartung machten, befanden ſich auch der Herzog von Suſſex, der Fürſt Lieven und der Graf Ludolf. Der ruſſiſche Botſchafter gab am 11. Sr. königl. Hoheit ein Diner, zu dem auch der Fürſt Talleyrand, der Baron Bülow, ſo wie andere Mitglieder des diplomatiſchen Corps und mehrere Miniſter eingeladen waren.

Conſols am 14. Mai 87 5/8.

Frankreich.

In der Sitzung der Pairskammer vom 15. Mai legte Hr. Barthe den Organiſationsentwurf des Staatsrathes vor. Ueber das Departementalgeſetz hörte die Kammer die HH. Röderer und Montloſier. Beide hielten es für unpaſſend, bei den Generalconſeils der Departements die beſoldeten Geiſtlichen zuzulaſſen.

Die Deputirtenkammer kam am 14. Mai mit dem Municipalgeſetze bis zum 41ſten Artikel. Aber weder in dieſer noch in den vorhergehenden Sitzungen war die meiſte Zeit über die hinreichende Zahl vorhanden, und faſt alle Artikel wurden mehr einregiſtrirt als discutirt. Die nähern Beſtimmungen wegen Claſſification ꝛc. der Gemeindeausgaben wurden beendigt und die über die Einnahmen begonnen. Rückſichtlich der Gemeindeanleihen ward beſchloſſen: Die von den Municipalräthen votirten Anleihen werden autoriſirt 1) durch den Präfecten, wenn die Gemeinde keine früheren Schulden hat, und die Anleihe mit den gewönlichen Jahresreſſourcen heimgezahlt werden kann; 2) durch eine königliche Ordonnanz, wenn die Gemeinde ältere Schulden hat, und die Anleihe nur durch den Verkauf von Gemeindegütern oder durch wenigſtens fünfjährige gewöhnliche Gemeindeeinnahmen heimbezahlt werden kann; 3) durch ein Geſetz, bei den Gemeinden, welche eine Revenue von mehr als 100,000 Fr. haben. So oft es ſich von Anleihen oder außerordentlichen Steuern handelt, beruft der Maire neben dem Gemeinderath auch eine den Mitgliedern dieſes Rathes gleichkommende Zahl der Höchſtbeſteuerten der Gemeinde, welche in der Sitzung des Gemeinderathes eine deliberative Stimme haben.

In der Gazette de France vom 16. Mai heißt es: „Wir erhalten ſo eben ein Schreiben aus Bordeaux vom 12. aus der Feder eines Mannes, der unſer volles Vertrauen verdient. Dieſes Schreiben gibt die Gewißheit, daß die Regierung Madame das förmliche Verſprechen ihrer Freilaſſung gegeben hat. — Dieſe Zuſicherung hat bereits merklich auf den Geſundheitszuſtand von Madame eingewirkt, welche ſich, nach dem Berichte des Hrn. Gintrac, in dieſem Augenblicke beſſer befindet.“ — Im Journal des Debats vom 16. lieſt man: „Man verſichert, daß die Frau Herzoginn von Berry, ſobald ihr Zuſtand es erlaubt, nach Palermo gebracht werden wird.“

Am 15. Mai 5Percents Fin Courant geſchloſſen zu 102 Fr. 95. 3Percents Fin Courant geſchloſſen zu 77 Fr. 20.

Teutſchland.

Das Intelligenzblatt des baieriſchen Rheinkreiſes enthält Folgendes: „Nach einer königl. Miniſterialentſchließung vom 25. April ſind alle Inländer, welche außer den zunächſt um die Hauptſtadt liegenden Gerichtsbezirken wohnen, und nach München reiſen, gehalten, durch gehörige Autoriſation oder durch genügende Bürgſchaft über ihre Perſon und über den Zweck der Reiſe und ihres Aufenthaltes in München ſich zu legitimiren.“

Am 13. Mai hielt die Anklagekammer des Appellationsgerichtes zu Zweibrücken ihre erſte Sitzung zum Behuf der Prüfung der Anklage gegen Wirth, Siebenpfeiffer und Conſorten.

Die badiſchen Blätter enthalten ausführliche Beſchreibungen des kürzlich in Mannheim gefeierten Erinnerungsfeſtes der erſten Anweſenheit II. kk. HH. des Großherzogs und der Großherzoginn. Gegen 20,000 Einwohner hatten hiernach den Großherzog, der auch dießmal die Stadt mit ſeiner Gegenwart beehrte, jubelnd umgeben.“

Wien, den 24. Mai.

Geſtern, Donnerſtag den 23. d. M., haben Se. k. k. Majeſtät mit Ihrer Majeſtät der Kaiſerinn die Hofburg zu verlaſſen, und Allerhöchſtihren Landaufenthalt zu Laxenburg zu nehmen geruht. Ihre Majeſtäten der jüngere König von Ungarn und Höchſtdeſſen durchlauchtigſte Gemahlinn hatten Sich bereits am Dinſtage, den 21. d. M., eben dahin begeben.

Am 24. Mai war zu Wien der Mittelpreis der

Staatsſchuldverſchreibungen zu 5pCt. in CM.	93;
detto detto zu 4pCt. in CM.	83 1/4;
Darleh. mit Verlooſ. v. J. 1820, für 100 fl. in CM.	190;
detto detto v. J. 1821, für 100 fl. in CM.	134 1/4;
Wiener-Stadtbanco-Obligat. zu 2 1/2 pCt. in CM.	53 1/4;
Conv. Münze pCt.	——;

Bankactien pr. Stück 1215 1/4 in CM.

Hauptredacteur: Joſeph Anton Edler von Pilat.

Verleger: Anton Strauß ſel. Witwe in der Dorotheergaſſe Nr. 1108.

Morgen wird kein Blatt ausgegeben.

Digitized by Google

Nro. 146 und 147

Oeſterreichiſcher Beobachter.

Sonntag den 26. und Montag den 27. Mai 1833.

Meteorologiſche Beobachtungen vom 24. Mai.	Zeit der Beobachtung	Barometer auf 0° Reaumur reducirt. Pariſer Maß.	Barometer auf 0° Reaumur reducirt. Wiener Maß.	Thermometer Reaumur.	Wind.		Witterung.
	8 Uhr Morg.	27.777	28 Z. 6 L. 6 P.	+ 13.5	S.	ſtill.	Wolken.
	3 Uhr Nachm.	27.676	28 5 4	+ 19.5	SSO.	mittel.	heiter.
	10 Uhr Abnds.	27.585	28 4 2	+ 14.8	SO.	ſchwach.	——

Großbritannien und Irland.

Sir Pulteney Malcolm iſt am 11. d. M. in Portsmouth angekommen und hat ſeine Flagge am Bord der Fregatte Dee aufgeſteckt, auf welcher er Nachmittags nach Liſſabon abſegelte, um ſich auf die Britannia von 120 Kanonen zu begeben, die den Dienſt des Admiralſchiffes im mittelländiſchen Meere verſehen ſoll. Einſtweilen, ſeit dem Tode des Viceadmirals Sir H. Hotham, wird das brittiſche Geſchwader im mittelländiſchen Meere von dem Capitän Pigot befehligt. Der Sun meint, die Admiralität habe dem Viceadmiral Malcolm dieſes Commando vorzüglich deßhalb anvertraut, weil ſie ihn bei dem jetzigen kritiſchen Zuſtande der Angelegenheiten im Orient für beſonders geeignet zu dieſem Poſten gehalten, da er mit den franzöſiſchen und ruſſiſchen Marineoffizieren perſönlich bekannt ſei und das Commando im mittelländiſchen Meere in neuerer Zeit ſchon einmal drei Jahre lang innegehabt habe.

Am 13. Mai fand unter dem Vorſitz des Oberbailiffs eine Verſammlung der Wähler und anderer Einwohner von Southwark (einer ſüdlichen Vorſtadt Londons) Statt, um in Erwägung zu ziehen, 1) ob eine Bittſchrift an das Parlament wegen Abſchaffung der Häuſer- und Fenſterſteuer zu erlaſſen und 2) ob es nicht zweckmäßig ſei, einen der Repräſentanten von Southwark, Hrn. W. Brougham, wegen ſeines Votums gegen den Antrag des Sir J. Key in Bezug auf die Häuſer- und Fenſterſteuer zur Rechenſchaft zu ziehen. Der Vorſitzende verlas zunächſt das nachſtehende Schreiben des Hrn. W. Brougham: „London, den 11. Mai 1833. Mein Herr! Ich habe das Schreiben erhalten, womit ſie mir anzeigen, daß auf Montag den 13. d. M. eine Verſammlung der Wähler von Southwark feſtgeſetzt worden, um die Zweckmäßigkeit einer Bittſchrift an das Unterhaus zu erwägen, in der um gänzliche Abſchaffung der Häuſer- und Fenſterſteuer, und um Einführung einer gleichmäßigen Vermögensſteuer nachgeſucht werden ſoll. Hinſichtlich dieſes Gegenſtandes hege ich nach wie vor die Anſicht, die ich immer zu erkennen gegeben, und wenn daher die von ihnen einberufene Verſammlung es für zweckmäßig erachtet, daß eine Bittſchrift in dieſer Beziehung dem Parlamente überreicht werde, ſo wollen Sie derſelben die Verſicherung ertheilen, daß ich ſie aufrichtig unterſtützen werde. (Man ziſcht.) — Wäre lediglich dieß der Zweck der Verſammlung, ſo würde es unbezweifelt meine ſtrengſte Pflicht geweſen ſeyn, als einer der Repräſentanten von Southwark, derſelben beizuwohnen, um die Geſinnungen meiner Conſtituenten über eine für ihr Intereſſe ſo wichtige Frage kennen zu lernen. Da ich jedoch erſehe, daß mein eigenes Verfahren hinſichtlich eines einzelnen Votums, das ich im Parlamente abgegeben, ebenfalls, als mit jener Frage in Verbindung ſtehend, zur Erwägung gebracht werden ſoll, ſo halte ich mich gerechtfertigt, wenn ich gehorſamſt, aber zugleich mit der größten Beſtimmtheit, zu erkennen gebe, daß ich bei einer ſolchen Erörterung nicht zugegen ſeyn kann, ohne meine Nützlichkeit als Parlamentsmitglied und meine Unabhängigkeit als Staatsmann ein- für alle Mal preiszugeben. (Ziſchen und Murren.) — Es iſt vorgeſchlagen worden, mein Votum über den Antrag des Sir John Key in Erwägung zu ziehen, um mich, falls die Anſicht der Verſammlung gegen mich ausfällt, zur Reſignation meines Parlamentsſitzes zu bewegen. Nähme ich an einer ſolchen Erorterung Theil, ſo würde ich dadurch einen Grundſatz zugeben, den ich niemals anerkennen werde — einen Grundſatz, der meine freie Thätigkeit als Mitglied der Legislatur auf einmal aufheben, der mich aus einem Repräſentanten zu einem bloßen Delegaten, aus einem in das Parlament geſandten, durch nichts gebundenen Vertreter zu einem paſſiven Agenten machen würde, der ſich von jedem Theile ſeiner Conſtituenten müßte leiten laſſen und jedem insbeſondere Rechenſchaft ſchuldig wäre. — Indem ich mich daher von dieſer Verſammlung fernhalte, wünſche ich bloß meine Abweichung von einem Grundſatze darzulegen, der meiner Anſicht nach, den Nutzen einer deliberirenden Verſammlung völlig vernichtet und mit dem wahren Begriffe der Repräſentativregierung unvereinbar iſt. — Es war mir ſehr ſchmerzlich zu vernehmen, daß ein von mir abgegebenes Votum oder überhaupt Etwas in meinem Verfahren Einigen meiner Freunde in Southwark mißfallen habe. Ich habe dieſes Votum nach meinem beſten Dafürhalten abgegeben, und welcher Tadel mich auch in einem Augenblicke der Aufregung, wie der jetzige, deßhalb treffen mag, ſo bin ich doch überzeugt, daß die Zeit kommen wird, in der man der Reinheit meiner Motive und der Achtbarkeit meines Votums wird Gerechtigkeit widerfahren laſſen. Ich habe die Ehre u. ſ. w. W. Brougham." — Dieſes Schreibens ungeachtet, faßte die Verſammlung den Beſchluß, daß Hr. W. Brougham durch ſein Votum gegen den Antrag des Sir John Key das Vertrauen ſeiner Wähler verloren habe und zur Reſignation auf ſeinen Parlamentsſitz aufgefordert werden ſolle. Die Beſchlüſſe zu einer Bittſchrift wegen Abſchaffung der Häuſer- und Fenſterſteuer wurden ebenfalls genehmigt.

Am 13. Mai Abends fand bereits ein vorläufiges Verhör der bei dem Auflauf in Colbath-Fields verhafteten Individuen vor dem Polizeibureau in Bowſtreet Statt. Der erſte, Namens Robert Tilley, erſchien mit verbundenem Kopfe und klagte über großen Blutverluſt. Man hatte ihm einen Knüttel und eine geladene Piſtole abgenommen. Auf die an gerichteten Fragen erwiederte er, daß er ein Maurer ſei und der Verſammlung beigewohnt habe, um, wie die meiſten Andern, Abhülfe für ſeine Noth zu erlangen.

Digitized by Google

und um einen Nationalconvent zu bilden; was das ſei, wiſſe er nicht; den Knüttel habe er mitgenommen, um ſich gegen die Polizei, und die Piſtole, um ſich gegen die bewaffnete Macht zu wehren. Er wurde hierauf zu fernerem Verhör in Verwahrſam gebracht; die meiſten übrigen Gefangenen wurden zur Stellung von Bürgſchaften verurtheilt und ihnen dazu 48 Stunden Zeit eingeräumt; einige wurden zu mehrmonatlicher Gefängnißſtrafe und Zwangsarbeit condemnirt, und drei Knaben von 15 Jahren, die mit Steinen auf die Polizei geworfen hatten, ſollen auf 2 Monate ins Zuchthaus geſchickt werden. Das Verhör des Einen, der beſchuldigt war, den Polizeibeamten Brookes mit einem Dolchſtich verwundet zu haben, wurde noch ausgeſetzt. Der Polizeibeamte, welcher bei dem Tumult den Tod gefunden hat, hieß Robert Culley. Sämmtliche Verhaftete wurden nach dem Clerkenwell-Gefängniß abgeführt.

Das Journal de Francfort enthält nachſtehende Betrachtungen über den Ausgang der letzten Weſtminſterwahl, wobei bekanntlich Sir J. Hobhouſe von dem Oberſten Evans aus dem Felde geſchlagen wurde: „England hat ſich bei der Weſtminſterwahl entſchieden ausgeſprochen, und die Freunde der conſtitutionnellen Freiheit, die von der Katholiken-Emancipation, dem Whigminiſterium und der Reform alles erwarteten, können nun ſehen, wie weit es mit dem Reform-Miniſterium gekommen iſt und welche Früchte ſein Syſtem getragen hat. — Alle gemäßigte Libealen werden als Abtrünnige von der Sache des Volkes betrachtet. Für die Fanatiker gibt es keine Mitte zwiſchen Radicalismus und Verrath. Hobhouſe, Lord Byrons Freund, Burdett, der Patriarch des Liberalismus, werden der öffentlichen Meinung, weil ſie dem Syſtem Lord Grey's treu geblieben ſind, als unverſöhnliche Feinde aller Freiheit bezeichnet. — Der Oberſt Evans, der in Weſtminſter gewählt worden iſt, gilt für einen Menſchen von geringen Fähigkeiten und von mittelmäßigem Vermögen. Er iſt aber als Volksfreund im vollen Sinne des Wortes aufgetreten, gleich erboßt gegen die Whigs wie gegen die Tories; und ſo hat ihn denn auch die Hefe des Pöbels, der Herd des Radicalismus zum Repräſentanten gewählt. — Ein republikaniſcher Londoner Correſpondent ſchreibt an die Pariſer Tribune einen Brief hierüber, worin verſichert wird, daß der Oberſt der Erwählte des wahren Volkes ſei. „Je größeren Antheil," heißt es in dieſem Briefe, „das wahre Volk an „der Prüfung der politiſchen Rechte nehmen wird, um deſto weniger werden Beſtechung und perſönliches Intereſſe zu fürchten ſeyn." Leute alſo, die nichts haben, ſind am ſchwerſten zu verführen! Armuth und Mangel an Allem ſind Bürgſchaften der Unabhängigkeit!" Das Argument iſt neu. — Der oben erwähnte Correſpondent ſagt ferner: „Warum konnten Sie nicht, wie ich, dem merkwürdigen Kampfe beiwohnen, inmitten einer unermeßlichen Volksmenge, welche lärmendes Beifall- oder heftiges Hohngeſchrei erſchallen ließ, je nachdem die Wähler „für oder wider den Oberſten Evans votirten! — Herrliche Wahlfreiheit, die den Bürgern die Ausübung eines politiſchen Rechtes unter der Bedingung verbürgt, ſich dem Spott und Hohn preisgegeben und ihr Leben ſelbſt gefährdet zu ſehen! — Das merkwürdigſte in dem mehrerwähnten Briefe iſt jedoch folgende Stelle: „Diejenigen, „welche ihm (dem Oberſten Evans) ihre Stimme gaben, „kündigten ſchon durch ihr Aeußeres an, daß ſie jener Claſſe von Proletariern angehörten, deren Intereſſen Hobhouſe verrathen hat (Hobhouſe hatte „ſich um Popularität beworben, ohne deßhalb pöbelhaft zu werden). Und während ihre faſhionablen Gegner unter Hohngelächter und Verwünſchungen, „mit geſenktem Haupte und Schamröthe auf den Wangen „über ihr Votum, den Wahlplatz verließen, ging der Proletarier unter dem lauten Beifall ſeiner Mitbürger „mit ſtolzer Miene, in dem erhebenden Selbſtbewußtſeyn, ſeine Pflicht erfüllt zu haben, von dannen. Wenn „ich einen Wahlmann hervortreten ſah, war ich durch ſeinen bloßen Anblick ſicher, für wen er votiren würde; ſeine Kleider ließen mich ſeine Meinung errathen; ſelten hat der Anzug meine Vermuthung getäuſcht; aber hier hat auch das Volk allein, das wahre Volk den Sieg davon getragen!" — So geht es alſo mit dem Reiche der Faſhionables oder Ariſtokraten — ſo nennt man alle anſtändig gekleideten Leute — zu Ende; dagegen bereitet ſich die Ochlokratie derjenigen vor, deren Meinungen ſich aus ihrem Anzuge errathen laſſen, und Altengland wird ſeine Verfaſſung gegen die Geſetzgebungs-Aſpiranten in Lumpen zu vertheidigen haben. Dahin haben alle die ſchönen Phraſen, alle die liberalen Betheuerungen, und alle die Reformen geführt, nach denen das Volk ſo gierig zu haſchen ſchien, und die es heute, gleich Allem, in deſſen Beſitz es ſich früher befunden hat, ſo tief verachtet!"

Am 11. Mai fand vor der Kingsbench eine gerichtliche Unterſuchung gegen Lord Teynham und Hrn. Donlan Statt und beide wurden am Schluſſe derſelben von den Geſchwornen für ſchuldig befunden, an einer Gelderpreſſung von 1400 Pf. St. Theil genommen zu haben, wofür dem Kläger, Hrn. Langford, eine Anſtellung unter dem vorigen Miniſterium verſprochen worden war. Der Kläger hatte nämlich im Jahre 1828 über eine kleine Geldſumme von 2 bis 3000 Pf. zu verfügen und wollte dieſelbe gern dazu anwenden, ſich eine dauernde Subſiſtenz zu ſichern. Man wies ihn darauf hin, daß er ſich eine Stelle in der Verwaltung zu verſchaffen ſuchen ſolle, welches das beſte Mittel ſei, um den gewünſchten Zweck zu erreichen. Da er dieſen Wunſch einem Freunde mittheilte, führte dieſer ihn bei Hrn. Donlan ein, der ihm zu verſtehen gab, daß er für 1400 Pf. eine ſolche Stelle erhalten könne. Nachher hatte derſelbe Unterredungen mit Lord Teynham und konnte nicht daran zweifeln, daß derſelbe einen Theil der als Vergütigung verlangten Summe empfangen ſolle. Hr. Langford deponirte daher die 1400 Pf. bei Lord Teynham und Hrn. Donlan; aber die gehoffte Stelle blieb aus, und er ſoll ſie noch bis auf den heutigen Tag erhalten. Die Vertheidiger der beiden Angeklagten ſuchten der Sache die Wendung zu geben, als wäre das Geld von beiden nur geliehen worden, indeß, es fanden ſich keine Beweiſe für dieſe Behauptung. Unter den Zeugen, welche in dieſer Angelegenheit vernommen wurden, befand ſich auch der Herzog von Wellington, der die Handſchrift unter dem der Jury vorgelegten Wechſel und andern Documenten als die des Lords Teynham anerkannte, aber zugleich erklärte, daß dieſer bei ihm, als er Premierminiſter geweſen, niemals um eine Stelle für eine Perſon, Namens Langford, eingekommen ſei, obgleich er andere dergleichen Geſuche mehrere an ihn gerichtet, unter Andern um eine Anſtellung für ſeinen Sohn oder Neffen, und um Creirung eines gewiſſen Hrn. Ives zum Baronet, die jedoch er (der Herzog) alle abgeſchlagen habe.

Lord Teynham hat folgendes Schreiben an den Herausgeber des Sun gerichtet: „Sir! Erlauben Sie mir, durch Vermittlung ihres unparteiiſchen Blattes mein Erſtaunen über den Ausgang eines am Sonnabend (11.) vor dem Oberhofgericht Statt gehabten Verhörs, worin mein Name vorkam, kundzugeben. Die Verhandlung war in Sachen „des Königs gegen Donlan und einen Andern." Der Antheil, welchen ich an jener Angelegenheit genommen habe, iſt ſo entſtellt worden, und die von dem Kläger

Digitized by Google

beigebrachten Beweiſe, auf die das Verdict begründet ward, werden ſo wenig durch das Zeugniß irgend einer andern Perſon oder irgend eines Documentes unterſtützt, daß ich überzeugt bin, der Gerichtshof wird ſich ſo gerecht und unparteiiſch beweiſen und ein neues Verhör bewilligen, wodurch er mich in den Stand ſetzen würde, jeden ungünſtigen Eindruck, den dieſe Angaben ex parte verurſachen könnten, zu beſeitigen, welches mir gewiß durch eine einfache Darlegung der Thatſachen, ſo viel ſie mir bekannt ſind, gelingen würde; dieſe Darlegung wird beweiſen, daß von meiner Seite keine Abſicht obgewaltet hat, gegen das in Rede ſtehende Individuum einen Betrug oder eine Verſchwörung anzuzetteln. (Unterz.) Teynham."

Der Globe vom 15. d. M. zeigt an, daß Sir Stratford-Canning nächſtens Madrid verlaſſen und nach England zurückkehren werde, ohne den Zweck ſeiner Sendung, die ſich auf die portugieſiſchen Angelegenheiten bezog, erreicht zu haben. — Dem Globe zufolge, ging in London das Gerücht, daß Sir John Hobhouſe als Botſchafter nach Madrid geſchickt werden ſolle.

Im Globe vom 16. d. M. heißt es: „Wir hören, daß die Antwort des Königs von Holland auf die letzte Mittheilung des Lords Palmerſton und des Fürſten von Talleyrand auf dem Wege nach London iſt, und heute oder morgen hier eintreffen wird. Wir haben Grund zu hoffen, daß ſie günſtiger als die früheren Mittheilungen aus dem Haag lauten, und einer erwünſchten Beendigung dieſer verwickelten Angelegenheit förderlicher ſeyn werde."

Conſols am 16. Mai 87¾, ⅝.

Frankreich.

Der Moniteur vom 17. Mai enthält nachſtehenden Auszug aus den Taufbüchern der Pfarrkirche von Blaye (Diöceſe von Bordeaux): „Im Jahre achtzehnhundert und dreiunddreißig, den 10. Mai um 3½ Uhr Morgens; ich Endesunterzeichneter, Pfarrer von Blaye, und als ſolcher von der Regierung beauftragt, Ihrer königl. Hoheit der Frau Herzoginn von Berry ſeit dem Augenblicke ihrer Ankunft in Blaye die Tröſtungen der Religion zu ſpenden, bezeuge, daß ich, den Befehlen der Regierung gemäß, von dem Hrn. General Bugeaud, Gouverneur, in die Citadelle berufen worden bin, daß ich mich alſogleich dahin verfügt habe, und daß ich, an das Bett von Madame geführt, ſie ſo eben von einer Tochter entbunden gefunden habe, welche Ihre königl. Hoheit den Behörden von Blaye aus ihrer rechtmäßigen Ehe mit dem Grafen Hector Lucheſi-Palli, aus dem fürſtlichen Hauſe Campo-Franco, Gentilhomme de la chambre des Königs beider Sicilien, domicilirt zu Palermo, entſproſſen erklärte; daß Ihre königl. Hoheit, nachdem dieſe Civilförmlichkeiten erfüllt waren, mich erſucht hat, ihrem neugebornen Kinde die Nothtaufe zu geben, was ich in Gegenwart aller Perſonen, die um das Bett von Madame ſtanden, und namentlich in Gegenwart der Frau Gräfinn d'Hautefort und der HH. Doctoren Deneux, Geburtsarzt von Madame, Proſper Meniere, Arzt, der ihr bei der Entbindung Hülfe leiſtete, gethan habe. Das neugeborne Kind hat die Vornamen Anna Maria Roſalia erhalten; und die Herren Aerzte haben mit uns gegenwärtige Acte unterzeichnet. Unterz. im Taufbuche: Deneux, Geburtsarzt von Madame; P. Meniere, D. M. P.; Descrambes, Pfarrer von Blaye. — Für gleichlautende Abſchrift: Unterz. Descrambes, Pfarrer von Blaye. — Blaye, den 13. Mai 1833."

Der Moniteur vom 18. Mai enthält eine königliche Ordonnanz vom 9. d. M., kraft deren, nach den Geſetzen vom 12. April 1833 und 21. März 1832, 80,000 Mann von der Altersclaſſe von 1832 einberufen werden.

Der Nouvelliſte und die France Nouvelle vom 17. Mai enthalten folgende Nachrichten aus der Türkei: „Die Regierung hat Nachrichten aus Konſtantinopel bis zum 28. April erhalten. Der Kurier, der ſie überbracht hat, iſt in 17 Tagen in Paris eingetroffen. — Die Lage der Dinge hatte ſich nicht geändert; man hatte noch keine Nachricht von Alexandria erhalten. Auch bei Ibrahim's Armee war keine eingetroffen. — Dieſer beſtand in einer Antwort auf das Schreiben, welches Admiral Rouſſin unterm 13. April an ihn erlaſſen hatte, noch immer auf der Abtretung von Adana. — Auf die an die Pforte von Seite des ruſſiſchen Geſandten geſtellte Anfrage, ob das zwiſchen dem Pruth und der Donau zuſammengezogene Armeecorps gegen Konſtantinopel in Marſch geſetzt werden ſollte, iſt officiell erwiedert worden, daß die Pforte, nachdem die ägyptiſche Angelegenheit durch die freundſchaftliche Verwendung Frankreichs als beendigt angeſehen werde, der Landtruppen nicht mehr bedürfe, und daß Se. Hoheit Hrn. von Butenieff zu ſchreiben bitte, daß dieſes Corps aufgelöst werde. — Die erſten Linienſchiffe der franzöſiſchen Escadre waren auf der Höhe von Smyrna zu dem Admiral Hugon geſtoßen. — Die Regierung hat auch Nachrichten aus Alexandria, aber nur bis zum 10. April, erhalten. — Damals war die Nachricht von den Unterhandlungen zwiſchen Ibrahim Paſcha und Hrn. von Varennes noch nicht daſelbſt angelangt."

Im Journal des Debats heißt es: „Die Fregatte Agathe iſt von Breſt abgegangen, und der Capitän deſſelben hat, wie man ſagt, geheime Inſtructionen erhalten. Dieſes Schiff ſegelt nach der Gironde. Es iſt ſehr wahrſcheinlich, daß die Agathe beſtimmt iſt, die Frau Herzoginn von Berry von Blaye nach Palermo zu fahren."

Die France Nouvelle vom 16. Mai enthält folgenden Artikel: „Wie bekannt, verließ in demſelben Zeitpuncte, wo (in den erſten Tagen des Aprilmonates) die Frankfurter Vorgänge Statt fanden, eine Anzahl Polen das Beſançoner Depot. In demſelben Zeitpuncte äußerte ſich im Depot zu Bergerac, welches zum Theil aus Polen, welche ſich zu Beſançon aufgehalten hatten, gebildet worden war, eine leidige Gährung. Von dieſen Flüchtlingen ſtießen einige das Geſchrei: Es lebe die Republik! Nieder mit den Königen! aus. Die Regierung befahl, den Urhebern dieſer Provocationen nachzuforſchen, um das die Fremden betreffende Geſetz vom 21. April 1832 auf ſie anzuwenden. — Bald darauf that der Oberſtlieutenant Roslakowsky im Namen eines großen Theils der Flüchtlinge im Depot von Bergerac einen Schritt, welcher über den ſtrafbaren Character und über den eigentlichen Urſprung der aufrühreriſchen Handlungen, worüber die Behörde Erkundigungen einzog, keinen Zweifel mehr übrig ließ. Dieſer Offizier ſchickte nämlich an die Tribune eine Art von Adreſſe ans franzöſiſche Volk, worin er ſich nach vielen grundloſen Beſchwerden und anarchiſchen Tiraden, folgendermaaßen vernehmen ließ: „Und „warum werden wir mit dem Haß der Regierungen „regalirt? Wir ſind, ſagt man, Republikaner! Ja, „wir ſind Republikaner! .... Es iſt nun nicht mehr un„ſere Sache, die Demüthigungen, womit man uns „überhäuft, zu rächen. Frankreich des Juli! wir hal„ten dich für ſattſam unterrichtet, und zählen auf dei„ne Fraternität, auf die Empfindungen, die du ſtets ge„gen uns gehegt haſt; zähle auch auf unſere Hingebung „und halte dich überzeugt, daß ſelbe durch nichts, ſelbſt

Digitized by Google

„nicht durch die Verläumdungen und die Verfolgungen „deines Miniſters geſchwächt werden kann!“ — Wir müſſen glauben, daß der Conſtitutionnel vom 15. Mai, der von dieſem Documente nur ſpricht, um die darin ausgedrückten Geſinnungen der Loyalität und Freimüthigkeit hervorzuheben, daſſelbe nicht geleſen hatte. Aus vorſtehender daraus ausgehobenen Stelle möge man entnehmen, ob dieß die Geſinnungen ſind, welche die Polen, die von Frankreich ſo herzlich aufgenommen worden ſind, deſſen Regierung ſchuldig ſind. Es mag urtheilen, ob man nöthig hat, ſeine Zuflucht zu der abgedroſchenen Fabel von anſtiftenden Emiſſären zu nehmen, um die Gewaltthätigkeiten von Leuten, die ſich ſolchergeſtalt äußern, zu erklären. — Der Oberſtlieutenant Roslakowsky, der ſeinen Einfluß auf die in Bergerac befindlichen Flüchtlinge nur zu dem Behuſe gebrauchte, um Ideen, die aller Disciplin zuwiderlaufen und die öffentliche Ruhe bedrohende Hoffnungen unter ſelben zu verbreiten, erhielt in Folge beſagter Adreſſe die Weiſung, Frankreich zu meiden, wobei ihm freigeſtellt wurde, ſich nach Belgien, England oder den vereinigten Staaten zu wenden, denn ſchon verweigern die Schweiz, Italien und Teutſchland den von Frankreich ausgeſchloſſenen Polen die Aufnahme. Man ſchickte ihm die Mittel, das Königreich zu verlaſſen. Dieſer Flüchtling kehrte ſich an dieſe Weiſung nicht im Geringſten; er erließ eine Aufforderung an die Ergebenheit ſeiner Kameraden, um ſie zu einem eben ſo unſinnigen als ſträflichen Widerſtande aufzureizen. Dieſe Aufforderung brachte die beklagenswerthe Wirkung hervor, dieſe Fremdlinge über ihre Rechte und Mittel zu verblenden. Mehrere von ihnen erklärten, daß ſie die franzöſiſche Regierung nicht anerkennten, daß ſie für die ihnen ausgeworfenen Unterſtützungsgelder nur dem Volke zum Danke verpflichtet ſeien! Ihre Erbitterung nahm tagtäglich überhand. — Nun befahl die Regierung, nebſt dem Oberſtlieutenant Roslakowsky, die unruhigſten von ſeinen Spießgeſellen zu entfernen, das Depot zu verlegen, die Flüchtlinge, die es allenfalls wünſchen dürften, ins Ausland zu ſenden, und diejenigen, welche bleiben würden, in mehrere Bezirke des Departements des Landes zu vertheilen. — Leider waren die Provocationen des Oberſtlieutenants Roslakowsky nicht wirkungslos geblieben, denn man mußte zur Gewalt ſchreiten, um dieſen Befehl zu vollziehen. Die Unteroffiziere und Gemeinen wurden in ihrer Caſerne conſignirt, vor deren Thoren Militär aufgeſtellt wurde, um dieſer Maaßregel Achtung zu verſchaffen; drei von den Flüchtlingen, welche die Wache überwältigen wollten, verwundeten ſich, indem ſie derſelben die Bayonnete zu entreißen verſuchten. Die Feſtigkeit und Beſonnenheit der Behörde ſiegten jedoch über dieſe Gewaltthätigkeiten, über dieſe Bravaden. Der Oberſtlieutenant und drei andere Offiziere unterzeichneten die Verpflichtung, ſich nach Belgien zu begeben, und wurden am 11. Morgens nach Bordeaux inſtradirt, wo ſie eingeſchifft werden ſollten. Die andern Offiziere werden, mit Ausnahme einiger davon, die ſich ruhig verhalten hatten, allmählich mit aller geziemenden Vorſicht in die den verſchiedenen Detaſchements angewieſenen Bezirke des Departements des Landes gebracht werden. — Die Bereitwilligkeit, womit ſie ſich heute anſchicken, ihrer Beſtimmung zu folgen, bezeugt bereits das Leidweſen, welches ſie über die Statt gefundenen Unordnungen empfinden. Daſſelbe Dislocationsſyſtem wird auch auf die übrigen Depots der Flüchtlinge dieſer Nation angewendet werden. Nach Puy und Avignon ſind bereits die deßfallſigen Weiſungen ergangen.“

In der Deputirtenkammer überreichten am 15. Mai die HH. Duvergier, Gillon und Dumon ihre Commiſſionsberichte über die Budgets des Innern, des öffentlichen Unterrichts und der Juſtiz. Die Kammer beſchloß, mit dem Budget des Auswärtigen zu beginnen. Oberſt Paixhans machte darauf aufmerkſam, daß von den Budgets nur die des Krieges, der Finanzen und der öffentlichen Arbeiten ernſthaftere Discuſſionen herbeiführen würden; bei den übrigen ſeien die vorgeſchlagenen Reductionen ſehr unbedeutend. An jedes der Budgets ſchließen ſich einige andere Geſetzentwürfe, und von dieſen bitte er namentlich den über die Fortificationen von Paris wieder aufzunehmen. Die Kammer lehnte dieß ab. — (Der Temps bemerkt hierzu: „Hr. Paixhans war in dieſem Falle das Organ des miniſteriellen Wunſches. Die Frage war um ſo ernſter, als der Kriegsminiſter die Arbeiten fortſetzte, ohne die legislative Ermächtigung abzuwarten; die Wiederaufnahme des Entwurfes wäre für ihn eine Art Indemnitätsbill geweſen. Aber die Kammer glaubte nicht, daß es nöthig ſei, die Creditanticipationen noch aufzumuntern, von denen der Marſchall einen ſo großen und häufigen Gebrauch machte.) Nachher ſetzte die Kammer die Discuſſion des Municipalgeſetzes fort, mit dem ſie bis zum 53ſten Artikel kam.

Am 17. Mai 5Percents 102 Fr. 90. Fin Courant geſchloſſen zu 102 Fr. 95. 3Percents 78 Fr. 5. — Am 18. Mai 1 1/2 Uhr Nachmittags 5Percents 102 Fr. 85. 3Percents 78 Fr. 30.

Niederlande.

Die von Seite der niederländiſchen Regierung nach London geſchickte Antwort ſoll, dem Handelsblad vom 17. d. M. zufolge, ſehr friedlich lauten, und alle Hoffnung auf baldige Ausgleichung der ſtreitigen Fragen geben.

Wien, den 25. Mai.

Se. k. k. Majeſtät haben mit hohem Hofdecrete vom 12. Jänner d. J. den Hof- und Gerichts-, ſo wie auch Hofkriegsrathsadvocaten, Dr. Joſeph Hye, zum k. k. öffentlichen Notar für Wien und Oeſterreich unter der Enns zu ernennen geruht.

Se. k. k. Majeſtät haben mit allerhöchſter Entſchließung vom 7. Mai d. J. dem Hofmuſikalienhändler Tobias Haslinger die Bewilligung zur Annahme des von der königlich ſchwediſchen Akademie der Muſik zu Stockholm erhaltenen Ehrendiploms allergnädigſt zu ertheilen geruht.

Am 25. Mai war zu Wien der Mittelpreis der

Staatsſchuldverſchreibungen zu 5 pCt. in CM.	93 9/16;
detto detto zu 4 pCt. in CM.	83 1/8;
Darleh. mit Verlooſ. v. J. 1820, für 100 fl. in CM.	191;
detto detto v. J. 1821, für 100 fl. in CM.	134 1/4;
Wiener-Stadtbanco-Obligat. zu 2 1/2 pCt. in CM.	53 1/8;

Kurs auf Augsburg für 100 Gulden Curr., Gulden 98 1/2 Br. Uſo. 2 Monat. — Conv. Münze pCt. ——;

Bankactien pr. Stück 1223 in CM.

Hauptredacteur: Joſeph Anton Edler von Pilat.

Verleger: Anton Strauß ſel. Witwe in der Dorotheergaſſe Nr. 1108.

Im Comptoir des Oeſterr. Beob. iſt ſo eben erſchienen und zu haben: Die Magyaren-Sprache in ihren Grundzügen beleuchtet, von P. — 8. Wien 1833. Koſtet auf Velinpap. in Umſchlag ſteif geb. 2 fl., auf Poſtpap. in Umſchlag geb. 1 fl. 30 kr. C. M. — Daſſelbe Werk in ungriſcher Sprache, ebenfalls auf Velinpap. in Umſchlag ſteif geb. 2 fl., auf Poſtpap. in Umſchlag geb. 1 fl. 30 kr. C. M.

Nro. 148

Oeſterreichiſcher Beobachter.

W K ZEITUNG 1833

Dinſtag, den 28. Mai 1833.

Meteorologiſche Beobachtungen	Zeit der Beobachtung.	Barometer auf 0° Reaumur reducirt. Pariſer Maß.	Wiener Maß			Thermometer Reaumur.	Wind.		Witterung.
vom 25. Mai.	8 Uhr Morg.	27.579	28Z.	4L.	1P.	+ 14.0	SO.	ſchwach.	dünſtig.
	3 Uhr Nachm.	27.491	28	3	0	+ 21.0	SO.	—	trüb.
	10 Uhr Abends.	27.450	28	2	6	+ 15.5	SSO.	—	Wolken.
vom 26. Mai.	8 Uhr Morg.	27.386	28	1	9	+ 15.0	WNW.	ſtark.	trüb.
	3 Uhr Nachm.	27.406	28	2	0	+ 15.5	WNW.	ſchwach.	—
	10 Uhr Abends	27.490	28	3	0	+ 12.0	WNW.	—	Wolken.

Großbritannien und Irland.

In der Sitzung des Oberhauſes vom 14. Mai brachte Lord Fitzwilliam eine Reihe Reſolutionen vor, deren Zweck war, die beſtehenden Geſetze über die Korneinfuhr zu revidiren, und dem Kornhandel mehr Freiheit zu gewähren. Se. Herrlichkeit behauptete, die Korngeſetze drückten beinahe gleich ſchwer auf Pächter und Manufacturiſten, und ihre Hauptwirkung ſei die, dem Volke jährlich 8 Millionen Taxen aufzuladen. Indem dadurch der Preis des Bodens in übermäßiger Höhe erhalten werde, kämen die Pächter in die größte Noth, ſobald die Schwankungen in den Kornpreiſen, die durch die jetzigen Geſetze veranlaßt würden, dieſe Waare im Werthe unter denjenigen herunterbrächten, nach welchem die Pachtrenten regulirt worden. Graf Ripon (Lord Goderich) widerſetzte ſich den Reſolutionen, und namentlich jeder Aenderung in den Korngeſetzen bei der jetzigen Lage Englands und Irlands. Er behauptete, die Schwankungen in den Kornpreiſen ſeien nicht ſo groß geweſen, ſeit die jetzigen Geſetze in Wirkſamkeit getreten, und berief ſich auf die Ausfuhr des Landes, um zu zeigen, daß der engliſche Handel mit andern Ländern unter den Beſchränkungen der Korneinfuhr nicht gelitten habe. Lord Winchilſea vertheidigte das jetzige Syſtem der Korngeſetze und bemerkte, da drei Viertheile der Manufacte Englands von der ackerbautreibenden Bevölkerung conſumirt würden, ſo würde jeder Nachtheil, der die letzteren beträfe, auch von der Manufacturbevölkerung ſchwer gefühlt werden. Die Reſolutionen wurden dann nacheinander vorgetragen und ohne Abſtimmung verworfen.

In der Sitzung des Unterhauſes vom 14. Mai leitete der Colonialſecretär (Hr. Stanley) ſeinen Vortrag über die weſtindiſchen Angelegenheiten auf folgende Weiſe ein: „Das Haus wird mir ſeine Nachſicht nicht verſagen, wenn es bedenkt, daß mir, nachdem ich erſt eine ſo kurze Zeit mein jetziges Amt bekleide, die Pflicht obliegt, der Berückſichtigung des Parlamentes eine Frage vorzulegen, welche vielleicht wichtiger iſt, als irgend eine, die ſeit vielen Jahren die Aufmerkſamkeit der Legislatur beſchäftigt haben. Bei der ſicheren und zufriedenſtellenden Löſung der vorliegenden Frage iſt nicht allein ein ſich jährlich auf 250,000 Tonnen Fracht belaufender Seehandel und eine Einnahme von 5 bis 6 Millionen Pf. St., nicht allein das Wohl und Wehe einer großen Menge hier und in den Colonien wohnender Eigenthümer intereſſirt, ſondern auch der zeitliche Wohlſtand von 7 bis 800,000 unſerer Mitbürger und ihrer Nachkommen hängt von der Entſcheidung der Frage ab. Dieß ſind Schwierigkeiten genug, um Jedermann von der Vorbringung dieſes Gegenſtandes abzuſchrecken. In der Lage, in der ich mich befinde, habe ich nur zu berückſichtigen, welcher Weg einzuſchlagen iſt, um das meiſte Gute mit möglichſter Vermeidung der Uebel herbeizuführen. Die Regierung befindet ſich zwiſchen zwei ſtreitenden Parteien; die eine iſt bei der Frage auf pecuniäre Weiſe aufs Höchſte intereſſirt, und muß in ihrer ohnehin drückenden Lage doppelt beſorgt ſeyn, ſich ferneren Beeinträchtigungen zu entziehen. Auf der andern Seite äußert ſich im ganzen Lande, wie früher noch zu keiner Zeit, ein tief religiöſes Gefühl gegen den jetzigen Zuſtand der Colonien, und ſpricht ſich daſſelbe mit einer Stimme aus, der kein Miniſter ſein Ohr verſchließen kann. Die Zeit iſt vorüber, wo das Parlament zu entſcheiden hatte, ob die Sclaverei beſtändig fortdauern ſolle, oder nicht; jetzt kann es ſich nur darum handeln, welches die ſicherſte, ſchleunigſte und wirkſamſte Weiſe iſt, die gänzliche Abſchaffung derſelben herbeizuführen.“ — Nachdem der Redner den früheren Bemühungen engliſcher Staatsmänner, namentlich des Hrn. Canning, zur Abſchaffung der Sclaverei hatte Gerechtigkeit widerfahren laſſen, ging er ausführlich auf das ein, was die Regierung bereits verſucht habe, um das Schickſal der Sclaven in den Colonien zu erleichtern, und ſuchte darzuthun, wie ſchlecht die Regierung dabei von den Coloniallegislaturen und von den Pflanzern unterſtützt worden ſei. Zur Erörterung ſeines jetzt vorzulegenden Planes übergehend, bemerkte Hr. Stanley zuvörderſt, daß das Votum, welches er jetzt vom Hauſe verlange, natürlich nicht jedes Mitglied verpflichte, allen Details des Planes ſeine Zuſtimmung zu ertheilen; dieſe Details würden natürlich den Veränderungen und Verbeſſerungen unterworfen bleiben, welche eine gründliche Discuſſion als zweckmäßig erſcheinen ließe. Den erſten und wichtigſten Punct, die Freilaſſung der Sclaven anlangend, ſo ginge der Plan allerdings nicht ſo weit, wie es von vielen Seiten verlangt würde. Er ſchlage nämlich nicht eine unverzügliche und gänzliche Abſchaffung der Sclaverei vor, indem eine ſolche Maaßregel mit dem Intereſſe der Pflanzer wie mit dem Intereſſe der Sclaven ſelbſt in einem zu grellen Widerſpruche ſtehen würde. Den Sclaven plötzlich einer Arbeit zu entbinden und ihn in eine Lage zu verſetzen, wo er für nichts als für die dringendſten Bedürfniſſe des Lebens zu ſorgen hätte, würde eben ſo viel heißen, als aller Arbeit in den Colonien und aller Civiliſation ein Ende machen. Sein Vorſchlag gehe dahin, daß der Sclave mit dem Herrn einen Contract eingehen ſolle, wornach letzte-

Digitized by Google

rer ihm Nahrung und Kleidung, wie es jetzt das Geſetz vorſchreibe, oder ſtatt deſſen einen beſtimmten Lohn geben ſolle, wo hingegen der Sclave ¾ ſeiner Zeit dem Herrn widmen müſſe. Das übrige Viertel ſeiner Zeit könne der Sclave beliebig verwenden; wolle er es aber ebenfalls ſeinem Herrn widmen, ſo müſſe dieſer ihm Beſchäftigung gegen einen beſtimmten Lohn geben. Eine der großen Schwierigkeiten der Frage ſei es nun allerdings, wie dieſer Lohn für die freie Arbeit feſtgeſtellt werden ſolle; denn in den Sclavencolonien fände man dafür keinen Maaßſtab, weil es daſelbſt bis jetzt keine freie Arbeit gäbe. Er habe keine beſſere Art und Weiſe auffinden können, als daß man den Pflanzer bei Abſchließung des Contractes zwinge, einen Preis für den Sclaven feſtzuſetzen, und dann zugleich beſtimme, daß der Lohn für die freie Arbeit des Sclaven jährlich den zwölften Theil ſeines Preiſes betragen ſolle. Auf dieſe Weiſe würden Herr und Sclave verpflichtet ſeyn, mit Rückſicht zu Werke zu gehen. Wenn der Herr einen hohen Preis für ſeinen Neger feſtſetze, ſo würde er ihm einen verhältnißmäßig hohen Lohn zu zahlen haben; beſtimme er einen zu niedrigen Preis, ſo könnte eine andere Perſon mit Vortheil die Zahlung leiſten, und dann würde der Neger ſogleich frei werden. Dieſen Beſtimmungen zufolge, würde nach Verlauf von zwölf Jahren der Herr den für den Sclaven feſtgeſetzten Preis durch den Fleiß des letzteren erhalten haben. Wie ſtelle ſich nun dadurch das Verhältniß des Pflanzers? Er erhalte während der nächſten zwölf Jahre ¾ der Zeit des Sclaven, und für das übrige Viertel müſſe er, wenn er davon Gebrauch machen wolle, einen gewiſſen Lohn bezahlen. Es ſtehe ihm allerdings auch frei, keinen Gebrauch davon zu machen; aber dann verliere er die Arbeit des Negers, und wenn kein Anderer ihn miethete, ſo ſei er geſetzlich verpflichtet, ihm den Verluſt zu erſetzen. Unter dieſen Umſtänden müſſe er nun des Verluſtes gedenken, welchen viele weſtindiſche Eigenthümer durch die beabſichtigte Veränderung ausgeſetzt würden. Sei es wohl billig, daß ſie und ſie allein den Verluſt tragen müßten, der aus der Vernichtung einer Art von Eigenthum entſpringe, deſſen Geſetzlichkeit er jetzt nicht erörtern, ſondern nur bemerken wolle, daß es wiederholentlich von dem Parlamente anerkannt worden ſei? Es ſei außerordentlich ſchwierig, bei dem gegenwärtigen Zuſtande des weſtindiſchen Eigenthumes einen ſichern Maaßſtab für deſſen Werth anzulegen. Er wiſſe z. B., daß eine Beſitzung, welche jetzt jährlich 1400 Pf. St. einbringe, für eine Summe von 4 bis 6000 Pf. hypothekariſch verpfändet ſei. Vor einigen Jahren hätte die Schuldenſumme 10,000 Pf. betragen, welche aber durch Zahlungen aus den Revenuen der Beſitzung bis zu dem oben erwähnten Betrag vermindert worden ſei. Das Haus würde ihm kaum Glauben ſchenken, wenn er verſichere, daß dieſelbe Beſitzung für eine Summe verkauft worden ſei, welche aus den Einkünften eines Jahres hätte gedeckt werden konnen. Er gäbe zu, daß die Unſicherheit des weſtindiſchen Eigenthumes eine große Wirkung auf den austauſchbaren Werth desſelben hervorgebracht habe. Nach möglichſt genauen Zuſammenſtellungen dürfte ſich der jetzige Werth des jährlich auf den weſtindiſchen Colonien producirten Zuckers, Kaffehs und Rums auf 1,500,000 Pf. belaufen. Die Miniſter ſchlügen nun vor, den weſtindiſchen Eigenthümern eine Anleihe von dem zehnjährigen Ertrag ihrer Producte, mit andern Worten alſo, eine Anleihe von 15 Millionen Pf. vorzuſchießen. Das Parlament würde zu entſcheiden haben, auf welche Weiſe und unter welchen Bedingungen dieſe Anleihe dem Lande zurückzuzahlen wäre. Die Zinſen dürften aber auf keinem Fall dem Pflanzer zur Laſt fallen, da ſonſt die ihm für das Sclaveneigenthum zugedachte Entſchädigung wegfallen würde; entweder müßten die Zinſen durch die Arbeiten der Neger oder aus den Einnahmen Englands gedeckt werden; für einen oder den andern Weg müſſe ſich das Parlament entſcheiden. Einige Mitglieder dürften vielleicht der Meinung ſeyn, daß man den Negern von ihrem Verdienſt nichts nehmen ſolle, ſo lange ſie noch Sclaven wären. Dieſe Anſicht könne er nicht theilen. Er glaube vielmehr, daß, wenn man ihnen jetzt einen Theil ihres Lohnes abziehe, um ihre ſpätere Freiheit dadurch zu erkaufen, ſie an Ordnung und Sparſamkeit gewöhnen, und zu ihrer moraliſchen Verbeſſerung beitragen würde. Hr. Stanley wies nun noch auf die Nothwendigkeit hin, der Regierung bei Ausführung des vorliegenden Planes eine vermehrte Gewalt in Bezug auf die Colonien zu verleihen, um von den Locallegislaturen nicht behindert werden zu können, und um Schulen und Bildungsanſtalten auf den Colonien anlegen zu dürfen; denn wenn man Freiheit geben wolle, ſo müſſe man auch die Aufklärung befördern, ſonſt laufe man Gefahr, daß der Neger ganz in den Zuſtand der Wildheit zurückkehre. — „Ich kenne,“ ſo ſchloß Hr. Stanley, „die faſt unüberſteiglichen Schwierigkeiten, welche ſich der Durchführung unſeres Planes in den Weg ſtellen. Ich kenne die Nachtheile, unter denen ich denſelben in der gegenwärtigen eigenthümlichen Kriſis vorbringe, und doch lege ich die Vorſchläge der Regierung in der zuverſichtlichen Hoffnung vor, daß in ihnen der Keim liegt, welcher bald zu einer vollkommenen Frucht reifen wird, die, wenn ſie durch die ſchützende Sorgfalt klügerer und einſichtsvollerer Männer, als ich ſelbſt bin, gepflegt wird, dem Lande, den Colonien und allen Unterthanen Sr. Majeſtät die Befriedigung verſchaffen muß, daß alle Gräuel der Sclaverei ihrem Ende entgegengehen; und dieß in keiner fernen Zeit, durch keine unſichere Operation, ſondern durch ein umſichtiges Verfahren, welches darauf berechnet iſt, jeden Makel, der das Antlitz der Freiheit entſtellt, auf unſern Geſetzen und Inſtitutionen auf ewige Zeiten zu verwiſchen. (Lauter Beifall.) Es gibt viele Männer, welche zuerſt dieſe gewaltige Frage angeregt, aber die Zeit nicht erlebt haben, um den Triumph zu ſchauen. Sie ſtrebten zu ihrer Zeit kräftig und eifrig, um das zu erlangen, was wir jetzt der Erfüllung nahe ſehen; ſie freuten ſich, den Grund gelegt zu haben, und waren überzeugt, daß derſelbe ſtark genug ſeyn würde, um das Gebäude zu tragen, an deſſen Errichtung wir jetzt Hand anlegen. Ich kann indeß nicht ohne das Gefühl der innigſten und herzlichſten Freude des Umſtandes gedenken, daß ein Mann, der begeiſtertſte und gewiſſenhafteſte von allen denen, welche für dieſe große und ruhmvolle Sache gearbeitet haben, daß — Wilberforce (allgemeiner Beifall) noch lebt, um Zeuge des großen Triumphes zu ſeyn, auf den er alle Kräfte ſeines Lebens verwendete, und daß er nun wie der Prophet ausrufen kann: „Herr, jetzt laſſ' Deinen Diener in Frieden dahinfahren.“ (Großer Beifall.) Ich hoffe, das Haus wird durch die gnädige Vorſehung Gottes ſo geleitet werden, daß England jetzt der Welt zum zweiten Male das edle und ruhmvolle Beiſpiel gibt, wie eine handeltreibende Nation die Handelsvortheile für leicht in der Waagſchale erklärt, wenn ſie gegen die Vorſchriften der Menſchlichkeit, der Gerechtigkeit und der Religion gehalten werden. — Ich bin zu ſehr von der Wichtigkeit des dem Hauſe vorgelegten Planes durchdrungen, als daß ich auf eine übereilte Entſcheidung dringen ſollte. Wenn irgend ein Mitglied jetzt, wo der Plan der Regierung die gehörige Oeffentlichkeit erhalten hat, darauf antragen ſollte, daß Zeit zur Ueberlegung desſelben gegeben wer-

Digitized by Google

de, ſo werde ich mich einem ſolchen Vorſchlage nicht widerſetzen." (Beifall.) — Lord Howick (Sohn des Grafen Grey) ſagte, daß das Haus einſehen müſſe, wie ſchmerzlich es ihm in feiner Lage ſei, daß ihm die Pflicht gebiete, ſich gegen den von ſeinem ſehr ehrenwerthen Freunde vorgelegten Plan ausſprechen zu müſſen. Von dem Ausgange der vorliegenden Frage hinge nicht allein die Ehre des Landes, ſondern das Glück von Millionen ab. Der Redner ging nun näher auf Widerlegung des Planes ein, und wies auf eine Menge von Schwierigkeiten hin, die die Ausführung desſelben beinahe unmöglich machen würden, und ſuchte zu beweiſen, daß die Sclaven ſich durch die Vorſchläge der Regierung in eine faſt noch ſchlimmere Lage, als ihre jetzige, verſetzt werden würden. Lord Howick beſchränkte ſich indeſſen für jetzt darauf, auf die Mängel des Planes hinzuweiſen, ohne einen Gegenantrag vorzuſchlagen; er deutete aber an, daß er zur gehörigen Zeit in Vorſchlag bringen werde, daß zu einer beſtimmten, möglichſt nahen Zeit die Sclaverei gänzlich abgeſchafft werden ſolle. — Sir Robert Peel hielt es für wünſchenswerth, daß man ſich über den Tag verſtändige, wo das Haus ſich wieder mit dem vorliegenden Gegenſtande beſchäftigen ſolle. Er für ſeine Perſon halte die Frage für zu wichtig, als daß er ſich für jetzt nicht jeder Bemerkung enthalten zu müſſen glaube. — Lord Althorp ſtimmte dieſer Anſicht bei, und ſchlug vor, daß das Haus die Debattr am Donnerſtag den 30. Mai wieder aufnehmen ſolle. Hrn. Burton ſchien dieſer Termin zu kurz; jedenfalls aber wünſchte er, ehe man ſich über einen Zeitpunct zur Wiederaufnahme der Debatte verſtändigtr, zu wiſſen, ob die in dem Plane der Regierung erwähnte Geldſumme von den Negern oder von England bezahlt werden ſolle. — Lord Althorp erwiederte, daß die Regierung bei Vorlegung ihres Planes durchaus keine bindenden Verpflichtungen verlange. Sie überlaſſe die Details gänzlich dem Gutachten des Hauſes, und werde nur den Hauptgrundſatz der Maaßregel vertheidigen. Die Verſchiebung der Debatte bis zum 30. d. M. wurde hierauf genehmigt, und das Haus vertagte ſich um ¼ auf 1 Uhr.

Die Sitzung des Unterhauſes vom 16. Mai zeichnete ſich durch einen Angriff auf die Miniſter wegen der Volksverſammlung von Coldbath-Fields aus. Hr. Roebuck, der die Sache in Anregung brachte, behauptete, die Proclamation, welche die Verſammlung für ungeſetzlich erklärte, ſei nicht von Lord Melbourne unterzeichnet geweſen. Hr. O'Connell beklagte ſich, daß keine Magiſtratsperſon die Polizei begleitet und die Aufruhracte verleſen habe. Hr. Lamb und der Solicitorgeneral ſprachen gegen jede Verhandlung dieſer Sache im Parlamente; der Prozeß ſei anhängig, und eine Discuſſion könne nur geeignet ſeyn, die Jury zu influenziren. Man ließ ſie endlich fallen. Hr. Cobbett brachte unter ſchallendem Gelächter ſeine Reſolution vor, daß man Se. Majeſtät bitten ſolle, Sir Robert Peel aus der Zahl der Geheimräthe zu ſtreichen, da ſeine Maaßregeln in Betreff der Geldangelegenheiten des Landes (courrency-bill) ſich ſo verderblich bewieſen hätten. Dieſer lächerliche Antrag wurde mit 298 gegen 4 Stimmen verworfen.

Der vom Unterhauſe ernannte Auſchnß zur Erwägung der Zweckmäßigkeit einer vorzunehmenden Verbeſſerung in der Localität des Hauſes hat am 13. ſeinen Bericht abgeſtattet, worin der Bau eines neuen Unterhauſes und die Sorge für beſſere Lüftung des jetzigen Hauſes anempfohlen wird.

Die Aufregung wegen der weſtindiſchen Angelegenheit hat ſich ſehr vermindert, und es gewinnt der Glaube Grund, daß ſich die einander entgegenſtehenden Parteien auf irgend eine Weiſe vergleichen würden.

Zu Falmouth iſt ein Brigg von Vigo angelangt, der dieſen Ort am 2. Mai verlaſſen hat, gerade als der Admiral Sartorius mit ſeiner Flotte wieder bei den Bayona-Inſeln vor Anker ging, um daſelbſt die Ueberſendung des an 22,000 Pf. betragenden rückſtändigen Soldes von Dom Pedro zu erwarten. Der Schatz des letzteren ſoll aber gänzlich erſchopft und keine Ausſicht zur Wiederfüllung desſelben vorhanden ſeyn. Vor dem Caſtell von Foz lag zwar noch eine große Menge von Schiffen mit Vorräthen, aber ſie konnten, wegen der ſtrengen Blockade von Seiten der Migueliſten, nicht gelandet werden.

Frankreich.

Die Pairskammer hat Hrn. Couſin zu ihrem Berichterſtatter über den Geſetzentwurf in Betreff des Elementarunterrichtes ernannt.

In der Pairskammer ward am 17. Mai in Erörterung des Departementalgeſetzes fortgefahren. Es entſpann ſich hauptſächlich darüber Streit, ob das Generalconſeil des Departements aus eben ſo vielen Mitgliedern als Cantonen beſtehen ſolle, ohne jedoch die Zahl 40 zu überſchreiten, oder ob die Wahl nach Bezirken vor ſich gehen, und, wie Hr. von Montalivet antrug, im Minimum 16, in der Mittelzahl 20, und im Maximum 24 Mitglieder enthalten ſolle. Die Kammer hielt ſich durch die Erörterung in dieſer Sitzung noch nicht zu einer Entſcheidung hinlänglich belehrt, und beſchloß, mit der Erörterung in der folgenden Sitzung fortzufahren.

Am 17. Mai beendigte die Deputirtenkammer das Municipalgeſetz, und nahm es mit 215 gegen 15 Stimmen an. Hr. Dubois bat um einen Urlaub wegen einer Geſchäftsreiſe als Generalinſpector der Studien. Hr. von Sade bemerkte, die Kammer kenne keine andern Functionen, als die eines Deputirten. Die Linke und Rechte traten der Anſicht, den Urlaub zu verweigern, bei, und ſetzten ſie mit Majorität durch, ungeachtet das Centrum und die Miniſter dagegen ſtimmten. Hr. von Montalivet ſandte ein Schreiben ein, wornach der König, um der Kammer einen neuen Beweis ſeiner Gefühle zu geben, die Civilliſte beauftragte, ſeine Statue in Marmor fertigen, und ſie in dem Conferenzſaale aufſtellen zu laſſen.

Eine königliche Ordonnanz ertheilt einer Commiſſion, zuſammengeſetzt aus Deputirten, Mitgliedern des höhern Handels-, Fabriks- und Kaufmannsconſeils, und den Directoren der directen Steuern, den Auftrag, den Entwurf des neuen Geſetzes über die Patente zu prüfen, und alle Modificationen vorzuſchlagen, deren die Benennung und die Claſſification der Patente ihnen fähig zu ſeyn ſcheinen möchte.

Der General Donnadieu hat unter dem Titel: „Ueber den Menſchen und über den gegenwärtigen Zuſtand der Geſellſchaft," ein Buch herausgegeben, worin er von der Grundanſicht ausgeht, daß die von Ludwig XVIII. bewilligte Charte die Haupturſache des Sturzes der Reſtauration geweſen ſei.

Am 18. Mai 5Percents Fin Courant geſchloſſen zu 103 Fr. 10. 3Percents Fin Courant geſchloſſen zu 78 Fr. 40.

Belgien.

Am 16. Mai Abends um halb 9 Uhr kam König Leopold von ſeiner Reiſe nach Flandern in Brüſſel wieder an. Eine große Anzahl junger Leute von Brüſſel und die Offiziere der Garniſon vereinigten ſich auf der Straße von Ninove, um Sr. Majeſtät entgegenzugehen. Die Geſellſchaft der Harmonie brachte ihm eine glänzende Serenade. Die Einwohner Brüſſels wollten hierdurch, wie der

Digitized by Google

Independant verſichert, eine Art von Proteſtation gegen den Empfang der Genter Orangiſten kundgeben.

Der Independant ſagt: „Der Meſſager de Gand beklagt ſich ſehr über die Drohungen, welche von Offizieren der Armee gegen ſeine Redacteure ausgeſtoßen worden ſind. Wenn Schriftſteller einen ſo auffallenden Mißbrauch mit ihrer Feder treiben, wir konnen ſie ſich wundern, daß Offiziere ihre Degen mißbrauchen?“

Den Nachrichten aus Gent zufolge, beſürchtete man daſelbſt neue Unruhen.

Der Politique meldet, daß die Holländer eine Stunde von Maeſtricht fünf Perſonen, nämlich den Hrn. Jamiuet, Exdeputirten, Hrn. Nypels, Richter zu Tongern, Hrn. Ruys, Subſtitut bei demſelben Tribunale, Hrn. Nurſtraz, Geeſſier, und Hrn. Vanderſtraeten, Douanen-inſpector, verhaſtet und nach der Feſtung abgeführt haben.

Teutſchland.

Die Stuttgarter Zeitung vom 20. Mai meldet: „Nachdem Se. konigliche Majeſtät durch höchſtes Reſcript vom 1. d. M. die Stände des Königreichs auf den 20. d. M. in die hieſige Haupt- und Reſidenzſtadt wieder einzuberufen geruht hatten, ſo erfolgte heute die Eroffnung des Landtages. Die Feierlichkeit begann, wie gewohnlich, Vormittags um 10 Uhr mit einem Gottesdienſte in der Stiftskirche, wo von dem erſten Prediger an derſelben, Prälaten von Haas, die Landtagspredigt abgelegt wurde. Nach Beendigung des Gottesdienſtes verſammelten ſich die Mitglieder beider Kammern im Ständehauſe im Saale der Kammer der Abgeordneten, wo ſich ſofort, auf erhaltene Benachrichtigung, daß die Verſammlung Platz genommen, der proviſoriſche Chef des Departements des Innern, Staatsrath von Schlayer, welcher von Sr. koniglichen Majeſtät zu Vornahme des Actes der Eroffnung des Landtages als koniglicher Commiſſär bevollmächtigt worden war, begleitet von dem Oberregierungsrath von Roth, und empfangen von einer ſtändiſchen Deputation, einfand. Zunächſt fand nun die Beeidigung der erſtmals eintretenden Mitglieder der Verſammlung Statt, welche nach feierlicher Verleſung der Worte des Ständeeides (§. 163 der Verfaſſungsurkunde), zuerſt von ihren Stellen aus den Schwur leiſteten, und ſodann auf namentlichen Aufruf vor dem koniglichen Throne in die Rechte des königlichen Commiſſärs die Bekräftigung der übernommenen Pflichten niederlegten. Nachdem der Beeidigungsact vorüber war, ſprach der proviſoriſche Chef des Departements des Innern, Staatsrath von Schlayer, die hier nachfolgende königliche Thronrede: „Durchlauchtigſte, „Durchlauchtige, Hochgeborne, Hochwohlgeborne, Hochwürdige, Hochzuverehrende Herren! Der Verfaſſungsurkunde gemäß, haben Se. Majeſtät der Konig Ihre getreuen Stände wieder zu einem ordentlichen Landtage berufen. — Die Gegenſtände, womit Höchſtihrer Abſicht „zufolge dieſer Landtag zu Beforderung des allgemeinen „Wohles und zur Vervollkommnung unſerer Geſetze und „Einrichtungen ſich beſchäftigen ſoll, ſind Ihnen großentheils ſchon aus den Entwürfen bekannt, welche der vorigen Ständeverſammlung vorgelegt oder angekündigt „waren. — Außerdem haben Se. konigliche Majeſtät verſchiedene weitere Arbeiten, namentlich in Beziehung auf „das Geſetz über das Gemeinde-, Bürger- und Beiſitzrecht, die Gewerbeordnung, die Forſtpolizeigeſetze und „die Geſetze über den Straßenbau angeordnet. — Ein gemeſſener, von ſtörenden Einmiſchungen freier Gang Ihrer Berathungen, und gegenſeitiges Vertrauen zwiſchen „Regierung und Ständen werden uns einer befriedigenden Löſung der vorliegenden Aufgaben entgegenführen. „— Die Nähe des Ablaufes der dermaligen Etatsperiode „wird Sie von ſelbſt die Nothwendigkeit erkennen laſſen, „die Bearbeitung des Finanzgeſetzes für die drei folgenden Jahre, welches Ihnen in Verbindung mit damit „zuſammenhängenden anderwärtigen Geſetzentwürfen unverweilt wird vorgelegt werden, zunächſt zum Gegenſtand Ihrer Thätigkeit zu machen. — Der Geiſt, in „welchem die Ihrer Berathung zu unterſtellenden Entwürfe abgefaßt ſind, bürgt Ihnen für die Bereitwilligkeit, womit die Regierung Sr. Majeſtät des Königs Ihre „Einſichten und Erfahrungen benutzen, und Verbeſſerungsvorſchläge, die von Ihnen ausgehen, einer nur „durch den Geſichtspunct des allgemeinen Staatswohles „geleiteten Würdigung unterwerfen wird. — In einer „Zeit, wie die unſerige, muß es der Regierung erſtes Augenmerk ſeyn, unter Mitwirkung der Stände und aller „gutgeſinnten Bürger die verfaſſungsmäßigen Einrichtungen zu wahren, und das Heiligthum der bürgerlichen „Ordnung zu ſchützen. Mögen Ihre Verhandlungen von „vorurtheilsloſer Erwägung, umſichtiger Prüfung, und „wahrer Hingebung an das offentliche Wohl geleitet ſeyn, „moge aus denſelben das Vertrauen hervorleuchten, auf „das Se. konigliche Majeſtät durch ſiebzehn Jahre einer „Hochſtihrem Volke mit herzlicher Liebe und treuer Sorge „gewidmeten Regierung ein Recht erworben haben! dann „dürfen wir uns der Hoffnung überlaſſen, daß der gegenwärtige Landtag, in Befeſtigung der Ruhe und Ordnung, „und in Beforderung der wahren Intereſſen der Geſellſchaft, einen ausgezeichneten Beitrag zur Vermehrung „der heilſamen Früchte liefern werde, deren unſere Verfaſſung ſchon ſo manche getragen hat.“ — Der Präſident der Kammer der Standesherren, Fürſt von Hohenlohe-Orhringen, erwiederte hierauf im Namen der Ständeverſammlung Worte des Dankes gegen Se. königliche Majeſtät für die Eröffnung des Landtages, mit der Verſicherung der Geſinnungen tiefſter Ehrfurcht und treueſter Ergebenheit, womit der Act ſich ſchloß und die Sitzung aufgehoben war.“

Se. Majeſtät der Konig von Baiern haben ſich allergnädigſt bewogen gefunden, den bisherigen Geſandten am Bundestage zu Frankfurt, Freiherrn von Lerchenfeld, zum Staatsminiſter der Finanzen zu ernennen.

Se. konigliche Hoheit der Großherzog von Baden ernannte zum Präſidenten der erſten Kammer der Ständeverſammlung ſeinen durchlauchtigen Bruder, Markgraf Wilhelm, zum erſten Vicepräſidenten den Fürſten von Fürſtenberg, und zum zweiten Vicepräſidenten den Geheimrath Freiherrn von Falkenſtein. Aus dem Programm über die Eröffnung der Ständeverſammlung (am 20. Mai) erhellt, daß Se. konigliche Hoheit der Großherzog die Seſſion in Perſon eroffnen wollte. Die zweite Kammer hat ſchon am 17. die Vorarbeiten (Bildung der proviſoriſchen Bureaus, Prüfung der Wahlen, Verlooſung der Empfangdeputationen ꝛc.) begonnen. Proviſoriſcher Alterspräſident iſt der Abgeordnete von Tſcheppe. Proviſoriſche Secretäer die Abgeordneten Sander, Walchner und Trötſchler.

Die Hannoverſche Zeitung vom 17. Mai meldet: „Se. konigl. Majeſtät haben dem Profeſſor Saalfeld zu Gottingen die von ihm nachgeſuchte Dienſtentlaſſung zu bewilligen geruht.“

Hauptredacteur: Joſeph Anton Edler von Pilat.

Verleger: Anton Strauß ſel. Witwe in der Dorotheergaſſe Nr. 1108.

Nro. 149

Oeſterreichiſcher Beobachter.

Mittwoch, den 29. Mai 1833.

Meteorologiſche Beobachtungen vom 27. Mai.	Zeit der Beobachtung	Barometer auf 0° Reaumur reducirt. Pariſer Maß.	Barometer auf 0° Reaumur reducirt. Wiener Maß.	Thermometer Reaumur.	Wind.		Witterung.
	8 Uhr Morg.	27.633	28 Z. 4 L. 9 P.	+ 10.0	NW.	mittel.	Wolken.
	3 Uhr Nachm.	27.647	28 4 11	+ 14.8	N.	ſchwach.	heiter.
	10 Uhr Abnds.	27.647	28 4 11	+ 10.0	N.	——	——

Großbritannien und Irland.

Am 17. Mai Früh fand zu Ehren des Herzogs von Orleans im Hydepark eine große Parade der königlichen Haustruppen Statt. Ihre Majeſtäten langten um 11 Uhr in Begleitung der Herzoge von Orleans, von Braunſchweig und von Wellington, des Prinzen Georg von Cambridge und eines zahlreichen militäriſchen Gefolges auf dem Paradeplatze an. Die aus drei Regimentern Garde zu Fuß, zwei Regimentern Leibgarde, den königlichen blauen Garden zu Pferde, dem 17ten Lanciers-, dem 6ten Garde-Dragonerregimente und zwei Artillerieparks beſtehenden Truppen führten mehrere Evolutionen aus und defilirten dann an den hohen Herrſchaften vorüber. Als der Herzog von Wellington von der Parade nach Apsleyhouſe zurückkehrte, wurde er von dem Volke mit dem Jubelrufe: „Lange lebe der Herzog von Wellington!“ bis nach ſeiner Wohnung begleitet, wofür er der Menge ſehr freundlich dankte.

Am 16. Mai kam ein Dampfboot aus Holland mit Depeſchen für den niederländiſchen Geſandten in London an; über den Inhalt derſelben hatte zwar noch nichts verlautet; der Globe aber glaubt verſichern zu können, daß die niederländiſche Regierung eine Präliminar-Convention wünſche oder doch darein willige, und daß ſie bis zum Abſchluß eines Definitivtractates einen Waffenſtillſtand und die freie Scheldeſchiffahrt zugeſtehe; die Anerkennung Belgiens und andere dazu gehörige Puncte würden wahrſcheinlich nicht eher zum Gegenſtande von Unterhandlungen gemacht werden, bis es ſich um unmittelbare Berathung über den Definitivtractat handeln würde.

Hr. Thomas Attwood hat einen überaus excentriſchen Aufruf an die Männer von Birmingham und die Bezirke des Innern erlaſſen, in welchem den Miniſtern, welche das Volk wieder eingeſetzt habe, vorgeworfen wird, das Vertrauen des Volkes verrathen zu haben. Er fordert demnach dasſelbe auf, ſich zu verſammeln, um den König zu erſuchen, die ungerechten Miniſter zu entlaſſen, die er mit den ägyptiſchen Pharaonen vergleicht. — Am Montag den 20. d. M. ſollte die große Verſammlung auf Newhall-Hill bei Birmingham gehalten werden. „Kommt denn, meine Freunde,“ heißt es am Schluſſe, „ſtellt Euch ein in zahlreichen Maſſen. Bringt Löwenherzen und Lammesmilde mit; zeigt, daß Ihr Eure Rechte kennt, und daß Ihr ſie zu vertheidigen wiſſet!“ Hr. Attwood empfiehlt jedoch dem Volke, ſich aller Gewaltthätigkeiten zu enthalten und nur die Waffen der Legalität zu gebrauchen.

Aus Irland werden wieder 173 Erkrankungen und 114 Todesfälle an der Cholera gemeldet; 76 Perſonen waren davon geneſen. Die Orte, wo die Epidemie noch am meiſten herrſcht, ſind Newtown, Colliery, Buttevant, Cork, Ennaloughmore und Kilkenny.

In der Sitzung des Unterhauſes vom 16. Mai brachte, wie geſtern kurz erwähnt, Hr. Roebuck die Vorfälle in Coldbath-Fields zur Sprache. Er tadelte das Benehmen der Regierung, daß ſie jetzt politiſche Verſammlungen mit Gewalt auseinandertriebe, die ſie früher auf alle Weiſe begünſtigt habe. Die Regierung habe den Geiſt der Aufregung unter dem Volke genährt (hört! hört!), und nun kehre ſie ſich gegen ihre Schlachtopfer, und laſſe mit Knitteln unter ſie ſchlagen. (Beifall von der Oppoſition.) Die Verſammlung zur Berathung über einen Nationalconvent ſei nicht geradezu ungeſetzlich geweſen; denn wie könne man wiſſen, was unter Nationalconvent verſtanden ſei? (Oh! oh!) Der Ueberfall der Polizei und das Benehmen der Regierung im Allgemeinen erſcheine ihm tadelnswerth. Er wünſche zu wiſſen, von wem die Proclamation Namens der Regierung erlaſſen worden ſei, und ob dieſelbe dem Hauſe vorgelegt werden könne? Hr. W. Lamb erklärte dieſe Erörterung für voreilig, er nähme indeſſen keinen Anſtand, zu erklären, daß die fragliche Proclamation von dem Staatsſecretär für das Innere erlaſſen worden ſei. — Hr. O'Connell ſagte, er kenne kein Geſetz, welches eine Verſammlung unter dem Namen Convent verbiete. Wenn aber die Verſammlung wirklich ungeſetzlich geweſen wäre, ſo hätte eine verantwortliche Magiſtratsperſon zugegen ſeyn, und die Operationen der Polizei leiten müſſen. Der Solicitorgeneral machte darauf aufmerkſam, daß in dieſem Augenblick eine Unterſuchung über den Tod eines königlichen Unterthans Statt finde, und daß daher die ehrenwerthen Mitglieder für Bath und Dublin wohl beſſer gethan hätten, ſich vorläufig jeder Bemerkung zu enthalten. Sir S. Whalley zeigte an, daß er nach der Art

Digitized by Google

und Weiſe, wie das Volk von der Regierung behandelt worden ſei, am 21. d. M., wo die Frage wegen der directen Steuern wieder zur Sprache kommen ſolle, auf einen namentlichen Aufruf des Hauſes antragen werde. — Hr. Cobbett legte nun, in Folge früherer Anzeige, ſeinen mehrbeſprochenen Antrag in Bezug auf Sir Robert Peel vor. Er verlas in Form einer Reſolution einen langen Antrag, in welchem es unter Andern heißt: „Nach den Geſetzen und Gewohnheiten dieſes Königreiches kann der Konig, unſer ſouverainer Herr, weder dem Lande noch irgend einem ſeiner Unterthanen ein Unrecht zufügen; damit jedoch nicht im Namen des Königs oder unter ſeiner Autorität etwas Unrechtes geſchehe, ſind, denſelben uns von unſern weiſen Vorfahren überlieferten Geſetzen zuſolge, diejenigen, die im Namen Sr. Majeſtät handeln, für jedes Unrecht, das ſie thun, ſtreng verantwortlich. In Fällen, wo das Unrecht von niedern Beamten ausgeht, werden die gewöhnlichen Gerichtshöfe für competent zur Entſcheidung gehalten; geht es jedoch von einem Staatsminiſter aus, der das ganze Königreich, gleich einer Peſtilenz, ins Unglück ſtürzen kann, ſo hat nur das Unterhaus die vollſtändige Gewalt, den Uebelthäter zu beſtrafen. — Nun hat im Jahre 1819, nachdem 21 Jahre lang ein Papiergeld im Lande eingeführt war, in Folge deſſen alle Gehalte, Beſoldungen und ſonſtige Staatslaſten bedeutend erhöht werden mußten; nachdem alle Hypotheken, Renten, Anleihen, ſo wie ſonſtige Verbrieſungen in dieſem Papiergelde abgeſchloſſen worden; nachdem endlich 500 Millionen Staatsſchulden in demſelben niedrigen Circulationsmittel gemacht worden waren, der ſehr ehrenwerthe Robert Peel, damals ein Mitglied des königl. Miniſteriums, ſeine Bill durchgeſetzt, die, ohne ſich um eine Reviſion oder Begutachtung jener Gehalte, Verbrieſungen, Privat- und Staatsſchulden zu bekümmern, die niedrige Papiervaluta in eine hohe Goldvaluta verwandelte, und dadurch unſägliches Unrecht und Unglück über das Land brachte. Alles bewegliche und unbewegliche Eigenthum fiel ſogleich im Preiſe; viele tauſend Grundſtücke, auf denen hohe Schulden laſteten, kamen zum öffentlichen Verkauf und unzählige Prozeſſe entſtanden in Folge jener Bill, die oft Vater und Sohn, Bruder und Schweſter, Gutsherren und Pächter, mit einander entzweite. Hunderttauſende, die früher reich geweſen, kamen an den Bettelſtab, und nur diejenigen ſtanden ſich gut, die von öffentlichen Beſoldungen oder von den Zinſen der Staatsſchuld lebten. So groß war das Elend, das durch jene Bill verbreitet wurde, daß im Jahre 1822 das Miniſterium, deſſen Mitglied ebenfalls der beſagte ſehr ehrenwerthe R. Peel war, ſich veranlaßt fand, die Einziehung der Einpfundnoten noch um 11 Jahre hinauszuſetzen, wodurch das Parlament gleichſam ſelbſt eingeſtand, daß es ſich im Jahre 1819 durch den ſehr ehrenwerthen Robert Peel zu einer unweiſen Maaßregel habe verleiten laſſen. Der beklagenswertheſte Theil der Bill von 1819 iſt jedoch durch die Bill von 1822 nicht aufgehoben worden; im Gegentheil entſtand dadurch, daß man die Einpfundnoten neben der Goldvaluta in Circulation ließ, eine noch viel ärgere Verwirrung, die endlich in den Jahren 1825 und 1826 durch die Bankerotte von mehr als 100 Banken zum Vorſchein kam, was abermals viele tauſend Familien an den Bettelſtab gebracht hat. Aller dieſer traurigen Erfahrungen ungeachtet, hat ſich der beſagte, ſehr ehrenwerthe Robert Peel nicht zurückhalten laſſen, im Jahre 1826 eine neue Bill einzubringen, wodurch nicht etwa die Goldvaluta wieder aufgehoben, ſondern alle Einpfundnoten, im Widerſpruche mit der Bill von 1822, prohibirt wurden. Nach allem dieſen iſt nun die Verwirrung und das Elend des Landes ſo groß und allgemein, daß kein menſchliches Weſen im Stande iſt, den Weg anzugeben, auf welchem dieſes Königreich ſeinem gegenwärtigen Zuſtande voller Schwierigkeiten und Gefahren entriſſen werden kann. In Betracht dieſer Calamitäten und der auch für die Sicherheit des Thrones zu befürchtenden Gefahr, welches Alles dem Mangel an Kenntniſſen von Seiten des ſehr ehrenwerthen Sir Robert Peel zugeſchrieben werden muß, hält ſich nun das Haus, mit Vorbehalt der etwa künftig zu nehmenden Maaßregeln, für verpflichtet, Sr. Majeſtät eine loyale und unterthänige Adreſſe zu überreichen, in welcher Höchſtdieſelben erſucht werden ſollen, den ſehr ehrenwerthen Sir Robert Peel aus dem königlichen geheimen Rathe zu verabſchieden.“ — Als Hr. Cobbett mit der Vorleſung ſeines Beſchluſſes zu Ende war, fragte ihn der Sprecher, ob das eine Rede oder eine Reſolution geweſen ſei? Als Rede könne er es, da es ein geſchriebenes Dorument ſei, nicht annehmen; aber eben ſo wenig ſei es eine Reſolution. Hr. Cobbett erklärte es für eine Reſolution. Dieſe Auslegung wollte der Sprecher nicht gelten laſſen, da es ganz ungebräuchlich ſei, Privatanſichten über eine öffentliche Frage in das Protocoll des Hauſes aufzunehmen. Dergleichen Privatanſichten ſeien eher für Pamphlete, als für das Protocoll des Hauſes geeignet. Hr. Cobbett erwiederte, es ſei ihm ganz gleichgültig, ob ſeine Reſolution in das Protoroll aufgenommen würde oder nicht. Das Publicum würde darüber am beſten entſcheiden. Er habe den Antrag geſtellt, weil er der Meinung ſei, daß irgend Jemand für ein großes öffentliches Unrecht verantwortlich ſeyn, d. h. beſtraft werden müſſe, und ſo müſſe Sir Robert Peel für das Unheil, welches er durch ſeine Bill über den Geldumlauf angeſtiftet habe, beſtraft werden. Wenn das Volk gekränkt worden ſei, ſo blicke es natürlich wegen der Genugthuung auf ſeine ſogenannten Repräſentanten; wenn das Haus dem Volke dieſe Genugthuung verweigere, ſo könne es ſich leicht ereignen, daß es ſich ein eigenes Haus erwähle, welches ihm die Genugthuung nicht vorenthalten werde. Er werde vielleicht mit ſeinem Antrage in der Minorität bleiben; aber dann werde er ſich damit troſten, daß drei Miniſter, Lord Althorp, Sir James Graham und Hr. Ell-

er, ſich mit in dieſer Minorität befinden würden, wenn nicht Gewiſſenhaftigkeit, Achtung der Welt und gewöhnliche Rechtlichkeit als ein bloßes Poſſenſpiel angeſehen werden möchte. Lord Althorp habe zwanzigmal in dieſem Hauſe geſagt, daß man es der Bill des Sir Robert Prel verdanke, daß eine in entwertheter Papieevaluta abgeſchloſſene Anleihe in Gold bezahlt werden müſſe. Sir J. Graham habe oft genug behauptet, daß der Nation durch die Rückkehr zu Baarzahlungen eine Steuer von über 30 pCt. auferlegt worden ſei; und Hr. Elliee habe ſeinen Widerſtand gegegen dir Bill ſo weit getrieben, daß er rine Reducirung der Valuta in Antrag gebracht habe. Dieſe Herren müßten daher einer Reſolution beitreten, dir nur ihre eigenen Geſinnungen wiederhole. Hr. Stanley habe neulich geſagt, daß der gedrückte Zuſtand des Eigenthums lediglich der allzu großen Production zuzuſcheeiben ſei. Er (Hr. Cobbett) hätte wirklich geglaubt, daß die größte aller Abgeſchmacktheiten mit dem Lord Liverpool begraben wäre. Ueber-Production! Das ſei rin Widerſpruch in dem Worte; das ſei die ſchöne politiſchr Oekonomie, die Folge der Ricardolecturen, wodurch man dem Volke weiß machen mochte, daß, je mehr Fleiſch und Brot ihm zu Gebote ſteht, je ſchlimmer es daran ſei. Er möchte wohl ſehen, wie der ſehr ehrenwerthe Secretär dieſr veraltetr Abgeſchmacktheit den hübſchen Mädchen erklärte, mit denen rr und der ſehr ehrenwerthe Secretär vor einigen Jahren in Preſton ſo vertraut geweſen wären (Gelächter), und die den ſchlechten Geſchmack gehabt hätten, ihn (Hrn. Cobbett) dem ſehr ehrenweethen Herrn vorzuziehen, und dieſem in der That etwas übel mitzuſpielen. Dieſe niedlichen Nymphen würdr der ſehr ehrenweethe Heee jetzt als Familienmütter, und zu dieſer Zeit gerade beim Theetrinken finden, den ſie aber, leider! ohnr Zucker genießen müßten. Er möchte wohl dir Antwort mit anhören, welche der ehrenwerthr Herr erhalten würde, wenn er ihnen auseinanderſetzte, daß der Zucker ſo theuer ſei, weil in Weſtindirn zu viel gebaut würde. (Hört! hört! und Gelächter.) — Als im Verlauf dieſes Vortrages Sir J. Graham ins Haus trat und ſich gerade dem Redner gegenüber auf der Miniſterbank niederließ, hielt Hr. Cobbet plötzlich inne, und ſagte, auf den erſten Lord der Admiralität deutend: „Ah, nun werde ich doch wenigſtens Eine Stimme für mich haben. Der ſehr ehrenwerthe Baronet hat offen geſtanden, daß er die Bill vom Jahre 1819 nur unterſtützt habe, weil er getäuſcht woeden ſei. Wir kann er ſich daher weigern, mich bei der Revolution zu unterſtützen, welche ich vorſchlage.“ (Die zufällige Verwechslung des Wortes Rrvolution mit Reſolution eeregte ſchallendes Gelächter.) Nachdem Hr. Cobbett unter mancherlei Unterbrechungen ſeinen Vortrag zu Ende gebeacht hatte, und ſeine Reſolution von ſeinem Collegen aus Oldham, Hrn. Fielden, unterſtützt worden war, rrhob ſich Sir R. Peel unter lautem Beifall von allen Seiten des Hauſes und ſagte, daß er aus Achtung für das Haus den Antrag ſo behandeln wolle, als ob er von einem Mitgliedr von großem Gewicht und Einfluß geſtellt worden wäre, das im Ernſte glaubtr, rine öffentliche Pflicht zu rrfüllen (Beifall); aber er bekenne, daß er ſein Erſtaunen über den Antrag inſofern nicht unterdrücken könne, als derſelbe von Jemandem komme, der noch vor einigen Abenden geſagt habe, daß er (Sir Robert) im Vergleich mit Andern, welche an demſelben Verfahren Theil genommen hätten, ſchuldlos wir ein Engel ſei. (Beifall und Gelächter.) Ob es aber paſſend ſei, ihn auf vage Anſchuldigungen hin und wegen Thatſachen, über die eine Reihe von Jahren hingegangen wäeen, aus drm Geheimrathe zu entlaſſen, das müſſe er allerdings dem Ermeſſen des Hauſes anheimſtellen. Sir Robert ließ ſich nun nicht allein auf Widerlegung der gegen ihn vorgebrachten Anſchuldigungen ein, ſondern griff ſeiner Seits Hrn. Cobbett an. Er waef ihm die aufrühreriſche Tendenz ſeiner Schriften und Reden vor, und behauptete, daß der jetzige Antrag nur gemacht woeden ſei, um ihn (Sir Robert) dem Haſſe des Volkes peeiszugeben, und öffentlichr Verwirrung herbeizuführen, aus welcher Hr. Cobbett und ſeine Partei Nutzen zu ziehen gedächten. Die Rede des Sir R. Peel wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen, der ſich am Schluſſr derſelben bis zum Enthuſiasmus ſteigerte und mehrerr Minuten lang anhielt. Hr. Cobbett erhob ſich um zu antworten, wurde abrr mit anhaltendem Geſchrei der Mißbilligung von allen Seiten des Hauſes empfangen. Der Auftritt wurde ſo ſtürmiſch, wie man es ſelten in den Volksverſammlungen erlebt. Die kreiſchenden Töne des Unwillens, welche jedes Wort des Hrn. Cobbett begleiteten, ließen eine geraumr Zeit hindurch duechaus nichts von ſeinem Vortrage vernehmen. Endlich glaubte man zu verſtehen, daß die ſo rben vernommenr Rede voller verläumdeeiſcher Behauptungen ſei. Wenn ſich übeigens die Ordnung nicht herſtellr, ſo werde er auf Vertagung antragen. Er glaubr allerdings, daß es dem Hauſe verdrießlich ſei, ihm Gehör zu ſchrnkrn; aber noch weit verdrießlicher ſri es doch geweſen, daß es ſein Votum über die Malzſteuer wieder verſchluckt habe; und wenn das Haus nicht anhören wolle, was er auf die Rede des ſehr ehrenwerthen Baronets zu erwiedern habe, ſo würde es der Welt in einem Lichte erſcheinen, das er nicht beſchreiben möchte. Der ſehr ehrenwerthe Baronet habe ſich nicht vertheidigt; neun Zehntheile ſeiner Redr wären Auszüge aus ſeinen (Hrn. Cobbetts) Schriſten geweſen, und der Reſt habe aus gemeinen Schimpfreden beſtandrn. (Ordnung! Sprecher! Stüemiſche Unterbrechung.) Der Sprrcher rrhob ſich und ſagte, das ehrenwerthr Mitglied habe ſich rines Ausdruckes bedient, den kein Gentleman (hort! hört!) in dieſem Hauſe gebrauchen dürfe, und das Haus habe daher das Recht, eint Entſchuldigung zu erwarten. — Hr. Cobbett eeklärte ſich ſehr bereit, das Haus um Entſchuldigung zu bitten. Der ſehr ehrenwerthe Baronet, fügte er hinzu, habe ihm vorgeworfen, daß rr aus der öffentli-

Digitized by Google

chen Verwirrung Vortheil ziehen wolle. Er müſſe darauf eewiedern, daß, wenn der edle Lord gegenüber nur die Seifen-, die Malz- und Hopfenſteuer und die Häuſer- und Fenſtertaxe abſchaffen wolle, keine offentliche Verwirrung zu befüechten ſei. Indeſſen wolle er doch immer noch lieber, daß das Land in Verwirrung geriethe, als daß das Volk, wie in den letzten Tagen, niedeegehauen und mit Füßen getreten werde. (Hört!) Ehe man zur Abſtimmung ſchritt, entfernte ſich Sir Robert Peel aus dem Hauſe, und ward beim Fortgehen mit lautem Beifall begleitet. Die Abſtimmung ergab folgendes Reſultat: Für Hrn. Cobbetts Anteag 4 Stimmen. Gegen denſelben 298. Majorität 294 Stimmen. — Lord Althorp erhob ſich darauf und ſagte: „Ich kenne zwar für den Weg, welchem ich jetzt dem Hauſe vorſchlagen will, kein vorgängiges Beiſpiel; aber ſo viel ich mich erinnere, iſt auch niemals innerhalb dieſer Mauern ein perſönlicher Angriff der Art, und auf ſolche Gründe geſtützt, gemacht worden. Ich halte es daher auch für überflüſſig, mich weitläufiger daeüber auszulaſſen, und bin überzeugt, daß jedes ehrenwerthe Mitglied meinem Vorſchlage: daß die Notizen über die ſo eben beendigte Debatte aus dem Protocolle des Hauſes geſtrichen werden, beitreten wird.“ (Stürmiſcher und lange anhaltender Beifall.) — Hr. Cobbett bemerkte, daß, wenn dieſer Antrag durchginge, es ihn gar nicht wundeen ſolle, wenn man den Mitgliedern des Hauſes das Ausſprechen ihrer Meinungen verbiete, und das Publicum von den Verhandlungen des Parlamentes ausſchließe. Nichtsdeſtoweniger wurde der Antrag des Lords Althorp mit 295 gegen 4 Stimmen genehmigt. — An der Tagesordnung war hierauf die zweite Leſung über die von Sir A. Agnew eingebrachte Bill wegen beſſerer Beobachtung der Sonntagsfeier. Der Vortrag, welchen Sir A. Agnew zu Gunſten ſeiner Bill hielt, konnte wegen der undeutlichen Sprache des Redners von den Berichterſtattern nicht vernommen werden. Hr. Plumtre unterſtützte den Grundſatz der Bill und gab die Hoffnung zu erkennen, daß das Haus dieſelbe werde in den Ausſchuß gelangen laſſen, um etwanige paſſende Veränderungen damit vorzunehmen. Man habe gegen die Bill eingewendet, daß es nicht recht ſei, lange beſtandene Gebräuche plötzlich abzuſchaffen. Das könne in Bezug auf einige Dinge wahr ſeyn; aber wären die Gebräuche, welche die Bill abzuſchaffen beabſichtige, der Art, daß man ſie foetbeſtehen laſſen dürfe? Müſſe man nicht lieber ſeine Gewohnheiten dem Willen Gottes unterordnen, als ſich bemühen, den Willen Gottes ſeinen Gewohnheiten nachzuſetzen? Der Gedanke, die Leute zu zwingen, religiös zu ſeyn, ſei den Abfaſſern der Bill nicht in den Sinn gekommen; ſie wollten nur denen, die Religion beſäßen, Gelegenheit geben, ſich derſelben zu widmen. — Hr. Poulter ſagte, die Bill würde nichts mehr und nichts weniger bewirken, als alle Claſſen der Geſellſchaft gemeinen Angebern preiszugeben. Es ſei z. B. jetzt ſehr gebräuchlich, daß Leute am Sonntage zwiſchen den beiden Predigten auf kurze Zeit in ein Leſecabinet gingen, um die Zeitungen zu leſen. Was konne unſchuldiger ſeyn? Und doch lege die Bill jedem Eigenthümer eines Leſecabinets, der daſſelbe am Sonntage offne, eine Strafe von 50 Pf. St. auf. Eben ſo ſetze die Bill eine Strafe von 10 Pf. St. für Jeden feſt, der am Sonntage ein Pferd miethe oder vermiethe. Die Bill beruhe auf dem irrigen Geundſatze, daß das urſprüngliche Geſetz der Juden in Bezug auf den Sabbath von den Chriſten befolgt werden ſolle. Er wünſche die Gemüther und die Sitten des Volkes verbeſſert zu ſehen; aber er konne nicht dafür ſtimmen, daß man es läſtigen Strafen unterwerfe. — Hr. Roebuck äußerte: „Wer die Bill aufmerkſam geleſen habe, könne unmöglich für dieſelbe ſtimmen. Es werde darin unter Andern feſtgeſetzt, daß Niemand ſeinen Nachbar fragen dürfe, was es Neues gäbe, oder in Ruhe eine Zeitung leſen dürfe, ohne ſich einer Strafe von 5 Sh. bis 5 Pf. St. auszuſetzen. Aller geſellſchaftliche Verkehr würde durch die Bill am Sonntage unterſagt. Sie verbiete ſogar, daß man ſich, um aufs Land zu kommen, eines Pferdes oder Wagens bedienen dürfe. Wie viele Leute gäbe es nun aber die die ganze Woche über dumpfige und ungeſunde Luft einathmen müßten, und die ihrer Geſundheit halber zu Fuß das Land nicht erreichen könnten? Dieſe wären verdammt, ihr ganzes Leben hindurch Londons ungeſunde Luft einzuathmen. Das ſei Barbaeei, aber keine Religion; dadurch werde man die Leute nicht religiös, ſondern nur unzufrieden machen. Gott verlange keine ſo unnützen und abgeſchmackten Opfer.“ — Lord Althorp ſagte, er glaube nicht, daß irgend Jemand in dieſem Hauſe gegen den Grundſatz der Bill etwas einzuwenden hätte; über die Details wären, ſeines Erachtens, ſo außerordentlicher Beſchaffenheit, daß er es für paſſend halte, ſich ſchon der zweiten Leſung zu widerſetzen. Die Bill konne in der That nicht geändert werden, ſondern ſie konne höchſtens Anlaß zur Einbringung einer ganz neuen Maaßregel geben. Er, für ſeine Perſon, würde jede Maaßregel der Art unterſtützen, welche auf Schutz, aber nicht auf Zwang berechnet ſei. (Lauter Beifall.) Dieß ſei aber eine unerhoete und hochſt unpolitiſche Strafbill, die das Volk weder wünſche, noch verdient habe. Er wünſche eine Maaßregel, die deu Leuten erlaube, religiös zu ſeyn, aber ſie nicht dazu zwinge. (Beifall.) Es vertrage ſich weder mit der Religion, noch mit der Moral, noch mit einer geſunden Politik, den langgewohnten Erholungen des Volkes Hinderniſſe in den Weg zu legen. (Beifall.) Hr. A. Johnſtone erklärte, daß er mit dem Grundſatze und mit vielen Details der Bill vollkommen übereinſtimme. Der Widerſtand gegen die Maaßregel und die Ungeduld, welche das Haus an den Tag lege, rühre von denjenigen Mitgliedern her, welche der proteſtantiſchen Religion abgeneigt wären. (Nein! nein!) Das ehrenwerthe Mitglied für Dublin habe in einer Verſammlung von Handwerkern erklärt, daß die Sonntage nicht im finſtern Ernſt hingebracht werden müßten, weil derſelbe den Menſchen krank und elend mache (Gelächter), und daß er die Art und Weiſe, wie der Sonntag gewöhnlich in England benutzt würde, im hochſten Grade billige; ſo wie er auch in ſeinem eigenen Lande mit Vergnügen geſehen habe, daß die Leute tanzten, Ball ſpielten und ſich auf andere Weiſe die Zeit veetrieben. (Beifall.) Die Abſtimmung ergab folgendes Reſultat: Für die zweite Leſung 73 Stimmen. Gegen dieſelbe 79. Majorität gegen die Bill: 6 Stimmen. Das Haus vertagte ſich um ¼ auf 3 Uhr.

Die vier Parlamentsmitglieder, welche für den Antrag des Hrn. Cobbett, auf Entfernung des Sir Robert Peel aus dem koniglichen geheimen Rath. ſtimmten, waren die HH. T. Attwood, J. Roe, J. O'Connell und P. Lalor.

In der Sitzung des Oberhauſes vom 17. Mai trug Lord Aberdeen darauf an, daß die Menge Wein, welche in den letzten fünf Jahren eingeführt worden, genau ſpecificirt werde. Lord Auckland gab ſeine Zuſtimmung. — Bei Gelegenheit einiger Petitionen um Aufhebung der Sclaverei drückte der Herzog von Wellington ſeine Meinung gegen den Vorſchlag zur alsbaldigen Emancipation der Sclaven aus. — Im Unterhauſe erwähnte Oberſt Evans des Umſtandes, daß Sir J. Hobhouſe erklärt habe, er hätte mit einem Feder-

Digitized by Google

zuge ihn (Oberſt Evans) ſeiner Penſion berauben können; er wünſche zu wiſſen, ob der Kriegsſecretär dieß Recht habe. Hr. Ellice entgegnete, ſeines Wiſſens ſei der Fall nie vorgekommen, außer wenn der Penſionär ſich grobe Fehler und Ungebührlichkeiten habe zu Schulden kommen laſſen. Lord Althorp fügte bei, die Regierung habe das Recht, ſolche Penſionen zu ſtreichen; der Kriegsſecretär habe die erſte Stimme dabei, ſei aber für den dem Könige gegebenen Rath verantwortlich. — Alderman Thompſon legte eine Petition von Kaufleuten und Schiffsrhedern aus Sunderland gegen das Embargo auf die holländiſchen Schiffe vor. Eine gleiche, noch ſtärkere, wurde von Kaufleuten und Schiffsrhedern Londons durch Hrn. Lyall übergeben, der das Haus dringend bat, die Sache in Erwägung zu ziehen, indem der Schaden, den der Seehandel Englands durch die Fortdauer des Embargo's leide, ungemein groß ſei. Nach Vorlegung einiger anderer unbedeutender Petitionen hob der Sprecher die Sitzung auf. — Man ſprach in dieſer Sitzung davon, Hr. Bonham-Carter ſei zum Staatsſecretär für Irland ernannt.

Conſols am 17. Mai 87⅞, 88.

Frankreich.

Der Nouvelliſte vom 20. Mai enthält folgenden Artikel: „In der Gazette de France vom 18. Abends lieſt man: „„Iſt es wahr, daß vor zwei Tagen drei Briefe „„aus der Baſtille von Blaye, einer von Hrn. von Briſſac an Frau von Briſſac, der zweite von Mad. d'Hautefort an Hrn. d'Hautefort, der dritte endlich von Mad. „„Hanslerd an Hrn. Hanslerd angelangt und daß dieſe drei „„Briefe im ſchwarzen Cabinet entſiegelt, an den Hrn. „„Miniſter des Innern übermacht worden ſind? — Iſt „„es wahr, daß Hr. d'Argout, nachdem er Kenntniß davon genommen, für gut befunden hat, den Perſonen, „„an welche die Briefe gerichtet waren, bloß Abſchriften „„davon zu ſenden, und die Originale zurückzubehalten, „„um ſie den Actenſtücken beizufügen, welche der Moniteur neuerlich über die Entbindung von Madame, Herzoginn von Berry, bekannt gemacht hat?““ — Wir erwiedern der Gazette, daß es ſeit der Julirevolution kein ſchwarzes Cabinet mehr gibt, und daß die Poſt das Briefgeheimniß nie verletzt hat. — Hinſichtlich der Perſonen, welche um die Frau Herzoginn von Berry ſind, beſteht in der Citadelle von Blaye nachſtehende Vorſchrift: Die an dieſe Perſonen gerichteten Briefe müſſen unverſiegelt ans Miniſterium des Innern geſchickt werden, welches ſelbe gleichfalls unverſiegelt, und durch den Commandanten der Citadelle, an die Perſonen, für die ſie beſtimmt ſind, gelangen läßt. — Was die aus Blaye geſchriebenen Briefe anlangt, ſo müſſen ſelbe unverſiegelt dem Commandanten übergeben werden, welcher ſie in dieſem Zuſtande dem Miniſter des Innern zuſendet. — Weiter haben wir der Gazette gar nichts zu antworten."

In der Sitzung der Pairskammer vom 18. Mai wurde in Erörterung des Departementalgeſetzes fortgefahren. Hr. d'Argout erklärte ſich in umſtändlicher Rede für die cantonsweiſe Wahl, im Gegenſatze der bezirksweiſen, für die Generalconſeils. Man habe behauptet, der Einfluß der Journale würde an dem Hauptorte der Cantone mehr zu fürchten ſeyn, als an den Bezirkshauptorten. Darauf müſſe er bemerken, daß ſeit 8 bis 10 Monaten der Einfluß der Pariſer Preſſe täglich abnehme; daß jeden Monat bei ihren Abonnements in der Provinz eine Verminderung von 2000 bis 2500 eintrete. Anderer Seits ſubſtituire die Departementalpreſſe ihren Einfluß dem der Pariſer. Dieſe Ordnung der Dinge ſei ſehr befriedigend für die Freunde der Ordnung und der Monarchie; es beſtehen in dieſem Augenblicke 169 Departementsjournale; davon unterſtützen 65 frei und muthig die Regierung, 21 bekennen dieſelben Lehren mit einer republikaniſchen Schattirung, 25 ſeien den Intereſſen der abgeſetzten Dynaſtie ergeben, und 38 halten ſich ganz an republikaniſche Ideen. Daraus könne man ſchließen, daß die gute Preſſe täglich auf dem Lande gewinne. Schließlich bemerkte der Miniſter, wenn man den Einfluß des Beſitzes bei den Wahlen der Generalconſeils vorherrſchend haben wolle, ſo müſſe man ſich an die Cantonswahl halten. Wolle man aber eine Präponderanz des demokratiſchen Einfluſſes, ſo müſſe man die Wahl an dem Bezirkshauptorte zulaſſen. Hr. A. Perier ſchlug vor, das Maximum der Mitglieder der Generalconſeils auf 32 feſtzuſetzen. Hr. von Montalivet wollte nur nach der Wichtigkeit des Departements 24, 20 und 16; Hr. Freville ein Maximum von 30. Hr. d'Argout beſtand auf 36 als Maximum. Bei der Abſtimmung wurde der Vorſchlag des Hrn. Freville angenommen.

In der Sitzung der Deputirtenkammer vom 18. Mai erſtattete Hr. Gouin Bericht über den Tilgungsentwurf; die Aenderungsvorſchläge der Commiſſion betrafen bloß Details; die Kammer beſchloß, die Berathung nach dem Budget der auswärtigen Angelegenheiten vorzunehmen. Dann beſchäftigte ſich die Kammer mit Petitionen. Eine derſelben, die ſich über viele Intriguen und Willkürlichkeiten der Polizei beklagt, gab den HH. Laboiſſière und Garnier-Pagès Veranlaſſung zu bittern Ausfällen gegen das jetzige Syſtem. Der letztere kam dabei auf die jetzt mit ſolchem Mißtrauen verfolgte Geſellſchaft Aide toi, le ciel t'aidera zu ſprechen; jetzt würden Magiſtrate vor Gericht geſtellt, weil ſie mit dieſer Geſellſchaft correſpondirt, einer Geſellſchaft, welche zu andern Zeiten der Siegelbewahrer und der Miniſter des öffentlichen Unterrichtes präſidirt hätten. Hr. Guizot entgegnete, damals ſei ſie aus andern Perſonen beſtanden, und habe andere Zwecke gehabt. Hr. Garnier-Pagès erwiederte, was die Zwecke betreffe, ſo werde man nichts Thatſächliches anführen können, und rückſichtlich der Perſonen bemerke er nur, daß, als Hr. Guizot Präſident derſelben geweſen, ſie ehrenwerthe Mitglieder wie jetzt gezählt habe, unter Andern einen, der kürzlich in dem Tribuneprozeß vor den Schranken der Kammer geſtanden. Es entſtand großes Gelächter, noch mehr aber, als Hr. Fulchiron dringend ums Wort bat, und Hr. Pagès, ſich gegen ihn wendend, ihn daran erinnerte, wie er damals beim Comité jener Geſellſchaft ſupplicirt habe, man möchte doch ſeine Wahl im Banlieu von Paris begünſtigen; jetzt zwar möge Hr. Fulchiron andere Patrone haben, aber die Mitglieder jenes Comités ſeien dieſelben geblieben. Die Kammer ging endlich über die ganze Sache zur Tagesordnung über. — Eine Eingabe des polniſchen Generals Bem bat die Kammer um Verwendung, daß die franzöſiſche Regierung eine Milderung des Looſes der noch in Preußen befindlichen polniſchen Flüchtlinge zu erlangen ſuche, während ſie ihnen zugleich ein Aſyl in Frankreich eröffne. General Lafayette unterſtützte dieſe Bitte, und erinnerte die Kammer, daß eine ähnliche Petition, mit den Unterſchriften von Generälen, Mitgliedern des Reichstages und andern polniſchen Großen an die Deputirten ausgetheilt worden. Hoffentlich werde auch die engliſche Regierung, die ſo Vieles gegen Polen gut zu machen habe, nicht unthätig bleiben, nachdem ſie Petitionen zu Gunſten der Polen mit hunderttauſend Unterſchriften brittiſcher Bürger erhalten habe. Sodann beklagte ſich der General über die Behandlung der Polen in Frankreich. Hr. von Broglie ant-

Digitized by Google

wortete ihm; General Subervic vertheidigte, dem Miniſter gegenüber, das Benehmen der Polen, und die Kammer nahm endlich den ganzen Commiſſionsantrag an, wornach die Kammer die Verwendung eintreten ließ, indem ſie die Petition dem Miniſter der auswärtigen Angelegenheiten überſandte. — Endlich führte die Tagesordnung auf die Discuſſion der griechiſchen Anleihe. Hr. Boiſſy d'Anglas ſprach gegen den Entwurf, Hr. Rémuſat dafür; ihm antwortete, wieder als Gegner des Entwurfes, Hr. Salverte, worauf der Miniſter der auswärtigen Angelegenheiten, Hr. von Broglie, das Wort ergriff, und ſich in umfaſſender Rede über die ganze Frage verbreitete. Die Kammer hörte, ungeachtet die Rede gegen zwei Stunden dauerte, mit geſpannteſter Aufmerkſamkeit zu, und brach oft in Acclamationen des Beifalls aus über die allgemeinen politiſchen Anſichten, welche der Miniſter entwickelte. Hinſichtlich der Stellung zur Pforte ſprach der Miniſter als Zielpunct der franzöſiſchen Politik aus, das ottomanniſche Reich ſo lange als möglich zu erhalten; dann aber, wenn das Unvermeidliche geſchehe, und es in Trümmer ſtürze, „iſt es beſſer (dieß ſind die eigenen Worte des Hrn. von Broglie), daß es, ſtatt getheilt zu werden, ſich in unabhängige Staaten auflöſe, nicht aber in Provinzen, die unſern Rivalen zufallen würden. Griechenland iſt günſtig gelegen, um dieſen Zweck zu erreichen; es iſt eine Seemacht in der Wiege. Wollten wir an Einem Tage das Werk von Jahren zerſtören? Ich hoffe nicht!" — Als der Präſident die Verſchiebung der Discuſſion auf Montag (20.) und den Schluß der heutigen Sitzung verkündigte, bildeten ſich große Gruppen um Hrn. von Broglie, die ihm einſtimmig Glückwünſche wegen ſeiner Rede darbrachten.

Am 20. Mai um 1¼ Uhr Nachmittags 5Percents 103 Fr. 3Percents 78 Fr. 50.

Teutſchland.

Se. königliche Hoheit der Großherzog von Baden hat am 20. Mai die Ständeverſammlung mit folgender Rede eröffnet: „Edle Herren und liebe Freunde! Ich erſcheine heute abermals in Ihrer Mitte, um die Berathungen über wichtige Intereſſen Meines Volkes zu eröffnen. Von dem Geiſte des Friedens und der Eintracht geleitet, gebe Ich Mich der Hoffnung hin, den nämlichen Gefühlen bei Ihnen zu begegnen, denn Ich vertraue auf Ihre Vaterlandsliebe und auf die Treue Ihrer Geſinnung. In dieſen Worten liegt Alles, was Ich Ihnen in Bezug auf Unſer wechſelſeitiges Verhältniß zu ſagen vermag; ſie enthalten zugleich die theuerſten Wünſche Meines Herzens. Laſſen Sie Uns der Vorſehung danken, daß ſie im verfloſſenen Jahre nicht nur eine drohende Seuche von Uns abgewendet, ſondern auch den Fleiß des Landmannes durch eine reiche Ernte belohnt hat. Auch das Glück Meines Hauſes iſt durch die Geburt eines Prinzen in Meiner, und einer Prinzeſſinn in der Familie Meines vielgeliebten Herrn Bruders, des Markgrafen Wilhelm, erhöht worden. Seit Ihrer letzten Vereinigung ſind die Geſetze, zu welchen Sie Ihre Zuſtimmung gegeben haben, verkündet und vollzogen worden. Die Periode ihrer Wirkſamkeit iſt jedoch zu kurz, um mit Sicherheit beſtimmen zu können, ob jedes derſelben den davon gehegten Erwartungen entſpreche, und ob, wenn dieß mitunter nicht der Fall ſeyn ſollte, der Grund hiervon bloß in irriger Auslegung, oder den Verhältniſſen der Zeit überhaupt, oder in den Mängeln der Geſetze ſelbſt zu ſuchen ſei. Weitere Erfahrungen werden hierüber Gewißheit und zugleich den Stoff zur Erwägung liefern, ob und welche Verbeſſerungen in Vorſchlag zu bringen ſeien. Nur Eines dieſer Geſetze, nämlich das über die Polizei der Preſſe und über die Beſtrafung der Preßvergehen, habe Ich Mich in der Nothwendigkeit geſehen, durch die Verordnung vom 28. Juni weſentlichen Veränderungen zu unterwerfen. Mein Miniſterium wird Ihnen über die Veranlaſſung und die Gründe, die Mich zu dieſem Schritte bewegen mußten, Eröffnungen machen. Die zu Vereinfachung der Verwaltung inzwiſchen getroffenen Anordnungen ſind Ihnen aus den von Mir erlaſſenen Edicten bekannt. Unſere Waldungen bilden einen Hauptbeſtandtheil Unſeres Nationalvermögens, ſie liefern die Mittel zur Befriedigung eines Unſerer erſten Bedürfniſſe. Demungeachtet haben Wir umfaſſende und zweckmäßige Beſtimmungen, ſowohl über die Forſtpolizei, als über die Beſtrafung des Eingriffes in das Waldeigenthum, zeither entbehrt; um dieſe Lücke auszufüllen, wird Ihnen ein Geſetzentwurf vorgelegt werden. Ein weiterer Geſetzentwurf bezweckt, die Erzeugniſſe des Landmanns vor Wildſchaden zu ſichern, und falls er dennoch eingetreten iſt, dafür ſchleunigen und gerechten Erſatz zu gewähren. Beide Vorlagen werden Ihren auf dem jüngſten Landtage geäußerten Wünſchen genügen. Obgleich ſeit einigen Jahren durch Aufhebung und Herabſetzung von Abgaben, durch Uebernahme von Bezirksſchulden, Aufhebung der Staatsfrohnden, Ablöſung der Herrenfrohnden und des Blutzehntens, die öffentlichen Laſten weſentlich vermindert, und die Ausgaben zur Befriedigung geiſtiger und materieller Intereſſen gleichzeitig vermehrt worden ſind, ſo werden Sie doch die Lage der Finanzen befriedigend finden. Noch gewähren ſie Mittel zu weiteren, theils nothwendigen, theils nützlichen Verwendungen, ſo wie zu Verminderung beſtehender Laſten. Die Geſetzentwürfe über die Ablöſung der Zehnten, die Verminderung des Salzpreiſes und die Aufhebung der Ausgangszölle, die Ich Ihnen vorzulegen befohlen habe, ſind von dem wichtigſten Einfluſſe auf den Staatshaushalt. Ihr Vollzug aber iſt an die Nothwendigkeit geknüpft, für die Deckung des Ausfalles in andern Wegen zu ſorgen. Die Veränderungen in der Steuergeſetzgebung, die Ich Ihnen zu dieſem Zwecke vorſchlagen laſſe, ſind in dem wahren Intereſſe des Landes gegründet; um ſo gewiſſer glaube Ich auf Ihre Zuſtimmung zählen zu können. Nehmen Sie dieſe, wie einige fernere Mittheilungen von minderem Umfange mit Vertrauen auf, und widmen Sie Ihrer Prüfung diejenige Sorgfalt, welche dem Einfluſſe derſelben auf das Wohl Meines getreuen Volkes gebührt. Noch einmal: Huldigen Wir dem Geiſte des Friedens und der Eintracht, und der Himmel wird Unſerem Streben ſeinen Segen nicht verſagen."

Wien, den 28. Mai.

Se. k. k. Majeſtät haben mittelſt einer unterm 22. April d. J. an den geheimen Haus-, Hof- und Staatskanzler Fürſten von Metternich herabgelangter allerhöchſten Entſchließung dem königl. baieriſchen Feldmarſchall Fürſten von Wrede das Großkreuz des königl. ungariſchen St. Stephansordens zu verleihen geruht.

Am 28. Mai war zu Wien der Mittelpreis der

Staatsſchuldverſchreibungen zu 5pCt. in CM.	93 5/8;
detto detto zu 4pCt. in CM.	83 1/8;
Darleh. mit Verlooſ. v. J. 1820, für 100 fl. in CM.	——;
detto detto v. J. 1821, für 100 fl. in CM.	134 15/16;
Wiener-Stadtbanco-Obligat. zu 2½ pCt. in CM.	53¼;

Conv. Münze pCt. ——;

Bankactien pr. Stück 1226 ?/8 in CM.

Hauptredacteur: Joſeph Anton Edler von Pilat.

Verleger: Anton Strauß ſel. Witwe in der Dorotheergaſſe Nr. 1108.

Digitized by Google

Nro. 150

Oeſterreichiſcher Beobachter.

1 ZE 1

Donnerſtag, den 30. Mai 1833.

Meteorologiſche Beobachtungen vom 28. Mai.	Zeit der Beobachtung.	Barometer auf 0° Reaumur reducirt. Pariſer Maß.	Wiener Maß	Thermometer Reaumur.	Wind.		Witterung
	8 Uhr Morg.	27.685	28 Z. 5 L. 5 P.	+ 11.0	SO.	ſchwach.	Wolken.
	3 Uhr Nachm.	27.654	28 5 0	+ 15.8	SO.	—	trüb.
	10 Uhr Abends.	27.640	28 4 11	+ 10.5	SO.	—	Wolken.

Rußland.

Seine Majeſtät der Kaiſer haben dem General-Feldmarſchall Fürſten von Warſchau, Grafen Paskewitſch von Erivan, und dem Vicekanzlee Grafen Neſſelrode erlaubt, die denſelben im Jahre 1828 von Sr. Hoheit dem Schah von Perſien verliehenen Inſignien des Löwen- und Sonnenordens erſter Claſſe zu tragen und dieſen Orden auf ihre Nachkommen zu vererben.

Die Nordiſche Biene enthält einen Brief von einem ruſſiſchen Militär, datirt aus dem Lager bei Chunkjar-Skeleſſi vom 5. (17.) April, aus dem hier einige Auszüge folgen: „Vom 17. bis zum 24. März hatten unſere Schiffe abwechſelnd mit widrigen Winden und völliger Windſtille zu kämpfen. Das wogende Blau des Meeres wurde dann und wann am äußerſten Rande des Geſichtskreiſes von dem ſchwarzen Küſtenſtreiſe des alten Myſiens und Thraciens unterbrochen; bald erhob ſich auch die dunkle Bruſtwehr der Felſen vor uns, die den Eingang zum Canal von Konſtantinopel bilden, in den unſer Geſchwader, von günſtigem Winde begleitet, gleich einer Schaar von Schwänen dahinſchwamm. Vor dem Dorfe Bujukdere, im Angeſichte des ruſſiſchen Geſandtenhotels, wurden die Anker geworfen. Hier auf dem aſiatiſchen Geſtade des thraciſchen Bosporus, dem Dorfe Therapia gegenüber, liegt ein weites Thal, an deſſen Ausgang, unweit des Dorfes Jalykioi, ein Ort Namens Chunkjar-Skeleſſi (die Sultans Anfuhrt) ſich befindet, ſo genannt, weil er ſeit Amurath IV. zum Spaziergang der Beherrſcher des Orients diente. Durch dieſes grüne Thal gelangt man zu Uferhohen, deeen Gipfel noch kein Pflug je berührte, auf deren wenig betretenen Fußpfaden vor Kurzem höchſtens ein Hirt mit ſeinen Heerden ſich durch dichte Myrthen- und Lorbergebüſche hinaufwand. Hier ſchimmern jetzt in geordneten Reihen tauſende von ruſſiſchen Zelten, vermiſcht mie den grünen Hütten der Türken. Das Dickicht iſt dem Feldlager gewichen, die Myethen dienen zur Schlafſtätte mit türkiſchen Matten bedeckt, und die Lorber ſäuſeln um die Giebel der Zelte. Unſere Sappeure haben rundumher bequeme Wege und Brücken angelegt, und ſo ſind die ruſſiſchen Geſchütze leicht auf die Spitzen der Berge gelangt, von denen ſie dräuend in den Schooß Kleinaſiens hinabblicken. Von Norden hee ziehen ſich die Rebengebirge, die ihre Arme nach dem Canal erſtrecken; — ein zweites Detaſchement wird zu uns ſtoßen und unſer linker Flügel ſich alsdann nach dem Rieſenberge ausdehnen. Ein reizendes Bild der üppigen Natur bietet ſich hier den Blicken dar. Gebirgsmaſſen, von Gärten und Cypreſſenwäldern beſchattet, ſchauen auf den Bosporus herab, der ſich im wilden Laufe zwiſchen Europas und Aſiens Küſten dahinſchlängelt. So rollt ein breites Silberband, nachläſſig hingeworfen, über die ſchimmernden Blumen der bunten Gewebe von Kaſchmir. An beiden Ufern reihen ſich die buntfarbigen Gebäude der Vorſtädte Stambuls, Hütten, Prachtgebäude, Gärten, Batterien und Kioske aneinander. Auf der europäiſchen Seite blitzt in der Ferne Rumeli-Hiſſaer, von Mohamed II. vor Unterwerfung des alten Byzanz, zum Gedächtniſſe ſeines Namens, erbaut*). — Hier, meint man, habe Darius ſeinen Thron aufgeſtellt gehabt, um ſich an dem Anblicke ſeiner Heerſchaaren zu weiden, als ſie über den Bosporus in das Land der Scythen einbrachen. — Am zweiten und dritten Tage nach unſerer Landung wurde die Witteeung feucht und kühl, ſogar etwas Schnee ließ ſich blicken. Die gute Koſt aber und die Bivouakfeuer, zu denen uns die türkiſche Regierung das Holz nach Belieben verabfolgt, haben, Gottlob, uns alle geſund und munter erhalten. — Der ſchmeichelhafte Empfang, den wir von Seite des Sultans erfuhren, iſt ſchon bekannt. Am dritten Feſttage ſchickte er uns 25,000 Oſtereier, Eßwaaren, Branntwein, Weine und einige Kiſten Champagner, alles aus perſönlicher Freundſchaft für das ruſſiſche Militär, wie er dem General Murawieff ſagen ließ. Ein ähnliches Wohlwollen äußert ſich bei den Beamten des Sultans, und ſelbſt unter dem gemeinen Volke beginnt ſchon Freundlichkeit gegen die Ruſſen ſich zu zeigen. Die erſten Tage betrachteten ſie uns etwas ſchüchtern, allein ſeitdem hat das aſiatiſche Mißtrauen nachgelaſſen und ſie überzeugen ſich, daß dee „Moskowiter,“ ein grimmer Feind auf dem Schlachtfelde, der beſte Freund in Zeiten des Feiedens und der Verbündung iſt. Die Türken ſtellen ſich auf dem Bazar im traulichen Kreiſe mit unſern

*) Auf dem Riß zu dieſem Gebäude ſoll die Richtung der Mauern und Thürme den Namenszug Mohammeds bilden.

Digitized by Google

Soldaten zuſammen, rauchen abwechſelnd aus demſelben Pfeifenrohr. Kardaſch Ruß, Kardaſch Osmanli (Bruder Ruſſe, Bruder Türke) ſchallt es unabläſſig zwiſchen ihnen. Auch ihre Truppen verſtändigen ſich bereits mit den unſerigen. Das Oſterfeſt begingen wir in der ruſſiſchen Kirche unſerer Miſſion in Bujukdere, und frühſtückten dann bei dem Geſandten. An jedem Abend ſpielt in unſerem Lager die Feldmuſik vor dem Zapfenſtreich, und die Sänger laſſen ihre Lieder tönen. Auf der Landzunge Selwi Burnu, hart am Ufer, neben der Wohnung des Generals, erhebt ſich ein Hügel mit drei hohen Cypreſſenbäumen und einem türkiſchen Zelt für den General, da ſchallt die Muſik, da wird die Abendkanone abgefeuert, da drehten ſich die ruſſiſchen Schaukeln während der Oſterwoche, und eine unzählige Menge neugieriger Zuſchauer verſammelt ſich jeden Abend um uns. Hier ſtimmen wir unſeee Wolgalieder an, freuen uns des Neuen, das wir ſehen, des Guten, das wir genießen, und lauſchen auf den Wink des geliebten Kaiſers, von deſſen ſiegreichen Fahnen umweht wir bereit ſind, durch Feuer und Waſſer zu gehen."

Großbritannien und Irland.

In der Sitzung des **Oberhauſes** vom 17. Mai legte der Herzog von **Wellington** zwei Petitionen vor, weiche um Schutz und Entſchädigung der Pflanzer baten, wenn eine Maaßregel zur Abſchaffung der Negerſclaverei angenommen werde. Dieß gab Anlaß zu einer kurzen Unterredung über den voegeſchlagenen Emancipationsplan, in welcher der Herzog von Wellington, Lord Wynford und der Marquis von Bute die Anſprüche der weſtindiſchen Pflanzer unterſtützten, Lord Suffield dagegen behauptete, daß die Freunde der Emancipation zwar den Pflanzern eine „Erleichterung" bewilligen wollten, im Falle ſie durch die Emancipation der Sclaven Verluſt erlitten, der Grundſatz könne aber nicht anerkannt werden, daß ein Menſch ein Eigenthumsrecht an eines ſeiner Mitgeſchöpfe habe, und in eine Entſchädigung deßhalb nicht konne gewilligt werden. Die Miniſter miſchten ſich nicht ein. — In der Sitzung des **Unterhauſes** ſchlug Hr. **Whitmore** einige Reſolutionen in Betreff der Korngeſetze vor, und ging dabei namentlich von dem Grundſatze aus, daß ein mäßiger, feſtſtehender Zoll das Agriculturintereſſe beſſer ſchützen, den Kornhandel emporbringen, und auch den Manufactueen zum Vortheile gereichen werde. Die Miniſter, unterſtützt von den Landintereſſen, bekämpften den Vorſchlag, der auch mit 106 gegen 305 Stimmen durchfiel. Lord **Althorp** brachte noch die Bill zur Umwandlung der Zehnten in England und Wales ein, welche zum erſten Male verleſen wurde.

Nach einem Schreiben aus Cowes hat Lord **Durham** das Land nicht verlaſſen; ſonach ſind die Nachrichten der Brüſſeler Blätter völlig ungegründet.

Der **Globe** glaubt, daß das wichtige Amt eines Staatsſecretärs für Irland bald auf eine ſehr erfreuliche Art durch die Ernennung Hrn. **Littleton's** erſetzt werden wird.

Im **Globe** vom 18. Mai heißt es: „In der City und in achtungswerthen politiſchen Cirkeln hegt man die zuverſichtliche Hoffnung, daß die neuerliche holländiſche Mittheilung bald zu einer genügenden Ausgleichung führen wird. Die zwei Puncte: eines unbeſcheänkten Waffenſtillſtandes und der freien Scheldeſchifffahrt, ſind zugegeben, und dann wird wenig mehr zu einem Definitivtractate fehlen. Ohne Zweifel haben die alliirten Souveraine, bei ihrem lebhaften Verlangen, den europäiſchen Frieden zu erhalten, und Gelegenheit zur Erleichterung ihrer Ausgaben durch eine allgemeine Entwaffnung herbeizuführen, nach beſten Kräften zu einem ſo erwünſchten Stande der Dinge beigetragen."

Der **Morning-Herald** enthält folgenden Auszug eines Schreibens aus **Falmouth** vom 16. Mai: „Der Schooner **Pomona** iſt dieſen Nachmittag von den Bayona-Inſeln (bei **Vigo**) hier angelangt. Admiral **Sartorius** lag mit ſeiner Escadre daſelbſt vor Anker. Tags zuvor war eine neue Rate rückſtändigen Soldes angekommen und unter die Schiffsmannſchaft vertheilt worden. Bei einem Theil dieſer Mannſchaft hat ſich ein meuteriſcher Geiſt gezeigt, welcher den Admiral nöthigte, gegen 200 Mann aus dem Dienſte zu entlaſſen. Man erwartete auf der Escadre den Reſt des geforderten Geldes täglich aus Opoeto."

Conſols am 18. Mai 88, 88⅛.

Frankreich.

Der König und die königliche Familie haben am 18. Mai die Tuilerien verlaſſen, und das Schloß in Neuilly bezogen.

Von der ausgeſchriebenen Recrutirung (von 80,000 Mann) haben nur 10,000 Mann in activen Dienſt zu treten, die übrigen 70,000 Mann bleiben in ihrer Heimath, und dürfen bloß kraft königlicher Ordonnanz zum Dienſte geſtellt werden.

Die geſtern erwähnte Rede, die der Duc de **Broglie** am 18. Mai in der Deputirtenkammer für die **griechiſche Anleihe** hielt, wiederholt zugleich die Hauptgründe der Gegner dieſer Garantie, welche überhaupt keine neuen Geſichtspuncte aufſtellten, ſo daß wir uns hier auf einen größern Auszug der Rede des Miniſters beſchränken. „Ich habe mich in dieſem Augenblicke," ſagte er, „nicht über den Zuſtand unſerer auswärtigen Politik überhaupt, nicht über die Lage der Angelegenheiten im Orient auszuſprechen. Was über die Fortſchritte der dortigen Unterhandlungen anzukündigen möglich war, ſagten wir; wir brachten täglich die Thatſachen zur Kenntniß des Publicums, mit einer Schnelligkeit, Genauigkeit und Umſtändlichkeit, die wohl ohne Beiſpiel in der Geſchichte der Repräſentativregierungen iſt. Ich habe mich auch nicht über die Acte der Regierung, noch über die Beſürchtungen auszuſprechen, welche man in der Kriſe, in der ſich die ottomanniſche Regierung noch befindet, etwa hegen möchte.

Die Kammer hat zu viel Diſcretion, um mich in dieſee Rückſicht mit Fragen zu bedrängen, und ich kenne meine Pflichten zu gut, um aus der Zurückhaltung, die ſie mie auflegen, herauszutreten. Iſt dee Augenblick gekommen, ſo werden unſere Erläuterungen alle Verſtändigen und Redlichen befriedigen. Zwar werde ich die vorliegende Feage in ihren Beziehungen zu den gegenwärtigen Umſtänden prüfen, aber ich werde mich nicht übee die letzteren an ſich in eine Diseuſſion einlaſſen. (Der Rednee erinnerte nun kurz an die Hauptpuncte des Veetrags und fuhr dann fort:) Natürlich bietet ſich zuerſt die Bemerkung dae: wer garantirt, verſpricht nöthigenfalls für den Hauptſchuldner zu bezahlen. Man ſagt: Griechenland wird nicht bezahlen; es wäre thöricht, darauf zu zählen. Ich will dieſe ungegründete Verſicherung einmal zugeben; wie viel hätte Frankreich im ſchlimmſten Falle zu bezahlen? Zwanzig Millionen? Keineswegs. Frankreich garantirt die Zahlung eines Dritttheils der jährlichen Zinſen dieſer Anleihe. Dieſes Zinſendritttheil, zu 5 pCt. berechnet, beträgt 1 Million, und 1 pCt. Tilgung, 200,000 Fr.; im Ganzen alſo 1,200,000 Fe. Nehmen wir nun an, ſtatt im Jahre 1821, zehn Jahre vor der Julirevolution, wäre die griechiſche Inſurrection 1831 ausgebrochen; nehmen wir an, ſtatt zu gelingen, wäre ſie unterlegen, und Schaaren von Griechen wären, eine Zufluchtsſtätte ſuchend, nach Frankreich gekommen; ſtatt jetzt die Garantie einer Anleihe von Ihnen zu verlangen, kämen wir, und bäten Sie um 1,200,000 Fe. Unterſtützung für Flüchtlinge und Verbannte. Würden Sie Anſtand nehmen, ſie zu bewilligen? Gewiß nicht. Und Sie ſollten, wo es ſich um die Unabhängigkeit der Griechen handelt, das verweigern, was Sie ihrem Unglücke willig gewähren würden? Ihee Großmuth ſollte erkalten, weil die Griechen, ſtatt Beſiegte, Sieger ſind? Im erſteren Falle hätten wir die Griechen ſo bereitwillig aufgenommen, als wir die Maſſe Polen, Spanier, Portugieſen, Italiener, Romagnolen aufnahmen. Wären die Griechen unſeree Theilnahme, unſeree Bewunderung weniger würdig, weil es ſich um Befeſtigung ihrer Freiheit handelt? Die Sache Griechenlands iſt die gerechteſte, die heiligſte, die es je gab. Wollte man die Legitimität einer Inſurrection nach der Dauer des Widerſtandes berechnen, ſo hätte ſich Griechenland am würdigſten gezeigt. Die Romagna kämpfte zehn Tage, Polen zehn Monate, Griechenland zehn Jahre. (Lebhafte Senſation und Beiſtimmung von vielen Seiten der Kammee. Eine Stimme zur Linken: Im Juli kämpften wir nur drei Tage; iſt unſere Sache deßhalb mindee heilig?) Man kann nicht ſagen, daß die griechiſche Inſurrection das Werk einer Handvoll Unruheſüchtiger geweſen. Frauen, Kinder, Greiſe, alle wiekten mit; nicht Eine Familie iſt, die nicht mit ihrem Blute die Unabhängigkeit des Vaterlandes beſiegelte. Und wir, die wie zuerſt Griechenland die Hand boten, um es aus dem Schiffbruche zu eetten, wir wollten es jetzt aufgeben, da es dem Hafen nahe iſt, auf die Gefahr hin, daß das erſtaunte Europa uns anklage, daß unſere Sympathie nur Laune, unſer Enthuſiasmus nur ein raſcher Anfall ſei? (Nun ging der Miniſter die Bürgſchaften durch, welche dee Zuſtand Griechenlands den Garanten biete: er nahm die Zinſen und die Tilgung der Schuld jährlich auf 3,600,000 Fe., und die Staatsausgaben auf 3,500,000 Fr. an, wornach ſich zwar ein beträchtliches Defieit ergäbe, wobei abee wenigſtens 40 Millionen blieben, um auf zehn Jahre hin zur Deckung der Staatsausgaben und Zinſen zu dienen. Während dieſer Zeit würden die Reſſoureen des Staates ſich entwickeln und vermehren ꝛc. Ueberdieß repräſentirten die Nationalgüter ein Capital von 500 Millionen.) Sie ſehen hieraus (fuhr er fort), daß unſeee Garantie nicht ſehr läſtig werden kann. Freilich ſind alle dieſe Berechnungen auf die Hypotheſe gegründet, daß ſich die neue Regierung in Griechenland wahrhaft befeſtige, und hiergegen wurden mehrere Einwürfe eehoben. Die Mächte, ſagt man, ſetzten ſich in den Kopf, in Griechenland eine monarchiſche Regierung zu gründen, und der Geiſt des Landes iſt republikaniſch; der Souverain ward nicht legal erwählt, er iſt ein Ausländee und zu jung. Betrachten wir dieſe Einwürfe einen nach dem andern. Woher könnte der neuen Regierung Gefahe kommen? Von Außen nicht; Griechenland iſt anerkannt, ſeine Exiſtenz von den Mächten verbürgt. Alſo von Innen; die Anarchie, die innern Kämpfe könnten die Sicherheit des neuen Staates bloßſtellen. Man bedauert, daß Griechenland keine republikaniſche Regierung erhalte. Ich will gegen die republikaniſche Regierungsform keinen beleidigenden Tadel ausſprechen, obwohl ich für dieſelbe nicht die Bewunderung hege, die gewiſſe Leute dafür haben; zwae glaube ich, ſie ſtehe an Kraft und moraliſcher Würde hinter der conſtitutionell-monarchiſchen Form zurück; indeſſen halte ich ſie allerdings mit der öffentlichen Ordnung und dee Feeiheit der Bürger vereinbar, und wo ſie dieß iſt, achte und ehee ich ſie. Doch heißt es keine Beleidigung gegen die eepublikaniſche Regierungsform ausſprechen, wenn man ſagt, ſie biete der Anarchie die meiſten Blößen, und ſetze die Gewalt am meiſten in Gefahr. Was Griechenland betrifft, ſo iſt die Probe gemacht. Eine Erfahrung von zehn Jahren erlaubt nicht zu glauben, daß dieſe Regierungsform ihm Oednung, Ruhe und Freiheit bringen könne. Griechenland iſt durch alle Phaſen dee republikaniſchen Regierung gegangen. Im Jahre 1821 ward Griechenland, in kleine Staaten getrennt, nach republikaniſchen Formen regiert. Aus dieſen kleinen Souverainetäten ging eine gemiſchte Regierung hervor; man machte, nach Art des Convents, eine Conſtitution, mit Einer, jährlich erwählten geſetzgebenden Gewalt und einee aus fünf Mitgliedern beſtehenden Exeeutivgewalt. Dieſe Regierung hatte keine Dauee, die Congreſſe von Argos und Trözene ſchufen eine andere, mit einem Präſidenten und einem Senate von 21 Mitgliedern. Abee zwei Jahre lang kämpfte auch dieſe Regierung gegen ſtete Aufſtände der Mainotten und anderer Theile der Bevölkerung. Der Präſident Capodiſtrias ward ermordet; einer der Mör-

der wurde hingerichtet, der andere trat ſpäter in den Staatsdienſt der Republik; die Nationalverſammlung wurde von den Palikaren aufgelöſt und in die Flucht gejagt. Dieß iſt die Geſchichte der republikaniſchen Regierungsform in Griechenland. (Bewegung.) Die Beſonnenſten und Uneigennützigſten der Griechen waren auch ſtets der Anſicht, daß dort eine monarchiſche Regierung gegründet werden müſſe (der Redner führte hier mehrere Beiſpiele an), und als König Otto Griechenlands Boden betrat, vereinigten ſich um ihn alle Parteien, alle Meinungen, Jeder ſtritt ſich um ihn, und ſchon dieſe Eine Thatſache beweiſt, wie populär das Königthum in Griechenland iſt. (Bewegung auf der Linken und Rechten.) Aber, ſagt man, die fremden Mächte haben den Prinzen Otto ernannt. Hier bietet ſich die, oft in Folge von Revolutionen entſtehende Frage dar, ob nach einer großen ſocialen Kriſe das Recht, eine neue Conſtitution zu geben, dem bereits conſtituirten Staatskörper zuſtehe, oder ob man die ganze Nation zu Rathe ziehen müſſe. In Griechenland war die Unmöglichkeit offenbar, die Geſammtheit des Volkes deliberiren zu laſſen; im Senate aber fand ſich nicht Eine Stimme gegen König Otto, und ich glaube nicht, daß es in der Geſchichte eine in der Form regelmäßigere und mit reellerer Zuſtimmung begleitete Wahl gibt.“ (Schluß folgt.)

Im Moniteur vom 20. Mai heißt es: „Mehrere feindliche Stämme hatten unſere Nachbarn und Verbündeten, die Beniurgins, eines Theiles ihres Viehes beraubt und wurden durch Strafloſigkeit immer kühner. Seit dieſer Zeit ſchlichen ſie ſich in der Nacht in unſere Niederlaſſungen, und nahmen uns als geſchickte Diebe Pferde, Maulthiere und Geräthſchaften. Als General von Uzer, Commandant von Bona, erfahren, daß die geſtohlenen Sachen zu dem Oulet von Attia, einem fünf Stunden von dieſem Platze gelegenen Stamme, gebracht worden, der ſelbſt an einem gegen uns früher begangenen Raube von 80 Ochſen Theil genommen hatte, ſo entſchloß er ſich, dieſe Feinde zu züchtigen, und die Araber durch einen großen Aufwand von Kraft zu ſchrecken, während er zugleich den unterworfenen Stämmen Schutz und Beiſtand gewährte. Er ließ daher am 21. April um Mitternacht von dem Platze Bona eine Avantgarde von 250 Pferden und einigen Fußgängern unter dem Befehle des Oberſten Perregaux, der die Verrichtung als Maréchal de Camp ausübte, ausrücken und folgte dieſen ſelbſt in einer Entfernung von einer halben Stunde mit ungefähr 800 Mann Infanterie oder Sappeurs des Geniewesens und einer Batterie Artillerie. Man marſchirte in Ordnung und in der größten Stille. Bei Tagesanbruch fand ſich der Stamm Oulet von Attia abgeſchnitten; bei dem erſten Flintenſchuſſe aber eilte der Stamm Beniacub, einer der feindſeligſten gegen uns, mit Allem herbei, was er an Kavallerie und Infanterie verſammeln konnte. Es entſpann ſich ſogleich ein lebhaftes Flintenfeuer, während deſſen der Oberſt Perregaux ſich beeilte, die von ihm genommenen Heerden zurückbringen zu laſſen. Die Feinde warfen ſich mit Wuth auf uns; aber zwei glänzende Chargen der Kavallerie brachten ſie in völlige Unordnung; 31 Todte blieben auf dem Schlachtfelde und 6 Araber wurden gefangen. Jetzt ward der Rückzug in größter Ordnung begonnen; in einiger Entfernung von da ließ der Obercommandant einen einſtündigen Halt machen, um die Truppen ſich erholen zu laſſen, und man kehrte dann in den Platz zurück, ohne von dem Feinde beunruhigt worden zu ſeyn. General Uzer erſetzte zuerſt wieder unſerem Park die 80 Ochſen, die man uns geraubt hatte, und vertheilte an die uns befreundeten Stämme, die von den Räubereien gelitten hatten: 53 Ochſen an die Kareſſas; 50 Kühe, eben ſo viele Kälber und 100 Schafe an die Beniurgins; 20 Ochſen an einen befreundeten Stamm, der ebenfalls Oulet von Attia hieß, und lieferte dann großmüthig wieder die übrige Heerde dem ſtrafbaren Stamme Oulet von Attia aus, der ſeiner Seits uns die geſtohlenen Pferde und andere Sachen zurückgab. Dieſe ſtrenge Lection und dieſer Langmuth brachten die größte Wirkung in dem Lande und ſelbſt ein unverhofftes Reſultat hervor: Einwohner von Bona waren auf der Rückkehr von Conſtantine von dem zahlreichen Stamme El Canal vieler Waaren von großem Werthe beraubt worden; dieſe wurden nun nach Bona zurückgebracht und ihren Eigenthümern zurückgegeben. Dieß war das Reſultat der mit Gerechtigkeit gepaarten Strenge. Bei dieſer Expedition iſt Alles zu loben, die Weisheit der Maaßregeln, die Schnelligkeit der Vollziehung, der Muth und die Thätigkeit der Truppen und hauptſächlich die nach dem Erfolge entwickelte Milde.“

Am 20. Mai 5 Percents Fin Courant geſchloſſen zu 103 Fr. 35. 3 Percents Fin Courant geſchloſſen zu 78 Fr. 75. — Am 21. Mai um 1¼ Uhr Nachmittags 5 Percents 103 Fr. 30. 3 Percents 78 Fr. 90.

Königreich Sardinien.

Die Gazzetta di Milano vom 15. Mai meldet nach der Gazzetta Piemonteſe Folgendes: „Am 7. Mai fand in Mentone im Fürſtenthume Monaco (in der zu Sardinien gehörenden Grafſchaft Nizza) ein Volksaufſtand Statt. Bei der Ankunft eines Fremden aus Frankreich ſammelten ſich ungefähr 50, größtentheils aus Laſtträgern und Fiſchern beſtehende Perſonen um ihn herum, und riefen, von ihm aufgefordert, zu verſchiedenen Malen: Es lebe die Republik! Von dieſem Geſchrei wollten dieſe Empörer zu Thätlichkeiten übergehen und beabſichtigten, die Stadt zu plündern. Der Militärcommandant derſelben ſah, daß ungeachtet der getroffenen Verfügungen es ſchwer war, den Tumult zu beſchwichtigen, rief die königlichen Carabiniers von Garavano herbei, und drei von denſelben, im Vereine mit zwei andern aus dem Fürſtenthume, eilten nach Mentone, wo ſie noch zeitig hinkamen, um die Aufwiegler zu zerſtreuen, die ſchon begonnen hatten, den Laden eines Kaufmannes, Conqui, zu plündern. Zwei Gebrüder Valetta, wovon einer verwundet und nachher ſtarb, wurden verhaftet.

Digitized by Google

Gegen Mitternacht langten hundert Mann aus Monaco an, um die Ruhe, die bereits gänzlich wieder hergeſtellt war, zu ſichern. Bei dieſer Gelegenheit benahm ſich die aus 4000 Einwohnern beſtehende Bevölkerung von Mentone ſehr gut, und nahm nicht nur keinen Theil an dieſem Aufruhr, ſondern ſah mit Verachtung auf die Urheber, welche dem niedrigſten Pöbel angehörten. Am Morgen kam der Gouverneur von Nizza nach Mentone, um die genaueſte Unterſuchung vorzunehmen, kehrte jedoch, da er Alles in gehöriger Ordnung fand, denſelben Tag nach ſeiner Reſidenz zurück."

Niederlande.

Das Amſterdamer Handelsblad vom 20. Mai ſagt: „Die am 15. d. M. nach London dem Hrn. Dedel überſandten näheren Inſtructionen ſind ſehr verſöhnlicher Art. Hätte der Gang der Diplomatie nicht ſeit langer Zeit alle Erwartungen getäuſcht, ſo würden wir ſicher ſagen können, daß von nun an ſich nichts mehr dem Abſchluſſe von Präliminarien in den Weg ſtellt; wodurch denn unmittelbar darauf das Embargo und die Blockade aufgehoben und unſern Gefangenen die Rückkehr geſtattet würde. Schon vorige Woche haben wir darauf angeſpielt, daß uns von mehreren Seiten Berichte zukämen, welche unſere Hoffnungen in dieſer Hinſicht verſtärkten; jetzt aber finden wir uns der Art unterrichtet, daß wir keinen Anſtand nehmen, unſere Erwartungen mitzutheilen. Möge deren Erfüllung nicht zurückbleiben!"

Teutſchland.

Nach der am 20. Mai Statt gehabten Eröffnung der Stände des Großherzogthums Baden war bei Hofe große Tafel, zu welcher ſämmtliche Mitglieder beider Kammern, ſo wie das diplomatiſche Corps und die Miniſter gezogen wurden. Am 21. hielten beide Kammern ihre erſte Sitzung. Zu Secretären wählte die erſte Kammer Profeſſor Zell und Freiherrn von Göler; zu Entwerfung der Antwortsadreſſe den Fürſten von Fürſtenberg, die geheimen Räthe von Falkenſtein und von Rüdt, den Prälaten Hüffel und den geheimen Hofrath Rau. Die zweite Kammer beſchäftigte ſich mit Legitimation der Wahlen. Es ward ein Miniſterialerlaß verleſen, wornach wegen eines von dem polniſchen Oberſten Antonini an den Hofgerichtsaſſeſſor Sander gerichteten Schreibens die gerichtliche Unterſuchung gegen letzteren angeordnet ſei, und derſelbe bis nach beendigter Sache keinen Antheil an den Kammerverhandlungen nehmen könne; ferner eine Eingabe von Hrn. Sander ſelbſt. Die Prüfungscommiſſion trug darauf an, die Berathung der Frage, ob die gegen Sander verfügte Unterſuchung denſelben vorerſt von der Kammer ausſchließen könne, an die definitiven Abtheilungen zu verweiſen, und auf jeden Fall dem Aſſeſſor Sander erſt einen Urlaub von 14 Tagen von Seite der Kammer zu bewilligen, in der Erwartung, daß die Unterſuchungsſache in dieſer Zeit ihre Erledigung finden werde. Nach längerer Debatte, an welcher Staatsrath Winter Theil nahm, beſchloß die Kammer, die Unterſuchung der ganzen Frage an die definitiven Abtheilungen zu verweiſen. — Am 22. Mai wählte die zweite Kammer die drei Candidaten zur Präſidentenſtelle; die Wahl fiel auf Hofrath von Rotteck mit 33 Stimmen, Geheimrath Mittermaier mit 33, Oberhofgerichtsrath Föhrenbach mit 31 Stimmen. Sämmtliche Gewählte lehnten die Wahl ab, die Kammer beharrte aber bei ihrem Beſchluſſe.

Eine in Baiern bekannt gemachte königliche Entſchließung vom 6. Mai, die Aufſicht auf die Hochſchulen betreffend, iſt folgenden Inhaltes: „Die Theilnahme einer nicht unbedeutenden Zahl baieriſcher Studenten an den Frankfurter Unruhen hat zu näheren Ermittlungen und durch dieſelben zu der unzweifelhaften Wahrnehmung geführt, daß geheime Agenten der Umwälzungspartei thätiger als je auf die ſtudierende Jugend Unſeres Landes einwirken; daß Einzelne derſelben ſich ſogar Aufnahmsmatrikeln zu verſchaffen wußten, und daß es ihren Bemühungen noch immer gelingt, geheime Verbindungen unter den Studierenden zu unterhalten, und durch Verführungskünſte aller Art die Zukunft der Söhne, wie die Hoffnungen und Opfer der Aeltern zu zerſtören. Wir haben bereits durch Unſere Verfügung vom 15. April d. J. für die Immatriculation des gegenwärtigen Sommerſemeſters einige vorübergehende Maaßregeln angeordnet, und beſchließen nunmehr, unter Aufhebung jener tranſitoriſchen Anordnungen, was folgt: 1) Die Theilnahme an irgend einer von Uns nicht ausdrücklich genehmigten Studentengeſellſchaft zieht nach Maaßgabe Unſerer Verfügung vom 10. April v. J. den Ausſchluß von jedem Studium auf inländiſchen Hochſchulen, ſomit auch von der Endprüfung und von den Vorbedingungen zur Anſtellung in dem Staatsdienſte nach ſich. 2) Die zur Immatriculation auf unſern Hochſchulen ſich meldenden Ausländer müſſen durch vollkommen legale und glaubhafte Zeugniſſe ſich über einen ganz untadelhaften ſittlichen Wandel und darüber ausweiſen, daß ſie nie auch nur dem Verdachte unterlagen, Mitglieder der Burſchenſchaft, der Germania, der Arminia, der Teutonia, der Markomania, der Amicitia oder ſonſtiger entweder a) unerlaubter, oder b) mit politiſchen Zwecken ſich beſchäftigender Geſellſchaften geweſen zu ſeyn. 3) Bei jeder Univerſität beſteht für die Immatriculation eine eigene Commiſſion, zuſammengeſetzt aus dem Miniſterialcommiſſär, dem Rector und dem Vorſtande der Univerſitätspolizei. Dieſe Commiſſion verſammelt ſich ſofort für das Winterſemeſter vom 19. bis zum 26. October und für das Sommerſemeſter von dem Montage nach Oſtern bis zum folgenden Sonntage an beſtimmten, öffentlich bekannt zu machenden Stunden. Jeder an dem Univerſitätsorte neu ankommende, noch nicht immatriculirte Studierende iſt gehalten, 24 Stunden nach ſeiner Ankunft ſich vor dieſer Commiſſion unter Vorlage der erforderlichen Zeugniſſe und Papiere zur Immatriculation zu melden; eben ſo iſt jeder aus Fe-

rien zurückkommende oder während der Ferien im Orte gebliebene ſchon immatriculirte Student gehalten, ſich binnen gleicher Friſt vor der erwähnten Commiſſion unter Vorlage legaler Zeugniſſe über ſeine Aufenthaltsorte während der Ferien, und über ſeinen daſelbſt gepflogenen politiſchen, polizeilichen und ſittlichen Wandel, zur Eintragung in die Matrikel zu ſtellen. 4) Das Nichterſcheinen in der obenerwähnten achttägigen Friſt zieht den Verluſt der Matrikel und ſomit des Univerſitätsaufenthaltes für das betreffende Semeſter nach ſich. Ausnahmen ſind für den Fall legal nachgewieſener Krankheit oder ſonſtiger hindernder außerordentlicher Zufälle in das Ermeſſen der Immatriculationscommiſſion gelegt. Ueber die Immatriculation der erſteren wird an demſelben Tage entſchieden, und der anweſende Polizeibeamte ſorgt für alsbaldige Entfernung der nicht Admittirten aus dem Univerſitätsorte. Eben ſo wird die Eintragung der Matrikel in dem Falle nicht beſtehender Anſtände alsbald vorgekehrt. 5) Das Inſtitut des Univerſitäts-Polizeidirectorats, wie ſolches durch die Verordnung vom 15. September 1818 begründet iſt, wird auch bei der Univerſität München in der Art eingeführt, daß bei den beſonderen, durch die Verordnung vom 15. September 1818 begründeten Competenzverhältniſſen der Polizeidirection München, dort der, mit dem Univerſitätsreferate beauftragte Polizeicommiſſär und ein Aſſeſſor Unſerer Regierung an die Stelle der beiden Magiſtratsräthe treten. 6) Dem Univerſitätsſenate bleibt das ſtatutengemäße Recht der Demiſſion und der Relegation, nebſtdem aber iſt dieſes Recht auch dem Miniſterialcommiſſär und dem Rector im gemeinſamen Benehmen für alle jene Fälle übertragen, wo es ſich um Entfernung einzelner Studierenden wegen unſittlichen und unanſtändigen Betragens, oder wegen Theilnahme an nicht genehmigten Geſellſchaften, oder endlich wegen Hinneigung zu ungeeigneten politiſchen Tendenzen handelt. Für ſolche Fälle iſt die Stimme des Senats bloß berathend und bei Anſichtsverſchiedenheiten des Miniſterialcommiſſärs und des Rectors, jene des erſten entſcheidend. Gegen Entſcheidungen der Art ſteht dem Betheiligten wohl die durch die Miniſterialcommiſſäre einzubefördernde nachträgliche Beſchwerde an Unſer Staatsminiſterium des Innern, keineswegs aber eine Berufung mit Suspenſivkraft zu. Eben ſo wenig gibt ſie dem Hinweggewieſenen das Recht, bis zu erfolgter Miniſterialentſcheidung in dem Univerſitätsorte zu verbleiben, vielmehr tritt für denſelben die Hinwegweiſung in die Heimath ein, wohin ihm die höhere Entſchließung ſpäter geſendet wird. 7) Die Matrikelextracte der Studierenden werden in dem Bureau des Vorſtandes der Univerſitätspolizei deponirt, die Aufenthaltskarten bedürfen, neben der Unterſchrift des Polizeibeamten, auch der Contraſignatur des Miniſterialcommiſſärs und des Rectors. 8) Kein Studierender iſt befugt, irgend Jemanden bei ſich über Nacht, ohne vorläufige an die Univerſitätspolizei erſtattete Meldung, zu beherbergen; jedes Zuwiderhandeln zieht unbedingte Relegation nach ſich. München, den 6. Mai 1833. Ludwig."

Die Hanauer Zeitung meldet aus Frankfurt vom 20. Mai: „Man erfuhr geſtern, es ſei der hieſigen Polizeibehörde die Weiſung höheren Ortes ertheilt worden, keine Reiſepäſſe nach Rheinbaiern für den Verlauf der nächſten 14 Tage auszufertigen; auch habe dieſelbe in der That ein dießfälliges Geſuch ablehnend zurückgewieſen. Als Grund dieſer Verfügung wird angegeben, es ſei die Anzeige hier eingegangen, daß eine Wiederholung der Feier des Hambacher Feſtes an dem Jahrestage desſelben im Werke wäre, ſohin jene Verfügung lediglich in der guten Abſicht erlaſſen worden, hieſige Einwohner von der Theilnahme daran, die vielleicht verdrüßliche Folgen nach ſich ziehen konnte, abzuhalten. Auch wird noch erzählt, die königl. baieriſche Regierung habe militäriſche Anordnungen getroffen, die, bezweckten ſie auch gerade nicht, eine Verſammlung an jenem Orte überhaupt zu verhindern, doch dahin gingen, allen anſtößigen und die öffentliche Ruhe und Ordnung gefährdenden Auftritten vorzubeugen, oder ſie an denen zu ahnden, die dazu Anlaß geben möchten. Zu dem Ende ſollte eine beträchtliche Waffenmacht in der Gegend von Neuſtadt zuſammengezogen werden."

Am 22. Mai iſt der Biſchof von Mainz, Hr. Joſeph Burg, mit Tode abgegangen.

Wien, den 29. Mai.

Se. k. k. Majeſtät haben mittelſt einer unterm 25. April d. J. an den geheimen Haus-, Hof- und Staatskanzler Fürſten von Metternich herabgelangten allerhöchſten Entſchließung dem am hieſigen k. k. Hoflager accreditirten königl. preußiſchen Geſandten und bevollmächtigten Miniſter, Freiherrn von Maltzahn, den Orden der eiſernen Krone erſter Claſſe zu verleihen geruht.

Se. k. k. Majeſtät haben dem Hofcommiſſionsrathe und Hofbaurathsdirector, Schemerl Ritter von Leythenbach, in allergnädigſter Anerkennung der Verdienſte, die er ſich in einer ungewöhnlich langen Reihe von Jahren im Staatsdienſte erworben, den Titel eines Hofrathes taxfrei, und eine Perſonalzulage von eintauſend Gulden C. M. zu verleihen geruht.

Am 29. Mai war zu Wien der Mittelpreis der
Staatsſchuldverſchreibungen zu 5 pCt. in CM. $93\frac{15}{16}$;
detto detto zu 4 pCt. in CM. 84;
Darlehen mit Verlooſ. v. J. 1820, für 100 fl. in CM. $190\frac{1}{8}$;
detto detto v. J. 1821, für 100 fl. in CM. $134\frac{5}{8}$;
Wiener Stadtbanco-Obligat. zu $2\frac{1}{2}$ pCt. in CM. $53\frac{1}{8}$;
Kurs auf Augsburg für 100 Gulden Curr., Gulden $98\frac{1}{8}$ Br. Uſo. 2 Monat. — Conv. Münze pCt. ——;
Bankactien pr. Stück $1229\frac{1}{8}$ in C. M.

Von den Notizen über Production, Kunſt, Fabriken und Gewerbe, herausgegeben durch das Ausſtellungsbureau aller Natur-, Kunſt- und Gewerbsproducte des öſterreichiſchen Kaiſerſtaates, iſt die eilfte, zwölfte und dreizehnte Lieferung erſchienen, die im Ausſtellungsbureau, große Schulerſtraße Nr. 824, und in der Carl Gerold'ſchen Buchhandlung am Stephansplatze zu haben ſind. An beiden Orten wird auch Pränumeration auf dieſe Blätter angenommen.

Hauptredacteur: Joſeph Anton Edler von Pilat.

Verleger: Anton Strauß ſel. Witwe in der Dorotheergaſſe Nr. 1108.

Im Comptoir des Oeſterr. Beob. iſt erſchienen: Encyclopädie der Kriegskunſt zu Lande. Philoſophie des ganzen Kriegsweſens. — Elemente des Geiſtes, des Characters, der Wiſſenſchaft, der Handlung zum Kriege, und im Kriege. Strategie. Von Johann von Guerard, k. k. penſionirtem erſten Rittmeiſter. Zweite, vom Verfaſſer berichtigte und vermehrte Auflage. Wien 1833. Großoctav. Zwei Bände, broſchirt mit Umſchlag 4 fl. C. M.

Digitized by Google

Nro. 151

Oeſterreichiſcher Beobachter.

Freitag, den 31. Mai 1833.

Meteorologiſche Beobachtungen vom 29. Mai.	Zeit der Beobachtung	Barometer auf 0° Reaumur reducirt. Pariſer Maß.	Wiener Maß.			Thermometer Reaumur.	Wind.		Witterung.
	8 Uhr Morg.	27.608	28 Z.	2 L.	5 P.	+ 13,0	W.	ſchwach.	heiter.
	3 Uhr Nachm.	27.519	28	3	4	+ 16,5	W.	——	trüb.
	10 Uhr Abnds.	27.505	28	3	2	+ 13,0	WNW.	——	Wolken.

Wien, den 30. Mai.

Durch außerordentliche Gelegenheit haben wir aus London die Nachricht erhalten, daß am 21. Mai die beabſichtigte Präliminarconvention zwiſchen den Höfen von England und Frankreich und Sr. Majeſtät dem König der Niederlande unterzeichnet worden iſt, vermöge welcher die ſämmtlichen Coercitivmaaßregeln aufgehoben worden ſind, ein Waffenſtillſtand zwiſchen Holland und Belgien bis zum Abſchluſſe des Definitivtractates, ſo wie die Freiheit der Schifffahrt auf der Schelde, wie ſie am 1. November 1831 beſtand, feſtgeſetzt, und die alsbaldige Vornahme der ferneren Verhandlungen Behufs eines Definitivtractates, unter Mitwirkung der Höfe von Oeſterreich, Preußen und Rußland, beſtimmt worden iſt. — Man darf ſich ſonach mit vollem Rechte der Hoffnung überlaſſen, daß die holländiſch-belgiſche Angelegenheit in kurzer Friſt zu ihrem vollſtändigen Ende gedeihen wird.

Nachrichten aus Konſtantinopel vom 10. Mai (die durch die gewöhnliche Poſt eingegangen ſind) melden: „Seit dem Abgange der Poſt vom 25. April *) iſt die ägyptiſche Angelegenheit ihrer definitiven Ausgleichung näher gerückt. Durch die Verleihung des Paſchaliks von Syrien an Mehmed Ali war Ibrahim in ſo weit befriedigt worden, daß er den Rückmarſch ſeiner Truppen anordnete, und ſomit öffentlich kund that, daß er die weſentlichen Puncte einer Ausgleichung mit der Pforte als erledigt anſah, doch fuhr er nichtsdeſtoweniger fort, auf die Verleihung des Diſtrictes von Adana an ihn (Ibrahim) zu dringen, und ließ, da ihm deßhalb von Seite der ottomanniſchen Regierung Schwierigkeiten erhoben wurden, ſeine Truppen wieder Halt machen. Da nun Ibrahim dieſes Begehren an die Pforte im bittenden und unterwürfigen Tone ſtellte, und letztere nicht für gerathen hielt, wegen dieſes einzigen Diſtrictes die Früchte der vorhergegangenen, viel wichtigeren Conceſſionen aufs Spiel zu ſetzen, ſo entſchloß ſich, nach vielen von den Pfortenminiſtern gepflogenen Berathungen, der Sultan, den Bitten Ibrahims zu willfahren, und ihn mit dieſem Diſtricte als Muhaßil (Verweſer) gegen einen beſtimmten Pachtzins zu belehnen. Nach dieſem Entſchluſſe des Großherrn, und nachdem bereits Mehmed Ali ſeine Ausſöhnung mit der Pforte in Alexandria öffentlich gefeiert hat, ſteht dem Rückmarſche der ägyptiſchen Truppen aus Kleinaſien nichts mehr im Wege, und man iſt zur Hoffnung berechtigt, die Ruhe in dieſem ſeit langer Zeit durch Stürme aller Art bewegten Reiche wieder hergeſtellt zu ſehen.“

„Am 27. vorigen Monats fand in Chunkiar-Iskeleſſi eine große Revue der ruſſiſchen Truppen Statt, welcher der Sultan in Begleitung des Seraskiers und Ahmed Paſcha's und mehrerer Offiziere aus dem Serail beiwohnte. Das diplomatiſche Corps und der größte Theil der Geſellſchaft von Bujukdere wurden auf einem ruſſiſchen Dampfſchiffe nach Aſien übergeſetzt, um das Schauſpiel dieſer Muſterung zu genießen.“

„Am 30. deſſelben Monats wurde der Kurban-Bairam, wie gewöhnlich, in der Moſchee Sultan Ahmeds gefeiert, wohin ſich der Sultan mit glänzendem Gefolge zur Vollziehung der religiöſen Feierlichkeit verfügte.“

„Am 1. Mai langte der königl. großbritanniſche Botſchafter, Lord Ponſonby, auf der Fregatte Actäon in dieſer Hauptſtadt an, und begab ſich ſogleich nach Therapia. Der Hr. Botſchafter, welcher einige Tage nach ſeiner Ankunft von Seite der ottomanniſchen Miniſter durch den Beſuch des Pfortendolmetſches, und durch Darbringung der üblichen Geſchenke an Blumen, Früchten und Zuckerwerk bewillkommt wurde, hatte bereits geſtern ſeine Antrittsaudienz beim Sultan.“

Am 5. d. M. traf der Generaladjutant Sr. Majeſtät des Kaiſers von Rußland, Graf Orloff, auf einer Corvette in der Bai von Bujukdere ein und wurde von der ganzen ruſſiſchen Flotte, und am darauf folgenden Tage von der engliſchen und der franzöſiſchen Fregatte, welche vor Therapia geankert ſind, mit 17 Kanonenſchüſſen begrüßt. Graf Orloff iſt mit dem Character eines außerordentlichen Botſchafters Sr. kaiſerl. ruſſiſchen Majeſtät an Se. Hoheit abgeſendet worden, um gemeinſchaftlich mit Hrn. von Buteneff, der bei dieſem Anlaſſe die ſchmeichelhafteſten Verſicherungen der Zufriedenheit ſeines Monarchen erhielt, die Leitung der diplomatiſchen Angelegenheiten zu übernehmen. Zugleich hat Graf Orloff den Auftrag, das Obercommando über die geſammte ruſſiſche Hülfsmacht, welche ſich dermalen im Bosporus befindet, zu führen, und iſt deßhalb mit unumſchränkten Vollmachten verſehen worden, um dem Sultan nöthigenfalls allen erforderlichen Beiſtand zu leiſten, im Falle aber der Wiederherſtellung des Friedens und des erfolgten Rückzuges der ägyptiſchen Armee über den Taurus mit allen obbemeldten Streitkräften nach Rußland zurückzukehren. Graf Orloff wurde von Seite des Miniſteriums durch Abſendung des Ameddſchi-Efendi bewillkommt, und hatte am 8. d. M. ſeine Audienz beim Großweſir und geſtern beim Großherrn, von welchem er mit beſonderer Auszeichnung und ausnehmendem Wohlwollen empfangen wurde. Graf Orloff, welcher von Tſchiragan auf einem Dampf-

*) Die mittlerweile durch außerordentliche Gelegenheit aus Konſtantinopel vom 8. Mai eingelaufenen Nachrichten haben wir in unſerem Blatte vom 21. Mai mitgetheilt.

ſchiffe nach Bujukdere zurückkehrte, hielt Muſterung über die daſelbſt vor Anker liegenden ruſſiſchen Kriegsſchiffe, von welcher er mit allen ſeinem Range gebührenden Ehrenbezeigungen begrüßt wurde."

„Die neueſten Nachrichten aus Smyrna melden die Ankunft in jenen Gewäſſern eines Theiles der vom Admiral Hugon befehligten franzöſiſchen Escadre, welche dem Vernehmen nach beſtimmt iſt, Mehmed Ali zur Annahme der Bedingungen der Pforte zu zwingen, falls er ſich denſelben noch nicht gefügt haben ſollte."

„Die Hauptſtadt hat während dieſer drangvollen Zeitumſtände einer ununterbrochenen Ruhe genoſſen. — Die ruſſiſchen Truppen beobachten die muſterhafteſte Disciplin."

Spätere Nachrichten aus Konſtantinopel vom 19. Mai (die durch außerordentliche Gelegenheit hier eingelaufen ſind) melden: „Die aus Kutahia eingehenden Nachrichten ſind ſehr befriedigend. Die Pforte hat am 15. d. M. die erſten Depeſchen von dem dahin abgeſendeten Emin Efendi erhalten, welcher berichtet, daß Ibrahim Paſcha den Ferman, wodurch ihm der Sultan den Diſtriet von Adana in Pacht überläßt, mit dem lebhafteſten Danke aufgenommen und erklärt habe, daß er den Rückmarſch ſeiner Armee ſogleich werde antreten laſſen. Emin Efendi ſoll zu gleicher Zeit drei Schreiben Ibrahim Paſcha's überſchickt haben, wovon eines in den unterwürfigſten und ehrfurchtsvollſten Ausdrücken an den Sultan, das andere an den Großweſir, und das dritte an Fewzi Ahmed Paſcha gerichtet war. — Alles berechtigt daher zu dem Glauben, daß der Friede vollkommen wiederhergeſtellt iſt, und daß binnen Kurzem der Rückmarſch Ibrahim Paſcha's über den Taurus, und der Abzug der Ruſſen, welcher die unmittelbare Folge davon ſeyn wird, den Verwicklungen des Augenblickes, in denen ſich die Pforte befunden hatte, ein Ziel ſetzen werden."

Großbritannien und Irland.

In der St. Jameskirche zu London fand am 15. Mai eine Verſammlung der Kirchenvorſteher dieſes Sprengels Statt, in welcher beſchloſſen ward, die Abſchaffung der Häuſer- und Fenſterſteuer durch alle verfaſſungsmäßige Mittel zu unterſtützen. Unter Andern ſchlug auch Jemand vor, daß jeder Hausbeſitzer ein Papier an ſein Fenſter heften ſolle, mit der Aufſchrift, daß er dieſe Steuern nicht mehr zahlen werde. Dieſem Beſchluß opponirte ſich aber der Vorſitzende.

Hr. Buckingham hat angezeigt, daß er am 18. Juni auf einen Beſchluß antragen werde, wodurch das Matroſenpreſſen für den königlichen Marinedienſt für ungerecht, grauſam und unnöthig und für eine Verletzung der Unterthanenfreiheit, die nicht länger fortdauern dürfe, und am 25. Juni auf einen Beſchluß, wodurch die Peitſchenſtrafe in der Marine und Armee als eine Erniedrigung, die keine Beſſerung in der Disciplin hervorbringe und daher als entwürdigend und unnütz abgeſchafft werden müſſe, erklärt werden ſoll.

Hr. Thomas Attwood iſt von London nach Birmingham abgereiſt, um in der großen Verſammlung der dortigen politiſchen Union, die am 20. Mai Statt finden ſollte, den Vorſitz zu führen. Da an zwanzig andere politiſche Unionen im Norden mit der Birminghamer in Verbindung ſtehen und ſich ſtets nach deren Beiſpiel richten, ſo werden die Beſchlüſſe, welche dieſe Union annehmen wird, von nicht geringer Wichtigkeit ſeyn, und man iſt allgemein darauf geſpannt.

Der Courier enthält folgendes Schreiben aus Falmouth vom 18. Mai: „Das Dampfſchiff African, Lieutenant Harvey, iſt dieſen Morgen von Liſſabon und Oporto hier angelangt; es hat erſtere Stadt am 12., und Oporto am 14. Mai verlaſſen. Dom Pedro machte fortwährend große Vorbereitungen zu einem Angriffe gegen die Migueliſten, von deſſen Erfolg man in Oporto die glänzendſten Erwartungen hegte. Admiral Sartorius wurde unverzüglich in Oporto erwartet; die Mannſchaft von einem ſeiner Schiffe hatte ſich, weil ihr der rückſtändige Sold nicht ausbezahlt worden war, empört. Der Admiral legte an jede Seite des Schiffes, auf dem die Meuterei ausgebrochen war, eine Fregatte, und gab den Meuterern eine Stunde Bedenkzeit, ehe er zu weiteren Maaßregeln gegen ſie ſchreiten würde. Durch dieſes entſchloſſene Benehmen des Admirals wurde der weiteren Verbreitung des Aufruhres Einhalt gethan; vor Ablauf der geſetzten Friſt unterwarfen ſich ungefähr 100 Mann von dem empörten Schiffsvolke unter der Bedingung, daß man ſie nach England zurückſchicke. — Die ſpaniſche Regierung hat ein Decret erlaſſen, wodurch allen in Dom Pedro's Dienſten befindlichen Schiffen Vigo zu verlaſſen befohlen, und zugleich auf das Strengſte unterſagt wird, ſelben fernerhin Lebensmittel verabfolgen zu laſſen."

Conſols am 20. Mai 87⅛, 88.

Frankreich.

Nachſtehendes iſt die Fortſetzung der Rede des Duc de Broglie über die griechiſche Anleihe: „Mit der Wahl, über welche die fremden Mächte zu entſcheiden hatten, ging es ungefähr folgendermaaßen zu. Frankreich ſchlug den Prinzen Carl, jüngern Bruder des Königs von Baiern, und bei deſſen Weigerung den Prinzen Otto vor. England ſchlug den Prinzen von Heſſen-Homburg, Rußland den Prinzen von Sachſen-Coburg vor. Auf keinen dieſer drei Concurrenten vereinigten ſich die Stimmen. Der baieriſche Prinz ward aus dem Grunde ausgeſchloſſen, weil Baiern der natürliche Verbündete Frankreichs ſei. (Bewegung in verſchiedenem Sinne.) Hierauf präſentirte Frankreich einen andern Candidaten; England ſchlug den Prinzen von Sachſen-Coburg vor, der nach einigen Schwierigkeiten angenommen wurde, bekanntlich aber ſpäter ſeine Weigerung einſchickte. Nun ſchlug Frankreich nach einander den Prinzen Wilhelm und den Prinzen Friedrich von Preußen vor, welche ablehnten; England brachte den Prinzen Friedrich der Niederlande in Vorſchlag, der nicht angenommen werden konnte. Nun kam man auf Frankreichs erſte Wahl zurück. Der franzöſiſche Bevollmächtigte ſagte in der Conferenz von London: Baiern iſt eine Macht zweiten Ranges; ſeine Regierung iſt unter allen die bei der Frage am mindeſten betheiligte, und um den Prinzen Otto auf dem Throne zu erhalten, bedürfte es des gleichmäßigen Schutzes jeder der drei Mächte. Dieſer Grund erſchien als entſcheidend zu Gunſten des jungen Prinzen Otto von Baiern. — Die Gegner des Entwurfes wundern ſich, Frankreich in dieſer Garantie auf demſelben Fuße zu ſehen, wie die beiden andern Mächte. Frankreich, ſagen ſie, hat ſchon viel für Griechenland gethan; es hat ſchon über 37 Millionen ausgegeben, alſo weit mehr als England und Rußland; dieß ſollte man uns in Rechnung bringen. Um auf dieſen Einwurf zu antworten, muß ich die auf ungefähr 37 Millionen ſteigende Summe unſerer Ausgaben in Morea zerlegen. Die Ausgaben ſind zweierlei Art: die einen dienten ausſchließlich dem Intereſſe Griechenlands; die andern wurden zwar aus Veranlaſſung der Ereigniſſe in Griechenland gemacht, aber bloß im Intereſſe Frankreichs, denn Frankreich hätte, da ſo Wichtiges dort vorging, ſie jeden-

falls gemacht, ſelbſt wenn es, ſtatt Griechenland zu befreien, hätte neutral bleiben, oder wenn ſie wollen, zu deſſen Unterjochung beitragen wollen. Die bloß im Intereſſe Griechenlands gemachteu Ausgaben ſind die Summen, die 1828, 1829 und 1830 zur Verfügung unſeres Generalconſuls in Alexandria geſtellt wurden, um in Sclaverei gefallene griechiſche Familien zurückzukaufen. Dieſe Summen und andere Unterſtützungen belaufen ſich auf etwa 6 Millionen. Die ruſſiſche Regierung hat den Griechen auch Unterſtützungen gegeben (gegen 4½ Millionen), und überdieß auf 12 Millionen der Kriegscontributionen verzichtet, um die Annahme des Protocolles vom 22. März zu erleichtern. Die engliſche Regierung gab keine Unterſtützungen, aber ſie erläuterte warum: weil nämlich engliſche Privatleute nahe an vierzig Millionen für die Griechen ſubſcribirt hatten, und nicht von den Geldern der Anleihe heimbezahlt werden. Der zweite Theil der Ausgaben, diejenigen begreifend, welche im Intereſſe Frankreichs und nicht Griechenlands gemacht wurden, beläuft ſich auf 17 Millionen. Dieß ſind die Koſten, welche die Erhaltung unſerer Geſchwader im Mittelmeere verurſachte. (Hr. von Broglie ging nun umſtändlich die zehnjährigen Unterhandlungen der Mächte in Betreff Griechenlands durch, wobei er am Schluſſe ſagte: „Frankreich hat nothiq, daß Griechenland ſtark genug werde, um bald ſeine Beſchützer entbehren zu können.“ Dann ſchilderte er den freudigen Empfang und den Gehorſam, den König Otto in Griechenland gefunden, und fragte, ob jetzt, nach zehnjährigen Anſtrengungen, Frankreich Griechenland verlaſſen wolle? Hierauf fuhr er fort:) Ganz Europa kam in Bewegung, als es 1822 und 1826 ſchien, Rußland würde, in Folge ſeiner feindlichen Stellung zur Pforte, der einzige Schiedsrichter über die Schickſale Griechenlands werden. Und doch hatte damals das ottomanniſche Reich noch keine bemerkbare Schwächung erlitten; es ſchien ſelbſt auf dem Wege der Wiedergeburt, und die Truppen Aegyptens, die es jetzt niederzudrücken drohen, ſtanden damals zu ſeiner Verfügung. Und nun, da die ganze Gebrechlichkeit dieſes Koloſſes klar geworden iſt; jetzt, wo er ſich, vom Norden und vom Süden gedrängt, abkämpft; jetzt, wo der Vertrag von Adrianopel ihm über die Hälfte ſeiner europäiſchen Provinzen kaum einen Schatten von Suzerainetät läßt; jetzt, wo durch einen Zuſammenfluß von Umſtänden, die ich in dieſem Augenblicke nicht erörtern will, die wir aber eines Tages würdigen werden, ein ruſſiſches Geſchwader Anker warf am äußerſten Ende des Bosporus, und ein ruſſiſches Armeecorps im Angeſichte der Minarets von Konſtantinopel ſein Lager ſchlug — jetzt ladet man uns ein, auf jeden Einfluß in Griechenland zu verzichten! Und wer ſind die, die zu einem ſo verzweifelten Entſchluſſe rathen? Es ſind dieſelben, die laut verkünden, die letzte Stunde des ottomanniſchen Reiches habe geſchlagen, und für immer wehe die Fahne Rußlands auf der Sophienmoſchee, die Occupation Konſtantinopels ſei definitiv. Ich glaube es nicht, meine Herren. Ich meiner Seits glaube und hoffe, daß der letzte Tag des ottomanniſchen Reiches noch nicht ſo nahe iſt, und daß es noch länger leben wird, als die gelehrten Politiker, die ſchon ſeine Kleider theilen oder ſeine Todtenklage ſingen. Ich habe Vertrauen auf die Bemühungen, die Frankreich mit Eifer, Thätigkeit, Geduld, Entſchiedenheit verfolgt; ich vertraue auf die im Angeſichte Europa's eingegangenen Verpflichtungen, und auf die Verſicherungen, die wir jeden Tag erhalten. Aber hätte ich dieſelbe Meinung wie unſre Gegner, ſo wüßte ich nicht, wie ich den Act nennen ſollte, den man uns anräth. Und der Vorwand; der iſt wo möglich noch unbegreiflicher. Man beſorgt, von den 60 Millionen der Anleihe möchte die Pforte die 12 Millionen, die ſie als Gebietsentſchädigung erhält, an Rußland zur Abtragung der Kriegscontribution geben. Beruhigen Sie ſich; der Großherr iſt kein Schuldner, der ſo zu zahlen eilt, und er hat es mit keinem ſehr dringenden Gläubiger zu thun. Das St. Petersburger Cabinet hat als Pfand ſeiner Forderung alle Donauprovinzen, die es bis zur vollkommenen Heimzahlung occupiren darf; es wird nicht ſehr drängen; die Hypothek iſt ihm lieber als das Capital. Ueberdieß befindet es ſich in keiner ſolchen Geldverlegenheit, daß es nicht ſehr gern auch unſern Theil an der griechiſchen Anleihegarantie übernähme, ja ſelbſt den von England, wenn England und Frankreich thoricht genug wären, dieß zu geſtatten.“ (Schluß folgt.)

Die Deputirtenkammer ſetzte am 20. Mai die Discuſſion über die griechiſche Anleihe fort. Hr. von Bignon ſprach gegen die Garantie und ſuchte zu zeigen, daß die ganze Politik des Miniſteriums bloß auf gewagten Hoffnungen beruhe, auf der Hoffnung des glücklichen Gedeihens des jetzigen Konigreichs Griechenlands, auf der Hoffnung glücklicher Unterhandlungen im Oriente, auf der Hoffnung, daß, wenn es dort zu einer Auflöſung komme, Frankreich auch ſeinen Theil erhalte. Frankreich, meinte er, möge Griechenland nach ſeinem Gutdünken und Intereſſe Hülfe leiſten, aber nicht ruſſiſchem Ehrgeize oder brittiſcher Engherzigkeit franzöſiſche Subſidien bezahlen, und ſich auf Jahre hinaus zu einer Politik verpflichten, die, der Gewalt der Dinge nach, mehr Rußland als Frankreich zu gute kommen werde. — Hr. Mauguin ſuchte in gleichem Sinne darzuthun, daß es thoricht wäre, zu hoffen, in Griechenland mit einer Million Seelen eine ſelbſtſtändige Schranke zu vilden, welche den Koſaken widerſtehen könnte; Griechenland werde ſtets im Norden von Macedonien aus und im Süden von den griechiſchen Inſeln aus, deherrſcht werden können. — Die Miniſter der Marine und des öffentlichen Unterrichtes (von Rigny und Guizot) antworteten, indem ſie Hrn. von Broglie's Gründe weiter entwickelten. Nachdem noch Hr. Eſchaſſeriaux gegen die Garantie geſprochen hatte, ward die Discuſſion noch einmal auf den folgenden Tag (21.) verſchoben. — An dieſem Tage wurde die Garantie der griechiſchen Anleihe von der Deputirtenkammer mit 176 gegen 140 (alſo mit einer Mehrheit von 36) Stimmen genehmigt. — Hr. Boiſſy d'Anglas ſchlug als Zuſatzartikel vor: „Dieſe Garantie ſoll jedoch nur inſofern Statt finden können, als die Regierung von Griechenland ſich zuvor gegen Frankreich als Schuldner für den Betrag der den früheren Regierungen ſowohl in baarem Gelde als in Naturalien bezahlten Summen erkannt haben wird. Eine gemiſchte Commiſſion ſoll unentgeltlich die Quantität dieſer Vorſchüſſe beſtimmen.“ — Dieſer Artikel wurde verworfen. — Hr. Auguis machte hierauf den Vorſchlag zu folgendem Zuſatze: „Dieſe Garantie ſoll jedoch nur inſofern gegeben werden können, als die Anleihe von der griechiſchen Nation nach den Formen der conſtitutionnellen und repräſentativen Regierung autoriſirt worden ſeyn wird.“ — Da ſich ſehr viele Mitglieder aus der Kammer entfernt hatten, konnte über dieſen Zuſatz nicht mehr gültig abgeſtimmt werden, und die Debatte wurde auf den folgenden Tag ajournirt.

Hr. Calomarde iſt am 17. Mai zu Orleans angekommen, wo er künftig wohnen ſoll.

Der Redacteur des Lyoner Journals Glaneuſe, das am 17. Mai vor den Aſſiſſen der Rhone wegen dreier in Einer Sache vereinigten Prozeſſe erſchien, ward zu

Digitized by Google

funfzehnmonatlicher Haft und 4000 Fr. Geldbuße verurtheilt.

Am 21. Mai 5Percents Fin Courant geſchloſſen zu 103 Fr. 35. 3Percents Fin Courant geſchloſſen zu 78 Fr. 80. — Am 22. Mai um 1¼ Uhr Nachmittags 5Percents 103 Fr. 20. 3Percents 78 Fr. 85.

Belgien.

Das neuerlich in Gent und Antwerpen befolgte Syſtem, wornach das Militär das Richteramt über die Preßvergehen ausübt, und ſeine Urtheilsſprüche ſofort mit Stock oder Degen vollzieht, iſt auch jetzt in Brüſſel in Anwendung gebracht worden. Mehrere Offiziere haben am 19. Mai in den Bureaus der orangiſtiſchen und liberalen Blätter Beſuche abgeſtattet, und den Redacteuren theils gedroht, theils dieſelben wirklich auf das Gröblichſte mißhandelt. Zwiſchen dem Redacteur der Papillote, Hrn. von Bethune, und einem Capitän der Guiden, Hrn. Lahure, iſt es in Folge dieſer Auftritte zu einem Duell gekommen, in welchem letzterer verwundet wurde.

Der Meſſager de Gand hat ſich an den General Magnan, Commandanten der Stadt, gewandt, um ſich über das Betragen der Offiziere zu beſchweren, und von demſelben folgende Antwort erhalten: „Herr Redacteur! Ich habe Ihr Schreiben vom 13. d. M. erhalten, in welchem Sie meinen Schutz für ſich und für die Redactoren des Meſſager de Gand in Anſpruch nehmen. Wenn ich mich nicht einer Schwäche oder eines Verrathes ſchuldig machen will, kann ich Ihnen denſelben nicht gewähren. Ihre Redactoren und Sie haben ſich über die Geſetze geſtellt (mis au-dessus des lois) durch ihre beſtändigen Aufforderungen zur Revolte und zum Ungehorſam gegen die in Belgien beſtehende Regierung, und die Geſetze können nichts für den thun, der ihnen trotzt. Durch ihre Beleidigungen gegen den König, das Oberhaupt der Armee, haben Sie die Armee in ihrer Ehre und in ihren Gefühlen verletzt; die Armee hat Ihnen dieß zu wiſſen gethan. Durch Ihre beſtändigen Schmähungen haben Sie den Unwillen der rechtlichen Leute erregt. Durch Ihre Angriffe gegen die Behörde haben Sie dieſe Behörde in die Unmöglichkeit verſetzt, Sie gegen die Empfindungen der Rache zu beſchützen, welche Sie ſelbſt erregt haben. Was mich betrifft, der ich zwiſchen den Holländern und Ihnen ſtehe, die Sie die Pläne derſelben begünſtigen, ſo kann ich Sie nur als Feinde des Landes und des Königs, dem ich diene, betrachten. Die Stellung, in der Sie und Ihre Redactoren ſich jetzt befinden, iſt nur eine Folge derjenigen, welche Sie einzunehmen für gut befunden haben; ich kann und darf darin nichts ändern. Gent, 16. Mai 1833. Der Brigadegeneral, Commandeur der 6ten Diviſion. (Gez.) Magnan."

Der Meſſager de Gand erklärt, daß ihm nach Empfang dieſes Schreibens, deſſen Würdigung er allen denen überlaſſe, die der Preßfreiheit halber Revolutionen unternähmen, nichts Anderes übrig bleibe, als vorläufig, und bis die Geſetze wieder Kraft erhalten hätten, ſtrenges Stillſchweigen zu beobachten.

In Antwerpen haben die Gewaltthätigkeiten von Seiten der Offiziere plötzlich aufgehört, was man beſonders dem Umſtande zuſchreibt, daß eine bedeutende Anzahl von Civiliſten aus den verſchiedenen politiſchen Oppoſitionen ſich ſchriftlich verbindlich gemacht haben, den Offizieren auf alle Weiſe, und ſo lange es dieſen gefallen ſollte, Rede zu ſtehen.

Teutſchland.

In der Sitzung der Kammer der würtembergiſchen Abgeordneten vom 25. Mai übergab der Abgeordnete der Stadt Stuttgart, Profeſſor Dr. Uhland, die Urkunde ſeiner Entlaſſung aus dem Staatsdienſt und wurde, da ſonſt kein Hinderniß gegen ſeinen Eintritt vorlag, ſogleich eingeführt. Die Berathung der Adreſſe auf die Thronrede fand hierauf in geheimer Sitzung Statt, die bis gegen 1 Uhr dauerte.

Der Speierer Zeitung zufolge, ſind von den nach Germersheim gekommenen Truppen am 22. Mai vier Compagnien nach Neuſtadt und zwei nach Dürkheim marſchirt.

Die Donau- und Neckarzeitung zeigt an, daß ſie — wegen Beſchränkung durch die Cenſur, namentlich in ihren Teutſchland und Würtemberg betreffenden Artikeln — mit dem Ende Mai's, „bis auf beſſere Zeiten," zu erſcheinen aufhören werde! Den Betrag des Abonnements für den Monat Juni vergütet ſie ihren Abnehmern.

Wien, den 30. Mai.

Se. k. k. apoſtol. Majeſtät haben vermöge eines an den königl. ungariſchen Hofkanzler, Grafen Reviczky, unterm 26. Mai d. J. erlaſſenen allerhöchſten Cabinetsſchreibens ſich bewogen gefunden, dem Hofrath der königl. ungariſchen Hofkanzlei und Reſerendär, Georg von Bartal, in allergnädigſter Würdigung ſeiner ausgezeichneten Verdienſte, das Ritterkreuz des königl. ungariſchen St. Stephansordens mit Nachſicht der Taxen zu verleihen, und ihm überdieß, als ein weiteres Merkmahl der allerhöchſten Gnade, eine Perſonalzulage jährlicher 1000 fl. zu ſeinem dermaligen Gehalte zu bewilligen.

Das Amtsblatt zur Oeſterr. kaiſerl. privil. Wiener Zeitung vom heutigen Tage enthält ein Circular der k. k. Landesregierung im Erzherzogthum Oeſterreich unter der Enns, die Eingehung des Inſtituts der Hofagenten, und die Creirung von berechtigten öffentlichen Agenten, dann die zur Erlangung ſolcher Stellen erforderlichen Eigenſchaften betreffend.

Am 1. Juni d. J. um 10 Uhr Vormittags wird in Folge des allerhöchſten Patentes vom 21. März 1818, die ſechsundachtzigſte Verlooſung der ältern verzinslichen Staatsſchuld in dem hierzu beſtimmten Locale, in der Singerſtraße im Franciscaner Kloſtergebäude, vorgenommen werden.

Se. k. k. apoſtol. Majeſtät haben mit allerhöchſter Entſchließung vom 12. d. M. dem im In- und Auslande rühmlichſt bekannten Clavierkünſtler Sigismund Thalberg den Titel eines k. k. Kammervirtuoſen allergnädigſt zu verleihen geruht.

Am 30. Mai war zu Wien der Mittelpreis der

Staatsſchuldverſchreibungen	zu 5pCt. in C.M.	$94\frac{7}{16}$;
detto detto	zu 4pCt. in C.M.	$84\frac{1}{8}$;
Darleh. mit Verlooſ. v. J. 1820,	für 100 fl. in C.M.	——;
detto detto v. J. 1821,	für 100 fl. in C.M.	$135\frac{3}{16}$;
Wiener-Stadtbanco-Obligat.	zu $2\frac{1}{2}$ pCt. in C.M.	$53\frac{3}{8}$;
Conv. Münze pCt.		——;

Bankactien pr. Stück $1237\frac{1}{2}$ in C.M.

Hauptredacteur: Joſeph Anton Edler von Pilat.

Verleger: Anton Strauß ſel. Witwe in der Dorotheergaſſe Nr. 1108.

Nro. 152

Oeſterreichiſcher Beobachter.

Sonnabend, den 1. Juni 1833.

Meteorologiſche Beobachtungen vom 30. Mai.	Zeit der Beobachtung.	Barometer auf 0° Reaumur reducirt.		Thermometer Reaumur.	Wind.		Witterung
		Pariſer Maß.	Wiener Maß				
	8 Uhr Morg.	27.612	28 Z. 4 L. 6 p.	+ 11.0	NW.	ſchwach.	Wolken.
	3 Uhr Nachm.	27.643	28 4 11	+ 14.8	NW.	——	trüb.
	10 Uhr Abnds.	27.709	28 5 8	+ 9.9	NW.	——	heiter.

Großbritannien und Irland.

Die engliſchen Zeitungen enthalten die erſte Abtheilung der dem Parlamente vorgelegten officiellen Correſpondenz, welche zwiſchen Lord Aberdeen (damaligen Staatsſecretär der auswärtigen Angelegenheiten) und Lord Stuart de Rotheſay (damaligen engliſchen Botſchafter am franzöſiſchen Hofe) über die franzöſiſche Expedition nach Algier im Laufe des März, April und Mai Statt gefunden hat. Nachſtehendes iſt eine kurze Inhaltsanzeige dieſer Actenſtücke: Nr. 1. Schreiben des Grafen Aberdeen an Lord Stuart de Rotheſay vom 5. März 1830, worin erſterer die Rüſtungen Frankreichs zu groß findet, als daß es auf eine bloße Züchtigung des Dey's abgeſehen ſeyn könne, vielmehr ſcheine die Vernichtung der Regentſchaft der Zweck, und dieß Gebiet ſei allzu wichtig, als daß man nicht Aufklärungen über die Abſichten der franzöſiſchen Regierung verlangen ſollte, womit denn Lord Stuart beauftragt wird. Nr. 2 iſt eine Depeſche des Fürſten Polignac an den Herzog von Laval, Geſandten in London, vom 12. März, worin derſelbe erklärt, daß bei den wiederholten Beleidigungen und Vertragsbrüchen des Dey's kein Friede mehr mit ihm zu ſchließen ſei. Der Zweck der Unternehmung ſei Zerſtorung der Seeräuberei, Abſchaffung der Chriſtenſclaverei und des Tributes chriſtlicher Mächte an die Regentſchaft. Sollte in Folge des Kampfes die jetzige Regierung von Algier aufgelöst werden, ſo wolle die franzöſiſche Regierung ſich mit ihren Alliirten über dieſen Gegenſtand berathen. Nr. 3 iſt ein Schreiben Lord Aberdeens an Lord Stuart vom 23. Mai, worin er ſich über die im vorigen Schreiben enthaltene Erklärung, daß ſich die franzöſiſche Regierung wegen des Gebietes mit ihren Alliirten berathen werde, gar nicht zufrieden bezeigt, und nähere Aufklärung wünſcht. Nr. 4 iſt ein Schreiben Lord Stuarts an den Grafen Aberdeen vom 26. März, dem zufolge Fürſt von Polignac erklärte, daß Frankreich keine Gebietserwerbung beabſichtige, und die Verhältniſſe der Barbareskenſtaaten zur Pforte achten werde. Nr. 5 iſt ein Schreiben desſelben an denſelben vom 9. April, daß Fürſt Polignac ſich bereit erklärt habe, eine ſeinen früheren Verſicherungen gemäße Convention zu unterzeichnen. Nr. 6 iſt ein Schreiben Lord Aberdeens an Lord Stuart vom 20. April, worin er ſich ziemlich weitläufig darüber ausläßt, daß die engliſche Regierung kein ungebührliches Mißtrauen zeige, und nur verlange, was ſie unter ähnlichen Umſtänden gleichfalls gewähren würde. In Nr. 8 drückt Lord Stuart unterm 30. April dem Grafen Aberdeen ſein Erſtaunen aus, daß die näheren Erläuterungen noch nicht an den Herzog von Laval abgeſendet worden ſeien, und bemerkt, er habe die einfache Erklärung, daß keine Territorialerwerbung beabſichtigt ſei, nicht erhalten können. In Nr. 9 ſagt Graf Aberdeen dem Lord Stuart unterm 4. Mai, daß die Zögerungen und Ausflüchte der franzöſiſchen Regierung, welche keine beſtimmte Erklärung ertheilen wolle, gerechten Verdacht erweckten, und die Sache fange an, einen unheildrohenden Anſchein zu erhalten (to wear a sinister appearance). Lord Stuart wird beauftragt, ſchleunige Erklärung zu verlangen.

Am 15. Mai Abends gaben die arbeitenden Claſſen der Hauptſtadt Hrn. O'Connell ein Diner und überreichten ihm bei dieſer Gelegenheit einiges Silbergeſchirr, als Beweis ihrer Dankbarkeit für den Eifer, womit er ſich ihrer Sache annehme. Das Geſchenk beſtand in einem ſehr zierlichen Candelaber und einem von drei weiblichen Figuren, England, Irland und Schottland vorſtellend, getragenen und mit den Emblemen der drei Länder geſchmückten Blumenkorb. Die Baſis des Candelabers iſt dreiſeitig und auf der einen Seite mit dem Wappen O'Connells, auf der zweiten mit der Inſchrift: „Gewidmet Hrn. Daniel O'Connell von den in London anſäſſigen, aus Großbritannien und Irland und vom europäiſchen und amerikaniſchen Continent gebürtigen arbeitenden Claſſen, als ein Zeugniß ihrer Achtung und Bewunderung für ſeine glänzenden und erfolgreichen Anſtrengungen in der Sache der bürgerlichen und religiöſen Freiheit. London, 15. Mai 1833," und auf der dritten mit einigen auf Irlands Zuſtand und O'Connells Thaten bezüglichen Verſen verziert. Als Hr. O'Connell anlangte, wurde er von der in Eyre-Arms verſammelten Menge mit lautem Beifalle bewillkommt. In ſeiner Begleitung befanden ſich die HH. Maurice O'Connell, F. O'Connor, Lalor, Fitzſimon, Finn und Murphy. An dem Diner nahmen gegen 300 Perſonen Theil. Die Gallerie war mit Damen gefüllt, und die Geſellſchaft ſchien überhaupt ſehr anſtändig zu ſeyn, denn der größte Theil beſtand aus Handelsleuten und Profeſſioniſten der erſten Claſſe. Auf der Gallerie war ein Muſikcorps aufgeſtellt. Nach dem Eſſen erhob ſich Hr. O'Connell, und brachte zuerſt folgenden Toaſt aus: „Die Conſtitution, und daß ſie bald das ſeyn möge, was ſie ſeyn ſollte!" Der zweite war: „Einem Jeden ſeine natürlichen Rechte!" Hierunter verſtehe er, fügte er hinzu, die Aufhebung der in Großbritannien mit Hinſicht auf das Wahlrecht beſtehenden fingirten Unterſchiede; ſeiner Meinung nach, müſſe Jedermann, der directe oder indirecte Steuern zahle oder dem Staate zu Dienſtleiſtungen verpflichtet ſei, eine Stimme bei den Parlamentswahlen haben. Der nächſte Toaſt war: „Irland, wie es ſeyn ſollte!" Bei Ausbringung dieſes Toaſtes, ſagte er, leite ihn kein ſelbſtiſches Motiv; er liebe die Freiheit in jedem Lande und unter jedem Himmelsſtrich; er haſſe den Despotismus auf jedem Boden und in jeder Gegend; wer könne ihn tadeln, wenn ſein Herz höher poche bei

Digitized by Google

dem Rufe ſeines Vaterlandes, wenn all ſein Dichten und Trachten dem Dienſte des geimen Landes, in dem er geboren, gewidmet ſei? Er habe gekämpft, und, Dank dem Himmel, nicht vergebens; Gewiſſensfreiheit ſei endlich begründet; und überall, an den Ufern des Ganges, auf der Inſel des weſtlichen Indiens, wie im eigenen Vaterlande, genöſſen alle Glaubensbekenntniſſe, alle Secten und alle Farben die heilſamen Wirkungen jenes wohlthätigen Princips; aber noch aus einem andern Grunde ſei der irländiſche Kampf von hohem Werthe, und er wünſche, man möge ſich eine Lehre daraus nehmen; es habe derſelbe gelehrt, daß Freiheit durch Gehorſam gegen die Geſetze und nicht durch Trotz wider dieſelben zu erlangen ſei; wenn ſie ſelbſt geſetzwidrig handelten, forderten ſie zu geſetzwidrigem Verfahren gegen ihre Perſonen heraus; niemals ſei durch rohe Gewalt eine wahrhaft gute Veränderung bewirkt worden; nur mit moraliſcher Kraft müßten ſie ihren Entzweck zu erreichen ſuchen, und ſie würden finden, daß dieſe Macht zur Verwirklichung ihrer höchſten Wünſche vollkommen ausreiche. Der Redner ſetzte ſodann die Vortheile auseinander, die, wie er meinte, für England aus einer guten Verwaltung Irlands entſprießen würden. Ferner ſchmähte er auf Hrn. Stanley's Vorſchläge in Bezug auf die Sclaven-Emancipation, weil ſie darauf berechnet ſeien, die Freilaſſung der Neger noch auf zwölf Jahre weiter hinauszuſchieben. „Ich bin ſtolz auf dieſen Augenblick," ſo ſchloß Hr. O'Connell, „ich bedarf keiner Apologie vor Ihnen, weil ich mein eigenes Land am meiſten liebe; denn wie könnte ich die Freiheit in dieſem Lande lieben, wenn ich ſie in meinem eigenen nicht anbetete? Die Gebeine meines Vaters und meiner Mutter, denen ich meine erſten Laute entgegenſtammelte, ruhen daſelbſt. Es iſt das Land derjenigen, die mir mein Leben verſchönerten, der Boden meiner Kinder, und, dem Himmel ſei Dank, meiner Enkel; dieſem Lande ſind meine theuerſten Gefühle geweiht. Ich trinke auf das Wohl Irlands, wie es ſeyn ſollte!" Dann folgte ein Toaſt auf die Preßfreiheit, und Hr. O'Connor brachte als letzten Toaſt aus: „Daniel O'Connell, Irlands Befreier und dem Befeſtiger der allgemeinen Freiheit!" Hr. Hogan überreichte nun das Geſchenk und ſagte, die Beiträge dazu ſeien faſt nur von den arbeitenden Claſſen ausgegangen und beſtänden meiſt aus Pfennigen und halben Pfennigen, dem ſauren Erwerb von ihrer Hände Arbeit; ſie hätten geglaubt, wenn dem Grafen Grey und dem Lord Brougham für die Einbringung der Reformbill Becher dargebracht würden, ſo gebühre noch mehr Preis dem Manne, deſſen Anſtrengungen man dieſe Bill eigentlich verdanke, und deſſen lange und heiße Liebe zur Sache der Freiheit ihn ihrer herzlichſten Anerkennung und Hochachtung würdig machten. Hr. O'Connell dankte in ſehr gewählten Worten und entfernte ſich dann unter allgemeinem Jubel; ein großer Theil der Geſellſchaft blieb aber noch bis in die tiefe Nacht zuſammen.

Conſols am 21. Mai 87⅞, 88.

Frankreich.

Am 22. Mai ſetzte die **Deputirtenkammer** die Discuſſion über die vorgeſchlagenen Zuſatzartikel zu dem Geſetzentwurf in Betreff der **griechiſchen Anleihe** fort, verwarf dieſelben aber ohne Ausnahme. Das (geſtern erwähnte) Amendement des Hrn. **Auguis** wurde verworfen. Hr. **Müntz** wollte, Baiern ſolle gegen Frankreich Rückbürge ſeyn; der Vorſchlag fand keine Unterſtützung und wurde daher gar nicht zur Abſtimmung gebracht. Ein Mitglied fragte die Miniſter, ob es wahr ſei, daß die ruſſiſche Flotte den franzöſiſchen Schiffen den Eintritt in die Dardanellen verwehrt habe; dieſe Worte erregten eine Exploſion im Centrum; man rief den Miniſtern zu, ſie ſollen auf eine ſolche Frage gar keine Antwort geben. — Hr. **Mercilhou** verlangte Rechnung wegen der 1,100,000 Fr., die der Bericht als Vorſchüſſe bezeichne, ohne daß die Kammer ſie direct votirt habe. Hr. von **Broglie** antwortete, die Summe belaufe ſich eigentlich nur auf 500,000 Fr.; die Angabe des Berichtes ſei ein Irrthum. Endlich ward über den ganzen Entwurf abgeſtimmt, und derſelbe mit 175 gegen 112 Stimmen **angenommen**.

Nachſtehendes iſt der Schluß der Rede des Duc de **Broglie** über die **griechiſche Anleihe**: „Ich will mit einigen allgemeinen Bemerkungen ſchließen, die ich Ihrer Erwägung anheimgebe. Ich gehöre, wie geſagt, nicht zu denen, die glauben, die Niederlaſſung der Türken in Europa ſtehe auf dem Puncte der Auflöſung; ich gehöre nicht zu denen, die denken, das ottomanniſche Reich werde heute, morgen, in vier Wochen, in einem halben Jahre untergehen. Ich glaube, ich hoffe, ich wage zu verſichern, daß dieß nicht der Fall ſeyn wird. Indeſſen kann kein Verſtändiger ſich verhehlen, daß dieſes Reich ſich ſeinem Verderben zuneigt. Seit einem halben Jahrhundert iſt ſeine Abnahme offenbar; ſeit zehn Jahren treten die Fortſchritte ſeines Falles mit furchtbarer Schnelligkeit hervor. Die Glieder dieſes Körpers ſcheinen nur noch durch einen Faden am Rumpfe zu hängen. Das ottomaniſche Reich iſt kein lebendiges Weſen mehr; es iſt kaum noch ein Damm, der ſich durch ſein bloßes Daſeyn, durch die Kraft der Trägheit, ſo wie durch die rivaliſirenden Wünſche und Anſprüche erhält. In dieſem Zuſtande der Dinge muß es Frankreichs Politik ſeyn, das ottomanniſche Reich ſo lange zu erhalten, als die Vorſehung ihm geſtatten wird, ſich ſelbſt zu überleben. Zwar gibt es heiße ungeduldige Köpfe, welche die Kataſtrophe zu beſchleunigen wünſchen, meinend, es würden ſich da große Vergrößerungen für Frankreich, eine umfaſſende Genugthuung für das Unglück von 1815, finden. Gewiß, wenn dieſes Ereigniß eintritt, und wenn dann für die der europäiſchen Türkei benachbarten Provinzen bedeutende Gebietsvergrößerungen erwachſen, ſo werden die vom Schauplatze der Theilung entfernten Mächte Compenſationen, Aequivalente anzuſprechen haben. Frankreich wird dabei nicht müßig bleiben; es wird ſeinen Antheil fordern, und nicht warten noch dulden, daß man ihm denſelben zutheile. Aber glauben Sie mir, Jeder, der einige Beſonnenheit und Erfahrung in menſchlichen Dingen beſitzt, wird ſolchen Gedanken ſich nie ohne ein tief ſchmerzliches Gefühl, ohne eine unausſprechliche Herzensbeklemmung nahen. Jene großen Gebietserſchütterungen können allerdings oft zum Ruhme und zum Glück der künftigen Geſchlechter ausſchlagen; aber für die Mitwelt tragen ſie furchtbare Wechſelfälle und ſchreckliche Leiden in ihrem Schooße. Schon ſeit zwei Jahrhunderten iſt es nöthig geworden, Europa's Gleichgewicht auf neue Grundlagen zu ſtellen. Das Werk des Congreſſes von Osnabrück, der weſtphäliſche Friede, ward erſt nach dreißig blutigen Jahren des Krieges und der Verheerung erfüllt. Das Werk des Wiener Congreſſes, jener Friede von 1815, der uns ſo theuer zu ſtehen kam, kam erſt nach 25jährigen Kriegen zu Stande, die nach einander die Armeen aller Völker in die Hauptſtädte aller Länder führten. Damit eine neue Staatenvertheilung in Europa vor ſich gehen konnte, und zwar friedlich und freundlich, ohne Kampf, ohne Unterdrückung der Schwachen, ohne Gewaltſchritte der Starken, müßte man bei den Herrſchern, Königen und Völkern, eine Mäßigung, in den Cabineten eine Weisheit, rückſichtlich der Umſtände ein glückliches Zuſammentreffen vorausſetzen.

wie man es bei der Schwäche der menſchlichen Natur und bei den Schwankungen der Ereigniſſe nicht annehmen kann. Täuſchen wir uns übrigens nicht. Bei der Theilung von Reichen gewinnen natürlich die Nachbarſtaaten die beſten Looſe; ſie dürfen nur kommen und nehmen. Die entfernteren Mächte, die nur Aequivalente, Compenſationen fordern konnen, ſind, wie ſie es auch anſtellen mögen, in einer viel ungünſtigeren Lage. Ich wiederhole es daher: Das ottomanniſche Reich ſo viel als möglich zu erhalten, dieß iſt die wahre Politik Frankreichs. Und wenn in den Rathſchlüſſen Gottes geſchrieben ſteht, daß dieſes Reich untergehen ſoll, untergehen in unſern Tagen, ſo gebietet Frankreichs Politik, in ſolcher Weiſe darauf einzuwirken, daß jenes Ereigniß ſich allmählich, unmerklich, ohne Erſchütterung, ohne Congreß, ohne Theilung entwickle, ſo daß das Auseinanderfallen der Glieder jenes Reiches wo möglich zu keinerlei Vergrößerung von irgend Jemand ausſchlage, damit es, ſtatt ſich in Provinzen aufzulöſen, ſich in unabhängige Staaten geſtalte, die auf eine natürliche Weiſe ihre Stelle in dem politiſchen Gleichgewichte Europa's einnehmen. Dieß iſt es, was für Griechenland geſchah, und zwar mit ſeltener Geſchicklichkeit und wunderbarem Erfolge. Griechenland iſt das erſte abgelöſte Glied des ottomanniſchen Reiches; es iſt keine Provinz des ruſſiſchen Kaiſerthums, keine Provinz der öſterreichiſchen Monarchie, keine Beigabe, keine Dependenz der joniſchen Inſeln; es iſt de jure ein unabhängiger Staat, und ſind die erſten Augenblicke vollends vorüber, ſo wird es auch de facto ein unabhängiger Staat ſeyn. Dieß iſt eine Seemacht in der Wiege, eine Seemacht, die beſtimmt iſt, reißend ſchnell zu wachſen, und mit England und uns die Herrſchaft des Mittelmeeres zu theilen; auf uns wird es ſeine Blicke richten, in unſerer Freundſchaft ſeinen Stützpunct ſuchen, für uns in den Stapelplätzen der Levante wachen, mit uns die Mündung des Pontus Euxinus und die Schlüſſel des Bosporus hüten. Jetzt Griechenland verlaſſen; mit unſeren eigenen Händen das Werk zerſtören, das unſere eigenen Hände faſt vollendet haben; Griechenland jenen ausſchließlichen Einflüſſen überliefern, vor denen zu bewahren wir uns beſtrebten; darauf verzichten, die Gefühle zu unterhalten, die wir ihm einflößten; in andere Hände den Lohn unſerer Arbeiten, die Frucht unſerer Opfer übergehen ſehen — dieß werden Sie nicht wollen, meine Herren; dieß wäre keine Sparſamkeit, ſondern Thorheit, keine Klugheit, ſondern Wahnſinn. Es wäre gerade ſo viel, als erklären, Frankreich ziehe ſich für immer aus den Angelegenheiten des Orients zurück und wolle künftig für nichts mehr gezählt werden in jenen großen Ereigniſſen, welche Staaten gründen, zerſtoren und wieder erneuern."

Die Quotidienne wurde am 21. Mai wiederholt auf der Poſt angehalten, und in ihren Bureaus mit Beſchlag belegt. Dieſe Beſchlagnahme iſt durch Bekanntmachung von vier Briefen in der Nummer dieſes Tages motivirt, wovon der eine an den Grafen Kergorlay, die drei andern an den Director der Quotidienne gerichtet ſind, und alle vier ſich auf die Frau Herzoginn von Berry beziehen.

Am 22. Mai 5Percents Fin Courant geſchloſſen zu 103 Fr. 45. 3Percents Fin Courant geſchloſſen zu 79 Fr. 15. — Am 23. Mai 1¼ Uhr Nachmittags 5Percents 103 Fr. 45. 3Percents 79 Fr. 45.

Königreich Sardinien.

Die Gazzetta Piemonteſe vom 23. Mai kündigt an, daß die zwiſchen dem ſardiniſchen Hofe und der Regentſchaft von Tunis beſtandenen freundſchaftlichen Verhältniſſe, die vor Kurzem in Folge der von dem Commandanten von Porto Farina und von einigen Offizieren des Bei verübten Unbilden und willkürliche Handlungen gegen den ſardiniſchen Schiffscapitän Figallo, und der hierauf vorgenommenen gewaltthätigen und rechtswidrigen Beſchlagnahme ſeines Schiffes unterbrochen worden, durch die von dem gedachten Bei, auf Begehren der ſardiniſchen Regierung, vollſtändig geleiſtete Genugthuung wieder hergeſtellt ſind.

Daſſelbe Blatt der Gazzetta Piemonteſe enthält einen Artikel, worin es, nach Aufzählung der unläugbaren Wohlthaten, deren das Land ſeit der glücklichen Rückkehr des Hauſes Savoyen auf den Thron, und namentlich ſeit der Thronbeſteigung Sr. Majeſtät des jetzt regierenden Königs, theilhaftig geworden, heißt: „Nichtsdeſtoweniger, und obſchon die ganze Nation ihrem Landesfürſten mit Liebe, Vertrauen und Dankbarkeit ergeben iſt, gibt es einige wenige ſchlechte Menſchen, ſtets zum Böſen geneigt, mit jedem Laſter vertraut, ohne Religion, ohne Moral, denen der Anblick der öffentlichen Glückſeligkeit eine unerträgliche Qual iſt, und die ſich ihrem eigenen Verderben zum Trotz, welches ſie nach wiederholten Erfahrungen klar vor Augen ſehen müßten, durch nichts zurückhalten laſſen, das Vaterland, wenn ſie konnten, in gleiches Verderben zu ſtürzen und ihm jeden Schaden und jede Drangſal zuzufügen. Bereits gegen Ende des Jahres 1831 hatte der Konig Kunde von einer Verſchwörung, in die einige junge Gardes du Corps verwickelt waren, erhalten; ſie wurde jedoch vereitelt; um alles Aufſehen, ſo die Gutgeſinnten hätte beunruhigen können, zu vermeiden, faßte der Konig den großmüthigen Entſchluß, die Schuldigen der verdienten Strafe nicht zu unterziehen, und begnügte ſich damit, ſie aus den Armeeliſten auszuſtreichen und die in die Verſchwörung verwickelten Civilperſonen ſtreng beobachten zu laſſen, in der Hoffnung, daß durch dieſen Act der Milde die Schuldigen und Verführten von ihren Abwegen zurückgeführt und dem Lande aller Grund zur Beunruhigung erſpart werden würde. Man hatte ſpäterhin allerdings Kenntniß von neuen, im Finſtern ſchleichenden Umtrieben erhalten; allein aus denſelben Gründen, wie früher, wurde zu keiner Verhaftung geſchritten, und man beſchränkte ſich darauf, zu beobachten, ob nicht irgend eine thätliche Handlung das Einſchreiten der Juſtiz erheiſchen würde. — Die neuerliche Entdeckung beſtimmter verbrecheriſcher Handlungen, zu dem Zwecke, die Unteroffiziere von vier Regimentern zu verführen und zu beſtechen, Handlungen, die von dieſen Unteroffizieren ſelbſt denuncirt worden ſind, führte die Nothwendigkeit herbei, mehrere Individuen vom Civilſtande, und eine ſehr geringe Zahl von compromittirten Unteroffizieren verhaften zu laſſen. Um die gedachten Unteroffiziere zu verführen, waren gottloſe und revolutionnäre Bücher und Flugſchriften, die in Marſeille und Lugano gedruckt worden, unter ſie vertheilt und ihnen bedeutende Summen Geldes angeboten worden. Der Zweck dieſer Ruchloſen war, die Religion zu zerſtoren und die rechtmäßige Regierung umzuſtürzen, um eine Republik einzuführen. In den bei den Häuptern der Verſchwörung, die nicht zum Militär gehören, gefundenen Schriften lieſt man als Grundprincip ihrer Secte, daß ſie weder Katholiken noch Proteſtanten, weder Chriſten noch Juden, weder Muſelmänner noch Diener des Brama ꝛc. ſeien; daß ſie ſchlechterdings gar keine Religion haben, ſich zu keiner bekennen, und jede Offenbarung verwerfen; daß jedes Mittel zu Erreichung ihres Zweckes ihnen erlaubt ſcheint: Brand, Dolch und Gift; und wirklich hat man auch in den Kammern zweier Unteroffiziere, die nach Frankreich entflohen ſind, mehrere Unzen Gift ꝛc. ꝛc. gefunden. Dieß wird auch durch alle Geſtändniſſe

Digitized by Google

der Eingekerkerten beſtätigt. Da es dieſen ſchändlichen Menſchen nicht gelang, die Truppen zu verführen, ſo hatten ſie den Plan entworfen, durch Geldbeſtechungen Tumulte zu erregen, und an einem Feſttage die Zeit, wo die Regimenter ohne Waffen in die Meſſe gegangen ſeyn würden, zu benutzen, um ſich dieſer Waffen in den Caſernen zu bemächtigen, ſelbe dann gegen die Soldaten zu gebrauchen, und die vornehmſten Perſonen der königlichen Regierung zu ermorden. — Da es ihnen auch in Chambery nicht gelang, die Truppen zu verführen, ſo hatten ſie den Plan gemacht, das Pulvermagazin hinter der Caſerne in die Luft zu ſprengen, wodurch die ganze Beſatzung der Stadt umgekommen ſeyn würde; an die Ausführung dieſes Planes war auch ſchon Hand gelegt worden, indem man noch zu gehöriger Zeit die bereits getroffenen Anſtalten entdeckte, um eine brennende Lunte in den Pulverthurm zu bringen. — Ihre Abſichten waren auch auf dieſe Hauptſtadt (Turin), ſo wie auf Aleſſandria und Genua gerichtet; es ſollte Feuer in verſchiedenen Theilen der Stadt angelegt werden, um die möglichſt größte Verwirrung zu erzeugen, die Kräfte der Regierung zu zerſtreuen und die öffentliche Aufmerkſamkeit abzulenken. — Alles dieß ſetzte die Regierung in die unvermeidliche Nothwendigkeit, den Weg der Milde zu verlaſſen und mit gebührender Strenge zu verfahren, indem es der König für eine ſeiner erſten Pflichten erachtet, die Religion zu beſchützen und zu vertheidigen, und die Gutgeſinnten vor den verabſcheuungswürdigen Unternehmungen einiger Ruchloſen zu bewahren. — Es dürfte ſeltſam ſcheinen, daß eine ſo kleine Zahl von Verſchwornen, und von Verſchwornen von ſo geringer Bedeutung, ein ſo rieſenhaftes Complott ſchmieden konnte. Allein die erſte Idee der Verſchworung ſcheint vom Auslande gekommen zu ſeyn, und wahrſcheinlich erwarteten die Verſchwörer auch vom Auslande jenen Beiſtand, den ſie bei dem Volke dieſes Landes ſicherlich nie gefunden haben würden. — Die Entdeckung aller dieſer Umtriebe verdankt man einzig und allein der Treue und dem vortrefflichen Geiſte, welcher das ganze Heer beſeelt, das in denſelben Geſinnungen, wie die Nation, erzogen und gebildet, zu jeder Zeit und bei jedem Anlaſſe bewieſen hat, daß der König keine beſſeren und keine treueren Soldaten haben kann. — Die gerichtlichen Verhandlungen haben begonnen, und wir haben bereits ein erſtes Urtheil des in Chambery ſitzenden Kriegsgerichtes vom 20. d. M. erhalten, durch welches der Fourier Johann Baptiſt Canale vom erſten Regimente der Brigade von Pignerol, und der Corporal-Fourier Joſeph Tamburelli vom ſelben Regimente zum Tode verurtheilt werden. Der Fourier Johann Baptiſt Thomas Degudernatis von derſelben Brigade wurde zu gleicher Zeit vollſtändig freigeſprochen. Das Urtheil gegen Tamburelli iſt am 22. Morgens vollzogen, das gegen Canale, weil er wichtige Entdeckungen angekündigt hatte, ſuspendirt worden. Canale hat von der königlichen Milde die Verwandlung der Todesſtrafe in zwanzigjährige Galeerenſtrafe erhalten."

Teutſchland.

Am 25. Mai Nachmittags 4 Uhr geruhten Se. Majeſtät der König von Würtemberg einer Deputation der Kammer der Standesherren eine Audienz zu ertheilen, in welcher der Präſident dieſer Kammer, Fürſt zu Hohenlohe-Oehringen, im Namen derſelben folgende Dankadreſſe auf die Thronrede bei Eröffnung des gegenwärtigen Landtags vorzutragen die Ehre hatte: „Euer königlichen Majeſtät legt die getreue Kammer der Standesherren die Gefühle unabänderlicher Anhänglichkeit und ihres ehrfurchtsvollen Dankes für die Einberufung des Landtags zu Füßen. — Dieſe Gefühle und das unerſchütterliche Vertrauen gegen die Perſon Ew. königl. Majeſtät werden uns auch bei den bevorſtehenden Berathungen begleiten, ſo wie wir bei früheren ihnen gefolgt zu ſeyn glauben. — In dieſem Geiſte und im Geiſte der ruhigen Prüfung wird die Kammer der Standesherren nach der ihr gebührenden Stellung den zu erwartenden Arbeiten ſich unterziehen, und ſtets für Wahrheit und Recht, für Ruhe und Ordnung und für das unzertrennliche Wohl des Königs und Vaterlandes zu wirken beſtrebt ſeyn. — Ew. königl. Majeſtät ſtets bewieſenes Gerechtigkeitsgefühl begründet in uns die Ueberzeugung, daß, wenn Allerhöchſtdero getreue Kammer in dieſem Sinne handelt, ſie ſich des allerhöchſten Beifalles erfreuen darf; ſie wird ſich immer beſtreben, durch Aufrechthaltung der rechtlichen Verhältniſſe in jedem Stande und unter allen Umſtänden, der ehrenvollen Stellung, die ihr angewieſen iſt, zu entſprechen. — Ew. königl. Majeſtät bringt Ihre getreue Kammer wiederholt die Verſicherung dar, daß ſich ihre Handlungsweiſe leidenſchaftslos nach den Grundſätzen des Rechtes, der Verfaſſung und des monarchiſchen Princips richten, und daß ſie in Zeiten der Gefahr, wo ſich die wahre Anhänglichkeit bewährt, zur Vertheidigung für König und Vaterland ſtets bereit ſeyn wird. In tiefſter Ehrfurcht verharren wir Ew. königl. Majeſtät allerunterthänigſt treu gehorſamſte Kammer der Standesherren. Der Präſident: (gez.) Auguſt Fürſt zu Hohenlohe-Oehringen. Der proviſoriſche Secretär: (gez.) von Mohl." — Nach Anhörung dieſer Adreſſe geruhten Se. königl. Majeſtät Folgendes zu erwiedern: „Ich danke der Kammer der Standesherren für die Mir hier ausgedrückten Geſinnungen; „ſie entſprechen in Allem Meinen Erwartungen, und vertrauensvoll überlaſſe Ich Mich der Hoffnung, daß dieſer „Geiſt und ihr Beiſpiel einflußreich auf die Geſchäfte unſeres Landtags wirken werden."

Wien, den 1. Juni.

Nach der heute erſchienenen Ueberſicht der Satzungspreiſe für den Monat Juni iſt die Rundſemmel zu $\frac{1}{2}$ kr. um $\frac{1}{4}$ Loth, detto zu 1 kr. um $\frac{1}{4}$ Loth; ordinäre Semmel zu $\frac{1}{2}$ kr. um $\frac{1}{4}$ Loth, detto zu 1 kr. um $\frac{1}{4}$ Loth ſchwerer; roggenes Brot zu 1 kr. um $\frac{1}{2}$ Loth, detto zu 3 kr. um $1\frac{1}{4}$ Loth leichter auszubacken; das pohlene Brot iſt im vorigen Gewichte verblieben. — Das Pfund Rindfleiſch koſtet 9 kr. C. M. oder $22\frac{1}{2}$ kr. W. W.

Am 31. Mai war zu Wien der Mittelpreis der

Staatsſchuldverſchreibungen zu 5pCt. in CM.	$94\frac{7}{16}$;
detto detto zu 4pCt. in CM.	$84\frac{4}{5}$;
Darleh. mit Verlooſ. v. J. 1820, für 100 fl. in CM.	191;
detto detto v. J. 1821, für 100 fl. in CM.	$135\frac{3}{16}$;
Wiener-Stadtbanco-Obligat. zu $2\frac{1}{2}$ pCt. in CM.	$55\frac{5}{8}$;
Conv. Münze pCt.	——;

Bankactien pr. Stück 1240 in CM.

(Dem heutigen Blatte des Oeſterr. Beob. liegt die chronologiſche Ueberſicht für den Monat März 1833 bei.)

Hauptredacteur: Joſeph Anton Edler von Pilat.

Verleger: Anton Strauß ſel. Witwe in der Dorotheergaſſe Nr. 1108.

Digitized by Google

Nro. 153

Oeſterreichiſcher Beobachter.

Sonntag, den 2. Juni 1833.

Meteorologiſche Beobachtungen vom 31. Mai.	Zeit der Beobachtung	Barometer auf 0° Reaumur reducirt.		Thermometer Reaumur.	Wind.		Witterung.
		Pariſer Maß.	Wiener Maß.				
	8 Uhr Morg.	27.738	28 Z. 6 L. 2 P.	+ 9.5	NW.	mittel.	heiter.
	3 Uhr Nachm.	27.730	28 6 0	+ 14.0	NW.	ſchwach.	trüb.
	10 Uhr Abnds.	27.725	28 5 11	+ 10.0	NW	——	Wolken.

Großbritannien und Irland.

In der Sitzung des Oberhanſes vom 20. Mai überreichte der Herzog von Wellington eine Bittſchrift der Kaufleute und Rheder von Newcaſtle, welche ſich über die Fortdauer des holländiſchen Embargo beklagten. Da er vernähme, fügte der Herzog hinzu, daß der Streit mit Holland ſeiner Beilegung nahe ſei, ſo wölle er nichts weiter thun, als die Hoffnung zu erkennen geben, daß dieſem Zuſtand der Dinge bald ein Ende gemacht werde. Graf Grey ſagte, es ſei ihm angenehm, daß der edle Herzog anf keine Erörterung hinſichtlich dieſes Gegenſtandes eingegangen ſei. Er konne nur bemerken, daß die Regierung mit dem großten Widerwillen Zwangsmaaßregeln gegen Holland angeordnet habe, und nur die Ueberzeugung, den Intereſſen des Landes gemäß zu handeln, habe ſie dazu veranlaſſen konnen. — Der Biſchof von Lichfield überreichte eine Bittſchrift, worin das Haus gebeten würde, Maaßregeln zur beſſeren Beobachtung der Sonntagsfeier zu ergreifen. Der Biſchof von London erwähnte der Niederlage der Bill des Sir A. Agnew im andern Hauſe, und ſagte, daß es ſehr zu beklagen ſeyn würde, wenn das Verwerfen jener Bill jede Verbeſſerungsmaaßregel verhindern ſollte. Er hoffe, daß irgend ein Mitglied dieſes oder des andern Hauſes eine Bill einbringen würde, die ſo einfach in ihrem Plane und ſo gemäßigt in ihren Beſtimmungen wäre, daß ſie die Wahrſcheinlichkeit der Annahme für ſich hätte, und ſo die Legislatur dieſes chriſtlichen Landes von dem Vorwurfe befreie, einen Gegenſtand bei Seite geſchoben zu haben, der die Intereſſen des Volkes in religiöſer, moraliſcher und ſelbſt in politiſcher Hinſicht ſo innig berühre. Man habe die Bank der Biſchofe aufgefordert, Vorſchläge über dieſen Gegenſtand zu machen, dieſe habe aber gegen das Uebernehmen einer ſolchen Verantwortlichkeit Einwendungen zu machen. Wenn ſie eine Maaßregel einbrächten, die nur die geringſte Wahrſcheinlichkeit der Annahme von Seiten des Parlamentes für ſich haben ſollte, ſo würde ſie auf keine Weiſe der Anſicht entſprechen, welche er und ſeine Brüder von der Art und Weiſe hätten, wie die Sonntagsfeier beobachtet werden müſſe. Das Volk würde alsdann daraus Vortheil ziehen und ſagen: „Dieß iſt die Anſicht der Biſchofe, weiter brauchen auch wir nicht zu gehen.“

In der Sitzung des Unterhauſes vom 20. Mai wurde auf den Antrag des Sir John Wrottesley ein neues Wahlausſchreiben für die Grafſchaft Stafford erlaſſen, um an die Stelle des Hrn. Littleton, welcher das Amt eines Staatsſecretärs für Irland angenommen habe, ein neues Parlamentsmitglied zu erwählen. — Der Marquis von Chandos erwähnte eines außerhalb des Hauſes verbreiteten Gerüchtes, daß es nicht die Abſicht der Miniſter ſei, mit der Bill in Bezug auf die weſtindiſchen Angelegenheiten in dieſer Seſſion weiter vorzuſchreiten. (Hort!) Er hoffe doch nicht, daß die Miniſter auf dieſe Weiſe ſich des Gegenſtandes zu entledigen ſuchen würden? — Lord Althorp ſagte, er konne nicht begreifen, woher eine ſolche Muthmaaßung entſtanden ſei. Er freue ſich indeſſen, daß man ihm eine Gelegenheit gegeben habe, zu verſichern, daß die Miniſter entſchloſſen wären, die Frage mit aller nur möglichen Eile zu fordern. — Als nun Lord Althorp, der Tagesordnung gemäß, darauf antrug, daß ſich das Haus in einen Ausſchuß über die Bill wegen der Reform der irländiſchen Kirche verwandeln ſolle, trat Hr. Gillon mit dem Amendement hervor, daß nach dem Ableben der jetzigen Pfründner alle Einnahmen der irländiſchen Kirche zu Zwecken von allgemeinem Nutzen verwendet werden ſollten. Er gründete dieſen Antrag auf die Behauptung, daß die große Majorität des irländiſchen Volkes nicht der beſtehenden Kirche angehöre, und daß dieſelbe nur durch militäriſche Gewalt aufrecht erhalten werde; einem ſolchen unnatürlichen Zuſtand der Dinge müſſe ein Ende gemacht werden. Hr. C. Ripon unterſtützte das Amendement, dem ſich Lord Althorp als viel zu weit gehend widerſetzte, und welches demnächſt auch durch 125 Stimmen gegen 16 verworfen wurde. Das Haus nahm darauf in dem Ausſchuß mehrere Clauſeln der Bill mit einigen Veränderungen an, und verſchob die weitere Berathung auf den folgenden Tag. — Bei der dritten Leſung der Bill in Betreff der Polizei in der Hauptſtadt, ſchlug Hr. Peaſe als Amendement vor, daß innerhalb fünf Meilen von Templebar die Bärenhetzen und Hahnenkämpfe verboten ſeyn ſollten, welches mit 24 Stimmen gegen 16 angenommen wurde.

Hr. E. J. Littleton iſt an die Stelle des Sir John Cam Hobhouſe zum Secretär für Irland ernannt. (Vergl. Parlamentsverhandlungen.) Letzterer wird nicht, wie es hieß, als Geſandter nach Madrid gehen, ſondern ſich ganz und gar aus dem öffentlichen Leben zurückziehen.

Sir R. Peel wird am 8. und 15. Juni in ſeiner Wohnung in Priory-Gardens zwei große politiſche Diners geben. Der Baronet befindet ſich jetzt in Staffordshire, wollte aber zum 23. Mai nach London zurückkehren, um mit ſeiner Familie dem großen Feſte beizuwohnen, welches Ihre Majeſtäten am 24. zu Ehren des Geburtstages der Prinzeſſinn Victoria veranſtalten wollten.

Am 20. Mai wurde auf Newhall-Hill, unweit Birmingham, die angekündigte Volksverſammlung gehalten. In der Mitte war ein amphitheatraliſches Gerüſte für den Ausſchuß des politiſchen Vereins errichtet. Gegen Mittag waren erſt 3 bis 4000 Menſchen verſammelt, um dieſe Zeit aber trafen die Vereine aus mehreren Puncten des Innern ein, mit Muſik und fliegenden Fahnen und Panieren aller Art. Um 12½ Uhr erſchienen die große

Prozeſſion aus der Stadt, Hrn. G. Edmonds zu Pferde an der Spitze, mit allerlei merkwürdigen Symbolen, z. B. einem rieſenhaften Brot aus Holz und daneben ein wirklich gebackenes Brötchen, eine allegoriſche Darſtellung der Wirkſamkeit der Korngeſetze. Auf den Panieren ſah man gefeſſelte Neger und Polen ꝛc. In einem offenen Wagen kamen nunmehr die HH. Thomas Attwood und O'Connell, nebſt einigen Andern. Jetzt ſtrömte eine große Menſchenmaſſe hinzu, und es mögen wohl 70 bis 80,000 Menſchen beiſammen geweſen ſeyn. Ein Trompetenſtoß vom Gerüſte herab erzeugte allgemeine Stille. Nun hielt zuerſt ein Hr. Muntz (ein Elſaßer von Herkunft), dann Hr. Attwood Reden, in denen die Miniſter wegen ihres Verfahrens gegen Irland, ſo wie wegen angeblich gebrochener Verſprechungen aufs Bitterſte herabgewürdigt wurden. Letzterer ſchlug Bittſchriften wegen Abſchaffung der Korngeſetze, „der gehäſſigſten dießſeits der Hölle," der Malz-, Häuſer- und Fenſterſteuern, endlich eine Adreſſe an den König wegen Entlaſſung der Miniſter, vor. Nach ihm ſprach O'Connell, der die Miniſter brutal und blutgierig, und ſogar Lord Brougham einen großen Betrüger (humbug) nannte! Hr. Hadley ſchlug ein dreimaliges Hoch für O'Connell und die Polen vor, in das der Haufe brüllend einſtimmte. Es wurden hierauf die gedachten Reſolutionen, Bittſchriften und Adreſſen, alle in ſehr heftigen Ausdrücken, beſchloſſen; letztere ſollen dem Könige durch den Grafen Fitzwilliam zugeſtellt werden. — Eine andere Verſammlung gar ſeltſamer Art hat vor einigen Tagen in Mancheſter Statt gefunden. Bekanntlich iſt der Vorſchag, das übermäßige Arbeiten der Kinder in Factoreien einzuſchränken, im Parlamente nicht durchgegangen, ſondern bloß eine Commiſſion zur Prüfung dieſes Gegenſtandes ernannt worden. Nun verſammelten ſich über 5000 Kinder mit Fahnen von blau-weiß-rothem Calico und der Inſchrift: „Die Zehnſtunden-Bill für immer!" u. dgl. m. Die Commiſſion war gerade in Mancheſter angekommen und die Kinder zogen in Prozeſſion vor das Hotel, in welchem ſie wohnt, um derſelben eine Denkſchrift zu übergeben.

Sehr großes Aufſehen hat der nach viertägigen Verhandlungen am 12. Mai gefällte Urtheilsſpruch der Coroners Jury in der Sache des bei der Volksverſammlung in Coldbath-Fields ermordeten Polizeiſergenten Cully gemacht. Nach langwierigen Verhören erkannten die Geſchwornen nämlich auf „zu rechtfertigende Tödtung" (justifiable homicide), weil die Aufruhracte nicht verleſen, das Volk nicht aufgefordert worden, ſich zu zerſtreuen, die Regierung nicht die gehörigen Maaßregeln zur Verhinderung der Verſammlung getroffen, die Polizei ſich brutal und ohne Provocation gewaltſam gegen das Volk benommen, und äußerten die Hoffnung, die Regierung werde Maaßregeln treffen, ähnlichem Unfug für die Zukunft vorzubeugen. Unter den zahlreichen Zuhörern ertönte lauter Beifall; allein der Coroner remonſtrirte auf jede nur erdenkliche Weiſe mit der Jury, um ihr darzuthun, dieß ſei gar kein ordentliches Verdict; ſie möchte ſich doch bedenken. — Alles vergebens. Nachdem man über zwei Stunden hin- und hergeredet, wurden die Geſchwornen ungeduldig und verlangten entlaſſen zu werden, weil ſie ſeit 24 Stunden nichts als ein Glas Waſſer genoſſen hätten. Der Obergeſchworne erklärte im Namen aller ſeiner Collegen, Gott und das Land möge zwiſchen ihnen und dem Coroner entſcheiden, ſie konnten nicht anders. Nun wurde das Verdict zu Protocoll genommen. Eine große Anzahl Anweſender brach in den Ruf aus: „Bravo, Geſchworne! ihr habt eure Pflicht wacker gethan, das Land iſt euch Dank ſchuldig!" Es erſcholl ein donnerndes Hurrah, und wurde von der verſammelten Menſchenmenge auf der Straße wiederholt. Als die Geſchwornen herauskamen, drückte ihnen Alles die Hand; die Polizei hingegen wurde ausgeziſcht. Alle ganz und halb miniſteriellen Blätter, Globe, Times und Morning-Chronicle, ſind höchſt aufgebracht über den Spruch, den ſie als unheilſchwanger, anarchiſch und demoraliſirend ſchildern. In der officiellen Gazette vom 21. Mai wird, dem Globe zufolge, Trotz dem Urtheile des Todtenbeſchauer-Geſchwornengerichtes, demjenigen, welcher den Mörder des Polizeibeamten Cully anzeigt, von Seiten des Königs Verzeihung und eine Belohnung von 100 Pf. St. zugeſagt werden. — Man hat bereits ausgemittelt, daß drei von den Geſchwornen Mitglieder von politiſchen Unionen ſind, ſo daß die Entſcheidung freilich nicht Wunder nehmen darf.

Conſols am 21. Mai 87⅞, 88.

Frankreich.

In der Sitzung der Deputirtenkammer vom 23. Mai wurde das Budget der auswärtigen Angelegenheiten (für 1834) im Betrag von 7,277,700 Fr. (nach den von der Commiſſion vorgeſchlagenen Reductionen) nach einer kurzen Debatte angenommen.

Am 23. Mai 5Percents Fin Courant geſchloſſen zu 103 Fr. 65. 3Percents Fin Courant geſchloſſen zu 79 Fr. 30. — Am 24. Mai um 1½ Uhr Nachmittags 5Percents 103 Fr. 50. 3Percents 79 Fr. 50.

Belgien.

Das Journal du Commerce von Antwerpen iſt am 22. Mai nicht erſchienen. Es erklärt dieſen Umſtand in folgendem Bulletin: „Am geſtrigen Tage fragten ein Major und ein anderer Offizier von Neuem nach unſerem Hauptredacteur. Dieſe Herren ſagten uns dieſes Mal beſtimmt, daß, wenn der letztere hartnäckig darauf beſtehe, ſich nicht ſchlagen zu wollen, ſie ihn durch ihre Bedienten durchprügeln laſſen würden. Am Abende bildeten ſich zahlreiche und lärmende Rotten auf dem Platze Meir und um das Local der neuen Geſellſchaft de la Loyauté. Zwei Mitglieder der Geſellſchaft, denen man die Thüre nicht öffnete, weil man gegen den Thürſteher ſchon kraftvolle Drohungen ausgeſtoßen hatte, kehrten nach Hauſe zurück, als eine Bande Raufbolde, zum Theil aus Matroſen beſtehend, über ſie herſtürzte, ſie mißhandelte, verſtümmelte, und ſie einige Schritte von der Caſerne des Minimes für todt liegen ließ. Dieſe Herren wurden endlich ganz mit Blut bedeckt und mit in Fetzen zerriſſenen Kleidern nach der Regenz gebracht. Hr. van Cutſem, Subſtitut des Staatsprocurators, eilte auf den Lärm herbei, und ward, wie man ſagt, durch jene Wüthenden in dem Augenblicke angegriffen, als er Worte des Friedens ſprach; er verdankte ſeine Rettung nur den Beamten der Briefpoſt, die ihn in ihr Bureau zogen. Alles ſchien gegen Mitternacht ruhig zu werden, doch dieſe Ruhe ward nur der Vorläufer des Sturmes; denn zwiſchen Mitternacht und 1 Uhr ward das Haus unſeres Herausgebers Delrue mit größerer Gewaltſamkeit angegriffen, als im Jahre 1831 unter dem Regenten. Dieſes Mal blieb kein Möbel unberührt an den Plätzen, wo dieſe Elenden eingedrungen waren. Alles ward zertrümmert und geraubt. Das Haus iſt noch von Menſchen umgeben. Kein Freund wagt es, ſich ihm zu nähern. Erſt gegen 7 Uhr Morgens erſchien ein Polizeiagent mit einem Pompier. Man ſagt laut, daß ſich dieſe Scene dieſe Nacht erneuern werde. Wir haben indeß Klage eingelegt. Die Autoritäten ſind unterrichtet. Wir ſind nicht außer dem Geſetze erklärt. Hoffen wir alſo, daß unſere Magiſtrate ihre Pflichten zu erfüllen wiſſen und wir keine andern Unglücke zu beweinen haben werden."

Digitized by Google

Das Journal d'Anvers vom 22. Mai ſagt: „Wir ſchreiben unter dem Einfluſſe der ſchmerzlichſten Eindrücke. Unſere Stadt, deren arbeitſame Bevolkerung ſich ſtets als eine Freundinn der Ordnung und der Geſetze bezeigt hat, iſt der Schauplatz eines anarchiſchen und blutigen Auftrittes geweſen. Ein neuer Vorman wäre bald durch blinden und unbarmherzigen Haß geopfert worden. Alle rechtſchaffenen Leute, ohne Unterſchied der Partei, ſind in Beſtürzung. Seit mehreren Tagen verkündigte man gewaltſame Auftritte; die Autorität ſelbſt war gewarnt. Die Aufmerkſamkeit war auf eine kürzlich gebildete Geſellſchaft gelenkt, welche, nach geſchickt verbreiteten Gerüchten, aus Feinden der jetzigen Regierung beſtehen ſollte. Man ſprach ſogar von einer Inſtallation, von welcher, wie es ſcheint, nie die Rede geweſen war. Geſtern gegen 8 Uhr ward das Local dieſer Geſellſchaft durch eine Menge angegriffen, die wir nicht zu characteriſiren wiſſen. Zwei Perſonen, die ſich in die Geſellſchaft begaben oder dieſelbe verließen, wurden ergriffen und eine derſelben, Hr. Gheelhand, ehemaliger Deputirter und Ex-Vicepräſident des Tribunals, ein Mann, der in Antwerpen allgemeine Achtung genießt, erhielt ſchwere Wunden am Kopfe. Beide wurden nach der Regenz gebracht und der Anblick des erſteren, deſſen Kopf ganz blutig war, ſtößte Schrecken und Mitleiden ein. Ein zahlreicher Pöbel war bald verſammelt, und Anſtrengungen ſind gemacht worden, um größere Ausſchweifungen zu verhüten. Ein Subſtitut des Staatsprocurators, der ſich ehrenvoll als Beſchützer der Ordnung und Geſetze gezeigt hatte, ſcheint mißhandelt worden und ein Polizeicommiſſär der Gegenſtand pöbelhafter Beſchimpfungen geweſen zu ſeyn. General Buzen hat ſich an Ort und Stelle begeben, und ſeinen Anſtrengungen müſſen wir es zuſchreiben, daß das Local der Geſellſchaft, welches ſo gewaltſam angegriffen wurde, nicht verletzt ward und daß keine andern Ausſchweifungen verübt worden ſind. Um 10 Uhr blieben nur wenige Spuren der Zuſammenrottung übrig. Man mußte glauben, daß jede Scene von Unordnung beendigt ſei. Allein dieſen Morgen vernahm man, daß um Mitternacht eine Rotte ſich nach dem, durch den Herausgeber des Journal du Commerce bewohnten Hauſe begeben hatte; der vordere Giebel deſſelben ward verwüſtet; es ſcheint ſogar, daß die Möbel mehrerer Zimmer zertrümmert wurden. Dieſe Expedition begann und endigte ohne Oppoſition. Die Auftritte waren nach der allgemeinen Meinung vorhergeſehen und verabredet. Die Miniſter müßten auf der Nationaltribune der ſchrecklichſten Anklage unterworfen werden, denn ſie haben das geſchehen laſſen, was ſie verhindern konnten. Wir beſchworen und bitten den König, deſſen edle Geſinnungen uns bekannt ſind, als Souverain zu ſprechen, und dem ärgerlichen Stillſchweigen, welches der Moniteur über gehäſſige Thatſachen und die öffentliche Ordnung umwälzende Lehren beobachtet, ein Ende zu machen. Wir haben die unanſtändigen Verläumdungen, deren Gegenſtand der Souverain war, getadelt; mit der nämlichen Unabhängigkeit und demſelben Wahrheitsgefühl klagen wir die Sorgloſigkeit der Miniſter und ihr ſtrafbares Stillſchweigen an. — Hr. von Gheeland hat heute Morgens in ſeiner Wohnung zahlreiche Beſuche erhalten; man hat ihm zur Ader gelaſſen, und ſein Zuſtand, obgleich ſehr ſchlimm, ſtößt keine Beſorgniſſe ein. — Auf Befehl der Regenz iſt das Local der Geſellſchaft de la Loyauté geſchloſſen worden.“

Teutſchland.

Die königl. baieriſche Regierung des Rheinkreiſes, Kammer des Innern, hat folgende Bekanntmachung erlaſſen: „Im Namen Sr. Majeſtät des Königs. Den Bewohnern des Kreiſes ſind die beklagenswerthen Ereigniſſe noch bekannt, die im abgewichenen Jahre durch die Feier des 27. Mai auf dem Hambacher Schloſſe herbeigeführt wurden. Feſt entſchloſſen, jedem ähnlichen Unternehmen mit der ganzen, durch die Geſetze gegebenen Gewalt entgegenzutreten und die Ruhe des Kreiſes und den Schutz des friedlichen Bürgers mit Kraft zu handhaben, ſieht ſich die unterzeichnete Stelle veranlaßt, den ſämmtlichen Localpolizeibehörden Folgendes zu ihrem Benehmen und zum ſtrengſten Vollzuge vorzuſchreiben: 1) Alle Localpolizeibehörden bleiben nach dem Geſetze vom 24. Auguſt 1796 dafür verantwortlich, daß ſie alle ihnen zu Gebot ſtehenden Mittel anwenden, damit in ihren Gemeinden und Gemeindebännen keine geſetzwidrigen Verſammlungen Statt finden, daß in andern erlaubten Vereinigungen an öffentlichen Orten keine Rede gehalten, keine geſetzwidrigen Toaſte ausgebracht, keine Aufzüge Statt finden, und daß der Gebrauch geſetzwidriger oder ſeditioſer Abzeichen, ſo wie nicht-nationaler Fahnen oder Embleme eben ſo ſicher unterbleibe, als das Setzen von Beſchwerde- oder Freiheitsbäumen. 2) Die Localbehörden haben demnach die Sicherheitsgarden in Bereitſchaft zu halten, wo es nöthig ſeyn ſollte, dieſelben zu verſtärken, und wo königl. Commandantſchaften oder Gendarmerieabtheilungen vorhanden ſind, ſich mit dieſen in Vernehmen zu ſetzen, damit überall, wo ein politiſcher Exceß nur verſucht werden ſollte, die Thäter ſogleich verhaftet und mit den hierüber zu verfertigenden Protocollen den Gerichten zur Beſtrafung übergeben werden können. 3) Da, wo außerhalb der Gemeinden, auf den Bännen derſelben, Verſammlungen zu vermuthen ſind, oder wirklich Statt finden, haben die Localbehörden mit gleicher Aufmerkſamkeit und unter Requirirung von Gendarmerie und Sicherheitsgarden auch an dieſen Orten die vorgeſchriebenen Polizeimaaßregeln ſtreng zu handhaben und zu vollziehen. 4) Wo zur Abhaltung örtlicher Exceſſe noch weitere beſondere Vorſichtsmaaßregeln nöthig erſcheinen, haben die Localbehörden in Folge des Geſetzes vom 22. Juli 1791 unverzüglich ſpecielle Reglements zu entwerfen, und dieſelben alsbald den königl. Landcommiſſariaten zur Genehmigung vorzulegen. Dabei iſt beſonders darauf Bedacht zu nehmen, daß durch nächtliche Patrouillen, in- und außerhalb der Gemeinden, das Aufſtecken von aufregenden Abzeichen unterbleibe, und daß die Thäter ergriffen oder ausgemittelt und den Gerichten zur Beſtrafung überliefert werden. 5) Gegen Fremde und Reiſende haben die Localbehörden ganz vorzüglich ihre Aufmerkſamkeit zu richten, und Alle auszuweiſen, die ſich über den beſtimmten Zweck ihres Aufenthaltes nicht durch vollkommen gültige Päſſe zu legitimiren vermögen, oder gegen welche ein gegründeter Verdacht obwalten ſollte, daß ſie ſich bloß zur Theilnahme an politiſchen Umtrieben eingefunden haben. 6) Da die Bürger für die Handlungen ihrer Dienſtleute und die Väter für jene ihrer Kinder verantwortlich ſind, ſo haben die Localbehörden, da, wo es nur einigermaaßen nothwendig ſeyn könnte, dieſelben hierauf aufmerkſam zu machen, damit ſie auf keine Weiſe entſchuldbar erſcheinen können. 7) Von allen bedenklichen Anzeichen oder Vorfällen iſt den betreffenden königlichen Landcommiſſariaten ſo ſchleunig als möglich und nöthigenfalls durch reitende Boten Anzeige zu erſtatten. — Indem die unterzeichnete Stelle im vollen Vertrauen auf das Pflichtgefühl der Gemeindebeamten und auf die gute und bewährte Geſinnung der unendlichen Mehrzahl der Bürger des Kreiſes zu erwarten berechtigt iſt, daß durch den ſtrengen und gewiſſenhaften Vollzug dieſer Anordnungen die Ruhe und Ehre des Kreiſes gegen alle Unternehmungen und Umtriebe von Uebelwollenden geſchützt bleiben werde, muß ſie noch dar-

Digitized by Google

auf aufmerkſam machen, daß ſchon nach dem Geſetze vom 10. Vendemiaire IV die Gemeinden für alle Schäden und Strafen, welche durch Tumulte und andere ähnliche Exceſſe in ihren Bezirken veranlaßt werden, in ſo ferne ſelbſt verantwortlich bleiben, als ſie erweislich nicht alle Mittel erſchöpft haben, um dieſen Exceſſen zuvorzukommen, ſie zu zerſtreuen oder die Urheber zur Anzeige zu bringen. — Sollten indeſſen gegen die feſt begründete Ueberzeugung der unterzeichneten Stelle dennoch Exceſſe Statt finden, ohne daß ſie durch die conſtituirenden Gewalten und durch das Zuthun der Bürger momentan unterdrückt würden, ſo haben Se. königl. Majeſtät für dieſen Fall beſchloſſen, daß ſogleich eine ſtarke militäriſche Beſetzung des Kreiſes auf Koſten der Gemeinden und vorzugsweiſe auf Koſten derjenigen eintreten werde, in welchen die Exceſſe vorgekommen ſind. — Es liegt nunmehr ganz in den Händen der Gemeindebeamten und der Geſammtheit der Bürger, die ſie zu unterſtützen verpflichtet ſind, durch Handhabung der Ruhe und der geſetzlichen Ordnung, den Kreis vor einem ſo großen Unglücke zu bewahren, und ihn vor den Augen des In- und Auslandes in Ehren zu halten. — Gegenwärtiges iſt ſämmtlichen Bürgermeiſterämtern mitzutheilen und von denſelben den Gemeinderäthen und nöthigenfalls auch den Ortseinwohnern bekannt zu machen. Königlich baieriſche Regierung des Rheinkreiſes, Kammer des Innern. Freiherr von Stengel. Lutteringshauſen, Coll."

Am 26. Mai Mittags geruhten Se. Majeſtät der König von Würtemberg einer Deputation der Kammer der Abgeordneten Audienz zu ertheilen, um die von der Kammer votirte Dankadreſſe auf die Thronrede bei Eröffnung des gegenwärtigen Landtages entgegenzunehmen. Der Alterspräſident der Kammer, Regierungsdirector von Rummel, hatte die Ehre, dieſe Adreſſe vorzutragen. Dieſelbe iſt folgenden Inhaltes: „Ew. königl. Majeſtät treues Volk hat, Höchſtihrem Rufe folgend, in uns ſeine Vertreter für dieſen ordentlichen Landtag abgeordnet. Zu unſern erſten Pflichten gehört es, Allerhöchſtdenſelben für die baldige verfaſſungsmäßige Einberufung der Stände ehrfurchtsvollſt zu danken. Die vorige Kammer der Abgeordneten hat bereits die Dankgefühle, mit welchen ſie der Mittheilung der ihr angekündigten Geſetzentwürfe entgegenſah, ausgeſprochen; um ſo mehr finden wir uns aufgefordert, die Huld Ew. königl. Majeſtät zu verehren, welche ſo manche auf dem letzten Landtage kundgewordenen Wünſche, noch ehe ſie vor den Thron gebracht wurden, beachtet, und deren Erfüllung vorbereitet hat. Wir zählen hierher die Arbeiten, welche für das Geſetz über das Gemeindebürger- und Beiſitzrecht, für die Gewerbeordnung, die Forſtpolizeigeſetze und die Geſetze über den Straßenbau von Allerhöchſtdenſelben angeordnet wurden. — Mit gleichem Dankgefühle erkennen wir die gegebene Zuſicherung huldvoller Beachtung der aus unſerer Erfahrung hervorgehenden Verbeſſerungsvorſchläge. — Einen günſtigen Erfolg unſerer Berufsthätigkeit glauben wir zunächſt durch ernſtes Streben nach immer feſterer Begründung des Vertrauens zwiſchen Regierung und Ständen zu ſichern. Niemand fühlt das Bedürfniß dieſes Vertrauens tiefer, als die Vertreter Ihres Volkes, und keinen wärmeren Wunſch legen wir an das Herz Ew. Majeſtät, als den, daß Allerhöchſtdieſelben nie den reinen, uns alle beſeelenden Willen mißkennen mögen, treu unſerem Eide das unzertrennliche Wohl des Königs und des Vaterlandes zu wahren. — Wir erkennen die Nothwendigkeit, bei dem Ablauf der dermaligen Etatsperiode das Finanzgeſetz für die folgende Periode und die damit zuſammenhängenden Geſetzentwürfe zunächſt zu berathen, und freuen uns der Erleichterungen, welche für Ew. Majeſtät biederes und treues Volk hieraus hervorgehen ſollen. — Mit Ew. königl. Majeſtät finden wir in ſtrenger Vollziehung und Aufrechthaltung der Verfaſſung den einzigen ſichern Damm, an welchem ſich die Fluthen einer bewegten Zeit brechen, und unter deſſen Schutze Recht, bürgerliches Glück, Ordnung und Eintracht ruhig und friedlich gedeihen. — Ew. königl. Majeſtät ſelbſt waren es, welche im Bunde mit Ihrem Volke dieſen Schutz gegen jede Willkür, von welcher Seite ſie kommen möge, gewährt haben. — Im Rückblick auf die Erfahrungen von ſiebzehn Jahren ſind wir lebhaft überzeugt, daß Ew. königl. Majeſtät während Ihrer Regierung immer nur das Wohl Ihres Volkes im Auge gehabt haben. Nie wird dieſes Volk den reinen Willen ſeines Königs für ſeine Beglückung, nie die Segnungen ſo mancher Einrichtungen vergeſſen, mit welchen unſer Vaterland andern Staaten voranging. — Die Erwartung von dem Geiſte unſerer Verhandlungen, welche Ew. Majeſtät zu erkennen geben, bezeichnet eine Geſinnung, die, wie wir uns innig bewußt ſind, in unſer Aller Herzen lebt. — Mögen dem Boden der Verfaſſung unter der raſtloſen Pflege Ew. königl. Majeſtät und dem gewiſſenhaften Mitwirken der Stände des Landes immer reichlichere Früchte entſprießen, und möge dadurch jede der Hoffnungen erfüllt werden, welche Allerhöchſtdieſelben für Ihr treues Volk in Ihrem väterlichen Herzen tragen! — In tiefſter Ehrfurcht Ew. königl. Majeſtät allerunterthänigſt treu gehorſamſte Kammer der Abgeordneten. Der proviſoriſche Präſident: (gez.) Rummel. — Die proviſoriſchen Secretäre: (gez.) Freiherr vom Holz, (gez.) Freiherr von Raßler." — Se. Majeſtät der König erwiederten der Deputation hierauf Folgendes: „Stets gewohnt, die Aeußerungen der Dankbarkeit Meines treuen Volkes mit Wohlwollen aufzunehmen, vernehme Ich ſie heute als Ausdruck der Kammer der Abgeordneten mit beſonderem Vergnügen. — Vollziehung unſerer Verfaſſung und ſtrenge Handhabung unſerer beſtehenden Geſetze ſehe Ich, wie Sie, als das einzige und bewährteſte Mittel an, die Bemühungen derjenigen zu vereiteln, die das Vertrauen des Volkes zu ſchwächen und die Eintracht der Regierung und der Stände zu ſtören ſuchen. — Laſſen Sie Mir den Glauben, daß auch in dieſem ſo wichtigen Zeitpuncte Meiner, unter göttlichem Schutze bisher glücklich geführten Regierung Ich auf die treue Anhänglichkeit und den guten Geiſt der Kammer der Abgeordneten mit Zuverſicht rechnen kann."

Am 1. Juni war zu Wien der Mittelpreis der Staatsſchuldverſchreibungen zu 5 pCt. in CM. 94$^{21}/_{32}$;
detto detto zu 4 pCt. in CM. 83$^{3}/_{4}$;
Darleh. mit Verlooſ. v. J. 1820, für 100 fl. in CM. 191$^{2}/_{5}$;
detto detto v. J. 1821, für 100 fl. in CM. 135$^{12}/_{32}$;
Wiener-Stadtbanco-Obligat. zu 2$^{1}/_{2}$ pCt. in CM. 53$^{11}/_{32}$;
Kurs auf Augsburg für 100 Gulden Curr., Gulden 98$^{1}/_{4}$ G. Uſo. 2 Monat. — Conv. Münze pCt. —;
Bankactien pr. Stück 1239$^{1}/_{2}$ in CM.

Hauptredacteur: Joſeph Anton Edler von Pilat.

Verleger: Anton Strauß ſel. Witwe in der Dorotheergaſſe Nr. 1108.

Nro. 154

Oeſterreichiſcher Beobachter.

Montag, den 3. Juni 1833.

Meteorologiſche Beobachtungen vom 1. Juni.	Zeit der Beobachtung.	Barometer auf 0° Reaumur reducirt.		Thermometer Reaumur.	Wind.		Witterung
		Pariſer Maß.	Wiener Maß.				
	8 Uhr Morg.	27.725	28 Z. 5 L. 11 P.	+ 9.5	NW.	ſchwach.	Wolken.
	3 Uhr Nachm.	27.616	28 4 7	+ 15.0	NW.	—	trub.
	10 Uhr Abends.	27.600	28 4 4	+ 10.0	NNW.	—	Wolken.

Großbritannien und Irland.

In der Sitzung des **Unterhauſes** vom 21. Mai zeigte Lord **Althorp** an, daß er die Frage über den **Freibrief** der Bank am Freitag über acht Tage (31.) einbringen werde. Hr. D. W. **Harvey** trug auf Vorlegung eines Verzeichniſſes ſämmtlicher in England, Schottland und Irland von dem Staate bezahlter **Civilpenſionen** an. Es ſei nöthig, ſagte er, ſich zu überzeugen, ob für alle ſolche Penſionen auch wirklich dem Staate früher irgend Dienſte geleiſtet worden wären. Der Zuſtand der Finanzen mache alle Erſparniſſe dringend nothwendig, und die Zeiten der Sineeuren wären in England ihrem Erlöſchen nahe. „Wenn die Regierung," bemerkte der Redner, „den rechten Weg verfolgt, den ſie bisher in Bezug auf die Finanzen eingeſchlagen hat, ſo wird die Reform dieſes Hauſes, von der wir alle ſo viel Nutzen hoffeen, ſich als eins der größten Uebel erweiſen, welche das Land befallen konnten. So lange dieſes Haus auf frühere Weiſe zuſammengeſetzt war, blickte das Volk immer auf Reform, als auf ein Mittel, eine gute Regierung herbeizuführen; wenn nun dieſe Erwartung getäuſcht wird, worauf ſoll es dann blicken? Es muß ſich dann auf ſich ſelbſt verlaſſen, und die Vorfälle in der Hauptſtadt während der letzten Woche beweiſen zur Genüge, daß es dazu entſchloſſen iſt. (Hort!) Wenn das Volk ſich durch die Reform getäuſcht findet, ſo muß es ſeine Hoffnungen auf etwas ſetzen, für das diejenigen, welche ſeine gerechten Erwartungen täuſchten, verantwortlich ſeyn würden, — auf eine Umwälzung der Inſtitutionen dieſes Landes. (Hort!) Ich nehme keinen Anſtand zu behaupten, daß die Regierung ſeit Eröffnung des jetzigen Parlamentes keine Maaßregel eingebracht hat, welche auf irgend eine Weiſe den Erwartungen der Mittelclaſſen entſpräche. Die Miniſter haben das Vertrauen der Reformiſten verſcherzt, indem ſie allen jenen Verſprechungen untreu geworden ſind, denen ſie früher den Beiſtand und den Beifall des Volkes verdankten. Sie haben das Wort „Whig" zu einem Schimpfworte gemacht, und gezeigt, daß ein Whig im Amte die ärgſte Art von Tory iſt." — Lord **Althorp** erklärte ſich zur Vorlegung der Papiere bereit, inſofern ſie auf Penſionen Bezug hatten, die aus dem conſolidirten Fonds bezahlt würden. Diejenigen, welche aus der Civilliſte bezahlt würden, könnten der Berathung des Parlamentes nicht unterworfen werden. Was die Vorwürfe betreffe, die das ehrenwerthe Mitglied den Miniſtern gemacht habe, ſo wolle er darauf für jetzt weiter nichts erwidern, als daß er hoffe, daß vor Verlauf weniger Wochen, und wenn alle Reformmaaßregeln dieſer Seſſion dem Hauſe vorlägen, das Land ſeine Meinung ändern werde. Der Antrag wurde hierauf mit der von dem Miniſter gewünſchten Beſchränkung genehmigt. — Sir S. **Whalley** brachte demnächſt wieder die **Häuſer- und Fenſterſteuer** zur Sprache und machte den Antrag, dieſelbe vom 1. October d. J. an gänzlich abzuſchaffen. Es wurden von beiden Seiten des Hauſes dieſelben Argumente geltend gemacht, welche bei der vor Kurzem Statt gehabten Debatte über denſelben Gegenſtand bereits vorgebracht waren. Lord **Althorp** widerſetzte ſich dem Antrage neuerdings ganz entſchieden, und wurde derſelbe auch nach einer ziemlich ausführlichen Debatte durch 273 gegen 124 Stimmen verworfen. — Hr. F. **O'Connor** beklagte ſich darüber, daß die Miniſter in den Morgenſitzungen bei Ueberreichung der Bittſchriften nicht anweſend wären, und ſtellte den Antrag, daß das Nichterſcheinen der Miniſter in den Morgenſitzungen eine Beleidigung gegen das Unterhaus und eine Ungerechtigkeit gegen das engliſche Volk wäre. Nachdem Lord **Althorp** ſeine Abweſenheit durch Kränklichkeit entſchuldigt, und verſprochen hatte, daß immer ein Miniſter ſich in den Morgenſitzungen einfinden würde, wenn man deſſen Anweſenheit für nothwendig erachtete, nahm Hr. O'Connor ſeinen Antrag zurück.

In der Sitzung des **Unterhauſes** vom 22. Mai wurde die zweite Leſung der Bill hinſichtlich der **Emancipation der Juden** mit 189 gegen 152 Stimmen genehmigt. Sir R. **Inglis**, Hr. **Sinclair**, Hr. **Finch**, Sir O. **Moſely**, Hr. **Buller** und Hr. **Plumptree** ſprachen gegen die Bill, welche von Hrn. **Buckingham**, Hrn. **Finn**, Hrn. **Petre** und Lord J. **Ruſſell** unterſtützt wurde.

Die Londoner Blätter vom 22. (und die Pariſer Journale vom 25. Mai) bringen nun auch die (in unſerem letzten Freitagsblatte gemeldete) Nachricht von der am 21. gedachten Monats Statt gefundenen Unterzeichnung einer Präliminarconvention zwiſchen den Höfen von Großbritannien und Frankreich und Sr. Majeſtät dem König der Niederlande. (Auch das **Journal de la Haye** vom 24. Mai ſpricht in einem Artikel aus London vom 22. vom Abſchluß dieſer Convention.) — In der **Times** vom 22. Mai heißt es hierüber: „Mit der größten Freude können wir anzeigen, daß geſtern von den Bevollmächtigten Großbritanniens, Frankreichs und Hollands ein vorläufiger Tractat unterzeichnet worden iſt. In Folge dieſer Uebereinkunft wird das in den Häfen von England und Frankreich auf holländiſche Schiffe gelegte Embargo aufgehoben und die Unterbrechung der Schifffahrt auf der Schelde von Seiten der holländiſchen Regierung beſeitigt werden. Dadurch werden auch die vereinigten Geſchwader von England und Frankreich ihrer Dienſte überhoben, und der Verkehr zwiſchen beiden Ländern und Holland wird auf denſelben Fuß geſtellt, auf welchem er ſich vor der franzöſiſchen Expedition im letztverfloſſenen November be-

Digitized by Google

fand. Die holländiſche Garniſon der Antwerpener Citadelle, welche jetzt in Fronkreich als kriegsgefangen zurückgehalten wird, ſoll, demſelben Vergleich zufolge, nach ihrer Heimath geſandt werden. Der Waffenſtillſtand zwiſchen Holland und Belgien wird ſo lange währen, bis eine dauernde Trennung definitiv zu Stande gebracht iſt, und bis dahin wird auch die Schiffſahrt auf der Schelde frei ſeyn. Dieſe Uebereinkunſt iſt mit dem holländiſchen Bevollmächtigten getroffen und geſtern zur Ratifieirung nach Holland geſchickt worden."

Der Herzog von Orleons hot ſich am 21. Mai mit ſeinem Gefolge von London nach Liverpool begeben und wird von da noch Mancheſter gehen, nach Verlauf von 8 Tagen aber wieder nach London zurückkehren.

Folgendes ſind die letzthin erwähnten Documente in Bezug auf die franzöſiſche Expedition gegen Algier: Nr. 1. Schreiben des Grafen Aberdeen an Lord Stuart de Rotheſay. London, 5. März 1830. Mylord! Die ſehr bedeutenden Vorbereitungen zur Expedition gegen Algier und die Erklärung in der Rede Sr. allerchriſtlichſten Majeſtät hierüber haben notürlicherweiſe die Aufmerkſomkeit der Regierung Sr. Majeſtät erregt. E. E. kennt bereits den aufrichtigen Wunſch Sr. Mojeſtät, doß die wiederholten Beleidigungen, welche der König von Frankreich von der Regentſchoft von Algier erduldete, gehörig gerügt werden, und daß Sr. allerchriſtlichſte Majeſtät von dieſem barbariſchen Staote die ausgezeichnetſte Genugthuung erzwingen möchte; aber die furchtbore Mocht, die eingeſchifft werden ſoll, und die Andeutung in der angeführten Rede ſcheinen eher die Abſicht anzuzeigen, die Regentſchaft gänzlich zu ſtürzen, als ſie zu ſtrofen. Dieſe wahrſcheinliche Aenderung in den Verhältniſſen eines durch ſeine geogrophiſche Lage ſo wichtigen Gebiets konn von Sr. Majeſtät Regierung nicht ohne lebhaften Antheil betrachtet werden, und dieß macht einige Erklärungen über die Abſichten der franzöſiſchen Regierung noch wünſchenswerther. Ich habe dieſe Anſichten dem Herzog von Laval mitgetheilt, und von Sr. Excellenz die beſtimmteſten Verſicherungen der völlig uneigennützigen Abſichten des Cobinetes der Tuilerien bei der künftigen Verfügung über den Stoat von Algier erhalten. Dennoch hat Sr. Excellenz verſprochen, an ſeine Regierung zu ſchreiben, um die Mittel zu einer officiellen Mittheilung zu erholten; ich hobe es deßhalb für angemeſſen gehalten, Sie zu inſtruiren, daß Sie dieſen Gegenſtand zur Kenntniß des Hrn. von Polignac bringen. Es iſt wohrſcheinlich, daß der Miniſter ſelbſt wünſcht, alle Erläuterungen, die wir wünſchen, zu geben. Die innige Verbindung und Uebereinſtimmung, welche zwiſchen beiden Ländern beſteht, gibt uns Grund zu erworten, doß wir in einer Soche, welche beide Länder berührt, das volle Vertrauen der franzöſiſchen Regierung hoben werden, um ſo mehr, da die Reſultate die wichtigſten Wirkungen auf die Handels- und politiſchen Verhältniſſe der Staaten des Mittelmeeres äußern konnen. Ich bin u. ſ. w. (Unterz.) Aberdeen. — Nr. 2. Schreiben des Fürſten Polignac an den Herzog von Laval vom 12. März 1830, von letzterem dem Grafen Aberdeen mitgetheilt. Mein Herr Herzog! Als wir unſern Alliirten die Beſtimmungen der Rüſtungen ankündigten, die jetzt in den Häfen Fronkreichs getroffen worden, ſo ſprochen wir von den Reſultaten, zu denen dieſelben führen konnten, mit der Zurückhaltung, welche die Ungewißheit des Kriegsgeſchickes uns nöthig zu machen ſchien. Viele Cobinete haben uns ſeitdem eingeladen, ihnen auf eine genouere Weiſe den Zweck zu erklären, den wir bei unſerer Expedition gegen Algier zu erreichen uns vorgeſetzt hätten. Sr. Mojeſtät geruhte, ſo weit es von Ihr abhängt, dieſem Verlangen zu willfahren, und Sie ermächtigt mich, den verſchiedenen Cabineten nachfolgende Erklärung zu geben. Sie können ſolche, mein Herr Herzog, der Regierung Sr. brittiſchen Majeſtät zuſtellen. „Der offentliche Hohn, den der Dey unſerem Conſul zufügte, war die unmittelbare Urſache eines Bruches, der übrigens nur allzu ſehr gerechtfertigt war durch zahlreiche Vertragsbrüche, durch Verletzung von Rechten, welche der Beſitz von mehreren Jahrhunderten geheiligt hotte, und durch die Beeinträchtigung ſehr werthvoller und wichtiger Intereſſen. Genugthuung für die von dem Dey einem ſeiner Agenten angethane Beleidigung, angemeſſener Erſatz für die von Frankreich erduldeten Beeinträchtigungen, und die Erfüllung von Verpflichtungen zu erlangen, welche der Dey zu beobachten ſich weigerte, das war der erſte Zweck, den der König ſich vorgeſetzt hotte. Spätere Ereigniſſe haben dieſem Plane Sr. Mojeſtät eine großere Entwicklung gegeben. Der Dey hat alle unſere Etabliſſements auf der Küſte von Afrika zu Grunde gerichtet und gänzlich vernichtet, eine dreijährige Blockade hat ſeinen Uebermuth nur geſteigert, und ſtott der uns gebührenden Genugthuung hat er nur von Anſprüchen und Forderungen geſprochen, die er ſelbſt gegen Fronkreich geltend zu machen gedenke. Kurz, er beantwortete die friedlichen Vorſchläge, welche einer der Befehlshaber unſerer Seemocht ihm ſelbſt in ſeinem eigenen Pallaſte zu übergeben beouftragt war, mit einer unbedingten Weigerung, und in dem Augenblicke, als das Schiff, das zum Behuſe der Unterhondlung eine Stillſtandsflagge führte, ſich rüſtete, den Hafen zu verloſſen, ward es plötzlich auf ein von dem Schloſſe, das der Chef der Regentſchaft ſelbſt bewohnt, gegebenes Signol von allen zunächſt liegenden Batterien beſchoſſen. Der König, mein Herr Herzog, wor demnach genöthigt, anzuerkennen, daß mit dem Dey keine Ausgleichung thunlich ſei, und daß, wenn es auch möglich wärr, ihn zum Abſchluß irgend eines Tractates zu vermögen, dos frühere Benehmen der Regentſchaft, ſo wie die neueren Ereigniſſe keine Sicherheit geben, daß eine ſolche Uebereinkunft beſſer als unſere ſo oft erneuten und ſo oft von der algieriſchen Regierung verlehten Conventionen beobachtet werden würde. Dieſe Erwägungen haben uns von der Nothwendigkeit überzeugt, dem Kriege eine ausgedehntere Entwickelung zu geben. Von dieſem Augenblick an mußten wir überlegen, dieſem Kriege einen Zweck zu geben, deſſen Wichtigkeit mit der Ausdehnung der Opfer, die er uns auferlegen würde, im Verhältniß ſtünde, und der König, der ſeinen Plon nicht mehr dorauf beſchränkte, für die beſonderen Unbilden Frankreichs Genugthuung zu erhalten, beſchloß die Expedition, zu der er die Vorbereitungen machen ließ, zum Vortheil der ganzen Chriſtenheit zu wenden, und der König nahm als Zweck und rühmliche Empfehlung ſeiner Bemühungen die völlige Vernichtung der Seeräuberei, die gänzliche Abſchaffung der Chriſtenſcloverei und die Unterdrückung des Tributes an, den die chriſtlichen Mächte der Regentſchaft bezohlen. Das wird, wenn die Vorſehung die Waffen des Königs unterſtützt, das Reſultot der Unternehmungen ſeyn, wozu jetzt in den Häfen Frankreichs Vorbereitungen getroffen werden. Sr. Majeſtät iſt entſchloſſen, die Sache durch Anwendung aller Mittel zu verfolgen, welche nöthig ſeyn konnen, um den Erfolg zu ſichern, und wenn in dem Kompfe, der jetzt bevorſteht, es ſich ereignen ſollte, daß die beſtehende Regierung von Algier aufgelöſt würde, donn, Herr Herzog, wird der König, deſſen Abſichten bei dieſer Frage völlig uneigennützig ſind, mit ſeinen Alliirten ſich beſprechen, um über die neue Ordnung der Dinge zu entſcheiden, welche

man zu dem größtmöglichen Vortheile der Chriſtenheit an die Stelle des zerſtörten Syſtems ſetzen kann, und welche am beſten geeignet wäre, den dreifachen Zweck zu erreichen, den Se. Majeſtät ſich vorſetzten.“ Mein Herr Herzog, Sie können dieſe Mittheilungen zur Kenntniß der Regierung Sr. brittiſchen Majeſtät bringen, und wenn Lord Aberdeen eine Abſchrift dieſer Depeſche zu haben wünſcht, ſo ermächtigt Sie der König, ihm eine ſolche zu geben. Genehmigen Sie u. ſ. w. Fürſt von Polignac. (Fortſ. f.)

Conſols am 23. Mai 89¼, 89.

Frankreich.

Der Moniteur vom 25. Mai enthält folgenden Artikel: „Zwei Journale, der Conſtitutionnel und der Temps haben behauptet, daß das Miniſterium im Sinne habe, die Kammer aufzulöſen; wir können dieſen Gerichten aufs Beſtimmteſte widerſprechen. — Einige Perſonen behaupten, daß die Vollmachten der Kammer am Ende der Seſſion von 1834 aufhören; hierbei liegt ein bedeutender Irrthum zu Grunde, der Art. 31 der Charte ſagt, daß die Deputirten für fünf Jahre gewählt werden; nach dieſem formellen Artikel können die im Juli 1831 gewählten Deputirten bis zum Juli 1836 in der Kammer ſitzen.“

Der Nouvelliſte macht ein Schreiben aus Konſtantinopel vom 27. April bekannt, worin ſich einige neue Details über die Maaßregeln befinden, die daſelbſt in Bezug auf die St. Simoniſten getroffen worden *). Es heißt darin: „Admiral Rouſſin, der von allem Vorgefallenen nicht früher hatte benachrichtigt werden können, fing an, ſich Alles ganz umſtändlich erklären zu laſſen, und zeigte ſich verletzt, daß man über 14 Franzoſen ohne ſeine Dazwiſchenkunſt und ſeine Einwilligung verfügt habe, und obgleich er die Nothwendigkeit dieſer Maaßregeln anerkennen mußte, ſo erließ er doch an den Seraskier die dringendſten Aufforderungen, und erhielt von ihm die befriedigendſten Antworten. Man gab ihm die Verſicherung, daß die St. Simoniſten an einen ſichern Einſchiffungsort an den Dardanellen gebracht worden ſeien, und ſie fanden bei ihrer Ankunft Befehle unſeres Botſchafters an den franzöſiſchen Conſul, um ihnen allen Schutz zu verleihen. Admiral Rouſſin hat ihrem Chef geſagt und ihm ſpäter geſchrieben, daß ſein Aufenthalt und der ſeiner Gefährten in dem Lande unmöglich ſei, und er beſchwor ſie, nach Frankreich zurückzukehren, da er dieſe Sectirer andern fremden Ländern eben wenig wie den Türken aufdringen könne. Ich verſichere Sie, daß bei dem gegenwärtigen Zuſtande der Stimmung in dieſem Lande noch einige Stunden längern Aufenthaltes von Seite dieſer Thoren in Konſtantinopel eine gewiſſe Revolution veranlaßt hätten, wo man wahrſcheinlich alle Franzoſen in den Haß und die Rache gegen die St. Simoniſten verwickelt haben würde.“

Dem Journal des Debats vom 25. Mai zufolge, war der Graf Hector Lucheſi-Palli in Paris eingetroffen, und bei der Princeſſe de Brauffremont abgeſtiegen.

Pariſer Blätter enthalten folgenden Auszug eines Schreibens aus Bordeaux vom 21. Mai: „Die Agathe, welche die Frau Herzoginn von Berry nach Palermo führen ſoll, iſt von der Rhede der Inſel Aix in die Garonne eingelaufen. Das Befinden der Herzoginn iſt von der Art, daß ſie wahrſcheinlich im Stande ſeyn wird, ſich am 1. Juni einzuſchiffen. Alle Anſtalten werden bereits hierzu getroffen. Folgendes iſt ein Verzeichniß der Perſonen, welche die Herzoginn, auf ihren eigenen Wunſch, dahin begleiten werden: General Bugeaud und ſein Adjutant; Mlle. Lebeſchu, ihre Kammerfrau, und ein Bedienter; der Graf de Meſnars mit einem Bedienten; Mad. de Caſteja mit ihrer Kammerfrau; Hr. Deneux mit einem Bedienten, und die Amme des Kindes.“

Der Courrier du Nord meldet aus Valenciennes vom 20. Mai, daß die Unruhen der Steinkohlenarbeiter der Compagnie von Anzin noch fortdauern, und daß in der Leitung der bewaffneten Macht viele Unentſchiedenheit herrſche. Wahrſcheinlich würde entweder die Grubencompagnie oder die Behörde gezwungen werden, die eine den Forderungen der Arbeiter zu höherem Lohne nachzugeben, oder die andere mehr Energie und Kraft zu entwickeln.

Am 24. Mai 5Percents Fin Courant geſchloſſen zu 104 Fr. 3Percents Fin Courant geſchloſſen zu 79 Fr. 75. — Am 25. Mai 1¼ Uhr Nachmittags 5Percents 104 Fr. 5. 3Percents 79 Fr. 85.

Königreich Sardinien.

Nachſtehendes iſt der vollſtändige Inhalt des in der Turiner Hofzeitung vom 23. v. M. enthaltenen Artikels über die (nun beigelegten) Zwiſtigkeiten mit der Regentſchaft von Tunis: „Die zwiſchen unſerem Hofe und der Regentſchaft von Tunis beſtandenen freundſchaftlichen Verhältniſſe ſind vor Kurzem in Folge der von dem Commandanten von Porto Farina und einigen Offizieren des Bey verübten Unbilden und willkürlichen Handlungen gegen den ſardiniſchen Schiffscapitän Figallo und der hierauf vorgenommenen gewaltthätigen und rechtswidrigen Beſchlagnahme ſeines Schiffes auf dem Puncte geſtanden, unterbrochen zu werden. — Da die wiederholten Reclamationen, welche der dortige Generalconſulatsverweſer Sr. Majeſtät wegen dieſer Verletzung der beſtehenden Tractate an die Regentſchaft richtete, unberückſichtigt blieben, ſo ertheilte der König unſer Herr dem Cav. Federigo Montiglio di Montiglio, königl. ſardiniſchen Generalconſul zu Smyrna, die Weiſung, ſich mit einer Escadre unverweilt nach Tunis zu begeben, und im Namen des Königs von der dortigen Regentſchaft eine Genugthuung, welche der der königlichen Flagge zugefügten Beleidigung angemeſſen ſeyn müßte, ſo wie eine vollſtändige Vergutung der von dem Capitän Figallo erlittenen Verluſte zu verlangen, wobei er ermächtigt wurde, die Erfüllung ſeiner gerechten Forderungen im Nothfalle mit Waffengewalt durchzuſetzen. — Se. Majeſtät der König beider Sicilien, welcher ſeit einiger Zeit gerechte Beſchwerden gegen die gedachte Regentſchaft hatte, machte unter ſo bewandten Umſtänden dem Könige unſerm Herrn den Vorſchlag, zur Abſchließung eines Offenſiv- und Defenſiv-Tractates zum wechſelſeitigen Schutze Ihrer in den Häfen der Berberei befindlichen Unterthanen überhaupt, und insbeſondere, um unter Mitwirkung der königlich ſardiniſchen Marine die von dem neapolitaniſchen Hofe ſo oft geforderte Genugthuung zu erwirken. — Die Unterhandlungen mit der Regentſchaft wurden von den Commiſſären beider Höfe ſogleich nach deren Ankunft zu Tunis eingeleitet; die Differenzen mit Neapel, welche durch beſondere Umſtände bereits damals auf dem Wege zur Ausgleichung gediehen waren, wurden bald ins Reine gebracht; der Ausgleichung der mit unſerem königlichen Hofe obwaltenden Differenzen ſtanden jedoch große Hinderniſſe im Wege; der königliche Commiſſär gab daher ſein Ultimatum mit der Erklärung ab, daß, woſern die verlangte Genugthuung nicht binnen der feſtgeſetzten Friſt erfolgen ſollte, die beiden vereinigten Escadren zur

*) Vergl. Oeſterr. Beob. vom 12. Mai.

Gewalt ſchreiten würden. — Da der Bey, welcher auf die von ihm zu Stande gebrachten kriegeriſchen Rüſtungen und auf die ſtarke Truppenmacht baute, welche er aus den benachbarten Stämmen zuſammengezogen hatte, bei ſeiner Weigerung beharrte, ſo traf der königliche Commiſſär die erforderlichen Vorkehrungen, um die in Tunis wohnhaften ſardiniſchen Unterthanen nebſt ihrer Habe in Sicherheit zu bringen, während der Graf von Viry, Contreadmiral der königlichen Marine, welchem das Commando der vereinigten Escadren übertragen worden war, ſeiner Seits dieſelbe in Schlachtordnung aufſtellte, und ein Aviſſchiff nach Cagliari mit der Weiſung abfertigte, um die Flottille von Kanonierbooten, welche bis auf weitern Befehl dort ſtationirt worden war, nach Tunis zu entbieten. — Dieſe kräftigen und wohlausgeführten Demonſtrationen, ſo wie der Eifer, der ſich am Bord der Escadre allgemein kundgab, machte auf die Einwohner von Tunis und ſelbſt auf das Gemüth und den Sinn des Bey einen ſehr großen Eindruck, und letzterer fertigte alsbald ſeinen erſten Miniſter (Sapatapa) mit der Erklärung an den Commodore ab, daß er das Ultimatum ohne irgend eine Modification annehme. Die Bedingungen desſelben lauten wie folgt: Der Befehlshaber der Pallaſtwache des Bey wird ſich am folgenden Tage ins Conſulat Sr. Majeſtät verfügen, und allda im Beiſeyn des Contreadmirals und der Offiziere der königlichen Escadre, des zu Tunis reſidirenden Conſularcorps der auswärtigen Mächte, und von vier (ſardiniſchen) Kaufleuten, welche bei dieſer Gelegenheit die Nation repräſentiren werden, die Erklärung geben, daß der Bey das Benehmen des (gegenwärtig kranken) Gouverneurs von Porto Farina hinſichtlich der an Bord eines ſardiniſchen Kauffahrers, ohne Zuziehung des Conſuls, vorgenommenen eigenmächtigen Viſitirung, öffentlich und durchaus mißbillige, daß die Subaltern-Agenten, welche den Schiffscapitän Figallo beſchimpften, öffentlich und ſtreng gezüchtigt werden ſollen, daß letzterer für alle von ihnen an ſeiner Perſon und ſeiner Habe erlittenen Beſchädigungen und Verluſte entſchädigt werden ſolle, und endlich, daß ihm ſein Fahrzeug zurückerſtattet und ſeine Flagge, wenn er dieſelbe bei der Abfahrt aus dem Hafen aufziehen werde, von dem Fort Goletta mit 21 Kanonenſchüſſen begrüßt werden ſolle."

Preußen.

Das am 28. Mai ausgegebene Stück der Geſetzſammlung enthält nachſtehende königliche Cabinetsordre, betreffend das Verbot des Beſuches fremder Univerſitäten: „Die verbrecheriſchen Vorgänge zu Frankfurt a. M. haben außer Zweifel geſetzt, daß eine ruheſtörende Faction auf die Unerfahrenheit der ſtudierenden Jugend verderblich einwirkt und ſie als Werkzeuge ſtrafbarer Pläne zu mißbrauchen mit Erfolg bemüht iſt. In Betracht der unverkennbaren Urſache dieſer Erſcheinung, und da bei den wohlgeordneten Einrichtungen Meiner Landesuniverſitäten ein Bedürfniß zur Benutzung fremder Lehranſtalten nicht vorhanden iſt, finde Ich Mich bewogen, Meine Verordnung vom 13. April 1810, durch welche Ich das früher beſtandene Verbot des Beſuches fremder Univerſitäten aufgehoben habe, für ſämmtliche Provinzen Meiner Monarchie ſo lange zu ſuspendiren, bis die teutſche Bundesverſammlung ſich über eine Maaßregel vereinigt haben wird, das gemeinſame Vaterland vor den Gefahren eines Zuſtandes ſicher zu ſtellen, der ein ſolches Attentat möglich gemacht und den Regierungen die beſondere Verpflichtung auferlegt hat, die ſtudierende Jugend, in ihrem und der Familien eigenem Intereſſe, vor aller, ihre ganze Zukunft gefährdenden Theilnahme an ſolchen Verbrechen, gewiſſenhaft ſicher zu ſtellen. Welcher Inländer, Meinem Verbote entgegen, auf einer fremden Univerſität ſtudiert, hat, ohne Rückſicht auf die Dauer ſeiner dortigen Studien, allen Anſpruch auf ein öffentliches Amt, wohin auch die mediciniſche Praxis gezählt werden ſoll, für immer verwirkt. Denjenigen Landeskindern, welche bei der Bekanntmachung Meines Befehles auf einer fremden Univerſität bereits ſtudieren, ſoll ſolches während des laufenden Semeſters geſtattet ſeyn, nach deſſen Vollendung ſie jedoch bei Vermeidung der angedrohten Strafe unverzüglich zurückkehren müſſen. In Anſehung der Univerſitäten zu Erlangen, Heidelberg und Würzburg ſoll, da die Theilnahme einzelner Studenten derſelben an dem frevelhaften Anſchlage auf Frankfurt bereits ermittelt iſt, das Verbot unbedingt in Kraft treten, zum Beſuche der übrigen fremden Univerſitäten aber beſondere Erlaubniß zu ertheilen, dem Miniſter der Unterrichtsangelegenheiten für jetzt und bis zu weiterer Beſtimmung nachgelaſſen ſeyn. Das Staatsminiſterium hat dieſen Befehl durch die Geſetzſammlung zur allgemeinen Kenntniß zu bringen, auch jeder Miniſter und Verwaltungschef in ſeinem Reſſort für die Ausführung pflichtmäßig Sorge zu tragen. Berlin, den 20. Mai 1833. Friedrich Wilhelm. — An das Staatsminiſterium."

Schweizeriſche Eidgenoſſenſchaft.

In der Sitzung vom 13. Mai erhielt die Tagſatzung Kenntniß von einer ſchriftlichen Erklärung des franzöſiſchen Miniſters der auswärtigen Angelegenheiten an den ſchweizeriſchen Geſchäftsträger in Paris, laut welcher die franzöſiſche Regierung den nach der Schweiz ausgewanderten Polen die Rückkehr nach Frankreich definitiv unterſagt.

Teutſchland.

Die Frankfurter Oberpoſtamtszeitung meldet aus Frankfurt vom 27. Mai: „Die in dem Frankfurter Orte Bornheim liegenden preußiſchen Truppen (2 Compagnien) haben geſtern Abends nach 8 Uhr dieſen Ort unter fröhlichem Geſange verlaſſen, um die Nacht auf der ſogenannten Bornheimer Heide, nahe bei dieſer Stadt, unter den Waffen zuzubringen. Starke Patrouillen gingen von da aus nach verſchiedenen Richtungen, allein es iſt nicht die geringſte Störung vorgefallen. Heute Morgens um 3 Uhr ſind dieſe Truppen wieder in Bornheim eingerückt. Dieſe Maaßregel wird noch einige der nächſtfolgenden Nächte hindurch ſowohl auf Seiten der in Bornheim, als der in Bockenheim, Rödelheim u. ſ. w. liegenden Truppen Statt finden."

Hauptredacteur: Joſeph Anton Edler von Pilat.

Verleger: Anton Strauß ſel. Witwe in der Dorotheergaſſe № 1108.

Bei Anton Strauss's sel. Witwe, Dorotheergssse Nr. 1108, ist erschienen nnd zu haben:

Dr. Ignaz Rudolph Bischoff's: Grundsätze zur Erkenntniss und Behandluug der Fieber und Entzündungen. Zweite umgearbeitete Auflage. Preis 5 fl. C. M.

Dr. Ignaz Rudolph Bischoff's Grundsätze zur Erkenntniss und Behandlung der chronischen Krankheiten. Erster Band 2 fl. 48 kr. C. M.

Nro. 155

Oeſterreichiſcher Beobachter.

Dinſtag, den 4. Juni 1833.

Meteorologiſche Beobachtungen vom 2. Juny.	Zeit der Beobachtung	Barometer auf 0° Reaumur reducirt. Pariſer Maß.	Wiener Maß.	Thermometer Reaumur.	Wind.		Witterung.
	8 Uhr Morg.	27.562	28 Z. 3 L. 11 P.	+ 11.0	NNW.	ſchwach.	Wolken.
	3 Uhr Nachm.	27.360	28 1 5	+ 18.0	ONO.	—	—
	10 Uhr Abnds.	27.323	28 0 11	+ 11.8	SSO.	—	—

Spanien.

Die Madrider Hofzeitung vom 14. Mai enthält folgende konigliche Decrete: I. „Zu größerer Feierlichkeit des Actes des Huldigungseides, den Meine Unterthanen der Infantinn Donna Maria Iſabella Louiſa, Meiner erſtgebornen Tochter, als Kronprinzeſſinn dieſes Konigreiches, in Ermanglung männlicher Nachkommen, zu leiſten haben, habe Ich den Cardinal-Erzbiſchof von Sevilla, den Erzbiſchof von Granada, die Biſchofe von Valladolid, Badajoz, Lugo, Oviedo, Coria, Cadix, Jaen, Siguenza, Pamplona und den füe Calahorra gewählten Hülfsbiſchof von Madrid benachrichtigen laſſen, daß ſie dieſem Acte an dem angegebenen Tage beizuwohnen haben; deßgleichen habe Ich beſchloſſen, daß für Arragonien die Biſchofe von Barbaſtro und Albarracin, für Catalonien die Biſchöfe von Solſona, Tortoſa und Gerona, und für Valeneia der Biſchof von Orihuela dabei zugegen ſeyn ſollen. Und um auch Indien, als einem integrirenden Theile der Königreiche von Caſtilien, eine geiſtliche Repräſentation zu verleihen, wähle Ich zu dieſem Behufe den Erzbiſchof von Mexico und den Biſchof von Oajaca, welche in der Halbinſel reſidiren. — Königl. Unterſchrift. — Im Pallaſte, am 10. Mai 1833. — An den Präſidenten des Rathes und der Kammer von Caſtilien.“ — II. „Da der 20. Juni d. J. zu dem Tage beſtimmt iſt, an welchem Meine Unterthanen der Infantinn Donna Maria Iſabella Louiſa, Meiner vielgeliebten erſtgebornen Tochter, als Kronprinzeſſinn dieſes Königreiches in Ermanglung männlicher Nachkommen, in der Kirche des hieſigen St. Hieronymuskloſters den Huldigungseid leiſten ſollen, ſo befehle Ich, daß von der Kammer von Caſtilien die Einberufungsſchreiben an die in Meinem Decrete vom heutigen Tage bezeichneten Prälaten, ſo wie an die in der Reſidenz befindlichen Granden und an die in der beigefügten, von Meinem Miniſter der Juſtiz und der Gnaden unterzeichneten Namensliſte aufgeführten Standesperſonen ausgefertigt werden. — Königl. Unterſchrift. — Im Pallaſte am 10. Mai 1833.“ — Die im obigen Decrete erwähnten Standesperſonen ſind: Die Marquis von Palacios, von Zambrano, von Campoſegrado, von Torremejia, von Caſtelbravo, von los Llanos, von Eſpeja, von Caſamadrid, von la Reunion, von la Torrecilla, von Campoſanto, von Albo, von las Hormazas, von Mirabel, von Villaverde de Limia, von Vallehumbroſo, von Falces, und die Grafen von Salazar, von San Juan, von Caſaſaria, von Montealegre dela Rivera, von Caſavalencia, von Polentinos, von Torremarin, von Vallehermoſo, von Guaqui, von S. Roman, von Real Aprecio, von Armildez de Toledo und von la Roche. — Durch ein drittes Decret wird der Cardinal-Erzbiſchof von Toledo beauftragt, den Huldigungseid abzunehmen, und hat ihn dann ſelbſt in die Hände des Cardinal-Erzbiſchofs von Sevilla abzulegen. — Dem vierten Decrete zufolge ſollen ſämmtliche Miniſter, ſo wie die höheren Staatsbeamten, der feierlichen Handlung beiwohnen.

Briefen aus Villaviciosa in Portugal vom 6. Mai zufolge, waren der Infant Don Sebaſtian und deſſen Gemahlinn von Liſſabon dort angekommen, und verweilten daſelbſt, um die vorſchriftsmäßige Beobachtungsquarantaine zu halten. Der Infant Don Carlos befindet ſich mit ſeiner Familie noch in Liſſabon.

Da der Preis des Weines und des Branntweines faſt in allen Provinzen ſeit einiger Zeit bedeutend geſunken iſt und dieſer Umſtand auf den Ackerbau nachtheilig zurückwirkt, ſo hat der Miniſter des Innern, Graf Oſalia, ſämmtliche ökonomiſche Geſellſchaften in einem Rundſchreiben aufgefordert, ihm ausführliche und zuverläſſige Angaben über den Zuſtand des Weinbaues und der Branntweinfabrikation, ſo wie über den inneren Handel mit dieſen Artikeln, einzuſenden und zugleich Mittel zur Beförderung dieſes Handels im Innern, wie nach außen hin, vorzuſchlagen.

Portugal.

In einem Schreiben aus Liſſabon vom 10. Mai (in der Preußiſchen Staatszeitung) heißt es: „In unſern ämtlichen Bureaus wird ſeit einigen Tagen eine mehr als gewohnliche Thätigkeit wahrgenommen. Beſonders aber wird am Bord des royaliſtiſchen Geſchwaders ſtark gearbeitet, welches durch das Linienſchiff Rainha von 74 Kanonen, das gegenwärtig neu ausgerüſtet wird, verſtärkt werden ſoll. Die Wahl des künftigen Oberbefehlshabers der Flotte ſchwankt noch zwiſchen den Admiralen Roza und João Felix, welcher letztere im vorigen Jahre das Commando geführt hat. Auf dem Lande wird ſtark mit der Recrutirung des Heeres fortgefahren. Auch ſind nunmehr von der im Auslande gemachten Anleihe 200 Contos de Rees (ungefähr 340,000 Rthlr. Cour.) hier eingetroffen. — Zur groſſeren Sicherheit der Hauptſtadt ſind jetzt den hieſigen Truppen vier Allarm- oder Vereinigungspuncte (die Plätze Santa-Clara, Santa-Anna, Terreiro do Paço und Eſtrella) angewieſen worden. Zur Beſchleunigung aller von den verſchiedenen Küſtenorten an die Regierung eingehenden Nachrichten ſind außer den Telegraphen überall Kavalleriſten aufgeſtellt, welche den Eſtaffettendienſt verrichten. Jede Vorſichtsmaaßregel zur Aufrechthaltung der Ruhe erſcheint übrigens um ſo nothwendiger, als es bisher nicht gelungen iſt, der Urheber aller in der letzten Zeit ſowohl in einigen Caſernen als in einem Theile der Provinz vorgefallenen Unordnungen habhaft zu werden. — Der Oberbefehlshaber des Landheeres, General Graf Barbacena, fährt ununterbrochen fort, ſeine Angriffswerke bei Oporto zu verſtärken. Von Oporto ſelbſt haben wir Nachrichten bis zum 7. d. M. Die Rei-

W 1 ZEITUN 1832

Digitized by Google

bungen und Intriguen im Miniſterium Dom Pedro's dauern fort. Dem abgeſetzten Juſtizminiſter Magelhaens war es gelungen, in die Cronica Conſtitucional do Oporto einen gegen General Solignac gerichteten Artikel einzuſchwärzen, der urſprünglich in der Liſſaboner Zeitung geſtanden hatte. Die betreffende Nummer der Cronica wurde zwar confiscirt, aber erſt nachdem ſchon viele Exemplare ins Publicum gekommen waren. Der Redacteur der Cronica iſt ſeitdem abgeſetzt und ein Anderer an ſeine Stelle ernannt worden. Das Geſchwader des Admirals Sartorius, das nach Vigo gegangen war, um Lebensmittel einzunehmen, wurde bereits am 11. wieder in Oporto erwartet. Die Cronica Conſtitucional vom 4. Mai enthält das von dem Herzoge von Braganza und dem Marquis von Loulé unterzeichnete Decret, durch welches der Admiral Sartorius wieder förmlich als Oberbefehlshaber der Flotte inſtallirt wird."

Großbritannien und Irland.

Nachſtehendes iſt die Fortſetzung der Actenſtücke über die franzöſiſche Expedition nach Algier: Nr. 3. Graf Aberdeen an Lord Stuart de Rothesay. London, 23. März 1830. Der Herzog von Laval hat mir auf Befehl ſeines Hofes die Abſchrift einer Depeſche mitgetheilt, die Sr. Excellenz erhielt, als Antwort auf die Frage, welche Sie zu thun beauftragt worden, in Betracht der wirklichen Abſichten und Zwecke der franzöſiſchen Regierung bei der Expedition, welche jetzt in den Häfen Frankreichs gegen die Regentſchaft von Algier ausgerüſtet wird. Die durch dieſe Geſetze gegebenen Erläuterungen waren, ſo weit ſie ſich auf die Urſachen und allgemeinen Zwecke des Krieges beziehen, für Sr. Majeſtät Regierung genügend, und zwar um ſo mehr, als Hr. von Polignac freiwillig ſich erbot, dieſe Erklärungen in denjenigen Puncten, wo es nöthig ſcheinen möchte, noch klarer und beſtimmter zu machen. Se. Majeſtät hat ſchon lange eingeſehen, daß Se. allerchriſtliche Majeſtät durch das Benehmen der Regierung von Algier wiederholt auf das Gröblichſte beleidigt wurde, und Se. Majeſtät hat ſtets erwartet, daß für dieß Benehmen die auffallendſte Genugthuung gefordert werden würde. Auch die weiteren Zwecke, welche die franzöſiſche Regierung durch ein Gefühl gehäufter Beleidigungen der beabſichtigten Expedition zu geben veranlaßt wurde, kann Se. Majeſtät nur billigen. Se. Majeſtät hat ſchon ſelbſt ſolche vorgeſchlagen, und zur Erreichung derſelben bedeutende Opfer gebracht. Ich bin ferner von Sr. Majeſtät beauftragt, ſein Vertrauen in die uneigennützigen Abſichten Sr. allerchriſtlichſten Majeſtät auszudrücken, ſo wie in deren Wunſch, die Folgen dieſer Unternehmung für alle Staaten der Chriſtenheit wohlthätig zu machen. Es ſcheint indeß, daß die Expedition keinen gewöhnlichen Character an ſich trägt, denn wenn ich die Depeſche des Hrn. von Polignac richtig verſtehe, ſo wird dieſelbe unternommen, nicht ſowohl um Genugthuung zu erhalten, oder eine Strafe zu verhängen, als um einen Plan in Ausführung zu bringen, der möglicher Weiſe zu einem Vertilgungskriege führen kann. Unter dieſen Umſtänden kann die Erklärung Sr. allerchriſtlichſten Majeſtät, daß er im Fall der Vernichtung des algieriſchen Staats ſich mit ſeinen Alliirten über die Mittel berathen wird, die vorgeſetzten Zwecke möglichſt wirkſam zu ſichern, kaum als völlig zufriedenſtellend betrachtet werden, was wir doch vernünftiger Weiſe erwarten können. Bei der Entwicklung der Abſichten der franzöſiſchen Regierung, wie die Depeſche des Hrn. von Polignac ſie gibt, will ich Ew. Excellenz nicht verbergen, daß das gänzliche Stillſchweigen über die Rechte und Intereſſen der Pforte mit einigem Erſtaunen bemerkt wurde. Man kann ſich kaum vorſtellen, wie bei irgend einer Veränderung der Dinge dieſe Anſprüche von Sr. allerchriſtlichſten Majeſtät ganz unbeachtet bleiben ſollten. Es iſt wahr, daß viele Staaten Europas, worunter auch England und Frankreich begriffen ſind, ſich ſchon lange gewöhnt haben, die Regentſchaften als unabhängige Mächte zu behandeln, und deren Regierungen als für ihr Benehmen verantwortlich anzuſehen; wir haben aber weder ihr Verhältniß zur Pforte, noch die Art von Souverainetät vergeſſen, welche der Sultan immer noch über ſie ausübt. Erſt ganz neuerlich hat Se. allerchriſtlichſte Majeſtät die Abſicht aufgegeben, ſich der Vermittlung und Autorität der türkiſchen Regierung zu bedienen, um eine Ausſöhnung mit Algier zu Stande zu bringen. Dieſe Barbareskenſtaaten ſind noch Vaſallen der Pforte und ihr tributbar, und wenn die Gewalt der Vaſallen endet, ſo kann man vernünftiger Weiſe vorausſetzen, daß die Rechte des Souverains werden geachtet werden. Die Sorgfalt, welche Se. allerchriſtlichſte Majeſtät ſtets für die Erhaltung und die Wohlfahrt des türkiſchen Reiches zeigte, läße uns keiner andern Anſicht Raum geben. Welches immer die Mittel ſeyn mögen, die man für nöthig finden wird, um die Zwecke der Unternehmung zu ſichern, ſo ſollte doch wenigſtens die franzöſiſche Regierung keine Schwierigkeit machen, auf alle Abſichten von Territorialbeſitz oder Vergrößerung Verzicht zu leiſten. Die Ausdrücke einer frühern Depeſche des franzöſiſchen Miniſters, deren Inhalt von dem Herzog von Laval Sr. Majeſtät Regierung mitgetheilt wurde, ſind in dieſer Hinſicht hinreichend beſtimmt, und es iſt deßhalb anzunehmen, daß das Cabinet der Tuilerien nicht abgeneigt ſeyn wird, eine ähnliche officielle Verſicherung zu geben. Hr. von Polignac kenne ohne Zweifel die große Wichtigkeit der geographiſchen Lage der Barbareskenſtaaten und den Grad von Einfluß, den ſie in den Händen einer civiliſirteren und aufgeklärteren Regierung unfehlbar über den Handel und die See-Intereſſen der Mächte des Mittelmeeres ausüben müßten. Die Schwierigkeit, irgend eine radicale Aenderung in dem jetzigen Beſitzſtande zu bewirken, wodurch dieſe Intereſſen nicht auf eine ungleiche und nachtheilige Weiſe betroffen wurden, iſt vielleicht der Hauptgrund, daß man das Daſeyn einer geſetzloſen Piratenmacht ſo lange duldete. Ew. Excellenz werden der franzöſiſchen Regierung das Benehmen ins Gedächtniß zurückrufen, das Se. Majeſtät bei einer der jetzigen nicht unähnlichen Gelegenheit beobachtete. Als Se. Majeſtät es nothwendig fand, zur Aufrechthaltung ſeiner Würde und zur Genugthuung für erlittenes Unrecht ein Geſchwader gegen Algier zu ſenden, wurden die dem Befehlshaber der Seemacht Sr. Majeſtät im mittelländiſchen Meere ertheilten Inſtructionen ſeinen Alliirten ohne allen Rückhalt mitgetheilt, und der ganze Plan, Zweck und Ausdehnung der Expedition offen dargelegt. Ew. Excellenz werden dieſe Depeſche dem Hrn. von Polignac leſen, und Sie ſind ermächtigt, Sr. Excellenz eine Abſchrift davon zu übergeben. Ich bin u. ſ. w. Aberdeen. (Fortſ. f.)

Hr. Mee, welcher bei der letzten Verſammlung von Coldbath-Fields den Präſidentenſtuhl einnahm, hat ſich, dem Albion zufolge, am 22. Mai ſelbſt bei der Polizei geſtellt. Er iſt ein ſehr kleiner Mann, ärmlich gekleidet, und hat ganz das Anſehen eines armen unbeſchäftigten Handwerkers.

Man glaubte in London, daß der Marquis von Palmella binnen Kurzem nach Oporto zurückkehren werde, um auf ausdrückliches Geſuch von Seiten Dom Pedro's das Amt eines Miniſters der auswärtigen Angelegenhei-

Digitized by Google

ten zu übernehmen. Dom Pedro's Agenten in London haben an die Perſonen, welche daſelbſt für deſſen Armee recrutiren, Befehle erlaſſen, daß ſie die ſämmtlichen aufgebrachten Mannſchaften in Bereitſchaft halten ſollten, damit dieſelben auf den erſten Wink eingeſchifft werden konnten. Am 21. Mai wurden mehrere Schiffe gemiethet, um Lebensmittel und Material nach Oporto zu transportiren; ſie ſollten unverzüglich abſegeln. Von Breſt ſoll unlängſt ein Succurs von 1000 Mann nebſt Proviſionen nach Oporto abgegangen ſeyn; unter den Mannſchaften befanden ſich angeblich mehrere polniſche Offiziere.

Der Fürſt Talleyrand hat, wie es heißt, ſeit Kurzem ſehr an Kräften verloren, und ſelbſt mit Hülfe eines Stockes wird ihm das Gehen ſtets ſehr ſchwer; beſonders muß er ſich, wenn er Treppen hinauf- oder hinabſteigt, ſtets von Jemand führen laſſen.

Lord Durham, den die belgiſchen Zeitungen vor Kurzem nach Oſtende verſetzten, befindet ſich ſchon ſeit geraumer Zeit mit ſeiner Familie in dem Badeort Cowes und hat ſich ſeit ſeiner Ankunft daſelbſt nicht von dort entfernt; ſein Geſundheitszuſtand ſoll ſich bedeutend gebeſſert haben.

Die Morning-Chronicle will wiſſen, daß Sir J. C. Hobhouſe ſich bei vorkommenden Vacanzen um einen Parlamentsſitz für eine der ſüdlichen Grafſchaften Englands bewerben wolle.

Frankreich.

Die Deputirtenkammer discutirte am 24. Mai den Geſetzentwurf über die Vertheilung des Tilgungsfonds. Hr. Humann vertheidigte denſelben in umfaſſender Rede. Hr. Laffitte ſtellte ihm einen Gegenentwurf entgegen. Seinen frühern Vorſchlag amendirend, verlangte er die vollſtändige Unterdrückung der rückgekauften Renten, und vertheilte auf die Renten aller Art die 44½ Millionen der Dotation. Hr. Humann dagegen ſchlug vor, bloß 24 bis 25 Millionen rückgekaufter Renten zu unterdrücken und das Uebrige nebſt der Dotation zum Rückkaufe der Renten anzuwenden. Beide ſchlugen vor, die Rückkäufe zu ſuspendiren, ſo wie einer oder mehrere Fonds das Pari überſchritten haben, und den disponibeln Ueberſchuß dazu anzuwenden, durch Anticipation die auszugebenden Anleihen zu decken. Die Art des Laffitteſchen Vorſchlags aber nannte Humann eine verdeckte Aufhebung aller Tilgung, während Laffitte behauptete, ſeit 1827 befinde ſich das Budget in ſtetem Deficit, und ſeit damals müſſe man durch läſtige Anleihen dieſe Deficits decken, wobei man doch fortwährend die Prätenſion habe, zu amortiſiren, was den Steuerpflichtigen zum größten Nachtheile und nur den Bankiers zum Vortheile gereiche, indem man um niedern Preis anleihe, nur um deſto theurer rückzukaufen. Die Kammer kam zu keiner Entſcheidung, indeſſen verwarf ſie zwei gegen den miniſteriellen Plan gerichtete Amendements der HH. Jollivet und Baſtide d'Izard.

Die Pairskammer nahm in der Sitzung am 25. Mai das Departementalgeſetz mit 98 gegen 18 Stimmen an. Hr. von Broglie legte den Entwurf über die Garantie der griechiſchen Anleihe vor, wozu der Präſident ſogleich eine Commiſſion ernannte. Dann begann die allgemeine Erörterung über den Entwurf des Elementarunterrichtes.

Die Deputirtenkammer beſchäftigte ſich am 26. Mai mit Petitionen, worunter eine von der Witwe Leſurque, deren Gatte wegen eines Irrthums des Gerichtes zum Tode verurtheilt ward. Die HH. Fulchiron und Debelleyme ſprachen für Verweiſung an die Miniſter der Juſtiz und der Finanzen, die angenommen ward. Der Vorſchlag des Hrn. Bavoux zur Wiedereinführung der Eheſcheidung ward mit 174 weißen gegen 94 ſchwarze Kugeln angenommen. Hr. Larabit entwickelte ſeinen Vorſchlag über die Trankſteuer, der nicht in Erwägung gezogen ward. Hierauf ward die Erörterung über die Tilgung fortgeſetzt.

Im Nouvelliſte heißt es: „Man meldet, daß Hr. Joſeph Perier nach Anzin abgereiſt iſt. Die Anweſenheit dieſes ehrenwerthen Deputirten, eines der hauptſächlichen Eigenthümer der Gruben, wird ohne Zweifel die von der Behörde zur Beſchwichtigung eines Zuſtandes der Dinge, deſſen Verlängerung im Intereſſe Aller, und insbeſondere im Intereſſe unſerer erſten induſtriellen Anſtalten nicht mehr geſtattet werden kann, getroffenen Anſtalten unterſtützen. Wir können bereits verſichern, daß die Miniſter des Krieges, des Innern und der Juſtiz ſich zu dem Ende verabredet haben; daß Truppen an Ort und Stelle gerichtet wurden; daß der Präfect ſich dahin begeben hat, und daß ein von dem Siegelbewahrer abgeſandter Gerichtsbeamter über dieſe ernſten und befremdlichen Vorfälle Unterſuchungen einleitet."

Der Nouvelliſte erklärt die Angabe einiger Pariſer Journale, daß der Graf Hector Lucheſi-Palli bei der Princeſſe de Beauffremont ſein Abſteigequartier genommen habe, für unrichtig.

Die franzöſiſche Akademie hat mit 18 gegen 26 Stimmen Hrn. Arnault zu ihrem beſtändigen Secretär gewählt. Hr. Viennet hat nur 2 Stimmen erhalten.

Am 25. Mai 5 Percents Fin Courant geſchloſſen zu 103 Fr. 80. 3 Percents Fin Courant geſchloſſen zu 79 Fr. 80.

Niederlande.

Nachrichten aus dem Haag vom 27. Mai, welche durch außerordentliche Gelegenheit eingelaufen ſind, zufolge, haben Se. Majeſtät der König der Niederlande die am 21. gedachten Monats zu London unterzeichnete Präliminarconvention in allen ihren Theilen ratificirt.

Belgien.

Der Moniteur Belge bricht endlich ſein Schweigen über die letzten Ereigniſſe in Brüſſel, Antwerpen und Gent. Er äußert ſich in ſeinem Blatte vom 24. Mai darüber folgendermaaßen: „Seit einigen Tagen erneuern ſich an einigen Orten bedauernswerthe Auftritte. Sie haben, wie nicht zu läugnen iſt, ihren Urſprung in den Verirrungen einer Preſſe, welche ſich nicht darauf beſchränkt, die Verwaltung anzugreifen, ſondern offen die Rückkehr der vorigen Dynaſtie herbeiruft, täglich erhabene Perſonen, die ein Recht auf die Achtung Aller haben, beleidigt, und es verſucht, bis in ihr häusliches Leben einzudringen, um darauf abſcheuliche Verläumdungen zu begründen. Und dieſer Character hat ſich, als ob das Commandowort von einem einzigen Puncte ausginge, zu derſelben Zeit und faſt in denſelben Ausdrücken in den verſchiedenen Journalen gezeigt, welche der Partei zu Organen dienen, die gewöhnlich die, durch die Revolution gegründete Ordnung der Dinge angreift. Wie groß auch die Achtung der Regierung für die Preſſe ſeyn mag, deren Verirrungen bis zu einem gewiſſen Grade von ihrer vollſtändigen Emancipation unzertrennlich ſind, ſo würde es ihr doch ſchwer geworden ſeyn, bei einer ſolchen Verdopplung der Wuth, bei einem ſolchen, beſonders gegen das unverletzliche Oberhaupt des Staates gerichteten, Syſteme der Verläumdung in einer Duldſamkeit zu verharren, welche ſie den lebhafteſten Vorwürfen bloßſtellte; aber durch den Verfall des Geſetzes vom 19. Juli 1831, deſſen Verlängerung man durch unvorhergeſehene Umſtände zu verlangen verhindert wurde, fand ſich die Regierung ſeit dem 1. Mai gegen Angriffe entwaffnet, die gerade zu einer Zeit alles Maaß überſchritten, wo ſie auf geſetzliche Strafloſigkeit rechnen konnten.

Digitized by Google

— Es iſt ſehr wahrſcheinlich, daß vernünftig begründete, gerichtliche Verfolgungen den betrübenden Auftritten vorgebeugt haben würden, zu denen die Schamloſigkeit der Preſſe Anlaß gegeben hat. Die perſönlichen Leidenſchaften verſchwinden gewöhnlich vor dem Lauf der Gerechtigkeit. Die Regierung kann jene Exceſſe nicht billigen; aber ſie iſt es ſich ſelbſt und ihrer Verantwortlichkeit ſchuldig, die muthmaaßlichen Veranlaſſungen herauszuſtellen, und die Verantwortlichkeit dafür zurückzuweiſen. — Die Regierung muß, ſo weit ihre Macht reicht, allen Bürgern den Schutz der Geſetze angedeihen laſſen, und ſie würde ihre Pflicht verletzen, wenn ſie dieſelben in dieſer Hinſicht in Kategorien theilte. — Man hat ſich laut gegen das Schreiben eines Generals (Magnan) erhoben, welches nicht für die Oeffentlichkeit beſtimmt ſchien, und welches ohne Zweifel mehr den Ausdruck der erſten Aufregung des Privatmannes, als die überlegte Anſicht des öffentlichen Beamten enthielt; denn man hat geſehen, wie er ſich in demſelben Augenblick, ſeiner Pflicht gemäß, der Sprache und Handlung der Civilbehörde anſchloß, welche allein das Recht hat, ſeine Mitwirkung in Anſpruch zu nehmen, und an die man ſich zuerſt hätte wenden müſſen. In dieſer Beziehung iſt jener Beamte vollkommen in die Anſicht der Regierung eingegangen. — Es iſt ungerecht, die Regierung für Volksreactionen verantwortlich zu machen, welche durch contre-revolutionäre Schriften und Umtriebe hervorgerufen worden ſind. Wir haben bisher nicht gehört, daß unpartheiiſche Leute die traurigen Ausſchweifungen des Monats März 1831 dem Miniſterium des Regenten vorgeworfen hätten; eben ſo wenig haben wir dem franzöſiſchen Miniſterium die Zerſtörung von St. Germain-l'Auxerrois oder des erzbiſchöflichen Pallaſtes vorwerfen hören. Man darf nicht vergeſſen, daß nach einer großen politiſchen Erſchütterung die Wirkſamkeit der Regierung bedeutend geſchwächt iſt, und daß ſie nicht immer mit Erfolg gegen die Leidenſchaften der Menge ankämpft, wenn dieſelben auf unvorſichtige Weiſe angeregt werden. — Wie dem aber auch ſeyn möge, ſo hat ſich der Miniſter des Innern bei der erſten Anzeige von den Ereigniſſen in Antwerpen beeilt, eine zuverläſſige Perſon mit Inſtructionen für die Adminiſtrativbehörde an Ort und Stelle zu ſchicken; der Juſtizminiſter hat ſeiner Seits ſeinen Untergebenen die größte Wachſamkeit empfohlen; der Kriegsminiſter hat zu demſelben Zwecke die beſtimmteſten Befehle ertheilt. — Diejenigen, welche verläumderiſcher Weiſe zu verſtehen geben, daß das Miniſterium wohl in der Stille ſolche Exceſſe unterſtützt habe, ſollten doch daran denken, daß ſie ſelbſt noch kürzlich zu ähnlichen Auftritten ermuntert, und nächtliche tumultuariſche Zuſammenrottirungen **Kundgebung der öffentlichen Meinung** genannt haben. Dieſe letzteren waren allerdings gegen Mitglieder der Verwaltung gerichtet; aber wenn man einer gewiſſen Meinung das Recht zuerkennt, ſich in öffentlichen Schmähungen und rohen Demonſtrationen kund zu geben, ſo fordert man indirecter Weiſe jede Meinung auf, ſich auf ſolche Beiſpiele zu ſtützen, und man verleitet dann oft zu ernſteren Unordnungen. — Was die von anderen Journalen geführte Sprache betrifft, ſo muß man dieſelbe als den freien Ausdruck der Anſichten ihrer Herausgeber betrachten. Die Regierung hat es oft genug erklärt, ſie ſteht nur für das ein, und kann nur für das einſtehen, was ſie durch den Moniteur bekannt machen läßt."

Am 22. Mai iſt die Ruhe in Antwerpen nicht geſtört worden. Der Zuſtand der vom Pöbel mißhandelten Perſonen bietet keine ernſtlichen Beſorgniſſe dar.

Großherzogthum Toscana.

Die **Gazzetta di Firenze** vom 27. Mai meldet: „Mit innigſter Freude geben wir die Nachricht, daß das Eheverlöbniß zwiſchen Sr. k. k. Hoheit dem Großherzoge, unſerem erlauchten Herrn, und Ihrer königl. Hoheit der Prinzeſſinn **Marie Antonie** beider Sicilien geſchloſſen worden iſt. Der Ehecontract iſt am 21. d. M. zu Neapel zwiſchen Sr. Excellenz dem Fürſten Tommaſo **Corſini**, außerordentlichen Geſandten Sr. k. k. Hoheit bei Sr. Majeſtät dem König beider Sicilien, und Sr. Excellenz dem Fürſten von **Caſſaro**, Miniſter der auswärtigen Angelegenheiten Sr. Majeſtät, unterzeichnet worden."

Teutſchland.

In der Sitzung der Kammer der würtembergiſchen Abgeordneten vom 28. Mai ward ein Geheimrathserlaß verleſen, wornach von den drei vorgeſchlagenen Candidaten Freiherr von **Gaisberg** zum Präſidenten ernannt wurde. Die Kammer beſchloß, daß **alle** Motionen, ſo wie ſie entwickelt ſind, als Beilagen zu den Protocollen gedruckt werden. Ein Vorſchlag Menzels, jede Motion auf höchſtens drei Druckbogen zu beſchränken, ward verworfen. Die Kammer wählte ſodann die Militärcommiſſion, die Geſchäftsvertheilungscommiſſion und die Juſtizcommiſſion, für welch letztere gewählt wurden: Schott, von Probſt, Pfizer, Hufnagel, Mayer, Fuchs und von Raßler. Endlich ward gemeinſchaftlich mit der Kammer der Standesherren die Wahl einer Commiſſion für die Leitung der Staatsſchuldenverwaltung vorgenommen, die aus einem Mitgliede aus der Kammer der Standesherren und vier der Kammer der Abgeordneten beſteht. Die Ständekammer wählte den Grafen von Reiſchach mit 99, den Freiherren von Ow mit 68, Gmelin mit 66, Bauer mit 64, Schnitzer von Münſingen mit 61 Stimmen. Weitere Stimmen erhielten: Graf von Franquemont 9, Schott 39, Freiherr von Hornſtein 38, Honold 33, Hufnagel 32.

Das königl. bairiſche Regierungsblatt vom 30. Mai enthält den Abſchied für den Landrath des Ober-Mainkreiſes, über deſſen Verhandlungen in der Sitzung vom 21. Februar bis 6. März 1833; dann folgende Dienſtesnachrichten: „Se. Maj. der König haben ſich vermöge allerhöchſter Entſchließung vom 25. Mai d. J. allergnädigſt bewogen gefunden, den Staatsrath in außerordentlichem Dienſte, Arnold von **Mieg**, als Bundestagsgeſandten, dann als außerordentlichen Geſandten und bevollmächtigten Miniſter am kurheſſiſchen und großherzoglich-heſſiſchen, dann herzoglich-naſſauiſchen Hofe, zu ernennen, ferner den Canonicus am erzbiſchöflichen Capitel zu München, Franz Xaver **Schwäbel**, zum Biſchofe von Regensburg allergnädigſt zu ernennen geruht."

Am 3. Juni war zu **Wien** der Mittelpreis der

Staatsſchuldverſchreibungen zu 5 pCt. in CM.	94 17/32;
detto detto zu 4 pCt. in CM.	84 5/8;
Darleh. mit Verlooſ. v. J. 1820, für 100 fl. in CM.	191;
detto detto v. J. 1821, für 100 fl. in CM.	135;
Wiener-Stadtbanco-Obligat. zu 2 1/2 pCt. in CM.	53 5/8;
Conv. Münze pCt. ——;	

Bankactien pr. Stück 1236 1/2 in CM.

Hauptredacteur: Joſeph Anton Edler von Pilat.

Verleger: Anton Strauß ſel. Witwe in der Dorotheergaſſe Nr. 1108.

Digitized by Google

Nro. 156

Oeſterreichiſcher Beobachter.

Mittwoch, den 5. Juni 1833.

Meteorologiſche Beobachtungen vom 4. Juni.	Zeit der Beobachtung.	Barometer auf 0° Reaumur reducirt. Pariſer Maß.	Wiener Maß	Thermometer Reaumur.	Wind.		Witterung
	8 Uhr Morg.	27.210	27 3. 11 2. 7 P.	+ 12.0	SSO.	ſchwach.	Wolken.
	3 Uhr Nachm.	27.170	27 11 1	+ 19.5	NO.	ſtill.	—
	10 Uhr Abnds.	27.145	27 10 9	+ 12.0	S.	ſchwach.	trüb.

Großbritannirn und Irland.

In der Sitzung des Untrrhauſrs vom 22. Mai (deren wir bereits kurz erwähnten) trug Hr. Tooke darauf an, daß ein beſonderer Ausſchuß niedergeſetzt werde, um zu erwägen, auf welche Weiſe die in der letzten Seſſion angenommene Reformbill noch verändert und verbeſſert werden könnte, um ihre Wirkung zu erleichtern, und die durch dieſelbe veranlaßten Koſten zu verringern. Er beabſichtige nicht, bemerkte der Redner, irgend einen der großen Grundſätze jenrr Bill anzutaſten, ſondern dirjenigrn tadelnswerthen Beſtimmungen zu entfernen, welche bei der letzten Einregiſtrirung zu ſo ungeheuren Koſten geführt hätten. Wenn die Reformbill nicht auf irgend eine Weiſe verändert werdr, ſo fürchte er ſehr, daß ſie bei der nächſten Wahl nicht ſo gut wirken werde, als bei der vergangenen, weil die Mängel allgemeiner bekannt werden, und ſich Perſonen finden würden, die daraus Vorthril zögen, um einen ungehörigrn Einfluß auf die Wahlen auszuüben. Lord J. Ruſſrll widerſetzte ſich dem Antragr, indem er es für höchſt unzweckmäßig halte, irgend einr Veränderung in der Reformbill vorzunehmen, bevor man nicht die fernere Wirkung derſelben genauer beobachtet habe. Der Sollicitorgeneral und Hr. S. Rire räumten ein, daß ſich manche Beſtimmungen als mangelhaft erwieſen hätten, daß aber eine längere Erfahrung nöthig ſei, um Veränderungen mit der Bill vorzunehmen. Hr. Sanford wünſchte, daß jede Veränderung in dieſer Hinſicht von der Regierung ausgehen möchte, und forderte die Miniſter auf, über dieſen Punkt einr beſtimmer Erklärung abzugeben. Der Sollrritorgeneral ſagte hierauf, er könnr dem Hauſe verſichern, daß die Regierung jeder Andeutung zur Verbeſſerung der Reformbill die ſorgfältigſtr Aufmerkſamkeit ſchrnke. Die Miniſter wünſchten Alles zu thun, was das allgemeinr Beſte zu fördern geeignet ſei, und ſir hofften, daß ſir in der nächſten Seſſion im Stande ſeyn würden, Verbeſſerungen vorzuſchlagen, die allgemeine Zufriedenheit erregen würden. (Hört! hört!) Hr. C. Bullrr erklärte, daß er ſich einem ſolchen Aufſchube bis zur nächſten Seſſion aus vier Gründen widerſetzen müſſe: 1) weil die Miniſter in der nächſten Seſſion vielleicht nicht mehr Miniſtrr wären (hört! hört!), und es daher nicht in ihrer Macht ſtehen möchte, ihr Verſprechen zu erfüllrn; 2) weil ſir ohnehin zu thun genug hätten, und ſich nicht noch dieſe Laſt aufzuladen brauchten; 3) weil ſir alle Dinge, die ſie übernommen, ſo ſchlecht geleitet hätten, daß er nicht grneigt ſei, ihren ferneren Beſtrebungen ſonderlich zu trauen (hört! hört!), und 4) endlich, weil er der Meiuung ſei, daß jedr Veränderung in der Reformbill paſſendrr vom Unterhauſe als von den Miniſtern ausgehe. (Beifall.) Hr. Ellire machte auf die Menge wichtiger Gegenſtände aufmerkſam, mit denen ſich das Haus in der gegenwärtigen Seſſion noch zu beſchäftigen habr, und drückte die Hoffnung aus, daß man deßhalb dem Wunſche der Regierung nachkommen und dieſe Frage bis zur nächſten Seſſion verſchieben werde. Bei der Abſtimmung ergaben ſich für den Antrag des Hrn. Tooke 68 Stimmen, grgen denſelben 94, Majorität 26 Stimmen. — An der Tagesordnung war nunmehr die zweite Leſung der Bill wegrn bürgerlicher Gleichſtellung der Juden. Sir R. Inglis ließ ſich zuerſt gegen dieſelbe vernehmen. Es ſei, ſagte er, jetzt dir Frage, ob dir Geſetzgebung fortfahrrn ſolle, wenigſtens dem Namen und der Form nach eine chriſtliche zu ſeyn, oder ob ſie zum Theil aus Perſonen beſtehen ſolle, wrlche die hriligſten Perſonen der chriſtlichen Religion für Gotteslåſterer und Götzendiener erklärten, dir Gott verhaßt wären, und von den Menſchen verflucht werden müßten. Es thue ihm leid, daß der ſehr ehrenwerthe Herr (R. Grant) den Antrag auf die zweite Leſung nicht durch rine Rede eingeleitet habe, und daß er ſich daher auf dir Beantwortung einiger früheren Bemerkungen beſchränken müſſe. Bei jener Gelegenheit habe der ſehr ehrenwerthr Herr ſich einige Irrthümer zu Schulden kommen laſſen, als er von der Behandlung der Juden bei andern Nationen geſprochen habe. Der ſehr ehrenwerthe Herr habr nämlich geſagt, daß in Hamburg und andern teutſchen Staaten die Lage drr Juden ſehr verſchiedrn von der in England ſei, und daß er wünſche, die brittiſchen Juden mit denen jener Länder gleichzuſtellen. Aus der hamburgiſchen Verfaſſung gehe nun aber hervor, daß Niemand, der ſich nicht zum lutheriſch-evangeliſchen Glauben brkenne, zu einem bürgerlichen Amte erwählt werden könne; wenigſtens beſage dieß eine Abſchrift der Verfaſſung Hamburgs,

welche dem Parlamente im Jahre 1816 vorgelegt worden ſei. Das Hans müſſe die Frage übrigens nicht mit Bezug auf die Einrichtnngen anderer Staaten, ſondern mit Rückſicht auf den Geiſt der beittiſchen Verfaſſung erörtern. — Eine große und, ſeiner Meinung nach, eine ſchlagende Einwendung gegen die Maaßeegel ſei das ausſchließende Weſen der Juden. Sie wären in allen Dmgen ausſchließend. Während des Keieges habe man einen jüdiſchen Schlächter nach Brighton ſchicken müſſen, da die dortigen Juden das von chriſtlichen Schlächtern geſchlachtete Fleiſch nicht hätten eſſen wollen. Die Juden wären in der That ſo ausſchließend in ihren Grundſätzen, daß ſie in allen Ländern, wo ſie lebten, immer vollkommene Fremdlinge blieben, nnd man könne ſie nie zu Engländeen machen, ſo lange ſie mehr Antheil an dem Schickſal der Juden in Paris nnd Waeſchau, als an dem der Engländer in der nächſten Stadt nähmen. So langr ſir daher ihren ausſchließenden Character beibehielten, dürfr man ſie nicht zu den Rechten der Engländer zulaſſen. Die Indrn könnten auch keinen Anſpruch auf die Erwerbung ſolcher Rechte machen, da ſir die Bedingungen nicht erfüllten, welche ein chriſtliches Land verlange. Er beſtreite, daß in den ihnen auferlegten büegerlichen Unfähigkeiten eine Verfolgung liege. Wenn eine chriſtliche Geſetzgebung das jetzt beabſichtigte Geſchenk nicht bewilligen dürfe, ſo dürfe auch anderee Seits das jüdiſche Volk daſſelbe nicht annehmen. Es gäbe zwei große Parteien unter den Juden, und die ſtrenggläubigen wünſchten die Maaßregel keineswegs, welche von ſeinem ſehr ehrenwerthen Freunde zu ihrkn Gunſten vorgeſchlagen worden ſei. Habe etwa irgend eine Synagoge eine Bittſchrift zn Gunſten der Maaßregel eingereicht? Liege irgend etwas auf der Tafel des Hauſes, was die Theilnahme der orthodoxen Juden für dieſen Gegenſtand zu eekennen gäbe? Es gäbe gewiſſenhafte Juden, welche aus gewiſſenhaften Gründen gegen die Maaßregel wären. Zum Beweiſe dieſer Behauptung berufe er ſich auf die Schrift eines ſehr gelehrten Rabbiners, der bei einer Univerſität angeſtellt ſei. Der Redner verlas einige Auszügr aus der in Rede ſtehenden Schrift, worin geſagt wnrde, daß die Juden gegen den Willen der Allmacht handelten, wenn ſie eine ſolche Maaßregel forderten, und worin der Veefaſſer ſie daran erinnerte, daß die Juden keine feeien Männer ſeyn könnten, außer im Lande Kanaan. Der Redner ſchloß mit dem Antrage, daß die Bill heute über ſechs Monate zum zweiten Male verleſen werde. Hr. Sinclair unterſtützte dieſes Amendement. Er halte es für ſeine Pflicht, als Chriſt, welcher Mißdentung er auch ausgeſetzt ſeyn möge, ſich der Maaßregel zu widerſetzen. — Hr. Buckingham ſagte, daß in allen den zu einem Geſetzgeber erforderlichen Eigenſchaften, in Rechtlichkeit, Erfahrung und Einſicht, die Juden ihren chriſtlichen Brüdern nichts nachgäben. Aus eigener Erfahrung wiſſe er, daß der Charaeter der Juden nichts weniger ausſchließend ſei; wenn ein ſolcher Zug hin und wieder vorkomme, ſo ſei er durch die Verfolgung von Seiten der Chriſten erzengt worden. (Hört! hört!) Die chriſtliche Religion ſei von zu edlem. zu erhabrnem, zu göttlichem Charakter, als daß ſie ſich ſolcher unwürdiger Mittel, wie Verſolgung und Unterdrückung. zu bedirnen brauche. (Hört!) Hr. Finch erklärte ſich entſchieden gegen die Bill. Die Frage, welche dem Hauſe vorliege, ſei nicht die Erniedeigung. ſondern die Erhöhung der jüdiſchen Nation. In Rechtsſachen wären die Juden bereits mit den übrigen Unterthanen auf gleichen Fuß geſtellt worden, mit Ausnahme von gewiſſen conventionellen Rechten, in welcher Beziehung ſie nur mit vielen andern Perſonen gleichſtänden, welche nicht einmal das Recht hätten, bei Wahlen von Parlamentsmitgliedern mitznſtimmen. Er behauptr, daß derjenigr nicht geeignet ſei, das wichtige Amt eines Richtes anszufüllen, der einen höchſt weſentlichen Theil des gemeinen Rechtes dieſes Landes längne. (Hört!) Der Vorſchlag laufe darauf hinaus, die beſtehende Kirche über den Hauſen zn werfen, und ee glaube, daß derſelbe deßhalb von vielen Mitgliedern unterſtützt werde. Indeſſen ſei er überzeugt, daß die Proteſtanten dieſes Landes im Allgemeinen der Maaßregel abgeneigt wären, und deßhalb werde ee gegen dieſelbe ſtimmen. Sie O. Mosley ſagte, daß, wenn die jetzt dem Hauſe voeliegende Bill in ein Geſetz verwandelt würde, die Geſetzgebung nicht länger den Namen einer chriſtlichen verdienr. Alle Zugeſtändniſſe, die man den Katholiken gemacht habe, könnten nicht als Beiſpiel dafür dienen, daß man gleiche Rechte einer Claſſe von Menſchen bewilligen müſſe, die den heiligen Namen Jeſu läſterten. (Nrin! nein!) Die ehrenwerthen Mitglieder möchten vielleicht dieſe Behauptung beſtreiten, er wünſchte aber wohl die Geſinnungen der Juden ſelbſt darüber zu höeen. Wenn man die vorgeſchlagene Bill durchlaſſe, ſo liege es im Bereich der Möglichkeit, ja, es ſei ſogar nicht unwahrſcheinlich, daß ein Jude auf den Stuhl des Sprechees berufen würde. (Gelächter.) Könne in einem ſolchen Falle der Jude bei den Gebeten gegenwäetig ſeyn, und, wenn er gegenwäetig wäre, hieße das nicht ein feierliches Poſſenſpiel mit dem Cheiſtenthume treiben? Durch die Annahme einer ſolchen Bill würde das Haus nue noch dem Namen nach, aber nicht mehr in Wirklichkeit chriſtlich ſeyn, und den Inſtitutionen dieſes Landes ein nicht wieder gutzumachender Nachtheil zugefügt werden. (Hört!) Dr. Lushington ſagte, er könne nicht umhin, zu bemerken, daß die Gegner der Bill, obgleich ſie ſich zum chriſtlichen Glauben bekennten, doch eine der erſten Lehren desſelben vergäßen — nämlich die, „was du nicht willſt, das dir die Andern thun, das thue ihnen auch nicht;" insofeen ſie entſchloſſen ſchienen, ein Syſtem der Ausſchließung von billigen Rechten gegen eine beſondere Claſſe von Menſchen fortzuſetzen; obgleich ſie ſelbſt, wenn ſie nur den zwanzigſten Theil jener Ausſchließung eeteagen ſollten, die Erſten ſeyn würden, die das Syſtem für abſcheulich und unerträglich erklärten. (Hört!) Er ſei der Meinung, daß diejenigen, die einer

Digitized by Google

gewiſſen Anzahl von Unterthanen die Fähigkeit zur Ausübung der Pflichten eines Parlamentsmitgliedes nicht abſtritten, verpflichtet wären, zu zeigen, daß das Betragen der Juden ihre Ausſchließung von dieſem Amte rechtfertige, oder daß ihre Zulaſſung von nachtheiligen Folgen begleitet ſeyn würde. Ueber dieſe Puncte wären keine Beweiſe beigebracht worden, wohl aber habe man behauptet, daß die Geſetzgebung durchaus chriſtlich ſeyn müſſe. Er beſtreite dieſe Nothwendigkeit, und behaupte, daß ein ſolcher Grundſatz noch von keinem Publiziſten aufgeſtellt worden ſei. Wenn dieß daher nicht der Fall wäre, ſo ſehe er nicht ein, was ſich gegen die Bill einwenden laſſe. Man habe allerdings geſagt, daß dieſelbe den Muhamedanern und den Schülern des Zoroaſter die Thüren des Parlamentes öffnen würde. Er gehöre zu denen, die es gern ſehen würden, wenn alle Entfähigungen wegen zu leiſtender Eide aus dem Geſetzbuche geſtrichen würden, und man es den Wählern überlaſſe, deren Intereſſe dabei auf dem Spiele ſtehe, diejenigen zu ihren Repräſentanten zu wählen, die ſie am geeignetſten halten, ihre Rechte und Intereſſen zu beſchützen und zu vertheidigen. Den Markt für das Talent dürfe man nicht einengen und beſchränken, kein Land beſitze einen ſolchen Ueberfluß an dieſer Waare, daß man vernünftiger Weiſe das Ausſchließungsſyſtem auf ſie anwenden könne. Er müſſe wiederholt beſtreiten, daß die Annahme der vorliegenden Bill die chriſtliche Religion in Gefahr ſetze, und er beſchwöre das Haus, das durch die Abſchaffung der Teſt- und Corporationsacte und durch die Emancipation der Katholiken begonnene große Werk durch die Gleichſtellung der Juden zu vervollſtändigen und ſich nicht durch diejenigen leiten zu laſſen, welche früher eine Secte Götzendiener genannt hätten, und jetzt eine andere als Gottesläſterer bezeichneten. (Hort! hört!) Er hoffe, das Haus werde die jüdiſchen Unterthanen Sr. Majeſtät nicht länger in dem Zuſtande der Erniedrigung laſſen, in welchen grauſame Geſetze ſie geſtürzt hätten, und dann ſei er überzeugt, daß die Juden das ihnen gemachte Zugeſtändniß dadurch rechtfertigen würden, daß ſie, zu ihrer eigenen Ehre und zum Vortheile des Landes, eine höhere Stufe in der Geſellſchaft einnehmen werden. (Beifall.) — Hr. E. Buller widerſetzte ſich der Bill. Er war der Meinung, daß derſelbe Grundſatz, der feſtgeſtellt habe, daß ein gewiſſes Eigenthum nothwendig ſei, um einen Sitz im Parlament einnehmen zu können, auch auf die Religion Anwendung finde. Er habe kein Argument zu Gunſten der Maaßregel gehört, welches ſich nicht auch auf die Bewilligung des allgemeinen Wahlrechtes anwenden laſſe. — Hr. Finn erklärte, daß er, als einer der Katholiken, denen kürzlich der Eintritt ins Haus geſtattet worden ſei, die gegenwärtige Maaßregel unterſtützen müſſe, indem dieſelbe ein Act der Gerechtigkeit, und er überzeugt ſei, daß man von der Annahme derſelben nichts zu fürchten habe. Als letzter Redner ließ ſich nun noch Lord John Ruſſell vernehmen. Er wolle, ſagte er, die Gelegenheit nicht vorübergehen laſſen, dem Grundſatze der Bill ſeinen Beifall zu ertheilen. Es ſei ihm unbegreiflich, wie man behaupten könne, die Verfaſſung gerathe durch Annahme der Bill in Gefahr. Die Zahl der Juden in England belaufe ſich auf 27,000. Drei oder vier davon würden vielleicht den Richterſtand erwählen; vier oder fünf zu Aemtern berufen werden, und einer oder zwei dürften vielleicht Sitze im Parlamente erlangen. In Bezug auf das Princip habe er immer behauptet, daß religiöſe Meinungen kein Grund zu bürgerlichen Unfähigkeiten ſeyn dürften. Wenn man religiöſe Meinungen zum Gegenſtand einer Strafe machen wolle, ſo dürfe man billiger Weiſe nicht bei der Ausſchließung vom Parlamente ſtehen bleiben, ſondern man müſſe eigentlich die Verbannungs- oder Todesſtrafe ausſprechen; er kenne hier keinen Mittelweg zwiſchen der ſtrengſten Strafe und gar keiner. Da er niemals einen vernünftigen Grund habe anführen hören, warum ein Jude nicht im Stande ſeyn ſollte, bei der Vertheidigung der Krone und der Verfaſſung Englands ſeine Pflicht auf eine eben ſo rechtliche und tapfere Weiſe zu erfüllen, als jeder andere Unterthan, ſo gebe er der vorliegenden Bill ſeine herzliche Zuſtimmung. Die Abſtimmung ergab folgendes Reſultat: Für die zweite Leſung 159 Stimmen; dagegen 52 Stimmen; Majorität 107 Stimmen. Die Bill wurde hierauf zum zweiten Male verleſen und der Ausſchuß auf den 31. feſtgeſetzt. Das Haus vertagte ſich um Viertel auf 3 Uhr.

In Weſtminſter fand am 23. Mai wieder eine Verſammlung mit Hinſicht auf die Abſchaffung der Häuſer- und Fenſterſteuer Statt. Ein Hr. Ewen machte darin den Vorſchlag, man möge ſich doch einmal an Sir Robert Peel wenden, und ihn um ſeine Unterſtützung erſuchen, denn da die Whigs ſich als treulos erwieſen, ſo könne man es wohl wieder mit den Tories verſuchen. Es wurde indeß darauf nicht eingegangen und überhaupt beſchloſſen, die Zuſammenkünfte auf eine Woche zu vertagen, damit man vorerſt ſähe, welches Verfahren die andern Kirchſpiele der Hauptſtadt beobachten würden.

Der Marquis von Palmella iſt am 23. Mai von London nach Falmouth abgereiſt, um ſich wieder nach Oporto zu begeben. Mit ihm zugleich iſt ein brittiſcher Marinecapitän eben dahin abgegangen, um auf dem Geſchwader des Admirals Sartorius zu dienen. Am 24. ſollten noch mehrere Freunde der conſtitutionellen Sache nach Falmouth abgehen, und es ſind alle Anſtalten getroffen, damit unverzüglich Vorräthe für Dom Pedro's Armee und Marine verſchifft werden können. „Der Marſchall Solignac," ſagt der Sun, „iſt übrigens in einer viel beſſern Lage, als ſein Gegner; er hat viel mehr Artillerie und Munition, und man erwartet, daß er um die Mitte des Juni den Feldzug eröffnen wird. Sobald er die Offenſive ergreift, muß es, nach der Meinung aller mit den Hülfsquellen beider ſtreitenden Parteien bekannten Perſonen, ſehr ſchnell zu einer Entſcheidung kommen, da keine von beiden die Mittel beſitzt, den Kampf in die Län-

Digitized by Google

ge zu ziehen. Leider müſſen wir die traurige Nachricht beſtätigen, daß die Armen in Oporto die größte Noth leiden. Durch lange Entbehrungen geſchwächt, ſind ſie der Cholera eine leichte Beute geworden, und die Sterblichkeit hat beträchtlich zugenommen. In Liſſabon ſcheint jedoch das Elend und das Erkranken unter den niederen Ständen noch viel größer zu ſeyn als in Oporto.“ — Der **Albion** ſagt: „In einer neulich von uns mitgetheilten Correſpondenznachricht aus Liſſabon hieß es, daß Dom Miguel den Vorſchlag gemacht habe, dem Kampf durch eine Verbindung mit ſeiner Nichte Dona Maeia ein Ziel zu ſetzen, daß Dom Pedro aber einem ſolchen Vergleiche widerſteebe. Nun ſind Gerüchte in der City im Umlaufe, welche mit jener Nachricht übereinſtimmen und ſie noch glaublicher machen. Man will nämlich wiſſen, daß Dom Mignel mit dem General Saldanha eine Unterredung in dieſer Angelegenheit gehabt habe. Unterdeſſen werden aber die Rüſtungen zur Fortſetzung des Kampfes von beiden Seiten mit erneuerter Lebhaſtigkeit begonnen.“

Die **Times** enthält ein älteres Schreiben aus **Oporto** vom 6. Mai, demzufolge das unter den niederen und Mittelelaſſen daſelbſt herrſchende Elend ungemein groß iſt. Schon werden 5000 Perſonen auf öffentliche Koſten mit Suppe geſpeist, um ſie nur gegen Hunger zu ſchützen, und wenn die Einſchließung nur noch kurze Zeit länger dauere, ſo würde die Anzahl der Hülfsbedüeſtigen auf 10.000 ſteigen. Der Schreiber dieſes, ſelbſt Mitglied der Committee zur Verſorgung der Dürftigen, ſpricht das Mitleid der Engländer an, und bemerkt, daß Admiral Parker, der engliſche Conſul in Liſſabon und viele dortige Kaufleute reichlich unterzeichnet hätten.

Zeitungen aus **Madras** vom 3. Febeuar melden, daß die Cholera wieder ſchreckliche Verheerungen in dieſer Statthalterſchaft anrichte. Die Eingebornen leiden noch mehr daran als die Europäer. Man ſchreibt die erneuerte Heſtigkeit dieſer Epidemie dem Mangel an Regen zu.

Conſols am 24. Mai $89\frac{3}{8}$, $\frac{5}{8}$.

Rußland.

Die **St. Petersburger Zeitung** vom 21. Mai theilt folgende Nachrichten aus dem ruſſiſchen Lager bei **Chunkiar-Iskeleſſi** mit: „Das zweite Detaſchement der Landungstruppen, welches, unter dem Befehl des Generallieutenants Otroſchtſchenka, bekanntlich aus der zweiten Brigade der 26ſten Infanteriedivision und einer leichten Artilleriecompagnie zu Fuß beſtehend, am 12. April hierſelbſt anlangte, kam zur augenſcheinlichen Freude der türkiſchen Regierung ſogleich ans Land und bezog in gehöriger Ordnung das allgemeine Feldlager. — Dieſes Detaſchement wuede am Ufer von des Sultans Generaladjutanten, Muſchir Achmed Paſcha, im Namen ſeines Gebieters mit den ſchmeichelhafteſten Bewillkommnungen empfangen. Unterdeſſen hatte der commandirende Seraskier Chosrew Paſcha mit der äußerſten Thätigkeit alle Maaßregeln getroffen, um den neu angelangten Truppen dieſelben Bequemlichkeiten und Vortheile, deren ihre Gefährten ſich erfreuen, zu verſchaffen. Der Sultan ſchickte ihnen anſehnliche Rinder- und Schafheerden zum Geſchenk, den Offizieren Pferde aus ſeinen eigenen Marſtällen und für die Regimentsfuhren Laſtpferde und Maulthiere. Die Truppen der Leibgarde des Sultans, die mit unſern Soldaten gemeinſchaftlich im Lager ſtehen, werden zum öftern vom Generallieutenant Murawieff gemuſtert. Unter ihnen iſt, dem Wunſche Sr. Hoheit gemäß, in Hinſicht auf den inneren Lagerdienſt, völlig die bei unſern Truppen beſtehende Ordnung eingeführt worden; ſo haben ſie unter Andern unſere Form bei den Tagsapporten angenommen und liefern dergleichen in türkiſcher Sprache täglich dem General Murawieff. Das gute Vernehmen zwiſchen ihnen und unſer Truppen wächſt mit jedem Augenblicke. — Seit den letzten Berichten hat die Zahl der Kranken in unſerem Detaſchement um nichts zugenommen. Die Keanken leiden großtentheils an Erkältungsfiebern und werden ſchnell und leicht geheilt. Die Sterblichkeit unter den Truppen iſt unbedeutend; ſeit ihrer Ankunſt im Canal bis zum 12. (24.) April ſtarben zwei. Das neu angelangte Detaſchement zählt nur äußerſt wenige Kranke.“

Am 9. Mai iſt der türkiſche Brigadegeneeal Namik Paſcha von Odeſſa nach Konſtantinopel abgegangen. An demſelben Tage Abends traf der Geneealgouveeneue von Neureuſſen und Beſſaeabien, Graf Woronzoff, wieder in Odeſſa ein.

Frankreich.

Die **Deputirtenkammer** nahm am 25. Mai die zwei erſten von der Commiſſion amendirten Artikel des Tilgungsentwurfes an. Nach dem erſten Aetikel ward die Dotation der Tilgungseaſſe, im Betrage von $44\frac{1}{2}$ Millionen, nebſt allen amortirten Renten, über welche in der gegenwärtigen Seſſion nicht disponirt wird, vom 1. Juli an, im Verhältniſſe des Nominaleapitals jeder Art von Schuld zwiſchen den 5, $4\frac{1}{2}$, 4 und 3percentigen Renten vertheilt.

Die Nacheichten aus **Anzin** lauten, dem **Nouvelliſte** vom 26. Mai zufolge, viel beſſer. Man hofft eine ſchnelle und glückliche Löſung.

Die **Gazette Medicale** meldet, daß nun nicht mehr bloß 50,000, oder 200,000 Perſonen in Paeis an der Grippe leiden, ſondern man könne mit Wahrheit behaupten, daß vier Fünftheile dee Pariſee Bevölkerung in verſchiedenen Graden daran litten. Hier würden, ſo wie in London, die Voeſtellungen der Oper wegen Heiſerkeit der Sänger öfters unterbrochen.

Am 26. Mai um $1\frac{1}{4}$ Uhr Nachmittags 5Percents 104 Fr. 3Pereents 80 Fe.

Belgien.

Den neueſten Nachrichten aus **Gent** und **Antwerpen** zufolge, iſt die Ruhe daſelbſt vollkommen wiedeehergeſtellt. Der (in **Brüſſel** erſcheinende) **Lynx** beginnt ſein Blatt vom 25. Mai mit folgender Erklärung: „Rückſichten, welche wir gern achten, beſtimmen uns, die Erzählung einiger Unterredungen zu unterdrücken, zu denen ein Schreiben des Eigenthümees dieſes Journals Anlaß gegeben hat. — Man erlaube uns, unſere Erklä-

rungen über das Vergangene hierauf zu beſchränken; und was die Zukunft betrifft, ſo zeigen wir, um die Freunde der waheen Feeiheit und der öffentlichen Ordnung zu beruhigen, und ihnen die Ueberzeugung zu verſchaffen, daß ſich die Auftritte der Unordnung wenigſtens in Brüſſel nicht wiederholen werden, mit Vergnügen an daß wir die Verſicherung erhalten haben, daß beſtimmte Befehle erlaſſen worden ſind, um den Anſtiftern jener Unruhen Achtung für bie Geſetze einzuflößen."

Bei den Wahlen in dem Diſtricte Tournay hat das Miniſterium eine auffallende Niederlage erlitten, wodurch ſich die plötzliche Abſetzung des dortigen Diſteietseommiſſarius, Hrn. Doignon, erklärt. Die bisherigen Repräſentanten, Hr. Goblet, Miniſter der auswärtigen Angelegenheiten, und Hr. Ch. Lehon, belgiſcher Geſandter in Paris, ſind nämlich in der Minorität geblieben; an iheer Stelle wurden ber obenerwähnte Hr. Doignon und Hr. Trenteſeaux erwählt.

Teutſchland,

Eine außerordentliche Beilage zur Münchener politiſchen Zeitung vom 31. Mai enthält folgende Nachrichten: „Nachdem alle Nachrichten aus Rheinbaiern bis zum 25. Mai beſtätigten, daß in allen Theilen des Kreiſes — das einzige Städtchen Neuſtadt ausgenommen — vollkommene Ruhe und Ordnung herrſche, und an die von auswärtigen Umwälzungsmännern verkündigte Wiederholung des Hambacher-Feſtes nirgends im Ernſte gedacht werde; nachdem die große Mehrzahl der Landgemeinden vielmehr ſich laut gegen jede Ruheſtörung und Ordnungswidrigkeit ausgeſprochen und mehreee deeſelben ſich ſogar von freien Stücken bereit erklärt hatten, jede dießfalls nöthige Maaßregel der Regierung ſelbſt unterſtützen zu wollen, erhalten wir dennoch ſo eben die vollkommen zuverläſſige Nachricht, daß Neuſtadt am 26. und 27. d. M. wieder der Schauplatz grober Exceſſe geweſen. — Beeeits am 26. Nachmittags war nächſt dieſem Orte auf dem ſogenannten Capellenberge an einem Baume eine dreifarbige (ſchwarz-roth-goldene) Fahne befeſtigt worden, und faſt gleichzeitig trafen mehrere Wägen mit Studenten aus Heidelberg in dem genannten Städtchen ein, was um ſo mehr auffallen mußte, als, ſicherem Vernehmen nach, die königlich baieriſche Regierung das ausdrückliche Anſuchen an die benachbarten geſtellt hatte, insbeſondere den Hochſchülern in dieſen Tagen keine Päſſe nach Rheinbaiern auszuſtellen. Die Polizei ſah ſich daher genöthigt, die verordnungsmäßigen Vorſichtsmaaßregeln gegen fremde, ohne beſtimmt angegebene Zwecke Reiſende eintreten zu laſſen. Die Ankunft der Studenten, eine gleichzeitig einem Neuſtädter Bürger zu Theil gewordene berbe Zurechtweiſung, welcher ſich abermals erlaubt hatte, mit brennender Tabakspfeife nächſt an einem Wachtpoſten voeüberzugehen, gaben Veranlaſſung, daß ſich mehr als gewöhnlich Menſchen in den Straßen verſammelten. Indeſſen gelang es der Polizei mit leichtee Mühe und Zuhülfenahme von Militärpatrouillen, die Straßen ſchnell zu ſäubern, jedem Exceſſe voezubeugen, und vollkommene Ruhe alsbald herzuſtellen. Auch die ſofortige Abnahme der auf dem Capellenberge aufgeſteckten Fahne ging vollkommen ruhig, faſt unbemerkt vorüber, eben ſo die Nacht vom 26. auf den 27. Nichtsdeſtoweniger ward es unter den angegebenen Umſtänden fur zweckmäßig erachtet, das Hambacher-Schloß noch am 26. Abends durch eine Compagnie Infanterie beſetzen zu laſſen. — Am 27. Vormittags traf der Director der königlichen Regierung zu Speyer, Fürſt von Wrebe, und unmittelbar nach ihm der General von Horn in Neuſtadt ein, wo ſich bereits der Landcommiſſär und der, wegen Krankheit bes Hauptmanns Dumas die Gendarmerie commanbirenbe Lieutenant Kreuzer befanden. Am 27. zogen noch zwei Compagnien Infanterie mit vier Kanonen und eine Eseadron Cheveaulegers in bas Städtchen ein, in welchen bereits vier Compagnien von dem am 2t. d. M. eingetroffenen Bataillon des 15ten Linien-Infanterieregimentes in Garniſon lagen. Nicht ſobald traf am letztgenannten Tage Morgens die Nacheicht in Neuſtadt ein, daß auf dem nächſtgelegenen Lambrechtsberge ſich eine bedeutende Volksmenge verſammle, als auch dorthin eine Compagnie Infanterie geſendet wurde. Die auf dem Lambrechtsberge verſammelte Menge zog ſich beim Erſcheinen bes Militärs zurück unb zerſtreute ſich alsbald von ſelbſt. Vier Heidelberger Studenten wurden nach Neuſtadt eingebracht und ſofort über die Gränze inſtradirt. Weniger ruhig ging es indeſſen auf dem Hambacher-Schloßberge her, wo ſich ebenfalls eine bedeutende Menſchenmenge verſammele hatte. Ungeachtet bes Verbotes, an dieſem Tage auf dem Hambacher-Berge Schenkbuden aufzuſchlagen, war doch eine beträchtliche Quantität Wein in Fäſſern auf den Berg geſchafft worben, um welche ſich die Menge lagerte. — Wahrſcheinlich vom Weine erhitzt, begannen ſchon gegen Mittag bie Neckereien gegen das Militär, welche endlich in Beleidigungen unb Drohungen übergingen. Dem Abſingen von Freiheitsliedern folgte das Brüllen der Marſeillaiſe und Ausrufungen, welche es nothwendig machten, den Befehl zu ertheilen, die Weinfäſſer ſofort zu entfernen und die Anweſenden wegzuweiſen. Die konigliche Genbarmerie vollzog dieſen Auftrag mit Schnelligkeit und Ordnung. Als indeſſen bie Volksmenge auf dem unterſten Plateau vom Schloſſe angekommen war, ſammelte ſie ſich wieder, ber Geſang der Marſeillaiſe begann aufs Neue, Beleidigungen und Schimpfreden gegen das Militär wurben unaufhorlich ausgeſtoßen, ſogar gegen bie erbabene Perſon des Monarchen wurden unehrerbietige Aeußerungen laut. — Sonach blieb denn nichts Anderes übrig, als bie rohe Pöbelmaſſe auch hier vertreiben unb zerſtreuen zu laſſen, zu welchem Zwecke der Gendarmerie-Obeelieutenant Kreuzer mie einigen Gendarmen abgeſenbet wurde, um bie Leute auseinandergehen zu heißen. Da der dießfallſigen Aufforderung nicht ſogleich Folge geleiſtet wurde, erhielt ein Offizier mit einem Zuge Linienſoldaten den Auftrag, die höhnende Menſchenmenge zu vertreiben. Obwohl nun die letztere ſich zum großten Theile verlief, blieben doch mehrere ſtehen, und erwarteten bie einzeln herunterkommenden Soldaten und Gendarmen, überfielen dieſelben mit Meſſern, bei welcher Gelegenheit ein Gendarme eine Stichwunde erhielt, was zu Arreſtationen Anlaß gab. Als in dieſem Getümmel einige Soldaten die Wiberſetzlichen noch einige hundert Schritte weiter verfolgten, wurden ſie hart am Dorfe Mittelhambach mit Flintenſchüſſen empfangen, die ſie endlich, einzeln und bedrängt, wie ſie waren, erwiederten, und durch welche ein Mann

Digitized by Google

und zwei Kinder im Oberſchenkel, jedoch nicht gefährlich, verwundet wurden. Zwei oder drei Burſche wurden arretirt, welche mehrere umſtehende und herangekommene Perſonen ebenfalls als diejenigen bezeichnen wollten, die aus einer Hecke nächſt dem Thoreingange zuerſt auf die Soldaten geſchoſſen haben ſollten. Da der königliche Regierungsdirector Fürſt von Wrede und der königliche Generalmajor von Horn auf das Schießen augendlicklich ſelbſt herbeieilten, ward indeſſen auch hier die Ruhe ſchnell wieder hergeſtellt, die nöthigen Verhaftungen vorgenommen und für die Verwundeten augenblicklich Fürſorge getroffen. — Bereits überließ man ſich der Hoffnung, daß fernere Exceſſe nicht mehr vorfallen würden, als zwiſchen 8 und 9 Uhr Abends die unruhigen Auftritte ſich in Neuſtadt ſelbſt in noch höherem Grade wiederholten. — Als die Retraite geſchlagen worden war, und die Patrouillen die Straßen zu durchziehen begannen, ſammelte ſich eine ſolche Menſchenmenge in denſelben, daß jene endlich kaum mehr durchzudringen vermochten, und da die Beleidigungen und Beſchimpfungen gegen das Militär immer mehr zunahmen, war letzteres endlich genöthigt, Arretirungen vorzunehmen, und die Waffen gegen diejenigen zu gebrauchen, welche ſich widerſetzten. Bei der gänzlichen Ungebundenheit des Neuſtädter Pöbels, der ſtets auf die Patrouillen von Neuem eindrang, rief dieſes bald an mehreren Puncten ein ernſthaftes Handgemenge hervor, in welchem ein Handwerksgeſelle durch einen Bayonnetſtich ſein Leben verlor, mehrere Individuen zum Theil verwundet, zum Theil derb abgeprügelt wurden. — Nach Verlauf einer halben Stunde ungefähr war die tumultuirende Menge völlig zerſtreut, Alles zog ſich in ſeine Wohnungen zurück, was nicht als Arreſtant eingebracht wurde. Von 10 Uhr an herrſchte die größte Ruhe und Stille in der Stadt. Auch am 28. Morgens ward die Ordnung nicht im Geringſten mehr geſtört, obwohl des Markttages wegen ſich ſehr viel Leute in Neuſtadt eingefunden hatten, und die Straßen mit Einheimiſchen und Fremden gefüllt waren. Der königliche Regierungsdirector Fürſt von Wrede verſammelte an dieſem Tage Morgens den Stadtrath von Neuſtadt und trat ſeine Rückreiſe nach Speyer erſt an, als er mit dieſem und dem Stadtcommandanten die nöthigen Maaßregeln getroffen hatte, um jedem ferneren Exceſſe vorzubeugen. Sehr gelobt wird das Benehmen des Polizeicommiſſärs und der aus Bürgern beſtehenden Sicherheitsgarde zu Neuſtadt. Ein großer Theil der Einwohner gründet auf das Vorgegangene die Hoffnung, in Zukunft ein ruhigeres, von dem tumultuirenden Pöbel nicht mehr geſtörtes Leben führen zu können. Bemerkenswerth erſchien, daß eine Compagnie Jäger, aus lauter Rheinländern beſtehend, welche am 27. Nachmittags in Neuſtadt einzog, ſich um deßwillen am erbittertſten gegen die Tumultuanten zeigte, weil dieſe bei ihrem Einrücken ſie mit dem Rufe umdrängten: „da kommen unſere Jäger, das ſind unſere Leute, ſie werden mit uns gegen die Soldaten halten.“ Dieſer Zweifel an der Treue für ihren König und den geleiſteten Fahneneid erbitterte die braven Leute aufs Aeußerſte, und ſo liefert auch dieſer Vorfall einen neuen Beweis, daß in Teutſchland die Zeit der Revolution oder auch nur der Emeuten noch keineswegs gekommen ſei, vielmehr alle anſäſſigen Bürger ſowohl, als das Militär mit vereinten Kräften und mit ſichtlichem Abſcheu der Unordnung, Ruheſtörung und dem Treubruche kräftigſt begegnen, wo derſelbe ſein Haupt zu erheben wagt. Uebrigens hat namentlich das Militär mit außerordentlicher Ruhe und Selbſtverläugnung Tage lang Neckereien, Hohn und Spott der zügelloſen Menge mit ſtummer Verachtung ertragen, bis man es endlich durch unehrerbietige Aeußerungen gegen die geheiligte Perſon des Monarchen aufs Aeußerſte gereizt hatte, wo es denn freilich mit Ungeduld des Befehles harrte, ſolchem Unweſen ein Ende zu machen, was auch in kürzeſter Zeit, wie berichtet, geſchah.“

Durch Erkenntniß des königl. Gerichtshofes in Tübingen vom 20. April d. J. wurden wegen Theilnahme an dem ſogenannten Kleinhambacher-Feſte auf dem Dreifaltigkeitsberge bei Spaichingen Rechtsconſulent Rheinwald zu Rottweil zu ſechsmonatlicher, der practiſche Arzt daſelbſt Dr. Winter zu viermonatlicher, Buchhändler Willmann und Dr. Rapp zu je ſechswöchentlichen Feſtungsſtrafe auf Hohenaſperg und zu Bezahlung der Koſten verurtheilt. Dieſelben haben den Recurs ergriffen, einſtweilen aber die Strafe angetreten.

Wien, den 4. Juni.

Am 3. d. M. iſt der königl. preußiſche außerordentliche Geſandte und bevollmächtigte Miniſter am k. k. Hofe, Bogislav Freiherr von Maltzahn, auf ſeinem Landſitze in der Nähe dieſer Hauptſtadt im vierzigſten Jahre ſeines Alters mit Tode abgegangen.

Die Verdienſte, die ſich der Verewigte in der ereignißvollen Periode, während welcher er am hieſigen Hofe beglaubigt geweſen, um die Befeſtigung der für das Wohl beider Reiche ſo heilſamen Bande innigſter Freundſchaft, welche Oeſterreich und Preußen umſchlingen, erworben hat, ſind vor Kurzem von Sr. Majeſtät unſerem allergnädigſten Kaiſer auf das Schmeichelhafteſte anerkannt worden. Die edlen Eigenſchaften ſeines Geiſtes und Herzens hatten ihm die Liebe und Achtung ſeiner Collegen und aller derer, die ihn näher kannten, gewonnen. Das Gefühl, welches ſich als rege Theilnahme bei der Nachricht von dieſem ſo unerwarteten Verluſte ausgeſprochen hat, iſt Bürge eines bleibenden Andenkens an den zu früh Verblichenen!

Am 4. Juni war zu Wien der Mittelpreis der
Staatsſchuldverſchreibungen zu 5 pCt. in CM. 94 1/8;
detto detto zu 4 pCt. in CM. 84 7/8;
Darlehen mit Verlooſ. v. J. 1820, für 100 fl. in CM. 191 1/4;
detto detto v. J. 1821, für 100 fl. in CM. 135;
Wiener Stadtbanco-Obligat. zu 2 1/2 pCt. in CM. 53 1/4;
Con. Münze pCt. ——;
Bankactien pr. Stück 1236 in C. M.

In einigen Exemplaren des geſtrigen Blattes iſt S. 702 Sp. 1 Z. 29. v. o. „Depeſche“ ſtatt „Geſetze“ zu leſen.

Hauptredacteur: Joſeph Anton Edler von Pilat.

Verleger: Anton Strauß ſel. Witwe in der Dorotheergaſſe Nr. 1108.

Morgen wird kein Blatt ausgegeben.

Digitized by Google

Nro. 157 und 158

Oeſterreichiſcher Beobachter.

Donnerſtag den 6. und Freitag den 7. Juni 1833.

Meteorologiſche Beobachtungen vom 4. Juny.	Zeit der Beobachtung	Barometer auf 0° Reaumur reducirt. Pariſer Maß.	Wiener Maß.	Thermometer Reaumur.	Wind.		Witterung.
	8 Uhr Morg.	27.123	27 ʒ. 10 L. 6 P.	+ 14.0	N.	ſtill.	trüb.
	3 Uhr Nachm.	27.185	27 11 3	+ 9.8	NNW.	ſtark.	Regen.
	10 Uhr Abnds.	27.230	27 11 10	+ 8.0	W.	——	——

Türkei.

Der Moniteur vom 28. Mai enthält folgende Nachrichten aus Konſtantinopel: „Die Regierung hat am 25. d. M. Nachrichten aus Konſtantinopel vom 8. Mai erhalten. Der Sultan hatte bereits ſeit drei Tagen das ſtreitige Gebiet von Adana dem Ibrahim zugeſtanden *). — Der großbritanniſche Botſchafter Lord Ponſonby war am 1. Mai zu Konſtantinopel angelangt. Der außerordentliche ruſſiſche Botſchafter Graf Orloff, Oberbefehlshaber der ruſſiſchen Expedition, war am 5. gedachten Monats zu Bujukdere angekommen. — Wir geben nachſtehend eine Ueberſetzung der von der Pforte ſämmtlichen Behörden Kleinaſiens zugefertigten allgemeinen Amneſtieacte; dieſes Document conſtatirt die Verleihung der Paſchaliks von Syrien und des Diſtrictes von Adana an Mehmed Ali und Ibrahim: Amneſtie-Ferman, ausgefertigt am 6. Mai 1833. Befehl an die Weſire, Mirimirans, Mollahs, Kadis, Naibs, Muſſelims, Woiwoden, Ayans und andere offentliche Beamten und Notablen in den verſchiedenen Theilen von Kleinaſien. Die Zuſicherungen der Treue und Ergebenheit, welche Mir letztlich von dem Statthalter von Aegypten, Mehmed Ali Paſcha, und ſeinem Sohne Ibrahim gegeben worden, ſind von Mir wohl aufgenommen, und denſelben Mein großherrliches Wohlwollen wieder geſchenkt worden. Mehmed Ali iſt in ſeiner Statthalterſchaft von Aegypten und Candia beſtätigt worden. Aus Rückſicht auf deſſen beſonderes Anſuchen habe Ich ihm die Gebiete von Damask, Tripolis in Syrien, Sayda, Safed, Haleb, die Diſtricte von Jeruſalem und Naplus nebſt dem Geleite der Pilger und dem Oberbefehle in Dſchidda zugeſtanden. Sein Sohn Ibrahim Paſcha iſt aufs Neue mit dem Titel eines Scheich-el-Harem von Mekka und dem Diſtrict von Dſchidda betheilt worden; überdieß habe Ich dem von ihm an Mich geſtellten Anſuchen um den von Seite der Schatzkammer der großherrlichen Pachtungen verwalteten Diſtrict Adana gewillfahrt, und ihm denſelben als Pachtung (Muhaſſilik) übertragen. — Der Billigkeit, Menſchlichkeit und Milde gemäß, womit Mich der Himmel ausgeſtattet hat, befehle ich allen und jedem, die es angeht, in den verſchiedenen Theilen von Kleinaſien die dortigen Einwohner und Notablen wegen des Vergangenen niemals zu behelligen, und über die Statt gefundenen Vorgänge den Schleier der Vergeſſenheit zu ziehen. Ihr eurer Seits werdet Meine edlen Geſinnungen gegen eure Untergebenen gebührendermaaßen kundmachen; ihr werdet euch beſtreben, die Gemüther in dieſer Hinſicht zu beruhigen, und euch bemühen, von Seiten des Volkes, welches ein von Gott meinen Händen anvertrautes Gut iſt, Gebete für Mein Wohlergehen zu erwirken. — Gegenwärtiger Ferman iſt in Gemäßheit Meines Chatti-Scherifs in der Abſicht erlaſſen worden, um euch Obiges zur Kenntniß zu bringen. Ihr werdet daher Allen, die es angeht, Meine hochſte Willensmeinung kundgeben, die Einwohner beruhigen und Gebete von ihnen für Mich erwirken. Kommet Meiner Weiſung ſorgfältigſt nach und geſtattet nicht, daß irgend Jemand Meiner höchſten Abſicht zuwider behelligt werde.“

*) Vergl. Oeſterr. Beob. vom 21. Mai.

Frankreich.

Der Nouvelliſte antwortet auf eine Beſchuldigung des National, den Polen Horodyski betreffend: „Polen, welche zu Beſançon den Schutz und die Subſidien der Regierung genoſſen, begaben ſich in die Schweiz, zur Zeit der Frankfurter Unruhen, und kündigten laut ihren Entſchluß an, auf die Gaſtfreundſchaft Frankreichs zu verzichten, für die ſie ſich ſonſt ſchon nicht ſehr dankbar gezeigt hatten. Dieſer von ihrer Seite ganz freiwillige Entſchluß ward in ſehr unverbindlichen Ausdrücken für die franzöſiſche Großmuth abgefaßt. Sie ließen ſelbſt in die Schweizer Journale eine Erklärung einrücken, daß ſie nicht einwilligen wollten, nach Frankreich zurückzukehren, bis die Regierung und die Kammer das Geſetz vom 22. April zurückgenommen hätten. Sonach wurden den Polen, welche aus dem Depot deſertirt waren, die Gränzen geſchloſſen. Bald zerſtörten ſich die Illuſionen; die Flüchtlinge ſahen den Preis deſſen ein, was ſie ſo unnützer Weiſe geopfert hatten. Einige Schweizerbehörden zeigten ſich ſehr geneigt, dieſen Fremden unrichtige Päſſe zu geben, worin von dem früheren Betragen des Paßvorzeigers nichts erwähnt war. Gleichwohl hielt die franzoſiſche Regierung ihre Entſcheidung aufrecht; man entfernte die Flüchtlinge, die freiwillig fortgezogen waren und ſich offentlich zum Undanke bekannt hatten, von der Gränze. Horodyski ward zu Weißenburg als einer der Deſerteure von Beſançon erkannt und nicht zugelaſſen. Er ſchlich ſich durch einen andern Punct ein, und kam bis Metz, wo ſeine Identität zum zweiten Male conſtatirt ward, und er den Befehl erhielt, das Königreich in Gemäßheit des Geſetzes vom 22. April 1832 zu verlaſſen. Auf dieſen geſetzlichen Befehl antwortete Horodyski mit Schmähungen gegen den erſten Beamten des Departements, und ſchickte ihm dabei, nicht etwa einen Armenpaß, welchen er erhalten zu haben behauptete, ſondern einen militäriſchen Marſchpaß zerriſſen zurück, wie ihn die Polen ſelbſt für ähnliche Fälle verlangt hatten, wo ſie nicht als Ausgetriebene genannt ſeyn wollten. Jetzt mußte wohl dem Geſetze Kraft gegeben werden. Horodyski wollte einen gewaltſamen und ſcandaloſen Widerſtand leiſten, um Unordnungen anzuſtiften; ſeine Beſtrebungen blieben unmächtig; das Publicum blieb friedlicher Zuſchauer der unſinnigen Verſuche, und Horodyski ward

Digitized by Google

in einem Wagen nach der Gränze gebracht. An der Gränze erhielt er einen Paß nach Belgien."

Die Eſtafette du Havre meldet: „Sieben polniſche Offiziere, welche an den Unruhen zu Bergerae einen ſehr thätigen Antheil genommen haben, ſind auf dem Dampfſchiff Garonne zu Havre angelangt, um in Folge des Geſetzes vom 21. April 1832 aus Frankreich weggebracht zu werden. Der Unterpräfeet hatte die Weiſung erhalten, dieſelben unverzüglich nach England oder Belgien zu ſchicken. Sie hatten ſich dazu verſtanden, ſich auf dem engliſchen Dampfſchiff Camilla einzuſchiffen, an deſſen Bord der Maire die Ueberfahrt auf Koſten der Regierung für ſie ausbedungen hatte. In dem Augenblicke aber, wo das Schiff ſich zur Abfahrt anſchickte, weigerten ſie ſich, an Bord desſelben zu gehen, und ſollten eben dazu gezwungen werden, als das Dampfſchiff wegen der herannahenden Fluthzeit nothgedrungen Knall und Fall abfahren mußte, ohne den Erfolg der hinſichtlich der widerſpenſtigen Paſſagiere getroffenen Maaßregeln abwarten zu konnen. Sie ſind daher unter Escorte der Gendarmen zu Lande nach Belgien inſtradirt worden."

Der Nouvelliſte vom 28. Mai ſtellt die zuerſt vom Journal des Debats, dann von den meiſten übrigen Pariſer Blättern gegebene Nachricht von der Ankunft des Grafen Lucheſi-Palli in Paris, in Abrede.

Am 27. Mai 5Percents Fin Courant geſchloſſen zu 103 Fr. 90. 3Percents Fin Courant geſchloſſen zu 80 Fr. — Am 28. Mai 5Percent 103 Fr. 60. Fin Courant geſchloſſen zu 103 Fr. 70. 3Percents 79 Fc. 80. Fin Courant geſchloſſen zu 79 Fr 75. — Am 29. Mai um 1¼ Uhr Nachmitt. 5Percents 103 Fr. 55. 3Percents 79 Fr. 70.

Schweizeriſche Eidgenoſſenſchaft.

Schweizer Blätter enthalten folgenden Erlaß des teutſchen Bundes an die ſchweizeriſche Eidgenoſſenſchaft gegen den Aufenthalt der Polen in der Schweiz: „An die hochlöbliche Eidgenoſſenſchaft der Schweiz. Hochachtbare Herren! Beſonders liebe Freunde und Nachbarn! Der Ausbruch mehrerer hundert bewaffneter Polen aus Frankreich in die Schweiz, deren bekannte Abſichten, Teutſchland zu revolutionniren, und der Umſtand, daß ſelbſt an dem hieſigen Aufruhr vom 3. April Polen Theil genommen haben, ſind notoriſche Thatſachen. Der teutſche Bund iſt befugt und verpflichtet, fur Erhaltung der offentlichen Ruhe und Sicherheit in den teutſchen Staaten zu ſorgen. Ihm ſteht das Recht zu, von den Nachbarſtaaten, mit welchen derſelbe im freundſchaftlichen Verhaltniſſe iſt, zu verlangen, daß auf ihrem Grund und Boden ſich nicht Herde der Verſchworung bilden, welche den benachbarten Nationen fortwährend Stoff zu gerechten Beſorgniſſen geben, und ſie in die Nothwendigkeit ſetzen, jeden Tag zur Wehr gegen plotzliche Ueberfälle von Menſchen bereit zu ſeyn, die offenkundig die Abſicht haben, Aufruhr und Verwirrung zu verbreiten. Der teutſche Bund, vertrauend auf die Einſicht und freundnachbarliche Geſinnungen der hochloblichen Eidgenoſſenſchaft, zweifele nicht, daß Sie alle ihr zu Gebote ſtehenden Mittel anwenden werde, um den Nachtheil, welcher durch die Umtriebe der in die Schweiz eingedrungenen Polen für die teutſchen Nachbarſtaaten zu beſorgen ſteht, zu verhüten, hierdurch die ſonſt zu erwartenden unangenehmen Verwicklungen zu beſeitigen und den teutſchen Bund der im entgegengeſetzten Falle zu ſeiner Sicherſtellung unvermeidlichen Maaßregeln zu entheben. Frankfurt am Main, 15. Mai 1833. — Der teutſche Bund, und in deſſen Namen der im Praſidio der Bundestagsverſammlung ſubſtituirte koniglich ſächſiſche Conferenzminiſter und Bundstagsgeſandte, (gez.) von Manteuffel."

Obige Zuſchrift wurde mit folgendem Kreisſchreiben des Vororts an ſämmtliche eidgenoſſiſche Stände begleitet: „Zürich, den 22. Mai 1833. Der k. k. öſterreichiſche außerordentliche Geſandte in der Schweiz hat vermittelſt beiliegender, vom 21. l. M. datirter Note dem eidgenoſſiſchen Vorort die ebenfalls hier beigelegte, unterm 15. Mai vom teutſchen Bund an die ſchweizeriſche Eidgenoſſenſchaft gerichtete Zuſchrift mitgetheilt. In dieſen beiden Actenſtücken werden von der Eidgenoſſenſchaft die Anwendung geeigneter Mittel verlangt, um den Nachheil zu verhuten, welcher durch die Umtriebe der in die Schweiz eingedrungenen Polen für die teutſchen Nachbarſtaaten zu beſorgen ſteht. — Indem der Vorort ſich beeilt, ſämmtlichen Ständen dieſe Mittheilung zu machen, ſoll er ſie dringend einladen für die ungetrübte Erhaltung der freundſchaftlichen Verhältniſſe zu allen Nachbarſtaaten, ſo wie für die ſorgfältigſte Wahrnehmung der neutralen Stellung der Schweiz unter allen Umſtänden die hierfür angemeſſenen Schritte zu thun, und ſich von der treuen Erfüllung allgemein anerkannter volkerrechtlichen Verpflichtungen eines Staates gegen den andern durch nichts abwendig machen zu laſſen. — Sollte die von dem teutſchen Bund aufgeſtellte Behauptung, daß die in die Schweiz hinübergetretenen Polen die Abſicht hätten, Unruhe in Teutſchland anzuregen, gegründet ſeyn, was der Vorort beim Abgang aller hierfur ſprechenden Acten nicht beurtheilen kann, ſo müßte er dann allerdings beſtimmten Inſtructionen der Stände rufen, damit durch die bevorſtehende ordentliche Tagſatzung einem Uebelſtand ſchleunigſt und kräftigſt abgeholfen würde, der nur zu leicht mit Verletzung der hochſten Intereſſen der Schweiz das beſtehende Wohlvernehmen mit den benachbarten Staaten auf eine bedenkliche Weiſe zu ſtoren geeignet wäre, und die bei den europäiſchen Verwicklungen ſonſt unbetheiligte Eidgenoſſenſchaft allen Wechſelfällen derſelben ausſetzen konnte. — Der Vorort hofft, es werden alle Stände in wohlverſtandenem eigenen Intereſſe dieſe Angelegenheit von dem hoheren Geſichtspunete aus, wo jede perſonliche Empfindung ſchweigen, jede perſonliche Berückſichtigung aufhoren muß, beurtheilen, und benutzt übrigens dieſen Anlaß ꝛc."

Teutſchland.

Se. Majeſtät der Konig von Baiern ſind am 1. Juni Morgens in Begleitung des Flügeladjutanten Grafen Paumgarten, des Ceremonienmeiſters Grafen Pocci, und des Leibarztes Dr. Wenzel von München nach Italien abgereist.

Die Münchener politiſche Zeitung vom 2. Juni enthält folgenden Artikel: „Ueber die am 27. Mai zu Neuſtadt im Rheinkreiſe Statt gehabten ruheſtörenden Vorfälle ſind uns fernere, ausführliche und zuverläſſige Nachrichten zugekommen, aus welchen wir unſerem vorgeſtrigen Berichte über denſelben Gegenſtand noch Folgendes beifugen: „Die Umwälzungspartei, welche noch vor kurzer Zeit auch dieſes Jahr ein Hainbacher-Feſt im Sinne und Geiſte des vorjährigen zu Stande zu bringen beabſichtigt hatte, ſah ſich durch die eben ſo zweckmäßigen, als ernſten vorbeugenden Maaßregeln der Regierung gezwungen, dieſen Plan aufzugeben; doch ſcheint ihren Führern, aus leicht zu errathenden Gründen, daran gelegen geweſen zu ſeyn, den Tag wenigſtens durch einige ruheſtorende Auftritte und Widerſetzlichkeiten gegen die obrigkeitliche Gewalt zu bezeichnen. Zu dem Ende mochten wohl die am 26. Abends in Neuſtadt eingetroffenen Studenten (welche unbegreiflicher

Weiſe mit in Heidelberg ausgeſtellten Päſſen zu einer 14tägigen Vergnügungsreiſe im Rheinkreiſe verſehen waren) dorthin beſchieden worden ſeyn, und augenſcheinlich zu demſelben Zwecke hatten ſich auch aus mehreren Orten des Kreiſes die bekannten exaltirteſten Liberalen am 26. Abends und am 27. Morgens in Neuſtadt und auf dem Hambacher-Berge eingefunden. Das Aufſtecken der teutſchen Tricolorfahne am 26. auf einem Kaſtanienbaume zunächſt Neuſtadt ſollte Neugierige anziehen, und zum Beſuche des Hambacher-Schloßberges am folgenden Tage einladen; mißlang aber, da es faſt unbemerkt vorüberging. — In der Nacht vom 26. auf den 27. wurde die verbotene Feier durch von Zeit zu Zeit wiederholte Schüſſe auf den Höhen um Hambach verkündet; doch blieben auch dieſe Demonſtrationen noch ohne den beabſichtigten Erfolg, und die Zahl der auf dem Schloßberge ſich verſammelnden Menſchen überſtieg am 27. Morgens keine 500 Perſonen. Auf dem Berge ſelbſt war bereits am 26. Abends eine Compagnie Infanterie aufgeſtellt worden, und ſo verhielten die Anweſenden ſich bis gegen 11 Uhr ruhig und ordentlich. Da verſuchte man die Gemüther durch den Genuß geiſtiger Getränke zu erhitzen; dem weiſen Verbote der Regierung zuwider, ward Wein in Fäſſern auf den Berg gebracht. Zugleich ſchritten die Unruheſtifter zu kühneren Demonſtrationen: eine mächtige ſchwarz-roth-goldene Fahne ward auf einem Berge zwiſchen Neuſtadt und dem Hambacher-Schloſſe von einigen bemerkbar gewordenen Individuen aufgepflanzt, verſchwand aber wieder, ehe die augenblicklich dorthin geſendeten Gendarmen den Berg erſteigen konnten; auf dem Gipfel desſelben angelangt, fanden dieſe weder Fahne, noch ihre Träger mehr. Auf dem Hambacher Schloſſe aber benutzten die Ruheſtörer das augenſcheinlich vorher verabredete Erſcheinen der revolutionnären Standarte; die Menge ward alsbald darauf aufmerkſam gemacht und zu Begrüßung des Aufruhrzeichens angereizt; einzelne revolutionnäre Abzeichen, Cocarden ꝛc. kamen alsbald zum Vorſchein, Revolutionslieder wurden angeſtimmt und mit Verhohnungen und Schimpfreden gegen das Militär der Anfang gemacht. Bei dem erhitzten Zuſtande, in welchem ſich mehrere Anweſende durch den Genuß des Weines befanden, nahmen dieſe erſt vereinzelten Ausbrüche bald einen Character an, der es nothwendig machte, die Weinfäſſer wegſchaffen zu laſſen und die Menge auseinandergehen zu heißen. Der dießfallſigen Aufforderung ward zwar Folge geleiſtet, aber auf dem unterſten Plateau angekommen, ſchieden ſich die Aufrührer von den theilnahmsloſen Zuſchauern; erſtere ſammelten ſich dort aufs Neue, nahmen eine drohende Stellung ein, brüllten die Marſeillaiſe und andere Revolutionslieder der heftigſten Art, die ſchändlichſten Invectiven gegen das Militär, gegen die geheiligte Perſon des Monarchen, gegen alles was Geſetz und Ordnung heißt, wurden ausgeſtoßen und Meſſer gezogen, um die Vollſtrecker der obrigkeitlichen Befehle zu empfangen. Gendarmerie und ein Zug Infanterie mußte abgeſchickt werden, um dieſe Pöbelrotte zu zerſtreuen, was auch, wiewohl nicht ohne lebhafteren Widerſtand, gelang. Zum Rückzuge gezwungen, ſetzten ſich die Ruheſtörer am Eingange des Dorfes Mittelhambach abermals und zwar noch ernſthafter zur Wehre, aus dem nahe gelegenen Walde und hinter einer Gartenmauer hervor fielen Schüſſe auf die Soldaten und Gendarmen, einer der letzteren wurde durch einen Meſſerſtich verwundet und es blieb den auf dieſe Weiſe Angegriffenen nun nichts übrig, als auch ihrer Seits Feuer zu geben, wodurch 3 Perſonen, jedoch nicht gefährlich, im Oberſchenkel verwundet wurden. Auf dieſe ernſte Einſchreitung hörte hier jeder Widerſtand auf, die Aufrührer eilten gegen Neuſtadt, die Neugierigen in die Häuſer zurück. — In Neuſtadt jedoch ſammelten ſich die Ruheſtörer bald wieder, in dichte Haufen gedrängt durchzogen ſie die Straßen, aufrühreriſches Geſchrei und unaufhörliche Beſchimpfungen gegen das Militär ausſtoßend. Vor der Hauptwache endlich wuchs der Haufe ſo an und drang ſo unverſchämt auf den dort aufgeſtellten Poſten ein, daß dieſer beinahe erdrückt wurde. Die unter den Waffen ſtehenden Soldaten ſetzten lange Zeit den heftigſten Beleidigungen nur die Ruhe des dienſtlichen Gehorſams entgegen. Vergebens ermahnten Civilbeamte und Offiziere zum Auseinandergehen, alles Zureden blieb fruchtlos. Endlich mußten die Andringenden aus der Nähe der Hauptwache mit Gewalt entfernt, die Straßen durch Militärpatrouillen geleert und zu Arretirungen geſchritten werden. Daß dieſes bei dem tollen Widerſtande, welchen der Pöbel leiſtete, nicht ohne den Gebrauch der Waffen und derbe Züchtigungen bewerkſtelligt werden konnte, war natürlich; eine nicht unbedeutende Zahl von Perſonen ward verwundet, ein Todter mit einer Stichwunde ſpäter von der Patrouille auf der Straße liegend gefunden und auf das Rathhaus gebracht. Noch vor zehn Uhr Abends war die Ruhe vollkommen wieder hergeſtellt, die auch weder während der Nacht noch am 28. bis Mittags mehr geſtört wurde. — Der ungemeinen Thätigkeit der Civilbehörden, dem gemeſſenen Benehmen des Militärs, welches in ſtrengſter Subordination den höhnenden Herausforderungen des Pöbels die unerſchütterlichſte Ruhe entgegenſetzte, bis es Befehl erhielt, die Aufrührer zu zerſtreuen, dann aber auch dieſe Weiſung mit vollſter Kraft vollzog, und ſo aufs Neue die Eigenſchaften bewährte, welche den baieriſchen Krieger von je her ausgezeichnet haben, verdanken wir es, daß die Verſuche der Umwälzungsmänner dießmal ſo vollſtändig mißlangen, und Ruhe und Ordnung bei uns hoffentlich auf längere Zeit ungeſtört bleiben werden."

Die am 28. Mai Sr. königlichen Hoheit dem Großherzog von **Baden** durch eine Deputation der **erſten Kammer**, beſtehend aus Sr. Durchlaucht dem erſten Vicepräſidenten, dem zweiten Vicepräſidenten, den beiden Secretären und vier gewählten Mitgliedern überreichte **Adreſſe** lautet wie folgt: „Durchlauchtigſter Großherzog! Gnädigſter Fürſt und Herr! Ehrfurchtsvoll nahet ſich den Stufen des Thrones die treugehorſamſte erſte Kammer der Stände, um den gerührteſten Dank für die Geſinnungen der Huld und des Vertrauens niederzulegen, welche Ew. königliche Hoheit bei Eröffnung dieſes Landtages auszuſprechen geruht haben. Empfangen Höchſtdieſelben mit dem Ausdrucke der Dankbarkeit auch jenen der unerſchütterlichen Treue gegen **Fürſt** und **Vaterland**. Unter einem hochgeſinnten Fürſten, deſſen edles Herz in des Volkes Glück das eigene findet, iſt die Treue nicht nur heilige Pflicht, ſie wird zum Bedürfniß des Gemüthes und ſteht mit der Liebe zum Vaterlande in unzertrennlicher Verſchwiſterung. Ew. königliche Hoheit haben auf dieſe Gefühle vertraut, und wir wollen es beweiſen, daß wir dieſes Vertrauens nicht unwürdig ſind. Segnend ſoll, wir hoffen es, bei der Aufrichtigkeit unſerer Geſinnung und dem Eifer unſeres Strebens, der Geiſt des Friedens und der Eintracht die Kammern Badens verbinden; die reinſte Liebe zum Vaterlande und die unwandelbare Treue gegen den wohlwollendſten Fürſten ſie beſeelen und ſtärken; auf daß die theuerſten Wünſche Ew. königlichen Hoheit zum Woh-

Digitized by Google

le des Landes mit den unſern in Erfüllung gehen. Der Allmächtige, welcher ſchützend und ſpendend auch in dem letzteren Zeitabſchnitt ſo ſichtbar über Baden waltete, ſei dankbar geprieſen und Ihm unſere Zukunſt vertrauensvoll anheimgeſtellt. Mit je freudigerem Stolze der Badener in ſeinem Fürſtengeſchlechte das ſchöne Vorbild häuslicher Tugenden verehrt, deſto herzlicher und dankbarer gegen die Vorſehung wurden die beiden Sprößlinge des Zähringer Stammes von dem treu ergebenen Volke begrüßt, deſſen heiße Wünſche für das ungeſtörte Glück Ihrer Familien nicht unerhört bleiben werden. Von dieſen erfreuenden Verhältniſſen wenden wir uns zu den ernſtern Gegenſtänden unſeres Berufes. In dem ſchnellen Vollzuge der wichtigen und umfaſſenden Geſetze, welche das Reſultat des vergangenen Landtags waren, erkennen wir dankbarſt die verfaſſungstreue Fürſorge Ew. königlichen Hoheit, wodurch unſere conſtitutionnelle Entwicklung immer mehr und mehr wohlthätige Früchte tragen wird. Nur durch eine längere aufmerkſame Beobachtung des Erfolges und des Einfluſſes jener Geſetze wird die Regierung Ew. königlichen Hoheit Gelegenheit haben, zu prüfen, ob darin noch erhebliche Unvollkommenheiten zu beſeitigen, oder ob die wahrgenommenen nur den Schwierigkeiten zuzuſchreiben ſind, die den Eintritt aller Geſetze ins wirkliche Leben zu begleiten pflegen. Mit dem vollſten Vertrauen in die Weisheit und in den guten Willen eines Regenten, der die Bedürfniſſe der Zeit erkennt und unter allen Verhältniſſen das Glück des Volkes zum höchſten Ziele ſeiner Handlungen macht, ſehen wir der Eröffnung über die Veranlaſſungen und die Gründe der Veränderungen entgegen, welchen Ew. königliche Hoheit das Geſetz über die Polizei der Preſſe und die Beſtrafung der Preßvergehen zu unterwerfen für nothwendig gefunden haben. Die verſchiedenen Veränderungen in der Staatsverwaltung, von der Anſicht geleitet, den Geſchäftsgang zu befördern und Erſparniſſe herbeizuführen, werden von wohlthätigem Einfluſſe ſeyn. Ein allgemein gefühltes Bedürfniß wird das zur Vorlage beſtimmte umfaſſende Forſtgeſetz befriedigen. Es wird einen Hauptbeſtandtheil des Nationalvermögens der Nachkommenſchaft dauernd erhalten und ſeinen Zuſtand bald auf jenen Grad der Vollkommenheit erhöhen, auf welchen ihn zu ſehen die fortſchreitende Wiſſenſchaft und die Cultur berechtigen. Die geſetzlichen Beſtimmungen, welche dem Landmanne die Früchte ſeiner mühevollen Arbeit gegen Wildſchäden ſichern ſollen, werden ihm ſehr willkommen ſeyn, und er wird in dieſer neuen Wohlthat die väterliche Fürſorge Ew. königliche Hoheit dankbarſt erkennen. Wir werden dieſen und allen Geſetzentwürfen, deren Vorlage Ew. königliche Hoheit befohlen haben, die ſorgfältigſte Aufmerkſamkeit widmen, und ſie ſtets der gewiſſenhafteſten Prüfung unterwerfen. Mit frohem Gefühle ergreift uns die Verſicherung, daß der Zuſtand der Finanzen ungeachtet der bedeutenden Erleichterung der öffentlichen Laſten und der größeren Unterſtützung für wichtigere Landesanſtalten Mittel zur nothwendigen und nützlichen Verwendung darbiete und weitere Erleichterungen geſtattet. Zum größten Danke verpflichtet uns die Zuſage Ew. königliche Hoheit, daß der Salzpreis herabgeſetzt und die entbehrlichen Ausgangszölle aufgehoben werden ſollen. Dieſe Beſtimmungen müſſen dem Nationalwohlſtande von hohem Nutzen ſeyn, und werden weſentlich zur Erfüllung jenes väterlichen Wunſches dienen, über ein opulentes Volk zu regieren. Wir hoffen, das Geſetz über die Ablöſung der Zehnten werde die wohlthätige Abſicht Ew. königlichen Hoheit nicht verfehlen. Gerne werden wir die Hand dazu bieten, wenn an der Stelle ſolcher Staatsabgaben, die entweder den untern Claſſen des Volkes allzu drückend ſind, oder dem Gewerbfleiße ſchädliche Schranken ſetzen, andere, weniger nachtheilige Einnahmsquellen zu Hülfe genommen werden können, und jede Bemühung reichlich belohnt glauben, die dazu beitragen kann, die in ihrer jetzigen Geſtalt mit manchen Uebeln verknüpften Zehnten auf eine Weiſe zu beſeitigen, die den Forderungen der Gerechtigkeit und der Zeit in gleichem Maaße entſpricht. Wenn, wie wir nicht zweifeln, die vorzuſchlagenden Veränderungen in der Steuergeſetzgebung eine verhältnißmäßig gleichere Vertheilung der Laſten bezwecken, ſo dürfen wir uns auch der tröſtlichen Hoffnung überlaſſen, daß, wenn gleich neue Ausfälle neue Deckungsmittel erfordern, dieſe letzteren auf die mindeſt drückende Weiſe um ſo eher aufzufinden ſeyn dürften, als durch die neuen Einrichtungen wir uns einer bedeutenden Erhöhung des Nationalwohlſtandes zu erfreuen haben werden. Nehmen Ew. königliche Hoheit die wiederholte Verſicherung huldreich auf, daß Ihre erhabenen Aeußerungen in den Herzen der Mitglieder Ihrer treuen erſten Kammer den lebhafteſten Anklang gefunden haben, und daß wir feſt entſchloſſen ſind, die **Gerechtigkeit** und das **Vertrauen**, die **Wahrheit** und die **Eintracht** als unſere Leitſterne zu betrachten, um auf der Bahn zu wandeln, die Ew. königliche Hoheit ſelbſt uns zu bezeichnen geruhten. Dann wird unter dem Segen des Himmels in und außer uns ſich der Frieden erhalten, und das badiſche Volk ſich des vollkommenen Genuſſes eines Glückes erfreuen, welches Zähringens Fürſten gegründet haben, und Ew. königliche Hoheit ſo ſorgſam zu erhalten bemüht ſind." (Folgen die Unterſchriften.) — Se. kön. Hoheit der **Großherzog** haben auf dieſe Dankadreſſe zu erwiedern geruht: „„Ich danke Ihnen von Herzen für die Gefühle, welche Sie Mir im Namen der erſten Kammer Meiner getreuen Stände ausgedrückt haben. Beſonders freut mich die Gerechtigkeit, welche Sie Meinen Geſinnungen angedeihen laſſen; die nämliche Gerechtigkeit widme Ich auch den Ihrigen. — In dieſem gegenſeitigen Zuſammenwirken werden Wir, umſchlungen von dem Band der Eintracht und des Friedens, ein günſtiges Reſultat des Landtags erringen, und ſo zum Wohl Unſeres theuren Vaterlandes einem ſchönen Ziel entgegengehen. — Empfangen Sie zugleich Meinen verbindlichſten Dank für die Theilnahme an Meinem und an dem Glücke Meines Hauſes.""

Der berühmte Rechtsgelehrte, Präſident Anſelm von **Feuerbach**, iſt in der Nacht vom 28. auf den 29. Mai in Frankfurt am Main, ſeiner Vaterſtadt, wo er ſich auf der Durchreiſe befand, geſtorben. Er hatte zur Herſtellung ſeiner Geſundheit die Bäder in Schwalbach beſuchen wollen.

Am 5. Juni war zu **Wien** der Mittelpreis der

Staatsſchuldverſchreibungen zu 5 pCt. in CM.	94 7/16;
detto detto zu 4 pCt. in CM.	85 3/16;
Darleh. mit Verlooſ. v. J. 1820, für 100 fl. in CM.	——;
detto detto v. J. 1821, für 100 fl. in CM.	135 1/8;
Wiener-Stadtbanco-Obligat. zu 2 1/2 pCt. in CM.	53 1/4;

Kurs auf Augsburg für 100 Gulden Curr., Gulden 98 1/2 Br. Uſo. 2 Monat. — Conv. Münze pCt. ——;

Bankactien pr. Stück 1241 5/8 in CM.

Hauptredacteur: Joſeph Anton Edler von Pilat.
Verleger: Anton Strauß ſel. Witwe in der Dorotheergaſſe Nr. 1108.

Digitized by Google

W 1 — 1 ZEITUNG 1833

Nro. 159

Oeſterreichiſcher Beobachter.

Sonnabend, den 8. Juni 1833.

Meteorologiſche Beobachtungen	Zeit der Beobachtung.	Barometer auf 0° Reaumur reducirt. Pariſer Maß.	Wiener Maß			Thermometer Reaumur.	Wind.		Witterung.
vom 5. Juni.	8 Uhr Morg.	27.389	28Z.	12.	9P.	+ 10.0	W.	mittel.	heiter.
	3 Uhr Nachm.	27.415	28	2	1	+ 18.8	W.	—	—
	10 Uhr Abnds.	27.458	28	2	7	+ 13.0	NNW.	—	Wolken.
vom 6. Juni.	8 Uhr Morg.	27.538	28	3	7	+ 12.0	SO.	ſchwach.	Wolken.
	3 Uhr Nachm.	27.488	28	3	0	+ 20.5	OSO.	—	—
	10 Uhr Abends	27.458	28	2	7	+ 13.0	SO.	—	—

Geoßbeitannien und Jeland.

In der Sitzung des Unterhauſes vom 24. Mai brachte Hr. Bernal die Parlamentswahlen für Heetford zur Speache und teug auf zwei Beſchlüſſe an. Erſtlich, daß die Beſtechungen, welche in Hertford ſowohl vor als nach dee letzten Wahl Statt gefunden hätten, die ernſteſte Berückſichtigung von Seiten des Hauſes erforderten; und zweitens, daß ein beſonderer Ausſchuß niedergeſetzt weede, um die beſten Mittel zue Verhütung der Beſtechung in dem Burgflecken Hertford in Eewägung zu ziehen. In der ausführlichen Rede, welche Hr. Bernal bei dieſee Gelegenheit hielt, ſuchte er das in Hertford obgewaltete Beſtechungsſyſtem duech die Ausſagen der von dem Unterſuchungsausſchuſſe veenommenen Zeugen als unumſtößlich hinzuſtellen, und erklärte, daß es für die Würde des Paelamentes durchaus nothwendig ſei, einem ſolchen entehrenden Mißbeauche duech ſtrenge Beſteaſung und namentlich durch Entziehung des Wahlrechtes ein Ende zu machen. — Loed G. Sommeeſet hielt dieſe Straſe für zu ſtreng, indem dabei dee Unſchuldige mit dem Schuldigen leiden müſſe, und war auch dee Meinung, daß die von dem vorigen Rednee beigebrachten Beweiſe nicht überzeugend genug wären, um eine Einmiſchung des Hauſes zu rechtfertigen. In dieſem Sinne äußerten ſich noch Sie H. Haedinge, Hr. Goulburn, Hr. C. W. Wynn und Sir H. Willoughby, wogegen die HH. Clay, Waed, der Sollicitoegeneeal und Lord J. Ruſſell die Beſchlüſſe unterſtützten. Dee eeſte derſelben wuede darauf mit 227 gegen 55 Stimmen angenommen. Zu dem zweiten machte der Obeeſt Evans das Amendement, daß bei den künftigen Wahlen in Hertford duech Kugeln abgeſtimmt werden ſolle. Dieß halte ee für das beſte Mittel, den Beſtechungen ein Ende zu machen. (Höet! hört!) Hr. E. Stanley bemerkte, daß der Antrag dahin laute, einen Ausſchuß niederzuſetzen, der die beſten Mittel zue Veehütung des Mißbrauches in Erwägung ziehen ſolle, und es daher wohl zweckmäßigee ſeyn dürfte, dem Ausſchuſſe in dieſee Beziehung nicht vorzugeeiſen. Ee glaube übeigens, daß dieß eine vortreffliche Gelegenheit ſei, um einen Veeſuch mit dem Ballotement zu machen, und er würde, wenn der Ausſchuß dieſe Maaßregel in Vorſchlag bringe, dieſelbe mit Freuden unterſtützen. Nachdem auch Hr. O'Connell die Meinung geäußert hatte, daß das Amendement jetzt nicht eecht zeitgemäß wäee, nahm der Oberſt Evans daſſelbe zurück, und der zweite Beſchluß wurde ohne Abſtimmung genehmigt. — Hr. O'Connell berichtete ſodann über die Wahl in Caerickſeegus, und bewies durch die Ausſagen der vernommenen Zeugen, daß auch doet die gröbſten Beſtechungen Statt gefunden hätten. Er trug daeauf an, eine Bill einbringen zu dürfen, woduech dee Grafſchaft der Stadt Careickſeegus das Wahleecht entzogen würde. Die Erlaubniß dazu wuede ohne Widerſtand eetheilt. Das Haus veetagte ſich bis zum nächſten Donnerſtag (30. Mai).

Am 24. Mai wurde der Geburtslag Ihrer königl. Hoheit dee Prinzeſſinn Victoria, die ihr viezehntes Jahr vollendet hat, zu Kenſington feſtlich begangen. Nachmittags empfing die Prinzeſſinn Beſuche von Ihrer Majeſtät der Königinn und den andern Mitgliedern des königlichen Hauſes. Abends begaben ſich die Herzoginn von Kent und die Prinzeſſinn Vieloeia auf den Ball, welchen Ihre Majeſtäten zue Feier dieſes Tages im St. Jamespallaſt veeanſtaltet hatten.

Der Herzog von Orleans iſt am 23. Mai von Mancheſter in Liverpool angekommen, wo er von dem Mayor und den Schultheißen dee Stadt feieelich empfangeu wurde.

Der Capitän Napier, Commandeur des Bathordens, iſt von London nach Portsmouth abgegangen, wo ein Dampfboot ſeinee waetet, um ihn an Boed zu nehmen und nach Opoeto zu bringen. Es geht das Gerücht, daß derſelbe mit vollkommener Zuſtimmung des Admirals Saetoeius an deſſen Stelle den Oberbefehl des Geſchwadees übernehmen weede.

In Sheffield hat eine Verſammlung der dortigen politiſchen Union Statt gefunden, welche eine Bittſchrift an den König erlaſſen hat, worin um Entlaſſung des jetzigen Miniſteeiums gebeten wird. Es hatten ſich gegen 6000 Peeſonen dazu eingefunden.

Digitized by Google

Die Morning-Poſt ſtellt als ein Curioſum zwei Artikel der Times über die Volksverſammlungen in Birmingham einander gegenuber. Der eine jener Artikel war im vorigen Jahre geſchrieben, wo die Birminghamer die bekannte Verſammlung hielten, um eine Bittſchrift an den König zu richten, und ihn um Wiedereinſetzung des momentan aufgelösten Grey'ſchen Miniſteriums zu bitten; der andere ſpricht über die kürzlich Statt gehabte Verſammlung, welche eine Bittſchrift an den König um Entlaſſung des Grey'ſchen Miniſteriums gerichtet hat. Von der Verſammlung im Jahre 1832 ſpricht die Times in den lobpreiſendſten Ausdrücken, indem ſie dieſelbe die wahre Stimme des Volkes nennt; von der dießjährigen, obgleich ſie nicht weniger zahlreich war und von denſelben Männern veranlaßt wurde, wird dagegen geſagt, daß ſie unter aller Würde geweſen ſei.

Unter dem Vorſitze des Hrn. Hunt fand am 27. Mai in Grays-Inn-Road eine Verſammlung von Perſonen aus den arbeitenden Claſſen Statt, worin beſchloſſen wurde, eine Subſcription zu eröffnen, um den Geſchwornen, welche die Ermordung des Conſtablers Cully als einen „entſchuldigungsfähigen Todtſchlag" bezeichnet haben, eine Medaille zu überreichen.

Am 26. und 27. Mai haben in der London-Tavern Verſammlungen der Kaufleute, welche bei dem weſtindiſchen Handel intereſſirt ſind, Statt gefunden, in welchen Bittſchriſten gegen den Plan der Miniſter in Bezug auf dir weſtindiſchen Colonien beſchloſſen wurden. Die Verſammlung war ſo angeſehen und zahlreich, wie man ſich keiner früheren der Art erinnert, und man glaubt, daß ſie nicht ohne Einfluß auf den Plan der Miniſter beiben wird.

Briefe aus Portsmouth vom 25. Mai melden, daß der dortige holländiſche Conſul ſehr beſchäftigt war, Matroſen zu miethen, um dir holländiſchen Schiffe, welche in dem dortigen Hafen unter Embargo liegen, bei Aufhebung deſſelben nach Holland zu bringen, da der größere Theil der Mannſchaften jener Schiffe ſchon früher die Rückreiſe nach dem Vaterlande angetreten hat.

Portugal.

Die Liſſaboner Zeitung enthält eine Ueberſicht des Handels zwiſchen den portugieſiſchen und mehreren andern Handelsplätzen im Jahre 1832, woraus ſich unter Andern ergibt, daß im verfloſſenen Jahre die Einfuhr von Trieſt und Venedig in 19 Schiffen geſchah, nämlich 5 von Venedig (unter welchen 4 in Liſſabon einliefen und 1 nach Madeira ging) und 14 von Trieſt (nämlich 1 nach Madeira, die übrigen nach Liſſabon). Funfzehn dieſer Schiffe fuhren unter öſterreichiſcher Flagge, 1 war neapolitaniſch, 2 ſardiniſch und 1 engliſch. Die Ausfuhr geſchah in 15 Schiffen; 11 von Liſſabon (1 nach Venedig, die übrigen nach Trieſt) und 4 von Oporto, letztere ſämmtlich nach Trieſt. Es befanden ſich unter dieſen 8 öſterreichiſche, 3 ſardiniſche, 2 neapolitaniſches, 2 ſchwediſche und 1 däniſches Schiff. — Die Einfuhr beſtand hauptſächlich in 2132 Scheffel Weizen, 2440 Scheffel Mais, 320 Scheffel Gerſte, 234 Scheffel Roggen, 550 Scheffel Hafer, 1193 Scheffel Bohnen, 468 Kiſten Eiſen, 81 Ballen Hanf, zuſammen im Werthe von 114,624 Milreis oder 230,000 fl. C. M. Die Ausfuhr beſtand in 784 Kiſten Zucker, 2115 Säcken Kaffeh, 965 Säcken Caeao, 1847 Ballen Baumwolle, 6800 Rindshäuten, 27,300 Hörnern, 23 Kiſten Thee, 989 Kiſten Zimmt von Goa, 770 Stücken Färbehölzer. Die geſammte Ausfuhr betrug im Werth 435,486 Milreis oder 470,000 fl. C. M. — Wie ſehe ſich in Folge der politiſchen Ereigniſſe der Handel im vorigen Jahre zwiſchen Portugal und Irland vermindert hat, ergibt ſich daraus, daß im Jahee 1831 von Cork nach Liſſabon 28 Schiffe kamen, nämlich 16 portugieſiſche und die übrigen engliſche, hingegen im verfloſſenen Jahre überhaupt nur 13, unter dieſen 9 portugieſiſche. Im Jahre 1831 betrug die Einfuhr an irländiſcher Butter allein 37,000 Tonnen, im Werthe von 444,000 Milreis oder 890,000 fl. C. M., hingegen im Jahre 1832 nicht mehr als 17,000 Tonnen. Die Ausfuhr beſtand hauptſächlich in Salz (3526 Scheffel im Jahre 1831 und 1040 im Jahre 1832) und Orangen und Citronen (3253 Kiſten im Jahre 1831 und 1929 Kiſten im Jahre 1832).

Das Dampfſchiff Conſianee iſt von Oporto in Falmouth eingetroffen und bringt Nachrichten von jener Stadt bis zum 20. Mai. Sie enthalten wenig Neues, außer daß man doet allgemein glaubte, die Truppen Dom Pedro's würden bald eine Bewegung vorwärts machen. Etwas Beſtimmtes war indeſſen darüber nicht bekannt, da der General Solignae ſeine Pläne ſehr geheim zu halten weiß. Am 16. Mai, dem Jahrestage der Revolution in Oporto, warfen die Migueliſten viele Bomben in die Stadt, wodurch mehrere Häuſer bedeutend beſchädigt wurden. Ganz beſonders beklagen ſich die Einwohner Opoeto's über ein Geſchütz von koloſſaler Größe, weiches die Migueliſten auf einem Hügel bei Villanova aufgeſtellt haben.

Die Briefe, welche der Courier aus Liſſabon vom 19. Mai erhalten hat, melden, daß Dom Miguels Flotte ſehr thätig ausgerüſtet wird. Der Admiral Felix hatte abgedankt, und D. Joze Correa Manoel Torres d'Aboim ſeinen Poſten erhalten. Segelfertig waren: das Admiralſchiff Dom Joãa von 74 Kanonen, die Fregatte Prineeza Real von 52 Kanonen, das große Transportſchiff Maya von 44 Kanonen, die Corvetten Cybele von 26, Iſabel von 22, Prineeza Real von 20, Tejo von 20, Providentia von 16 und Treze de Maio von 10 Kanonen. Dieſen Schiffen ſoll es übrigens faſt ganz an Lebensmitteln, ſo wie an Munition und an der gehörigen Mannſchaft fehlen. Der bekannte Tabakspächter Cordeiro, welcher ſich jetzt in Braga befindet, ſoll ſich alle mögliche Mühe geben, das 24-Kanonenſchiff Rainha dienſtfähig zu machen, jedoch ohne daß man glaubte, daß es ihm gelingen werde. Dom Miguel hatte beſtimmte Befehle zum Abſegeln der Flotte gegeben, die jedoch der angeführten Umſtände wegen nicht erfüllt werden konnten. Das Schiff Naſſau, aus dem Canal kommend, ſoll in Viana, im Nor-

Digitized by Google

den des Douro, mit 30,000 Pf. St. für Dom Miguel angekommen ſeyn.

Spanien.

Das Journal La Guyenne enthält nachſtehendes Schreiben des Infanten Don Carlos an ſeinen königlichen Bruder: „Mein vielgeliebter Bruder! Mein Secretär Plazaola hat mir heute Vormittags hinterbracht, daß Dein Miniſter am hieſigen Hofe, Hr. Cordova, mich um die Stunde habe befragen laſſen, wenn ich ihm eine Privataudienz ertheilen wollte, damit er mir eine königliche Verordnung mittheilen könne. Ich beraumte ihm die Mittagsſtunde zu dieſem Behufe an, und ließ ihn, als er um drei Viertel auf Eins erſchien, ſogleich vor. Er gab mir eine Depeſche zu leſen, die er mitgebracht hatte, worauf ich ihm nach geſchehener Leſung ſagte, ich würde Dir, ſo wie es meine Würde und mein Character erheiſchten, unmittelbar antworten; Du wäreſt mein Souverain und Gebieter, überdieß mein älterer Bruder, mein vielgeliebter Bruder, deſſen herbe Schickſale ich ſtets zu theilen ſo glücklich geweſen ſei. Du wünſcheſt zu erfahren, ob ich geſonnen ſei, Deiner Tochter, der Prinzeſſinn von Aſturien, den Eid des Gehorſams zu leiſten. Wie gerne hätte ich dieß thun wollen! Du darfſt mir glauben, du weiſt, daß ich ſtets nur die Sprache des Herzens rede, daß es mein größtes Glück ausmachen würde, der Erſte ſeyn zu können, der dieſen Eid leiſtete, um Dir den Verdruß einer Weigerung, ſo wie die Folgen, welche aus ſelber entſpringen können, zu erſparen; allein mein Gewiſſen, meine Ehre und meine Rechte ſträuben ſich alleſammt ſo dawider, daß ich nichts dagegen vermag. Der Himmel gab mir dieſe Rechte, als er mich geboren werden ließ, und der Himmel allein kann mir ſie dadurch wieder entziehen, daß er Dir einen männlichen Leibeserben beſchert, was ich aufrichtiglich, und vielleicht mehr noch als Du, wünſche. — Ueberdieß vertheidige ich die Sache und die Rechte derjenigen, die nach mir kommen werden; bei ſo bewandten Umſtänden ſehe ich mich bemüſſigt, Dir beiliegende Erklärung zu überſenden, die ich Dir, ſo wie allen Monarchen, denen Du ſelbe hoffentlich mittheilen wirſt, unumwunden vorlege. — Lebe wohl, lieber Bruder, glaube demjenigen, der Dir aufrichtig zugethan iſt, und der nicht aufhören wird, Dich als Dein guter Bruder in ſein Gebet einzuſchließen. Carlos." — Die obenerwähnte Erklärung lautet folgendermaaßen: „Sire! Wir Carlos Maria Iſidoro Bourbon von Bourbon; Da Wir Uns von den legitimen Rechten feſt überzeugt halten, die Wir an die Krone von Spanien auf den Fall anſprechen dürfen, daß ich Ew. Majeſtät überlebe, und Höchſtdieſelben bei Ihrem Ableben keine männlichen Leibeserben hinterlaſſen würden, ſo erklären Wir, daß Uns Unſer Gewiſſen und Unſere Ehre weder den verlangten Eid zu leiſten noch die Anerkennung anderer Rechte erlauben. — Sire, zu den Füßen Ew. königl. Majeſtät, Ihr guter Bruder und getreuer Vaſall, Infant Don Carlos von Bourbon. Ramalhao, 29. April 1833."

Frankreich.

Die Pairskammer kam am 27. Mai in Erörterung des Geſetzes über den Elementarunterricht an den 14ten Artikel. Derſelbe wurde angenommen, ſo wie auch der 15te und 16te, ſo wie ſie von der Commiſſion amendirt waren. Mehrere Amendements dazu wurden verworfen. Der 17te Artikel heißt ſeinem erſten Paragraphe nach: „Es ſoll bei jeder Communalſchule ein Localaufſichtscomité Statt finden, beſtehend aus dem Maire, als Präſidenten, dem Geiſtlichen oder Pfarrer, und aus drei Municipalräthen und notablen Einwohnern, die von dem Municipalconſeil bezeichnet ſind." Die Deputirtenkammer hatte dabei bekanntlich die Intervention der Pfarrer nicht namentlich aufgeführt. Die Pairskammer nahm obigen erſten Paragraph mit den Worten nach dem Maire „oder Adjuncten" an, und verwies den übrigen Artikel zu weiterem Berichte an die Commiſſion.

Die Pairskammer kam am 28. Mai mit Erörterung des Geſetzes über den Elementarunterricht zu Ende, und nahm daſſelbe mit 114 gegen 4 Stimmen an.

In der Sitzung der Deputirtenkammer vom 27. Mai verlas General Delort einen Vorſchlag, der Witwe des in Armuth und Schulden geſtorbenen Generals Decaen eine Penſion von 6000 Fr. zu bewilligen. Der Kriegsminiſter unterſtützte dieſen Vorſchlag; die Kammer weigerte ſich aber, denſelben in Erwägung zu ziehen. Der Vorſchlag des Hrn. von Schonen, 2,500,000 Fr. den Gläubigern und Lieferanten der alten Civilliſte zuzuweiſen, ſo wie 750,000 Fr. Zuſchuß für die alten Penſionäre, wurde zur Erörterung auf den folgenden Sonnabend (1. Juni) verwieſen. Die Kammer fuhr dann in Erörterung des Geſetzentwurfes hinſichtlich der Tilgungscaſſe fort. Bei dem 3ten Artikel der Commiſſion, lautend: „Von der Promulgation des Ausgabengeſetzes von 1834 an ſoll über keinen Theil der von der Tilgungscaſſe zurückgekauften Renten anders als durch ein ſpecielles Geſetz verfügt werden können," ſchlug Hr. Vidal vor, das Wort ſpecielles auszulaſſen. Hr. Salverte meinte, die Kammer ſolle den Artikel verwerfen, da ſie ſich durch Annahme deſſelben einen Theil ihrer Rechte vergeben würde. Hr. Duchatel vertheidigte in langer Rede den Artikel. Das Amendement des Hrn. Vidal wurde verworfen. Hr. Laurence trug auf Verwerfung des Artikels an. Hr. Thiers ſuchte ihn umſtändlich zu widerlegen. Auch Hr. Dupin nahm das Wort gegen den Artikel. Hr. Thiers ſuchte letzteren in neuer Rede zu widerlegen, auf welche Hr. Dupin replicirte. Endlich ſprach noch Hr. Humann zu Gunſten des Artikels. Die Kammer votirte dann darüber durch Namensaufruf, und nahm den Artikel mit 152 weißen gegen 143 ſchwarze Kugeln an.

Die Deputirtenkammer nahm in der Sitzung am 28. Mai den Entwurf, das Tilgungsgeſetz betreffend,

Digitized by Google

mit 179 weißen gegen 82 ſchwarze Kugeln an, und fuhr dann in Erörterung des Budgets fort, wobei ſie an das des Innern kam.

Der Nouvelliſte meldet aus Rochefort vom 26. Mai: „Dieſe Nacht um zwei Uhr iſt die Corvette Agathe, von dem Fregatteneapitän Tnrpin commandirt, von der Rhedr der Inſel Aix nach der Garonne unter Segel gegangen, um die Frau Herzoginn von Berry an Bord zu nehmen. — Dieſes Schiff iſt eingerichtrt worden, um die Reiſende und die Prrſonen, welche ſie begleiten, ſo bequem als möglich unterzubringen.“

Die Tribune, die Gazette und dir Quotidienne erſchienen am 28. Mai vor den Aſſiſen unter der Anſchuldigung, die Stelle einer im engliſchen Parlamentr am 4. März gehaltenen Rede, worin Ludwig Philipp als Tyrann bezeichnet wird, wiederholt zu haben. Alle drei wurden nach kurzer Verhandlung freigeſprochrn, und der Beſchlag auf ihre Nummern aufgehoben.

In einem Correſpondenzartikel aus Paris vom 24. Mai (in der Allgemeinen Zeitung) heißt es: „Wir ſegeln jetzt einem Zuſtande zu, welcher allen unreifen Köpfen unerklärlich würde, wril ſie nicht begreifen können, was aus dieſem politiſchen Enthuſiasmus geworden iſt, der ſeit vierzig Jahren die Nation ergriffen, und nun auf einmahl wie verſlegt ſcheint. Aber dieſe Männer bedenken nicht, erſtens daß die Maſſe der Beſitzenden niemals enthuſiaſtiſch geſinnt geweſen iſt; daß es zwei enthuſiaſtiſche Mächte gegeben hat, den Convent und Napoleon, deren falſcher Enthuſiasmus die Nation geiſtig erſchöpft hat; daß auf dieſem Wege nichts mehr zu machen iſt, weder für die Clubbs der Tribune, noch für die Anhänger des Kaiſers, der wie ein Phantom in dem Kopfe des Generals Bertrand und wie ein Namr auf den Lippen Joſeph Napoleons herumſpukt. Anderer Seits war der Enthuſiasmus für die Charte Ludwigs des Achtzehnten, eben ſo wir derjenige für die heutige Charte, immer ein grmachter. Warm nahm man die Sache, ſo lange für irgend eine Partei Hoffnung war, im Namen der Charte ein Miniſterium zu ſtürzen, und die Charte zum Tummelplatzr der Parteien zu machen. Dieſes alte Spiel hat ſich heute, zu allſeitiger Verwunderung, und nicht nur zur Verwunderung der Oppoſition, ſondern auch des Miniſteriums, auf einmal unwirkſam erwieſen. Da die Linke zuletzt einſah, daß ſie, ſeit dem Compte-rendu und den Junitagen letzten Jahres durchaus außer Stande ſei, den König zu beherrſchen, verſuchte ſie wenigſtens das jetzigr Miniſterium durch den Tiers-parti zu ſprengen; aber ſiehe da, dieſer Tiers-parti, von dem man allgemein (dir Miniſter mit inbegriffen) glaubte, er habe die Majorität in der Kammer, iſt nicht einmal im Stande geweſen ein Lebenszeichen zu geben; der Tiers-parti haßt die Miniſter, ohne für ihren Sturz nur rinen entſcheidenden Schritt wagen zu dürfen. Auch ſagt ſchon ein Oppoſitionsblatt, der Meſſager, die Sachen laſſen ſich nicht mehr vermitteln, als durch Abdankung des Königs und Erhebung ſeines Sohnes, der keine volonté immuable habe. Das iſt zum Lachen. Aber was merkwürdig iſt, das iſt die Sprache des National bei dieſer Gelegenheit. Er verlangt nämlich eine Art Republik, die einen temporären Dictator an ihrer Spitze hätte, der dann wirklich regieren, und nicht bloß paradiren ſollr, aber regieren unter Verantwortung ſeiner Verwaltung vor zwei geſetzgrbenden Kammern. Der National verlangt alſo einen Cromwell, einen Buonaparte, oder einen Lonis XIV., über deſſen Haupt aber immer das Schwert des Damokles ſchwebe, damit er ſich nicht verirre, und ſich weder lebenslänglich noch erblich mache; — ein Unding, das ſich nie in der Geſchichte verwirklicht hat. Dieſe Anſicht zeigt aber doch, in wie hohem Grade der theoretiſche Credit des ſogenannten repräſentativen Syſtems, wie man es in Paris auffaßte, hier zu Lande erſchüttert iſt! — Noch ein anderer Umſtand hat ſich aufgethan, der hier in Erſtaunen ſrtzt. Die ganzr Epoche der letzten Revolution ſchien nur in einem Sturm und Drang gegen dir Pairskammer begriffen zu ſeyn. Alle Gewalt der öffentlichen Meinung, hieß es, ſtecke in den Deputirten; die Pairs ſrien Nullen; dir Demokratie habe die Ariſtokratie verſchlungen; die höhere Kammer ſolle nur rine Art demokratiſchen Senates ſeyn, ein Ehrenſitz für die im Kampfe ergrauten Demokraten. Auch ſchienen ſich die Pairs rein auszulöſchen, klein zu machen, als ſeien ſie gar nicht mehr vorhanden. Aber es hat nur einiger ernſthaften Diseuſſionen bedurft, um dir Dinge in ihr wahres Verhältniß zu ſtellen. Ueber allen Begriff erbärmlich werden die Debatten in Betreff der poſitiven Intereſſrn des Landes in der Kammer der Deputirten geführt; nicht als ob es nicht in derſelben mehrere tüchtige Männer in ſpeciellen Fächern gäbe, aber der Geiſt der Kammer ſelbſt und ihr Angeſicht bei allrn dieſen Verhandlungen iſt unter aller Kritik; ſie hat nur Sinn für kleine Chikanen, oder legt ein ungeheures Gewicht auf Fragen über Eheſcheidung, über Majorate, über die Ausſchließung der Prieſter vom Volksunterrichtr u. ſ. w., bloß weil ſie in dem Wahne ſteht, dadurch bewähre ſie ſich liberal; ſir holt ihre Politik und Meinung noch zum Theil aus verſchollenen Broſchüren oder aus dem veralteten Conſtitutionnel. In der Pairskammer hingegen, ſobald ſir nur ernſtlich zu wollen ſcheint, erhalten gleich die Verhandlungen ein poſitives Intereſſe; die Geſetze werden von Sachkundigen durchgeſprochen, Erfahrung und Weltkunde zeigt ſich allenthalben. Es hat nur einiger Sitzungen bedurft, um dieſe Kammer hoch über ihre Rivalinn empor zu heben. Die Deputirten drohen ſchon nicht mehr; ſie ſind ſchon daran gewöhnt, von den Pairs ihre antichriſtlichen Vorſchläge verworfen zu ſehen, ſir haben ſich ſchon ganz darein ergeben. Es iſt augenſcheinlich: indem die Deputirten mit der ſchlechten Sorte von Popularität förmlich gebrochen haben, haben ſie auch ihre revolutionäre Macht aufgeopfert, und bedeuten hinfür nicht mehr

als Corps, weil es da iſt, und die Demokratie repräſentirt, ſondern nur als Corps, inſofern ſie Talente und Erfahrung in ihrer Mitte beſitzen; dieſer und jener Deputirte gilt noch, die Kammer aber als Kammer imponirt nicht mehr, nicht weil ſie antirevolutionnär geworden iſt, ſondern weil ſie, antirevolutionnär werdend, es nicht verſtanden hat, mit eigenem Geiſte ſich zu conſtituiren. Nun ſie die Leidenſchaften abgeſtreift, iſt der Geiſt zu gleicher Zeit ausgeblieben, denn leider gab es da eigentlich keinen Geiſt, ſondern die Leidenſchaften dienten ihm, auf eine Zeit lang, als Surrogat."

Am 29. Mai 5Percents Fin Courant geſchloſſen zu 103 Fr. 70. 3Percents Fin Courant geſchloſſen zu 79 Fr. 65. — Am 30. Mai 1¼ Uhr Nachmittags 5Percents 103 Fr. 50. 3Percents 79 Fr. 70.

Preußen.

Auf die der königlichen Regierung zu **Poſen** zugegangene amtliche Nachricht, daß verſchiedene Individuen die in dem Verdachte ſtehen, daß ſie an dem ſträflichen Unternehmen jener bewaffneten Banden Theil genommen, welche unlängſt in dem Königreiche Polen die öffentliche Ruhe zu ſtören verſucht, die dießſeitige Gränze zu überſchreiten ſuchen möchten, um im Poſen'ſchen der Strenge der Geſetze zu entgehen, ſteht die gedachte Regierung ſich veranlaßt, in der neueſten Nummer ihres Amtsblattes auf folgende zehn Perſonen aufmerkſam zu machen: Die Gebrüder Valentin, Fauſtin, Vincenz und Anton Sulimierski, Nepomucen Chrzanowski, die Gebrüder Caſimir und Leopold Potocki, den Alexander Tarkowski, den Anton Organiszczak und den Bedienten des Vincenz Sulimierski, Namens Anton, welcher während der Revolutionszeit im zweiten Regimente der reitenden Jäger diente.

Niederlandt.

Das **Amſterdamer Handelsblad** vom 28. Mai enthalt folgenden Artikel: „Wir freuen uns anzeigen zu können, daß der Präliminartractat, welchen der Referendar Mazel aus London nach dem Haag überbracht hat, am Montag den 27. Mai von Sr. Majeſtät ratificirt und daß die Ratification noch ſelbigen Tages durch ein Regierungsfahrzeug nach London überbracht worden iſt. Die königl. Genehmigung bezieht ſich ſowohl auf den erklärenden Zuſatzartikel, als auf den Tractat ſelbſt.— Es iſt uns ferner angenehm, aus guter Quelle verſichern zu konnen, daß man unverweilt zu den Unterhandlungen über den Abſchluß eines Definitivtractates übergehen wird, und man glaubt hoffen zu dürfen, daß dieſe Unterhandlungen eine baldige und allgemeine Schlichtung der belgiſchen Frage zur Folge haben werden."

Die ſechs Artikel des Tractates lauten im Weſentlichen alſo: 1) Frankreich und England verpflichten ſich, das Embargo aufzuheben. 2) Die Verhältniſſe zwiſchen den verſchiedenen Parteien werden auf denſelben Fuß hergeſtellt, auf welchem ſie vor der franzöſiſchen Expedition im Monat November geweſen ſind. Die franzöſiſchen und engliſchen Geſchwader kehren nach ihren reſpectiven Häfen zurück. 3) Die kriegsgefangene holländiſche Beſatzung der Antwerpener Citadelle wird aus Frankreich nach Holland zurückgeſandt. 4) Der Waffenſtillſtand zwiſchen Holland und Belgien dauert bis zum Abſchluß eines Definitivtractates fort. 5) Die Scheldeſchifffahrt bleibt während dieſer Zeit frei. 6) Die Fahrt auf der Maas wird unter Erlegung der Zölle nach Maaßgabe des Mainzer Tarifs geſtattet. — So lauten die Verſionen der engliſchen, belgiſchen und franzöſiſchen Blätter; was nun den oben angeführten Zuſatzartikel betrifft, ſo erklärt ſich dieſer durch eine in holländiſchen Zeitungen befindliche Nachricht, welche über den Abſchluß des Präliminar-Tractates Folgendes ſagt: „In dem am 21. Mai zwiſchen Hrn. Dedel und den HH. Talleyrand und Palmerſton unterzeichneten Präliminarvertrage iſt feſtgeſetzt worden, daß ſofort nach Auswechslung der Ratificationen, die binnen 10 Tagen Statt finden muß, das Embargo auf holländiſche Schiffe in engliſchen und franzöſiſchen Häfen aufgehoben, und den in Frankreich befindlichen Kriegsgefangenen die Rückkehr nach ihrem Vaterlande geſtattet wird. Dagegen willigt unſere Regierung in einen Waffenſtillſtand auf unbeſtimmte Zeit, und in die freie Fahrt auf der Schelde bis zum Abſchluß eines Definitivtractates, zu welchem Ende ſofort die Unterhandlungen, unter Mitwirkung der fünf Mächte, erneuert werden ſollen. Indeſſen haben Frankreich und England noch das Hinzufügen eines erläuternden Artikels verlangt, wodurch Holland ſich verpflichte, auf keinerlei Weiſe das durch die Belgier beſetzt gehaltene Gebiet anzugreifen, und daß die Scheldeſchifffahrt bis zum Abſchluß eines Definitivtractates von jeglicher Abgabe frei ſeyn ſolle. Hr. Dedel hatte es übernommen, die Zuſtimmung der Regierung zu dieſem Zuſatzartikel zu erwirken."

Der Präſident der Regierungscommiſſion des Großherzogthums Luxemburg hat die Publication der von König Wilhelm im Jahre 1830 erlaſſenen Beſchlüſſe wieder erneuert, welche jedem Luxemburger verbieten, an den belgiſchen Wahlen Theil zu nehmen, und die erklären, daß die Einwohner Luxemburgs, welche dieſen Wahlen beiwohnen würden, aus der Stadt entfernt werden ſollten.

Belgien.

Der König iſt am 27. Mai in Begleitung ſeines Vetters, des Fürſten von Reuß-Lobenſtein-Ebersdorff, nach Lowen abgereiſt, um die dort und in dem Lager bei Dieſt ſtehenden Truppen die Revue paſſiren zu laſſen.

In **Antwerpen** haben wieder einige Unordnungen Statt gefunden, indem man Perſonen, die auf der Straße weiße Hüte trugen, unter dem Vorgeben mißhandelte, daß dieß ein Parteizeichen der Orangiſten ſei.

Schweizeriſche Eidgenoſſenſchaft.

Die (geſtern mitgetheilte) Note des teutſchen Bundes gegen den Aufenthalt der Polen in der Schweiz wurde durch die öſterreichiſche Geſandtſchaft dem Vorort mit folgendem Begleitſchreiben zugeſandt: „Schreiben des öſterreichiſchen Geſandten, Hrn. Grafen von **Bombelles**, an den Vorort. Der unterzeichnete außerordentliche Geſandte und bevollmächtigte Miniſter Sr. k. k. apoſtol. Majeſtät in der Schweiz, hat von der hohen teutſchen Bundesverſammlung den Auftrag erhalten, das beigehende Schreiben derſelben an die hochlöbliche ſchweizeriſche Eidgenoſſenſchaft, S. E. dem Hrn. Amtsbürgermeiſter des Standes Zürich, als eidgenöſſiſchen Vorortes, zu übermachen. In der Ueberzeugung, daß der Gegenſtand dieſes Schreibens für die geſammte Eidgenoſſenſchaft der ernſteſten Erwägung würdig ſei, beeilt ſich der Unterzeichnete, S. E. daſſelbe ohne Verzug zu überſenden und zweifelt nicht, daß der Vorort die Nothwendigkeit erkennen werde, alle ihm zu Gebote ſtehenden Mittel anzuwenden, um ſämmtliche Cantone der ſchweizeriſchen Eidgenoſſenſchaft zur Ergreifung der zweckmäßigſten und nachdrücklichſten Maaßregeln zu vermögen, damit die Umtriebe der in die Schweiz eingedrungenen Polen keinen nachtheiligen Einfluß haben mögen auf den bis jetzt

glücklich beſtehenden freundnachbaelichen Verkehr zwiſchen Teutſchland und der ſchweizeriſchen Eidgenoſſenſchaft."

Teutſchland.

Dir Frankfurter Obrrpoſtamtszeitung enthält folgenden Artikel: „Ueber die blutigen Vorfälle in Rheinbaiern ſind uns aus einer, allen Glauben veedirnenden Quelle folgende zuverläſſige Nachrichten zugekommen: Es iſt aus öffentlichen Blättrrn bekannt, daß von Seiten der koniglich baieriſchen Behöeden des Rheinkeeiſes kräftige Maaßregeln getroffen worden waren, um in dieſem Jahre die Wiederholung ähnlicher Vorgänge, wir ſolche im verwichenen Jahre in Hambach Statt hatten, zu verhüten. Dieſe Maaßregeln waren auch von Erfolg, drnn kaum einige hundert Menſchen beſuchtrn am 27. Mai den Hambacher-Berg, woſelbſt Militärwache ſich beſand; allein auch dieſe verließen denſelben ſchon früh, da ihnen das Singen der Marſeillaiſe unterſagt worden war; und bis zur Mittagszeit war der Berg beinahe von allen jenen Perſonen verlaſſen. Nachmittags hatten ſich, dem ergangenen Verbotr zuwider, mehrere Wirthe auf dem Berge eingefunden; es kamen wieder mehrrre Peeſonen dazu, und als dee Wein ſeine Wiekung äußertr, begann man wieder mit drm Abſingen der Marſeillaiſe, worauf jenr Wirthr ángewieſen wurden, ſich zu entfernen, und dieſem Befehle auch ſogleich Folge leiſteten. Mit ihnen rntfernten ſich auch alle Anweſenden, ſo daß nur die Wachmannſchaft auf dem Berge zurückblied. Als die Abziehenden aber an dem Abhange des Berges angrkommen waren, blieben ſie plötzlich ſtehen, ſangen unter dem Rufe: Frriheit! Lieder, und ſchimpſten die auf dem Berge ſtehenden Soldaten, worauf ein kleines Detaſchement abgeordnet wurde, um die Leute aufzufordern, auseinanderzugehen. Bei Annäherung der Soldaten zerſtreutr ſich der Hauſe, nnd jene kehrten daher zurück; nnr einige Perſonen waren ſtehen geblirden, welche mit den einzeln über den Berg herunterkommenden Soldaten in Steeit kamen, dieſe mit Meſſern verwundeten, worauf denn mehrere ohnr Widerſtand arretirt wurden. Einige der Soldaten hatten indeſſen jenen Hauſen bis gegen Mittelhambach verfolgt, wo ſir am Eingange des Dorſes mit Flintenſchüſſen empfangen wurden, worauf die Soldaten ebenſalls feuerten. Sobald man auf dem Berge das Schießen vernahm, eilten die Cioilbeamten und der Militärcommandant ſogleich nach Hambach, woſelbſt diejenigen drei Burſche, welche zuerſt geſchoſſen hatten, nach heftigem Widerſtande derſelben verhaftet und die gerichtlichr Unterſuchung ſogleich eingeleitet wurdr. Nach dem Zeugniſſe der nmſtehenden Perſonen ſind die Soldaten zurrſt angegriffen worden, und machten erſt dann Gebrauch von ihren Waffen. In Hambach wurde ein Mann mit zwei Kindern an dem Oderſchenkel verwundet, welche ſogleich in ärztliche Pflege genommen wurden. Ein Gendarme wurde edenfalls mit einem Meſſeeſtiche auf dem Berge verwundet; der Thäter wurde verhaftet. — In Neuſtadt ſeldſt ſanden an demſelden Adende noch betrübendere Ereigniſſe Statt. Die Patrouillen wurden angegriffen nnd beſchimpſt, ja ein Hauſen von 60 bis 80 Menſchen ſuchte mit Gewalt die Kanonen zu nehmen. Dadurch wuedr das Militär zum Eebrauch der Waffen veranlaßt. Es entſpann ſich ein lebhafter Kampf, und mit Hülfe der in Neuſtadt einquartierten Soldaten verjagten jenr Patouillen die Volksmengr, ſo daß um 10 Uhr dir Straßen alle ganz leer waren. Die Soldaten waren dadurch, daß ſie den ganzen Tag geneckt und beſchimpſt worden, ſehr erbittert. Ein Handwerksburſchr von Nenſtadt iſt todt gedlieben, 20 bis 30 Perſonen ſind verwundet. Bis zum 29. war die Ruhe weder in Neuſtadt, noch an einem andern Oete im Rheinkreiſe mehr geſtoet worden. — N. S. Auf einem Berge unweit Hamdach hatte man eine Fahne ausgeſteckt, welche ader ſogleich eingezogen wurde, als Gendarmen ſich dem Berge näherten. Dir Farbe jener Fahnr konnte nicht genau erkannt werden."

Die Neue Speyerer Zritung meldet aus Zweidrücken vom 30. Mai: „Das Urtheil des hieſigen Appellationsgerichtes in der bekannten politiſchen Unterſuchung iſt nun gefällt. Angeklagt und vor die Aſſiſen verwieſen wurden: Dr. Wieth, Dr. Siedenpfeiffer, Pfarrer Hochdörſer, Ehe. Scharpff von Homdurg, Bürſtenſadrikant Becker von Frankenthal, Dr. Groſſr, Dr. Piſtor, Buchdrucker Roſt von Zweidrücken, Kaufmann Baumann von Pirmaſens, ſämmtlich der Provocation zur Empörung und zum Umſturze der Regierung, die jedoch ohne Erfolg gedlieden iſt, beſchuldigt: ein Verbrechen, das mit der Landesverweiſung verpönt iſt. — Sodann wurden vor die Aſſiſen verwieſen: Schüler, Savoye, Grid und Theologieeandidat Eiflrr, dir drei erſteren eines förmlichen Complottes zum Umſturze der Regierung, und der lrtztere der Mitſchuld an dieſem Verbrechen beſchuldigt, auf dem dle Capitalſtrafe ſteht. — Vor das Zuchtpolizeigericht wnrden wegen angeblicher Beleidigung gegen Beamte in ihren Amtsfunctionen verwieſen: Fitz von Dürkheim, G. F. Kolb, Redarteur der Speyerer Zeitung, Buchdrucker Kohlhepp von Kaiſerslautern, Rechtseandidat Barth von Lauterecken; und eventuell, für den Fall ihrer Freiſprechung, alle oben genannten eriminell angeklagten Perſonen, mit Ausnahme von Scharpff, Savoye, Geib und Eifler. — Freigeſprochen wurden: Jülich von Bergzabern, Deidesheimer, Frey und Dr. Hepp von Neuſtadt. — In Betreff von Dr. Widmann, Student Brüggemann, Advorat Hallauer, Dr. Strohmayer, Funke und Lohbauer wurde erkannt, daß gegen ſie als Ausländer die Unterſuchung bei drn hieſigen Gerichten nicht ferner fortgeſetzt werden ſoll. — Zugleich hat das Appellationsgericht geſtern in einer Plenarverſammlung beſchloſſen, daß zur Adurtheilung der oden erwähnten Criminalanklagen einr außerordentliche Aſſiſe, und zwar in der Stadt Landau, gehalten werden ſoll, deren Eröffnung am 29. Juli d. J. Statt finden wird."

Am 7. Juni war zu Wirn der Mittelpreis der

Staatsſchuldverſchreibnngen zu 5 pCt. in CM.	94⁵/₁₆;
detto detto zu 4 pCt. in CM.	85¹/₁₆;
Darleh. mit Verlooſ. v. J. 1820, für 100 fl. in CM.	——;
detto detto v. J. 1821, für 100 fl. in CM.	135;
Wiener-Stadtbanco-Odligat. zu 2¹/₂ pCt. in CM.	53¹/₂;

Conv. Münze pCt. ——;

Bankactien pr. Stück 1238¹/₂ in CM.

Hauptredacteur: Joſeph Anton Edler von Pilat.
Verleger: Anton Strauß ſel. Witwe in der Dorotheergaſſe Nr. 1108.

Im Comptoir des Oeſtere. Beob. iſt zu haben: E. Mayers, der k. k. Landwirthſchafts-Geſellſchaft in Wien gewidmetrs, neueſtes teutſches Gartenbuch; einr vollſtändige Anweiſung zur Erziehung und Behandlung aller Gewächſe im Küchen-, Odſt-, Blumen- und Ziergarten, nebſt Odſt-Orangerie in Gartentöpſen, und Gartemkalender. Mit 66 Abbildungen. Neue wohlfeilerr Ausgabe 1832. br. 2 fl. C. M.

Nro 160

Oeſterreichiſcher Beobachter.

Sonntag, den 9. Juni 1833.

W 1 ZEIT 18

Meteorologiſche Beobachtungen vom 7. Juny.	Zeit der Beobachtung	Barometer auf 0° Reaumur reducirt.		Thermometer Reaumur.	Wind.		Witterung.
		Pariſer Maß.	Wiener Maß.				
	8 Uhr Morg.	27.514	28Z. 3L. 4P.	+ 14.8	SO.	ſchwach.	Wolken.
	3 Uhr Nachm.	27.512	28 3 3	+ 22.0	SO.	—	—
	10 Uhr Abnds.	27.555	28 3 10	+ 14.0	SO.	—	trüb.

Portugal.

Der Hamburger Correſpondent gibt unter der Aufſchrift: „London, 29. Mai,“ folgende Nachrichten aus Portugal: „Da (wie geſtern erwähnt), der Rieſenmörſer, João Paulo genannt, beſonders den Nonnenklöſtern am 17. d. M. großen Schaden zufügte, ſo begab ſich der brittiſche Capitän Glaseod vom Oreſtes zu dem Migueliſtiſchen General Lemos, und machte ihm die Vorſtellung, daß Klöſter und Hoſpitäler unter civiliſirten Nationen geſchont zu werden pflegten, worauf letzterer ſeiner Artillerie angemeſſene Befehle ertheilte. Man ſollte glauben, daß es bei den Migueliſten beſonders auf Vernichtung von Eigenthum abgeſehen ſei, denn ihr Geſchütz iſt offenbar mehr gegen die Stadt als gegen die Linien gerichtet. Auch das Dorf S. João da Foz iſt in einen Schutthaufen verwandelt. Marſchall Solignac geht ſehr umſichtig zu Werke; vermuthlich wird ſeine erſte Operation die Eröffnung des Hafens bezwecken. Beim Abgange der Confiance war das ganze Geſchwader, aus fünf Kriegsſchiffen beſtehend, an der Mündung des Douro angekommen. Der Reſt der Rückſtände ſollte am 17. d. M. ausgezahlt worden ſeyn. Man hatte daher wieder eine gezwungene Anleihe von 400 Contos de Reis in der Stadt erhoben, und als ein Hr. Donrado, der zu 500 Moidores angeſetzt war, ſich zu ſträuben Miene machte, wurde er feſtgenommen, und beſann ſich nun eines Beſſern. — Von England und Frankreich aus ſind ſehr anſehnliche Verſtärkungen unterweges, um den Marſchall Solignac in den Stand zu ſetzen, durch einen entſcheidenden Streich der Sache ein Ende zu machen, da die Lage Oporto's, deſſen Einwohner beiſpielloſe Entbehrungen ohne ja murren ertragen, wohl nicht lange mehr haltbar iſt. Vorigen Freitag ging das Dampfſchiff Birmingham mit 350 Britten, worunter Oberſt Dodgeon, Oberſtlieutenant Butty, Capitän Dalton und etwa 20 Offiziere, nach Oporto ab. Am Bord desſelben befinden ſich auch viele Kriegsvorräthe und Uniformen. Einige Tage darauf ging das Dampfſchiff City of Waterford mit 200 erleſenen Seeleuten und auch einer beträchtlichen Summe Geldes von Portsmouth nach Falmouth ab. In letzterem Hafen ſtoßen noch fünf Schiffe mit Mannſchaften und Vorräthen zu denſelben. Eines davon, die Britannia, lag ſchon mit 240 Offizieren und Soldaten im Hafen. Man wartete noch die Ankunft eines Dampfſchiffes von Frankreich mit 400 Mann ab, nebſt dem General Ramorino und dem portugieſiſchen General Moura. Der Courier ſchätzt die geſammte Anzahl der Verſtärkungen auf 1500 Mann, und verſichert, General Ramorino müſſe am 25. oder 26. abgereiſt ſeyn, will jedoch aus guten Gründen das Schiff nicht nennen, welches ihn nach ſeinem Beſtimmungsorte bringen ſoll. Sobald ſämmtliche Dampfſchiffe in Falmouth beiſammen ſeyn werden, ſoll Capitän Napier den Oberbefehl übernehmen, woher das irrige Gerücht entſtanden war, daß er den Admiral Sartorius erſetzen ſolle. Jener ausgezeichnete Marineoffizier führt den Beinamen Don Leon de Ponza, wegen einer Waffenthat, die er im Laufe des letzten Krieges bei der Inſel Ponza im Mittelmeere vollführt. Wenn nun auch die Angaben hieſiger Blätter hie und da übertrieben ſeyn mögen, ſo erſieht man doch daraus, daß große Anſtrengungen mit bedeutenden Koſten gemacht worden, und muß daraus ſchließen, daß Dom Pedro bei den Regierungen Frankreichs und Englands thätliche Unterſtützung findet. Seiner Seits vernachläſſigte Dom Miguel nichts, um den Rüſtungen ſeines Bruders zuvorzukommen. Die Flotte wurde wieder ausgerüſtet; an die Stelle des Admirals Felix war Admiral Joze Correa d'Aboim ernannt. Neun Kriegsſchiffe lagen im Tajo ſegelfertig; doch wird ihre Bemannung als ſehr mangelhaft geſchildert. Aus Dom Miguels Hauptquartier zu S. Mamede da Infeſta waren Befehle eingegangen, daß die Flotte unverzüglich die Anker lichten ſollte; allein es war in Liſſabon bekannt, daß dieſer Befehl ſich noch nicht ausführen ließe. Der bekannte Tabakspächter Cordeiro hatte Geld hergeſchoſſen, um das Linienſchiff Raiaha von 74 Kanonen in Stand zu ſetzen. Das Schiff Naſſau hatte bei Viana einen Agenten mit 30,000 Pf. für Dom Miguel ans Land geſetzt. — Während man dergeſtalt ſehr wichtigen Ereigniſſen aus Portugal entgegenſieht, ſcheint noch nicht alle Ausſicht auf eine gütliche Ausgleichung verloren. Zwar haben die diplomatiſchen Verſuche Sir Stratford-Cannings in Madrid, was auch miniſterielle Blätter dagegen ſagen mögen, ihren Zweck gänzlich verfehlt, und ſein verlängerter Aufenthalt in Spanien iſt lediglich der Unpäßlichkeit ſeiner Gemahlinn zuzuſchreiben, vielleicht auch der Abſicht, der Cortesverſammlung am 20. Juni beizuwohnen, welche durch die nunmehr förmlich bekannt gewordene Proteſtation des Infanten Don Carlos ein doppeltes Intereſſe gewonnen hat; — es hat jedoch, wie man aus ſicherer Quelle vernimmt, in der Nacht vom 11. d. M. eine geheimnißvolle Unterredung an dem Ufer des Douro zwiſchen dem General Saldanha und einem Kammerherrn und Vertrauten Dom Miguels, dem Visconde de Torre-Bella, Statt gefunden. Der letztere hatte den erſteren eingeladen, ihm ſeine Anſichten wegen Herſtellung der Ruhe in Portugal mitzutheilen und ſoll verſichert haben, ſein Gebieter ſei geneigt, durch ſeine Vermählung mit ſeiner Nichte Dona Maria die beiderſeitigen Anſprüche zu vereinbaren. In dieſem Falle würde er eine vollkommene Amneſtie gewähren und alles ohne Ausnahme im Statu quo laſſen; von der Conſtitution würde natürlich nicht die Rede ſeyn. Es iſt nicht bekannt, was General Saldanha hierauf erwiederte;

Digitized by Google

und auf weſſen Autorität er ſich einen ſo wichtigen Schritt geſtattet hat. Ueber dieſe Unterredung hat man Gerüchte ausgeſprengt, welche darauf berechnet waren, das Zutrauen der Conſtitutionnellen zu dem General zu ſchwächen, was jedoch bei dem bekannten Character des letztern nicht gelungen iſt.“

Griechenland.

Die Münchner politiſche Zeitung vom 4. d. M. enthält folgende Nachrichten aus Griechenland: „Wir erhalten ſo eben folgende Nachricht aus Nauplia vom 13. Mai. Seit vorgeſtern Nachmittags iſt der Kronprinz von Baiern hier. Zu Lande von Tripolizza kommend, wußte der Prinz, welcher den größten Theil des Gefolges in einiger Entfernung zurückgelaſſen hatte, durch raſches Eintreiten allen ihm zugedachten Ehrenbezeigungen ſich zu entziehen, obgleich man auf eine Strecke von mehr als einer Stunde Uhlanen echellonirt hatte, die durch Abfeuern ihrer Carabiner einer dem andern ein ſchnell laufendes Signal geben ſollten. Die äußerſt beſchwerliche Tour von Tripolizza hieher ſcheint Se. königliche Hoheit nicht ermüdet zu haben, da Sie gleich nach Tiſche mit dem Könige wieder ausritten und erſt in dunkler Nacht zurückkehrten, wo ein Theil der Stadt, ſo viel es in der Eile geſchehen konnte, illuminirt und ein Muſikcorps auf dem Reſidenzplatz aufgeſtellt wurde. Geſtern war die herkömmliche Aufwartung und Abends großer Ball bei Graf Armansperg, wo man außer dem Könige, Kronprinzen, Prinzen Altenburg, Admiral Ricord, dem diplomatiſchen Corps, den höchſten Civil- und Militärperſonen, den hier noch anweſenden franzöſiſchen Stabs- und Marineoffizieren der drei Mächte, noch die meiſten Fremden von Diſtinction fand, unter welchen Italiener, Franzoſen, Teutſche, Ruſſen und Spanier bemerkt wurden. Fürſt Butera aus Neapel war durch ein Augenübel zu erſcheinen verhindert. Die griechiſche haute volée erſchien in den reichſten und eleganteſten Coſtumes. Durch die Damen wurden ſämmtliche Provinzialtrachten Griechenlands vorgeſtellt, von welchen einige außerordentlich geſchmackvoll ſind. Der Kronprinz bleibt bis zum 17. inclusive hier.“

Großbritannien und Irland.

Unter der Ueberſchrift: „Eine neue Expedition nach Portugal“ lieſt man im Guardian: „Der Kampf in Portugal zwiſchen Dom Miguel einer Seits und Dom Pedro, Lord Palmerſton und den Franzoſen anderer Seits ſcheint ſich ſeinem Ende zu nahen. Nach Berichten, die ſehr glaubwürdig klingen, herrſcht in Oporto die größte Hungersnoth. In dieſem Dilemma iſt aber noch eine Hoffnung zurück, ſo traurig ſie auch erſcheinen mag. Der Capitän Napier, ein tapferer Befehlshaber in königl. großbritanniſchen Dienſten, hat es mit Hülfe von 7 Dampfbooten unternommen, 3000 Mann auf dem Terrero de Paço zu landen, von wo aus Liſſabon leicht erobert werden könnte. Der Plan dieſer glänzenden Manöver und Abſichten iſt nicht bekannt, aber es ſcheint als eine ausgemachte Thatſache angenommen zu ſeyn, daß der beabſichtigte Zweck ohne Widerſtand erreicht werden wird. Capitän Napier iſt ein alter Abenteurer, und wir glauben faſt, daß er ſich dießmal nicht viel mehr Ehre einlegen wird, als mit ſeiner Dampfſchifffahrt auf der Seine, mit der es ihm, wenn wir nicht irren, in ſo weit gelang, daß ein Dampfboot zwiſchen Rouen und Paris in Gang kam, und ſo lange hin- und herfuhr, als es die geringe Zolleinnahme und die beſchränkten Mittel erlaubten. Capitän Napier ſoll wirklich ſeine romantiſche Expedition in Begleitung des Marquis von Palmella bereits angetreten haben. Der Diplomat, der ſich mit dem Fechten nicht abgibt, ſoll jedoch in Oporto ans Land geſetzt werden, ehe der tapfere Befehlshaber ſeine Operationen beginnt.“

In der City ging das Gerücht, daß zu Cowes 2000 Mann franzöſiſcher Truppen erwartet würden, die ſich der Expedition nach Liſſabon unter Capitän Napier anſchließen ſollten.

Frankreich.

In der Sitzung der Deputirtenkammer am 28. Mai verlas der Präſident das Schreiben des Hrn. Louis Blaiſe, worin derſelbe ſeinen Austritt aus der Kammer aus Anlaß des Prozeſſes der Tribune ankündigt. Nach der, mit der bereits geſtern erwähnten Mehrheit erfolgten Annahme des Entwurfs über die Tilgung folgte die Erörterung über das Budget des Innern. Die Kammer genehmigte nacheinander das 1ſte Capitel: Gehalt des Miniſters und Perſonal der Centralverwaltung 332,500 Fr.; 2tes Cap., Penſionen und temporäre Entſchädigungen für die wegen Erſparung entlaſſenen Angeſtellten 34,000 Fr.; 3tes Cap., Material und verſchiedene Ausgaben der Centralverwaltung 158,000 Fr. Aus Anlaß des 4ten Cap., geheime Ausgaben der allgemeinen Polizei 1,265,000, Fr. bemerkte Hr. Garnier-Pagès, daß ihm die Männer, welche in Folge politiſcher Veränderungen verurtheilt worden ſeien, einige Rückſichten zu verdienen ſcheinen, und daß ſie nicht wie andere Verbrecher behandelt werden ſollten. Die politiſchen Verurtheilten, die man in St. Pelagie eingeſchloſſen, verdienten namentlich dieſe Rückſichten, und er müſſe ſich über die Art beſchweren, wie man ſie behandelt habe. Er beſtreite zwar das Recht nicht, das man dazu habe, aber er beklage den Mißbrauch, den man von dieſem Rechte mache. Man ſchleppe mehrere von den zur Deportation verurtheilten Männern nach St. Michel; die Deportation ſei aber nicht der Tod, während St. Michel der Tod ſei. Mehrere Verurtheilte hätten ſchon die Galeere der Verſetzung nach St. Michel vorgezogen. In demſelben Augenblicke bewerkſtellige man die Verſetzung, wo eine Prinzeſſinn, die durch ihre Heirath aufgehört habe eine Prinzeſſinn zu ſeyn, wie es heiße, das Schloß von Blaye frei verlaſſen dürfe. Sei dieß wahr, ſo ſolle man die politiſchen Gefangenen dahin bringen. Hr. Thiers ſuchte die Wahl des Gefängniſſes von St. Michel zu rechtfertigen; daſſelbe ſei geſund. Auch machte der Miniſter neuerdings die Verordnung geltend, wornach die politiſchen Verurtheilten weder die Arbeiten anderer Gefangenen verrichten, noch die Kleidung des Hauſes tragen dürften. Wie auch immer die Meinung eines politiſchen Verurtheilten ſeyn möge, ob er blau, weiß oder roth ſei, ſo würde er ihn menſchlich behandeln. Hr. Garnier-Pages beharrte bei ſeiner Behauptung von der Ungeſundheit des Gefängniſſes von St. Michel. Hr. Gaillard de Kebertin nannte es ſehr geſund. (Gelächter.) Hr. Mauguin meinte, man dürfe in Bezug auf Geſundheit die Galeeren dem Aufenthalt zu St. Michel vorziehen, nicht wegen Ungeſundheit des Klima, ſondern wegen Beſchränktheit des Raumes. Hr. Dupin ſah nur Milderungen, welche die Regierung in dem Looſe der Verurtheilten angebracht habe und behauptete ebenfalls, von mehreren Deputirten gehört zu haben, daß das Gefängniß von St. Michel geſund ſei. General Lafayette wiederholte in dieſer Beziehung die Klagen des Hrn. Garnier-Pagès. St. Michel ſei das ungeſundeſte Gefängniß in Frankreich. Hr. d'Argout verſicherte, daß die von den Journalen angegebenen Details über die Verſetzung der Gefangenen nach St. Michel, daß man ſie nicht hätte von ihren Verwandten Abſchied nehmen laſſen ꝛc. ganz falſch ſeien. Hr. Joly: Für die Gefangene von Blaye einen koſtbar ausgeſtatteten Pallaſt, für die politiſchen Verurtheilten das Grab von St. Michel! Hr. Barthe: Man ſagt, Ihr ſeid die Advocaten der Herzoginn von Berry, weil Ihr ſie nicht vor die Tribunale geſtellt. Meine Her-

Digitized by Google

ren, ich ſage es mit Gerechtigkeit, die Herzoginn von Berry, als Mitglied einer Familie (lebhaftes Geräuſch), die mit Recht abgeſetzt wurde, iſt ohne Zweifel ſtrafbar (neues Geräuſch); das Völkerrecht würde ſie nicht decken, ſie iſt nicht ſouverain; das gemeine Recht konnte ſie daher treffen; aber es gibt Rückſichten anderer Art (heftige und lange Unterbrechung), denen die Kammer ſich beigeſellt hat. (Ja, ja! — Nein, nein! — Großer Tumult mit verſchiedenen kurzen Zurufen an den Miniſter.) Meine Herren, ich muß den Unterbrechern ſagen, daß ich überzeugt bin, daß ſie, wenn ſie verlangen, man ſolle die Herzoginn von Berry vor einen Aſſiſenhof der Vendee führen, dabei bloß dem Gefühl der Geſetzlichkeit gehorchen. Wir für unſern Theil haben geglaubt, daß nue Unordnungen daraus hervorgehen würden; und wir waren außerdem der Anſicht, daß die Julirevolution durch ein ſolches Verfahren ihre Würde verlieren würde. (Heftiges Murren. Ruf zur Ordnung.) Hr. Joly: Der Siegelbewahrer ſagt uns, die Herzoginn ſei ohne Zweifel ſchuldig. Wie wiſſen Sie, daß ſie ſtrafbar ſei, Sie, als Chef der Juſtiz, der ſie nicht richten läßt? (Bravo.) Aber ich will Ihnen antworten: Nein, ſie iſt nicht ſtrafbar. Geben ſie ihr Richter, und wenn dieſe ihre Strafbarkeit anerkennen, dann konnen Sie uns ſagen, ſie ſei ſtrafbar. Bis dahin haben Sie kein Recht dazu. Sie ſagen, die öffentliche Ordnung würde durch eine Verſetzung der Herzoginn vor Gericht geſtört, die Würde der Julirevolution compromittirt werden. Die Erhaltung der Ordnung iſt vor Allem dabei intereſſirt, daß das Geſetz gleichmäßig über allen Häuptern ſchwebe. Auf dieſe Art werden Sie die Ordnung bewahren und die Würde der Julirevolution weihen. Begnadigen Sie alsdann die Herzoginn von Berry; wir verlangen nicht ihr Haupt, ſondern die Gleichheit vor dem Geſetze. — Das 4te Cap. ward hierauf angenommen, ſo auch das 5te: telegraphiſche Linien 839,000 Fr.; 6tes Cap., Errichtung einer neuen telegraphiſchen Veräſtung von Avranches nach Cherbourg, und einer Verbindungslinie von Bordeaux nach Montpellier 332,000 Fr.; das 7te Cap., allgemeine Ausgaben für die Nationalgarde 410,000 Fr.; 8tes Cap., Nationalbelohnungen 30,000 Fr.; 9tes Cap., Unterſtützung für fremde Flüchtlinge in Frankreich 2,500,000 Fr.; 10tes Cap., Unterſtützung für politiſche Verurtheilte 80,000 Fr.; 11tes Cap., Gehalte und Ausgaben für Erzbiſchofe und Biſchöfe 1,000,000 Fr.

Am 30. Mai 5Percents Fin Courant geſchloſſen zu 103 Fr. 45. 3Percents Fin Courant geſchloſſen zu 79 Fr. 45. — Am 31. Mai 5Percents 103 Fr. 70. 3Percents 79 Fr. 60.

Teutſchland.

Die am 28. Mai Sr. konigl. Hoheit dem Großherzog von Baden überreichte Antwortadreſſe der zweiten Kammer der badiſchen Ständeverſammlung auf die Thronrede lautet folgendermaaßen: „Durchlauchtigſter Großherzog! Gnädigſter Fürſt und Herr! Geruhen Ew. konigl. Hoheit in den Aeußerungen der Huldigung, welche wir darbringen, die Gefühle Ihres treuen, ſeinem geliebten Fürſten unwandelbar ergebenen Volkes zu erkennen. Die Wiederherſtellung der Verfaſſung in Bezug auf die Landtagsperioden macht es uns moglich, ſchon nach einem kürzeren Zeitraume, wieder vor dem Throne Ew. königl. Hoheit zu erſcheinen, und die Geſinnungen der Anhänglichkeit unſerer Mitbürger auszuſprechen. Dadurch iſt es uns vergönnt, in der Ausübung unſerer verfaſſungsmäßigen Wirkſamkeit die Wünſche des Volkes auszudrücken, und die Angelegenheiten des geliebten Vaterlandes mit jener Offenheit zu berathen, welche Liebe und Vertrauen erzeugen. Die Gefühle der Treue werden dabei alle unſere Schritte leiten, Gefühle einer Treue, die unſere Herzen durch ein heiliges Band an Ew. königl. Hoheit, an das Vaterland und an ſeine Verfaſſung knüpft. Die von Ew. konigl. Hoheit geſprochenen Worte des Vertrauens, des Friedens und der Eintracht, am beſten verbürgt durch wechſelſeitige Verfaſſungstreue, werden in allen Theilen unſeres Vaterlandes widerhallen und heilige Gefühle wecken. Auch unſere Blicke richten ſich dankerfüllt zur waltenden Vorſehung, welche von unſerem Vaterlande Unheil abgewendet und dem Fleiße des Landmannes Gedeihen gegeben hat. Mit inniger Theilnahme vernahmen wir die Ereigniſſe, welche, durch die Geburt eines Prinzen Ew. königl. Hoheit, und durch die Geburt einer Prinzeſſinn die Familie Sr. Hoheit des Hrn. Markgrafen Wilhelm beglückten. Als lohnendes Reſultat des verfloſſenen Landtages erkennen wir die von Ew. königl. Hoheit ſeit unſerer letzten Anweſenheit verkündeten Geſetze. Weit entfernt, in allen Theilen dieſer Geſetze die Vollkommenheit zu ſuchen, die ſelbſt nur das Reſultat langer Erfahrungen und wiederholter Prüfung ſeyn kann, freuen wir uns der Früchte, welche ſie tragen. Mit Offenheit die bemerkten Mängel darzuſtellen, ihre Urſachen zu erforſchen und mit der Staatsregierung über die Verbeſſerungen zu berathen, ſoll unſere Pflicht ſeyn, ſobald länger geſammelte Erfahrungen den geeigneten Zeitpunct bezeichnen, in welchem Verbeſſerungen vorgenommen werden können. Die Wohlthaten der verkündeten Geſetze werden noch allgemeiner gefühlt werden, wenn auch andere, von uns auf dem vorigen Landtage geſtellte Anträge auf Geſetze, die theils nothwendige Garantien der Verfaſſung enthalten, theils ſolche ſind, auf welche die beſſere Wirkſamkeit anderer Geſetze berechnet war, oder die zur Ergänzung und Vervollkommnung unſerer Rechtsgeſetzgebung und gerichtlichen Einrichtungen unentbehrlich gehören, in das Leben gerufen werden. Mit tiefer Betrübniß hat Ihr treues Volk die Veränderungen erfahren, durch welche das lang erſehnte, zur Garantie der Verfaſſung ſo weſentliche Geſetz über Freiheit der Preſſe ſeine Grundlage verloren hat. Wir ſehen den Eröffnungen entgegen, welche Ew. konigl. Hoheit uns verheißen haben, deren beſonnene Prüfung uns eine hochwichtige Aufgabe ſeyn wird, um darnach die durch unſere Pflicht gebotenen Beſchlüſſe zu faſſen. Auch können wir nicht mit Stillſchweigen die ſchweren Beſorgniſſe übergehen, welche bei Ihrem treuen Volke, deſſen geſetzlichem Sinne alle ungeſetzlichen Mittel und Beſtrebungen fremd geblieben ſind, der Inhalt der Bundesbeſchlüſſe vom 28. Juni 1832 hervorgebracht hat, indem ſolcher eine Auslegung geſtattet, welche die Verfaſſung zu bedrohen und die verfaſſungsmäßigen Rechte zu beſchränken ſcheint. Wir hegen zwar das tiefe Vertrauen, daß jeder Gedanke einer Verfaſſungsverletzung von Ew. königl. Hoheit weit entfernt war; wir würden uns aber freuen, wenn uns in dieſer Hinſicht eine für alle Zukunft beruhigende Zuſicherung ertheilt und dadurch jeder Zweifel gehoben würde. In den getroffenen Anordnungen über die Verwaltung erkennen wir das Beſtreben, die Verwaltung einfacher, bequemer für die Rechtſuchenden und minder koſtſpielig zu machen. Die Zuſicherung, zum Schutze und zur beſſeren Bewirthſchaftung der Waldungen, als eines der wichtigſten Beſtandtheile des Nationalreichthums, einen umfaſſenden Geſetzesentwurf vorlegen zu laſſen, wird überall im Lande freudigen Anklang finden, und durch die Vorlage eines auf die volle Entſchädigung der Beſchädigten berechneten Geſetzes über Wildſchäden wird einem lange gefühlten Bedürfniſſe und gerechten Klagen des Landmannes abgeholfen. Wir freuen uns, daß durch dieſe Vorlage Ew. konigl. Hoheit den Anträgen des vorigen Landtages Allerhöchſtihre Zuſtimmung ertheilt haben. Mit Freude haben wir vernommen, daß die Lage der Finanzen befriedigend iſt; ob

Digitized by Google

gleich ſeit einigen Jahren durch Aufhebung und Herabſetzung von Abgaben, durch Uebernahme von Bezirksſchulden, Aufhebung der Staatsfrohnden, Ablöſung der Herrenfrohnden und des Blutzehnten die öffentlichen Laſten weſentlich vermindert, und die Ausgaben zur Befriedigung geiſtiger und materieller Intereſſen gleichzeitig vermehrt worden ſind. In der Verheißung eines, die Intereſſen der Pflichtigen mit denen der Berechtigten und das hohe Intereſſe der Geſammtheit an der Aufhebung der Feſſeln der Cultur des Bodens vereinigenden Geſetzes über Ablöſung des Zehnten, ſo wie in der Zuſage über Verminderung des Salzpreiſes werden unſere Mitbürger eine neue Bürgſchaft für das Beſtreben Ew. königl. Hoheit, das Wohl des Landes zu befordern, erkennen. Möchten Ew. königl. Hoheit in allen unſern Berathungen und Anträgen unſer Streben erblicken, die materiellen Intereſſen unſerer Mitbürger zu befordern, aber auch nicht weniger die wichtigen geiſtigen Intereſſen zu begründen, weil wir überzeugt ſind, daß zwiſchen den Intereſſen beider Art eine innige Wechſelwirkung Statt findet, daß zur dauerhaften Begründung der materiellen Intereſſen es einer geiſtigen Grundlage bedarf, und daß nur ein Volk würdig erſcheint, und glücklich genannt werden kann, das neben dem Beſitze der materiellen Wohlfahrt auch im Beſitze geiſtiger Freiheit und jener Rechte ſich befindet, die ſeine weitere Entwicklung und Veredlung verbürgen. Mögen Ew. königl. Hoheit in unſern Anträgen und Beſchlüſſen immer die Sprache der Vertreter eines Volkes erkennen, das die Ehrfurcht vor ſeinem Regenten dadurch am meiſten kund thut, daß es in jeder Lage vertrauend mit ſeinen Wünſchen und Beſorgniſſen ſich an den geliebten Fürſten wendet. In dieſen Geſinnungen und in der Eintracht mit einer Regierung, die im eigenen Gefühle der Selbſtſtändigkeit und Unabhängigkeit die Heiligkeit der Verfaſſung zu ehren weiß — in einer ſolchen Eintracht, die allein Macht gibt und die Kraft ſtählt, liegt ein feſtes Bollwerk der Verfaſſung und ein beglückendes Band, das um Fürſt und Volk ſich ſchlingt und Ehrfurcht für das conſtitutionelle Leben einflößt. Carlsruhe, 24. Mai 1833." (Folgen die Unterſchriften.) — Se. königl. Hoheit geruhten auf die Adreſſe der zweiten Kammer Folgendes zu erwiedern: „Mit den aufrichtigſten Gefühlen von Freude und Zufriedenheit nehme Ich die Ausdrücke entgegen, mit denen die zweite Kammer Meiner getreuen Stände Mich ihrer Liebe und Anhänglichkeit und ihrer Bereitwilligkeit verſichert, in allen unſeren Beziehungen den Geiſt von Friede und Eintracht vorherrſchen zu laſſen, den Ich empfohlen habe, und der auch Mich ſtets beherrſchen wird. Mit ſolchen Geſinnungen betreten wir eine ſchöne Bahn, und werden, nie von ihr abweichend, ein ſchönes Ziel erreichen. Nicht ganz ungetrübt von Gewolke iſt zwar das Gemälde, das Sie Mir entfalten; damit unſere Freude rein ſei, müſſen auch dieſe Wolken zerſtreut werden. — Sie ſprachen Mir von der tiefen Betrübniß, mit der Mein Volk die Veränderungen erfahren habe, durch welche das zur Garantie der Verfaſſung ſo weſentliche Preßgeſetz ſeine Grundlage verloren, und von ſchweren Beſorgniſſen, welche durch die bekannten Bundesbeſchlüſſe hervorgerufen worden, ihrer möglichen Auslegung und dem Wunſch, alle Zweifel darüber gehoben zu ſehen. Nur zu ſehr aber ſorgte die freie Preſſe ſelbſt, von den erſten Tagen ihres Erſcheinens an, dafür, die Empfindungen, mit denen man ihrer Beſchränkung, noch ehe dieſe erfolgte, entgegenſah, wenigſtens ſehr zu miſchen, und wenn Betrübniß darüber irgendwo die Gemüther erfüllte, ſo wird dieſe mehr und mehr der Beruhigung weichen, die die Betrachtung der ungeſtörten üppigen Entwicklung des menſchlichen Geiſtes, wo er nur immer wahrhaft Schönes und Würdiges erzeugen will, gewähren muß. Die erſte Garantie einer jeden Verfaſſung muß in ihr ſelbſt liegen; überhaupt aber liegt ſie weit weniger in dem Geſchriebenen, als dem Ungeſchriebenen, in den guten Sitten des Volkes, in den bürgerlichen Tugenden, ohne die es keine bürgerliche Freiheit gibt; dieſem gegenüber, in der Moralität der Regierungen. Der geſunde Sinn des Volkes hat bereits ſeit der Bekanntmachung jener, in einmüthiger Uebereinſtimmung aller teutſchen Regierungen gefaßten Bundesbeſchlüſſe mehr als Einen Anlaß gehabt, ihre Motive und ihre Zwecke unbefangener zu beurtheilen, ſie neben Ereigniſſe der Vergangenheit und Gegenwart zu ſtellen, und dadurch von den anfangs allerdings gehegten Beſorgniſſen allmählich zurückzukommen. Dem nämlichen geſunden Sinn leuchtet es ein, daß Ich jenen Beſchlüſſen nie hätte beitreten können, wenn in ihnen auch nur eine entfernte Abſicht, die teutſchen Conſtitutionen zu untergraben, wahrzunehmen geweſen wäre. Das Vertrauen, das Sie Mir in dieſer Hinſicht ausdrücken, iſt alſo nicht nur gerecht, ſondern ſpricht auch gewiß die wahren Geſinnungen derjenigen aus, die zu ihren Vertretern Sie erkoren haben. Mehr als überflüſſig möchte es demnach ſcheinen, Ihnen heute noch eine beſondere Zuſicherung dafür zu geben, daß die erwähnten Bundesbeſchlüſſe, denen die unterſtellte Tendenz nie zum Grunde gelegen, deren bundespflichtmäßiger Vollzug daher auch Meiner conſtitutionnellen Stellung keineswegs widerſtreitet, der von Meiner Seite längſt angelobten treuen Aufrechthaltung unſerer Verfaſſung, insbeſondere der darin ausgeſprochenen Rechte aller Staatsbürger und der Wirkſamkeit der Stände je im Wege ſtehen werden. Zu allem Ueberfluß aber ertheile Ich Ihnen gleichwohl hiermit die Zuſicherung nochmals auf das Feierlichſte, und mit Vergnügen, weil Sie Mir ſagen, daß es auch Sie freuen werde, und es ſoll Mir von Herzen lieb ſeyn, wenn Sie dieſe Worte, in Ihre Protokolle niedergelegt, als ein bleibendes Denkmahl Meiner Geſinnungen für jetzt und die Zukunft anerkennen. Dagegen erwarte Ich aber auch im Wechſel von Meinen getreuen Ständen, daß Ihnen dieſe einfachen und herzlichen Worte eines Fürſten, deſſen Herz ſtets nur für das Glück ſeines Volkes ſchlagen wird, genügen — daß ſie in ihnen vollkommene Beruhigung finden werden. — Für die Mir ſo lebhaft ausgedrückte Theilnahme an den frohen Ereigniſſen in Meinem Hauſe ſage Ich Ihnen den aufrichtigſten Dank, und es iſt Mir vorzüglich angenehm, Sie, Meine Herren, mit der wiederholten Verſicherung dieſer Geſinnungen entlaſſen zu können."

Am 8. Juni war zu Wien der Mittelpreis der Staatsſchuldverſchreibungen zu 5 pCt. in CM. 94 15/16;
detto detto zu 4 pCt. in CM. 85 1/4;
Darlehen mit Verlooſ. v. J. 1820, für 100 fl. in CM. — ;
detto detto v. J. 1821, für 100 fl. in CM. 135 1/8;
Wiener Stadtbanco-Obligat. zu 2 1/2 pCt. in CM. 53 1/8;
Kurs auf Augsburg für 100 Gulden Curr., Gulden 98 1/2 Br. Uſo. 2 Monat. — Conv. Münze pCt. —;
Bankactien pr. Stück 1240 in C. M.

Hauptredacteur: Joſeph Anton Edler von Pilat.

Verleger: Anton Strauß ſel. Witwe in der Dorotheergaſſe Nr. 1108.

Digitized by Google

Nro. 161

Oeſterreichiſcher Beobachter.

Montag, den 10. Juni 1833.

Meteorologiſche Beobachtungen vom 8. Juni.	Zeit der Beobachtung.	Barometer auf 0° Reaumur reducirt. Pariſer Maß.	Barometer auf 0° Reaumur reducirt. Wiener Maß	Thermometer Reaumur.	Wind.		Witterung.
	6 Uhr Morg.	27.645	28 Z. 4 L. 11 P.	+ 14.0	SO.	ſchwach.	trüb.
	3 Uhr Nachm.	27.628	28 4 8	+ 18.8	OSO.	—	Wolken.
	10 Uhr Abends.	27.642	28 4 11	+ 14.0	SO.	—	—

Großbritannien und Irland.

Ein Supplement zur Londoner Hofzeitung vom 29. Mai enthält eine königliche Proclamation, kraft deren das auf die holländiſchen Schiffe gelegte Embargo aufgehoben wird.

Der Herzog von Orleans verließ mit ſeinem Gefolge in der Nacht vom 28. auf den 29. Mai London, um nach Rocheſter zu gehen, wo er übernachten und dann über Deal nach Dover ſich begeben wird, um ſich nach Belgien einzuſchiffen. Se. königl. Hoheit nahm am 28. bei dem Hofcercle von Ihren Majeſtäten Abſchied, mit denen er eine lange Unterredung hatte. Er ſtattete nachher noch dem Grafen Grey, den Fürſten Talleyrand und Lieven Beſuche ab; dem Premierminiſter drückte er ſeinen warmen Dank aus für die Güte, mit der man ihn empfangen habe.

Die Mittheilungen, welche am 24. Mai Hr. Bernal dem Unterhauſe machte*), haben wieder manche intereſſante Beiträge zu der Geſchichte der Parlamentswahlen geliefert und gezeigt, mit welcher Dreiſtigkeit die Beſtechungen bei denſelben getrieben werden. Es iſt nichts Neues, daß bei Gelegenheit dieſer Wahlen die zu denſelben fähigen Perſonen in den Gaſthäuſern auf Koſten der Candidaten während der Hitze des Tages mit Bier und Porter erquickt werden; bei den letzten Wahlen in Hertford aber hatte man, um nicht die in Eaſt-Retford berüchtigt gewordenen Frühſtücksgelder von 15 bis 20 Pf. St. zu wiederholen, eine neue Einrichtung getroffen, um die Stimmen für die Candidaten zu gewinnen, welche ſich um die Ehre, jene Stadt im Parlamente zu repräſentiren, bewarben. Man hatte nämlich ſogenannte Erfriſchungsbillete zu 2½, 5 und 10 Sh. ausgegeben, für deren Austheilung allein eine Belohnung von 100 Pf. St. an einen Hrn. Dack gezahlt waren. Jene Billete, welche bereits längere Zeit vor den Wahlen ausgegeben worden und Gültigkeit erlangt hatten, dienten indeß keineswegs bloß dazu, daß die Wahlmänner ſich die Erfriſchungen dafür verſchaffen konnten, ſondern wurden von den Materialienhändlern und Krämern an Zahlungsſtatt für Kaffeh, Thee, Zucker und Baumwollenwaaren angenommen. Einer jener Leute hatte unter Andern über 12 Pf. St. von dieſer neuen Gattung von Papiergeld, welches ungefähr zum Belauf von 300 Pf. ausgegeben war, empfangen, ſeine Frau hatte einen Theil dieſes Geldes in der Wirthſchaft, inſonderheit zu Anſchaffung von Fleiſch benutzt. Daneben wurde die Beſtechung auch noch in einer andern Art betrieben, die man mit dem Ausdrucke „Bewirthung" (treating) bezeichnet. Es zeigte ſich nämlich, daß die Rechnungen der Gaſtwirthe für die von ihnen gelieferten Erfriſchungen ꝛc. offenbar außerordentlich viel Myſtificationen enthielten und zwar in der Art, daß die Summe ihrer Forderungen, von denen ſie zum Theil nicht wußten, wer ſie ihnen denn eigentlich bezahlen würde, ſich auf 2530 Pf. beliefen, während die Zahl der Wähler nur 676 betrug. Aber auch damit war es noch nicht genug; nach der Wahl erhielten von jenen Wählern zwiſchen 3 bis 400 eine recht anſtändige Belohnung von 20 oder 10 Sh. unter dem Namen „Wahlliſtengeld" (polling money), je nachdem ihr Rang es ihnen geſtattete, einem Diner, welches den Vornehmeren unter ihnen gegeben wurde, beizuwohnen oder nicht. Ein neuer Hut oder irgend ein anderes neues Kleidungsſtück, welches manchem Wähler zuvor geſchenkt worden, hat ihm wohl auch hin und wieder den Zutritt zu dem Mittagsmahle verſchafft, manch anderer war durch das Geſchenk von fetten Schweinen u. dergl. entſchädigt worden. — Man hat die Bemerkung gemacht, daß ſeit der Reform die Sitze im Parlament viel theurer geworden ſeien; in Fällen, wo ſonſt nur 2000 Pf. gegeben wurden, müſſen jetzt 7000 bezahlt werden.

*) Vergl. Oeſterr. Beob. vom 8. d. M.

Frankreich.

Der Moniteur vom 1. Juni enthält folgenden Artikel: „Am 21. Mai iſt zu London zwiſchen den Bevollmächtigten von Frankreich, Großbritannien und den Niederlanden eine proviſoriſche Convention in Bezug auf die belgiſchen Angelegenheiten unterzeichnet, und die Ratificationen derſelben ſind am 29. gedachten Monats ausgewechſelt worden. — Nach dem Wortlaute dieſer Convention wird das auf die Schiffe und auf die Waaren holländiſcher Unterthanen gelegte Embargo ſogleich aufgehoben. Die in Frankreich zurückgehaltenen holländiſchen Militärs werden in Freiheit geſetzt. Der König der Niederlande, ſeiner Seits, nimmt alle in ſeinen Staaten hinſichtlich der franzöſiſchen und engliſchen Flaggen ergriffenen Maaßregeln zurück. — Se. niederländiſche Majeſtät macht ſich bis zum Zeitpuncte des Abſchluſſes eines Definitivtractates anheiſchig, die Feindſeligkeiten gegen die Belgier, weder in Belgien noch in dem Theile von Luxemburg und von Limburg, den ſie nur proviſoriſch beſetzt halten, wieder zu beginnen. — Die Scheldeſchifffahrt wird vollkommen frei ſeyn. — Die Schifffahrt auf der Maas wird dem Handel geöffnet, und ſoll ſo lange, bis hierüber ein definitives Reglement feſtgeſetzt ſeyn wird, den Anordnungen der für die Rheinſchifffahrt am 31. März 1831 zu Mainz unterzeichneten Convention unterworfen ſeyn. — Die Communicationen zwiſchen der Feſtung Maeſtricht und der Gränze von Nordbrabant und zwiſchen dieſer Feſtung und Teutſchland ſollen frei und ungehindert ſeyn. — Die hohen contrahirenden Theile verpflichten ſich, ſich unverzüglich mit dem Definitivtractate zu beſchäftigen, welcher die Verhältniſſe zwiſchen Holland und Belgien feſt-

ſtellen ſoll. Sie werden die Höfe von Oeſterreich, Preußen und Rußland einladen, dabei mitzuwirken.“

Ferner heißt es im Moniteur vom obgedachten Tage: „In Folge des Art. 1 der am 21. Mai zu London unterzeichneten und am 29. Mai zwiſchen Frankreich und England einer und Sr. niederländiſchen Majeſtät anderer Seits unterzeichneten Conventian, hat die Regierung Befehle ertheilt, das auf die halländiſchen Schiffe gelegte Embarga unverzüglich aufzuheben. — Kraft des Art. 2 deoſelben Tractates ſollen die holländiſchen Gefangenen in ihr Vaterland zurückgeſchickt werden.“

Am 29. Mai ſetzte die Deputirtenkammer die Diseuſſion des Budgets des Innern und der Culte fort. Folgende Capitel wurden faſt ohne alle Debatte angenammen: Gehalte der Erzbiſchöfe und Biſchafe, 1 Million Fr.; Gehalte und Entſchadigungen der Mitglieder der Capitel und der Pfarrgeiſtlichen, 27 Millionen Fr.; kanigl. Capitel von St. Denis, 100,000 Fr.; Stipendien der Seminarien, 1 Million Fr.; Unterſtützungen an Geiſtliche und ehemalige Nonnen, 1,100,000 Fr.; Ausgaben des innern Dienſtes der Dioeeſangebäude, 445,000 Fr.; Ankauf, Erbauung und Unterhaltung von Dioeeſangebäuden, 1,600,000 Fr.; Unterſtützungen für die geiſtlichen Anſtalten, 862,300 Fr.; Ausgaben der prateſtantiſchen Culte, 800,000 Fr.; Ausgaben des israelitiſchen Cultus, 80,000 Fr. Alle Reduetionsvorſchläge, welche die HH. Eſchafferiaux und Luneau bei ebigen Summen machten, wurden verworfen. Der letztere wies auf das ſtete und enorme Anwachſen des Budgets des Clerus; unter dem Kaiſerreich habe daſſelbe 12 Millianen betragen, 1817 22 Millionen, 1830 36 Millianen. Hr. d'Argout erwiederte, dieſe Vergrößerung ſei hauptſächlich der Vermehrung der Hülfskirchen, ſo wie der Verbeſſerung des Looſes des niederen Clerus beizumeſſen; dem höheren Clerus ſeien die Gehalte allmählich immer mehr vermindert worden. Hr. Eſchafferiaux erinnerte an ein früheres Wort Dupins, der Clerus habe nach Frankeeich eine ſtarke und zahlreiche Beſatzung gelegt, und dieſe Beſatzung vermehre ſich noch täglich. Hr. d'Argaut erwiederte, es ſei der Julirevalution würdig, daß die katholiſche Geiſtlichkeit anſtändige Unterhaltsmittel habe. Hr. Laurenee antwartete, man kanne wohl nicht von einer ſchlimmen Lage der Geiſtlichkeit reden; es gebe 40,000 Prieſter in Frankreich, 37,000 in Aetivität und 3000 in den Seminarien, und dieſe koſteten dem Staate 36 Millianen. Hr. Ch. Dupin machte bemerklich, daß 36 Millionen für 40,000 Prieſter im Durchſchnitt nur 900 Fr. für Einen gäben. Hr. Luneau erinnerte dagegen, abgerechnet die Schenkungen und Teſtamente, betrügen die Stolgebühren und die Verwilligungen der Gemeinden eine Summe, welche, den 36 Millionen des Budgets beigefügt, wenigſtens 100 Millionen ausmache. Das Centrum machte hierbei Zeichen der Verneinung, doch antwortete Niemand dem Redner durch Zahlen. Nun ward eine heftige Diseuſſian erweckt durch folgenden, van Hrn. Eſchafſeriaux vorgeſchlagenen Zuſatzartikel: „Künſtig werden keine Fands mehr „bewilligt zur Datirung von Biſchafs- und Metrapalitan„ſitzen, die nicht in dem Concordate von 1801 begriffen „ſind und erledigt würden, bis zum definitiven Abſchluſſe „der in dieſer Hinſicht zwiſchen der franzaſiſchen Regie„rung und dem römiſchen Hofe angeknüpften Unterhand„lungen.“ Dieſes Amendement, das die unter der Reſtauration geſchaffenen neuen Biſchafsſitze trifft, wurde bekanntlich ſchon in der vorigen Seſſion von Hrn. A. Giraud vorgebracht und damals nach dem Wunſche des Miniſteriums verworfen. Auch dießmal ſetzte ſich das Miniſterium heftig dagegen, weil dadurch die Unterhandlungen ſehr compromittirt würden. Die HH. Guizot und d'Argout verfochten dieſe Anſicht mit Lebhaftigkeit. Hr. Dupin aber trat, noch entſchiedener als am Tage zuvor bei der Tilgungsfrage, als ihr Gegner auf; er habe, ſagte er, bei dem Amortiſſement die Rechte der Kammer, über das Budget ohne Einmiſchung der zwei andern Gewalten zu entſcheiden, zu wahren geſucht, und auch hier müſſe er als deren Vertreter ſich zeigen. Unter der Reſtauration habe man dem Clerus Alles gegeben, überall habe er ſich eingemiſcht, in die Pairie, in den Staatsrath, in die Univerſität, in die Departementsräthe, in die Gemeinden; der Pfarrer habe dem Maire den Kapf gehalten, der Biſchof dem Präfecten; jetzt dürfe man zwar das, was die Reſtauratian unkluger Weiſe gethan, nicht auf eine gewaltſame Weiſe zerreißen, aber man müſſe die Rechte wahren, keine Staatsgewalt dürfe das aufgeben, was nicht ihr Eigenthum, ſandern nur ein Depot in ihren Händen ſei. Die Krone unterhandle, aber ihre Verträge würden für Frankreich nur Geſetz, wenn die daran geknüpften finanziellen ꝛc. Bedingungen von den Legislativgewalten angenommen worden. In vorliegendem Falle kanne die Kammer alſo allerdings über die im Amendement erwähnten Fonds disponiren. Es ward abgeſtimmt, und das Amendement zum ſichtbaren Verdruſſe der Miniſter mit einer Mehrheit von 30 bis 40 Stimmen angenommen. — Sodann verlangte General Laſayette von Hrn. d'Argaut Erläuterungen in Betreff der polniſchen Flüchtlinge, gegen die man ſo viele Verläumdungen ausgeſtreut habe. (Bei der neulichen Discuſſion daruber war nämlich der Miniſter des Innern abweſend, ſa daß Hr. von Broglie die Kurze ſeiner damaligen Erläuterungen damit entſchuldigte.) Das Centrum wollte durchaus zur Tagesardnung übergehen. Hr. d'Argout ſelbſt wallte die Kammer entſcheiden laſſen, ob er die verlangten Erläuterungen geben ſolle oder nicht, der Präſident (Dupin) aber erklärte, über das Geſammtbudget des Innern ſei noch nicht abgeſtimmt, folglich dürfe General Laſayette immerhin Fragen an den Miniſter richten. Dieß geſchah nun, indem Laſayette die ſchan neulich dem Hrn. von Broglie geſtellten Fragen wiederholte. Hr. d'Argout antwortete im Weſentlichen: Verletze ein Pole die Achtung gegen den König und das Geſetz, ſo werde die franzöſiſche Regierung ſtets das thun, was ihre Pflicht ſei; Päſſe kannten den Palen nur noch nach England und Belgien ausgeſtellt werden, denn nur in dieſen beiden Ländern fänden ſie Aufnahme; eine Verläumdung ſei, daß die franzoſiſche Regierung den fremden Regierungen Noten gegen die Polen zuſende, aber ſie dulde keine Propaganda, um ſo weniger, als notoriſch ſei, daß Entwürfe exiſtirten, die darauf ausgingen, alle Völker zur Bildung von Föderativrepubliken aufzufordern; wer Intereſſe an den Polen nähme, der konne dieß am beſten dadurch bethätigen, daß er ihnen rathe, van den Verführern ſich fern zu halten. General Laſayette erwiederte, der Miniſter werde ſelbſt geſtehen, daß es Frankreich brandmarken würde, wenn die Regierung die Palizei für Rechnung fremder Gouvernements übte; was das Benehmen der Polen betreffe, ſo habe der Miniſter blaß Behauptungen, keine Beweiſe beigebracht; und jenen Behauptungen der Beamten halte er die allgemeine Sympathie Frankreichs für die Palen entgegen, es müßte, wenn Alles, was der Miniſter ſage, wahr wäre, das franzöſiſche Volk ſehr blind oder ſehr verkehrt ſeyn. — Die Kammer ging hierauf zum Budget des offentlichen Unterrichtes über.

Am 30. Mai 5Percents Fin Courant geſchloſſen zu 103 Fr. 55, 3Percents Fin Courant geſchloſſen zu 79 Fr.

Digitized by Google

85. — Am 1. Juni 1¼ Uhr Nachmittags 5Pereents 103 Fr. 60. 3Pereents 79 Fr. 55.

Polen.

Der Fürſt-Statthalter hat am 31. Mai folgende Bekanntmachung im Königreich Polen erlaſſen: „Leute, die ſchon einmal vor zwei Jahren Eure Ruhe trübten, Ihr ruhigen Einwohner, und Euch in den Strndel der Unglücksfälle und Laſten eines Aufſtandes und eines Krieges hineinzogen, ſind, da ſie in fremden Ländern keine Zuflucht fonden, wieder hierher zurückgekehrt; ſie bedrohen die Ruhe, welche Ihr genießet, und bemühen ſich, neue Verwirrung im Lande anzuſtiften. Schon ſind an 80 ſolcher Leute in die Wozewodſchoft Lublin eingedrungen; daoon wurden 20 ergriffen und 3 derſelben mit dem Tode beſtraft; die andern 17 ſtehen noch vor Gericht. Auch in der Gegend von Koliſch zeigten ſich 15, in der Gegend von Plock aber gegen 25 bewoffnete Verbrecher; von den Truppen verfolgt, verbergen ſie ſich in gewöhnlicher Landestracht in den Wäldern. Um ihrer habhaft zu werden, ſind die gehorigen Maaßregeln getroffen worden, wie Euch bereits bekannt iſt; da ſie ſich jedoch, um den Verfolgungen zu entgehen, in Bauernkleider ſtecken, ſo wird in ſolchem Falle jede von Euch geleiſtete Hülſe zu ihrer ſchnelleren Verhaftung beitragen. Jeder Einwohner, der einen bewaffneten Uebelthäter ergreift und der hoheren Behörde überliefert, ſoll 500 fl. als Belohnung empfangen. Dieſe Summe wird dem Ueberliefernden von den Bezirkscommiſſarien aus der Bezirkscaſſe oder von den Gendarmerieoffizieren auf der Stelle ausgezahlt werden.“

Urber die letzten Ruheſtorungen im Königreich Polen lieſt man in den Warſchauer Zeitungen noch Folgendes: „Es ſind wieder zwei Banden bewaffneter Meuterer, die in Galizien von Feinden der Ruhe, welche ſich durch trügeriſche Verſprechen und Hoffnungen täuſchen ließen, verborgen gehalten wurden, unter der Anführung von zwei Offizieren der ehemaligen polniſchen Armee, Leopold Bialkowski, vom 3ten Linien-Infanterieregiment, und Lubinski, in die Wojewodſchaft Lublin eingedrungen. Dieſe Aufrührer hatten denſelben Zweck, wie die von Dziewicki geführte Bande; ſie wollten Caſſen plündern, Beamte und rechtſchaffene Bürger ermorden. Eben ſo wie jene, leiſteten ſie ihren Anführern den Eidſchwur blinden Gehorſams. Bialkowski's Bande brach zuerſt in das Land ein, und entzog ſich lange Zeit in den Wäldern der Verfolgung der Truppen. Endlich vereinigte ſie ſich mit Lubinski's Bande und nun zogen beide am 28. April Abends in das Städtchen Prawno. Dort theilten ſich dieſe Banden in vier Trupps und drangen um Mitternacht von verſchiedenen Seiten aus nach der Stadt Jozefow vor, um die dort ſtehenden Koſaken zu überfallen und die Stadt zu plündern. Als die Empörer die Koſaken ihnen entgegenrucken ſahen, goben ſie aus Carabinern Feuer auf ſie; einige von ihnen aber hatten ſich ſchon bis auf den Markt durchgeſchlagen. Die Koſaken jedoch machten einen Angriff auf ſie, ſprengten ſie auseinander, trieben ſie aus der Stadt hinaus und verfolgten ſie bis in die nahen Walder. Bei dieſem Vorfall wurden folgende vier Aufrührer ergriffen: Anton Korezewski, aus Golizien gebürtig, von Adel, hotte während des Aufſtandes als Unterlieutenant in der litthauiſch-ruſſiſchen Legion gedient und ſich mit dem Rozyckiſchen Corps nach Galizien geflüchtet; Joſeph Dawidowiez, ebenfalls aus Galizien gebürtig, vom Bürgerſtande, hatte wahrend der Revolution in der Reſerveſchwadron des podoliſchen Uhlanenregiments gedient und ſich mit Rozycki nach Oeſterreich zurückgezogen; Alexander Plenkiewiez, aus der Wojewodſchaft Krakau gebürtig und in Galizien erzogen, war während der Revolution mit dem Pöchter Lipinski, bei dem er in Dienſten ſtand, nach dem Königreich gekommen, in die Reihen der Inſurgenten eingetreten und bis zur Vertreibung Rozycki's nach Oeſterreich dorin geblieben; endlich Aegidius Michael Jakubowski, goliziſcher Büeger, ehemals Soldat im öſterreichiſchen Uhlanenregiment des Erzherzogs Carl. Die genannten Verbrecher wurden in Lublin vor ein Kriegsgericht geſtellt und, den Kriegsgeſetzen gemäß, zum Galgen verurtheilt. In Folge dieſes Urtheils wurden Korezewski und Plenkiewiez am 22. d. M. in Lublin, Dawidowiez und Jakubowski aber am 23. d. M. in dem Dorfe Borow an der öſterreichiſchen Gränze gehenkt. Noch der Niederlage, welche dieſe Banden in Jozefow erlitten, zerſtreuten ſich die Aufrührer, aus denen ſie beſtanden, und eiten nach der Gränze zu, um ſich in Galizien zu verbergen, wohin es auch einigen von ihnen auf verſchiedenen Wegen zu entkommen gelang. Einer derſelben aber, Namens Joſeph Berini, von Adel, ous der Wojewodſchaft Sandomir gebürtig und ehemaliger Soldat in der polniſchen Armee, der wahrend des Aufſtandes Vice-Unteroffizier war und mit Ramorino's Corps ebenfalls nach Galizien ſeine Zuflucht genommen hatte, wurde, nachdem er ſich von ſeinen Gefährten getrennt hatte, feſtgenommen, vor ein Kriegsgericht geſtellt und den Geſetzen gemäß zum Tode verurtheilt. Se. Durchlaucht der Fürſt-Feldmarſchall geruhte jedoch, aus Rückſicht dorauf, daß Berini, wie es ſich vor Gerichten ergab, noch vor ſeiner Verhaftung ſeine Bande verlaſſen hatte, um nie wieder zu ihr zurückzukehren, den Ausſpruch in eine körperliche Züchtigung und Verweiſung zu Zwangsarbeiten zu mildern. Deegeſtalt wurden die wiederholten Ruheſtörungen zweier bewaffneten Banden zu Schanden, und das Scheitern ihrer Pläne und die ſchnelle Vereitlung ihrer Hoffnungen zeigen einer Seits von der Energie der gegen die Aufrührer ergriffenen Maaßregeln, anderer Seits von der Nichtigkeit ſolcher Anſtiftungen, die Trotz allen Beſtrebens zu nichts führen konnen, als zu Gewaltthätigkeiten und zu Unheil für Andere.“

Türkei.

Die Agramer politiſche Zeitung meldet aus Bosnien vom 27. Mai: „Mehrere bosniſche Capitäne haben, nachdem ſie dem Sultan Treue und Gehorſam gelobten, die Erlaubniß erhalten, in ihre Heimath zurückzukehren. Ihre Ankunft in Serajevo ermuthigte die dortigen Einwohner, welche früher meiſtentheils zu dem Corps der Janitſcharen gehörten, und gegen die Regierung ſehr feindſelig geſinnt ſind. Hierzu kam noch der Umſtand, daß der Weſir eine Anzahl der beihabenden albaneſiſchen Milizen nach Travnik und Jaicze vorrücken ließ, um gegen die Rebellen unter Muhomed Bey Bißeevies zu agiren. Die Seeajevouſer ſahen alſo den Augenblick als ſehr günſtig an, um den Weſir Mahmud Hamdy Paſcha zu überfallenund ihn zur Flucht zu zwingen. Die Ausführung dieſes Handſtreiches ward auf den 13. d. M. feſtgeſetzt. — Mahmud Hamdy Paſcha ließ noch im verfloſſenen Sommer auf einer vor der Stadt, unweit des Baches Miljaczka, gelegenen Anhöhe eine Caſerne anlegen. Sobald ein Theil derſelben aufgebaut war, verlegte er, im gegründeten Mißtrauen gegen die Stadtbewohner, ſeine Wohnung dahin, und pflanzte vor derſelben ſeine Artillerie, beſtehend aus ungefähr 8 Sechspfündeen und 2 Haubitzen, in der Richtung gegen die Stadt auf. — Nun, von dem beſagten Anſchlage zu rechter Zeit in Kenntniß geſetzt, ließ er ſogleich jenes Stadtviertel, wo ſich die Rebellen zuſammenrotteten, mit ſeinem ganzen Geſchütze beſchießen. Viele, ohnehin meiſtens von Holz gebaute, Häuſer wurden augenblicklich eingeäſchert, die Rebellen ge-

Digitized by Google

ſchlagen, und zur unbedingten Unterwerfung gezwungen, folglich der Aufſtand in einigen Stunden völlig unterdrückt. — Es iſt in der That zu verwundern, wie die hohe Pforte, wenn es ihr im Ernſte daran gelegen iſt, endlich einmal in dieſer aufs Aeußerſte gebrachten Provinz Ruhe und Oednung einzuführen, den heuchleriſchen Zuſicherungen der Capitäne trauen, und ihnen die Erlaubniß zur Rückkehr geben konnte. — Dieſe Menſchen, gewohnt, in ihren reſpectiven Bezirken willkürlich und mit einer Art von Unabhängigkeit zu herrſchen, werden ſich nie dem Gehorſam und der Unterwürfigkeit fügen, und da ſie viele Verwandte und Anhänger haben, werden ſie keine Gelegenheit unbenützt laſſen, um Aufſtände anzuzetteln, und dergeſtalt wo möglich ihre frühere Gewalt und ſeüheren Einfluß wieder zu eelangen. — Muhamed Bey Bißcevics, nachdem er lange Zeit zu Priedar geſtanden war, und ſeine Horden theils aus Mangel an Unterhalt, theils durch die Nachricht, der Weſir ſei mit einer Armee von 60,000 Mann gegen ſie im Anzuge, geſchreckt, auseinanderlieſen, kehrte nach Bihacz zurück, und verweilt daſelbſt unthätig; dagegen iſt auch von dem Vordringen der Truppen des Weſirs noch immer nichts zu hören. Wahrſcheinlich getraut ſich Mahmud Hamdy Paſcha, durch jene Emeute gewarnt, nicht, den Rücken bloß zu geben. — Die Verwirrung und Anarchie herſchen fortwährend im höchſten Geade. Zahlreiche Räuberbanden durchſtreifen das Land in verſchiedenen Richtungen, und verüben unſagliche Gräuelthaten. Die Erpreſſungen und Requiſitionen gegen das arme Cheiſtenvolk gehen ins Unglaubliche. — Der zum Gouverneur von Herzegovina mit der Würde eines Weſirs beförderte Ali Paſcha Stoleſevics, der ſich in der Durchreiſe ſeit einigen Tagen hierorts befindet, wird nächſtens nach Moſtar, ſeiner künftigen Reſidenzſtadt, abgehen."

Niederlande.

Die Sitzung der zweiten Kammer der Generalſtaaten wurde am 29. Mai um halb 3 Uhr unter dem Vorſitze des Hrn. Collot d'Eſeury von Hemenoord eröffnet; 27 Mitglieder waren gegenwärtig. Der Präſident zeigte der Kammer den Tod eines ihrer Mitglieder, des Hrn. van Foreeſt an, und theilte dann eine königliche Botſchaft mit, welche aus einem Veeordnungsentwurf und einer Denkſchrift beſtand, die ſich auf die der Regierung neuerdings zu bewilligenden Fonds für den Dienſt der Departements der Marine, des Kriegs und der Finanzen bezogen.

Am 29. Mai iſt Sir R. Inglis, Mitglied des britiſchen Parlamentes, in Amſterdam angekommen.

Es werden im Haag bereits Einrichtungen zur Aufnahme der aus Frankreich zurückkehrenden Kriegsgefangenen getroffen.

Belgien.

Die Antwerpener Blätter ſind jetzt mit Erklärungen von Seiten der Perſonen angefüllt, welche bei den letzten Unruhen Mißhandlungen erlitten haben. Die Ausſagen ſtimmen ſämmtlich darin überein, daß die Militärbehörde durch ihre Unthätigkeit und Gleichgültigkeit die Gewaltthätigkeiten begünſtigt habe. Einigen Offizieren wird ſogar vorgeworfen, daß ſie ſich in bürgerlicher Kleidung unter dem Volke befunden, und thätigen Antheil an den Unruhen genommen hätten. Die miniſteriellen Blätter beſtreiten dieſe Angaben und verſichern, daß die ſpätere Unterſuchung den Ungrund derſelben darthun würde. Der Redacteur des Journal du Commerce hat auf eine bedeutende Entſchädigung für die in ſeinem Hauſe angerichteten Verwüſtungen angetragen.

Im Journal de Luxembourg lieſt man: „Ein glaubwürdiger Augenzeuge ſchreibt uns aus Virton vom 26. Mai: „„Als bei der letzten Wahl in unſeeer Stadt die Stimmzettel aus der Urne genommen wurden, fand ſich einer, auf dem folgende Worte ſtanden: Die Meinung von neun Zehntheilen meiner Mitbüeger repräſentirend, gebe ich meine Stimme dem Prinzen von Oranien, und bitte ihn, die Ehre und die Intereſſen Belgiens zu vertreten und zu vertheidigen. — Nachdem dieſes Bulletin voegeleſen worden war, ließ ſich lauter Beifall im Saale vernehmen; und als einer der Wähler die Bemerkung machte, daß dieſer Zettel ungültig ſei, ſagte der Präſident, daß, wenn man den Zettel für ungültig erkläre, die ganze Operation für ungültig angeſehen werden müſſe. Er verlas darauf das Votum zum zweiten Male, und verlangte die wörtliche Einrückung ins Protocoll."" — Es ſcheint, daß in Virton, wie in Diekirch, die Gleichgültigkeit des Volkes ſo groß geweſen iſt, daß man kaum die durchaus erforderliche Anzahl von Wählern hat zuſammenbringen können."

Teutſchland.

Die Münchener politiſche Zeitung vom 5. Juni enthält folgenden Artikel: „Die Allgemeine Zeitung hat „um der Unparteilichkeit willen" neben unſeren Berichten über die Voefälle zu Neuſtadt, auch ein in der Speyerer Zeitung enthaltenes, von dort datirtes Schreiben geben zu müſſen geglaubt, „da daſſelbe in einem baieriſchen cenſirten Blatte erſchienen ſei." Mit der Allgemeinen Zeitung überlaſſen wir es dem unparteiiſchen Leſer, die „augenſcheinlichen, abſichtlichen oder unabſichtlichen Lücken und Mängel in der Speyerer Relation durch unſere Berichte zu ergänzen und zu berichtigen," nur machen wir darauf aufmerkſam, wie aus dem Umſtande, daß der in Rede ſtehende Artikel in einem baieriſchen cenſirten Blatte erſchien, rückſichtlich ſeines Inhaltes nichts gefolgert werden kann; da, wie die Allgemeine Zeitung aus eigener Erfahrung weiß, von Ausübung der im §. 2 des dritten conſtitutionnellen Edictes angeordneten Cenſur bezüglich auf Artikel, welche lediglich die inneren Verhältniſſe Baierns betreffen, auf den Wunſch der Stände dermalen Umgang genommen wird. Uns ſcheint demnach aus dem angezogenen Schreiben aus Neuſtadt nur Eines hervorzugehen: daß nämlich die Waffen, deren die Umwälzungspartei ſich jedes Mal bedient, wenn ſie zu Gunſten der Ordnung und des Rechtes eine Niederlage oder wohlverdiente Züchtigung erlitten hat, überall und in allen ähnlichen Fällen dieſelben ſind. Heldenmuth und Märtyrthum auf der einen, brutale Gewalt auf der andern Seite, dieß Thema müſſen wir, verquickt mit einigen Tiraden über rohe Mißhandlung unſchuldiger, friedlicher Staatsbürger (die nichtsdeſtoweniger ſtechen und ſchießen), bei ähnlichen Veranlaſſungen alle Mal aufs Neue hören; das franzöſiſche Mouvement hat es im Juni vorigen Jahres angeſtimmt, die engliſchen Radicalen wiedeeholen es in Bezug auf die Vorfälle in den Coldbath-Fields, die Aſchaffenburger Zeitung verſuchte es bei Gelegenheit des Frankfurter Attentates nachzuleiern, und die Speyerer variirt es jetzt in Bezug auf den Neuſtädter Exceß; können die Herren ſich denn auf gar nichts Neues mehr beſinnen?"

Hauptredacteur: Joſeph Anton Edler von Pilat.

Verleger: Anton Strauß ſel. Witwe in der Dorotheergaſſe Nr. 1108.

Nro. 162

Oeſterreichiſcher Beobachter.

W K 1 ZEITUNG 1833

Dinſtag, den 11. Juni 1833.

Meteorologiſche Beobachtungen vom 9. Juny.	Zeit der Beobachtung	Barometer auf 0° Reaumur reducirt. Pariſer Maß.	Barometer auf 0° Reaumur reducirt. Wiener Maß.	Thermometer Reaumur.	Wind.	Witterung.
	8 Uhr Morg.	27.702	28Z. 5L. 7P.	+ 15.8	W. ſchwach.	trüb.
	3 Uhr Nachm.	27.732	28 6 0	+ 18.0	WNW. —	Regen.
	10 Uhr Abnds.	27.768	28 6 5	+ 12.8	WNW. —	Wolken.

Türkei.

Konſtantinopel, den 25. Mai. Dem k. k. außerordentlichen Geſandten bei der hohen Pforte, Freiherrn von Stürmer, war von Seite des ottomanniſchen Miniſteriums der vorgeſtrige Tag beſtimmt worden, um Sr. Hoheit dem Sultan ſeine Creditive zu überreichen. Er verfügte ſich zu dieſem Ende um die Mittagszeit, in Begleitung des fungirenden Legationsſecretärs und des erſten Internuntiatur-Dolmetſches, nach der großherrlichen Reſidenz von Tſchiragan, wo er von dem unlängſt aus Petersburg zurückgekehrten Gardegeneral Namik Paſcha, von einigen Offizieren begleitet, am Ufer des Meeres empfangen wurde. Beim Eintritt in den Vorhof fand er die großherrliche Garde aufgeſtellt, welche ihn mit militäriſchen Ehren und klingendem Spiele begrüßte. Auf der Treppe erwartete ihn Ferik Ahmed Paſcha und am oberen Ende derſelben der Seriasker Choſrew Paſcha und Fewzi Ahmed Paſcha, welche ihm bis dahin entgegengekommen waren, und ihn in den Empfangsſaal Ahmed Paſcha's einführten. Nachdem Freiherr von Stürmer dort nach orientaliſcher Sitte mit den gewöhnlichen Erfriſchungen bewirthet worden war und eine Viertelſtunde verweilt hatte, ward er eingeladen, ſich zu Sr. Hoheit zu begeben, wonach er ſich, von allen anweſenden Paſcha's und vom Reiſefendi und dem Pfortendolmetſch begleitet, in die großherrlichen Gemächer verfügte und in türkiſcher Sprache eine Anrede an den Sultan hielt, welche Se. Hoheit mit ſichtbarem Wohlgefallen anhörten und dasſelbe in den ſchmeichelhafteſten Ausdrücken zu erkennen gaben. Der Großherr ſprach ſein hohes Vergnügen aus über die ihm von Sr. Majeſtät dem Kaiſer von Oeſterreich ſeit je her und namentlich in der letzten ſo wichtigen Epoche bewieſene aufrichtige Freundſchaft, welche ſeine lebhafteſte Erkenntlichkeit erheiſchte. Nachdem die Formalität der Ueberreichung des Beglaubigungsſchreibens Sr. Majeſtät vollzogen war, ließ ſich Sultan Mahmud mit dem k. k. Geſandten in ein langes Geſpräch über die gegenwärtigen Angelegenheiten ein. Er drückte, bevor Freiherr von Stürmer den Audienzſaal verließ, ſein Bedauern darüber aus, daß die Zeitverhältniſſe deſſen Empfang ſo lange verzögert hätten, und gab den Befehl, ihm die verſchiedenen Gemächer des großherrlichen Pallaſtes zu zeigen. Der Seriasker und Fewzi Ahmed Paſcha geleiteten ihn bis an die Treppe und Ferik Ahmed und Namik Paſcha bis an das Meeresufer. Die Garde war wie bei der Ankunft des k. k. Geſandten aufgeſtellt und begrüßte ihn mit denſelben militäriſchen Ehren. — An demſelben Tage hatte der königl. preußiſche Geſandte Freiherr von Martens ſeine Audienz beim Großherrn.

Durch die Verleihung des Diſtrictes von Adana an Ibrahim iſt dieſer Paſcha vollkommen zufriedengeſtellt worden und hat ſich beeilt, dem Sultan ſeine Erkenntlichkeit für dieſe neue Gnade Sr. Hoheit zu erkennen zu geben. Ein großer Theil der ägyptiſchen Truppen hat Kutahia bereits verlaſſen, und in Kurzem ſoll Ibrahim Paſcha ſelbſt mit dem Ueberreſt ſeiner Truppen nachfolgen.

Am 18. d. M. gab der Kapudan-Paſcha am Bord des Admiralſchiffes Mahmudie ein glänzendes Gaſtmahl, zu welchem der kaiſerlich ruſſiſche außerordentliche Botſchafter Graf Orloff, der kaiſerlich ruſſiſche Geſandte Hr. von Buteneff, die drei hier anweſenden ruſſiſchen Admiräle und die Generäle des Landcorps geladen waren. Dieſem Feſte wohnten auch die türkiſchen Miniſter bei.

Nach der nun erfolgten Beendigung der ägyptiſchen Angelegenheit hat Halil Paſcha den Befehl erhalten, Alexandria zu verlaſſen, und ſich auf ſeinen Poſten in der Hauptſtadt zurückzubegeben. Zur Ausgleichung und Feſtſtellung einiger die Adminiſtration der dem Mehmed Ali anvertrauten Gouvernements betreffenden Puncte hat der vormalige Defterdár des Heeres, El-hadſch Edhem Efendi, den Auftrag erhalten, nach Alexandria abzugehen.

Durch außerordentliche Gelegenheit eingegangene Nachrichten aus Konſtantinopel vom 28. Mai beſtätigen, daß Ibrahims Heer bereits den Rückzug über den Taurus angetreten hat. Anderer Seits werden bei der ruſſiſchen See- und Landmacht alle Vorbereitungen zu deren Abgang getroffen, welcher ohne Verzug in dem Augenblicke Statt finden wird, wo die Nachricht eintrifft, daß der Rückzug der Aegyptier bewerkſtelligt iſt. Man rechnete, daß bis dahin beiläufig 14 Tage verfließen dürften. Der kaiſerlich ruſſiſche Botſchafter Graf Orloff hat einen ſeiner Adjutanten in Begleitung eines Beamten der Pforte nach Kutahia geſchickt, um die Kunde des vollbrachten Rückzuges in der kürzeſten Friſt zu beſtätigen.

Großbritannien und Irland.

In der Sitzung des Oberhauſes vom 30. Mai legte Graf Grey eine Abſchrift des Vertrages zwiſchen dem König von England, dem König der Franzoſen und dem König der Niederlande auf die Tafel des Hauſes nieder. Der Herzog von Wellington kündigte an, daß er am nächſten Montag (3. Juni) den Antrag machen werde, daß das Oberhaus eine unterthänige Adreſſe an Se. Majeſtät in Betreff der jetzigen Lage Portugals in Bezug auf England richte.

In der Sitzung des Unterhauſes vom 30. Mai erhob ſich Hr. Stanley, um darauf anzutragen, daß die von der Regierung vorgeſchlagenen Puncte wegen der Abſchaffung der Sclaverei vorgenommen würden. Ein-

R. Peel fragte, im Falle die Debatte vertagt würde, ob dann am folgenden Tage die Frage über den Freibrief der Bank dennoch angekündigter Maaßen vorgelegt werden ſolle. Lord Althorp entgegnete, er gedenke nur in der Committee einige Reſolutionen vorzuſchlagen, und dieß werde den Geſchäftsgang nicht ſtören, auch wenn die Debatte vertagt werden ſollte. Der Solicitorgeneral kündigte rine Bill zur Abſchaffung der Einkerkerung wegen Schulden, und zur Erleichterung der Einforderung derſelben an. Mehrere Petitionen für und gegen die Abſchaffung der Sclaverei wurden vorgelegt, und als endlich die Frage geſtellt wurde, ob das Haus ſich in ein Committee über die Colonialſclaverei umwandeln ſolle, erhob ſich Sir R. Vyvyan dagegen. Weiter waren die Verhandlungen bei Abgang der Poſt nicht gediehen.

Am 29. Mai wurde dem Oberſten Evans zur Feier ſeiner Wahl ein Gaſtmahl gegeben, bei dem ſich, wie zu erwarten, die entſchiedenſten Radicalen einfanden. Schon als der erſte Toaſt dem Konige ausgebracht wurde, erhob ſich Geſchrei und Geziſch; als aber der zweite Toaſt der Königinn und der übrigen königlichen Familie ausgebracht wurde, übertäubte das Geziſch Alles. Der Globe, der dieſe Schilderung enthält, ſagt, die alten, ächten und gerechten Radicalen hätten darauf gerechnet, daß der erſte Toaſt heißen würde: dem Volke, der einzigen rechtmäßigen Quelle von Macht. Schon daß der erſte Toaſt dem Konige galt, erregte ihren Unwillen; als aber gar der zweite der Koniginn ausgebracht wurde, konnten ſie ihren Unwillen nicht mehr zähmen. Als des Oberſten Evans Geſundheit ausgebracht wurde, erwiederte er ſie mit dem Toaſte: den Wählern von Weſtminſter! möge ihr Beiſpiel von England befolgt werden! Hr. O'Connell, deſſen Geſundheit gleichfalls getrunken wurde, dankte und hielt eine lange Rede, worin er namentlich auch als Rechtskundiger den Ausſpruch der Coroner's-Jury über den ermordeten Cully vertheidigte. Der Globe ſetzt hinzu, am Ende ſei es in einem Theile des Saals wegen allzu viel genoſſenen Weines ſehr unruhig hergegangen, er ſpricht jedoch den Oberſten Evans und ſeine Umgebung völlig frei.

Der Solicitorgeneral hatte von dem Spruche der Coroner's-Jury in Betreff der Ermordung Cully's an den Gerichtshof der Kingsbench appellirt, weil das Verdict geſetzlich unrichtig ſei, indem es mit den Zeugenverhören in Widerſpruch ſtehe. Am 30. Mai fand die Verhandlung Statt; der Solicitorgeneral nahm das Wort: „Ich komme im Namen der Krone, um von Ihnen die Caſſation des Verdictes zu verlangen, das eine Jury neulich über den Mord eines Polizeiagenten Namens Cully ausſprach, in directem Widerſpruche mit den deßfallſigen Geſetzen. Die Jury erklärte es für entſchuldbare Todtung, während aus der von ihr unterzeichneten Unterſuchung hervorgeht, daß Mord oder mindeſtens Todtſchlag Statt fand.“ Einer der Richter fragte hier den Solicitorgeneral, was der Zweck der Krone bei dem fraglichen Caſſationsgeſuche ſei. „Ihre Zwecke,“ verſetzte der Solicitorgeneral, „ſind mehrfach, ohne mich aber hierauf weiter einzulaſſen, will ich nur bemerken, daß die Krone nur eine unbeſtreitbare Prärogative ausübt, wenn ſie von einem niederen Gerichtshofe gegen einen Spruch, deſſen Ungeſetzlichkeit ihr ſchlagend ſcheint, an des Königs Bank appellirt. Schon mehrere Male hat unter ähnlichen Verhältniſſen dieſer Gerichtshof die Ausſprüche der Jury umgeſtoßen, und ich glaube, daß es nie ſo nöthig war, als in dieſem Falle.“ Der Großrichter unterbrach ihn hiermit der Bemerkung, daß ſeines Wiſſens ſolche Appellationen nur von Privatleuten angeſtellt worden ſeien. Der Solicitorgeneral antwortete auf dieſen Einwurf nicht, ſondern fing nun an, den Gegenſtand juriſtiſch auseinander zu ſetzen, wobei er namentlich hervorhob, daß wenn ſolche Verdicte als gültig betrachtet würden, dieß wie ein Verſprechen von Strafloſigkeit ausſehe, für alle diejenigen, welche die Regierung künftig des Mordes anklage. Nach einer Berathung von wenigen Minuten ſprach der Gerichtshof ein Urtheil aus, welches das Verdict der Jury für ungeſetzlich erklärt und caſſirt. — Der Courier hält dieß für eine Neuerung im Criminalverfahren, namentlich deßwegen, weil der Spruch einer Coroner's-Jury gar nichts entſcheide, ſondern nur, da die Unterſuchung super visum corporis vorgenommen werde, ein Mittel ſei, die unmittelbaren Urſachen des Todes genauer zu unterſuchen.

Die Morning-Chronicle führt, um zu beweiſen, auf welche Art die niedere Volksclaſſe bearbeitet werde, einige Stellen aus dem Sonntagsblatte The poor man's Guardian an, worin ganz offen geſagt iſt, das Schickſal Cully's und Brooke's (der ermordeten Polizeiſergenten) könne ihnen zur Lehre dienen, wie man ſich dieſer gemietheten Morder entledigen konne. Sodann wird das Volk ermahnt, zu ſeiner Verſammlung zu kommen mit etwas Brot und Käſe und einem Meſſer in der Taſche, einem großen breiten Meſſer, das recht gut zum Brot- und Käſeſchneiden, und auch noch zu andern Dingen dienen konne.“ Ueberhaupt führen jetzt die engliſchen Blätter, auch diejenigen, welche man keineswegs des Illiberalismus beſchuldigen kann, häufige Klagen über die ſteigende Aufreizung und wachſende Erbitterung der niederen Volksclaſſen, die ſie früher, als es ihren Zwecken, z. B. bei der Reformbill, diente, ſelbſt auf alle erdenkliche Weiſe aufzuregen ſich bemüht hatten.

In Mancheſter fand (wir bereits erwähnt) eine Verſammlung Statt, um über die Ausſchreibung der Kirchenſteuer zu berathen. Der Hauptzweck der Verſammlung ſchien zu ſeyn, den Steuerbetrag feſtzuſetzen, der für das folgende Jahr ausgeſchrieben werden ſolle, um die nöthigen Ausbeſſerungen an den Kirchen, Kirchhöfen u. ſ. w. vornehmen zu konnen. Ein Mitglied ſchlug indeſſen als Amendement vor, gar keine Kirchenſteuer zu bezahlen, bis die von den Miniſtern verſprochene Bill über die Kirchenreform in England dem Parlamente vorgelegt ſeyn würde. Da man ſich gütlich über dieſen Vorſchlag nicht verſtändigen konnte, ſo mußte zu einer Abſtimmung geſchritten werden, bei welcher ſich 3513 Stimmen für das Amendement und 3507 Stimmen gegen daſſelbe ergaben, ſo daß ſich eine Majorität von 6 Stimmen für die Annahme entſchied. Die überſtimmte Partei hat nun noch auf ein geheimes Scrutinium angetragen, welches Statt finden wird.

Portugal.

Der engliſche Courier ſchreibt aus Falmouth vom 26. Mai, daß der Marquis von Palmella und Hr. Mendizabal den Tag zuvor daſelbſt aus London eingetroffen wären; 450 Mann wohldiſciplinirter Truppen ſeien bereits in dieſem Hafen angelangt, die ganze Mannſchaft, die nach Oporto eingeſchifft werden ſolle, betrage 1200 Mann.

Die Times enthält folgendes ältere Schreiben aus Oporto vom 5. Mai: „Geſtern wurde die ganzen Befeſtigungslinien entlang Revue über alle vorhandenen Truppen gehalten, als Vorbereitung, wie es heißt, zu einigen Bewegungen, die man mit der Armee vornehmen will. Indeſſen wied es dazu wohl nicht kommen, bis die erwarteten Verſtärkungen eintreffen, obgleich man ſicherlich bald einen Ausfall machen wird.“ Ich ſah alle Truppen (mit Ausnahme der ſchottiſchen und irländiſchen Bataillons) bei Bom Succeſſo verſammelt, und ich möch-

te die Infanterie auf 1800 Mann ſchätzen; der Lanciers waren 161. Es haben einige Deſertionen von dieſer Seite Statt gefunden, wahrſcheinlich wegen ſchlechter Nahrungsmittel und ſchweren Dienſtes; die man auf der That ertappte, ſind beſtraft worden. (Ein Franzoſe und zwei Portugieſen wurden erſchoſſen.) Heute Morgens ging ein portugieſiſcher Soldat zum Feinde über, indem er über den Douro ſchwamm, und drei Franzoſen ſetzten in der letzten Nacht in einem Boote hinuber. Die einzigen Vorräthe, welche ſeit meinem letzten Schreiben gelandet worden ſind, kamen in der Nacht vom 30. April in die Stadt, und ſie beſtanden in nichts weiter als 117 Fäſſern und Säcken Mehl, drei Ochſen und ein paar Päcken Schiffszwieback. Die Schwierigkeit, die Barre zu paſſiren, erlaubte nicht, mehr hereinzubringen. Ich muß leider bemerken, daß ſich die Cholera von Neuem gezeigt und unter den Truppen verbreitet hat. Capitän Phelan, von den Jägern, iſt nach wenigen Stunden daran geſtorben. Oberſt Cotter liegt daran krank; man hofft aber, daß er ſich bald erholen wird. Das Fieber iſt auch ſehr allgemein, und obwohl man behauptet, es ſei nicht anſteckend, ſo iſt doch nur ein einziger von den Aerzten im engliſchen Militärſpitale davon frei geblieben. In dem Zeitraume zwiſchen dem 18. Februar bis zum 20. April wurden 308 Kranke in das Choleraſpital gebracht, wovon 120 ſtarben, 154 ſich erholten, und 34 zuruckblieben. Was die Truppen bei den übrigen Entbehrungen noch einigermaaßen aufrecht erhalten hat, iſt der gute Wein, den man ihnen giot, denn da aller Vorrath an gewöhnlichem Weine längſt verzehrt war, ſo konnte die Regierung nichts als alten Portwein für die Truppen auftreiben, und ich möchte glauben, daß ihnen dieß zugleich als Speiſe und Trank gedient hat. 25 Soldaten, welche von Liſſabon deſertirt ſind, befinden ſich außerhalb der Barre am Bord der Corvette Conſtitution, und werden ans Land kommen, ſobald das Wetter es erlaubt. Dieß ſind die beſten Soldaten, die wir haben konnen, denn auf ſie können wir wenigſtens zählen. Man hat, wie ich höre, eine Fleiſcherbude eroffnet, wo Eſelsfleiſch verkauft wird, welches man das Pfund mit 100 Reis (14 kr. C. M.) bezahlt. Pferdefleiſch iſt von den Soldaten häufig für Rindfleiſch verkauft worden, allein man erkennt es gleich an einem ſüßlichen Geſchmack, der den Gourmands nicht gefallen will."

Frankreich.

Der Moniteur vom 2. Juni enthält folgenden Artikel: „Eine am 31. Mai aus Toulon abgefertigte telegraphiſche Depeſche meldet, daß der Vicekonig am 9. Mai an Ibrahim Paſcha den Befehl hat ergehen laſſen, mit allen ſeinen Streitkräften unverzüglich über den Taurus zurückzugehen."

Die Deputirtenkammer nahm am Schluſſe der Sitzung vom 29. Mai die Budgets des offentlichen Unterrichtes und der Univerſität faſt ohne alle Discuſſion an. Die Hauptpoſten des erſteren ſind: Centralverwaltung, 44,000 Fr.; konigl. Collegien, Stipendien (bourses) und Normalſchulen, 1,640,000 Fr.; Elementarunterricht, 1,500,000 Fr.; wiſſenſchaftliche Anſtalten, 1,545,000 Fr.; Aufmunterungen, Unterſtützungen und Subſcriptionen, 276,000 Fr. Das Budget der Univerſität beſteht aus folgenden Capiteln: Centralverwaltung, 575,000 Fr.; Ausgaben der Akademien und Facultäten, 1,421,000 Fr.; verſchiedene Ausgaben, 402,000 Fr.; außerordentliche Ausgaben, 190,000 Fr. — In der Sitzung vom 30. Mai wurde eben ſo raſch das ganze Budget der Juſtiz angenommen. Ein einziger Artikel veranlaßte eine Discuſſion; der Miniſter hatte nämlich die Gehalte der Präſidenten und der Generalprocuratoren ſo wieder hergeſtellt, wie ſie vor den letzten von der Kammer vorgenommenen Reductionen waren; Hr. Havin opponirte hiergegen, Hr. Barthe aber, ſo wie Hr. Dupin vertheidigten die höheren Anſätze, und die Kammer verwarf das Reductionsamendement. Sodann kam der Entwurf über die öffentlichen Arbeiten zur allgemeinen Berathung. Es ſprachen darüber die HH. Thiers und Arago, worauf wir zurückkommen werden.

In der Sitzung der Pairskammer vom 31. Mai legte Hr. Humann das von der Deputirtenkammer angenommene Tilgungsgeſetz vor. Der Präſident ernannte ſogleich eine Commiſſion zu deſſen Prüfung. Auch benachrichtigte er die Kammer von einer Botſchaft von Seite des Präſidenten der Deputirtenkammer, den Geſetzentwurf über die Eheſcheidung betreffend, und ernannte auch für dieſen eine Commiſſion.

Am 1. Juni 5Percents Fin Courant geſchloſſen zu 103 Fr. 65. 3Percents Fin Courant geſchloſſen zu 79 Fr. 75.

Belgien.

Bei den am 30. Mai in Brüſſel Statt gefundenen Wahlen ſind die HH. Rouppe, Coghen, Lebeau, Teichman, Godlet, Meeus und H. von Brouckère zu Mitgliedern der Repräſentantenkammer ernannt worden. — In Gent wurden die HH. Helias d'Huddeghem, Desmaizières, Hyn-Hoys, Hane de Potter, A. Delafaille und Vergauwen; in Antwerpen die HH. Legrelle, Verduſſen, J. Smits und Ullens, und in Mons die HH. Corbiſier, de Puydt und A. Gendebien gewählt.

Die Brüſſeler Blätter theilen jetzt die Präliminarconvention vom 21. Mai ihrem vollſtändigen Inhalte nach mit. Sie lautet wie folgt: „Da Ihre Majeſtäten der König der Franzoſen und der König des vereinigten Königreichs von Großbritannien und Irland und der König der Niederlande, Großherzog von Luxemburg, die Verbindungen unter ſich, wie ſie vor dem Monat November 1832 beſtanden, wiederherzuſtellen wünſchen, ſo ſind ſie übereingekommen, zu dieſem Ende eine Convention abzuſchließen, und haben zu Ihren Bevollmächtigten ernannt: Se. Majeſtät der König der Franzoſen den Hrn. Charles Maurice von Talleyrand-Perigord, Fürſten von Talleyrand, Pair von Frankreich u. ſ. w.; Se. Majeſtät der König des vereinigten Konigreichs von Großbritannien und Irland den ſehr ehrenwerthen Henry John Viscount von Palmerſton, erſten Staatsſecretär im Departement der auswärtigen Angelegenheiten, Pair von Irland u. ſ. w. — und Se. Majeſtät der Konig der Niederlande, Großherzog von Luxemburg, den Hrn. Salomon Dedel, Commandeur des niederländiſchen Löwenordens, — welche, nachdem ſie ihre Vollmachten ausgetauſcht, und dieſelben in guter und gehöriger Ordnung befunden, folgende Artikel feſtgeſtellt und unterzeichnet haben: Art. 1. Unmittelbar nach dem Austauſch der Ratificationen der gegenwärtigen Convention werden II. MM. der König der Franzoſen und der König des vereinigten Konigreichs von Großbritannien und Irland das Embargo aufheben, welches ſie auf die den Unterthanen Sr. Majeſtät des Konigs der Niederlande gehorenden Schiffe, Fahrzeuge und Waaren gelegt haben, und alle zurückgehaltenen Fahrzeuge und ihre Ladungen werden augenblicklich freigelaſſen und ihren reſp. Eigenthümern zuruckgegeben werden. Art. 2. Zu gleicher Zeit werden die niederländiſchen Militärs, ſowohl die zur Marine als die zur königlichen Armee gehorigen, welche gegenwärtig in Frankreich zurückgehalten ſind, mit Waffen, Bagage, Wägen, Pferden und andern den Corps oder den einzelnen Perſonen

zugehörenden Gegenſtänden, in die Staaten Sr. Majeſtät des Königs der Niederlande zurückkehren. Art. 3. So lange die Verhältniſſe zwiſchen Holland und Belgien nicht durch einen Definitivtractat regulirt worden ſind, verpflichtet ſich Sr. niederländiſche Majeſtät, die Feindſeligkeiten mit Belgien nicht wieder zu beginnen, und die Schifffahrt auf der Schelde vollkommen frei zu laſſen. Art. 4. Unmittelbar nach dem Austauſch der Ratificationen der gegenwärtigen Convention wird die Schifffahrt auf der Maas dem Handel geoffnet, und dieſelbe wird, bis eine definitive Regulirung dieſes Gegenſtandes feſtgeſtellt iſt, den Beſtimmungen des am 31. März 1831 in Mainz unterzeichneten Tractates in Bezug auf die Rheinſchifffahrt unterworfen, in ſo weit ſich jene Beſtimmungen auf den beſagten Fluß anwenden laſſen. Die Verbindungen zwiſchen der Feſtung Maeſtricht und der nordbrabantiſchen Gränze, ſo wie zwiſchen der beſagten Feſtung und Teutſchland, werden frei und ungehindert ſeyn. Art. 5. Die hohen contrahirenden Theile verpflichten ſich, ſich ohne Verzug mit dem Definitivtractat zu beſchäftigen, welcher die Verhältniſſe zwiſchen den Staaten Sr. Majeſtät des Konigs der Niederlande, Großherzogs von Luxemburg, und Belgien feſtſtellen ſoll. — Sie werden die Hofe von Oeſterreich, Preußen und Rußland auffordern, daran Theil zu nehmen. Art. 6. Die gegenwärtige Convention wird ratificirt, und die Ratificationen werden nach zehn Tagen, oder früher, wenn es moglich iſt, in London ausgetauſcht. — Zur Urkund deſſen haben die Bevollmächtigten dieſelbe unterzeichnet und mit ihren Siegeln verſehen. — So geſchehen zu London, am 21. Mai 1833. (Gez.) Talleyrand. Dedel. Palmerſton. — Erläuternder Artikel. Die hohen contrahirenden Theile ſind dahin übereingekommen, daß die in dem 3ten Artikel der Convention vom heutigen Tage enthaltene Beſtimmung hinſichtlich des Aufhorens der Feindſeligkeiten auch für das Großherzogthum Luxemburg und für den proviſoriſch von belgiſchen Truppen beſetzten Theil von Limburg gilt. Uebrigens verſteht es ſich, daß bis zum Abſchluß des in dem beſagten 3ten Artikel der Convention vom heutigen Tage erwähnten Definitivtractates die Schifffahrt auf der Schelde ſo Statt finden ſoll, wie ſie vor dem 1. November 1832 beſtand. Der gegenwärtige erläuternde Artikel ſoll dieſelbe Kraft und denſelben Werth haben, als ob er wortlich in der Convention vom heutigen Tage eingeſchaltet wäre. — Zur Urkund deſſen haben die Bevollmächtigten denſelben unterzeichtet und mit ihren Siegeln verſehen. — So geſchehen zu London, am 21. Mai 1833. (Gez.) Talleyrand. Dedel. Palmerſton."

In Lüttich hat kein weiteres Scrutinium über den fünften Repräſentanten Statt gefunden, indem das Centralbureau ſpät am Abend erklärte, Hr. de Behr, miniſterieller Candidat, habe die erforderliche Stimmenmehrheit erhalten. Gegen dieſe Entſcheidung haben ſehr viele Wähler Proteſt eingelegt und ſich bereit erklärt, Unregelmäßigkeiten bei dem Wahlverfahren nachzuweiſen.

Der Commandant von Antwerpen, General Buzen, hat ein Schreiben in die Brüſſeler Blätter einrücken laſſen, worin er die gegen die Militärbehorde vorgebrachten Beſchwerden für lügenhaft erklärt, zur Widerlegung derſelben verſchiedene Berichte ſeiner Untergebenen beibringt, und erklärt, daß er mit vollkommener Ruhe den Reſultaten der gerichtlichen Unterſuchung entgegenſehe. — Der Major de l'Eau zu Antwerpen hat gegen den daſigen Polizeicommiſſarius de Duvr, wegen deſſen Bericht über die neulichen Unruhen, eine Verläumdungsklage angeſtellt.

Teutſchland.

Am 3. Juni nahm die zweite Kammer der würtembergiſchen Ständeverſammlung die Wahl einiger ihrer wichtigſten Commiſſionen vor, vor allen der ſtaatsrechtlichen, in welche gewählt wurden: Hufnagel, von Rummel, Feuerlein, Gmelin, von Cotta, von Moſthaf, von Propſt, Schott und von Ow. Hufnagel hatte 56, Schott 42 und von Ow 41 Stimmen erhalten. Weitere Stimmen erhielten Duvernoy, 37; Bardili, 36; Pfizer, 33, Uhland, 30. Dieſe Zahlen druͤcken ziemlich klar die Stellung der Parteien an. Schott, der ſpäter noch in die Commiſſion für das proteſtantiſche Kirchenweſen gewählt wurde, und bereits Mitglied der Juſtizcommiſſion iſt, lehnte die Wahl für die ſtaatsrechtliche Commiſſion, in der er, was ſeine politiſche Meinung betrifft, ſo gut als allein ſtand, ab. Das Gleiche that Duvernoy, der nach ihm eintreten ſollte und gleichfalls zur Oppoſition gehört. Schott entſchuldigte ſich damit, daß er Mitglied zweier anderer Commiſſionen ſei, Duvernoy damit, daß ſeine Geſchäfte als Secretär der Kammer ihn zu ſehr in Anſpruch nähmen. Es trat ſomit Oberfinanzrath Bardili ein. Es wurden ſodann noch mehrere Commiſſionen gewählt; bei keiner wurde die Oppoſition ganz übergangen; ſo kamen in die Commiſſion für das Unterrichts- und Erziehungsweſen Walz und Menzel, der hier ſogar die meiſten Stimmen erhielt (67); in die Commiſſion für das proteſtantiſche Kirchenweſen von Pahl und Schott; in die für das katholiſche Kirchenweſen von Hornſtein, Pflanz, Keller und Wieſt. Indeſſen geht aus allen Wahlen hervor, daß die Oppoſition in eine entſchiedene Minorität gekommen iſt. Uhland und Romer wurden in gar keine Commiſſion gewählt, Pfizer nur in die für das Juſtizweſen; nur Schott ward bei allen Wahlen, ſelbſt bei der des Vicepräſidenten, von der Majorität unterſtützt.

Am Dreifaltigkeitsſonntage, den 2. Juni, iſt zu Coethen die neu erbaute katholiſche Kirche von dem hochw. Weihbiſchof von Osnabrück eingeweiht worden. Se. Durchlaucht der regierende Herzog, Hochſtdeſſen Gemahlinn und die verwitwete Frau Herzoginn, die ſich eigens hierzu von Wien nach Coethen begeben hatte, wohnten dieſer Feierlichkeit bei. Die Freude der katholiſchen Gemeinde wurde dadurch noch erhoht, daß die verwitwete Frau Herzoginn der neuen Kirche an dieſem Tage eine Dotation übermachte, welche den Fortbeſtand derſelben für die Zukunft vollkommen ſichert.

Der Staatsminiſter von Lindenau iſt von der wegen ſeiner Geſundheit unternommenen Erholungsreiſe am 3. Juni wieder in Dresden eingetroffen.

Die Stadt Reichenbach im ſächſiſchen Voigtlande iſt durch eine am 2. d. M. daſelbſt ausgebrochene Feuersbrunſt faſt ganz in Aſche gelegt worden.

Am 10. Juni war zu Wien der Mittelpreis der

Staatsſchuldverſchreibungen zu 5 pCt. in CM.	95;
detto detto zu 4 pCt. in CM.	86;
Darleh. mit Verlooſ. v. J. 1820, für 100 fl. in CM.	192 1/2;
detto detto v. J. 1821, für 100 fl. in CM.	135 1/4;
Wiener-Stadtbanco-Obligat. zu 2 1/2 pCt. in CM.	53 1/4;
Conv. Münze pCt. —;	

Bankactien pr. Stück 1242 3/8 in CM.

Hauptredacteur: Joſeph Anton Edler von Pilat.

Verleger: Anton Strauß ſel. Witwe in der Dorotheergaſſe Nr. 1108.

Digitized by Google

Nro. 163

Oeſterreichiſcher Beobachter.

Mittwoch, den 12. Juni 1833.

Meteorologiſche Beobachtungen vom 10. Juni.	Zeit der Beobachtung.	Barometer auf 0° Reaumur reducirt. Pariſer Maß.	Wiener Maß.	Thermometer Reaumur.	Wind.		Witterung
	8 Uhr Morg.	27.804	28 Z. 6 L. 10 P.	+ 15.8	WNW.	ſchwach.	heiter.
	3 Uhr Nachm.	27.759	28 6 3	+ 21.8	W.	—	—
	10 Uhr Abnds.	27.726	28 5 10	+ 17.0	W.	ſtill.	—

Türkei.

Der Moniteur Ottoman vom 25. Mai enthält in ſeiner officiellen Abtheilung folgenden Artikel: „Zur Zeit, als Mehmed Ali Paſcha, Statthalter von Aegypten, Verzeihung von der Milde Sr. Hoheit erhielt, wurde Halil Rifaat Paſcha, Generaldirector der Artillerie, von Muſtapha Reſchid Bey, Ameddſchi des Divans, begleitet, beauftragt, die Nachricht von der Amneſtie nach Alexandria zu bringen, und über die Grundlagen zur Wiederherſtellung der Ruhe im Reiche Abrede zu treffen. Bald nach der Ankunft dieſer beiden Abgeſandten in Aegypten erheiſchten die Unterhandlungen die Rückkehr Reſchid Bey's nach Konſtantinopel, von wo er mit einer Sendung nach Kutahia abgefertigt wurde; hier wurde eine Conferenz mit Ibrahim zur Erörterung einiger Puncte von untergeordneter Wichtigkeit eröffnet. Auf den von dem Ameddſchi über das Reſultat ſeiner Sendung nach Kutahia an die Regierung erſtatteten Bericht wurde die Liſte der Ernennungen zu den verſchiedenen Paſchaliks des Reiches, die wir in unſerem vorletzten Blatte mitgetheilt haben *), angefertiget. — Reſchid Bey war bei ſeiner Rückkehr von Kutahia von Ibrahim Paſcha beauftragt, dem Sultan als ſeinem rechtmäßigen Souverain, Kalifen des Propheten, die Huldigung ſeiner Unterwerfung und Ergebenheit zu überbringen und an den Stufen des Thrones die Bitte niederzulegen, daß ihm das Gouvernement von Adana mit dem Rechte der Steuererhebung für Rechnung der hohen Pforte, als eine beſondere Ehren- und perſönliche Gunſtbezeigung Sr. Hoheit verliehen werden möge. Der Sultan, überzeugt, daß die Wohlthat um ſo mehr ehrt, wenn ſie mit Vergeſſenheit des Vergangenen verknüpft iſt, und entſchloſſen, die Rückkehr des Friedens in ſeine Staaten beſonders auf das Vertrauen zu gründen, hat Ibrahim Paſcha mit dem Gouvernement von Adana belehnt. — Da ſich die Verzeihung und Milde des Monarchen ohne Ausnahme auf alle Thatſachen des ſo eben beendigten Krieges erſtrecken ſoll, hat Se. Hoheit befohlen, daß Amneſtie-Fermane im ganzen Umfange von Anatolien bekannt gemacht werden ſollen. Mehmed Emin Seid Efendi, einer der Miniſter des Reiches, Generaldirector des Kriegsmaterials, iſt mit dieſer Sendung beauftragt und nach Kutahia geſchickt worden. Bis zu ſeiner Rückkehr werden ſeine Functionen von Hadſchi Said Efendi, Director der Artillerie-verwaltung, verſehen werden. Der Ameddſchi-Efendi hat ſeine Arbeiten in dem ihm anvertrauten Miniſterium wieder übernommen. — Vor dem Abgange Emin Efendi's aus Konſtantinopel iſt der Zweck ſeiner Sendung nach Anatolien dem Ibrahim Paſcha angekündigt worden, welcher in ſeinen letzten Depeſchen in den lebhafteſten Ausdrücken ſeine Dankbarkeit für die Beweiſe der großherrlichen Gnade an den Tag legt, die ſich auf eine ſo auffallende Weiſe nicht bloß gegen ihn, ſondern gegen alle Bewohner Anatoliens gezeigt hat. Ibrahim Paſcha zeigt zu gleicher Zeit an, daß er ſeinen Rückmarſch bereits angetreten, und ein Regiment hat aufbrechen laſſen, daß er in einem Zwiſchenraume von fünf bis zehn Tagen ſeine ſämmtlichen Truppen in Abtheilungen in Marſch ſetzen und ſelben in eigener Perſon folgen werde. Der erſten Depeſche, welche Emin Efendi aus Kutahia geſchrieben hat, um die Regierung von ſeiner Ankunft in dieſer Stadt in Kenntniß zu ſetzen, hatte Ibrahim Paſcha ein unmittelbar an Se. Hoheit gerichtetes Schreiben beigefügt, worin er die Huldigung ſeines Gehorſams, ſeines lebhaften Dankes und ſeiner Ergebenheit erneuert. — Nachdem die ägyptiſchen Angelegenheiten ſolchergeſtalt vollſtändig beendigt ſind, iſt kein Grund mehr zur Verlängerung des Aufenthaltes Halil Rifaat Paſcha's in Aegypten vorhanden; es iſt ihm daher befohlen worden, unverzüglich nach Konſtantinopel zurückzukehren, um daſelbſt die Oberleitung, mit der er beauftragt iſt, wieder zu übernehmen. — Was die Uebereinkunft Behufs der Territorialfeſtſetzungen, der Pachtungen und Einkünfte des Schatzes, und überhaupt alles das betrifft, was zur finanziellen Branche in den früher und neuerlich dem Mehmed Ali und ſeinem Sohne anvertrauten Provinzen gehört, ſo iſt einer der Miniſter der Pforte, Elhadſch Edhem Efendi, ehemaliger Defterdar des Heeres, als Specialcommiſſär zum Abſchluß dieſer Ausgleichungen ernannt worden.“

*) Vergl. Oeſterr. Beob. vom 2. Mai.

Die aus Konſtantinopel vertriebenen St. Simoniſten, dreizehn an der Zahl, an deren Spitze ſich der bekannte Barrault befindet, ſind am 3. Mai in Smyrna angelangt; ſechs derſelben, unter ihnen Barrault, ſind am 15. nach Alexandria abgeſegelt, um ihr Glück in Aegypten zu verſuchen.

Großbritannien und Irland.

In der Sitzung des Unterhauſes vom 30. Mai war, wie bereits erwähnt, die Berathung im Ausſchuſſe über die Vorſchläge der Regierung in Betreff der weſtindiſchen Angelegenheiten an der Tagesordnung. Bevor ſich das Haus in einen Ausſchuß verwandelte, erhob ſich Sir R. Vyvyan, um noch einmal ſeine Einwendungen gegen die von der Regierung beabſichtigte Maaßregel vorzubringen. Seine Argumente drehten ſich hauptſächlich um den Punct, daß die Sclaven das unbeſtreitbare und anerkannte Eigenthum der Pflanzer wären, daß man über das Eigenthum eines Andern nicht ſchalten könne, ohne dafür vollſtändige Entſchädigung zu

Digitized by Google

gewähren, und daß die von der Regierung vorgeſchlagenen Maaßregeln eine ſolche Entſchädigung nicht feſtſetzten. Er erklärte, ſich einer allmählichen und vorſichtigen Emancipation der Sclaven nicht widerſetzen zu wollen, aber er hoffe auch, daß man ſich, einer eitlen Popularität halber, nicht zu ſo willkürlichen und ungerechten Maaßregeln verleiten laſſen werde. — Nachdem das Haus einen Ausſchuß gebildet hatte, trat Hr. Stanley zur Widerlegung des vorigen Redners auf, und ſuchte die Zweckmäßigkeit der Vorſchläge der Regierung darzuthun. Er berührte die Unterhandlungen, welche zwiſchen den Miniſtern und der Deputation der weſtindiſchen Kaufleute Statt gefunden hätten, um ſich über einen Plan zur Abſchaffung der Sclaverei zu verſtändigen. Es ſei, ſagte er, nicht möglich geweſen, ſich den Vorſchlägen jener Deputation auch nur im Entfernteſten zu nähern; man habe für die Pflanzer als Entſchädigung eine Summe von 44 Millionen Pf. St. verlangt, und außerdem gewollt, daß ſie 41 Jahre lang alle ihre jetzt beſtehenden Rechte über die Sclaven beibehalten ſollten. (Hört! und Gelächter.) Das Haus würde wohl ſelbſt einſehen, daß man auf ſolche Vorſchläge keine Rückſicht habe nehmen können, und daß die Regierung unter dieſen Umſtänden ihren eigenen Weg habe einſchlagen müſſen. Der Redner zeigte darauf dem Hauſe an, daß die Miniſter, mit Rückſicht auf die ihnen von mehreren Seiten gemachten Einwendungen, bereit wären, in dem urſprünglichen Plane einige Veränderungen vorzunehmen. Die den weſtindiſchen Pflanzern zu bewilligende Entſchädigung von 15 Millionen Pf. St. ſolle nicht, wie urſprünglich vorgeſchlagen, durch den Lohn, welchen die Sclaven für ihre freie Zeit erhalten ſollten, und die Zinſen jenes Capitals nicht von den Pflanzern, ſondern beides durch eine Erhöhung des Zolles auf Zucker bezahlt werden. Man wolle den Zoll auf Zucker wieder von 24 auf 27 Shillinge erhöhen, wodurch der Conſumtion hoffentlich kein bedeutender Abbruch geſchehen, und alſo kein anderweitiger Ausfall in der öffentlichen Einnahme zu beſorgen ſeyn würde. Sollten die Zuckerpreiſe auch etwas ſteigen, ſo würden ſich nicht die Coloniſten, ſondern nur das engliſche Volk, als Conſumenten, darüber zu beklagen haben, und dieſe, das ſei er überzeugt, würden gern ein kleines Opfer bringen, um einen Zweck zu erreichen, für den ſie ein ſo lebhaftes Intereſſe an den Tag gelegt hätten. (Hört! hört!) Der Oberſt Hay und Hr. P. M. Stewart erklärten ſich gegen die Maaßregel der Regierung, wogegen Hr. F. Buxton den vorgeſchlagenen Veränderungen ſeinen Beifall ertheilte, und erklärte, daß er ſich durch dieſelben veranlaßt finde, die Vorſchläge der Regierung zu unterſtützen, obgleich er verſuchen werde, denſelben eine noch größere Ausdehnung zu verſchaffen. — Hr. Ward war der Meinung, daß die vorgeſchlagene Veränderung gerade den vernünftigeren Theil des Planes, nämlich die Beſtimmung umſtoße, daß die Sclaven ſich ihre Freiheit erarbeiten müßten, und ſich dadurch an einen ſelbſtſtändigen Fleiß gewöhnten, ehe ſie ihre eigenen Herren würden. Auf den Antrag des Hrn. Godſon wurde die Debatte auf den 31. vertagt.

Nach Eröffnung der Sitzung des Unterhauſes vom 31. Mai brachte Lord Althorp die Bankangelegenheiten zur Sprache, und begann ſeinen Vortrag in folgender Weiſe: Es ſei, ſagte er, bei früheren Gelegenheiten, wenn die Zeit ſich genaht habe, wo der Freibrief der Bank zu Ende gegangen wäre, von der Regierung der Bank überlaſſen worden, ein Geſuch um Erneuerung desſelben einzubringen. Da aber bei dem gegenwärtigen Falle andere Intereſſen ins Spiel zu kommen ſchienen, ſo halte er es für beſſer, daß die dem Hauſe vorzuſchlagende Maaßregel von ihm ſelbſt ausgehe; allerdings nicht ohne ſich vorher mit den Directoren berathen zu haben. Ein beſonderer Ausſchuß habe in der vorigen Seſſion eine geraume Zeit geſeſſen, um alle mit dieſer Frage in Verbindung ſtehenden Gegenſtände zu prüfen, und obgleich derſelbe nicht im Stande geweſen ſei, vor dem Schluſſe der Seſſion dem Hauſe einen Bericht abzuſtatten, ſo ſei doch von demſelben ſo viel Material geſammelt worden, daß die Regierung es nicht für nothwendig halte, das Haus zur Niederſetzung eines andern Ausſchuſſes aufzufordern. — Der erſte und Hauptgrundſatz eines richtigen Bankſyſtems beſteht darin, daß das ausgegebene Papier jederzeit gegen baares Geld umgetauſcht werden könne; aber nicht minder wichtig, als dieſe Zahlungsfähigkeit, ſei es für das Land, daß der Betrag des circulirenden Mediums möglichſt wenig fluctuire. Alle Fluctuationen in dieſer Beziehung zu vermeiden, ſei unmöglich; man müſſe deßhalb nur darauf ſehen, dieſelben möglichſt zu beſchränken. Der Betrag der Circulation hänge von den Bedürfniſſen des Landes ab, wenn dieſelbe aber ſo zunähme, daß eine Entwerthung daraus folge, ſo wäre die Entwicklung der fremden Wechſelkurſe das einzige Mittel, um dem Uebel zu ſteuern. Deßhalb ſei es wichtig, zu überlegen, auf welche Weiſe die Papiervaluta des Landes am beſten ſichergeſtellt werde. Der Redner ſuchte nun die Vortheile auseinanderzuſetzen, welche in dieſer Beziehung eine einzige, große, monopoliſirte Bank vor vielen kleinen Privatbanken gewähre, wenn auch anderer Seits einige Nachtheile eines ſolchen Syſtems nicht zu verkennen wären. — Weiter waren die Verhandlungen bis zu Abgang der Poſt nicht gediehen.

Die Bedingungen, unter welchen die Regierung der Bank eine Erneuerung des Patentes zugeſtehen will, ſind von den Directoren derſelben genehmigt, und in einer am 30. Mai Nachmittags gehaltenen Verſammlung den Actionärs zur Mitgenehmigung vorgelegt worden. Es ſind dieſelben in einem von Lord Althorp an die Directoren gerichteten Briefe vom 2. Mai enthalten, welcher alſo lautet: „Meine Herren! Nach reiflicher Erwägung der Unterredung, die ich mit Ihnen gehabt, und deren Inhalt ich meinen Collegen berichtet habe, bin ich von der Regierung Sr. Majeſtät angewieſen worden, Ihnen folgende Vorſchläge in Beziehung auf die Erneuerung des Bankpatentes zu machen: 1) Schlagen wir eine Erneuerung des Patentes auf 21 Jahre vor, jedoch mit der Bedingung, daß, wenn nach Ablauf von 10 Jahren die derzeitige Regierung es für geeignet halten ſollte, ſie der Bank durch eine zwölfmonatliche Kündigung anzeigen könne, daß das Patent nach Ablauf des eilften Jahres aufhören ſolle. 2) Soll keine Bank, die aus mehr als ſechs Theilhabern beſteht, innerhalb der Hauptſtadt, oder 65 (engliſche) Meilen in der Runde Banknoten, auf Sicht zahlbar, ausgeben dürfen. Banken dagegen, die in weiterer Entfernung von der Hauptſtadt als 65 (engliſche) Meilen errichtet werden ſollten, ſind unbeſchränkt in der Zahl der Theilhaber und haben das Recht, Wechſel auf London für jeden beliebigen Belauf zu ziehen, auch Noten, in London zahlbar, auszugeben. 3) Noten der Bank von England dürfen überall in Zahlung gegeben werden, außer von der Bank von England ſelbſt und ihren Nebenetabliſſements (d. h. die Bank von England iſt verpflichtet, auf Verlangen Gold für Banknoten zu geben). 4) Wechſel, die nicht mehr als drei Monate zu laufen haben, ſind den Wuchergeſetzen nicht unterworfen. 5) Ein, dem der Bankcommittee vorgelegten ähnlicher, Bericht über den Belauf des ungemünzten und gemünzten Geldes und der Effecten im Beſitz der Bank, über

Digitized by Google

den Betrag der im Umlauf befindlichen Banknoten, und über die der Bank anvertrauten Depoſitogelder ſoll wöchentlich dem Kanzler der Schatzkammer als vertrauliche Mittheilung zugeſtellt werden; dieſe Mittheilungen werden am Ende eines jeden Vierteljahres zuſammengeſtellt, und der Durchſchnittsſtatus der Bank im vorhergehenden Vierteljahr wird in der Hofzeitung bekannt gemacht. — Es wird außerdem eine Bill in Bezug auf Regulirung der Landbanken in das Parlament gebracht werden. Die Verfügungen derſelben werden der Art ſeyn, daß dadurch die Errichtung ſolcher Actienbanken, die nicht eigene Noten ausgeben, befördert wird. — Die Regierung Sr. Majeſtät hat mich aufgefordert, Sie auf die Vortheile, welche dieſe Bedingungen der Bank gewähren werden, aufmerkſam zu machen. Sie führen zu einer ausgedehnteren Circulation ihrer Noten und durch Aufhebung der Wuchergeſetze hinſichtlich kurzer Wechſel, zu einer Erleichterung ihrer Operationen, während auf der andern Seite ihr bisher beſtehendes ausſchließliches Privilegium bloß darin gemildert wird, daß Banken auf Actien in der Entfernung von mehr als 65 Meilen von der Hauptſtadt errichtet werden, daß ſie Wechſel ziehen und Noten, in London zahlbar, ausgeben dürfen. Die Regierung glaubt deßhalb, daß ſie ihrer Seits ein Recht hat, von der Bank einen Erlaß in der Remuneration für die Beſorgung der Regierungsgeſchäfte zu verlangen, und ſie ſchlägt demnach vor, daß die Regierung 25 pCt. von der der Bank ſchuldigen Summe von 14,500,000 Pf. zurückzahle und dieſe dagegen von der abſeiten der Regierung für die Beſorgung der Geldgeſchäfte derſelben zu zahlenden Summe 120,000 Pf. jährlich ablaſſe. — Ich hoffe, daß dieſer Vorſchlag der Bank genehm erſcheinen, und daß duech dieſe Uebereinkunft der jetzt beſtehenden Spannung ein ſchleuniges Ende gemacht werden wird. Ich bin ꝛc. Althorp." — Dieſes iſt das einzige ſchriftliche Actenſtück über die ganze Sachr, da alle andern Verhandlungen zwiſchen den Directoren und dem Kanzler der Schatzkammer mündlich gepflogen worden ſind. Die Directoren, welche, wir geſagt, dem Vorſchlage ihre Zuſtimmung einmüthig gegeben haben, unterſtützten denſelben in der Verſammlung, und es iſt wohl keinem Zweifel unterworfen, daß auch die Actionärs ihm beitreten werden, verſteht ſich, Alles unter Vorbehalt der Genehmhaltung des Parlamentes. Doch hat die Verſammlung ihren Beſchluß noch ausgeſetzt.

Der Courier vom 29. Mai enthält folgenden Artikel: „Die Debatte über den Plan des Miniſteriums hinſichtlich der Sclaven-Emancipation iſt für morgen an der Tagesordnung. Dieſer Plan iſt außerhalb des Parlamentes (namentlich im Guardian, der mehrere gründliche Artikel darüber enthielt) zur Genüge erörtert worden; das Reſultat hiervon war die vollſtändige Verwerfung dieſes Planes von allen Parteien. Der ganze Plan läßt ſich mit wenigen Woeten ſo characteriſiren: „Er emancipirt die Neger nicht, und richtet die weſtindiſchen Eigenthümer zu Grunde." Auch wird er allgemein für ſo unausführbar gehalten, daß man glaubt, die Miniſter werdrn nicht darauf beſtehen, ihn im Unterhauſe durchzuſetzen. Wir wollen jedoch die Grundſätze etwas näher beleuchten, auf denen der miniſterielle Emancipationsplan beruht. Einer der Hauptgrundzüge deſſelben beſteht darin, daß die Sclaven von den Erträgniſſen ihrer eigenen Arbeit für ihre Emancipation bezahlen, daß aber dieſe Erträgniſſe in der That aus den Taſchen der Pflanzer genommen werden ſollen; dieß iſt ein drolliger Grundſatz; aber ein anderes Stück des Planes iſt noch poſſierlicher; es wird beſtimmt vorgeſchlagen, daß die Pflanzer Entſchädigung für den Verluſt ihres Eigenthums erhalten ſollen; und womit? Etwa durch eine Summe Geldes, die ihrem Verluſte gleich kommt? Nein! — Durch eine Anleihe! Eine Anleihr aber iſt bekanntlich eine Summe Geldes, die zurückbezahlt werden muß. Dieß iſt in der That eine neue Art von Entſchädigung. Mittlerweile werden die weſtindiſchen Eigenthümer oon der geſammten Zunft der Andachtler und Schwärmer mit der giftigſten Wuth angefallen, weil ſie ſich nicht geduldig dazu verſtehen wollen, ſich ihres Eigenthumes berauben zu laſſen. Allein dieſe centnerſchwere Frage kann nicht ſo leicht abgefertigt werden. Während die unermeßliche Abgeſchmacktheit des Planes Hohn und Gelächter erregt, gibt die Größe des Unglückes, welches deſſen bloße Bekanntmachung in den Colonien erzeugen dürfte, zu den ernſthafteſten Beſorgniſſen Anlaß. Doch genug hiervon; es iſt kaum der Mühe werth, dieſe unſelige und unausführbare Maaßregel genauer zu analyſiren, bis man nicht ſieht, welche Wendung die Frage von der „Erhaltung oder der Zerſtörung der weſtindiſchen Colonien" im Unterhauſe nehmen wird. — Mit ängſtlicher Erwartung ſieht man dem neuen Plane entgegen, der an die Stelle des früheren, den die Regierung, wie man allgemein glaubt, aufgeben wird, geſetzt werden dürfte. Die mercantiliſche Welt hat das Gefühl, daß die Zerſtörung der weſtindiſchen Intereſſen als erſte Anwendung des revolutionären Hebels wirken wird, um alle beſtehenden Inſtitutionen des Landes in die Luft zu ſprengen, und Großbritanniens Kraft auf lange Zeit zu lähmen. — Indeſſen, je näher die Gefahr kommt, deſto mehr gehen die Fonds in die Höhe; und warum? Weil in Zeiten der Ungewißheit und Verlegenheit die Capitalien aus der productiven Verwendung gezogen und als letzte Reſſource in den Staatspapieren, die noch die beſte Sicherheit darbieten, angelegt werden. Je größer die öffentliche Noth und je geringer die Ausſicht iſt, ſein Capital mit Nutzen und Sicherheit in den gewöhnlichen Induſtriezweigen zu verwenden, deſto mehr wächst das Verlangen, ſein Geld in den Fonds zu placiren. Nichts liefert bei uns einen ſchlagenderen Beweis von der großen Maſſe müßig liegender Capitalien, und alſo von dem krankhaften Zuſtande des geſellſchaftlichen Körpers, als das Steigen in den Preiſen der Fonds in dem gegenwärtigen Augenblick der Ungewißheit und Beſorgniß unter allen Claſſen im Staate."

Das vereinigte Geſchwader zu Deal hat am 30. Mai den Befehl erhalten, ſich auseinander zu begeben; die Corvette Satellite iſt in Folge deſſen nach der Nordſee geſegelt, um die dort kreuzende Fregatte Stag zurückzurufen. Das Linienſchiff Donegal war im Begriffe, nach Portsmouth abzuſegeln.

Portugal.

Der engliſche Courier theilt einen Auszug aus einer Depeſche des Marquis von Loulé aus Oporto vom 19. Mai mit, worin es unter Andern heißt: „Am Montag den 13. d. M. kamen etwas über 500 Mann Franzoſen in dem Transportſchiffe Cochrane an, um die Befreiungsarmee zu verſtärken. Die Landung ward ohne Unfall bewerkſtelligt. Sie ſind wohlbewaffnet und equipirt, ihr Ausſehen iſt ganz militäriſch, faſt alle haben in der franzöſiſchen Armee gedient, und mehrere derſelben ſind mit dem Kreuze der Ehrenlegion geſchmückt. Am 14., dem Jahrestage, wo Dom Miguel aus dem Tajo abſegelte, als ſein Vater Dom João VI. geſegneten Andenkens ihm befahl, das Königreich zu verlaſſen, begannen die Rebellen vor Tagesanbruch ein furchtbares Feuer gegen dieſe Stadt. Eine unzählige Menge Bomben, Granaten und Kugeln von jedem Kaliber wurden gegen die Häuſer der unglücklichen Einwohner abgeſchoſſen, und das Feuern dauerte mit mehr oder minder Nachdruck dieſen ganzen

Digitized by Google

Tag und den folgenden hindurch. Aber am Donnerſtag, den 16., dem Jahrestage der Revolution dieſer Stadt, befahl Dom Miguel, daß Oporto zerſtört werde, und wer nicht anweſend war, kann ſich unmöglich eine der Wirklichkeit auch nur nahe kommende Vorſtellung machen von dem Feuer, das der Feind an dieſem Tage von allen ſeinen Batterien auf beiden Seiten des Fluſſes gegen die Stadt richtete. Das Bombardement dauerte die Nacht hindurch und hörte auch am Morgen des Freitages noch nicht ganz auf. Glücklicherweiſe haben wir nur wenige Todte zu beklagen, und der Schaden, den des Feindes Wurfgeſchoſſe anrichteten, iſt leicht auszubeſſern. Er kann in der That als unbedeutend betrachtet werden, wenn man bedenkt, daß in dieſen drei Tagen 4000 Kugeln von den Batterien gegen die Stadt abgefeuert wurden. Die Migueliſten bemühen ſich, unter den Truppen der conſtitutionnellen Armee Deſertionen zu veranlaſſen. Sie werfen deßhalb Granaten nach Oporto, worin ſich Proclamationen befinden; auch ſchicken ſie ſolche Aufforderungen, in verſchiedenen Sprachen geſchrieben, durch Weiber und Kinder in unſere Stadt.“

Spanien.

Der Infant Don Sebaſtian iſt mit ſeiner Gemahlinn am 17. Mai, nach überſtandener Quarantaine, in Villavicioſa auf ſpaniſchem Gebiet in Torre del Fresno glücklich angekommen, wo er von dem Generalcapitän der Provinz empfangen wurde. Se. königl. Hoheit wird in dem genannten Orte ſich der zweiten vorſchriftsmäßigen Beobachtungsquarantaine unterziehen.

Briefen aus Liſſabon vom 14. Mai zufolge, verweilte der Infant Don Carlos mit ſeiner Familie noch immer in dem königlichen Luſtſchloſſe Mafra.

Der zum Vicekönig von Navarra ernannte General Sarsfield iſt im Begriff, ſich auf ſeinen neuen Poſten zu begeben. — Der Generaladminiſtrator des Capitels in Saragoſſa, der mit 4 Millionen Realen von dort entwichen war, iſt in Alcaniz verhaftet worden. — Die letzte von Madrid nach Frankreich abgegangene Poſt iſt bei Burgos von Räubern angefallen, durch die Entſchloſſenheit des Poſtillons aber vor einer Beraubung gerettet worden.

Einem vom Kriegsminiſter contraſignirten königlichen Befehl zufolge, iſt der in Haft und Unterſuchung befindliche Generallieutenant Joſeph O'Donnell auf den Bericht des oberſten Kriegsrathes für vollkommen unſchuldig erklärt und ſeine ſofortige Freilaſſung angeordnet worden. Zugleich wird dem General das Recht vorbehalten, den Verläumder, welcher ihm die Unterſuchung zugezogen, gerichtlich zu verfolgen.

Frankreich.

Die Deputirtenkammer ſetzte am 31. Mai die Discuſſion über den Geſetzentwurf in Betreff der Vollendung der Monumente und öffentlichen Arbeiten fort, und nahm den erſten Artikel, die Monumente von Paris, mit Ausnahme des Louvre und der Tuilerien, betreffend, an. Beim zweiten Artikel erhob ſich eine lebhafte Debatte über die Vollendung der Tuilerien und die Einrichtung der Bibliothek im Louvre. Die Discuſſion ward auf den folgenden Tag verſchoben.

Dem Indicateur von Bordeaux zufolge, ſollte die Abreiſe der Herzoginn von Berry und ihres Gefolges von Blaye am 1. Juni Statt finden. Die Corvette Agathe, die ſie nach Palermo bringen wird, lag auf der Station vor Blaye, und es war am 28. Mai ein Tiſchler mit drei Gehülfen nach Blaye gereist, um die Effecten der Prinzeſſinn einzupacken.

Die Statue Napoleons ward am 1. Juni um vier Uhr Nachmittags in der Regierungsgießerei gegoſſen. Der Miniſter des Handels und der öffentlichen Arbeiten, Hr. Cavé, Diviſionschef der ſchönen Künſte, und mehrere Kunſtverſtändige wohnten dieſer Operation bei, deren Erfolg vollſtändig war. Es iſt der Befehl gegeben, das nöthige Gerüſte zu bauen, um die Statue ſo bald als möglich auf der Säule des Vendomeplatzes aufzuſtellen.

Der Moniteur ſchreibt aus Ajaccio vom 24. Mai: „Corſica fühlte ſeit langer Zeit das Bedürfniß, dem Andenken des Helden, auf deſſen Geburt in dieſer Stadt es ſtolz iſt, ein Denkmahl zu errichten. Ihre Wünſche, zu deren Dolmetſch ſich das Generalconſeil gemacht, wurden von der Regierung gut aufgenommen. Es bildete ſich zu Ajaccio eine Commiſſion unter dem Vorſitze des Präfecten, um dieſen edlen Vorſatz zu erleichtern. Ein ſolches Beiſpiel konnte von Baſtia nicht unnachgeahmt bleiben. Auch in dieſer Stadt bildete ſich eine Commiſſion zu dem gleichen Zwecke.“

Am 1. Juni 5Percents Fin Courant geſchloſſen zu 103 Fr. 60. 3Percents Fin Courant geſchloſſen zu 79 Fr. 75. — Am 2. Juni 1 1/4 Uhr Nachmittags 5Percents 103 Fr. 75. 3Percents 79 Fr. 65.

Niederlande.

Die Sectionen der zweiten Kammer der Generalſtaaten waren am 30. und 31. Mai verſammelt, um über das Creditgeſetz und über die in mehreren Titeln des Civilgeſetzbuches vorzunehmenden Veränderungen zu berathen. Am 1. Juni ſollte eine öffentliche Sitzung Statt finden, in welcher der Miniſter der auswärtigen Angelegenheiten im Namen des Königs politiſche Mittheilungen machen wird.

Belgien.

Die Brüſſeler miniſteriellen Blätter enthalten Folgendes: „Wir erhalten von London die Nachricht, daß die Ratificationen der Convention vom 21. Mai am 29. Mai zwiſchen dem Fürſten von Talleyrand, dem Lord Palmerſton und dem Hrn. Dedel ausgetauſcht worden ſind. Unmittelbar darauf iſt der Befehl zur Aufhebung des Embargo unterzeichnet und nach allen Häfen abgeſandt worden. Der von Hrn. van de Weyer expedirte belgiſche Cabinetskurier Wittockx hat der Regierung dieſe Nachricht überbracht.“

Dem Politique zufolge, hätten die jetzt beendigten Wahlen folgendes Reſultat geliefert: 59 Deputirte der gemäßigten Partei, 33 Deputirte der Oppoſition, und 8 Mitglieder, deren Anſichten man noch nicht genau kenne.

Wien, den 11. Juni.

Se. k. k. Majeſtät haben mittelſt allerhöchſter Entſchließung vom 29. März d. J. die durch die allergnädigſte Beförderung des Leopold Sirard zum Laibacher Polizeidirector in Erledigung gekommene Secretärsſtelle bei der Wiener k. k. Polizei-Oberdirection dem k. k. Rath und hieſigen Polizei-Obercommiſſär, Leopold Ferſtl, allergnädigſt zu verleihen geruht.

Am 11. Juni war zu Wien der Mittelpreis der

Staatsſchuldverſchreibungen zu 5 pCt. in CM.	95 3/16;
detto detto zu 4 pCt. in CM.	86 1/8;
Darleh. mit Verlooſ. v. J. 1820, für 100 fl. in CM.	192 1/2;
detto detto v. J. 1821, für 100 fl. in CM.	135 1/8;
Wiener-Stadtbanco-Obligat. zu 2 1/2 pCt. in CM.	53 7/8;
Conv. Münze pCt.	——;

Bankactien pr. Stück 1244 in CM.

Hauptredacteur: Joſeph Anton Edler von Pilat.

Verleger: Anton Strauß ſel. Witwe in der Dorotheergaſſe Nr. 1108.

Nro. 164

Oeſterreichiſcher Beobachter.

Donnerſtag, den 13. Juni 1833.

Meteorologiſche Beobachtungen vom 11. Juni.	Zeit der Beobachtung	Barometer auf 0 Reaumur reducirt.		Thermometer Reaumur.	Wind.		Witterung.
		Pariſer Maß.	Wiener Maß.				
	8 Uhr Morg.	27.679	283. 52. 4P.	+ 17.5	W.	ſtill.	heiter.
	3 Uhr Nachm.	27.518	28 3 7	+ 22.8	OSO.	mittel.	——
	10 Uhr Abends.	27.419	28 2 6	+ 17.2	SO.	ſchwach.	——

Großbritannien und Irland.

Am 31. Mai feierte der Pittclubb den Geburtstag Pitts; die Zahl der anweſenden Unterhausmitgliedre war ſehr gering, mit Oberhausmitgliedern aber war die Verſammlung zahlreich beſetzt. Bemerkenswerth iſt die kurze Rede des Herzogs von Wellington, als ſeine Geſundheit getrunken worden und er dafür gedankt hatte: „Wir haben uns hier verſammelt, um unſere Bewunderung für die Grundſätze Hrn. Pitts kundzugeben, namentlich für jene erhaltenden Grundſätze, welche allein jedem Lande, ſei es, welches es wolle, auf längere Zeit Sicherheit, Wohlfahrt und Frieden gewähren können. Ich bin nicht zu ſchlimmen Ahnungen geneigt, ich muß aber geſtehen, wenn ich auf die Vergangenheit zurückblicke, wenn ich erwäge, was jetzt geſchieht, und bedenke, was nur allzu wahrſcheinlich kommen wird, dann blicke ich düſter und troſtlos in die Zukunft hinaus. Ich will keine gehäſſigen Vergleichungen ziehen, ich muß aber ſagen, daß ich die gütige Aufmerkſamkeit und die ſchmeichelhaften Zeichen des Beifalls von Seite der anweſenden Geſellſchaft mit doppeltem Stolze und Vergnügen betrachte, wenn ich die Grundſätze derſelben denen der Männer entgegenhalte, welche das Land in die jetzige ſchwierige Lage gebracht haben.“

Nachſtehendes iſt die Fortſetzung der Actenſtücke über die franzöſiſche Expedition nach Algier: Nr. 4. Lord Stuart de Rotheſay an Graf Aberdeen. (Auszug.) Paris, den 26. März 1830. Mylord! Als der Fürſt Polignac den Inhalt Ihres Schreibens vernommen hatte, ſagte er, da man gleich anfangs bekannt gemacht habe, daß die Expedition nicht in der Abſicht, Territorialerwerbungen zu machen, unternommen werde, ſo habe er es nicht für nothwendig gehalten, die beſtimmte Erklärung, welche Ew. Herrlichkeit zu erwarten ſcheint, einzurücken, er ſtehe indeß durchaus nicht an, mir jede Verſicherung zu geben, welche geeignet ſeyn könne, die ungünſtige Geſinnung der Regierung Sr. Majeſtät zu heben, obgleich er mich bitte, mir ins Gedächtniß zurückzurufen, daß er nicht geſonnen ſei, die Etabliſſements von La Calle und Baſtion de France, ſo wie die Rechte aufzugeben, welche den Beſitz dieſer Forts während mehr als eines Jahrhundertes begleiteten, und welche zum Schutze der franzöſiſchen Fiſchereien an dieſer Küſte nothwendig ſind. Er ſetzte hinzu, daß Se. allerchriſtliche Majeſtät die Souverainetät der Pforte nicht beſtreite, und das Anerbieten dieſer Regierung zur Erreichung der Abhülfe, welche er zu erwarten berechtigt ſei, einzuſchreiten, nicht verwerfe; und obgleich die Anweſenheit eines franzöſiſchen Unterhändlers durch das Benehmen der Algierer unmöglich gemacht worden ſei, ſo ſei doch kein Grund vorhanden, die Expedition abzuſenden, wenn die Agenten der Pforte Bedingungen erhalten können, welche, wie er mir ſagte, die franzöſiſche Regierung zu erzwingen entſchloſſen iſt; man habe aber zu viele Beweiſe von der Unfähigkeit der Pforte, auf die Behörden von Algier einen Einfluß auszuüben, als daß er ſeinem Souverain rathen könne, Maaßregeln, um dieſen Zweck mit Gewalt zu erreichen, aufzuſchieben. Se. Excellenz bemerkte ferner, daß Frankreich keine Territorialvortheile ſuche; im Falle alſo die jetzige Regierung von Algier geſtürzt würde, müßten die Anordnungen in Betreff des künftigen Syſtems, nach welchem das Land regiert werden ſolle, natürlicher Weiſe mit dem Sultan berathen und unter ſeiner Autorität ausgeführt werden, was eine gehörige Zuratheziehung ſeiner Rechte mit in ſich begreiſe. Er verſicherte mich, die Inſtructionen für die Expedition ſeien noch nicht entworfen, und er habe bis jetzt vergebens nach den Mittheilungen geſucht, welche über die Abfahrt des Lords Exmouth an die franzöſiſche Regierung gerichtet worden waren, um das von meinem Hofe bei dieſer Gelegenheit aufgeſtellte Beyſpiel zu befolgen. (Unterz.) Stuart de Rotheſay. — Nr. 5. Lord Stuart de Rotheſay an Graf Aberdeen. (Auszug.) Paris, 9. April 1830. In einer Unterredung, welche über denſelben Gegenſtand heute Statt fand, ſagte mir Se. Excellenz (Fürſt Polignac), die Erklärung ſei in Ausdrücken abgefaßt, die, wie er überzeugt ſei, von meiner Regierung als genügend betrachtet werden würden. . . Er deutete an, der Eifer, den ich hinſichtlich dieſer Erklärung kundgebe, zeige ein Mißtrauen, das durch die wörtlichen Erkläungen, die ich mehr als einmal empfangen hätte, nicht gerechtfertigt würde; er habe dieſe Maaßregel mit Vergnügen geſehen, weil ſie eine Gelegenheit darbiete, der Welt das gegenſeitige Vertrauen zweier Regierungen zu zeigen. . . und wenn ich Vollmacht hätte, ſo ſei er bereit, eine Convention zu unterzeichnen, worin jeder von meiner Regierung in den hierüber Statt gehabten Mittheilungen in Anregung gebrachte Grundſatz anerkannt würde. Ich habe u. ſ. w. Stuart de Rotheſay. — Nr. 6. Graf Aberdeen an Lord Stuart de Rotheſay. (Auszug.) London, 21. April. Mylord! Der franzöſiſche Botſchafter hat mir auf Befehl ſeines Hofes eine an Se. Excellenz gerichtete Depeſche geleſen, um der Regierung Sr. Majeſtät die weiteren Erklärungen hinſichtlich der Expedition von Algier zu geben, welche ſie nach den Verſicherungen des Hrn. von Polignac erwarten konnte. . . . Die franzöſiſche Regierung ſcheint die Gründe falſch zu deuten, welche uns veranlaßten, genauere und beſtimmtere Erläuterungen zu verlangen, als wir ſolche bis jetzt hinſichtlich der Expedition gegen Algier erhielten. Sie

ſcheint auch ſich irrige Anſichten über die wahre Lage dieſes Landes gebildet, und ein Benehmen, das nur von einem einfachen Gefühl der Pflicht geleitet war, als Beweis von böſem Willen, Verdacht und Mißtrauen betrachtet zu haben. Sr. Majeſtät Regierung iſt ſo entfernt, dieſe feindſeligen Geſinnungen zu hegen u. ſ. w. . . . Die Anſichten, worauf ich mich bezog, ſind zwar ziemlich ausgedehnt, aber ſehr genau und verſtändlich ausgedrückt. Wir wollen aber aufrichtig ſeyn, der Krieg Frankreichs gegen Algier iſt von einem andern Character, und hat ein ganz verſchiedenes Ziel. Man ſagt uns, wir ſolleen uns auf die gänzliche Zerſtörung und Vernichtung des Staates ſelbſt gefaßt halten. Unter ſolchen Umſtänden, und bei einem Reſultat dieſer Art, das man planmäßig beabſichtigt, iſt es da unvernünftig, von der franzöſiſchen Regierung etwas mehr zu verlangen, als eine allgemeine Verſicherung von Uneigennützigkeit, und ein Verſprechen, ſich mit ihren Alliirten zu berathen, ehe das künftige Schickſal der Regentſchaft völlig entſchieden würde? Eine franzöſiſche Armee, die zahlreichſte, wie es ſcheint, welche in neueren Zeiten das Meer überſchritt, ſteht auf dem Punkte, die Eroberung eines Gebiets zu unternehmen, das durch ſeine geographiſche Lage ſtets als von der höchſten Wichtigkeit betrachtet wurde. Niemand kann ohne Beſorgniß den Ausgang einer Unternehmung ſehen, deren letzte Zwecke ſo ungewiß und unbeſtimmt ſind. Man darf annehmen, daß Sr. Majeſtät Regierung keiner ſchuldhaften Gleichgültigkeit gegen die Wohlfahrt der erlauchten Familie Bourbon beſchuldigt werden kann. Unſer Wunſch muß ſeyn, daß das Reſultat dieſer Expedition günſtig für ihr Glück und die Feſtigkeit ihres Thrones ausſchlage. Wenn wir aber, was wir unſerem Souverain und uns ſelbſt ſchuldig ſind, ſo weit vergeſſen konnten, daß wir mit vagen Erklärungen in einer Sache uns zufrieden ſtellten, wo die Intereſſen des britiſchen Handels ſowohl, als die politiſchen Verhältniſſe der Staaten des Mittelmeeres ſo tief betheiligt ſind, dann würde gewiß das Volk dieſes Landes die unzweideutigſte Verurtheilung unſeres Benehmens ausſprechen. Wenn die Abſichten der franzöſiſchen Regierung bei dieſer Unternehmung rein und uneigennützig ſind, ſo iſt ſchwer zu begreifen, wie Hr. von Polignac die geringſte Abneigung haben kann, die genugendſten Erklärungen zu geben, oder wie falſche Begriffe von Würde und Selbſtachtung ihn abhalten ſollten, das zu thun, was ihm ſelbſt bei näherer Ueberlegung als vernünftig erſcheinen würde. Indem Sie Hrn. von Polignac dieſe Bemerkungen machen, wird Ew. Excellenz nicht bloß erklären, daß Ihnen jede unfreundſchaftliche Geſinnung fremd iſt, ſondern Sie werden auch jedes Verlangen in Abrede ſtellen, einen unangenehmen Ton anzunehmen, oder in irgend einer Weiſe die Würde der franzöſiſchen Regierung zu verletzen. Unſere Erwartungen ſind, wie wir glauben, durch die Wichtigkeit des Gegenſtandes und durch die zwiſchen den beiden Regierungen beſtehenden Verhältniſſe des Vertrauens gerechtfertigt. Wir verlangen nichts, als was wir unter ähnlichen Verhältniſſen gleichfalls zu bewilligen bereit wären. Ew. Excellenz iſt ermächtigt, dieſe Depeſche dem Hrn. von Polignac zu leſen. Ich bin u. ſ. w. Aberdeen. (Fortſetzung folgt.)

Conſols am 1. Juni 89¾ %.

Frankreich.

Am 1. Juni beſchäftigte ſich die Deputirtenkammer zuerſt mit einigen Petitionen, dann ward der Bericht über das Budget des Handelsminiſteriums vorgelegt, worauf einige Geſetzentwürfe von localem Intereſſe vorkamen. Hr. Thiers legte den Geſetzentwurf über den Elementarunterricht, der in der Pairskammer einige Amendements erfahren hatte, wieder vor; Hr. d'Argout den Entwurf über die Departementalorganiſation, zu welchem die Pairskammer Amendements machte, welche die Regierung annahm. Die einzige wichtige Verhandlung in dieſer Sitzung war die über die Penſion für die Witwe des Generals Daumesnil. Bekanntlich ging der Vorſchlag, der Witwe des tapfern Generals 6000 Fr. Penſion zu bewilligen, von dem Präſidenten (Dupin) ſelbſt aus. Hr. Verollot, eines der eifrigſten Mitglieder des Centrums, beſtritt zuerſt den Vorſchlag; ſolche Forderungen erhöhter Penſionen, meinte er, würden endlos werden; Daumesnil habe ſich muthig, edel, uneigennützig betragen, aber jeder Franzoſe würde dieß an ſeiner Stelle auch gethan haben. General Delort verbarg ſeine Erbitterung nicht, daß die Kammer kürzlich der Witwe des Generals Decaen eine Penſion verſagt habe, ungeachtet nach dem Urtheile der ganzen Armee Decaens Verdienſte die Daumesnils noch überſtiegen; für Polen, Griechen und alle Ausländer werfe man das Geld mit vollen Händen hinaus, aber für die Nachkommen von Kriegern, die das Vaterland mit Ruhm bedeckt, verweigere man die kleinſte Hülfe, um ihre Noth zu lindern; er beſchwore die Kammer, ihren Beſchluß wegen der Witwe Decaens zurückzunehmen; geſchehe dieß nicht, ſo erkläre er ſich auch entſchieden gegen eine Unterſtützung der Witwe Daumesnils. Gegen dieſe Bemerkungen erhoben ſich Hr. Dupin und der Marſchall Soult. Der erſtere ſagte unter Andern: „Wie, weil General Delorts Vorſchlag in Betreff der Witwe Decaens nicht berückſichtigt wurde, ſoll die Kammer auch gegen Daumesnils Witwe die ſchreiende Ungerechtigkeit begehen, über die ſich General Delort beklagt? Ich will Daumesnil und Decaen nicht miteinander vergleichen, denn die Parallele würde weniger die Wirkung haben, den *einen* derſelben zu erheben, als den andern herunterzuſetzen. Ich laſſe der Ehre Decaens Alles, was man von ihr geſagt hat; es iſt ſogar möglich, daß er in Artilleriecommiſſionen, in Generalſtabszirkeln für höher als Daumesnil geſchätzt worden wäre; ich aber beurtheile Daumesnil, wie ihn das Volk beurtheilte, wie ihn der Nationalinſtinct auffaßte. Ich ſehe in ihm den Mann, der vom einfachen Bauernburſchen ſich zu den höchſten Graden erhob und ein Bein auf dem Schlachtfelde ließ. Um dem Vaterlande zu dienen, muß man nicht gerade alle ſeine Glieder behalten, wenn man nur das Herz ganz behält, und Daumesnils Herz war ganz ein franzöſiſches Herz.“ Mit gleicher Wärme ſprach Marſchall Soult für den Vorſchlag. „Ich begreife nicht (ſagte er), was man mit der angeſtellten Parallele bezweckte. Die beiden Generäle haben dem Vaterlande außerordentliche Dienſte geleiſtet, die ſeines Dankes würdig ſind. Was Muth und Redlichkeit betrifft, iſt Alles an ihnen zu loben; man kann keinen Unterſchied zwiſchen ihnen machen, als durch die Mannigfaltigkeit des Lobes. Decaen arbeitete und kämpfte zehn Jahre lang in Oſtindien für die Ehre des fran-

zöſiſchen Namens; er war Generalcapitän von Isle de France; ſein ganzes Leben war rein, bei ſeinem Tode hatte er nicht ſo viel, um ſeine Begräbnißkoſten beſtreiten zu können; ich mußte ins Mittel treten. Er hinterließ Söhne, die ehrenvoll als Offiziere dienen; ſie ſind genöthigt, ſich eines Theiles ihres geringen Soldes zu berauben — einer derſelben iſt Unterlieutenant — um ihre Mutter zu unterſtützen. Auch der Kriegsminiſter kommt ihr, ſo viel er kann, zu Hülfe; ſollte nur das Land der unglücklichen Witwe die Hülfe verſagen? Der gleiche Fall iſt's mit der Witwe Daumesnils, jenes Tapfern der großen Armee, die nur Tapfere zählte." Kein Mitglied antwortete auf dieſe beredten Vertheidigungen, ja die zwei Paragraphen des Geſetzentwurfes wurden im Einzelnen von der Kammer angenommen; doch bemerkte man, daß ein Theil der Mitglieder des Centrums ſich der Abſtimmung enthielt, und als zum geheimen Scrutin geſchritten wurde, ward der Vorſchlag mit 137 gegen 107 Stimmen verworfen. Dieſes Reſultat erregte allgemeine Senſation.

Eine an den Generallieutenant, Generalcommandanten der ſechzehnten Militärdiviſion gerichtete telegraphiſche Depeſche meldet, daß Sr. königl. Hoheit der Herzog von Orleans am 1. Juni zwiſchen 11 und 12 Uhr zu Calais angekommen iſt. Die Nationalgarde und die Beſatzung waren unter den Waffen, und die bürgerlichen und die Militärbehörden begaben ſich in den Hafen, um Sr. königl. Hoheit zu empfangen.

General Savary, der vor einiger Zeit krank aus Algier nach Frankreich zurückgekehrt war, iſt am 2. Juni zu Paris mit Tod abgegangen.

Der Nouvelliſte ſchreibt aus Toulon vom 28. Mai: „Dieſen Morgen haben die Laſtcorvetten Oiſe, Fortune, Finiſtère und die Briggs Cygne und Voltigeur 1500 Mann vom 24ſten Linienregimente an Bord genommen. Sie begeben ſich nach Corſica, wo dieſes Regiment Beſatzung halten wied. Die Goelette Daphne, Schiffslieutenant Ferrand, von Oran mit fünf Paſſagieren kommend, die ſie zu Marſeille gelandet hat, iſt am 22. angekommen. In Folge einer heute eingetroffenen telegraphiſchen Depeſche iſt in dem Hafen der Befehl gegeben, das Linienſchiff Stadt Marſeille auszurüſten; es ſcheint beſtimmt, zum Geſchwader der Levante zu ſtoßen. Die Fregatte Bellona, die ausgerüſtet war, hat den Befehl erhalten, in Commiſſion zurückzutreten."

Im Nouvelliſte heißt es: „Mehrere Journale erzählen ſeit einiger Zeit, daß der König an einem Bruche leide, der Sr. Majeſtät das Reiten verbiete. Man muß geſtehen, daß dieſe Journale ſonderbare Nachrichten haben. Es geſchah ohne Zweifel in Folge dieſer vorgeblichen Krankheit und des daraus hervorgegangenen Verbots, daß Sr. Majeſtät auf der Promenade am 2. Juni zu Rainey länger als vier Stunden zu Pferde blieb."

Am 3. Juni 5Percents Fin Courant geſchloſſen zu 103 Fr. 5. 3Percents Fin Eoukant geſchloſſen zu 80 Fr. — Am 4. Juni 1¼ Uhr Nachmittags 5Percents 103 Fr. 90. 3Percents 79 Fr. 90.

Niederlande.

Am 1. Juni hat der Miniſter der auswärtigen Angelegenheiten beiden Kammern der Generalſtaaten nachſtehende Mittheilung gemacht: „Edle und hochmögende Herren! Vor drei Monaten habe ich den Generalſtaaten das Vorhaben des Königs mitgetheilt, eine Geſandtſchaft nach London zu ſchicken, um durch eine Präliminar-Convention die Verhältniſſe mit Frankreich und England auf den alten Fuß wieder herzuſtellen, und dadurch die Bahn wieder zu eröffnen, auf welcher die Niederlande im Einklang mit den fünf Mächten zur Unterhandlung über die definitiven Bedingungen der Trennung zwiſchen Holland und Belgien gelangen könnten. Nun iſt mir die angenehme Pflicht zu Theil geworden, Ew. Edelmögenden anzukündigen, daß der Zweck obgedachter Sendung erreicht worden iſt. Der Gang der Verhandlungen iſt aus den folgenden von mir vorgelegten Actenſtücken zu erſehen. 1) Einer Note des niederländiſchen Bevollmächtigten vom 23. März, die den Entwurf einer Präliminar-Convention begleitete *); 2) einer Note des Fürſten von Talleyrand und des Lords Palmerſton vom 2. April d. J. **); 3) einer Note des niederländiſchen Bevollmächtigten vom 16. April ***); 4) der Antwort der Bevollmächtigten von England und Frankreich in einer Note vom 22. April ****); 5) einer Note des niederländiſchen Bevollmächtigten vom 16. Mai, und der auf dieſe Note ertheilten Antwort. Die beiden letzten Actenſtücke lauten wie folgt:

„An Ihre Excellenzen den außerordentlichen Botſchafter Sr. Majeſtät des Königs der Franzoſen, und den erſten Staatsſecretär Sr. großbritanniſchen Majeſtät für die auswärtigen Angelegenheiten.

London, den 16. Mai 1833.

Durch eine Note vom]22. April erzeigten JJ. EE. der außerordentliche Botſchafter Sr. Majeſtät des Königs der Franzoſen und der erſte Staatsſecretär Sr. großbritanniſchen Majeſtät für die auswärtigen Angelegenheiten, dem unterzeichneten Bevollmächtigten Sr. Majeſtät des Königs der Niederlande die Ehre, einige Bemerkungen über den Inhalt der ſeinigen vom 16. deſſelben Monats an ihn zu richten. — Die niederländiſche Regierung, beſeelt von dem Wunſche, auf dem kürzeſten Wege das Ziel zu erreichen, und ſo viel möglich jede weitere Erörterung zu vermeiden, hatte ſich geſchmeichelt, daß der gar nicht verwickelte Zweck der beſonderen Miſſion des Unterzeichneten ſich binnen wenigen Tagen in Folge einiger Conferenzen erreichen laſſen dürfte, in welchen man ſich darauf beſchränken würde, dasjenige, worüber man jedes Mal übereingekommen wäre, zu Papier zu bringen.

*) Vergl. Oeſterr. Beob. vom 5. Mai.
**) Vergl. Oeſterr. Beob. vom 1. Mai.
***) Vergl. Oeſterr. Beob. vom 9. Mai.
****) Vergl. Oeſterr. Beob. vom 9. Mai.

Digitized by Google

Verſehen mit Inſtructionen in dieſem Sinne, hatte der Unterzeichnete bei ſeiner Ankunft die Ehre, JJ. EE. mündlich die Vorſchläge ſeines Hofes auseinanderzuſetzen, und ihnen einen Entwurf einer Uebereinkunft zu überreichen, in der Hoffnung, die verſchiedenen Artikel derſelben nach einer mündlichen Unterhandlung nach und nach feſtſtellen zu ſehen. Dieſe Erwartung ward nicht erfüllt. Auf das Begehren JJ. EE. überreichte er Ihnen eine Note, worin er jedoch nur die Ueberſendung des Entwurfes erwähnte. Da jene vom 2. April eine ſchriftliche Erörterung eröffnet hatte, ſo war es ihm nicht geſtattet, ſich derſelben zu entziehen, und die letzte Note JJ. EE. vom 22. April erfordert um ſo mehr eine neue Antwort von Seiten des Unterzeichneten, als JJ. EE. ihn nicht in den Fall geſetzt haben, ſeine Note vom 16. April mündlich zu entwickeln. Indem er ſich dieſer Arbeit entledigt, wird er ſich beſtreben, eine unvermeidlich gewordene Beweisführung in den engſten Zirkel zu beſchränken. — Die niederländiſche Regierung kann ſich nicht erklären, wie einer freien Nation die Erlaubniß einer andern nöthig ſeyn könnte, um Krieg zu führen oder Frieden zu ſchließen; eben ſo wenig iſt es ihr einleuchtend, was dann in der Unterſtellung, daß die Verpflichtungen des Hofes vom Haag während des Waffenſtillſtandes und nach demſelben die nämlichen geblieben wären, der im Jahre 1831 auf beſtimmte Zeit abgeſchloſſene Waffenſtillſtand, ſeine durch die Mächte ſelbſt geforderte Verlängerung und die wenige Tage vor ſeinem Ablaufe über die Dauer des Aufhörens der Feindſeligkeiten geforderten Erläuterungen bedeutet hätten. — Wenn die fünf Mächte, heißt es in der Note vom 22. April, im October 1831 es für unnütz gehalten haben, von der niederländiſchen Regierung die Verpflichtung zu einem erneuerten und unbegränzten Waffenſtillſtand zu fordern, ſo geſchah dieß, weil ſie fühlten, daß es von ihnen abhing, die Dauer deſſelben durch ihre Erklärungen zu verlängern, oder den Bruch deſſelben durch die Waffen zu rächen. — Der Hof vom Haag glaubt in dieſer Hinſicht eine abweichende Meinung nähren zu müſſen. Er ſchreibt das zu jener Epoche durch die fünf Mächte befolgte Syſtem ihrer moraliſchen Ueberzeugung, daß Holland die Feindſeligkeiten nicht wieder beginnen würde — einer Ueberzeugung, welche die Ereigniſſe gerechtfertigt haben — und ihrer Achtung für das Völkerrecht zu, welches nicht zugibt, daß man von einem unabhängigen Staate etwas gebieteriſch fordere. — Es iſt ohne Zweifel verſöhnlicher und friedlicher, ſich vermittelſt einer wechſelſeitigen Zuſtimmung zu verſtändigen zu ſuchen, als anzuzeigen, daß die Verletzung des Waffenſtillſtandes als eine Handlung von Feindſeligkeit gegen die beiden Mächte werde betrachtet werden; allein von dem Augenblicke an, wo dieſe Alternative ſich in einer officiellen Note ausgeſprochen findet, ſucht die niederländiſche Regierung vergebens, wo der Unterſchied liegt. — Der Note vom 22. April zufolge würde der letzte Vorſchlag des Unterzeichneten in Bezug auf das Aufhören der Feindſeligkeiten noch mehr Einwürfen unterworfen ſeyn, als derjenige, welcher demſelben vorherging. Es geht indeſſen aus dem Schreiben des Grafen Grey vom 11. November 1832 hervor, daß das, was der Unterzeichnete vorgeſchlagen hätte, dem Umſtande, und demjenigen, was die beiden Mächte gefordert hatten, angemeſſen war. In dieſem Schreiben wird einzig die Uebergabe der Citadelle von Antwerpen mit ihrem Zubehör als vorläufige Bedingung der ferneren Unterhandlungen bezeichnet, und es iſt darin keine Frage von einem andern Sicherheitspfand, als demjenigen, das durch die Noten der Geſandtſchaften Frankreichs und Großbritanniens im Haag, vom 29. October, welche ausſchließlich jene Uebergabe betrafen, gefordert wurde. Soll alſo das damals für hinreichend gehaltene Pfand, ſeit es in die Hände der Belgier übergegangen iſt, ſeine Wirkſamkeit verloren haben! — Nach der Note vom 22. April würde es ſich nicht davon handeln, dem Könige das abſtracte Recht, die Feindſeligkeiten wieder zu beginnen, ſtreitig zu machen. Aber dieſer Ausdruck ſcheint das Recht des Friedens und Krieges, welches jeder unabhängige Staat beſitzt und das von einer bloßen Abſtraction ganz verſchieden iſt, auf eine eitle Theorie ohne Anwendung zu beſchränken. — Was die Anerkennung der Neutralität Belgiens betrifft, ſo gehört ſie ihrem Weſen nach dem definitiven Tractate an, und würde in der vorläufigen Uebereinkunft neben der Stipulation in Betreff des Aufhörens der Feindſeligkeiten überflüſſig ſeyn. — Die Parallele, welche man zwiſchen Lillo und Lieſkenshoek und den Theilen von Limburg und Luxemburg, welche beſtimmt ſind, dem König zu verbleiben, und welche fortwährend durch die Belgier beſetzt bleiben würden, gezogen hat, trägt ihre eigene Widerlegung in ſich. Eben ſo verhält es ſich mit der Unverträglichkeit, welche zwiſchen einer Garantie von Gebiet und einer militäriſchen Uebereinkunft über einen partiellen Punkt beſtehen würde, der keineswegs beſtimmt iſt, die Stellungen eines der beiden Theile zu ſchwächen, ſondern bloß Colliſionen zwiſchen den reſpectiven Truppen zu verhüten. — Die Occupation von beinahe der ganzen Provinz Limburg durch die belgiſchen Truppen macht es klar, wie unerläßlich es iſt, die freie Gemeinſchaft mit Maeſtricht zu ſtipuliren; allein dieſer nämliche Umſtand macht die Handelsverbindungen über Maeſtricht den Belgiern gleichgültig, indem ſie dieſelben auf ſo vielen andern Puncten oberhalb und unterhalb der Feſtung frei haben, und die bei dem gegenwärtigen Zuſtande der Dinge unvermeidlichen Formalitäten, wenn es ſich von einer Straße durch eine Feſtung handelt, für jetzt dieſer Straße jeden Werth benehmen. — Durch ſeine Note vom 16. April erklärte der Unterzeichnete ſich für die erſte in jener vom 2. April vorgeſchlagene Alternative und nahm für die Abfaſſung des Art. 6. die nämlichen Worte JJ. EE. an. Von dieſem Augenblicke an würde eine Erörterung desjenigen, was ſich auf den Definitivtractat bezog, ſtatt die Unterhandlungen zu beſchleunigen, ohne Grund den Abſchluß der vorläufigen Uebereinkunft nur verwickelt haben.

Digitized by Google

Das im Haag befolgte Syſtem ſcheint alſo eegelmäßig geweſen zu ſeyn. Das niederländiſchr Cabinet wünſcht nichts ſehnlicher als die ſchnellſte Abſchließung des Definitivtraetats mit den Höfen von Oeſterreich, Frankreich, Großbritannien, Preußen und Rußland, und der Unterzeichnete iſt ermächtigt, zu erklären, daß die zu dieſem Ende nöthigen Eroffnungen, mit Inbegriff der Chiffern, die ſich auf die Unterhandlung beziehen; durch die niederländiſche Regierung werden vorgelegt werden. — Dir Würde der niederländiſchen Regierung erlaubt ihr nicht, auf die Bemerkung, als ſcheine das über den letzten Theil der Note vom 2. April beobachtete Stillſchweigen Befürchtungen zuzulaſſen, daß es ihr noch immer nicht Ernſt ſei, ſolche wirklichr und directe Handlungen aufzugeben, welche allein die Anſtoßr mit Brlgien heben konnten. Auf ſeine Grundſätzr und ſeine Handlungen geſtützt, ſtellt ſir es ruhig der Beurtheilung der fremden Mächtr anheim, welchen Grad von Vertrauen ſie ihr beweiſen zu müſſen glauben. — Durch Obiges glaubt der Unterzeichnete die Erklärungen gegeben zu haben, welche in der Note vom 22. April gefordert wurden. — Indem er nun auf den practiſchen Theil drr Unterhandlungen übergeht, gibt er ſich die Ehre, den Vorſchlag zu machen, die Art. 3 und 4 in einen einzigen, auf folgende Art gefaßten zu vereinigen: „So langr dir Verhältniſſe zwiſchen Holland und Belgien nicht durch einrn „Definitivtraetat geregelt ſind, verpflichten ſich Se. niederländiſchr Majeſtät, die Feindſeligkeiten gegen Brlgien „nicht anzufangen und die Scheldeſchifffahrt ganz frei zu „laſſen.“ — Der Unterzeichnete ſchmeichelt ſich, daß es nach gegenwärtiger Eröffnung leicht ſeyn wird, ſich nunmehr über dir vorläufige Uebereinkunft zu verſtändigen, und ergreift dieſe Grlegenheit ꝛc. (Gez.) Dedel.“

„An Se. Exrellenz Hrn. Drdel. — London, 19. Mai. Die Unterzeichneten, der außerordentliche Botſchafter Sr. Majeſtät des Konigs dee Franzoſen und drr Jerſtr Staatsſecretär Sr. Majeſtät des Konigs von Großbritannien für dir auswärtigen Angelegenheiten, breilen ſich, indem ſir zuvor Sr. Exeellenz Hrn. Drdel, Bevollmächtigten Sr. Majeſtät des Konigs der Niederlandr, Großherzogs von Luxemburg, den Empfang der Note beſcheinigen, welchr er ihnen am 16. d. M. zugeſtellt hat, dir Freude auszudrücken, mit welcher ſie aus derſelbrn erſehen haben, daß die Erklärungen der niederländiſchen Regierung endlich Hoffnung geben, zu dem Abſchluß einer Präliminar-Uebereinkunft zu gelangen. — Von dieſer Hoffnung geleitet, wollen die Unterzeichneten nicht bei dem erſten Theil der Note vom 16. Mai verweilen. Dieß würde nur zu einer Controverſe Veranlaſſung gebrn, die ohne Zweck wärr, da ſir auf das Reſultat der Unterhandlung keinen directen Einfluß hat, und die überdieß bedenklich ſeyn könnte, inſofern ſie den Streit über Thatſachen wieder aufnähme, welchr man von jetzt an der Vergeſſenheit übergeben muß. — Aus dirſem Grunde beſchränken ſich die Unterzeichneten heute nur darauf, Se. Exc. Hrn. Dedel den Entwurf einer, nach Seinen letzteren Voeſchlägen abgefaßten Uebereinkunft zu überſenden, welchen ſir anzunehmen ſich bereit erklären. Sie ergreifen zugleich dieſe Gelegenheit ꝛc. (Grz.) Tallrynand. Palmeeſton.“

„In Folge dieſer Unterhandlung (fuhr der Miniſter fort) iſt zu London am 21. Mai zwiſchen Hrn. Salomon Dedel, Bevollmächtigten des Königs, dem Fürſten von Talleyrand, Bevollmächtigten Se. Majeſtät des Königs der Franzoſen, und dem Viscount Palmeeſton, Bevollmächtigten Sr. großbritanniſchen Majeſtät, eine Convention mit rinem erläuterndem Artikel abgeſchloſſen worden, drren Ratificationen nusgewechſelt worden ſind, und wovon der König mir befohlen hat, Ew. Edelmögenden eine Abſchrift mitzutheilen. Sie lautet folgendermaaßen: (folgt dir in unſerem vorgeſtrigen Blatte mitgetheilte Convention nebſt dem rrläuternden Artikel). — Dieſes diplomatiſche Aetenſtück, edle und hochmögende Herren, macht den Maaßregeln ein Ende, welche ſeit dem Monat Novrmber von Frankreich und Großbritannien gegen Holland angewendet worden ſind; es ſetzt zu gleicher Zeit feſt, daß die Hofe von Oeſterreich, Preußen und Rußland eingeladen werden ſollen, bei der definitiven Unterhandlung mitzuwirken, und rs iſt gegründete Hoffnung vorhanden, daß Niederland binnen Kurzem eine definitive Uebereinkunft auf billige Bedingungen erzielen wird, da die Regierung das feſte Vertrauen hegt, daß obgedachte Einladung eine günſtige Aufnahme finden wird.“

Durch königlichen Beſchluß vom 1. Juni ward dee am 21. Mai zu London unterzeichnete Präliminarvertrag durch das Haager Staatsblatt publicirt, und den engliſchen und franzöſiſchen Schiffen das Einlaufen in niederländiſchr Häfen geſtattet.

Teutſchland.

Dir Münchener politiſche Zeitung vom 8. Juni enthält folgenden Artikel: „Wir rrhalten eben fernere zuverläſſige Mittheilungen aus Neuſtadt und aus dem Rheinkreiſe. Aus Allem geht hervor, daß ohne die energiſchen Maaßregeln der Regierung auch dieſes Jahr ein Hambacher-Feſt, gerade wie das vorjährige, Statt gefunden haben würde. Statt der noch in gefänglicher Haft befindlichen Redner würden dieſes Mal andere aufgetreten ſeyn. Das Eintreffen der Studenten, mehr noch die, ſicherem Vernehmen nach, denſelben in Mannheim abgenommenen Papiere geben hierfür hinlängliches Zeugniß. Maſſen von Herbeiziehenden kehrten um, als ſie unterwegs die militäriſche Beſetzung des Hambacher-Schloßberges und das Eintreffen einer bedeutenden Truppenverſtärkung in Neuſtadt vernahmen. Wäre die Ruine nicht Abends vorher militäriſch beſetzt worden, ſo hätte die aufgehende Sonne die vorjährigen Fahnen wieder beſchienen. Zwei ſolche Fahnen wurden abgenommen und ſind einſtweilen auf dem Rathhauſe zu Neuſtadt aufbewahrt. Andere zeigten ſich auf den nahen Ber-

geſchöhen, verſchwanden aber ſtets wieder, ehe man ſich ihrer bemächtigen konnte. Als Rädelsführer und Unruheſtifter zeichneten ſich vorzüglich zwei als exaltirte Demagogen hinlänglich bekannte Büeger von Neuſtadt aus. Sie begannen den Geſang von Freiheitsliedern auf dem Hambacher-Berge und verweigeeten Folge zu leiſten, als ſie von dem das aufgeſtellte Piket commandirenden Offiziere aufgefordert wurden, dieſes Singen einzuſtellen, mit dem Bemerken: man ſehe nicht ein, warum ſolche Lieder nicht geſungen werden ſollten, ſie ſeien der jetzigen Zeit angemeſſen. Einer der Hauptunruheſtifter redete beim Eintreffen der zur Verſtärkung auf den Berg geſendeten Füſiliercompagnie die Umſtehenden mit folgenden Worten an: „„Brüder! im vorigen Jahre habe ich „„unſere Fahne auf dieſem Schloſſe aufgepflanzt, dieß„„mal ſollen wir es nur angucken; aber bis Mittag iſt „„die Ruine unſer und wir ſind in unſerem Eigenthu„„me.““ — Dieſelben Menſchen ſtimmten immer aufs Neue Freiheitslieder an, ſie brachten die Toaſte aus, wenn auf den benachbarten Bergen Fahnen aufgeſteckt wurden. Als die Menge aufgefordert werden mußte, den Berg zu verlaſſen, rief einer derſelben aus: „„Wir ge„„hen nicht; jeder Bürger, der dieſen Platz verläßt, iſt „„ein ehrloſer feiger Menſch, wir gehen nicht, weil wir „„nicht wollen.““ — Nur Augenzeugen konnen ſich einen Begriff von der wahnſinnig frechen Weiſe machen, auf welche die Truppen den ganzen Tag geneckt und inſultiet wurden. Gegen die aus den jenſeitigen Provinzen des Konigreiches eingetroffenen Truppen wurden unaufhörlich die gröbſten Schimpfreden ausgeſtoßen, an den aus Rheinländern beſtehender Jägeen dagegen alle möglichen Verführungskünſte verſucht; ſie wurden als Landsleute ſehr gelobt, und laut ward verſichert, daß ſie den Unruheſtiftern helfen würden, wenn es losginge. Auf ſolche Weiſe ließ ſich wohl ſchon Miteags vorausſehen, daß Abends ärgere Exeeſſe vorfallen würden. Die nächſte Veranlaſſung zu denſelben gab das unaufhörliche Schimpfen gegen das Militär und die erhabenſten Perſonen, endlich die gewohnte Widerſetzlichkeit des Neuſtädter Pöbels bei den nothwendig gewordenen Verhaftungen. Stets wollten die Umſtehenden die Arretirten wieder befreien; die Patrouillen ſahen ſich förmlich angegriffen, und wie wenn ein Signal gegeben worden wäre, brach der Tumult in allen Straßen auf einmal los. In weniger als einer halben Stunde waren indeſſen alle Straßen geleert und die Ruhe vollkommen hergeſtellt. Wohl mögen viele Perſonen derb abgebläut worden ſeyn; verwundet aber wurden haupeſächlich nur diejenigen, welche vor dem Rathhauſe einen Angriff auf Cheveaulegerspatrouillen machten, um Arreſtanten zu befreien. Dort trug ſich auch der vielfach erwähnte Vorfall mit dem Adjuncten Penner zu, welcher letztere unvorſichtiger Weiſe mit einem weißen Hute bedeckt (alſo nicht in Uniform) von der Stiege herab einem Bekannten, den er im Gedränge erblickte, zu Hülfe kommen wollte. Außer dem Handwerksgeſellen Kipp, welcher einer Schildwache das Gewehr nehmen wollte, iſt Niemand ums Leben gekommen, noch lebensgefährlich verwundet worden. Die in Hambach durch Flintenſchüſſe Verwundeten ſind außer Gefahr und auf dem Wege der Heilung. Die Zahl derjenigen, welche leichte Verletzungen erhielten, wird ſehr verſchieden von 30 bis 100 angegeben, da viele ihre Wunden veeheimlichen ſollen, um der Unterſuchung auszuweichen; ſo viel iſt indeſſen gewiß, daß bei weitem die meiſten bloß mit blauen Flecken davon kamen. Der größere Theil derjenigen Einwohner von Neuſtadt, welche im vorigen Jahre den Aufruf zum Hambacher-Feſte unterzeichneten, iſt abweſend. Zwei Hauptunruheſtifter entfernten ſich, nachdem ſie noch in der Nacht vom 27. auf den 28. eine Eſtaffette nach Straßburg abgeſendet haben ſollen, und ſind bis jetzt noch nicht zurückgekehrt. Seit dem 27. iſt in Neuſtadt alles vollkommen ruhig, man ſieht nach 10 Uhr Niemand mehr auf den Straßen; unter den exaltirteſten Liberalen herrſcht wohl noch Erbitterung über die erlittene Niederlage; dem größten Theile der Einwohner aber iſt es vollkommen recht, daß die Ruheſtörer eine derbe Lection bekommen haben, weil er nun hofft, ſo bald nicht wieder mit den Ausbrüchen ihrer Frechheit beläſtigt zu werden. Noch lauter äußern ſich in dieſer Beziehung die Landbewohner; ſie ſagen: den unruhigen Kopfen in Neuſtadt ſei vollkommen Recht geſchehen; ihr ewiger Unfug habe ein übles Licht auf den ganzen Kreis geworfen, und ſie würden endlich die Regieeung zu ſtrengen Maaßregeln genothigt haben, unter denen alle Gemeinden unſchuldig hätten mitleiden müſſen. — Die bekannteſten Umwälzungsmänner im ganzen Kreiſe hat ein paniſcher Schrecken ergriffen; ihre Koryphäen haben ſich großtentheils entfernt, und den Gutgeſinnten iſt der Muth gewachſen, ihre Geſinnungen laut auszuſprechen. Zu Zweibrücken haben ſich am 27. Abends einige der Gefangenen unruhig benommen, indem ſie auf die Straße rieſen, bis ſich mehrere Menſchen verſammelten, und gegen die Schildwache und das Militär, welches ſie an dieſer Ungebührlichkeit verhinderte, Schimpfreden ausſtießen; ſie verſuchten den zuſammengelaufenen Leuten mit Tücheen zu winken, indeß gingen letztere bei Ankunft der erſten Militärpatrouille auseinander, ohne wieder zum Vorſchein zu kommen, und die Ruhe iſt dort keinen Augenblick geſtört worden, eben ſo wenig fiel am 27. in irgend einer andern Gemeinde des Rheinkreiſes die geringſte Unordnung vor. — Alle dieſe Thatſachen ſcheinen uns einen neuen Beweis zu geben, wie ſchwach die Umwälzungspartei iſt, wenn ihr mit Ernſt und Strenge begegnet wird.“

Am 12. Juni war zu Wien der Mittelpreis der

Staatsſchuldverſchreibungen zu 5 pCt. in CM. 95 1/8;
detto detto zu 4 pCt. in CM. 86 5/8;
Darleh. mit Verlooſ. v. J. 1820, für 100 fl. in CM. ——;
detto detto v. J. 1821, für 100 fl. in CM. 135;
Wiener-Stadtbanco-Obligat. zu 2 1/2 pCt. in CM. 54;
Kurs auf Augsburg für 100 Gulden Curr., Gulden 98 1/4 Uſo. 2 Monat. — Conv. Münze pCt. ——;
Bankactien pr. Stück 1254 1/8 in CM.

Hauptredacteur: Joſeph Anton Edler von Pilat.
Verleger: Anton Strauß ſel. Witwe in der Dorotheergaſſe Nr. 1100.

Im Comptoir des öſterr. Beobachters iſt das fünfte Heft der öſterr. milit. Zeitſchrift 1833 erſchienen. Dieſes enthält folgende Aufſätze: I. Den Schluß der Biographie des k. k. Gen. der Kav. und Hofkriegsraths-Präſidenten Grafen von Frimont, Fürſten von Antrodocco. — II. Einige Betrachtungen über militäriſche Karten und Pläne. — III. Das Königreich Griechenland; eine topographiſch-ſtatiſtiſche Skizze. — IV. Die neueſten Militärveränderungen. — In dieſem Comptoir wird Pränumeration auf den Jahrgang 1833 dieſer Zeitſchrift mit 9 fl. 36 kr. C. M. angenommen.

Nro. 165

Oeſterreichiſcher Beobachter.

Freitag, den 14. Juni 1833.

Meteorologiſche Beobachtungen vom 12. Juni.	Zeit der Beobachtung.	Barometer auf 0° Reaumur reducirt. Pariſer Maß.	Wiener Maß.	Thermometer Reaumur.	Wind.		Witterung.
	8 Uhr Morg.	27.456	28Z. 2L. 7P.	+ 18.8	W.	mittel.	Wolken.
	3 Uhr Nachm.	27.409	28 2 0	+ 18.3	W.	——	——
	10 Uhr Abnds.	27.410	28 2 0	+ 12.0	W.	ſchwach.	Regen.

Großbritannien und Irland.

In der Sitzung des Unterhauſes vom 31. Mai berührte Lord Althorp im Verlauf ſeiner Rede jede einzelne von den Beſtimmungen, welche bei der Erneuerung des Freibriefes der Bank von der Regierung in Vorſchlag gebracht worden waren, und welche in dem (vorgeſtern mitgetheilten) Schreiben an die Generaldirectoren der Bank ausführlich erwähnt worden ſind. Am Schluſſe ſeines Vortrages bemerkte er, daß die Reſolutionen jetzt nur pro forma verleſen werden ſollten, indem er nicht gleich eine Entſcheidung vom Hauſe verlange, ſondern die nöthige Zeit zur reiflichen Erwägung des Gegenſtandes laſſen wolle. — Hr. Baring glaubte, daß der Plan der Miniſter den Landbanken ſehr nachtheilig ſeyn würde, und ganz darauf berechnet zu ſeyn ſchiene, ihre Noten durch die Noten der engliſchen Bank zu verdrängen. Er müſſe bedauern, daß die Regierung, nachdem ſie das Parlament Monate lang ohne große legislative Fragen gelaſſen habe, jetzt, beinahe am Ende der Seſſion, dieſe wichtige Frage vorbringe, welche nun nicht mehr in ihren vielſeitigen Beziehungen gehörig geprüft werden könne. — Hr. Baring bemerkte, daß die Bank früher für Ertheilung des Freibriefes Geld zu 3pCt. geliehen habe, während der Zinsfuß im Lande 5pCt. geweſen ſei; da dieſer letztere aber jetzt nur 3 à 2½ pCt. betrage, ſo wäre es billig geweſen, bei Bewilligung des neuen Freibriefes von der Bank zu verlangen, daß ſie den Zinsfuß für den Staat auf 1pCt. herabſetze. Er freue ſich übrigens, daß man keine Veränderung in dem allgemeinen Syſtem der Bank vorſchlage; — es ſei in der jetzigen Zeit etwas Seltenes, daß man eine alte Inſtitution nicht verändern wolle, wenn es auch eben nur die Luſt am Wechſel ſei. Alle Banken Europa's, mit Ausnahme der Hamburger Bank, hätten die Bank von England zum Muſter genommen; es ſpreche alſo eine große Erfahrung dafür, daß das Syſtem nicht verbeſſert werden könne. Er müſſe es tadeln, daß man in gewiſſen Terminen über die Geſchäfte der Bank öffentlich Bericht ablegen wolle; indem dieß die Directoren in ſchwierigen Zeiten zu allzu großer Aengſtlichkeit veranlaſſen werde. Wie alle Perſonen, die in großen Geſchäften verwickelt wären, ſo könne auch die Bank ſich zu Zeiten in der Lage befinden, daß die vorhandenen baaren Mittel ſich in einem großen Mißverhältniß zu den ausgegebenen Scheinen befänden; wobei aber Umſtände obwalten könnten, die ſich nicht gerade durch Zahlen ausdrücken ließen, welche aber vielleicht in der nächſten Woche oder in dem nächſten Monat das richtige Verhältniß wiederherſtellen müßten. Die Veröffentlichung der Bankabſchlüſſe zu ſolchen Zeiten könnten große und ganz grundloſe Beſorgniſſe im Publicum verbreiten. Er gäbe zu bedenken, ob man nicht wenigſtens, ſtatt, wie es im Plane der Regierung vorgeſchlagen werde, wöchentlich einen Abſchluß von der Bank zu verlangen, nur alle drei Monate einen ſolchen einfordern ſolle. Auch halte er es für zweckmäßig, daß die Banknoten nur in London und nur in Summen von wenigſtens 100 Pf. St. realiſirt zu werden brauchten, indem dieß hinlängliche Sicherheit gewähre, und zugleich den Umlauf der Noten befördern würde. — Hr. Grote erklärte ſich mit dem Plane der Regierung im Allgemeinen einverſtanden, nur wünſchte er, im Gegenſatz zu dem vorigen Redner, noch eine größere Oeffentlichkeit in Bezug auf die Geſchäfte der Bank, indem in der Publicität die größte Sicherheit für das Publicum läge. Hr. O'Connell fragte, ob die Beſtimmung, daß die Noten der Bank überall in Zahlung gegeben werden könnten, auch auf die irländiſche Bank ausgedehnt werden ſolle, und ob überhaupt die Frage wegen des Freibriefes für die irländiſche Bank noch in dieſer Seſſion vorkommen werde. Lord Althorp erwiederte, daß die heute eingereichten Vorſchläge ſich nur auf England und Wales, nicht aber auf Schottland und Irland bezögen. Der Freibrief der irländiſchen Bank laufe erſt im Jahre 1837 ab, und es ſei daher jetzt noch nicht die Abſicht der Regierung, ſich mit dieſem Gegenſtand zu beſchäftigen. — Hr. Hume erklärte den Plan der Regierung für ſchlecht, weil er ſich nach wie vor auf ein Monopol gründe. Er ſehe nicht ein, warum man das Bankgeſchäft nicht wie jedes andere Geſchäft der freien Concurrenz überlaſſen wolle. Die Beſtimmung, daß die engliſchen Banknoten überall in Zahlung gegeben werden konnten, halte er für beſonders gefährlich, und beinahe der Einführung einer Papiervaluta für gleichbedeutend; denn nun brauche ſich keine

Digitized by Google

der Landbanken mehr mit Gold zu verſehen, und wenn einmal ein Rennen nach Metall entſtünde, ſo würde Alles auf die Bank von England einſtürmen. — Der Oberſt Torrens bezeigte ſich ebenfalls mit dem Plane der Regierung unzufrieden, indem eigentlich keine von den Gefahren, welche ſich an das jetzige Bankſyſtem knüpften, hinweggeräumt wären. Er erinnerte wieder an die Kriſis vom Jahre 1826 und meinte, es ſei nichts geſchehen, um der möglichen Wiederkehr einer ſolchen Calamität vorzubeugen. Die ſicherſte und beſte Einrichtung würde, ſeiner Anſicht nach, die Errichtung einer Regierungsbank ſeyn, und es thue ihm leid, daß nicht ein Vorſchlag der Art gemacht worden ſei. — Nach kurzen Bemerkungen einiger Mitglieder wurde auf Antrag des Lords Althorp die fernere Debatte über die Reſolutionen bis auf Montag über acht Tage verſchoben. — Das Haus ſetzte hierauf im Ausſchuſſe die Berathungen über die Vorſchläge in Bezug auf die weſtindiſchen Colonien fort, von der aber die Berichterſtatter wegen des durch die ſchon ungeduldigen Mitglieder verurſachten Geräuſches nicht viel vernehmen konnten. Hr. Buckingham ſprach ſich gegen den Plan der Miniſter aus, und ſchlug als Amendement vor: 1) daß jeder Sclave auf den brittiſchen Beſitzungen ein unbeſtreitbares Recht auf unverzügliche und unbedingte Emancipation habe; 2) daß vom 21. Auguſt 1834, dem Geburtstage Sr. Majeſtät an, die Sclaverei in jedem Theile des brittiſchen Reiches aufhören ſolle; 3) daß der den Pflanzern aus dieſer Maaßregel erwachſende Verluſt feſtgeſtellt, und die Mittel zu einer angemeſſenen Entſchädigung aufgeſucht werden ſollten; und 4) daß auf eine zweckmäßige Weiſe für die Unterrichts- und Bildungsanſtalten in den Colonien geſorgt werden ſolle. — Der Oberſt Davies ſagte, er ſei ein Anhänger der unverzüglichen Abſchaffung der Sclaverei; aber er könne ſich die Gefahr nicht verhehlen, welche die übereilte Annahme der Vorſchläge des Hrn. Buckingham mit ſich bringen würde. Das Blutvergießen und Elend, welches aus den übereilten Maaßregeln des franzöſiſchen Nationalconvents in Bezug auf St. Domingo hervorgegangen ſei, müſſe auch bei dieſer Gelegenheit als warnendes Beiſpiel vorſchweben. Er wolle damit nicht geſagt haben, daß er den Plan der Miniſter in allen ſeinen Theilen billige, im Gegentheil gedenke er zur gehörigen Zeit weſentliche Veränderungen in Vorſchlag zu bringen. Auf den Antrag des Hrn. O'Connell wurde die Debatte bis Montag (den 3. Juni) vertagt.

Hr. Littleton, der neue Staatsſecretär für Irland, ſcheint ſeiner Wiedererwählung in der Grafſchaft Stafford ſehr unſicher zu ſeyn. Lord Ingeſtrie tritt, als Repräſentant des Toryintereſſes, gegen ihn auf, und da derſelbe ſehr liberale Grundſätze an den Tag gelegt hat, ſo glaubt man, daß ihm viele von den Radicalen und von der gemäßigteren Partei ihre Stimme geben werden. Lord Ingeſtrie hat eine bedeutende Familie und übt dadurch in der Grafſchaft Stafford bedeutenden Einfluß aus.

Im Guardian vom 3. Juni heißt es: „Die öffentliche Aufmerkſamkeit iſt auf die für die heutige Sitzung anberaumte Motion des Herzogs von Wellington in Hinſicht des Beiſtandes, welcher erwieſenermaaßen, wie aus vielen Berichten von verſchiedenen Seehäfen erhellt, von England aus der Sache Dom Pedro's geleiſtet worden iſt und fortwährend geleiſtet wird, ungemein geſpannt. Daß dieſe unredlichen und geſetzwidrigen Mittel, ihn zu unterſtützen, ihren Zweck und ihre beabſichtigte Wirkung durchaus verfehlt haben, wird aus nachſtehenden neueſten Nachrichten aus Oporto, welche um zwei Tage weiter als unſere früheren Mittheilungen reichen, zur Genüge erhellen. Dieſelben ſind aus der zweiten Ausgabe des am Sonnabend (1. Juni) erſchienenen Falmouth-Packets entlehnt: „„So eben iſt das Packetboot Jane von Oporto hier angelangt, von wo es am 22. Mai abgegangen war. Ein an Bord deſſelben hier angekommener Offizier hat die Nachricht überbracht, daß die aus drei Fregatten, einem Brigg und einer Brigantine beſtehende Escadre des Admirals Sartorius damals zu Oporto vor Anker lag. Bei ſeiner Ankunft ward die Flagge Dona Maria's von dem königl. großbritanniſchen Kriegsſchiffe Conway ſalutirt. Zu Oporto hieß es, daß die Escadre Dom Miguels am 21. Mai in See ſtechen werde, in welchem Falle wir bald von einem zwiſchen beiden Escadren vorgefallenen Treffen hören dürften. Vor Oporto lagen gegen 40 Kauffahrer, konnten aber wegen der ſtrengen Blockade, welche von den im Beſitz Dom Miguels befindlichen, am Eingang in den Douro gelegenen Forts gehandhabt wird, nicht den Fluß hinaufſegeln, weil die Batterien dieſer Forts vortrefflich placirt und bedient ſind; ſie konnten daher einen Theil der mitgebrachten Proviantvorräthe und anderer Güter nur mit größter Schwierigkeit zur Nachtzeit ans Land ſetzen. — In Betreff der Landoperationen erfährt man durch gedachten Offizier, daß der Marſchall Solignac die Errichtung einer neuen Linie von Verſchanzungen längs der Nordſeite des Douro angeordnet hatte, welcher Umſtand wenig Wahrſcheinlichkeit darbietet, daß er eine Bewegung vorwärts zu machen gedenkt oder zu machen im Stande iſt. Die von den Truppen Dom Miguels beſetzten Poſitionen ſind auch in der That ſo vortrefflich und wohlgewählt, und ihre Batterien ſo wohlbedient, daß Solignac mit ſeinem dermaligen Truppenbeſtande es ſich gar nicht beikommen laſſen kann, an einen Angriff gegen die feindlichen Linien zu denken. Zum Schutze Oporto's auf den Fall, daß der Verſuch eines Marſches nach Liſſabon unternommen würde, wären 10,000 Mann erforderlich; der Ueberreſt der Pedriſtiſchen Armee würde demnach von Dom Miguels Truppen ohne viele Mühe zu Paaren getrieben werden, denn dieſe ſind im Vergleich zu jenen in beſſerer Disciplin und Stimmung, während Dom Pedro's Häuflein mißvergnügt und demoraliſirt iſt und jede Gelegenheit, Reißaus zu nehmen, ergreift. Zudem herrſcht unter der höheren Claſſe dieſer Truppen ein Geiſt der Intrigue, indem jeder davon der Hahn im Korbe zu

Digitized by Google

ſeyn wünſcht. Eine gewiſſe Partei hatte ſogar beabſichtigt, die dreifarbige Fahne aufzupflanzen und eine Republik zu proclamiren; dieſer Anſchlag wurde jedoch durch die Beſchlagnahme der Papiere der Verſchwornen vereitelt. Mit den Lebensmitteln war es ſehr kärglich beſtellt, dieſelben daher ſehr theuer; die Truppen waren auf Faſttagsrationen, d. h. auf das Viertel, geſetzt, und um dieſem roſenfarbenen Zuſtand der Dinge die Krone aufzuſetzen, ſpielte Dom Pedro, wie es heißt, den Sultan im beſten Style, während die armen geplagten Einwohner von Oporto ſich vor Mangel und Krankheit nicht zu retten wußten. Die Communication mit Vigo war gegen Dom Pedro vollkommen geſperrt, indem keinem Menſchen, der in der mindeſten Verbindung mit ihm ſteht, erlaubt wird, weder zu Lande noch zur See in die Stadt zu kommen."

Consols am 3. Juni 90⅞. ¼.

Rußland.

Nach St. Petersburger Blättern war Se. Majeſtät der Kaiſer am 27. Mai von St. Petersburg nach der Feſtung Bobruysk, im Gouvernement Minsk, abgereiſt.

In Folge eines Ukaſes ſoll künftig in der griechiſch-unirten Kirche das Patronatsrecht, wornach die Beſetzung der Pfarrſtellen von dem Gutachten des Kirchenpatrons abhing, aufhören, und die Ernennung der Geiſtlichen bei griechiſch-unirten Gemeinden in der Folge nur von ihrer geiſtlichen Obrigkeit abhängen, die mit den Generalgouverneuren darüber Rückſprache zu nehmen hat, wie es bereits bei den Gemeinden in den Beſitzungen der Krone Statt findet. Das Patronatsrecht hatte früher in der griechiſchen Kirche gar nicht beſtanden und ſich nur durch Gewohnheit eingeſchlichen; Se. Majeſtät fanden es dem Geiſte dieſer Kirche, der Beſtimmung der Geiſtlichen und den Vortheilen der Gemeinden um ſo weniger entſprechend, als es oft von Perſonen ausgeübt wurde, die nicht zur griechiſchen, ſondern zu einer andern chriſtlichen Kirche gehörten.

Frankreich.

Der Moniteur vom 5. Juni enthält folgenden Artikel: „Der König hatte nach dem Ableben des Generals Daumesnil (Gouverneurs von Vincennes) der Witwe deſſelben die Summe von 6000 Fr. aus ſeiner Schatulle überreichen laſſen. Da nun die Deputirtenkammer, obſchon ſie aus legalen Rückſichten die ihr zu Gunſten der Witwen der Generäle Decaen und Daumesnil gemachten Vorſchläge beſeitigen zu müſſen geglaubt hat, dabei ihre Sympathie für das Andenken dieſer Tapfern zu erkennen gab, ſo hat der König beſchloſſen, daß jeder von gedachten Generalswitwen die Summe von 4500 Fr. aus ſeiner Privatſchatulle verabreicht werden ſolle."

Ferner heißt es im Moniteur vom obgedachten Tage: „Einige Aeußerungen über das Fechten von Fechtmeiſtern, die zu Corps gehören, welche in der Militärſchule einquartirt ſind, hatten ein Duell veranlaßt. Soldaten dieſer Corps, welche ſich am 3. Juni zuſammen in einer Schenke außerhalb der Barriere der Militärſchule befanden, und ſich über dieſes Duell, ſo wie über die Veranlaſſung deſſelben unterhielten, geriethen darüber in Wortwechſel, der durch den Wein, welchem dieſelben etwas zu ſtark zugeſprochen hatten, noch lebhafter ward. Es entſpann ſich eine Rauferei, woran alsbald noch andere Soldaten, die in der Nähe umherſpazierten, Theil nahmen. Da die Zahl derſelben nach und nach anwuchs, ſo mußte ſich die Wache ins Mittel ſchlagen, um die Streitenden auseinander und nach Hauſe zu bringen. Der Kriegsminiſter ſandte auf die Kunde von dieſem Vorfalle ſogleich einen ſeiner Adjutanten und den General Darriule an Ort und Stelle ab, um Nachricht über das Vorgefallene einzuholen. Dieſelbe ward ihm noch an demſelben Abende abgeſtattet und lautete dahin, daß, nachdem die Benebelten wieder zu Verſtande gekommen, die Ordnung ohne Mühe wieder hergeſtellt worden ſei, und daß alle Offiziere der verſchiedenen Corps ihre Schuldigkeit gethan hätten. Um jedoch zu verhindern, daß ein ſo geringfügiger Umſtand zu neuen Erörterungen unter den Soldaten Anlaß geben möchte, hat der Miniſter befohlen, daß die in der Militärſchule kaſernirten Regimenter ausquartirt werden ſollen. Dieſer Befehl wird jetzt vollzogen. — Wir haben die Gewißheit, daß der Politik dieſe Balgerei fremd war, und ſelbe lediglich durch einen Rivalitätsſtreit über das Fechten veranlaßt worden iſt."

Die Pairskammer hörte am 4. Juni den Bericht des Grafen Roy über das Tilgungsgeſetz. Unter mehreren Petitionen kamen ſolche vor, welche die Aufhebung des Belagerungszuſtandes im Weſten und die Befreiung der Herzoginn von Berry verlangten. Hr. Mounier erſtattete Commiſſionsbericht über den Vorſchlag zu einer Reviſion des Reglements der Kammer.

Die Deputirtenkammer hatte bekanntlich ſchon am 31. Mai lebhaft über die Frage verhandelt, ob die zur Vereinigung des Louvre mit den Tuilerien geforderten 18 Millionen bewilligt werden ſollten. Die Commiſſion ſchlug zu dieſem Zwecke vor, das bisherige Bibliothekgebäude in der Rue Richelieu als baufällig zu demoliren, und die große Bibliothek in die Verbindungsgänge des Louvre und der Tuilerien zu bringen, ſo daß im Louvre die meiſten der geiſtigen Schätze Frankreichs vereinigt wären. Hr. Thiers vertheidigte dieſen Plan, und hob beſonders hervor, daß damit ein großartiger Gedanke Napoleons realiſirt würde. Indeſſen ward dieſer Plan vielſeitig als unzweckmäßig angegriffen, da die Bibliothek nicht ſo ſchadhaft ſei ꝛc. Die Oppoſition bekämpfte überdieß die Verwilligung als ungeſetzlich, weil das Bauweſen der Civilliſte überlaſſen werden ſolle, ſo daß die Civilliſte indirect eine Vermehrung erhielte; zudem habe man nicht einmal die gehörige Garantie, ob die Admini-

Digitized by Google

ſtration der Civilliſte den Bau vollenden werde, denn dieſe Verwaltung ſei nicht verantwortlich. Hr. Thiers erklärte, das Geſetz enthalte einen förmlichen Vertrag. Hr. Baude fragte, ob dieſer Vertrag auch für eine künftige Regierung bindend ſei. Der Miniſter bejahte dieß feierlich; es handle ſich dabei von keiner Schuld des Königs, ſondern von einer Verpflichtung gegen den Staat. Indeſſen ging die Kammer am 31. Mai auseinander, ohne über dieſen Artikel einen Beſchluß gefaßt zu haben. — Während dieſer Zeit bemächtigten ſich alle Journale dieſer Frage, und ſelbſt das Journal des Debats deückte den Wunſch aus, daß das Hotel in der Rue Richelieu nicht eher verkauft und abgebrochen werden möchte, als bis die Civilliſte die Verbindungsgalleeie gebaut haben werde.— Am 3. Juni kam nun der Artikel in der Kammer aufs Neue zur Diseuſſion. Hr. Arago ſprach entſchieden für Beibehaltung der bisherigen Bibliothek, die noch wenigſtens 30 Jahre dauern könne. Hr. Baude machte darauf aufmerkſam, daß nach einem Artikel des Geſetzes der Civilliſte die Krone Eigenthümerinn der Biblicthek würde, die jetzt Nationaleigenthum iſt. Die Commiſſion verſtand ſich zu einem Amendement, wodurch dem Staate das Eigenthumsrecht der Bibliothek gewahrt bliebe. Hr. Jouſſelin dagegen ſchlug, von Hrn. Baude unterſtützt, vor, die ganze Entſcheidung zu ſuspendiren, bis ſpäter durch ein ſpecielles Geſetz rückſichtlich der Bibliothek verfügt werde. Die Oppeſition veelangte das Serutin über dieſes Amendement, das dann mit 162 gegen 150 Stimmen angenommen wurde, ſo daß die Art. 2 bis 6 des vorliegenden Geſetzentwurfes vorerſt beſeitigt blieben. Die äußeeſte Linke und Rechte gab lebhafte Zeichen der Zufriedenheit mit dieſer Entſcheidung. Hr. Barthe hatte ſich das Reſultat der Stimmen von den Seeretären dictiren laſſen und verließ den Saal, noch ehe der Präſident das Serutin veekündigte. — Der Art. 7 eröffnet dem Miniſterium einen Credit von 44 Millionen zur Vollendung von Canälen. Dieſe Summe wurde nach kurzer Diseuſſion bewilligt.

Das aus 4 Feegatten, 2 Corvetten und 1 Brigg beſtehende franzöſiſche Geſchwader hat am 1. Juni die Dünen verlaſſen, um nach Cherbourg zurückzukehren.

Am 4. Juni 5Pereents Fin Courant geſchloſſen zu 104 Fr. 25. 3Perrents Fin Coueant geſchloſſen zu 80 Fr. 30. — Am 5. Juni 1¼ Uhr Nachmittags 5Percents 104 Fr. 3Pereents 80 Fr. 35.

Königreich Sardinien.

Der König hat dem Brigadier Viale, Befehlshaber der königl. Carabiniees in Garavano, zur Belohnung des Muthes, mit welchem derſelbe, nur von zwei Carabiniers begleitet, die Aufrührer in dem Städtchen Mentone angriff und den Rädelsführer derſelben mit eigener Hand tödtete, die ſilberne ſavoyiſche Medaille verliehen.

Dir Gazzetta Piemonteſe vom 25. Mai enthält Folgendes: „Da Se. Majeſtät der König es für angemeſſen erachtet haben, die Infanterie des ſtehenden Heeres zu verſtäeken, ſo können wir nicht genug auf die väterliche Sorgfalt aufmerkſam machen, womit der gütige Fürſt alle Bedüeſniſſe ſeines Königreiches berückſichtigt und für dieſelben auf die für ſeine geliebten Unterthanen am Wenigſten läſtige Weiſe geſorgt hat. Die wichtigen Beweggründe zu dieſem allerhöchſten Beſchluſſe ſind in einem Rundſchreiben ausgeſprochen, welches der erſte Secretär des Krieges und der Marine durch Vermittlung der Commandeure der Provinzen an die ſtädtiſchen und Dorfbehörden gerichtet hat. In dem erſten Theile dieſes Rundſchreibens heißt es: „„Jedermann weiß, daß, obgleich ganz Europa unter Waffen ſteht und ungeachtet der gefährlichen Lage der dießſeitigen Staaten, das väteeliche Herz des Königs im veefloſſenen Jahre den ackerbauenden und gewerbtreibenden Familien die Arme ihrer Söhne wiedergeben wollte, indem er das Heer auf die engſten Gränzen der für den Friedensfuß unumgänglich nothwendigen Stärke beſchränkte. Jedermann weiß, wie der König die Organiſation des Heeres in ein, den Bedürfniſſen des Gewerbfleißes und Ackerbanes angemeſſenes, Syſtem brachte; Alle wiſſen, und die Armee weiß es am beſten, daß der erhabene Souverain dieß in dem feſten Vertrauen wagte, daß ſeine Soldaten anf ſeinen Ruf, ſobald ihr trenes Herz ihn vernommen, ſofort unter die königlichen Fahnen eilen würden. Da gebieteeiſche Staatsgründe es jetzt nothwendig machen, daß die Stärke der verſchiedenen Infanterieeorps ſchnell etwas erhöht werde, ſo hat der vorſorgliche Fürſt in ſeiner Weisheit den Aufruf vor der Hand auf die zum ſechsten und ſiebenten Contingente gehörigen, gegenwärtig in ihren Wohnſitzen befindlichen Individuen beſchränken wollen; der Gehorſam muß bei den Aufgerufenen ſchnell und augenblicklich ſeyn. Der König erwartet dieß mehr als Vater, welchem es angenehm iſt, von ſeinen Kindern ſein Vertrauen in ſie erwiedert zu ſehen, denn als Souverain, welcher befiehlt. Die Nachbarmächte betrachten es als den Peobierſtein des piemonteſiſchen Militärſyſtems. Sollte es unter dieſen Umſtänden noch Jemand unter uns geben, der ſich unfolgſam und ſchlaff in ſeiner Pflichterfüllung zeigte? Ich glaube es nicht. Der Soldat wird der Welt ſeine Treue und Ergebenheit gegen den Thron beweiſen und dem guten Könige zeigen, daß dieſer ihn in Zeiten der Ruhe unbeſorgt der Familie wiedergeben und gewiß ſeyn kann, daß er ſchnell wie der Blitz ſich unter die Fahnen ſtellen wird, wenn der König ihn ruft.““

Einer königlichen Verordnung vom 20. Mai zufolge, ſoll aus Anlaß der vielen für Staat und Religion gefährlichen Schriften, welche in neuerer Zeit in den dießſeitigen Staaten in Umlauf geſetzt woeden, die heimliche Einführung aller den Peineipien der Religion, der Moral und der Monarchie zuwiderlaufenden Bücher, Journale, Schriften und Zeichnungen, mit ein- bis dreijähriger Gefängniß- und der Kettenſtrafe geahndet werden, die bis zu

Digitized by Google

ünfjähriger Galeerenſtrafe geſchärft werden kann, wenn aus der Menge der eingeführten Exemplare oder aus andern Umſtänden hervorgeht, daß ſie eingeführt worden, um verbreitet zu werden. Wer dergleichen Bücher oder Schriften mit der Poſt oder auf andern Wegen, wenn auch ohne ſein Mitwiſſen, empfängt, muß dieſelben bei Vermeidung zweijährigen Gefängniſſes der Behörde überliefern. Die außerdem für die Einführer und Verbreiter ſchon feſtſtehende Geldſtrafe von 100 Scudi ſoll zur Hälfte denen zufallen, welche Contraventionsfälle bei der Brhördr angeben.

Preußrn.

Dir Preußiſche Staatszeitung vom 9. d. M. enthält folgenden Artikel: „Nachdem allerhöchſten Orts die Errichtung einer Telegraphenlinie von Berlin über Magdeburg, Hörter, Köln nach Koblenz beſchloſſen und eine beſondere Commiſſion mit der obeeen Leitung dieſer Angelegenheit beaufteage wurde, iſt die Linie zwiſchen Berlin und Magdeburg nunmehr dergeſtalt vollendet, daß ſchon ſeit einiger Zeit zwiſchen beiden Städten auf dieſem Wege correſpondirt worden iſt, um die bei den Telegraphen angeſtellten Beamten in dem Gebrauche derſelben zu üben. Die Zahl der einzelnen Stationen bis Magdeburg beläuft ſich auf 14, im Ganzen aber werden etwa 60 Stationen angelegt werden. Der Major O'Etzel vom großen Generalſtabe iſt nämlich jetzt damit beauftragt, zwiſchen Magdeburg und Koblenz die zur Aufſtellung der Telegraphen geeignetſten Punetr zu ermitteln, und in dem Maaße, als dieſe gefunden worden, ſoll ſofort mit der Anlage der Telegraphen vorgeſchritten werden. Zur Bedienung derſelben wird auf jeder Seation ein Ober- und ein Untertelegraphiſt, und auf ſolchen Stationen, auf welchen Depeſchen abgegeben werden, noch ein Bote angeſtellt, dir Bereiſung und Beaufſichtigung von je 10 bis 12 Stationen aber einem Inſpector übertragen, und das Ganze unter Leitung eines Directors geſtellt. Sämmtliche bei dieſem neuen Staatsinſtitute anzuſtellende Beamte ſollen übrigens der allerhöchſten Intention gemäß aus der Zahl der verſorgungsberechtigeen Militärs gewählt werden. Was die Conſtruction der Telegraphen ſelbſt beteifft, ſo iſt dieſelbe nach dem Vorbildr der Watſonſchen ſechsarmigen Semaphoren-Telegraphen, wegen der weſentlichen Vorzüge, welchr deren vervielfachte Combinationen gewähren, ausgeführt worden.“

Unterm 23. Mai hat der commandirrnde General in den Rheinprovinzen, Hr. von Borſtell, folgende Bekanntmachung erlaſſen: „Es ſind neuerdings wieder Fälle vorgekommen, wo ſich Soldaten durch Ucbeeredungen fremder Emiſſäre und anderer gewiſſenloſer Menſchen in ihrer Treur gegen König und Vaterland haben wankend machen und zur Deſertion nach den weſtlichen Nachbarſtaaten haben verleiten laſſen. Es muß wohl jedem und ſelbſt dem ſchon verdorbenen Gemüthe einleuchten, daß ſich der Soldat durch dieſe meineidige Handlung nicht allein für immer ſeine innere Zufriedenheit raubt, ſondern auch für ſein ganzes Leben unglücklich macht. Diejenigen Menſchen, welche das mit Schandr beladene Gewerbr der Falſchwerberri treiben, ſind ſtets bezahlte Werkzeuge fremder revolutionnärer Schwärmer, deren verderbliche Grundſätze man jetzt ſchon ſeit beinahr drei Jahren hinlänglich zu würdigen Veranlaſſung gehabt hat; ſie ſind nicht im Stande, ihre Verſprechungen zu erfüllen, weil die Grundſätze, die in unſern Nachbarſtaaten beſtehen, keineswegs mit den Ideen dieſer Schwärmer übereinſtimmen, und der bethörte und betrogene Soldat hat alſo ſtatt einer guten Aufnahme, die ihm vorgeſpiegelt wird, ganz gewiß nichts weiter, wie ein mit Hunger und Mangel verbundenes vagabundirendes und armſeliges Leben oder gar den Transport nach Algier zu erwarten, wie ſolches die Unterſuchungsacten von zurückgekehrten Deſrrteurs ausweiſen. Mehrere ſolcher Verführten haben es vorgezogen, freiwillig zurückzukehren, und ſich der geſetzlichen Strafe lieber zu unterwerfen, als ein ſo elendes, mit Schande und Noth belaſtetes Leben im Auslande fortzuführen. Statt deſſen hat der treugeſinnte preußiſche Soldat bei der humanſten Behandlung nach Ablöſung ſeiner im Vergleiche mit andern Staaten nur kurzen dreijährigen Dienſtzeit die Entlaſſung in ſeine Heimath ſicher zu gewärtigen. Um den verbrecheriſchen Umtrieben der fremden Emiſſäre Schranken zu ſetzen und ſie ihrer wohlverdienten Strafe zu überliefern, dadurch aber auch zugleich von ſchwachen und ununterrichteten Leuten Unglück abzuwenden, wäre es ſehr zu wünſchen, wenn ſolche bösſinnige Verführer auf friſcher That ertappt und zur perſönlichen Hafe gebracht werden könnten. Es ergeht daher an die Offiziere und Soldaten, beſonders aber auch an die im Lande zerſtreut wohnenden Offiziere, Bezirksfeldwebel der Landwehr und ſämmtliche Landwrhrmänner die Aufforderung, auf dergleichen Emiſſäre ein ſcharfes Augenmerk zu richten und beſonders diejenigen, die es ſich zum Geſchäft machen, an Soldaten revolutionnäre Schriften auszutheilen oder ſie zum Treubruchr zu verführen, auf der Stelle ohne weiteres zur Haft zu bringen, und ſie den Gerichten zu überliefern. Außer dem lohnenden Bewußtſeyn, ſeine Pflicht erfülle zu haben, würde jeder Soldat oder Landeseinwohner, der ſich durch eine ſolche Anzeige oder Arretirung ein Verdienſt erwürbe, ſich auch noch eines Anſpruches auf angemeſſen reichliche Belohnung werth machrn.“

Am 6. Abends gegen 10 Uhr brach zu Berlin im ſogenannten chineſiſchen Saale des Elyſiums im Thiergarten Feuer aus. Die Flamme verbreitete ſich ſchnell über die ganze Draperie des Saales und ergriff das nebenſtehende Hauptgebäude des Etabliſſements mit dem freundlichen Winterſaale. Beide Gebäude wueden durch das Feuer gänzlich zerſtört; auch die dicht dabei gelegene große Eſtrade, von welcher aus das Publieum noch kurz zuvor einem ſchönen Waſſerfeuerweek zugeſehen hatte, wurdr ein Raub der Flammen. Der Beſitzer des Etabliſſe-

ments iſt um ſo mehr zu beklagen, als er außer jenem Schaden noch einen ſehr bedeutenden Verluſt durch die Vernichtung ſeines geſammten, zur Betreibung der Reſtauration vorhanden geweſenen Porzellans, Silber- und Tiſchzeuges ꝛc. erlitten hat, während die bevorſtehende ſchöne Jahreszeit ihm einen zahlreichen Beſuch der Bewohner der Hauptſtadt und einigen Erſatz für den verfloſſenen Winter verſprach.

Niederlande.

Nachdem der Miniſter der auswärtigen Angelegenheiten die den beiden Kammern der Generalſtaaten am 1. d. M. gemachte Mittheilung (vergl. unſer geſtriges Blatt) beendigt hatte, dankte der Präſident der zweiten Kammer dem Miniſter im Namen der anweſenden Mitglieder für dieſe wichtige Mittheilung, und bat ihn, Sr. Majeſtät dem König den Dank der Kammer dafür auszudrücken. „Möge auf dieſe Präliminar-Convention (fügte er hinzu) bald ein definitiver Tractat folgen, welcher das Ziel aller unſerer Wünſche iſt; mögen der König und die Nation darin den Lohn der Ausdauer, welche ſie bis auf dieſen Tag entwickelt haben, und der zahlreichen für die Vertheidigung des Vaterlandes gebrachten Opfer finden; möge der hier anweſende Staatsmann ſolchergeſtalt ſeinen unermüdeten Anſtrengungen das Siegel der Befeſtigung aufdrücken, und mit allen denen, die ihn bei ſeinen wichtigen Arbeiten für das allgemeine Wohl beigeſtanden haben, die Dankbarkeit der Zeitgenoſſen und der Nachwelt theilen."

Belgien.

Der Herzog von Orleans iſt am 3. Juni in Brüſſel eingetroffen.

Die neu erwählte Repräſentantenkammer ſollte ſich am 6. d. M. zum erſten Male verſammeln. Unter den nicht wiedergewählten Mitgliedern bemerkt man die HH. Lehon, d'Elhougne, Julien, Pirmez, von Robaulx, Mary, Deleeuw, Jaminé und von Tiecken.

Der Moniteur Belge zeigt an, daß der König am Freitag den 7. d. M. die Kammern in Perſon eröffnen werde.

In Gent hat ſich die Grippe nun ebenfalls gezeigt; es ſind viele Einwohner jener Stadt zu gleicher Zeit davon befallen worden. — In Brüſſel mußte am 1. Juni, wegen Unpäßlichkeit vieler Mitglieder, das Theater geſchloſſen werden.

Antwerpener Blätter vom 1. Juni melden: „Das Schiff Antonius, welches von Oſtende zu Vließingen angekommen war, iſt, wie man ſagt, vorgeſtern dort nicht zugelaſſen worden, weil der Befehl, die belgiſchen Schiffe die Schelde hinauffahren zu laſſen, dem Admiral Gobius noch nicht zugekommen war. Das Schiff iſt nach Oſtende zurückgekehrt, wo es die Eröffnung der Schelde abwarten wird. Mehrere belgiſche und franzöſiſche Schiffe ſchicken ſich an, von Oſtende nach Antwerpen abzuſegeln. Die amerikaniſche Barke Avo, aus der Havannah kommend und an die Gebrüder Nottebohm adreſſirt, und drei andere Schiffe ſind im Angeſichte des Hafens."

Wien, den 13. Juni.

Se. k. k. apoſtol. Majeſtät haben den dermaligen k. k. Generalmajor und Ritter des militäriſchen Maria-Thereſia-Ordens Anton von Puchner, mittelſt des bei der k. k. vereinigten Hofkanzlei ausgefertigten, allerhöchſteigenhändig unterzeichneten Diploms, den Ordensſtatuten gemäß, in den Freiherrnſtand des öſterreichiſchen Kaiſerſtaates allergnädigſt zu erheben geruht.

Am 13. Juni war zu Wien der Mittelpreis der

Staatsſchuldverſchreibungen zu 5 pCt. in CM.	$95\frac{7}{8}$;
detto detto zu 4 pCt. in CM.	—;
Darleh. mit Verlooſ. v. J. 1820, für 100 fl. in CM.	—;
detto detto v. J. 1821, für 100 fl. in CM.	$135\frac{3}{4}$;
Wiener-Stadtbanco-Obligat. zu $2\frac{1}{2}$ pCt. in CM.	—;

Conv. Münze pCt. ——;

Bankactien pr. Stück —— in CM.

Von den Notizen über Production, Kunſt, Fabriken und Gewerbe, herausgegeben durch das Ausſtellungsbureau aller Natur-, Kunſt- und Gewerbsproducte des öſterreichiſchen Kaiſerſtaates, ſind die vierzehnte, funfzehnte, ſechzehnte, achtzehnte und neunzehnte Lieferung erſchienen, die im Ausſtellungsbureau, große Schulerſtraße Nr. 824, und in der Carl Geroldſchen Buchhandlung am Stephansplatze zu haben ſind. Dieſe Notizenblätter ſind allen Claſſen von Leſern zu empfehlen, ſowohl ihres mannigfaltigen, gediegenen und lehrreichen Inhaltes wegen, als auch in Hinſicht der Wahl und talentvollen Bearbeitung des Stoffes. Pränumeration auf dieſe Blätter, die ſich gewiß bald einer ſehr großen Ausbreitung erfreuen werden, wird an beiden oben genannten Orten angenommen.

Von der periodiſchen Schrift „Mittheilungen aus Wien" (herausgegeben und redigirt vom herzogl. Anhalt-Bernburgſchen Rathe Fr. Pietznigg), welche ſchon durch die vaterländiſchen Gegenſtände empfehlenswürdiges Intereſſe hat, iſt in der F. Beckſchen Univerſitätsbuchhandlung nun eben ein neues Heft erſchienen. Da der Herausgeber zur regelmäßigen Fortſetzung die höhere Genehmigung erhalten hat, ſo beginnt mit dieſem erſten Hefte eine neue Folge. Von zwei zu zwei Monaten wird zuverläſſig Ein ſolches Heft erſcheinen, und ſomit der laufende Jahrgang 1833 im Ganzen aus vier Heften beſtehen. — Unter den mancherlei intereſſanten Gegenſtänden findet ſich in dieſem Hefte auch eine ausführliche Beurtheilung der Gemälde-Ausſtellung des Kunſtvereines für 1833 im fürſtl. Schwarzenbergiſchen Gartenpallaſte.

Hauptredacteur: Joſeph Anton Edler von Pilat.
Verleger: Anton Strauß ſel. Witwe in der Dorotheergaſſe Nr. 1108.

Digitized by Google

Nro. 166

Oeſterreichiſcher Beobachter

Sonnabend, den 15. Juni 1833.

W ZEITUNG 183

Meteorologiſche Beobachtungen vom 13. Juni.	Zeit der Beobachtung	Barometer auf 0° Reaumur reducirt. Pariſer Maß.	Wiener Maß.	Thermometer Reaumur.	Wind.		Witterung.
	8 Uhr Morg.	27.437	28 Z. 2 L. 4 P.	+ 13.3	WNW.	ſchwach.	trüb.
	3 Uhr Nachm.	27.399	28 1 10	+ 17.5	W.	—	Wolken.
	10 Uhr Abnds.	27.352	28 1 4	+ 14.0	W.	—	trüb.

Großbritannien und Irland.

In der Sitzung des Oberhauſes vom 3. Juni machte der Herzog von Wellington, der früheren Anzeige gemäß, ſeinen Antrag auf eine Adreſſe an den König, worin geſagt werden ſolle, daß Se. Majeſtät geruhen möchten, ſolche Befehle zu ertheilen, als nothwendig erſcheinen möchten, um die brittiſchen Unterthanen zur ſtrengeren Beobachtung der von Sr. Majeſtät in Bezug auf den in Portugal obſchwebenden Streit erklärten Neutralität anzuhalten. Zur Begründung dieſes Antrages bemerkte der Herzog, daß, wenn er gar wohl wiſſe, daß die Aufmerkſamkeit des Landes jetzt mit Recht durch die Lage der inneren Angelegenheiten gefeſſelt ſei, dennoch die innige Verbindung zwiſchen England und Portugal ihn rechtfertige, wenn er die Blicke auf das Benehmen gegen dieſes Land zu lenken verſuche. Schon oft habe er den Miniſtern bemerklich gemacht, wie nothwendig es ſei, einen bürgerlichen Krieg zwiſchen politiſchen Parteien auf der Halbinſel zu verhüten; aber leider hätten dieſelben, von dem Augenblick, da ſie feſt zu ſtehen geglaubt, den gerade entgegengeſetzten Weg verfolgt, ſo daß er zu beweiſen ſich getraue, daß ſie ſelbſt den unſeligen Streit in Portugal herbeigeführt, zu beweiſen, daß, wenn man den jetzigen Zuſtand fortdauern laſſe, es durchaus unmöglich ſei, zu verhindern, daß der Krieg von Portugal auf Spanien ſich ausdehne, und daß, früher oder ſpäter, England Theil daran würde nehmen müſſen, wenn es verhüten wolle, daß jene beiden Länder ihrem mächtigen Nachbar zur Beute fielen. Sehr unrecht haben die Miniſter ſchon gehandelt, daß ſie im April 1831 die Wegnahme der portugieſiſchen Flotte durch die Franzoſen nicht verhindert haben, obgleich von einer ſolchen Forderung in dem Tractate, welchen der franzöſiſche Admiral vor dem Beginnen der Feindſeligkeiten der portugieſiſchen Regierung vorgelegt hatte, gar nicht die Rede geweſen war. Indeſſen ſei ihm dieſer Umſtand jetzt erklärlich. Dom Pedro, der Bruder Dom Miguels (den er nicht König von Portugal nennen dürfe, weil er, obgleich unſtreitig König de facto, nicht anerkannt ſei), ſei damals nach Paris gekommen; unmittelbar darauf habe ein Dampfſchiff dem franzöſiſchen Admiral vor Liſſabon Depeſchen überbracht, und erſt nach Empfang dieſer Depeſchen habe man von der geforderten Auslieferung der Flotte etwas gehört. Ueberhaupt habe nach der Ankunft Dom Pedro's in Europa ein bis dahin unerhörtes Verfahren Statt gefunden, indem in allen europäiſchen Häfen Ausrüſtungen nach den Azoren betrieben worden ſeien, um gegen die de facto beſtehende Regierung in Portugal zu dienen. Nicht läugnen wolle er, daß dieſe Unternehmungen ſchon während ſeiner Amtsführung angefangen hätten; doch habe er Alles gethan, um ſie zu hintertreiben. Zwar haben die jetzigen Miniſter den engliſchen Offizier, der den Befehl über die Flotte Dom Pedro's übernommen, aus der Dienſtliſte geſtrichen; als aber er (der Herzog von Wellington) den edlen Grafen gegenüber vor einigen Tagen gefragt, ob ein anderer Offizier, der jetzt hinausgegangen, um den Oberbefehl über die Truppen zu übernehmen, ebenfalls geſtrichen ſei, habe er vom Grafen die Antwort erhalten: Alles, was er von der Sache wiſſe, ſei, was er in den Zeitungen geleſen habe. Von der Ausſendung von Schiffen mit Truppen habe die Regierung, ſelbſt nach geſchehener Anzeige abſeiten des Agenten Dom Miguels, anfangs gar keine Notiz genommen; und als die Behörde (das Zollamt) dieſelben angehalten, ſeien ſie auf Befehl des Miniſters wieder freigelaſſen worden. Könne man das „Beobachtung der Tractate" — könne man das „Neutralität" nennen? Und wollen die Miniſter jetzt ſich darauf berufen, daß die Rechtsconſulenten der Krone es gerathen hätten? Oder wollen ſie auch dieſe Umſtände ignoriren? Wollen ſie auch ignoriren, daß die portugieſiſche Regierung 100 Engländer zurückgeſchickt, die im offenen Kampfe gegen ſie mit den Waffen in der Hand gefangengenommen worden? Allerdings ſeien die Miniſter neutral, und würden, was ſie dem Dom Pedro geſtattet, dem Dom Miguel nicht wehren; aber die wahre völkerrechtliche Neutralität beſtehe darin, daß man nicht nur der Theilnahme an einem Kriege, ſondern auch eines jeden Beiſtandes der kriegführenden Parteien ſich enthalte. Und nicht minder als das Völkerrecht widerſtreite auch das Landesrecht, in dem Werbegeſetze (Foreign Enlistment Act), jenem Verfahren; die Behörde aber, welche ihre Pflicht habe thun, und die Schiffe anhalten wollen, ſei von der

Regierung ſelbſt daran verhindert worden. Die Miniſter hätten alſo nur die Vorſchriften des Völkerrechtes wie des Landesrechtes befolgen dürfen, um zu verhindern, daß ein Land, welches wir tractatmäßig zu ſchützen verpflichtet, ein volles Jahr hindurch der Schauplatz trauriger Kämpfe ſei. Außerdem hätten ſie auch Spanien nicht Wort gehalten, von dem ſie Neutralität verlangt, und dem ſie dagegen Beobachtung gleicher Neutralität verſprochen hätten. Von Anfang bis jetzt hätten die Rüſtungen in engliſchen Häfen fortgedauert, und noch neulich ſei, unter der Leitung eines angeſehenen engliſchen Offiziers, eine Expedition nach dem Douro abgegangen, von der der Miniſter freilich behaupte, er habe nur in den Zeitungen davon geleſen. Aber wie komme es, daß er nicht beſſer unterrichtet ſei, da doch das Geſchwader zu Spithead ſich verſammelt, mitten unter der engliſchen Flotte, und da ſelbſt eine Meuterei Statt gefunden, wobei mehrere Perſonen, die nicht Luſt hatten, als Freiwillige mitzugehen, und das Schiff deßhalb verlaſſen hätten, mit ihrem Boote untergegangen wären, ohne daß ihnen Beiſtand geleiſtet worden? Seiner Anſicht nach hätte wegen dieſes Falles einer Coroners-Leichenſchau veranſtaltet werden müſſen. Abgeſehen aber von dieſen und ähnlichen Fällen, was würde, was müßte die Folge ſeyn, wenn ein durch ſolche Abenteurer geleitetes Unternehmen gelänge? Nichts anders als ein Bürgerkrieg, und zwar nicht nur in Portugal, ſondern auch in Spanien. Der König habe in ſeiner Thronrede erklärt, daß Neutralität die Politik des Landes ſei. Wenn dem ſo wäre, ſo müſſe man Se. Majeſtät beſchwören, alle ſeine Unterthanen, welche in jenem Kriege auf irgend einer Seite Partei ergriffen hätten, zurückzurufen. Dann würde eine wirkliche Neutralität beſtehen, und das gute Vernehmen zwiſchen den beiden Ländern, deſſen Aufrechthaltung ſo wünſchenswerth ſei, geſichert werden. — Graf Grey erwiederte, daß, bevor er auf die Theile der Rede des edlen Herzogs eingehe, über die er anderer Meinung ſei, er diejenigen Puncte berühren wolle, mit welchen übereinſtimmen zu können er ſich freue. Er ſtimme mit ihm überein, daß, wie dringend auch die finanziellen und andern inneren Angelegenheiten ſeien, dennoch die auswärtigen die unausgeſetzteſte Aufmerkſamkeit verlangten. Der edle Herzog ſelbſt könne, bei aller ſeiner Beſorgniß für das Wohl Dom Miguels, nicht ernſtlicher als er (Graf Grey) darauf bedacht ſeyn, die Intereſſen Portugals, unſeres alten Verbündeten, aufrecht zu halten, und er hoffe, das Haus zu überzeugen, daß der Antrag des edlen Herzogs überflüſſig, und daß kein Grund vorhanden ſei, über die Miniſter einen ſolchen Tadel auszuſprechen, wie in der Genehmigung des Antrages liegen würde. Durch Völkerrecht und durch Tractate ſollen ſie verpflichtet ſeyn, Ereigniſſe zu verhindern, welche als die Folge einer Verletzung der Neutralität, des Völkerrechtes und, mehr als das, der Rechtlichkeit der Regierung dargeſtellt werden. Schwere Anklagen, die, wären ſie begründet, ſchwere Verantwortlichkeit nach ſich ziehen müßten; eine unbefangene Unterſuchung aber werde ihre Nichtigkeit darthun. Als die Miniſter ihr Amt angetreten, habe in Portugal ein König de facto exiſtirt. Unter brittiſcher Flagge ſei Dom Miguel nach Portugal gegangen; feierlich habe er ſich gegen den Kaiſer von Oeſterreich, den König von England, beſonders aber gegen ſeine eigene Familie verpflichtet gehabt, die Verfaſſung aufrecht zu halten und die Regierung für die unmündige Königinn Dona Maria zu führen, die er förmlich als Königinn anerkannt. In Gegenwart und unter dem Schutz eines brittiſchen Heeres habe er dieſe Verpflichtung gebrochen. Haben die europäiſchen Mächte geſäumt ihre Mißbilligung auszuſprechen? Nein. Zuerſt hielt der brittiſche Geſandte eine Anleihe zurück, und wir ſind den andern Staaten, wenn nicht mit Rath, doch gewiß mit dem Beiſpiel vorangegangen, unſern Geſandten zurückzurufen und alle diplomatiſchen Verbindungen mit Portugal einzuſtellen, ſo den einer Kriegserklärung nächſtkommenden Schritt thuend. So ſeien die Sachen bis zum Eintritt der jetzigen Miniſter geblieben, indem die Bedingung, welche der Herzog ſelbſt zur Wiederanknüpfung einer Verbindung gemacht, die Einſtellung nämlich einer bis dahin unerhörten Verfolgung einzelner Perſonen, nicht erfüllt worden. Auf der andern Seite habe der natürliche Vormund der anerkannten Königinn Schritte gethan, um deren Rechte zu ſichern. Welche Tractate, welche Geſetze verpflichten nun wohl die engliſchen Miniſter, gegen eine unmündige Fürſtinn für einen Uſurpator, den ganz Europa als ſolchen erkenne, aufzutreten? (Hier unterhielt ſich der Herzog von Wellington mit dem Herzog von Cumberland ſo laut, daß ſich Graf Grey darüber beſchwerte.) Was die franzöſiſche Expedition betreffe, ſo ſei dieſelbe ſchon vor zwei Jahren geſchehen, und billige der Herzog ſie nicht, ſo wundere es ihn, daß derſelbe ſie nicht früher zur Sprache gebracht. Aber durch welche Logik wolle er beweiſen, daß England verpflichtet ſei, Portugal gegen einen jeden Angriff zu ſchützen, es möge denſelben noch ſo muthwillig veranlaßt haben? — Graf Grey las ſodann mehrere Stellen aus den, dem Admiral Parker, welcher die engliſche Flotte vor dem Tajo befehligt, ertheilten Inſtructionen vor, aus welchen hervorgeht, daß derſelbe ſich nicht nur aller thätlichen Theilnahme an dem obwaltenden Streite, ſondern auch alles und jeden Rathes an eine oder die andere Partei, der auf die Kriegführung bezogen werden könne, enthalten ſolle. — Das, fuhr er fort, möchte für genügend gelten. Aber er ſtehe hier, ſeinem Souverain, ſeiner Nation, ſeinem eigenen Gewiſſen verantwortlich für die Aufrechthaltung der Ehre und Intereſſen des Landes, und ſcheue ſich nicht, den übrigen Anklagen des Herzogs zu begegnen, überzeugt, daß die edlen Lords nur nach unparteiiſcher Prüfung aller Verhältniſſe urtheilen würden. Was die behauptete Verletzung des Völkerrechtes betreffe, ſo ſei die gewiß da nicht vorhanden, wo nur Kaufleute eines neutralen Staates Lieferungen von Kriegsbedarf für Auswärtige übernommen, zumal da es ihnen ganz freigeſtanden habe,

Digitized by Google

welche von zwei ſtreitenden Parteien ſie bedienen wollten. Was die Werbungen betreffe, ſo könne er nicht umhin, ſo ungern er ſich auch mit dem Citiren ſchwerer Namen großer Gelehrten befaſſe, anzuführen, daß Puffendorf und Vatel ausdrücklich das Werben von Truppen in einem fremden Lande für auswärtige kriegführende Parteien, als dem Völkerrechte nicht widerſprechend, dargeſtellt haben. Es ſpreche dafür ein lange beſtehendes Herkommen, wie man denn auch bis in die neueſten Zeiten das franzöſiſche Heer durch Schweizer recrutirt geſehen habe. Der Freiheitskampf in Südamerika, in Griechenland, habe durch manchen brittiſchen Tapfern Unterſtützung gefunden. Daß aber vollkommene Unparteilichkeit von Seiten der Regierung beobachtet worden, beweiſe der Umſtand, daß im ganzen Migueliſtiſchen Heere keine Muskete zu ſehen, die nicht aus England ausgeführt wäre, und daß ſelbſt der große Mörſer João Paolo, der kürzlich in Oporto ſo großen Schaden angerichtet, von den Agenten Dom Miguels in England gekauft worden ſei. So erfreue ſich dieſer auch des Beiſtandes eines erfahrenen brittiſchen Offiziers, des Sir J. Campbell, der ihn nicht nur im Felde, ſondern auch durch ſeine Briefe und Reden unterſtütze, in welchen das Parlament und die Miniſter, ja erlauchte Perſonen ſelbſt, in einem, eines brittiſchen Offiziers unwürdigen Tone mitgenommen würden. — Aber auch dem Werbegeſetz ſei nicht zuwider gehandelt worden. Er ſelbſt (Graf Grey) habe ſich bei den Verhandlungen über daſſelbe ſtets der Annahme widerſetzt, eben aus Furcht, es möchte, was für ſpecielle Fälle gemeint ſei, allgemein ausgedehnt werden können. Lord Holland habe damals gegen jede allgemeine Anwendung proteſtirt, und Graf Eldon ausdrücklich verſichert, daß eine ſolche unzuläſſig ſeyn würde. Als die Schiffe, deren der Herzog erwähnte, angehalten worden, habe ſich der Agent Dom Pedro's an die Regierung gewendet. Da das eine Rechtsfrage war, ſo verwies dieſe die Sache an den Rechtsconſulenten der Krone; anders würde der Herzog ſelbſt nicht gehandelt, und ganz gewiß würde auch er den Ausſpruch derſelben befolgt haben. Was die Anſpielung auf die Unwiſſenheit der Miniſter in Bezug auf die jetzige Expedition unter Capitän Napier betreffe, ſo wolle er gern bekennen, daß er nicht mehr wiſſe, als daß dieſer ſich am 19. Mai mit der Frage an ihn gewendet, ob er die Penſion für ſeine Wunden verlieren würde, wenn er temporär in fremde Dienſte trete? — worauf er ihm erwiedert, daß der Anſpruch auf Penſion ganz unabhängig von dem Verbleiben auf der Dienſtliſte ſei. Er hoffe hiernach gezeigt zu haben, daß das Verfahren der Miniſter mit der Beobachtung der ſtrengſten Neutralität durchaus verträglich ſei. Was den Vorwurf in Bezug auf Spanien betreffe, ſo würde es dem edlen Herzog vielleicht beſſer geſtanden haben, ſich zu bedenken, ehe er damit hervortrete. Er erkläre geradezu, daß England ſich nichts gegen Spanien (über deſſen Benehmen er jetzt ſchweigen wolle) habe zu Schulden kommen laſſen; und er hoffe, es werde Niemand im Stande ſeyn, dem jetzigen Miniſterium vorzuwerfen, daß es die Ehre Englands jemals befleckt habe. Er bitte das Haus, den Antrag zurückzuweiſen. — Der Graf von Aberdeen bemerkte, daß der edle Herzog niemals geſagt habe, es ſei die Pflicht der brittiſchen Regierung, Portugal unter allen Umſtänden zu vertheidigen, ſondern ſie müſſe nur das thun, wodurch ſie durch Tractate verpflichtet ſei — nämlich auf Verlangen Portugals vermittelnd zu ſeinen Gunſten einſchreiten. Die portugieſiſche Regierung habe dieſe Vermittlung zu verſchiedenen Malen dringend in Anſpruch genommen; aber nicht einmal eine Antwort erhalten. Der edle Graf habe bei einer früheren Gelegenheit, als in dieſem Hauſe von dem Werbegeſetz die Rede geweſen ſei, erklärt, daß er, obgleich er den Grundſatz der Maaßregel mißbillige, doch, ſo lange er ſich an der Spitze der Regierung befinde, Sorge tragen werde, daß daſſelbe in ſeinem ganzen Umfange und unparteiiſch ausgeführt werde. Alles, was ſich ſeitdem ereignet habe und ſich noch täglich ereigne, widerſpreche dieſer Erklärung. Der edle Graf würde ſich wundern, wenn er die Zahl der Truppen vernähme, welche ſich in den letzten drei Monaten in brittiſchen Häfen nach Oporto eingeſchifft hätten; nicht weniger als 4750 Mann wären in dem erwähnten Zeitraum aus brittiſchen Häfen dem Dom Pedro zu Hülfe geſchickt worden. Der edle Graf behaupte, von allen dieſen Expeditionen nichts zu wiſſen; wären ihm etwa die Beſuche des Marquis von Palmella im auswärtigen Amte auch ein Geheimniß? (Hört, hört!) Wenn er (Graf von Aberdeen) ſich nicht ſehr irre, ſo wäre aus der von dem Marquis von Palmella angeordneten Expedition gar kein Geheimniß gemacht worden; es ſei davon eben ſo öffentlich und allgemein geſprochen worden, als wenn die Regierung eine Expedition ausgerüſtet hätte; und unter ſolchen Umſtänden wage man es noch, von Neutralität zu ſprechen? Der Redner wies nun auf die Nothwendigkeit für England hin, freundſchaftliche Verhältniſſe mit Spanien zu unterhalten, und behauptete, daß ſich nie wieder eine ſo günſtige Gelegenheit zu einem engen Bündniſſe mit jenem Lande zeigen würde, als die jetzigen Verhältniſſe der Regierung dargeboten hätten. Jetzt ſei aber alle Hoffnung auf ein ſo günſtiges Reſultat verſchwunden, und zwar durch die verkehrte Politik, welche einen Kampf begünſtige, der, wenn er auch mit dem Siege der beſchützten Partei endigen ſolle, ſich als höchſt nachtheilig für England erweiſen würde. Großbritannien werde ſich in Portugal verhaßt machen, wie es ſich in Holland verhaßt gemacht habe. Wie ſchmerzlich müſſe das Gefühl ſeines edlen Freundes (des Herzogs von Wellington) ſeyn, wenn er jetzt auf die Lage Portugals und Hollands blicke, welche Länder er ſo lange und ſo eifrig gegen fremde Einmiſchung zu ſchützen bemüht geweſen ſei! Die großen Thaten ſeines edlen Freundes würden freilich ewig beſtehen, und ihm die Dankbarkeit ſeines Vaterlandes und die Bewunderung der ganzen Welt ſichern. Auch wolle er (Graf

Digitized by Google

Aberdeen) nicht glauben, daß die jetzige Regierung bei ihrer Politik von dem abſchenlichen Gedanken geleitet werdr, den Ruhm ſeines edlen Freundes zu trüben, odrr den Boden zu entweihen, auf dem jenr ruhmvollen Thaten ausgeführt wurden. Wrnn dieß indeſſen wirklich die Abſicht der Regierung ſei, ſa hätte ſie zur Erreichung ihres Zweckes unmöglich einen beſſern Weg einſchlagen konnen. Was auch der Erfolg des Antrages ſeines edlen Freundes ſeyn möge, ſo habr ſich deeſelbe doch bemüht, Portugal vor den revolutionnären Umtrieben zu ſchützen, welchr von der brittiſchen Regierung begünſtigt würden. — Der Marquis von Lansdawne beklagtr ſich darüber, daß der Herzog von Wellington nicht vor Einbeingung ſeines Antrages auf Vorlegung der, auf die portugieſiſchen Angelegenheiten bezüglichen Papiere angetragen habe; jetzt gründe ſich derſelbe auf ganz unzuverläſſige Zeitungsnachrichten, und er hoffe nicht, daß das Haus auf ſolchr Beweiſr hin ein tadelndes Votum gegen das Miniſterium abgeben wüede. — Der Graf von Eldon ſagte, daß er es für ſeine Pflicht gehalten habe, ſich in Perſon einzufinden, um ſich der Beleidigung zu widerſetzen, welche ſeinem Souverain durch dir gegen Poetugal befolgte Politik zugefügt werde, indem dieſelbr mit der Erklaeung des Konigs, einr ſtrenge Neutralität beobachten zu wollen, in direetem Widerſpruche ſtehe. Er behaupte, daß man das Volkerrecht geradezu verletzt habe, indem man den in England ganz offen betriebenen Anwerbungen für den Dienſt Dom Pedro's keine Hinderniſſe in den Weg gelegt habe. — Der Lordkanzler betrachtete den Gegenſtand hauptſächlich von dem juridiſchen Geſichtpuncte aus und ſuchte durch Citaten aus den Werken berühmter Rechtsgelehrten beſonders den Grundſatz feſtzuſtellen, daß, wenn man den Untrethanen erlaube, beide kriegführendr Parteien mit Munition und Vorräthen zu verſehen, dieß keine Verletzung der Neutralität ſei. Gegen Anwerbungen, welche durch das beſtehendr Geſetz verboten wären, ſei die Regierung ringeſchritten, ſo oft man ſie dazu aufgefordeet habe; wenn die richterlichen Behorden kein weiteees Veefahren einzuleiten für paſſend gefunden hätten, ſo ſei dieß nicht dir Schuld der Regierung. Der Lordkanzler ſchloß mit folgenden Worten: „Dir anweſendr Zahl der Mitglieder führt zu der Vermuthung, daß man ſich bemühen will, durch die gegenwärtige Diseuſſion einr Veränderung im Miniſterium herbeizuführen. (Nein, nein, von der Oppoſition.) Ich ſchreibe dem rdlen Herzog, welcher den Antrag geſtellt hat, einen ſolchen Beweggrund nicht zu, abee viele Ihrer Herrlichkeiten mögen den jetzigen Augenblick für paſſend halten, riner Verwaltung ein Endr zu machen, welche mit ſo vielen wichtigen und aufregenden Fragen beſchäftigt iſt. Ein tadelndes Votum würdr Ew. Herrlichkeiten ohnr Zweifel der Anklage ausſetzen, daß Sie durch ſolche Beweggeünde geleitet weedrn." — Der Herzog von Wellington ſagte, daß er bei ſeinem Antrage nicht beabſichtigt habe, einen Tadel gegen die Regierung ausſprechen zu laſſen. Wäre dieß ſeme Abſicht geweſen, ſo würde er es aufeichtig und offen erklärt haben. Wenn der Antrag als ein tadelndrr angeſehen werde, weil dabei vorausgeſetzt würde, daß die Regierung nicht recht gehandelt habe, ſo ſei dieß nicht ſeinr Schuld. — Graf Grey eeklärte, daß er ſelbſt nach dieſer Aeußerung des edlen Herzogs den Antrag nicht anders als einen tadelnden betrachten könne; und er brauchr nicht zu ſagen, daß es für kein Miniſterium eine glrichgültige Sache ſeyn kanne, wenn ein Zweig der Regierung einen Tadel gegen daſſelbe ausſpreche. Die Abſtimmung ergab folgendes Reſultat: für den Antrag 80, dagegen 68, Majorität gegen die Miniſter 12 Stimmen*). Es wurde hierauf beſchloſſen, daß die Adreſſe dem Könige durch die Lords mit den weißen Stäben überreicht werden ſollte, worauf ſich das Haus vertagte.

In der Sitzung des Unterhauſes vom 3. Juni fragte der Oberſt Evans, ob eine Ausſicht vorhanden ſri, daß dir Königinn Dona Maria bald von dem Königr von England und von ſeinem Verbündeten, dem Könige der Feanzoſen, anerkannt werden würde? Lord Palmerſton erwiederte, daß Dona Maria als Königinn von Portugal de jure nicht allein von der gegenwäetigen, ſondern auch von der ihr vorangegangenen Verwaltung bereits anerkannt worden ſei. Die Anerkennung de facto konnr von der brittiſchen Rrgierung nicht herbeigeführt werden, da ſie die ſtrengſte Neutralität beobachten zu wollen erklärt habe. Wenn ſir ſich im Beſitz des Landes befindr, ſo werde eine Regierung, die ihr Recht anerkannt habe, mit der Anerkennung des Thatbeſtandes nicht zögeen. Er hoffe, daß das de facto dem de jure folgen werde. (Beifall.) Das Haus ſetzte darauf im Ausſchuſſe die Verhandlungen über die weſtindiſchen Angelegenheiten fort. Hr. O'Connell vertheidigte dir unverzügliche Abſchaffung der Selaverei mit Entſchädigung der Pflanzer, welche eine ſolche verlangten. Lord Sandon verſicherte, daß ſich die weſtindiſchen Kaufleute dem Plane der Regierung nicht widrrſetzen würden, wenn man den Colonien rine Entſchädigung von 20 Millionen Pf. St. und einr Anleihe von 10 Millionen auf ihr Eigenthum bewilligte. Für den Plan der Miniſtee rrklärten ſich noch der Admiral Fleming und Hr. Burton, gegen denſelben Lord Dalmeny, Hr. Fitzgerald und Hr. Gladſtone. Lord Howick hielt es für höchſt wichtig, daß man die Coloniſten zu der Maaßregel mitwirken laſſe, und rr ſchlug vor, daß die Details des Planes ihnen übeelaſſen bleiben ſallten. Sir R. Peel ſchloß ſich dieſer Anſicht an. Hr. Stanley erklärte, daß es auch die Abſicht der Regierung ſei, die Details des Planes zur Abſchaffung der Selaverei den Coloniallegislaturen zu überlaſſen, wenn das Parlament erſt die Hauptgrundſätze feſtgeſtrllt habe. Dee rrſte Beſchluß, welchee folgendeemaaßen lautete: „Es iſt die Meinung des Ausſchuſſes, daß unmittelbare und wirkſame Maaßregeln zur gänzlichen Abſchaffung der Sclaverei in den Colonien ergeiffen werden, unter ſolchen Beſtimmungen zur Feſtſtellung der Lage der Neger, als ſich mit ihrer Wohlfahrt und mit den Intereſſen der Eigenthümer vertragen," wurde hierauf einſtimmig und unter dem Beifall des Hauſes angenommen. Die weitere Berathung wurde auf den folgenden Tag verſchoben. — Der Oberſt Davies zeigtr an, daß er am künftigen Donnerſtag (6. Juni) einen Antrag machen werde, um das Haus zu veeanlaſſen, ſein Vertrauen zu drn Miniſtern in Bezug auf ihre die portugieſiſchen Angelegenheiten beteeffende Politik auszuſprechen. (Hört! hoet!) Das Haus vertagte ſich um ¼ auf 2 Uhr.

Die Fonds ſanken am 4. d. M. um ein halb pCt. in Folge der Niedeelage, welchr dir Miniſter im Oberhauſe bei der Abſtimmung über die portugieſiſchen Angelegenheiten erlitten. Am Schluß der Borſe hoben ſie ſich jedach wiedrr ein wenig und ſtandrn 89⅛, ⅞.

Rußland.

Das Journal de Francfort enthält ein Schreiben aus St. Petersbueg, worin in Betreff des neuer-

*) In der Angabe der Majorität gegen die Miniſter ſtimmen die Landoner Zeitungen nicht alle überein; die Times, der Albion und die Morning-Chranicle geben ſie auf 12, der Morning-Herald und der Guardian aber auf 20 Stimmen an, indem den erſtern zufolge 89, den letzteren zufolge 88 Mitglieder für die an den Konig zu richtende Adreſſe geſtimmt hätten.

lichen unſinnigen Verſuches, Polen nochmals zu revolutioniren, angedeutet wird, daß jener Verſuch mir einer Verwegenheit ohne Gleichen von 24 Bewaffneten, die uber die galiziſche Gränze nach dem Palatinat Sandomir gekommen waren, und mit dem feſten Entſchluſſe von Seiten jener Abeneeurer unternommen weeden ſei, die Ruſſen bis auf den letzten Mann aus Polen zu jagen. Mittlerweile, berichtet jenes Schreiben weiter, ſei das hochherzige Benehmen des Kaiſers durch derartige Vorfälle nicht im Mindeſten verändert worden und noch am 2. (14.) April ſei durch kaiſerliches Decret eine Freilaſſung und Heimſendung von polniſchem Militär aller Grade, die während des Krieges zu Gefangenen gemacht, ſo wie von andern Perſonen, die in Rußland gefangen geſeſſen, angeordnet worden. In Folge dieſer menſchenfreundlichen Maaßeegel ſind bereits einige hundere Individuen nach ihrer Heimath auf Koſten der Regierung zurückgekehrt.

Portugal.

Dir Liſſaboner Zeitung vom 20. Mai enthält folgendes Schreiben des Grafen von San Lourenço, Oberbefehlshabers der königlichen Truppen vor Oporto, an den Visconde dr Santarem: „Ich habe dir Ehre, Ew. Excellenz zu benachrichtigen, daß die neue Batterie, die ich auf dem Schloſſe da Gaya errichten ließ, nachdem ſie ihr Feuer gegen die Stadt Oporto eröffnet hatte, daſelbſt ſo viel Schaden angerichtet und ſo viel Scheecken verbreitet hat, daß die dort reſidirenden auswärtigen Conſular-Agenten auf ihre reſpectiven Häuſer ihre Nationalflaggen aufpflanzten und verlangten, daß ſie reſpectirt würden; worauf ich geantwortet habe, daß es mir unmöglich ſei, das Feuer einzuſtellen und ſie vor den Folgen zu ſchützen, denen ſie ihr Aufenthalt in einem belagerten Platze ausſetzen könnte; daß ihnen aber, ſolleen ſie wünſchen, die Stadt zu verlaſſen, hierzu alle Erleichterung geſtaetet werden würde. — Im Hauptquartier von San Mamede da Infeſta, am 15. Mai 1833. Unterz. Graf von San Lourenço."

Frankreich.

Die Deputirtenkammer fuhr in der Sitzung vom 4. Juni in Erörterung des Geſetzentwurfes über die öffentlichen Aebeiten fort. Es wurden mehrere Zuſatzartikel in Bezug auf die Flüſſe Gaeonne, Dordogne und Aisne verworfen. Für die öffentlichen Steaßen wuedrn 15 Millionen bewilligt. Der Artikel, welcher 12 Millionen für die ſtrategiſchen Straßen des Weſtens anweist, gab zu lebhaften Erörterungen Anlaß. Hr. von Teacy bekämpfte, Hr. Mauguin unterſtützte ihn ſehr lebhaft. Die Kammer kam wegen mangelnder Zahl der Mitglieder zu keiner Entſcheidung.

In Perpignan fielen am 26. Mai Händel zwiſchen Bürgern und Soldaten vor, wobei mehrerr Perſonen umkamen.

Am 5. Juni 5Pereents Fin Courant geſchloſſen zu 104 Fr. 75. 3Pereents Fin Courane geſchloſſen zu 80 Fr. 75. — Am 6. Juni 1¼ Uhr Nachmittags 5Percents 104 Fr. 20. 3Pereents 80 Fr. 30.

Teutſchland.

Die Anhalt-Cöthenſche Zeitung vom 5. Juni enthält über die daſelbſt Statt gefundene Einweihung der katholiſchen Kirche folgenden Artikel: „Am 2. d. M. wurde die hier neuerbaute katholiſche Kirchr durch den hierzu delegirten Biſchof von Anthedon, Weihbiſchof von Osnabrück, feierlich eingeweiht. Nach Beendigung der üblichen Einweihungsceremonien hielt der Biſchof ſelbſt das Hochamt und die Predigt, wobei Se. Durchlaucht der Herzog, die Herzoginn und die jetzt hier anweſende verwitwete Frau Herzoginn mit dem Hofſtaat zugegen waren. Auch die herzogl. Behörden und die Geiſtlichkeit der andern chriſtlichen Confeſſionen wohnten dieſer Feierlichkeit bei. Eine Meſſe von Mozart wuede vom hieſigen Singverein mit ungetheiltem Beifall aufgeführt. — Am 3. d. M., um 7 Uhr Morgens fand die ſtille Ueberteagung der hohen Leiche des verewigten Herzogs Ferdinand aus der Capelle des katholiſchen Gottesackers nach der Gruft der neu erbauten katholiſchen Kirche Statt."

Dir Stuttgarter Zeitung meldet: „In Tübingen ſind, zuverläſſigen Nachrichten zufolge, am 6. d. M. Exceſſe von Seiten der Studierenden voegefallen. Nach mehrſtündiger Auſeegung, die bis 2 Uhr Morgens dauerte, wurdr endlich die Ruhe wieder hergeſtellt. Mehrere Verhaftungen ſind vorgenommen worden." — Der Schwäbiſche Merkur meldet hierüber aus Stuttgart vom 9. Juni: „Dieſen Morgen um 7 Uhr zog ein Bataillon des in Ludwigsdurg in Beſatzung liegenden 6ten Infanterieregiments an unſerer Stadt vorbei, nach Tübingen, wo am 6. d. M. unruhige Auftritte Statt gefunden, dir bis in die Nacht angedauert haben ſollen. In den Wohnungen des Stadtdirectors und des Kanzlers von Autenrieth ſollen von den Studierenden Fenſter eingeworfen, auch der Stadtdirector perſönlich inſultirt worden ſeyn. Ober-Regierungsrath von Roth ſoll beeeits als außerordentlicher Commiſſär zur Unterſuchung dieſer Vorfälle nach Tüdingen abgegangen ſeyn."

Die (Daemſtädter) teutſche Vaterlands-Zeitung ſagt über die Hambacher- und Neuſtädter-Vorfälle Folgendes: „Am Jahrestage des unglücklichen Hambacher-Feſtes (27. Mai) hat dieſer verderbliche Geiſt abermals ſeine blutigen Früchte getragen. Die ſo beſtimmten und gut motivirten Befehle der baieriſchen Regierung wueden niche geachtet. Auf der Burgruine fanden ſich, Trotz der ſtrengen Verboee, doch Menſchen ein; Wiethe langten an; man zechte und ſang revolutionnäre Lieder; es kam mit den vielfach verhöhnten Teuppen zu Thätlichkeiten; Neuſtadt ſeldſt wurde der Schauplatz ſehr trauriger, blutiger Ereigniſſe. Mit den Details unbekannt, enthalten wir uns eines weiteeen Urtheiles. Doch muß es auffallen, wie auch dießmal wieder Auflehnung gegen die Maaßregeln der Regierung von Seiten einer gewiſſen Partei, wie bisher immer, ſogleich ihre Vertheidiger findet. Die Speyerer Zeitung ſucht den ganzen Vorfall als eine bloße Scene wilder Mordluſt der Truppen hinzuſtellen. Hoffentlich findet dieſer jedes rechtliche Gefühl tief verletzende Bericht bald eine officielle Widerlegung. Wie aber auch die nähern Umſtände ſich verhalten, ſo viel kann jetzt ſchon nicht geläugnet werden, daß das ganze traurige Ereigniß durch die offene und willkürliche Verletzung der beſtimmteſten Befehle der Regierung provocirt wurde. Und doch findet eine ſolche Verletzung, gleich dem ſchändlichen Frankfurter Attentaee, Vertheidiger, Beſchöniger der Sache! Trauriges Zeichen der Zeit! Uns ſcheine gerade hierin ein Hauptübel zu liegen. Wer ſolches verbrecheriſche Treiben nicht billigt, der ſolle es laut mißbilligen, offen verdammen, um für die Folge davon abzuſchrecken, um zu zeigen, auf wen die Revolutionnäer mit Reche oder Unreche zählen. Haben dieß aber die Liberalen gethan? Haben nicht ſelbſt die Blätter, welche ſich für dir beſſeren Organe derſelben hielten und allerdings nicht ohne Einfluß waren, der Freiſinnige z. B., nicht ſtets mit den Hambachern gebuhlt, niche ihr Treiben zu bemänteln geſucht, ſtatt es offen und ehrlich zu verdammen? Machen es die noch beſtehenden Organe nicht bis auf den heutigen Tag ſo? Und wenn ſie ja einmal in Worten mißbilligend ſich darüber ausſprechen, geſchieht es nicht auf eine ſo ſophiſtiſch-jeſuitiſche Weiſe, daß dir

Digitized by Google

Partei die wahre Herzensmeinung doch leicht erkennen kann? Sind nicht ſo viele, mit großem Pompe, mit verführendem Wortgepränge täglich ausgeſprochene Declamationen der Liberalen der Art, daß ſie, ſtatt zu beruhigen, zur Vernunft zurückzuführen, unſere politiſchen Fanatiker nur noch mehr aufreizen und neue Verbrechen erzeugen müſſen? Man ſtaune dann nicht über die Ernte, welche ſolche Saaten bringen! Dem Unbefangenen muß es endlich klar geworden ſeyn, daß es eigentlich nur nach zwei große Parteien gibt — die raſtlos thätige, ſtets offenſive, in gefährlichem Schnelllaufe nach geträumten, aber in dieſer Welt nicht möglichen Idealen rennende Partei des Umſturzes, perſönlichen Zwecken frohnende Ehrgeize an der Spitze, eine Maſſe nicht weiter denkender ſogenannter Freiſinnigen im Gefolge, welche unbewußt die Zwecke der Ehrgeizigen und der Partei des Umſturzes überhaupt fördert; — und die defenſive, beſcheidene Partei der Erhaltung, welche an dem Beſtehenden, dem Geſetzmäßigen hält, auf dieſes fußend nur mögliche und practiſche Verbeſſerungen will, die furchtbaren Folgen eines Umſturzes dieſes Beſtehenden, auf welchen die Gegenpartei losarbeitet, wenn ſie es auch nicht eingeſteht und zum großen Theil gewiß auch nicht einſieht, durchſchaut und deßhalb, im wahren Intereſſe des Volkes, demſelben entgegentritt. So viele Schattirungen auch auf jeder Seite Statt finden mögen, auf dieſe beiden Hauptparteien reducirt ſich am Ende doch Alles. Und welcher redliche Vaterlandsfreund ſollte noch ſchwanken — nachdem die blutigen Früchte der ausgeſtreuten gefährlichen Saat auch dem Argloſeſten die Augen geöffnet haben müſſen über das Ziel, wohin ſolche Wege führen, über die düſtere Zukunft, die uns bevorſteht, — welchem Paniere er folge zum Heile des Vaterlandes, dem des Umſturzes, oder dem der Erhaltung? Gleichgültig zu bleiben in dieſer Zeit der Parteien iſt dem Manne unmöglich und Verrath am Vaterlande. Dadurch aber, daß man ſich offen und ehrlich für die Erhaltung erklärt, die gefährlichen Beſtrebungen der Partei des Umſturzes laut und ohne Rückhalt verdammt, müſſen dieſe für die Folge gelähmt werden. Die Faction muß einſehen, daß ſie im entſcheidenden Momente auf Viele nicht zählen kann, auf die ſie wohl bisher zählte. Wer ſich aber für die Erhaltung ausſpricht, der muß dann auch, alle andern Rückſichten bei Seite ſetzend, mit edler Selbſtverläugnung nach Kräften für ſie thätig ſeyn, kein Werkzeug bleiben, das die Partei des Umſturzes, ohne daß man es ahnt, oft geſchickt zu benutzen weiß. Das Vertrauen zwiſchen Fürſt und Volk muß überall wieder befeſtigt werden. Ohne Achtung, ohne Gehorſam vor der Regierung, vor dem Geſetze, löſen ſich allmählich alle Bande der Ordnung, und man eilt dem ſchauderhaften Zuſtande der Anarchie entgegen, der bei erſter, den Revolutionären günſtiger Gelegenheit ausbricht und die Staaten, wie uns die neueſte Geſchichte doch wahrlich wieder hinlänglich gelehrt hat, rettungslos ins Verderben ſtürzt."

Am 14. Juni war zu Wien der Mittelpreis der

Staatsſchuldverſchreibungen	zu 5 pCt. in CM.	$95\frac{3}{16}$;
detto detto	zu 4 pCt. in CM.	$86\frac{5}{8}$;
Darleh. mit Verlooſ. v. J. 1820,	für 100 fl. in CM.	$192\frac{3}{4}$;
detto detto v. J. 1821,	für 100 fl. in CM.	135;
Wiener-Stadtbanco-Obligat.	zu $2\frac{1}{2}$ pCt. in CM.	$54\frac{1}{16}$;
Conv. Münze pCt. ——;		

Bankactien pr. Stück $1247\frac{1}{4}$ in CM.

Ankündigung.

Bei dem nunmehr herannahenden zweiten Vierteljahresſchluſſe erſuchen wir die P. T. HH. Pränumeranten auf den öſterreichiſchen Beobachter, den weiteren Pränumerations-Betrag mit 4 fl. 30 kr. C. M. vierteljährig im Comptoir des öſterreichiſchen Beobachters in der Dorotheergaſſe im kleinen Saleſianerhauſe Nr. 1108 baldigſt zu entrichten, damit ſich das Eintragen der Pränumerationen in den letzten Tagen des Monats nicht zu ſehr häufe, und die Auflage, um Jeden nach Wunſch befriedigen zu können, gehörig darnach bemeſſen werden könne. Wer ſpäter als den 1. Juli eintritt, hat es ſich ſelbſt zuzuſchreiben, wenn ihm das Exemplar nur von dem Tage ſeiner Pränumeration an geliefert werden kann. Den Pränumeranten in der Stadt wird das Blatt auf Verlangen, gegen einen voraus zu bezahlenden Zuſchuß von 45 kr. W.W. monatlich, durch eigens hierzu beſtellte Herumträger täglich Morgens in das Haus geſchickt werden, und es wird Jedermann, der hiervon Gebrauch zu machen wünſcht, erſucht, ſeine Adreſſe bei der Beſtellung genau ſchriftlich zu hinterlaſſen. Diejenigen HH. Pränumeranten in den Vorſtädten, die das Blatt ins Haus geſchickt haben wollen, werden erſucht, ihre Beſtellungen bei der hieſigen k. k. oberſten Hofpoſtamts-Haupt-Zeitungs-Expedition zu machen, welche mittelſt der Briefträger gegen einen billigen Zuſchuß die ſchleunige und pünctliche Zuſtellung des Blattes beſorgen wird. In Betreff des Pränumerationsbetrages ſind wir bemüſſigt, zu bemerken, daß wir nur für diejenigen Pränumerationen haften, deren Betrag unmittelbar im Comptoir des öſterreichiſchen Beobachters erlegt worden iſt, ſo wie wir uns in Hinſicht des Pränumerations-Scheines genöthigt finden, wiederholt und beſtimmt zu erklären, daß ohne Vorzeigung desſelben ſchlechterdings an Niemanden ein Blatt verabfolgt, und falls der Schein gänzlich in Verluſt geräth, durchaus kein Erſatz desſelben, als gegen neue Pränumeration, geleiſtet werden könne. Wir erſuchen daher Jedermann angelegentlichſt, zur Vermeidung aller Unannehmlichkeiten, dieſe Scheine wohl in Acht zu nehmen.

Auswärtigen, ſowohl in den kaiſerlich-öſterreichiſchen Staaten als im Auslande, dient zur Nachricht, daß die k. k. Oberſt-Hofpoſtamts-Haupt-Zeitungs-Expedition in Wien, vom 1. Juli an, halbjährige Pränumeration auf unſer Blatt annimmt, weßhalb man ſich entweder unmittelbar hierher an obgedachte Expedition, oder an das Jedem zunächſt gelegene k. k. Ober- oder Abſatz-Poſt-Amt und Station baldigſt zu wenden hat, wobei jedoch, außer genauer Angabe des Namens, Characters und Wohnorts, zu bemerken iſt, ob das Blatt täglich (falls die Poſt an ſolche Orte täglich abgeht) oder nur zweimal in der Woche abzuſenden ſei. Der halbjährige Pränumerationspreis mit täglicher Verſendung, ſammt Expeditions-Gebühr beträgt 13 fl. 12 kr. C. M., mit zweimaliger Verſendung in der Woche 11 fl. 12 kr. C. M.

Wien, den 14. Juni 1833. Die Redaction und der Verlag des öſterreichiſchen Beobachters.

Hauptredacteur: Joſeph Anton Edler von Pilat.

Verleger: Anton Strauß ſel. Witwe in der Dorotheergaſſe Nr. 1108.

Digitized by Google

Nro. 167

Oeſterreichiſcher Beobachter.

Sonntag, den 16. Juni 1833.

W 1 I ZEITUN 1833

Meteorologiſche Beobachtungen vom 14. Juni.	Zeit der Beobachtung.	Barometer auf 0° Reaumur reducirt.		Thermometer Reaumur.	Wind.		Witterung.
		Pariſer Maß.	Wiener Maß.				
	8 Uhr Morg.	27.232	278.11L. 10P.	+ 14.5	W.	ſchwach.	trüb.
	3 Uhr Nachm.	27.138	27 10 8	+ 21.3	SSO.	ſtark.	Wolken.
	10 Uhr Abends.	27.150	27 10 10	+ 15.0	SO.	ſchwach.	——

Großbritannien und Irland.

In der Sitzung des Unterhauſes vom 4. Juni hatte der Sprecher kaum ſeinen Sitz eingenommen, als ſich Lord Ebrington erhob, und denſelben folgendermaaßen anredete: „Sir! Ich habe an meinen edlen Freund eine Frage zu richten, in Bezug auf das, was geſtern Abends an einem andern Orte vorging, ob es nämlich die Abſicht der Miniſter Sr. Majeſtät iſt, in der von ihnen bisher befolgten auswärtigen Politik eine Aenderung eintreten zu laſſen. Die Frage wird zwar am nächſten Donnerſtag (durch Oberſt Davies) regelmäßig vor das Haus gebracht werden, ich halte es aber für weſentlich, daß von der Regierung Sr. Majeſtät in Folge des geſteigen Vorfalles keine Schritte geſchehen, bis dieſes Haus Gelegenheit gehabt hat, ſich über die Sache auszuſprechen, denn dieſes Haus hat dazu gewiß ſo gut das Recht, als irgend ein anderer Zweig der Legislatur. (Höet! hort! hort!) Und ſeine Anſichten ſind, wie ich glaube, den geſtern laut gewordenen ganz entgegengeſetzt. (Abermaliges Geſchrei: Hört! hort!) Bis dieſes Haus ſeine Meinung ausgeſprochen hat, wird, wie ich hoffe, in dem Gange unſerer Politik keine Aenderung erfolgen, weil, wie ich feſt überzeugt bin, nicht nur dieſes Haus, ſondern auch die unermeßliche Majoritat derer, die dieſes Haus repräſentirt, ganz andere Anſichten hegen, als dieß unglücklicher Weiſe bei der Majorität des andern Hauſes der Fall iſt, und zwar nicht nur hierüber, ſondern noch über eine Menge anderer Fragen, die vor dieſes Haus kommen müſſen, und die wichtigſten Intereſſen des Landes betreffen.“ (Lauter Beifall.) Lord Palmerſton erhob ſich und entgegnete: „Auf die Frage meines edlen Freundes habe ich zu erwiedern, daß ich und meine Collegen, ſeitdem wir die Ehre hatten, die Rathgeber der Krone zu ſeyn, hinſichtlich Portugals ſowohl als der übrigen Gegenſtände unſerer auswärtigen Politik ein Benehmen befolgten, und nach Grundſätzen handelten, die, unſerer Meinung nach, für die Intereſſen des Landes am vortheilhafteſten waren, und der Ehre und Würde der Krone am meiſten entſprachen. (Lauter Beifall.) Auch kann ich meinen edlen Freund und das Haus verſichern, daß, ſo lange wir die Ehre haben, die verantwortlichen Rathgeber der Krone zu ſeyn, wir von unſerem bisher befolgten Wege nicht abweichen und die Grundſätze nicht aufgeben werden, welche uns bisher leiteten.“ (Der edle Lord ſetzte ſich unter lautem Beifall von allen Seiten des Hauſes nieder.) — Das Haus ging dann zur Tagesordnung der übrigen Geſchäfte über, deren Verhandlung bis zum Abgang der Poſt wenig Intereſſe darbot.

Der Albion vom 4. Juni meldet: „Man iſt äußerſt geſpannt in der Stadt auf das Verfahren, welches die Miniſter in Folge ihrer geſtrigen Niederlage im Oberhauſe beobachten werden. Die Unbeſonnenheit des Lords Grey und die Unvorſichtigkeit des Lordkanzlers bei ihren geſtrigen Bemerkungen werden allgemein getadelt, ſelbſt von den Freunden des Miniſteriums. Heute Vormittags wurde ein Cabinetsrath gehalten, über deſſen Reſultat jedoch noch nichts verlautet. Der Konig befindet ſich zu Ascot, und den meiſten Glauben ſcheint wahl die Meinung zu verdienen, daß die Miniſter nicht eher einen entſcheidenden Schritt thun werden, bis ſie die Anſicht des Unterhauſes über die im Oberhauſe zu ihrem Nachtheil entſchiedene Frage erprobt haben. In der City glaubt man, daß das Votum des Unterhauſes in dieſer Angelegenheit demjenigen der Pairs gerade entgegengeſetzt ausfallen werde. Der Cabinetsrath, der ſich um 12 Uhr verſammelte, ſaß um 2 Uhr noch immer. Man vermuthet jetzt, daß ſich ſogleich nach dem Schluſſe desſelben zwei Miniſter zum Konige begeben und Sr. Majeſtät ihre Reſignation einreichen würden, wenn ihnen nicht gewiſſe Bedingungen zugeſtanden werden.“

Nach dem Albion fand eine zahlreiche Verſammlung von Freeholdern in der Grafſchaft Surrey State, um eine Petition gegen die Malztaxe, ſo wie die Häuſer- und Fenſtertaxe, an das Parlament zu richten. Der Oberſheriff der Grafſchaft führte den Vorſitz, die Verſammlung benahm ſich ſehr gemäßigt, die Reden waren aber ſämmtlich anti-miniſteriell, und als Hr. Briscoe Einiges zum Lobe der Miniſter ſagen wollte, die doch das Volk einigermaaßen erleichtert hätten, nöthigte ihn das Ziſchen und Pfeifen zum Stillſchweigen. Der Entwurf zu einer Adreſſe ward vorgelegt und angenommen.

Spanien.

Nachrichten aus Liſſabon vom 17. d. M. zufolge, verweilte der Infant Don Carlos mit ſeiner Familie noch immer in dem königlichen Luſtſchloſſe Mafra. Der Infant Don Sebaſtian und deſſen Gemahlinn ſetzen die Beobachtungsquarantaine in Torre del Fresno fort.

Da die Cholera in Portugal ſich nun auch in die Provinz Algarbien verbreitet hat, ſo ſind ſtrenge Sanitätsmaaßregeln gegen die von der dortigen Küſte in ſpaniſche Häfen kommenden Schiffe angeordnet. Der Generalcapitän von Andaluſien, Marquis de las Amarillas, hat eine Proclamation an die Einwohner erlaſſen, worin er ſie von den im Falle des Ausbruches der Krankheit zu treffenden Sanitätsmaaßregeln in Kenntniß ſetzt, und die Schmuggler als die gefährlichſten Verbreiter der Seuche ſchildert.

Frankreich.

Der Moniteur vom 7. Juni enthält folgenden Artikel: „In der Stadt Rhodez (welche vor einigen Jahren durch den Fualdes'ſchen Prozeß eine traurige Celebrität erlangt hat) iſt kürzlich ein dreifacher Meuchelmord begangen worden. Drei italieniſche Flüchtlinge

Digitized by Google

ſind allda unter dem Dolche eines ihrer Landsleute gefallen. Wir werden uns vor der Hand auf eine ſchlichte Darſtellung der Thatſachen beſchränken, welche dieſem Ereigniſſe voeangegangen ſind, und ſolches begleitet haben; die gerichtliche Unterſuchung wird alle weiteren Umſtände dieſer Kataſteophe an den Tag bringen. — Seit dem Juli 1832 geſchah in dem von Rhodez eingegangenen Berichten Meldung von Zwiſtigkeiten, welche zwiſchen den Italienern, die zu dem dort befindlichen Depot gehörten, eingetreten ſeien, und man ſchrieb dieſe Mißhelligkeiten einem wechſelſeitigen Groll zu, der durch das Vorhandenſeyn einer geheimen Verbindung erweckt wurde, welche einen Theil derſelben zuließ, andere aber nicht aufnehmen wollte. Seit jener Epoche munkelte man von Todesurtheilen, welche von den zu der einen Partei gehörenden Flüchtlingen gegen die zur entgegengeſetzten gehörenden erlaſſen worden ſeien. Die Behörde faßte den Entſchluß, die heftigſten Brauſekopfe unter dieſen Flüchtlingen ſo viel als thunlich auf mehrere Puncte zu zerſtreuen. Ueberdieß waren Beſchwerden über ihre Aufführung überhaupt eingelaufen. Man mußte ihnen eine Stunde, nach deren Ablauf ſich keiner mehr blicken laſſen durfte, beſtimmen, und gegen die Widerſpenſtigen baldigſt Maaßregeln ergreifen; man fand einige derſelben mit Dolchen bewaffnet. Indeß glaubte man gegen Ende Auguſts, mittelſt dieſer Maaßregeln und einiger Ermahnungen, Bürgſchaften für die Ruhe der Stadt erlangt zu haben. — Im October brach jedoch die Erbitterung aufs Neue los. Am 20. gedachten Monats Abends wurde einer von den Flüchtlingen, Namens Emiliani, deſſen Name bei den von den Ruheſtorern ausgeſtoßenen Drohungen mehr als einmal genannt worden war, von mehreren derſelben angefallen; er erhielt zwei ſchwere Wunden, und verdankte ſeine Rettung nur dem Beiſtande, der ihm von Einwohnern der Stadt geleiſtet wurde. Die Mörder wurden feſtgenommen, und der Prozeß eingeleitet. — Das Journal de l'Aveyron, welches dieſen Vorgang erzählte, erwähnte naturlicher Weiſe zu gleicher Zeit der Gerüchte, welche ſeit mehreren Monaten in Betreff von Todesurtheilen im Umlauf waren, welche von einem zur Partei der jeune Italie gehörenden heimlichen Gerichte verhängt worden ſeyn ſollten. Bei dieſem Anlaſſe erſchien in einem Touloner Blatte (dem Eclaireur de la Mediterranée) eine Proteſtation, die von einem gewiſſen Mazzini, Directeur eines Zeitblattes, welches von Seiten der Secte unter dem Titel La Giovine Italia herausgegeben wird, aus Genf in daſſelde eingeſendet war. Gedachter Mazzini hatte unter dem erborgten Namen Strozzi Theil an zahlreichen, den Behorden wohlbekannten Intriguen genommen. Gedachte Proteſtation ging darauf hinaus, das Gerücht von dem Beſtande eines Vehmgerichtes dieſer Art, ſo wie von Todesurtheilen, die von ihm verhängt worden wären, aufs Formellſte zu widerlegen. Die zu der Meinung dieſer Partei ſich bekennenden Flüchtlinge im Depot von Rhodez verbreiteten eiligſt einen Auszug aus gedachtem Journal (die Proteſtation nämlich), ſonder Zweifel, um den Argwohn zu zerſtreuen, welcher auf denjenigen von ihren Kameraden haftete, denen wegen des an dem Emiliani verſuchten Meuchelmordes der Prozeß gemacht worden war. — So ſtanden die Sachen, und die Inſtruction des Prozeſſes ging ihren Gang fort, als der konigliche Procurator um die Mitte des Jänner 1833 die Abſchrift von einer Sentenz erhielt, die am 15. December von dem Marſeiller Ober-Congregat verhängt worden war, mittelſt welcher gegen die Flüchtlinge Namens Emiliani und Scuriatti die Todesſtrafe, und gegen die Italiener Namens Lazzorschi und Andreani andere Züchtigungen verhängt wurden; dieſe Sentenz war von Mazzini unterfertigt, demſelben, welcher im November 1832 das Vorhandenſeyn eines Tribunals dieſer Art und von dergleichen Sentenzen geläugnet hatte, und welcher ſeitdem in Folge eines Befehles des Miniſters des Innern verwieſen worden war. Beſagte Sentenz war dem Congregat von Rhodez zur Vollziehung zugeſendet worden. Von der Behörde wurden Maaßregeln vorgeſchrieben, um über die Authenticität dieſes Documents, das wir nachſtehend mittheilen, Aufſchluß zu erhalten. Während man zu dieſen Informationen ſchritt, hatte die gegen die Urheber der dem Emiliani zugefügten Wunden eingeleitete Inſtruction zu einer Verurtheilung derſelben zu fünfjähriger Gefängnißſtrafe geführt, welche Sentenz gegen die ſechs Flüchtlinge, die wegen dieſes Attentats angeklagt waren, gefällt worden war. — In demſelben Augenblicke nun, wo das Zuchtpolizeigericht zu Rhodez dieſes Urtheil fällte (am 31. Mai d. J.), fielen Lazzorschi, welcher noch am ſelben Abende Rhodez verlaſſen ſollte, um nach Italien zurückzukehren, und Emiliani nebſt ſeiner Gattinn (die beiden erſteren ſind, wir oben erwähnt, in der Sentenz der Marſeiller Oberloge ausdrücklich bezeichnet), alle drei unter dem Dolche eines gewiſſen Gavioli; die beiden Männer ohne vorhergegangene Provocation oder Streit, ohne irgend eine vorgängige Drohung und ohne daß ſie den Todesſtreich abwenden konnten, der ſo raſch geführt wurde, daß ſie ſich nicht vor ihm zu ſchützen vermochten. Die Frau wurde todtlich verwundet, indem ſie den Morder an der Flucht hindern wollte. Gavioli iſt verhaftet worden und in den Händen der Juſtiz. — Die von uns dargeſtellten Thatſachen bieten ſchon durch ihre bloße Zuſammenſtellung ein ziemlich bedeutſames und vielſagendes Ganzes dar. Die Juſtiz informirt, die Behörde wacht; die Bevölkerung von Rhodez, über dieſe Attentate entſetzt, begehrt durch ihren Maire dringend die Entfernung des Depots, wozu das Miniſterium durch das Geſetz vom 21. April ermächtigt iſt. Dieſe Gräuel ſind gar nicht im Character unſeres Jahrhundertes, noch unſers Landes. Die Regierung wird ohne Zweifel Maaßregeln treffen, um deren Erneuerung zu verhindern. — Nachſchrift. Nachſtehendes iſt oben erwähnte Sentenz, deren Vollziehung die Authenticität derſelben zur Genüge beweist: Ueberſetzung aus dem Italieniſchen. „Am 15. December d. J. um 10 Uhr „Nachts, nachdem das Haupt der Geſellſchaft und die zu „ſelber gehorenden Mitglieder verſammelt waren, wurde „der Secretär aufgefordert ein Schreiben vorzuleſen, wel„ches eine vom Marſeiller Tribunale verhängte Sentenz „gegen die Angeklagten Emiliani, Scuriatti, Laz„zoreschi und Andreani enthält, deren Acte dem „Präſidenten des Tribunals von Rhodez überwieſen wor„den ſind und woraus ihre Strafbarkeit hervorgeht: 1) als „Verbreiter ruchloſer Schriften gegen unſere heilige Geſell„ſchaft; 2) als Anhänger der ſchändlichen päpſtlichen Re„gierung, mit welcher ſie in ſchriftlichem Verkehr ſtehen, „was auf nichts Geringeres hinzielt als auf die Vereit„lung unſerer zu Gunſten der heiligen Sache der Frei„heit gefaßten Anſchläge. Nach einer reiflichen Prüfung „des aus dem Prozeſſe hervorgehenden Thatbeſtandes ver„urtheilt die Geſellſchaft, indem dieſelbe zur Anwendung „des 22ſten Artikels ſchreitet, den Emiliani und Scu„riatti einſtimmig zum Tode. — Was den Lazzores„chi und Andreani anlangt, ſo werden ſie, da ſie ſich „nur geringere Dinge haben zu Schulden kommen laſſen, „bloß zu Geißelhieben verurtheilt, mit dem Vorbehalt je-

Digitized by Google

„doch, daß ſie bei ihrer Rückkehr ins Vaterland ſich einem „neuen Urtheil unterziehen müſſen, kraft deſſen ſie als „eminente Verräthre und Schufte auf Lebenszeit auf die „Galeeren geſchickt werden. — Der Präſident zu Rhodez „wird vier Vollſtrecker gegenwärtiger Sentenz wählen, „welche dieſelbe durchaus binnen der Friſt von zwanzig Ta„gen auszuführen haben. Derjenige, der ſich deſſen wei„gern ſollte, wird dadurch ipsa facto den Tod verwirken. „Geſchehen zu Marſeille vom oberſten Tribunale, um „die Mitternachtsſtunde, Tag und Stunde wie oben. „Mazzini, Präſident. Der Beauftragte (l'incarricato) „Crecilia."

In der Sitzung der Deputirtenkammer vom 6. Juni wurde in Erörterung des Entwurfes über Vollendung der Straßen und Denkmähler fortgefahren. Der 6te Artikel, welcher beſtimmt, daß im Weſten strategiſche Straßen angelegt werden ſollen, wurde angenommen. Während der Erörterung des 7ten Artikels, Fonds für die Straßen im Departement der Deux-Sevres betreffend, ſtieg plötzlich ein junger ziemlich gut gekleideter Mann auf das Geländer der Gallerie, und rief: „Hr. Präſident, ich verlange Gerechtigkeit...." Er wurde ſogleich durch ein allgemeines Gelächter unterbrochen. Der Präſident: Man arretire dieſen Mann ſogleich. Der Unbekannte: Aber Hr. Präſident, ich beleidige Niemanden, ich verlange Gerechtigkeit. Der Präſident: Huiſſiers, vollziehet die Befehle des Präſidenten. Ein Huiſſier trat in die nächſte Abtheilung der Gallerie, wo ſich der Sprechende befand, und wollte ihn faſſen, dieſer entſchlüpfte ihm aber auf dem ſchmalen marmornen Frieſe. Es erſchienen nun andere Huiſſiers auf den Gallerien, und einer derſelben, der etwas kecker war, verfolgte ihn auf ſeiner ſchmalen Bahn und faßte ihn, ſo daß man einen Augenblick fürchtete, ſie würden beide in die Kammer herunterfallen. Der Flüchtling wurde verhaftet, und warf, bevor man ihn abführte, ein Packet Papiere in den Gang. Der Präſident ſtellte einen Verhaftsbefehl aus, die Papiere wurden von den Secretären unterſucht. Das arretirte Individuum wurde auf den Poſten der Municipalwache gebracht. — (Der Nouvelliſte bemerkt, er heiße Parrault le Gonnet, ſei in Sachſen geboren, und Rechtslicenciat der Facultät von Dijon. Seine Schriften beſtänden größtentheils aus Suppliken an alle Miniſter und Unterſtützungsgeſuche. Er ſolle an Geiſteszerrüttung leiden. Man habe ihn nach kurzer Haft auf dem Poſten der Kammer wieder freigelaſſen. Der Meſſager ſagt, er gebe ſich für Ludwig XVII. aus.) — Es erfolgte noch eine lange Erörterung über das Verbot, Pflanzungen und Hecken in einer Entfernung von 20 Metres von den ſtrategiſchen Straßen im Weſten anzulegen, und die Kammer verwarf alle darauf bezüglichen Artikel. Der 15te Artikel, der einen Fonds von zwölf Millionen für die ſtrategiſchen Straßen anweiſt, wurde angenommen.

Berichte von Perpignan vom 29. Mai (im Nouvelliſte) melden, daß die Ruhe daſelbſt vollkommen hergeſtellt iſt. „Die gerichtliche Behörde," ſagt der Nouvelliſte, „verfolgt mit Thätigkeit die Inſtruction in Betreff der bedauernswerthen Ereigniſſe vom 26. Mai. Die Politik iſt derſelben völlig fremd; einige unruhige Köpfe hätten aber gern die durch die Beerdigung des Unglücklichen, der bei dieſer unſeligen Colliſion das Leben verlor, Statt gefundene Bekümmerniß zu Anſtiftung neuer Unordnungen benutzt; ihre Bemühungen ſcheiterten aber vor den durch die Behörden getroffenen Maaßregeln und vor der Unterſtützung, welche dieſen die Bevölkerung gewährte. Eine im erſten Augenblicke der durch dieſe Vorfälle hervorgebrachten Aufreizung verfaßte Klage ward an den Präfecten durch mehrere Einwohner der Stadt gerichtet. Der Präfect überſchickte ſie ſogleich an den königlichen Procurator.

Am 24. Mai verurtheilte der Aſſiſenhof von Bourbon-Vendee in contumaciam zum Tode: den Grafen Auguſt Larochejaquelin, die HH. de la Tour-du-Pin, Gouvernet Sohn, Duchilleau ältern Sohn, von St. Hubert Vater, von St. Hubert Sohn, von Clabat Vater, von Germont den ältern, von Germont den jüngern. Zur Deportation verurtheilte er die Frau Gräfinn Auguſte de la Rochejaquelin, Demoiſelle von Fauvrau, den Grafen Ludwig de la Rochejaquelin. Dieſe Perſonen und mehrere andere, 65 an der Zahl, ſind in derſelben gegen Madame durch den Generalprocurator Bouchet erlaſſenen Anklageacte begriffen, und wegen derſelben Thatſachen angeklagt.

Am 6. Juni 5Percents Fin Courant geſchloſſen zu 104 Fr. 60. 3Percents Fin Courant geſchloſſen zu 80 Fr. 45. — Am 7. Juni um 1¼ Uhr Nachmittags 5Percents 104 Fr. 40. 3 Percents (ohne Coupon) 78 Fr. 90.

Königreich beider Sicilien.

Se. k. k. Hoheit der Großherzog von Toscana ſind am 28. Mai Abends in Neapel eingetroffen, und in dem zu ſeiner Wohnung beſtimmten Pallaſte Chiatamone abgeſtiegen. — An demſelben Tage ſind auch II. kk. HH. der Prinz und die Prinzeſſinn von Salerno, mit Ihrer Tochter, und Se. königl. Hoheit der Graf von Syrakus, Statthalter Sr. Majeſtät des Königs in Sicilien, in Neapel angelangt. — Am 30., als am Namenstage Sr. Majeſtät des Königs, war Handkuß und und große Galla bei Hofe. — Die feierliche Vermählung Sr. k. k. Hoheit des Großherzogs mit Ihrer königl. Hoheit der Prinzeſſinn Marie Antonie beider Sicilien war auf den 7. Juni feſtgeſetzt.

Niederlande.

Durch eine königliche Verordnung vom 26. v. M. iſt feſtgeſetzt worden, daß fortan denen, welche ſich bei bedeutenden Ereigniſſen auf eine ehrenvolle Weiſe auszeichnen, ein allgemeines Unterſcheidungszeichen verliehen werden ſoll. Das Zeichen ſoll von Bronce ſeyn und die Form eines länglichen Viereckes haben, worauf in erhabener Arbeit eine kurze von einem Lorberzweig umgebene Inſchrift, welche ſich auf die Begebenheit bezieht, ſtehen ſoll. Bei Erlangung mehrerer dieſer Ehrenzeichen ſoll eines über dem andern getragen werden, nach der alsdann näher zu beſtimmenden Ordnung.

Aus der Provinz Seeland ſchreibt man vom 3. d. M.: „Die Ratification von Seiten unſerer Regierung läßt uns bereits Reſultate ſehen; das Kauffahrteiſchiff Pauline, einem Middelburgiſchen Handelshauſe gehörig, iſt vom Embargo befreit und liegt heute bei Deunloo vor Anker, von wo es wahrſcheinlich heute Abends nach ſeiner Beſtimmung abgehen wird; auch weiß man hier von guter Hand, daß das Schiff Peins van Oranje ebenfalls freigegeben worden, und bereits in Rotterdam angekommen iſt. Die belgiſchen Handelsfahrzeuge Pegaſus und Octavie, welche unter weißer Flagge auf der Rhede von Vliesſingen angekommen waren, konnten ungehindert ihre Reiſe nach Antwerpen fortſetzen, nur mußte die Octavie, als von einem verdächtigen Ort kommend, in Rammekens einige Tage Quarantaine halten."

Aus Vliesſingen wird gemeldet, daß daſelbſt der Befehl eingegangen ſei, den engliſchen und franzöſiſchen Schiffen die freie Fahrt auf der Schelde zu geſtatten.

Belgien.

Aus Antwerpen wird die Ankunft mehrerer Schif-

Digitized by Google

ſe gemeldet, denen holländiſcher Seits auf der Schelde keine Hinderniſſe mehr in den Weg gelegt worden waren.

Aus Brügge meldet man unterm 3. d. M., daß ſich auf der Höhe von Oſtende ein engliſches Schiff befinde, welches allen engliſchen und franzöſiſchen Kreuzern den Befehl ertheile, zurückzukehren, und die holländiſchen Schiffe ungehindert fahren zu laſſen.

Teutſchland.

Ueber die Studentenunruhen in Tübingen enthält die Stuttgarter Zeitung vom 11. Juni folgende weiteren Nachrichten: „Die Univerſitätsſtadt Tübingen iſt in der Nacht vom 6. auf den 7. d. M. der Schauplatz bedauerlicher Auftritte geweſen. Von einem Zechgelage aus einem Gaſthauſe außerhalb der Stadt heimkehrend, rückte Abends 10 Uhr ein Haufen von etwa 300 Studierenden, in militäriſchen Reihen geordnet, mit Geſchrei und Gebrüll in die Stadt ein, wo er zunächſt mit Fenſtereinwerfen und andern Gewaltthätigkeiten an dem Hauſe eines hochverdienten akademiſchen Lehrers den Tumult begann. Keine Ermahnungen, keine Warnungen, keine Befehle der herbeigeeilten Univerſitäts- und Polizeibeamten fruchteten; Scenen des gröbſten Unfugs aller Art, der Unbotmäßigkeit, mit mannigfachen Drohungen verbunden, wiederholten ſich fort und fort an verſchiedenen Puncten der Stadt, bis es ſogar zu Thätlichkeiten gegen das Polizeiperſonal und gegen den Rector der Univerſität und den Stadtdirector kam. — Erſt Morgens um 2 Uhr endigte der Tumult, nachdem mehrere der Hauptanführer verhaftet und in das Gefängniß abgeführt worden waren. Die Unterſuchung der ganzen Sache iſt an die zuſtändige Gerichtsbehörde übergeben. — Zu Mitwirkung in Herſtellung und Erhaltung der nach dem Urtheil der Behörden dermalen im Allgemeinen, ſo wie insbeſondere in Folge dieſes Vorgangs geſtörten und noch weiter bedrohten öffentlichen Ordnung und Ruhe in der Univerſitätsſtadt und zu Sicherung eines ungeſtörten Fortganges der vorausſichtlich ſich weit ausdehnenden Unterſuchung in dieſer Sache, auch zu Bewachung der Verhafteten, iſt die Abordnung eines Bataillons Infanterie vom 6ten Regiment unter dem Befehle des Oberſtlieutenants von Miller für angemeſſen erachtet worden, welches heute in Tübingen eintreffen wird und bis auf weitern Befehl daſelbſt zu verbleiben hat.“

Ungarn.

Die Preßburger Zeitung vom 14. Juni meldet: „Se. k. k. Majeſtät haben mit allerhöchſter Entſchließung vom 31. Mai d. J. dem Vicepalatin und Adminiſtrator der Obergeſpanswürde des Peſther Comitats, Pancratius Somſich von Sáard, die erledigte Stelle des Präſidenten der königl. Gerichtstafel von Ungarn und Stellvertreters der perſönlichen Gegenwart des Königs in den Gerichten allergnädigſt zu verleihen geruht. Die feierliche Einführung desſelben bei der hohen königlichen Gerichtstafel iſt am 11. d. M. hier in Preßburg, unter dem üblichen Ceremoniel vor ſich gegangen, und gleich darauf hat Hr. von Somſich, der die Stelle des königlichen Perſonals bereits ſeit zwei Monaten proviſoriſch bekleidete, der 53ſten ſtändiſchen Reichstagsſitzung als wirklicher Perſonal präſidirt. Beim Eintritt in den gedrängt vollen Saal ward derſelbe mit freudiger Acclamation lebhaft begrüßt, und während der von ihm mit Kraft und Feuer geſprochenen Antrittsrede oftmal durch rauſchende Beifallsbezeigungen unterbrochen. Auch die claſſiſche Rede des hochwürdigſten Praelatus Tabulae, Domherrn Georg von Németh, als Antwort Namens der Ständetafel, machte den lebhafteſten Eindruck auf die Verſammlung, der mehrmals in allgemeinen Applaus ausbrach.“

Ferner meldet die Preßburger Zeitung vom obgedachten Tage: „Seit den für Preßburg angſtvollen Tagen während der Belagerung im Jahre 1809 haben ſeine Bewohner keine beſorglichere, gefahrdrohendere Nacht erlebt, als die verfloſſene, und dankbar preiſt jetzt alles die gütige Vorſehung für die glücklich abgewendete Gefahr und überſtandene Kümmerniß. Die enorme Hitze am vorgeſtrigen Tage und der zugleich wolkenbedeckte Himmel ließen zwar ein Unwetter erwarten; allein die ſchon gegen 7 Uhr Abends eintretende Kühle machte glauben, daß dasſelbe in der Ferne niedergegangen ſei. Gegen 9 Uhr erhob ſich ein ſtarker Wind mit Regen, dem ein ſchwaches Wetterleuchten voranging; aber gegen 10 Uhr fuhr ein heftiger Blitzſtrahl durch die rabenſchwarze Nacht, und ein unmittelbar darauf folgender furchtbarer Donnerſchlag erfüllte die Gemüther mit Schrecken. Wenige Minuten darauf ertönte Feuerruf; jener erſte Blitzſtrahl, dem nur noch einige mit ſchwächeren Donnerſchlägen folgten, war in die Spitze des Domthurms zu St. Martin gefahren und hatte gezündet. Die ſchleunigſte und thätigſte Hülfe der Bürger konnte dem Feuer nicht Einhalt thun; die Kuppel mußte der Verheerung preisgegeben werden und alle Anſtrengung ſich darauf beſchränken, dem Weitergreifen des Feuers in dem Thurme ſelbſt möglichſt Schranken zu ſetzen. Es war ein entſetzender Anblick, die Flammen in dem Fachwerk der Kuppel wüthen und das Kupfer der Bedachung erglühen zu ſehen; aber noch peinigender war die Wahrſcheinlichkeit, daß die umherſprühenden Funken oder das Herabſtürzen der brennenden Kuppel die Dächer der benachbarten Häuſer einſchlagen und dieſe anzünden werde. Der Einſturz erfolgte auch gegen 1 Uhr nach Mitternacht mit furchtbarem Getöſe, ſchlug einen Theil der Bedachung der Kirche ein, fiel jedoch glücklicher Weiſe auf einen freien Platz vor derſelben, wo die brennenden Balken und das glühende Kupferdach bald gelöſcht wurden. Die nach dem Herabſtürzen der Kuppel auf dem Thurme auflodernden Flammen verbreiteten eine Helle in der Stadt, die die finſtere Nacht zum Tage machte und die Beſorgniß der Bewohner für das Umſichgreifen des Feuers noch erhöhte. Gottes Güte hat indeſſen das gefürchtete Unglück abgewandt und die Verheerung auf die Kuppel beſchränkt; der Thurm, ja ſelbſt die Uhr und die Glocken ſind unbeſchädigt geblieben. Die Gegenwart Sr. kaiſerl. Hoheit des durchlauchtigſten Hrn. Erzherzogs Reichspalatinus, der hohen Generalität und unſerer ſtädtiſchen Behörden, ſo wie das Aufſtellen des k. k. Militärs, erhielten während der Gefahr und bis zur Beſeitigung derſelben die beſte Ordnung.“

Am 15. Juni war zu Wien der Mittelpreis der Staatsſchuldverſchreibungen zu 5 pCt. in CM. 94 4/5; detto detto zu 4 pCt. in CM. 86 1/2; Darlehen mit Verlooſ. v. J. 1820, für 100 fl. in CM. —; detto detto v. J. 1821, für 100 fl. in CM. 134 13/16; Wiener Stadtbanco-Obligat. zu 2 1/2 pCt. in CM. 54; Kurs auf Augsburg für 100 Gulden Curr., Gulden 95 3/4 Br. Uſo. 2 Monat. — Conv. Münze pCt. —; Bankactien pr. Stück 1244 7/10 in C. M.

Hauptredacteur: Joſeph Anton Edler von Pilat.

Verleger: Anton Strauß ſel. Witwe in der Dorotheergaſſe Nr. 1108.

Digitized by Google

Nro. 168

Oeſterreichiſcher Beobachter.

Montag, den 17. Juni 1833.

ZEITUNG 1833

Meteorologiſche Beobachtungen vom 15. Juni.	Zeit der Beobachtung	Barometer auf 0 Reaumur reducirt. Pariſer Maß.	Barometer Wiener Maß.	Thermometer Reaumur.	Wind.		Witterung.
			Z. L. P.				
	8 Uhr Morg.	27.257	28 0 2	+ 14.0	W.	ſchwach.	trüb.
	3 Uhr Nachm.	27.352	28 1 4	+ 16.0	W.	—	Regen.
	10 Uhr Abnds.	27.409	28 2 0	+ 12.0	WNW.	—	—

Großbritannien und Irland.

In der Sitzung des Oberhauſes vom 4. Juni überreichte Lord St. Vincent Bittſchriften gegen die von den Miniſtern im Unterhauſe vorgeſchlagenen Maaßregeln zur Abſchaffung der Sclaverei, und erörterte bei dieſer Gelegenheit die Einwendungen, welche man verſchiedentlich gegen das Recht der Pflanzer auf die Sclaven, als auf ein Eigenthum, vorgebracht hatte. Er ging auf den Urſprung des Sclaveneigenthums zurück. Der Sclavenhandel habe ſchon zur Zeit der Königinn Eliſabeth exiſtirt, und unter der Regierung Wilhelms III. ſei eine Acte zur Ermunterung des afrikaniſchen Handels durchgegangen, welche, während ſie faſt jeden andern Handelsartikel beſteuerte, die Einfuhr der Neger keinem Zoll unterwarf. Unter Georg III. ſei ein Geſetz erlaſſen, wodurch Fremde ſowohl als Engländer aufgefordert worden wären, ihr Geld in Colonialſicherheiten anzulegen, und dieſe Sicherheiten habe man durch „Ländereien und Sclaven" bezeichnet. Im Vertrauen auf jene Acte hätten Verpfändungen Statt gefunden, und das Parlament würde daher nicht billig zu Werke gehen, wenn es bei den Arrangements zur Befreiung der Sclaven keine Rückſicht auf die Anſprüche der Pfandgläubiger und Schuldner nähme. In einer andern, unter der Regierung Georgs III. erlaſſenen wichtigen Acte, er meine die Regiſtrationsacte, ſei das Recht des Sclaveneigenthums ausdrücklich anerkannt worden. Er habe in dieſem Hauſe oft die Behauptung aufſtellen hören, daß die weſtindiſchen Eigenthümer kein abſtractes Recht auf die Sclaven hätten; nun könne er aber nicht begreifen, was ein abſtractes Recht heiße, wenn es im Widerſpruch mit den Landesgeſetzen ſtehe. Das gemeine Recht und das Geſetzbuch wären die Grundlage jeder Art von Eigenthum; wenn man einmal den Lehrſatz vom abſtracten Rechte aufſtelle, wo ſolle man dann inne halten? Das ganze geſellſchaftliche Gebäude würde in Stücke zerfallen, wenn man den Keil des abſtracten Rechtes hineinſchlagen wolle. Wenn nun das Recht der Pflanzer auf die Neger feſtſtehe, ſo könne man ihnen daſſelbe nicht entziehen, ohne ihnen volle Entſchädigung dafür zu leiſten. Er halte es für das Zweckmäßigſte, Commiſſarien nach den Colonien zu ſenden, um ſich mit den dortigen Legislaturen über die Art und Weiſe der Entſchädigung zu verſtändigen. — Der Graf von Ripon ſagte, er wolle ſich nicht auf eine Erörterung des Rechtes derer einlaſſen, welche ſo unglücklich wären, ein Eigenthum in Sclaven zu beſitzen, aber er könne nicht umhin, zu bemerken, daß alle menſchlichen Gefühle, und alle jene Grundſätze, welche ewig wahr ſeyn müßten, ſich dagegen auflehnten, daß ein Eigenthum in Land oder ſonſtigen lebloſen Dingen einer uneingeſchränkten Gewalt über Perſonen gleichgeſtellt werden könne. Da indeſſen frühere Geſetze die Rechtmäßigkeit des Eigenthums in Sclaven feſtſtellten, ſo müſſe allerdings eine Entſchädigung Statt finden, und da die Abſchaffung der Sclaverei eine Verbeſſerung der allgemeinen Inſtitutionen des Landes wäre, ſo ſei es auch nicht mehr als billig, daß das ganze Land zu jener Entſchädigung beitrage. Sobald die beſondere Maaßregel zur Abſchaffung der Sclaverei dem Hauſe vorliegen werde, gedenke er zu beweiſen, daß die ſorgfältigſte Prüfung der Umſtände zu der Ueberzeugung geführt habe, daß die Zeit, welche keine menſchliche Kraft mehr verzögern könne, gekommen ſei, wo das Parlament die Frage zu einer ſchließlichen Erledigung führen müſſe. — Der Herzog von Wellington überreichte eine ähnliche Bittſchrift. Dieſelbe, ſagte er, ſei von 1960 Perſonen unterzeichnet, unter denen ſich ſechzehn der erſten Londoner Bankiers befänden, und es werde darin die Aufmerkſamkeit der Geſetzgebung auf die nachtheiligen Folgen gelenkt, welche nicht allein für die Bittſteller, als einen Theil des Handelsſtandes, ſondern für die öffentlichen Intereſſen im Allgemeinen, aus jedem Plane hervorgehen müßten, der eine Veränderung der auf den weſtindiſchen Colonien beſtehenden Verhältniſſe zum Zweck habe. Er bekenne, fügte der Herzog hinzu, daß die Wahrſcheinlichkeit ſolcher nachtheiligen Folgen ihn mit großer Beſorgniß auf den vorgeſchlagenen Plan der Miniſter blicken laſſe. Beim Ueberreichen dieſer Bittſchrift beabſichtige er indeſſen nicht, ſich dem Fortſchreiten jenes Planes zu widerſetzen, ſondern er wünſche nur Ihre Herrlichkeiten zu veranlaſſen, langſam und allmählich, und beſonders in Uebereinſtimmung mit den Coloniallegislaturen zu Werke zu gehen. Die Bittſteller ſchilderten den Verluſt, welcher nicht allein für ſie, ſondern auch für den öffentlichen Schatz aus jeder übereilten Zerſtörung des gegenwärtigen Syſtems entſtehen müſſe. Er glaube nicht, daß die Bittſteller die Wichtigkeit der Colonien für das Mutterland überſchätzten. Nach beſter Erwägung des Gegenſtandes nehme er keinen Anſtand, zu behaupten, daß die weſtindiſchen Colonien jährlich für England nicht weniger als 12 Millionen Pf. St. werth wären. Davon fielen der öffentlichen Einnahme durch Zölle 5 Millionen anheim, die hier anſäſſigen weſtindiſchen Eigenthümer erhielten davon nicht viel mehr als zwei Millionen; das Uebrige fiele den Kaufleuten und Schiffseigenthümern zu, welche mit Weſtindien handelten. Wo ſo bedeutende Intereſſen auf dem Spiele ſtänden, da müſſe man mit der äußerſten Vorſicht zu Werke gehen. Die große Frage, deren Entſcheidung es gelte, ſei, ob durch freie Arbeit die Bearbeitung des Bodens möglich ſei, und ob Neger und Weiße in einem Zuſtande gleicher Freiheit neben einander beſtehen könnten? Er behaupte, daß dieß nicht möglich ſei, und rufe die Erfahrung zum Zeugen an. Die Erfahrung habe auch gezeigt, daß es thöricht ſei, zu erwarten, der freie weſtindiſche Neger werde

Digitized by Google

eben ſo lange und ſo thätig arbeiten, als er es jetzt thue. Die vorgeſchlagenen Maaßregeln der Regierung ohne vollkommene Mitwirkung der Coloniallegislaturen in Ausführung zu beingen, ſei unmöglich. Jene Maaßregeln würden nur nach Verlauf einer geraumen Zeit, und nicht ohne bedeutende Koſten ins Leben treten konnen. Er hoffe, daß man nicht unvorſichtig und übereilt verfahren werde. Wenn die Emaneipation übereilt und ohne Mitwirkung der Coloniallegislaturen betrieben werde, ſo müſſe man Auftritte erwarten, wie ſie in den franzoſtſchen Colonien ſich ereignet hätten. — Der Lordkanzler überreichte mehrere Bittſchriften zu Gunſten der Selaven-Emancipation und begleitete dieſelben ebenfalls mit einigen Bemerkungen. Der edle Herzog, ſagte er, habe geäußert, daß die Colonien dem Schatze jährlich 5 Millionen einbrächten. Der Schatz würde aber dieſelbe Summe einnehmen, wenn der Zucker von der Colonien eingeführt, und in gleichem Maaße und unter gleichen Umſtänden in England conſumirt würde. Eben ſo moge ſich auch der edle Herzog überzeugt halten, daß die engliſchen Kaufleute und Rheder auch anderweitigr Beſchäftigung finden würden. Er ſtimme übrigens mit dem edleu Herzog darin überein, daß, je mehr die Coloniſten dahin gebracht werden könnten, mit der brittiſchen Legislatur übereinzuſtimmen, je vortheilhafter es für den Plan der Regierung ſeyn würde; aber er konne nicht zugeben, daß es nothwendig der Einwilligung der Coloniallegislaturen bedürfe, um die brittiſche Regierung zu veranlaſſen, die große und wichtige Pflicht zu erfullen, welche ſie gegen den Selaven, gegen den Herrn und gegen das Land übernommen hätten. Die bloße Abſendung ſolcher Reſolutionen, wie geſtern Abends im Unterhauſe glücklicher Weiſe ohne Abſtimmung angenommen worden wären, müßte ſich als ſehr vorthei[illegible]ſt erweiſen, indem die Coloniſten dadurch einen Beweis von der Uebereinſtimmung, welche hinſichtlich dieſes Gegenſtandes herrſchte, erhielten. Aber ſo lange man die Hoffnung oder den Wahn näh[illegible]en konne, daß das Oberhaus ſich einer Erledigung der Frage widerſetzen werde — welcher Erwartung Ihre Herrlichkeiten hoffentlich ſchleunig ein Ende machen würden — ſo lange konne man nicht mit Gewißheit auf eine aufrichtige Mitwirkung der Coloniallegislaturen rechnen.

Die Windſor-Zeitung vom 4. Juni meldet: „Mit tiefem Bedauern müſſen wir anzeigen, daß der Prinz Georg von Cumberland, der am vorigen Montag ſein funfzehntes Jahr erreichte, ſeit Kurzem ſein Geſicht gänzlich veeloren hat. Dieſer traurige Umſtand wird es hinlänglich erklären, weßhalb Se. konigl. Hoheit in der letzten Zeit gar nicht offentlich erſchien und an den von Ihren Majeſtäten veranſtalteten geoßen Feſtlichkeiten nicht Theil nahm.“

Conſols am 6. Juni 90 5/8, 7/8.

Vereinigte Staaren von Nordamerika.

Die Newyorker Blätter vom 11. Mai erzählen von einer geoben Beleidigung, die dem Präſidenten Jackſon von einem Lieutenant Randolph widerfahren iſt. Der Präſident begab ſich mit einer großen Geſellſchaft an Bord eines Dampfbootes, um der Legung des Grundſteines zu einem Denkmahle beizuwohnen, das der Mutter des Generals Waſhington zu Alexandria errichtet werden ſoll. Lieutenant Randolph kam an Bord, beſchuldigte den Präſidenten, daß er alle ſeine Ausſichten zerſtort habe, indem er ihn aus der Marine entlaſſen und ſeinen Namen verunglimpft habe. Bei dieſen Worten ergriff er den Präſidenten bei der Naſe, und zerrte ſie, bis Blut floß. Er erhielt indeß ſogleich mehrere Streiche von dem Gefolge des Präſidenten, ward ergriffen und ans Ufer grbracht, wo er noch von einigen Umſtehenden mißhandelt wurde. Der Vorfall erregte natürlich großes Aufſehen, und eine Verſammlung ward ſogleich zu Alexandria zuſammenberufen, um an den Präſidenten deßhalb eine Adreſſe zu richten.

Polen.

Se. Majeſtät der Kaiſer haben unterm 2. April an den Miniſter des Innern des Kaiſerriches folgendr Verordnung hinſichtlich der Gefangenen der ehemaligen polniſchen Armee erlaſſen: „Als Ich durch Mein Manifeſt vom 20. October 1831 allen Einwohneen des Konigreiches Polen, die ſich durch die Intriguen der Ausrühreer und durch den Drang der Umſtände zur Theilnahme an dem Aufſtande hatten hinreißen laſſen, eine allergnädigſte Amneſtie bewilligte, ſchloß Ich von dieſer Wohlthat die höheren Offiziere der ehemaligen polniſchen Armee nicht aus. Ohne Rückſicht auf das volle Gewicht ihrer Veeſchuldung, die um ſo großer war, als ſie die Heiligkeit des auf ſie geſetzten Vertrauens geſchändet und die ihnen anvertraute Gewalt gegen die rechtmäßige Regierung gebraucht hatten, wurde ihnen gleiche Huld, wie den minder Schuldigen, zu Theil. Ihrr ganze Strafe beſchränkte ſich darauf, daß ſie in das Innere von Rußland abgeſührt wurden. Jetzt, da mit dem gottlichen Beiſtand und durch die ausdauernden Beſtrebungen der Regierung die frühere Wohlfahrt im Konigreiche Polen immer ſichtbarer wieder hervortritt und dieſes Land ſich von Neuem des inneren Glückes zu erfreuen anfängt, welches vor der Revolution unter allen Standen herrſchte, glaube Ich, daß dieſen Perſonen, ſo wie überhaupt allen kriegsgefangenen Generälen, Offizieren aller Grade und Militärbeemten der ehemaligen polniſchen Armee, die bisher in Rußland zurückgehaleen wurden, mit Ausnahme derer, welche in der kaiſeel. ruſſiſchen Armee Dienſte genommen haben, die Rückkehr in ihr Vaterland geſtattet werden kann. Ich bin vollkommen überzeugt, daß ſie, ſobald ſie an den Segnungen Theil nehmen, unter denen ihr von den Revolutionsgräueln erlöſtes Vaterland von Neurm emporbluht, die Güte und Großmuth der Regierung in ihrer ganzen Macht fühlen, und ſich, ein Jeder in ſeinem Keeiſe, bemühen werden, ſich als wahrhaft nützliche Mitglieder der menſchlichen Geſellſchaft, als unerſchütterlich in ihrer Treue und Anhänglichkeit an den Thron zu erweiſen, und daß ſir bei ſtrenger Unterwürfigkeit unter die rechtmäßige Gewalt beharren werden. Deßhalb trage Ich Ihnen auf: 1) Durch die Orts-Civilgouverneure allen Generälen, den Offizierrn aller Grade der ehemaligen polniſchen Armee und den Perſonen aus andern Ständen, dir nach der Einnahme von Warſchau aus dem Königreiche Polen entfernt wurden, ſo wie den nicht in ruſſiſche Dienſte genommenen polniſchen Keiegsgefangenen, dieſe allergnädigſte Amneſtie und die Erlaubniß zur Rückkehr in ihr Vaterland zu verkündigen. 2) Ausgenommen ſind: a) der Diviſionsgeneral Krukowiecki von der ehemaligen polniſchen Armee und der Brigadegeneral Fürſt Michael Radziwill, die ſich erkuhnten, den Oberbefehl über die Inſurgentenarmer zu übernehmen und dieſelde gegen die kaiſerl. ruſſiſchen Truppen zu führen; dieſe ſollen bis auf weitere Verfügung an ihren jetzigen Aufenthaltsorten verbleiben; b) 15 Offiziere und Individuen niedrigeren Ranges, von denen Einigr vor Gericht ſtehen oder in Unterſuchung befindlich ſind, Andere wegen Vergehen, dir ſir während ihres Aufenthaltes in Rußland verübten, durch Abführung nach entfernten Gegrnden beſtraft wurden; dieſr Leute, hinſichtlich deren nach beendigtem gerichtlichen Verfahrrn oder nach beendigter Unteeſuchung eine beſondere Verordnung erfolgen wird, ſollen in ihree jetzigen Lage verbleiben. 3) Unver-

Digitized by Google

züglich die nöthigen Anſtalten zur Rückkehr dieſer Perſonen in das Konigreich Polen zu treffen, die dazu erforderlichen Ausgaben auf Rechnung der Fonds des Konigreiches Polen aus dem Schatz des Kaiſerreiches zu nehmen und dieſe Veranſtaltungen Mie zue Beſtätigung vorzulegen. 4) Den Statthalter des Königreiches Polen von der bevorſtehenden Rückkehr der erwähnten Perſonen nach dem Konigreiche Polen zu benachrichtigen, damit derſelbe ſeinrr Seits zu dieſem Zweck die geeigneten Verfügungen treffen kann."

Frankreich.

Das Journal des Debats gibt in einem Schreiben aus Rhodez vom 1. Juni folgende Details über das ruchloſe, in dieſer Stadt von den italieniſchen Sectireen verübte Attentat: „Ein ſchreckliches Verbrechen hat Beſtürzung und Entſetzen in unſerer Stadt verbreitet. Geſtern um 2 Uhr Nachmittags befanden ſich drei italieniſche Flüchtlinge, Emiliani, der Advocat Lazzoreschi und ein gewiſſer Gavioli zuſammen im Caves'ſchen Kaffehhauſe. Letzterer ſtürzt plotzlich auf Lazzoreschi los, ſtoßt ihm ſein Stilet ins Herz und zieht es wieder heraus, um dem Emiliani den Todesſtreich zu verſetzen. Die Frau dieſes letzteren, die neben ihm ſaß, warf ſich ganz außer ſich auf den Mörder, der ihr den vom Blute ihres Gatten gerotheten Dolch in die Bruſt ſtoßt. — Nach dieſem dreifachen Morde ſtürzt Gavioli haſtig aus dem Hauſe. Emiliani nnd ſeine Frau beſitzen noch ſo viel Kraſt, um einige Scheitte zu gehen, und um Hülſe zu rufen. Die blutige Seene ging mit Blitzesſchnelle vor ſich. Die Leute aus der Nachbarſchaft, von Entſetzen ergriffen, ſetzen dem Mörder nach; er flieht durch die Straßen Saint-Juſt und de la Bulliere, und ſchlägt den ſchmalen Pfad ein, der zur Mühle des Beſſes führt; hier ſetzt er über den Aveyron und erklettert den ſteilen Abhang, der ſich am entgegengeſetzten Ufer emporthürmt. Einige junge Leute ſetzen ihm nach, drängen ihn; eine ungeheuer große Dogge wird auf ihn gehetzt. Er hat bereits den Gipfel des Abhanges erklettert; ein junger Menſch, gelenkiger als die übrigen, ſteht auf dem Puncte, ihn zu packen. Der wilde Italiener dreht ſich um, und zückt den Dolch gegen ihn. Nun entſpinnt ſich ein Kampf mit Steinwürfen, den unſer unerſchrockener Landsmann muthig beſteht. Mittlerweile kommen Andere ihm zu Hülſe, und Gavioli ſieht ſich gezwungen, ſich zu ergeben. — Er wurdr von dieſer kleinen Truppe von Bürgern, die mehr denn Eine Gefahr hierbei zu beſtehen hatte, und deren Benehmen die tiefe Indignation beweist, die ein ſo feiges Attentat ihnen einflößte, nach der Stadt geführt. — Lazzoreschi iſt auf der Stelle an ſeinen Wunden geſtorben; Emiliani lebte nur wenige Augenblicke nach empſangenem Todesſteeiche; die ſeiner Frau beigebrachte Wunde iſt ſehr gefährlich. — Emiliani und Lazzoreschi, denen wenige Tage zuvor ſchon aufgelauert worden war, hatten eben am Morgen des Tages, an welchem die ruchloſe Mordthat verübt wurde, vor Gericht Anzeige gegen die ihnen Nachſtellenden gemacht. — In Folge dieſes ſchrecklichen Ereigniſſes ſollrn am Abend vorher mehreee Italiener verhaftet worden ſeyn."

In der Sitzung der Pairskammer vom 6. Juni erſtattete Graf Guilleminot Commiſſionsbericht über die griechiſche Anleihe, und trug auf Annahme derſelben an. Darauf folgte die Abſtimmung über das Tilgungsgeſetz, das mit 90 gegen 1 Stimme angenommen wurde.

In der Sitzung der Deputirtenkammer vom 6. Juni wurde in der Erörterung des Entwurfes zur Vollendung der Denkmählee fortgefahren. Durch den 16ten Artikel wurden 2,800,000 Fr. zur Vollendung des Syſtems der Leuchtthürme bewilligt. Durch den 17ten Artikel wurde eine Summe von 500,000 Fr. zu Verſuchseiſenbahnen von Paris in der Richtung nach Straßbueg und nach Marſeille bewilligt. Der 18te Artikel: „Es ſoll allmählich zu den oben erwähnten Arbeiten, die ſich im Ganzen auf 119,500,000 Fr. belaufen, durch folgende Mittel geſorgt werden: Durch eine zum Voraus erhobene Summe von Renten auf den Betrag der durch die Tilgungseaſſe zurückgekauften Renten. Die ſo zum Voraus erhobenen Renten ſollen neuerdings mit Zinſengenuß vom 22. September 1833, und unter Bedingungen, welche der Finanzminiſter für die zweckmäßigſten erachten wird, emittirt werden. Der Ertrag der Negociation ſoll wahrend der Dauer der Aebeiten im Schatze niedergelegt und zum Credit einer für den Miniſter des Handels und der offentlichen Arbeiten eroffneten Rechnung mit 4 Percent Zinſen zum Vortheile dieſer Rechnung geſchlagen werden." wurde angenommen. Das von Hrn. Pelet (de la Lozère) vorgeſchlagene Amendement: „Die Fonds, welche jährlich zur Verfügung des Miniſters des Handels und der offentlichen Arbeiten geſtellt werden, ſollen ein beſonderes Capitel in dem Budget dieſes Miniſters ausmachen," wurde angenommen. Der 20ſte Aetikel: „Der Finanzminiſter iſt ermächtigt, in das große Buch der öffentlichen Schuld die nothigen Summen zur Realiſirung des Capitals von 93,200,000 Fr. einteagen zu laſſen. Dieſe Renten konnen nur mit Publicität und Concurrenz, wie bei Anleihen, veräußert werden. Art. 21. Die Fonds, welche aus dee im vorigen Artikel ermächtigten Renten-Negociation hervorgehen, ſollen in jedem Jahre auf der Einnahme bis zum Betrage der in derſelben Zeit erfolgten Zahlungen auf den durch gegenwärtiges Geſetz eroffneten Specialerediten in Rechnung gebracht werden. Art. 22. Die Dotation der Tilgung ſoll mit einem Hunderttheile des Nominalcapitals der Rente vermehrt werden. Art. 23. Fünf Millionen fünfpercentiger durch die Tilgungscaſſe eingekaufter und im Schatze im Namen dieſer Anſtalt eingeſchriebener Renten ſollen aus dem geoßen Buchr der öffentlichen Schuld definitiv als Capital geſtrichen werden," wurden angenommen. Hr. Duchatel entwickelte einen Zuſatzartikel, der ebenfalls angenommen wurde, lautend: „Auf die durch gegenwärtiges Geſetz eröffneten Credite ſollen folgende Fonds, unter dem Titel von Zuſchußerediten für 1833, zur Verfügung des Handelsminiſters geſtellt werden: Denkmähler von Paris 3,750,000 Fr., Unterhaltung von Straßen 1,000,000, Straßenlücken 2,000,000, Straßen im Weſten 500,000, Veeſuche zu Eiſenbahnen 250,000, Leuchtthurme 500,000 Fr." Ein Amendement des Hrn. Deleſſert, das anfangs aus Unachtſamkeit der Kammer ganz angenommen ward, wurde ſpätee wieder zurück und nur zur zweiten Hälfte angenommen. Es lautet: „Die Hälfte der Honorarien und Entſchädigungen der Architekten ſoll zurückgelegt und ihnen erſt bei volliger Beendigung der Arbeiten bezahlt werden; auch ſoll ihnen kein Honorar und keine Entſchädigung über den Anſchlagspreis hinausbezahlt werden." Die Kammer nahm dann das ganze Geſetz mit 228 weißen gegen 83 ſchwarze Kugeln an, und begann noch die Erorterung des von der Pairskammee zurückgekommenen Expropriationsgeſetzes.

Zu Montpellier ſind am 2. Juni unruhige Auftritte vorgefallen, wobei mehrere Perſonen verwundet wurden. Abends war die Ruhe wieder hergeſtellt.

Der Gazette de France zufolge, ſollte die Frau Herzoginn von Berry am 8. Juni Morgens die Reiſe von Blaye nach Palermo antreten.

Am 7. Juni 5Percents Fin Courant geſchloſſen zu 104 Fr. 50. 3Percents Fin Courant geſchloſſen zu 78 Fr. 75. — Am 8. Juni um 1¼ Uhr Nachmittags 5Percents 104 Fr. 50. 3Percents 78 Fr. 85.

Niederlande.

Der Oberſt Omphall, Adjutant Sr. Majeſtät des Königs, wird ſich in der Eigenſchaft eines königlichen Commiſſarius mit dem Dampfboote nach St. Omer begeben, um einige Anordnungen hinſichtlich der nach ihrem Vaterlande zurückkehrenden holländiſchen Kriegsgefangenen zu treffen.

Der Staatsminiſter Baron Six van Oterleek iſt am 3. Juni in Utrecht mit Tod abgegangen.

Belgien.

Am 5. Juni war zur Feier der Ankunft des Herzogs von Orleans ein großes Diner in Laeken, zu dem die Geſandten Englands und Frankreichs eingeladen waren.

Dem Vernehmen nach, beſchäftigt man ſich im Kriegsminiſterium mit dem Plane, die Armee um 40,000 Mann zu reduciren.

Am 5. Juni ward die freie Scheldeſchifffahrt durch das von Braſilien kommende belgiſche Schiff Octavie eröffnet. Dieſes Schiff wurde nicht begleitet und kein Hinderniß ſtellte ſich ſeiner Fahrt entgegen. Der Admiral Gobius zu Vlieſſingen ließ ſelbſt den Capitän wiſſen, daß er den Fluß hinauffahren könnte, allein unter weißer Flagge; wenn er ſeine belgiſche Flagge zeigte, würde man ihm zweifelsohne Schwierigkeiten machen, und ihm ſogar die Vorüberfahrt verwehrt werden. Erſt auf dem belgiſchen Gebiete, am Fort la Croix, zog der Capitän die belgiſche Flagge auf. — Wahrſcheinlich wird es ſich mit der Schifffahrt auf der Maas eben ſo verhalten.

Teutſchland.

Se. Hoheit der Kurprinz und Mitregent von Heſſen haben gnädigſt geruht, den Oberſteuerdirector Meiſterlin, den Regierungsrath Koch und den Regierungsaſſeſſor Müller zu landesherrlichen Commiſſarien für die gegenwärtige Ständeverſammlung zu beſtellen, ſo wie dem Landtagsabgeordneten Bürgermeiſter Schomburg, zum Präſidenten, und den Landtagsabgeordneten Obergerichtsrath Dedolph, zum Vicepräſidenten der Ständeverſammlung zu ernennen.

Se. Excellenz der k. k. Bundespräſidialgeſandte, Graf von Münch-Bellinghauſen, iſt am 9. Juni Morgens von Wien in Frankfurt eingetroffen.

Ueber die in der Nacht vom 6. auf den 7. Juni in Tübingen vorgefallenen Ereigniſſe meldet die Allgemeine Zeitung aus Stuttgart vom 10. Juni: „Eine Anzahl Studenten von der Partei, welche die Tradition der teutſchen Burſchenſchaft unter ſich erhalten hat, widmete den Nachmittag des Donnerſtags, an welchem, als ſogenannten dies academicus, keine Vorleſungen Statt finden, in einem bekannten, vor der Stadt gelegenen Bierhauſe einem Gelage, an welchem Tübinger Bürger — man ſagt nicht wie viele, noch welcher Claſſe — Theil nahmen. Die Behauptung, als habe das Gelag eine Erinnerungsfeier an das am 6. Juni v. J. in den Straßen von Paris vorgefallene Gefecht ſeyn ſollen, laſſen wir dahin geſtellt; ſo viel iſt gewiß, daß Lieder geſungen und Toaſte ausgebracht wurden, wie ſie faſt überall auf den teutſchen Hochſchulen die Ausbrüche des jugendlichen Uebermuthes begleiten, ſeit der alte akademiſche Geiſt in den Befreiungskriegen ſeine Unſchuld verloren hat, und nachdem er den Paroxismus der Säcularfeier der Reformation durchgemacht, in das Fieber von 1830 verfallen iſt. Der größte Theil der Geſellſchaft begab ſich Nachts 10½ Uhr nach Hauſe; da gerieth der Haufe, an der Wohnung des Kanzlers von Autenrieth angelangt, plötzlich durch die Kunde in Allarm, es ſei von dieſem Hauſe herab ein Stein auf die Vorübergehenden geſchleudert wurden. Dieß, offenbar ein Irrthum oder eine abſichtliche Lüge, bewaffnete alsbald die in doppelter Hinſicht Aufgeregten mit Steinen, welche gegen das Haus geſchleudert wurden. Als im Verfolge weiterer Exceſſe einige der Lärmendſten zur Haft gebracht werden ſollten, widerſetzten ſich ſowohl dieſe als ihre Commilitonen, trotz der Aufforderungen des Rectors, Profeſſors Herbſt und des Stadtdirectors. Ihre Widerſetzlichkeit beſchränkte ſich indeſſen neben Geſchrei und Drohungen darauf, daß aus der Ferne Steine gegen die Behörden und die Polizeiſoldaten geſchleudert wurden; ein ernſtlicher Verſuch, die Verhafteten gewaltſam zu befreien, hätte, da in Tübingen ſich keine eigentliche bewaffnete Macht, ſondern außer den Pedellen nur eine kleine Anzahl Polizeiſoldaten befindet, nicht mißlingen können. Wer die teutſchen Univerſitäten kennt, wird es für dieſen Vorfall, wie überhaupt für alle akademiſchen Unruhen, die in der neueſten Zeit ſich nur relativ anders geſtalten als früher, ſehr characteriſtiſch finden, daß Mehrere derer, an welche die Behörden Hand gelegt hatten, auf das ernſte, aber freundliche Zureden des Stadtdirectors, eines als ſehr nachſichtig bekannten Mannes, die Bürger und ihre Kameraden feierlich zu Zeugen aufriefen, mit welcher Härte und Rückſichtsloſigkeit gegen ſie verfahren werde. Es iſt zu bemerken, daß auf den lange, in allen Straßen ertönenden Ruf: Burſche heraus! Bürger heraus! die Bürger ſich vollkommen ruhig verhielten. Nachdem die Ergriffenen endlich zur Haft gebracht waren, dauerte die Aufregung noch bis 2 Uhr Nachts fort. Der am folgenden Tage, welcher ganz ruhig verlief, von verſchiedenen Seiten an ihn ergangenen Aufforderung, die Bürgergarde unter die Waffen zu rufen, leiſtete der Stadtdirector keine Folge, woran er ohne Zweifel wohl that; eine andere Frage iſt, ob dieſe Maaßregel in der unruhigen Nacht ſelbſt nicht mehr am Orte geweſen wäre. Man hört, daß die Unterſuchung der Sache bereits bei dem königlichen Oberamtsgerichte in Tübingen eingeleitet iſt. Der ſogleich von hier abgeſandte königliche Commiſſär, Oberregierungsrath von Roth, iſt geſtern wieder hierher zurückgekehrt; dagegen iſt geſtern Früh ein gegen 400 Mann ſtarkes Bataillon des in Ludwigsburg garniſonirenden 6ten Infanterieregiments an unſerer Stadt vorbeigezogen und hat im Dorfe Echterdingen, zwei Stunden von hier, fünf von Tübingen, die Nacht zugebracht. Heute Früh iſt daſſelbe nach Tübingen aufgebrochen.“

Hauptredacteur: Joſeph Anton Edler von Pilat.
Verleger: Anton Strauß ſel. Witwe in der Dorotheergaſſe Nr. 1108.

Im Comptoir des öſterr. Beobachters iſt das fünfte Heft der öſterr. milit. Zeitſchrift 1833 erſchienen. Dieſes enthält folgende Aufſätze: I. Den Schluß der Biographie des k. k. Gen. der Kav. und Hofkriegsraths-Präſidenten Grafen von Frimont, Fürſten von Antrodocco. — II. Einige Betrachtungen über militäriſche Karten und Pläne. — III. Das Königreich Griechenland; eine topographiſch-ſtatiſtiſche Skizze. — IV. Die neueſten Militärveränderungen. — In dieſem Comptoir wird Pränumeration auf den Jahrgang 1833 dieſer Zeitſchrift mit 9 fl. 36 kr. C. M. angenommen.

Digitized by Google

Oeſterreichiſcher Beobachter.

Dinſtag, den 18. Juni 1833.

Meteorologiſche Beobachtungen vom 16. Juni.	Zeit der Beobachtung.	Barometer auf 0° Reaumur reducirt. Pariſer Maß.	Wiener Maß.	Thermometer Reaumur.	Wind.	Witterung.
	8 Uhr Morg.	27.617	28 Z. 4 L. 11 P.	+ 13.0	WNW. mittel.	Wolken.
	3 Uhr Nachm.	27.652	28 5 0	+ 19.2	NW. ſchwach.	—
	10 Uhr Abnds.	27.650	28 5 0	+ 17.0	NNW. —	heiter.

Rußland.

Nachrichten aus Odeſſa vom 7. Juni melden: „Vorgeſtern hat die in fünf Tagen aus Konſtantinopel hier angelangte kaiſerl. ruſſiſche Kriegscorvette Sizepoli die officielle Nachricht überbracht, daß die türkiſch-ägyptiſchen Angelegenheiten beendigt ſeien, und daß in Folge der nunmehr definitiv abgeſchloſſenen Ausgleichung Ibrahim Paſcha mit ſeinen Streitkräften bereits den Rückmarſch angetreten habe. Beinahe zu gleicher Zeit iſt ein Feldjäger mit dem Befehl Sr. Majeſtät des Kaiſers hier eingetroffen, daß die fernere nach dem Bosporus beſtimmt geweſene Expedition von 5000 Mann Landtruppen zu unterbleiben habe, und falls ſelbe bereits abgegangen ſeyn dürfte, unverzüglich ein ſchnellſegelndes Fahrzeug abgefertigt werden ſolle, um ſie nach Odeſſa zurückzurufen. Obwohl die dießfälligen Vorbereitungen ſchon ſeit geraumer Zeit vollendet waren, ſo war doch die Einſchiffung der obenerwähnten Landungstruppen noch nicht erfolgt, und ſie iſt nunmehr, dem ergangenen Befehle gemäß, gänzlich eingeſtellt worden. — Unter ſolchen Umſtänden iſt man jetzt damit beſchäftigt, das am Seeufer aufgeſtellte Feldgeſchütz in die Stadt zurückzuführen. Die von der Regierung gedungenen Kauffahrer ſollen mittelſt einer angemeſſenen Geldentſchädigung entlaſſen und die auf den Schiffen befindlichen Kriegs- und Mundvorräthe wieder ausgeſchifft werden. Man ſieht demnach auch der baldigen Rückkehr der ruſſiſch-kaiſerlichen Flotte im Bosporus, ſo wie der daſelbſt befindlichen Landmacht entgegen. Dieſe letztere wird, dem Vernehmen nach, in Feodoſia der vorgeſchriebenen Quarantaine unterzogen werden. — Se. Excellenz der Hr. Generalgouverneur Graf Woronzoff, der unter den bisherigen Verhältniſſen ſeine beabſichtigte Reiſe nach Beſſarabien und der Krimm aufgeſchoben hatte, ſteht nun im Begriffe, ſelbe anzutreten. — Die in dieſen Gegenden ſeit mehreren Monaten anhaltende Dürre hat die Saaten in einem Umkreiſe von 200 Werſt gänzlich zu Grunde gerichtet.“

Großbritannien und Irland.

In der Sitzung des Oberhauſes vom 6. Juni erſchien als königlicher Commiſſarius der Marquis von Wellesley in großer Staatsuniform, mit dem weißen Stabe des Lord-Steward in der Hand, und verlas Folgendes als die königliche allergnädigſte Erwiederung (wie er ſie mit etwas komiſchem Nachdruck bezeichnete): „Auf die Adreſſe der Lords. Mylords! Ich habe ſchon „alle diejenigen Maaßregeln ergriffen, welche mir noth„wendig erſchienen ſind, um die Neutralität aufrecht zu „erhalten, die Ich in dem jetzt in Portugal obwaltenden „Streite zu beobachten beſchloſſen hatte.“ So ſtarke Senſation der königliche Beſcheid bei den anweſenden Lords augenſcheinlich erregte, ſo hatte er doch keine weitere Discuſſion oder Bemerkung zur Folge. Das Haus vertagte ſich faſt unmittelbar darauf, und nur einige Worte, die zwiſchen dem Grafen Grey und dem Biſchofe von Exeter gewechſelt wurden, verriethen die Stimmung der Parteien. Dieſer letztere reichte eine Bittſchrift gegen die Bill zur Reform der Kirche in Irland ein, wobei er dieſelbe als vernichtend für die proteſtantiſche Kirche und widerſtreitend dem Krönungseide characteriſirte. Graf Grey entgegnete hierauf mit vieler Wärme: Nicht die Bill führe zur Gefährdung der proteſtantiſchen Kirche, für die Niemand eifriger und aufrichtiger als er ſelbſt ſtreiten konnte; wohl aber möchte der unverſtändige Eifer einiger ihrer angeblichen Freunde ihr am meiſten zu ſchaden geeignet ſeyn.

In der Sitzung des Unterhauſes vom 6. Juni erklärte Oberſt Davies bei Motivirung ſeines Antrages über Portugal, es ſei allerdings ſeine Pflicht, durch ein Votum der Gemeinen dasjenige des andern Hauſes wirkungslos zu machen. Eine gewiſſe Partei fürchte dort, daß einige liberale Geſetze mit Nächſtem vom Unterhauſe zur Genehmigung dahin gelangen konnten, und da halte ſie es denn für das Einfachſte, ſie durch Verdrängung der Miniſter in der Geburt zu erſticken. Diejenigen, welche den Miniſtern eine Verletzung der Neutralität vorwürfen, wären ſelbſt viel weiter gegangen, indem ſie ein Heer nach Portugal geſandt, freilich nicht um ſich in die inneren Angelegenheiten des Landes zu miſchen, ſondern um es gegen einen Angriff von Seiten Spaniens zu ſchützen. Er ſei aber überzeugt, daß, wenn die im Oberhauſe ausgeſprochene Anſicht bekannt werde, ohne daß von einer entgegenſtehenden Meinung des Unterhauſes die Rede ſei, nicht 24 Stunden vergehen würden, bevor ein ſpaniſches Heer die Gränzen zum Beiſtande Dom Miguels überſchritte. Eine ſolche Kataſtrophe, welche ganz Europa in Krieg verwickeln könne, müſſe vermieden werden. Sollte das Volk von England auch now helfen, den Funken der Freiheit, der ſich in einer Ecke Europas entzündet, zu erſticken? Das werde hoffentlich nie geſchehen, und wenn England auch den Portugieſen nicht beiſtehen dürfe, ſo werde es doch auch deren Anſtrengung zur Erringung der Freiheit nicht entgegenarbeiten. Er trage demnach darauf an: „Daß dem Könige in einer unter„thänigen Adreſſe das Bedauern des Hauſes über die Fort„dauer der Feindſeligkeiten in Portugal, und zugleich der „Dank deſſelben für die weiſe Politik, welche Se. Majeſtät „in Bezug hierauf beobachte, ausgeſprochen werde.“ Lord Morpeth unterſtützte den Antrag. Wenn, meinte er, irgend Jemand, ſei er Zeitgenoſſe, ſei er Nachkomme, beim Leſen der Verhandlungen über das Paſſende des beantragten Votums Zweifel empfinden könne, ſo könnten dieſe Zweifel darin beſtehen, ob dieſes Land den moraliſch hohen Standpunct, der ihm ziemt, behauptet

habe. Nur die gebieteriſche Pflicht, welche die Regierung nöthige, nicht der Verſuchung im einzelnen Falle nachzugeben, ſondern der feſtſtehenden Regel, welche zur Erhaltung des Friedens ſo nothwendig ſei, zu folgen, konne eine Billigung derſelben zu Wegt bringen, daß ſie bei dem letzten Kampfe der Polen, daß ſie bei dem Widerſtande gegen Dom Miguel die Neutralitdt beobachte. Loed Morpeth meinte ferner, der Abgott dee Conſervatiſten Portugals und anderer Länder möge Dom Miguel allerdings ſeyn; daß aber Aeußerungen dieſer Parteien rine Vreänderung im Regierungsſyſtem in England hewvorbringen dürften, ſteht nicht zu befürchten, ſobald dieſes Haus ſich nur auf energiſche Weiſe ausſpreche. Wichtigere und ernſtere Gegenſtände harrten der Entſcheidung der Gemeinen, und während ſie an dieſe mit aller der Sorgfalt und Ueberlegung gingen, welche ſie verdienten, hoffe er, daß keine Parteibewegungen diejenigen abziehen wurden, welche, im Augenblicke der Noth, einer Revolution den ſtärkſten Damm entgegenſetzen wüeden, indem ſie de- ruhige Fortſchreiten erhielten, worin jetzt allein die Sicherheit liege. Sir H. Hardinge meinte, er dürfe ſolche Verhandlungen nicht gleichgültig mit anhöeen, weil er ſelbſt die portugieſiſche Uniform getragen und portugieſiſche Truppen befehligt habe. Notoriſch ſei es, daß Dom Pedro von England aus mit Waffen, Munition und vor allen Dingen mit Leuten verſehen worden ſei; der Auswuef der Armenhäuſer ſei ſogar fortgeſchickt worden, um an jenem Bürgerkriege Theil zu nehmen. Wenn das geduldet werde, ſo würden dir engliſchen Häfen bald in Piratenneſter verwandelt ſeyn, von welchen aus die Ruhe in allen Staaten Europas gefäyrdet würde, und es dahin kommen können, daß ſie ihre Landsleute von dem ganzen Feſtlande verbannt ſähen. Es ſei wohl kein Einziger im ganzen Hauſe, der gewöhnlichen Menſchenverſtand beſäße, welcher nicht einſähe, daß im Falle des Gelingens ſeines Unteenehmens Dom Pedeo und nicht Dona Maria über Portugal heeeſchen würde. Er ſei überzengt, eine jede Aeußerung des Hanſes zu Gunſten Dom Pedro's, und ſomit zu Gunſten der geheimen Abſichten Frankreichs, würde ſich früher oder ſpäter an England rächen. Der General ſchilderte nun kurz das Verfahren des Herzogs von Braganza, welches in ehrgeizigen Abſichten begonnen ſei und in eigennützigen fortgeſetzt werde. Das der jetzigen Miniſter aber ſei offenbar auf Unterſtützung des Unternehmens berechnet, da ſie ſonſt weder die früher angehaltenen Schiffe wieder feeigegeben, noch geſtattet haben würden, daß der Oberſt Napier jetzt mit einer vollſtändigen und notoriſch gegen Liſſabon gerichteten Expedition von England abſegle. Der Entſchuldigungsgrund, daß man beiden Prinzen geſtattet habe, ſich in England zu recrutiren, beweiſe nichts fur die Beobachtung der Neutralität, denn dieſes Wort komme, ſo viel er wiſſe, nicht von ambo, Beide, ſondern von neuter, keiner von Beiden, her. Würden die Miniſter auch wohl geſtatten, daß die Kaufleute von Cadix und Ferrol und andern ſpaniſchen Häfen Leute und Kriegsbedarf nach Portugal ſchickten? Haben ſie nicht Maaßregeln getroffen, um ſolche Unternehmungen zu verhindern? und ſei es gerecht, den ſpaniſchen Agenten zu weheen, was man den brittiſchen rrlaube? Wollen wir aber Dom Pedro oder Dona Maria unterſtützen, ſo mögen wir es auf männliche Weiſe, nicht verſteckt, zagend vor den Folgen thun. Sir H. Hardinge vertheidigte ſchließlich noch das Benehmen des Herzogs von Wellington als von aller Parteiſucht entfernt, und erklärte das Benehmen des Sir J. Campbell aus deſſen Veebindung mit den erſten portugieſiſchen Familien auf der Seite Dom Miguels. Wenn derſelbe übrigens reſpectwidrig gegen die Miniſter geſprochen habe, ſo möge er nicht der einzige engliſche Offizier ſeyn, dem ſo etwas widerfaheen ſei. Lord J. Ruſſell meinte, der perſonliche Character Dom Miguels ſei für die vorliegende Frage keineswèges ohne Bedeutung; indeſſen ſei über denſelben ſchon ſo viel geſagt worden, daß er es kaum für nöthig halte, noch etwas hinzuzufügen. Vor nicht langer Zeit habe ein edler Lord, damals Miniſter der auswärtigen Angelegenheiten (Lord Aberdeen), bei Gelegenheit einer Verhandlung im Oberhauſe über das Verfahren des Prinzen, dieſen falſch, grauſam und feige genannt. Schlimmeres konne man von einem Manne und Fürſten nicht ſagen; und ohne zu unterſuchen, ob der edle Lord, zumal bei ſeiner damaligen Stellung, ſich zu ſtark ausgedrückt habe oder nicht, ſo müſſe er doch erklären, daß ſpätere Ereigniſſe ihm neue Beweiſe von deſſen Scharfſinn gegeben haben. Wenn aber der Charatter des Prinzen ſchon im Allgemeinen der hieſigen Regierung nicht gleichgültig ſeyn konne, ſo komme noch hinzu, daß derſelbe ſich durch einen feierlichen Tractat mit England und deſſen Veebündeten verpflichtet, und hier in Gegenwart des Monarchen durch einen feierlichen Eid verſpeochen habe, er wolle als Regent und nicht als König in Portugal auftreten, und daß deßhalb England auch um ſo mehr ein Recht habe, auf deſſen Verfahren zu wachen. Was die Verletzung der Neutralität im vorliegenden Falle betreffe, ſo konne Niemand eine ſolche behaupten, ſobald von Lieferung von Kriegsbedürfniſſen nur abſeiten der Unterthanen des Staats, nicht abſeiten des Staats ſelbſt die Rede ſei. Wollte man behaupten, es düefen keine Waffen und Munition nach Buenosayres gehen, weil dieſes Reich im Krieg mit Peru, oder nach Alexandria, weil Aegypten im Kriege mit dem Sultan begriffen ſei, ſo würde das zu einem Veehältniſſe führen, das eine Vermeidung des Krieges für uns unmöglich mache. Lord Ruſſell wiedeeholte ſodann in Bezug auf die geſchehene Anhaltung und Loslaſſung der Schiffe und die angebliche Uebertretung des Werbegeſetzes im Weſentlichen die ſchon von Lord Grey angeführten Rechtfertigungsgründe, und fuhrte noch an, wie ſelbſt unter dem vorigen Miniſterium Sie Robert Wilſon in ſeinen Rang als Generallieutenant bei der engliſchen Armee wieder eingeſetzt worden ſei, obgleich er, gegen den ausdrücklichen Buchſtaben jenes Geſetzes, den conſtitutionnellen Spaniern gegen den Einfall der Franzoſen beigeſtanden, und die Kanonen Corunna's ſelbſt gegen dieſe gerichtet habe. Wenn übrigens die Miniſter vollkommene Unparteilichkeit im Aeußeren beobachteten, ſo wolle er nicht läugnen, daß er vollkommen die Geſinnungen theile, welche Hr. Canning bei Gelegenheit des Einfalles der Franzoſen in Spanien für das Gelingen der ſpaniſchen Sache geäußert habe. In demſelben Sinne halte er es auch nicht ungeziemend für ein brittiſches Parlament, daß es, wenn auch die Politik nöthige, in dem Kampfe zwiſchen Bigotterie und Grauſamkeit auf der einen, und Freiheit und Duldung auf der andern Seite neutral zu bleiben, dennoch den Wunſch ausſpreche, es möge die Sache freiſinniger Meinungen und freiſinniger Inſtitutionen ſiegen. Hr. O'Connell meinte, wer die Neutralität in dieſem Streite zuerſt gebrochen, das ſei das Oberhaus durch ſein ſchützendes Votum für Dom Miguel. Freilich eigne er ſich trefflich zum Protégé für die Conſervatiſten; um aber die vielgerühmte Neutralität wieder herzuſtellen, ſei ein entgegengeſetztes Votum des Unterhauſes nöthig. Kein Mann, ſei er Engländer, Schotte oder Irländer, der für Freiheit und Recht Empfindung habe, dürfe in Dom Miguels Dienſte treten, und wenn ſich eine gewiſſe Partei dazu hinneige, ſo möchte es eine ſeltſame Erſcheinung gewähren, das Heer

Digitized by Google

deſſelben durch proteſtantiſche Seelenhirten verſtärkt zu ſehen. — Nachdem in der Verhandlung noch Sir Robert **Peel** gegen und Lord **Palmerſton** und Oberſt **Evans** für den Antrag geſtimmt hatten, wurde abgeſtimmt, worauf ſich folgendes Reſultat ergab: **Für** den Antrag 361, gegen denſelben 98, alſo eine **Majorität für die Miniſter** von 263 Stimmen.

In der Sitzung des **Unterhauſes** vom 7. Juni fand einige Discuſſion über die neulichen Zehntenkämpfe in Irland Statt. Lord **Althorp** erklärte ſich entſchloſſen, die engliſche Zehntenbill noch vor Schluß der Seſſion durchzuſetzen. Hr. **Grant** zeigte in Antwort auf eine Frage des Sir R. **Peel** an, daß er die oſtindiſche Frage am 11. d. M. dem Hauſe vorlegen werde. — Man fuhr mit dem Ausſchuſſe über die Sclaverei in den Colonien fort. Hr. **Stanley** erhob ſich, um ſeine zweite Reſolution in Antrag zu ſtellen, welcher ſich Hr. **Hume** widerſetzte.

Der neue Staatsſecretär für Irland, Hr. **Littleton**, iſt für South-Staffordſhire zum Parlamentsmitgliede eewählt worden. Sein Gegner war der Tory Lord Ingeſtrie, der ſich aber frühzeitig zurückzog.

Hr. Thomas Steele wurde am 30. Mai in der ieländiſchen Stadt Limerick von der Polizei verhaftet, weil er ſich wenige Tage vorher in einer offentlich gehaltenen Rede ſcandalöſe Aeußerungen gegen die Regierung erlaubt hatte. Nachdem er 200 Pf. und zwei ſeiner Freunde ein jeder 100 Pf. als Bürgſchaft für ihn geſtellt hatten, daß er vor den nächſten Sommeraſſiſen in Limerick erſcheinen werde, ward er wieder freigelaſſen.

In der irländiſchen Grafſchaft Wicklow wurden am 30. Mai 12 Peeſonen in der Gegend von Baltinglaß wegen Nichtentrichtung der Zehnten verhaftet und nach Bridewell gebeacht, wo ſie die fur das Jahr 1831 rückſtändigen Zehnten abzahlten.

Aus **Cork** (Irland) meldet man, daß i der dortigen Umgegend bei Gelegenheit des Umzuges wegen der Zehntenerhebung das Volk in Maſſe gegen die Magiſtratsperſonen, Militärs und Polizei aufſtand. Am 2. Juni brannten auf allen Hügeln und Bergen des Diſtrictes Signalfeuer, und als am 3. der Zug, etwa 200 Mann ſtark, ſich in Bewegung ſetzen wollte, ward er von zahlloſen Landleuten, die mit allen möglichen Inſteumenten, einige ſogar mit Schießgewehren bewaffnet waren, heftig und anhaltend angegriffen. Nicht eher, als bis ein Soldat von einer Kugel todt niedergeſtreckt worden, erhielt das Militär Befehl zu feuern, und Mehrere wurden verwundet. Indeß ſahen ſich die Magiſtratsperſonen genöthigt, ihr Vorhaben aufzugeben, und kehrten unverrichteter Sache nach dem Orte zurück, wo ſie hergekommen waren, ſtets von der Volksmenge begleitet, welche nach der Charge des Militärs nur noch heftiger in ihrem Angeiffe war, ſo daß nicht bloß mehrere der Soldaten und Polizeiagenten, ſondern auch die Magiſtratsperſonen ſelbſt verwundet wurden.

Conſols am 6. Juni 90¼, ⅛.

Frankreich.

Der **Moniteur** vom 9. Juni meldet: „Die Frau **Herzoginn von Berry** iſt geſtern den 8. Juni auf Befehl der Regierung nebſt Ihrem Kinde an Bord der **Agathe** eingeſchifft worden, um von **Blaye** nach **Palermo** gebracht zu werden. — Der General **Bugeaud** und der Doctor **Deneux** begleiten die Frau Herzoginn von Berry bis an den Ort Ihrer Beſtimmung. — Der Fürſt und die Fürſtinn Theodor de **Beauffremont** und der Graf de **Menaes** haben die Erlaubniß erhalten, Ihr zu folgen.“

Der **Moniteur** vom 8. Juni gibt nun auch den Originaltext des vehmgerichtlichen Uetheiles der Marſeiller Loge, deſſen Ueberſetzung wir im vorgeſtrigen Blatte geliefert haben. Es lautet folgendermaaßen:

„La sera del 15. correote, alle ore 10 pomerid., il capo della società, adunati i membri cha la compongono, ordinò al segretario di pobblicare una lettera, nella qusie era riportata una sentenza emanata dal tribunale di Marsiglia, contro i prevenuti rei **Emiliani**, **Scuriatti**, **Lazzoroschi**, **Andreani**; visti gli atti processoali speditoci dal presidente in Rodez, no è resultato, ch'essi sono rei: 1) come propagatori di scritti infami contro la sacra nostra società; 2) como partigiani dell' infame governo papale, con coi hanno correspondenza, che tutto tende a rovesciara i nostri disegni per la santa causa della libertà. Il fisco, dopo le più esatte reflessioni, e da qoanto è resultato in processo, facendo uso dell' articolo 22, coudanna a pieni voti **Emiliani** e **Scuriatti** alla pena di morte; in quanto al **Lazzoreschi** e **Andraani**, perchè non costa abbastanza di quanto vengono addebitati, la loro condaona è la percussione di alcuni colpi di verga, e si lascia l'incarico ai loro tribunali appena tornati in patria di condennarli in galera *ad vitam* *). Si ordina in oltro al presidente in Rodez, estrare quattro individoi esecutori della detta sentenza da esegoirsi imprescriptibilmente entro il periodo di giorni 20, e chiunquo dell' estrato si ricuaasse, dovrà essere trocidato *ipso facto*.

Data in Marsiglia, dal supremo tribunale, questa sera, allo ore 12 pomerid. 15. Decembre 1832.

Tir. **Mazzini**, presidente.
L'incarricato, **Cecilia**.“

In der Sitzung der **Deputietenkammer** vom 7. Juni ward das Expropriationsgeſetz mit 263 weißen gegen 4 ſchwarze Kugeln, jedoch mit einigen Amendements, angenommen, wegen deren es nun noch einmal der Paieskammer vorgelegt werden muß. Hierauf begann die Erörteeung über das **Budget des Keiegsminiſteriums**. Der Kriegsminiſter ſagte: „Bevor dieſe Erörteeung beginnt, glaube ich auf dem Bureau der Kammer meinen Beeicht an den König vom 1. Mai niederlegen zu müſſen. Der Augenblick war gekommen, die große Frage in Anregung zu bringen, die noch von Niemand, von keinem Redner, von keinem Miniſter vorgelegt ward, die Frage in Bezug auf eine große Reſerve, welche zu einem umfaſſenden Veetheidigungsſyſteme des Landes gehort. Ich habe dem Konige Alles, was ich über dieſen geoßen Gegenſtand dachte, geſagt. Ich habe zum Ausgangspunete den Tag nach Toulouſe und den Tag nach Waterloo genommen. Der Wunſch, die Steuerpflichtigen zu erleichteen, machte uns zur Pflicht, die Ziffer der Ausgaben der Armee und die Zahl der Mannſchaft unter den Fahnen zu vermindern. Ich fragte mich bei dieſem Anlaſſe, ob man dabei durch Reduction und duech Entwaffnung oder durch Vermeheung verfahren ſolle, wo nämlich ein Syſtem der Reſerve und der allgemeinen Vertheidigung damit verbunden wäre. Ich konnte vielleicht duech meine Ideen verführt weeden. Die Erfahrung, welche ich erworben, konnte mich täuſchen, wenn ich mich aber getäuſcht habe, ſo geſchah es mit redlichem Sinne. Das Land wird daruber urtheilen, und Sie, meine Herren, werden ſich dieſem Nationalprojecte durch Erörterung deſſelben beigeſellen. Dieſe Frage iſt wichtig. Die ganze Zukunſt des Landes iſt daein enthalten. Es iſt eine

*) Come famosi ladri e trafattori.

Digitized by Google

Frage der Nationalunabhängigkeit, eine Frage der Freiheit. Könnte Jemand meinem Betragen andere Beweggründe unterlegen, ſo würde ich dieß laut ablehnen. Ich möchte das Ende eines Lebens, das immer ehrenwerth geweſen, nicht durch einen Vorſchlag bezeichnen, den ich nicht als nützlich für mein Vaterland hielte. Ich habe keine Rückhaltsgedanken. Ich habe mich oft gefragt, was ich nach der Schlacht von Toulouſe hätte thun müſſen, als ich den letzten Kanonenſchuß für die Nationalunabhängigkeit abfeuerte. Ich fragte mich, was damals zur Vertheidigung des Landes gefehlt habe. Dieſer Bericht faßt meine Beobachtungen, meine Ideen, meine Erfahrungen zuſammen. Ich habe ihn der Commiſſion mitgetheilt, und er ward an Sie vertheilt. Möge nun die Erörterung uns belehren, die Unvollkommenheiten desſelben beſſern; dieß wird die größte Wohlthat für das Land ſeyn, und meine Eigenliebe wird nicht darunter leiden." — Nach dieſer Rede begann die allgemeine Erörterung des Kriegsbudgets, wobei nur die Generale Leydet und Subervic, ſo wie Hr. Gaetan de la Rochefoucauld ſprachen. Die zwei erſten Capitel, Perſonal der Centralverwaltung 1,495,000 Fr. und Material 612,000 Fr., wurden ohne Erörterung angenommen. Das dritte Capitel enthält für die Etats-Majors 14,221,450 Fr. Der Kriegsminiſter ſprach gegen die dabei vorgeſchlagene Reduction, welche die Verwaltung unmöglich machen würde. Die Kammer verſchob ihren Entſchluß darüber auf die folgende Sitzung.

Am 7. Juni um 8 Uhr Abends fand zu Paris eine neue Colliſion, auf welche ein Duell folgte, zwiſchen den Carabiniers des 1ſten Regimentes und den Militärs des 40ſten und 42ſten Linienregimentes Statt. Der Streit entſtand in der Schenke Ardoiſe, an der Barriere de l'Ecole, an derſelben Stelle, wo an den vorigen Tagen blutige Händel zwiſchen den Carabiniers, den Lanciers und den Soldaten des 35ſten Regimentes Statt gefunden hatten. Dieſer zweite Streit war weit weniger ernſthaft, als der erſte. Es ſoll ihm durchaus kein politiſcher Grund unterliegen.

Der Jahrestag des 5. Juni ſollte am 8. Mai in der ſogenannten franzöſiſch-katholiſchen Kirche (des Abbé Chatel) gefeiert werden. Gegen 60 Perſonen mit rothen Casquetten, oder mit Hüten, mit Cocarden und Trauerflor umhüllt, ſtellten ſich vor der Kirche ein; es waren aber auf Befehl des Präfecten der Polizei Siegel angelegt, ſo daß die Thore verſchloſſen blieben und der Gottesdienſt nicht Statt fand. Die Leute zogen ſich hierauf zurück. Die Kaufleute auf dem Boulevard und die Vorübergehenden bezeigten laut ihren Beifall über die von der Behörde getroffenen Maaßregeln. Uebrigens zeigte ſich nirgends ein Symptom der Gährung, und der Tag verging ganz ruhig.

Die holländiſchen Gefangenen ſollen zu Dünkirchen verſammelt werden, wo man ſie 4897 Mann ſtark nach Holland einſchiffen wird. Die erſte Colonne, ungefähr 1880 Mann ſtark, ſollte zu Dünkirchen am 6. ankommen, um am 7. eingeſchifft zu werden. Hundert Mann Linientruppen werden dieſe erſte Colonne begleiten. Die zweite, eben ſo ſtarke Colonne mit ähnlicher Begleitung ſollte am 7. von St. Omer aufbrechen, und am 8. eingeſchifft werden. Die dritte Colonne endlich, 1137 Mann ſtark, ſollte Bethune am 6. verlaſſen, am 8. zu Dünkirchen eintreffen und am folgenden Tage eingeſchifft werden.

Teutſchland.

Nach näheren, über die Reiſe Sr. königl. Hoheit des Kronprinzen in München angekommenen Berichten, war Se. königl. Hoheit mit dem Dampfſchiffe Francesco I. von Neapel am 2. Mai in Zante angekommen, am 5. bei Pyrgos ans Land geſtiegen, und hatte von da die Reiſe durch Arkadien zu Pferd fortgeſetzt. Am 6. mußte der Kronprinz zu Avlona in einer elenden Hütte, und am 7. bei Andriaſena unter einem Dachboden übernachten. Am 8. kam er auf Kolokotroni's Schloß Karitene, am 9. in Tripoliza und am 10. in Nauplia an, wo Se. königl. Hoheit mit großer Freude empfangen wurde, und eine Woche am königlichen Hofe verweilte. Nach Verfluß dieſer Zeit ſollte das Dampfſchiff Francesco I., welches unterdeſſen das benachbarte Küſtenland umſegelt hatte, vor Nauplia eintreffen, um den Kronprinzen zur Weiterreiſe nach Konſtantinopel, Smyrna rc. aufzunehmen. (Nach Berichten aus Trieſt war dieſes auch wirklich am 17. Mai geſchehen.)

Nach öffentlichen Blättern iſt der wegen Verbreitung aufrühreriſcher Schriften zu Bamberg verhaftete, ehemalige Landgerichtsaſſeſſor Rüblein zu zweijährigem Feſtungsarreſte, Erſtattung der Koſten, Leiſtung einer Caution von 1500 Gulden und zum Verluſte ſeiner Penſion verurtheilt worden.

In der zweiten vorbereitenden Sitzung der kurheſſiſchen Landſtände am 7. Juni wurden zu Mitgliedern des Legitimationsausſchuſſes gewählt: die HH. Dedolph (Vicepräſident), von Baumbach III., Dirks, König, Schwarzenberg und Wippermann. Nach aufgehobener Sitzung wurden die Legitimationsurkunden abermals geprüft, und in ſolcher Zahl in Ordnung befunden, daß nach vorgängiger gleichmäßiger Anerkennung derſelben von Seite der Landtagscommiſſion, welcher die Urkunden noch denſelben Tag zu dieſem Ende übergeben wurden, und nach der noch zu erfolgenden Wahl des Landtagsſecretärs, der feierlichen Eröffnung der Ständeverſammlung kein Hinderniß mehr im Wege ſtehen durfte.

Am 11. Juni Morgens iſt in München der königl. Profeſſor Dr. Sendtner, durch dreiundzwanzig Jahre Redacteur der Münchener politiſchen Zeitung, nach vierwochentlichem Krankenlager, an einem nervöſen Schleimfieber geſtorben.

Wien, den 18. Juni.

Ihre Majeſtät die Kaiſerinn haben allergnädigſt geruht, dem Bukowiner Güterbeſitzer, Doxaki von Hormuzaki, für zwei Allerhöchſtderſelben unterthänigſt überreichte, auf beiden Seiten ganz gleiche Teppiche, welche in der, auf ſeinem Gute Czernauka angelegten Fabrik verfertigt wurden, ein huldvolles Andenken zu überſenden, und zugleich durch eine Zuſchrift Sr. Erlaucht Ihres Oberſthofmeiſters, Grafen von Wurmbrand, Allerhöchſtihren Dank, wie auch das beſondere Wohlgefallen kundgeben zu laſſen, mit welchem Ihre Majeſtät die Entſtehung und die erfreulichen Fortſchritte jenes Zweiges der Induſtrie in der Bukowina betrachten.

Am 17. Juni war zu Wien der Mittelpreis der

Staatsſchuldverſchreibungen zu 5pCt. in CM.	95⅝;
detto detto zu 4pCt. in CM.	88¾;
Darleh. mit Verlooſ. v. J. 1820, für 100 fl. in CM.	193;
detto detto v. J. 1821, für 100 fl. in CM.	135⅝;
Wiener-Stadtbanco-Obligat. zu 2½ pCt. in CM.	64⅝;
Conv. Münze pCt. ——;	

Bankactien pr. Stück 1251 in CM.

Hauptredacteur: Joſeph Anton Edler von Pilat.

Verleger: Anton Strauß ſel. Witwe in der Dorotheergaſſe Nr. 1108.

Digitized by Google

Nro. 170

Oeſterreichiſcher Beobachter.

Mittwoch, den 19. Juni 1833.

Meteorologiſche Beobachtungen vom 17. Juni.	Zeit der Beobachtung	Barometer auf o° Reaumur reducirt.		Thermometer Reaumur.	Wind.	Witterung.
		Pariſer Maß.	Wiener Maß.			
	8 Uhr Morg.	27.647	28 Z. 4 L. 11 P.	+ 13.0	NNW. ſchwach.	heiter.
	3 Uhr Nachm.	27.563	28 3 11	+ 21.5	NNW. ſtill.	——
	10 Uhr Abnds.	27.534	28 3 7	+ 17.4	N. ſchwach.	——

Griechenland.

Unterm 15. April iſt folgende königliche Verordnung über die Eintheilung des Königreiches Griechenland und deſſen Verwaltung erſchienen: „Art. 1. Das Königreich Griechenland iſt in 10 Departements und 47 Provinzen getheilt. In jeder Provinz ſollen ſofort Gemeinden errichtet und deren Bezirke beſtimmt werden. Ueber Anzahl und Benennung der Gemeinden wird ſeiner Zeit eine beſondere Verordnung erſcheinen. Art. 2. Die Departements des Königreiches ſind folgende: 1) Argolis und Korinth. 2) Achaja und Elis. 3) Meſſenien. 4) Arkadien. 5) Lakonien. 6) Akarnanien und Aetolien. 7) Phokis und Lokris. 8) Attika und Böotien. 9) Enböa. 10) Die Kykladen. — Art. 3. Das Departement Argolis umfaßt die bisherigen Provinzen Nauplia, Argos, Nieder-Nakajé und Korinth nebſt den Inſeln Hydra, Spezzia und Poros; es zerfällt in 6 Bezirke; Hauptſtadt des Departements iſt Nauplia. — Art. 4. Das Departement Achaja und Elis umfaßt die bisherigen Provinzen Voſtizza, Kalavrita, Gaſtuni und Pyrgo, mit Ausſchluß der auf dem linken Ufer des Alpheus liegenden Theile der letzteren Provinz; es zerfällt in 4 Bezirke; Hauptſtadt iſt Patras. — Art. 5. Das Departement Meſſenien umfaßt außer dem auf dem linken Ufer des Alpheus gelegenen Theile der Provinz Pyrgo die bisherigen Provinzen Phanari, Arkadia, Methone, Navarino, Koron, Kalamata, Niſi, Andruſſa, Implachika und Mikromani, Gränze gegen Elis iſt der Alphens, Gränze gegen das weſtliche Lakonien die „Verga“ genannte Kette des Taygetus; es zerfällt in 5 Bezirke, Hauptſtadt iſt Arkadia. — Art. 6. Das Departement Arkadien enthält die bisherigen Provinzen Leontari, Karitene, Tripolizza, San Pietro und Praſto; es zerfällt in 4 Bezirke, Hauptſtadt Tripolizza. — Art. 7. Das Departement Lakonien umfaßt die bisherigen Provinzen Miſtra, Malvaſia und Mani und zerfällt in 4 Bezirke, Hauptſtadt Miſtra (Sparta). — Art. 8. Das Departement Akarnanien und Aetolien umfaßt die bisherigen Provinzen Xeromero, Vonizza, Valto, Zigo, Nanpaktos, Kravari, Apokuro, Karpeniſſi und Agrafa, es zerfällt in 5 Bezirke, Hauptſtadt Vrachari. — Art. 9. Das Departement Lokris und Phokis enthält die früheren Provinzen Zeituni, Patraſſiki, Lidoriki, Malandrino, Talati, Budonizza, Salona und Galaxidi, zerfällt in 4 Bezirke, Hauptſtadt Salona. — Art. 10. Das Departement Attika und Böotien umfaßt dieſe Provinzen nebſt Megaris und den Inſeln Salamis, Aegina und Anghiſtri, zerfällt in 5 Bezirke und hat Athen zur Hauptſtadt. — Art. 11. Das Departement Euböa enthält außer dieſer Inſel die nördlichen Sporaden, nämlich Skopelos, Skiatos, Skiros und Eliodromia, Hauptſtadt iſt Chalkos auf Euböa. — Art. 12. Das Departement der Kykladen umfaßt alle unter dieſem Namen bekannten Inſeln des Archipelagus, die in 7 Bezirke getheilt werden, Hauptſtadt iſt Hermopolis. — Art. 13. Die Hauptorgane der Verwaltung ſind die Staatsſecretariate. — Art. 14. Es ſoll ein Staatsrath errichtet und beauſtragt werden, die wichtigſten Staatsangelegenheiten zu prüfen und Adminiſtrativfragen zu löſen. — Art. 15. Die oberſte Verwaltung wird in jedem Departement einem Nomarchen anvertraut; neben ihm ſteht ein von den Adminiſtrirten gewähltes Departementsconſeil. — Art. 16. In jedem Bezirke leitet ein vom Nomarchen abhängiger Eparch die Verwaltung; neben ihm ſteht ein von den Adminiſtrirten gewähltes Bezirksconſeil. — Art. 17. Die Verwaltung jeder Gemeinde iſt einem vom Volke vorgeſchlagenen und vom Könige direct oder mittelſt des Nomarchen beſtätigten Demogeronten übertragen; neben ihm ſteht ebenfalls ein vom Volke gewählter Gemeinderath. — Art. 18. Die Verwaltung der Nationalgüter, die Erhebung der Steuern u. ſ. w., die von der inneren Verwaltung getrennt ſind, werden beſonderen Finanzbehörden übertragen. — Nauplia, 15. April 1833. Im Namen des Königs, die Regentſchaft. Graf Armansperg, Präſident. Maurer und Heideck. — Die Staatsſecretäre: S. Trikupi, Präſident. A. Maurakordato. G. Praidi. G. Koletti.“

Einer in der Münchener politiſchen Zeitung enthaltenen Privatmittheilung aus Nauplia zufolge, befindet ſich daſelbſt keine katholiſche Kirche, wiewohl ungefähr 300 Katholiken dort leben. Der König hört die Meſſe in ſeinem Zimmer. Die katholiſchen Biſchöfe von Syra und Tine waren in Nauplia, um dem Könige ihre Aufwartung zu machen. Man glaubt, daß der erſtere

zum katholiſchen Oberhirten des Feſtlandes erwählt werden würde.

Nach Brieſen aus **Nauplia** vom 22. April (in italieniſchen Blättern) hat daſelbſt eine Veränderung im Miniſterium Statt geſunden. Trikupi wurde zum proviſoriſchen Peäſidenten des Rathes und zum Miniſter des königlichen Hauſes, Maueokordato zum Finanz- und proviſoriſchen Kriegsminiſter, Koletti für die Marine, Pſyllas fürs Inneee, Praidi für die Juſtiz als Miniſter, und Polyzoides, der vormalige Redaeteur des Journals von Hydea, Apollo, zum Tribunalspräſidenten von Nauplia eenannt. — Man hatte nunmehr beinahr die Gewißheit, daß **Athen** zur Hauptſtadt des griechiſchen Reiches gewählt werden wird. Ingenieuee und Baumeiſter wurden dahin abgeſchickt, um die Loealität zu unterſuchen und die Lage zu beſtimmen.

Frankreich.

In der Sitzung der **Pairskammer** vom 8. Juni war die Eröeterung der **griechiſchen Anleihe** an der Tagesordnung. Hr. von **Brézé** hielt bei dieſem Anlaſſe eine Rede, worin er alle die libeeal-legitimiſtiſchen Grundſätzr, welche neuerlich von der **Gazette** aufgeſtellt worden, entwickelte, und ſich über den geſunkenen Zuſtand der Diplomatie beklagtr, die bei weitem nicht mit der hohen Speache gegen die Fremden auftrete, wie dieß unter der Reſtaueation der Fall geweſen ſei. Hr. von **Noailles** hielt ebenfalls gegen den Entwurf eine lange Rede, worin er Frankreich als iſolirt von jeder Allianz in der Mitte von Europa darſtellte. Er glaubte, man weede nicht lange auf den Beiſtand Englands rechnen können. Im Oriente habe man auch nichts gethan, um ſich das Anſehen zu bewahren, das Frankreich daſelbſt ausüben ſollte. Der Redner warf der Julìregierung vor, ſie habe beſtändig die Nationalintereſſen den Dynaſtieintereſſen aufgeopfert. Er ſetztr hinzu, das Bedauern, das ihm der Sturz der Rrſtauration erwecke, die er ausnehmend lobe, rühre bei ihm nur daher, weil dieſe Regierung, die einzige rechtliche, mehr als jede andere geeignet geweſen ſei, die Größe nnd das Glück Feankreichs zu ſichern. Der Redner ſtimmte gegen den Entwuef. Hr. **Thiers** ſuchte die unvortheilhafte Paeallele, welche die beiden vorigen Rrdner für die gegenwäetige Regierung gezogen, zu widerlegen. Er erkläete, daß die gegenwärtige Regieeung zwei gleich verdienſtliche Sachen gethan habe; ſie habr ihren eigenen Leidenſchaften widrrſtanden, und den Argwohn Europas in Achtung verwandelt; auch ſei wahr, daß ſie die Traetate von 1815 angenommen, aber ihr komme nicht die Schande zu, ſie geſchloſſen zu haben. Hr. von **Montloſier** ſprach für die Anleihe. Hr. von **Brézé** proteſtirte gegen die Aeußerung des Handelsminiſters, daß dir Reſtauration mit dem Gepäcke der Fremden zurückgekommen ſei. Der Nationalwunſch vielmehr habe ſie zurückbeeufen. Hr. von **Broglie** antwortete, nicht die Regierung hade das Beiſpiel gegeben, unaufhöelich eine Parallele zwiſchen der Reſtauration und der gegenwärtigen Regierung zu ziehen, und es ſei nicht die Schuld der Miniſter, wenn Thatſachen bewieſen, daß die Reſtauration in Feankreich hinter dem fremden Heere angekommen ſei. Der Entwurf wurde hierauf mit 91 gegen 9 Stimmen angenommen.

In der Sitzung der **Deputirtenkammer** wurden am 8. Juni Berichte der Petitionscommiſſion erſtattrt. Darunter war eine Petition, welche die Aufhebung des politiſchen Eides bei Wählrrn verlangte. Hr. **Dupin** bemerkte, der Eid ſei durch die Charte vorgeſchrieben. Hr. **Garnier-Pagès** behauptete, der Eid ſei eine Anomalie in rinem Lande, wo das Volk ſouverain ſei. Bei Beamten begriiſe er den Eid, bei Wählern aber nicht. Hr. **Barthe** berief ſich auf die Charte. Die Kammer beſchloß die Tagesordnung. Hierauf erſtattete Hr. **Gillon** Commiſſionsbericht über das Departemental-Organiſationsgeſetz. Die Kammer beſchloß die Erörterung darüber nach dem Kriegsbudget. Hr. **Duchatel** legte das Einnahmsbudget vor. Die Tagesordnung führte zu Entwicklungen über den Vorſchlag der HH. Carl Dupin, de Tracy und Lachèze Sohn, eine Eiſenbahn von Paris nach Rouen betreffend. Der Vorſchlag wurde verworfen. Sodann folgte die Erörterung der Voeſchläge der HH. Schonen und Debelleyme über die Liquidation der alten Civilliſte. Die Kammer kam wegen Mangel der gehörigen Zahl von Mitgliedern zu keiner Entſcheidung.

Der **Moniteur** macht unterm 8. Juni den unterm 1. Mai erſtatteten Bericht des Peäſidenten des Miniſtereonſeils an den König über den Militärzuſtand Frankeeichs bekannt.

Im **Nouvelliſte** vom 10. d. M. heißt es über das Attentat von **Rhodez**: „Man ſchreibt aus **Rhodez** vom 3. d. M., daß die gerichtliche Unterſuchung gegen den Mörder des **Emiliani** und des **Lazzoreschi** begonnen hat. Man kennt bis jetzt nur die Schlachtopfer und den Mörder, weiter nichts; nur ſcheinen ſich viele Anzeigen dahin zu vereinigen, den wahren Character des Mordes zu beweiſen. — So iſt es z. B. erwieſen, daß nicht bloß zwiſchen **Gavioli** einer, und **Lazzoreschi** und **Emiliani** anderer Seits kein beſonderer Grund zue Animoſität obwaltetr, ſondern auch, daß ſie ſich kaum gekannt, und vielleicht nie miteinander geſprochen haben. **Gavioli** hat ſeit ſeiner Verhaftung zu verſchiedenen Malen unverholen ſeine Freude darüber geäußert, ſein Vaterland von zwei Verräthern befreit zu haben, und er ſpielt den Märtyrer der Freiheit, oder hält ſich wirklich dafür. Er erklärt, daß es ſeine Abſicht ſei, ſich lieber Hungers ſteeben zu laſſen, als ſeinen Kopf auf das Schaffot zu tragen, und wirklich hat er ſich auch bis jetzt haetnäckig geweigeet, die geringſte Naheung zu ſich zu nehmen. — Die Haltung ſeiner Landsleute iſt nicht minder bemerkenswerth. Die gräuliche That ſchien ſie wenig zu überraſchen, noch weniger zu erſchüttern. Einigr derſelben haben ſogar, ohne es zu wagen, ihee Freudr

Digitized by Google

lant an den Tag zu legen, eine Art ſichtbaren Wohlgefallens darüber geäußert. Einer derſelben ſagte am Tage nach dem Morde voraus, daß ſich Gavioli wohl der Schmach der Hinrichtung zu entziehen wiſſen, und lieber den Hungertod ſterben werde. — Die Frau des Emiliani lebt noch, obſchon der Dolch ſeiner ganzen Länge nach ober- und unterhalb des Schlüſſelbeines eingedrungen iſt; man hat Hoffnung, ſie zu retten. Die Erbitterung des Publicums gegen die Maſſe der Flüchtlinge iſt noch immer ſehr heftig. Man befürchtete geſtern, daß es zu einer Colliſion kommen würde. — Man verſichert, die Regierung habe Befehl ertheilt, dieſes Depot unverzüglich aufzulöſen."

Der Nouvelliſte meldet über das Einſchiffen der Frau Herzoginn von Berry: „Die Einſchiffung der Herzoginn von Berry hat am 8. Juni um 10 Uhr Morgens Statt gefunden. Sie fuhr auf dem Fahrwaſſer von Blaye auf einem Boote der Capricieuſe hinaus, worauf ſich der Commandant Mollier befand. Sie war von dem General Bugeaud, der Amme und ihrer Tochter begleitet. Die Frau Herzoginn fuhr langſam auf dem Fahrwaſſer von Blaye unter einem Zuſtrömen von 4 bis 5000 Menſchen hinunter. Während ihrer ganzen Vorbeifahrt herrſchte die unbedingteſte Stille. Die Regierung hat Befehl gegeben, die Frau Herzoginn auf der Agathe nach Palermo zu bringen."

Die Schiffsabtheilung unter dem Befehle des Contreadmirals Mackau legte ſich, von den Dünen kommend, auf der Rhede von Dünkirchen vor Anker; die erſte Colonne der Beſatzung von Antwerpen kam zu gleicher Zeit an, um nach Vlieſſingen eingeſchifft zu werden; General Chaſſé begleitet dieſe Colonne, und ſoll auf dem Schiffe des Contreadmirals die Ueberfahrt machen.

Am 10. Juni 1¼ Uhr Nachmittags 5Percents 104 Fr. 40. 3Percents 78 Fr. 80.

Preußen.

Die Stadt Thorn iſt am 4. d. M. von einem großen Unglück betroffen worden. An dieſem Tage gegen 7 Uhr Abends ſprengte nämlich ein Handlungslehrling, wie man vermuthen darf, aus Rache gegen ſeinen Lehrherrn, den oberen Theil des in der breiten Straße nahe am Markte belegenen Hauſes des Kaufmanns Wechſel durch Entzündung des daſelbſt gelagerten Pulvers in die Luft. Die Exploſion war furchtbar; drei Menſchen wurden dadurch getödtet, und einige zwanzig mehr oder minder bedeutend verwundet. Viele Perſonen, die ſich eben auf der Straße befanden, ſtürzten vor Schreck zur Erde, die benachbarten Häuſer wurden faſt ganz ruinirt, und nahe an 30 andere beſchädigt. In den anſtoßenden Straßen ſprangen faſt alle Fenſter, ja mehrere wurden ſogar ſammt dem Kreuz auf die Straße geworfen. Der Körper des Burſchen, der das Unglück angeſtiftet, wurde etwa 100 Schritte weit auf einem Dache gefunden, das eine Bein deſſelben aber war über das Rathhaus hinüber, etwa 300 Schritte weit, geſchleudert worden. Ueberall in den Straßen fand man Ziegel und Dachſteine liegen, ſo daß man ſich nur wundern muß, daß nicht noch mehr Menſchen beſchädigt worden ſind.

Niederlande.

In der Sitzung der zweiten Kammer der Generalſtaaten vom 7. Juni wurden verſchiedene neue Entwürfe zu Veränderungen in dem Civilgeſetzbuche theils einſtimmig, theils mit großer Stimmenmehrheit angenommen. Die Präſidenten der Sectionen des vorigen Monats October wurden aufgefordert, ſich nach dem Schluſſe der Sitzung zu verſammeln, um über die Antwort der Regierung in Betreff des Creditgeſetzes zu berathſchlagen. Am 9. ſollte der Bericht der Centralſection über das eben erwähnte Geſetz abgeſtattet werden.

Das Amſterdamer Handelsblad gibt bereits die oben erwähnte Antwort der Regierung. Im Eingange derſelben zeigt die Regierung an, daß der ungefähre Betrag der freiwilligen Anleihe ſich auf 56½ Millionen Gulden belaufe, und daß von den Obligationen, welche bei dieſer Anleihe in Zahlung gegeben werden können, nur noch 6 Millionen 6pCt. und 8 Millionen 5pC. im Umlauf wären. Bei der Unbedeutenheit dieſer letzteren Summen ſei die Regierung darauf bedacht, Maaßregeln zur gänzlichen Einlöſung derſelben zu ergreifen. Am Schluſſe der Antwort heißt es: „Ueber den wirklichen Betrag der von den See- und Kriegsdepartements in der erſten Hälfte des Jahres gebrauchten Summen kann noch nichts ganz Zuverläſſiges geſagt werden, da die Abſchlüſſe für die abgelaufenen Monate noch nicht vollſtändig angefertigt ſind. Inzwiſchen hat man aus den ungefähren Zuſammenſtellungen die Gewißheit erlangt, daß die für das erſte Halbjahr bewilligten Credite zureichen; und es iſt ſogar wahrſcheinlich, daß eine Summe von 5 bis 700,000 Gulden unbenutzt bleiben wird. — Die Regierung theilt übrigens vollkommen die Anſicht der Kammer, daß es wünſchenswerth ſei, die Ausgaben für die Vertheidigungsmittel des Staates ſchleunigſt und bedeutend zu vermindern, und dieſelben für die Folge mehr mit den Verhältniſſen der Nation in Uebereinſtimmung zu bringen; ſie theilt eben ſo ſehr den Wunſch der Sectionen, daß der in Rede ſtehende Entwurf das letzte Opfer ſeyn möge, welches einer ſo außerordentlichen Kraftentwicklung gebracht zu werden braucht; aber ſie iſt der Meinung, daß ſowohl die Art wie, als der Umfang, in welchem jene Kraftentwicklung eingeſchränkt werden ſoll, ihrer Beurtheilung allein überlaſſen bleiben muß, um, im Intereſſe der Niederlande, und mit Rückſicht auf die Verhältniſſe im benachbarten Belgien, ſo zu handeln, wie es für möglich und gerathen befunden wird. — Der Artikel 2 des betreffenden Geſetzes gibt den Generalſtaaten hinlängliche Bürgſchaft, daß nur die unvermeidlichen Bedürfniſſe der See- und Kriegsdepartements aus dem in Rede ſtehenden Credit beſtrit-

Digitized by Google

ten werden ſollen, und daß Alles, was außerhalb derſelben liegt, durch gemeinſame Ueberlegung mit den Kammeen geordnet werden ſoll."

Belgien.

Die Mitglieder der beiden Kammern verſammelten ſich am 7. Juni um Miteag in dem Sitzungsſaal der Repräſentanten, unter dem Vorſitze des Hrn. von Mooreghem, als Alterspräſidenten des Senats. Von den Miniſtern waren der General Evain, die HH. Rogier, Duvivier und Ledeau anweſend. Die öffenelichen Tribunen waren ſehr gefüllt. Die Koniginn erſchien in Begleitung des Herzogs von Orleans in einer für ſie eingerichteten Loge. Auf der diplomaeiſchen Tribune demerkte man den Graſen von Latour-Maubourg, Sir R. Adair und den nordamerikaniſchen Geſandten. Um 1 Uhr verkündigten Artillerieſalven die Ankunft des Königs, welcher in der Uniform eines Generals der Bürgergarde in den Saal eintrat, unter dem lebhaften Zuruf der Verſammlung auf dem Throne Platz nahm und mit bedecktem Haupte, ſitzend, folgende Rede hielt: „Meine Herren! Ereigniſſe, welche nicht ohne eine große Wichtigkeit für Belgien ſind, haden ſich ſeit der Eeoffnung der Seſſion fur 1833 ereignet. — Frankreich und England haben uns, in Erfüllung ihrer Verpflichtungen, in den Beſitz der Feſtung geſetzt, welche eine unſerer ſchönſten Städte bedrohte. Eine durch dieſelben Mächtr geſchloſſene Uebereinkunft verſchaffte Belgien den größten Theil der materiellen Vortheile, die der Traetat vom 15. November deabſichtigt, ohne uns jetzt ſchon die Theile des Gedietes zu nehmen, von denen uns zu trennen ſteis als das großte Opfer uns erſcheinen wird. — Der Traktat vom 15. Novemder iſt unangetaſtet geblieben. Ich werde Sorge tragen, daß bei einem definitiven Friedensſchluſſe mit Holland keines der durch denſelben erworbenen Rechte geſchmälert werde. — Es wird einr eheilweiſe Entwaffnung möglich werden, und zwar in der Art, daß die Laſten des Staatsſchatzes erleichtert werden konnen, ohne daß die Organiſacion des Heeres darunter leide, deſſen Cadres vollſtändig erhalten werden ſollen. So werden wir uns, ſo weit eine vorſichtige Politik es erlaubt, dem Friedensſtandr nähern. — Ich hade das Vergnügen, Ihnen, meine Herren, anzuzeigen, daß bei unſerer jetzigen Lage einr Auflegung neuer Laſten nicht nöthig iſt. Dir von der Kammer bewilligten Mittel genügen zur Beſtreitung der Ausgaben für dieſes Jahr. Es werden ſogar die ordenelichen Einkünfte einen bedeutenden Ueberſchuß gewähren, ſobald, wie zu hoffen ſteht, die acht letzten Monatr dem Ergebniß der erſten vier entſprechen. — Der Augenblick iſt jetzt gekommen, meine Herren, wo die Regierung, unter Ihrem thätigen Beiſtande, einr unausgeſetzte Aufmerkſamkeit und kräftige Sorgfalt auf die inneren Verbeſſerungen des Landes wenden kann. — Unter den Gegenſtänden, welche unſere Aufmerkſamkeit in Anſpruch nehmen, ſtehen unſrre Induſtrie und unſer Handel oben an. — Die deßhalb mit Frankreich angeknüpften Unterhandlungen ſind unter glücklichen Vorzeichen begonnen, und ſollen mit Eifer fortgeſetzt werden. Von den vereinigten Staaten Nordamerikas haben wir die vortheilhafteſten Bedingungen in Bezug auf rinen der wichtigſten Theile unſerer Induſtrir erhalten. — Während wir unaufhörlich darauf bedacht waren, außer Landes vortheilhafte Verbindungen für unſern Handel und unſere Induſtrie zu ſuchen, haben wir auch diejenigen nicht aus dem Auge gelaſſen, welche noch an vielen Orten daheim erfordert werden. Die Regierung bat dir Nochwendigkeit eingeſehen, in dieſer Beziehung zu öffentlichen Anlagen einen neuen Sporn zu geden. Ich empfehle der Aufmerkſamkeit und Vaterlandsliebe der Kammer den Entwurf zu einem großen Verdindungswege von der See und der Schelde nach dem Rhein und der Maas, welcher das Intereſſe und der Wunſch faſt des ganzen Landes iſt. — Außer den Budgets- und Rechnungsgeſetzen werden Ihnen noch die über die Gemeinden-Organiſation vorgelegt werden. Auch wird man Ihren Rath über das Geſetz wegen der Branntweinbrennereien fordern, welche für den ſchon ſo blühenden Zuſtand unſeres Ackerbaues von ſo großer Wichtigkeit ſind. — Meine Herren! Die materiellen Mittel, welche Belgien beſitzt, ſo wie ſeine liberalen Inſtitutionen, zeugen von ſeinem beſtändigen Fortſchreiten. Es iſt die Aufgade der Gewalten, welche ſein Schickſal leiten, durch ihre vereinigten Anſtrengungen jene materiellen Mittel, ſo wie jene Inſtitutionen weiſe zu ſolcher Blüthe zu entwickeln, daß ſie einr feſtr Grundlage fur unſere Selbſtſtändigkeit gewähren, und uns die ſchönſte Zukunft verheißen." — Nach Beendigung dieſer Rede, welche mit lautem Beifall aufgenommen wurde, verließ der König unter dem Voreritt der großen Deputationen den Saal. Die Senatoren entfernten ſich edenfalls, um ſich in dem Local ihrer gewöhnlichen Sitzungen zu verſammeln, und die Repräſeneantenkammer wurdr für eeoffnet erklärt. — Hr. Pirſon führte als Alterspräſident den Vorſitz, und redete die Verſammlung folgendermaaßen an: „Meinr Herren! Bei Eroffnung der vorigen Seſſion verſchaffte mir mein Altrr edenfalls die Ehre, einſtweiliger Präſident der Repräſeneantenkammer zu ſeyn. Die großen und zahlreichen geſetzgebenden Arbeiten, welche ſich damals unſeren Blicken dardoten, berechtigten mich, meinen Collegen Fleiß und beſonders das Aufgeben aller unnützen Diseuſſionen zu empfehlen. Wir finden uns hier ein, ſtark durch die öffentliche Meinung, welche einr ſchändliche Verſchwörung (une conspiration infâme) hat ſcheitern machen. Nein, Belgien wird niemals eine unfindbarr Kammer haben. Wenn Jeder von uns ſeine Beſchwerden wollte laut werden laſſen, ſo würden unſere Diseuſſionen ohne Ende und ohnr Vortheil für das Land ſeyn, welches ſchon ſein Urtheil gefällt hat. Wir wollen uns durch das Entwerfen guter Geſetze rächen. Die höchſtr Verachtung vollende die Schande derer, welche die Belgier unter ſich uneinig machen wollen. Einr weiſe

Digitized by Google

Duldſamkeit gegen alle aufrichtige und loyale Meinungen wird Belgien retten: in der Eintracht liegt unſere Stärke. — Der König hat, auf den Rath ſeinee Miniſter, von der Prärogative Gebrauch gemacht; er wird dieſelbe jetzt vielleicht auf den Rath der Nation benutzen. — Wie dem aber auch ſeyn moge, wir müſſen uns hüten, irgend etwas zu thun oder zu ſagen, um jener Prärogative Gewalt anzuthun; denn dann würden wir keine Regierung mehr haben, ſondern uns in der Anarchie befinden. Vereinigen wir uns von ganzem Herzen in dem Ruf: „„Gott ſchütze den Konig und das Vaterland!"" — Hierauf wurden durch das Loos ſechs verſchiedene Commiſſionen zue Verificirung der Vollmachten erwählt, deren Berichte ſchon in der morgenden Sitzung abgeſtattet werden ſollten.

In der Senatorenkammer gab die Frage, ob die gegenwärtige Seſſion für den Senat als eine neue oder als eine Fortſetzung der früheren zu betrachten ſei, zu einer längeren Debatte Anlaß. Die Mitglieder, welche die letztere Anſicht vertheidigeen, beriefen ſich auf den 70ſten Artikel der Verfaſſung, welcher lautet: „Der König erklärt die Seſſion für geſchloſſen." Dieß ſei aber nicht geſchehen, und eben ſo wenig ſei auf officielle Weiſe von Eröffnung einer neuen Seſſion geſprochen worden. Die vorige Seſſion ſei nue durch Auflosung einer der beiden Kammern unterbrochen worden; jetzt, wo dieſelbe neu gewählt und zuſammengetreten ſei, müſſe man die Arbeiten der Seſſion da wieder aufnehmen, wo man ſie gelaſſen habe. Die Mitglieder, welche ſich zur entgegengeſetzten Anſicht bekannten, zogen ebenfalls einen Artikel der Verfaſſung an, und zwar den 72ſten, welcher ſagt: „Der König kann die Kammern vertagen. Jedoch kann die Vertagung nicht länger als einen Monat dauern, und auch in derſelben Seſſion nicht wiederholt werden, wenn nicht vorher die Zuſtimmung der Kammern ertheilt worden iſt." Die zweite Vertagung der Kammern, während welcher die Auflöſung der Repräſentantenkammer eefolgt ſei, müſſe alſo als ein Schluß der Seſſion betrachtet werden; denn ſonſt ſei dieſelbe verfaſſungswidrig, da man die Zuſtimmung der Kammern nicht eingeholt habe. Wenn der Senat die jetzige Seſſion nicht als eine neue betrachte, ſo würde er im Widerſpruche mit den Repräſentanten ſtehen, die, dem Reglement zufolge, die Vollmachten verificiren laſſe, ein neues Bureau erwähle, und alſo eine neue Seſſion beginne. Nach dem Schluß der Debatte ſtellte der Präſident die Frage: „Iſt dieß eine neue Seſſion?" welche durch 19 Stimmen gegen 7 verneint wurde, woranf der Präſident der vorigen Seſſion, Hr. von Staſſart, den Präſidentenſtuhl einnahm und die Kammer auf den folgenden Tag vertagte.

Der Belge ſagt, es ſei die Rede davon, daß einige Repräſentanten die Miniſter wegen der Vorfälle in Gent und Antwerpen lebhaft zur Rede ſtellen, und vielleicht ſogar eine Anklageacte darauf begründen wollen.

Teutſchland.

Am 10. Juni wurde die kurheſſiſche Ständeverſammlung Namens und in Vollmacht Sr. Hoheit des Kurprinzen und Mitregenten von dem Staats- und Finanzminiſter Hrn. von Motz mit folgender Rede eröffnet: „Hochzuverehrende Herren! Se. Hoheit der Kurprinz und Mitregent, verhindert, in höchſteigener Perſon die Sitzungen Höchſtihrer getreuen Landſtände für dießmal zu eroffnen, haben geruht, vermöge der Vollmacht, die ich hiermit zu übereeichen die Ehre habe, mit dieſer feierlichen Handlung mich zu beauftragen. Indem ich dieſem ehrenvollen Auftrage mich unterziehe, ſchätze ich mich glücklich, zugleich das Organ ſeyn zu dürfen, durch welches Se. Hoheit der Kurprinz und Mitregent Sie, meine Herren, Höchſtihrer landesherrlichen Huld und Gnade verſichern und Ihnen weiter Folgendes eröffnen laſſen. Se. Hoheit geben Sich dem Vertrauen zu Höchſtihren getreuen Landſtänden hin, welches ein Bedürfniß Ihres landesväterlichen Herzens iſt, und bauen dagegen auch auf das Vertrauen von Ihrer Seite, meine Herren, welches als das natürliche Erzeugniß des innigen Bandes erſcheint, das zwiſchen Fürſt und Volk beſteht. Sie ſind berufen, die Regierung in ihren wichtigſten, das Wohl des Landes bezweckenden Beſtrebungen durch Ihre verfaſſungsmäßige Mitwirkung zu unterſtützen; und Sie werden, dieſen Beruf gewiſſenhaft erfüllend, mit Bereitwilligkeit den höchſten landesherrlichen Abſichten entgegenkommen, welche nur darauf gerichtet ſind, daß überall ein auf den Grundlagen der Verfaſſung beruhender, geſetzlicher Zuſtand walte, — daß den gegründeten Bedürfniſſen der Unterthanen nach Moglichkeit abgeholfen werde, — und daß die Staatsverwaltung den vielſeitigen Anforderungen, deren Befriedigung ihre Pflicht iſt, vollſtändig genüge, und denſelden genügen zu können die Mittel habe. Sr. Hoheit dem Kurprinzen und Mitregenten gereicht zur beſonderen Freude, Ihnen den günſtigen Erfolg mittheilen laſſen zu können, mit welchem die Unterhandlungen über die Zollvereinigung mit den Königreichen Baiern, Würtemberg und Sachſen, ſo wie mit dem Großherzogthume Sachſen-Weimar und den übrigen ſächſiſchen und thüringiſchen Staaten gekrönt worden ſind. Mit der allſeitigen Vollziehung der deßhalbigen Verträge wird ein wichtiger und folgenreicher Schritt für die Wohlfahrt Hochſtihrer geliebten Unterthanen geſchehen ſeyn; mit deſto größerer Zuverſicht hoffen aber auch Hochſtdieſelben, daß endlich ein, nicht weniger erfreuliche Reſultate darbietender Schluß dieſes Landtages werde erzielt, und daß dadurch auch im Innern des Landes die Bedingungen eintreten werden, von denen die weiteren Verbeſſerungen abhängig ſind, die der beſonnene Vaterlandsfreund unter den gegebenen Verhältniſſen zu erwarten berechtigt iſt. Es wird nicht erforderlich ſeyn, Sie darauf aufmerkſam zu machen, wie ſehr die Beſchleunigung dieſes Zieles in dem gemeinſamen Intereſſe der Regierung und der Unterthan-

nen liegt, und wir ſonach die Bearbeitung der Ihnen vorzulegenden Gegenſtände um ſo mehr einer raſchen Befördrrung bedarf, als Sie darin einverſtanden ſeyn werden, daß wegen des in wenigen Monaten bevorſtehenden neuen Landtages die Dauer Ihrer Verſammlung moglichſt zu beſchränken ſei. In dieſer, ſo wie auch in ſonſtiger Hinſicht habe ich dasjenige zu wiederholen, was Se. Hoheit der Kurprinz und Mitregent bei Eröffnung der letzten Ständeverſammtung, am 8. März d. J., Hochſtſelbſt derſelben zu erkennen gegeben haben. Zu den Geſchäften, welche damals als nächſte Gegenſtände der landſtändiſchen Thätigkeit ſich darſtellten, tritt jedoch noch der Vertrag hinzu, welcher mit den Standesherren über die Abtretung mehrerer durch die Bundesacte ihnen zugeſicherter Regierungsrechte und ihre deßhalbige Entſchädigung, vorbehaltlich der landſtändiſchen Zuſtimmung, abgeſchloſſen worden iſt. Zugleich mit dieſem Vertrage werden Sie das, inzwiſchen auf den Grund des §. 49 der Verfaſſungsurkunde zu Stande gebrachte und bereits verkündigte Edict über die beſonderen Rechtsverhältniſſe der Standesherren vorgelegt rrhalten, damit daſſelbe unter den Schuß der Verfaſſung geſtellt werde. Möge die Eintracht zwiſchen Regierung und Volk, welche nach dem innigſten Wunſche Sr. Hoheit des Kurprinzen und Mitregenten die nun beginnenden Verhandlungen unter Gottes Beiſtand l.iten wird, als eine feſte Stütze für das Glück des Vaterlandes deſſen dauerndes Wohl neu verbürgen. Ich erſuche Sie nunmehr, den verfaſſungsmäßigen Eid in meine Hände abzulegen.“

Wien, den 18. Juni.

Se. k. k. Majeſtät haben mittelſt eines an den oberſten Kanzler, Grafen von Mittrowsky, erlaſſenen allerhöchſten Cabinetsſchreibens vom 31. Mai d. J. zum Fürſt-Erzbiſchof zu Prag den Erzbiſchof von Lemberg, Andreas Alois Grafen Skarbek-Ankwicz von Poslawice, allergnädigſt zu rrnennen geruht.

Se. k. k. apoſtol. Majeſtät haben den k. k. Ingenieur-Generalmajor Franz Scholl, mittelſt des bei der k. k. vereinigten Hofkanzlei ausgefertigten, Allerhöchſteigenhändig gefertigten Diploms, in den erbländiſchen Adelsſtand allergnädigſt zu erheben geruht.

Se. k. k. Majeſtät haben dem Seerrtär der beſtandenen niederöſterr. Zollgefällen-Adminiſtration, Carl Leonardi, mit Rückſicht auf ſeine, dem Staate durch 49 Jahre geleiſteten eifrigen und erſprießlichen Dienſte, die Beibehaltung ſeiner Perſonalzulage bei der Verſetzung in den Ruheſtand zu bewilligen, und demſelben zugleich als Merkmahl der allerhöchſten Gnade die große goldene Civilehrenmedaille mit Oehr und Band allergnädigſt zu verleihen geruht.

Am 16. Juni iſt das neue, hier in Wien bei Florisdorf erbaute Dampfboot, genannt „die Donau,“ vom Stapel gelaufen. Dieſes Dampfboot von 50 Pferden Kraft hat den Zweck, Verſuche zu machen, lebende Thiere ſtromaufwärts auf der Donau aus den entfernten Gegenden zuzuführen, und zu verſuchen, in den Theiß- und Saveſluß einzufahren, um nach den nautiſchen Erhebungen für die Zukunft, wenn möglich, regelmäßige Fahrten einzuleiten. Das Boot wird abwärts Waaren aller Art, und eben ſo Reiſende führen, für deren Bequemlichkeit, ſo wie bei dem erſten Boote, geſorgt iſt. — Wenn gleich das erſte Dampfboot ſchon ſolche Dienſte leiſtet, daß es beſonders in der Schnelligkeit der Fahrten ſelbſt die kühnſten Wünſche übertraf, ſo hat man bei dem Bau des neuen Bootes beſondere Aufmerkſamkeit angewandt, um zur Erleichterung der Reiſenden Preßburg ſtets zu erreichen, bis der Waſſerſtand der Donau es möglich macht, ſich der Reſidenz ſelbſt mit Beſtimmtheit zu nähern. — Das Boot wird ungefähr Mitte Juli ganz vollendet ſeyn, und nach erfolgter Probe, in Gegenwart der dazu beſtimmten Behörde, gleich ſeine erſte Reiſe nach Semlin antreten, was vielleicht für Reiſende von Intereſſe ſeyn dürfte, weil das Schiff dießmal von Wien, als ſeinem Erbauungsort, abfährt, die Reiſe nach Semlin beinahe ununterbrochen fortſetzt, und nach einem ganz kurzen Aufenthalte in Semlin die Rückreiſe wieder antrite, ſo daß Reiſende in der beſten Jahreszeit in wenigen Tagen Ausflüge bis an die türkiſche Gränze machen können. — Die Ankündigungen werden ſeiner Zeit hierüber das Nähere enthalten.

Am 18. Juni war zu Wien der Mittelpreis der

Staatsſchuldverſchreibungen zu 5 pCt. in CM.	$95\,^{1}/_{8}$;
detto detto zu 4 pCt. in CM.	$86\,^{1}/_{16}$;
Darleh. mit Verlooſ. v. J. 1820, für 100 fl. in CM.	——;
detto detto v. J. 1821, für 100 fl. in CM.	$135\,^{1}/_{8}$;
Wiener-Stadtbanco-Obligat. zu $2\,^{1}/_{2}$ pCt. in CM.	$54\,^{1}/_{4}$;
Conv. Münze pCt. ——;	

Bankactien pr. Stück $1254\,^{7}/_{10}$ in CM.

Donnerſtag den 20. Juni iſt Feuerwerk im Prater.

Hauptredacteur: Joſeph Anton Edler von Pilat.

Verleger: Anton Strauß ſel. Witwe in der Dorotheergaſſe Nr. 1108.

In Comptoir des Oeſterr. Beob. iſt zu haben: C. Mayers, der k. k. Landwirthſchafts-Geſellſchaft in Wien gewidmetes, neueſtes teutſches Gartenbuch; eine vollſtändige Anweiſung zur Erziehung und Behandlung aller Gewächſe im Küchen-, Obſt-, Blumen- und Ziergarten, nebſt Obſt-Orangerie in Gartentöpfen, und Gartenkalender. Mit 66 Abbildungen. Neue wohlfeilere Ausgabe 1832. br. 2 fl. C. M.

W 1 ZEITU 182

Nro. 171

Oeſterreichiſcher Beobachter.

Donnerſtag, den 20. Juni 1833.

Meteorologiſche Beobachtungen vom 18. Juni.	Zeit der Beobachtung.	Barometer auf 0° Reaumur reducirt.		Thermometer Reaumur.	Wind.	Witterung.
		Pariſer Maß.	Wiener Maß.			
	8 Uhr Morg.	27.529	28 Z. 3 L. 6 P.	+ 15.0	WNW. ſtill.	dunſtig.
	3 Uhr Nachm.	27.551	28 3 9	+ 18.8	WNW. mittel.	trüb.
	10 Uhr Abends.	27.578	28 4 1	+ 15.0	WNW. ſchwach.	——

Großbritannien und Irland.

Als in der Sitzung vom 7. Juni, deren Anfang wir vorgeſtern ſchon mittheilten, das Unterhaus ſich in eine Committee über die Emancipation der Neger umgewandelt hatte, kam Hrn. Stanley's zweite Reſolution zur Sprache, daß alle nach dieſer Acte von Sclaven erzeugten oder jetzt noch nicht ſechs Jahre alten Kinder frei ſeyn und von ihren reſpectiven Aeltern unterhalten werden ſollten. Hr. Hume ſprach gegen die raſche und übereilte Art, in der man mit den ſo wichtigen weſtindiſchen Intereſſen verfahren wolle. Er behauptete, ehe man hierüber eine Acte erlaſſe, müſſe man die weſtindiſchen Pflanzer hören, zudem habe die Erfahrung die Unmöglichkeit gezeigt, Zucker durch die Arbeit freier Neger zu erzeugen; er ſchloß mit dem Antrage, daß die während der letzten Seſſion verſammelten Committeen fortfahren ſollten, über die Wirkſamkeit freier Arbeit und anderer mit den Intereſſen der weſtindiſchen Colonien verbundenen Gegenſtände Nachforſchungen anzuſtellen. Der Hauptgrund dieſer unerwarteten Oppoſition Hrn. Hume's, der ſein ganzes Leben hindurch die Abſchaffung der Sclaverei unterſtützt hatte, ſcheint die Ausſicht, daß England 20 bis 30 Millionen aufwenden muß, um den beabſichtigten Zweck zu erreichen. Dr. Luſhington bezeigte unumwunden ſein Erſtaunen über Hrn. Hume's Benehmen und erklärte, die Anſtellung einer Committee würde nur unendliche Zögerung und unberechenbares Unheil veranlaſſen. Hr. Baring erklärte ſich, jetzt da die Regierung ihre Vorſchläge gemacht habe, gegen allen Aufſchub; er halte zwar die vorgeſchlagenen Maaßregeln für übereilt und glaube, man werde ſie noch bereuen; aber die Entſcheidung der Frage könne jetzt nicht mehr länger aufgeſchoben werden. Hr. P. M. Stewart ſagte, die weſtindiſchen Pflanzer wollten den Regierungsmaaßregeln kein Hinderniß in den Weg werfen; ſie glaubten aber, es ſei ihnen keine hinlängliche Entſchädigung geboten. Dieſe ſollte 20 Millionen Pf. betragen, und ihnen zugleich eine Anleihe von 5 Millionen bewilligt werden, um den Credit der Colonien zu erhalten. Lord Howick bemerkte, wenn die Coloniſten für ihren Verluſt entſchädigt würden, ſo ſolle man die Sclaven ſogleich ganz frei laſſen. Er meinte, man ſolle die Frage über die Arbeitsverdingung der Sclaven jetzt nicht vorbringen, da es doch nichts nütze, bis man ſich mit den Coloniallegislaturen darüber verſtändigt habe. Hr. Stanley antwortete auf dieſe verſchiedenen Einwürfe, gegen Hrn. Hume aber auf eine ſehr empfindliche Weiſe. Er warf ihm vor, er hätte, wenn dieß ſeine wahre und ernſtliche Meinung ſei, ſie im Anfange der Seſſion vorbringen ſollen. Es laſſe ſich aber erklären, woher ihm auf einmal die genauen Berichte kämen; nämlich von ſeinem Schwager, dem Deputirten von Trinidad, einem der größten Plantagenbeſitzer daſelbſt. (Hier brach Gelächter und lauter Beifall aus.) Dem Lord Howick erwiederte er, daß ſein Weg theoretiſch ganz richtig ſei, aber in der Anwendung auf den jetzigen Zuſtand der Geſellſchaft in Weſtindien nicht paſſe; man müſſe die Sclaven erſt zu einem beſſeren Zuſtande heranziehen. Die Reſolution wurde endlich angenommen, wie Hr. Stanley ſie vorgeſchlagen hatte.

Dem Globe vom 8. d. M. zufolge, ſtand der Bevollmächtigte Sr. Majeſtät des Königs der Niederlande, Hr. Dedel, im Begriffe, auf kurze Zeit nach dem Haag zurückzukehren, um für die bevorſtehenden wichtigen Unterhandlungen genauere Inſtructionen einzuholen.

Nach dem Sun iſt die Geſundheit des Sprechers des Unterhauſes durch die Anſtrengungen der dießmaligen Seſſion ſehr angegriffen.

Unlängſt entſtand auf einem Markt zu Ballingerry (Grafſchaft Tipperary) ein Streit zwiſchen zwei Bauernfactionen, den „Caravats" und den „Shanaveſts." Keine Thür, kein Fenſter im ganzen Orte blieb unzerbrochen und ein gewiſſer Ivors wurde von den Caravats bis in die Capelle verfolgt und dort grauſam ermordet.

Conſols am 8. Juni 90¾, ⅞.

Griechenland.

Briefe aus Nauplia vom 20. Mai, die in Trieſt angekommen waren, melden, daß nach einer in allen Theilen von Griechenland vollkommen hergeſtellten Ruhe die Regentſchaft mit der Organiſation der Armee und der Verwaltung ununterbrochen fortfährt. In Bezug auf jene findet man ſich indeß ſowohl mit der Mannſchaft als mit dem Material in Verlegenheit. Die leichten unregelmäßigen Truppen, Palikaren genannt, hatten ohne Ausnahme verweigert, in das reguläre Militär überzutreten, und diejenigen, welche in Griechenland ſelbſt ihr Unterkommen nicht fanden, zogen vor nach Theſſalien und nach Albanien zu den Türken auszuwandern; da nun auch die Werbung in einem Lande, was von Einwohnern großen Theils entblößt iſt, keinen Fortgang haben kann, ſo ſind, wie man hört, nach Baiern Aufträge ergangen, die Werbungen daſelbſt für den griechiſchen Dienſt wieder aufzunehmen. Man ſagt, daß ſie ſich auf zehn Compagnien Infanterie, auf Artilleriſten zu 6 Batterien und auf 4 Escadrons Kavallerie erſtrecken würden. Am Material zur Equipirung war der größte Mangel, vorzüglich an Leder, und ſo fehlte es auch an Handwerkern, Schneidern wie Schuſtern, um dasjenige, was ſich noch vorfand, zu verarbeiten. Es war darum allgemein aufgefallen, wie man von Seite des militäriſchen Theiles der Regentſchaft und Expedition nicht darauf Bedacht genommen, ſei es vollſtändige Uniformirungen in München herzuſtellen, oder doch Tuch, Leinwand, Lederwerk, Eiſenwaaren und Handwerker zur Verarbeitung von dort nach Nauplia überzuführen, zumal die Reſte des regulären Corps, die man noch

Digitized by Google

ſand, oder wieder ſammeln konnte, ohne Ausnahme ganz abgeriſſen, ohne Schuhe, Strümpfe, Hemden und übrigen Monturſtücken waren. Man vernimmt deßhalb, daß der Rittmeiſter von Stockum, Adjutant des Hrn. Generals von Heideck, der mit dem Dampfboot aus Nauplia in Trieſt ankam, als Commiſſär der Regentſchaft nach München mit dem Auftrage geht, dieſem Mangel ſo ſchnell wie möglich abzuhelfen und die zur Montur und Armatur der Truppen nothigen Stücke und Vorräthe dort einzukaufen.

Aus München wird Folgendes über den Stand der Dinge in Griechenland gemeldet: „Wir haben über Brindiſi und Ancona Nachrichten aus Nauplia bis zum 20. und aus Patras bis zum 26. Mai, welche dort über Zante und Corfu mit dem engliſchen Dampfboote von Patras angekommen waren. Se. konigl. Hoheit der Kronprinz von Baiern war am 18. Mai von dort mit Gefolge in beſtem Wohlſeyn abgereiſt, um den Weg nach Konſtantinopel fortzuſetzen, auf welchem das Dampfſchiff an der Küſte von Attika, bei den Thermopylen und an den Küſten von Theſſalien und Macedonien anhalten ſollte. Die Anweſenheit Sr. königl. Hoheit hat ſowohl Sr. Majeſtät dem König Otto ausnehmende Freude gemacht, als auch der griechiſchen Bevölkerung, welche mit dem Gefühle der groſten Zufriedenheit und Theilnahme den königlichen Gaſt von ihrem geliebten Könige bewirthet, und das jugendliche und blühende Brüderpaar in ſolcher Freude und Zufriedenheit auf dem geſicherten Boden ihrer Heimath mitten unter den Schaaren erblickte, die ſich auf ihren Wegen drängten. Die für den griechiſchen Dienſt geworbenen Truppen ſind in Argos caſernirt geweſen, und von dort nach ihrer Beſtimmung, zum Theil nach Theben in Böotien aufgebrochen. Diejenigen unter ihnen, welche, noch in großer Jugend, heimiſche Verhältniſſe oder Studien in der Hoffnung auf ſchnelle Beforderung verlaſſen haben, fanden ſich allerdings durch die Nachricht und Erfahrung enttäuſcht, daß in Nauplia aus früheren Formationen und mit älteren Anſprüchen Offiziere beiſammen wären, zahlreich genug, um 15,000 Mann zu bilden. Die Truppen der capodiſtrianiſchen Regierung hatten ſich großen Theils zerſtreut, aber die Offiziere der Infanterie, Kavallerie und Artillerie der Linienbataillons, wie der ſogenannten Typiker, waren ſämmtlich zurückgeblieben, oder ſtellten ſich doch ſogleich wieder ein, um ihre Anſprüche nicht zu verlieren, und ihre Forderungen geltend zu machen. Uebrigens herrſcht fortdauernd Ruhe, und die Chefs vom Civil- und Militärſtande, welche in der Adminiſtration oder bei der Armee keinen Platz gefunden hatten, zerſtreuten ſich allmählich in ihre Eparchien, um ſich dort mit ihren eigenen Angelegenheiten zu beſchäftigen, ihr Hausweſen einzurichten und ihre Aecker zu bauen. Die Regentſchaft befordert dieſes ihr Vorhaben auf jede Art, und ſucht, ſo weit die Mittel reichen, die Einzelnen durch Vorſchüſſe und Anlehen in den Stand zu ſetzen, jene friedlichen und nützlichen Beſchäftigungen im großeren Umfange und mit Erfolg wieder aufzunehmen.“

Rußland.

Die Nordiſche Biene enthält folgenden Artikel über ein Feſt, das Se. Majeſtät der Kaiſer am 25. Mai im Winterpallaſte den Fabrikanten und Grundbeſitzern gegeben hat, deren Erzeugniſſe die gegenwärtig eröffnete Ausſtellung zieren: „Unvergeßlich in den Annalen der ruſſiſchen Induſtrie und in den Herzen dankbarer Ruſſen verbleibt der 13. (25.) Mai 1833. An demſelben geruhten Se. Majeſtät der Kaiſer mit der Erklärung der allerhöchſten Zufriedenheit mit den Anſtrengungen und Leiſtungen der betriebſamen Theilnehmer an der dießjährigen Ausſtellung einheimiſcher Induſtrieproducte, ſie alle zum kaiſerlichen Mittagsmahle im Winterpallaſte einzuladen, an welchem außerdem noch die Herren Miniſter, einige Generaladjutanten, die ausländiſchen Conſuln und die Petersburgiſche Kaufmannſchaft der beiden erſten Gilden Theil zu nehmen die Ehre hatten. An der Tafel des Landesherrn vereint ſaßen die verſchiedenſten Gäſte: Magnaten, in deren Beſitzungen Fabriken und Manufacturen blühen; reiche Fabrikanten, die Tauſende von Händen in Bewegung und Millionen von Rubeln in Umlauf ſetzen, und beſcheidene Handwerker, die in der Stille der unſcheinbaren Werkſtätte ſich um die Vervollkommnung ihrer Arbeiten mühen. Vor dem Antlitze des erhabenen Kaiſers ſchmolzen ſie alle in Einen Stand zuſammen, den Stand nützlicher Bürger, die auf der Laufbahn des vaterländiſchen Gewerbfleißes wetteifern, die Ehre und den Wohlſtand des geliebten Vaterlandes befördern helfen und zur Befeſtigung ſeiner Unabhängigkeit von der Induſtrie des Auslandes beitragen; ſie Alle ſeine getreuen Unterthanen, würdige Söhne des liebreichen Landesvaters. — Im Saale neben dem Concertſaale war der Tiſch für fünfhundert und fünf Perſonen gedeckt. Der Tiſch, ſage ich, nicht die Tiſche; denn zwiſchen denſelben waren nur die nothwendigen Durchgänge für die aufwartende Dienerſchaft offen gelaſſen. Um halb 4 Uhr erſchien der Kaiſer mit Seiner durchlauchtigen Familie und dem Allerhöchſten Hofe und lud Seine Gäſte ein, mit Ihnen das Mittagsbrot zu theilen. Se. Majeſtät ſaß mitten am oberſten Tiſche, gegenüber die Kaiſerinn, der Thronfolger, die Großfürſtinnen Marie und Olga und der Großfürſt Michael; dem Kaiſer zur Rechten der Finanzminiſter, dann die fremden Conſuln. Zur Linken begann die Reihe der Kaufleute, Fabrikanten, Manufacturiſten u. ſ. w. Ueberhaupt war die Vertheilung der Plätze ſo, daß es weder höhere noch niedere gab. Miniſter, Generaladjutanten und Magnaten ohne Unterſchied ſaßen zwiſchen den übrigen Gäſten. Die Kaiſerinn war an dieſem Tage in ein Gewand gekleidet, das aus dem in der Ausſtellung gekauften Zeuge von der Fabrik des Manufacturrathes Kondratjew verfertigt war. Ihre kaiſerl. Majeſtäten und Hoheiten unterhielten ſich während der Mahlzeit wohlwollend, freundlich und ſchlicht mit ihren Umgebungen. Vor Beendigung des Mahles erhob ſich der Monarch und brachte den Toaſt aus: „Aufs Wohl der Mitarbeiter am Wohle des Landes!“ Dieſem Spruche begegnete aus den Herzen aller Anweſenden der innig geäußerte Wunſch: „Langes Leben, Geſundheit und Glück dem großen, guten, von ſeinem Volke geliebten ruſſiſchen Kaiſer, zum Ruhm und Gedeihen des Vaterlandes!“ — Nach der Mahlzeit begaben ſich Alle in einen anſtoßenden Saal, wo ſich ein neuer herzerhebender Anblick den gerührten Gäſten darbot. Der Kaiſer ließ die jüngſten Großfürſten und die jüngſte Großfürſtinn herbeibringen und führte ſie ſeinen guten Unterthanen mit den Worten vor: „Dieß ſind meine Kinder!“ — „Hier iſt mein Contreadmiral!“ ſagte er, den jungen Großfürſten Conſtantin an der Hand faſſend, und indem er des Kindes Haupt ſanft niederbeugte, fügte er hinzu: „Verneige dich!“ Der holde Knabe grüßte die Verſammlung, klammerte ſich dann voll kindlicher Zärtlichkeit an ſeinen Vater, und warf ſich ihm um den Hals. Den Großfürſten Nicolaus hob der Kaiſer auf ſeinem Arme empor, um ihn der Geſellſchaft zu zeigen. Michael Nicolajewitſch konnte nicht herbeigeholt werden, denn es war ſeine gewöhnliche Schlafſtunde. — In dieſen feierlichen Augenblicken ſchwand

Digitized by Google

vor unſern Augen der Glanz des kaiſerlichen Hofes. Wir erblickten vor uns den überglücklichen Gatten und Vater, den liebevollen, liebenswürdigen, von den Seinigen heißgeliebten, den edlen Hausherren und Familienvater, der rund um ſich Glückſeligkeit, Zufriedenheit und Tugendſitte verbreitet. Und dieſer tugendhafte, rechtſchaffene, hochgeſinnte Mann iſt unſer Kaiſer, iſt der Vater und Schirmer der Wohlfahrt des halben Erdballes! Nicht auszudrücken ſind die Empfindungen, von denen alle Anweſenden bei dieſem entzückenden Schauſpiele ſich ergriffen fühlten. Aus ihren Augen floſſen Thränen der Rührung, und jede Thräne war ein erhörtes Gebet vor dem Throne des Allwiſſenden!"

Frankreich.

In dem Berichte, welchen Graf **Guilleminot** am 6. Juni in der **Pairskammer** über die **griechiſche Anleihe** erſtattete, iſt Folgendes das Weſentlichſte: Der Verfaſſer ſuchte zuerſt die Politik der verſchiedenen Miniſterien von 1821 bis 1830 in Bezug auf den griechiſchen Aufſtand zu rechtfertigen. Frankreich habe die Tripelallianz von 1827 und die bewaffnete Einſchreitung hervorgerufen. „Geſtehen wir frei, meine Herren," fuhr er fort, „Rußland hat im Oriente die Politik befolgt, welche ſeine Lage und der Geiſt ſeiner Völkerſchaften ihm vorſchrieben. Sie war, was ſie ſeyn mußte. Aber wenn vor 1821 die Wünſche Griechenlands nach Rußland blickten, ſo geſchah dieß weniger wegen der Religionsgleichheit, weniger aus Sympathie, als weil man das Bedürfniß eines beſtändigen, ſicheren Schutzes gegen die Bedrückungen der Türken fühlte, und weil man glaubte, Rußland wolle die Wiederherſtellung eines griechiſchen Reiches. Mehrmals von ihm verlaſſen, nachdem ſie ihm zum Wunſche aufgeſtanden waren, beharrten die Griechen in dieſer edelmüthigen Täuſchung, obgleich es ſchwer war, dem Cabinet von St. Petersburg eine andere Abſicht zuzuſchreiben, als ſich das Protectorat zu erhalten, das es in Konſtantinopel organiſirt hatte, und mit Hülfe deſſen, durch die einen auf die andern wirkend, es ſich eines doppelten Einfluſſes auf Griechen und Türken verſichert hatte. Auch war der Aufſtand im Jahre 1821 das Werk der Hetäria und nicht Rußlands. Jene ging weiter, als das Syſtem wollte, welches Graf Capodiſtrias in Petersburg gebildet hatte, und deſſen Organe und Werkzeuge die Fanarioten in Konſtantinopel waren. Der Beweis hiervon liegt darin, daß dieſe Familien, nicht bei Zeiten benachrichtigt, ſich in keiner Weiſe hatten vorſehen können und der Rache der Türken geopfert wurden. Indem der griechiſche Aufſtand das Syſtem des Cabinetes in St. Petersburg desorganiſirte, erſchütterte er zu gleicher Zeit die Türkei ſo ſtark, daß die europäiſchen Mächte unruhig wurden, und ſich auf das Feld begaben, wo jenes Cabinet allein zu herrſchen dachte. Dieſe Einſchreitung war nicht abzulehnen, und wenn es nun im Intereſſe Rußlands war, die Vertheidigung der Griechen mit mehr Eifer zu ergreifen, als die übrigen Mächte, welchen mehr das Schickſal des ottomanniſchen Reiches, als das Unglück Griechenlands am Herzen lag, ſo verlangte dieſelbe Politik auch, den Eifer für die Clienten augenblicklich einzuhalten, wenn dieſe der beſtändigen Vermittlung und des Protectorats nicht mehr nöthig hatten. Rußland war demnach weit davon entfernt, zur Unabhängigkeit Griechenlands zu treiben. In der That ſchlug Rußland im Jahre 1824 durch ein Rundſchreiben an die verbündeten Mächte vor, Griechenland in drei Fürſtenthümer zu theilen, die nach Art der Moldau und der Walachei regiert werden ſollten. So hätte es mit neuen Vortheilen ſich allen Einfluß, welchen es vor der Revolution ausübte, erhalten. Jedoch konnte dieſer Vorſchlag vor den Verhandlungen, welche er in St. Petersburg zwiſchen den Mächten veranlaßte, nicht beſtehen. Von dieſem Zeitpuncte an hat ſich Frankreich überall weiter vorangeſtellt als Rußland, wenn es ſich um die Unabhängigkeit Griechenlands handelte. Sie ſehen, meine Herren, von unſerer Seite ein Syſtem der Unabhängigkeit für Griechenland, von Seite Rußlands ein Syſtem bürgerlicher, religiöſer, adminiſtrativer, aber nur nicht politiſcher Freiheit, kurz ein Protectoratsſyſtem. Aus dieſen Thatſachen müſſen die Griechen dieſelben Folgerungen ziehen, wie wir. Nichts in der Vergangenheit fordert ſie zu einer Allianz mit Rußland auf; ſollte die gegenwärtige Lage des Orients ſie mehr dazu führen? Ohne Zweifel eine der hervorſtechendſten Thatſachen dieſer Lage iſt die allmähliche Schwächung eines Reiches, das man als eine Vormauer gegen die Eroberungen des Nordens zu betrachten gewohnt war, und deſſen Untergang unſere Politik immer verhindert hat und verhindern muß. Wird, Trotz unſeren Bemühungen, die Türkei zerfallen? Wird der Aufenthalt der Ruſſen am Bosporus durch ehrgeizige Pläne die Auflöſung beſchleunigen? Die Zukunft wird dieß zeigen; jedenfalls muß Frankreich auf alle Ereigniſſe vorbereitet ſeyn. Klar iſt, daß das Beſtehen eines griechiſchen Königreiches vieler Schwierigkeiten für den Fall überhebt, wo die ganze türkiſche Bevölkerung der Halbinſel genöthigt würde, ſich nach Aſien zurückzuziehen. Die Griechen machen in der europäiſchen Türkei die Mehrheit aus, ſie ſind thätig und unternehmend; wollten ſie ihre Herrſchaft bis Byzanz ausdehnen, ſo würden ſie überall Brüder finden, ſie brauchten nicht ein fremdes Volk zu unterwerfen. Es iſt natürlich, daß ſie die Neigung haben müſſen, die ganze griechiſche Bevölkerung in ihren Gränzen zu umfaſſen. Ihre Richtung iſt alſo der ruſſiſchen gerade entgegengeſetzt, und dieſe beiden Völker ſind weit mehr beſtimmt, Nebenbuhler als Verbündete zu werden. Die Glaubensgleichheit wird dieß nicht verhindern können; ein Cultus, der keine Verfolgungen zu fürchten hat, ſucht keinen fremden Schutz. Wird man noch einwenden, daß die Zuneigungen Baierns, das einen Prinzen aus ſeinem Königshauſe jetzt in Griechenland herrſchen ſieht, uns nicht günſtig ſei? Man bedenke nur, daß Frankreich den Prinzen Otto vorgeſchlagen hat, und alle andern Mächte ſich ihm anfänglich widerſetzten. (Der Berichterſtatter entwickelte alsdann die Nothwendigkeit der Einſetzung eines fremden Königs für Griechenland, ſprach von der Zukunft, welche Lage und Character der Einwohner dem neuen Staate verſprechen, und ſagte, daß man von der Nothwendigkeit einer Anleihe immer überzeugt geweſen ſei, und ſie auch im Jahre 1830 dem Prinzen Leopold verbürgt habe.) Die gegenwärtige Anleihe beträgt 60 Millionen, Frankreichs Bürgſchaft nur ein Drittheil derſelben. Von dieſen 60 Millionen werden 12 dazu dienen, der Türkei die Abtretung mehrerer Bezirke, welche die Gränzen Griechenlands ſichern, zu bezahlen. Frankreich ſieht die Türkei nicht als ein Reich an, das man ſeinem Schickſale überlaſſen müſſe, ſondern glaubt, daß ſie auf unſern Beiſtand rechnen dürfe, darum muß es ihm angenehm ſeyn, daß die Pforte mit dieſer Summe ſeine Schuld gegen Rußland vermindern, und in kurzer Zeit die Zurückgabe Siliſtria's und der Fürſtenthümer verlangen kann. Es bleiben Griechenland 48 Millionen, die für zehn Jahre hinreichen. Die Commiſſion trägt einſtimmig auf Annahme des Vorſchlages an."

Der **Pairskammer** wurden am 10. Juni von den Miniſtern die Geſetzentwürfe über die Municipalbefug-

niſſe und übee die öffentlichen Arbeiten voegelegt. Nachher beſchäftigte ſich die Kammer in geheimer Sitzung mit Berathungen über ihre Geſchäftsordnung. — Die Deputirtenkammer nahm das von der Pairskammee an manchen Stellen abgeänderte Departementalgeſetz vor, nachdem der Präſident erklärt hatte, Marſchall Soult befinde ſich unwohl, und werde wahrſcheinlich einige Tage nicht in dee Kammer erſcheinen, weßhalb die an der Tagesordnung befindliche Berathung über das Kriegsbudget eingeſtellt werden müſſe. Mit einer Mehrheit von 224 gegen 42 Stimmen nahm die Kammer das Departementalgeſetz ſammt den Abänderungen an. Das Marinebudget ſollte jetzt zur Berathung kommen; die Kammer, die nicht darauf vorbereitet war, beſchloß jedoch, daß dieſe Berathung vorerſt noch aufgeſchoben werden ſolle. Dafür hörte ſie den Hrn. Garnier-Pagès an, welcher ſich gegen die Ungeſetzlichkeit der Freilaſſung dee Herzoginn von Berry erhob, und behauptete, die Regierung könne nur aus Aengſtlichkeit oder um einer fremden Einſchreitung vorzubeugen dieſen Schritt gethan haben; Familienrückſichten ſcheinen weniger obgewaltet zu haben, denn dieſe ſeien wedee bei dee Verhaftung der Herzoginn, noch bei einer ſpäteren Gelegenheit, wo die Ehre der Gefangenen ins Spiel gekommen, beſonders geltend gemacht worden. Jedenfalls habe aber die Kammer erwarten können, daß man ſie vorher um ihre Anſicht in Betreff des weiteren Schickſales der Herzoginn befragen werde. Graf d'Argout erwiederte, die Regierung habe bei der Verhaftung dee Herzoginn, ſo wie bei der Anzeige von ihrer Schwangerſchaft nur ihre Pflicht gethan; man habe die Herzoginn verhaftet, um dem Bürgerkrieg ein Ende zu machen, da dieſer nun aufgehört, ſo habe die Regierung geglaubt, ohne Gefahr auch die Herzoginn freigeben zu können, und zwar um ſo mehr, als die Herzoginn aufgehört habe, eine politiſche Perſon zu ſeyn. Den Vorwurf in Betreff einer fremden Einſchreitung, die man gefürchtet, müſſe die Regierung als ihrer unwürdig mit Unwillen von ſich weiſen. An die Kammee habe ſich aber die Regierung nicht mehr zu wenden gebraucht, da dieſe ſich früher ſchon zu Gunſten der Regierung hierüber ausgeſprochen habe. Jedenfalls nehmen die Miniſter die ganze Verantwortlichkeit dee Freilaſſung auf ſich. Hr. Mauguin erinnerte daran, daß die Kammer früher einmal bei Bittſchriften, welche die Freilaſſung der Herzoginn verlangt hatten, einfach zur Tagesordnung übergegangen, daß aber ſchon damals geſagt worden ſei, hierdurch ſolle keine Billigung des Benehmens dee Regierung ausgeſprochen, auch den weiteren Beſtimmungen übee das Schickſal der Herzoginn nicht vorgegriffen werden. Das frühere Verſprechen der Miniſter, einen Geſetzentwurf dießfalls an die Kammee zu bringen, ſei alſo immer noch in ſeiner ganzen bindenden Kraft beſtanden. Hr. Salverte hätte die Niederſetzung einee Unterſuchungscommiſſion in dieſer Sache gewünſcht. Die Miniſter Barthe und Thiers gaben zwar zu, daß alle geſetzlichen Formen in dieſer Sache überſchritten worden ſeien, aber die Entſchuldigung liege doch wohl in der Dringlichkeit der außerordentlichen Umſtände, in der Offenheit, womit die Regierung zu Werke gegangen, ſo wie in dem wohlverſtandenen Intereſſe des Landes. Ja wohl! Ja wohl! ſchrien die Centra, und mit dem ungeſtümen Rufe: Zur Tagesordnung! ward die Sache abgemacht.

Der Nouvelliſte meldet: „Die Frau Herzoginn von Berry, die von Blaye am 8. Juni nach zehn Uhr abgereiſt war, kam um halb zwei Uhr zu Richard an. Das Meer ging zu hoch, um ſogleich an Bord ſteigen zu können; man wartete alſo bis halb vier Uhr, wo das Meer ruhiger ward, und dieſe Operation erfolgte. Die Herzoginn beſchäftigte ſich viel mit ihrer Tochter. Alles ging ohne Unfall vorübee. Capitän Turpin hatte die Abſicht, in der Nacht um 2 Uhr ſein Schiff von dem Dampfboote bis zum Thurme Cordouan ans Schlepptau nehmen zu laſſen, wenn der Wind nur ein wenig günſtig wäre, widrigenfalls aber bis nach Verdon, wo ee einen Wind erwarten würde, der ihm die Abfahrt geſtattete. Um fünf Uhr war der Wind noch ungünſtig; er kam aus Nordweſt. Dieſen Morgen (9. Juni) hat ſich der Wind nach Nordnordoſt umgeſetzt, und die Agathe hat ihn veemuthlich benützt, um die Anker zu lichten."

Dem Temps zufolge, ſoll der Juſtizminiſter, Hr. Barthe, dem Könige einen langen Bericht über die geheimen Geſellſchaften, welche nach ſeiner Verſicherung reißende Fortſchritte machen ſollen, vorgelegt, und legislative Maaßregeln zu deren Unterdrückung vorgeſchlagen haben.

Am 10. Juni 5Peecents Fin Courant geſchloſſen zu 104 Fr. 50. 3Percents Fin Courant geſchloſſen zu 78 Fr. 75. — Am 11. Juni 1 1/4 Uhr Nachmittags 5Percents 104 Fr. 45. 3Percents 78 Fr. 45.

Teutſchland.

Die Frankfurtee Oberpoſtamtszeitung meldet aus dem Badiſchen vom 12. Juni: „Die Mordgeſchichte in Rhodez wirft ein helles Licht auf die innere Organiſation der italieniſchen Revolutionnäre und ſtellt eines Theils die Verworfenheit der Rädelsführer, andern Theils die Gefährlichkeit dieſer Menſchen für jeden Staat und jede Geſellſchaft klar vor Augen. Nach ſolchen Vorgängen darf man ſich über das Weſen und den Zweck jener Freiheitsmänner keine Täuſchung mehr machen; alle gleisneriſchen Worte, alle Beſchönigung und Entſchuldigung dieſer ſogenannten Patrioten fallen in Nichts zurück vor einer ſo ſchwarzen That. Warum dieſe bei uns einen ſo tiefen Eindruck gemacht hat, gründet ſich noch auf den beſondern Umſtand, daß der in Carlsruhe verhaftete Garnier mit jenem Mazzini, genannt Strozzi, mit dem Präſidenten des heimlichen Mordgerichtes in Verbindung war, und ſicherem Vernehmen nach, von demſelben ſogar Rathſchläge und Inſtructionen ſchriftlich erhalten hat. Welcher Zukunft ſoll Teutſchland entgegengehen, wenn es im Namen der Freiheit ſolchen Menſchen überliefeet wird!"

Wien, den 19. Juni.

Se. k.k. Majeſtät haben mit allerhöchſtee Entſchließung vom 10. Mai l. J. dem Giovanni Aldini in Mailand die allerhöchſte Bewilligung zu ertheilen geruht, den ihm von Sr. päpſtlichen Heiligkeit verliehenen Chriſtusorden annehmen und tragen zu dürfen.

Am 19. Juni wae zu Wien der Mittelpreis der Staatsſchuldverſchreibungen zu 5 pCt. in CM. 95 1/8;
detto detto zu 4 pCt. in CM. 85 7/8;
Darlehen mit Verlooſ. v. J. 1820, für 100 fl. in CM. 193;
detto detto v. J. 1821, für 100 fl. in CM. 135 1/2;
Wiener Stadtbanco-Obligat. zu 2 1/2 pCt. in CM. 54 1/4;
Kurs auf Augsburg für 100 Gulden Curr., Gulden 98 1/8 Br. Uſo. 2 Monat. — Conv. Münze pCt. ——;
Bankactien pr. Stück 1253 in C. M.

Hauptredacteur: Joſeph Anton Edler von Pilat.

Veeleger: Anton Strauß ſel. Witwe in der Dorotheergaſſe Nr. 1108.

Nro. 172

Oeſterreichiſcher Beobachter.

Freitag, den 21. Juni 1833.

W
1
ZEIT
18

Meteorologiſche Beobachtungen vom 19. Juni.	Zeit der Beobachtung	Barometer auf 0° Reaumur reducirt. Pariſer Maß.	Barometer Wiener Maß.	Thermometer Reaumur.	Wind.		Witterung.
	8 Uhr Morg.	27.607	28 Z. 4 L. 5 P.	+ 14.0	WNW.	ſchwach.	trüb.
	3 Uhr Nachm.	27.601	28 4 5	+ 18.8	N.	—	—
	10 Uhr Abnds.	27.561	28 3 11	+ 15.0	N.	ſtill.	heiter.

Großbritannien und Irland.

Zur beſſeren Ueberſicht des Planes, welchen das Miniſterium hinſichtlich der künftigen Verfaſſung der Bank von England dem Parlamente vorgelegt hat, geben wir hier den vollſtändigen Inhalt der Rede, die Lord Althorp in der Sitzung des Unterhauſes vom 31. Mai gehalten hat, und von der ſich bereits einige kurze Auszüge in unſern Blättern vom 12. und 14. Juni befinden: „Die Frage über Erneuerung des Freibriefes der Bank iſt für den Handel von England von der größten Wichtigkeit. Es iſt eine Frage, wovon der Werth des Vermögens jedes Einwohners dieſes Landes weſentlich abhängt. Ich fühle daher ganz die Wichtigkeit dieſes Gegenſtandes, und werde mich beſtreben, ſo viel in meinen Kräften ſteht, Ihnen ſolche Vorſchläge vorzulegen, welche allgemeine Zufriedenheit und Sicherheit in dem Geldweſen herbeiführen. — Während der letzten Sitzung, wo das Haus mit Gegenſtänden von der größten und drängendſten Wichtigkeit beſchäftigt war, hielt ich es für zweckmäßig, die Sache an ein beſonders dafür niedergeſetztes Committee zu verweiſen. Dieſes ſaß auch eine ziemliche Zeit, und obgleich ihre Unterſuchungen nicht ſo weit gediehen, daß es dem Hauſe über die einzelnen Puncte Bericht abſtatten konnte, ſo halte ich durch die Aufklärungen, die dieſelbe uns gewährte, und durch deren Umfang den Gegenſtand für ſo hinlänglich erläutert, daß es unnöthig ſcheint, eine Erneuerung dieſer Commiſſion für die laufende Sitzung zu beantragen. Was nun die Grundſätze betrifft, auf welche hier und überall Banken gegründet werden müſſen, ſo iſt es faſt unnöthig zu bemerken, daß der erſte Grundſatz ſeyn muß, das ausgegebene Papier ſogleich wieder in Geld umſetzen zu können. Nur bei Befolgung dieſes Grundſatzes kann man behaupten, daß das Papier als Tauſchmittel Werth habe, und jedes Verlaſſen dieſer Hauptregel muß die traurigſten Wirkungen auf die Induſtrie, auf den Handel und auf den Ackerbau äußern. Der zweite Hauptgrundſatz iſt, wie die Zahlungsfähigkeit der Bank, welche Noten ausgibt, für das Land von der größten Wichtigkeit iſt. Aber eben ſo hoch muß auch die Eigenſchaft angeſchlagen werden, daß man gegen unnöthige Schwankungen in dem Circulationsmittel geſchützt wird; denn wenn gleich die Zahlungsunfähigkeit ſofortiges Unglück herbeiführt, ſo iſt doch das, welches durch jene unnöthigen Schwankungen herbeigeführt wird, eben ſo unvermeidlich. Sie zerſtören alles Zutrauen im Handel, und wenn ſie auch im Anfange zur Speculation aufmuntern, ſo iſt doch ſtets das Ende davon, daß ſie traurige Folgen über Alle bringen, die ſich darauf eingelaſſen haben. Es iſt aber ganz unmöglich, in irgend einem Zahlmittel alle Schwankungen des Werthes zu verhüten; das einzige, was eine vernünftige Regierung dabei verlangen kann, iſt nur eine Einrichtung, wodurch dieſe Schwankungen ſo ſehr als möglich verhütet werden. Die Maſſe der Circulationsmittel richtet ſich nach dem Bedürfniſſe des Landes; bei jeder Vermehrung dieſer Maſſe, die alſo eine Entwerthung derſelben herbeiführt, iſt das einzige ſichere und richtige Gegenmittel, welches angewendet werden kann, die Wirkung der Wechſel des Auslandes auf unſer Land. So lange als die Noten vollſtändig in Geld umgeſetzt werden können, ſo lange rectificiert der Wechſelkurs mit dem Auslande jede Entwerthung, dadurch, daß er einen Abfluß der Goldbarren veranlaßt, und ſo wieder auf das Circulationsmittel zurückwirkt. Es iſt daher im höchſten Grade zu wünſchen, daß bei jeder Anordnung, die über die Bank getroffen werden mag, der Wirkung des auswärtigen Wechſelkurſes auf unſer Münzverhältniß ſo wenig Eintrag, als irgend möglich, geſchieht. Jedes Beſtreben, ſich in den Abfluß des Geldes aus unſerem Lande einzumiſchen, muß traurige Folgen haben; denn die Wirkung eines ſolchen Verſuches könnte keine andere ſeyn, als die Schwankungen nur immer noch größer zu machen. Die Frage, welche das Haus jetzt zu entſcheiden hat, iſt, in welcher Art und Weiſe in Zukunft die Ausgaben von Papiergeld von Seiten der Bank von England Statt haben ſoll. Für jetzt iſt die Bank von England, da ſie das Monopol der Circulation in der Hauptſtadt beſitzt, der Punct, nach dem die Tauſchmittel des ganzen Landes ſich richten. Von der Bank von England werden die Goldbarren geſammelt, und wenn der Wechſelkurs mit dem Auslande ſich gegen uns ſtellt und es daher der Vortheil erheiſcht, Goldbarren auszuführen, ſo iſt die Bank ſtets der Platz, von welchem dieſes ausgeht, und auf die Circulationsmittel dadurch zurückgewirkt wird. — Zuerſt wäre alſo von dem Hauſe zu entſcheiden, ob es wünſchenswerth iſt, daß die Verwaltung der Circulationsmittel in unſe-

Digitized by Google

rem Lande einer einzigen Corporation von Bankbeſitzern zuſtehen, oder ob eine Concurrenz mehrerer verſchiedenen Banken und Bankbeſitzer Statt finden ſolle. Mir ſcheint, wenn ich dieſe Frage erwäge, daß jedes dieſer beiden Syſteme ſeine Vortheile hat; es iſt daher nöthig, beide zu erörtern. Es muß offenbar das Intereſſe jeder einzelnen ſolcher concurrirenden Banken ſeyn, vorausgeſetzt, daß ſie gleiche Sicherheit dem Publicum gewähren, ſo vieles Papier in Circulation zu ſetzen, als nur irgend ihnen möglich iſt. Jede wirkt alſo wie ein Hemmungsmittel auf die andere, und keine kann mehr Papier ausgeben, als ihr Verhältniß zur Circulation es erfordert. Wenn nun durch Zeitverhältniſſe eine große Nachfrage entſteht, ſo kann zwar jede einzelne Bank den Betrag ihrer Circulation vermehren, aber es ſteht nicht in ihrer Macht, mehr als ihren verhältnißmäßigen Antheil an dieſer Vermehrung zu erhalten; und wenn auf der andern Seite, in Folge der Verſchlechterung des Circulationsmittels, Mangel an Credit entſteht, ſo muß als Folge des veränderten Kurſes jede Bank in ihrem eigenen Intereſſe nothwendig ihre Noten wieder einziehen. Dadurch wird aber eine plötzliche Verminderung aller Circulationsmittel im Lande eintreten. Gegen eine ſolche Gefahr muß man ſich zu hüten ſuchen. Mehrere Banken werden aber viel größere Schwankungen hervorbringen, als eine einzige, welche wohl verwaltet wird. Es iſt auch noch ein zweiter Grund, warum eine einzelne Bank, die die Aufſicht über einen großen Theil der Circulationsmittel des Landes führt, mehreren Banken vorgezogen werden zu müſſen ſcheint, und dieſer iſt, die Sicherheit, daß in drückenden Zeiten ſie dem Handel des Landes Beiſtand leiſten kann. In Zeiten eines paniſchen Schreckens wendet ſich der Kurs gegen unſer Land. Es hat gar nichts zu bedeuten, daß in ſolchen Zeiten eine einzelne Bank ihre Verpflichtungen vermehrt; wenn ſich aber mehrere Banken fänden, ſo würde keine aus Furcht vor den übrigen Rivalen dieß zu thun wagen. In ſchwierigen Zeiten iſt alſo gewiß eine einzelne Bank für ein Land vorzuziehen. — Alles, was ich bisher erwähnte, gilt jedoch nur unter der Grundbedingung, daß eine ſolche einzeln ſtehende Bank nach richtigen Anſichten geleitet wird, d. h. daß ſie keinen zu großen Gewinn bei dem Volke machen will, daß ſie auf die Höhe des Wechſelkurſes achtet und ihre Noten jedes Mal dem wirklichen Zuſtande der Circulationsmittel anpaßt. Außerdem iſt aber auch gar kein Zweifel, daß es in dem Intereſſe einer einzelnen Bank liegt, eine ſo große Menge Noten, als nur irgend möglich, in Circulation zu ſetzen, und es wird dadurch eine unermeßliche Gewalt in die Hand einer einzelnen Corporation gelegt, deren Geldintereſſe ſie aufmuntert, dieſelbe zu mißbrauchen. — Wenn ich meine Anſichten für eine einzige Bank und für mehrere Ihnen hier vorlege, ſo will ich nicht behaupten, daß irgend eine dieſer beiden Anſichten frei von allem Tadel wäre; aber man muß hier die Vortheile und die Nachtheile zuſammen berechnen, und dann ſcheint es wirklich, als wenn eine einzige mit geeigneten Beſchränkungen im Ganzen mehreren realiſirenden vorzuziehen ſei. Es fragt ſich nur, was das für Beſchränkungen ſeyn ſollen. Es finden ſich verſchiedene Arten ſolcher Beſchränkungen. Zuerſt wäre die zu entſcheiden, ob eine Bank in den Händen von Perſonen liegen ſoll, die nicht verantwortlich ſind, oder in den Händen der Regierung, und ob der Gewinn daraus der Regierung gehören ſolle oder der Geſellſchaft. Wenn die Bank in den Händen der Regierung iſt, ſo iſt deren Verantwortlichkeit gegen das Volk und alſo auch die Sicherheit und der Gewinn viel bedeutender; aber meiner Meinung nach werden dieſe Vortheile durch die damit verbundenen politiſchen Uebel aufgewogen. Denn die Regierung hat dadurch eine beſtändige Verſuchung, dieſe ihre Macht zu mißbrauchen; auch kann ſie in Zeiten trauriger Handelsverhältniſſe nicht ſolche Hülfe leiſten, wie eine Bankgeſellſchaft aus Privaten, und geſetzt auch, daß ſie das letztere vermöchte, ſo würde ſie dadurch eine ſo ungeheure Macht erlangen, daß die Verfaſſung unſeres Landes zerſtört würde. Sollte aber auf der andern Seite die Bank durch feſte Regeln, die ihr verbieten, ſolche Vorſchüſſe zu machen, beſchränkt werden, ſo würde es unmöglich ſeyn, Hülfe in der Noth zu leiſten, und überdem iſt es ja auch nach den Grundſätzen des Bankſyſtems ganz unmöglich, alle Fälle vorauszuſehen, wo das Volk der Unterſtützung der Bank bedarf. Eine andere Einſchränkung, die einer einzelnen Bank auferlegt werden kann, iſt die, daß man der Regierung die directe Controlle über ihre Geſchäfte gibt. Dieß wird jedoch nicht ſehr wirkſam ſeyn. Alles, was es helfen würde, wäre, daß zu den Einſichten der Directoren noch die der jeweiligen Miniſter kämen. Gerade in den Zeiten, wo dem Benehmen unſerer Bank die meiſten Vorwürfe gemacht wurden, 1797, 1822 und 1825, hatte die Regierung Kenntniß von dieſem Verfahren, und war eben ſo zu tadeln, wie die Bank ſelbſt. Ich glaube daher nicht, daß eine directe Controlle ſehr wünſchenswerth ſeyn könne, oder ſich ſonſt ſehr wirkſam bewieſe. Die einzige noch übrige Beſchränkung iſt, nach den Anſichten Ihrer Commiſſion vom vorigen Jahre, die Veröffentlichung der Rechnungen der Bank. Dieſe entſpricht allen Zwecken. Der Grundſatz, nach welchem unſere Bank bisher verwaltet wurde, war: 1) ein Drittheil der Goldbarren wird, im Verhältniß zu ihren eingegangenen Verpflichtungen, aufbewahrt; 2) das Publicum darf auf das Zahlmittel wirken, aber es nicht durch künſtliche Mittel in gezwängten Zuſtand bringen; 3) die Circulation der Noten darf ſtufenweiſe vermindert werden, ſobald der Kurs gegen uns iſt und der Abfluß der Barren Statt findet; ſobald aber der Kurs für uns iſt, und die Barren uns zufließen, ſo muß die Circulation allmählich erweitert werden. Auf dieſe Weiſe wirkt der Druck ſtufenweiſe auf die Circulation, und entfernt ſich eben ſo allmählich wieder. Wenn nun die Verhältniſſe der Bank öffentlich ſind, ſo weiß Jeder, in wie fern die Bank dieſe Grundſätze auch befolgt. Die Directoren werden dadurch unter die Controlle des Publicums geſtellt.

Digitized by Google

— Nach dieſen Grundſätzen ſchlage ich Ihnen nun vor, daß nur eine einzige Bank zugelaſſen wird, die unter derjenigen Controlle ſteht, welche durch eine Veröffentlichung ihrer Rechnungen herbeigeführt wird. Es iſt dieſe Einheit der Bank auch um deßwillen zweckmäßiger, als dadurch die geringſte Aenderung der beſtehenden Verhältniſſe Statt findet, und je weniger Aenderungen in dem Münzſyſteme vorgehen, deſto beſſer iſt es. Ich halte es daher für gut, daß die Bank ihr Monopol in der Hauptſtadt behält, und daß keine Bank von mehr als ſechs Theilnehmern in London oder im Umkreiſe von 65 Meilen Noten ausgeben darf. Auf dieſe Raumbeſtimmung von gerade 65 Meilen kommt es weniger an, aber die Bank wünſchte dieſe beſtehende Entfernung beizubehalten.“ (Schluß f.)

Die Lords Harrowby und Wharncliffe, der Biſchof von Lichfield und einige andere Pairs verließen am 3. d. M. das Oberhaus, ehe es über den Antrag des Herzogs von Wellington zur Abſtimmung kam. Der Globe meint, auch der Biſchof von London würde daſſelbe gethan oder die Regierung ſogar unterſtützt haben, weil er derſelben im Allgemeinen unumwunden ergeben ſei, wenn er Beſchaffenheit und Zweck jenes Antrages genau überdacht und die Sache für ſo wichtig gehalten hätte.

Im Colonialamte ſind Depeſchen aus Weſtindien eingegangen, die jedoch nichts von Wichtigkeit enthalten. Die Nachrichten aus Jamaika, welche bis zum 30. April reichen, ſchildern dieſe Inſel als noch immer in einem Zuſtande der größten Beſorgniß befindlich, weil man daſelbſt die Abſichten des Miniſteriums mit Bezug auf die Emancipirung der Sclaven noch nicht kannte; indeß war doch Alles ruhig. Ein portugieſiſches Sclavenſchiff hatte an der Küſte Schiffbruch gelitten und die Sclaven, 2 bis 300 an der Zahl, waren ans Land gebracht und unter den Schutz der Behörden geſtellt worden; das Schiff war nach Cuba beſtimmt. Sir Carmichael Smyth wollte, als das Packetboot nach England abſegelte, ſo eben die Bahama-Inſeln verlaſſen und ſich als Gouverneur nach Brittiſch-Guiana begeben. Die Wahlen dauerten in Jamaika noch fort; in den meiſten Fällen waren wieder die alten Mitglieder gewählt worden. Das Packetboot hat 80,000 Dollars in Baarem nach England mitgebracht.

Aus Dover wird unterm 5. Juni gemeldet: „Geſtern langte der Brigg Phyleria mit ungefähr 100 Invaliden von Dom Pedro's Armee hier an. Die meiſten waren völlige Krüppel oder ſehr krank; Einigen fehlten Arme, Andern Füße, Viele waren ſchwer verwundet und im Sterben, ohne einen Heller, ganz hülflos und verlaſſen. Sechzig davon konnten, obgleich ſie Engländer waren, kein Quartierbillet als brittiſche Soldaten bekommen und irren obdachlos umher, von der Gnade der Vorübergehenden abhängend, da ihnen die hieſigen Kirchſpielsbeamten jede Hülfe verweigerten; keine Straße in der Stadt, wo man nicht Haufen derſelben umherkriechen ſieht. Schändlich iſt es von den Agenten Dom Pedro's, daß ſie dieſe armen Leute, die ihnen in ihren Schlachten kämpfen geholfen, ſo ohne alle Unterhaltsmittel nach Hauſe zurückkehren ließen, namentlich da mehrere derſelben verſichern, daß man ihnen noch über 20 Pfund an Sold ſchuldig war. Dem Vernehmen nach, will ſie der Mayor von Dover für die Nacht unterzubringen ſuchen, aber wie die armen Leute ohne Geld nach London kommen ſollen, das weiß der Himmel. Die Franzoſen, etwa 40 an der Zahl, ſollen nach Calais geſchickt werden.“

Dem Vernehmen nach ſind der Herzog von Richmond und Hr. Conite nunmehr über die Einrichtung einer täglichen Poſtverbindung zwiſchen London und Paris einig geworden; die Hauptpunete des Arrangements ſollen bereits feſtgeſetzt ſeyn.

Rußland.

Am 3. Juni traf Se. Majeſtät der Kaiſer von Rußland über Dünaburg in Riga ein, hielt auch dort Muſterung und beſuchte die öffentlichen Anſtalten. Am 3. und 4. Abends war die Stadt feſtlich erleuchtet. Am letzteren Tage beſuchte der Kaiſer einen glänzenden Ball im Schwarzenhäupter-Hauſe. Am 5. ſetzte Er ſeine Reiſe nach Reval fort.

Frankreich.

Bei Erörterung des Budgets des Marineminiſteriums in der Deputirtenkammer am 10. Juni wurde das 1ſte Capitel, Centralverwaltung 7,710,700 Fr., mit einer Reduction von 7000 Fr. angenommen, ſo wie das 2te Capitel, Bureau- und andere Koſten, 230,000 Fr. Bei dem 3ten Capitel, allgemeiner Dienſt 7,668,800 Fr., ſchlug die Commiſſion eine Reduetion von 68,000 Fr. vor, die angenommen wurde. Bei dem 4ten Capitel, Sold und Unterhaltung der organiſirten Landtruppen und eingeſchifften Equipagen 19,865,500 Fr., ſchlug die Commiſſion eine Reduetion von 49,297 Fr. vor, die nach einiger Erörterung angenommen wurde. Die Kammer nahm ferner mit großer Eile noch folgende Capitel an: Cap. 5. Arbeiten des Marinematerials (Seehäfen) 18,765,900 Fr.; Cap. 6. Anlagen außer den Häfen 1,765,000 Fr.; Cap. 7. Artilleriearbeiten in den Häfen 1,285,000 Fr.; Cap. 8. Außer den Häfen 675,000 Fr.; Cap. 9. Hydrauliſche Arbeiten und Civilbauten 3,521,500 Fr.; Cap. 10. Arbeiten und Ausgaben für die Wiſſenſchaften des Marineweſens 706,700 Fr.; Cap. 11. Schiffmiethung und Seetransport 100,000 Fr.; Cap. 12. Galeeren 272,000 Fr.; Cap. 13. Verſchiedene Ausgaben 213,300 Fr.; Cap. 14. Colonien 700,000 Fr. General Lafayette mahnte aus Anlaß dieſes Capitels an eine Erläuterung, wie es mit den Anſtalten zur Verhinderung des Negerhandels ſtehe. Hr. von Rigny antwortete: „Wir ſind in dieſer Beziehung mit der engliſchen Regierung in neue Unterhandlungen getreten, woraus eine Convention zwiſchen Frankreich und England hervorging, nach welcher ein gegenſeitiges Recht der Unterſuchung beiden Theilen frei zugeſtanden iſt, ohne dadurch die Würde der reſpertiven Flaggen anzutaſten. Die franzöſiſchen Schiffe werden, wie die engliſchen, von nun an das Recht haben, mittelſt Commiſſionen, die ihnen von den beiden Regierungen doppelt ausgeſtellt werden, jedes Schiff unter franzöſiſcher oder engliſcher Flagge zu viſitiren, das im Verdachte ſteht, Negerhandel zu treiben. Wir haben gehofft, dadurch die Negerſchiffe zu treffen, welche ſich mit unſerer Flagge decken würden. Wir haben, um dieſen Handel zu vertilgen, in eines der zarteſten Verhältniſſe gewilligt, nämlich in die Unterſuchung der auf der See befindlichen Schiffe. (Großer Beifall.) Man hat übrigens ſeit langer Zeit kein Beiſpiel, daß ein einziges franzöſiſches Schiff den Negerhandel getrieben hätte; auf der Küſte von Afrika aber treiben ſpaniſche und andere Schiffe

Digitized by Google

dieſen ſchmachvollen Handel und pflanzten die franzöſiſche Flagge auf, wenn ſie ſich von engliſchen Schiffen verfolgt ſahen, weil nämlich, nach früheren Conventionen, die engliſchen Schiffe das Recht der Unterſuchung auf unſern Schiffen nicht hatten.

Hr. Duchatri gab am Schluſſe ſeines Berichtes über das Einnahmebudget vom 1834 in der Deputirtenſitzung vom 8. Juni folgende kurze Zuſammenſtellung: „Die vorgeſchlagenen Ausgaben waren 999,140,728 Fr. Sie vermindern ſich durch die Reduction von 6,182,750 Fr. bei den verſchiedenen Miniſterien auf 982,457,778 Fr., ſo wie durch die Annulirung von 5 Millionen zurückgekaufter Renten, die in dem Entwurfe des Geſetzes über die öffentlichen Arbeiten ausgeſprochen ward, und die nur einen Zuſchuß von 1,500,000 Fr. für den Credit der ſchwebenden Schuld erheiſcht, und ferner durch die Annulirung von 7 Millionen, welche Ihnen die Commiſſion an dem Finanzbudget vorgeſchlagen hat. Was die Einnahmen betriffe, ſo waren ſie nach Beſeitigung der 20 Millionen, welche die neue Trankſteuer eintragen ſollte, nur auf 980,244,843 Fr. geſchätzt; wir ſtellen dieſe Schätzung auf 983,644,843 Fr. Die Einnahmen bieten daher einen Ueberſchuß von beinahe einer Million dar. Wir ſchlagen Ihnen daher, meine Herren, die Einführung keiner neuen Auflage vor. Wir beſchränken uns darauf, für 1834 die beſtehenden Auflagen aufrecht zu erhalten, und die Opfer, durch welche wir das Gleichgewicht des Budgets erkaufen, ſollen hauptſächlich mittelſt der Tilgung gebracht werden, die für die Zukunft durch die Garantien verſtärkt iſt, welche Sie in dem beſonderen, kürzlich von Ihnen votirten Geſetzen eingeführt haben.“

Man hat am 11. Juni zu Paris durch den Telegraphen die Nachricht erhalten, daß die Corvette Agathe am 9. Juni mit vollen Segeln nach ihrer Beſtimmung abgegangen ſei; ſie war um 1 Uhr ſchon außer dem Geſichtskreiſe.

Man hat zu Havre Nachrichten aus der Havanah vom 25. April erhalten, wornach die Cholera daſelbſt ganz verſchwunden iſt. Die Einwohner, welche ſich entfernt hatten, kehren zurück, und die Geſchäfte ſind wieder im ordentlichen Gange. Die Douane ſtellt auch wieder Geſundheitsſcheine aus.

Die beiden miniſteriellen Blätter, der Nouvelliſte und die France Nouvelle, erſcheinen ſeit dem 10. d. M. vereinigt unter dem Titel Journal de Paris in vergrößertem Formate.

Die Demoiſelles Duguigny aus Nantes, welche als Verhehler des Aufenthaltes der Herzoginn von Berry angeklagt waren, ſind von dem Aſſiſenhofe zu Rennes nach mehrtägigen Verhandlungen freigeſprochen worden.

Am 11. Juni 5Percents Fin Courant geſchloſſen zu 104 Fr. 35. 3Percents Fin Courant geſchloſſen zu 78 Fr. 60. — Am 12. Juni 1¼ Uhr Nachmittags 5Percents 104 Fr. 5. 3Percents 78 Fr. 40.

Königreich beider Sicilien.

Das Giornale del Regno delle due Sicilie vom 4. Juni äußert ſich in einem ausführlichen Artikel, worin es die Wohlthaten, welche der regierende König beider Sicilien über die Seinem Scepter unterworfenen Völker verbreitet, aufzählt, und eine Skizze von den früheren, glücklicherweiſe vereitelten Complotten entwirft, folgendermaaßen über ein von der ruchloſen Revolutionspropaganda angezetteltes neues Complott: „Die Propaganda, entweder weil ſie unverbeſſerlich iſt, oder weil ſie ihren unvermeidlichen Untergang vor Augen ſieht, hat es, vielleicht durch einige von jenen übelberathenen Reiſenden, welche ſich unter dem Vorgeben, dieſes klaſſiſche Land zu beſuchen, unter die zahlreich durch Talent oder Stellung ausgezeichneten Perſonen miſchen, welche täglich allhier ankommen, neuerdings verſucht, in dieſes Königreich ihren Fuß zu ſetzen, wo die treffliche Denkart der durch frühere Trübſale gewitzigten Einwohner, welche über das, was ſie wünſchen oder hoffen ſollen, im Klaren ſind, den Lockungen der Völkeraufwiegler das mächtigſte Hinderniß entgegenſetzt. — Ein junger Kavallerieoffizier, welcher von Sr. Majeſtät unſerem Könige mit Wohlthaten überhäuft worden war, hatte nebſt 4 bis 6 Unteroffizieren, ſeinen Spießgeſellen, einen hölliſchen Anſchlag auf das theure Leben unſeres innigſt geliebten Monarchen ausgeheckt, um durch dieſen ſcheußlichen Frevel Betrübniß und Schrecken im ganzen Reiche zu verbreiten. Der König, welcher ſich unter der Aegide ſeiner Tugenden und der wohlverdienten Liebe aller ſeiner Unterthanen ſicher weiß, bedarf in ihrer Mitte keiner Schutzwache. Dieſe Sicherheit eines Vaters unter ſeinen Kindern flößte den verruchten Miſſethätern den Wahn ein, daß die Ausführung ihres ſchändlichen Anſchlages ein Leichtes ſeyn dürfte. Sie überredeten ſich, daß ſie bei Ausführung ihrer Miſſethat Helfershelfer finden würden, weil der Schurke das ganze menſchliche Geſchlecht ſeines Schlages hält, und in dieſem gottloſen Wahne waren ſie ganz verblendet über die Winzigkeit ihrer Zahl. — Die Stabsoffiziere des Regiments, als diejenigen, welchen diejenige Aufſicht und Wachſamkeit über ihre Untergebenen zuſteht, welche die allgemeine Polizei im ganzen Königreich und im Auslande ausübt, wo von obſcuren Auswürflingen chimäriſche Projecte geſchmiedet werden, die ſie im Stillen beobachtet, erforſcht und ausſpäht — die Stabsoffiziere, ſagen wir, des Regiments, kamen durch einen Zufall, worin der Finger der Vorſehung unverkennbar iſt, dem ruchloſen Complotte auf die Spur. Als die Verſchwornen dieß gewahr wurden, verſuchten zwei von den verwegenſten darunter, in Ermanglung eines Giftes, womit ſie ſich aus der Welt hätten ſchaffen können, ſich mit vier bereit gehaltenen Piſtolen wechſelſeitig den Tod zu geben; ſie drückten gleichzeitig gegen einander ab, es blieb aber nur der Eine todt, den Andern, welcher ſchwer verwundet iſt, hofft man zu retten, um wichtige Geſtändniſſe von ihm zu erhalten. — Die Miſſethäter befinden ſich bereits in den Händen der Juſtiz, welche das Urtheil über ſie fällen wird.“

Großherzogthum Toscana.

Zu Florenz war durch Kurier die Nachricht von der

Digitized by Google

gerichtet, wie im vorigen Jahre, nur daß ſich keine Gewehrpfoſten vor der Zeltfronte befinden, ſondern die Gewehee in den Zelten aufgeſtellt werden. Auch iſt in dieſem Jahre durch zierlich eingerichtete Marketenderzelte beſſer für die Aufnahme der das Lager zum Vergnügen beſnchenden Perſonen geſorgt worden. Se. königl. Hoheit der Prinz-Feldmarſchall beſuchte am 7. d. M. des Morgens die Diviſion, und wohnte den gerade Statt findenden Manövern bei. Er hat den Truppen über die Fortſchritte, welche ſie ſeit dem vergangenen Jahre in ihrer Ausbildung gemacht haben, ſeine beſondere Zufriedenheit zu erkennen gegeben.

In Breda kommen fortwährend belgiſche Deſerteurs an; am 7. d. M. wurden deren 13 eingebracht, wornnter ſich ein Sergentmajor und ein Fourier vom 5ten Linienregimente befanden. Auch zwei belgiſche Matroſen, die von dem vor Antwerpen liegenden Kanonierboote Nr. 7 deſertirt ſind, haben ſich bei den Vorpoſten gemeldet.

Das Amſterdamer Handelsblad enthält folgende Correſpondenznachricht aus Antwerpen vom 9. d. M. Nachmittags: „Seit dem Anfange der Revolution war heute der erſte Tag, wo man die Holländer öffentlich lobte. Als heute die Prozeſſion bei der Hauptwache vorüberzog, unterließ die Schildwache, ſei es aus Unbedachtſamkeit, ſei es, weil ſie Befehl dazu erhalten hatte, das Gewehr zu präſentiren. In demſelben Augenblicke ſtürzte der vorüberziehende Volkshaufen auf die Schildwache los, nnd verlangte, daß der wachthabende Offizier ſich zeigen ſollte. Dieſer aber, die Wuth des Volkes fürchtend, hatte ſich durch die Flucht gerettet, ſonſt hätte er ſehr leicht ums Leben kommen konnen. Das Geſchrei: „„Es ſind Orangiſten!““ und „„das haben doch die Holländer niemals gethan!““ wurde allgemein. Das Volk und einige Soldaten wurden handgemein, ohne daß indeſſen Jemand dabei zu Schaden kam. Die Folge davon war, daß der Prieſter bei der Wache vorüberzog, ohne ihr, wie es ſonſt gewöhnlich geſchieht, ſeinen Segen zu ertheilen.“

Belgien.

Die beiden Kammern beſchäftigten ſich am 8. Juni mit Verificirung von Vollmachten. In der Repräſentantenkammer ſcheint nur die Wahl des Hrn. de Behr in Lüttich zu Reclamationen Anlaß gegeben zu haben. Es konnte über dieſelbe noch nicht Bericht erſtattet werden, weil die eingeſandten Aetenſtücke zu voluminös waren, um in Einem Tage in Erwägung gezogen zn werden. Die Berichterſtattung ſollte am 11. Statt finden. — In der Senatorenkammer wurde eine Commiſſion zur Entwerfung der Adreſſe als Antwort auf die Thronrede erwählt; ſie beſteht aus den HH. von Seens, von Schiervel, Duval de Beaulieu und dem Grafen von Merode.

Die Königinn, deren Schwangerſchaft ſchon ſehr weit vorgerückt iſt, hat der Eroffnung der Kammern nicht beigewohnt.

Ans Antwerpen meldet man: „Alle bis heule angekommenen Schiffe ſind noch von holländiſchen Kanonierbooten begleitet worden; indeſſen hofft man, daß die Holländer dieſe Beobachtungsmaaßregeln bald einſtellen werden.“

Das Journal d'Anvers ſagt mit Bezug auf die Thronrede: „Man würde mit lebhafter Freude aus dem Munde des Konigs einige Worte des Bedauerns über die beklagenswerthen Ausſchweifungen vernommen haben, welche Belgien betrübt und empört haben. Wir würden mit Begierde und Dankbarkeit die Verſicherungen des Schutzes und einen Aufruf zur Eintracht und zum Frieden aufgenommen haben. Aber die Miniſter haben ihre Gründe. Die Männer der Revolution können revolutionnäre Verbrechen nicht tadeln. Wir wollen hoffen, daß die Rednerbühne die Geſetze und die öffentliche Sittlichkeit rächen wird.“

Man glaubt, daß nach dem von der Regierung zur theilweiſen Auflosung der Armee entworfenen Plane, ſehr bald wenigſtens 30,000 Mann werden in ihre Heimath entlaſſen werden. Es finden in dieſem Augenblick auf verſchiedenen Puncten des Königreiches Truppenbewegungen Statt, um die Ausführung der oben erwähnten Maaßregel zu erleichtern.

Teutſchland.

Das königl. hannoverſche Cabinetsminiſterium machte unterm 10. Juni bekannt, daß Se. königl. Hoheit der Herzog von Cambridge, als agnatiſch beſtellter Curator Sr. Durchlaucht des Herzogs Carl von Braunſchweig, den herzoglichen Oberkammerherrn Grafen von Oberg in Braunſchweig, den herzoglichen Landesgerichtspräſidenten von Praun in Wolfenbüttel und den Oberjuſtizrath Jakobi in Hannover zu adminiſtrirenden Untervormündern für den Herzog Carl beſtellt habe, und dieſelben bereits beeidigt worden ſeien.

Am 29. Juni war zu Wien der Mittelpreis der

Staatsſchuldverſchreibungen zu 5pCt. in CM.	95;
detto detto zu 4pCt. in CM.	$85\frac{9}{10}$;
Darleh. mit Verlooſ. v. J. 1820, für 100 fl. in CM.	193;
detto detto v. J. 1821, für 100 fl. in CM.	$134\frac{9}{10}$;
Wiener-Stadtbanco-Obligat. zu $2\frac{1}{2}$ pCt. in CM.	$54\frac{1}{4}$;
Conv. Münze pCt. ——;	

Bankactien pr. Stück 1250 in CM.

Hauptredacteur: Joſeph Anton Edler von Pilat.

Verleger: Anton Strauß ſel. Witwe in der Dorotheergaſſe Nr. 1108.

Digitized by Google

am 7. d. M. zu Neapel vollzogenen Vermählung Sr. k. k. Hoheit des Großherzogs mit Ihrer königl. Hoheit der Prinzeſſinn Maria Antonia beider Sicilien eingetroffen. In Toscana ſollen aus dieſem Anlaſſe an arme Mädchen 560 Ausſtattungen von 20 und 15 Scudi verheilt werden.

Preußen.

Se. Majeſtät der König haben am 8. d. M. dem königl. ſardiniſchen Generalmajor, Generaladjutanten, außerordentlichen Geſandten und bevollmächtigten Miniſter am Berliner Hofe, Grafen St. Martin d'Aglié, die Antrittsaudienz zu ertheilen und aus deſſen Händen das betreffende Beglaubigungsſchreiben, ſo wie die Allerhöchſtdenenſelben von ſeinem Monarchen beſtimmten Inſignien des Annunciadenordens entgegenzunehmen geruht.

Niederlande.

Man lieſt in der Haager Staatscourant vom 10. Juni: „Nachdem Hr. S. Dedel nach Ablauf der Präliminar-Convention darum angeſucht hat, ſeine hier befindliche Familie zu beſuchen und dieſes Anſuchen ihm bewilligt worden iſt, ſo werden Se. Excellenz nächſter Tage hier erwartet. — Hr. W. G. Dedel, der aus gleichen Gründen einen Urlaub erhalten hatte, befindet ſich ſeit Anfang der verfloſſenen Woche neuerdings auf ſeinem Poſten als bevollmächtigter Miniſter zu London."

Beim Marinedepartement im Haag iſt am 8. d. M. durch den Telegraphen die Nachricht eingegangen, daß in Vlieſſingen 5 franzöſiſche Fregatten angekommen ſind, auf denen ſich die erſte aus Frankreich zurückkehrende Colonne von 1600 Mann der daſelbſt geweſenen holländiſchen Kriegsgefangenen befindet. Beim Abgange des Berichtes hatte die Ausſchiffung der Truppen bereits begonnen.

Die Staatscourant vom 10. Juni enthält nachſtehenden Bericht über die Ankunft der erſten Colonne der holländiſchen, aus der franzöſiſchen Kriegsgefangenſchaft zurückkehrenden Truppen: „Wir haben das Vergnügen anzeigen zu können, daß ein großer Theil unſerer Landsleute, die zur Beſatzung der Citadelle von Antwerpen gehört haben, ſich in dieſem Augenblick bereits wieder auf vaterländiſchem Boden befindet. Sobald die franzöſiſche Regierung den Mannſchaften der verſchiedenen Corps unſerer Landmacht, ſo wie den Marineſoldaten, welche in Frankreich gefangengehalten wurden, angezeigt hatte, daß ſie ſich alle nach Dünkirchen in Bewegung ſetzen ſollten, um von da nach ihrem Vaterlande gebracht zu werden, begaben ſie ſich auch ſogleich dahin auf den Weg. Am 7. d. M. befand ſich ein großer Theil der Landtruppen bereits in Dünkirchen, wo ſie 8 franzöſiſche Kriegsſchiffe, 4 Fregatten, 2 Corvetten und 2 Briggs fanden, die zu ihrer Ueberfahrt beſtimmt waren. Von Seiten der franzöſiſchen Regierung war Befehl gegeben worden, daß unſere Landsleute alle ihnen zugehörenden Sachen mitnehmen könnten, und daß die ihnen ausgeſetzte Zulage bis zu dem Tage ihrer Einſchiffung fortgezahlt werden ſolle. Als der Oberbefehlshaber, Baron Chaſſé, am 7. Nachmittags in Dünkirchen ankam, war man mit Einſchiffung der Truppen bereits beſchäftigt, und noch vor Abend befanden ſich 2400 Mann an Bord, und die Schiffe ſollten am folgenden Tage nach Vlieſſingen unter Segel gehen. Dieß iſt auch wirklich geſchehen; denn vorgeſtern Nachmittags hat man im Haag einen telegraphiſchen Bericht aus Vlieſſingen erhalten, welcher die Ankunft von 5 franzöſiſchen Kriegsſchiffen vor der Feſtung und zugleich meldet, daß man bereits mit der Ausſchiffung der darauf befindlichen 1600 Mann holländiſcher Truppen den Anfang gemacht habe. — Aus den durch das königliche Dampfſchiff de Batavier von Dünkirchen mitgebrachten Nachrichten geht hervor, daß die obenerwähnten franzöſiſchen Kriegsſchiffe ſogleich von Vlieſſingen nach Dünkirchen zurückkehren werden, um die übrigen Truppen, welche ſich theils ſchon in Dünkirchen, theils noch in St. Omer und St. Wynorbergen befinden, ebenfalls abzuholen; daß dem General Chaſſé, der zu Dünkirchen geblieben iſt, das Anerbieten gemacht wurde, ihn auf dem franzöſiſchen Admiralſchiffe nach Holland zu führen, er daſſelbe aber abgelehnt, indem er es vorgezogen, ſich durch das Dampfſchiff de Batavier, welches unverzüglich nach Dünkirchen zurückkehren wird, nach dem Vaterlande zurückbringen zu laſſen, und endlich, daß die franzöſiſche Regierung den belgiſchen Behörden aufgegeben hat, die noch in Belgien im Depot befindlichen Waffen- und Equipirungsgegenſtände unſerer Truppen ſogleich nach Vlieſſingen zu befördern. Aus dem Haag ſind bereits Befehle hinſichtlich der Verſorgung unſerer zurückgekehrten Landsleute abgegangen, die wenigſtens vorläufig in Seeland einquartiert werden ſollen."

Aus der Provinz Seeland wird unterm 8. d. M. gemeldet: „Heute Morgens kam die franzöſiſche Fregatte Atalante mit dem General Favauge, ſeinem Generalſtab und 550 Mann des ſiebenten Regiments auf der Rhede von Vlieſſingen an. Der General, der Oberſtlieutenant Oldemanns und einige Leute wurden ſogleich ausgeſchifft, die übrigen werden erſt Nachmittags ans Land kommen. Der die Atalante commandirende Capitän Mackau ſtattete dem Admiral Gobius einen Beſuch ab, und kehrte darauf an Bord ſeiner Fregatte zurück. Gegen Mittag kamen die franzöſiſchen Schiffe Najade und Aſſas ebenfalls mit holländiſchen Truppen an Bord auf der Rhede an, und gegen Abend werden noch 4 andere franzöſiſche Schiffe erwartet."

Wie man vernimmt, ſollen der General Chaſſé und die Offiziere ſeines Stabes und der Artillerie wie des Genieweſens vorläufig reſp. zur Verfügung des Generalkriegsdirectors, des Chefs der Artillerie und des Geniewesens geſtellt werden.

Am 7. d. M. wurde das Lager bei Oirſchot von der aus 3 Brigaden zuſammengeſtellten Reſervediviſion unter dem Befehl des Generallieutenants Cort-Heyligers bezogen. Die Lagerſtelle iſt ganz auf dieſelbe Weiſe ein-

Digitized by Google

№ 173

Oeſterreichiſcher Beobachter.

Sonnabend, den 22. Juni 1833.

Meteorologiſche Beobachtungen vom 20. Juni.	Zeit der Beobachtung.	Barometer auf 0° Reaumur reducirt. Pariſer Maß.	Wiener Maß.	Thermometer Reaumur.	Wind.		Witterung.
	8 Uhr Morg.	27.502	28 Z. 3 L. 11 P.	+ 14.0	N.	ſchwach.	heiter.
	3 Uhr Nachm.	27.500	28 3 2	+ 23.0	SSO.	—	——
	10 Uhr Abends.	27.428	28 2 3	+ 17.8	SSO.	ſtill.	——

Großbritannien und Irland.

Bei Eröffnung der Sitzung des Unterhauſes vom 10. Juni erklärte Lord Althorp, daß er beauftragt ſei, dem Hauſe die Antwort des Königs auf die Sr. Majeſtät von dieſem Hauſe überreichte Adreſſe mitzutheilen. Sie lautet folgendermaaßen: „Meine Herren! Ich habe „mit großem Vergnügen den Ausdruck Ihrer Zuſtimmung „zu der von Mir hinſichtlich der portugieſiſchen Angele„genheiten befolgten Politik vernommen; und Sie kön„nen verſichert ſeyn, daß Ich auf demſelben Wege zu „handeln fortfahren, und keine Gelegenheit verabſäumen „werde, allen Einfluß, der in Meiner Macht ſteht, an„zuwenden, um ſobald als möglich allen Zwiſtigkeiten, „welche gegenwärtig in dieſem unglücklichen Lande obwal„ten, zweckdienlich und ehrenvoll ein Ziel zu ſetzen.“ — Das Haus verwandelte ſich ſodann in einen Ausſchuß über die Sclaven-Emancipation, wo die dritte Reſolution, daß die Sclaven ſich als Arbeiter ſollen verdingen können, erörtert wurde.

Nachſtehendes iſt der Schluß der (im geſtrigen Blatte abgebrochenen) Rede des Lords Althorp über die engliſchen Bankangelegenheiten: „Die nächſte Frage war die über die Dauer des Bankprivilegiums. Es iſt dabei nicht wünſchenswerth, daß dieſe Dauer ſo ſehr ausgedehnt werde, als dieſes früher wohl der Fall geweſen iſt; ſo wie es auf der andern Seite nur getadelt werden konnte, wenn ſie zu ſehr beſchränkt wäre. Ich wünſche daher die Verlängerung des Freibriefes auf 21 Jahre, mit der Beſtimmung, daß, wenn nach Ablauf der erſten 10 Jahre die Regierung Aenderungen treffen will, ſie es innerhalb eines Jahres der Bank anzeigen muß, ſo daß nach den folgenden 11 Jahren der Freibrief erloſchen kann. Dadurch behält die Regierung die Möglichkeit einer Aenderung, und die Bank bleibt 11 Jahre lang gegen jede Aenderung geſichert. Was die Oeffentlichkeit der Rechnungen betrifft, ſo ſoll die Bank einen Bericht über den Betrag ihrer circulirenden Noten und Wechſel, ſo wie ihrer Depoſiten wöchentlich an den Schatz einſenden, und ein Durchſchnitt der ausgegebenen und der zu Sicherheit vorräthigen Werthe ſoll vierteljährlich bekannt gemacht werden. Bekanntmachungen für jede einzelne Woche ſcheinen unzweckmäßig, weil öfters vorübergehende Ereigniſſe außerordentliches Ausgeben von Noten erfordern und dann einen falſchen Eindruck machen könnten. — Ich komme nun auf den Theil meines Vorſchlages, der wohl den größten Widerſpruch erregt. Allerdings ſoll ſich die Regierung nicht einmiſchen, um den Abfluß der Barren aus dem Lande hindern und die Circulationsmittel regeln zu wollen; aber ein Abfluß der Barren im Lande ſelbſt unterliegt andern Beſtimmungen. Wenn gleich nun die Möglichkeit, die Banknoten zu realiſiren, bei jedem ordentlichen Bankſyſteme nothwendig iſt, ſo glaube ich doch nicht, daß es Gefahr hat, eine Bank, die den bisher genannten Beſtimmungen unterworfen iſt, gegen plötzlichen Abfluß der Goldbarren im Innern ſicher zu ſtellen. Ich wünſche daher, daß die Noten der engliſchen Bank zum geſetzlichen Zahlmittel erhoben werden, außer bei der Bank von England ſelbſt und bei ihren Seitenbanken. Allerdings iſt dieſes eine wichtige Aenderung, aber bei der großen Verbindung zwiſchen London und den übrigen Theilen des Landes kann dieſes gar keine Gefahr haben; ja man muß es für höchſt vortheilhaft erklären, wenn man die Wirkungen erwägt, die durch plötzlichen paniſchen Schrecken in der Handelswelt herbeigeführt werden. Nicht ſo wohl in ruhigen Zeiten als vielmehr in denen der Kriſis wird dieſes ſeine Wirkſamkeit äußern. Man kann dagegen einwerfen, daß dadurch das Geld aus dem Lande getrieben werde. Ich glaube das nicht; bei 1 Pf. St. Noten möchte dieſes wohl Statt finden, aber nicht bei größeren, wie wir ſie ja jetzt nur allein haben. Man kann ferner einwerfen, daß, weil man dadurch ſich ſeltener zur Realiſirung der Noten an die Landbanken zu wenden habe, ſo würden dieſe in dem Ausgeben der Noten unvorſichtiger ſeyn. Allein ſollte auch dieß eintreten, was ich jedoch nicht glaube, ſo möchten doch die Vortheile dieſer Beſtimmung alle damit verbundenen Nachtheile aufheben. Wenn ein Andrang an die Provinzialbanken geſchieht, ſo wenden ſich dieſe meiſt um Metall an die Bank von England. Sie erhielten dort gewöhnlich mehr Gold, als ſie nöthig haben, und dadurch drängte man ſich nun auch mehr zu der Bank von Eng-

Digitized by Google

land. Wenn nun die Provinzialbanken keine ſolchen Forderungen mehr machen, ſo bleibt die Bank von England davon befreit, und den Provinzialbanken ſelbſt wird dadurch eine Wohlthat erwieſen. — Der nächſte Vorſchlag, den ich Ihnen mache, bezieht ſich nicht bloß auf die Bank von England, ſondern überhaupt auf den Handel des ganzen Reiches. Es wird für die Bank vortheilhaft ſeyn, wenn ſie die Macht hat, auf die Circulation auf andere Weiſe zu wirken, als dadurch, daß ſie verweigert zu discontiren, welches ſie bisher that, wenn der Werth des Geldes höher war, als der durch Geſetze erlaubte Zinsfuß. Daher wünſcht ich in gewiſſer Hinſicht eine Beſchränkung der Wuchergeſetze, darin nämlich, daß auf alle Wechſel, die nicht mehr als 3 Monate bis zum Verfall zu laufen haben, jene Wuchergeſetze nicht anwendbar ſeyn ſollen. Es iſt bekannt, daß ich zwar vor einigen Jahren ſchon die Widerrufung dieſer Geſetze wünſchte; aber allerdings finden ſich dennoch gewichtige Gründe gegen deren gänzliche Aufhebung. Allein bei der theilweiſen Aufhebung derſelben iſt wohl nichts zu fürchten. Man kann einwerfen, daß dieſes leicht umgangen werden könne, aber dieß iſt bei den jetzigen Geſetzen nicht minder der Fall, und ich bin überzeugt, daß dieſe theilweiſe Abſchaffung zu ſolcher Umgehung nichts beitragen werde. Es iſt nicht wahrſcheinlich, daß Gelder, welche jetzt gegen Pfänder ausgegeben werden, zur Discontirung ſolcher Wechſel verwendet werden. Auf jeden Fall iſt bei dieſem Vorſchlage wenig Gefahr, ſo lange der Zins dafür nur die Hälfte des geſetzlichen Zinsfußes beträgt. Nur wenn der Werth des Geldes ſich erhöht, dann können die Wuchergeſetze Anwendung finden; jedoch die größere Leichtigkeit, Wechſel zu einem gewiſſen Betrage zu discontiren, wird jetzt für das Land ſelbſt nur Vortheil ſeyn. — Die Beſtimmungen, welche jetzt folgen, ſind gleichſam der Handel zwiſchen der Bank und der Regierung. Die ganze Summe, welche das Land an die Bankgeſellſchaft ſchuldig iſt, beträgt 14,600,000 Pf. St. Man hat dieß niemals ſo angeſehen als wenn dieſes ganze Capital gleichſam eine Caution von Seiten der Bank wäre, und ich hege daher auch gar kein Bedenken, einen Theil davon zurückzuzahlen. Jedoch der öffentliche Cretit iſt eine ſo zarte Sache, daß man dabei äußerſt vorſichtig ſeyn muß, und nichts thun darf, was ihn im Geringſten in den Augen der öffentlichen Meinung ſchwächen könnte. Ich traue daher nicht vorzuſchlagen, dieſe Schuld ſehr zu verringern; aber ein Theil davon muß zurückgezahlt werden, weil der Vertrag mit der Bank ſonſt gar zu koſtbar würde. Die Bank klagt nämlich immer, daß ſie bei dieſer Summe 1 pCt. verlöre, und wenn ſich ſpäter der Zinsfuß einmal heben ſollte, ſo würde ſie eine ſolche Erhöhung für die ganze Summe in Anſpruch nehmen. Ich ſchlage daher vor, 25 pCt. zurückzuzahlen. Dadurch bleibt die Schuld etwa 11,000,000 Pf. St., was gewiß immer noch eine hinlängliche Sicherheit gewährt. Das Land kann gewiß damit zufrieden ſeyn, daß die Directoren der Bank in der Summe, die dieſe Corporation für die Verwaltung der öffentlichen Schuld erhält, ſich einen Abzug von 120,000 Pf. St. wollen gefallen laſſen. Es war ſonſt gewöhnlich, daß bei Erneuerung des Freibriefes ein gewiſſes Capital an die Regierung gezahlt wurde. Aber die Summe, die durch dieſen Abzug die Anſtalt an die Regierung überläßt, beträgt in den 21 Jahren zuſammen über 2,500,000 Pf. St., und alſo mehr, als je bei Erneuerung ihrer Privilegien gezahlt worden iſt. — Wenden wir uns nun zu den Provinzialbanken, ſo fordere ich bei ihnen, daß jede Bank von mehr als 6 Theilnehmern eine Geſellſchaft mit gemeinſamem Capitale ſeyn und für ihre Organiſation einen Freibrief fordern muß. Ich will mich gar nicht in die innere Organiſation derſelben einmiſchen, ich wünſche nur, daß ſie zum Wohle des Landes nach vernünftigen Anſichten eingerichtet werden. Den bereits beſtehenden Banken wird es in ihren Willen geſtellt, ob ſie innerhalb einer beſtimmten Zeit einen Freibrief ſich wollen geben laſſen. Dieſe Banken mit gemeinſchaftlichem Capital ſtellen nun bekanntlich ſelbſt Noten aus, oder ſie machen nur Geſchäfte mit den Noten der engliſchen Bank; aber ſie dürfen keine in London zahlbare Noten unter 50 Pf. St. ausgeben. — Nach dem Plane, den ich Ihnen vorlege, dürfen ſolche Banken mit gemeinſchaftlichem Capitale, welche eigene Noten ausgeben, nicht innerhalb 65 Meilen von London errichtet werden. Eben ſo ſoll die Regierung das Recht haben, ihnen Freibriefe zu verweigern: 1) wenn die Theilnehmer nicht die Hälfte des unterzeichneten Antheils ſchon gezahlt haben, und 2) wenn ſie nicht in Regierungsfonds oder auf eine ſonſtige Weiſe gute Sicherheit leiſten. Dabei ſind dieſe Geſellſchaften mit gemeinſamem Capital und eigenen Noten unumſchränkt verantwortlich. Auch darf die Corporation der Bank, als ſolche, keine Actien darin haben, und ihre Rechnungen müſſen jährlich vorgelegt und bekannt gemacht werden. Was die Banken mit gemeinſamem Capital betrifft, die keine eigenen Noten ausgeben, ſo iſt das Volk bei deren Verwaltung weniger intereſſirt. Ihnen ſoll daher ein Freibrief verwilligt werden: 1) wenn die Theilnehmer auch nur ein Viertheil ihres unterzeichneten Antheils gezahlt haben; 2) wenn die einzelne Actie nicht unter 100 Pf. St. beträgt. Auch ſind die einzelnen Actionäre nur für den Betrag ihrer Actien verantwortlich. Die Corporation der Bank, als ſolche, darf ebenfalls keine Actien beſitzen. Aus dieſen Bedingungen geht ſchon hervor, daß es in dem Plane liegt, den Banken, die keine eigenen Noten ausgeben, vor denen mit eigenen Noten einen Vorzug zu geben. Wenn der Freibrief einer ſolchen Provinzialbank feſtgeſetzt wird, ſo hat die Regierung dabei zu ermeſſen, ob der Betrag des unterzeichneten Capitals auch genügend iſt, denn es muß daſſelbe in Manufacturdiſtricten größer ſeyn, als in einer bloß Ackerbau treibenden Gegend. Da ferner der Regierung daran gelegen ſeyn muß, die Maſſe der circulirenden Noten zu

kennen, ſo ſollen dieſe Banken, anſtatt wie bisher eine allgemeine Abfindungsſumme zu geben, gezwungen ſeyn, 7 Sh. vom Hundert in geſtämpelten Noten zahlen zu müſſen. Wenn es auch zweckmäßig iſt, daß die Verhältniſſe der Banken mit gemeinſamen Capital offen dargelegt werden, ſo iſt dieß doch nicht anwendbar, wenn einzelne Privaten für ſich eine Bank halten, denn dieſe könnten ſelbſt bei aller Sicherheit durch ſolche Bekanntmachung unter gewiſſen Verhältniſſen geſtürzt werden. Daher wünſche ich, daß deren Rechnungen in einem höchſt vertraulichen Schreiben nach London geſandt, dort zuſammengeſtellt, und die Reſultate zu gewiſſen Perioden bekannt gemacht werden. Die Bankbeſitzer in den Provinzen müſſen auch ihr ganzes Bankvermögen darlegen. Landgüter laſſen ſich zwar nicht gleich in Geld umſetzen, da ſie aber doch die Sicherheit vermehren, ſo wäre wohl zu entſcheiden, ob dieſe nicht zu einem gewiſſen Betrage mit eingerechnet werden könnten. Die Tendenz des ganzen Planes, den ich Ihnen jetzt vorgelegt habe, geht offenbar dahin, das Ausgeben der Noten von Seiten der Bank von England zu vermehren. Dieſer Grundſatz wird zuletzt dahin führen, daß in dem ganzen Lande nur eine einzige Bank ſich findet, welche Noten ausgibt. Für jetzt ſchon dieſes Syſtem herbeizwingen zu wollen, wäre Thorheit, man mag auch in der Theorie über die Nützlichkeit desſelben denken, wie man wolle. Das Einzige, was hierin geſchehen kann, iſt nur, ohne Zwangsmaaßregeln die Errichtung von ſolchen Banken zu befördern, welche keine Noten auf ihre eigenen Fonds ausgeben, ſondern in denen der engliſchen Bank ihre Geſchäfte machen. — Das iſt denn Alles, womit ich über dieſen Gegenſtand dem Hauſe beſchwerlich fallen mußte. Ich habe ſchon am geſtrigen Abend angezeigt, daß ich für jetzt noch keine Abſtimmung über dieſen Antrag fordere; ich begnüge mich daher, die einzelnen Beſtimmungen hiermit in die Hände des Vorſitzers niederzulegen." — (Wir haben die Grundzüge dieſer einzelnen Beſtimmungen in unſerem Blatte vom 12. Juni ſchon mitgetheilt und glauben um ſo weniger ſie hier noch einmal wiederholen zu müſſen, als ihr Inhalt aus den einzelnen Abſchnitten gegenwärtiger Rede von ſelbſt hervorgeht.)

Conſols am 10. Juni 90⅞. — Am 11. Juni um 3 Uhr Nachmittags 90⅝. ¾.

Frankreich.

Der Moniteur vom 13. Juni enthält eine auf den Vortrag des Miniſters des Innern, Grafen d'Argout, erlaſſene königliche Ordonnanz vom 10. Juni, kraft deren der Belagerungszuſtand aufgehoben wird, in welchen die Departements Maine und Loire, Vendée, Niederloire und Deux-Sevres, ſo wie die drei Arrondiſſements von Laval, Chateau-Gonthier und Vitré, zu den Departements Mayenne, Ile und Vilaine gehörig, durch Ordonnanzen vom 1. und 3. Juni 1832 verſetzt worden waren.

Die Gazette des Tribunaux enthält folgendes Schreiben aus Rhodez vom 4. Juni: „Es iſt einige Hoffnung vorhanden, Emiliani's Frau zu retten, obwohl der Dolch des Mörders Gavioli bis in die Lunge eingedrungen iſt. — Gavioli hatte keinen perſönlichen Haß gegen Lazzoreſchi von Lucca und Emiliani von Modena, die er nur vom Sehen kannte. Er war bloß der Vollſtrecker eines von dem Vehmgerichte der unter dem Namen der Giovine Italia bekannten Geſellſchaft gefällten Todesurtheiles. Im Laufe des letztverfloſſenen Aprils wurden in unſerer Stadt Anſchlagzettel in italieniſcher Sprache gefunden, auf welchen mit der Feder zwei Todtenköpfe mit der Ueberſchrift: Orate pro eis, gezeichnet waren. Da die Schriftzüge auf dieſen Zetteln ſehr klein waren, und man übrigens geringen Werth darauf legte, ſo gaben ſich die Perſonen, welche ſie abriſſen, nicht die Mühe, ſie zu entziffern; man weiß jedoch, daß die Namen Lazzoreſchi und Emiliani auf dieſen Zetteln genannt waren. Ich weiß nicht, ob ſie aufbewahrt worden ſind. — Kein einziger Italiener hat ſich bei dem Leichenbegängniſſe der beiden Ermordeten ſehen laſſen. — Emiliani iſt nicht, wie es anfangs hieß, in ſeinem Zimmer, ſondern in dem Cazes'ſchen Kaffehhauſe, in dem er ſich mit Lazzoreſchi befand, ermordet worden. Emiliani's Frau iſt nur verwundet worden, weil ſie dem fliehenden Mörder den Weg verſperren wollte. — Sechs von den Flüchtlingen, welche bezichtigt waren, einen gewiſſen Ferrari angepackt und verwundet zu haben, unter denen ſich zwei oder drei von den Zwanzigen befinden, die nach einem Urtheile des königlichen Gerichtshofes von Montpellier in der Nacht vom 29. October v. J. einen Mordverſuch gegen Emiliani ausgeführt hatten, ſind von dem Zuchtpolizeigerichte (zu Rhodez) zu drei- und fünfjähriger Gefängnißſtrafe verurtheilt worden. Zwei Stunden vor dem Morde hatte Emiliani vor Gericht gegen ſie ausgeſagt, und ein anderer Italiener, welcher der Gerichtsſitzung beiwohnte, ſagte zu ihm ſo laut, daß der Präſident ihn deßhalb aus dem Gerichtsſaale wegſchaffen ließ: Schon gut; du wirſt deinem Schickſale doch nicht entgehen! — Nachſchrift. Gavioli weigert ſich bis jetzt ſtandhaft, irgend eine Nahrung zu ſich zu nehmen; er fordert, daß ihm die Speiſen durch einen Italiener gereicht werden, was unſern Inſtructionsrichter in große Verlegenheit ſetzt, indem er befürchtet, daß man den Mörder vergifte. — Ich höre ſo eben, daß die Wuth des Volkes gegen dieſe Italiener ſtündlich wächſt; die Behörde hat daher beſchloſſen, die Flüchtlinge an verſchiedene Orte im Departement zu verlegen; heute Abends wird kein einziger mehr in unſern Mauern ſeyn."

Der General Ramorino iſt, von zwei Adjutanten, einem Polen und einem Franzoſen, begleitet, von Paris nach Boulogne abgegangen, um ſich dort nach Portugal einzuſchiffen.

Digitized by Google

Hr. Felix Girod, Bruder des Expräſidenten der Kammer, wurde an die Stelle des Hrn. Laguelle-Mornay zum Deputirten zu Nantua ernannt.

Am 12. Juni 5Percents Fin Courant geſchloſſen zu 104 Fr. 20. 3Percents Fin Courant geſchloſſen zu 78 Fr. 45. — Am 13. Juni um 1¼ Uhr Nachmittags 5Percents 103 Fr. 90. 3Percents 78 Fr. 20.

Päpſtliche Staaten.

Ein Schreiben aus Perugia vom 3. Juni (in der Veroneſer Zeitung) meldet Folgendes: „Am 8. Mai ſchickte die Polizei auf erhaltene Anzeige, daß in einem dortigen Hauſe revolutionnäre Pläne und Papiere aufbewahrt werden, einen Unterſuchungsrichter mit einem Notare und Carabinieren ab, allein kaum hatten ſich dieſe der Schriften bemächtigt, als mehrere Hunderte bärtiger, mit Stileten und Piſtolen bewaffneter Revolutionsmänner herbeieilten, dem Notare die Papiere wegnahmen und ſie in Stücke riſſen, einige Carabiniere prügelten und den ſie anführenden Unteroffizier todtlich verwundeten. Der Unterſuchungsrichter Graf Fanelli konnte ſich nur durch einen Sprung vom Fenſter hinab retten. Die Truppen waren außer aller Bereitſchaft, weil man ſie nicht vorher in Kenntniß geſetzt hatte, weßhalb die Unordnung nicht gehindert wurde. Es wurde hierauf von Rom ein anderes Truppencorps nach Perugia abgeſchickt, nebſt einem Commandirenden mit der ausgedehnteſten Vollmacht; der erſtere Befehlshaber wurde zurückberufen und die Polizei ſuſpendirt. Jener ließ einen Theil ſeiner Truppen in die Stadt rücken, die übrigen campirten außerhalb derſelben; als man aber ſah, daß alles ruhig war, zog er mit der ganzen übrigen Mannſchaft in die Stadt, während die alte Garniſon zum andern Thore hinausmarſchirte. Er ſetzte die militäriſche Behörde wieder ein und handelte mit Nachdruck. Er ließ mehrere Individuen ſelbſt aus den erſten Familien arretiren und ſogleich nach Rom oder Civitacaſtellana abführen. Viele entflohen aus Perugia, doch wurden mehrere derſelben, worunter ein gewiſſer Guardabaſſi, an den Orten, wohin ſie ſich begeben hatten, und zwar letzterer zu Ancona verhaftet und anderswohin abgeführt. Dieſe entſchloſſenen Maaßregeln machten die Bösgeſinnten ganz muthlos und beruhigten die friedlichen Bürger, welche dadurch vor den Angriffen der verwegenen und unverbeſſerlichen Faction in Sicherheit geſtellt wurden.“

Großherzogthum Toscana.

Eine außerordentliche Beilage zur Gazzetta di Firenze vom 15. Juni meldet, daß Se. k. k. Hoheit der Großherzog mit Seiner durchlauchtigſten Gemahlinn am 14. Juni um 1 Uhr Nachmittags unter dem Jubel einer unermeßlichen Volksmenge im erwünſchteſten Wohlſeyn zu Livorno ans Land geſtiegen ſind.

Niederlande.

In der Sitzung der zweiten Kammer der Generalſtaaten vom 10. d. M. wurde der Bericht der Centralſection über das Creditgeſetz vorgeleſen. Verſchiedene Mitglieder bezeigten ihr Leidweſen darüber, daß die Regierung bei dem gegenwärtigen Zuſtande der Dinge keine Veranlaſſung gefunden zu haben ſcheine, auf den Wunſch, die außerordentlichen Koſten für die Land- und Seemacht zu vermindern, Rückſicht zu nehmen, beſonders nach dem Abſchluß der Convention, durch welche man ſich verbindlich gemacht habe, die Feindſeligkeiten nicht wieder zu beginnen. Ein Mitglied war der Meinung, daß jetzt für die Seemacht ein Credit von 858,000 fl. und für die Landmacht ein Credit von 7 Millionen Gulden hinreiche, und man alſo 3½ Millionen Gulden erſparen könne. Ein anderes Mitglied wollte dieſe Erſparniß auf 6 Millionen ausgedehnt wiſſen, da man die Koſten der Seemacht mit 500,000 fl. und die der Landmacht mit 5 Millionen Gulden beſtreiten konne. Andere Mitglieder erklärten, daß ſie die verlangten Summen bewilligen würden, in dem feſten Vertrauen, daß man die außerordentlichen Ausgaben vermindern werde. Die fernere Berathung wurde auf Mitwoch den 12. verſchoben.

Das Amſterdamer Handelsblad ſagt, es könne aus guter Quelle verſichern, daß die Unterhandlungen über den Definitivtractat zu London und nirgend anders fortgeſetzt werden ſollen, und daß die drei nordiſchen Mächte auf die ſowohl abſeiten Englands und Frankreichs, als abſeiten unſeres Königs an ſie ergangene Einladung, denſelben beitreten werden. Alles ſcheint zu verſprechen, daß dieſelben ſchleunig zu Ende gebracht werden würden.

Die Nachrichten aus Middelburg vom 8. d. M. melden, daß die Truppen der früheren Garniſon der Citadelle von Antwerpen, welche an jenem Tage in Vließingen gelandet wurden, ſogleich in jener Stadt und in Middelburg und in den beiden Dörfern, welche zwiſchen den genannten Städten liegen, einquartirt worden ſind. Augenzeugen verſichern, daß der Jubel der holländiſchen Truppen, als ſie nach ſo langer Gefangenſchaft zum erſten Male wieder den vaterländiſchen Boden berührt hatten, unbeſchreiblich geweſen ſei.

Belgien.

In der Sitzung der Senatorenkammer vom 10. d. M. verlas der Baron von Secus den Entwurf zur Adreſſe, als Antwort auf die Rede des Königs. Derſelbe lautet folgendermaaßen: „Die Stadt Antwerpen den ſie bedrohenden Gefahren entriſſen und allen ihren natürlichen Vortheilen wiedergegeben! Die Ufer der Maas wieder im Genuß ihrer alten Handelsthätigkeit! Die Einwohner Limburgs und Luxemburgs, welche ſich unſerer Sache ergeben hatten, noch in der belgiſchen Familie erhalten! — Das ſind glückliche Reſultate, und wir wünſchen uns gern mit Ew. Majeſtät Glück dazu. — Unſere Ehre und unſere Intereſſen ſtehen unter dem Schutze eines unſeres ganzen Vertrauens würdigen Monarchen; unſeren Rech-

Digitized by Google

ten wird kein Abbruch geſchehen, wenn es ſich um einen Definitivtraktat mit Holland handelt. — Wir vernehmen mit Vergnügen, daß eine theilweiſe Entwaffnung, ohne unſer Vertheidigungsſyſtem zu gefährden, die Laſten des Staats vermindern wird, und daß die für 1833 bewilligten Summen mehr als hinreichend ſind. — Die Bedürfniſſe des Ackeebaues, der Induſtrie und des Handels ſind Ihnen, Sire, bekannt, und ſchon hat Sich Ew. Majeſtät erfolgreich mit denſelben beſchäftigt. — Die Aufrichtigkeit und Rechtlichkeit Ihrer Diplomatie wird nicht weniger als unſere geographiſche Lage die Unterhandlnngen mit den andeen Völkern begünſtigen. — Ew. Majeſtät veekündet uns den Plan einer großen Verbindung des Meeres und der Schelde mit der Maas und dem Rhein; wir wiſſen die Wichtigkeit desſelben zu würdigen, und werden ihn mit Sorgfalt prüfen, ſo wie alle übrigen uns vorzulegenden Geſetzentwürfe. Wir halten es für unumgänglich nöthig, das Land ohne weiteren Verzug die Wohlthaten einer guten Provinzial- und Communal-Einrichtung genießen zu laſſen. — Es bereitet ſich eine glückliche Zukunſt für Belgien vor; Ew. Majeſtät werden den Lohn für Ihre Opfer und edelmüthigen Anſtrengungen erhalten; das Veetrauen und die Liebe der Nation werden Ihnen niemals fehlen. Es gewährt uns Vergnügen, Sire, Ihnen dieſe Verſicherungen zu ertheilen, und Ihnen die Huldigung unſerer Ehrfurcht, unſerer Dankbaekeit und unſerer Hingebung zu erneuern." — Dieſe Adreſſe wurde nach kurzer Debatte einſtimmig angenommen. Drei Mitglieder, welche nicht mit allen Puneten einverſtanden waren, enthielten ſich des Mitſtimmens.

Die Repräſentantenkammer beſchäftigte ſich auch in ihrer Sitzung vom 10. d. M. noch mit Verifirirung von Vollmachten.

Ueber die geſtern erwähnten Unordnungen in Antwerpen berichtet das Journal d'Anvers in nachſtehender Weiſe: „Wir haben wieder eine Seene der Unordnung zu bedauern, welche zwar keine traueigen Folgen gehabt hat, aber wieder ein Reſultat der Ueberlegenheit nnd der Unduldſamkeit wár, womit die Revolution eine Partei zum geößten Nachtheil für die Religion und für die öffentliche Ordnung ausgeſtattet hat. Geſtern Mittag, als die Feohnleichnamsprozeſſion bei dem Stadthauſe vorüberzog, ſtellte ſich die große Wache, Gewehr im Aem, auf. Es ſcheint, daß einer der Geiſtlichen ſich dem wachhabenden Offizier genähert und ehrfurchtsvollere Demonſteationen verlangt hat. Der Offizier, ſich auf den Kreis ſeiner Pflichten beſchränkend, weigerte ſich deſſen. Wir glauben in der That, daß ein Befehl des Kriegsminiſters, auf verfaſſungsmäßige Prineipien gegründet, bei ſolchen Fällen jede Ehrenbezeigung von Seiten der Militäepoſten verbietet, weßhalb wir auch vermuthen, daß die große Wache ſich nur zufällig, der Ablöſung wegen, unter dem Gewehr befand. Wie dem aber auch ſeyn möge, der wachhabende Offizier wurde von dem Pobel auf eine ſcandalöſe Weiſe verfolgt und beſchimpft und ſah ſich auf der Meirbrücke genöthigt, einen jener unwiſſenden und fanatiſchen Ruheſtörer zu Boden zu werfen und zu verhaften. — Dieß ſind die Folgen der gepeedigten Unduldſamkeit, welche die wahrhaft religiöſen Leute von Grund ihres Herzens bedaueen." — Auch in Löwen wurden einige junge Leute, welche vor der Prozeſſion die Hüte nicht abnahmen, vom Pöbel mißhandelt. — In Gent zwang man die Zuſchauer, bei Annäherung der Prozeſſion niederzuknieen. — Die bewaffnete Macht iſt übrigens an allen Orten ſogleich eingeſchritten und hat allen ferneren Störungen der öffentlichen Ruhe vorgebeugt.

Der Independant ſcheint die neue Kammer nicht mehr in einem ſo günſtigen Lichte zu betrachten, wie früher. In einem Artikel des heutigen Blattes findet ſich folgende Stelle: „Der König hat in ſeiner Rede die Gegenſtände aufgezählt, welche in dieſer außerordentlichen Seſſion den Kammern vorgelegt werden ſollen. Zu unſerem Leidweſen müſſen wir aber bemerken, daß wir es bezweifeln, daß die Kammern der königlichen Erwartung entſprechen werden. Die Adreſſe, welche das engliſche Parlament einen Abend beſchäftigen würde, wird vielleicht eine ganze Woche fortnehmen; dann wird die Regierung demüthig proviſoriſche Credite verlangen, und ſie wird mit vieler Mühe ein definitives Budget erhalten. Darauf werden ſich ſo ziemlich die Arbeiten der Kammern beſchränken."

Die letzten in Antwerpen angekommenen Schiffe ſind nicht mehr von holländiſchen Kanonierbooten convoyiet worden.

Schweizeriſche Eidgenoſſenſchaft.

Der große Rath des Cantons Waadt hat in Folge eines von dem Regierungsrathe gemachten Vorſchlages, in Betracht, daß der Aufenthalt der polniſchen Flüchtlinge im Canton Bern, nachdem ſie von allen angränzenden Staaten ausgeſchloſſen ſind, eine nicht abzuändernde Thatſache iſt, in Betrachtung, daß die daher entſpringende Laſt billiger Weiſe nicht ausſchließlich auf dem Canton Bern laſten, und daß treue Bundesgenoſſen einander Hülfe und Beiſtand leiſten ſollen, um vorläufig an den fraglichen Koſten einen freiwilligen Beitrag zu leiſten, bis die hohe Tagſatzung allgemeine Maaßnahme hierfür getroffen haben wird, beſchloſſen: 1) Der Regierungseath iſt bevollmächtigt, zu den für den Unterhalt von 460 und einigen polniſchen Flüchtlingrn, die ſich im Canton Bern befinden, erforderlichen Unterſtützungsgeldern im Verhältniß der durch den Bund von 1815 feſtgeſetzten eidgenöſſiſchen Seala beizutragen. 2) Die Theilnahme des Cantons Waadt läuft vom 20. des verfloſſenen Aprils an, als dem Tage, wo den polniſchen Flüchtlingen von der Regierung von Bern Unterſtützung bewilligt wurde, und wird auf dem Fuße Statt finden, wie es in dem Beſchluſſe des großen Rathes des Cantons Bern vom 9. Mai d. J. feſtgeſetzt iſt. 3) Bis die hohe Tagſatzung allgemeine Maaßregeln in Betreff der vorgedachten polniſchen Flücht-

linge verordnet haben wird, ſollen dieſe Fremdlinge in denjenigen Cantonnirungen, welche ihnen im Canton Bern angewieſen werden, beiſammen bleiben. 4) Die dem Regierungsrathe durch gegenwärtigen Beſchluß ertheilten Vollmachten ſind nicht länger gültig, als bis zum 1. November 1833.“

Teutſchland.

Münchener Blätter vom 17. Juni melden: „Ihre Majeſtät die regierende Königinn wird heute Vormittags 10 Uhr mit Ihrer königl. Hoheit der Prinzeſſinn Mathilde nach Kiſſingen abreiſen. Allerhöchſtdieſelben werden das erſte Nachtlager zu Donauwörth, das zweite zu Rothenburg a. d. T. und das dritte zu Würzburg halten. — Se. königl. Hoheit der Erbgroßherzog von Heſſen-Darmſtadt iſt am 14. von München nach Darmſtadt abgereiſt. — Für die griechiſche Legion ſind dahier bereits über 100 Mann angeworben und in der neuen Infanteriekaſerne untergebracht worden.“

Am 12. Juni iſt Ihre Majeſtät die Königinn von Würtemberg, mit Ihrer königl. Hoheit der Prinzeſſinn Auguſte, von Stuttgart nach Carlsbad zum Gebrauche einer Brunnencur abgereiſt.

Das großherzoglich badiſche Staats- und Regierungsblatt vom 10. Juni enthält eine landesherrliche Verordnung über die Bildung der Synagogenräthe in den iſraelitiſchen Gemeinden. Zum Geſchäftskreiſe des in jeder iſraelitiſchen Gemeinde künftig zu errichtenden Synagogenrathes gehört unter Andern die Verwaltung des Armenweſens; Aufbringung der Mittel zur Beſtreitung der Bedürfniſſe der iſraelitiſchen Gemeinde überhaupt; die Verwaltung der iſraelitiſchen Localſtiftungen und Ortsanſtalten jeder Art; Handhabung der Ordnung in den Synagogen und der Sittenzucht; Anſtellung der Schächter und der Vorſchlag der zu ernennenden Vorſänger und Religionslehrer ꝛc. Dieſer Rath beſteht je nach der Größe der Gemeinden aus 3, 5 oder 7 Mitgliedern. Bei Berathungen über Religionsſachen wird ein Rabbiner, der dann den Vorſitz führt, beigezogen, ſonſt aber kein Mitglied dieſes Rathes iſt.

Wien, den 21. Juni.

Se. k. k. apoſtol. Majeſtät haben dem Capitänlieutenant im 34ſten k. k. Infanterieregimente Benezur, Peter Grafen von Morzin, die k. k. Kämmererswürde allergnädigſt zu verleihen geruht.

Am 21. Juni war zu Wien der Mittelpreis der

Staatsſchuldverſchreibungen	zu 5pCt. in CM.	95⁹⁄₁₆;
detto detto	zu 4pCt. in CM.	86¼;
Darleh. mit Verlooſ. v. J. 1820,	für 100 fl. in CM.	193;
detto detto v. J. 1821,	für 100 fl. in CM.	135⅟₁₆;
Wiener-Stadtbanco-Obligat.	zu 2½ pCt. in CM.	54¼;
Conv. Münze pCt. —;		

Bankactien pr. Stück 1253 in CM.

Ankündigung.

Bei dem nunmehr herannahenden zweiten Vierteljahresſchluſſe erſuchen wir die P. T. HH. Pränumeranten auf den öſterreichiſchen Beobachter, den weiteren Pränumerations-Betrag mit 4 fl. 30 kr. C. M. vierteljährig im Comptoir des öſterreichiſchen Beobachters in der Dorotheergaſſe im kleinen Saleſianerhauſe Nr. 1108 baldigſt zu entrichten, damit ſich das Eintragen der Pränumerationen in den letzten Tagen des Monats nicht zu ſehr häufe, und die Auflage, um Jeden nach Wunſch befriedigen zu können, gehörig darnach bemeſſen werden könne. Wer ſpäter als den 1. Juli eintritt, hat es ſich ſelbſt zuzuſchreiben, wenn ihm das Exemplar nur von dem Tage ſeiner Pränumeration an geliefert werden kann. Den Pränumeranten in der Stadt wird das Blatt auf Verlangen gegen einen voraus zu bezahlenden Zuſchuß von 45 kr. W.W. monatlich, durch eigens hierzu beſtellte Herumträger täglich Morgens in das Haus geſchickt werden, und es wird Jedermann, der hiervon Gebrauch zu machen wünſcht, erſucht, ſeine Adreſſe bei der Beſtellung genau ſchriftlich zu hinterlaſſen. Diejenigen HH. Pränumeranten in den Vorſtädten, die das Blatt ins Haus geſchickt haben wollen, werden erſucht, ihre Beſtellungen bei der hieſigen k. k. oberſten Hofpoſtamts-Haupt-Zeitungs-Expedition zu machen, welche mittelſt der Briefträger gegen einen billigen Zuſchuß die ſchleunige und pünctliche Zuſtellung des Blattes beſorgen wird. In Betreff des Pränumerationsbetrages ſind wir bemüſſigt, zu bemerken, daß wir nur für diejenigen Pränumerationen haften, deren Betrag unmittelbar im Comptoir des öſterreichiſchen Beobachters erlegt worden iſt, ſo wie wir uns in Hinſicht des Pränumerations-Scheines genöthigt finden, wiederholt und beſtimmt zu erklären, daß ohne Vorzeigung desſelben ſchlechterdings an Niemanden ein Blatt verabfolgt, und falls der Schein gänzlich in Verluſt geräth, durchaus kein Erſatz desſelben, als gegen neue Pränumeration, geleiſtet werden könne. Wir erſuchen daher Jedermann angelegentlichſt, zur Vermeidung aller Unannehmlichkeiten, dieſe Scheine wohl in Acht zu nehmen.

Auswärtigen, ſowohl in den kaiſerlich-öſterreichiſchen Staaten als im Auslande, dient zur Nachricht, daß die k. k. Oberſt-Hofpoſtamts-Haupt-Zeitungs-Expedition in Wien, vom 1. Juli an, halbjährige Pränumeration auf unſer Blatt annimmt, weßhalb man ſich entweder unmittelbar hierher an obgedachte Expedition, oder an das Jedem zunächſt gelegene k. k. Ober- oder Abſatz-Poſt-Amt und Station baldigſt zu wenden hat, wobei jedoch, außer genauer Angabe des Namens, Characters und Wohnorts, zu bemerken iſt, ob das Blatt täglich (falls die Poſt an ſolche Orte täglich abgeht) oder nur zweimal in der Woche abzuſenden ſei. Der halbjährige Pränumerationspreis mit täglicher Verſendung, ſammt Expeditions-Gebühr beträgt 13 fl. 12 kr. C. M., mit zweimaliger Verſendung in der Woche 11 fl. 12 kr. C. M.

Wien, den 21. Juni 1833. Die Redaction und der Verlag des öſterreichiſchen Beobachters.

Hauptredacteur: Joſeph Anton Edler von Pilat.
Verleger: Anton Strauß ſel. Witwe in der Dorotheergaſſe Nr. 1108.

Digitized by Google

№ 174

Oeſterreichiſcher Beobachter

Sonntag, den 23. Juni 1833.

W K 1 — K ZEITUNG 1833

Meteorologiſche Beobachtungen vom 21. Juni.	Zeit der Beobachtung	Barometer auf 0° Reaumur reducirt. Pariſer Maß.	Barometer auf 0° Reaumur reducirt. Wiener Maß.	Thermometer Reaumur.	Wind.		Witterung.
	8 Uhr Morg.	27.431	283. 2Z. 3P.	+ 16.0	SSO.	ſchwach.	heiter.
	3 Uhr Nachm.	27.360	28 ‹ 5	+ 23 8	SO.	—	Wolken.
	10 Uhr Abnds.	27.383	28 ‹ 8	+ 18.0	W.	—	trüb.

Türkei.

Nachrichten aus Konſtantinopel vom 8. Juni (die durch außerordentliche Gelegenheit eingelaufen ſind) zufolge war Ibrahim Paſcha mit ſeiner Armee im vollen Rückmarſche aus Kleinaſien über den Taurus begriffen. — Se. königl. Hoheit der Kronprinz von Baiern iſt am 8. d. M. auf dem Dampfſchiffe, an deſſen Bord er ſich in Neapel zur Reiſe nach der Levante eingeſchifft hatte, im erwünſchteſten Wohlſeyn in Konſtantinopel eingetroffen und nebſt ſeinem Gefolge im k. k. Internunciatur-Gebäude abgeſtiegen.

Großbritannien und Irland.

Das Unterhaus verwandelte ſich (wie bereits erwähnt) am 10. Juni, nachdem die Antwort des Königs auf die Adreſſe des Hauſes in Bezug auf die portugieſiſchen Angelegenheiten verleſen worden war, in einen Ausſchuß zur Fortſetzung der Berathungen über die weſtindiſchen Angelegenheiten und eröffnete die Discuſſion über den dritten Beſchluß der Regierung, welcher folgendermaaßen lautete: „Alle jetzigen Sclaven ſollen das Recht haben, ſich als Arbeitsleute (apprenticed „labourers) eintragen zu laſſen, und dadurch alle Rechte „und Vorzüge freier Leute erwerben; jedoch unter der „Beſchränkung, daß ſie unter gewiſſen Bedingungen, auf „eine vom Parlamente zu beſtimmende Zeit, für ihre jetzigen Eigenthümer arbeiten müſſen.“ Hr. Halcomb ſetzte dieſer Beſtimmung das Amendement entgegen, daß alle Sclaven und ihre Kinder für frei erklärt werden ſollten, jedoch unter ſolchen Beſchränkungen, die für ihren Unterhalt und für die künftige Bebauung des Bodens für nothwendig erachtet würden. Dieſes Amendement wurde nach kurzer Debatte mit 324 gegen 42 Stimmen verworfen, und der oben erwähnte Beſchluß der Miniſter genehmigt. Bei dem alsdann zur Sprache gebrachten vierten Punkt, die den Pflanzern gebührende Entſchädigung betreffend, trat Hr. Stanley mit einer wichtigen Aenderung hervor. Es ſei, ſagte er, dieſe Entſchädigung in ihrem Belaufe allerdings ſehr ſchwer zu ſchätzen; ſo viel liege aber am Tage, daß den Eigenthümern der Sclaven ein vierter Theil ihres Eigenthumes ſofort, und das Uebrige nach einer gewiſſen Zeit genommen werden ſolle, während ihnen die Pflicht, ihre Sclaven zu ernähren und zu erhalten, unausgeſetzt obliege. Das Parlament dürfe ihnen unter obwaltenden Umſtänden eine bereitwillige und reichliche Entſchädigung nicht verſagen, und wenn er (Hr. Stanley) ſich hinſichtlich der Stimmung des Landes in dieſer Beziehung nicht irre, ſo ſei daſſelbe bereit, lieber ein wenig mehr zu bezahlen, um ſich der thätigen Mitwirkung der Weſtindier ſelbſt, bei einer Frage, die der ganzen Nation ſo ſehr am Herzen liege, zu verſichern. Ohne ſolche Mitwirkung könne ein ſo weit umfaſſender Plan, wie die Freilaſſung der Sclaven, nicht anders als ſehr gefährdet in der Ausführung erſcheinen. Er habe demnach Perſonen zu Rathe gezogen, welche von dem Werthe ſolcher Gattung von Eigenthum ſehr wohl unterrichtet ſeien, und nach den genaueſten Berechnungen, in Bezug auf die Lebensdauer, wie auf die Zeit, welche dem Eigenthümer von der Arbeit ſeines Sclaven entzogen wird, habe ſich als Reſultat ergeben, daß, den Kopf im Durchſchnitte nur zum Preiſe von 40 Pf. St. gerechnet, der Werth des Beſitzes von Sclaven in ganz Weſtindien auf 30 Millionen Pf. St. anzuſchlagen ſei. Der Werth der dem Eigenthümer jetzt genommenen Zeit könne auf nicht weniger als 15 Millionen Pf. St. geſchätzt werden. Wolle er mithin auch zugeben, daß der Werth eines Sclaven in dem Zeitraume von 12 Jahren abnehme, und wolle er dabei von dem Werth der nachgebornen Kinder abſehen, welche nach der neuen Verordnung frei ſeyn ſollen, ſo könne doch keinenfalls jene von ihm urſprünglich vorgeſchlagene Summe eine Verringerung erleiden. In einer Frage aber, wie der vorliegenden, habe das Haus zu bedenken, ob nicht Gründe obwalteten, die es rathſam machten, die Entſchädigung nicht allzu ſtrenge nach dem Werthe des entzogenen Eigenthumes abzumeſſen, und ob, ſelbſt in ökonomiſcher Hinſicht, es nicht weiſe ſeyn möchte, eine ſolche Entſchädigung zu gewähren, wodurch verhütet würde, daß in Weſtindien Auftritte ſich ereigneten, deren nachtheilige Folgen ſehr ſchwer auf England zurückfallen müßten. Er halte es hiernach für das Beſte, offen zu Werke zu gehen, und dem Hauſe gerade zu zu erklären, der Grund, welcher ihn und die Regierung bewege, jetzt eine größere Summe, als die erwähnten 15 Millionen Pf. St., zu beantragen, ſei der, daß alle diejenigen, welche bei weſtindiſchem Grundbeſitz betheiligt ſind, ohne Ausnahme erklärt haben, daß, ſo ſehr ſie auch wünſchten, es möchten die Handelsunternehmungen nicht geſtört werden, ſie dennoch die Summe von 15 Millionen Pf. St. als durchaus ungenügend zur Entſchädigung betrachteten, und daß ſie, ſollte auf eine ſolche Summe angetragen werden, es für Pflicht der Selbſterhaltung erachten müßten, jeden Beiſtand zur Betreibung jener Handelsunternehmungen, von welchen die Exiſtenz der Colonien abhänge, zu verſagen. Auf der andern Seite haben ihm jene Männer, deren Bedeutung in dieſer Hinſicht nicht hoch genug angeſchlagen werden könne, verſichert, daß, wenn das Parlament 20 Millionen Pf. St. als Schadenerſatz votiren wollte, um nach Maaßgabe geeigneter Verfügungen deſſelben unter die Eigenthümer vertheilt zu werden, ſie dem ganzen Plan der Regierung ihre Beiſtimmung geben, und ihren ganzen Einfluß bei den Coloniſten und den Coloniallegislaturen verwenden wollten, um ſie zu thätiger Mitwirkung bei der Abſchaffung der

Digitized by Google

Sclaverei zu veranlaſſen. Nun ſei es zwar möglich, daß 20 Millionen Pf. St. ein mehr als genügender Erſatz für den von den Sclaveneigenthümern zu befürchtenden Verluſt ſeyn mochten; aber bei einer Frage von ſolchem Umfange, wo ein Unterſchied von 5 Pf. in der Schätzung des Werthes eines Sclaven auf das Ganze einen Unterſchied von 3 bis 4 Millionen Pf. herbeiführe, ſei es unmöglich, daß das Parlament zu einer ganz genauen Schätzung gelangen konne. Er trage deßhalb darauf an, den König zu ermächtigen, daß er den weſtindiſchen Sclaveneigenthümern eine Entſchädigung von 20 Millionen Pf. zuſage, um nach Maaßgabe der Verfügungen des Parlamentes vertheilt zu werden. — Obeeſt Davies fand es unpaſſend, daß man einen ſo wichtigen Punct jetzt noch, da es gleich Mitternacht ſei, erortern wolle. Wenn er bedenke, welche ſchwere Laſten das Volk ſchon druckten, und welche Noth in jedem Zweige der Verwaltung heerſche, ſo konne er nicht in die Auflage einer neuen Steuer willigen. Seiner Anſicht nach konne man die 20 Millionen Pf. eben ſo gut ins Meer werfen, ſo wenig Nutzen werde Weſtindien davon haben. Das beſte Mittel, den Colonien zu Hülfe zu kommen, ſei, wenn man den Zoll auf Zucker herabſetze, und er werde deßhalb darauf antragen, daß dieſer Zoll auf 17 Sh. per Centner herabgeſetzt werde. — Hr. J. Smith ſagte, er ſei jetzt vierzig Jahre im Geſchäft und habe wohl Gelegenheit gehabt, die unendliche Wichtigkeit des weſtindiſchen Handels beurtheilen zu lernen. Er ſei ein Feind aller Sclaverei, der geiſtigen ſowohl wie der phyſiſchen; aber er wunſche nicht, daß die Abſchaffung derſelben ſich auf Ungerechtigkeit gründen ſolle. Der Beſitz der weſtindiſchen Grundeigenthümer ſei ungemein im Werthe geſunken, und viele, die früher ungeheure Reichthümer beſeſſen, haben jetzt nicht die Mittel, ihre Kinder in die Schule zu ſchicken. Er wolle deßhalb den Antrag des Miniſters mit Freuden unterſtutzen, und zwar nicht nur wegen des angeführten Grundes, ſondern wegen der verheißenen Unterſtützung der weſtindiſchen Intereſſenten, ohne welche dieſer große und wichtige Plan fehlſchlagen müſſe. — Hr. Gisbourne machte jedoch darauf aufmerkſam, daß anfänglich nur von einem Darlehen von 15 Millionen Pf. die Rede geweſen ſei; ſodann habe der Miniſter erklärt, eine wahre Entſchädigung würde nicht in einem Darlehen, ſondern nur in einem Geſchenke liegen; und jetzt, ohne daß Jemand darauf gefaßt ſei, zeige er an, er habe ſeit der letzten Sitzung entdeckt, daß die richtige Entſchädigungsſumme 20 Millionen Pf. ſei. Er (Hr. Gisbourne) ſei nicht gewohnt, ſo eilig mit Millionen zu Weeke zu gehen; er wiſſe, daß mehrere Mitglieder erwartet hätten, daß dieſer Punct dieſen Abend noch nicht zur Sprache kommen würde, und es durfe deßhalb, bei dieſer ſpäten Stunde, der Ausſchuß nicht genothigt werden, ſich über das zu bewilligende Maximum bindend auszuſprechen. Hr. Stanley erklärte ſich bereit, unter dieſen Umſtänden die Verhandlung auszuſetzen, wobei er noch bemerkte, daß, welches auch der Belauf der Entſchadigung ſeyn mochte, kein Heller den Coloniſten oder andern Betheiligten eher ausbezahlt werden wurde, als bis die Verfügungen des Geſetzes von den Coloniallegislaturen in Ausübung gebracht worden ſeien. — Lord Althorp verſchob die auf den 10. angeſetzte Berathung uber den Freibrief der Bank auf kunftigen Freitag (14. Juni). — Lord Molyneux bat um die Erlaubniß, eine Bill einbringen zu dürfen, daß die durch katholiſche Prieſter vollzogene eheliche Verbindung von Katholiken geſetzliche Kraft erhalte. Er wünſche, ſagte er, ſolche Heirathen nur mit denen der Quäcker und Juden auf gleichen Fuß zu ſtellen. Wie das Geſetz jetzt ſtehe, habe eine von einem katholiſchen Geiſtlichen vollzogene Verbindung zweier Katholiken keine geſetzliche Kraft; und ein auf dieſe Weiſe verheiratheter Mann könne, wenn die Feierlichkeit nicht ſpäter noch durch einen Geiſtlichen der anglikaniſchen Kirche vollzogen worden ſei, ſeine Frau und Kinder nach Laune und Belieben verlaſſen. Die Erlaubniß zur Einbringung der Bill wurde ertheilt. Das Haus veetagte ſich um halb 3 Uhr Morgens.

Im Anfang der Sitzung des Unterhauſes vom 11. Juni machte Lord Althorp auf die ungeheure Menge von Geſchäften aufmerkſam, welche noch in dem Buche des Hauſes verzeichnet wären. Er hoffe, daß diejenigen Mitglieder, welche noch mit Antragen notirt wären, Nachſicht ausüben und alle ſolche Voeſchläge aufgeben würden, von denen ſich kein practiſches Reſultat abſehen ließe. Er werde darauf antragen, daß für dieſe Seſſion den wichtigeren Gegenſtänden, auch außer der Reihefolge, der Vorzug gegeben weede. — Hr. C. Ferguſſon verſchob ſeinen auf den 14. anſtehenden Antrag, in Bezug auf Polen, bis zum 9. Juli, weil an erſtgenanntem Tage die Frage wegen des Freibriefes der oſtindiſchen Compagnie zur Sprache gebracht werden ſollte.

Die Verſammlungen im oſtindiſchen Hauſe ſind nunmehr geſchloſſen und die oſtindiſchen Eigenthümer einſtimmig dahin übereingekommen, die Voeſchläge der Regierung anzunehmen.

Der Contreadmiral Sir George Parker iſt von Sr. Majeſtät an die Stelle des mit Tod abgegangenen Sir Heney Hotham zum Commandeur des Bathordens ernannt worden, wird jedoch erſt nach ſeiner Rückkehr aus dem Tajo, wo er ſich jetzt befindet, mit den Inſignien des Ordens bekleidet werden.

Conſols am 11. Juni 90⅞, ¾.

Frankreich.

Nachdem der Finanzminiſter in der Sitzung der Deputirtenkammer vom 11. Juni den zwiſchen Frankreich und den vereinigten Staaten von Nordamerika abgeſchloſſenen Vertrag vorgelegt hatte, wurde das Budget der Marine vollends angenommen. Die letzten Artikel, hinſichtlich der Colonien und der Veteranencaſſe, gaben zu lebhaften Debatten Anlaß. Mehreee Mitglieder der Oppoſition brachten die Verträge zur Sprache, welche neuerlich mit freien Leuten vom Continent von Aſien geſchloſſen worden, um ſie als Arbeiter in den franzöſiſchen Colonien zu gebrauchen; ſie behaupteten, dieſen Leuten wurden die Contraete nicht gehalten, und man behandle ſie noch dazu unmenſchlich; ſie verlangten Aufſchluſſe, wie die Regierung nach und nach den Sclavenhandel abzuſchaffen gedenke, und in der nächſten Jahresſitzung ein Geſetz daruber. — Hr. Coulmann brachte das in die Levante geſchickte Geſchwader zur Sprache und fragte, ob Frankreich endlich eine Politik habe, die man eingeſtehen düefe? Der Duc de Broglie erwiederte, es ſeien alle Facta bekannt; zu Debatten daruber ſei aber der Zeitpunct noch nicht gekommen, und er habe nichts zu ſagen. Hr. Chaſſeriaux ſtellte die Regierung wegen der acht Fahrzeuge zur Rede, welche 1831 bei der Expedition in dem Tajo Dom Miguel abgenommen, und ſeitdem als Pfänder aufgehoben worden ſind. Dem Geſetze nach gehöre der Expeditionsmannſchaft ein Theil von den im Kriege gemachten Priſen; der Quaſikrieg der neueren Politik ſei eine elende Grimaſſe, die den ſein Blut opfernden Seemann nichts angehe. Ein diplomatiſcher Conflict habe den Prozeß ſeinem natürlichen Forum entzogen, und man werde endlich, der bis-

Digitized by Google

herigen ängſtlichen Politik getreu, die Schiffe der Regierung, die man früher wegen ihrer Beleidigungen gezüchtigt, zurückgeben. Hr. von Rigny erwiederte, die Sache liege vor dem Staatsrath; von dem Spruche desſelben hänge es ab, ob über die Schiffe nach dem Kriegsrechte erkannt werden ſolle oder nicht. Hr. Mauguin ſtellte die Alternative, entweder ſei die Wegführung der portugieſiſchen Flotte Rechtens geweſen, oder aber habe Frankreich das Völkerrecht verletzt. Der Duc de Broglie antwortete, der Mittelzuſtand zwiſchen Krieg und Frieden ſei ſo alt als der Krieg und wiſſenſchaftlich anerkannt. Es heiße die Regierung beſchimpfen, wenn man ihr Furcht vor den Portugieſen Schuld gebe. Die Entſcheidung der Sache ſei ausgeſetzt, der definitive Beſchluß aber werde kräftig vollzogen werden, denn Frankreich fürchte ſich vor Niemanden. Hr. Mauguin repartirte heftig und meinte, der Vernunſt nach ſei, wenn einmal Kugeln fliegen, der Kriegszuſtand eingetreten; aber Hr. Thiers belehrte ihn, daß Ereigniſſe, wie bei Navarin, vor Liſſabon, vor Antwerpen, gerade Beweiſe von den Fortſchritten der Cultur ſeien, vermöge welcher nicht ſogleich ein Krieg ausbreche. Der Präſident brach die Debatte ab. Zum Schluß nahm die Kammer noch das Budget des Miniſteriums des Handels und der öffentlichen Arbeiten faſt ohne Debatte an.

In der Sitzung der Deputirtenkammer vom 12. Juni berichtete Hr. Dumon über den Geſetzentwurf, den Elementarunterricht betreffend. Die Commiſſion ſchlug einſtimmig vor, das Communalcomité beizubehalten, und es aus dem Maire, dem Pfarrer und einem oder mehreren von dem Bezirkscomité ernannten Notabeln zuſammenzuſetzen. Dieſem Comité ſoll die Aufſicht über die Elementarſchulen zukommen. Die Commiſſion behielt ferner dem Maire das Recht bevor, in dringendem Falle den Gemeindelehrer auf Requiſition des Localcomité zu ſuspendiren, und dem Municipalconſeil das Recht, nach Anhörung des Localcomité, zu geben, Candidaten für die öffentlichen Schulen zu präſentiren. Die Erörterung wurde nach dem Kriegsbudget und eventuell auf Sonnabend (15.) feſtgeſetzt. Die Tagesordnung kam an Erörterung des Budgets des Finanzminiſters. Der 1ſte Artikel der Commiſſion, lautend: „Eine „Summe von 27 Millionen fünfpercentiger Renten, von „denen genommen, die von der Tilgungscaſſe zurückge„kauft wurden und bei dem Schatze im Namen dieſer „Anſtalt eingeſchrieben ſind, ſollen aus dem großen Bu„che der öffentlichen Schuld geſtrichen und vom 22. „September 1833 an in Capital und Zinſen definitiv „annullirt werden," wurde, nachdem einige Amendements dazu durchgefallen waren, angenommen. Der 2te Artikel, der die Totalziffern der für den Dienſt im Ganzen eröffneten Credite ausdrückt, wurde bis zu dem Augenblicke vorbehalten, wo die Budgets der verſchiedenen Miniſterien votirt ſeyn werden. Die Artikel, Zinſen der ewigen Schuld 186,002,167 Fr. und Tilgung 44,616,465 Fr., wurden angenommen. (Die Zinſen für die ewige Schuld vertheilen ſich folgendermaaßen: fünfpercentige Renten 147,293,987 Fr.; 4½percentige 1,027,696; 4percentige 3,125,210; 3percentige 34,555,274 Fr.) Folgende Capitel wurden faſt ohne Erörterung angenommen: Zinſen, Prämien und Tilgung der Anleihen für Brücken und Canäle 10,062,000 Fr.; Zinſen der Cautionen 9,000,000 Fr.; Zinſen der ſchwebenden Schuld 16,000,000 Fr. Die Commiſſion ſchlug eine Vermehrung von 1,500,000 Fr. für Zinſen der Summen vor, die in Gemäßheit des Geſetzes über Arbeiten aufgewendet werden ſollen. Dieſer Vorſchlag wurde genehmigt. Ferner wurden angenommen: Zinſen der lebenslänglichen Schuld 5,600,000 Fr.; Penſionen der Pairie 1,230,000 Fr.; Civilpenſionen 1,500,000 Fr.; Penſionen unter dem Titel als Nationalbelohnungen 567,000 Fr.; Penſionen für die Sieger der Baſtille 100,000 Fr.; Militärpenſionen 44,231,000 Fr.; Penſionen der Donatarien 1,410,000 Fr.; Zuſchuß für die Rücktrittsfonds 2,485,425 Fr.; Civilliſte 13,000,000 Fr.; Pairskammer 608,000 Fr.; Deputirtenkammer 580,000 Fr.; Ehrenlegion 2,935,000 Fr.; Rechnungshof 1,120,000 Fr.; Centralverwaltung der Finanzen (Perſonal) 5,741,000 Fr.; Material 819,000 Fr.; Dienſt der Münzanſtalten 307,600 Fr.; Umſchmelzung der Münzen 800,000 Fr.; Cataſter 5,600,000 Fr.; Koſten des Schatzes 2,786,000 Fr.; Finanzeinnehmer 5,139,000 Fr.; Zahlmeiſter 980,000 Fr.; Dienſte der directen Steuern 3,704,000 Fr.; Steuerperception in den Departements 11,040,000 Fr.; Einregiſtrirung 8,876,800 Fr.; Stämpel 770,950 Fr.; Forſte 2,043,300 Fr. (Die Commiſſion ſchlug einen Zuſchuß von 56,000 Fr. vor, der angenommen wurde); wieder zu erſtattende Vorſchüſſe 506,000 Fr.; Koſten der Waldveräußerung 150,000 Fr.; Douanen in den Departements 23,112,698 Fr.; indirecte Steuern 19,684,500 Fr.; Schießpulver 2,200,100 Fr.; Tabak 21,013,000 Fr.; Poſten 5,025,050 Fr.; Transport der Depeſchen 8,892,245 Fr.; Ruraldienſt 4,365,000 Fr.; Lotterie in den Departements 321,700 Fr.; Perceptionskoſten 1,500,000 Fr.; Salinen und Steinſalz 194,100 Fr.; Reſtitutionen an directen Steuern 25,651,260 Fr.; Reſtitutionen an indirecten Steuern 1,848,000 Fr.; Reſtitutionen an Geldbußen und Confiscationen 2,612,000 Fr.; Exportationsprämien 10,000,000 Fr. Hr. Odier ſchlug eine Reduction von 500,000 Fr. mit der näheren Beſtimmung vor: „Vom 1. Jänner 1834 an ſoll die Austrittsprämie auf geſponnene, ausgebleichte, weiße, gefärbte oder gedruckte Baumwolle bei 100 Kilogrammen auf 25 Fr. (vorher 50 Fr.) reducirt werden." Dieſer Antrag wurde Trotz den Einwendungen der HH. Barret, Deleſſert und Andreas Köchlin angenommen.

Die Pairskammer fuhr am 12. Juni in geheimer Sitzung in Erörterung des Entwurfes zu einem neuen Reglement fort.

Hr. Stratford-Canning iſt am 12. Juni von Paris nach London abgereiſt.

Das Journal de l'Aveyron enthält Nachrichten aus Rhodez vom 5. Juni, die mit den geſtern mitgetheilten übereinſtimmen. Sie melden ferner, daß ſich Gavioli endlich entſchloſſen habe, einige Nahrung zu ſich zu nehmen. Zwei andere Italiener, Vincenzo Raſſi und Valeriani, wurden am 1. Juni zur Haft gebracht und die Flüchtlinge, welche den Befehl erhielten, Rhodez zu verlaſſen, ſind nach Milhau, Villefranche, Espalion, Lemoe de Barrez und St. Geniès inſtradirt worden.

Am 13. Juni 5Percents Fin Courant geſchloſſen zu 104 Fr. 15. 3Percents Fin Courant geſchloſſen zu 78 Fr. 30. — Am 14. Juni um 1¼ Uhr Nachmittags 5Percents 103 Fr. 85. 3Percents 77 Fr. 90.

Niederlande.

In der Sitzung der zweiten Kammer der Generalſtaaten vom 11. Juni wurde über einen Vorſchlag des Hrn. van Nes berathſchlagt, der dahin ging, den König durch eine Adreſſe zu erſuchen, daß fortan die öffentlichen Ausgaben in beſonderen Entwürfen über jedes einzelne Departement den Kammern vorgelegt würden. Dieſer Vorſchlag wurde mit 24 Stimmen gegen 21 verworfen. — Hr. van Reenen legte einen Geſetzentwurf vor, der die Einziehung der noch im Umlauf befindlichen Schatzkammerſcheine beabſichtigt.

Digitized by Google

In Amſterdam hat in der Nacht vom 11. auf den 12. Juni ein heftiger Sturm gewüthet, der vielen Schaden anrichtete. Ein 72jähriger Mann, der eine Bodenlucke ſchließen wollte, wurde durch den Sturm auf die Straße hinabgeſchleudert und blieb auf der Stelle todt. Ein anderer Mann wurde durch einen umſtürzenden Baum ins Waſſer geſchleudert, aber noch zur rechten Zeit gerettet. Von mehreren Häuſern ſind die Schornſteine herabgeſtürzt, und viele Gebäude ſind auf andere Weiſe beſchädigt worden. — Wenn man denen, zur Zeit gegebenen franzöſiſchen Berichten glauben darf, ſo hat der Sturm die aus der Gefangenſchaft zurückkehrenden Truppen nicht mehr in See betroffen; denn die letzte Colonne ſollte am 9. d. M. aus Dünkirchen abgehen, und auch bei mäßigem Winde macht man die Reiſe nach Vlieſſingen in 24 Stunden.

Belgien.

In der Sitzung der Senatorenkammer vom 11. Juni verlas der Graf von Merode die Antwort des Königs auf die ihm überreichte Adreſſe. Dieſelbe lautete folgendermaaßen: „Ich empfange mit um ſo mehr Vergnügen den Ausdruck der Geſinnungen des Senats, als Ich ſeine ſtets patriotiſchen Abſichten zu würdigen weiß. Ich theile mit Ihnen, meine Herren, die Hoffnung einer für Belgien erfreulichen Zukunft. Auf dieſes Ziel müſſen unſere gemeinſchaftlichen Arbeiten gerichtet ſeyn. Ich nehme mit Vertrauen Ihre Mitwirkung zur Erreichung desſelben in Anſpruch, und Ich werde in dem Glück des Landes den ſchönen Lohn für Meine Anſtrengungen finden.“ — Da keine weiteren Geſchäfte vorlagen, ſo vertagte ſich der Senat auf unbeſtimmte Zeit.

In der Sitzung der Repräſentantenkammer vom 11. d. M. erſtattete Hr. Dumortier im Namen der Commiſſion einen ſehr ausführlichen Bericht über die Wahl des Hrn. de Behr in Lüttich. Er trug zwar auf Zulaſſung des Hrn. de Behr an, bemerkte aber, daß die Commiſſion dieſen Beſchluß nur mit einer Majorität von 3 Stimmen gegen 2 gefaßt habe, und daß ſelbſt dieſe Majorität nicht ſo entſchieden auf ihrer Anſicht beharre, daß ſie nicht durch die Debatte über dieſen Gegenſtand modificirt werden könnte. Die Berathung wurde auf den künftigen Donnerſtag (13.) verſchoben. Die Verſammlung beſchäftigte ſich darauf mit der Wahl des Präſidenten. Hr. Raikem, der vorige Präſident der Kammer, wurde mit 59 Stimmen unter 84 erwählt. Die HH. Dubus und Coppieters wurden zu Vicepräſidenten, die HH. Liedts, Reneſſe, Delafaille und Cuirini zu Secretären und die HH. Dumortier und von Secus zu Quäſtoren erwählt. Am 12. ſollte zur Ernennung der Adreßcommiſſion geſchritten werden.

Teutſchland.

In einem Privatſchreiben aus Stuttgart vom 16. Juni (in der Allgemeinen Zeitung) heißt es: „Die Verhaftungen mehren ſich bei uns, und gleichzeitig öffnet ſich ein Blick in die Veranlaſſung und den Zuſammenhang derſelben. Die in Folge des Frankfurter Aufruhres vorgenommenen Unterſuchungen und Papierbeſchlagnahmen führten bereits zu wichtigen Aufſchlüſſen, die leider kaum bezweifeln laſſen, daß jener Vorfall in Frankfurt ſowohl als der Zug der Polen aus Frankreich nach der Schweiz mit weitverzweigten Conſpirationen zuſammenhing. Kurz vor dem Ausbrechen des Aufruhres in Frankfurt bereiſten mehrere Emiſſäre Würtemberg, Baden, Heſſen ꝛc. Der von Frankfurt entflohene, ſpäter in Wiesbaden verhaftete Dr. Neuhof war einer jener Emiſſäre. Seine Papiere ſollen eine große Liſte von Leuten enthalten, auf welche die Revolutionnäes zählen zu können glaubten, ja die ſich zum Theil förmlich zu ähnlichen revolutionären Bewegungen, wie die in Frankfurt ausgebrochene, verbindlich gemacht haben ſollen. Dieſe Anzeigen, verbunden mit andern Ergebniſſen der Unterſuchungen in Frankfurt, Tübingen ꝛc. wieſen, ſo weit ſie Würtemberg betreffen, namentlich auf eine Anzahl von Militärs, und zwar Hauptleute, Lieutenants und Unteroffiziere, von denen denn auch ſchon mehrere verhaftet wurden, während andere das gleiche Loos bedrohen ſoll. Auch Tübinger Studenten ſind in die Sache verwickelt, und bereits mehrere entflohen, worin ſie durch den für den Augenblick dort eingetretenen Mangel an Gefängniſſen begünſtigt worden zu ſeyn ſcheinen. Es hat ſich ergeben, daß auf vielen Univerſitäten die burſchenſchaftlichen Vereine noch fortwährend mit einander in Verbindung ſtanden, und daß im letzten Jahre die Tübinger Burſchenſchaft die ſogenannte geſchäftsführende war. Die letzten nächtlichen Exceſſe daſelbſt ſcheinen Einzelne zu einer Befreiung der ſeit längerer Zeit dort Verhafteten haben benützen zu wollen, welcher Plan indeß ſcheiterte, noch ehe deſſen Ausführung ernſtlich verſucht wurde. Kaum war das dahingeſchickte Militär dort eingerückt, ſo wurde eine Anzahl Unteroffiziere verhaftet und gefeſſelt nach der Feſtung Hohenaſperg abgeführt, wohin auch die andern in Stuttgart, Tübingen, Ludwigsburg ꝛc. Verhafteten gebracht wurden. Dieß iſt das Weſentliche der ziemlich beglaubigten Nachrichten, welche in dieſem Augenblicke das Stadtgeſpräch bilden, und von denen ich Manches noch mit Stillſchweigen übergehe, da erſt das Ende der Unterſuchung ergeben kann, ob wirklich ſo verbrecheriſche Attentate, auf welche mehrere Anzeigen weiſen ſollen, beabſichtigt wurden. Auch läßt wohl der verſchiedene Ruf und Character der bis jetzt Verhafteten vermuthen, daß die Schuld nicht auf allen gleichmäßig, ſondern auf manchen viel leichter, auf einzelnen andern dagegen vielleicht ſehr ſchwer haften werde. Am meiſten ſind die Unteroffiziere zu beklagen, die wohl kaum wußten, was ſie thaten. So ſchmerzlich überall der Eindruck dieſer ganz unerwarteten, höchſt betrübenden Entdeckungen war, ſo erfreulich war es auf der andern Seite zu hören, daß aus dem Bürgerſtande auch nicht Ein Name von irgend einer Bedeutung compromittirt erſcheint, ſo daß ſich die Zahl derer, die ſich theils verführt von Andern, theils aus tieferer Verkehrtheit verbrecheriſchen Entwürfen hingaben, rein abſcheidet von der Maſſe des getreuen Volkes und jenen beſonnenen Freunden freier geſetzlicher Entwicklung, die vertrauend auf Recht und Verfaſſung, und auf die Wahrer derſelben, jede Conſpiration für eine That halten, bei der ſich Verbrechen und Thorheit um den Rang ſtreiten, ja bei der in der Regel das Erſtere nur eine gezwungene, dem eigenen Herzen der meiſten Theilnehmer ſelbſt widerſtrebende Folge des letzteren iſt. Dieß iſt ungefähr die Anſicht, welche der zwiſchen den beiden Extremen ſtehende ruhige Theil des Publicums über Dinge fällt, die in mehr als Einer Hinſicht tief zu beklagen ſind.“

Am 22. Juni war zu Wien der Mittelpreis der
Staatsſchuldverſchreibungen zu 5 pCt. in CM. $95\frac{5}{16}$;
detto detto zu 4 pCt. in CM. $86\frac{1}{4}$;
Darlehen mit Verlooſ. v. J. 1820, für 100 fl. in CM. $192\frac{7}{8}$;
detto detto v. J. 1821, für 100 fl. in CM. 135;
Wiener Stadtbanco-Obligat. zu $2\frac{1}{2}$ pCt. in CM. 54;
Kurs auf Augsburg für 100 Gulden Curr., Gulden $98\frac{3}{8}$ Uſo. 2 Monat. — Conv. Münze pCt. —;
Bankactien pr. Stück 1250 in C. M.

Hauptredacteur: Joſeph Anton Edler von Pilat.

Verleger: Anton Strauß ſel. Witwe in der Dorotheergaſſe Nr. 1108.

Nro. 175

Oeſterreichiſcher Beobachter.

Montag, den 24. Juni 1833.

Meteorologiſche Beobachtungen vom 22. Juni.	Zeit der Beobachtung.	Barometer auf 0° Reaumur reducirt. Pariſer Maß.	Wiener Maß.	Thermometer Reaumur.	Wind.		Witterung.
	8 Uhr Morg.	27.485	28 Z. 2. 11 P.	+ 14.8	WNW.	ſchwach.	Regen.
	3 Uhr Nachm.	27.480	28 2 11	+ 20.0	WNW.	—	Wolken.
	10 Uhr Abends.	27.485	28 2 11	+ 15.8	W.	—	—

Großbritannien und Irland.

Nachdem in der Sitzung des Oberhauſes vom 11. Juni verſchiedene Bittſchriften überreicht worden waren, trug der Lordkanzler auf die zweite Leſung der Bill in Betreff der Localgerichtsbarkeiten an. Er wiſſe, ſagte er, daß über den Grundſatz der Bill einige Meinungsverſchiedenheit Statt finde; er glaube aber, daß es zweckmäßiger ſeyn würde, die Debatte darüber auf eine künftige Gelegenheit zu verſchieben. — Lord Lyndhurſt ſagte, daß, obgleich es gebräuchlich ſei, den Grundſatz einer Bill bei der zweiten Leſung zu erörtern, wolle er ſich doch dem Wunſche des edlen Lords fügen und ſeine Bemerkungen bis zur dritten Leſung zurückhalten. Die Bill erhielt hierauf die zweite Leſung.

In der Sitzung des Unterhauſes vom 11. Juni wurde eine von Hrn. Cobbett überreichte Bittſchrift, worin einem Mitgliede des Hauſes, dem Sir T. Troubridge, vorgeworfen wurde, ſich falſcher Papiere bedient zu haben, um zu einer Beförderung im Seeweſen zu gelangen, auf den Antrag des Sir J. Graham von dem Hauſe als verläumderiſch zurückgewieſen. — In dem Ausſchuſſe über die weſtindiſchen Angelegenheiten kam der vierte Beſchluß zur Berathung, welcher folgendermaaßen lautete: „Zur Entſchädigung der weſtindiſchen Eigenthümer „wird Se. Majeſtät ermächtigt, eine Summe von nicht „mehr als 20 Millionen Pf. St. zu bewilligen, welche ſo „verwendet werden ſoll, wie das Parlament es ſpäterhin „für zweckmäßig erachten wird." — Hr. Robinſon erklärte ſich mit dem Grundſatze der Entſchädigung ganz einverſtanden; über die Art und Weiſe aber, wie dieſelbe bewerkſtelligt werden ſollte, dürften ſich große Meinungsverſchiedenheiten ergeben. Der Enthuſiasmus des engliſchen Volkes für die Abſchaffung der Sclaverei dürfte leicht etwas abgekühlt werden, wenn der Kanzler der Schatzkammer gezwungen würde, jährlich eine neue Steuer von ungefähr einer Million Pf. St. aufzulegen. Bis jetzt habe man noch nicht Zeit gehabt, die Anſicht des Volkes hinſichtlich des Betrages der vorgeſchlagenen Entſchädigung zu erforſchen. Er ſeiner Seits proteſtirte dagegen, daß man dieſelbe durch eine Auflage auf Conſumtionsgegenſtände erheben wolle; denn dadurch würden hauptſächlich die arbeitenden Claſſen beſteuert werden, welche ohnehin ſchon ſchwer genug zu tragen hätten. — Lord Althorp bemerkte, daß es ſich jetzt noch nicht darum handle, die Art und Weiſe der Entſchädigung feſtzuſtellen, ſondern ſich nur über den Grundſatz zu verſtändigen. Die Meinung des Volkes über dieſen Gegenſtand ſei allerdings bekannt; denn in zahlloſen Bittſchriften habe es ſich dahin ausgeſprochen, daß es bereit ſei, jede Summe zu bewilligen, die zur Erreichung des Zweckes für nöthig erachtet würde. Uebrigens werde den weſtindiſchen Eigenthümern die in Rede ſtehende Summe auf keinen Fall früher ausgezahlt werden, als bis die ganze Maaßregel in allen ihren Theilen vollſtändig in Ausführung gebracht worden ſei. — Im Laufe der Debatte wurden vier Amendements vorgeſchlagen. Das erſte des Hrn. Burton lautete dahin, daß die Hälfte der geforderten Summe den Pflanzern nur erſt nach Ablauf der durch die Bill feſtgeſtellten Arbeitszeit der Sclaven bezahlt werden ſolle. Hr. Waſon ſchlug vor, daß eine gewiſſe Summe jährlich den Sclaven als Arbeitslohn gezahlt und den Pflanzern auf ſolche Weiſe Erleichterung verſchafft werden ſolle. Der Oberſt Evans trug darauf an, daß man die Colonien durch Herabſetzung der Zölle zu entſchädigen ſuchen ſolle, und Hr. Briscoe endlich machte den Vorſchlag, daß die Summe von 20 Millionen Pf. St. wieder um 5 Millionen reducirt werden ſolle. Ueber ſämmtliche Amendements wurde abgeſtimmt, und dieſelben mit bedeutender Stimmenmehrheit verworfen. Der Beſchluß der Regierung wurde darauf mit 296 Stimmen gegen 77 genehmigt. Auf die Frage des Hrn. C. Buller, wann der Antrag wegen Erhöhung des Zolles auf Zucker vor das Haus kommen ſolle, erwiederte Lord Althorp: „Ich habe es niemals als etwas Beſtimmtes ausgeſprochen, daß ich eine Erhöhung jenes Zolles vorzuſchlagen gedächte, noch weniger kann ich alſo einen Tag nennen." — Hr. Stanley ſagte, daß man die Abſendung des weſtindiſchen Packetboots verzögert habe, um die Entſcheidung des Parlaments über die Vorſchläge der Regierung mitſenden zu können, und er halte es daher für ſeine Pflicht, auch noch den letzten Punct an dieſem Abend zur Sprache zu bringen; dieſer lautete dahin, „daß Se. Majeſtät ermächtigt werden „ſollten, alle ſolchen Ausgaben zu machen, welche durch die „Errichtung einer wirkſamen, beſoldeten Magiſtratur in „den Colonien und durch den, den Coloniallegislaturen zu „leiſtenden Beiſtand bei der Sorge für die religiöſe und „moraliſche Erziehung der zu emancipirenden Negerbevölkerung veranlaßt werden dürften." — Hr. Burton ſchlug vor, hinter dem Worte Erziehung, die Worte „nach liberalen und faßlichen Grundſätzen" einzuſchalten. Hr. Stanley bemerkte, daß, da es nicht der Wunſch der Regierung ſei, irgend ein ausſchließliches Syſtem der religiöſen Erziehung angenommen zu ſehen, er gegen die Einſchaltung der vorgeſchlagenen Worte nichts einzuwenden habe. Der ſo veränderte Beſchluß wurde hierauf angenommen. Eine von Hrn. Waſon vorgeſchlagene Reſolution, alle durch den Plan der Regierung veranlaßten Koſten durch eine Eigenthumsſteuer zu decken, wurde ohne Abſtimmung verworfen, und die angenommenen fünf Beſchlüſſe der Regierung darauf noch einmal verleſen und zur Berichterſtattung beordert. Das Haus vertagte ſich um ein Viertel auf 3 Uhr Morgens.

Der niederländiſche Geſandte, Hr. Dedel, hatte am

Digitized by Google

11. Juni eine lange Unterredung mit Lord Palmerſton im auswärtigen Amte. Bald darauf hatten auch der Fürſt Talleyrand und der belgiſche Geſandte Hr. van de Weyer eine Conferenz mit dem Staatsſecretär für die auswärtigen Angelegenheiten. Die Times, welche, wie andere engliſche Zeitungen, auch gehört haben wollte, daß Hr. Dedel von ſeiner Miſſion abberufen worden, ſagt in ihrem Blatte vom 12. d. M.: „Jemand, der in dieſer Sache gut unterrichtet ſeyn muß, verſicherte uns heute, daß Hr. Dedel nur auf 8 oder 10 Tage nach Holland geht, um mit ſeiner Regierung über die Puncte, welche den Gegenſtand der noch zu erledigenden Unterhandlungen bilden ſollen, perſönlich Rückſprache zu nehmen, und daß derſelbe in jedem Fall, und hoffentlich mit der nöthigen Vollmacht zum Abſchluß eines Definitivtractates verſehen, hierher zurückkehren wird.“

Lord Althorp empfing am 11. d. M. im Schatzamte zwei Deputationen, die ſich über die Bankangelegenheiten mit ihm beſprachen. An der Spitze der einen Deputation, die aus 25 Perſonen beſtand, unter denen ſich auch einige Parlamentsmitglieder befanden, ſtand Hr. Francis Lloyd aus Birmingham; an der Spitze der andern Hr. Warſtand.

Conſols am 13. Juni 90¼, ⅜.

Portugal.

Der Kutter Turquoiſe, welcher Oporto am 7. Juni verlaſſen hatte, iſt am 11. d. M. zu Cowes (auf der Inſel Wight) angelangt. Capitän Napier war am 5. mit drei Dampfbooten und einer Verſtärkung von Mannſchaft und Waffen in Oporto angekommen. Drei andern Dampfbooten begegnete die Turquoiſe auf dem Wege. Capitän Napier hatte das Commando der Flotte übernommen, war aber noch nicht an Bord gegangen. Der Geſundheitszuſtand des Admirals Sartorius iſt ſehr ſchlecht, und er zieht ſich vom öffentlichen Leben zurück. Der engliſche Brigg Savage befand ſich außerhalb der Barre, der Oreſtes und Nautilus lagen im Hafen vor Anker. Das Feuer dauert auf beiden Seiten fort, die Stadt Oporto hat ſehr gelitten, und nirgends iſt man ſicher vor den Schüſſen; auch ſind viele Menſchen umgekommen. Ehe das ſchönr Wetter eintrat, litten Einwohner und Truppen großen Mangel an Lebensmitteln. Die Turquoiſe zählte aber in der Nacht, ehe ſie abſegelte, 95 Schiffe vor der Barre. Für die, welche Geld haben, iſt der Platz jetzt vollſtändig verſehen; alle Nacht werden Lebensmittel unter einem heftigen Musketen- und Kartätſchenfeuer ans Land geſetzt. Capitän Eden iſt auf dem Kriegsſchiffe Conway angelangt, das den Nautilus ablöſen ſoll aber die Migueliſten wollen wohl letzteres Schiff aus dem Hafen heraus, keines aber mehr hinein laſſen; hierüber ward an den Admiral Parker berichtet. Oberſt Badcock, der ſich von Seite der engliſchen Regierung zu Oporto befindet, hat ſich die Achtung beider Theile durch ſein unparteiiſches Benehmen erworben. Die Franzoſen habrn hier 2000 Mann unter den Waffen, die Engländer etwa 1000. Oberſt Bacons Lanciercorps iſt, was Leute und Uniform betrifft, vortrefflich, aber die Pferde haben furchtbar gelitten. Die Truppen wünſchen ſehr, daß eine Bewegung gegen Liſſabon gemacht werde, allein Dom Miguel hat ſich ſo gut verſchanzt als Dom Pedro, und ſeine Leute ſind in guter Lage; es gibt indeß einige Ausreißer. Die Flotte Dom Miguels wird ſchwerlich den Tajo verlaſſen.“

Rußland.

Ihre Majeſtät die Kaiſerinn ſind am 5. Juni, in Begleitung des Miniſters des kaiſerlichen Hofes, Fürſten Wolkonskoi, des Grafen Woronzoff-Daſchkoff und des Leibarztes Dr. Rauch, von dem Luſtſchloſſe Jelagin nach Reval abgereiſt.

Ueber den Aufenthalt Sr. Majeſtät des Kaiſers in Dünaburg wird von dort Folgendes gemeldet: „Gleich nach ſeiner Ankunft nahm der Kaiſer, in Begleitung des Generaladjutanten Grafen Benkendorf und des Majors Rauch, Adjutanten Sr. Majeſtät des Königs von Preußen, die Feſtungsarbeiten und den Brückenkopf jenſeits der Düna in Augenſchein und bezeigte ſeine Zufriedenheit damit. Die Großartigkeit dieſer Befeſtigungen muß alle Sachverſtändige in Erſtaunen ſetzen. Bedenkt man zugleich die bewundernswürdigen Arbeiten in Kronſtadt, die Befeſtigung Kiews nach einem rieſenhaften Plane, die Erhebung von Brzesc zu einer Feſtung erſten Ranges, die Beendigung der Feſtungswerke von Bobruysk, die die neue Befeſtigung Revals, Modlins und Staſchews und die Errichtung der Citadellr und des Brückenkopfes in Warſchau, ſo kann man in der That die rege Thätigkeit unſerer Regierung und die ihr zu Gebote ſtehenden Mittel nicht genug bewundern. Am 31. Mai muſterten Se. Majeſtät den vom Generaladjutanten Grafen von der Pahlen befehligten Theil des erſten Infanteriecorps. Man ſah hier an 30,000 Mann glänzend ausgerüſteter, wackerer, vom beſten Geiſt beſeelter Truppen unter den Waffen, beglückt durch die Anweſenheit des geliebten Monarchen, der ihnen für die im letzten Feldzuge unter Anführung ihres tapferen Generals geleiſteten Dienſte ſeine huldvolle Zufriedenheit bezeigte. Nach der Muſterung wurden die Generalität, die Regimentscommandeure, der Civilgouverneur von Witepsk und der Adelsmarſchall des Gouvernements zur kaiſerlichen Tafel gezogen. Am 1. Juni wohnten Se. Majeſtät der Waffenübung des Lubenſchen Huſarenregiments und zweier Artilleriecompagnien bei und waren mit den Truppen vollkommen zufrieden. Am 2., als dem erſten Pfingſttage, hörte der Monarch in der Kathedrale die Meſſe, worauf die Einweihung und Aufpflanzung der Flagge auf der Feſtung Dünaburg Statt fand. Der Kaiſer beſchäftigte ſich während ſeines hieſigen Aufenthaltes, in Gemeinſchaft mit den Generalgouverneuren Fürſten Chawanski und Dolgoruki, mit den Angelegenheiten der ihnen anvertrauten Gouvernements und beſichtigte die hieſigen Hoſpitäler. Am 1. Juni Abends reiſten Se. Majeſtät wieder von hier ab.“

Frankreich.

Am 13. Juni um halb 3 Uhr Nachmittags hatte der Fürſt von Sutzo die Ehre, dem Könige die Beglaubigungsſchreiben zu überreichen, welche ihn als außerordentlichen Geſandten und bevollmächtigten Miniſter Sr. Majeſtät des Königs von Griechenland accreditiren.

Der Herzog von Orleans iſt von ſeiner Reiſe nach England und Belgien am 13. d. M. Abrnds wieder in Paris angekommen.

Die Pairskammer kam am 13. Juni mit der Erörterung und dem Votiren ihres modificirten Reglements zu Ende. Den Angaben der Pariſer Journale zufolge hielt ſie in ihren geheimen Sitzungen darüber feſt, daß das Drittel ihrer Mitglieder zureiche, die Berathſchlagung und das Votum der Geſetze gültig zu machen. Einige Pairs ſollen vorgeſchlagen haben, einen Unterſchied unter den legislativen Maaßregeln, über welche die Kammer ſich auszuſprechen hätte, eintreten zu laſſen, eine ſolche Unterſcheidung ſei aber als unausführbar und conſtitutionswidrig erſchienen. Von der nächſten Sitzung an könne man nur noch im Coſtüme auf den Bänken der Pairskammer ſitzen. Die gegenwärtige Art des Scrutins durch geſchriebene Zettel ſei nun durch die weißen und

ſchwarzen Kugeln, wie bei der Deputirtenkammer, erſetzt; endlich ſoll die nächſte Bank von der, welche die Miniſter einnehmen, in Zukunft den Berichterſtattern und Mitgliedern der Commiſſionen vorbehalten ſeyn.

Die **Deputirtenkammer** fuhr am 13. Juni in Erörterung des **Budgets des Finanzminiſteriums** fort. Hr. **Bousquet** ſchlug als Amendement vor, aus dem großen Buche der öffentlichen Schuld vom 1. Jänner 1834 an alle Penſionen für Dienſte in fremden Heeren, in der Vendée und während der Auswanderung oder bei jedem andern nicht geſetzlich organiſirten Corps, ſo wie für beſondere dem älteren Zweige der Bourbons geleiſtete Dienſte zu ſtreichen. Hr. **Dupin** bemerkte, die Charte widerſetze ſich der Annahme des Amendements. Bei Pacification der Vendée ſeien Verſprechungen gemacht worden, welche die Kraft eines Contractes haben. Hr. **Thiers** berief ſich auf dieſelben Gründe dagegen, und die Kammer verwarf das Amendement mit ſchwacher Majorität. Hierauf wurde das Privatbudget der Kammer erörtert, der Gehalt des Präſidenten auf 70,000 Fr. gelaſſen, der der Quäſtoren von 20,000 auf 12,000 reducirt. Die Kammer nahm auch die andern Artikel ihres Budgets an, deſſen Totalziffer ſich auf 582,000 Fr. beläuft. General **Lafayette** trug darauf an, daß der americaniſche Tractat bald erörtert werde. Er ſei wichtig, da die Stadt Lyon allein einen Handel mit den vereinigten Staaten habe, der ſich auf 55 Millionen belaufe, und in Kurzem verdoppelt werden konne; die Stadt Havre befinde ſich in derſelben Lage. Die Kammer genehmigte den Antrag. Sodann ging die Kammer nach Beendigung des Budgets des Finanzminiſteriums an die Fortſetzung der Erörterung des Budgets des Kriegsminiſteriums. Eine Reduction von 52,550 Fr. bei dem 3ten Artikel, Generalſtab 15,274,000 Fr., wurde Trotz des Widerſpruches des Marſchalls Soult angenommen. Die Cap. 4, Gendarmerie 15,935,000 Fr.; Cap. 5, Recrutirung 455,000 Fr.; Cap. 6, Militärjuſtiz 250,000 Fr., wurden angenommen. Bei dem 7ten Capitel, Sold und Unterhaltung der Truppen 125,069,765 Fr., ſchlug die Commiſſion eine Reduction von 292,235 Fr. vor. Hier erhob ſich der Oberſt **Bricqueville** und ſagte: „Ich würde ohne Anſtand dieſe Summe votirt haben, wenn man Ihnen nicht von der Tribune aus jene Häufung von Willkür und kecker Uſurpation geprieſen hätte, welche die Regierung ihr Syſtem nennt. Bei ſolchen Maaßregeln iſt es ſchwer, parlamentariſch zu bleiben. Bei Anſicht eines ſolchen in dem Berichte an den König entwickelten Entwurfes, der die Sicherheit des Gebietes und die Nationalunabhängigkeit bedroht, iſt noch Abſcheu erlaubt, aber man darf nicht ſtill dabei bleiben; das Miniſterium hat den öffentlichen Geiſt und die Nation des Juli desorganiſirt; es hat die Nationalgarde desorganiſirt, und jetzt will es auch die Armee desorganiſiren. Gehen Sie nur auf dieſer Bahn fort, dann werden Sie die Reſtauration vollbringen. (Murren im Centrum. Ruf zur Ordnung.) Rufen Sie mich zur Ordnung, aber horen Sie mich. Die Armee erfüllt die Intention der Staatsgewalt nicht mehr, deßwegen will man ſie neu einrichten. Die Staatsgewalt will gelehrigere Soldaten und Conſcribirte, die beſſer zu ihren Zwecken taugen; ſie will nichts von jenem Geiſte der Nationalität und des Militärs, der in unſern Regimentern gewonnen wird. Man braucht drei Jahre, um einen Soldaten zu bilden; nach drei Jahren entlaſſen Sie ihn. Wie die Armee nach dem neuen Plane beſſer gegen das Innere iſt, ſo iſt ſie ſchwächer gegen das Ausland. Es war eine peinliche Empfindung für mich, zu ſehen, daß die Regierung keine Armeen mehr wolle. Dieſes Syſtem gewährt nur ein Scheinbild einer Armee; es iſt für den Schatz verheerend. Mit Soldaten von dreijähriger Dienſtzeit und einem Alter von 24 Jahren darf man mehr für Ambulancen als für Munition ſorgen. Das Syſtem des Kaiſerreiches war gut; nicht die Armee hat ſich gegen den Kaiſer und gegen Frankreich verfehlt, ſondern die Chefs haben ſich an der Armee verfehlt. Der Generalſtab war voll von Verräthern, und dieſe unbegreiflichen Nachläſſigkeiten, deren einer man die Verzögerung der Ankunft des Marſchalls Grouchy auf dem Schlachtfelde von Waterloo verdankte, ließen viele Leute ſagen, daß der Sieg uns geweſen wäre, wenn Marſchall Berthier noch den Majorgeneral gemacht hätte. (Unterbrechung.) Leider hatte derjenige, der 1814 ihn im Dienſte der Bourbons erſetzte, ſo viel in ſeinen Kräften ſtand, die alte Armee mißhandelt (Murren im Centrum); er hatte ſich mit den Vendéern und den Chouans von Quiberon vertragen. Vor ſechs Monaten hatten wir noch eine treffliche Armee. Leider will man ſie jetzt ändern. Man will den Militärgeiſt zu Grunde richten; ein Nationalleben iſt ſelten ein Anſpruch auf die Gunſt der Staatsgewalt. Es gibt Leute, welche durch ihre Bedrückungen den franzöſiſchen Namen im Auslande gehäſſig gemacht haben, und die recht gut verſtanden, ihre Geſchäfte zu machen, die kein einziges Goldſtück, das ſie zuſammengehäuft, verloren, die, wie ich anerkennen muß, als einſichtsvolle Freunde der Kunſt, prachtvolle Gemälde, aber keinen Pulverwagen und keine Kanone nach Frankreich zurückgebracht haben. (Murren im Centrum.) Es gibt andere, welche wie die großen Charactere des Plutarchs, geſtorben ſind, ohne ſo viel zu hinterlaſſen, daß man ihre Leichenbeſtattung hätte bezahlen können. Die Einen ſind geehrt und mächtig; den Witwen der Andern verweigern Sie eine erbärmliche Penſion! Und was machen Sie aus unſerer Armee? Sie zwingen ſie, mit dem Gewehr im Arm, den unzähligen Protocollen zuzuſehen, und laſſen ſie unter der Gendarmerie des Papſtes anwerben. Ich ſtimme gegen den Credit, wenn das Ihnen vorgelegte Organiſationsproject angenommen wird." (Große Gährung.) Marſchall **Soult** wollte hierauf das Wort nehmen. Die HH. **Barthe** und **Guizot** riefen ihm zu, er ſolle nicht antworten, worauf ſich der Marſchall wieder niederſetzte. General **Tirlet** ſchlug eine Vermehrung von 2,930,000 Fr. für die Artillerie vor. Marſchall **Soult** ſagte, wenn ſein Entwurf angenommen werde, ſo dürfte das, was für die Artillerie übrig bleibe, hinreichen, allen Bedürfniſſen des Dienſtes zu genügen; die Artillerie werde noch 21,000 Mann unter den Waffen haben. Hrn. **Tirlets** Vorſchlag wurde verworfen. Die Reduction von 292,235 Fr., ſo wie das reducirte Capitel wurden angenommen; ferner Cap. 8, Militärbetten 4,869,000 Fr.; Cap. 9, allgemeine Remonte 1,750,000 Fr. mit einer Reduction von 101,054 Fr.; Cap. 10, Pferdegeſchirre 365,000 Fr.; Cap. 11, Fouragen 17,527,000 Fr.; Cap. 12, Transporte 998,000 Fr., wurden angenommen. Bei dem 13ten Capitel, Artilleriematerial 13,140,000 Fr., wurde nach langer Erörterung und vielfachem Widerſpruche die von der Commiſſion vorgeſchlagene Reduction von 3,703,000 Fr. angenommen.

Der oben erwähnte Ausfall des Oberſten **Bricqueville** gegen den Marſchall **Soult** hat am folgenden Tage ein Duell zwiſchen dem Sohne des letzteren (Marquis **Soult**) und gedachtem Oberſten zur Folge gehabt. Der **Moniteur** (und die übrigen Pariſer Zeitungen) vom 15. d. M. enthalten darüber Folgendes: „Wir erhalten ſo eben nachſtehende **Erklärung**, mit dem Erſuchen, ſie in unſerem Blatte bekannt zu machen: „„Nachdem die directen Angriffe des Hrn. Oberſten **Bricqueville** gegen den Hrn. Marſchall-Kriegsminiſter in der

Rede, welche erſterer am 13. Juni in der Deputietenkammer gehalten hat, für den Marquis Soult das Bedürfniß einer Satisfaction unerläßlich gemacht hatten, ſo hat geſtern Morgens im Boulogner Geholz ein Duell zwiſchen den beiden achtbaren Gegnern Statt gefunden, welche den Degen als Waffe gewählt und einen Kampf begonnen haben, der über zehn Minuten dauerte. Der Marquis Soult ſtieß bei einem Ausfalle auf einen Stein und fiel rücklings nieder. Hr. Briequeville beeilte ſich, ihm den Arm zu reichen, und ihn wieder auf das gute Terrain zu ſtellen. Der Kampf begann von Neuem. Dießmal fiel dem Hrn. von Bricqueville nach einem ziemlich langen Kampfe der Degen, der ſich in dem des Marquis Soult gefangen hatte, aus der Hand; er ging gerade auf ſeinen Gegner los, der ſich beeilte, ihm ſeine Waffe zurückzugeben. Nach einiger Ruhe, die ein ſo hitziger Angriff erheiſchte, begann der Kampf von Neuem. Die beiden Gegner ſtürzten auf einander los, und kamen bald dahin, ſich gegenſeitig, Leib an Leib zu packen. Unter dieſen Umſtänden traten die Secundanten — der Marſchall Clauzel und General Jacqueminot für den Marquis Soult, General Excelmans und Hr. Cäſar Bacot, Deputirter, für Hrn. Briequeville — ins Mittel, und erklärten, daß ſie als Männer von Ehre die Fortſetzung eines ſo hartnäckigen Kampfes nicht geſtatten könnten. Die beiden Kämpen unterwarfen ſich dieſer Entſcheidung, und gingen, indem ſie ſich gegenſeitig Beweiſe einer aufrichtigen und loyalen Achtung gaben, auseinander. Marſchall Clauzel, General Jacqueminot, General Excelmans, Cäſar Bacot.“"

Am 14. Juni 5Percents Fin Courant geſchloſſen zu 104 Fr. 5. 3Percents Fin Courant geſchloſſen zu 78 Fr. 5. — Am 15. Juni um 1¼ Uhr Nachmittags 5Percents 103 Fr. 75. 3Percents 77 Fr. 95.

Päpſtliche Staaten.

Se. Majeſtät der König von Baiern ſind unter dem Namen eines Grafen von Augsburg am 6. d. M. über Gubbio in Colombella, dem Landſitze des Marcheſe Hector Florenzi, königl. baieriſchen Kämmerers, eingetroffen, wo Höchſtdieſelben einige Wochen zu verweilen gedachten.

Niederlande.

In der Sitzung der zweiten Kammer der Generalſtaaten vom 12. Juni hat eine ſehr lebhafte Discuſſion über die fernere Bewilligung des außerordentlichen Credites für die Ausgaben des Kriegsdepartements Statt gefunden. Der Finanzminiſter eröffnete die Discuſſion, indem er zunächſt das aus der Antwort der Regierung auf die früheren Einwürfe der Sectionen gefloſſene Mißverſtändniß widerlegte, als ob erſtere die gegenwärtigen Kriegsausgaben nicht für proviſoriſch, ſondern für permanent angeſehen wiſſen wollte. Die Regierung, ſagte der Miniſter, halte es nur für unpolitiſch, ſich unter den gegenwärtigen Umſtänden über eine ſo zarte Materie ganz ohne Rückhalt auszuſprechen; keineswegs aber ſei ſie abgeneigt, auch im Kriegsetat überall diejenigen Erſparniſſe eintreten zu laſſen, die im Bereiche der Möglichkeit lägen. Zum Beweiſe bereits eingetretener Erſparniſſe wies der Miniſter auf die Anzahl von Schiffen hin, die man dem Handel und der Fiſcherei bereits zurückgegeben habe, auf die hinſichtlich der Montirungs- und Waffendepots erlaſſenen Befehle ꝛc. — Die HH. Frels, Corver-Hooft, van Hemert, de Bordes, de Jonge und Donker-Curtius ſprachen darauf für die fernere Bewilligung des außerordentlichen Credits, indem ſie es für gerathen hielten, der Discretion und der Weisheit der Regierung die Beſtimmung der unter den jetzigen Umſtänden zuläſſigen Erſparniſſe zu überlaſſen. Die HH. van Reenen, Schimmelpenninck, Fockema, Luyben, van Nes, van Syzama und van der Gronden widerſetzten ſich jedoch der ferneren Bewilligung mit großer Beſtimmtheit. Sie hielten es für durchaus unzuläſſig, 17 Millionen Gulden von Neuem zu Kriegsbedürfniſſen zu bewilligen, während eben ein verlängerter Waffenſtillſtand zu Stande gekommen ſei. Mehrere hielten die Entlaſſung der Schuttereien und der Freiwilligen für zweckmäßig, indem ſie die Anſicht beſtritten, daß man ſich dadurch einem Angriffe von belgiſcher Seite ausſetze. Das Reſultat der Debatte war, daß ſich 28 Stimmen für die Anträge der Miniſter und 19 dagegen erklärten, ſo daß der außerordentliche Credit durch eine Mehrheit von 9 Stimmen bewilligt wurde.

General Chaſſé iſt am 10. d. M. mit dem Dampfboote de Batavier in Vliesſingen angekommen. Das feſtliche Flaggen aller Schiffe und das Geläute der Glocken bezeichnete die Ankunft von Hollands tapferſtem und populärſtem Helden.

Belgien.

In der Sitzung der Repräſentantenkammer vom 12. Juni legte der Finanzminiſter das angekündigte Geſetz über die Brennereien und einen andern Geſetzentwurf vor, durch welchen auf die Bewilligung einer Summe von 22,300,000 Fr. als proviſoriſche Credite für die verſchiedenen Miniſterien, mit Ausnahme des Kriegsdepartements, angetragen wird. Die Kammer beſchäftigte ſich darauf mit der Wahl der mit Entwerfung der Adreſſe beauftragten Commiſſion. Bei der erſten Abſtimmung erhielten die HH. Devaux, de Theux, von Muelenaere, Dubus und Fallon die erforderliche Majorität. Da noch ein ſechstes Mitglied zu wählen war, ſo fand ein Ballotement zwiſchen den HH. de Foere und Gendebien, welche die meiſten Stimmen erhalten hatten, Statt. Von den anweſenden 82 Mitgliedern ſtimmten 47 für erſteren und 35 für letzteren, ſo daß Hr. de Foere als ſechstes Mitglied proclamirt wurde. Nachdem noch die beiden permanenten Commiſſionen der Finanzen und des Handels ernannt worden waren, vertagte ſich die Verſammlung.

Im Courrier Belge vom 13. Juni lieſt man: „So eben erhalten wir folgende Nachrichten: Durch die belgiſche Regierung waren dem Platzcommandanten von Venloo Befehle gegeben worden, die Fahrt auf der Maas frei zu laſſen; ehe dieſer Befehl in Vollziehung geſetzt wurde, ſchrieb der Generalcommandant der erſten Diviſion der Obſervationsarmee (Hurel) an den Obercommandanten von Maeſtricht, um ſich zu verſichern, ob derſelbe ähnliche Befehle von ſeiner Regierung erhalten habe; er erhielt folgende Antwort: „Maeſtricht, den 11. Juni. Herr General! Ich habe die Ehre, Sie in Beantwortung Ihres geſtrigen Schreibens zu benachrichtigen, daß die Beſtimmungen der Londoner Uebereinkunft vom 21. Mai letzthin, in ſo weit dieſelbe die freie Fahrt auf der Maas betrifft, ſeit dem 6. d. M. in Vollziehung geſetzt worden ſind. Ich bitte Sie ꝛc. Der Obercommandant der Feſtung. (Unterz.) Dibbets.“

Hauptredacteur: Joſeph Anton Edler von Pilat.

Verleger: Anton Strauß ſel. Witwe in der Dorotheergaſſe Nr. 1108.

N^ro. 176

Oeſterreichiſcher Beobachter.

Dinſtag, den 25. Juni 1833.

Meteorologiſche Beobachtungen vom 23. Juni	Zeit der Beobachtung	Barometer auf 0° Reaumur reducirt.		Thermometer Reaumur.	Wind.		Witterung.
		Pariſer Maß.	Wiener Maß.				
	8 Uhr Morg.	27.531	28 Z. 3 L. 6 P.	+ 16.0	SO.	ſchwach.	heiter.
	3 Uhr Nachm.	27.386	28 ſ 9	+ 23.8	SO.	—	—
	10 Uhr Abnds.	27.338	28 ſ ſ	+ 16.5	SO.	—	—

Großbritannien und Irland.

Als in der Sitzung des Unterhauſes vom 12. Juni Lord Althorp darauf antrug, daß ſich das Haus in einen Ausſchuß über die irländiſchen Zehnten verwandeln ſolle, erhob ſich Hr. Lambert und ſchilderte in einem ausführlichen Vortrage den gegenwärtigen Zuſtand Irlands, der ſchlimmer ſei, als vor Anwendung der Zwangsbill. Er trug auf ein Amendement an, welches dahin lautete, daß das Haus der Meinung ſei, die Regierung habe ihr Verſprechen, die Zwangsbill nicht zur Eintreibung der Zehnten zu benutzen, nicht erfüllt, und daß die Anwendung des Militärs und der Polizei zur Erhebung der Zehnten höchſt verfaſſungswidrig ſei, und nicht ferner geduldet werden dürfe. Lord Althorp räumte ein, daß die Miniſter das erwähnte Verſprechen ertheilten, und wenn ſich in Irland Fälle ereignet hätten, wo die durch die Zwangsbill verliehene Gewalt gemißbraucht worden ſei, ſo werde er der erſte ſeyn, der ſolches aufs Strengſte tadelte und beſtraft zu ſehen wünſche. Officielle Mittheilungen lägen aber daeüber bis jetzt nicht vor, und er hoffe daher auch, daß das Haus den Antrag des vorigen Redners, der einen Tadel gegen die Regierung ausſpreche, verwerfen werde. Uebeigens gehe der Vorſchlag, den er im Ausſchuſſe zu machen beabſichtige, dahin, daß jedes Verfahren gegen rückſtändige Zehnten überflüſſig und unmöglich gemacht werde. Er werde nämlich darauf antragen, daß das Parlament der Regierung eine gewiſſe Summe Geldes bewillige, um dieſe in den Stand zu ſetzen, von der Geiſtlichkeit eine Quittung über alle während der letzten drei Jahre rückſtändigen Zehnten zu erhalten, und daß dieſer Vorſchuß durch eine Taxe auf alles den Zehnten unterworfene Land, welches damit im Rückſtande geblieben ſei, zurückbezahlt werden ſolle. Nach einer längeren Debatte über das Amendement des Hrn. Lambert, welches die irländiſchen Mitglieder mit großer Heftigkeit unterſtützten, wurde daſſelbe mit 197 Stimmen gegen 45 verworfen. Das Haus bildete darauf einen Ausſchuß, in welchem Lord Althorp den oben erwähnten Antrag machte, der indeſſen, da es bereits ſpät geworden war, nicht mehr zur Berathung kam.

Auf den Antrag des Marquis von Lansdowne wurde am 13. Juni im Oberhauſe beliebt, daß eine Botſchaft an das Unterhaus geſandt werden ſollte, um ſich eine Abſchrift des Berichtes zu erbitten, den die mit Prüfung des Bankfreibriefes beauftragte Commiſſion abgeſtattet hatte.

In der Sitzung des Unterhauſes vom 13. Juni überreichte Hr. Roebuck eine Bittſchrift der Todtenbeſchauer-Jury, welche über den Leichnam des Conſtablers Cully einen Ausſpruch gethan hatte. Die Jury beklagte ſich über die Art und Weiſe, wie ihr Urtheil für ungültig erklärt worden ſei. Hr. Roebuck machte der Regierung heftige Vorwürfe über das Ungeſetzliche ihres Verfahrens bei Auseinandertreibung der Verſammlung in Coldbath-Fields. Hr. George Lamb ſagte, daß es ſchwierig ſei, eine öffentliche Verſammlung auf eine Weiſe auseinander zu treiben, die allgemeine Zufriedenheit errege. Man habe geſagt, daß die Regierung ſich nicht in öffentliche Verſammlungen miſchen dürfe, ſeit ſie ſolche Verſammlungen, als ſie zu ihren Gunſten gehalten wurden, ermuntert habe. Er beſtreite, daß dieß jemals der Fall geweſen ſei, abre wenn auch, ſo müſſe man nicht fortfahren, unrrcht zu handeln, weil man es einmal gethan habe. Ueber das Ungeſetzliche jener Verſammlung könne kein Zweifel obwalten; man habe zwar behauptet, das Ganze ſei lächerlich geweſen; die Regierung dürfe aber nicht über eine Verſammlung von Perſonen mit Dolchen in den Taſchen lachen. Er glaube nicht, daß die Regierung der geringſte Tadel treffen könne, und eben ſo hoffe er, daß es ſich am Ende zeigen werde, daß auch der Polizei durchaus kein Vorwurf zu machen ſei. Der Solicitorgeneral ſetzte auseinander, daß der von der Jury erlaſſene Ausſpruch ungehörig und geſetzwidrig geweſen, und deßhalb mit vollem Recht von einem höheren Gerichtshof annullirt worden ſei. Dieſer Fall ſei übrigens nicht, wie von mehreren Seiten behauptet worden, ein ganz neuer, ſondern wäre in den letzten funfzig Jahren verſchiedene Male vorgekommen. Es ſei unerhört, ſagte der Redner, wenn man bedenke, was ſich aus dem Ausſpruch der Jury Alles herleiten laſſe. Notoriſch wäre es z. B., daß ein Theil der Preſſe die Perſonen, welche der Verſammlung beiwohnen wollten, ſich mit Meſſern zu bewaffnen aufforderte, um der Polizei Widerſtand

Digitized by Google

zu leiſten; und die Jury billige dieſen Rath, indem ſie es für einen „entſchuldigungsfähigen Todtſchlag“ erkläre, wenn ein Polizeibeamter in Erfüllung ſeiner Pflicht ermordrt würde. Dir Debatte über dieſen Gegrnſtand danerte noch, als es drei Uhr ſchlug, und daher die Voemittagsſitzung aufgehoben, und die fernere Berathung auf den folgenden Tag verſchoben werden mußte. — In der Nachmittagsſitzung eehielt zuvörderſt Hr. Ewart Erlaubniß zur Einbringung einer Bill wegen verſchiedenee Aenderungen in dem Geſetz über die Todrsſtrafe. Unter Andern beabſichtigt er, auf die ſeltſame Veränderung anzutragen, daß ein gewaltſamer Einbruch nur dann mit mit dem Tode beſtraft werden ſolle, wenn man dem Verbrecher beweiſen könne, daß er mit ſeinem ganzen Köeper in dem Hauſe geweſen ſei; ſo wie das Geſetz jetzt ſtehe, werde ſchon der mit dem Tode beſtraft, der ſeine Hand, mit der Abſicht es zu eebrechen, in das Haus geſteckt habe. Auch wollte er den Briefdiebſtahl nicht feener mit dem Tode beſtraft wiſſen. Auf den Antrag des Hrn. Ch. Grant verwandelte ſich das Haus nunmehr in einen Ausſchuß, um die Mittheilungen der Regierung in Bezug auf den Freibrief der oſtindiſchen Compagnie zu veenehmen. Hr. Staunton legte vorher verſchiedene Reſolutionen in Bezug auf die Verhältniſſe Großbritanniens zu China vor, welche indeſſen ohne Debatte und Abſtimmung beſeitigt wurden, worauf Hr. Ch. Grant zur Entwicklung der Regierungsanträge das Wort nahm. Die Regierung beabſichtigt im Weſentlichen folgende Beſtimmungen feſtzuſetzen, mit welchen die oſtindiſche Compagnie ſich einverſtanden erkläet hat. Es wird nämlich vorgeſchlagen: 1) die Vereinigung aufzuheben, welche bis jetzt zwiſchen dem handeltreibenden und dem ſouverainen Charaeter dee oſtindiſchen Compagnie beſteht; 2) die Compagnie als eine Handelsgeſellſchaft gänzlich abzuſchaffen, und den Handel der allgemeinen Concurrenz freizugrben; 3) der Compagnir zu erlauben, ihre jetzige Gewalt in Indien noch 20 Jahre lang auszuüben; 4) den Europäeen geſetzlich den Landbeſitz in Oſtindirn zu geſtatten; 5) den Indiern ohne Rückſicht auf ihre Farbe, Gebuet oder Religion die gleiche Wählbaekeit zu allen öffentlichen Aemtern, wie den Eueopäern, zuzugeſtehen; 6) den Aetionären den jährlichen Beteag der ihnen zu zahlenden Dividenden, welcher ſich auf 630,000 Pf. St. beläuft, durch eine Rente zu ſichern, welche aus den oſtindiſchen Territoeialeinnahmen beſteitten werden ſoll; 7) daß nach Verlauf der 20 Jahee, binnen welcher drr Compagnie die ſouveraine Regierung in Oſtindien noch zugeſtanden iſt, die Aetionäre das Recht haben ſollen, ihr Capital zueückzufordern; 8) daß, wenn ſie nach Verlauf der 20 Jahee ihr Capital nicht zurückverlangen, die Rente von 630,000 Pf. St. auf 40 Jahre verlängert werden ſoll; 9) daß es am Ende der 40 Jahre dem Paelamente, nach vorangegangener dreijähriger Kündigung, freiſtehen ſoll, die beſagte Rentr mit 100 Pf. für jede 5 Pf. 5 Sh. einzulöſen, und 10) daß ein Sicherheitsfonds von 2 Millionen Pf. St. gebildet werden ſoll, welcher ſo lange mit Hinzuziehung der Zinſen grhäuſt werden darf, bis er ſich auf 12 Millionen beläuft; der Zweck dieſes Fonds iſt, die regelmäßige Zahlung der Rente zu ſichern, und ſpäter zur Zurückbezahlung drs Capitals verwendet zu werden. — Außerdem zeigte Hr. Grant an, daß man in Bezug auf drn Theezoll das amerikaniſche Syſtem anzunehmen gedenke, wornach jede Gattung beſonders beſteuert wied, ſo daß den Conſumenten der geringeeen Theeſorten einr bedeutende Erleichterung gewährt werden könne. Zu dem Ende werdr man vier bis fünf verſchiedene Gattungen Thee feſtſtellen. — Mit Bezug auf den Thee, welcher ſich jetzt in den Händen der Compagnie befinde, und der ungefähr einen zweijährigen Bedarf ausmache, wolle man der Compagnir eine billige Feiſt zum Verkauf desſelben geſtatten, bevor man den Peivathändleen die Coneurrenz eröffne. — Um dem Hauſe Gelegenheit zu geben, ſeine Billigung mit dem Plane der Regierung im Allgemeinen auszuſprechen, ſchlug Hr. Grant am Schluſſe ſeiner Rede drel Reſolutionen vor, in denen die Grundſätze der obigen Beſtimmungen zuſammengezogen waren. — Hr. C. W. Wynn bemerkte, daß, wenn er den Umfang der von ſeinem ſehe ehrenwerthen Freunde vorgeſchlagenen Maaßeegeln betrachte, er faſt zweiſle, ob dieſelben noch in der gegenwärtigen Seſſion ihee Eeledigung finden könnten. Er wünſchte zu wiſſen, ob in der Zahl oder in den Befugniſſen der Direetoren der oſtindiſchen Compagnie irgend eine Veränderung eintreten ſolle. Hr. Grant erwiedeete, daß über dieſen Gegenſtand noch Berathſchlagungen Statt fänden, und bisher noch nichts entſchieden ſei. Er könne für jetzt nur ſagen, daß es die Abſicht der Regierung ſei, die Zahl der Directoren zu veemindern. — Hr. Majoribanks erklärte ſich mit dem Grundſatze des Planes, als neuerdings ein Monopol zrrſtörend und dem beittiſchen Handel *eine* Coneuerenz eröffnend, vollkommen einverſtanden; nne glaubte er, daß die einzelnen Beſtimmungen, um zweckmäßig und gefahrlos zu ſeyn, weſentliche Verändeeungen erleiden müßten. — Auf die Frage eines Mitgliedes erwiederte noch Hr. Grant, daß die von ihm vorgeſchlagenen Reſolutionen das Haus keineswegs binden ſollten. Die ganze Frage bleibe noch zur Reviſion und zur ausführlichen Eroeterung offen. Die Bill ſei übeigens fertig, und werde unverzüglich eingebracht werden. Die Reſolutionen wurden darauf ohne Abſtimmung genehmigt. — Lord Althorp erſuchte Hrn. Hume, ſeinen auf morgen anſtehenden Antrag wegen der Häuſer- und Fenſterſteuer zu verſchieben, da er (Lord Althorp) einen Ausſchuß über die Mittel und Wege zu bilden gedenke. Hr. Hume willigte unter der Bedingung ein, daß er bei nächſter Gelegenheit ſeinen Antrag ſtellen dürfe. — Der Solicitorgeneral brachte noch ſeine neue Bill wegen Aenderung des Geſetzes hinſichtlich des Perſonalareeſtes der Schuldner ein, welche die erſte Leſung erhielt. Das Haus vertagte ſich um ¼ auf 2 Uhr.

Am 12. Juni war im St. Jamespallaſt Coue und

Lever bei Sr. Majeſtät, bei welcher Gelegenheit der König die Viceadmirale Sir John Harvey und Sir George Parker mit den Inſignien des Bathordens bekleidete. Sodann hatten der Fürſt von Reuß-Lobenſtein-Gera, der baieriſche Geſandte Baron von Cetto, der ein Schreiben ſeines Souverains überreichte, und der ſpaniſche Geſandte Hr. Vial, der ſeine Creditive übergab, Audienzen bei Sr. Majeſtät. Nachdem der König noch mehreren Miniſtern Audienz ertheilt hatte, überreichte der Herzog von Wellington Sr. Majeſtät eine von 2000 Kauf- und Handelsleuten von Briſtol unterzeichnete Bittſchift gegen den Plan hinſichtlich der Emancipirung der weſtindiſchen Sclaven, ſo wie eine andere Bittſchrift von mehreren Einwohnern Durhams gegen die Bill in Bezug auf die irländiſche Kirche.

Der Courier widerſpricht der Meldung des Morning-Herald, daß der Fürſt Talleyrand ſchon am 20. Juni London verlaſſen, und nicht wieder als Botſchafter zurückkehren wolle. „Die Zeit der Abreiſe des Fürſten,“ ſagt erſteres Blatt, „iſt noch nicht feſtgeſetzt, obwohl man glaubt, daß ſie gegen Ende Juli oder zu Anfang Auguſt erfolgen wird; bis jetzt iſt es noch ungewiß, wer einſtweilen zum Geſchäftsträger ernannt werden wird; das Gerücht aber, daß die Herzoginn von Dino und ihre Tochter die Bäder in Aachen beſuchen würden, iſt, ſo viel wir wiſſen, ganz ungegründet.“

In ebendemſelben Blatte lieſt man Folgendes in Bezug auf die portugieſiſchen Angelegenheiten: „Mit dem königlichen Schooner Pike haben wir Nachrichten aus Liſſabon bis zum 2. und aus Oporto bis zum 3. d. M. über die Lage der beiden kriegführenden Parteien erhalten. Von Seite der conſtitutionnellen Armee hatte noch keine Bewegung Statt gefunden, und die Armee Dom Miguels hatte nichts weiter unternommen, als, wie gewöhnlich, auf die Stadt gefeuert. Der Marquis von Palmella war angelangt, und man legte in Oporto großes Gewicht auf dieſes Ereigniß, weil man glaubte, daß einige von den jetzigen Anhängern Dom Miguels von hohem Range und großem Vermögen geneigt ſeyn würden, mit dem Marquis vertrauensvoller als mit irgend einem Andern von den Anhängern der Königinn zu unterhandeln. Capitän Napier hatte das Commando über die Flotte an der Stelle des Admirals Sartorius übernommen, da letzterer ſich zurückzieht. Auch Lady Charlotte Baron und Hr. Mendizabal der Aeltere waren in Oporto angekommen. Man ſah einem Aufbruch der Truppen entgegen; alle Vorbereitungen dazu ſind getroffen, und in Kurzem wird man einen Theil der Pläne des Generals Solignac zu durchſchauen im Stande ſeyn. An Lebensmitteln fehlt es jetzt in Oporto nicht mehr. In Liſſabon und deſſen Vorſtädten wüthet die Cholera ſehr heftig, und es ging das Gerücht, daß der Herzog von Cadaval ein Opfer derſelben geworden ſei.“

Madras-Zeitungen vom 23. Februar geben eine traurige Schilderung von dem dort herrſchenden Elende. Der große Mangel an Getreide im Innern des Landes hatte Hunderte von Nothleidenden in die Stadt getrieben, und die Cholera, ſo wie andere Krankheiten, wie ſie ſtets im Gefolge einer Hungersnoth ſind, richten ſchreckliche Verheerungen an. Es ſollte eine Subſcription zum Beſten der Hülfsbedürftigſten veranſtaltet werden. Man erwartete in Madras einen Beſuch des Generalgouverneurs und trug ſich mit mancherlei Gerüchten über die Veranlaſſung dazu, namentlich aber wollte man ihn mit den Angelegenheiten von Myſore in Verbindung bringen.

Portugal.

Die officiellen Nachrichten aus Braga, die bis zum 28. Mai gehen, melden, daß ſich Dom Miguel und die Infantinnen fortwährend des beſten Wohlſeyns erfreuten. — Am 31. Mai langte die portugieſiſche Jacht Triumpo von der Inſel Madeira in Liſſabon an. Ihr Commandant ſagte aus, daß auf dieſer Inſel Alles vollkommen ruhig ſei, und daß die Einwohner dem Könige ihrem Souverain immer treuer und ergebener würden; auch der Geſundheitszuſtand der Inſel war vortrefflich. — In der Liſſaboner Hofzeitung ſind mehrere Privatſchreiben aus Coimbra, Villanova da Gaia, Agoas-Santas und St. Mamede da Infeſta, vom 17. bis zum 27. Mai reichend, enthalten, worin von zahlreichen Deſertionen Pedroiſtiſcher Truppen zu Dom Miguels Armee gemeldet wird. Außerdem werden darin einige Details über das Feuern der Migueliſtiſchen Artillerie auf die Stadt Oporto berichtet, und es wird dieſe Stadt als durch Krankheiten und Hungersnoth im traurigſten Zuſtande befindlich geſchildert.

Spanien.

Am 30. Mai fand zur Feier des Namensfeſtes Sr. Majeſtät große Gala und Handkuß bei Hofe Statt, welchem das ganze diplomatiſche Corps, die Miniſter, der Rath von Caſtilien und die hohen Civil- und Militärbehörden beiwohnten. Die Verſammlung, an welcher 2000 Perſonen Theil nahmen, war äußerſt glänzend. Der König befindet ſich vollkommen wohl, und kann ſchon ſeit mehreren Tagen die Treppen des Pallaſtes auf- und abſteigen, was er bisher ſeit ſeiner Krankheit nicht vermochte. Die Vorbereitungen für den 20. Juni ſind nun beinahe beendigt. Am 2. Juni ſind zwei Linienregimenter in der Nähe der Hauptſtadt angekommen und mehrere andere werden noch erwartet. Die Anzahl der Truppen, die am 20. in Madrid verſammelt ſeyn werden, wird auf 30,000 Mann berechnet. — Nachrichten aus Liſſabon vom 28. Mai zufolge, befand ſich der Infant Don Carlos an dieſem Tage noch in dem Luſtſchloſſe Ramalhao. Der Infant Don Sebaſtian hat mit ſeiner Gemahlinn am 1. d. M., nachdem er die Quarantaine in Torre del Fresno überſtanden, ſeine Reiſe nach Madrid fortgeſetzt. — Durch ein königliches Decret ſind die Preiſe des Rauchtabaks ermäßigt worden. Der Miniſter des Innern bringt in einer Verordnung das bereits früher für die mit Begräbnißplätzen verſehenen Orte erlaſſene

Digitized by Google

Verbot, die Geſtorbenen in den Kiechen zu beerdigen, aufs Neue in Erinnerung, und verlangt von den Intendanten der Provinzen ein Verzeichniß der Städte und Ortſchaften, welche Begräbnißplätze beſitzen.

Frankreich.

Das Journal de Paris (und aus demſelben der Moniteur) vom 16. Juni enthält folgenden Artikel: „Die (Augsburger) allgemeine Zeitung erzählt in einem aus Konſtantinopel vom 23. Mai datirten Artikel, allerdings, ohne die Nachricht zu verbürgen, der türkiſche Commandant der Dardanellen habe, nachdem die engliſch-franzoſiſche Flotte die Adſicht an den Tag gelegt hatte, in den Bosporus einzulaufen, erklärt, daß er ſich dem widerſetzen werde, und wirklich ſei eine franzöſiſche Goelette, die in die Meerenge eingelaufen war, mit einem ſehr heſtigen Feuer empfangen worden. — Die Nachrichten, welche die Regierung erhalten hat, reichen gerade bis zum 23. Mai; ihr Inhalt deweist ſonnenklar die Falſchheit der Nacheichten, welche der allgemeinen Zeitung von ihrem Correſpondenten derichtet worden ſind. Was zu dieſen Gerüchten Anlaß geben konnte, iſt ein ſehr unbedeutender Vorfall, der ſich wenige Tage vorher zugetragen hat: Auf die Goelette Meſange, welche gewohnlich die Correſpondenz des Baron Rouſſin mit dem Admiral Hugon beſorgt, war am Eingange der Dardanellen von dem Schloſſe auf der europäiſchen Seite dreimal geladen gefeuert worden. Sobald der feanzoſiſche Botſchafter hiervon Kenntniß erhalten hatte, beeilte er ſich, Beſchwerde darüber beim Reiseſendi zu füheen, der von dem ganzen Vorfalle noch nichts wußte, und nicht zufrieden, das tiefſte Leidweſen darüber an den Tag zu legen, dem Admiral Rouſſin, ſobald die Thatſache ins Klare gezogen ſeyn wird, volle Genugthuung verſprochen hat."

Das Journal de Paris vom obgedachten Tage erklärt, daß ſich die Regierung der von Privaten auf Actien beabſichtigten Errichtung von Telegraphen zum öffentlichen Gebrauche durch alle ihr zu Gebote ſtehenden Wege Rechtens widerſetzen werde.

Am 14. d. M. wurden die Arbeiten und Lieferungen für den Bau der fünf Forts im Oſten von Paris (Fort de Charenton, Fort d'Orleans, Fort de l'Epine, Fort de Bruyères und Redoute St. Chaumont) unter dem Vorſitze des Militär-Unterintendanten Hrn. Ravenel, im Hotel de Ville im Wege der Verſteigerung, unter Vordehalt der Genehmigung des Kriegsminiſters, an verſchiedene Unternehmer überlaſſen.

In der Sitzung der Deputirtenkammer vom 14. Juni verlangte Marſchall Lobau das Wort über das Protocoll. Die Kammer wird ſich nicht wenig wundern, ſagte er, daß, nachdem ich geſtern während der deſremdlichen Rede (des Oderſten Briequeville), die ſie gehört, ſtill geblieben, ich heute davon rede. Als ich geſtern dieſe Rede hörte, konnte ich nicht daran glauben. Ich konnte nicht glauben, daß ſolche Aeußerungen auf der Tribune fallen würden. Sie haben gehört, wie man geſtern einen unſerer erlauchteſten Krieger angriff, der bei uns zu Genua, zu Auſterlitz, zu Toulouſe, zu Waterloo geweſen, der an allen Triumphen des Vaterlandes Theil genommen und die Ehee hatte, es dis zuletzt in ſeinen Unfällen zu unterſtützen. Unſere Tribune kann unmöglich eine ſolche Sprache zulaſſen. Ich ſage dieß, um zu beweiſen, daß wenn eine iſolirte Beleidigung von dieſer Tribune ausgeht, dieſe Tribune anch im Namen der Kammer eine glänzende Genugthuung geben kann. Ich trage darauf an, daß man der Rede des Hrn. von Briequeville in dem Protocolle der Kammer keine Erwähnung thue. Von den Centrums: Unterſtützt! Hr. Salverte: Meine Herren, wenn ein Redner ſeine Pflichten vergißt, ſo iſt der Präſident da, ihn zur Ordnung zu rufen. Hr. Jaubert: Der Präſident hat dieß nicht gethan. Hr. Garnier-Pagès: Er hat nicht geglanbt, dieß thun zu müſſen. Hr. Salverte: Meine Herren, das Reglement hat Alles vorausgeſehen; das Reglement genügt für Alles. Es iſt unmöglich, daß man eine auf der Tribune gehaltene Rede nicht in dem Protocolle erwähne. Sie konnen nicht machen, daß das, was geſchehen iſt, nicht exiſtire, und das, was geſagt worden, nicht geſagt ſei. Würde der Ihnen gemachte Antrag angenommen, ſo würde keine Freiheit, keine berathſchlagende Verſammlung mehr in Frankreich vorhanden ſeyn. Nehmen Sie ſich in Acht, die Leidenſchaften, die Sie in dieſem Augenblicke beſeelen, konnen Ihnen ſehr legitim, ſehe großherzig erſcheinen; Sie würden aber dadurch zu jenem verhängnißvollen Zeitpuncte zurückgeführt werden, wo ein Mitglied dieſer Kammer von derſelden ausgeſtoßen ward. Der Ihnen gemachte Vorſchlag iſt eine Verletzung der Rechte der Minorität. (Beifall von den Extremitäten.) Martin (vom Norden): Mich treibt keine großherzige Leidenſchaft auf dieſe Tribune, ſondern ein Gefühl der Gerechligkeit. Ich reclamire als Bürger, als Deputirter gegen die geſtern erfolgten Ausfälle auf eine unſerer Militärillustrationen. Ich trage darauf an, daß die ganze Rede des Marſchalls Lodau in das Protocoll eingetragen weede. (Beifall des Centrums.) Der Präſident: Ich bedauere höchlich den Vorfall in der geſtrigen Sitzung. Die Erorterungen ſollten immer nur die Dinge und nicht die Perſonen detreffen. Dieſe Regel geſtattet keine Ausnahme. Der alte militäriſche Ruhm des Marſchalls Sonlt, und die hohen Verrichtungen, mit denen er bekleidet iſt, hätten ihn gegen ſolche Angriffe beſchützen ſollen; wenn ſie geſtern ohne Antwort geblieben, ſo iſt diejenige, die ſie ſo eben von einem der älteſten Waffenbrüder des Marſchalls erhalten, nnd der Beitritt, den die Kammer ſeinen Aeußerungen gezollt, eine ernſte Genugthuung. Ich din ſeldſt überzeugt, daß, wenn Hr. von Briequeville, deſſen Großherzigkeit ich kenne, anweſend wäre ... Stimme links: Er iſt hier. Der Präſident fortfahrend: er der Kammer ſein Bedauern ausdeücken würde, ſeine Collegen betrübt zu haben. Hr.

von Briqueville: Jch verlange das Wort. Der Präſident: Es würde mich bei ſeinem perſönlichen Character, den ich zu ſchätzen weiß, freuen, wenn er dieſen Beweis ſeines guten Herzens gäbe. Jn jedem Falle muß ich über den von Hrn. Martin gemachten Vorſchlag abſtimmen laſſen. Die HH. Marſchall Clauzel, Bousquet, Salverte und andere Mitglieder der Linken ermahnten Hrn. von Briqueville, der im Begriffe war, die Tribune zu beſteigen, auf das Wort zu verzichten. Das ehrenwerthe Mitglied willigte in die Bitte ſeiner Collegen. Die Kammer entſchied nach dem Vorſchlage des Hrn. Martin, daß die ganze Rede des Marſchalls Lobau in das Protocoll gerückt werde. Die Kammer ging dann wieder an Erörterung des Kriegsbudgets. Zu dem Cap. Artilleriematerial wurde noch eine zweite Reduction für Gießereien und Hochöfen von 375,000 Fr. angenommen, ſo daß es von 13,140,000 Fr. auf 9,437,000 Fr. vermindert ward. Das 14te Cap., Geniematerial 12,000,000 Fr., wurde mit einer Reduction auf 11,920,000 Fr. angenommen. Die HH. von Broglie, d'Argout, Barthe, de Rigny und Humann traten in dieſem Augenblick in den Saal. Man bemerkte die Abweſenheit des Marſchalls Soult. Die Commiſſion ſchlug vor, das 15te Capitel, Befeſtigung von Paris 2,000,000 Fr., zu verwerfen. Hr. Paſſy, der Berichterſtatter, erklärte, die Kammer wiſſe, daß ein beſonderer Entwurf über dieſen Gegenſtand vorliege, und daß alſo bis dahin die Kammer keine Zuweiſungen von Fonds machen könne. Die Kammer verwarf hierauf die 2,000,000 Fr. faſt einſtimmig, nur die HH. Sebaſtiani, Guizot, Humann und Madier-Montjau erhoben ſich dagegen. Marſchall Soult, der mehr als gewöhnlich zu leiden ſchien, trat dann mit Hrn. Thiers in den Saal. Das 16te Cap., Militärſchulen 1,939,000 Fr., wurde mit einer Reduction von 6750 Fr. auf die polytechniſche Schule und 2400 auf die Kavallerieſchule angenommen. Das 17te Cap., Temporäre Ausgaben 7,573,000 Fr., wurde, auf 7,550,926 Fr. vermindert, angenommen, eben ſo das 18te Cap., Kriegsinvaliden 3,063,000 Fr., mit einer Verminderung von 6750 Fr. Das 19te Cap., Adminiſtrativdienſt von Afrika 1,776,000 Fr., wurde ganz, das 20ſte Cap., zufällige und geheime Ausgaben 172,000 Fr., mit einer Verminderung von 22,000 Fr. angenommen. Das ganze Budget des Krieges, auf 220,371,247 Fr. reducirt, wurde hierauf angenommen, ſo wie das Specialbudget der Penſionen der Landarmee mit 1,050,000 Fr., und das Budget des Schießpulvers und Salpeters mit 3,475,595 Fr. Der Präſident: Jetzt ſind alle Ausgaben votirt. Die Ziffer für den 2ten Art. des allgemeinen Finanzgeſetzes beſtimmt ſich ſonach auf 1,120,615,478 Fr. Es entſpann ſich noch eine Erörterung über die Befeſtigung von Paris, wobei Hr. Thiers erklärte, die Regierung ſei entſchloſſen, aus der Hauptſtadt einen ſoliden militäriſchen Punkt zu machen, und unausgeſetzt daran arbeiten zu laſſen. Sie werde dazu noch übrig gebliebene frühere Fonds verwenden, und er ſei bereit, dieſen Gegenſtand zu erörtern. Hr. Arago bemerkte, wenn man mit den Arbeiten anfange, ſo ſei die Erörterung überflüſſig. Hr. Demarçay erklärte das Verfahren des Miniſters für conſtitutionswidrig. Er handle ſich hier um die Frage von Errichtung von Baſtillen. Hr. Thiers ſprach gegen dieſe Benennung, da keines der zu errichtenden Forts in die Stadt reiche. Eine Baſtille habe die Regierung von 1789 nicht gerettet, und würde keine Regierung retten, welche die öffentliche Meinung nicht für ſich hätte. Paris müſſe ein militäriſcher Punct ſeyn. Vauban und Napoleon hätten dieſe Anſicht gehabt. Der Präſident unterbrach endlich dieſe Erörterungen, und ließ das Scrutin über das Budget vornehmen, das mit 237 weißen gegen 94 ſchwarze Kugeln angenommen wurde.

Am 15. Juni 5Percents Fin Courant geſchloſſen zu 104 Fr. 25. 3Percents Fin Courant geſchloſſen zu 78 Fr. 35.

Preußen.

Die Kölniſche Zeitung bringt die nachſtehende allerhöchſte Cabinetsordre zur öffentlichen Kenntniß: „Der General der Kavallerie von Borſtell hat Mir in ſeinem letzten Geſchäftsberichte angezeigt, mit welcher Willfährigkeit ſich mehrere Kreiſe und Communen gegen ihre Einquartierung bewieſen, und welchen guten Geiſt ſelbige dabei bethätigt haben, ſo daß überall und fortdauernd das beſte Einverſtändniß zwiſchen beiden Theilen Statt gefunden hat. Insbeſondere ſind mir die Kreiſe Kreuznach, Simmern, St. Goar, Zell, Wetzlar, Ottweiler, Landkreiſe Trier und Köln, Mühlheim, Rheinbach, Düren, Jülich, Erkelenz und Neuß und die Stadt Mühlheim am Rhein in dieſer Beziehung gerühmt worden. Jch trage Jhnen daher auf, dieſen Kreiſen und Communen in Meinem Namen zu erkennen zu geben, daß Jch ihre Willfährigkeit und Zuvorkommenheit gegen die Truppen wohlgefällig anerkenne. Berlin, den 10. Mai 1833. (Gez.) Friedrich Wilhelm. — An den Miniſter des Jnnern und der Polizei, von Brenn."

Die Preußiſche Staatszeitung vom 20. Juni meldet: „Am 17. Abends um 9 Uhr fand in Berlin vor der kölniſchen Marktwache ein Auflauf Statt, zu welchem ein Lehrling, der die Wachmannſchaft bei dem Abendgebete durch unziemliche Bemerkungen ſtörte, die nächſte Veranlaſſung gab. Ueber die ſofort verfügte Verhaftung deſſelben ungehalten, ſtieß die größtentheils aus Leuten der niederen Volksclaſſe beſtehende Menge Drohungen aus, was die Feſtnehmung von noch eilf Perſonen, wegen ihres tumultuariſchen Benehmens, zur Folge hatte. Von dieſen wurden, nachdem durch einige hinzugekommene Polizeibeamten und Gendarmen die Ruhe hergeſtellt worden, ſieben wieder entlaſſen, die andern vier aber ſammt dem Jndividuum, das den Auflauf veranlaßt hatte, zur Stadtvogtei gebracht, wo die Unterſuchung gegen ſie eingeleitet wird."

Digitized by Google

Dänemark.

Am 9. Juni Morgens um 8 Uhr traten Se. Majeſtät der König dir intendirte Reiſe nach den Herzogthümern an; der Abend ſollte nach der Beſtimmung in Wordingborg zugebracht werden, von wo den andern Tag das Dampfboot Kiel Allerhöchſtdieſelben nach Gabenſee und Falſter zu bringen beſtimmt war. Se. Majeſtät weeden auf der Reiſe von Sr. königl. Hoheit dem Prinzen Cael Frederik Chriſtian begleitet. Der Oberkammerherr von Hauch und Generallieutenant von Bülow waren ſchon um 6 Uhr Morgens im Voraus abgereiſt.

Nirderlande.

Die Staatscourant meldet Nachſtehendes in Bezug auf die (geſtern erwähnte) Ankunft des Generals Chaſſé: „Der General der Infanterie, Baron Chaſſé, iſt am 11. d. M. gegen Mittag am Bord des Dampfſchiffes de Batavier vor Vlieſſingen angelangt; ſogleich begaben ſich der Generallieutenant de Kock und der Civilgouverneur der Provinz nach Vlieſſingen zum Viceadmiral Gobius, um den General gemeinſchaftlich zu begrüßen; aber das Wetter verhinderte ſie, ſich an Bord zu begeben, und der General ſelbſt wünſchte ſeine Reiſe nach Bergen-op-Zoom fortzuſetzen. Der Batavier brachte daher Se. Excellenz bis Bats, wo der General mit dem Oberſtlieutenant de Boer und einem andern Offiziere ſeines Gefolges ausſtieg, um ſich an Bord eines andern Dampfſchiffes, der Moeedyk, zu begeben, auf welchem er am 12. d. M. um 9¾ Uhr Morgens in Bergen-op-Zoom eintraf. Der General wurde bei ſeiner Landung von dem Oberbefehlshabrr der Feſtung und den anderen Oberoffizieren empfangen, während dir Einwohner mit Begeiſterung ihre Freude über dieſe glückliche Heimkehr kundgaben und bewieſen, wie ſehr man in Niederland den tapfern Vertheidiger der Antwerpener Citadelle ehrt. Die Geſundheit des Generals ſchien ſich gebeſſert zu haben, und man ſah das Gepräge ſeiner Heiterkeit und Seelenruhe in ſeiner Geſtalt ausgedrückt. Er war mit dem Großkreuz geſchmückt, womit ihn Se. Majeſtät beehrt und delohnt hatten. Das ſchlechte Wetter hatte das Ende der Reiſe ſehr erſchwert. Man glaubt, daß der General einige Zeit zu Bergen-op-Zoom bleiden wird."

Aus Middelburg ſchreibt man vom 10. Juni: „Am letzten Sonnabend bei der erſten Nachricht von der Ankunft unſerer Gefangenen ans Frankreich eilte ihnen die ganze Bevölkerung dieſer Stadt aus freiem Antriebe bis Vlieſſingen entgegen. Die erſte Abtheilung langte um fünf Uhr an, voran das Muſikcorps der ſtädtiſchen Schutterei und mehrere Offiziere dieſes Corps. In einem Augenblicke waren alle Straßen der Stadt, durch welche der Zug kommen ſollte, mit Tüchern behangen; auf dem Markt wurden die Truppen von dem Generallieutenant de Kock und dem Generalmajor Guicherit in Begleitung ihres Stabes gemuſtert und ihnen zu ihrer Rückkehr ins Vaterland Glück gewünſcht. Am folgenden Tage zogen noch mehrere Abtheilungen durch Middelburg und wurden in den umliegenden Dörfern untergebracht. Die bis jetzt angekommenen Gefangenen gehören zur 2ten, 7ten, 9ten und 10ten Infanterieabtheilung, zu dem 3ten und 6ten Bataillon der Artillerie der Nationalmiliz und beſtehen aus 62 Offizieren und 2254 Gemeinen, woeunter ſich bereits, wie man weiß, der Geneeal Favauge und der Oberſt van der Wyck vom Genieweſen befinden. Die kriegeriſche Haltung und die rührende Brudeeliebe unter dieſen heldenmüthigen Ruhm- und Unglücksgefährten erregen allgemeine Bewunderung. Auch beeifert ſich ein Jeder, ſie zu bewirthen. Am 12. ſollte dem General Favauge und den anderen Offizieren im Locale des St. Georgenvereines ein Feſt gegeben werden, bei welchem die Muſikcorps der Schutterei und der 10ten Abtheilung ſpielen ſollten. Wir werden uns beeilen, darüber Bericht zu erſtatten.

Belgirn.

In der Sitzung der Repräſentantenkammer vom 13. Juni teug Hr. Dumortier darauf an, daß man an den Miniſter der auswäetigen Angelegenheiten ſchreiben, und ihn auffordern ſolle, vor der Berathung über die Adreſſe einen Bericht über den Stand der auswärtigen Angelegenheiten abzuſtatten. Hr. Lebeau ſagte, er glaube zu wiſſen, daß ſein College Willens ſei, der Kammer am folgenden Tage eine Mittheilung zu machen. Hierauf wueden die Berathungen über die angefochtene Wahl des Hrn. de Behr in Lüttich begonnen, und die Fortſetzung derſelben auf den künftigen Tag verſchoben.

Teutſchland.

In Erlangen wueden, baieeiſchen Blättern zufolge, eilf Studenten der dortigen Univerſität verhaftet und nach München in die Frohnveſte abgeführt.

Die Speyerer Zeitung, die in der letzten Zeit noch viele Peivatberichte über die Vorfälle in Neuſtadt enthielt, welche den Beeichten der Münchener politiſchen Zeitung alle entſchieden wideeſprachen, zeigt unterm 18. Juni an, daß ihre letzte Nummer wegen zwei Artikeln aus Neuſtadt mit Beſchlag belegt worden ſei.

In Rödelheim ſtarb vor Kurzem der bekannte Statiſtiker und Cameraliſt, Dr. Crome, früher Profeſſor zu Gießen.

Am 24. Juni war zu Wien der Mittelpreis der

Staatsſchuldverſchreibungen zu 5 pCt. in CM.	94⅞;
detto detto zu 4 pCt. in CM.	86;
Darleh. mit Verlooſ. v. J. 1820, für 100 fl. in CM.	——;
detto detto v. J. 1821, für 100 fl. in CM.	——;
Wiener-Stadtbanco-Obligat. zu 2½ pCt. in CM.	54;

Conv. Münze pCt. ——;

Bankactien pr. Stück 1213 in CM.

Hauptredacteur: Joſeph Anton Edler von Pilat.

Verleger: Anton Strauß ſel. Witwe in der Dorotheergaſſe Nr. 1108.

Digitized by Google

Nro. 177

Oeſterreichiſcher Beobachter.

Mittwoch, den 26. Juni 1833.

Meteorologiſche Beobachtungen vom 24. Juni.	Zeit der Beobachtung.	Barometer auf 0° Reaumur reducirt.		Thermometer Reaumur.	Wind.		Witterung.
		Pariſer Maß.	Wiener Maß.				
	8 Uhr Morg.	27.323	28 Z. 0 L. 11 P.	+ 16.5	S.	ſtill.	heiter.
	3 Uhr Nachm.	27.249	28 0 0	+ 25.0	S.	ſchwach.	—
	10 Uhr Abends.	27.300	28 0 8	+ 16.0	WNW.	—	Regen.

Türkei.

Der Moniteur vom 17. Juni enthält folgende Nachrichten aus der Türkei: „Die Regierung hat Nachrichten aus Konſtantinopel vom 29. Mai erhalten; ſie reichen ſechs Tage weiter, als die, welche die Augsburger allgemeine Zeitung erhalten zu haben behauptet. — Die ägyptiſche Armee war in vollem Rückzuge. Ibrahim hatte für ſeine Perſon Kutahia am 24. Mai geräumt; man erwartete, daß er gegen Mitte Juni über den Taurus zurückgegangen ſeyn würde. — Der Graf Orloff räumte ohne Anſtand ein, daß, nachdem der Friede geſchloſſen ſei, die ruſſiſche Expedition keinen Zweck mehr habe. Man rechnete, daß ſie ſich nach der Rückkehr des Grafen Lieven, der abgeſchickt worden war, um ſich von der rückgängigen Bewegung der ägyptiſchen Armee zu überzeugen *), entfernen werde. — Mittlerweile ſind die ruſſiſchen Ingenieuroffiziere, welche vor dem Friedensſchluſſe nach den Dardanellen geſchickt worden waren, zurückberufen worden. Die Escadre hatte die türkiſchen Lootſen, die ſie bei ihrer Ankunft an Bord genommen hatte, ans Land geſetzt. — Der Moniteur Ottoman hat neue officielle Erklärungen, welche die definitiven Friedensbedingungen beſtätigen, bekannt gemacht **). — Die franzöſiſche Escadre hatte die Gewäſſer von Smyrna nicht verlaſſen; es ſcheint, daß die engliſche Escadre noch nicht im Archipelagus zu ihr geſtoßen war.“

Portugal.

Die Liſſaboner Hofzeitung vom 5. Juni meldet: „Die Regierung Sr. Majeſtät hat Nachrichten aus Braga vom 1. d. M. erhalten, denen zufolge der König und ſeine erlauchten Schweſtern dieſe Stadt am Morgen desſelben Tages verlaſſen hatten, um ſich nach Coimbra zu begeben, wo Ihre königl. Hoheiten die Prinzeſſinn von Beira und der Infant Don Carlos mit ſeiner Familie an jenem Morgen angekommen waren, um bei Sr. Majeſtät und Ihren königl. Hoheiten den Infantinnen eine Audienz zu haben.“ — Die letzten Blätter der Hofzeitung enthalten keine neueren Nachrichten von der Armee und ſind nur mit Verzeichniſſen von patriotiſchen Opfern an Geld und anderen Gegenſtänden gefüllt. — Vom Departement der geiſtlichen Angelegenheiten und der Juſtiz iſt folgende Bekanntmachung erlaſſen worden: „Der König, unſer Souverain, hat erfahren, daß ſich die Revolutionärs noch immer bemühen, durch Vermittlung gemietheter Agenten Dieſen und Jenen zu hintergehen und zur Einſchiffung und Abfahrt nach der Stadt Oporto zu verleiten, und da Se. Majeſtät diejenigen bedauern, welche ſich auf ſolche Weiſe verführen laſſen, ſo iſt es des Königs Wille, obwohl er überzeugt iſt, daß deren nur wenige ſeyn werden, doch darum, weil ſie außer dem, daß ſie ein ungeheures Verbrechen gegen ihr Vaterland begehen, auch hingehen und ſich ſelbſt das unſelige und ſchreckliche Ende zuziehen, welches gewißlich das Schickſal der Rebellen ſeyn wird, — daß von den Beamten der Criminalpolizei in den verſchiedenen Stadtvierteln von Liſſabon alle Mittel aufgeboten werden, um zu bewirken, daß Niemand mehr ein Opfer einer ſolchen Verführung wird, und daß ſie beſonders ihre Aufmerkſamkeit auf die Entdeckung der Verführer richten, damit dieſe die gebührende Strafe empfangen, und daß außerdem eine Belohnung von 144,000 Reis ausgeſetzt werde, die augenblicklich an einen Jeden ausgezahlt werden ſoll, der von dergleichen Verführungsverſuchen Anzeige macht und die Mittel zur Conſtatirung derſelben an die Hand gibt.“ — Die Cholera herrſcht in Liſſabon noch immer mit großer Heftigkeit; der Herzog von Cadaval, der daran erkrankte, iſt nicht geſtorben, wie das Gerücht ging, ſondern befindet ſich ſchon wieder in der Beſſerung.“

Großbritannien und Irland.

Die Hofzeitung meldet die Ernennung des Generalmajors Sir James Carmichael Smyth zum Lieutenant-Gouverneur von Britiſch-Guiana mit Inbegriff der Colonien Demerary, Eſſequibo und Berbice.

Am 12. Juni wurde der neue Staatsſecretär für Irland, Hr. Edward John Littleton, als Mitglied des geheimen Rathes beeidigt. Als an demſelben Tage im Unterhauſe der Antrag des Hrn. Lambert in Bezug auf die irländiſchen Angelegenheiten zur Sprache kam, befand ſich Hr. Littleton in einer der Seitengallerien des Hauſes, weil über ſeine Wiedererwählung noch nicht Bericht abgeſtattet war.

*) Vergl. Oeſterr. Beob. vom 11. Juni.

**) Vergl. Oeſterr. Beob. vom 12. Juni.

Digitized by Google

Der Morning-Herald klagt über die untergeordnete Rolle, die England, ſeiner Meinung nach, jetzt in der auswärtigen Politik ſpiele, und will dieß aus den orientaliſchen und niederländiſchen Angelegenheiten beweiſen. „Mit Ausnahme der Regierung Carls II.,“ ſagt das genannte Blatt, „möchte ſchwerlich ein Zeitabſchnitt in unſerer Geſchichte zu finden ſeyn, wo unſere auswärtige Politik einen ſo kraftloſen Character hatte, wie jetzt; man mag ſeine Blicke nach dem Oſten oder nach dem Weſten richten, ſo kann man nicht anders glauben, als daß ſich der Genius von Englands auswärtiger Politik in einem Zuſtande der Unmündigkeit befindet. Ein Land, das eine ſo hohe Stelle unter den Nationen einnahm, wie England, ſollte ſich entweder aller Einmiſchung in die Streitigkeiten anderer Nationen enthalten, oder, wenn es ſich einmiſchen wollte, dieß mit ſolcher Kraft und Würde thun, wie es ſeinem alten Ruhme geziemt.“

Conſols am 14. Juni 90%.

Frankreich.

In der Sitzung der Pairskammer vom 15. Juni legte Hr. Thiers den von der Deputirtenkammer amendirten Expropriationsentwurf vor. Die Kammer verwandelte ſich in ein geheimes Comité, um den Bericht der Commiſſion über Verfaſſung des Reglements zu vernehmen, und über das innere Budget der Kammer zu verhandeln.

Am 17. Juni 1¼ Uhr Nachmittags 5Percents 104 Fr. 3Percents 78 Fr.

Niederlande.

Die Reiſe Sr. Majeſtät des Königs zur Armee iſt, dem Vernehmen nach, definitiv auf den 21. Juni anberaumt.

Am 13. Juni iſt Hr. Dedel mit dem Dampfboote von London zu Rotterdam eingetroffen.

Die Vertheilung der den tapferen Vertheidigern der Antwerpener Citadelle beſtimmten Medaille wird wahrſcheinlich an des Königs Geburtstage geſchehen.

Aus Breda wird gemeldet, daß bei allen Corps der Armee die Mannſchaften befragt worden ſind, wer von ihnen auf unbeſtimmten Urlaub nach Hauſe zu gehen wünſche. Die ſich dazu Meldenden ſollen dann unter einander looſen. Die zu den Aushebungen von 1826, 1827 und 1828 gehörenden Mannſchaften, die bereits über die beſtimmte Zeit gedient und alſo Recht auf Entlaſſung haben, ſind mit unbeſtimmtem Urlaub entlaſſen worden.

Belgien.

In der Sitzung der Repräſentantenkammer vom 14. Juni wurde die Berathung über die Wahl des Hrn. de Behr geſchloſſen und die Gültigkeit derſelben durch 52 Stimmen gegen 33 anerkannt. — Der Finanzminiſter erſtattete darauf einen Bericht über verſchiedene Veränderungen, welche in den Budgets für 1833 vorgenommen worden ſind, und zeigte an, daß unmittelbar nach der Annahme derſelben das Budget für 1834 vorgelegt werden könnte. Im Budget des Kriegsminiſters wird eine Reduction von 11,133,000 Fr. in Vorſchlag gebracht. Die verſchiedenen Budgetsentwürfe wurden den Sectionen zugewieſen. — Hierauf beſtieg der Miniſter der auswärtigen Angelegenheiten die Rednerbühne und äußerte ſich folgendermaaßen: „Meine Herren! Als das gegenwärtige Miniſterium die Zügel der Verwaltung annahm, verhehlte es ſich die Verantwortlichkeit ſeiner Stellung und die Größe ſeiner Pflichten nicht. Es mußte aber auch eben deßhalb ſein Syſtem auf poſitive Elemente zurückführen. Belgien war in die Familie der Nationen unter Bedingungen aufgenommen worden, welche in einem feierlichen Tractat verzeichnet waren. Das Miniſterium mußte daher mit Ruhe die Lage des Landes und die beſtehenden Verpflichtungen prüfen; es fand dieſelben deutlich und beſtimmt, und es konnte daher auch dem Wege, den es ſich vorzeichnete, dieſelbe Deutlichkeit und Beſtimmtheit geben. — Von dem Augenblicke ſeines Eintrittes an bis auf den heutigen Tag iſt es nicht einen Augenblick von demſelben abgewichen. In dem Berichte, welchen ich den beiden Kammern am 15. November v. J. abſtattete, ſind die Fragen in Bezug auf die politiſche Stellung Belgiens ausführlich entwickelt worden. — Seitdem ſind zwiſchen Frankreich und Großbritannien einer, und Holland anderer Seits Unterhandlungen angeknüpft, die ſich auf materielle Mittel ſtützten, deren Anwendung die Regierung von den garantirenden Mächten verlangt hatte. Dieſe Unterhandlungen ſind neuerlich in einem Actenſtück zuſammengefaßt worden, welches allgemein mit Beifall aufgenommen wurde. Die Rolle, welche wir während jener Unterhandlungen auszufüllen hatten, war einfach. Wir konnten uns nicht das Recht anmaaßen, den ausübenden Mächten die Mittel zur Erreichung des beabſichtigten Zweckes vorzuſchreiben; ſie hatten ſich, wie ich ſchon bei einer andern Gelegenheit bemerkt, die Wahl derſelben vorbehalten. In dieſer Lage mußte unſere Rolle ſich darauf beſchränken, zu wachen, daß die aus jenen Unterhandlungen hervorgehenden Beſchlüſſe den Rechten, welche ſich Belgien erworben hatte, keinen Abbruch thäten. Dieß war für uns eine gebieteriſche Pflicht, und wir haben dieſelbe gewiſſenhaft erfüllt. Alle auf die in Rede ſtehenden Unterhandlungen bezüglichen Actenſtücke werden gedruckt, und ſo Jeder von Ihnen in den Stand geſetzt werden, mit Sachkenntniß über den Zuſtand der auswärtigen Frage entſcheiden zu können. — Die Aufgabe, welche ich heute zu erfüllen habe, kann daher nicht ſehr lang ſeyn. Es handelt ſich nur noch darum, Ihren Gemüthern die Ueberzeugung zu verſchaffen, welche die unſerigen beſeelte, als wir gegen die öffentliche Ungeduld die Politik vertheidigten, welche wir im wohlverſtandenen Intereſſe des Landes angenommen hatten, und die uns jetzt neue Früchte trägt. Es iſt ein materielles, wirkliches Reſultat, welches Ihnen jetzt dargebracht wird; und es bedarf nur einer einfachen Auseinanderſetzung, um ſeinem ganzen Werthe nach von Ihnen gewürdigt zu werden. — Die Note vom 14. Februar und die Aufſchlüſſe, welche ich Ihnen am 23. März gab, haben Sie darauf vorbereitet.

daß dem vollſtändigen Arrangement, welches unſere Streitigkeiten mit Holland definitiv ſchlichten ſoll, eine Präliminar-Convention vorangehen mußte. — Ich ſetzte Ihnen in derſelben Sitzung vom 23. März die Bedingungen aus einander, denen wir unſere Einwilligung zu einer Präliminar-Convention unterzuordnen geſonnen waren. — Dieſe Bedingungen ſind Holland geſtellt, und genau in die Convention vom 21. Mai aufgenommen worden. Sie können ſich davon überzeugen, meine Herren, indem Sie das, was ich in jener Sitzung geſagt habe, mit der Convention ſelbſt, und mit dem Inhalt der Note vergleichen, durch welche die beiden Mächte uns dieſelbe mitgetheilt haben. Dieſe an unſern Geſandten in London gerichtete Note lautet folgendermaaßen:

„„Die Unterzeichneten, der außerordentliche Botſchafter Sr. Majeſtät des Königs der Franzoſen und der erſte Secretär für die auswärtigen Angelegenheiten Sr. großbritanniſchen Majeſtät, haben die Ehre, dem Hrn. van de Weyer, bevollmächtigten Miniſter Sr. Majeſtät des Königs der Belgier, eine Abſchrift der Convention zu überreichen, welche am 21. Mai zwiſchen ihnen und Sr. Excellenz dem Hrn. Dedel, außerordentlichen Geſandten Sr. Majeſtät des Königs der Niederlande, abgeſchloſſen worden iſt, und deren Ratificationen am 29. deſſelben Monats ausgetauſcht wurden. — Die Unterzeichneten empfinden ein lebhaftes Vergnügen, indem ſie dem Hrn. van de Weyer dieſe Convention überreichen, welche nicht anders als günſtig von ſeiner Regierung aufgenommen werden kann, weil ſie zuvörderſt Belgien einen Waffenſtillſtand ſichert, der bis zum Abſchluß eines definitiven Friedenstractates dauert. Ferner ſichert ſie Belgien bis zum Abſchluß des Friedens den ganz freien Genuß der Scheldeſchifffahrt, und den Vortheil der ſofortigen Eröffnung der Schifffahrt auf der Maas, mit Berückſichtigung der Beſtimmungen des Wiener Tractates und der Mainzer Convention. Wenn auch die belgiſche Regierung noch nicht in den Beſitz der Forts Lillo und Liefkenshoek geſetzt wird, ſo hält ſie dagegen bis zum Definitivtractat die mehr als entſchädigenden Diſtricte von Limburg und Luxemburg proviſoriſch beſetzt. Die belgiſche Regierung wird auch bemerken, daß die contrahirenden Theile in dieſer Convention das Definitivarrangement nicht aus den Augen verloren haben, und daß ſie ſich durch den fünften Artikel verpflichten, ſich ohne Verzug mit dem Definitivtractat zu beſchäftigen. — Die Unterzeichneten haben noch eine Pflicht zu erfüllen: die niederländiſche Regierung hat gegen die beiden Mächte die Verpflichtung übernommen, die Feindſeligkeiten gegen Belgien nicht wieder zu eröffnen. — Die Regierungen von Frankreich und Großbritannien ſind überzeugt, daß Sr. Majeſtät der König der Belgier ſeiner Seits eine gleiche Verpflichtung zu übernehmen ſich beeilen, und ſich verbindlich machen wird, die Feindſeligkeiten gegen das holländiſche Gebiet und gegen die holländiſchen Truppen ſo lange nicht wieder zu beginnen, als die Verhältniſſe zwiſchen Belgien und Holland noch nicht durch einen Definitivtractat geordnet worden ſind. — Die beiden Mächte haben ſich verpflichtet, daß die Verbindungen zwiſchen der Feſtung Maeſtricht und der nordbrabantiſchen Gränze, ſo wie zwiſchen beſagter Feſtung und Teutſchland frei und ungehindert ſeyn ſollen. Dieſe Verpflichtung ſetzt nur die Fortdauer eines Zuſtandes der Dinge feſt, welcher lange Zeit mit ausdrücklicher Bewilligung und nach den beſtimmten Befehlen der belgiſchen Regierung beſtanden hat. — Indem die Unterzeichneten daher die belgiſche Regierung auffordern, über jene beiden Puncte eine förmliche und zufriedenſtellende Erklärung abzugeben, ſind ſie überzeugt, daß ſie nur etwas verlangen, wozu ſich ohnehin die belgiſche Regierung freiwillig erboten haben würde. Die Unterzeichneten haben die Ehre ꝛc. London, den 1. Juni 1833. (Gez.) Talleyrand. Palmerſton.““

„Auf dieſe Weiſe, meine Herren, befinden wir uns alſo im Beſitz des größten Theiles der Vortheile, welche uns durch den Tractat vom 15. November geſichert worden ſind, und gerade derjenigen, welche für die Entwickelung unſerer Handelsthätigkeit die nothwendigſten ſind. Der Abſchluß eines Waffenſtillſtandes auf unbeſtimmte Dauer iſt keine der unwichtigſten Beſtimmungen der Convention. Sie wiſſen, meine Herren, daß von Seiten Hollands keine Verpflichtung beſtand, die Feindſeligkeiten nicht wieder aufnehmen. Jetzt, wo eine ſolche Verpflichtung in einer feierlich unterzeichneten und ratificirten Acte übernommen worden iſt, ſind unſere Rüſtungen nicht mehr in demſelben Grade nöthig, und deren Beſchränkung wird möglich. Es kann ſich dieſe Einſchränkung indeſſen noch nicht bis auf den Friedensfuß ausdehnen; eine **vollſtändige** Entwaffnung würde mit Gefahren verbunden ſeyn, gegen die wir das Land zu ſchützen verpflichtet ſind. Anderer Seits dürfen wir uns auch nicht vor dem Abſchluß des Friedens jenes Einfluſſes entäußern, der ſo mächtig zur Förderung unſerer Angelegenheiten beigetragen hat. Durch die zu treffenden Maaßregeln werden wir im Nothfalle im Stande ſeyn, die Armee ſogleich wieder auf den vollſtändigſten Kriegsfuß zu ſetzen. So haben wir die Intereſſen des Schatzes mit denen unſerer inneren Sicherheit und unſerer auswärtigen Politik in Einklang zu bringen geglaubt. — Die Bevollmächtigten der beiden ausführenden Mächte verlangten von uns: 1) die Feindſeligkeiten nicht wieder zu beginnen, und 2) die Verbindungen mit Maeſtricht frei zu laſſen. Die Regierung hat geglaubt, in dieſe beiden Puncte willigen zu können, ohne eigentlich neue Verpflichtungen zu übernehmen, und unſer Geſandter hat ſich in Antwort auf die oben mitgetheilte Note folgendermaaßen ausgedrückt:

„„Der Unterzeichnete, außerordentlicher Geſandter und bevollmächtigter Miniſter Sr. Majeſtät des Königs der Belgier bei Sr. großbritanniſchen Majeſtät, hat ſich beeilt, ſeiner Regierung die Abſchrift der Convention vom 21. Mai und die Note zu überſenden, welche Ihre Excellenzen, der außerordentliche Botſchafter Sr. Majeſtät des Königs der Franzoſen und der erſte Staatsſecretär Sr. großbritanniſchen Majeſtät für die auswärtigen Angelegenheiten, ihm die Ehre erzeigt haben, an ihn zu richten. — Die Convention vom 21. Mai, ohne den Contract vom 15. November 1831 vollkommen in Ausführung zu bringen, ſichert jedoch Belgien den größten Theil der an jenen Tractat geknüpften materiellen Vortheile zu. Die Regierung des Königs kann ſie daher nur mit Zufriedenheit entgegennehmen, und glaube dieſelbe als zum Theil dem Zwecke entſprechend, den ſich England und Frankreich, bei ihrem feſten und unveränderlichen Entſchluß, ihre Verpflichtungen zu erfüllen, vorgeſetzt hatten, als ſie die Convention vom 22. October 1832 abſchloſſen,

und als einen Weg zur vollſtändigen Ausführung aller Belgien garantirten Clauſeln betrachten zu können. — Geſtützt auf ihre Rechte, die ihr unwiderruflich zugeſtanden ſind, wird die Regierung des Königs, ſo ſehr ſie auch die neuen Zögerungen bedauert, welche der vollſtändigen Ausführung des Tractates vom 15. November in den Weg treten können, doch mit Vertrauen das Reſultat der neuen, durch den 5ten Artikel der Convention angekündigten Unterhandlungen abwarten, bei denen die Mächte keinen andern Zweck haben können, als durch freundſchaftliche Arrangements zwiſchen den beiden Parteien die Schwierigkeiten zu ebnen, welche ſich noch der ſchließlichen Ausführung jenes Tractates entgegenſtellen. Es bleibt dem Unterzeichneten nur noch übrig, auf die Forderungen zu antworten, welche Ihre Excellenzen ſeiner Regierung geſtellt haben. Er ſchätzt ſich glücklich, Ihnen Geſinnungen mittheilen zu können, welche ganz den Anſichten des Friedens und der Verſöhnung entſprechen, von denen ſich die Mächte zur allmählichen Befeſtigung eines Zuſtandes der Dinge, der ſo eng mit den Intereſſen Europas verbunden iſt, beſeelt gezeigt haben. — Als Belgien im November 1830 den von ihm verlangten Waffenſtillſtand unterzeichnete, gab es ein erſtes Pfand des Friedens und der Verſöhnung; die Verpflichtungen, welche es ſeitdem übernommen und gewiſſenhaft erfüllt hat, ſind heute durch den in der Convention ausdrücklich feſtgeſetzten unbeſtimmten Waffenſtillſtand noch verſtärkt worden. Der König nimmt keinen Anſtand, dieſelbe Verpflichtung einzugehen, welche die niederländiſche Regierung durch den 3ten Artikel der beſagten Convention übernommen hat. Der Unterzeichnete iſt daher ermächtigt, zu erklären, daß ſeine Regierung fortfahren wird, ſich aller Feindſeligkeiten gegen Holland zu enthalten, wohl verſtanden, daß Belgien in den Beſitz der Vortheile geſetzt wird, welche ihm die Convention vom 21. Mai zuſichert, und daß es in dieſem Beſitz nicht geſtört wird, namentlich nicht in dem Genuß der Scheldeſchifffahrt, auf dem Fuß wie ſie vor der Belagerung der Citadelle von Antwerpen beſtand, und der Schifffahrt auf der Maas, in Gemäßheit der Beſtimmungen des Wiener Tractates und der Mainzer Convention, in ſo weit ſich dieſelben auf den beſagten Fluß anwenden laſſen. — Die Regierung des Königs verpflichtet ſich außerdem, einen Zuſtand der Dinge fortdauern zu laſſen, der ſeit dem Anfange des Jahres 1831 beſteht, indem ſie die Verbindung zwiſchen der Feſtung Maeſtricht und der nordbrabantiſchen Gränze, ſo wie zwiſchen beſagter Feſtung und Teutſchland, frei und ungehindert läßt. — Die Convention vom 21. Mai möchte, um gewiſſe Beſtimmungen in practiſche Ausübung zu bringen, einiger reglementariſchen Verfügungen bedürfen, welche, indem ſie die gegenſeitigen Verhältniſſe erleichterten, den beiden direct intereſſirten Parteien gleich vortheilhaft ſeyn, und den Abſichten Englands und Frankreichs entſprechen dürften. In dieſer Hinſicht iſt der Unterzeichnete beauftragt, den Wunſch auszudrücken, daß die hier angedeuteten Beſtimmungen ſchleunigſt regulirt werden möchten. Er hofft, daß Ihre Excellenzen dieſen Wunſch erfüllen, und in demſelben einen neuen Beweis finden werden, wie ſehr die Regierung des Königs wünſcht, Alles zu entfernen, was einen Zuſtand gegenſeitiger Aufregung verlängern könnte, der ſich im Widerſpruch mit den in der letzten Zeit an den Tag gelegten friedfertigen Geſinnungen befindet. — Der Unterzeichnete bittet ꝛc. London, den 10. Juni 1833. (Gez.) Silvain van de Weyer.““

„Sie ſehen, meine Herren,“ ſo ſchloß der Miniſter, „daß die Regierung in dieſer Note von zwei Hauptpuncten ausgegangen iſt; erſtens nämlich, keines von ihren aus dem Tractate vom 15. November entſpringenden Rechten aufzugeben, und zweitens, das Eingehen neuer Verbindlichkeiten zu vermeiden. Wir ſichern uns alle unſere Rechte, indem Wir die Convention vom 21. Mai als einen Anfang der Ausführung des Tractates vom 15. November betrachten. Wir vermeiden es, neue Verpflichtungen einzugehen, indem wir den durch die Convention feſtgeſetzten unbeſtimmten Waffenſtillſtand als die Fortdauer eines Zuſtandes der Dinge betrachten, den die Acte der Conferenz und die Zuſtimmung der Parteien ausdrücklich oder ſtillſchweigend im Monat November 1830 feſtgeſtellt haben. — Dieß, meine Herren, iſt die Stellung, welche die Regierung einnehmen zu müſſen geglaubt hat; ſie rechnet, um ſich in derſelben zu erhalten, auf die Mitwirkung Ihres Patriotismus. — Hr. Dumortier wollte ſich ſogleich auf eine Erörterung über verſchiedene in dem Berichte erwähnte Puncte einlaſſen, wurde aber mit der Bemerkung unterbrochen, daß die Discuſſion über dieſen Gegenſtand jetzt nicht an der Tagesordnung ſei. Die Verſammlung verordnete den Druck des Berichtes und ging darauf auseinander.

Schweizeriſche Eidgenoſſenſchaft.

Die allgemeine Schweizer Zeitung meldet aus Luzern: „Die Nacht vom 12. auf den 13. Juni war für die Stadt Luzern eine Nacht des Schreckens. Es war etwas vor Mitternacht, als eine ſtarke Feuerſäule, aus dem Dache eines Hauſes zwiſchen dem Weinmarkt und Kornmarkt in der Mitte der Stadt emporſteigend, verkündete, daß das furchtbare Element entfeſſelt ſei. Nothgeſchrei, Trommelgewirbel, Sturmglocke und Donner des Geſchützes riefen ſogleich um Hülfe. Die Angſt vor der Größe der drohenden Gefahr (das Feuer konnte auf keiner Stelle ausbrechen, von wo die Stadt mehr bedroht geweſen wäre) und die Bedachtnahme auf eigene Rettung lähmte anfänglich die getroffenen Maaßregeln und erzeugte Verwirrung. Binnen weniger Zeit hatten die Flammen ſich der Dachgiebel von 4 bis 5 Häuſern bemeiſtert und ſchrecklich praſſelnd wogte die Feuermaſſe gegen Himmel. Es hatte ſich das Feuer auch der durch einen ſchmalen Gang getrennten hintern Reihe der Häuſer, „unter der Eck“ genannt, mitgetheilt, und bevor der Tag zu grauen anfing, ſtanden 10 Häuſer in Flammen und bedrohten von der einen Seite die Häuſerreihen von den Zünften zu Metzgern und Schneidern gegen die Reußbrücke, von der andern Seite den Kornmarkt und das Rathhaus, von vorne aber jene Häuſer, die den Wein- und Kornmarkt vom Hirſchenplatze trennen. Mehr als einmal hatte das Feuer zwei der letztgenannten Häuſer ergriffen, glücklicher Weiſe gelang es jedes Mal, daſſelbe wieder zu löſchen. Von den beiden andern Seiten aber konnte theils durch das Niederreißen mehrerer Dächer, doch nur mit großer Anſtrengung und Aufopferung, der Wuth des Feuers Einhalt gethan werden. So gelang es den vom Himmel begünſtigten Bemühungen der Menſchen, dem

Digitized by Google

loszebrochenen Elemente Schranken zu ſetzen, nachdem es ſich 10 Häuſer zum Opfee gewählt, nämlich 5 Häuſer der vorderen Reihe vom Gaſthauſe zu Metzgern aufwärts gegen den Kornmarkt, und 5 Häuſer in der hinteren Reihe, unter der Eck, von und mit dem Gaſthauſe zum Schwan bis und mit jenem zum Raben. Einige andere Häuſee, beſonders die Zunfthäuſer zu Metzgern und Pfiſtern, ſind ſtark beſchädigt. Schauerlich iſt die Scene, die der aus der Zerſtörung emporrauchende Qualm noch jetzt dem Auge darbietet, aber zehnfach ſchauerlicher war ſie, ſo lange die Nacht das furchtbarr Schauſpiel mit ihrer Dunkelheit umhüllte und dieſes ſtets rinen größeren Schauplatz rinzunehmen drohte. Mit großer Theilnahme und zahlreich kam Hülfe von faſt allen Thrilen des Landes. Auch aus den Cantonen Zug und Unterwalden und von Küßnacht langte willkommene und dankenswerthe Hülfe an, Der erlittene Verluſt iſt groß, doch ſoll an Mobiliar Bedeutendes gerettet worden ſeyn. Mehr oder weniger wurden mehrere Männer verlrtzt und verwundet. Man ſpricht ſogar von zwei Vermißten. Gott gebe, daß das Gerücht grundlos ſei! — Von Marbach aus, in einer Entfernung von 14 Stunden, kam Hülfe. Mehrerr, ob dem Stehlrn geretteter Waaren ertappt, wurden in die Gefängniſſe geliefert. Der Brand ſoll aus Unvorſichtigkeit eines Hutſchweflers entſtanden ſeyn. Möge dieſes Unglück zur Folge haben, daß die Löſchanſtalten beſſer eingerichtet und die Eigenthümer angerrgt werden, ihre Fahrhabe aſſecurieen zu laſſen!"

Teutſchland.

Die Münchener politiſchr Zeitung vom 21. Juni enthält folgenden Auszug aus den ämtlichen Berichten und Anzeigen über die am 26. und 27. Mai zu Hambach, auf drr dortigen Schloßruine und in Neuſtadr Statt grhabten Vorfälle: „Nachdem durch eine, allen Bürgermeiſterämtern, Gemeinderäthen, und durch dieſe den Ortseinwohnern mitgetheilte öffentliche Bekanntmachung der königlichen Regierung des Rheinkreiſes den Bewohnern des letzteren die beklagenswerthen Ereigniſſe, welche im abgewichenen Jahre durch dir Feier des 27. Mai auf dem Hambacher-Schloſſe herbeigeführt wurden, ins Gedächtniß zurückgerufen, und der feſte Beſchluß der Regierung ausgeſprochen worden war, jedem ähnlichen Unternehmen mit drr ganzen durch die Geſetze gegebenen Gewalt entgegenzutreten; nachdem alle Localpolizeibehörden insbeſondere dafür verantwortlich erklärt worden waren, daß keine geſetzwidrigen Verſammlungen Statt finden, in erlaubten Vereinigungen an öffentlichen Orten keinr Reden gehalten und keine geſetzwidrigen Toaſte ausgebracht werden, auch der Gebrauch geſetzwidriger oder ſeditiöſer Abzeichen, ſo wie nicht-nationaler Fahnen unterbleiben ſollten; nachdem endlich die gemeſſenen Maaßregeln der Regierung hinlänglich beurkundeten, daß jeder demungeachtet gewagt werdendr Verſuch, die öffentliche Ruhe und Ordnung zu ſtören, unterdrückt werden würde, ſchien es, daß die Feier des Pfingſtmontages auf der Hambacher-Schloßruine in der vor dem Jahre 1832 gewöhnlichen Weiſe und ohne irgend rinen ſtorenden Umſtand dieſes Jahr ablaufen würde, obgleich einige Rapporte der königlichen Gendarmeeie von einer hier und da beabſichtigten Wiederholung des Hambacher-Feſtes im vorjahrigen Sinne ſprachen. Wirklich wurdr am Nachmittage des 26. Mai auf dem nächſt Neuſtadt liegenden Capellenberge eine ſogenannte teutſche Fahne, ſchwarz, roth und gold, vermittelſt einer Stange auf einem Kaſtanienbaum befeſtigt erblickt. Der Anblick dieſes, durch die Vorfälle des vorigen Jahres längſt als ſeditios qualificirten Zeichens lockte bald eine große Mengr Volkes herbei, die ſich jedoch wieder zerſtreute, als die Polizeibehörde dieſe Fahnr abnehmen ließ. — Gegen Abend dieſes erſten Pfingſtfeiertages ward eine ſichtbare Aufregung unter den Neuſtadter Einwohnern bemerkt, angeblich durch einr dem Sohne des Löwenwirthes Frey von einer Schildwache zugegangene Zurechtweiſung veranlaßt, ſo daß der königliche Landeommiſſär für nothig fand, ſich auf das Gemeindehaus zu begeben und von dort aus den Polizeicommiſſär mit dem Auftragr abzuſenden, die Volksmenge, welche die Straßen anfüllte, aufzufordern, auseinanderzugehen, welcher Aufforderung auch ohne Widerſetzlichkeit Folge geleiſtet wurdr. — Da aber Abends bereits mehrerr Wägen mit Fremden, unter Andern auch mit Studenten, angekommen waren, und alle ſeit dem Nachmittage ſichtbar gewordenen Erſcheinungen die Ruhe des folgenden Tages zu bedrohen ſchienen, ſo fand ſich ſowohl der königliche Landeommiſſär als der königlichr Major Bechtold als Stadtcommandant veranlaßt, Truppenverſtärkungen zu verlangen. — Die deßfallſigen beiden Anzrigen wurden Abends am 26. abgeſendet, und trafen in der Nacht vom 26. auf den 27. bei dem königlichen Präſidium und dem königlichen Brigadecommando in Speyer ein, worauf auch ſogleich eine gehorige Anzahl von Truppen verſchiedener Waffengattung in Marſch geſetzt wurde. — Unter bereits ſo drohend in Neuſtadt ſich geſtalteten Ausſichten für den 27. Mai fand der königliche Major Bechtold als Commandant des in Neuſtadt garniſonirenden Bataillons vom 15ten Linien-Infanterieregimente für nöthig, noch am Abende des 26. Mai die Schloßruine zu Hambach durch ein Militärdetaſchement beſetzen zu laſſen, welches die Nacht doet zubrachte und von Zeit zu Zeit abgelöst wurde. — Da nun aber von Moegens 4 Uhr ungefähr auf der, der Schloßruine gegenüberliegenden Bergkette und noch mehr in der Nähe zahlreichr Böller- und Flintenſchüſſr fielen, welchr eine Wiedeeholung des Feſtes im vorjährigen Sinne anzukündigen ſchienen, ſo verlangte der das Militärdetaſchement rommandirendr Offizier Verſtäekung, dir auch durch Abſendung einer Compagnie Infanterir aus Neuſtadt ſogleich rrfolgte. Nachdem es vollſtändig hell geworden war, erſchien rine große dreifarbigr Fahnr auf rinem der hinter der Schloßruine liegenden Brrge, welche bei ihrem Erſcheinen mit zahlreichen Vivats von den bereits in bedeutender Menge Eingetroffenen begrüßt wurdr. — Bei dieſer Gelegenheit wurden Frrheitslirder und die Marſeillaiſe geſungen, welcher Geſang durch die Burger Abreſch und Feey von Neuſtadt ringeleitet worden ſeyn ſoll; die Singendrn wurden jedoch, auf Ermahnung des königlichen Landrommiſſärs von Pollnitz, wieder zum Schweigen gebracht. — Ueber dieſe beſonderen Umſtände und die hierbei von den Bürgern Abreſch und Frey angeblich gemachten Aeußerungen werden die Vernehmungen der zahlreich anweſenden Civil und Militärperſonen, welche ſich alle in dienſtlicher Function dort befanden, die näheeen Aufſchlüſſe geben. Bemerkenswerth hierbei iſt,

Digitized by Google

daß die hinter der Schloßruine erſchienene Fahne verſchwand, ſo wie die zu ihrer Habhaftwerdung ſich nähernden Gendarmen ſich zeigten, und dann wieder auf einem andern Puncte entfaltet ward, wobei ſie jedes Mal wieder von der Schloßruine aus mit lauten Vivats begrüßt wurde, was übrigens vorzugsweiſe durch Neuſtadter Bürger geſchehen ſeyn ſoll. — Schon bei dieſen Anläſſen und verſchiedenen anderen Gelegenheiten ſollen Neckereien und Reibungen an dem königlichen Militär Statt gefunden haben, wobei ſich dieſes aber ſtets ruhig verhielt. Die gegen das beſtimmte Verbot der königlichen Regierung und des Bürgermeiſteramtes Hambach in größeren Quantitäten auf die Schloßruine gebracht worden Weine, von welchen namentlich der Bürger Schoppmann von Neuſtadt ein Faß hinaufſchaffen ließ, machten die Excedenten kühner und frecher, ſo daß, als Nachmittags gegen 4 Uhr der königliche Regierungsdirector Fürſt Wrede und der königliche Generalmajor von Horn auf den Platz kamen, und das Abſingen der Marſeillaiſe und anderer Freiheitslieder gewahrten, den verſchiedenen dort etablirten Wirthen der Befehl gegeben ward, augenblicklich ihre Vorräthe einzupacken und damit den Berg zu verlaſſen. — Zugleich mit dieſen verließ auch die Menge unaufgefordert die Spitze des Berges; allein an dem unterſten Plateau angekommen, blieb ein großer Theil ſtehen, fing wieder an die Marſeillaiſe zu ſingen und auf die Truppen hinauf zu ſchimpfen. — Da ertheilte der königliche Regierungsdirector Fürſt Wrede, als königlicher Regierungscommiſſär, dem königlichen Gendarmerie-Oberlieutenant Kreuzer den Befehl, durch ſeine unterhabenden Gendarmen dieſe Volksmaſſe zum Auseinandergehen auffordern zu laſſen. Durch den Generalmajor von Horn ward den Gendarmen ein Truppendetachement zur Aſſiſtenz nachgeſendet, da die erſteren gleich bei dem Herabſteigen mit Steinwürfen empfangen und der Gendarme Peter durch einen Meſſerſtich verwundet ward. Die Volksmenge verlief ſich bei Annäherung des Militärs ſchnell und größtentheils auf der Straße nach Neuſtadt zu, einige aber, und namentlich diejenigen, welche auf die Gendarmen mit Steinen geworfen hatten, flüchteten durch die Gebüſche nach Hambach zu. Hierbei fielen einzelne Schüſſe, angeblich von beiden, nach der Behauptung einzelner Gendarmen und Soldaten aber zuerſt von Seiten der Flüchtenden. — Auf dieſes Schießen eilten der königliche Regierungsdirector und der königliche Generalmajor von Horn und ſämmtliche auf der Ruine anweſend geweſenen königlichen Beamten nach Hambach hin, wo angekommen, ſie mehrere Soldaten und Gendarmen im Handgemenge mit Leuten aus der niederſten Volksclaſſe und von dieſen umgeben antrafen. Der größte Theil dieſer eilte nun ſogleich weg, und ließ drei Individuen in den Händen der Gendarmen, welche dieſe als ſolche bezeichneten, die auf ſie geſchoſſen hätten. — Zwei Perſonen traten nun auf und bezeugten, daß aus dem Dorfe Hambach neben dem Eingange in daſſelbe zuerſt auf die Soldaten und Gendarmen geſchoſſen worden ſei, worauf dieſe dann das Feuer erwiedert hätten. — Der königliche Gendarmerie-Oberlieutenant Kreuzer nahm dieſe Depoſition und die Namen der Deponenten vorläufig auf, was ſogleich dem königlichen Staatsprocurator Rebmann, der mittlerweile eingetroffen war, zur weiteren Maaßnahme angezeigt wurde. In Hambach ſelbſt wurden drei Verwundete vorgefunden, die durch das Feuer getroffen worden waren. — Während dieſe Vorfälle auf der Schloßruine und bei Hambach ſelbſt, begannen auch Ruheſtörungen in Neuſtadt, indem das dort einquartierte königliche Militär durch beſtändige Neckereien von Seiten des Pöbels auf das Höchſte gereizt worden war. Bereits gegen 5 Uhr Abends durchzog eine Menge von Burſchen die Straßen der Stadt Arm in Arm ſich haltend, und ſo die ganze Straßenbreite einnehmend; ſie ſangen Freiheitslieder, und riefen: es lebe die Freiheit! — nieder mit dem König! unter Beifügung höchſt beleidigender Ausdrücke, und verhöhnten die Schildwachen. — Auch ſollen Verſuche gemacht worden ſeyn, Soldaten vom königlichen Jägerbataillon in ihrer Treue wankend zu machen. — Hierüber werden die vom königlichen Brigadecommando angeordneten Vernehmungen der Soldaten das Nähere angeben. — Als hierauf die Volksmenge, wahrſcheinlich durch das Hinzukommen der vom Hambacher Schloßberge Vertriebenen, Abends bedeutend herangewachſen war, und die Frechheit derſelben ſich immer höher ſteigerte, wurden durch die königliche Commandantſchaft um 8 Uhr Abends Patrouillen von Chevaulegers zu Pferde und Linieninfanterie durch die Straßen der Stadt geſendet, welche um dieſe Zeit mit Excedenten und Neugierigen ſo angefüllt waren, daß die Patrouillen ſich anfänglich kaum hindurchbewegen konnten. — Als endlich zu Arreſtationen geſchritten ward, wobei nach der bisherigen Gewohnheit des Neuſtädter Pöbels mehrere thätliche Widerſetzlichkeiten vorfielen, konnte es wohl nicht fehlen, daß mitunter unglimpflich gegen die Excedenten verfahren wurde; Viele ſollen bei dieſer Gelegenheit flache Säbelhiebe, Kolbenſtöße u. dgl. davongetragen haben; mehrere Perſonen wurden verwundet, ein Todter ward auf der Straße gefunden. Ueber die einzelnen Umſtände, die ſich bei dieſen Vorfällen in den Straßen Neuſtadts bis zu völliger Wiederherſtellung der Ruhe ergaben, werden die Vernehmungen und die bereits eingeleitete Unterſuchung das Nähere ausweiſen."

Ferner heißt es in der Münchener politiſchen Zeitung von obgedachtem Tage: „Einige, zum Theil bei den Exceſſen in Neuſtadt und Hambach ſelbſt compromittirte Bürger aus Neuſtadt im baieriſchen Rheinkreiſe haben es unternommen, in einer — ſofort aus der Speyerer in die allgemeine Zeitung aufgenommenen — angeblichen Erklärung des Neuſtädter Stadtrathes, welche weder vom Bürgermeiſter noch von allen Mitgliedern dieſer Localbehörde unterzeichnet, von derſelben als ſolche auch gar nicht einmal erlaſſen werden konnte, folglich in Wahrheit keine Erklärung des Neuſtädter Stadtrathes iſt, die in unſeren Blättern mitgetheilten Berichte über die Vorfälle zu Hambach und Neuſtadt am 27. v. M. zu verdächtigen. Die nunmehr erfolgte Veröffentlichung eines Auszugs aus den dießfalls eingegangenen amtlichen Berichten und Anzeigen ſetzt das Publicum hinreichend in den Stand zu beurtheilen, ob unſere, mit dieſem officiellen Auszuge faſt wörtlich übereinſtimmenden früher mitgetheilten Nachrichten aus guter Quelle kamen, und welchen Glauben ſie verdienen; wir können demnach ruhig unſeren Leſern das Urtheil darüber überlaſſen: auf welcher Seite hier „ein Gewebe der abſcheulichſten Lügen und Entſtellungen" zu finden iſt."

Am 25. Juni war zu Wien der Mittelpreis der

Staatsſchuldverſchreibungen zu 5 pCt. in CM.	94 [illegible];
detto detto zu 4 pCt. in CM.	——;
Darleh. mit Verlooſ. v. J. 1820, für 100 fl. in CM.	[illegible];
detto detto v. J. 1821, für 100 fl. in CM.	13[illegible];
Wiener-Stadtbanco-Obligat. zu 2½ pCt. in CM.	54;

Conv. Münze pCt. ——;

Bankactien pr. Stück —— in CM.

Hauptredacteur: Joſeph Anton Edler von Pilat.

Verleger: Anton Strauß ſel. Witwe in der Dorotheergaſſe Nr. 1108.

Digitized by Google

Nro. 178

Oeſterreichiſcher Beobachter.

Donnerſtag, den 27. Juni 1833.

Meteorologiſche Beobachtungen vom 25. Juni.	Zeit der Beobachtung	Barometer auf 0° Reaumur reducirt. Pariſer Maß.	Barometer auf 0° Reaumur reducirt. Wiener Maß.	Thermometer Reaumur.	Wind.		Witterung.
	8 Uhr Morg.	27.530	28Z. 3L. 6P.	+ 16.0	NW.	ſchwach.	heiter.
	3 Uhr Nachm.	27.524	28 3 5	+ 21.0	N.	ſtill.	—
	10 Uhr Abnds.	27.523	28 3 5	+ 18.5	O.	—	—

Großbritannien und Irland.

In der Sitzung des Oberhauſes vom 14. Juni brachte Lord Lyndhurſt eine Bill ein, um das Geſetz über ſtreitige Gränzen des Landbeſitzes zu vereinfachen.

In der Sitzung des Unterhauſes vom 14. wollte Hr. Cobbett eine Motion machen, um die Stämpelgebühren auf Teſtamente und Legate zu erleichtern; allein dringendere Geſchäfte nahmen die Aufmerkſamkeit des Hauſes in Anſpruch, und die Ungeduld desſelben ſprach ſich ſo laut aus, daß endlich Hr. Cobbett ſeinen Antrag auf einige Zeit verſchob. Das Haus verwandelte ſich in einen Finanzausſchuß, wo Lord Althorp vorſchlug, für allenfalls nöthige Fälle in Betreff der inneren Verwaltung (on account of civil contingencies) 100,000 Pf. ohne Discuſſion zu bewilligen. Dieß erregte den Ruf: Hört! hört! Die Verwilligung wurde zugeſtanden. (Siehe unten den Artikel des Globe.) Nun kam die iriſche Zehntenacte zur Sprache, und Lord Althorp machte ſeinen Antrag, der iriſchen Geiſtlichkeit für die rückſtändigen Zehnten von 1831 und 1832 und den ganzen Zehnten von 1833 eine gewiſſe Geldſumme zu bewilligen, um die Landbeſitzer von Entrichtung des Zehntens entheben zu können. Hr. O'Connell ſchenkte der Maaßregel ſeinen vollen Beifall, da ſie die Geneigtheit der Regierung zeige, einem Zuſtande der Dinge ein Ende zu machen, der auf dem Puncte ſtehe, einen Sclavenkrieg zu erzeugen. Er ſchlug indeß vor, daß die Laien, welche Zehntenbeſitzer ſeien, in die Maaßregel mit eingeſchloſſen würden, ſonſt würde nicht halb ſo viel Gutes erreicht, als man beabſichtige. Lord Althorp entgegnete, die Sache ſolle in Erwägung gezogen werden, er wolle ſich indeß zu nichts verpflichten; jedenfalls ſei indeß das Verfahren der Regierung eine Aufforderung an die Laienbeſitzer, dem Beiſpiele zu folgen. Hr. Harvey zeigte ſich erfreut, daß ein Plan zur Beruhigung angenommen werde, obgleich er die jetzige Maaßregel als eine Prämie auf die Umtriebe betrachte. Das engliſche Volk, das nun ſehe, was man durch Widerſtand gegen die Zehntenzahlung erreichen könne, werde nicht lange zögern, dem Beiſpiele Irlands zu folgen. Er bat die Miniſter dringend, die Zehnten auch in England abzuſchaffen, dadurch würden die Miniſter ſich dauernd die Zuneigung des Landes gewinnen, und was dann auch an einem andern Orte (im Oberhauſe nämlich) geſchehe, ſei von keiner Bedeutung. Der Erfolg werde derſelbe ſeyn, wie damals, als dort die Reformbill verworfen worden. Eine lange Discuſſion erfolgte, in der die Reſolution von HHrn. Fisborne, Dr. Baldwin und Anderen angegriffen wurde, weil dadurch, daß an die Stelle des Zehntens eine Landtaxe geſetzt werde, bloß die Laſt des Zehnteneinſammelns von der Regierung auf die Landeigenthümer übergetragen werde; Andere, namentlich die iriſchen Mitglieder, widerſetzten ſich derſelben, weil eine katholiſche Bevölkerung keine proteſtantiſche Geiſtlichkeit zu zahlen habe. Bei der Abſtimmung indeß ergaben ſich 270 Stimmen für und vierzig gegen die Reſolution. Das Haus vertagte ſich auf Montag den 17. Juni.

Der oben erwähnte Artikel des Globe lautet folgendermaaßen: „Wahrſcheinlich geſchah es in Hinſicht auf die nahende Kriſis, welche die angedrohte Colliſion zwiſchen dem Ober- und Unterhauſe herbeizuführen ſcheint, daß die Miniſter nur 100,000 Pf. St. für gemiſchte Ausgaben ſich verwilligen ließen, ſo daß das Unterhaus die öffentlichen Gelder in ſeinem Verwahrſam behält, für den Fall, daß die heftigen Conſervatives des Oberhauſes die iriſche Kirchenreformbill verwerfen ſollten." — In ſeiner City-Intelligence ſagt dasſelbe Blatt: „Der Geldmarkt iſt heute abermals bedeutend gedrückt, und wir können dieß keiner andern Urſache zuſchreiben, als der ſtarken Sprache, welche ein einflußreiches Journal, das, wie man vermuthet, — wir wiſſen indeß nicht aus welchem Grunde, — die Geſinnungen eines Theiles des Cabinetes ausſprechen ſoll, gegen das Oberhaus geführt." (Das hier erwähnte Journal ſcheint die Times zu ſeyn; dieſe, ſo wie die Morning-Chronicle, enthalten die heftigſten Artikel gegen das Oberhaus.)

Am 8. Juni fand in der London-Taverne die angekündigte Verſammlung Statt, um zur Abhülfe des Mangels und der ſchweren Leiden der unglücklichen Bewohner von Oporto ſchleunig und wirkſame Maaßregeln zu ergreifen. Admiral Codrington, mehrere Parlamentsmitglieder, Staatsbeamte und angeſehene Fremde wohnten der Verſammlung bei. Hr. Davenport, der den Vorſitz führte, machte auf die unglückliche Lage der Bewohner von Oporto, ſeitdem ihre Stadt der Kampfplatz geworden, aufmerkſam. Hr. Swift äußerte den Zweifel, ob man die Leidenden unterſtützen könne, ohne die Neutralität zu verletzen. Oberſt Hodges erklärte: „Da ich erſt kürzlich Oporto verlaſſen habe, ſo kann ich von dem unglücklichen Zuſtande der Einwohner ſprechen, den man geſehen haben muß, um ſich einen Begriff davon zu machen. Die Stadt zählt jetzt 100,000 Einwohner, und Alles, was der erſchöpfte Schatz Dom Pedro's ihnen gewähren kann, beſteht in 5000 Portionen elender Suppe täglich. Tauſende wurden in den Straßen durch die Bomben Dom Miguels getödtet; allein die Tauſende von Müttern, die mit ihren Kindern vor Hunger und Elend auf offener Straße umkamen, ſind dem Publicum gar nicht bekannt. Von Liſſabon iſt Unterſtützung nach Oporto geſandt worden, was den Bewohnern jener Stadt zur Ehre gereicht. Man hat von der Neutralität geſprochen; allein wir haben es nur mit dem Volke von Oporto und ſeiner betrübenden Lage zu thun, und ich frage, ob wie lieber Tau-

Digitized by Google

ſende von Menſchen umkommen ſehen, als durch ihre Unterſtützung uns der Gefahr ausſetzen wollen, der Neutralität Eintrag zu thun." Nach einigen weiteren Debatten über dieſen Punct bemerkte Admiral Codrington: „Es gibt Fälle, wo es mit der Pflicht eines Seemannes vollkommen vereinbart ſei, den Einwohnern einer belagerten Stadt Hülfe zu reichen, ohne daß die Neutralität verletzt werde. Hr. Eaſthope brachte ſodann die Erklärung in Antrag: daß die Einwohner Oporto's der brittiſchen Sympathie werth ſeien, und daß ihnen Unterſtützung gereicht werden ſolle. Dieſe Erklärung, ſo wie die Ernennung eines Ausſchuſſes, wurde einſtimmig genehmigt, und zugleich beſchloſſen, daß die verſchiedenen Banquiers der Hauptſtadt erſucht werden ſollten, Beiträge anzunehmen. Nachdem die Subſcription eröffnet worden, trennte ſich die Verſammlung.

Am 11. Juni Früh erhob ſich zu London ein heftiger Sturm aus Südweſt, der ſich bis Mittag zu einem völligen Orkan ſteigerte. Man erinnert ſich keines ähnlichen Sturmes im Monat Juni. Er war auf dem Lande ſo ſtark, daß die Fußgänger an manchen Orten ſich kaum aufrecht erhalten konnten. Dachſteine und Ziegel ſah man nach allen Richtungen hinfliegen. Eine große Menge von Bäumen in den Parks und auf den Feldern um die Hauptſtadt wurden entwurzelt. Auf der Themſe waren die Wirkungen des Sturmes noch furchtbarer, und vier Menſchen, die in den Booten fuhren, fanden ihren Tod in den Wellen.

Coufols am 15. Juui 90⅞.

Spanien.

Ihre königl. Hoheit die Infantinn Donna Luiſa Carlota, Gemahlinn des Infanten Don Francisco de Paula, iſt am 5. Juni Morgens glücklich von einer Infantinn entbunden worden, welche in der heil. Taufe die Namen Maria Criſtina Iſabel ꝛc. erhalten hat.

In den Provinzen Salamanca, Valladolid und Valencia richteten die Heuſchrecken gräuliche Verheerungen an.

Frankreich.

Der Moniteur vom 18. Juni meldet: „Zwiſchen den franzöſiſchen und engliſchen Poſtämtern iſt eine Convention abgeſchloſſen worden, welche die Einführung einer täglichen Poſtverbindung zwiſchen beiden Reichen anſtatt der bisher auf vier Tage in der Woche beſchränkten, zum Zwecke hat. Dieſe Convention iſt von dem Generaldirector des engliſchen Poſtweſens, Herzog von Richmond, und dem Director der franzöſiſchen oberſten Poſtverwaltung, Hrn. Comte, unterzeichnet worden. — Dieſe Uebereinkunft wird, außer der größeren Frequenz des Briefwechſels, eine bedeutende Beſchleunigung zur Folge haben, ſo daß man hinführo reſpective aus beiden Ländern die Nachrichten, die bisher oft erſt am dritten oder vierten Tage anlangten, in 36 Stunden erhalten kann. — Der Fürſt von Talleyrand hat viel dazu beigetragen, die Hinderniſſe zu heben, die ſich dem gütlichen Abſchluſſe zwiſchen beiden Poſtämtern entgegenzuſtellen ſchienen."

Die Deputirtenkammer hörte am 15. Juni Petitionsberichte durch die HH. Remuſat und Bedoch. Ein Hr. Grenier trug darauf an, die Miniſter wegen Verbrechens der Gefangenhaltung der Frau Herzoginn von Berry in Anklageſtand zu verſetzen. Die Commiſſion trug auf Tagesordnung an, da die Kammer bereits in dieſer Sache entſchieden haben. Hr. Coulmann bemerkte, die Kammer habe in dieſer Sache das Betragen der Miniſter weder gebilligt noch getadelt, ſondern ſich vorbehalten, ſpäter darauf zurückzukommen. Sie habe für die auffallende Conſtitutionsverletzung keine Indemnitätsbill geben wollen. Er trage daher darauf an, die Petition an das Bureau der Nachweiſungen zu verweiſen. Das Centrum und der Siegelbewahrer erhoben ſich für die Tagesordnung, die Extremitäten dagegen. Die Tagesordnung ward angenommen. Marſchall Clauzel bat die Kammer um Erlaubniß, die Miniſter am folgenden Montag über die Lage von Algier und darüber zu befragen, ob ſie die Abſicht haben, dieſe Beſitzung zu coloniſiren oder zu verlaſſen. Die Tagesordnung kam an den Vorſchlag des Hrn. von Schoonen, die Penſionäre und Gläubiger der alten Civilliſte betreffend. Der erſte Artikel lautet: „Dem Finanzminiſter iſt ein neuer Credit von 2,600,000 Fr. zu Bezahlung der Hypothekargläubiger und der Lieferanten der alten Civilliſte ohne Präjudiz des Staatsrecurſes eröffnet." Der Präſident erklärte, er müſſe, bevor er über den Artikel der Commiſſion abſtimmen laſſe, der Kammer ein Amendement des Hrn. Joly vorlegen, lautend: „Der Finanzminiſter iſt ermächtigt, den verfügbaren Ertrag der Fabriken von Sèvres, der Gobelins und von Beauvais, der auf 3,419,212 Fr. 25 Cent. geſchätzt werden kann, verkaufen zu laſſen, um den Erlös zur Bezahlung derjenigen Gläubiger der alten Civilliſte weiter verwenden zu können, deren Anſprüche verificirt und als rechtmäßig auerkannt worden ſeien." Dieſes Amendement ward verworfen. Hr. Laurence ſchlug vor, den Credit auf zwei Millionen zu beſchränken. Bei der Abſtimmung waren zwei Proben zweifelhaft. Das geheime Scrutin gab 137 weiße und 138 ſchwarze Kugeln. Die Reduction war verworfen, und der Artikel angenommen. „Art. 2. Ein Credit von 750,000 Fr. iſt ebenfalls dem Finanzminiſter eröffnet, um unter dem Titel Unterſtützung an die vormaligen Penſionäre der alten Civilliſte, die als die Bedürftigſten anerkannt ſind, vertheilt zu werden. Dieſe Unterſtützung darf in keinem Falle 400 Fr. überſchreiten. Es ſollen Commiſſarien für dieſe Vertheilung ernannt werden." Hr. Bousquet ſchlug den Zuſatz vor: „Und nach Vorleguug eines von dem Maire ausgeſtellten, von dem Unterpräfecten beglaubigten und legaliſirten Armuthsſcheines." Derſelbe ward mit dem Artikel angenommen, und zugleich mit einem andern von Hrn. Baude vorgeſchlagenen Amendement: „220,000 Fr. ſollen unter die wegen politiſcher Vergehen unter der Reſtauration Verurtheilten und 550,000 Fr. unter die Penſionäre der alten Civilliſte vertheilt werden." Der 3te Art.: „Jeder Penſionär, der ſeit dem 1. Auguſt 1830 Theil an den Unruhen des Weſtens oder des Südens genommen hat, oder der wegen politiſcher Vergehen verurtheilt worden wäre, ſoll von der Wohlthat dieſer Unterſtützung ausgeſchloſſen werden," ward ganz verworfen. Der 4te Art.: „Die Regierung wird in der nächſten Seſſion den Kammern den umſtändlichen Etat der in Gemäßheit der 1ſten und 2ten Art. gegenwärtigen Geſetzes erfolgten Zahlungen vorlegen," ward angenommen. Beim geheimen Scrutin ergaben ſich 157 weiße gegen 73 ſchwarze Kugeln für das ganze Geſetz.

In einem Correſpondenzartikel der Allgemeinen Zeitung aus Paris heißt es: „Wir wollen die Jacobiner einmal ſchärfer ins Auge faſſen, denn deren gibt's noch Trotz ihrer Verlarvung in Republikaner. Man muß wiſſen, was dieſe Menſchen unter Republik verſtehen, um nicht durch Worte ſich imponiren und erbärmlich hinters Licht führen zu laſſen. Die Jacobiner waren weder unter Napoleon, noch zu Zeiten der Reſtauration ganz erſtorben; unter Napoleon hatten ſie militäriſchen Rock und Zuſchnitt, und einige waren unter das Civile gekrochen; die ſogenannten hundert Tage brachten, in den Pariſer Gaſſen, einen Schwarm zum Vorſcheine, der ſich damals

Digitized by Google

die Fédérés nannte und einen Plan zuſammengeſchmiedet hatte zur Föderaliſation in allen Departements; das heißt ſie wollten den bürgerlichen Nationalgarden und der kaiſerlichen Armee gegenüber, eine jacobiniſche Heeresmacht zu Dienſten einer neuen Convention ins Leben rufen. In Paris recrutirte ſich der Hauſe im Pöbel und predigte in den Clubbs; in der Bretagne war er im höheren Sinne gefaßt, da der Jacobinismus dort als eine fanatiſche Exaltation dem Enthuſiasmus der Vendee ſchroff entgegenſteht; im Süden erſchien hinwiederum der Jacobinismus als eine gemeinere Natur, in ſeiner roheſten Geſtalt, gegenüber und aufgeregt durch einen zügelloſen und ebenfalls auf Volkshauſen ſich ſtützenden Royalismus. Im übrigen Frankreich, hin und wieder im öſtlichen und im mittleren, war der Jacobinismus ſporadiſch, und ſuchte beſonders in Lyon einen Fuß zu ſetzen. Napoleon, der dieſe Erſcheinung aus alten Zeiten kannte, und dem ſie zum Fußgeſtelle ſeiner Macht gedient hatte, wurde ſie bald ein Gräuel. Hätte er ſeine Sache durchgefochten, man kann verſichert ſeyn, er hätte dem Jacobinismus gründlich zur Ader gelaſſen, wenn es ihm nicht gelungen ſeyn würde, ihn unter den Soldatenrock zu ſtecken, um ihn den feindlichen Kugeln gegenüber aufzupflanzen. Im Anfange der Reſtauration kochte und gährte allerlei Jacobinismus mit dem Buonapartismus zuſammen; bald aber ſchied ſich, aus allen dieſen rohen Elementen, die Oppoſition der Kammern mit geſetzterem Anſtande hervor; die jungen Leute organiſirten Carbonarismus in der Armee und in den Schulen; der Jacobinismus ſtellte ſich in den Hintergrund, ohne ſich auszulöſchen, denn Söhne, Verwandte oder ſelbſt Mitglieder der berüchtigten Convention oder rothen Mützenrepublik nahmen an dem Carbonarismus dunklen Antheil; beſonders war zu Paris ſchon Cavaignac thätig, und die Societe aide toi, an welcher der vornehmere Liberalismus der Oppoſition und ſogar die jungen Doctrinärs Theil nahmen, barg manches Mitglied des Jacobinismus in ſeinen Schooß, welches aber noch nicht unumwunden aufzutreten wagte. Endlich kroch die Tribune an eine Art von Tageslicht, aber ohne ſonderliches Glück; der National und der Globe, nach verſchiedenen Richtungen, glänzten durch allerlei Talente und kirren Muth, während die Tribune dunklen Geifer auswarf, ohne noch irgend eine Aufmerkſamkeit, als die der bosartig Verbündeten, zu feſſeln. Während der Julirevolution wurde alsbald der Jacobinismus rege; und hätte er den ganzen durch Audry de Puyraveau dem Volke hingegebenen Waffenvorrath, wie der Bruder Jacobiner Audry es vielleicht ſchon beabſichtigt hatte, an ſich reißen können, hätte die Nationalgarde zu gutem Glücke nicht ihre Waffen zum großen Theile behalten, eine geharniſchte Föderation wäre erſtanden, und hatte durch Mord in Paris geherrſcht. Damals wollten die Jacobiner den Erzbiſchof von Paris aufknüpfen, um das Volk, wie ein volles Schwein, in Blut zu compromittiren, und ſie ſtürmten nach Rambouillet, in der Hoffnung, Carl den Zehnten einzufangen. Das war aber eine Haupt- und Saatsaction des Hrn. von Lafayette; dieſer wußte wohl, daß die wüthende Maſſe nicht im Stande ſeyn würde, gegen die Reſte der um den König geſchloſſenen Garde irgend einen Stand zu halten; er wollte, ihre Aufmerkſamkeit dahin lenkend, die Zeit benützen, um ſchnell die Bewaffnung und Gliederung der Nationalgarde zu vollenden, und ſo wurde die jacobiniſche Föderation geprellt; als ihre Maſſen mit Beute von St. Cloud und Rambouillet zurückkehrten, waren alle Poſten ſchon eingenommen; und die Parteigänger der Convention ſchworen von da an Rache dem alten Lafayette, der ihren Plan ſcheitern machen, und vor Allem beigetragen, das jetzige Königshaus zu erheben. Da die Bewaffnung und Gründung eines Jacobinerheeres nicht gelingen wollte; da ſie auch in den Paris zunächſt angränzenden Städten, zu Rouen, Rheims ꝛc. mißlungen (dieſe Städte nämlich ſchickten die unteren Volkshauſen und ihre Rädelsführer auswärts, nach Paris, wo aber unterdeß die Nationalgarden organiſirt, und, um nicht dieſen Gährungsſtoff wieder in ſich aufzunehmen, wälzten ſie einen Theil nach den Niederlanden), ſo blieb den Jacobinern, ſtatt offener Gewalt, nur Prädication übrig, und ſie rotteten ſich zuſammen in den Clubbs; aber die Nationalgarden traten auch hier ins Mittel, die Clubbs wurden geſchloſſen, und nun verſuchte der Jacobinismus unter dem Mantel des naiv-dummen Saint-Simonianismus eines grotesken Enfantin ſich Eingang zu verſchaffen; unter den friedliebenden Saint-Simonianern und den meuteriſchen Jacobinern kam es aber zu vielſachen Mißverſtändniſſen und endlich zu Händeln; der Simonianismus auch wurde vom Volke und den Nationalgarden verfolgt, und auch dieſe neue Geſtalt der Rottirungen iſt mißlungen. Seitdem hat der Jacobinismus ſich feiner und kunſtreicher angelegt, ſich liſtiger verſchlungen. Unter dem unarbeitſamen Theile des Handwerksmannes, in Schenken der Stadt und des Landes, und, wo es nur irgend gehen kann, in den Garniſonen ſucht er kleine Aſſociationen ins Leben zu rufen, die, weil ſie am Juni verwichenen Jahres ein zu dreiſtes Wageſtück begannen, ſich damals den Hals gebrochen haben. Aber weit entfernt ſich abſchrecken zu laſſen, hat er ſeitdem eine Preſſe in größeren Kreiſen und unzählige Pamphlets zu organiſiren geſucht, und ſich in unendlichen, an Zahl geringen, aber höchſt frechen Brüderſchaften polypenartig ausgebreitet. In der Höhe thront die ganz neu organiſirte Societät aide toi, die noch nicht ganz dem Jacobinismus anheimgefallen iſt, aber immer mehr und mehr ihm nothwendig in die Arme ſinken wird. In der Tiefe hauſt die Tribune, die Todfeindinn des National; denn was den Jacobinern 1831 Lafayette geweſen iſt, das iſt ihnen 1833 Carrel, der allen dieſen moraliſchen Koth und Unflath haßt, und eben deßwegen aufs Erbittertſte von dieſen Menſchen gehaßt wird. Was dieſe Blindſchleiche des Jacobinismus eigentlich zu bedeuten habe, ſo wie ihren Rieſenplan einer vollkommenen Umgeſtaltung der Vermögensumſtände aller beſtehenden Geſellſchaften, ſo wie ihre Tyrannei, die ganz im Sinne der Robespierre ausgedacht iſt, jetzt wie ſonſt, das wollen wir in einem ſpäteren Schreiben zur Belehrung der Mitwelt an das Tageslicht rücken."

Am 17. Juni 5Percents Fin Courant geſchloſſen zu 104 Fr. 3Percents Fin Courant geſchloſſen zu 77 Fr. 95. — Am 18. Juni um 1¼ Uhr Nachmittags 5Percents 103 Fr. 90. 3Percents 77 Fr. 50.

Rußland.

Ueber die Reiſe Ihrer Majeſtäten wird in den St. Petersburger Zeitungen Folgendes gemeldet: „Am 6. Juni langten Se. Majeſtät der Kaiſer in Reval an. Dort benachrichtigt, daß Ihre Majeſtät die Kaiſerinn von St. Petersburg abgereiſt ſei, eilte der Monarch ſogleich ohne alle Begleitung auf dem Fuhrwerk eines Feldjägers ſeiner durchlauchtigen Gemahlinn entgegen, begegnete Ihrer Majeſtät 15 Werſte von Reval, und kehrte, von verdoppelten Freudensbezeigungen des Volkes empfangen, mit der Kaiſerinn zuſammen wieder zurück, worauf Ihre Majeſtäten im Schloß von Katharinenthal abſtiegen, bis wohin das Volk den Wagen begleitete.

Digitized by Google

Sr. Majeſtät der Kaiſer wurden am 9. d. M. in **Helſingfors** erwartet.

Der Generalmajor Buturlin II. und der wirkliche Staatsrath Kotſchubei ſind zu geheimen Räthen und Senatoren, und der Civilgouverneur von Podolien, geheime Rath Lubianowski, iſt ebenfalls zum Senator ernannt worden.

Der Handelszeitung zufolge hat die Regierung Maaßregeln getroffen, um auf dem caſpiſchen Meere die Dampfſchifffahrt in Gang zu bringen und tüchtige Lootſen für dieſelbe zu bilden.

In einem Schreiben aus **St. Petersburg** vom 5. Juni (in der Frankfurter Oberpoſtamtszeitung) heißt es: „Nachdem die Türkei durch unſern Willen pacificirt worden, werden Ruhe, Vertrauen, Wohlſtand, gegenſeitiges Entgegenkommen auch in Polen ſich immer mehr befeſtigen, und ohne die Lügen und Verlaumdungen, die im Auslande beſtändig gegen Rußland in Betreff ſeines Verfahrens gegen die Polen verbreitet werden, würden viele, wenn nicht die meiſten dieſer irregeleiteten Unglücklichen bereits wieder zu ihrer Pflicht zurückgekehrt ſeyn. Das edle Herz des Kaiſers Nicolaus kennt nur Verzeihung und Großmuth, und wer vertrauensvoll an ihn ſich wendet, findet immer Gehör und Berückſichtigung. Es iſt Niemand aus dem Königreiche Polen nach Sibirien verſchickt worden, auch hat keine einzige Güterconfiscation **in den Gränzen des Königreichs Polen** Statt gefunden. Eben ſo muß Europa erfahren, daß von den Individuen, welche bis zur Einnahme von Warſchau thätigen Antheil an der Inſurrection genommen, bis jetzt Niemand beſtraft worden iſt: das Urtheil, welches einige jetzt vor Gericht ſtehende Rädelsführer treffen dürfte, wird ſeiner Zeit publicirt werden. Ferner ſind aus den weſtlichen Provinzen des Reichs nur ſolche Perſonen wegen ihres Benehmens während des polniſchen Aufſtandes zur Verantwortung gezogen worden, deren Namen und Urtheil veröffentlicht worden iſt. Jedes Straferkenntniß wird in Rußland und Polen durch die Zeitungen publicirt. — Die polniſchen Kriegsgefangenen ſowohl als auch diejenigen Individuen, die man nach der Einnahme von Warſchau temporär aus dem Königreiche entfernt hatte, ſind bereits auf der Rückreiſe nach ihrem Vaterlande begriffen.“

Am 9. und 10. Mai wurde das Gouvernement Saratoff von einem kalten Sturmwinde und Schnee heimgeſucht. Dieſes Wetter dauerte faſt 24 Stunden, während welcher Zeit in den teutſchen Colonien Soſnowsk, Jagodopol, Norsk, Kraſnojarsk und Peniusk 10 auf den Feldern beſchäftigte Coloniſten erfroren; mehrere andere werden noch vermißt. Auch ſollen während dieſes Wetters in den genannten Bezirken über 1690 Pferde und anderes Vieh umgekommen ſeyn.

Teutſchland.

Das königlich baieriſche Regierungsblatt vom 19. Juni enthält umſtändlich den mit dem Königreiche Griechenland abgeſchloſſenen Werbvertrag: 1) Es wird innerhalb der nächſten drei Jahre im ganzen Königreiche Baiern eine Werbung für den Dienſt Sr. Majeſtät des Königs von Griechenland eröffnet, und zwar von 3500 Mann, Soldaten, Gefreiten ꝛc. 2) In München und Landshut, Straubing, Amberg, Neuburg, Nürnberg, Bamberg, Aſchaffenburg und Zweibrücken wird die nöthige Anzahl von Werboffizieren aufgeſtellt. 3) Die Dauer der Capitulation iſt vier Jahre. 4) Se. Majeſtät der König von Baiern geſtatten den Stabs- und Oberoffizieren, dann Junkern und Cadeten des baieriſchen Heeres auf im dienſtlichen Wege geſchehene Anmeldung den zeitlichen Ueber-, und nach Ablauf des Zeitraumes den Rücktritt nach Dienſtrang und Anciennetätsverhältniſſen, ſie werden als Beurlaubte angeſehen. Die Dauer der königlichen Bewilligung iſt auf zwei Jahre beſchränkt. 5) Sämmtliche Stabs-, Oberoffiziere, Junker und Cadeten, dann Andere mit ſtändiger Gage angeſtellte Militärindividuen erhalten eine gegen ihre bisherige Gage um eine Stufe höhere Anſtellung und dabei eine, als Beitrag zu den Equipirungskoſten, einem zweimonatlichen Betrag ihrer neuen Gage gleichkommende Gratification. 6) Die Soldaten und Unteroffiziere erhalten bei ihrer Entlaſſung einen dreimonatlichen Sold für die Koſten der Rückreiſe, und werden überdieß auf Rechnung der griechiſchen Staatscaſſe bis Trieſt oder Venedig koſtenfrei gebracht. Den Stabs- und Oberoffizieren wird die Gage noch ſechs Monate lang aus der griechiſchen Staatscaſſe fortbezahlt.

Wien, den 26. Juni.

Se. k. k. Majeſtät haben dem mit dem k. k. teutſch-erbländiſchen Adel ſchon beehrten penſionirten Major, Georg **Rehland von Ringimfeld**, aus Rückſicht ſeiner beinahe durch dreiunddreißig Jahre geleiſteten ausgezeichneten Kriegsdienſte, auch den ſiebenbürgiſchen Adel, mit Nachſicht der halben Taxe, allergnädigſt zu verleihen geruht.

Am 26. Juni war zu **Wien** der Mittelpreis der

Staatsſchuldverſchreibungen zu 5 pCt. in CM.	95⅞;
detto detto zu 4 pCt. in CM.	—;
Darlehen mit Verloſ. v. J. 1820, für 100 fl. in CM.	—;
detto detto v. J. 1821, für 100 fl. in CM.	—;
Wiener Stadtbanco-Obligat. zu 2½ pCt. in CM.	51;

Kurs auf Augsburg für 100 Gulden Curr., Gulden 98½ Uſo. 2 Monat. — Conv. Münze pCt. —;
Bankactien pr. Stück 1245 in C. M.

Von den **Notizen über Production, Kunſt, Fabriken und Gewerbe**, herausgegeben durch das Ausſtellungsbureau aller Natur-, Kunſt- und Gewerbsproducte des öſterreichiſchen Kaiſerſtaates, ſind die 19te, 20ſte und 21ſte Lieferung erſchienen, zuſammen nun 21 Druckbogen, die im Ausſtellungsbureau, große Schulerſtraße Nr. 824, und in der Carl Gerold'ſchen Buchhandlung am Stephansplatze zu haben ſind. Mit dem 28ſten Bogen wird der Titel und der Inhalt dieſer Notizen ausgegeben und das erſte Quartal geſchloſſen. Pränumeration auf das zweite Quartal dieſer Blätter wird mit 1 fl. 15 kr. C. M. für 25 Druckbogen an beiden oben genannten Orten angenommen.

Der berühmte Virtuos auf der Violine, Hr. **Lafont**, iſt, nachdem er das hieſige Publicum in acht Concerten durch ſein claſſiſches Spiel entzückt hatte, nach Carlsbad abgereiſt. Se. Majeſtät der Kaiſer, Allerhöchſtwelche eines der Concerte dieſes großen Künſtlers im k. k. Hofburgtheater mit Ihrer Gegenwart beehrt hatten, haben demſelben durch Se. Excellenz Ihren Oberſtkämmerer und Oberſthofmeiſters-Stellvertreter, Grafen von **Czernin**, einen koſtbaren Brillantring überreichen zu laſſen geruht.

Hauptredacteur: Joſeph Anton Edler von **Pilat**.

Verleger: Anton **Strauß** ſel. Witwe in der Dorotheergaſſe Nr. 1108.

Nro. 179

Oeſterreichiſcher Beobachter.

Freitag, den 28. Juni 1833.

W ZEITUN 1833

Meteorologiſche Beobachtungen vom 26. Juni.	Zeit der Beobachtung.	Barometer auf 0° Reaumur reducirt.		Thermometer Reaumur.	Wind.		Witterung.
		Pariſer Maß.	Wiener Maß				
	8 Uhr Morg.	27.539	28 Z. 3 L. 7 P.	+ 19.0	O.	ſtill.	dunſtig.
	3 Uhr Nachm.	27.495	28 3 1	+ 25.5	SO.	ſtark.	Wolken.
	10 Uhr Abends.	27.492	28 3 0	+ 18.0	SO.	ſchwach.	trub.

Türkei.

Konſtantinopel, den 10. Juni. Am 1. d. M. begab ſich der Sultan am Bord des großherrlichen Dampfbootes nach Bujukdere, um über die daſelbſt vor Anker liegende ruſſiſche Flotte Muſterung zu halten. Der Kanonendonner ſämmtlicher Kriegsſchiffe begrüßte ihn bei ſeiner Ankunft und der kaiſerl. ruſſiſche Botſchafter Graf Orloff ſowohl, als der Viceadmiral Lazareff fuhren ihm entgegen, um Sr. Hoheit auf dem Dampfboote zu bewillkommen und ſich ſeine Befehle zu erbitten. An Bord des Admiralſchiffes angelangt, drückte Sultan Mahmud ſein Bedauern aus, die Geſandten der anderen großen Höfe nicht daſelbſt anzutreffen, und ſandte den Fürſten von Samos, Stephan Vogorides, an ſie ab, um ihnen den Wunſch zu bezeigen, ſie bei der nächſten Heerſchau, die im ruſſiſchen Lager Statt finden ſollte, zu ſehen. Ueberhaupt war der Großherr ſehr herablaſſend und freundlich und gab zu wiederholten Malen ſein Wohlgefallen an der Schönheit und dem trefflichen Zuſtande der ruſſiſchen Schiffe zu erkennen. Bei der Abfahrt Sr. Hoheit wurden abermals, nicht allein von der Flotte, ſondern auch von allen umliegenden Batterien allgemeine Salven gelöst und ſämmtliche Schiffe flaggten, ſo lange das großherrliche Dampfſchiff im Geſichte war, was einen herrlichen Anblick gewährte.

Am 5. d. M. traf der Artilleriegeneral und Muſchir Halil Paſcha auf einer türkiſchen Fregatte aus Alexandria hier ein. Er hatte bald darauf ſeine Audienz beim Großherrn und mehrere Unterredungen mit den ottomanniſchen Miniſtern.

Am 8. d. M. kam (wie bereits gemeldet) Se. königl. Hoheit der Kronprinz von Baiern, Höchſtwelcher unter dem Namen eines Grafen von Werdenfels am Bord des neapolitaniſchen Dampfſchiffes Franceſco I. die Reiſe nach Griechenland und die Türkei unternommen hat, in dieſer Hauptſtadt an und ſtieg ſammt ſeinem Gefolge im öſterreichiſchen Geſandtſchaftshotel ab, wo Alles zu deſſen Empfang in Bereitſchaft war. An dieſes Gefolge hatten ſich auch der neapolitaniſche Fürſt von Butera, der k. k. Kämmerer Freiherr von Orczy und Marcheſe Strozzi angeſchloſſen. Se. königl. Hoheit gedenkt ſich ein Paar Wochen in Konſtantinopel aufzuhalten, und über Smyrna nach Neapel zurückzukehren.

Der Rückzug des ägyptiſchen Heeres geht in geregeltem Gange voran. Ibrahim Paſcha war am 5. Juni zu Akſchehr (30 Stunden von Kiutahia) angelangt; am 11. ſollte er ſein Hauptquartier zu Konieh (27 Stunden von Akſchehr) aufſchlagen. Wegen der Beſchwerniſſe der Straßen iſt der Marſch der Aegyptier langſam, indem ſie täglich kaum mehr als vier Stunden Weges mit dem ſchweren Kriegsgeräthe zurückzulegen vermögen. — Dieſe Nachrichten ſind durch den kaiſerl. ruſſiſchen Adjutanten Freiherrn von Lieven beſtätigt, welcher von dem Grafen Orloff nach Kleinaſien geſchickt worden war, um Zeuge des Rückzuges der Aegyptier zu ſeyn *). — Unter dieſen Umſtänden trifft die kaiſerl. ruſſiſche Seemacht alle Anſtalten, um ihren Rückzug ebenfalls antreten zu können. Die Zufuhren von Odeſſa und Sebaſtopol ſind längſt eingeſtellt worden und mehreres Geräthe wurde bereits aus dem Bospor nach den ruſſiſchen Häfen zurückgeſchickt. Der Abzug der geſammten Flotte wird Statt finden, ſobald die Nachricht eintreffen wird, daß die Aegyptier die Scheidelinie des Taurus erreicht haben. Allen Berechnungen zufolge wird dieß gegen die Mitte des Juli der Fall ſeyn.

Großbritannien und Irland.

Ihre Majeſtät die Königinn wohnte der Feierlichkeit bei, die jährlich in der St. Paulskirche und in der Wohnung des Lordmayors von dem Vereine zur Erziehung und Verſorgung armer Kinder der Stadt London begangen wird. Die Thüren der Kathedrale waren ſchon frühzeitig von einer großen Volksmenge umgeben, die den feierlichen Einzug der Königinn mit anſehen wollte. Um 11 Uhr beſtieg der Lordmayor mit ſeiner Gemahlinn, begleitet von dem Schwert- und dem Inſignienträger, welche Schwert, Perle und Scepter trugen, ſeine mit ſechs Grauſchimmeln beſpannte Staatskutſche und begab ſich nach Temple-Bar. Ihm folgten die Aldermen und Sherifs. Kurz vor halb 12 Uhr langte der Zug der Königinn, von einem Detaſchement Leibgarde gefolgt, an den Thoren der City an. Der Lordmayor ſtieg nun aus dem Wagen, nahte ſich der Kutſche Ihrer Majeſtät, und bewillkommte die Königinn mit der alten Formel „in der guten Stadt London,“ worauf letztere erwiederte, daß ſie ſich ſehr glücklich ſchätze, mit dem Lordmayor innerhalb der Gerichtsbarkeit Sr. Herrlichkeit zuſammenzutreffen. Der Zug begab ſich nun in folgender Ordnung nach der Kathedrale: Die Gerichtsbeamten der City, die Sherifs, die Aldermen, das Gefolge Ihrer Majeſtät in drei Kutſchen, ein Detaſchement Leibgarde, der Lordmayor, die Königinn, ein Detaſchement Leibgarde. Bei ihrer Ankunft in der Kathedrale wurde die Königinn von dem Herzog von Glouceſter, dem Biſchof von London, dem Diaconus und dem Capitel empfangen und nach ihrer Loge geleitet, während die Orgel den nationalen Doppelchor ſpielte. Der Biſchof von Hereford, Bruder des Lords Grey, hielt die Predigt. Nach Beendigung des Gottesdienſtes begab ſich Ihre Majeſtät, in Begleitung des Herzogs von Glouceſter, des Prinzen Georg von Cambridge, der beiden Prinzen von Solms und ihres Gefolges, in das Haus des Lordmayors.

*) Vergl. Oeſterr. Beob. vom 11. Juni.

Digitized by Google

Die königlichen Herrſchaften traten durch das Hauptthor ein, und wurden von der Lordmayorinn und dem Ceremonienmeiſter mit dem Amtsſtabe empfangen und durch den von einer äußerſt eleganten Geſellſchaft gefüllten Saal nach den Staatszimmern geführt, wo eine auserleſene Collation von Früchten, Eis und dergleichen ſervirt war. Das Geſchirr auf der für die Königinn beſtimmten Tafel war von Gold. Die Geſellſchaft begab ſich ſodann in die ägyptiſche Halle, die aufs Prächtigſte geſchmückt und deren Fußboden mit Scharlachtuch bedeckt war. Am oberen Ende der Halle war ein Staatsſeſſel nebſt Fußſchämel angebracht, über welchen die königliche Fahne und das Panier des Lordmayors flaggten. Ihre Majeſtät nahm auf dem Seſſel Platz, während der Herzog von Glouceſter und der Prinz Georg von Cambridge zur Rechten, die Lordmayorinn zur Linken desſelben ſtanden. Der Lordmayor, der Recorder, die Aldermen und die Sherifs überreichten hierauf der Königinn folgende Adreſſe, die von dem Recorder vorgeleſen wurde: „Genehmigen Ew. Majeſtät, daß ich im Namen des Lordmayors, der Aldermen und der Corporation der Stadt London unterthänigſt um die Erlaubniß bitte, Ew. Majeſtät deren tiefe Dankbarkeit für Ihre huldvolle Herablaſſung, indem Sie die Lordmayors-Wohnung dieſer City mit Ihrer königlichen Gegenwart beehren, ausdrücken zu dürfen; wir theilen von Herzen mit allen Unterthanen Sr. Majeſtät die Bewunderung der ausgezeichneten Tugenden, welche die erlauchte Gemahlinn unſers geliebten Souverains in ſo hohem Grade ſchmücken, ſo wie des glänzenden Vorbildes und Beiſpiels, welches ſie dem Geſchlechte darbieten, von deſſen Wohlverhalten das Glück und die theuerſten Intereſſen des häuslichen Lebens und einer tüchtigen geſellſchaftlichen Ordnung ſo weſentlich abhängen. Der mächtige Antrieb, womit Ew. Majeſtät huldreiches Erſcheinen in St. Paul die wohlthätigen Zwecke dieſes Tages angefeuert hat, wird den Herzen der Londoner Büeger und des ganzen Publicums ſtets tief eingeprägt bleiben. Geruhen Sie, die innigſteu Wünſche und Gebete zu empfangen, daß Ew. Majeſtät ſich mit ihrem ſo huldvollen Souverain eine lange Lebenszeit hindurch der höchſtmöglichen Wohlfahrt und Geſundheit erfreuen mögen, und genehmigen Sie unſere zuverſichtlichſte Ueberzeugung, daß Ew. Majeſtät erlauchter Name und erhabener Character der ſpäteſten Nachkommenſchaft auf dem glänzendſten Blatte unſerer Geſchichte überliefert werden wird.“ — Hierauf antwortete die Königinn mit folgenden Worten, die ſie von einem Papiere ablas: „Herr Recorder! Ich danke Ihnen aufrichtigſt für die ehrerbiethige und herzliche Adreſſe, die Sie Mir Namens des Lordmayors, der Aldermen und der Corporation der Stadt London überreicht haben. Die loyalen und ergebenen Aeußerungen mit Hinſicht auf den König, Meinen Gemahl, und die Geſinnungen Ihres ehrerbiethigen Gefühls gegen Mich, werde Ich ſtets dankbar in Meinem Gedächtniß bewahren; und ich bitte Sie, verſichert zu ſeyn, daß es von Meiner Seite an keiner Anſtrengung fehlen ſoll, um durch Meine Unterſtützung und Hülfe die ſo ſchätzbaren Handlungen der Mildherzigkeit zu befördern, denen ich heute beigewohnt, und die nebſt vielen anderen über die menſchenfreundlichen Geſinnungen dieſer größten Stadt der Welt ein ſo ehrenvolles Licht verbreiten.“ — Nach dieſer Ceremonie begrüßte Ihre Majeſtät die Lordmayorinn, und der Lordmayor ſtellte der Königinn die Aldermen und die angeſehenſten Mitglieder der Corporation vor. Die Königinn blieb noch über eine halbe Stunde zugegen und bezeigte dem Lordmayor und ſeiner Gemahlinn ihre hohe Zufriedenheit über den Empfang, den ſie bei den Bürgern der guten Stadt London gefunden habe.

Der Herzog und die Herzoginn von Cumberland und die beiden Prinzen von Solms ſpeiſten am 13. d. M. bei Ihren Majeſtäten im St. Jamespallaſt. Der Herzog und die Prinzen begleiteten ſodann die Königinn in ein von dem Verein für ältere Muſik veranſtaltetes Concert, in welchem Werke von Händel, Haydn, Mozart und Gluck aufgeführt wurden.

Der geſtern erwähnte heftige Artikel der Times, dem man das Sinken der engliſchen Fonds Schuld gab, lautet im Weſentlichen: „Die Torypartei ſcheint nun entſchloſſen zu ſeyn, die ganze Nation ihrem Willen zu unterwerfen, und die koſtbarſten und wichtigſten Rechte ſollen den ſelbſtiſchen Abſichten eines Theils der Ariſtokratie geopfert werden. Das wird nie geſchehen. Eine Meinungsverſchiedenheit zwiſchen den beiden Häuſern über ſehr ernſte Fragen führt conſtitutionnelle Gefahren von der höchſten Wichtigkeit herbei. Parlamentsreform gehört zu dieſen Fragen, Kirchenreform gleichfalls, und dieſe iſt vielleicht die gefährlichſte von allen, worüber beide Häuſer in Uneinigkeit gerathen können. Es iſt ein thörichtes Geſchwätz zu ſagen, die Lords könnten nach Gefallen ſo oder ſo handeln. Das können ſie, ſie müſſen aber auch die Folgen tragen. Die engliſche Nation will ſich nicht um ihre Wohlfahrt betrügen laſſen aus Nachſicht für abſtracte, wenn auch anerkannte Rechte des Oberhauſes. Wenn dieſe Rechte auf eine unkluge und verderbliche Weiſe ausgeübt werden, dann werden ſie mißbraucht, und ſolchem Mißbrauch wird ein einſichtsvolles und hochgeſinntes Volk ſich widerſetzen. Wenn ein Theil nachgeben muß, ſo müſſen es die Pairs thun, denn die Nation will nicht und darf nicht, weil ihre Lebensintereſſen betheiligt ſind. Wir haben Grund zu befürchten, daß die Führer der ſogenannten Conſervativfaction einen Krieg gegen die Nation beabſichtigen, nicht einen Krieg mit Worten und legiſlativen Maaßregeln, ſondern mit Säbrl und Bayonnet. Es gibt Leute, die unmittelbar nach ihrem Eintritte in die Regierung ſich förmlich gegen alle und jede Reform von Mißbräuchen erklären, und es offen ausſprechen wollen, daß Reform und Republikanismus identiſch ſind, und daß man beide, was es auch koſten möge, niederdrücken, und wenn das Volk Miene machte, auch nur den geringſten, ſelbſt conſtitutionnellen Widerſtand zu leiſten, der Handſchuh hingeworfen werden muß, die Truppen aufgerufen und die Fahne des Deſpotismus im Namen unſers geradſinnigen, conſtitutionnellen und geliebten Monarchen aufgepflanzt werden ſoll. In dieſer Angabe iſt nichts figürlich zu verſtehen, ſondern alles wörtlich gemeint. Der Gegenſtand war in dem conſervativen geheimen Rathe wohl erwogen. Die Armee wird als völlig ergeben geſchildert. Was das Schickſal deſſen, der ſo blutgierige und verrätheriſche Pläne hegt, ſeyn könnte, ja ſeyn müßte, ward, wie wir vermuthen, nur leicht erwähnt. Die Militär- und Hoffaction — nur die höchſte Perſon macht eine edle Ausnahme — ſind thöricht genug, ſich einzubilden, daß, wenn gewiſſe Perſonen nur einmal am Ruder wären, ſo würde der Kampf eine neue Geſtalt gewinnen, und die Schlacht noch gewonnen werden. Wer ſo das Volk beurtheilt, iſt der unwiſſendſte, bethörteſte Menſch von der Welt; drei Monathe nach einem ſolchen Verſuche wäre nicht eine Spur mehr von der Conſervativpartei im Königreiche. Inzwiſchen ſollte jede Stadt und jede Grafſchaft ſich auf das Schlimmſte gefaßt machen. Petitionen, Vorſtellungen, Erklärungen, daß man einem Conſervativminiſterium mißtraue, ſollten auf den Nothfall in Bereitſchaft ſeyn. Das Unteehaus muß Acht haben, und wenn Ereig-

niſſe es nöthig machen, Reſolutionen und Adreſſen an den Souverain erlaſſen, daß beſtimmte Perſonen, die wir jetzt nicht mit Namen nennen wollen, für immer aus dem Dienſte der Krone entfernt und aus der königlichen Gegenwart verbannt würden. Im Augenblicke, wo die Ernennung eines Miniſters, der mit dem Schwerte zu regieren gedenkt, bekannt wurde, ſollte das Unterhaus eine Bill ans Oberhaus ſenden, wornach die Garden und die ganze jetzige Armee nach Haus entlaſſen würden. Eine Nation muß über Einzelnheiten nicht ſcrupulös ſeyn, wenn ihre Exiſtenz oder ihre Freiheiten bedroht ſind. Unſerer Meinung nach beſtand Großbritannien nie eine ſo unheilſchwangere Kriſis, als die, an deren Vorabend wir ſtehen. Was die Auflöſung des jetzigen Unterhauſes betrifft, ſo kann nur Ein Mann unter den Conſervatives ſo blind ſeyn, den Verſuch zu wagen, — es iſt derſelbe, der den großen Fehler beging, ſich gegen alle Parlamentsreform zu erklaren, und ſie gerade dadurch hervorrief." — In gleichem Geiſte ſagt die **Morning-Chroniele**: „Unſere Vorherſagungen hinſichtlich des Complottes des Oberhauſes, das jetzige Miniſterium zu ſtürzen, konnen ſich bälder, als wir befürchteten, realiſiren. Cabalen und Intriguen ſind von allen Seiten im Gange. Gewiſſe, theils legitime, theils illegitime Zweige einer erlauchten Familie ſind, wie bei dem Widerſtande gegen die Reformbill, ungewöhnlich thätig, Stimmen zu ſammeln für die gedrohte Colliſion. Selbſt der Hof ſoll nicht aufrichtig ſeyn. So ging immer das Gerücht, wenn die Sachen einer Kriſis nahten, und der Erfolg wird wahrſcheinlich derſelbe ſeyn, wie früher, als der temporäre Triumph über die ſchwächeren Gefühle des Souverains nur bewies. wie hoffnungslos aller Widerſtand gegen den Willen des Volkes ſei. Wie oft kann dieſes Spiel ohne Gefahr revolutionnärer Bewegungen wiederholt werden? Mogen die vor den Folgen ſich wahren, welche die Kriſis herbeirufen. Die Biſchofe ſind unheilbar und unrettbar. Eine Bill wird nächſtens im Unterhauſe durchgehen, und die Biſchöfe daraus entfernen. Die Herzoge von Glouceſter und Cumberland mögen ſich erinnern, daß eine Adeeſſe des Unterhauſes ſie, wie den Herzog von York, von dem Hofe des Konigs entfernen, und ihnen die Mittel nehmen kann, gegen das Miniſterium und die öffentlichen Intereſſen zu conſpiriren. Wir bitten dieſe mächtigen und weiſen Häupter, die öffentliche Meinnng nicht mit Verachtung zu behandeln. Und wenn es ſogar noch vornehmere Perſonen gibt, als ſie, — ſeien es Männer oder Frauen, welche glauben, das engliſche Volk werde, ohne die Urheber ſolcher Unfälle zur Rechenſchaft zu ziehen, abermals die Scenen und Gefahren über ſich ergehen laſſen, welche den unſinnigen Verſuch des Herzogs von Wellington und Hrn. Barings begleiteten, bei der temporären Niederlage der Reformbill ein Miniſterium bilden zu wollen, ſo bitten wir ſie, bei wohlunterrichteten Perſonen ſich zu erkundigen, auf welche Gefahr hin ein ſolcher Verſuch gemacht werden kann. Wir ſagen dem Volke, daß eine Kriſis nahe bevorſteht, und daß es ſich bereit halten muß, die Rüſtung anzulegen zum Kampfe. Wenn unſere warnende Stimme keinen Eindruck machen ſollte, dann mag, wie man vor Alters ſich ausdrückte, des Herrn Wille geſchehen. Wir werden den Gang der kommenden Ereigniſſe mit der größten Wachſamkeit beobachten."

Dagegen heißt es in der **Morning-Poſt**: „Die miniſteriellen Journale haben mit wunderbarer Uebereinſtimmung die Verwerfung der iriſchen Kirchenreformbill vorausgeſagt und verkündet, daß Erſchütterungen und Bürgerkrieg die Folge ſeyn werden. Auch wir ſagen die Verwerfung der iriſchen Kirchenreformbill voraus, aber nicht als eine Folge von Intriguen, ſondern weil im Oberhauſe noch Achtung für Gerechtigkeit und Anhänglichkeit an den proteſtantiſchen Glauben iſt. Auch wir verkünden, daß aus dieſer Verwerfung ein Kampf erfolgen wird, in welchem das Vaterland die Klugheit und Rechtſchaffenheit ſeiner beſten Söhne nöthig haben wird. Wir ſehen einen Kampf voraus, weil einige erbärmliche Enthuſiaſten und einige elende Verräther ſo ſchnell wie möglich und durch die verzweifelrſten Mittel die erbliche Pairie ſtürzen wollen. Cabalen und Intriguen, ſagt man, werden allenthalbengeſpielt; dieſe ſind für Leute nöthig, die gegen unſere Inſtitutionen ſich verſchwören; ſie ſind überflüſſig für Leute, die zu ihrer eigenen Vertheidigung ſich verbinden. — Cabalen und Intriguen ſind denjenigen dienſam und förderlich, welche die gewiſſenhafte Meinung des Hauſes der Lords erſticken wollen; ſie ſind unter der Würde derer, welche dieſer Meinung anhängen oder ſelbe reſpectiren. Cabalen und Intriguen ſind die Waffen der Miniſter des Königs, die von ihrem königlichen Herrn verfaſſungswidrige Verſprechungen erpreſſen wollen; ſie ſind haſſenswerthe Mittel in den Augen der loyalen Unterthanen, die ihrem Könige in dem freien Gebrauche ſeines geſunden Urtheiles keine Hinderniſſe in den Weg legen wollen. „Dann kommt — ſo lautet die Warnung — „der Widerſtand einer Majorität von Pairs gegen den „König, durch ſeine Miniſter repräſentirt, — gegen das „Haus der Gemeinen, den Repräſentanten des Volkes von „England — und gegen die Nation ſelbſt, Kirchſpiel fur „Kirchſpiel und Haus für Haus." Dieß iſt tolle Geifer verabſcheuungswürdiger Falſchheit. Wenn die Frage ſo ſteht: ob die Macht und die Prärogative des Hauſes der Lords aufrecht erhalten werden ſollen? iſt es nicht eine Verläumdung der ſchwärzeſten Art, zu behaupten, daß der König, daß das Haus der Gemeinen, daß das Volk von England bereitet ſeien, deren Vertilgung zu beſchließen?"

Conſols am 17. Juni $89\frac{1}{8}$, $\frac{3}{8}$. (Der Stand der Conſols am 15. war geſtern irrig $90\frac{1}{8}$ ſtatt $89\frac{1}{8}$ angegeben.)

Frankreich.

In der Sitzung der **Deputirtenkammer** vom 17. Juni wurde über das Rechnungsgeſetz von 1831 berichtet. Die Kammer nahm 12 Entwürfe, örtliche Intereſſen betreffend, mit 228 weißen gegen 4 ſchwarze Kugeln an. Die Tagesordnung kam an Erörterung des Geſetzes über den Elementarunterricht. Der **Präſident**: Es liegen mehrere Syſteme vor. Die Deputirtenkammer hatte die Communalſchulen unter die Aufſicht des Maires und des Municipalconſeils geſtellt; die Pairskammer hat ein Localcomité der Aufſicht geſchaffen, das aus einer gewiſſen Zahl von Mitgliedern mit verſchiedenen Befugniſſen beſteht. Die Commiſſion hat letzteres beibehalten, will aber die Befugniſſe deſſelben beſchränken. Hr. **Guizot** erklärte, die Regierung trete dem Commiſſionsentwurfe bei. Es entwickelte ſich nun eine Erörterung über dieſe verſchiedenen Syſteme und über mehrere Amendements. Die letzteren wurden alle verworfen. Auch ein Antrag des Hrn. Girod, daß die Mitglieder der kleinen Bezirkscomité's dem Könige den Eid der Treue leiſten ſollten, wurde verworfen.

In der Sitzung der **Deputirtenkammer** vom 18. Juni forderte Marſchall **Clauzel** die Regierung auf, ſich in Bezug auf **Algier** zu erklären. Er fragte, ob die Miniſter die Abſicht hätten, bloß einige Punkte der Küſte beſetzt zu halten, oder das Land zu coloniſiren, oder aber es ganz zu räumen. Der **Kriegsminiſter** erwiederte: „Ich werde ſo beſtimmt als möglich antwor-

ten, damit die Kammer endlich befriedigt werde, und die Geſinnung der Regierung erfahre. Die erſte Frage betreffend, antworte ich, daß die Regierung in Bezug auf die theilweiſe oder gänzliche Beſetzung der afrikaniſchen Küſte noch keinen feſten Entſchluß gefaßt hat. Wir halten gegenwärtig drei der wichtigſten Punkte beſetzt. Es wäre möglich, daß, wenn es entweder für die Befeſtigung der Beſetzung, oder für die Vertheidigung, oder für die Intereſſen Frankreichs nützlich erachtet würde, noch ein oder zwei weitere Punkte beſetzt würden. Darüber iſt noch nichts beſchloſſen, es kann aber geſchehen. Die Coloniſirung von Algier betreffend, ſo antworte ich, daß die Abſicht der Regierung iſt, dieſe ſo viel wie möglich zu begünſtigen. Sollten ſich Compagnien darbieten, um die Koſten auf ihre Rechnung zu beſtreiten, ſo würden ſie von Seiten der Regierung allen möglichen Schutz finden. Wir glauben aber nicht, daß es im Intereſſe Frankreichs liegt, daß die Regierung ſich ſelbſt mit der Coloniſirung beſchäftigt. Der Marſchall Clauzel hat endlich gefragt, ob es in der Abſicht der Regierung liege, Algier zu räumen? Ich antworte, daß die Regierung in dieſe Hinſicht keine Verpflichtung mit irgend einer fremden Macht eingegangen hat. Sie hat durchaus freie Hände, das zu thun, was die Ehre Frankreichs erfordern dürfte. Ich ſetze hinzu, daß es bis jetzt der Regierung nicht in den Sinn gekommen iſt, Algier zu räumen; daß ihr ganzes Betragen in dieſem Lande und auf der Küſte von Afrika beweiſt, daß ſie die Abſicht hat, die Beſetzung ſo zu befeſtigen, daß ſie von Niemandem etwas zu fürchten hat. Wenn die Kammer eine umſtändlichere Antwort wünſcht, ſo bin ich bereit, in Details einzugehen." (Im den Centrums: Nein! Nein!) Marſchall Clauzel: „Ich bin durch die klaren und beſtimmten Erläuterungen des Präſidenten des Conſeils, deſſen thätige Sorgfalt für unſere Beſitzungen in Afrika ich ſchon lange kenne, völlig befriedigt. Ich erkläre daher, daß die Entſchließungen der Regierung Frankreich und die Franzoſen in Algier zufriedenſtellen und dazu beitragen werden, in kurzer Zeit der Colonie eine wichtige Entwicklung zu geben, woraus Frankreich unermeßliche Vortheile ziehen wird. Meine Frage hatte keinen andern Zweck, als den Arbeitern in Algier zureichende Garantien und Vertrauen in die Zukunft zu geben. — Die Kammer ging hierauf zur Erörterung des Geſetzes, den Elementarunterricht betreffend, über, und nahm daſſelbe mit 219 weißen gegen 57 ſchwarze Kugeln an. Die Tagesordnung kam dann an das Geſetz, den Tractat mit den vereinigten Staaten betreffend, und an das Einnahmebudget, welches mit 239 gegen 69 Stimmen angenommen ward.

Am 18. Juni 5Percents Fin Courant geſchloſſen zu 104 Fr. 10. 3Percents Fin Courant geſchloſſen zu 78 Fr. — Am 19. Juni um 1¼ Uhr Nachmittags 5Percents 103 Fr. 85. 3Percents 77 Fr. 75.

Niederlande.

In der Schlußſitzung der beiden Kammern der Generalſtaaten am 17. Juni hielt der Miniſter des Innern folgende Abſchiedsrede an dieſelben: „Edelmögende Herren! Während gegenwärtiger Seſſion, welche zu ſchließen ich beauftragt bin, ſind unſer Handel und unſere Schifffahrt angegriffen worden; überlegene Streitkräfte haben die Citadelle von Antwerpen überfallen, worin unſere Soldaten und Seeleute heldenmüthig den Ruhm Niederlands aufrecht erhalten und eine große Menge tapferer Männer ihre Treue mit Blut beſiegelt haben. Ihre Mitwirkung, edelmögende Herren, hat der Regierung beigeſtanden, ruhig dieſen neuen Ungewittern die Stirne zu bieten. Ein durch Geſetz gebotenes Anlehen iſt durch die Vaterlandsliebe der Nation realiſirt worden. Unſere eigenen Hülfsquellen waren von Neuem hinreichend, um die Vertheidigung unſeres Bodens, unſerer Ehre und Unabhängigkeit zu ſichern. Das Geſetz über den Landſturm würde, erforderlichen Falles, die Vertheidigung noch bedeutender gemacht haben. Der Staatscredit war fortwährend geſichert; die Geſetze des Budgets und andere Finanzgeſetze haben dazu beigetragen, denſelben zu conſolidiren. Mitten unter dieſen Arbeiten, und Trotz der kritiſchen Stellung, worin ſich das Vaterland befand, hat die Geſetzgebung das hohe Intereſſe nicht aus dem Geſicht verloren, welches der Beſitz eines Geſetzbuches, aus Nationalgeſetzen beſtehend, gewähren muß. Dieſe wichtige Arbeit wurde mit Eifer, zugleich auch mit nöthiger Klugheit fortgeſetzt, und eilt ihrer Vollendung entgegen. Der Ihrer Verſammlung mitgetheilte Tractat hat den gegen das Land ausgeübten Handlungen der Gewaltthätigkeit ein Ende gemacht. Er gibt dem Vaterlande unſere Fahrzeuge ſammt deren Ladungen zurück und hat dem Vaterlande und dem Könige die tapferen Vertheidiger der Antwerpener Citadelle wiedergegeben. Auf dieſe Weiſe iſt neue Hoffnung vorhanden, daß über die belgiſche Frage eine endliche Uebereinkunft zu Stande komme, eine Frage, die ſchon lange Zeit ein Gegenſtand der Unruhe und der Unbehaglichkeit, ſowohl für Niederland als auch für einen großen Theil von Europa, geweſen. Der König, edelmögende Herren, wünſcht baldigſt dieſe endliche Uebereinkunft herbeigeführt, und während man Alles aufbietet, dieſen Zweck, mit Aufrechthaltung der Ehre und Intereſſen von Altniederland, zu erreichen, wird man mit aller nur möglichen Behutſamkeit, und wie es die Umſtände zulaſſen, die für den außerordentlichen Dienſt der Marine und des Krieges neu bewilligten Subſidien während der kommenden vier Monate verwenden. Ich bin beauftragt, Ihnen deßfalls, edelmögende Herren, die Verſicherung zu wiederholen. Ich erkläre im Namen des Königs die gegenwärtige ordentliche Seſſion der Generalſtaaten für geſchloſſen."

Teutſchland.

Am 17. Juni wurden in Mainz die Aſſiſen vom dritten Quartal unter dem Vorſitze des Hrn. Pittſchaft in Anweſenheit einer großen Zahl Zuhörer eröffnet. Unter den von dem Gerichtshofe zu behandelnden Rechtsſachen iſt eine Anklage gegen zehn Einwohner von Büdesheim wegen Rebellion mit Waffen und in Vereinigung von mehr als drei Perſonen gegen das Gränzaufſichtsperſonal. Ein Ackersmann iſt außerdem der Aufreizung zu dieſer Rebellion durch Reden vor der verſammelten Menge beſchuldigt.

Späteren Nachrichten aus Stuttgart vom 22. Juni zufolge, wären die in eines unſerer letzten Blätter aus der allgemeinen Zeitung aufgenommenen Angaben über die Entdeckung einer Verſchwörung in der königl. württembergiſchen Armee dahin zu berichtigen, daß ein einziger Lieutenant und mehrere Unteroffiziere als Mitſchuldige und Mitwiſſende feſtgenommen worden ſind.

Am 27. Juni war zu Wien der Mittelpreis der

Staatsſchuldverſchreibungen zu 5pCt. in CM.	95 1/16;
detto detto zu 4pCt. in CM.	—;
Darleh. mit Verlooſ. v. J. 1820, für 100 fl. in CM.	—;
detto detto v. J. 1821, für 100 fl. in CM.	135;
Wiener-Stadtbanco-Obligat. zu 2½ pCt. in CM.	54¼;
Conv. Münze pCt. —;	

Bankactien pr. Stück 1248 in CM.

Hauptredacteur: Joſeph Anton Edler von Pilat.
Verleger: Anton Strauß ſel. Witw.; in der Dorotheergaſſe Nr. 1108.

№ 180

Oeſterreichiſcher Beobachter.

Sonnabend, den 29. Juni 1833.

Meteorologiſche Beobachtungen vom 27. Juni	Zeit der Beobachtung	Barometer auf 0 Reaumur reducirt. Pariſer Maß.	Barometer auf 0 Reaumur reducirt. Wiener Maß.	Thermometer Reaumur.	Wind.		Witterung.
	8 Uhr Morg.	27.509	28 Z. 3 L. 3 P.	+ 18.0	SO.	ſchwach.	Wolken.
	3 Uhr Nachm.	27.538	28 3 7	+ 25.0	SO.	mittel.	——
	10 Uhr Abnds.	27.560	28 3 11	+ 16.0	SO.	——	trüb.

Großbritannien und Irland.

Am 17. Juni erſchien im Oberhauſe Hr. Ch. Grant mit mehreren Mitgliedern des Unterhauſes an der Barre, und erſuchte Ihre Herrlichkeiten, eine Deputation zu ernennen, um ſich mit einer Commiſſion des Unterhauſes in dem gemahlten Saale (painted chamber) über Angelegenheiten in Bezug auf den Freibrief der oſtindiſchen Compagnie zu berathen. — Die Deputation wurde ſogleich ernannt, und kehrte nach kurzer Zeit mit den vom Unterhauſe bereits angenommenen Reſolutionen *) zurück, welche vorgeleſen und zum Drucke verordnet wurden. — Der Graf von Winchilſea ſchilderte die nachtheiligen Wirkungen, welche, ſeiner Anſicht nach, durch die politiſchen Unionen auf die Sitten und Gewohnheiten des Volkes hervorgebracht würden, und fragte den Grafen Grey, ob es die Abſicht der Regierung ſei, Maaßregeln zu ergreifen, um die politiſchen Unionen zu unterdrücken. — Graf Grey erwiederte, die Regierung würde niemals mit dem Vorſchlagen von Maaßregeln, welche ſie für die Sicherheit des Staates für nothwendig hielt, im Rückſtande bleiben; er ſei aber der Meinung, daß es gegenwärtig nicht nöthig wäre, irgend ein neues Geſetz zur Unterdrückung jener Unionen einzubringen. — Graf Eldon beſchwerte ſich über die Nachſichtigkeit der richterlichen Beamten der Krone gegen die Schmähungen der Preſſe, und tadelte es namentlich, daß man die ſchändlichſten Angriffe gegen die Würde des Oberhauſes ungeſtraft hingehen laſſe. Lord Melbourne bemerkte, daß man durch Verfolgung der Journale in der Regel zu größerer Verbreitung gefährlicher Ideen Anlaß, und den Journaliſten oft eine willkommene Gelegenheit gäbe, als Märtyrer zu erſcheinen; deßhalb müſſe man vielleicht nicht zu verſchwenderiſch mit Preßprozeſſen ſeyn; nichtsdeſtoweniger aber habe die jetzige Verwaltung mehr Unterſuchungen der Art eingeleitet, als irgend ein früheres Miniſterium. In Bezug auf die politiſchen Unionen theile er die Anſicht ſeines edlen Freundes, daß nämlich ſtrengere Geſetze gegen dieſelben nicht nothwendig ſeien, ſondern daß die Regierung im Stande zu ſeyn glaube, durch die beſtehenden Geſetze jeden Verſuch zu Unordnungen und Gewaltthätigkeiten zu unterdrücken. — Der Lordkanzler trug demnächſt darauf an, daß ſich das Haus in einen Ausſchuß über die Bill in Bezug auf die Localgerichtshofe verwandle, und leitete ſeinen Vortrag über dieſen Gegenſtand durch folgende Worte ein: „Ich wünſche Ew. Herrlichkeiten und dem Lande Glück, daß Sie ſich zu der Berathung über dieſen Gegenſtand ſo zahlreich eingefunden haben. Es zeige, daß Sie von der großen Wichtigkeit der uns vorliegenden Frage durchdrungen ſind, — es zeigt, daß Sie bereit ſind, dieſelbe mit der Ruhe und Bedächtigkeit zu erörtern, welche der Gegenſtand erheiſcht, und es gewährt ſowohl denen, welche der Maaßregel befreundet ſind, als dem Lande im Allgemeinen die gegründete Hoffnung, daß die Bill in allen ihren Details gründlich und reiflich erwogen werden wird. So lange Ew. Herrlichkeiten fortfahren, Ihre Pflichten auf dieſe Weiſe zu erfüllen, — ſo lange Sie zeigen, daß Sie den Gegenſtänden die größte Aufmerkſamkeit widmen, für welche ſich Ihre Mitbürger am lebendigſten intereſſiren, — ſo lange Sie jeden Vorſchlag, der die Verbeſſerung der Lage des Volkes oder der Geſetze bezweckt, nicht allein ſorgfältig prüfen, ſondern auch günſtig aufnehmen, — ſo lange Sie Ihre Geneigtheit zu erkennen geben, ſich den Geſinnungen Ihrer Landsleute zu fügen, wenn dieſe Geſinnungen ſich allgemein zu erkennen geben, und keinen Widerſpruch in Ihrem Gewiſſen finden, — ſo lange werden Unionen vergebens Pläne ſchmieden, Verſammlungen vergebens Statt finden, der Pöbel vergebens raſen, und die Zügelloſigkeit der Preſſe Sie vergebens mit allen Kräften angreifen. So lange Sie aufrichtig das Beſte der Nation wollen und befördern, ſo lange wird Ihre Würde und Ihre Macht nicht gefährdet werden können." Der Redner ging hierauf auf den Gegenſtand ſelbſt ein, der ein mehr örtliches Intereſſe hat. Er ſuchte darzuthun, daß durch die beabſichtigte Vermehrung der Gerichtshöfe und deren Vertheilung im Lande nicht allein eine ſchnellere, ſondern auch eine wohlfeilere Gerechtigkeit gehandhabt werden würde. Uebrigens ſolle die Maaßregel vorläufig nur verſuchsweiſe in ein oder zwei Grafſchaften eingeführt, und erſt, wenn die Zweckmäßigkeit derſelben ſich erwieſen, allgemein werden. — Lord Lyndhurſt widerſetzte ſich der Bill aus dem Grunde, daß dieſelbe eine unnütze Neuerung ſei. Man könne, ſeiner Anſicht nach, die jetzt beſtehenden Gerichtshöfe ſo verändern, daß alle wirklichen Mißbräuche abgeſchafft würden, ohne daß es deßhalb nöthig ſei, neue Gerichtshöfe zu errichten, welche die Juſtizverwaltung nur erſchweren würden. Er trug als Amendement darauf an, daß man ſich heute über drei Monate in einen Ausſchuß über die vorliegende Bill verwandeln ſolle. — Nach einer Entgegnung des Lordkanzlers wurde das Amendement ohne Abſtimmung verworfen, und das Haus bildete den beantragten Ausſchuß, nahm einige Clauſeln der Bill an, und verſchob die weitere Berathung bis auf Freitag den 21. Juni.

In der Sitzung des Unterhauſes vom 17. Juni trug Lord Aſhley auf die zweite Leſung der von ihm eingebrachten Bill in Bezug auf die Arbeiten der Kinder in den Fabriken an. Lord Althorp gab zu, daß es nothwendig ſei, die von Kindern in den Fabriken verlangten Arbeiten ſtrenger zu controlliren. Der Bericht des

*) Vergl. Oeſterr. Beob. vom 25. Juni.

zur Prüfung dieſes Gegenſtandes niedergeſetzten Ausſchuſſes ſei noch nicht ganz fertig, man dürfe aber denſelben in einigen Tagen erwarten, ſo daß er dem Hauſe noch vor der dritten Leſung vorgelegt werden könne. Der Ausſchuß ſei übrigens der Meinung, daß die Bill in Bezug auf Kinder unter 14 Jahren nicht weit genug, in anderer Beziehung aber zu weit gehe. Er (Lord Aſhley) wolle ſich der zweiten Leſung und alſo dem Grundſatze der Bill nicht widerſetzen; über die nöthigen Veränderungen würde man ſich im Ausſchuſſe verſtändigen konnen. Lord Aſhley erſuchte, den Bericht des niedergeſetzten Ausſchuſſes ſobald als möglich drucken zu laſſen, und ſagte, er konne bei dieſer Gelegenheit nicht unterlaſſen, zu bemerken, daß im Publicum viele Klagen über die Art und Weiſe, wie der Ausſchuß die Zeugen vernommen habe, laut geworden wären. Lord Althorp ſagte, daß er ſich natürlich auf Widerlegung ſolcher Anklagen in dieſem Augenblick nicht einlaſſen könne. Der Ausſchuß möge zu Werke gegangen ſeyn, wie er wolle, das Reſultat ſei, daß er ſich mit dem Grundſatze der Bill des edlen Lords einverſtanden erklärt, und nur die Veränderung in Antrag gebracht habe, daß die Arbeitszeit für Kinder unter 14 Jahren nicht auf 10, ſondern auf acht Stunden beſchränkt werden ſolle. Die Bill wurde darauf zum zweiten Male verleſen. — Auf den Antrag des Lords Althorp bildete das Haus einen Ausſchuß, um die Berathungen über die Bill in Betreff der zeitlichen Angelegenheiten der irländiſchen Kirche fortzuſetzen. Mehrere Clauſeln wurden ohne Eeorterung angenommen. Bei Gelegenheit eines Amendements des Hrn. Goring in Bezug auf die eventuelle Verſetzung eines irländiſchen Biſchofs bemerkte Hr. C. Buller, daß er das Amendement beſonders deßhalb unterſtütze, weil man allgemein glaube, daß die Bill an einem andern Orte lebhaften Widerſtand finden würde, und man daher ſuchen müſſe, ſie im Voraus ſo populär als moglich zu machen. — Hr. Stanley machte auf das Unpaſſende und Gefährliche eines ſolchen Argumentes aufmerkſam, welches nur darauf derechnet ſeyn könnte, eine gereizte Stimmung zwiſchen zwei Staatsgewalten hervorzubringen. Hr. Goring ſagte, daß, wenn man, wie das Gerücht gehe, mit dem andern Hauſe über die vorliegende Maaßregel in Colliſion kommen ſollte, man allerdings im Voraus darauf denken müſſe, die Maaßregel ſo gut und ſo populär als möglich zu machen, damit das Volk ſehen könne, daß man hier ſeine Intereſſen ſehr wohl, im andern Hauſe des Parlamentes aber nicht berückſichtige. („Ordnung! Ordnung!") Das Amendement wurde zurückgenommen. — Die 32ſte Clauſel der Bill, welche die Verminderung der Zahl der irländiſchen Biſchöfe feſtſetzt, gab zu einer längeren Debatte Anlaß. Hr. Shaw trat als eifrigſter Gegner der Clauſel auf, welche er als einen Angriff auf die in Jeland beſtehende Kirche detrachtete, deren Einfluß durch die Verminderung der Zahl der Biſchöfe geſchwächt werde. Man ſolle, ſagte er, doch ja nicht vergeſſen, daß die Exiſtenz der Union hauptſächlich von dem Einfluſſe der proteſtantiſchen Kirche in jenem Lande abhänge. Als Amendement trug er darauf an, daß das Gehalt der Biſchofe auf 4000 Pf. St. jährlich reducirt, die Zahl deeſelben ader beibehalten werde. Lord Althorp ſagte, die Beibehaltung der jetzigen Anzahl von Biſchofen mit 20 oder 30 Kirchſpielen in jeder Diöceſe würde ein wahrer Scandal ſeyn (hört!); — er meine, daß dieß ſo ſehr mit dem in England befolgten Syſtem im Widerſpruch ſtehe, daß die Beibehaltung nicht zum Heil der Kirche ausſchlagen konne. Die in der Clauſel vorgeſchlagene Veeänderung ſei weſentlich nöthig, um viele gegen die Kirche in Irland vorgebeachten Einwendungen aus dem Wege zu räumen. Hr. Shaw nahm zuletzt ſein Amendement zurück, und die Clauſel ging ohne Abſtimmung durch. — Nach ſiebenſtündiger Sitzung war der Ausſchuß bis zur 39ſten Clauſel gelangt, und Lord Althorp willigte auf den Wunſch mehreeer Mitglieder in die Vertagung, jedoch mit dem Bemerken, daß er alle Tage auf Bildung des Ausſchuſſes antragen werde, bis alle Clauſeln erledigt wären. — Lord Ebrington erhielt am Schluß der Sitzung noch Erlaubniß, eine Bill einzubringen, welche eine Uebereinſtimmung des Maaßes und des Gewichtes in den drei Königreichen einzuführen beabſichtigt. Das Haus veetagte ſich um halb 3 Uhr.

Am 15. Juni beehrten Ihre Majeſtäten ein von dem Grafen und der Gräfinn Howe veranſtaltetes Diner mit Ihrer Gegenwart und kehrten dann nach Windſor zurück.

Am 14. d. M. gab der Herzog von Wellington einer ſehr zahlreichen Geſellſchaft von Conſervatiomitgliedern beider Parlamentshäuſer ein glänzendes Diner. Am 15. hatte Sir Robert Peel in Privy-Gardens ein großes Bankel veranſtaltet, zu welchem ebenfalls eine ſehr ausgezeichnete Geſellſchaft, unter Andern die Herzoge von Wellington und Northumberland, eingeladen waren.

Am 15. Juni ſchiffee ſich der Herzog Wilhelm von Braunſchweig mit ſeinem Gefolge zu Brighton ein, um nach Dieppe zu gehen.

Sir Stratford-Canning iſt am 14. mit ſeiner Gemahlinn von Madrid nach London zurückgekehrt. Am 15. hatte derſelbe eine lange Unterredung mit Lord Palmerſton und ſollte am 16. Sr. Majeſtät vorgeſtellt werden. Für jetzt bleibt Hr. Addington, Neffe des Lords Sidmouth, als brittiſcher Miniſterreſident am ſpaniſchen Hofe aeereditirt.

Am 14. d. M. iſt Lord Durham von Cowes nach Antwerpen unter Segel gegangen, um dem König Leopold einen Beſuch abzuſtatten.

Auch die engliſchen Blätter melden jetzt, der Vertrag wegen Abſendung eäglicher Kuriere zwiſchen Paris und London ſei am 14. Juni zu London unterzeichnet, und am 15. zur Ratifieation nach Paris geſendet worden.

Auf Befehl Sr. Majeſtät iſt ein konigl. Dampfboot zur Veefügung der Fürſtinn Lieven geſtellt worden, um dieſelbe mit ihren beiden Söhnen und ihrem Gefolge nach Hamburg zu bringen. Die Fürſtinn hat ſich am 18. eingeſchifft und wird von Hamburg nach St. Peteesburg weiter reiſen.

Im Albion vom 18. d. M. lieſt man: „Oft haben wir vor dem unſeligen Zuſtande gewarnt, in den ſich unſer Land verſetzt ſehen würde, wenn es wirklich dazu käme, daß das Unterhaus eine von keiner andeen Gewalt im Zaum gehaltene unbeſchränkte Macht ausuben ſollte; eine unerträglichere und ſchmachvollere Tyrannei ließe ſich gar nicht denken. Nun freut es uns, zu finden, daß Publiciſten, die der Pöbel lieber anhört, als uns, derſelben Meinung ſind, beſondees aber ein Schriftſteller, deſſen großes Talent uns ſtets das Bedauern erregte, daß er es nicht zu beſſeren Zwecken, als bisher, verwendete, wir meinen Hrn. Cobbett, von dem wir im geſtrigen True Sun ein Schreiben finden, worin er dem Volke beweiſt, wie viel wahrſcheinlicher es ſei, daß es von einem Toryminiſterium nützlichere Reformen erlangen konne, als von den Whigs, und worin er auf eine ſchlagende Weiſe die furchtbare Lage ſchildert, in die wir gerathen müßten, wenn die Macht des Oberhauſes vernichtet und an der Stelle der jetzigen conſtitutionnellen Regierung des Landes eine allein auf der Macht des Unterhauſes beruhende Regierung gegründet würde. Möge das Volk dieß wohl bedenken und ſich vor der verfaſſungswidrigen

Digitized by Google

Anmaaßung der miniſteriellen Blätter in Acht nehmen, wenn dieſelben lehren, daß es den Pairs des Königreiches oder irgend einem andern erblichen Geſetzgeber (worunter ſie den Monarchen meinen) nicht geſtattet werden dürfe, dasjenige, was das pſeudo-reformirte Unterhaus beſchloſſen hat, zu verwerfen oder auch nur zu verändern." — Eben dieſes Blatt findet eine große Aehnlichkeit zwiſchen dem jetzigen Zuſtand der Dinge in Frankreich und in England. In beiden Ländern, meint dieſes Blatt, hätten die ſogenannten liberalen Principien die Oberhand; in beiden ſei das Miniſterium höchſt unpopulär und habe ſeine einzige Stütze in dem Repräſentativkörper; der Vergleich falle aber noch zum Vortheile Frankreichs aus, denn dort verweigere die Deputirtenkammer dem Miniſterium doch noch manche Geldforderung, und ſelbſt die aus einer Revolution hervorgegangene Regierung finde es doch in ihrem Intereſſe, die beſtehende Kirche gehörig zu beſolden und die Geiſtlichkeit, ſogar wenn dieſe ſich ihr feindlich bewieſen habe, zu reſpectiren.

Der Globe macht über den Stand der Fonds folgende Bemerkung: „Das Sinken der engliſchen Fonds in den letzten zwei, drei Tagen kann zwar zum Theil der Unruhe zugeſchrieben werden, welche die Ausſicht auf eine ernſte Meinungsverſchiedenheit zwiſchen den beiden Zweigen der Geſetzgebung veranlaßte, es hatte aber gewiß auch ſeinen Grund in dem vermehrten Begehr nach Geld, deſſen die erhöhte Thätigkeit der Manufacturdiſtricte im Norden und Weſten von England verlangt. Ein ſicherer Beweis, daß das Geld nicht überflüſſig auf dem Markte iſt, liegt darin, daß gute Wechſel nicht unter 4 Percent discontirt werden."

Der Courier vom 17. Juni äußert ſich über den gegenwärtigen Stand der Dinge in England folgendermaaßen: „Die Uebereinſtimmung beider Häuſer des Parlamentes iſt eine wünſchenswerthe Sache; ſo lange indeß zwiſchen den Lords und dem Unterhauſe nur eine Meinungsverſchiedenheit herrſcht über einzelne Puncte der Geſetzgebung oder Adminiſtration, ſo muß man ſie nach der in ſolchen Fällen gewöhnlichen Weiſe auszugleichen ſuchen; wenn aber beide Häuſer über Grundſätze uneinig ſind, auf denen eines derſelben beharrt, ſo bleibt nur noch übrig, daß das Oberhaupt des Staates einſchreite. Der König hat das Recht, Pairs zu ernennen, um eine Uebereinſtimmung mit dem Unterhauſe zu erzwingen. Dieß Heilmittel iſt aber beinahe ſchlimmer als die Krankheit, und nur der überwiegende Grund, einer heftigen Erſchütterung vorzubeugen, welche König, Lords und Unterhaus vernichten könnte, kann dieß Mittel rechtfertigen. Ehe man aber zu dieſem äußerſten Mittel ſeine Zuflucht nimmt, bleibt noch übrig an die Nation zu appelliren, ob dieſe die Meinung ihrer jetzigen Repräſentanten verwirft oder billigt, und alſo das Unterhaus aufzulöſen. Dieß bringt uns auf den wahren Punct der Frage: repräſentirt das jetzige Unterhaus in der That die Geſinnungen und Gefühle der Nation? Wir ſagen: nein. Das Unterhaus iſt ſehr unpopulär; als ein reformirtes Unterhaus hat es die Erwartungen des Landes nicht erfüllt. Die Nation findet ſich getäuſcht, bitter getäuſcht, und hat dieß laut ausgeſprochen. Und nicht nur dieß erſte reformirte Unterhaus iſt unpopulär, auch die Reformminiſter ſind es in nicht geringerem Grade. Wir wollen jetzt die Frage nicht erörtern, ob die Unpopularität des Unterhauſes und der Miniſter auf richtigen oder unrichtigen Gründen beruht, ſondern wir halten uns bloß an die Thatſache. Da aber nun dieß der Fall iſt, wie kann man, gleich einigen unſerer Collegen, bei der bloßen Befürchtung einer Colliſion zwiſchen beiden Häuſern, ohne Weiteres die Vernichtung der Pairie verlangen? das wäre doch zum allermindeſten ſehr voreilig. Wir wollen nicht entſcheiden, auf welcher Seite das Recht iſt. Die Lords beharren vielleicht mit Hartnäckigkeit auf einem Unrechte; ein neues Unterhaus beſtätigt vielleicht die Entſcheidung des alten. Da aber die einzige Rechtfertigung für die Störung des Gleichgewichtes der Conſtitution durch eine übermäßige Pairscreirung in dem Falle liegt, daß die Lords der Nation gegenüberſtehen, ſo behaupten wir, daß bei einer ſo wichtigen Angelegenheit das Volk eine Stimme haben müſſe. Die Nation, und nicht die Miniſter, ſollen die Frage entſcheiden. Was immer bei der erwarteten Colliſion zwiſchen beiden Zweigen der Legislatur die nächſten angemeſſenen oder unvermeidlichen Schritte ſeyn mögen, der erſte muß die Auflöſung des Unterhauſes ſeyn."

Der Morning-Herald ſagt: „Es ſcheint kaum möglich, daß bei dem ſchon weit vorgeſchrittenen Sommer das Parlament auch nur die Hälfte der Geſchäfte abmachen kann, die ſeiner Entſcheidung warten. Ermattet von dem endloſen Geſchwätz und dem wenigen Handeln, haben viele Mitglieder die Stadt bereits verlaſſen, und ſind auf das Land gegangen, und je mehr wir uns den Hundstagen nähern, deſto leerer werden, wenn man die Seſſion verlängern will, die Sitzungen werden, ſo daß über wichtige Gegenſtände eine ſehr geringe Anzahl Mitglieder entſcheiden wird. Die menſchliche Kraft hat auch ihre Gränzen; während der heißen Sommermonate jede Nacht im Parlamente anweſend ſeyn, iſt mehr, als ein Menſch ertragen kann. Die Miniſter ſollten jetzt nur die wichtigſten Dinge, die keinen Aufſchub leiden, zu Ende bringen, dann das Parlament vertagen und Ende Octobers oder Anfang Novembers die unbeendigten Arbeiten wieder aufnehmen."

Nach den engliſchen Blättern hat Hr. Brunel den Actionnären des Tunnels zwei Berechnungen zu deſſen Vollendung vorgelegt; die eine, um ihn für Fußgänger brauchbar zu machen, beläuft ſich auf 144,000 Pf., die andere, um ihn von beiden Seiten der Themſe für Wagen zugänglich zu machen, auf 248,000 Pf.

Conſols am 18. Juni 89⅞.

Portugal.

Das Falmouth-Packet vom 15. d. M. gibt folgende Nachrichten aus Oporto nach Briefen aus dieſer Stadt, vom 7. Juni: „Es wird an einer Schiffbrücke gearbeitet, um die Truppen über den Douro nach Villanova überzuſetzen. Der Marquis von Palmella hat kein Amt bei der Regierung erhalten, da, wie man ſagt, eine ſtarke Oppoſition im Cabinete gegen ihn arbeitet. Capitän Napier hat das Commando der Escadre nicht übernommen, und man zweifelte, ob Sartorius eher vom Platze weichen werde, bis nicht ſeine und ſeiner Mannſchaft Geldforderungen vollſtändig befriedigt ſeyn werden, auf die er bisher, ſeit ſeiner Ankunft auf der Höhe von Oporto nur 9000 Pf. auf Abſchlag erhalten hat. — Oporto wird fortwährend ſehr heftig beſchoſſen, und durch das Bombardement viel Schaden angerichtet. An einem einzigen Tage fielen nicht weniger als 3000 Bomben und Kugeln in die Stadt."

Frankreich.

Die Deputirten waren in der Sitzung am 19. Juni in ſehr ſchwacher Zahl verſammelt. Hr. Martin (du Nord) legte einen Commiſſionsbericht über Austrocknung von Sümpfen auf das Bureau. Hr. Eſchaſſeriaux wünſchte, daß derſelbe gedruckt und vertheilt werde, damit man ſich in der nächſten Seſſion um ſo gründlicher damit beſchäftigen könne. Der Präſident erwiederte, man könne nichts auf die nächſte Seſſion zum Vor-

Digitized by Google

aus auf ſich nehmen. Die Sitzung wuedr mit der Erklärung geſchloſſen, daß die Kammer für eine weiteee Sitzung zu Hauſe benachrichtigt werden würde.

In der Pairskammer am 19. Juni wurde das Geſetz, die Penſionäre der alten Civilliſte betreffend, und das Einnahmebudget für 1834 vorgelegt. Hr. von Germiny berichtete über örtliche Geſetzentwürfe.

Der Juſtizminiſter hat einen Bericht über die in dem Jahre 1830 bis 1831 vor ſämmtlichen Tibunalen erſter Inſtanz verhandelten Prozeſſe an den König abgeſtattet. Die Anzahl dieſer Peozeſſe beteug darnach in Summe 165,986, ſo daß ſich bei einer Vergleichung mit der Einwohnerzahl des Laudes, die ſich nach den neueſten ämtlichen Zählungen auf 32,560,934 beläuft, ergibt, daß auf 196 Einwohner ein Prozeß kommt, ein Verhältniß, welches das des letzten zehnjährigen Durchſchnittes um beinahe $\frac{4}{10}$ überſteigt.

Der engliſche Botſchafter, Lord Granville, iſt am 18. Juni nach Paris zurückgekommen.

Hr. Arago hat an die Redaction des National ein Schreiben gerichtet, worin er durch Berechnungen darzuthun ſucht, daß Paris von ſämmtlichen Forts, deren Bau die Regierung beabſichtige, beſtrichen werden könne, während der angebliche Hauptzweck, die Hauptſtadt vor einem feindlichen Bombardement zu ſichern, unerreicht bleiben würde.

Der Auxiliaire Breton vom 12. d. M. meldet, daß ſeit zwei Tagen vor der Wohnung des miniſteriellen Deputirten, Hrn. Gaillard-Keebertin in Rennes, Abends tumultuariſche Zuſammenrottungen Statt gefunden haben. Der Präfect hat eine Proclamation an die Einwohner erlaſſen und die Gruppen durch die bewaffnete Macht auseinander treiben laſſen; einige Perſonen ſind dabei verhaftet worden.

Fünfundzwanzig in Moulins befindliche italieniſche Flüchtlinge haben die Weiſung erhalten, die Stadt binnen 24 Stunden und das franzöſiſche Gebiet binnen 10 Tagen zu verlaſſen.

Der ehemalige Redacteur des eingegangenen Journals la Revolution, der ſich der, von dem Pariſer Aſſiſenhofe gegen ihn ausgeſprochenen, zweijäheigen Gefängnißſtraſe durch die Flucht entzogen hatte, iſt in Douay verhaftet und nach Paris in das Gefängniß St. Pelagie gebracht worden.

Niederlande.

Aus Vlieſſingen wird die am 17. Juni Statt gehabte Ankunft des Oberſten Koopmann gemeldet. Der Viceadmiral Gobius, der Bürgermeiſter des Ortes und eine große Zahl von Einwohnern empfingen ihn am Haſen. Der Oberſt ſtellte ſich ſogleich nach der Ausſchiffung an die Spitze ſeiner 300 Mateoſen und marſchirte über die Werſte nach dem königl. Wachtſchiffe Minerva, wo der Mannſchaſt Erfriſchungen gereicht wurden. Ueberall drängte ſich die Volksmenge herbei, um durch lauten Jubel und brüderlichen Händedruck die heimkehrenden Tapferen zu begrüßen.

Seit einiger Zeit wird, wie man aus Harlem berichtet, dort an der Errichtung einer Kattunfabrik gearbeitet, welche zum Theile die Bedürfniſſe des niederländiſchen Handels für die Märkte von Java veeſehen ſoll. Der Eigenthümer iſt Hr. Thomas Wilſon, welcher früher eine ſolche Fabrik zu Stalle, unweit Beüſſel, errichtet hatte, deſſen blühendes Etabliſſement jedoch in den erſten Tagen des ſchändlichen Aufruhres von 1830 von dem Pöbel zerſtört und verbeannt wurde. Hr. Wilſon hofft, gegen Ende dieſes Jahres die Arbeitern beginnen zu können.

Belgien.

Die Brüſſeler Blätter theilen bereits die von der Commiſſion der Repräſentantenkammer entworfene Adreſſe, als Antwort auf die Thronrede, mit. Dieſelbe ſollte in der Sitzung vom 18. zur Berathung kommen, und lautet ſolgendermaaßen: „Sire! Seit Eröffnung der Seſſion haben ſich zwei wichtige Ereigniſſe, welche ſich an unſere auswärtige Politik knüpfen, zugetragen. — Die Vertreibung unſeres Feindes aus der Feſtung Antwerpen hat ihm einen mächtigen Stützpunet geeaubt. Die Convention vom 21. Mai konnte, indem ſie uns in den Beſitz mehrerer in dem Vertrage vom 15. November 1831 feſtgeſetzten materiellen Vortheile ſetzte, keines der Rechte verletzen, welche wir durch jenen Vertrag unwiderruflich erworben haben. Würde Belgien in ſeiner gerechten Erwartung getäuſcht, ſo würde es ihm frei ſtehen, die Ausführungsgarantien in Anſpruch zu nehmen, zu denen die Mächte ſich veepflichtet haben. — Wenn Ihrr Regierung, Sire, glaubt, eine theilweiſe Entwaffnung mit der äußeren Sicherheit des Staates vereinigen zu können, ſo werden wie uns glücklich ſchätzen, ſo die Laſten des Staates vermindert, und dem Ackerbau und der Induſtrie die Arme zurückgegeben zu ſehen, welche die Vertheidigung des Staates ihnen entzogen hatte. — Wir freurn uns, zu vernehmen, daß, mit Rückſicht auf die Lage Belgiens, der Zuſtand des Schatzes zufeiedenſtellend iſt. — Die Repräſentantenkammer, Sire, iſt von dem Wunſche beſeelt, alle Maaßregeln der Regierung Ew. Majeſtät zu unterſtützen, welche auf die Entwicklung der Induſteie des Landes und auf die Ausdehnung ſeines Handels abzielen. — Wir vernehnien mit Vergnügen, daß für einen wichtigen Zweig unſerer Induſtrie bereies günſtige Stipulationen erlangt ſind, und daß wir von den zu demſelben Zweck mit Frankreich angeknüpften Unterhandlungen günſtige Reſultate erwarten dürſen. — Die Deputirten der Nation, Siee, werden den inneren Verbeſſerungen des Landes ihre ganze Sorgfalt widmen. Der Plan einer großen Verbindung des Meeres und der Schelde mit der Maas und dem Rhein, dir Geſetze über die Budgets, über die Provinzial- und Communaleinrichtungen, ſo wie die über die Brennereien, werden mit all' der Aufmerkſamkeit und Sorgfalt geprüſt werden, welche ſo dringende Bedüeſniſſe erheiſchen. — Die Repräſentantenkammer, Sire, theilt die Ueberzeugung, welche Ew. Majeſtät ihr über die Elemente des Wohlſtandes, welche Belgien in ſich ſchließt, und über ſeine liberalen Inſtitutionen, welche für den vorgerückten Zuſtand der Civiliſation Zeugniß ablegen, ausgedrückt haben. Wir begreiſen, wie wichtig es iſt, ihnen durch unſere gemeinſamen Anſtrengungen und mit Hülſe der Vorſehung eine weiſe und feſte Richtung zu einer glücklichen Zukunſt zu geben. So werden ſich die belgiſche Nationalität und der Thron Ew. Majeſtät, welcher der dauerhafte Stützpunct derſelben iſt, täglich mehr befeſtigen."

Am 28. Juni war zu Wien der Mittelpreis der Staatsſchuldverſchreibungen zu 5 pCt. in CM. $95\frac{1}{2}$;
detto detto zu 4 pCt. in CM. ——;
Darleh. mit Verlooſ. v. J. 1820, für 100 fl. in CM. $193\frac{1}{4}$;
detto detto v. J. 1821, für 100 fl. in CM. $134\frac{15}{16}$;
Wiener-Stadtbanco-Obligat. zu $2\frac{1}{2}$ pCt. in CM. 54;
Conv. Münze pCt. ——;
Bankactien pr. Stück 1247 in CM.

Hauptredacteur: Joſeph Anton Edler von Pilat.
Verleger: Anton Strauß ſel. Witwe in der Dorotheergaſſe Nr. 1108.

Digitized by Google

Nro. 181

Oeſterreichiſcher Beobachter.

Sonntag, den 30. Juni 1833.

Meteorologiſche Beobachtungen vom 28. Juni.	Zeit der Beobachtung.	Barometer auf 0° Reaumur reducirt.		Thermometer Reaumur.	Wind.		Witterung.
		Pariſer Maß.	Wiener Maß.				
	8 Uhr Morg.	27.606	28 Z. 4L. 5P.	+ 16.0	NO.	ſtill.	Nebel.
	3 Uhr Nachm.	27.551	28 3 9	+ 24.5	OSO.	ſtark.	heiter.
	10 Uhr Abends.	27.524	28 3 5	+ 18.0	SO.	ſchwach.	Wolken.

Portugal.

Die Times vom 14. Juni theilt ein Schreiben aus Oporto vom 30. Mai mit, worin es unter Andern heißt: „Man behauptet, General Suldanha habe auf den im Douro liegenden Kriegsſchiffen mehrere Unterredungen mit dem General Lemos, der die Migueliſtiſchen Truppen auf dem nordlichen Ufer commandirt, und ſeitdem ebenfalls eine Zuſammenkunft mit ſeinem Schwager gehabt, welcher einer von den Adjutanten Dom Miguels iſt. Es ein Gluck für den General Saldanha, daß er eines guten Rufes genießt; und doch macht es der Umſtand, daß dieſe Zuſammenkünfte, wie man beſtimmt behauptet, ohne Vorwiſſen ſeiner Oberen, und dieß in einem Burgerkriege, und wo er die zweite Diviſion der Armee commandirt, Statt gefunden haben, wünſchenswerth, daß er ſich rechtfertigen moge. Die Migueliſtiſchen Offiziere haben dabei ganz anders gehandelt, indem ſie, um dieſe Conferenz mit einem feindlichen General zu haben, dazu die Erlaubniß ihres Oberbefehlshabers hatten. Hier in der Stadt hat dieſer Vorfall zu dem Gerüchte Veranlaſſung gegeben, General Lemos und mehrere andere hätten Dom Pedro Anträge gemacht, zu ihm überzugehen; und anderer Seits erzählte man in Villanova das Umgekehrte in Beziehung auf Saldanha, indem man hinzuſetzte, er habe ſich noch nicht über den Preis vereinigen können. Beide Gerüchte ſind ohne Zweifel grundlos, indem mir beide Generäle aufrichtige und redliche Freunde der Sache, die Jeder verficht, und vielleicht ihres gemeinſamen Vaterlandes zu ſeyn ſcheinen. — Wir haben hier herzlich über ein Schreiben von hier gelacht, das ſich in einer andern Londoner Zeitung befindet, und worin viele Lobeserhebungen von der Bereitwilligkeit gemacht werden, womit die reichen Leute in Oporto auf Verlangen unſeres Finanzminiſters Silva Carvalho ihr baares Geld hergeben. Ich kann Sie verſichern, daß diejenigen, welche mit dem Gelde haben herausrücken müſſen, ſehr unluſtig und mit ſauren Geſichtern darangegangen ſind; ſie ſagen geradezu, daß, wenn man ihnen noch einmal zumuthe, den Beutel zu ziehen, ehe die Truppen ſich endlich einmal in Bewegung ſetzen, ſie lieber ſelbſt die Muskete nehmen als den letzten Pfennig hergeben wollen. Die Wahrheit iſt, daß Silva Carvalho bei den Leuten hier in Oporto, von denen er die gezwungenen Anleihen erhebt, eben ſo populär iſt, wie ein Zehnteneinſammler in der Grafſchaft Kilkenny. Allein er hat eine eigene Geſchicklichkeit, Geld anzuſchaffen, und er nimmt mitunter ſeine Zuflucht zu Hülfsmitteln, auf die man mit übermäßigem Ehrlichkeitsgefühl niemals verfallen würde; ſo z. B. hatte vor einiger Zeit Sartorius ein Schiff, 17,000 Pf. St. an Werth, weggenommen, welches von Macao nach Liſſabon ging. Eine Commiſſion, welche die Geſchäfte eines Priſengerichtes beſorgt, entſchied, es ſei keine rechtmäßige Priſe, und ſie müſſe freigegeben werden. Inzwiſchen brauchte Silva Carvalho Geld, und da der Hafen blockirt war, und das Schiff im Douro vor Anker lag, ſo ließ er ſo viel von der Ladung ans Land bringen, als 30 Percent des Werthes betrug, obwohl die Eigenthümer das Recht hatten, Schiff und Ladung gegen Bezahlung von 2 Percent auszuführen. Ganz kürzlich iſt nun aber gar der Befehl gegeben worden, die ganze Ladung zu verkaufen, und das Geld in Dom Pedro's Schatz zu zahlen, der dafür den Eigenthümern verantwortlich bleibt. Unter den gegenwärtigen Umſtänden wird die Ladung (chineſiſche Luxuswaaren und Thee) kaum um den halben Werth verkauft werden.“

Großbritannien und Irland.

In der Vormittagsſitzung des Unterhauſes vom 17. Juni überreichte Hr. Ewart eine von Kaufleuten und Schiffseigenthümern in Liverpool unterzeichnete Bittſchrift, worin um Aufhebung aller Beſchränkungen in Bezug auf die Einfuhr fremden Zuckers zum Raffiniren gebeten wurde. Die Bittſteller erwähnten, daß ſie einen bedeutenden Handel mit Braſilien, St. Domingo, Cuba, Indien, Batavien und dem indiſchen Archipelagus führten, und jene Länder beſonders mit brittiſchen Fabrikwaaren verſähen, daß ſie aber wegen der hohen Zölle, denen die Hauptproducte jener Länder unterworfen wären, den Handel nur mit großen Inconvenienzen und Verluſt fortſetzen könnten, da es mit den größten Schwierigkeiten verbunden ſei, Rückfrachten für ihre Schiffe oder Rimeſſen für ihre Waaren zu erhalten. Die Folge davon ſei die Begünſtigung des fremden, zum größten Nachtheil des engliſchen Handels. Die Bittſteller bemerkten ferner, daß die Colonien durchaus nichts zu den Einnahmen des Landes beitrügen, ſondern dieſem nur Koſten verurſachten. Die Ausfuhr brittiſcher Fabrikwaaren und Producte nach den vorbenannten Ländern überſteige die nach den weſtindiſchen Colonien um das Fünffache; während der zur Conſumtion geſtattete Einfuhr von jenen Ländern kaum das Viertel des Werthes der Ausfuhr betrage. Die Bittſteller ſchätzten den Verluſt, der dem öffentlichen Schatze und dem Handel durch das jetzige beſchränkende Syſtem erwüchſe, auf 5 Millionen Pfund St. jährlich. Lord Althorp bemerkte: „Ich bin ebenfalls der Meinung, daß die geſetzlichen Beſtimmungen, welche verhindern, daß fremder Zucker zur Ausfuhr raffinirt werden, ein großes Uebel, und überdieß kein Vortheil für die weſtindiſchen Colonien ſind. (Hört! hört!) So lange ſich indeſſen das Haus mit der Frage über die Negerſclaverei beſchäftigt, iſt es nicht wünſchenswerth, jenen Gegenſtand zur Sprache zu bringen. Ich fühle das Nachtheilige dieſes Aufſchubes ſehr wohl, und bin auch der Meinung, daß die In-

Digitized by Google

tereſſen des Raffineriehandels nicht viel länger, als nach dem Schluß der gegenwärtigen Seſſion in ihrem — ich will nicht ſagen bedrängten, — aber gedrängten Zuſtand bleiben konnen. Ich denke, daß das Haus im Anfang der nächſten Seſſion zu einem entſcheidenden Schritt in dieſer Beziehung aufgefordert werden wird.“

Der Albion bemerkt: „Gewiß werden viele von denen, welche neulich der Feier in der St. Paulskirche beiwohnten, und die jede dem Volk gefällige Veränderung auch für eine wirkliche Reform zu halten gewohnt ſind, durch die Rede, welche der Biſchof von Hereford, jüngſter Bruder des Lords Grey, bei dieſer Gelegenheit hielt, mehr überraſcht als ergötzt worden ſeyn. Der ehrwürdige Prälat verweilte, ohne ſich weiter auf die Politik einzulaſſen, ſehr ernſtlich und mit vieler Beredſamkeit bei der unerfreulichen und unüberlegten Neuerungsſucht, der es in unſeren Tagen darum zu thun ſcheine, die Inſtitutionen, aus denen ſo viel Großes und Gutes hervorgegangen, zu erſchüttern und umzuſtürzen.“

Der Albion ſagt ferner: „Die durch die heftige Sprache der miniſteriellen Journale ſeit einigen Tagen aufgeregten Beſorgniſſe legen ſich, und die zwiſchen den edelſten und mächtigſten Mitgliedern der Ariſtokratie und dem Könige beſtehende freundliche Geſinnung läßt die Ueberzeugung Raum gewinnen, daß keine Colliſion zwiſchen den verſchiedenen Zweigen der Legislatur droht. Man ſieht allmählich ein, daß die Miniſter, weil ſie in dem jetzigen Unterhauſe eine große Majorität haben, alles ihnen Entgegenſtehende kurzweg beſeitigen und einſchüchtern wollen. Der wahre Zweck des übermüthigen Geſchreies in vergangener Woche war nur der, den König zu zwingen, und ihm als den ernſtlichen Wunſch des Landes zu zeigen, was gerade das Gegentheil hiervon iſt. Das Land iſt der Whigs müde, und wenn heute der König die Whigminiſter entließe, ſo würde er noch populärer ſeyn als jetzt.“

Im Courier vom 18. Juni heißt es: „Se. Majeſtät hat die Abſicht angezeigt, das Gaſtmahl des Herzogs von Wellington zum Andenken der Schlacht von Waterloo mit ſeiner Gegenwart zu beehren. Wir vernehmen, daß einige Zweifel herrſchten, ob Se. Majeſtät dießmal kommen würden, da der Herzog durch den neuerlichen Vorfall im Oberhauſe verhindert war, einen Schritt zu thun, um ſich die Gegenwart ſeines Souverains zu verſchaffen; aber alle Ungewißheit verſchwand durch die Ueberſendung einer Botſchaft von Seite des Königs, worin der Monarch in ſeiner gewöhnlichen offenen Weiſe die Abſicht anzeigte, einer der Gäſte zu ſeyn.“

Conſols am 18. Juni 89 7/8.

Frankreich.

Der interimiſtiſche Befehlshaber der Occupationsarmee in Algier, Generallieutenant Voirol, hat unterm 31. Mai einen Tagsbefehl erlaſſen, worin er den Truppen, welche die Heuernte auf den an den Ufern des Hamiſe gelegenen Wieſen beſchützt haben, für die von ihnen bewieſene Disciplin und Wachſamkeit großes Lob ertheilt. Achthundert Soldaten von den verſchiedenen Waffengattungen waren angeſtellt, um das Heu zu mähen, während ein reitendes Jägerregiment, zwei Bataillons Infanterie, eine Ingenieurcompagnie und einige Berghaubitzen rund herum unter dem Befehle des Generals Trobriant ein Lager bezogen hatten, um die Ernte gegen etwaige Angriffe von Seiten der Beduinen und Kabailen zu ſchützen. Dieſe haben jedoch die Feldarbeit nicht im Mindeſten geſtört. Die in der Nähe des Lagers liegenden arabiſchen Dörfer, ſo wie die Heerden wurden von den Truppen geſchont, was zur Folge hatte, daß die Araber Vertrauen faßten und an der Lagerfronte einen Markt errichteten.

Der Oberſt von Schauenburg unternahm nach dem Cap Matifoux und den öſtlichen Bergen mehrere Recognoſcirungen, die zur Entdeckung einer äußerſt fruchtbaren Gegend führten, von der man ſich bei etwaiger Coloniſation großen Nutzen verſpricht.

Der Moniteur enthält einen umſtändlichen Bericht des Generals Desmichels an den Kriegsminiſter über einen gleichzeitigen Angriff mehrerer der kriegeriſcheſten arabiſchen Stämme gegen die Diviſion von Oran. Die Araber hatten ſich am 25. Mai drei Stunden von Oran in der Zahl von 8 bis 9000 Reitern und 1000 Fußgängern gelagert. Am 26. ward ein allgemeiner Angriff von 8 bis 900 franzöſiſchen Tirailleurs und ſechs Kanonen zurückgeſchlagen. Der Feind trat gegen drei Uhr Nachmittags den Rückzug an, und ließ 200 Todte und 600 Verwundete zurück. Der franzöſiſche Verluſt betrug nur zwei Todte und dreißig Verwundete, ein Umſtand, den man der geringen Wirkung verdankt, welche eine mit langen Flinten bewaffnete Kavallerie, die ſich ihrer Säbel nicht bedient, hervorbringt. Der Capitän des Genieweſens, Cavaignac, wird vorzüglich gelobt. Er errichtete während des Kampfes ein Blockhaus. Die Araber hoben nach zwei Tagen der Ruhe, die nur durch einige kleine Scharmützel unterbrochen wurde, in der Nacht vom 31. Mai auf den 1. Juni plötzlich ihr Lager auf, und zogen ſich in ihre Duhas zurück. Der Obergeneral betrachtet dieſes Treffen als eines der glorreichſten für die Armee von Afrika ſeit der Eroberung von Algier.

Im Moniteur vom 19. Juni heißt es: „Hr. la Cecilia, ein nach Frankreich geflüchteter Italiener, weist in einem an mehrere Journale gerichteten Schreiben den Verdacht von ſich zurück, den die Bekanntmachung eines von einem geheimen zu Marſeille beſtehenden Tribunale erlaſſenen Todesurtheils gegen die Individuen, die kürzlich zu Rhodez ermordet wurden, gegen ihn erweckte. Hr. la Cecilia hat ſeine Reclamationen an die Tribunale von Aveyron zu richten. Der Moniteur hat dieſe Urkunde bekannt gemacht, und dabei ſorgfältig bemerkt, daß dieß eine dem königlichen Procurator von Rhodez überlieferte Abſchrift ſei. Er hat bloß zugeſetzt, daß die Vollziehung des Todesurtheils die Authenticität deſſelben zu beweiſen ſcheine. Er hat ſonach bei dieſem Anlaſſe eine gehörige Mäßigung beobachtet. Die in dieſem Augenblicke erfolgende Inſtruction wird alle Umſtände dieſes Vorfalles aufklären. Hr. la Cecilia hat ſich, wenn er Grund dazu zu haben glaubt, vor der Juſtiz zu erklären.“

Der Miniſter des öffentlichen Unterrichtes hatte die Wiedereröffnung der Kurſe der Facultät der Medicin und der Facultät der Wiſſenſchaften zu Montpellier autoriſirt, nachdem er zuvor alle nöthige Vorſicht getroffen hatte, daß Alles mit Ordnung und Anſtand vor ſich gehe; zugleich gab er zu erkennen, daß, wenn neue Unordnungen vorfallen ſollten, die Kurſe wieder ſuspendirt und ſtrenge Maaßregeln ergriffen werden ſollten, um eine fernere Wiederholung unmöglich zu machen. Die Eröffnung der Kurſe fand am 17. Juni in Anweſenheit von zwei Generalinſpectoren der Studien, die nach Montpellier geſchickt waren, Statt, und der erſte eröffnete Kurs war gerade der des Profeſſors der mediciniſchen Facultät, gegen welchen früher die Gewaltthätigkeiten hauptſächlich gerichtet waren.

Das Journal des Debats ſucht in einem langen Artikel zu beweiſen, daß es im Intereſſe der Regierung liege, die Deputirtenkammer aufzulöſen. Da dieſer Artikel, ungeachtet das Journal des Debats ausdrücklich erklärte, daß ihm die Ideen des Miniſteriums über dieſe wichtige Frage unbekannt ſeien, großes Aufſe-

Digitized by Google

hen in Paris erregte, ſo hat ſich das Journal de Paris veranlaßt geſehen, ſeiner Seits zu erklären, daß der in Frage ſtehende Artikel des Journal des Debats wirklich bloß die individuelle Meinung der Redacteurs dieſes Blattes und keineswegs die Abſichten und Pläne des Miniſteriums ausſpreche.

Das Individuum, welches, wie man ſich erinnern wird, am 5. d. M. die Sitzung der Deputirtenkammer auf eine ſo ſeltſame Weiſe ſtorte und deßhalb zur Haft gebracht wurde, iſt wieder freigelaſſen worden, da der Menſch allem Anſcheine nach nicht recht bei Verſtande iſt.

Am 28. Mai hielten die Coloniſten in Algier eine Generalverſammlung, um eine Commiſſion von zehn Mitgliedern zu ernennen, welche Bittſcheiften an den Konig und die beiden Kammern aufſetzen ſollten, um die Aufmerkſamkeit der Regierung auf den traurigen Zuſtand der Colonie zu lenken. Zum Präſidenten der Commiſſion wurde, obgleich abweſend, der Marſchall Clauzel ernannt und am 5. d. M. eine Bittſchrift an die Deputirtenkammer abgeſandt, worin ein ausführliches Memoire uber den Zuſtand der Regentſchaft angekündigt wird.

Am 20. Juni 5Percents Fin Courant geſchloſſen zu 104 Fr. 30. 3Percents Fin Courant geſchloſſen zu 78 Fr. 35. — Am 21. Juni 1¼ Uhr Nachmittags 5Percents 104 Fr. 10. 3Percents 78 Fr. 30.

Preußen.

Se. Majeſtät der Konig haben dem kaiſerl. öſterreichiſchen wirklichen geheimen Rath und Kämmeree, außerordentlichen Geſandten und bevollmächtigten Miniſter an Allerhochſtihrem Hoſe, Grafen von Trauttmansdorff-Weinsberg, den rothen Adlerorden eeſter Claſſe zu verleihen geruht.

Niederlande.

Am 18. Juni hat Ihre königl. Hoheit die Prinzeſſinn Albrecht von Preußen das holländiſche Theater mit Höchſtiheer Gegenwart beehrt, wo ein Gelegenheitsſtück zur Erinnerung an die Schlacht von Waterloo gegeben wurde. Unter den im Theater Anweſenden bemerkte man auch den Oberſten de Boer, Adjutanten des Generals Chaſſé, der bei ſeinem Eintritt von dem zahlreich verſammelten Publicum mit dem Ruſe: Es lebe der Konig! empfangen wurde.

Aus Middelburg meldet man vom 17. Juni: „Nachdem geſtern noch ein Transport unſerer Truppen in Vlieſſingen angekommen iſt, ſind nun alle unſere Krieger, ſowohl von der Marine, als von der Landmacht, in das Vaterland zurückgekehrt, deren Geſammtzahl, wie wir vernehmen, 4177 Mann beträgt, worunter 100 Offiziere.“

Belgien.

In der Sitzung der Repräſentantenkammer vom 18. Juni verlas Hr. de Foere als Beichterſtatter der Commiſſion den (bereits mitgetheilten) Entwurf zu der Adreſſe an den König. Mehrere Mitglieder wollten ſogleich zur Berathung ſchreiten; dieſem widerſetzte ſich aber die Oppoſition mit dem Bemerken, daß nicht allen Mitgliedern ein gedrucktes Exemplar des Entwuefes zugegangen ſei, und man dieſen Zeit laſſen müſſe, denſelben zu überlegen. Hr. Gendebien bemerkte, daß auch diejenigen Mitglieder, welche ein Exemplar des Entwurfes erhalten hätten, an der Aechtheit desſelben zu zweifeln berechtigt geweſen wären, da die Blätter geſtern Hrn. von Muelenaere als Berichteeſtatter genannt hätten, und unter dem Entwurfe Hr. de Foere als ſolcher genannt ſei. — Hr. de Foere erklärte dieſe Veränderung dahin, daß Hr. von Muelenaere, wichtige Beſchäftigungen vorſchützend, die Abfaſſung des Adreßentwurfes abgelehnt habe, und daß die Commiſſion darauf ihn (Hrn. de Foere) zum Berichterſtatter ernannt habe. Hr. Gendebien meinte, er ſei immer gut, zu wiſſen, daß Hr. von Muelenaere ſich der Abfaſſung der Adreſſe nicht habe unterziehen wollen. Dieſer letztere beſtätigte die Erklärung des Hrn. de Foere, und verſicherte, daß es ihm an Zeit gefehlt habe, den Aufteag der Commiſſion anzunehmen. Die Berathung wurde auf den folgenden Tag verſchoben.

Das Journal d'Anvers ſagt: „Die Kammer berathſchlagt nun über die Adreſſe, welche nach langen und nutzloſen Erörterungen ſo matt und bedeutungslos bleiben wird, wie ſie von der Commiſſion verfaßt worden iſt. Eine unabhängige und des Landes würdige Kammer würde den König von der unnützen und unpolitiſchen Auflöſung der Kammer, von den in mehreeen Städten begangenen Angriffen auf die geſetzliche Freiheit, und von der Nothwendigkeit einer Verwaltung unterhalten, welche auswärts die Würde des Landes aufrecht zu halten und im Innern die Parteien zu verſöhnen vermöchte; ſie würde die Aufmerkſamkeit des Königs auf die Pflicht der Regierung lenken, ſich bei den nächſten Confeeenzen durch einen Bevollmächtigten vertreten zu laſſen, welcher dieſelben Rechte und Prärogative genoſſe, wie der des Königs von Holland. So wie die Adreſſe von der Commiſſion voegeſchlagen, iſt ſie nur Sache der Form und der Etikette.“

Die Emancipation enthält folgendes Schreiben aus Gent vom 17. d. M. Nachmittags: „Wir ſind wieder von Unordnungen bedroht. Dieſen Morgen feierte man in der St. Peterskirche das Leichenbegängniß des Hrn. Sauvage. Dieſer junge Mann gehörte durch ſeine Meinungen der orangiſtiſchen Partei an, und war an den von den Todtſchlägern bei den neulichen Unruhen daſelbſt erhaltenen Wunden geſtorben. Eine große Anzahl ſeinee Feeunde legte ihr Bedauern über ſeinen Veeluſt dadurch an den Tag, daß ſie dem Traueramte beiwohnten. Einige von ihnen trugen Halsbinden von Orangenfarbe. Beim Heraustreten aus der Kirche folgte ihnen die Menge. Sie verſammelten ſich in einem Garten. Als ſie denſelben verließen, wurden ſie von den Straßenbuben mit Steinen empfangen. Nachdem ſie hierauf in das Wirthshaus zur ſchönen Ausſicht getreten waren, forderten die Patrioten ſie zu gleicher Zahl zu den Waffen heraus. Das Rendezvous war auf halb vier Uhr am rothen Thore beſtimmt. Dort bildete ſich von Neuem eine Zuſammenrottung in der Straße; man mußte die bewaffnete Macht gebrauchen, um dieſelbe zu zerſteeuen. Es gelang dem Platzcommandanten, die Parteien, welche eben handgemein werden wollten, zu teennen. Man fürchtet, die Ruhe möchte dieſen Abend neuerdings geſtort weeden.“

Schweizeriſche Eidgenoſſenſchaft.

Der Conſtitutionnel Neufchatelois meldet: „Des Königs Majeſtät haben den Abgebrannten von Locle die Summe von 4000 Schweizer Franken verabreichen laſſen. Die Hälfte dieſer Summe ſoll dazu angewandt werden, die Ausführung des auf den Beeicht der HH. Junot, Inſpectors der Brücken und Chauſſeen, und Favre, Präſidenten der Baucommiſſion in der Stadt Neuchatel, von der Regierung angenommenen Planes zum Wiederaufbau der abgebrannten Wohnungen zu erleichtern.“

Der Conſtitutionnel Neufchatelois ſchließt einen Artikel über den Zuſtand der politiſchen Meinungen in Europa und in der Schweiz mit folgenden Bemerkungen: „Die Schweiz iſt in zwei Theile geſchieden, die wir als freie Schweiz und liberale Schweiz bezeichnen wüeden. Die freie Schweiz, die zu Schwytz oder Sarnen ihren Mittelpunct hat, umfaßt die durch

Digitized by Google

geiſtige Gemeinſchaft miteinander innigſt verbundenen demokratiſchen und monarchiſchen Staaten; dieſe Staaten erfreuen ſich ausgedehnterer und vollkommenerer politiſchen Freiheiten, als alle anderen Staaten der Schweiz, und verdanken dieſelben nicht einer Theorie von heute, ſondern dem allmählich fortſchreitenden Geiſt der Jahrhunderte. Die liberale Schweiz beſteht zum größeren Theil aus Staaten, deren jetzige Verfaſſung ſich von vor zwei oder drei Jahren herſchreibt und ihren Urſprung irgend einer gewaltſamen Volksbewegung zu verdanken hat; durch ihre gemeinſame Schuld und durch ihre Theorie werden ſie zuſammengehalten. Zwiſchen dieſen beiden Reihen befinden ſich Cantone mitten inne, die noch ſchwanken, zu welcher von beiden Parteien ſie ſich bekennen ſollen; es beſteht eine geiſtige Gemeinſchaft zwiſchen ihnen und der alten Schweiz, aber, ſagen ſie ſich, die junge Schweiz iſt der ſtärkere Theil. Sollen wir dieſe beiden Helvetien mit einander vergleichen und der Ruhe der freien Schweiz die Unruhe und Anarchie der liberalen Schweiz gegenüberſtellen? Sollen wir aus den radicalen Blättern ſelbſt die Züge zu einem Gemälde von Thurgau, dieſem Typus radicaler Staaten, entnehmen? Sollen wir, wie es die Geſchichte dereinſt thun wird, die Thaten und Ereigniſſe im Canton Lieſtal erzählen? Sollen wir zeigen, daß die Schweiz im Begriffe iſt, ſich in ſo viel Staaten zu zerſtückeln, als es in derſelben verſchiedene Localitäten, ja vielleicht, als es darin Gemeinden gibt? Die Revolutionschefs ſelbſt fangen an, vor ihren Werken zu zittern. Die radicalen Zeitungen ſind da, um der Welt zu ſagen, was wir verſchweigen, um Jedem, der es leſen will, in welchen Zuſtand der Zerriſſenheit, der Erbitterung und Verblendung ihre Theorien die Schweiz geſtürzt haben."

Eben dieſe Zeitung hatte ſchon in einer ihrer früheren Nummern die Meinung ausgeſprochen, daß der Auftrag, womit der Vorort Hrn. Roſſi nach Paris geſandt, ſich auf etwas Anderes, als auf die Polen beziehe, und daß man letztere Angelegenheit dabei nur als Vorwand gebraucht habe. Jetzt führt das genannte Blatt zur Begründung ſeiner Anſicht eine Stelle aus der neuen Züricher Zeitung an, worin es heißt, daß Hr. Roſſi gewiſſe Inſinuationen gegen die Schweiz bei dem franzöſiſchen Cabinet widerlegen ſolle, daß Hr. von Broglie den Entwurf zur neuen Bundesverfaſſung ſehr aufmerkſam geprüft und gezeigt habe, wie aufrichtig er es mit der Schweiz meine, und daß es der Reaction mit ihren Einflüſterungen bei dieſem Cabinete nicht gelingen werde. Hierzu bemerkt der Conſtitutionnel, daß der letzte Theil dieſer Stelle etwas unverſtändlich ſei, und daß, wenn etwa unter Reaction die der alten Verfaſſung treu gebliebenen Cantone gemeint ſeien, hierauf nur zu antworten wäre, daß ihre Sache viel zu gut und gerecht ſei, als daß ſie um fremden Beiſtand zu betteln brauchten, und daß es nach dem Obigen vielmehr ſcheine, als wollten gerade diejenigen, welche eine ſolche Verläumdung ausſtreuten, unumwunden um eine fremde Intervention nachſuchen.

Aus Genf wird unterm 14. d. M. geſchrieben: „Die St. Simoniſten haben uns einen zweiten Beſuch abgeſtattet, der wahrſcheinlich der letzte ſeyn wird. Geſtern kamen zwölf Mitglieder dieſer Secte in vollem Coſtume durch das franzöſiſche Thor zu Fuß hier an und wurden von einigen jungen Neophyten begleitet, die ihnen auf dem Wege nach Ferney entgegengegangen waren. Sie traten, von einem Volkshaufen umringt, in den Gaſthof Boulonvreniere ein, wo ſie in dem großen Saale mehrere ihrer myſtiſchen Lieder abſangen. Als aber ihr Anführer auf eine Bank ſtieg und die Principien der St. Simoniſtiſchen Lehre entwickelte, gegen die Einrichtungen in Genf, ſo wie gegen den Despotismus der Behörden und die Unbarmherzigkeit der Reichen gegen die Armen ſprach, wurde er durch heftiges Ziſchen unterbrochen und mußte den Saal mit ſeinen Gefährten ſchleunigſt verlaſſen. Beim Herausgehen empfingen ſie ſogar einige Stöße, und gelangten nur mit Mühe bis zu ihren Wohnungen, wohin ihnen die drohende Menge folgte, die ſich erſt beim Einbruche der Nacht zerſtreute. Wahrſcheinlich haben dieſe Fremdlinge die Weiſung erhalten, die Stadt ſofort zu verlaſſen. Vor ihrer hieſigen Ankunft hatten ſie eine Art von Wallfahrt nach Voltaire's Schloß in Ferney gemacht!"

Teutſchland.

Die Hannoverſche Zeitung meldet: „Wir freuen uns, aus ſicherer Quelle die Nachricht mittheilen zu können, daß in dem Augenübel Sr. königl. Hoheit des Prinzen George von Cumberland neuerlich eine merkliche Beſſerung eingetreten iſt. Der Zuſtand des vor einiger Zeit durch einen unglücklichen Zufall verletzten rechten Auges des Prinzen bietet gegenwärtig begründete Hoffnung zu fortſchreitender Wiederherſtellung der geſchwächten Sehkraft dar."

Am 21. Juni Nachmittags iſt das königl. engliſche Dampfſchiff Komet, Capitän W. Allen, mit der Fürſtinn von Lieven nebſt Familie an Bord, von London in Hamburg angekommen.

In einem Correſpondenzartikel aus Stuttgart vom 23. Juni (in der Allgemeinen Zeitung) heißt es: „Die Gerüchte über entdeckte Conſpirationen, die ich Ihnen vor acht Tagen mittheilte (allgemeine Zeitung vom 19. Juni), ſcheinen auf manchen Uebertreibungen zu beruhen, ſo wie auch die Verhaftungen der Zahl nach weit kleiner und der Bedeutung der davon Betroffenen nach weit geringer ſind, als die allgemein verbreitete Sage Anfangs hatte glauben gemacht. Namentlich gilt dieß von der angeblichen bedeutenden Verzweigung im Militär. Was die plötzliche Verbreitung dieſer übertriebenen Gerüchte veranlaßte, iſt noch unbekannt; indeſſen ſollen die ſchon ſeit längerer Zeit eingeleiteten Unterſuchungen raſch betrieben werden, bis zu deren Beendigung das Urtheil ſowohl über den Charakter der Anklage, als über die größere oder kleinere Verzweigung derer, die ſie trifft, ſuspendirt bleiben muß. Das Nämliche iſt auf die Vorfälle in Tübingen anzuwenden; mehrere der dortigen Studenten, die im erſten Augenblicke die Flucht ergriffen hatten, ſollen dem Vernehmen nach wieder zurückgekehrt ſeyn, und ſich freiwillig vor dem Unterſuchungsrichter geſtellt haben. Dieſe Vorgänge mahnen zur Vorſicht im gläubigen Hinnehmen von Erzählungen, wie ſie von der natürlichen Unruhe des Augenblickes geboren und dann von jeder Partei zu ihren Zwecken zugerichtet werden."

Hauptredacteur: Joſeph Anton Edler von Pilat.

Verleger: Anton Strauß ſel. Witwe in der Dorotheergaſſe Nr. 1108.

Bei Anton Strauss's sel. Witwe, Dorotheergasse Nr. 1108, ist erschienen und zu haben.

Dr. Ignaz Rudolph Bischoff's: Grundsätze zur Erkenntniss und Behandlung der Fieber und Entzündungen. Zweite umgearbeitete Auflage. Preis 5 fl. C. M.

Dr. Ignaz Rudolph Bischoff's Grundsätze zur Erkenntniss und Behandlung der chronischen Krankheiten. Erster Band 2 fl. 48 kr. C. M.

Digitized by Google

Stanford University Libraries
3 6105 014 834 522

[redacted]
AP
30
O3
1833
v. 2
Stack

Stanford University Libraries
Stanford, California

Return this book on or before date due.

Digitized by Google